Es begann im Dez. 2006

Es begann mit einem Artikel in der AGR- Werkszeitung:

AGR: „Ein Schiff wird kommen“

und endete 2009 für NRW letztendlich so:

gestrandet

Australischer HCB-Sondermüll-Import

vom 22.Dez.2006 bis April 2009

Eine Zusammenfassung der Ereignisse rund um den HCB-Import aus Australien

Hinweis:

Zu diesem Text steht auf Anfrage eine multimediale CD zur Verfügung

Ebenso können externe Links ggf. keine Aktualität mehr besitzen,

wir bitten das zu entschuldigen.

Anfrage an:J.Jürgens jj(at)pro-herten.de

weiter Veröffentlichungen:

HCB to Denmark

Emails at 2009 to now Protected

Joachim Jürgens ©, Stand: 14.Jan. 2011; Schützensstr. 84; D-45699 Herten (Tel.+49-2366-37653

Inhalt

..... 21

IMPRESSUM 21

Vorbemerkungen zur Dokumentation, von Hans-Heinrich Holland 22

Hier ein paar Fakten zur Einschätzung der Abfallverbrennung: 24

Orica –ein Sonderabfall-Alptraum 29

Die Vorgeschichte in Kürze 29

DEZEMBER 31

AGR- Blichkontakte – 4/2006 31

Der WEG des Giftmülls 33

Müllverbrennung und die toxische Emmision 34

Hertener Allgemeine deckt AGR-Vorhaben auf, 22.Dez.06 35

AGR - Stillstand ist Rückschritt: 36

Leserbrief Pfr. Bernhard Stahl zum Artikel 36

Leserbrief Giftmüll aus Australien landet jetzt im RZR ‚Joachim Jürgens 23.12.2006 37

Pressemitteilung UBP- Fraktion im Rat der Stadt Herten 37

Den meisten stinkt' s WAZ (28.12.2006) 38

JANUAR 38

„Giftmüll-Handel "nicht genehmigungsfähig" Quelle: Recklingh. Zeitung 06. Januar 38

Kein grünes Licht für Giftmüll Hertener Allgemeine06. Januar 2007 39

KOMMENTAR Der Preis spielt keine Rolle Michael Wallkötter 39

via Amateurfunk Kontaktaufnahme nach nach Australien 40

Anfrage nach UIG zur geplanten HCB-Verbrennung im RZR Herten 41

Der Störfall 41

Rückfragen: Heinz Struszczynski 42

Betreff: Störfallinformation auf der RZR homepage 42

Email des Vorgangs an Bürgermeister z.K. 43

Der AGR-Link funktioniert nicht, Herr Struszczynski 43

aber nur bei Ihnen nicht Frau Baitinger! 44

Betreff: Re: AGR verteilt Störfall-Information 45

die sogennante „STÖRFALLVERORDNUNG“ Reklame oder Information? 45

Offener Brief Bündnis90/Die Grünen Sondermüllverbrennung in Herten 48

Die Grünen RE beziehen Stellung zum GIFTMÜLLTRANSPORT 49

ANTWORT 51

Letter to Australia, The Greens , Senator Bob Brown 53

Antworten aus Australien 54

Dear Ian, dear Michael, ... 55

Australische und deutsche Grüne kämpfen gemeinsam gegen unsinnigen Mülltourismus 56
Australiens Giftmüll landet im Revier, 10. Januar, WAZ 57
Kommentar Von Jürgen Polzin Giftmüll aus Australien: Das stinkt 57
Australiens Giftmüll landet in Herten,WR 10.Jan 57
Der WDR berichtet in der aktuellen Stunde: 58
GIFTMULLVERBRENNUNG IN HERTEN, WAZ, 11.01.07 59
Über Müll-Deal nicht informiert, WAZ 11.01.07 59
HCB ist nichts Neues 60
Giftmüll aus Australien Gratwanderung WAZ 11.1.07 61
Explosives aus Down Under 62
Verbotenes Pilzgift Hexachlorbenzol (HCB) 62
Giftmüll - der Protest wird lauter, H.A., 11.01.07 63
11. Jan. Gegner gegen Verbrennung von australischem Giftmüll formieren sich 64
Mehr Klarheit in Sachen Giftmüll, Hertener Allgemeine 12. Januar 07 65
Besorgte Bürger,WAZ, 12.Jan.07 66
Altlasten aus Australien - bleibt Herten dabei sauber? H.A: 13.01.06 66
AUSTRALISCHER SONDERMÜLL IN HERTEN DISKUSSION AM WAZ-MOBIL 67
„Das kann man nicht einschätzen" 67
Nach 23 Jahren Frieden Quelle: WAZ,13. Januar 2007 68
Modernste Anlage der Welt 13.01.2007 /WAZ Lokales / Herten 69
PRO Von Ernst zur Nieden 70
CONTRA Von Friedhelm Pothoff 70
Jeder Schüler geht mit dem Stoff um" 70
REAKTIONEN 71
"Grundsätzlich geeignet"12. Januar 2007 Recklinghäuser Zeitung 72
Wer leicht vertraut, wird leicht betrogen, sagte meine Oma gerne 73
CDU fordert Giftmüll-InfoSamstag, 13. Jan.07 | Hertener Allgemeine 73
Anm.(JJ):Amigo, Amigo 74
Proteste gegen Bayers Gift-Handel KSTA – 17.Jan. 74
Australischer Giftmüll beschäftigt nun den Landtag,H.A.15. Jan.07 75
EMAIL an WEBMASTER 16. Januar 2007 76
Protest gegen Giftmüll nimmt zu, NGZ-Online Dormagen 16.01.2007 77
Giftmüll-Transport, Kölner Stadt-Anzeiger,16. Januar 2007 77
Umweltverbände warnen vor Giftmüll-Importen, KSTA 79
Kritik an AGR-Politik 17. Jan.07 | Hertener Allgemeine 80
Kommunikations-Desaster, WAZ 17. Jan. 81
Proteste gegen Bayers Gift-Handel, KSTA 17.1. 82

Dirty Dozen aus Down Under Taz 17.1.2007 83
Flugblatt die Grünen aus Leverkusen 84
Was können Sie tun? Unterschriftenvordruck, Pro-Herten; NUR; BUND 85
Dr. Reinhard Loske MdB an Uhlenberg 86
„HCB ist für uns Tagesgeschäft“ KSTA 18.Jan. 87
HCB: "Landesregierung muss Transport stoppen" 87
Stellungnahme der UWG-Fraktion 18. Januar 89
Pressemitteilung: Die Grünen -Fraktion im Regionalverband Ruhr 90
Australischer Müll für NRW, taz 18.1.2007 91
Giftmüll kommt! NRZ, 17.01.07 92
Leserbriefe: Veröffentlicht unter: 92
Giftmüllverbrennung 93
evangelischen Kirchengemeinde Herten fordert Moratorium 93
BG90 / Die Grünen 19.01.2007 „Ältestenrat will jetzt Informationen“ 94
Australischer Sondermüll in NRW?, WDR 94
Sonderfall Sondermüll 94
Müll importieren oder Technologie exportieren? 95
Anträge noch unvollständig 95
Keine Notifizierung 12. 1. 07 MUNLV 95
Australischer Giftmüll soll "beim Nachbarn" Bayer verbrannt werden. 96
Giftmülltourismus nach Deutschland (Neues Deutschland) 97
„AGR hat viel Vertrauen verspielt" H.A. vom 22. Januar 2007 98
Die Bezirksregierung: 98
Die Betreiber: 98
Die Politiker: 99
Giftmüll aus Australien ist in Herten unerwünscht H.A. vom 22. Januar 2007 99
Dazu Lesermeinungen 100
Giftiges Gas strömt aus Güterzug,ZDF-Heute: 23.01.2007 101
FDP verteidigt das Geschäft mit dem Giftmüll, KSTA 24.01.07 101
SPD – erst Pro (24.1.) dann Kontra (22.01) was kommt Morgen 102
SPD zum 1. SPD - Mülltourismus lehnen wir ab Herten, 24. Januar 2007 102
Unmut über Giftmüll aus Australien WAZ-Herne 24.01.2007 103
Bürger empört über „Gift-Mafia"Stadt Spiegel- Herten, 25.1.07 104
Krebserkrankungen, Keine Verbindung erkennbar WAZ-Vest 25. Januar 2007 105
AGR will den Umzug nach Herten verschieben, HA. v. 24.01.07 106
DAZU: EMail an RVR 106
Antwort 107

Mit Giftmüll-Transport nicht einverstanden LEVERKUSENER-ANZEIGER 26.01.07 107
Giftmüll: Hilgers kritisiert Bayer NGZ 25.01.2007 Dormagen 108
Abfallgebührenzahler finanzieren die Industriemüllverbrennung mit Leserbriefe v. 26.1.2007 109
Bessere Zukunft verdient Von: Josef Gövert 109
Unterschriften gegen Giftmüll 110
Giftmüll: Bayer geht in die Offensive NGZ - 26.01.2007 Dormagen 110
unsere Oma:Die Zuschauer sind die besten Spieler, HA. v. 27.1.07 111
AUF spricht sich für Ausbau-Stopp des RZR und die sofortige Stilllegung der Anlage aus 112
Alle Hertener sollten Ihre Bürgerrechte wahrnehmen und an die AGR Verantwortlichen schreiben 112
Kredit-Zusage der Stadtwerke Herten an die AGR, UWG 113
Bayer Industry Service: An die Nachbarn des Chemieparks Leverkusen 115
Ungeliebter Import (MUNLV) 115
Presse-Information Bayer Leverkusen 117
Drei Millionen für HCB-Müll Rheinische Post 28.01.07 118
TAZ: Dürfen Giftmüllimporte sein? 119
Sollen sich NRW-Städte diesen Altlasten aus anderen Ländern annehmen? 119
Analyse,Fakten und Emotionen 30. 01.07 - NGZ 121
Protestbrief(J.J.) an den Bürgermeister von Botany-Bay 122
Einladungen u.a. an Podiumsgäste: 123
***Februar* 125**
Öffentlichkeit und AGR 125
Antwort:Von: "Heinz Struszczynski" 126
„Deutsche Anlagen sind die sichersten“ NGZ 31.01.2007 128
Chemiepark lädt nach Bürrig Bürrig, Kölner Stadtanzeiger, 31.01.07 129
The Daily Telegraph" AUSTRALIEN, 1. Feb. 2007 130
The Daily Telegraph, By SAFFRON HOWDEN 131
Ingo Gödeke BUND-Chemieexperte in Sachen Müllentsorgung 132
Struszczynski’s Antwort 133
Expertenrunde zum Thema Giftmüll; H.A. Sonntag, 4. Februar 2007 137
Gift-Müll aus aller Welt nach NRW, www.welt.de v. 04.02.2007 137
Bayer um Offenheit bemüht - NGZ-Online, v. 05.02.2007 139
Dominikanische Rep. exportiert Giftmüll nach Deutschland,dominicananews, 5.2.07 140
Lesermeinungen 141
Australier schicken Giftmüll nach Deutschland HANDELSBLATT, 05. 02.07 142
NRW will gefährlichen Giftmüll-Import drosseln H. A., 06.02.2007 143
„Das Geld heiligt die Mittel" H. A. vom 6. Februar 143
RZR Herten als „Müll-Klo" / Uhlenberg schlägt bei Gabriel Alarm 144

Kommentar: Die Auswüchse des Mülltourismus' 145
3.721 Protest-Unterschriften auf dem Weg nach Australien, H. A.6.2.07 146
Räte gegen Giftmüll, TAZ v. 06.02.07 146
Land greift nach Giftkrone, taz NRW vom 7.2.2007 147
"Eine verhängnisvolle Fehlentwicklung", Interview - B.Höhne TAZ 7.2.07 148
Quelle: NRW Lokalradio Hit Radio Vest 07.02.2007: Link Audio 149
Podiumsdiskussion - Diesen Müll will keiner haben HA.7.2.07 149
Transport über große Distanz bereitet große Sorgen 150
Jetzt beginnt die Suche nach Beweisen, Hertener Allgemeine v. 07.02.07 151
Drei Stunden -zu wenig Zeit für so viel Zorn 152
Bürger haben Angst vor Gift im RZR Quelle: Stadtspiegel v. 8.2.2007 153
Bildergalerie (Fotos Reinhard Bömke Pro-herten / NUR) 155
Hierzu folgende: Filmbeiträge zur Podiumsdiskussion 156
RESULUTION, 7.2.07 157
Resolution deutsch 157
Resolution English 157
Städte, die Resolutionen gegen den Orica-Giftmüllimport erlassen haben 158
Vergleiche Australien/Deutschland 159
SPD-Kreistag an Jochen Welt: Abenteuer Australien beenden 160
Wie Lobbyisten an den Fäden der politischen Marionetten ziehen 160
UNGLAUBLICH ABER WAHR! 161
Unwissenheit oder geziehlte Unwahrheiten Stellungnahme Pro-Herten, (J. Jürgens) 162
Hallo aus Brunsbüttel 162
Zu erwähnen ist zu Dr. Ludwig Ramacher ! 163
Meldung aus Australien, kein nennenswerter Widerstand in Deutschland 163
Rohübersetzung ohne Gewähr 164
Marler GRÜNE solidarisieren sich mit Hertener Giftmüllgegnern 165
Giftmüll: Widerstand formiert sich, NGZ-Online - 8. Februar 2007 165
Brunsbüttel Drehkreuz für Giftmüll BRUNSBÜTTELER ZEITUNG, v. 09.02.07 166
Giftmüll: Warum schweigt die Stadt? Brunsbüttel 167
Wie der Müll hierher kommt 168
KOMMENTAR Von Stefan Schmid: Giftmüll: Allesfresser 169
"Keine kritische Frage im AGR-Aufsichtsrat" Hertener Allgemeine (Kreis) v. 09.02.07 169
Politiker nur formal einig gegen Giftmüll Teure Verpackung , WAZ v. 09. 02. 07 171
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, im Rat der Stadt Recklinghausen (Resulution 9.2.07) 172
Neue Studie liefert Argumente für niedrige Feinstaub-Grenzwerte 173
■ KOMMENTAR: Scheingrenzwerte für Europas Städte 174

Minister verspricht Unterstützung, H.A. 174
Rat fordert Stopp des Giftmüll-Projektes H.A. 175
Bündnis90/DieGrünen SV Herten Pressemitteilung/offener Brief 8.2.2007 175
Giftmüll für Bayer www.welt.de 11.02.2007 176
Die globale Verantwortung des Umweltministers Gabriel (SPD), 178
Email Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org] An: J.Jürgens 179
Email Von: Harald .Rohmann An: 'europabuero(at)jutta-haug.de' 180
Gift und Gebühren wecken Interesse am Müll Von Danijela Budschun 180
Nein zu Giftmüll aus Australien, 10. 2.07 |: Ruhr Nachrichten (Castrop-Rauxel) 181
Giftmüll WDR vom 11.02.2007 182
Proteste gegen Giftmüll in Herten Ev. Kirchenkreis RE-14.02.2007 183
Anfrage der BG90 zu Giftmüllimporten in NRW; 7.2.07 184
Gezinkte Karten im Gift-Geschäft , WAZ (VEST)Freitag, 16. Februar 2007 186
Presse-Erklärung: B90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Steinburg - C g B e.V. vom 16. 02. 07 187
Dormagener Agenda 21 hatte zum Thema Giftmüll-Verbrennung 188
Stoppt den Giftmüll-Tourismus zu Bayer- Dormagen. Sofort. 188
Juta Haug: "Nichts als Müll im Kopf" sh: hier (Link) 189
Der Dreck der Anderen, Quelle: Spiegel 8 / 2007 190
Englische Version Burning the World's Waste GERMANY'S BOOMING INCIN ERATION 192
„Giftmüll besser hier verbrennen“ LEVERKUSENER-ANZEIGER.DE 16.02.07 194
Wo die Giftfracht rollen soll... Hamburger Abendblatt, 18.2.07 195
11000 TONNEN HCB-SONDERMÜLL AUS AUSTRALIEN Gifttransport durch Hamburg 197
„Verstoß gegen die Baseler Konvention“, Brunsbüttler Zeitung 17.02-07 197
Dreimal Feueralarm im RZR, Quelle:Hertener Allgemeine 19.02.07 198
Minister lobt Müll-Import Hertener Allgemeine v. 19.02.2007 199
Otto’s Lerchenblatt zum RZR, Auszug 199
Ein Schiff wird kommen, TAZ vom 19.2.2007 201
152B AGR-Herten Report Berichtet in einer Februar Sonderausgabe 202
In Eigener Sache(AGR) (AGR Sonderausgabe Herten Report S.1) 203
Pfarrer Burkhard Müller:„Wie leben wir und wie wirtschaften wir? 204
Lob für den Umweltstandard (AGR Sonderausgabe Herten Report S.4) 205
Nach Informationsaustausch und Rundgang durch das RZR Herten, welchen Eindruck nehmen Sie mit nach Hause? 206
Sich dem kritischen Blick der Bürger stellen (AGR Sonderausgabe Herten Report S.4) 207
Bestmögliche Kombination von Verbrennungstemperatur und Rauchgasreinigung 207
Resolution Against the Import of Australian Toxic Waste 208
Giftmüll-Uhrsteht auf fünf vor zwölf Brunsbüttel boyens-medien 20.02.07 209

Kommentar Von Jörg Lotze: Beleuchtet 210
Jetzt soll der Senat den Giftmülltransport durch Hamburg verhindern 211
Email-Presseerklärung (Staatliches Umweltamt Land Schleswig-Holstein v. 20.2.07 211
Giftmüll - Behörden erhöhen den Druck Quelle:H. A., Zeitungshaus Bauer 20. 02.07 212
»Wir sind kein Giftmüllklo der Chemieindustrie« Junge Welt v. 20.02.07 212
Keine Genehmigung für die Anlandung von krebserregender Fracht 213
Giftmüll Transport durch Norddeutschland vorläufig gestoppt 214
Müll-Deal mit Australien gefährdet Hamburg; JOURNALISMUS 19.2.07 214
Giftmüll-Transport vorerst gestoppt Quelle: Onlineausgabe Pinneberger Tagesblatt 22.02.07 216
Sie fordern: Stoppt Giftmüll-Transporte Hamburger abendblatt,22.02.07 217
Giftmüllfuhre vorerst untersagt taz 22.2.07 217
Brunsbüttel:WIR plant Anti-iftmüll-Resolution 218
POLITIK zum Giftmüll in Schleswig Holstein 219
Presseinformation 220
Grüne SH Fraktion 220
FDP Landtagsfraktion Schleswig-Holstein 221
CDU-Fraktion 223
SPD-Fraktion 223
SSW 224
Südschleswigscher Wählerverband 224
Aktuelle Stunde im Landtag NRW 226
Kleine Anfrage 1335 der Abgeordneten Margret Gottschlich SPD 231
Im Vergleich ist das RZR nicht so gut; Hertener Allgemeine; 26.2.07 231
Messergebnisse 232
Auch im Norden Aufregung um Giftmüll-Import,H.A. v.23.02.2007 233
Struszczynski kommentiert: Pressesprecher LANU » weiß möglicherweise nicht, was er sagt.« WAZ v. 23.02.07 233
Verb(r)annt 233
Australischer Giftmüll bringt NRW in Verlegenheit, Rheinische Post, 23.02.07 234
MdB Schwabe zum RZR – Antw. V. 23.02.2007 234
23.02.2007 Antwort von Frank Schwabe 235
Pressemitteilung Pro-Herten – Australien hat Entsorgungsmöglichkeiten 236
Email aus Australien DESTRUCTION OPTIONS IN AUSTRALIA 236
Rohübersetzung: 237
DESTRUCTION OPTIONS IN AUSTRALIA Dolomatrix 238
Antwort Drucksache 14/3555Müllentsorgung im RZR in Herten, Landtag NRW 239
Antwort zum Thema Giftmüll Quelle:KSTA v.22.02.07 240
Giftmüll aus Australien stoppen, Waltrop, 24.02.2007 | Bauerverlag 241

Wahlkamp bei den „Roten“ in Australien mit Hilfe des Giftmülls 241
Schwirske zum australischen Genossen..... 242
..... 243
Michael Daley’s Hilferuf 243
„Australien kann den Giftmüll entsorgen!“ Quelle: H.A. 23. Februar 2007 246
EU-Kommission bestätigt: NRW kann Import australischen Giftmülls untersagen wdr.de/radio/ 246
Kein Giftmüll aus aller Welt, Dormagen 24.02.07 247
Der Minister kneift, TAZ, 24.02.2007 249
Leverkusen Massenprotest gegen Giftmüll RP Online 24.02.07 249
Grüne geben RZR schlechte Noten WAZ 26.02.2007 250
Löschanlage erstickt Flammen im RZR, H. A. 26.02.2007 250
Welt kritisiert Müll-Import, Hertener Allgemeine 28.2.07 251
Landtag Info, Diskussion übe Giftmüll erneut entbrannt 251
Brunsbüttel, Magnussen CDU: Kritik an WIR und Grünen 252
BDE warnt vor Panikmache wegen Importen 253
Ramacher (Redmondis) und Pro-Herten 254
Antwort Von: J.Jürgens (RX) [mailto:webmaster(at)pro-herten.de] 254
Erwiderung Von: ludwig.ramacher(at)remondis.de 255
Kein Transport von Giftmüll durch Hamburg SPD – Monika Schaal 256
URGENT RESPONSE NEEDED - HCB Hilferuf aus Australien 257
„Australien kann den Giftmüll selbst entsorgen“ 28.Feb.2007 258
Vertrauensverlust bei den Menschen, 28.Febr. 07 Rheinischer Anzeiger 258
Presseerklärung der Dormagener Agenda 21 3. März 2007 259
Kein Ermessensspielraum bei Genehmigung von Sondermüll-Importen aus Australien 260
Anlage: 262
Auflistung der Einwandsgründe:..... 263
März*..... *264
Pro-Herten-Antwort auf AGR- Betriebsratunterstellungen 264
Emailanfrage des Southern Courier an Pro-Herten 265
Australien, unser Müll sollte nicht in bewohnter Umgebung vernichtet werden 265
Detlef Matthiessen, MdL, (Grüne) Email an Malcom Turnbull 266
Ungeliebtes HCB, 2.3.2007, taz 267
Brunsbüttel, Resolution gegen Giftmüll abgelehnt- Brunsbütteler Zeitung 267
Moral verkauft, Kommentar von Stefan Schmid Brunsbütteler Zeitung..... 268
Umweltgifte und Imageschäden ev.Kirche Herten 269
Laufzeit des Projektes beträgt drei Jahre, 3.3.07 Brunsbütteler Zeitung 269
Bürger wollen Giftmüll nicht dulden; 5.März 2007 Brunsbütteler Zeitung 271

CDU-Landtagsabgeordneter Karl Kress äußert sich erneut zum Giftmüll. NGZ-Online 272
Abgeordnete in Konzern-Diensten ... 273
„Giftmülltransport darf es nicht geben" 7.3.2007 • Hertener Allgemeine 276
Schwabe (SPD-MdB):„NRW muss über Giftmüll entscheiden“ 6. 3.07 H.A. 277
Im Landtag, wer genehmigt Giftmülltransporte 278
BG90 Antrag an RVR "Keine Verbrennung von australischem Giftmüll im RZR“ 288
Pressemitteilungen - FDP Kreisverband Dithmarschen v. 8.3.07 289
Neuer Zündstoff in den Auseinandersetzungen um die Verbrennung von HCB 291
Diskussionen um die Zahlen des LANUV 292
ZUR SACHE ... 293
Ist die Genehmigung nun doch fraglich? 7. März 2007, Rheinischer Anzeiger 293
Agenda21, Dormagen "Wir haben die Bayer-Mitarbeiter nicht beleidigt" 294
Die AGR verschenkt Millionen: Die Spur der Millionen 295
Privat längst pleite ... 295
Überweisung ... 296
AGR (Struszczynski) behauptet, Bösennotierte Firma nicht leistungsfähig 297
Australische Anlagen sind „nicht geeignet" 10.03.07 H.A. 298
Email Australische Anlagen sind "nicht geeignet 298
Stellungnahme NTN Australien an die australische Regierungsstelle 300
Conclusion ... 311
Blick auf den Bürriger Ofen, Kölner Stadtanzeiger, 10.03.07 311
AGR kommt um Rüffel herum, 13.03.07,Hertener Allgemeine 312
Grüne scheitern mit ihrem Antrag WAZ, Mittwoch, 14. März 2007 313
Enttäuscht vom „lieben Lothar“, 14.03.07, Hertener allgemeine 314
Anwort des BMU an J.Koppelin (FDP-SH) 314
AGR- Mitarbeiter verabschieden Resolution gegen populistischen Aktionismus 317
Email von Genosse zu Genosse 319
Memorandum für Minister, Konzertierte Aktion der Müllgegner Brunsbüttler Zeitung, 14.03.07 320
BG90/Grüne-Herten: Pressemitteilung/offener Brief zum RVR-Antrag 321
Giftmüll – Kritik aus Steinburg an Transport; 15.03.07 Brunsbütteler Zeitung 321
UBP-Fraktion im Rat der Stadt Herten zum Abstimmverhalten im RVR 322
11.000 Protest-Unterschriften für Umweltminister Uhlenberg übergeben 15.03.07 322
Keine Rechtsgrundlage für Entsorgung HCB-haltigen Mülls aus Australien in Deutschland ... 323
Fazit: ... 324
Bewertung: ... 324
Schlussfolgerungen: ... 325
Dokumente: ... 325

Presse Information Unterschriftenübergabe vom 15. März 2007 (Pro-Herten) 326
Bilddokumente Unterschriftenübergabe im MUNLV 326
Giftmüll: Unterschriften übergeben, v. 16.3.2007 NGZ-Online 329
Minister gegen Giftmüll aus Australien, 15. März 2007 Hertener Allgemeine 330
„Minister steht auf der Seite der Bürger“, v. 16.03.07 LEVERKUSENER-ANZEIGER-KSTA 330
Bündnis90/Die Grünen SV Herten Pressemitteilung 330
SPD:SCHRIFTLICHE ANFRAGE AN DIE BUNDESREGIERUNG 331
Oma sagte:Wort ohne Tat ist ein Acker ohne Saat, v. 17.03.07 H.A. 332
Email Manfred / Marian, zweifeln an den rechtlichen Möglichkeiten 333
Von: Mariann Lloyd 333
Funkbrücke gegen Giftmüll, v. 16.03.07 Ruhr Nachrichten / Münstersche Zeitung: 333
VK2EDD zur pol.Situation (MP3) 334
Der Dreck der anderen, v. 17.03.07, Deutschland Funk 335
Ton-Mitschnitt (MP3) 335
Australischer Giftmüll in der Warteschleife, 20.3.07, Agenda21 337
Brand im RZR ist schnell gelöscht 21.3.07, H.A. 338
5. Brand im RZR innerhalb eines Monats, EMail C.B. an AGR 338
Antwort von Heinz Struszczynski 338
Feuer im RZR: AUS DER VERGANGENHEIT: 339
Brand hält Wehr bis 2 Uhr auf Trab 340
Giftmüll in den Hochofen?, 22.3.2007 ,NGZ-Online 340
Darauf Antwort sh.folgende Email: 341
Erwiderung 342
Presseerklärung der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN 343
SPD/Grüne im Landtag:Worte in Taten umsetzen: Giftmüllimport aus Australien nicht genehmigen! 344
Der Landtag beschließt: 345
Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ... 346
Der Landtag beschließt als Grundsätze eines Sonderabfallwirtschaftsplans: 346
Protestnote an die Australische Botschaft 346
Giftmüllimport beschäftigt Landtag von NRW, 26.03.07 Hertener Allgemeine 347
Müllverbrennung auf dem Bauernhof WAZ-26.03 348
Nichts neues aus Australien (Email) 348
Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 90. Sitzung. Berlin, den 28. 03 07 349
Pro-Herten zu: Das schmutzige Dutzend 353
Die Linke: Bundesregierung hat Instrument in der Hand, um Giftmülltransporte aus Australien zu verhindern 354
Müll ist Ländersache, 354
Dritte-Welt-Müll nach Herten? Titelseite H.A. v. 29.03.07 355

Dazu der Kommentare: Der Giftmüll und die Politik 355
263 Katholiken unterschreiben gegen Giftmüll v. 30.3.07 Hertener Allgemeine 356
SPD protestiert gegen Giftmüll 31.03.2007 Hertener Allgemeine 356
Infostand SPD Herten/Mitte-SüdSPD Giftmüll aus Australien? 357
Worum geht es? 357
Was ist das Problem? 357
Was wollen die Sozialdemokraten? 357
Landtag Plenarprotokoll Nordrhein-Westfalen 14/57 359
Nach Drei Monaten die Antwort aus dem Australischen Umweltministerium 364
Schmutzige Geschäfte mit Hexachlorbenzol aus Australien, v. 28.03.07 Neue Rheinische Zeitung 365
Zahlreiche Proteste 366
Erste Erfolge – nur nicht in Dormagen 367
NRW-Umweltminister duckt sich weg 367
BAYERs Müll-Ofen produzieren Giftstoffe 368
Fünffache Krebsraten in Dormagen und Leverkusen 368
Die Unfälle 368
Das CBG-Engagement 369
Abgeordnete unterstützen den Konzern 369
NRW Sondermüll-Importland Nr. 1 370
Deutscher Bundestag Drucksache 16/4925 Kleine Anfrage BG90 29. 03. 2007 370
Antwort der Bundesregierung 373
Appell zum Thema Giftmüllverbrennung und Gesundheit Bündnis90/Die Grünen SV Herten 379
Email-Anfrage vom Sydney Morning Herald newspaper, Australia 380
Antwort Von: J.Jürgens (381
Erwiderung Von: Deborah Cameron 381
Titelsite H.A. Dritte-Welt-Müll nach Herten?, 29.03.07 381
Kommentar , Der Giftmüll und die Politik 382
Dazu: Leserbrief/Pressemitteilung von Pro-Herten 383
Antrag der Gruppe der Linken im Kreistag zur Preisbildung beim Haus- und Sondermüll 383
SPD protestiert gegen Giftmüll Medienhaus Bauer; 31.03.2007 385
***APRIL* 386**
Gegen HCB, jedoch fragwürdige Erwerbsquelle der CBG, 1.4.07? 386
Giftmüll: Australische Behörden rühren sich nicht; 12.4.07 – Brunsbütteler Zeitung 388
Ministerantwort auf städtische Resolutionen April 2007 389
Emissionen vermeiden ; Avoiding emissions ,J.Jürgens, Pro-Herten, 6. Apr. 07 391
Geschäftsführer AGR äußert sich im Stile seines Pressesprechers (Blickkontakt 1/07) 391
Garrett backs German toxic waste plan, 16.04.07 393

Peter Garrett (aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie) 394
The toxic trade bonanza, 16.04.07, Sydney Morning Herald, Deborah Cameron 394
The critics' worst fear is a catastrophic spill. 395
Der Weg ist frei - Giftmüll aus Australien rückt an, 16. April 2007, Recklingh. Zeitg. 396
60.000 Fässer aus Australien Giftmüll-Import rückt näher, N-TV 396
60.000 Fässer mit Krebs erregendem Chemie-Abfall sollen von einem Lager in Australien zur Entsorgung nach Deutschland gebracht werden 397
Australien einig: Giftmüll soll weg, 17.4.2007,TAZ 397
AGR klagt über populistische Politiker, WAZ, v. 17.04.07 398
Dazu Kommentar ausgebaut 398
POLITIK, Giftmüll für Deutschland Aus der Berliner Morgenpost vom 17. 04. 07 399
Die Linke: Nicht nach dem Prinzip „Hoffnung“ verfahren 400
Umweltbundesamt: Hexachlorbenzol: Abfälle sicher entsorgen 400
Hexachlorobenzene: Safe disposal of waste(engl) 401
Hoffnung noch nicht aufgegeben, Hertener Allgemeine v. 18.4.07 402
Hafengesellschaft in der Kritik, 18.04.07,Dithmarscher Landeszeitung 403
Weg frei für Export-Lizenz? 404
Rollt der Giftmülltransport nun doch?, Hamburger Abendblatt vom 17.04.07 405
Australien schickt Giftmüll nach Deutschland, Quelle:Die Welt vom 17.04.2007 405
Keine Erlaubnis für Müllimport, 18.04.07, NGZ 406
Erklärung aus Australien fehlt 406
Bayer wartet 407
Umweltbundesamt für HCB-Verbrennung 19.04.07, H.A 407
In Sachen Giftmüll wird jetzt Dampf gemacht, stellt Gregor Spohs Oma fest 408
BG90 für eine Klärung der zusätzlichen gesundheitlichen Gefahren durch Giftmüllimporte nach Herten 409
Email:BAN has certainly been involved in opposing this shipment early on. 410
Email: Von: Mariann Lloyd-Smith „excited about Peter Garret” 411
CBG Email-Activity (Email) 412
Südafrika kommt mit in Boot (Email) 413
Minister ist gegen Müllimport, 20.04.07, Leverkusener Anzeiger 414
Pressespiegel zur Veranstaltung des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft im RZR Herten , 24.04.2007 414
Der BDE schreibt in seiner Pressemeldung 415
"Australien ist keine Industrienation", H.A. 416
Es bleibt beim Giftmüll-Geschäft , WAZ 417
Es kommt ein Schiff geladen , TAZ 418
Noch kein grünes Licht für den Giftmüll Westfälische Rundschau, v. 24.04.07 419

"Wozu nur der ganze Trubel?" NRZ-online, v. 24.04.07 419
Verbrennung von australischem Giftmüll? ‚Süddeutsche Zeitung v. 24.04.07 421
Giftmülldorado Deutschland VDI nachrichten, Leverkusen, 27. 4. 07, 421
Hexachlorbenzol 423
Das Stockholmer Abkommen 423
***MAI* 423**
Antwort der EU an BUND-NRW 424
Landespressekonferenz BUND, 2. Mai 2007 425
Supergift auf der Halde, WAZ 3.Mai 07 428
Dioxin im Laub -"Uralt und überholt", WAZ, 4.5.07 428
MEDIENMITTEILUNG (Halde/AGR) 429
"Keine Gefahr auf der Halde", H.A.,21.05.2007 430
Das RZR, das Laub, das Dioxin Das Supergift WAZ, 21.5.07 430
"Ohrfeigen für die Landesregierung" NRZ, 03.05.2007 431
Der australische Giftmüll und der Minister vom Rhein 432
Grünen stinkt's gewaltig Westdeutsche Allgemeine Zeitung 3.5.07 433
Giftmüll-Transporte aus Australien sorgen erneut für Wirbel Rheinische Post 03.05.07 433
NRW-Umweltminister kann australischen Giftmüll-Import verbieten dpa 433
Streit um Giftmüll geht weiter, KSTA, 2.5.07 434
NRW-Umweltminister kann australischen Giftmüll-Import verbieten Kölnische Rundschau, 2. Mai 07 434
Australischer Giftmüll bleibt Streitthema HA, 3.5.07 434
Minister soll Giftmüll verbieten TAZ –NRW v. 3.5.07 434
RUNDFUNKSENDUNGEN - WDR 435
Uhlenberg soll Giftmüll-Transport verhindern (16:41 Uhr) 435
Streit in NRW über Giftmüll-Transport (15:43 Uhr) 435
Weiter Streit um australischen Giftmüll 435
Uhlenberg soll Giftmüll-Transport verhindern (14:46 Uhr) 435
Grüne fordern Verbot - Uhlenberg: Offizieller Antrag liegt noch nicht vor - Streit um Giftmüll-Transport 436
Vest: KeinenErmessensspielraum beim Giftmüll WAZ, 4.5.07 436
Giftmüll erhitzt die Gemüter Westfälische Nachrichten 8.5.07 437
Giftmüll vor der Haustür Westfälische Nachrichten, 8.Mai 07 437
BDSAV lässt die Hosen runter, Dokumente aus der Vergangenheit 439
Die Mitglieder: 439
Charta 439
Steine im Drehrohr-Ofen ausgetauscht - Wartung der SAVA – Aufträge aus dem Ausland 444
Monitor-Beitrag: Müllofen der Welt - Das lukrative Geschäft mit dem Import-Müll 445
Wackelige Bürgschaft kostet AGR 38 Mio Euro WAZ, A.Wölke 447

Wackelige Bürgschaft kostet AGR 38 Mio Euro WAZ05.05.2007 / Aus dem Westen / Marl 447
Ungewisse Zukunft: 448
AGR: Insolvenz nicht ausgeschlossen - ruhr-nachrichten 448
Email Pro-Herten: Betreff: Darlehenssicherheit Stadtwerke, 449
Giftmüll: Hafengesellschaft spricht mit Kritikern, BRUNSBÜTTELER ZEITUNG, 5.5. 07 ; 450
Strafanzeige gegen Unbekannt / AGR mbH – Die Linke 451
Landrat ermahnt die AGR-Kritiker 15. Mai 2007 | Quelle: Recklinghäuser Zeitung 452
EMAIL-Grüne(Australien) an Malcom Turtnbull 452
Antwort Von: J.Jürgens 454
Riskante Bürgschaft rächt sich millionenschwer, H.A. 454
Betreff: Offener Brief an den Landrat J. Welt in Sachen AGR 455
Email Von: Ursel Heinz [mailto:urselhz(at)gmx.de] 456
POL-DO:Gefahrguttransporter im Kreuz Castrop umgekippt 456
Gefahrguttransporter umgekippt / Giftiges Gemisch verloren Quelle: http://mz-online.de 457
Was nicht sein kann ist trotzdem Realität- Dioxin-Unfall (WAZ, 22.Mai) 458
Australiens Regierung genehmigt vorläufig den HCB-Export, 25. Mai 2007 458
Email- schlechte Nachricht aus Australien von Mariann, 26.5.07 460
Australischer Umweltminister genehmigt Giftmüll-Export, H.A. v. 26.5.07 460
Ausland Regierung in Canberra fasst Beschluss Tagesschau 26.05.2007 461
Australien will Giftmüll in Deutschland loswerden, Focus-Online 462
Emailinterview, Angelika Wölke(WAZ) Dr. Mariann Lloyd-Smith PhD(LAW) 462
Email v. Mariann 30.5.07 464
Giftmüll-Gegner hoffen weiter H.A. 31.5.07 465
60 000 Fässer Giftmüll per Zug und Schiff, einmal um die Welt Westfalenpost 30.5.07 468
Gift vom anderen Ende der Welt Süddeutsche Zeitung, v. 30.5.07 469
Heißer als Magma 470
Müll-Dorado (Kommentar SZ) 471
Der Protest formiert sich. waz.de/vest Dienstag, 29. Mai 2007 471
Viele Behörden sind zuständig 472
Uhlenberg: Erklärung der australischen Regierung ist dürftig 472
Australischer Minister eine Marionette seiner Chemieindustrie? 473
Leserbriefe- teils seltsam durchschaubar 1.6.07 473
Antworten zum Leserbrief „Büttner“ H.Steffe 474
Antwort:Joachim Jürgens 475
Antwort des Herrn Sven Büttner – der Höflichkeit halber ohne jeglichen Kommentar 476
AUF-Herten (MLPD-Nahestehend) lädt anonym ein zum Giftmüllprotest 479
AUF-Flugblatt ohne Impressum – Zufall? 480

Montag, 04.06., 20 Uhr 480
Newsletter aus Australien (Umweltministerium) 1.6.07 481
Email zu ARD-Tagesthemenbeitrag „Giftmüllimport“ 481
Hier der ARD-Tagesthemen Video-Beitrag, 1. Juni 2007 481
Pro-Herten: Akteneinsichtanfrage an BZ-Münster 482
Antwort Von: Brintrup, Jost [mailto:Jost.Brintrup(at)bezreg-muenster.nrw.de] 484
Schreiben des Australischen Ministeriums für Umwelt und Wasserhaushalt (Umweltministerium) vom 23.05.2007 Rohübersetzung 484
Original-Korrespondenz 485
Heading to Germany: 22,000 Tons of Toxic Waste 487
Heading to Germany: 22,000 Tons of Toxic Waste 488
79,27 Prozent stimmen gegen Giftmüll H.A. 14.Juni 2007 489
Kleine Anfrage / Antwort BG90 Schleswig Holstein 489
HCB may soon head offshore village voice 490
Botany may soon be free of its highly toxic waste pile of HCB. 490
Related articles:Orica could send toxic waste to Germany 491
***JUNI* 492**
Oricas: Miese Tricks in Sachen Dolomatrix? 11. Juni 2007 492
Australiens Kameraden 493
***GIFTMÜLLIMPORT GESTOPPT* 493**
Giftmülltransporte gestoppt - Breiter Widerstand aus Herten und Umgebung zeigt Erfolg 493
NRW-Minister: Keine Importgenehmigung für Giftmüll, 15.6.07 494
Pressemitteilung: Uhlenberg stoppt Abfall-Importe aus Australien 495
Dear visitor 496
Schleswig Holsteins Ablehnung 15.2.07 497
Audio: Beitrag - HIT Radio fest 15.6.07 und 16.6.07 498
Dr Mariann Lloyd-Smith PhD (Law), Beitrag 1 – Beitrag 2 (englisch) 498
TV-WDR-Beiträge: Aktuelle Stunde / Lokalezeit Dortmund 498
What Aussies don't want Germans should accept (Link) 498
Germans cause stink by refusing to take our toxic waste (SMH) 498
Deutsche Rohübersetzung 499
Greens slammed over HCB , village-voice 26.6.07 500
Grüne haben das HCB-Geschäft zerschlagen, Rohübersetzung 501
The German People stopped Orica’s crazy plan. Stellungnahme Pro-Herten 502
Sydney stuck with world's largest chemical dump 504
AGR - Stellungnahme zum Importverbot 505
Pressespiegel:16.06.07 Hertener Allgemeine 506

Pressespiegel WAZ 513
Pressespiegel. (sonstige Medien) 517
Kein Schiff wird kommen16. Juni 2007, taz NRW ... 517
WDRonline, 15. Juni 2007 -Landesregierung lehnt Anträge ab 517
Kein Giftmüll aus Australien ... 517
Kein Export von Protesten ... 518
Ablehnung auch in Schleswig-Holstein ... 518
Dormagen, Australischen Giftmüll gestoppt, NGZ 518
NDR-Fernsehen:Ministerium: Kein Giftmüll nach Brunsbüttel 519
Proteste auch in Hamburg ... 520
Anfrage noch nicht gänzlich vom Tisch ... 520
WDR:Kein Giftmüll aus Australien 520
Sondermüll ist dort zu entsorgen, wo er anfällt ... 520
Schleswig-Holstein lehnt Import ebenfalls ab ... 521
Kein Giftmüll aus Australien nach NRW – 521
Kein Schiff wird kommen, 16.06.07, TAZ 522
Grüne: Dank an Pro-Herten 523
Ein Sieg über die Mülllobby! BG90/Grüne 523
UBP-hat es geschafft 524
AUF:Wir wollen den Erfolg feiern 525
Giftmüll-Transport endgültig vom Tisch 16. Juni 2007 BRUNSBÜTTELER ZEITUNG 526
Oricas- Treatment Option: Export 529
Minister for Environment and Water Resources Announcement ... 529
The Waste ... 530
German HTI Facilities ... 530
Reasons for Seeking Export ... 531
Response to Debate about Lodgement of Orica's Application ... 532
Logistics of Export ... 533
Conclusion ... 534
Anhang: Giftmüllimporte hier: Struszczynski gegen Jürgens ... 535
Offener Brief der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AGR Unternehmensgruppe 536
Mitarbeiter im RZR sind sauer Quelle:207/6 Stadtspiegel. LOKALSPIEGEL 537
J.Jürgens Erwiderung in einem Offenen Brief and Herrn Klink 538
TAZ berichtet über „Müllmafia“ (Richtigstellung) ... 539
Entsorger AGR sagt Info-Abend ab, 20. Februar 2007, QUELLE: Recklinghäuser Zeitung ... 540
Email Jürgens an Struszczynski Betreff: pauschalisierende öffentliche Attacken 20.02.07 ... 540
Antwort von Struszczynski 21. Februar 2007 ... 541

Struszczynski‘s Strafbewehrte Unterlassungserklärung 542
Email an Justiziarin wegen Vollmacht Struszczynski 544
Strafbewehrte Unterlassungserklärung geändert 546
Ich will aber meine Unterlassungserklärung 547
Email von Schwirske an Struszczynski 24.02.07 548
Struszczynski Antwort an Schwirske 549
Gesammelte Merkwürdigkeiten, von H.H.Holland v. 22.02.07 551
Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen 553
Die Linke Offene Fragen zur AGR müssen geklärt werden25. Juli 2007 553
Mit Erleichterung hat Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) den Vergleich zwischen der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhr mbH (AGR) und dem Insolvenzverwalter der Firma Brochier zur Kenntnis genommen. 553
Neuer Knatsch um AGR, diha/NRZ) 12.08.2007 553
Abfallgesellschaft Ruhrgebiet droht Pleite Von David Schraven Die Welt online,13. 08.07 554
Es drohen Haft- und Geldstrafen 554
Sicherheitsleistungen vom Regionalverband Ruhr 554
AGR hat Geld schon kassiert 555
Müllfirma muss Millionen zahlen14.08.2007 / WAZ Politik / Mantel 555
AGR droht für 2006 ein Minus von zehn Millionen Euro14.08.2007 / WAZ Lokales / 555
AGR muss auch nach Berlin zahlen Radlerin verletzt14.08.2007 / WAZ Lokales / Castrop-Rauxel 556
AGR-Mitteilungen Stellungnahme zur Berichterstattung 557
Anfrage dpa vom 7. August 2007 557
Die Antwort der AGR vom 7. August 2007 557
Verfügbare Ton- TV- Dokumente 559
Verfügbare Audio-Beiträge 560
CQ-VK2EDD (mp3) 560
DLF-17.03.07 (MP3) 560
HitRadioVest MP3-1| MP3-2| MP3-3 560
Dr. M.Lloyd-Smith-1- 560
Dr. M.Lloyd-Smith-2- 560
WDR-Antrag (MP3) 560
ONLINE-Beiträge (aktive Internetverbindung notwendig) 560
Das Orica- Geschäft, u. A. Hintergründe, Interview Fraktionsvorsitzender (Grüne) D.Kullik 560
Prof. Dr.-Ing. A. Rinschede (FH-Gelsenkirchen) zum HCB- Geschäft 560
HCB- Podiumsveranstaltung 560
Mehr Demokratie wagen, TV-Emscher-Lippe Interview mit Pro-Herten-Aktivist J. Jürgens 560
Für Dr. Stephan Harmening, Hauptgeschäftsführer des BDE e. V., ist die Entsorgung australischer Sonderabfälle in Deutschland die ökologisch beste Lösung. 560

Kein Schiff wird kommen 560
Nachtrag ***561***
Email aus Australien, Hinweis auf Klage Orica gegen BRD 561
Orica holds to toxins export plan 561
Technical fix for toxic stockpile? ***562***
Closed-loop system 563
Murky history 563
Legal dispute 564
Moving forward 564
Januar/Februar 2008 ..... ***565***
Orica lässt nicht locker 565
Follow up to my last email 565
Technical fix for toxic stockpile? 566
Kommisar Zufall 568
Wie sich eine Sekretärin aus versehen verplappert 568
Umweltminister (SH) will durch Bürger Belege, die Min Uhlenberg (NRW) 2007 erbracht hat! 568
Weltfirma feilscht um 500.000$, wenn's um den Umweltschutz geht 570
Judge says enviro audit not enough to release clean-up bond ***570***
Herten beim Giftmüll außen vor? 571
Giftmüll soll nicht mehr im RZR landen 571
Australischer Giftmüll soll jetzt nach Schleswig-Holstein 571
Wird er doch in Brunsbüttel verbrannt? 572
Brunsbüttel: Giftmüll kommt 573
Der Giftmüll-Bumerang 573
Giftmüll aus Australien: 573
Kommt Giftmüll aus Australien doch noch? 574
Giftmüll-Gegner vom Minister enttäuscht 574
Schleswig Holstein veröffentlicht das Rechtsgutachten des LANUV-NRW ***575***
Australia's Hazardous HCB Waste – JUNE 2008 ..... ***575***
HCB - persistent organic pollutants (POPs) for the Stockholm Convention on POPs 2001 575
Orica's HCB Botany Stockpile 575
International Obligation 576
Herten war gestern: Giftmüll soll jetzt nach Dänemark ***577***
Castrop-Rauxel, 28.11.2008, Angelika Wölke 577
Herten was yesterday: toxic waste goes now to Denmark ***578***
WAZ Castrop-Rauxel, 28.11.2008, Angelika Wölke 578
Australia's Hazardous HCB Waste ***578***

HCB - persistent organic pollutants (POPs) for the Stockholm Convention on POPs 2001 578
Orica's HCB Botany Stockpile 579
International Obligation 580
Contaminated Groundwater ***580***
Sydney's Groundwater Plume 581
Clean up 581
The Canberra Times ***582***
Stink brewing over waste export ***582***
14/12/2008 582
FAQ's about Orica's Export Applications ***583***
Orica-Nov. 08 583
Mother Earth Foundation ***585***
12.Dez.08 585
Australia Plans to Export Hazardous HCB Waste: 585
Gezielte Manipulation? ***587***
17.Dez.08 587
Our Australian Shame - Orica's waste 588
Our Botany best 588
Bøn til australsk miljøminister ***591***
16. december 2008 591
KK: Ikke muligt 592
Translation by Google 593
Misinformation and damage done to the reputation of the Gas Phase Chemical Reduction Process for HCB destruction ***594***
26th February, 2009 594
BRIDLE CONSULTING ***594***
Shipping spill demonstrates dangers of transporting toxic materials ***596***
11 March 2009 596
NGOs Hold Breath While Denmark Decides on Australian Toxic Waste ***597***
25 April 2009 597
Business as usual 598
First OECD country to apply 598
The Rolls-Royce of technology 598
Government: it's a one-off 599
Related Stories 599
Facts on HCB 600
Related Links 600
KEIN australischer Giftmüll mehr nach NRW ***600***

30.April 2009 (MUNLV) 600
Rejection of waste from Australia is in force 600
Ablehnung von Abfall aus Australien ist rechtskräftig 600
europaticker: Orica hat Klage zurückgenommen 601
02.Mai 2009 601
Ablehnung von Gift-Müll aus Australien ist rechtskräftig 601
Der Besondere Dank gilt neben vielen anderen unseren Mitstreitern auf australischer Seite 602
Mariann Lloyd Smith 602
Bro Sheffield-Brotherton 602

IMPRESSUM

Nachdem Pro-Herten ein wenig an der Verhinderung des Giftmüllimportes beteiligt war, entstand infolge der einzelnen Geschehnisse die folgende Chronologie. Die Artikel wurden teils vom Verfasser (oder auch direkt von den Medien) uns für die private Nutzung zur Verfügung gestellt.

Hieraus ergibt sich, dass diese Chronologie ausschließlich für die private Nutzung erstellt wurde. Es wird dringend darauf hingewiesen, dass jegliche kommerzielle Nutzung vom Verfasser untersagt wird. Anfertigungen von Kopien sind im begründeten Einzelfall nach Rücksprache möglich

Copyright 2007 Joachim Jürgens, Schützenstraße 84, 45699 Herten, Tel.:02366-37653
Email: jj(at)pro-herten.de Alle Rechte vorbehalten. All rights reserved.

§ 53 UrhG - Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch
(1) Zulässig ist, einzelne Vervielfältigungsstücke eines Werkes zum privaten Gebrauch herzustellen. Der zur Vervielfältigung Befugte darf die Vervielfältigungsstücke auch durch einen anderen herstellen lassen; doch gilt dies für die Übertragung von Werken auf Bild- oder Tonträger und die Vervielfältigung von Werken der bildenden Künste nur, wenn es unentgeltlich geschieht.
(2) Zulässig ist, einzelne Vervielfältigungsstücke eines Werkes herzustellen oder herstellen zu lassen
1. zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist,
2. zur Aufnahme in ein eigenes Archiv, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist und als Vorlage für die Vervielfältigung ein eigenes Werkstück benutzt wird,
3. zur eigenen Unterrichtung über Tagesfragen, wenn es sich um ein durch Funk gesendetes Werk handelt,
4. zum sonstigen eigenen Gebrauch,
a) wenn es sich um kleine Teile eines erschienenen Werkes oder um einzelne Beiträge handelt, die in Zeitungen oder Zeitschriften erschienen sind,
b) wenn es sich um ein seit mindestens zwei Jahren vergriffenes Werk handelt.
(3) Zulässig ist, Vervielfältigungsstücke von kleinen Teilen eines Druckwerks oder von einzelnen Beiträgen, die in Zeitungen oder Zeitschriften erschienen sind, zum eigenen Gebrauch
(…)
.

Dies ist eine rein private, nicht kommerzielle Chronologie ohne jede Gewinnerzielungsabsicht. Sollten Sie hier etwas entdecken, was in Ihnen das Bedürfnis auslöst, darüber mit einem Juristen sprechen zu wollen, dann hätte ich eine kleine Bitte: schicken Sie mir doch vorher eine E-Mail. Ich bin sicher, wir können das auch ohne Anwälte, Abmahnungen und ähnlichen Blödsinn klären.

VORBEMERKUNGEN ZUR DOKUMENTATION, VON HANS-HEINRICH HOLLAND

von Hans-Heinrich Holland, Sprecher der BI gegen die PCB-Verbrennung im „RZR"-Herten und Mitglied bei Pro Herten

Bürgerinitiativen sind Zusammenschlüsse von Bürgern zur Erreichung eines bestimmten Zieles. 1987 ging es um die „Probeverbrennung" von Poly-Chlorierten Byphenylen – PCB. Ein Stoff, der ebenso zum so genannten „schmutzigen Dutzend" (dirty dozen) gehört, wie das Hexa-Chlor-Benzol – HCB. Hochgiftige Chemikalien, die bei falscher Behandlung Ausgangsstoff für noch schlimmere Gifte (z.B. Dioxine) sein können.

Bürger, die sich in ihrer Freizeit auf die Diskussion hochkomplexer Zusammenhänge einlassen, lernen sehr viel. Sie merken aber auch bald, dass es nicht nur um chemisch-physikalische Probleme geht, sondern um verfahrenstechnische, ökonomische, rechtliche, politische und gesellschaftliche Probleme. Und jeder dieser Problemoberbegriffe lässt sich noch unterteilen. Nehmen wir den Begriff der Ökonomie: Da gibt es die betriebswirtschaftliche Sichtweise eines Unternehmens, da sollte es auch um die volkswirtschaftliche Perspektive gehen, z.B. welche volkswirtschaftlichen Kosten (z.B. für das Gesundheitssystem) für die Gesellschaft verursacht werden. Bei der HCB-Diskussion geht es außerdem um die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung.

Bürger, die sich auf solche Diskussionen einlassen, erarbeiten sich in der Regel ein Fachwissen, dass faktisch breiter ist als das, auf welches die jeweiligen Gesprächspartner zurückgreifen können. Denn in der Regel werden die Bürger auf die jeweiligen „Sachzwänge" aufmerksam gemacht, zu denen es angeblich keine Alternativen gäbe. Das bedeutet auch, dass Bürger dazu gezwungen werden, auch noch Alternativvorschläge zu machen, will man sich nicht öffentlichen Vorwürfen aussetzen, man handele nach dem St. Florians-Prinzip. („Lieber Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd andere an.")

Seit Bestehen der Müllverbrennungsanlage „RZR" (das fälschlicherweise immer noch so genannte „Rohstoffrückgewinnungszentrum Ruhr") setzen sich Bürgerinitiativen kritisch mit der Anlage auseinander. Zunächst war das die Bürgerinitiative „Halde" – die durch den räumlichen Zusammenhang nicht am „RZR" vorbeikam – dann war es die Initiative gegen die „PCB-Verbrennung" und nun Pro Herten. Dabei gibt es auch personelle Kontinuitäten. Joachim Jürgens war Mitglied der Haldeninitiative und arbeitet nun für Pro Herten. Manfred Schwirske ist bei der PCB-Initiative und Pro Herten. Ich selbst war und bin Mitglied aller drei Initiativen, also seit fast 30 Jahren. Vergessen sollen aber nicht die vielen Mitstreiter – auch anderer Organisationen (z.B. Umweltverbände) – werden, die z.T. Jahrzehnte ihr „Know How" eingebracht haben und zum Teil auch heute noch einbringen. Private und berufliche Veränderungen (aber auch der Tod von Mitstreitern, wie z.B. Dr. Junold, Pfarrer Erhard Kuhn) haben dazu geführt, dass ansonsten aktive Leute sich zurückzogen, wobei die entstandenen Freundschaften und Kontakte blieben. Bemerkenswert ist, dass die kritische Begleitung der Müllverbrennungsanlage zu keiner Zeit in Frage stand. So löste sich die PCB-Initiative nicht auf, als die PCB-Verbrennung per Gerichtsentscheid verboten wurde. Die Mitglieder hatten gelernt, dass dies nur ein Problem unter vielen war.

Zum Teil war es aber auch der pure Frust, der zum Ausscheiden aus den Initiativen führte. Diskutieren Sie selbst ein Thema 20 Jahre lang und stellen Sie dann fest, dass Sie 20 Jahre geackert haben, ohne etwas Wesentliches verändern zu können. Ein Beispiel: Ganz oben ist die Rede von zwei hochgiftigen Stoffen – PCB und HCB. Die PCB-Verbrennung war vor 20 Jahren der Anlass für die Gründung einer BI. Heute diskutieren wir öffentlich die Verbrennung von australischem HCB. Wir befinden uns in der gleichen Diskussion, es geht nur um einen anderen Stoff des „dreckigen Dutzends".

Natürlich haben die Bürgerinitiativen Erfolg gehabt: Die PCB-Verbrennung wurde gerichtlich verboten. Laut Umweltminister Uhlenberg wird der HCB-Import nicht genehmigt. Über welchen Giftstoff diskutieren

wir morgen? Das „dreckige Dutzend“ ist schließlich noch nicht abgearbeitet – und jeden Tag werden andere neue Giftstoffe bekannt oder gar erst erfunden.

Warum beschreibe ich solche Einschätzungen im Vorwort einer Dokumentation, die eigentlich eine reine Erfolgsgeschichte ist? Weil es mir wichtig ist, bei allem punktuellem Erfolg nicht zu vergessen, dass weiterhin im Hertener Süden Abfall verbrannt wird und die Anlage sogar noch um 2 weitere Siedlungsabfallanlagen erweitert werden soll. Nordrhein-Westfalen ist heute schon Abfallimportland für Siedlungs- und Sonderabfälle. Alle Kapazitäten, die noch neu hinzukommen, vergrößern den Import. Die AGR argumentiert bei der Erweiterung mit Gewerbeabfällen aus der Region – nur diese müssen auch jetzt beseitigt werden. In anderen Anlagen werden demnach Kapazitäten frei, die wieder gefüllt werden müssen. Woher?

50 % der Sondermüllkapazität im „RZR“ ist nicht ausgelastet. Wo soll der Abfall herkommen? – aus Australien und woher noch?

Tausende sprachen sich in den letzten Monaten per Unterschrift, in Demonstrationen gegen den hochgiftigen Abfallimport aus Australien aus. In Veranstaltungen von Bürgern organisiert oder parlamentarischen Gremien gab es lautstarke Kritik an den Abfallbeseitigern, bzw. deren Repräsentanten. Zum Schluss mochten diese nicht einmal mehr besorgten Bürgern Auskunft geben und sagten ihre Teilnahme an Informationsveranstaltungen ab.

In der Dokumentation kann nach gehalten werden, wie vorbildliche Bürgerinitiativarbeit organisiert wird, wie Informationsarbeit – auch über Kontinente hinweg – aussehen kann. Man kann aber auch lesen, welche Widerstände zu überwinden waren.

Insbesondere die Veränderungen in den Argumentationen der einzelnen (nicht unbedingt politischen) Parteien, können direkt nachvollzogen werden: Wie bei einem eigentlich „Nurgeschäft“ unversehens die problematischen Seiten des Geschäfts hervortraten und in der Diskussion eine immer größere Rolle übernahmen. *Dies ist ein einziges Plädoyer für das Einmischen der Bürger in problematische Sachverhalte.*

Der Strukturwandel und die neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft hat aus Politikern inzwischen „Zwitter“ werden lassen, die nicht mehr so ganz wissen, was ihre Aufgabe ist und wozu sie gewählt werden. Vielfach sitzen sie in Aufsichtsräten privatisierter kommunaler Einrichtungen (wie z.B. AGR), wo sie die wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens wahrzunehmen haben, dabei aber allzu oft vergessen, mit welchem Auftrag und in welcher Funktion sie vom Wahlbürger dorthin entsandt wurden. (Wenn der Pressesprecher der AGR Lothar Hegemann (CDU und im Aufsichtsrat der AGR) so lobt, dann sollten die Wähler misstrauisch werden.)

Professor Martin Jänicke, Politologe an der FU-Berlin, veröffentlichte in den 70er Jahren ein bemerkenswertes Büchlein mit dem Titel „Wie das Industriesystem von seinen Missständen profitiert.“ Er warnt darin, dass die Bearbeitung von Problemlagen durch Wirtschaftsunternehmen besonders kostenträchtig sei und dass keine Veranlassung bestünde, die Probleme nachhaltig zu beseitigen, denn sie seien nun die Grundlage für erneuten Profit. Insbesondere der Abfallbereich ist dafür ein Beleg. Niemand weiß heute, welche Kosten er tatsächlich für die scheinbare „Beseitigung“ von Abfall zu tragen hat. Die Teilprivatisierung von Verpackungsabfällen („Grüner Punkt“) führt dazu, dass wir an der Ladenkasse bereits erhebliche (?) Abfallgebühren bezahlen, hinzukommen dann noch die Abfallgebühren für ihre Mülltonnen zu Hause.

Wenn auch die zweite Sorte Müllgebühren mit Einschränkungen überprüfbar ist, können Sie kaum beurteilen, für welchen „Abfall“ Sie bezahlen. In jeder Stadt können Sie Einsicht in die Gebührenkalkulation bekommen, solange die Müllabfuhr nicht privatisiert ist. In Herten gibt es den Zentralen Betriebshof (ZBH), eine hervorragende städtische Einrichtung. Dort erfährt jeder Bürger auf den Cent genau, was er für die städ-

tischen Leistungen zahlen muss. Wofür die AGR das Gebührengeld erhebt und verwendet, erfahren Sie allerdings nicht. Die AGR ist als 100%iges Tochterunternehmen des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR) und als GmbH nicht verpflichtet, die Kostenrechnung öffentlich zu machen. Ob die Gebührenzahler nicht ausgelastete Verbrennungskapazität in den Hausmüll oder Sondermüllanlagen finanzieren oder Sondermüll gar subventionieren ist nicht feststellbar.

Die Frage muss aber angesichts des Giftmülldeals mit Australien gestellt werden. Wieso rechnet es sich für ein australisches Chemieunternehmen, Abfälle für teures Geld (22 Millionen Dollar) über den halben Erdball zu transportieren, um ihn hier verbrennen zu lassen?

Andere Problembereiche wurden in der Diskussion des letzten halben Jahres ebenfalls deutlich. Der (Gift-) Müllimport aus Holland findet in erheblichen Größenordnungen statt. Wie kann das unterbunden werden?

***

Der Widerstand gegen den Giftmülldeal der AGR mit dem australischen Chemiemulti Orica wurde weitgehend aus Herten formuliert und griff erst später – insbesondere Dank Joachim Jürgens, der nicht nur die Internetseite von Pro Herten betreut, sondern bis zum Kontakt mit australischen Stellen initiativ wurde – auf die anderen Standorte der Verbrennungsanlagen über. Darüber muss man sich nicht wundern, denn die Bürger Hertens sind durch drei Bürgerinitiativen seit 30 Jahren sensibilisiert. Insofern gibt es einen weiteren Grund mit der Arbeit der Bürgerinitiativen mehr als zufrieden zu sein.

In der Dokumentation klingen in verschiedenen Dokumenten die Besorgnisse der Bürger an. Aber auch die AGR behauptet immer wieder, welch hochwertigen Verbrennungsanlagen sie betreibt. Beide Argumentationen haben ihre Berechtigung. Jedoch sollten die Besorgnisse der Bürger ernster genommen werden, weil die Berechtigung ihrer Sorgen mehr als begründet ist.

HIER EIN PAAR FAKTEN ZUR EINSCHÄTZUNG DER ABFALLVERBRENNUNG:

Die Verbrennung von Abfall ist höchst problematisch. Kein Chemiker ist in der Lage zu sagen, was bei der Verbrennung von Abfall (ein Gemisch von unterschiedlichen Stoffen) als Rückstand zurück bleibt – sowohl in der Asche oder Schlacke, den Filterrückständen wie auch der gasförmigen Phase. Weil das so ist, behilft man sich damit, bestimmte Parameter zu definieren, die *vermuten* lassen, eine möglichst *optimale* Verbrennung unter bestimmten Voraussetzungen zu haben.

Ähnlich verhält es sich bei der Festlegung von Schadstoffen, die aus der Anlage emittiert und ständig überwacht werden. Auch diese stehen stellvertretend für den Schadstoffmix, der aus der Verbrennungsanlage in die Luft abgegeben wird. Aufgrund der PCB- bzw. Dioxindiskussion wissen wir inzwischen, dass insbesondere diese Stoffe *nicht* kontinuierlich gemessen werden können, weil der Messaufwand zeitintensiv (über mehrere Tage) und sehr aufwändig ist. Alle Angaben zum Dioxinausstoß einer Müllverbrennungsanlage beziehen sich auf den Zeitpunkt, wo solche Messungen durchgeführt wurden und sagen über den tatsächlichen Dioxinausstoß über das Jahr nichts aus.

Problematisch sind weiterhin die Festlegungen der Schadstoffemissionen als Konzentrationsangaben pro Kubikmeter Abluft und dass in der Regel nicht tatsächliche Messwerte angegeben werden, sondern Mittelwerte über bestimmte Zeiteinheiten. Manipulationen werden natürlich nicht unterstellt, aber sie sind möglich. Schadstoffkonzentrationen können z.B. verringert werden, indem die Luftzufuhr erhöht wird, oder bei der Aufgabe von Abfall einen sortierten, möglichst einheitlichen Abfall in der Verbrennungsanlage zu verfeuern (z.B. bei Dioxinmessungen). Diese Möglichkeiten werden nur genannt, um deutlich zu machen, dass uns diese Manipulationsmöglichkeiten bekannt sind.

Auch der Hinweis auf die Einhaltung bzw. Unterschreitung von Grenzwerten kann nicht wirklich beruhigen. Denn es werden bei der Festlegung solcher Grenzwerte nicht ausschließlich gesundheitliche Belange zum Maßstab genommen (sie beziehen sich auf Durchschnittsmenschen eines bestimmten Alters, Größe und Gewichtes – Kinder und Alte sind nicht Gegenstand solcher Grenzwerte), sondern in der Regel das technisch Machbare. Bei krebserregenden Stoffen wird bei der Festlegung von Grenzwerten eine Sicherheit vorgetäuscht, die es tatsächlich nicht gibt. Krebserregend ist krebserregend, egal welcher Menge man ausgesetzt ist. Häufig kommt bei den „Supergiften", wie den halogenierten Kohlenwasserstoffen hinzu, dass sie sich im Körper anreichern.

Problematisch ist aber auch der so genannte *Normalbetrieb* bei Müllverbrennungsanlagen. Je nach Zusammensetzung des Abfalls kommt es zu Schwankungen der Temperaturen im Feuerraum, wodurch Schadstoffbildung möglich oder verhindert wird. Im Hinterkopf muss man immer haben, dass Abfall eben kein homogener Stoff ist, sondern aus vielen unterschiedlichen Fraktionen zusammengesetzt ist, deren Brennverhalten ebenso unterschiedlich sein kann.

Die Bürgerinitiative hatte sich bei einem Genehmigungsverfahren seinerzeit heftig dagegen gewehrt, in den Nachbrennkammern brennbare Abfälle einzusetzen, um Energiekosten zu sparen. Die zuerst genehmigte Kapazität von 60.000 Jahrestonnen der Sondermüllverbrennungsanlagen wurde mit dem Einsatz der brennbaren Abfälle in der Nachbrennkammer auf 90.000 Jahrestonnen erhöht. Das Zusetzen dieser Brennstoffe verhindert ebenfalls die Verbrennung „homogener" Chargen, weil chemisch-physikalische Prozesse nicht mehr abschätzbar sind.

Zum *Normalbetrieb* gehört auch das Hoch- und Runterfahren der Anlage, z.B. für Revisionen oder Störungen. Betriebsbedingte Störungen bewirken dies z.T. automatisch, dabei wird auch die Filteranlage abgeschaltet und ein Bypass wird automatisch geöffnet, der sog. Notkamin, bei dem alle Abgase ungefiltert in die Umwelt abgegeben werden. Die Öffnung des Notkamins erfolgt viel öfter als man glauben könnte. Die AGR stellte der Bürgerinitiative Anfang der 90er Jahre entsprechende Protokolle zur Verfügung. Wirklich etwas anfangen konnten wir mit den Unterlagen damals nicht, weil wir über keine Vergleichsangaben verfügten und auch nicht wussten, ob die Unterlagen extra für uns ausgewählt (nach welchen Kriterien?) wurden.

Dieses Beispiel steht hier, weil in einer der Veranstaltungen Anfang des Jahres ausdrücklich nach „Störfällen" gefragt wurde – denen nach der Störfallverordnung eine bestimmte Definition zugrunde liegt. Betriebsbedingte Störungen sind in dieser Definition nicht berücksichtigt und die AGR konnte demgemäß „Störfälle" im „RZR" – natürlich guten Gewissens – ausschließen. Eine Vorstellung, was eine betriebsbedingte Störung ist, vermittelt ein Vorfall aus den 80er Jahren: Ein Automotor landete im Feuerungsofen der Siedlungsmüllverbrennungsanlage. Das gesamte System wurde abgeschaltet und die Stadtwerke wunderten sich, dass die Stromlieferung ausblieb. (Vielleicht ein Hinweis auf meine Informationsquelle?)

Einen die PCB-Initiative sehr diffamierenden Artikel gab es in der Hertener WAZ Anfang Januar 2007 (sh. Dokumentation!). Da gab es Lobeshymnen auf die modernste Müllverbrennungsanlage in Herten-Süd, die deshalb so gut ist, weil es der Bürgerinitiative zu verdanken ist, dass die Anlage über ein sog. „Polizeifilter" – gemeint das Aktivkoksfilter – verfügt. Richtig ist, dass es ohne die hervorragende Arbeit dieser Initiative dieses Filter möglicherweise nicht gäbe, aber das Filter ist bestenfalls ein fauler Kompromiss und war bestimmt nicht unser vorrangiges Ziel. Diesen Teilerfolg der BI gegen die Proteste der Bevölkerung wegen des australischen Giftmülls anzuführen, ist schon beinahe rufschädigend für die Aktiven der BI. Unsere diversen Klagen gegen die Erweiterung der Anlage hatte immer den Hintergrund, dass wir Müllimport kategorisch ablehnen.

Richtig ist, dass wir immer Kontakt zu Mitarbeitern der AGR gehalten und selbstverständlich mit ihnen gesprochen haben und in ihnen nicht unsere „Feinde“ sahen. Klar war uns immer, dass diese Leute nicht mehr als ihren „Job“ gemacht haben und andere Positionen vertreten mussten. Ähnlich gute Kontakte gab es übrigens auch immer zu Mitarbeitern der Genehmigungsbehörde in Münster (nach 5 Planfeststellungsverfahren kennt man sich!)

Da kommen wir zum Dilemma der Genehmigungsbehörde. Die Mitarbeiter der Genehmigungsbehörde – Bezirksregierung Münster – haben gesetzliche Vorgaben, ob und wie Anlagen betrieben werden. Bei diesen gesetzlichen Vorgaben gibt es jede Menge dubiose Vorschriften. Zur Amtszeit Umweltminister Matthiesens (Verbrennungslobbyist) wurden die gesetzlichen Vorgaben verändert. Die Beweislast wurde z.B. umgekehrt. Konnte ein unbefangener Bürger vorher noch nachfragen, ob denn seine Gesundheit gefährdet werde, so musste die Genehmigungsbehörde den Nachweis antreten, dass dies nicht der Fall sei. Nach den Veränderungen der Gesetze musste der unbefangene Bürger nachweisen, dass seine Gesundheit bedroht ist. Da kommen dann die unsäglichen Gutachter ins Spiel. Da steht jeder Bürger zunächst auf verlorenem Posten.

Eine weitere Neuerung war auch, dass grundsätzlich jedes Unternehmen den Anspruch auf die Genehmigung einer Müllverbrennungsanlage hat. Es musste kein Bedarf vorliegen! Ein Vertreter der Bezirksregierung versuchte dem Ausschuss für Planung und Umwelt der Stadt Herten 1999 deutlich zu machen, dass es in NRW Überkapazitäten bei der Müllverbrennung gab, aber dass dies kein Grund sei, die Genehmigung der von der AGR beantragten Thermo-Select Anlage zu versagen. Den Tumult im Ausschuss kann sich jeder vorstellen und die Verlegenheit des Mitarbeiters der Bezirksregierung auch. Der arme Kerl konnte nun wirklich nichts dafür.

Bürger mussten nachweisen, dass die Technik von Thermo-Select nicht funktioniert. Wir hatten damals Kontakt zu Bürgerinitiativen in Hanau in Hessen (auch dort sollte eine Thermo-Select-Anlage genehmigt werden) und nach Karlsruhe, wo eine solche Anlage im Probebetrieb lief. Über dieses Stadium kam diese Art der Müllverbrennung auch nicht hinaus. Das Verfahren klappte nicht. Es waren diese Informationen und die Beharrlichkeit von Claudia Baitinger (BUND) und der BI, dass eine Delegation der Genehmigungsbehörde sich vor Ort in Karlsruhe diese Katastrophenanlage ansahen und feststellen musste, dass diese Technik nicht funktioniert. Es hätte für diese Anlage keine Genehmigung gegeben und die AGR zog ihren Antrag auf Planfeststellung zurück. Ohne die beherzte Arbeit der Bürgerinitiative und anderer Mitstreiter wäre die AGR schon damals in ein finanzielles Desaster geraten. Insbesondere dem Betriebsrat der AGR empfehle ich einmal darüber nachzudenken, wo ihre Jobs heute wären, hätten die Bürger es nicht geschafft, die Planfeststellung der Katastrophenanlage Thermo-Select zu verhindern. In Karlsruhe sind Investitionen von viel mehr als 100 Millionen € in den Sand gesetzt worden. Freunde, euer Problem waren immer die Geschäftsführung und unfähige Aufsichtsratsmitglieder und niemals die „aufmüpfigen“ Bürger.

Die gesetzlichen Grundlagen waren der Bürgerinitiative in den 90er Jahren geradezu unter den Füssen weggezogen worden, das Mitspracherecht der Bürger noch mehr eingeengt worden. Vielleicht erklärt auch dies den Frust einiger Freunde aus der Bürgerinitiative, die begannen, sich zurückzuziehen. Es war immer ein „Kampf“ zwischen David und Goliath oder wie das Märchen vom Hasen und Igel – und die Bürger waren der Hase, der sich im Wortsinn „totlief“.

Ohne die Leser nun zusätzlich „frustrieren“ zu wollen, eine Information zusätzlich: Wenn neue Anlagen genehmigt werden sollen, darf die zusätzliche Belastung der emittierenden Anlage nicht höher als 1% der Vorbelastung betragen. Diese Belastung von 1% halten Sie locker ein, wenn die Vorbelastung (wie im Ruhrgebiet) schon hoch ist. Auf hochdeutsch: da wo schon Dreck ist, kann noch mehr hin! Und wenn der Schornstein der Anlage hoch genug ist, verteilt sich der Dreck besser!

In die Amtszeit von Bärbel Höhn fällt der Abbau der TEMES-Messstation auf dem Paschenberg. In Herten werden seitdem keine relevanten Umweltdaten mehr erhoben. Begründet wird der Abbau der Station mit der allgemeinen Verbesserung der Umweltsituation im Ruhrgebiet. Diese Besserung gibt es tatsächlich. Insbesondere der Abbau von emittierender Industrie im Montansektor führte fast automatisch zum „blauen Himmel über der Ruhr“ (Willy Brandt) und zu geringeren Umweltbelastungen.

Der Abbau verschiedener TEMES-Messstationen wurde aus Haushaltsgründen vorgenommen und die Umweltministerin hatte sich leider nicht gegen die „Einsparungen“ des Finanzministeriums auf Kosten solcher Daten gewehrt. Auch hier schlägt das neoliberale Konzept des „schlanken Staates“ zu, dass bereits zur Beseitigung von Investitionshemmnissen herhalten musste. Störende Bürger – mit begründeten Daten – bei Genehmigungsverfahren sind im Zeitalter des „Subventionskapitalismus“ ein Investitionshemmnis. Bürger empfinden so etwas nur als Entrechtung!

Die Verbesserung der Luftsituation bei den klassischen Luftschadstoffen im Ruhrgebiet ist wiederum kein Grund zum Aufatmen. Gerade die aktuelle Diskussion über die Feinstaubbelastung macht dies deutlich. Quellen der Feinstaubbelastung sind außer dem Verkehr insbesondere Verbrennungsanlagen. Feinstäube, das sind Partikel im Nanometerbereich, die auch durch noch so gute Filteranlagen nicht zurückgehalten werden können. Gesundheitsgefährlich sind Feinstäube deshalb, weil sie eine große Oberfläche haben, an die sich Schadstoffe anlagern, und einmal eingeatmet, in der Lunge verbleiben. So gesehen, stellt sich die „Verbesserung“ der Luftsituation als sehr ambivalent heraus. Weniger kann eben auch mehr sein.

***

Alle hier angeführten „Erfahrungen“, Fakten und Anmerkungen sollen das Blickfeld weiten, damit niemand bei den dokumentierten Schriftstücken in die „Irre“ geführt wird. Eine Dokumentation gibt selbstverständlich den Blick frei auf *alle* Argumente, egal von wem sie geäußert werden. Das ist auch gut so. Nur so kann Meinungsbildung im besten Sinn funktionieren. Bürgerinitiativler kämpfen sich durch einen Wust von Informationen und irgendwann hat man sich eine Meinung gebildet. Bilden Sie sich ihre Meinung und vergessen Sie nie zu fragen, *wer* Ihnen *was* zu sagen hat.

An einem Beispiel versuche ich ihnen noch unter die Arme zu greifen. Es gibt eine Meinungsäußerung eines Otto Lerchenmüller in der Zeitschrift „herten erleben“ Nr. 18/2007 (Dokumentation, Februar, Seite 77). Nicht so ganz fair ist die Behandlung von Joachim Jürgens, der in einer ungeheuren Fleißarbeit die Dokumentation zusammengestellt hat, wenn im Inhaltsverzeichnis der Titel „Otto’s Lerchenblatt zum RZR“ zu finden ist. Natürlich heißt der Artikel nicht so, sondern „Stadtgespräch“. Die Verballhornung in der Überschrift hat selbstverständlich etwas mit dem Verhältnis von Joachim Jürgens zu dem Verfasser der Meinungsäußerung zu tun, die eigentlich nur aufmerksame Hertener Zeitungsleser kennen können. Nehmen Sie es mit Humor. Das Blättchen „herten erleben“ ist eigentlich finanziert von den Hertener Stadtwerken, die wiederum Abnehmer des konkurrenzlos billigen Stroms aus dem „RZR“ sind. Lerchenmüller wiederum war verbandelt mit einem Projekt „Blauer Turm“ (im Wasserstoffkompetenzzentrum in Herten-Süd), das mit Darlehen der AGR und den Stadtwerken auf staatliche Fördergelder hofft. Mittlerweile wartet ganz Herten auf die Insolvenz dieser „merk“würdigen Unternehmung.

Jener Lerchenmüller hat nun eine Meinung zur Diskussion um den australischen Giftmülldeal. Auch er zieht Schlussfolgerungen über die PCB-Bürgerinitiative, die ähnlich wie Ernst zur Nieden (WAZ, Vest) völlig an der Realität vorbeigehen. Er schreibt: „Die zwei Bürgerinitiativen haben sich aufgelöst. Offensichtlich ist alles in Ordnung.“

Nur zur Information, der Mann weiß wirklich nicht wovon er redet! Ich nehme an, Lerchenmüller meint mit den zwei Bürgerinitiativen (die er nicht kennt, weil er nicht in Herten lebte, sondern in Bayern) die Bürgerinitiative „Halde“ und die Bürgerinitiative gegen die PCB-Verbrennung im „RZR“ Herten.

Die Haldeninitiative ging auseinander nach der Planfeststellung der Bergehalde Hoheward. Sie beschäftigte sich zwar intensiv aber auch nur nebenbei mit dem „RZR“. Und die Bürgerinitiative gegen die PCB-Verbrennung arbeitet noch heute, wie man an diesem Artikel nur unschwer erkennen kann. Außerdem behaupte ich hier, dass gar nichts in Ordnung ist. Das sage ich im Einverständnis der Freunde und Mitstreiter, die früher in der Initiative gearbeitet haben und derjenigen, die auch heute noch initiativ sind. Ich kenne keinen der Mitstreiter in beiden Initiativen, die mit dem Giftmüllimport aus Australien einverstanden wären, geschweige denn, dass sie Frieden mit der Müllverbrennungsanlage im Hertener Süden geschlossen hätten. Was soll da in Ordnung sein?

Schwer verständlich ist nur, dass ein Mann wie Otto Lerchenmüller seine unmaßgebliche und von keiner Sachkenntnis getrübte „Meinung“ in großer Auflage unter die Leute bringen kann … und die Kunden der Stadtwerke, also die meisten Strom-, Gas- und Fernwärmekunden in Herten bezahlen noch dafür. Die Zeitschrift selbst ist kostenlos oder besser: Geschenkt noch zu teuer …

***

Ein wenig zu kurz gekommen sind in diesem Beitrag Alternativen zur Müllverbrennung. Die gibt es tatsächlich, sowohl für den Hausmüll wie auch den Sondermüll. Über Alternativen des Hausmülls hatte eine Arbeitsgruppe der Grünen Kreistagsfraktion 1985 eine umfassende Arbeit veröffentlicht. Alle drei Autoren – u.a. auch ich – sind inzwischen nicht mehr Mitglied der Grünen. Die Arbeit selbst spricht für sich und ich stehe nach wie vor zu den Ergebnissen. Ich habe Joachim Jürgens gebeten, diese Arbeit im Anhang aufzunehmen.

Bei den Alternativen zur Sondermüllverbrennung verweise ich auf die Dokumente. Ein Unternehmen aus Australien hatte angeboten, die HCB-Abfälle chemisch umzuwandeln. Das ist möglicherweise aufwändiger aber auch wesentlich ungefährlicher. Das Konzept entspricht übrigens auffallend der Konzeption, die der SVR (Siedlungsverband Ruhrgebiet, dem Vorläufer des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR), bzw. dem heutigen Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR) - Planer und Besitzer der AGR) 1975 als Rohstoffrückgewinnungs Zentrum Ruhrgebiet vorgestellt hatte. Zur Konzeption gehörte auch die Müllverbrennungsanlage (MVA) Ruhrgebiet Mitte II. Das einzige, was tatsächlich in Herten realisiert wurde, war die Müllverbrennungsanlage. (Dazu die oben angesprochene Arbeit im Anhang)

Orica hatte ganz offensichtlich Einfluss auf das Unternehmen genommen, welches die Aufarbeitung angeboten hatte, wonach das Angebot der Aufarbeitung der HCB-Abfälle zurückgezogen wurde. Das nennt man Machtwirtschaft und eben nicht Marktwirtschaft.

Umso wichtiger ist, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass ein David auch gegen Goliath bestehen kann, wenn die Mittel der heutigen Kommunikationsmöglichkeiten optimal eingesetzt werden.

Genau deswegen bedanke ich mich ganz besonders bei meinem Freund Joachim Jürgens (wir kennen und schätzen uns mehr als 30 Jahre) für sein Engagement für die Menschen in Herten und Umgebung.

Hans Heinrich Holland, August 2007

ORICA –EIN SONDERABFALL-ALPTRAUM

DIE VORGESCHICHTE IN KÜRZE

J. Jürgens, Pro-Herten.de

Orica über sich:
Welcome to Orica

Orica is an Australian-owned, publicly-listed global company. Orica products and services impact on every part of modern life. Our brands are market leaders that you trust and can depend on.

Willkommen bei Orica

Orica ist ein weltweit agierendes börsennotiertes australisches Unternehmen. Orica Produkte und Dienstleistungen berühren jeden Teil des modernen Lebens. Unsere Marken sind Marktführer, auf die Sie sich verlassen und vertrauen können.

Im Zeitraum von 1963 bis 1991 Jahren produzierte Orica ca. 22.000 t und fast 60.000 Fässer Hexachlorobenzol (HCB)-Abfälle. Seit dieser Zeit wartet die Bevölkerung von Botany-Bay in Australien darauf , dass einer der größten Umweltskandale in dieser Region beseitigt wird. Der Orica-Vorgänger (Später gleiches Management unter dem Namen Orica) häufte in der Botanik an. Sie wurden in einer „garagengleichen“ Halle gelagert und „vergessen“, bis diese Abfälle einen Großteil des für Sydney relevantes Grundwassersystem verseuchte.

Seit Bekanntwerden dieses Skandals versucht die nichtstaatliche Organisation (NGO) Oztoxics mit ihren Projekt „The International POPs Elimination Project“ (IPEP) diesen Missstand auf nationaler Ebene zu beseitigen. Unterstützt wurde IPEN anfangs durch den dortigen Bürgermeister und Anwohner. Orica kümmerte diese jedoch wenig, Orica wartete offensichtlich auf eine kostengünstige „politische Lösung“.

Peter Garrett Laborabgeordneter mit Wahlkreis in Botany, nach der Wahl im Ende 2007 Umweltminister, ehemaliger Showstar und Midnight Oil –Sänger, und im April 2007: „Wir sehen jetzt ein, dass die einzige sichere Entsorgung der Export nach Deutschland ist“!

Tatsache ist, das sehr wohl Australien Firmen hatte, die dort die Giftstoffe – umweltgerechter als in Deutschland mittels Verbrennung – entsorgen konnte. Die Firma Dolomatrix, die in Australien Pestizide Vernichtet wollte in einem Hochtemperaturverfahren das HCB zerlegen, und den Chlor aus dem Sondermüll umweltfreundlich zurückzugewinne.

Das Angebot wurde auch über IPEN Pro-Herten zur Verfügung gestellt. Pro-Herten leitete dieses Angebot auch an die deutschen Entscheidungsträger weiter.

Kurz nach Bekanntwerden dieser Offerte erreicht uns die Nachricht, dass der geschäftsführenden Direktor von Dolomatrix (vorher BCD Technologien Pty Ltd.) in Australien, gerade „gefeuert“ wurde, andere des Führungsetage haben freiwillig „ gekündigt“. Es scheint, dass der neue Vorstand von Dolomatrix an der HCB Entsorgung KEIN Interesse mehr hat. Es gab Gerüchte, dass die Firma Übernahme-Angriffen ausgesetzt sein sollte , jedoch über Anteilpreise gestolpert ist, sowie dass eine Menge Geld im Spiel war.

Hier sollte offensichtlich erreicht werden, dass die Unmöglichkeit einer nationalen Entsorgung untermauert werden sollte.

Hier ist zu bedenken, dass die Entsorgung des HCB-Mülls in deutschen Sonderabfallverbrennungsanlagen (SAVA) mit einem Preis von etwa 20 Mio. € anzurechnen wäre, der Bau einer vergleichbaren SAVA in Australien würde einen Kapitalaufwand von ca. 100 Mio. € erfordern. Das bedeutet, dass der Gewinn bei der Export-Entsorgung sich auf 80.Mio. € belaufen könnte.

Nicht nur wir fragen uns zurecht: bei einer nichtvorhandenen australischen nationalen Entsorgungsanlage, wird das Industrieland Australien zukünftig immer den Weg des Exportes gehen, wenn der dortige Sondermüll entsorgt werden muss?

HCB zählt zur Gruppe der persistenten, organischen Schadstoffe (POPs = Persitent Organic Pollutants), die wegen ihrer chemischen Eigenschaften sehr stabil und in der Umwelt praktisch nicht abbaubar sind. Laut Stockholmer Übereinkommen zur Begrenzung der Umweltverschmutzung durch POPs dürfen dessen Vertragsstaaten - dazu zählen Deutschland und Australien - die POP-Substanz HCB weder herstellen noch anwenden. Das Stockholmer Abkommen verpflichtet die Länder jedoch dazu, noch vorhandene Lagerbestände an POPs zu identifizieren und so zu entsorgen, dass die POPs vollkommen und endgültig zerstört sind.

Selbstverständlich sollten wir mit unseren modernen SAVA's armen Drittländern bei der Entsorgung von POPs behilflich sein. Australien, ein Land, dass seinen hohen technologischen Stand herausstellt, muss die Möglichkeit besitzen, diese Stoffe wir gefordert ortsnah zu entsorgen.

Jede anderslautende Behauptung ist hier rein geschäftlich zu werten.

Die deutschen SAVA behaupten, dass der hohe technische Stand mit sehr hoher Temperatur und aufwendige Filter sicherstellt, dass diese POP's rückstandslos entsorgen werden können. Bei dem Verbrennungsvorgang dieser Stoffe werden jedoch Dioxin entstehen. Das es hier zu einer Vielzahl von Dioxin – Metallverbindungen kommen kann, ist die Aussage offensichtlich eher der Werbung zuzuordnen. Tatsächlich vertreten namhafte Wissenschaftler die Auffassung, dass eine SAVA nie sicherstellen kann, dass diese Anlagen Schadstoffe emittieren.

Sicherlich wäre die geplante Aktion geräuschlos über die Bühne gegangen, wenn nicht ein von sich überzeugter genialer Kommunikationsverteter einer Hertener SAVA im Überschwang öffentlich behautet hätte, dass die Schiffe Anfang 2007 dank der guten Zusammenarbeit zwischen Behörden und beteiligten Firmen von Australien auf die Reise geschickt werden.

Offensichtlich hatten die SAVA-Betreiber nicht mit dem Widerstand innerhalb der Bevölkerung gerechnet. Innerhalb kurzer Zeit vernetzen sich Bürger in ganz Deutschland mit den Gegner in Australien.

Im Juni 2007 lehnte der nordrhein-westfälische Umweltminister Eckhard Uhlenberg den Import des Mülls in sein Bundesland und die dortige Verbrennung in drei Anlagen (darunter zwei der Bayer AG) strikt ab. „Wir haben immer wieder betont, dass wir einen solchen Transport aus einem so entfernten Staat wie Australien, der selbst über eine hoch entwickelte Industrie-Infrastruktur verfügt, nicht befürworten. Nur war bislang eine abschließende Entscheidung aus Rechtsgründen nicht möglich", so Uhlenberg. Nach Prüfung der Stellungnahme der australischen Regierung durch einen externen Rechtsgutachter sei dies nun anders.

„Die Begründung der Australier, wegen des Widerstandes der eigenen Bevölkerung keine geeignete Verbrennungsanlage bauen zu können, hat mich nicht überzeugt, sie ist auch nicht akzeptabel. Es ist Australien zumutbar, eine eigne Entsorgungsanlage zu errichten oder eine vorhandene zu ertüchtigen", so der Minister. Er hatte alle Bezirksregierungen angewiesen, die Genehmigung für den Abfallimport zu untersagen.

Auch der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer, der am Zustandekommen des Basler Übereinkommens maßgeblich beteiligt war, hatte es ihm bestätigt: „Es ist ein wichtiges Ziel der Vereinbarung, Industriestaaten dazu anzuhalten, eigene Kapazitäten zur Sondermüllentsorgung zu schaffen", so Uhlenberg.

Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte letztendlich die Anträge abgelehnt.

Im April 2009 zog Orica die Klage gegen das Land NRW zurück, die Ablehnung des Exports ist so für NRW rechtskräftig!

AGR- BLICHKONTAKTE – 4/2006

AUSTRALIENS WEG NACH HERTEN

NEUER ENTSORGUNGSVERTRAG ZWISCHEN AGR UND AVR (ORICA) BESIEGELT

Denkt man an Australien, fallen einem die üblichen Klischees ein: zunächst die atemberaubenden Naturschauspiele, dann natürlich die einzigartige Tierwelt und vielleicht noch die Exportschlager Popmusik, Kohle und Gold. Die Wirtschaft des fünften Kontinents tritt auf den ersten Blick nicht in den Vordergrund, auch wenn es sich um weltweit agierende Unternehmen handelt. Orica ist das bekannteste und umsatzstärkste australische Chemieunternehmen. Der Konzern stellt organische und anorganische Chemikalien sowie petrochemische Erzeugnisse her. Dazu zählen insbesondere Anstrichfarben, Sprengstoffe, Düngemittel und Chemikalien für die Bergbauindustrie (z. B. Zyanid für die Goldproduktion). Als aktueller Erfolg der AGR Betriebsführung GmbH und der AGR Vertriebsmannschaft konnten Geschäftsführer Hans Moll und Bereichsleiter Dr. Georg Rottlaender jetzt einen Entsorgungsvertrag mit dem Branchenprimus der australischen Chemieindustrie abschließen. Als Verbindungsglied zwischen beiden Unternehmen agierte die AVR Industrial Waste B.V. aus Rotterdam, mit der die AGR Unternehmensgruppe seit Jahren eine enge Geschäftsbeziehung pflegt.

Mit 10.000 km Luftlinie ist Sydney die Stadt der Erde, die am weitesten von Berlin entfernt liegt. Was führt ein Unternehmen aus Sydney trotz dieser Entfernung zur Entsorgung seiner Abfälle nach Herten in Westfalen? Die Antwort lautet: die Umweltstandards der zwei Verbrennungslinien für Sonderabfälle im RZR Herten, die technischen Möglichkeiten und die Wirtschaftlichkeit. Der Entscheidung vorangegangen ist ein zweijähriger Auswahlprozess des australischen Chemiekonzerns, der sich zur Unterstützung in Europa die Hilfe der niederländischen AVR Holding sicherte, die bereits auf Erfahrungen bei Entsorgung von pestizidhaltigen Sonderabfällen aus Afrika und Australien zurückgreifen konnte. Seit mehr als vier Jahren arbeitet AVR an der Sanierung einer hexachlorbenzolhaltigen (HCB) Altlast von Orica. Dabei handelt es sich um Sonderabfälle aus einer ehemaligen Produktionsstätte in Botany Bay, einem der bedeutendsten Chemiestandorte in Australien, südlich von Sydney.

„Australien verfügt nicht über die geeigneten Verbrennungsanlagen für die Entsorgung der HCB-Altlast", erläutert Marco Kortland, Projektleiter bei AVR. In Absprache mit dem australischen Umweltministerium besichtigte Orica zusammen mit dem europäischen Partner AVR geeignete Anlagen in Europa und zuletzt in Deutschland. Auch das RZR Herten bewarb sich um den Entsorgungsauftrag aus Down-under. „Unsere beiden Verbrennungsanlagen für Sonderabfälle wurden mehrfach auditiert. Letztes Jahr besuchte uns auch Dr. Greg Rippon vom australischen Umweltministerium, dem Department of Environment and Heritage aus Canberra, und überzeugte sich persönlich von der Leistungsfähigkeit des RZR Herten", schildert Dr. Georg Rottlaender den Ablauf.

Am Ende kamen drei deutsche Verbrennungsanlagen in die engere Wahl. Für

die 200-Liter-Gebinde und andere Verpackungseinheiten für HCB-haltige Rückstände sowie belastete Beton- und Holzabfälle musste die entsprechende Zerkleinerungstechnik für die Fässer vorhanden sein. Dass sich das RZR Herten gegenüber der Konkurrenz durchsetzen konnte, bewertet der Leiter des Bereichs Gewerbliche Abfälle als beachtlichen Erfolg: „Ausschlaggebend war sicherlich auch, dass wir im März nächsten Jahres unseren neuen inertisierten Shredder im Bereich Industrieabfälle in Betrieb nehmen. Wir haben dort die Möglichkeit, in einem geschlossenen System die angelieferten Gebinde zerkleinern zu können. Das ist ein klarer Vorteil gegenüber Mitbewerbern mit offenen Bunkern."

Die grenzüberschreitende Sonderabfallverbringung unterliegt einem strengen Genehmigungsverfahren. Auf australischer Seite kontrolliert das Umweltministerium die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Auf deutscher Seite wacht die Bezirksregierung Münster über die Einhaltung der internationalen Vorschriften, die zum Beispiel die Baseler und Stockholmer Abkommen vorgeben. Ein erfahrenes Team prüft, koordiniert und genehmigt das sogenannte Notizifierungsverfahren, das heißt das Genehmigungsverfahren der grenzüberschreitenden Abfallverbringung. Obwohl im Fall HCB-Altlast der internationale Ansprechpartner über 10.000 Kilometer entfernt arbeitete, funktionierte – dank der Erfahrung und dem überdurchschnittlichen Einsatz von Jost Brintrup und Bernhard Veith von der Bezirksregierung Münster – die Zusammenarbeit aller Beteiligten vorbildlich. Im Fall Orica gab es sogar den persönlichen Kontakt zwischen den zuständigen Fachleuten bei der Bezirksregierung Münster, dem australischen Kollegen und den Unternehmensvertretern des Chemiekonzerns Orica sowie AVR. Nach Prüfung aller Bedingungen und Fakten gab die Bezirksregierung Münster schließlich grünes Licht für den Entsorgungsauftrag aus Sydney. Im September 2006 unterschrieben AVR für den Konzern Orica und die AGR Unternehmensgruppe einen Vertrag über die Entsorgung von ca. 5.000 Tonnen HCB-Abfälle. Vom Mai 2007 bis Ende 2008 wird verpacktes Material von Sydney auf dem Seeweg über Südafrika in die norddeutsche Hafenstadt Brunsbrüttel befördert. Von dort aus gelangt der Abfall per Lkw oder Bahn nach Herten. Insgesamt sollen vier Schiffe die gesamte Menge der Abfälle von Botany Bay nach Deutschland bringen. In Brunsbüttel werden die Seecontainer bis zur Weiterverarbeitung zwischengelagert.

Nach über zehn Jahren gibt es für den Chemiekonzern Orica und eine der letzten großen HCB-Altlasten weltweit doch noch ein gutes Ende. Was in diesem Fall nichts anderes bedeutet als die umweltgerechte Entsorgung von gefährlichen Abfällen im Einklang mit der Basler und Stockholmer Konvention.

Die Beteiligten am internationalen Projekt „Industrieabfälle aus Australien" (Foto v.l.n.r.): Norbert Makedonski (AGR Vertrieb), Jost Brintrup und Bernhard Veith (beide Bezirksregierung Münster), Hans Moll (Geschäftsführer AGR Betriebsführung GmbH), Jan Berkhout (AVR), Dr. Georg Rottlaender (AGR Vertrieb), Bill Crowe (Orica), Dr. Thorsten Zisowski (AGR Geschäftsbereichsleiter Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft) und Marco Kortland (AVR)

Kontaktadresse
AGR mbH
Dr. Georg Rottlaender
Im Emscherbruch 11
45699 Herten
Tel.: 00492366 / 300-379
Fax: 00492366 / 300-601
E-Post: grottlaender@agr.de

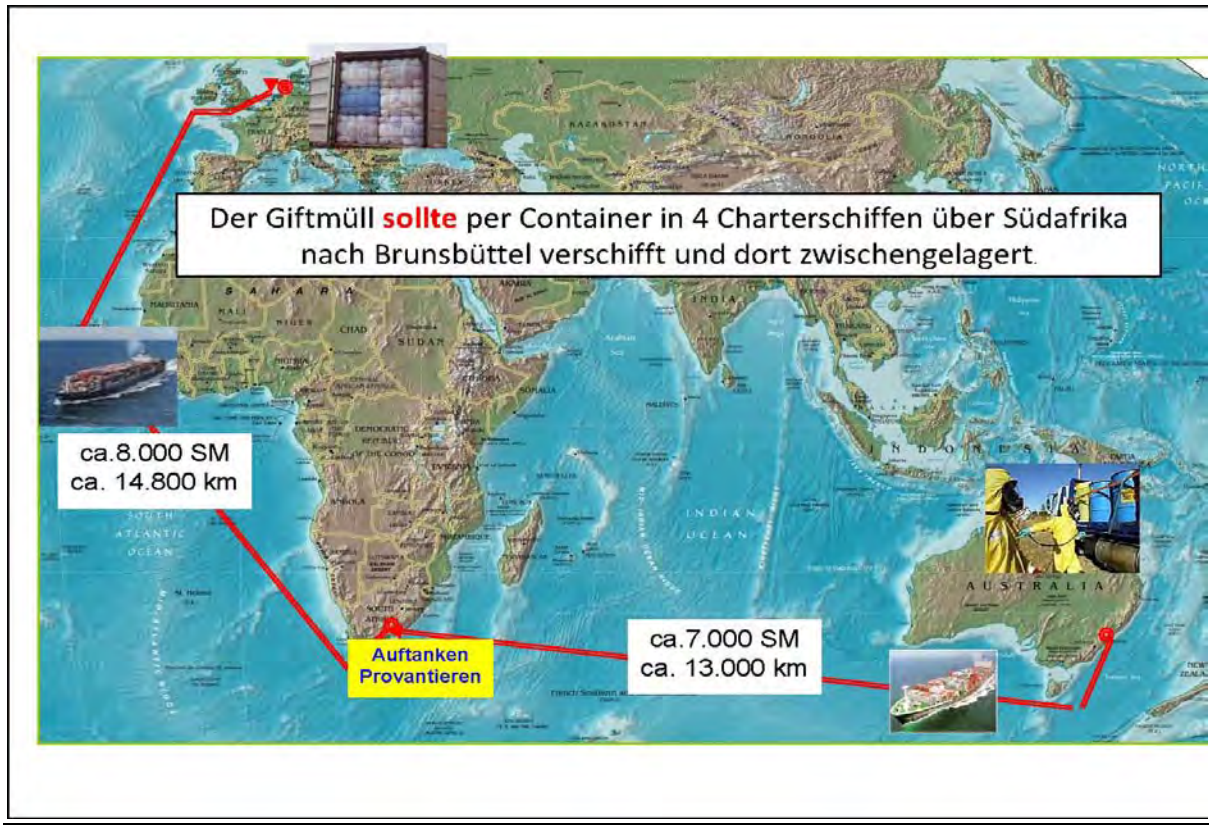
DER WEG DES GIFTMÜLLS

Verantwortlicher Produzent des Giftmülls in Australien ist der dortige Chemiekonzern ORICA.

Zwischen 1964 und 1991 wurden im Vorort von Sydney, Botany Bay, Lösungsmittelmittel hergestellt, bei deren Produktion große Mengen HCB anfiel.

Die Produktion wurde untersagt, nach dem ein Skandal einer ausgedehnten Grundwasser- und Bodenverseuchung offenbar wurde.

22.000 t des HCB haltigen Giftmülls lagern seit dieser Zeit in Botany Bay, teils entstanden aus den dortigen Sanierungsmaßnahmen. Statt einer offensichtlich möglichen Entsorgung im eigenen Land (Brisbane und in Melbourne) zieht ORICA aus offensichtlich wirtschaftlichen Gründen den Export des HCB- Bestandes vor.



Der Weg des Mülls

Importeur ist die niederländische Firma AVR, mit welcher die AGR im September einen Vertrag über die Abnahme und Verbrennung von 5000t des Giftmülls schloss.

Die AVR wird derzeitig mit 47,3 Mio. EUR Subventioniert. –

Die AGR ist enger Vertragspartner mit der AVR und hat von 2005 bis 2006 Verträge über ca. 158.000t Sondermüll abgeschlossen

Die Verbrennung wird in Anlagen in Brunsbüttel, Leverkusen, Dormagen und Herten vorgenommen

Der Giftmüll soll in 200 ltr Fässern per Schiene und LKW ab Mai 2007 bis Ende 2008 angeliefert und verbrannt.

Review

Origin and Health Impacts of Emissions of Toxic By-Products and Fine Particles from Combustion and Thermal Treatment of Hazardous Wastes and Materials

Stephania A. Cormier,[1] Slawo Lomnicki,[2] Wayne Backes,[3] and Barry Dellinger[2]

[1]Department of Biological Science, and [2]Department of Chemistry, Louisiana State University, Baton Rouge, Louisiana, USA; [3]Department of Pharmacology, Louisiana State University Health Sciences Center, Baton Rouge, Louisiana, USA

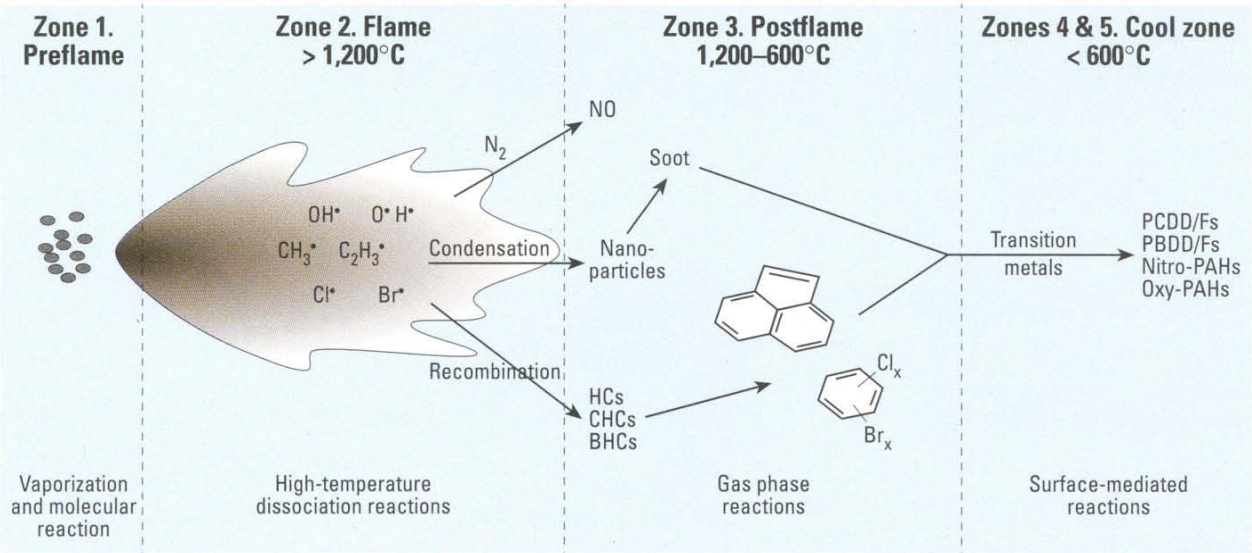


Figure 1. Combustor reaction zones. Zone 1, preflame, fuel zone; zone 2, high-temperature, flame zone; zone 3, postflame, thermal zone; zone 4, gas-quench, cool zone; zone 5, surface-catalysis, cool zone. PBDD/Fs, polybrominated dibenzo-*p*-dioxins and dibenzofurans. Reaction products from upstream zones pass through downstream zones and undergo chemical modifications, resulting in formation of new pollutants. Zone 2 controls formation of many "traditional" pollutants (e.g., carbon monoxide, sulfur oxides, and nitrogen oxides). Zones 3 and 4 control formation of gas-phase organic pollutants. Zone 5 is a major source of PCDD/Fs and is increasingly recognized as a source of other pollutants previously thought to originate in zones 1–4.

HERTENER ALLGEMEINE DECKT AGR-VORHABEN AUF, 22.DEZ.06

Giftmüll aus Australien landet jetzt im RZR (22.Dez.)

In Australien fand sich keine geeignete Verbrennungsanlage, jetzt soll die giftige Altlast im Hertener RZR verbrannt werden. Von Mai 2007 bis Ende 2008 landen rund 5000 Tonnen HCB-Abfälle in den Süder Müllöfen. -

von Gregor Spohr -

- HCB - das sind hexachlorbenzolhaltige Abfälle. Der Sondermüll stammt aus einer ehemaligen Produktionsstätte in Botany Bay, einem der bedeutendsten Chemiestandorte Australiens südlich von Sydney.

Hexachlorbenzol fand vor Jahrzehnten in Pflanzenschutzmitteln Verwendung, ist aber nach schweren Vergiftungsfällen seit 25 Jahren weltweit verboten. Bei dem australischen Müll handelt es sich um eine der letzten großen HCB-Altlasten weltweit.

In der neuesten Ausgabe der AGR-Firmenzeitschrift "Blickkontakt" wird ausführlich über den neuen Entsorgungs-Deal berichtet.

"Mit 16000 km Luftlinie ist Sydney die Stadt der Erde, die am weitesten von Berlin entfernt liegt", heißt es da. Und auf die Frage, warum die Abfälle trotz der riesigen Entfernung nach Herten gebracht werden, gibt es auch gleich die Antwort: "Die Umweltstandards der zwei Verbrennungslinien für Sonderabfälle im RZR Herten, die technischen Möglichkeiten und die Wirtschaftlichkeit."

Argumente, die das australische Chemieunternehmen Orica überzeugt haben. Zwei Jahre lang hatten die Australier in Europa nach einer geeigneten Anlage gesucht, drei deutsche Unternehmen kamen in die engere Wahl, am Ende machte die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet das Rennen.

Entscheidend war laut AGR auch ein neuer Shredder, der im März nächsten Jahres in Betrieb genommen werden soll. Er kann die 200-Liter-Fässer und andere Verpackungseinheiten für HCB-haltige Rückstände "knacken" - und zwar in einem geschlossenen Bunker. Die AGR weist darauf hin, dass der Unterzeichnung des Vertrages ein strenges Genehmigungsverfahren vorausgegangen sei. Auf australischer Seite kontrolliere das Umweltministerium die Eung der gesetzlichen Vorgaben. Und auf deutscher Seite wache die Bezirksregierung Münster über die Eung der internationalen Vorschriften.

Der hochgiftige Müll wird - so die AGR - von Sydney auf dem Seeweg über Südafrika in die norddeutsche Hafenstadt Brunsbüttel befördert. Von dort aus gelangt der Abfall per Lkw und Bahn nach Herten. Insgesamt sollen vier Schiffe die gesamte Menge von Botany Bay nach Deutschland bringen. In Brunsbüttel werden die Seecontainer bis zur Weiterverarbeitung in Herten zwischengelagert.

Quelle: AGR http://www.agr.de/rzr-herten/index.asp

AGR - STILLSTAND IST RÜCKSCHRITT:

Alles ist permanent im Fluss und geprägt durch Veränderungen. So auch die Abfallwirtschaft. Die AGR Unternehmensgruppe hat beim Betrieb des RZR Herten stets diesen kontinuierlichen Wandel berücksichtigt. Bester Beweis: Der Bau des RZR Herten II. Zwei neue Verbrennungslinien, die primär für gewerbliche Abfälle aus der Region vorgesehen sind, werden voraussichtlich Ende 2008 in Betrieb genommen. Damit Sie jederzeit aktuelle Informationen rund um das RZR Herten und das RZR Herten II erhalten können, haben wir auch unsere Website umgestaltet und auf den neusten Stand gebracht. Denn Sie wissen ja: Stillstand ist Rückschritt!

LESERBRIEF PFR. BERNHARD STAHL ZUM ARTIKEL

„GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN LANDET JETZT IM RZR“ 23.12.2006

Man muss sich schon verwundert die Augen reiben, was den Hertener Bürgern da pünktlich zu Weihnachten zugemutet wird:

Giftmüll der hochgefährlichsten Sorte soll in Herten-Süd verbrannt werden. Hexachlorbenzol gehört zu den „dirty dozen“, dem dreckigen Dutzend der bekannten zwölf organischen Giftstoffe, die durch die Stockholmer Konvention 2001 international verboten sind. Davon sollen also 5.000 Tonnen (!) in Herten-Süd verbrannt werden! Ein Lehrstück zum Thema „Folgen der globalisierten Wirtschaft“, das uns direkt vor Ort betrifft.

Der Verdacht regt sich: Da ist eine Menge Geld im Spiel.

Ernste Fragen müssen an das RZR, bzw. die AGR gestellt werden:

1. Sind die Sicherheitsstandards bei einem derart aufwendigen Transport um den halben Globus wirklich gewährleistet?

2. Welche Rückstände sind bei der Verbrennung der Altlasten zu erwarten und welche Gefahren gehen davon für Menschen und Natur hier in Herten und in der Ferne aus? Werden die 5000 Tonnen HCB hier in Herten wirklich restlos „geknackt“?

3. Für Herten als Stadt ergeben sich die Fragen: Was bedeutet eine Entsorgungsmaßnahme von solchen Ausmaßen für das Image der Stadt? Werden dadurch nicht die vielen Bemühungen auch Ehrenamtlicher um die Aufbesserung des Standorts Herten (z.B. Stadtumbau West) in Frage gestellt?

4. Schließlich: Welche Signalwirkung geht von der geplanten Entsorgung für die Zukunft aus oder anders gefragt, was wird da noch kommen?!

Ich befürchte, diese Entsorgungsaktion der besonderen Art wird Herten in der nächsten Zeit noch intensiv beschäftigen!

Pfr. Bernhard Stahl Westerholter Str. 615 45699 Herten Tel./Fax 02366 / 55627 E-Mail: baldermann_stahl(at)web.de

LESERBRIEF Giftmüll aus Australien landet jetzt im RZR ‚Joachim Jürgens 23.12.2006

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser

was kurz vor Weihnachten - zeitlich glänzend platziert - nicht ohne ein gewisses "Geschmäckle" bezüglich der "Giftmüllverbrennung" seitens AGR praktiziert wird, entbehrt jeglicher Feierlichkeit. Haben es die Verantwortlichen nicht auch schon hervorragend verstanden, die RZR- Erweiterung mit dem WM-Event zeitlich gut zu tarnen?

Fest steht, dass die EU die "Entsorgung" von giftigen Abfällen außerhalb der EU-Grenzen verbietet! Zu oft fanden mafiöse afrikanische Fürsten Geschmack an diesem dreckigen Geschäft. Wir finanzieren das RZR mit vergleichsweise hohen Haus-Müllgebühren. Da das offensichtlich nicht reicht, bedient sich meiner Meinung nach die AGR einiger Mittel, die einem afrikanischen Kleinstaat in der Vergangenheit zu Ehre gereicht hätte - nur sind diese Staaten mittlerweile schlauer geworden.

Ob das Verbrennen dieser Abfälle die Umwelt schädigt, mag ich derzeit nicht zu beurteilen. Bewerten möchte ich jedoch den Tatbestand, dass - nüchtern und ohne Schwarzmalerei festgestellt - die Auswirkungen eines Störfalles katastrophale Folgen haben könnten. Bei der Verbrennung von Hexachlorbenzol entsteht Dioxin (Sevesogift) in nicht unerheblicher Menge. Freigesetzt würde das bedeuten, dass nicht nur das Freizeitgebiet Halde für lange Zeit als verbotene Zone ausgewiesen werden müsste.

In welchem Schilda leben wir hier eigentlich. Ich höre schon die Australier um den Erdball lachen und in Gedanken sehe ich die RVR- Mächtigen das Gift-Geld zählen.

Na ja, vielleicht bekommt unsere Stadt die gewünschte Berühmtheit, die sie sich so sehnlichst wünscht, eine Berühmtheit, wie sie „Siemens- München“, „VW- Wolfsburg“, „Ackermann-City“ etc. auch schon erreicht hat.

Aus China stammt übrigens folgendes treffende Zitat: „Am Tag ist die Eule blind, bei Nacht die Krähe. Wen aber das Geld blendet, der ist blind bei Tag und Nacht.

zum Thema: Giftmüll aus Australien landet jetzt im RZR

PRESSEMITTEILUNG UBP- FRAKTION IM RAT DER STADT HERTEN

UBP wehrt sich gegen das Image des Müllstandortes / „In Herten stinkt’ s!“

Der Strukturwandel in Herten geht aus Sicht der UBP in den letzten Jahren in die falsche Richtung. Statt sich im Dienstleistungs- und im Produktionsbereich überregional zu positionieren, wird die Stadt Herten über die Grenzen hinaus künftig als Müllstandort Bekanntheit erlangen.

Nach dem Ausbau des RZR II, der von unserer Seite aufgrund der Umweltrisiken abgelehnt wurde und den immer wieder auftretenden Problemen im Zusammenhang mit der Biogasanlage in Bertlich kommt mit der Giftmüllverbrennung von HCB -Abfällen ein dritter Schicksalsschlag auf unsere Stadt zu.

„Wenn eine Stadt junge Familien gewinnen will und ein angeschlagenes Image wieder aufpolieren will, sind derartige Entscheidungen, wie die Verbrennung von hoch-giftigem Sondermüll, der von Australien nach Herten transportiert wird kontraproduktiv.“

Wir fordern die Stadtspitze auf diesem Treiben ein Ende zu setzen. Es zeigt sich, dass unsere Ablehnung zum Ausbau des RZR II genau der richtige Weg gewesen wäre. Wir warnen ausdrücklich davor Herten zum Müllstandort

Deutschlands zu machen. Dies bedeutet für unsere Stadt nicht nur ein gesundheitliches Risiko, sondern auch einen erheblicher Imageverlust, der unsere Zukunftsfähigkeit als familienfreundliche Stadt extrem gefährdet.

Mit freundlichen Grüßen
Tobias Köller
UBP- Vorsitzender

DEN MEISTEN STINKT' S WAZ (28.12.2006)

AM 28. Dez. berichtet die WAZ erstmals in ihrem Lokalteil-Herten:

Giftmüll in Herten - das treibt die Stadt um. Seit bekannt wurde, dass im RZR Sondermüll in Form von Hexachlorbenzol (HCB) aus Australien entsorgt werden soll, schlagen die Wellen hoch. „Das soll doch wohl nur der Türöffner für die ganz großen Giftfuhren aus aller Welt' sein", mutmaßt Horst Urban, Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG). Als „große Sauerei" bezeichnet Grünen-Vorsitzender Dieter Kullik den Vorgang. „Allein die Energiekosten sind der reine Wahnsinn", sagt er und fragt: „Was passiert, wenn der Lkw einen Unfall hat?"

Fragen, auf die es gestern bei der AGR keine Antwort gab. Zwischen den Feiertagen seien Ansprechpartner kaum zu bekommen, man berief sich auf den Artikel im hausinternen Magazin „Blickkontakt" - da stehe alles drin. Etwa folgendes: „Für eine der letzten großen HCB-Altlasten weltweit gibt es doch noch ein gutes Ende."

Nichts Gutes kann Tobias Köller von der Unabhängigen Bürgerpartei (UPB) finden: „Wir haben doch schon großen Krach mit der Biogas-Anlage - und jetzt das." Dadurch gelange Herten zu einer Berühmtheit, die „eher nicht so schön" sei. Um das zu verhindern, setzt Köller auf Druck von außen: „Wir haben als Stadt schon einen gewissen Einfluss auf die AGR, weil wir als Stadtwerke in deren Gremien vertreten sind." Anders sieht das Carsten Locker, Fraktionsvorsitzender der SPD: „Wir können das nicht verhindern." Er gehe davon aus, dass der Vertrag „sauber ist und die Anlage das kann." Gleichwohl müsse man fragen, ob es wirklich nötig sei, Sondermüll um die halbe Welt zu transportieren. Und Joachim Jürgens von Pro Herten geht noch einen Schritt weiter:

„Fest steht, dass die EU die Entsorgung von giftigen Abfällen außerhalb der EU-Grenzen verbietet." Keine Stellungnahme hat bislang die CDU-Fraktion abgegeben. Man sei noch dabei, Daten und Fakten, etwa von Umwelteinrichtungen, zusammenzutragen!

Der Weg des Mülls - Die HCB-Abfälle kommen von Sydney aus auf dem Seeweg über Südafrika ins norddeutsche Brunsbüttel und von dort aus per Bahn und Lkw nach Herten kab

JANUAR

„GIFTMÜLL-HANDEL "NICHT GENEHMIGUNGSFÄHIG" QUELLE: RECKLINGH. ZEITUNG 06. JANUAR

Herten. Die geplante Verbrennung von 5000 Tonnen hexachlorbenzolhaltiger Abfälle im Hertener Müllofen RZR ist nach Einschätzung des BUND "nicht genehmigungsfähig". -

Der Giftmüll aus Australien soll ab Mai 2007 bis Ende 2008 in Herten entsorgt werden. Das Material stammt aus einer Altlast des größten australischen Chemieunternehmens Orica. Die Bezirksregierung Münster hat bereits grünes Licht für den Handel gegeben.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland hat nach eigenen Angaben beim australischen Umweltminister Campbell protestiert und das Umweltbundesamt um Rechtsauskunft gebeten. "Immerhin be-

kennt die Fa. Orica freimütig in einem Fachartikel, dass sie nur dort ihre gefährlichen Altlasten zu, entsorgen gedenke, wo sich kein Widerstand in der Bevölkerung regen wird" erklärte die Dorstener BUND-Vertreterin Claudia Baitinger. "Dabei sind sie offenbar auf Herten gestoßen und haben - das Licht der Öffentlichkeit scheuend - bereits mit behördlichem Segen Verträge abgeschlossen." Der Industriemüllofen des RZR sei für derartige Frachten an chlorhaltigem Abfall jedoch nicht ausgelegt, betont der BUND.

Dem widerspricht die Essener AGR, die das RZR betreibt. Der Sondermüll könne ohne Probleme für die Umwelt entsorgt werden, erklärte ein AGR-Sprecher. In Herten stehe die "modernste und sauberste Sondermüll-Verbrennungsanlage der Welt".

KEIN GRÜNES LICHT FÜR GIFTMÜLL HERTENER ALLGEMEINE06. JANUAR 2007

Münster widerspricht der AGR, 06. Januar 2007

HERTEN, (mw) Die AGR hat noch gar keine Genehmigung, Giftmüll aus Australien im Hertener RZR zu verbrennen.

Das bestätigte die Sprecherin der Bezirksregierung Münster, Sigrun Rittrich, auf Anfrage unserer Zeitung. Die Behörde widersprach damit der Behauptung der Essener Entsorgungsgesellschaft, Münster habe „grünes Licht" für den Entsorgungsauftrag aus Sydney gegeben. Weder gebe es eine Genehmigung für den Import von 5 000 Tonnen hexachlorbenzolhaltiger Abfälle, betonte die Sprecherin, noch sei abschließend geprüft, ob die Hertener Sondermüllverbrennungsanlage die Voraussetzungen für die Beseitigung dieser Abfälle überhaupt erfülle.

Der Regionalverband Ruh] (RVR), „Mutter" der AGR, soll den Giftmüll-Tourismus stoppen, fordert die Linke in der RVR- Verbandsversammlung. Giftmüll über Ozeane zu schippern sei „umweltpolitischer Irrsinn", meint Fraktionssprecher Wolfgang Freye.

Der Abfall-Transport nach Herten ist mittlerweile auch Medienthema in Sydney. Der australische Grünen-Abgeordnete Ian Cohen habe zudem eine offizielle Anfrage im Parlament eingereicht, berichtet die Kreistagsfraktion der Grünen in Recklinghausen.

KOMMENTAR DER PREIS SPIELT KEINE ROLLE MICHAEL WALLKÖTTER

Hertener Giftmüll-Deal wird immer fragwürdiger, meint

Mit der Beseitigung von Sondermüll (den Begriff Giftmüll gibt es offiziell nicht) lässt sich viel Geld verdienen. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist es deshalb eine Selbstverständlichkeit, dass sich die Abfallentsorgungsgesellschaft AGR ein lukratives Geschäft wie den Vertrag mit dem australischen Chemie-Riesen Orica an Land zieht.

Doch Abfallentsorgung ist auch ein hochbrisantes Thema. Das weiß sicherlich niemand besser als die AGR, die am RZR- Standort Herten schon manche Schlacht geschlagen hat. Umso unverständlicher ist der unsensible Umgang der Essener mit dem Australien- Deal. Der wird in der breiten Öffentlichkeit erst gar nicht thematisiert, sondern nur in der AGR- Hauszeitung, sozusagen im kleinen Kreis, publiziert. Und obendrein entpuppt sich die Behauptung der AGR, die Behörden hätten bereits grünes Licht für den Import und die Beseitigung von 5000 Tonnen hexachlorbenzolhaltiger Abfälle im RZR gegeben, als Ente - um es wohlwollend zu formulieren. Mit einer derartigen Informationspolitik verdirbt die Entsorgungsfirma das Klima und nährt die Zweifel der Kritiker.

In Herten steht zweifellos eine der modernsten und saubersten Müllverbrennungsanlagen der Welt. Am Ende des laufenden Prüfverfahrens wird die Bezirksregierung dem RZR wohl tatsächlich bescheinigen, mit dem Orica- Giftmüll ohne Probleme fertig werden zu können. Doch darum geht es nicht allein. Der Mülltou-

rismus um die halbe Erdkugel ist und bleibt fragwürdig. Ein Stoff, der so gefährlich ist, dass er weltweit verboten wurde, soll 16000 Kilometer per Schiff und Bahn transportiert werden. „Welch ein Wahnsinn. Nach Angaben der australischen Grünen gäbe es auch auf dem fünften Kontinent Möglichkeiten, die Altlast unschädlich zu machen. Allerdings zu ungleich höheren Kosten.

Geld regiert die (Entsorgungs-) Welt. Der umweltpolitische Preis scheint dabei keine Rolle zu spielen.

via Amateurfunk Kontaktaufnahme nach nach Australien

Aufgrund der Pressemeldungen vernetzte Pro-Herten die Städte:

Dormagen; Leverkusen; Brunsbüttel

J. Jürgens, DK3RR via Amateurfunk in Kontakt mit Australien, VK2EDD meldet sich

zum(wmv)

-WDR-Videoclip

Bezirksregierung Münster
Dez. 56
Herrn Dr. Wiedemeier
- per Fax 0251 411 2118 -10.1.07

BUND
FREUNDE DER ERDE
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen
e.V., AK Abfall
Claudia Baitinger
In der Furge 13
46286 Dorsten T
02369 24296

ANFRAGE NACH UIG ZUR GEPLANTEN HCB-VERBRENNUNG IM RZR HERTEN

Sehr geehrter Herr Dr. Wiedemeier, sehr geehrte Damen und Herren

Bitte informieren Sie uns über die immissionsschutzrechtlich relevanten Bedingungen der laut Presse und RZR-Verlautbarungen von Ihrem Abfalldezernat bereits genehmigten Verbrennung von 5000 t Hexachlorbenzol – Abfällen der ICI-Nachfolgefirma Orica aus Botany Bay / Australien in den Industriemüll-Verbrennungslinien des RZR Herten.

In den verschiedenen Verlautbarungen des RZR wird von einer Verbrennungstemperatur von 900° C in den IM-Linien gesprochen. Bitte informieren Sie uns darüber, ob bei der vorgesehenen Verbrennung dieser großen Mengen chlorhaltiger gefährlicher Abfälle sichergestellt ist, dass die Bedingungen des § 4 (2) der 17. BImSchV eingehalten werden, zumal im selben Zeitraum weitere, darunter auch Chlor haltige Sonderabfallimporte z.B. aus den Niederlanden in tausenden von Tonnen laut SenterNovem - Archiv genehmigt sind und zeitgleich zur Verbrennung anstehen werden.

Wie ist der derzeitige Genehmigungsstand in Bezug auf die Verbrennungsbedingungen – auch im Zusammenhang mit den in 2001 und 2004 erfolgten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen zur Verbrennung in der Nachbrennkammer und der Erweiterung des Abfallartenkatalogs für gefährliche Abfälle?

Mit freundlichem Gruß
Claudia Baitinger

BUND KG Recklinghausen zur Antwort

DER STÖRFALL

AGR verteilt Störfall-Information an alle Haushalte Broschüre dient der Sicherheit im Umfeld des RZR Herten

(Herten / Herne / Gelsenkirchen / Recklinghausen, 07.11.06) Ein achtseitiges, leicht lesbares und mit Grafiken und Piktogrammen aufgelockert gestaltetes Informationsblatt werden in diesen Tagen alle Haushalte im Umfeld der Müllverbrennungsanlage RZR Herten in ihren Briefkästen finden. Absender ist die AGR, die mit dieser Informationsschrift der so genannten „Störfall-Verordnung“ Rechnung trägt.

Damit aus einem Zwischenfall kein Unglücksfall wird, haben die Betreiber von Anlagen, die dem Bundes-Immissionsschutzgesetz unterliegen und in denen mit bestimmten gefährlichen Stoffen gearbeitet wird, die Verpflichtung, die Öffentlichkeit der Umgebung in verständlicher Weise in bestimmten Zeitabständen über Sicherheitsmaßnahmen zu informieren. Auch für das RZR Herten existieren detaillierte, mit den Behörden abgestimmte Alarm- und Gefahrenabwehrpläne. Bestandteil dieser Sicherheitskonzepte ist die frühzeitige

Information und Einbindung der Bevölkerung. So kann mit geeigneten Maßnahmen reagiert werden, wenn ein betrieblicher Störfall Auswirkungen über die Betriebsgrenze hinaus hat.

Die jetzt verteilte Information zur Störfall-Verordnung enthält zunächst eine Erläuterung der Gründe für die Informationsbroschüre. Dann folgt eine Beschreibung mit Lageplan des RZR Herten sowie dessen Aufgaben, Sicherheitssysteme und eine Aufzählung, von welcher Art die denkbaren Störfälle sein könnten.

Schließlich werden, durch Piktogramme auffällig gemacht, die wichtigsten Verhaltensregeln für den Störfall aufgeführt. So sind z.B. auch die Frequenzen der lokalen empfangbaren Radiosender aufgelistet, um die Hinweise von Polizei und Feuerwehr über den Rundfunk mitzuhören. Es wird empfohlen, diese Seite aufzubewahren. Darüber hinaus sind wichtige Telefonnummern aufgeführt, unter denen die Bürger selbst die Beobachtung eines Störfalls weitergeben können.

Sicherheit für Menschen und Umwelt genießt in AGR-Anlagen den höchsten Stellenwert. Die in einer Auflage von über 13 Tausend Exemplaren den Haushalten in der Nähe des RZR Herten zugestellte Störfall-Information sollte deshalb niemanden unnötig beunruhigen, sondern als wichtiger Baustein in einem behördlich kontrollierten Schutzkomplex verstanden werden.

RÜCKFRAGEN: HEINZ STRUSZCZYNSKI

Der Text kann auch unter „www.agr.de/Infos/Medienmitteilungen“ geladen werden.

Die o.g. Störfallinformation wurde erst in der zweiten Januarwoche ins Netz gestellt. Pro-Herten versuchte hier die Störfallinformation herunterzuladen, was jedoch infolge einer defekten Datei unmöglich war. Nach telefonischer Nachfrage wegen des defekten Links auf der Homepage der AGR in Sachen Störfallinformation folge Dokumente:

Von: Frau Müller [mailto:cmueller(at)agr.de]
Gesendet: Dienstag, **9. Januar 2007 11:13**
An: jj(at)pro-herten.de

BETREFF: Störfallinformation AUF DER RZR HOMEPAGE

Sehr geehrter Herr Jürgens.

Bezug nehmend auf unser Telefonat von heute morgen, wollte ich Ihnen nur kurz mitteilen, dass Sie die o. g. Information wieder abrufen können. Zu dem Thema, ob Sie einen Link der Info mit auf Ihre homepage nehmen können**, melde ich mich mit später noch mal, da ich das gerne mit meinem Chef abstimmen möchte.

Mit freundlichen Grüßen i.A. Cornelia Müller
**Genehmigung wurde anschließend erteilt

EMAIL DES VORGANGS AN BÜRGERMEISTER Z.K.

Von: J. Jürgens [mailto:jj(at)pro-herten.de]
Gesendet: Dienstag, 9. Januar 2007 13:30
An: 'BM'
Cc: 'Stadt Herten'

Betreff: „Nur zur Sicherheit!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister.

Vor den Festtagen wurde im Lokalbereich der hiesigen Zeitung bekannt gegebene, dass die AGR in den Haushalten eine so genannte „Störfallinformationen“ mit folgenden : „Nur zur Sicherheit! Störfälle im RZR Herten, die Auswirkungen für die umliegenden Anwohner haben, sind so gut wie ausgeschlossen. Falls dennoch dieser höchst unwahrscheinliche Fall eintreten sollte, ist es gut, wenn Sie wissen, wie Sie sich am besten verhalten sollten. Alle notwendigen Informationen hierzu haben wir in unserer Broschüre "RZR Herten - Nur zur Sicherheit." für Sie zusammengestellt." verteilt hatte. Nachfragen, wer im Besitz einer solchen Information ist, verliefen hier negativ. **Heute morgen fand ich auf der entsprechenden Seite ein Link zum Downloaden dieser Information. Leider musste ich feststellen, dass hier offenbar die AGR diesen Link nicht überprüft hatte, da er ins Nirvana führte, nicht aber die gewünscht Info preisgab**.

Da ich davon berechtigter Weise ausging, dass die Stadt Herten von dieser Information in Kenntnis gesetzt wurde, habe´ich mich bei der zuständigen Stelle in Ihrem Hause diesbezüglich erkundigt mit - einem katastrophalen Ergebnis.

Ihrer Fachbereichsleiterin „Bürgerservice, Ordnung und Feuerschutz“ bekannte sich hier unwissend. Sie habe weder von dem Vorgang gehört noch sei ihr diese Information der AGR bekannt.

Auf die Einwände, dass sie ja offensichtlich die verantwortliche Person im Bezug auf die Störfallverordnung (stadtbezogen) sei, wurde mir mitgeteilt, dass Sie auch hierzu keine Angeben machen könne, ob solches in ihrem Zuständigkeitsbereich fällt.

Wie kann eine Stadt fachgerecht im nicht auszuschließenden „Worst Case“ agieren, wenn hier offensichtlich – hoffentlich täusche ich mich hier - Unwissenheit und Inkompetenz vorherrscht?

Ich füge diesem Schreiben die entsprechende Veröffentlichung des RZR bei, in der Hoffnung, dass der eine oder andere „Zuständige“ davon in Kenntnis gesetzt wird, so dass auch hier dem Bürger Informationen in der Sache mitgeteilt werden können.

Mit freundlichem Glückauf, J. Jürgens

DER AGR-LINK FUNKTIONIERT NICHT, HERR STRUSZCZYNSKI

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Claudia Baitinger [mailto:willy.baitinger(at)t-online.de]
Gesendet: Dienstag, 9. Januar 2007 02:40
An: h.strusi(at)agr.de
Betreff: AGR verteilt Störfall-Information

Sehr geehrter Herr Struszczynski

Ich interessiere mich für Ihre untenstehend angekündigte Störfallbroschüre. Leider ist der Link z.Zt. nicht aktiv, eine Telefonat heute nachmittag in Herten führte zu keinem Ergebnis, da ein Herr Fuchs nichts von einer solchen Broschüre wusste. Bitte senden Sie mir die im Internet angekündigte Datei, behelfsweise ein Papierexemplar und teilen Sie mir mit, an welchen Stellen in der Stadt Herten, Recklinghausen und ggfs Herne ich Einblick in die entsprechenden Unterlagen gem. 12. BImSchV nehmen kann.

Mit freundlichem Gruß
Claudia Baitinger In der Furge 13 46286 Dorsten

----- Original Message -----

ABER NUR BEI IHNEN NICHT FRAU BAITINGER!

From: Heinz Struszczynski
To: 'Claudia Baitinger'
Sent: Tuesday, January 09, 2007 2:35 PM

SUBJECT: AW: AGR VERTEILT STÖRFALL-INFORMATION

Sehr geehrte Frau Baitinger,

aus welchen Gründen Sie den Link auf die Störfallverordnung nicht öffnen konnten, ist hier nicht nachvollziehbar. Bei der AGR als auch bei mir zu Hause klappt sowohl Verlinkung als auch Ausdruck. Ich habe Ihnen den Link hier noch einmal angefügt:[1]

http://www.agr.de/rzr-herten/dokumente/pdf/RZR_Stoerfallverodnung.pdf

Wer Herr Fuchs in (wo?) Herten ist, kann ich ebenfalls nicht nachvollziehen. Jedenfalls ist es niemand von AGR Seiten, der zu der Broschüre Auskunft geben könnte. Mit einem Telefonat oder wie jetzt mit einer E-Mail an mich wären Sie an der richtigen Adresse gewesen.

Die von Ihnen angefragte "Information über Sicherheitsmaßnahmen gemäß § 11 der 12. BImSchV" - umgangssprachlich "Störfallbroschüre" - haben wir gemäß den gesetzlichen Vorgaben in einer Auflage von über 13.000 Exemplaren an die Haushalte im direkten Umfeld des RZR Herten verteilen lassen. So kommt es zum Beispiel, dass im räumlich entfernten Hertener Ortsteilen wie z.B. Westerholt keine Störfallbroschüre verteilt wurden, dafür aber in den Herner Stadtteilen Unser Fritz und Crange sowie in Recklinghausen-Hochlarmark. Darüber hinaus haben wir mit einer Pressemitteilung auf die Verteilung der Störfallbroschüre aufmerksam gemacht, die auch in den Lokalmedien veröffentlicht wurde. Weder die Störfallbroschüre noch der dieser Störfallbroschüre zugrunde liegende Sicherheitsbericht gem. § 9 der 12. BImSchV ist öffentlich auszulegen. Diesen kann man jedoch auf Antrag bei der Bezirksregierung in Münster einsehen.

Mit freundlichen Grüßen ,Heinz Struszczynski Pressesprecher / Leiter Unternehmenskommunikation

AGR UNTERNEHMENS GRUPPE

[1] [Anmerkung Joachim Jürgens: Hier hat der Herr Struszczynski die Unwahrheit behauptet, der Link funktionierte erst nach meiner Beschwerde, sh. oben]

Von: Claudia Baitinger [mailto:willy.baitinger(at)t-online.de]
Gesendet: Dienstag, 9. Januar 2007 17:59
An: h.strusi(at)agr.de
Cc: JJ(at)JIDV.DE

BETREFF: RE: AGR VERTEILT STÖRFALL-INFORMATION

Sehr geehrter Herr Struszczynski

Dank für Ihre prompte Antwort und die Zusendung des (jetzt funktionierenden) links. Leider beantworten Sie mir nur eine meiner Fragen.

Ich bitte Sie, mir im Sinne der RL EG 2003/4 EG auch die andere Frage - die Vorschriften der 12. BImSchV betreffend - zu beantworten. Der Hinweis auf den sich in Münster befindlichen Sicherheitsbericht allein ist nicht zielführend, wie Sie sicher wissen. Ich füge die sogenannte Störfallverordnung zu Ihrer Information an. Vor dem Hintergrund der anvisierten australischen HCB-Abfallimporte und des seit Jahren stattfindenden Importes von tausenden von Tonnen niederländischen Sondermülls ("gefährlicher Abfall") zwecks Verbrennung im RZR interessieren mich / interessieren uns auch die vorgeschriebene Umsetzung weiterer öffentlichkeitsrelevanter Betreiberpflichten, wie Sie sicher verstehen können.

Von daher erwarte ich eine umfangreichere Antwort auf meine Anfrage als nur die Hinweise auf den bunten Flyer und die Möglichkeit der Akteneinsichtnahme bei der Bezirksregierung.

Vielleicht können Sie mir vorab schon mal nach § 9 (2) die Liste der im Betriebsbereich vorhandenen gefährlichen Stoffe auf der Grundlage von Spalte 2 des Anhanges I der 12. BImSchV zusenden.

Laut Erlass des MUNLV bitte ich um kostenlose Auskunft. Kopierkosten - so sie nicht durch das Zusenden von Dateien vermieden werden können - werden wir erstatten.

Mit freundlichem Gruß
Claudia Baitinger, Sprecherin des BUND Landesarbeitskreises Abfall NRW
BUND-Kreissprecherin
In der Furge 13, 46286 Dorsten, T 02369 24296, F 24297
Claudia.Baitinger(at)bund.net

DIE SOGENNANTE „STÖRFALLVERORDNUNG“ Reklame oder Information?
Download unter:

http://www.pro-herten.de/RZR/003_RZR_Stoerfallverodnung.pdf [2]

[2] Die AGR als privater Betrieb KANN überhaupt keine „VERORDNUNG“ erlassen oder herausgeben – Das Dokument erfüllt allenfalls die Vorgabe einer „RZR-REKLAME“

Informationen nach § 11
der Störfall-Verordnung

RZR Herten – Nur zur Sicherheit.

So einfach ist die Lösung.

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

Sicherheit genießt im RZR Herten den höchstmöglichen Stellenwert – beim Betrieb der Anlage ebenso wie beim Umgang mit den angelieferten Abfällen. Strenge Vorschriften und bewährte Alarm- und Gefahrenabwehrpläne lassen unsere Mitarbeiter jederzeit schnell und situationsgerecht handeln; auch regelmäßige Schulungen und Übungen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Doch damit im Störfall betriebliche und behördliche Maßnahmen erfolgreich greifen können, ist Ihre Mitwirkung unerlässlich. Bitte betrachten Sie diese Informationsbroschüre deshalb als wichtigen Teil eines umfassenden Sicherheitsprogramms. Hier erfahren Sie, welche Maßnahmen Sie bei einem betrieblichen Störfall ergreifen sollten, wenn dessen Auswirkungen über die Betriebsgrenzen hinausgehen. Als Artikel 1 der „Verordnung zur Umsetzung EG-rechtlicher Vorschriften betreffend die Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen" ist die novellierte Störfall-Verordnung am 26.04.2000 erlassen worden; die letzte Änderung stammt vom 08.06.2005. Sie dient zur Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen. Die Störfall-Verordnung gilt unter anderem für Anlagen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftig sind und in denen bestimmte, gesetzlich festgelegte Stoffe entweder in entsprechenden Mengen vorhanden sind oder bei einer Störung des Betriebs (z.B. durch Brände oder Explosionen) entstehen können. In Paragraph 11 der Störfall-Verordnung wurde für den Betreiber einer solchen Anlage die Verpflichtung festgeschrieben, die Öffentlichkeit in verständlicher Weise über die Sicherheitsmaßnahmen und – in Abstimmung mit dem Katastrophenschutz und den zuständigen Behörden – über das korrekte Verhalten bei einem Störfall zu informieren.

Der Fahrplan für den Notfall

Rasches Eingreifen am Störfallort ist oberstes Gebot. Die sofortige Beseitigung von technischen Defekten und die Begrenzung der Ausbreitung von Gefahrstoffen schafft Sicherheit, die Minuten später oft nur mit weitaus größerem Kräfteeinsatz zu erreichen ist. Daher erfolgt im Störfall der unmittelbare Einsatz des für den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz geschulten Personals des RZR Herten.

Das weitere Vorgehen folgt präzisen Alarm- und Gefahrenabwehrplänen, die gemeinsam mit den zuständigen Behörden erarbeitet wurden. Betriebliche, polizeiliche und fachbehördliche Maßnahmen gehen dabei Hand in Hand. Besonders wichtig: Ist ein Störfall eingetreten, werden die zuständigen Behörden grundsätzlich sofort informiert. Die Behörden gewährleisten dann die Information der Nachbarschaft. Sie erfolgt per Durchsage über Lautsprecher oder über den Rundfunk. Bitte beachten Sie, dass es zu einer Zeitverzögerung zwischen dem Eintritt des Störfalls und der Unterrichtung kommt. Wir werden uns bemühen, diese Zeitspanne so klein wie möglich zu halten. Die Hinweise der Durchsagen sollten Sie in jedem Fall genau befolgen. Die Entwarnung wird ebenfalls über diesen Weg bekannt gegeben.

Lageplan.

1 Betriebs- und Sozialgebäude (inkl. Labor)
2 Waage
3 Tanklager für flüssige Stoffe
4 Fasslager
5 Krankenhausabfall-Lager
6 Tanklager für pastöse Stoffe
7 Industriemüll-Bunker
8 Sperrmüll-Bunker
9 Hausmüll-Bunker
10 Siedlungsmüllverbrennungslinien 1/2
11 Kamin Siedlungsmüllanlage
12 Rauchgasnachreinigung Siedlungsmüll
13 Elektroschalthaus Siedlungsmüll
14 Luft-Kondensationsanlage
15 Schlackeverladung Siedlungsmüll (auf dem Bild verdeckt)
16 Industriemüllverbrennungslinien 1/2
17 Kamin Industriemüllanlage
18 Rauchgasnachreinigung Industriemüll 1
19 Rauchgasnachreinigung Industriemüll 2
20 Elektroschalthaus Industriemüll
21 Schlackeverladung Industriemüll
22 Prozesswasserbehandlung
23 Calciumchlorid-Sole-Lager
24 Energiezentrale/Turbinen mit Generatoren/Schaltwarte
25 Fernwärme-Übergabestation
26 Schwerteilmagazin

Das RZR Herten.

Im RZR Herten werden Abfälle thermisch behandelt. Das RZR Herten unterliegt ständiger behördlicher Überwachung und unterschreitet die vorgegebenen Emissionswerte deutlich. In seiner gegenwärtigen Ausstattung besteht das RZR Herten aus zwei technisch unterschiedlichen Anlagekomplexen.

Die Siedlungsabfallverbrennung

In den zwei Linien der Siedlungsabfallverbrennung werden Siedlungsabfälle für den Abfallwirtschaftsverband EKOCity thermisch behandelt. Die Abfälle brennen ohne Zusatzfeuerung bei einer Mindesttemperatur von 850 °C zu Asche aus. Das Rauchgas wird durch mehrstufige Filtersysteme gereinigt. Die Verbrennungslinien sind zusätzlich mit Aktivkoksfiltern nach dem neuesten Stand der Technik ausgerüstet.

Die Industrieabfallverbrennung

In den zwei Linien der Industrieabfallverbrennung werden Industrie- und Krankenhausabfälle sowie Problemabfälle aus Haushalten thermisch behandelt. Die Rauchgase werden bei mindestens 900 °C nachverbrannt und anschließend durch mehrstufige Filtersysteme gereinigt. Auch diese Verbrennungslinien sind mit Aktivkoksfiltern nach dem neuesten Stand der Technik ausgerüstet.

Siedlungsabfall besteht größtenteils aus harmlosen Stoffen. In geringen Mengen kann er aber auch entzündliche oder brandfördernde, giftige und ätzende Substanzen enthalten. Bei Industrie- und Krankenhausabfällen besteht durch Art und Menge der Stoffe und durch ihre mögliche Reaktionsfähigkeit untereinander ein höheres Gefährdungspotenzial. Die Technik des RZR Herten trägt diesem Umstand Rechnung.

Grundlage aller Vorsorgemaßnahmen ist ein sorgfältiger Sicherheitsbericht für den Gesamtbetrieb und alle Teilanlagen. Als denkbare Störfälle kommen im RZR Herten vorrangig Brand, Explosion und Gasaustritt aus dem Ammoniaklager in Betracht. Eine Analyse dieser denkbaren Störfälle ergab jedoch, dass durch umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen auch im schlimmsten Fall keine umweltgefährdenden Auswirkungen über die Betriebsgrenzen hinaus zu erwarten sind.

Verhalten im Störfall.

- Suchen Sie unverzüglich geschlossene Räume auf, und nehmen Sie Passanten, insbesondere ältere Menschen, Behinderte oder Kinder vorübergehend bei sich auf.
- Schließen Sie Türen und Fenster möglichst dicht, und schalten Sie Klimaanlagen und Belüftungssysteme im Haus oder Auto ab. Vermeiden Sie offenes Feuer, z. B. durch Zigaretten.
- Schalten Sie Ihr Radio ein, und achten Sie auf entsprechende Lautsprecherdurchsagen der Polizei. Informieren Sie sich per Telefon bei Ihren Nachbarn, und geben Sie Ihrerseits Auskunft.
- Blockieren Sie nicht durch Rückfragen die Telefonleitungen von Polizei, Rettungsdiensten und Feuerwehr.
- Die bekannten Notrufnummern müssen für tatsächliche Notfälle frei gehalten werden.
- Sollten Sie sich nach dem Störfall gesundheitlich beeinträchtigt fühlen, nehmen Sie Kontakt zu Ihrem Hausarzt oder dem nächsten Krankenhaus auf.

Frequenzen der Radiosender:

WDR 2 Antenne: 99.2 / Kabel: 89.15
Hitradio Vest Antenne: 94.6 / Kabel: 106.6 (Herten), 95.2 (Westerholt)
Herne 90acht Antenne: 90.8 / Kabel: 104.0
Radio Emscher Lippe Antenne: 96.1 und 98.7 / Kabel: 101.20 (Westerholt)

Den Anordnungen von Notfall- und Rettungsdiensten ist unbedingt Folge zu leisten!

Bei folgenden Beobachtungen kann es sich um einen Störfall handeln:

- **Gasgeruch**
- **Rauchwolke**
- **Explosionsgeräusche**
- **Feuerschein**

Anschrift RZR Herten

AGR mbH
Im Emscherbruch 11
45699 Herten

Wichtige Telefonnummern für die Meldung eines Störfalls

AGR mbH
RZR Herten
Telefon: 02366 300-0
(24 Stunden erreichbar!)

Polizei
Telefon: 110

Feuerwehr
Telefon: 112

Wichtige Telefonnummern für allgemeine Informationen über den Störfall

Richten Sie sich bei allgemeinen Fragen im Störfall bitte an den Pressesprecher der AGR. Sollten Sie darüber hinaus auch noch Fragen zur Sicherheitsvorsorge haben, rufen Sie uns an. Wir werden Ihnen gerne ausführlich Auskunft geben.

AGR mbH
Unternehmenskommunikation
Telefon: 0201 2429-203

Herausgeber: AGR mbH · Unternehmenskommunikation, Essen · © Oktober 2004

AGR UNTERNEHMENS GRUPPE
Gildehofstraße 1 · 45127 Essen · Telefon 0201 2429-0 · Telefax 0201 2429-109 · E-Post info@agr.de · I-Netz www.agr.de

Bündnis90/Die Grünen
SV Herten Stadtverbandssprecher:
Dipl. Ing. Karl Kneip

Offener Brief Bündnis90/Die Grünen Sondermüllverbrennung in Herten

Sehr geehrte Damen und Herren

Lt Presse soll es dem überdurchschnittlichen Einsatz von Jost Brintrup und Bernhard Veith von der Bezirksregierung Münster zu verdanken sein dass nach Prüfung aller Bedingungen und Fakten die Bezirksregierung Münster schließlich grünes Licht für den Entsorgungsauftrag von ca. 5.000 Tonnen HCB-Abfälle aus Sydney gab. Im September 2006 unterschrieben AVR für den Konzern Orica und die AGR Unternehmensgruppe einen Vertrag über die Entsorgung von ca. 5.000 Tonnen HCB-Abfälle. Vom Mai 2007 bis Ende 2008 soll verpacktes Material von Sydney auf dem Seeweg über Südafrika in die norddeutsche Hafenstadt Brunsbüttel befördert werden. Von dort wird der Abfall per Lkw oder Bahn nach Herten transportiert. Insgesamt sollen vier Schiffe die gesamte Menge der Abfälle von Botany Bay nach Deutschland bringen. In Brunsbüttel werden die Seecontainer bis zur Weiterverarbeitung zwischengelagert.

In einer 2002 veröffentlichten Studie wird HCB als hochgiftige Chemikalie eingestuft und Orica wegen HCB- Kontaminationen im Umfeld der Fabrik "Umweltverbrechen" vorgeworfen. Der Industriemüllofen des RZR ist für solche Frachten an chlorhaltigem Abfall nicht ausgelegt, da die Verbrennungstemperatur nur 900 Grad Celsius und nicht, wie gesetzlich für solche Sonderabfallverbrennungen vorgeschrieben, mindestens 1100 Grad beträgt".

Frau Sigrun Rittrich - RP Münster behauptet dass vor zehn Jahren ein Gutachter nachgewiesen habe dass die Temperatur auf 900 Grad gesenkt werden darf. Ob eine Genehmigung vorliegt ist bisher nicht bekannt. Nach unseren Recherchen gilt die alte Genehmigung, die der Aussage von Frau Rittrich entgegensteht.

Schließlich verweisen wir auf die Behauptung des Pressesprecher der AGR, Heinz Struszczynski „Wir verbrennen bei Temperaturen zwischen 950 und 1050 Grad. Die hochtoxischen Abfälle sind mit Pinkelsteinen zu vergleichen“ und auf die Tatsache daß die AGR mbH einen dreistelligen Millionen Betrag in kurzer Zeit ohne Not vernichtet hat, zum Schaden der Bürger in unsere Stadt und dieser Region.

Die Absicht der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR), im RZR-Herten 5000 Tonnen hochgiftigen Müll aus Australien zu verbrennen, sorgt für Proteste. Am 09.01.2007 trafen sich besorgte Bürger zu einem ersten Gespräch. – Herr Seidel, Stadt Herten, hat an diesem Gespräch teilgenommen.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Fragen:
Wie stehen Sie als Aufsichtsratsmitglied zu dem geplanten Vorhaben HCB im RZR zu verbrennen?

- Seit wann waren Sie von dem Vorhaben informiert?
- Sind Sie der Meinung, dass die Hertener Bevölkerung für den relativ günstigen RZR - Strom diese Verbrennung in Kauf nehmen muss?
- Welche zusätzlichen Belastungen entstehen durch die Verbrennung für die Bürgerinnen und Bürger und die Umwelt in der Umgebung?
- Gibt es für den Transport, die Lagerung und die Verbrennung gegebenenfalls zusätzliche Sicherheitsauflagen? Welche Gefahren birgt ein Störfall
- Sind Sie über die gesamten chlorhaltigen Giftmüllmengen z, B. aus den Niederlanden -80 000 Tonnen -informiert
- In welchem zeitlichen Abstand und wann wurde zuletzt das Umfeld des RZR auf Dioxine und Furane getestet?
- Ist Ihnen eine abfallrechtliche Genehmigung für eine 900 Grad Giftmüllverbrennung bekannt?

- Sind sie über die Vernichtung von Gebührengeldern in dreistelliger Millionenhöhe wg. schwere Fehlleistungen die AGRmbH informiert und wie beurteilen sie diese Geldvernichtung auf Kosten der Hertener Bürger?
- Wie hoch waren nach ihrem Kenntnisstand die finanziellen Verluste der Skandale der AGRmbH hier in Herten in der Vergangenheit?
- Wie stehen Sie zu der kapitalen Fehlplanung der Fachleute der AGRmbH im Rahmen der geplanten Verbrennungsanlage „Thermoselect“ und der Aussage dieser Fachleute die Giftmüllverbrennung ist sicher?
- Warum wurde bei der Vergabe des 15 Mio. € Kredites der Stadtwerke das leicht nachvollziehbare Ergebnis des Gutachtens der WestLB dass im Auftrag der Kommunen erstellt wurde, in dem steht *dass die Liquidität der AGR nicht ausreichend sei, die Sanierung der Müllkippen zu bezahlen und eine MVA wirtschaftlich wertlos sei – da sie nur Geld verdiene , um längst bekannte Finanzlöcher zu stopfen* , missachtet ?

Für eine Beantwortung der Fragen bedanke ich mich im Namen des Stadtverbandes.
Karl Kneip
(Stadtverbandssprecher
Bündnis90/Die Grünen Herten)

B´90/DIE GRÜNEN
im Kreistag Recklinghausen
Kurt-Schumacher-Allee 1
45655 Recklinghausen
(0 23 61 - 53 30 75
Fax: 0 23 61 - 53 32 75
Geschäftsführer:
Peter Saatkamp

DIE GRÜNEN RE BEZIEHEN STELLUNG ZUM GIFTMÜLLTRANSPORT

Recklinghausen, den 11.01.07

Als alleiniger Gesellschafter des Abfallentsorgungsgemeinschaft Ruhrgebiet (AGR) bezieht nun auch der Regionalverband Ruhr (RVR) Stellung zu dem geplanten australischen Sondermüllimport in das RZR Herten.

Nachdem bekannt wurde das 5000 Tonnen Hexachlorbenzol-haltige Abfälle aus Australien in Herten verbrannt werden sollen, hatte sich Sabine von der Beck, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreis Recklinghausen, mit einem Fragenkatalog an den RVR gewandt. "Die Entsorgung so genannter chlorierter Abfälle ist in Europa und Deutschland in dafür zugelassenen Industriemüllverbrennungsanlagen prinzipiell genehmigt", legitimiert der Verbandsdirektor Heinz-Dieter Klink (SPD) das internationale Giftmüllgeschäft in seinem Schreiben. Das Stockholmer Übereinkommen von 2004 schreibe die Verbrennung für solche Abfälle ausdrücklich vor. Die deutschen, speziell die nordrhein-westfälischen Sonderabfallverbrennungsanlagen (SAV) seien auf diesem Sektor führend, was auch den internationalen Ruf des RZR Herten "als Referenzobjekt ökologischen Handelns und deutscher Umwelttechnik begründe". Tatsache sei, dass die mit hohem finanziellem Aufwand installierte Aktivkoksfilterung im RZR, "alle Schadstoffe sicher aus dem bereits vorab weitgehend gereinigten Rauchgasen entfernt".

"Wir werden diese technischen Aussagen durch die wissenschaftlichen Mitarbeiter unserer Bundes- und Landesfraktionen prüfen lassen", reagiert von der Beck zurückhaltend auf die Stellungnahme des Anlagen-

betreibers. Dabei wolle man auch dem Vorwurf der Umweltverbände nachgehen, die Verbrennungstemperatur im RZR sei für eine ordnungsgemäße Vernichtung des Giftmülls zu gering.

"Dessen ungeachtet halten wir es weiterhin für unsinnig, Abfälle rund um den Erdball zu senden, macht die Grünen-Politikerin deutlich. Klink begründet dies damit, dass nach Aussagen der australischen Geschäftspartner der AGR und der für die Abfallverbringung zuständigen australischen Behörden, die genannten Abfälle dort nicht entsorgt werden können." Dies ist zumindest nach Auskunft der australischen Grünen nicht richtig, die ein alternatives Entsorgungskonzept vor Ort vorgeschlagen hätten, welches jedoch aus wirtschaftlichen Gründen von dem Unternehmen Orcia abgelehnt worden sei. Den geplanten Giftmüll-Transport vom Hafen in Brunsbüttel bis nach Herten über die Straße halten die Grünen für ungeeignet. "Bei 5000 Tonnen fahren hier 250 Lkw quer durch die Republik", rechnet von der Beck vor. Die Grünen wollen daher auch in Erfahrung bringen, ob der Transport über die Schiene geprüft worden sei.

Mit freundlichen Grüßen
Sabine von der Beck
Fraktionsvorsitzende

Sehr geehrter Herr Klink,

sehr geehrter Herr Freudenberger (über den Pressesprecher Herrn Struszczynski mit der Bitte um interne Weiterleitung),

über die Medien haben wir erfahren, dass von Mai 2007 bis Ende 2008 landen rund 5000 Tonnen hexachlorbenzolhaltige Abfälle aus einer ehemaligen Produktionsstätte in Botany Bay, Australien, in das RZR Herten transportiert und dort verbrannt werden sollen. In der AGR-Firmenzeitschrift "Blickkontakt" wird auf die "Umweltstandards der zwei Verbrennungslinien für Sonderabfälle im RZR Herten, die technischen Möglichkeiten und die Wirtschaftlichkeit" verwiesen.

Der hochgiftige Müll soll anscheinend auf dem Seeweg über Südafrika in die norddeutsche Hafenstadt Brunsbüttel befördert, dort zwischengelagert, und dann per Lkw und Bahn nach Herten gebracht werden.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Fragen:

- Ist die Verbrennung des Stoffes in Deutschland überhaupt genehmigt?
- Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich nach der Verbrennung diese oder andere giftige Stoffe im Abgas wieder rekombinieren?
- Welche zusätzlichen Belastungen entstehen durch die Verbrennung für die Bürgerinnen und Bürger und die Umwelt in der Umgebung?
- Gibt es für den Transport, die Lagerung und die Verbrennung gegebenenfalls zusätzliche Sicherheitsauflagen?
- Hätte es nicht in Australien selbst technische Möglichkeiten gegeben, den Giftmüll zu entsorgen, wenn man anstelle der "Wirtschaftlichkeit"
- für den Besitzer des Giftmülls den Schutz der Umwelt und die Minimierung der Risiken - auch entlang der Transportwege - als oberstes Kriterium höher gewertet hätte?

Ich bitte um eine umgehende Beantwortung. Diese Anfrage wird Ihnen zusätzlich auch auf dem Geschäftspapier der Grünen Fraktion in den kommenden Tagen schriftlich zugehen.

Für heute verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen
Sabine von der Beck
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90 / Grüne
im RVR

ANTWORT

Datum 09.01.2007 Name Heinz-Dieter Klink

Ihr Schreiben vom 02.01.2007

Sehr geehrte Frau von der Beck, sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Schreiben beantworte ich nach Rücksprache mit Herrn Freudenberger von der AGR in der Reihenfolge Ihrer Fragestellung:

1a) Die Entsorgung so genannter chlorierter Abfälle ist in Europa und Deutschland in dafür zugelassenen Industriemüllverbrennungsanlagen prinzipiell genehmigt. Das Stockholmer Übereinkommen von 2004 über die so genannten POP's (persistente organische Schadstoffe) schreibt die Verbrennung für diese Abfälle sogar ausdrücklich vor. In Deutschland werden jährlich mehr als 1 Mio. Tonnen gefährliche Abfälle, darunter auch chlorierte, wie das jetzt zur Debatte stehende Hexachlorbenzol, durch Verbrennung unschädlich gemacht. Die grenzüberschreitende Verbringung und Entsorgung des australischen Sonderabfalls unterliegt einem umfänglichen Notifizierungsverfahren, dessen Überwachung und Eung der Bezirksregierung Münster obliegt.

Die rund 20 geeigneten deutschen SAV (Sonderabfallverbrennungsanlagen) zeichnen sich durch eine aufwendige Rauchgasreinigung und Schadstofffilterung aus. Eine Sonderrolle nimmt hier sicherlich die Industriemüllverbrennung des RZR Herten ein, die europaweit erstmalig schon Ende der 80er Jahre mit Aktivkoksfiltertechnik ausgestattet wurde. Die weite Unterschreitung der gesetzlichen Emissionsgrenzwerte, die permanente öffentliche Darstellung der Emissionswerte und die Tatsache, dass es sich beim RZR Herten um eine Anlage in kommunaler Trägerschaft handelt, begründen den internationalen Ruf dieser MVA und SAV als Referenzobjekt ökologischen Handelns und deutscher Umwelttechnik.

1b) Die Frage, ob sich nach der thermischen Aufschließung Stoffe rekombinieren oder bei welchen Temperaturen dies geschieht, ist nach der Installation von Aktivkoksfiltern als so genannte „Polizeifilter" nur noch von wissenschaftlicher Bedeutung. Tatsache ist, dass die im RZR Herten - dies gilt im übrigen auch für die Hausmülllinien - mit hohem finanziellen Aufwand installierte Aktivkoksfilterung alle Schadstoffe sicher aus den bereits vorab weitgehend gereinigten Rauchgasen entfernt. Im RZR Herten wurde dies durch langdauernde und umfangreiche Messungen des IUTA (Institut für Energie und Umwelttechnik an der Universität Duisburg-Essen) nachgewiesen.

2. Mit Bezug auf das bereits oben gesagte: Keine zusätzlichen Belastungen!

3. Bei dem relevanten Sonderabfall handelt es sich um feste, polymerisierte und nicht reaktive Rückstände. In der chemischen Zusammensetzung gleichen die chlorbenzolhaltigen Abfälle den Beckensteinen, die früher in Urinalanlagen und bei der Bestattungshygiene auch in Deutschland Verwendung fanden. Der Stoff wird in speziell für den Transport zugelassenen Gebinden angeliefert.

Für den Transport und die Lagerung der australischen Abfälle ist das inzwischen auch weltweit gültige „Europäische Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße" maßgeblich, das so genannte ADR (Accord europeen relatif au transport), das die frühere GGVS (Gefahrgutverordnung Straße) in Deutschland abgelöst hat. Die ADR wird alle zwei Jahre den neuesten technischen und juristischen Erkenntnissen angepasst. Für den Seeweg gilt analog der IMDG-Code (International Maritime Dangerous Goods Code).

In den genannten Transportvorschriften ist die Beförderung des betreffenden Stoffes enthalten und reglementiert. Zusätzliche Sicherheitsauflagen sind deshalb nicht notwendig und im Rahmen der Notifizierung auch nicht erfolgt.

4. Nach Aussagen der australischen Geschäftspartner der AGR und der für die Abfallverbringung zuständigen australischen Behörden können die genannten Abfälle dort nicht entsorgt werden. Australien verfügt über keine SVA, welche die geforderten technologischen Standards erfüllt und die den Stoff umweltunschädlich verbrennen könnte. Über diese Hochtechnologie verfügen europäische, insbesondere auch nordrheinwestfälische SVA, was in der internationalen Fachwelt bekannt ist.

Die Australier haben aus diesem Grund im Rahmen eines Audits verschiedene SVA in Frankreich, Belgien und Deutschland überprüft. Letztlich fiel die Entscheidung wegen ihrer besonderen Eignung auf drei Anlagen in Nordrhein-Westfalen und eine in Schleswig-Holstein. Die Anlagen in NRW stehen in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln und Münster (hier das RZR Herten).

Im konkreten Fall handelt es sich um ca. 22 TSD Tonnen belastetes Material. Rund dreiviertel davon werden in den auswärtigen SVA vernichtet. Die in das RZR Herten angelieferte Menge von rund 5 TSD Tonnen wird im Rahmen der genehmigten jährlichen Durchsatzmenge von ca. 90 TSD Tonnen Sonderabfall verbrannt und unschädlich gemacht.

Ich hoffe, Ihre Fragen sachlich weitgehend beantwortet zu haben. Gegen eine Veröffentlichung dieses Schreibens und z.B. Weitergabe an die Medien im Gesamtkontext habe ich keine Einwände.

Mit freundlichen Grüßen
Unterschrift
Heinz-Dieter Klink

LETTER TO AUSTRALIA, THE GREENS , SENATOR BOB BROWN

19 Eve St
Erskineville
NSW 2043
Nation Office Australien Greens
GPO Box 1108
Canberra ACT 2601
Parliament House
Canberra ACT 2600

Ladies and Gentlemen, dear Greens,

may be you are surprised to get this inquiry from Germany, but this is only one side-effect of globalization: an Australian problem has now turned out to be an important issue for local politics in Germany.

We are the green parliamentary group of the district council of Recklinghausen. District councils are the administrative units outside the big cities in Germany, bundling smaller cities and rural communes. Among the cities of our district council there is the city of Herten, where a waste burning plant is operated, named RZR. Even though there are comparatively high emission rules for the cleaning of waste gas (less than 0, 1 ng/m³ of dioxin and furan together as a maximum) this plant is a heavy load for the environment.

A few days ago we heard that it is planned to burn 5.000 tons of waste containing Hexachlorbenzol (HCB) from Sydney in this plant. This of course has lead to public concern: many residents now feel insecure.

With this letter we want to ask you, if you could help us with further information.

We have only heard that the material stems from a waste problem of a company named Orica from Sydney. Could you please find out for us, whether there are compulsory ecological problems that are forcing immediate action? Or would it be possible to leave the waste – with or without additional security provisions – on the spot in order to gain time for searching for alternative decontamination facilities? Do you know whether the company

–Orica has proven alternative options to decontaminate the material in other places than Germany? Are there facilities in Australia, which could burn or deposit the waste under acceptable conditions? Or is it planned to build this type of facilities. Do you think it is – from the point of view of the Australian Greens – necessary to built adequate facilities? If decontamination is not possible in Australia, are there facilities nearer to Australia which provide comparable standards to the German plant? How, at all, do you evaluate the delivery of the toxic waste to Herten, and would be your recommendation to cope with the problem?

Thank you very much for your help. We are looking forward to your answer.

For today we remain
with best green regards
Sabine von deer Beck
parliamentary party leader

parliamentary group
Bündnis 90 / Die Grünen
district council of Recklinghausen

ANTWORTEN AUS AUSTRALIEN

Ian Cohen MLC (NSW Parliament)

greetings Sabina

The Greens party office has forwarded your information to me. I am a Greens MP in the NSW parliament and representing environmental issues. This has been a long and vexed issue. Storage has been a huge problem and there is much controversy over the best methods of disposal. Locals are fearful of onsite disposal and we have huge problems with a TOXIC PLUME in the groundwater which in great part comes from the Orica site.

Greens believe that it should be dealt with locally the authorities are only prepared to undertake direct thermal disorbtion which is no better than incineration. The preferred option is indirect thermal disorbtion which more completely reacts without pollution. Can you tell me your local industry's methods by whatever name you understand and I will seek further advice.

Greens position is that it should be dealt with locally. A remote community in NSW rejected a destruction site that was suggested by Orica and the state government. Export is out of sight out of mind for our government

It is obscene to export it to Germany unless you have a state of the art method of disposal which has no environmental downside.

We hear of dumping of toxic materials in the poorer old soviet block areas are you former east or West Germany?

As I gather information I will approach Australian media to shame Orica I am interested in hearing more about the methods of disposal in your area verdantly

Ian Cohen MLC
(NSW Parliament)
Michael Hidden
Advisor to Ian Cohen MLC,
NSW Parliament,

Hello Sabine,
I work for Ian Cohen, a Greens member of the NSW State Parliament. Thank you for alerting us to the problems at the other end of Orica's disaster at its Port Botany site.

The NSW Greens do not support transferring this waste to Germany (or anywhere else for that matter).

We have asked questions in parliament and alerted the media to the problem but the government seems determined to proceed with this plan. We have an election due in three and a half months so now would be a good time to pressure them again. Your letter alerting us to the fact that we are affecting the lives of people on the other side of the world could help a lot.

It does need to be dealt with urgently - they have a large stockpile of waste in the middle of Sydney that is polluting Botany Bay (which is in next to a major residential area of Sydney and immediately next to Sydney Airport) but it is our problem, not yours. We have suggested a form of treatment that does not involve incineration that could enable it to be dealt with on the current site, but it is expensive and it would appear Orica are not prepared to pay and the government are not prepared to force them. Orica have offered some money to deal with the waste but it is not nearly enough.

We would also like to know what form of treatment would be used at Herten.

I spoke to Ian earlier - he was not near a computer but will reply to you when he gets the chance - he has been in parliament for almost twelve years and has been protesting against Orica's activities at Port Botany long before he ever became a politician so he has a depth of knowledge far greater than mine.

Also, there is a group in Australia that work hard to force governments to take action on toxic waste, have a look at http://www.oztoxics.org/ntn/botany.html

By the way, I was in Germany for the World Cup - my wife worked in television at all the games in Koln and Hamburg. Had a great time - would love to go back and get in touch with the German Greens. Went down the Rhine from Koblenz to Mainz one day - is that anywhere near you?

Thank you for contacting us, will undoubtedly be communicating again soon.

Have a great New Year!
Michael Hidden
Advisor to Ian Cohen MLC,
NSW Parliament, Macquarie St
Sydney
Ph: 02 9230 3305
Mob: 0431 320 085
Email michael.hidden(at)parliament.nsw.gov.au www.iancohen.org.au

---

Zur Kenntnis, Gruß Sabine

DEAR IAN, DEAR MICHAEL,

thank you very much for your quick reaction from Australia. It was an important fact for us to learn that you also prefer to deal locally with the toxic waste.

Now, here are my answers to some of your questions: the destination for some 5.000 tons of Orica Waste is the "MVA" at RZR Herten (www.rzr-herten.de). Its officials, among them politicians because the company that runs it the refuse incinerators is owned by a federation of cities in the metropolitan area The Ruhr (100 kilometres in the North of Cologne, including the World Cup Cities Gelsenkirchen and Dortmund, to answer your question, Michael..;-).), often claim that it is one the most modern refuse incinerators in the world with a multiple fuel gas cleaning installation, but the issue is in fact controversial: There are others, like the environmental experts from the B.U.N.D., who point out, that - even if problems with too low temperatures inside the incinerator would be set aside -the amount of chlorine would be doubled by the Australians charge of toxic waste, and - added to the load already contracted – the prescriptive limit values for chlorine input would be exceeded multiply. Our area is densely populated, there are some 10 million people living around in the 100 kilometre reach. Transport around the world is another sorrow, which of course we have not in depth finally discussed here by now. What worries people as well are that the emission record on the internet homepage of the company running the RZR Herten is disturbed very often? Actually I could not find the emission data of the last year. Which is - of course - not helping people to trust in the high technological quality that is claimed by the officials?

In the meanwhile not only environmentalists are critical about the import of the Orica waste. Today one of the journals with the highest distribution in the Ruhr area, the Westdeutsche Allgemeine Zeitung, (circulation more than 500.000) reported about the Australians toxic waste deal on the first page and the editorial comment is titled with "It stinks"...

Anyway, we hope that together we could find a solution that would help you to get rid of the problem, which seem to be very urgent because of the toxic fumes you describe. We have no idea about the kind of waste utilization in Australia. What do you mean for instance by "direct thermal disorbtion" or "indirect thermal disorbtion"?

Could it make sense to look for waste utilization experts in Germany for instance on academicals or technical levels for further advice? If you need any information, more details, please don't hesitate to mail me.

Green greetings from Germany
Sabine von der Beck, GRÜNE-Kreistagsfraktion schrieb am 09.01.2007:

Presseerklärung:

AUSTRALISCHE UND DEUTSCHE GRÜNE KÄMPFEN GEMEINSAM GEGEN UNSINNIGEN MÜLLTOURISMUS

„Euer Brief, der uns mit der Tatsache konfrontiert hat, dass wir das Leben der Menschen auf der anderen Seite beeinflussen, kann sehr hilfreich sein", antworten die Grünen Mitglieder des australischen Landesparlamentes auf einen Brief ihrer deutschen Parteifreunde aus dem Kreis Recklinghausen. Die grüne Kreistagsfraktion hatte sich an die australischen Grünen mit Fragen zu dem umstrittenen Sondermüllgeschäft des RZR gewandt.

„Die Globalisierung hat dazu geführt, dass ein australisches Problem bei uns zum wichtigen kommunalpolitischen Thema geworden ist", formulierte Sabine von der Beck, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag, ihre Anfrage, kurz nachdem bekannt wurde, dass in dieser Anlage demnächst 5000 Tonnen Hexachlorbenzol (HCB) haltigen Altlasten aus Sydney verbrannt werden sollen. So kam es, dass man inzwischen gemeinsam gegen den Mülltourismus rund um die Welt agiert.

Selbstverständlich würden die australischen Grünen eine Verschiffung des giftigen Abfalls nach Deutschland nicht unterstützen, versichert der wissenschaftliche Mitarbeiter des Abgeordneten Ian Cohen in Sydney. Allerdings sei eine dringende Lösung des Problems erforderlich, denn das riesige Mülllager verunreinige die Botany Küste, die unmittelbar an das Hauptsiedlungsgebiet angrenze. „Aber das ist unser Problem, nicht Eures", heißt es in dem australischen Antwortschreiben. Und weiter: „Wir haben eine Behandlung des Abfalls vor Ort an der bekannten Stelle vorgeschlagen, die aber keine Verbrennung beet. Diese Behandlung ist jedoch kostspielig und es scheint, dass weder Orcia bereit ist, diese Kosten aufzubringen, noch die Regierung bereit ist, sie zu zwingen."

„Wenn es alternative Möglichkeiten gibt, den Sondermüll vor Ort aufzubereiten, darf das giftige Material nicht einmal um die halbe Welt geschifft werden, nur weil der verantwortliche Konzern dadurch Einsparungen erzielen kann", findet von der Beck und will den weiteren Informationsaustausch mit den australischen Grünen fortsetzen. Dort stehen in drei Monaten Parlamentswahlen an und auch die Medien in Sydney haben sich aufgrund der Infos aus dem Vest des Themas angenommen. Der australische Abgeordnete Cohan hat bereits eine offizielle Anfrage im Parlament eingereicht. Man kämpfe jetzt an beiden Fronten gegen die internationale Müllverschiffung – getreu dem Motto „global denken, lokal handeln!".

AUSTRALIENS GIFTMÜLL LANDET IM REVIER, 10. JANUAR, WAZ

Quelle: WAZ v. Mittwoch, 10. Januar 2007 Titelseite

5000 Tonnen sollen in Herten verbrannt werden.
Umweltschützer: Nicht genehmigungsfähig

Von Angelika Wölke

Herten. Von Melbourne nach Herten, insgesamt genau 16.436 Kilometer möchte die australische Firma Orica hochgiftiges Hexachlorbenzol verschicken. Etwa 22.000 Tonnen sollen laut Joachim Wuttke vom Umweltbundesamt bis 2008 an vier Standorten in Deutschland verbrannt werden. 5000 Tonnen davon im Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) in Herten.

Trotz Protests deutscher Umweltorganisationen in Australien hat Orica schon einen Vertrag mit dem Betreiber des RZR, der Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhr (AGR). Die Umweltstandards im RZR hätten die Australier überzeugt, so die AGR. Doch gerade diese Standards zweifelt der BUND an. Für dessen Sprecherin Claudia Baitinger ist das Geschäft nicht genehmigungsfähig „da die Verbrennungstemperatur nur 900 Grad Celsius und nicht die gesetzlich vorgeschriebenen 1100 Grad beträgt."

KOMMENTAR VON JÜRGEN POLZIN GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN: DAS STINKT

Giftmüll gibt es eigentlich gar nicht. Im Abfallrecht jedenfalls nicht. Dort heißt er Sonderabfall und bezeichnet besonders überwachungsbedürftige Restmengen, die umwelt- oder gesundheitsgefährdend sind. Doch Giftmüll ist nicht nur eine gefährliche Fracht, sondern leider auch Wirtschaftsware. Was in der Gösse der Industrieländer landet, muss durch Verbrennung wieder aus der Welt geschafft werden. Nicht jeder Verursacher verfügt über die Technologie zur Entsorgung. Nicht jeder geht diesen teuren Weg, was unlängst die Menschen der Elfenbeinküste am eigenen Leib erfahren mussten, als ihnen illegal Giftmüll aus Europa vor die Tür gekippt wurde.

In Herten sollen nun tausende Tonnen Müll aus Australien verbrannt werden, die. mit Hexachlorbenzol belastet sein sollen. Ein Vorgang, der Fragen aufwirft. Darf man mit dem Risiko, einen langlebigen, hochgiftigen Schadstoff, der mit dem „Dreckigen Dutzend" längst weltweit verboten ist, über die Meere zu schippern, am anderen Ende der Welt Geld verdienen? In einer Anlage, die Bürger durch Müllgebühren mitfinanziert haben? Das stinkt zum Himmel.

AUSTRALIENS GIFTMÜLL LANDET IN HERTEN, WR 10.JAN

10.Jan. Westfaelische-Rundschau 10.01.2007 00:16

Herten/Essen. Die Stadt Herten am Nordrand des Ruhrgebietes scheint besonders attraktiv zu sein - für Unternehmen, die ihren Giftmüll entsorgen wollen.

Einer der vier Standorte für die Beseitigung des hochgiftigen Mülls in Deutschland: das RZR in Herten. (Bild: AGR)

So schickt die australische Firma Orica hochgiftiges Hexachlorbenzol (HCB), insgesamt 22 550 Tonnen dieses krebserzeugenden Stoffes, von Botany Bay in "Down Under" per Schiff nach Brunsbüttel in Deutschland. Von dort sollen sie per Lkw oder Bahn zu vier Standorten gebracht und dort verbrannt werden – ein Transportweg um die halbe Welt von über 16 000 Kilometern. Im Hertener RZR (Rohstoffrückgewinnungs-

zentrum) sollen rund 5000 Tonnen davon landen, erklärte Heinz Struszczynski, Sprecher der RZR-Muttergesellschaft AGR, der Westfälischen Rundschau.

Die anderen Mengen sollen offenbar in Brunsbüttel, Dormagen und Leverkusen entsorgt werden. Für Herten habe der Regierungspräsident in Münster bereits seine Zustimmung signalisiert, warte aber noch die ausstehende notwendige Genehmigung aus Australien ab. Über die beiden anderen Standorte in NRW entscheiden die Behörden in Köln und Düsseldorf.

Denn beide Teile sind für den Beginn der Verbrennung erforderlich. Die AGR rechnet damit, die Post aus Australien in den nächsten 14 Tagen zu erhalten. Auf dem Riesen-Kontinent selbst gebe es überhaupt keine Sondermüll-Anlagen, in denen das Gift entsorgt werden könnte.

HCB gehört zu den zwölf giftigsten Stoffen, die 2004 in der Stockholmer Konvention geächtet worden sind. Als Pflanzenschutzmittel ist es in der Bundesrepublik seit 1981 verboten. In Herten soll die Verbrennung insgesamt zwei Jahre dauern, erläutert Struszczynski. Das Gift wird dabei anderen Müll-Stoffen beigemischt. In den Öfen werden nämlich hochkalorige und nicht so gut brennende Materialien zusammen eingesetzt. "Da wir in Herten in der Industriemüll-Linie pro Jahr 90 000 Tonnen verbrennen, sind das noch nicht einmal drei Prozent." In der ehemaligen Bergbaustadt selbst sorgen die Pläne für Aufregung. Nachbarn in den Wohngebieten im Hertener Süden sind besorgt. Als "große Sauerei" bezeichnet der Grünen-Vorsitzende der Stadt, Dieter Kullik, den Vorgang.

Und Horst Urban, Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) befürchtet, dass die Lieferung aus Australien "nur der Türöffner für die ganz großen Giftfuhren aus aller Welt" sein soll.

AGR-Sprecher Struszczynski versteht die Aufregung ganz und gar nicht. "Das ist für uns doch, Business as usual ´".Seit "Jahr und Tag" würden im RZR chlorierte Abfälle verbrannt werden - ohne Zwischenfälle. "Problematisch ist nicht der Abfall, sondern der weite Transportweg", meint er. Nicht sagen wollte der AGR-Sprecher allerdings, was das RZR mit der Verbrennung des Giftmülls insgesamt verdient. "Wir machen ein Geschäft", reagiert er auf diese Frage.

Nach Ansicht der Umweltschutzorganisation BUND ist die Verbrennung in Herten gar nicht genehmigungsfähig. Denn dort würde nur eine Temperatur von 900 Grad erreicht, vorgeschrieben seien aber 1100 Grad. Dieses Argument lässt Struszczynski nicht gelten, denn die Linie würde zwischen 950 und 1050 Grad erreichen. Und Dioxine und Furane würden bei 850 bis 900 Grad "geknackt" und sich bei 400 Grad zurückbilden. Damit dies nicht geschieht, würde das Abgas verwirbelt. "In den Filtern bei uns bleibt alles hängen", beruhigt der AGR-Sprecher. 10.01.2007 Von Karl-Heinz Kalender

DER WDR BERICHTET IN DER AKTUELLEN STUNDE:

zum Video-Link

Joachim Jürgens Pfarrer Andreas Wilkens

BOTANY-INDUSTRIE-PARK (ORICAS LAGERPLATZ, ROT GEKENNZEICHNET)

RZR-Herten, der gewollte Bestimmungsort

GIFTMULLVERBRENNUNG IN HERTEN, WAZ, 11.01.07

ÜBER MÜLL-DEAL NICHT INFORMIERT, WAZ 11.01.07

Nun verlangt die SPD-Fraktion eine Sondersitzung des Kreis-Umweltausschusses. Politiker und Bürger werden wieder auf die Verbrennungsöfen aufmerksam

Kreis. Die SPD-Kreistagsfraktion verlangt angesichts der geplanten Verbrennung von Giftmüll im Hertener RZR eine Sondersitzung des Umweltausschusses. Nach dem WAZ-Bericht über die beantragte Verbrennung von 5000 Tonnen mit der Chemikalie Hexachlorbenzol belasteten Sondermülls aus Australien haben sich

nicht nur Grüne, Bund und SPD mit dem Thema befasst, sondern werden auch Bürger wieder auf die Verbrennungsöfen im Hertener Süden aufmerksam.

Die Information, dass in Herten eine belastete Partie Sondermüll verbrannt werden soll, hat indes noch nicht alle erreicht: „Ich hab' keinen blassen Schimmer", sagt Frank Schwabe (36), SPD-Stadtverbandsvorsitzender und klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Dem Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis 122 (Castrop-Rauxel, Waltrop und Recklinghausen) geht es da nicht anders als anderen mit Umweltthemen befassten Menschen in seiner Stadt.

Genau wie die Mitarbeiter des städtischen Entsorgungsbetriebes hat auch das Castroper Kreistagsmitglied der Grünen, Bert Wagener, aus der Presse von dem Vorhaben gehört.

Fraktions-Sprecherin Sabine von der Beck (Marl) fragt bei der AGR nach: „Hätte es nicht in Australien selbst technische Möglichkeiten gegeben, den Giftmüll zu entsorgen, wenn man anstelle der Wirtschaftlichkeit für den Besitzer des Giftmülls den Schutz der Umwelt und die Minimierung der Risiken - auch entlang der Transportstrecke - als oberstes Kriterium höher gewertet hätte?"

Zwar hat Castrop-Rauxel über den Entsorgungsverbund „Eco-City" ebenso wie die acht anderen kreisangehörigen Städte die Siedlungsabfallverbrennungslinien im Hertener RZR für 20 Jahre gepachtet - die ebenfalls zum Kreis gehörende Stadt Gladbeck entsorgt in Essen-Karnap. Was jedoch in der Hertener Sonderabfallverbrennungslinie passiert, darüber muss die AGR die Mitglieder von Eco-City nicht informieren.

Auch die politischen Gremien des Kreises Recklinghausen waren daher nicht über den Müll-Deal mit Australien informiert worden.

„Der Kreis Recklinghausen selbst war als Umweltbehörde nicht in das Genehmigungsverfahren für die Verbrennung von Giftmüll eingebunden", bestätigte Hans-Werner Stuhldreier vom Kreis-Umweltamt. Für die Sondermüll-Thematik sei der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) über die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet direkt zuständig.

Im Aufsichtsrat der AGR sitzt neben Landrat Jochen Welt (SPD, 59) auch der CDU-Fraktionsvorsitzende im Kreistag und Recklinghäuser Landtagsabgeordnete Lothar Hegemann (59). aw/hds

HCB IST NICHTS NEUES

Abfallprodukt wurde auch in den 90er-Jahren verbrannt. Der AGR- Aufsichtsrat, der die Geschäftspolitik der kommunalen Firma kontrolliert -sie gehört dem Regionalverband Ruhrgebiet - und normalerweise nicht über Details informiert wird, hat sich aufgrund des WAZ- Berichtes erstmals intensiv mit der HCB- Entsorgung befasst.

Im Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) in Herten sind nach Informationen der WAZ bereits in den 90er-Jahren mit der Chemikalie Hexachlorbenzol belastete Müllladungen verbrannt worden.

Damals stammten die zu verbrennenden Chargen aus deutschen Betrieben, die die belasteten Stoffe sicher entsorgen wollten. Für die Verbrennung, die über mehrere Jahre „problemlos stattgefunden" haben soll, ist nach WAZ- Informationen eine Sondergenehmigung erteilt worden. hds.

Den Schadstoffausstoß der Ofen (zwei für Siedlungs- und zwei für Sondermüll) dokumentiert das RZR im Internet unter http://www.agr.de/rzr-herten/emissionsdaten/rzr_aktuelleemissionsdaten.asp?navid=31

» Die WAZ wird das Thema Giftmüllverbrennung am morgigen Freitag, 12. Januar, in Herten mit Bürgern und Experten öffentlich diskutieren. Standort des Redaktionsmobils ist von 10 bis 12 Uhr an der Kurt-Schumacher-Straße vor der Rathaus-Galerie.

GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN Gratwanderung *WAZ 11.1.07*

Im Hertener Müllofen sollen tausende Tonnen einer Chemikalie verbrannt werden.
Für die Betreiber ist es ein Geschäft wie jedes andere. Kritiker fordern ein Importverbot

Von Angelika Wölke

Castrop-Rauxel. Exportschlager aus Australien: Das waren bisher Popmusik, Kohle und Gold. Schon bald könnte Down Under für weniger erfreuliche Geschäfte bekannt werden. Geht es nach der Firma Orica aus der Nähe von Melbourne, sollen bis 2008 insgesamt 22 000 Tonnen des hochgiftigen Hexachlorbenzols (HCB) in Deutschland entsorgt werden. Neben Brunsbüttel, Dormagen und Leverkusen steht auch Herten auf der Anlieferungsliste. 5000 Tonnen sollen im Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) verbrannt werden.

Der Vertrag zwischen den Australiern und dem RZR- Betreiber, der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR), wurde bereits unterzeichnet. Jetzt liegt es am Regierungspräsidenten in Münster, den Import des Giftmülls zu genehmigen. „Das Notifizierungsverfahren läuft noch", sagt Sprecherin Sigrun Rittrich. Für die anderen Standorte sieht es ähnlich aus. Beim Bundesumweltamt in Dessau ist laut Abteilungsleiter Joachim Wuttke noch keine Genehmigung angekommen.

Der Mülltourismus über mehr als 16 000 Kilometer beschäftigt zwischenzeitlich verschiedene Umweltorganisationen in Deutschland, aber auch in Australien. Bei der AGR ist das kein Thema. „Uns interessiert nicht, ob der Abfall aus Castrop-Ickem oder Australien kommt", sagt deren Sprecher Heinz Struszcynski. Er kann die Diskussion nicht nachvollziehen. „Das ist ein Abfall wie jeder andere auch. Er ist vergleichbar mit früheren Pinkelsteinen aus Urinalbecken."

So unbeschwert betrachtet Greenpeace HCB nicht. In einer 2002 veröffentlichten Studie wird HCB als hochgiftige Chemikalie eingestuft und Orica wegen HCB- Kontaminationen im Umfeld der Fabrik „Umweltverbrechen" vorgeworfen. Der BUND äußert vor allem Kritikpunkte, die sich auf die Qualität der Verbrennung im RZR beziehen. „Der Industriemüllofen des RZR ist für solche Frachten an chlorhaltigem Abfall nicht ausgelegt, da die Verbrennungstemperatur nur 900 Grad Celsius und nicht, wie gesetzlich für solche Sonderabfallverbrennungen vorgeschrieben, mindestens 1100 Grad beträgt", sagt Claudia Baitinger, BUND-Sprecherin im Kreis Recklinghausen und stellv. Sprecherin des Bundesarbeitskreises Abfall.

„Stimmt nicht", erwidert Sigrun Rittrich. Vor zehn Jahren habe ein Gutachter geprüft, „dass die Temperatur auf 900 Grad gesenkt werden darf. Wir verbrennen bei Temperaturen zwischen 950 und 1050 Grad", entgegnet Heinz Struszcynski. Hochgiftige Dioxine und Furane würden nicht entweichen. Natürlich überprüfe man Immissionen. In welchem zeitlichen Abstand und wann zuletzt die Umwelt auf Dioxine und Furane getestet wurde, konnte er allerdings nicht terminieren.

Zurück zu den Verbrennungstemperaturen. Durch die ausgefeilte Technik genehmige man nur in Deutschland, so Struszcynski, Anlagen, die stellv. Sprecherin des Bundesarbeitskreises Abfall. „Stimmt nicht", erwidert Sigrun Rittrich. Vor zehn Jahren habe ein Gutachter geprüft, „dass die Temperatur auf 900 Grad gesenkt werden darf. Wir verbrennen bei Temperaturen zwischen 950 und 1050 Grad", entgegnet Heinz

Struszcynski. Hochgiftige Dioxine und Furane würden nicht entweichen. Natürlich überprüfe man Immissionen. In welchem zeitlichen Abstand und wann zuletzt die Umwelt auf Dioxine und Furane getestet wurde, konnte er allerdings nicht terminieren.

Zurück zu den Verbrennungstemperaturen. Durch die ausgefeilte Technik genehmige man nur in Deutschland, so Struszcynski, Anlagen, die mit weniger als 1100 Grad arbeiten, wie es das Bundesimmissionsschutzgesetz und die EU-Verbrennungsrichtlinie für halogenorganische Stoffe wie z.B. HCB vorschreibt. „Ich wäre stolz, wenn das europäische Ausland unsere Standards hätte", so Struszcynski. Wäre das nicht rechtens, sinniert der AGR- Mann, hätten alle Regierungspräsidenten ungesetzlich gehandelt.

Eine Gratwanderung ist die Diskussion um die Temperaturen für den Abfall-politischen Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament nicht. Axel Singhofen ist der Überzeugung, i dass HCB bei 1100 Grad verbrannt werden muss und sagt: „Meiner Meinung nach ist die Behörde verpflichtet, diesen Import zu stoppen."

EXPLOSIVES AUS DOWN UNDER

Greenpeace wirft dem weltgrößten Sprengstoffhersteller Orica Umweltdelikte vor

Castrop-Rauxel. Ein weltumspannendes Firmenimperium, das von Australien über Troisdorf bis in die USA reicht, hat Orica aufgebaut. In mehr als 35 Ländern hat der weltgrößte Sprengstoffhersteller Chemiestandorte errichtet.

Probleme gibt's am Firmenhauptsitz in der Nähe von Melbourne. Laut einer Greenpeace-Studie soll die Chemikalienproduktion in der Botany-Bay zu immensen Umweltschäden geführt haben. Im Jahr 2002 soll Orica 8300 Tonnen Hexachlorbenzol-Abfälle aus der Lösungsmittelproduktion in 200 Stahlfässern auf dem Firmengelände gelagert haben. 1000 Tonnen mit HCB- verseuchten Abfällen lagerten in 25-Kubikmeter-Behältern in der Vinylfabrik.

Außerdem stellte Greenpeace fest, dass 45 000 Kubikmeter Boden durch HCB, Tetrachlor-Kohlenstoff und Chlorkohlenwasserstoff verseucht worden waren. In der Bay selbst habe Orica 200-Liter-Metallfässer mit diversen Abfällen im Südpazifik versenkt. Allein für die HCB-Entsorgung habe Orica knapp 42 Mio. Euro angesetzt.

In NRW geriet die Firma im Juli 2006 in die Schlagzeilen, weil sie am Deutschland- Hauptsitz in Troisdorf 230 der 280 Mitarbeiter entlassen wird. Nach dem Kauf der Dyno-Nobel-ASA im Mai 2006 will sie die Sprengstoffproduktion 2008 nach Schweden verlagern. „Man vernichtet Arbeitsplätze aus Profitgier", kritisierte der Betriebsratsvorsitzende Friedrich Beilenhoff. Weniger bekannt hingegen dürfte sein, dass Orica-Sprengstoff auch im Ruhrgebiet eingesetzt

wurde. Beim Fall des Hochhauses Goliath in Marl, beim Zusammenbruch des Kühlturms in Castrop-Rauxel und des EOn- Turmes in Gelsenkirchen kam Sprengstoff der Australier zum Einsatz. Aw

VERBOTENES PILZGIFT HEXACHLORBENZOL (HCB)

wurde als Pilzgift eingesetzt. Es wurde aber auch zur Saatgutbehandlung genutzt, Holzschutzmitteln beigemengt und als Zusatzstoff für PVC-Bodenbeläge, Isolationsmittel und Klebstoffe genutzt. Seit 1981 ist die Verwendung als Pflanzenschutzmittel in Deutschland verboten. Der menschliche Organismus nimmt HCB über Lunge, Haut und den Magen auf. Es wird vorwiegend in den Fettgeweben gespeichert. HCB steht in dem Verdacht, Krebs erregend zu sein.

Giftmüll - der Protest wird lauter, H.A., 11.01.07

Quelle: Hertener Allgemeine (Herten) Donnerstag, 11. Januar 2007

HERTEN. (sp) Die Absicht der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR), im RZR-Herten 5000 Tonnen hochgiftigen Müll aus Australien zu verbrennen, sorgt für Proteste. Gestern Abend trafen sich Kritiker zu einem ersten Gespräch. -

Auf Einladung der Gruppe "Pro-Herten" beleuchteten Mitglieder der früheren Bürgerinitiative und weitere Interessierte die Situation und besprachen mögliche Protestmaßnahmen. Was sie noch nicht wussten: Offenbar gibt es für die Verbrennung im Gegensatz zu Behauptungen der AGR noch keine Genehmigung der zuständigen Bezirksregierung in Münster (sh. Politik). Dies wurde erst gestern gegen Abend von einer Sprecherin der Bezirksregierung bestätigt. Die Fraktion der Linken im Regionalverband Ruhr, der für die AGR zuständig ist, fordert, zu klären, wie es zu diesen widersprüchlichen Aussagen kommt. Die Kreistagsfraktion der Grünen hat aus Australien erfahren, dass dort Abgeordnete der australischen Grünen eine Entsorgung vor Ort vorgeschlagen haben. "Das ist unser Problem, nicht eures."

Erste Reaktion aus Dormagen:

BAYER ENTSORGT GIFT AUS SYDNEY, NGZ 11. JANUAR 2007 DORMAGEN

VON PETRA SCHIFFER

Dormagen Bayer hat mit dem australischen Chemieunternehmen Orica einen Vertrag abgeschlossen, ab Mitte 2007 die hochgiftige Chemikalie Hexachlorbenzol (HCB) in den Rückstandsverbrennungsanlagen in Dormagen und Leverkusen zu entsorgen.

Das bestätigte Christian Zöller, Sprecher des Chemieparks Dormagen, gestern auf Anfrage der NGZ. Rund 4500 Tonnen des Stoffes, der früher unter anderem im Pflanzenschutz als Beizmittel gegen Pilzbefall eingesetzt wurde, sollen an beiden Standorten verbrannt werden.

Die Umweltdienste des Chemieparkbetreibers BIS hätten eine grundlegende Genehmigung zur Entsorgung von HCB, betonte Zöller. Ein zusätzlicher Antrag für die Entsorgung der Abfalllieferung aus dem Ausland liege bei den beiden zuständigen Bezirksregierungen in Düsseldorf und Köln.

Das Hexachlorbenzol stammt aus einer ehemaligen Chemieproduktionsstätte südlich von Sydney. Der Einsatz des farblosen Pulvers, das als langlebiger organischer Schadstoff eingestuft ist, wurde inzwischen in Deutschland und weiteren 20 Ländern verboten, weil es zu gefährlichen Krankheiten führen kann.

Von Australien aus soll das HCB tausende Kilometer zunächst mit dem Schiff zum Bayerwerk im niedersächsischem Brunsbüttel gebracht werden. Von dort soll die Chemikalie ihre Reise per Bahn und Lastwagen bis zu den beiden Entsorgungszentren antreten. Wie groß die Menge sein wird, die in Dormagen verbrannt wird, konnte Zöller gestern noch nicht sagen. Diese Details sollten geklärt werden, wenn die Genehmigungen der Bezirksregierungen vorliegen.

Der giftige Müll müsse um die halbe Welt transportiert werden, weil es nur wenige Anlagen weltweit gebe, die in der Lage seien, Stoffe wie HCB zu entsorgen, erklärt Zöller. Die Chemikalie werde bei Temperaturen von über 1000 Grad Celsius vollständig verbrannt.

Anschließend sorgten eine Rauchgasreinigung und ein katalytisches Verfahren dafür, dass die Stoffe, die in die Luft abgegeben würden, die vorgeschriebenen Grenzwerte einhielten. Die Schlacken würden auf der

Dormagener Deponie gelagert. „Für die Dormagener Bevölkerung bestehen keinerlei Gesundheitsgefahren“, verspricht Christian Zöller. „Für uns ist das Tagesgeschäft.“

Das betont auch Chemieparkleiter und Leiter der Umweltdienste, Dr. Walter Leidinger. „Die sichere und umweltgerechte Entsorgung von Sonderabfällen dieser Art gehört zu unseren Kernaufgaben“, sagt er. Modernste Technik und langjährige Erfahrung sorgten für hohe Sicherheits- und Umweltstandards.

Bayer habe sich auf diesem Feld über die Grenzen Deutschlands hinweg einen Namen gemacht, deshalb signalisierten immer mehr internationale Kunden Interesse an der Anlage. Wurde in der Dormagener Verbrennungsanlage vor zwei Jahren noch zu 90 Prozent giftiger Sondermüll aus dem Chemiepark selbst verbrannt, liegt der Anteil inzwischen nur noch bei 70 Prozent. Der Rest wird angeliefert - und internationale Kunden seien keine Seltenheit mehr, so Leidinger. Insgesamt würden in Leverkusen und Dormagen jährlich rund 270 000 Tonnen Chemieabfälle entsorgt.

In Leverkusen regt sich trotz dieser Aussagen erster Widerstand gegen den neuen Bayer-Auftrag aus Australien. Die Ratsfraktion der Grünen sorgt sich, ob es wirklich möglich ist, den giftigen Stoff rückstandsfrei zu verbrennen. „Außerdem finden wir diesen langen Transportweg einen Wahnsinn“, sagt Fraktionsgeschäftsführerin Marita Schmitz. „Das Risiko, dass auf dieser Strecke etwas passiert, ist natürlich viel größer als bei kurzen Wegen.“ Auch die Grünen in Herten, wo ebenfalls Hexachlorbenzol verbrannt werden soll, sind gegen die Entsorgung vor ihrer Haustür. Aus Dormagen gebe es bislang keine Proteste, erklärte Zöller.

Chemiepark Bayer Dormagen (Werksfoto)

Herten, 11. Januar 2007

11. JAN. GEGNER GEGEN VERBRENNUNG VON AUSTRALISCHEM GIFTMÜLL FORMIEREN SICH

PRESSEMITTEILUNG PRO-HERTEN

„Wir Bürger werden mit angeblich eingehaltenen Grenzwerten hingehalten und erleben nun eine Entgrenzung ganz anderer Art“, so brachte es Pfarrer Stahl auf den Punkt. Die Diskussion um den Giftmüllimport aus Australien nach Herten beschäftigte am Mittwoch im Gemeindehaus der Erlöserkirche etwa 40 Hertener Bürgerinnen und Bürger. Darunter Leute aus unterschiedlichen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, der Stadtverwaltung, Kirchenvertreter, Ärzte und Parteien. Ziel der Veranstaltung war es, sich über Sachverhalte zu informieren und gegebenenfalls Schlussfolgerungen für künftiges Engagement zu ziehen.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit einem „Werbefilmchen“ der AGR. Joachim Jürgens, der schon Ende der 70 Jahre begann sich mit dem „RZR“ auseinanderzusetzen, trug eine von ihm gestaltete Präsentation über die Geschichte der Anlage, die besonderen Problempunkte der geografischen Lage (Halde/“RZR“) und aktuelle Recherchen über den zukünftigen Giftmülleintrag in die Anlage vor.

Schon während des Vortrages ergänzten sachkundige Bürger das Vorgestellte. Claudia Baitinger (BUND) berichtete u.a. von Sonderabfallmengen aus den Niederlanden ins „RZR“ Herten. Genehmigungen über 180.000t legte sie in einem Ordner vor. Von der Fraktion der LINKEN in der Verbandsversammlung des RVR war zu erfahren, dass für den australischen Abfallimport - anders als öffentlich verbreitet - offenbar noch keine Genehmigungen vorliegen.

Herr Seidel aus der Stadtverwaltung erinnerte in einem kurzen Statement an die Spielregeln, innerhalb dessen Verwaltungshandeln – egal in welchen Behörden – stattfinden, die gleichzeitig auch Sicherheit und Verlässlichkeit für die Bürger bedeuten. Hans-Heinrich Holland, RZR-Initiative, hielt dagegen, dass sich die „Spielregeln“ ständig zu Ungunsten der Bürger verändern und machte dies an den Erfahrungen der Bürgerinitiative in der Vergangenheit fest. So wurde u.a. gesetzlich geregelt, dass Unternehmen grundsätzlich einen Anspruch auf Genehmigungen haben, wenn nicht nachgewiesen werden könne, dass eine Anlage nicht funktioniert. In der Genehmigung des 3. und 4. Ofens konnten 1994 noch Auflagen festgeschrieben werden, die heute (gesetzlich) nicht mehr möglich sind. Deregulierung des Rechtes nannte Manfred Schwirske (Pro Herten) den schleichenden Entrechtungsprozess von Bürgern, der seit über einem Jahrzehnt zu beobachten ist. Worauf können Bürger noch vertrauen? Heftig wurde insbesondere dieses Thema diskutiert, weil hier der Ansatzpunkt für das weitere Handeln liegt. Übereinstimmung gab es in Hinsicht auf die Notwendigkeit mehr Informationen verbreiten zu müssen.

Die Teilnehmer der Informationsveranstaltung verständigten sich darauf, dass eine Podiumsdiskussion vorbereitet werden soll, die einer größeren Öffentlichkeit die Probleme der Anlage und die Verbrennung von Giftmüll im Hertener Süden näher bringt. Pfarrer ’Wilkens und eine kleine Gruppe werden die Vorbereitungen für einen solchen Termin in die Hand nehmen.

Joachim Jürgens, Hans-Heinrich Holland

MEHR KLARHEIT IN SACHEN GIFTMÜLL, HERTENER ALLGEMEINE 12. JANUAR 07

Von Gregor Spohr

HERTEN. Mit einem Podiumsgespräch will die Evangelische Kirchengemeinde Herten und der Verbund Pro Herten über die geplante Verbrennung von Giftmüll aus Australien informieren. -

Die Veranstaltung soll in Kürze im Bürgerhaus Süd stattfinden. Auf Einladung der Kirchengemeinde und Pro Herten trafen sich Mitglieder der ehemaligen RZR-Bürgerinitiative, Politiker und interessierte Bürger im Gemeindehaus an der Erlöserkirche, um über das mögliche Ausmaß einer Gefährdung zu sprechen. Dabei spielten auch Unge-

reimtheiten im Genehmigungsverfahren eine Rolle. Insgesamt wird mehr Transparenz gefordert. Nach der Veranstaltung hat sich UBP-Fraktionsvorsitzender Tobias Köller dafür ausgesprochen, alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um die Giftmüllverbrennung in Herten zu vermeiden. In einem Brief an Bürgermeister Dr. Uli Paetzel fordert er ihn auf, sich gegen diesen Mülltourismus auszusprechen.

Im Gespräch mit der Hertener Allgemeine betonte der Bürgermeister, er verstehe die Sorgen und Befürchtungen der Bevölkerung sehr gut. Vor einer abschließenden Bewertung müsse er aber noch weitere Gespräche mit den zuständigen Behörden abwarten. Entscheidend ist für ihn, ob die Entsorgung sicher und nach Recht und Gesetz erlaubt ist. Zum Stand des Verfahrens äußerte sich auf unsere Nachfrage die Bezirksregierung Münster. Aus der Region

---

BESORGTE BÜRGER, WAZ, 12.JAN.07

Hertener wollen Bärbel Höhn einladen

Herten. 31 Bürger trafen sich am Mittwoch im Gemeindehaus der Erlöserkirche in Herten-Süd zu einem Informationsaustausch in Sachen Müllverbrennung im RZR. Darunter besorgte Bürger, Politiker sowie Vertreter aus Verwaltung und der Bürgervereinigung Pro Herten. Pfarrer Andreas Wilkens moderierte.

Aktueller Anlass für die Zusammenkunft war zwar die geplante Verbrennung von hexachlorbenzolhaltigem Sonderabfall aus Australien - aber nicht nur: „Es geht generell um gesundheitliche Aspekte", sagt Joachim Jürgens (Pro Herten). Beispiel: Der Abstand zwischen RZR und der Halde Hoheward beträgt 350 m (Jürgens: „800 m hätten es mindestens sein müssen"), wobei Spaziergänger auf dem Haldengipfel oberhalb der RZR-Schlote wandeln. „Mit der Abgasfahne praktisch auf einer Höhe" (Jürgens). Hauptbetroffener sei der Recklinghäuser Stadtteil Hochlarmark. „Dort ist die Dioxin-Belastung höher als im Umfeld des RZR", so der Pro-Herten-Sprecher.

Er wisse, dass in den letzten zwei Jahren 87 000 Tonnen Sondermüll allein aus den Niederlanden im RZR verbrannt worden seien. Täglich seien dafür 20 Lkw unterwegs gewesen. Außerdem dürfe man die Schadstoffbelastung durch das RZR nicht isoliert betrachten. „Man muss den Ballungsraum sehen und z.B. auch das Steag- Gruppenkraftwerk in Herne dazurechnen." Kurzfristig will die Gruppe eine Podiumsdiskussion veranstalten und dazu die ehemalige Landesumweltministerin Bärbel Höhn einladen. GM

ALTLASTEN AUS AUSTRALIEN - BLEIBT HERTEN DABEI SAUBER? H.A: 13.01.06

Samstag, 13. Januar 2007 | Quelle: Hertener Allgemeine (Herten)

Giftmüll vom anderen Ende der Welt soll nach Herten gekarrt werden. Die australische Firma Orica will 5000 Tonnen HCB-haltigen Sondermüll um die halbe Welt verschiffen. Endstation: das RZR. Dort soll die Altlast verbrannt werden. HCB steht für Hexachlorbenzol. Die Chemikalie ist hochgiftig und weltweit verboten. Die Entsorgung des Giftmülls sorgt bei den Hertenern für Unbehagen. -

"Ich finde das alles nicht gut, dass die Australier uns das Zeug hierher nach Herten bringen", bekundet Herbert Strangfeld - . Der 63-Jährige fragt sich, warum die Australier ihren hochgiftigen Abfall nicht in ihrem eigenen Land verbrennen. "Die Australier sollten ihren Giftmüll doch bei sich behalten", sagt er. "Bei uns in Herten wird doch schon alles an Müll verbrannt."

"Ich finde das ganz schlimm, was die da machen", ist Marlene Fischer - erbost. Sie fragt sich: "Was haben wir in Herten eigentlich mit Giftmüll aus Australien zu tun?" Sie sorgt sich auch darum, dass auf dem langen Transport per Schiff, Bahn und Lkw vielleicht etwas schief gehen könnte: "Australien ist doch so weit weg."

Helga Einhaus - (70) redet in Sachen Giftmüll-Tourismus nach Herten Tacheles: "Das ist eine Schweinerei." Die Hertenerin befürchtet, dass die Luft über ihrer Heimatstadt schlechter werden könne, wenn der Giftmüll im RZR verbrannt werde. "Es wäre besser, wenn die Australier ihren Müll selber entsorgen würden." Außerdem hat sie Angst davor, dass einige Schadstoffe vielleicht doch durch den RZR-Schornstein in die Atemluft gelangen.

Für Anna Schmidt - (17) sollte der Giftmüll am besten da bleiben, wo er auch produziert worden ist - in Australien: "Ich finde nicht gut, dass der Müll nach Herten transportiert wird." Die junge Hertenerin möchte, dass die Luft über Herten sauber bleibt. Falls der australische Giftmüll im RZR verfeuert wird, könnten möglicherweise Schadstoffe in die Umwelt gelangen: "Menschen mit Krankheiten oder Allergien könnten dadurch noch mehr gesundheitlich belastetet werden."

Sibylle Raudies, Hans M. Haas, Joachim Jürgens, Ute Orlowski (Foto WAZ)

AUSTRALISCHER SONDERMÜLL IN HERTEN DISKUSSION AM WAZ-MOBIL

WAZ-Mobil:Samstag, 13. 01.07

Das Nicht-Wissen macht den Bürgern am meisten zu schaffen. Pannen beim Transport des „gefährlichen Abfalls" um die halbe Welt bereiten Anwohnern ebenso viel Sorge wie die Mehrfachbelastung durch Schadstoffe vor Ort

„DAS KANN MAN NICHT EINSCHÄTZEN"

Von Sibylle Raudies, Deike Steineshoff und Heinz-Dieter Schäfer

Herten. Teils resigniert, teils kämpferisch gaben sich die Bürger, die am WAZ-Redaktionsmobil über die geplante Verbrennung von australischem Sondermüll im Rohstoff-Rückgewinnungszentrum diskutierten. Geschäftsführer Hans Moll und Sprecher Heinz Struszcynski stellten sich den Lesern am Freitag zum Gespräch. Bürgermeister Dr. Uli Paetzel, auch eingeladen, kam nicht, schickte aber eine Stellungnahme.

„Wir finden das katastrophal, dass hier Giftmüll aus Australien verbrannt wird. Trotz der Hochtechnologie im RZR. Bei Transrapid und Seveso hieß es auch, dass nichts passieren sein kann. So sicher kann Technik, die von Menschen bedient wird, gar nicht sein. Ganz zu schweigen vom Transportrisiko per Schiff."

ERIKA WYCISK (70) ist zielstrebig auf das WAZ-Redaktionsmobil zugeeilt, um ihre Meinung kundzutun. Sie hatte gelesen, dass die WAZ zur Diskussion um die Sondermüllverbrennung einlädt und will etwas tun, statt nur zu klagen.

UTE ORLOWSKI (58) ist richtig schockiert. „Man kann das ja gar nicht nachvollziehen, wie schädlich das wirklich ist. Ich wohne schon seit 20 Jahren im Hertener Süden, nicht weit vom RZR, und in unserer Straße sind in den letzten 15 Jahren extrem viele Menschen an Krebs gestorben. Das gibt mir zu denken."

ELKE MÜNICH (45): „Mich beunruhigt vor allem, dass die Gefahr für den Laien nicht einschätzbar ist. Den Vergleich des Giftmülls (behördlich korrekt „gefährlicher Abfall", die Red.) Hexachlorbenzol mit Urinsteinen halte ich für verharmlosend, wenn auch vielleicht chemisch treffend. Dass der Anspruch, optimale Sicherheit für den Verbraucher zu liefern, immer erfüllt wird, bezweifle ich." Davon bringt sie auch das Argument von AGR-Sprecher Heinz Struszcsinsky nicht ab: „Selbst in Fernsehern muss Brom verwendet werden, und wer Gift vermeiden will, muss dann auch aufs Fernsehen verzichten."

ADRIAN GÜLDEN (53) empfängt zwar lieber Gäste aus Australien in seinem Hotel als den HCB-Müll aus Australien in seiner Stadt. „Aber mir ist es lieber, der Müll wird ordnungsgemäß hier verbrannt, als dass das Gift irgendwo ins Meer gekippt wird. Den Transport um die halbe Welt halte ich aber für wenig sinnvoll."

JOACHIM JÜRGENS (62), Bürgerinitiativler der ersten Stunde, und Mitbegründer von Pro-Herten: „Mir geht es nicht in erster Linie um den spektakulären Australien-Fall. Man muss bedenken, was hier alles zusammenwirkt. Da sind Luftverschmutzungen von der Steag in Herne, vom RZR, von den vielen Lkw, die anliefern, von den Autobahnkreuzen. Das zeigt keine Messung am RZR- Schornstein. Aber mit dieser Mischung müssen die Menschen hier leben." Sein Mitstreiter Hans-Heinrich Holland (59) sieht das ähnlich: „Die Gesamtbelastung hier ist einfach zu groß."

HEINZ FRIEDRICH (66): „Wir haben doch genug Umweltdreck hier - was brauchen wir da noch zusätzlichen aus dem Ausland? Das ist Geldmacherei, bei der aber nur die Dicken kassieren und sonst keiner. In die Anlage des RZR habe ich aber Vertrauen; ich habe mir das schon angeguckt. Da wird ne Menge gemacht."

MARION BALLMANN-SÖCHTIG (44): „Ich bin beunruhigt. Wir haben ja auch Kinder in der Stadt. Und man weiß ja nicht, was da alles durch die Schornsteine geht. Wir sind schon ausreichend belastet. Man kann es auch so sehen: Es kurbelt die Wirtschaft an. Für mich überwiegt aber der Gesundheitsaspekt."

WINFRIED WAIDEN (61): „Mehr Transparenz von allen Verantwortlichen wünsche ich mir. Ich will wissen, was da überhaupt passiert, welche Gifte abgeblasen werden. Wie ausgereift ist die Technik? Ich bin besonders sensibilisiert, weil ich jahrelang an der Halde joggen war und vor kurzem an Stimmbandkrebs erkrankt bin. Mich würde deshalb auch mal eine Studie interessieren, die darüber informiert, ob es bei Menschen, die in der Nähe des RZR leben, mehr Atemwegserkrankungen gibt als bei anderen."

GERHARD MAJER (68): „Ich bin eigentlich gegen die Verbrennung des Giftmülls, weil ich gar nicht weiß, welche Gefahren das birgt. Ich bin mir nicht sicher, ob die nötigen Temperaturen überhaupt erreicht werden."

GUDRUN DYMKE (62): „Das ist eine Schweinerei. Australien ist so ein großes Land, die sollten sich selbst Voraussetzungen schaffen, um den Abfall loszuwerden. Selbst wenn solche Aufträge gut für die Arbeitsplätze sind - hier stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht. Dafür können wir keine Gesundheitsschäden hinnehmen."

DIETER DYMKE (69): „Man kann nur hoffen, das es keinen technischen Defekt gibt. Dann ist es zu spät und alle Politiker sagen wieder, Das haben wir nicht gewollt', das haben wir nicht gewusst'."

NACH 23 JAHREN FRIEDEN QUELLE: WAZ,13. JANUAR 2007

Bürgerinitiative gegen die PCB-Verbrennung im RZR löst sich auf.
Abschiedsveranstaltung wird aber verschoben
Von Ernst zur Nieden

Herten. „Rechtlich ist hier nichts mehr zu machen", diese Erkenntnis haben die Mitglieder der Bürgerinitiative gegen die PCB-Verbrennung im RZR nach 23 Jahren voller Kampf, Aktionen und Diskussionen gewonnen. Die Auflösung der BI ist beschlossen, die Verteilung der „Kampfkasse" ebenfalls. Allerdings wurde wegen der aktuellen Diskussion um den Giftmüll aus Australien, der im Hertener Müllofen verbrannt werden soll, der friedlich-wohltätige Schlussakt erst einmal verschoben: Am kommenden Sonntag sollten 3600 Euro an drei soziale Einrichtungen übergeben werden, die RZR- Betreiberfirma den gleichen Betrag

noch einmal drauflegen. [3] „Aber das passt nicht in diese Zeit", begründete Manfred Schüller im Gespräch mit der WAZ die vorläufige Absage des Termins.

Schüller ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Mann der ersten Stunde. Er bildete zusammen mit Hans-Heinrich Holland und Jost Beckebaum das Sprecher-Gremium der BI, Holland und Schüller haben diese Aufgabe bis heute. Der 57-jährige Hertener bilanziert: „Es waren sehr, sehr ereignisreiche Jahre, in denen wir hart gearbeitet und auch manches erreicht haben. Aber einmal muss dann auch Schluss sein."

Dass das RZR technisch, insbesondere was die Filteranlagen angeht, zu den modernsten Müllverbrennungsanlagen zählt, ist dem Engagement der BI zu verdanken. Deren Mitglieder haben sich oft Tag und Nacht in Akten vertieft, sich sachkundig gemacht, sind mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen für ihr Anliegen eingetreten. In insgesamt fünf Planfeststellungsverfahren haben Bi-Vertreter die AGR und die Bezirksregierung in mehrtägigen Erörterungen mit Fragen, Anregungen und Kritik bombardiert.

Unterstützung kam über Jahre nicht zuletzt von den beiden großen Kirchen. Zu einem wichtigen RZR- Ereignis läuteten einst sogar alle Glocken in Herten, deshalb soll ein Teil des verbliebenen Bi-Vermögens auch einem neuen katholischen Seniorenheim zugute kommen. Die Hertener Bürgerstiftung und der Feuler-Hof in Marl sind außerdem als Empfänger vorgesehen.

MODERNSTE ANLAGE DER WELT 13.01.2007 / WAZ LOKALES / HERTEN

Von Georg Bockey

Herten. Erst im Oktober hat die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) damit begonnen, zwei weitere Verbrennungslinien in der Hertener Müllverbrennungsanlage zu bauen. Diese 170 Millionen teure Anlage (zuvor wurden schon über 500 Millionen Euro ausgegeben) soll Ende 2008 ihren Betrieb aufnehmen und nach Worten des AGR-Pressesprechers Heinz Struszczynski einen für den Fortbestand des Unternehmens maßgeblichen Anspruch erfüllen: "Um wirtschaftlich auf gesicherten Füßen zu stehen, bauen wir zwei neue Öfen, um jährlich weitere 250 000 Tonnen gewerblichen Abfall zu verbrennen." Schon jetzt sei die Auslastung der Anlage durch langfristige Verträge zu 70 Prozent gesichert.

Grundsätzlich, so erklärt die AGR, habe sie die beste Müllverbrennungsanlage der Welt. Aufgrund der modernen Filtertechnik würde der zweite Bauabschnitt die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte deutlich unterschreiten.

1982 nahm die Anlage ihren Betrieb auf. Ursprünglich war angedacht, hier aufgrund der Ölkrise in den 70er Jahren alternative Energie zu erzeugen. Daraus wurde nichts, wenngleich Struszczynski die Müllverbrennung in gewisser Weise schon mit einem Kraftwerk vergleicht.

Mit den neuen Ausbauplänen will das Unternehmen ab 2008 neben den zwei Verbrennungslinien für den gewerblichen Abfall zwei Linien für den Hausmüll betreiben. Während der Hausmüll auf Rosten bei einer Temperatur von rund 850 Grad verbrannt wird, gibt es für Sonderabfälle andere Vorschriften. Hier liegt das

---

[3] *Wichtiger Hinweis in eigener Sache:*
Vor der genannten Bürgerinitiative gründetet sich im Jahre 1980 die ***Bürgerinitiative Halde/RZR****. Gründungsmitglieder waren u.a. Dr Junold ✞; Dr. Weber Pf. E. Kuhn ✞, RA .L. Lend, H. Holland, Eheleute Halfmann, J.Jürgens u.v.m.) wir hatten uns damals selbst finanziert, wir brauchten auch kein „drauflegen" der AGR.*

Brenngut längere Zeit auf sogenannten Drehrohren, so dass die Verbrennung, wie Heinz Struszczynski es ausdrückt, "intensiver" ist. Zudem wird diese Anlage mit einer Temperatur von nie unter 900 Grad gefahren. "Vielfach sind es sogar zwischen 950 und 1050 Grad."

Derzeit verbrennt das RZR 260 000 Tonnen aus dem Hausmüllbereich - und das an sieben Tagen pro Woche an jeweils 24 Stunden.

Am RZR-Standort arbeiten insgesamt 300 Personen in den verschiedensten Bereichen. "Da gibt es den Mann an der Waage, die Mitarbeiter im Vertrieb, die sich um das Herbeischaffen des Mülls kümmern, Laborantinnen, EDV-Spezialisten und ebenso Elektriker, Mechaniker und viele mehr", beschreibt Struszczynski die Arbeitsbereiche.

Verbrannt wird etwa die Hälfte des s vom Gelben Sack. "Das liegt einfach an den gesetzlichen Vorschriften. Wir verbrennen den Teil, der zu unsauber sortiert ist und nicht mehr wiederverwertet werden kann", sagt Struszczynski.

Beim Jahresumsatz von 165 Millionen Euro kostet die Hausmüllverbrennung zwischen 105 und 130 Euro pro Tonne. "Die Bürger in den einzelnen Städten zahlen deshalb unterschiedliche Müllentsorgungspreise, weil die Logistik 60% der Kosten ausmacht, die Verbrennung also nicht der entscheidende Punkt ist", sagt Struszczynski. Hier ist Feuer unter dem Dach. Mit der Müllverbrennung wird ein Jahresumsatz von 165 Millionen Euro erzielt.

RZR – Foto © Pro-Herten

PRO VON ERNST ZUR NIEDEN

VW lebt davon, dass seine Autos auf der ganzen Welt verkauft werden - auch in Ozeanien. Wir mögen Unterhaltungselektronik aus Japan, Turnschuhe aus Thailand, Lachs aus Kanada. Konsequent zu Ende gedacht, verbietet sich Kritik an Müll aus Australien. Ihn hier in den High- Tech- Ofen zu packen, ist aber allemal besser, als ihn an der Elfenbeinküste aufs Feld zu kippen.

CONTRA VON FRIEDHELM POTHOFF

Niemand, wirklich niemand kann mir plausibel erklären, warum in Herten Giftmüll aus Australien verbrannt werden muss. Dass es sich für das RZR um ein gutes Geschäft handeln mag, okay. Mit Blick auf Menschen und Natur aber macht sich enormes Magendrücken breit. Das fängt beim Transport rund um die Welt an. Unweigerlich denke ich da an Seveso.

JEDER SCHÜLER GEHT MIT DEM STOFF UM"

Bezirksregierung Münster sieht keine Probleme, das Verbrennen des australischen Mülls zu genehmigen Von Georg Bockey, waz.de

Herten. Aus Sicht der Bezirksregierung in Münster ist die Genehmigung für das Verbrennen des HCB-haltigen Abfalls kein Problem. Dazu Thomas Drewitz, Sprecher der Behörde: „Das RZR verbrennt seit 23 Jahren ähnliche Stoffe." Deshalb sind die Pläne nach seiner Einschätzung „nichts Besonderes": Denn beim Verbrennen entstehen Kohlendioxid und Salzsäure, also Stoffe, mit denen jeder Schüler im Chemieunterricht umgeht." Drewitz legt auch Wert auf diese Aussage: „Es handelt sich bei dem aus Australien kommenden Stoff nicht um Giftmüll, vielmehr ist er als gefährlicher Abfall deklariert. So müssen wir ihn behandeln."

Und das sei für die Bezirksregierung kein Problem. Drewitz bestätigt die Worte von AGR- Pressesprecher Heinz Struszczynski, der gegenüber der WAZ erklärte: „Bevor wir in konkrete Verhandlungen mit dem australischen Geschäftspartner eingestiegen sind, hatte uns Münster schon die Genehmigung signalisiert." Struszczynski vergleicht dieses Prozedere mit dem Bau eines Einfamilienhauses: „Bevor Sie den Bauantrag stellen, haben sie geklärt, ob der Bau an der Stelle möglich ist."

In Münster liegen alle Unterlagen vor, die Bezirksregierung wartet nun auf die positiven Signale aus Australien (wegen der Ausfuhr) und aus Südafrika (weil die Transportschiffe dort anlegen und auftanken). Danach wird die Behörde voraussichtlich Anfang Februar ohne Probleme die Genehmigung erteilen.

REAKTIONEN

Fachleute der Bezirksregierung und Vertreter der AGR werden auf Einladung der Stadt im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt am Donnerstag, 18. Januar, um 17 Uhr im Sitzungssaal des Hertener Rathauses Infos zum Vorhaben des RZR geben. Alle Interessierten sind eingeladen.

„Bei einem1 solchen Thema macht man sich natürlich Gedanken, ich kann die Bedenken und Sorgen der grüne Politiker aus allen kreisangehörigen Städten mit Martin Tönnis, der die Partei im Aufsichtsrat der AGR vertritt. Bürgerinnen und Bürger gut verstehen", sagt Bürgermeister *ULI PAETZEL (SPD).* „Wir müssen schnell Klarheit haben. Zu meinem Verständnis von einer verantwortlichen Amtsführung gehört es, zunächst die Informationen aufzunehmen und zu bewerten." Eine ähnliche gesamtstädtische Veranstaltung forderte CDU-Fraktionschef Andreas Wietfeld.

Der heimische *SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETE FRANK SCHWABE* spricht von „Ungereimtheiten beim Giftmülldeal der RZR". Hier sei nun Transparenz dringend erforderlich. Er hat den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages zur Beratung hinzugezogen, um die Gefahren besser einschätzen zu können. In zehn Tagen wisse er mehr.

Der Vorstand des Kreisverbandes *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* bezeichnete es am Freitag als „irrsinnig", Giftmüll um die halbe Welt zu schiffen. Die Politiker lehnen den Sonderabfallimport aus Australien ab, solange es dort Alternativen gibt, die einen sicheren Umgang bzw. Behandlung der Altlasten ermöglicht. Geklärt werden müsse z.B. die von Umweltverbänden aufgeworfene Frage über notwendige Verbrennungstemperaturen. Am 3. Februar, so Vorstandsmitglied Elke-Marita Stuckel-Lotz, diskutieren

"GRUNDSÄTZLICH GEEIGNET"12. JANUAR 2007 RECKLINGHÄUSER ZEITUNG

Freitag, 12. Januar 2007 | Quelle: Recklinghäuser Zeitung (Recklinghausen / Emscher-Lippe)

von Gregor Spohr

HERTEN. "Grünes Licht" für die Verbrennung von Giftmüll aus Australien meldet die AGR. "Noch keine Genehmigung" erklärt die Bezirksregierung Münster. Was stimmt? Beides, sagt der zuständige Regierungs-Dezernent Jost Brintrup. "Grundsätzlich ist das RZR geeignet, aber der formale Akt ist noch nicht abgeschlossen."

22000 Tonnen des hochgiftigen Hexachlorbenzols (HCB) des australischen Chemieriesen Orica sollen in Deutschland verbrannt werden, 5000 Tonnen davon in Herten. Während hier der Widerstand wächst, spricht die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet von einem "völlig normalen Geschäft" und versteht die Aufregung nicht. Nur der weite Weg, so Heinz Struszczynski, sei ungewöhnlich. "In Herten werden bereits seit Jahr und Tag in den zwei Verbrennungslinien für Sonderabfälle jede Menge ähnlicher Stoffe verbrannt." Dafür sei die Anlage schließlich ausgerichtet. Der Schadstoff-Ausstoß liege weit unter allen Grenzwerten. Eine zusätzliche Belastung ergebe sich durch den Müll aus Australien nicht.

Das bestätigt Dipl.-Ing. Richard Bolwerk, Dezernent bei der Bezirksregierung Münster. "Die Abfälle aus Australien passen in das Menü der Anlage." Das RZR habe alle Voraussetzungen, den HCB-Abfall ohne Gefährdung für die Bevölkerung zu verbrennen. "Die Bedingungen sind so, dass es geht. Und das ist nicht nur eine Frage der Temperatur."

900 Grad, 1000 Grad und mehr - die Verbrennungstemperatur ist neben dem Weg des Mülls um den halben Erdball wieder ein Thema in den Diskussionen. Der BUND spricht von mindestens 1100 Grad, die nötig seien. Dem widersprechen Bezirksregierung und AGR. Heinz Struszczynski: "Hier wiederholt sich eine Diskussion aus den 90er Jahren." Mittlerweile gelte für alle Sonderabfallanlagen in Deutschland ein unterer Wert von 900 Grad als völlig ausreichend, um Giftstoffe wie Dioxine und Furane zu knacken. "In Herten verbrennen wir zwischen 950 und 1050 Grad."

Wie geht es jetzt weiter? Laut Jost Brintrup muss der Antragsteller, die Firma Orica, noch die Genehmigungen der australischen Umweltbehörde für den Export und der südafrikanischen Regierung wegen des Zwischenstopps der Müll-Schiffe im Hafen von Durban vorlegen. Dann seien alle für die Genehmigung notwendigen Unterlagen vorhanden.

"Für uns ist nicht erkennbar, was dann einer Genehmigung entgegensteht." So erklärt sich Brintrup auch den Eindruck der AGR, es gebe bereits "grünes Licht". Brintrup wörtlich: "Das kann man so interpretieren."

Außer in Herten soll der Giftmüll in den Verbrennungsanlagen Leverkusen, Dormagen und Brunsbüttel verbrannt werden. In Brunsbüttel werden außerdem die Transportschiffe entladen und die Container gelagert. "Bei uns ist das kein Thema", sagt Brunsbüttels Oberamtsrat Stefan Mohrdieck.

Für die Anlage in Leverkusen (Betreiber Bayer Industry Services) ist die Bezirksregierung Köln zuständig. "Anträge zur Verbrennung von 3600 Tonnen liegen vor, das Verfahren läuft", sagt Sprecher Oliver Königsfeld.

Weitere 2000 Tonnen sind für Dormagen (ebenfalls Bayer) beantragt. Zuständig hier: die Bezirksregierung Düsseldorf. "Grundsätzlich ist die Hochtemperaturanlage geeignet", sagt der zuständige Mann, Dr. Walter Stork. Auch ihm fehlen noch die vollständigen Unterlagen zur Genehmigung.

Was die AGR für die Verbrennung von Orica kassiert, will Heinz Struszczynski nicht verraten. "Der übliche Preis liegt zwischen 250 und 600 Euro pro Tonne."

WER LEICHT VERTRAUT, WIRD LEICHT BETROGEN, SAGTE MEINE OMA GERNE

Samstag, 13. Januar 2007 | QUELLE: Hertener Allgemeine

Die AGR hat viel Vertrauen eingebüßt, meint Gregor Spohr

„Wer leicht vertraut, wird leicht betrogen", sagte meine Oma gerne.

Die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet hat es geschafft, sich selbst ins Abseits zu stellen. Mit ihrem Australien-Giftmüll-Geschäft hat sie viel Vertrauen eingebüßt.

Und das in einer Zeit, in der sich die Hertener längst mit der Verbrennungsanlage im Süden der Stadt angefreundet haben. Nur wenige machen sich noch Gedanken über das, was da oben aus den Schornsteinen herauskommt. Die gesetzlichen Grenzwerte werden weit unterschritten, die Wirksamkeit des Filtersystems ist unbestritten, der Ruf der Anlage hervorragend. Und so regte sich auch kaum noch Widerstand, als jetzt der Startschuss für zwei weitere Verbrennungsöfen fiel.

Doch plötzlich ist es wieder da, dieses Misstrauen, dieses Gefühl, betrogen zu werden.

Wie vertrauenswürdig ist ein Unternehmen, dass ein solch spektakuläres Geschäft mit Giftmüll als ganz normales Alltagsgeschäft herunterspielt? Giftmüll, der auch durch die offizielle Bezeichnung Sonderabfall nichts von seiner Gefährlichkeit verliert.

Wie vertrauenswürdig ist ein Unternehmen, das in seiner Zeitschrift wörtlich schreibt: „Nach Prüfung aller Daten und Fakten gab die Bezirksregierung Münster schließlich grünes Licht für den Entsorgungsauftrag aus Sydney." Und das, obwohl weder von einer Prüfung aller Fakten noch von einer Genehmigung die Rede sein kann?

Und wie vertrauenswürdig sind die Prüfer der Bezirksregierung, die diesen Jeder sucht den Weg zum Abgrund selbst Zeitschriftentext gegengelesen und abgezeichnet haben? Heute räumen sie zerknirscht ein, dass die Wortwahl „grünes Licht" vielleicht doch den falschen Eindruck erweckt.

Giftmüll vom anderen Ende der Welt. Mülltourismus in einer neuen Dimension. Ein Transport per Schiff, Bahn und Lkw über 16 000 km. Ich zweifle nicht, dass das RZR so einen Mist sauber verbrennt. Aber ein solches „Geschäft" ist mir zuwider.

Ach ja, und da ist noch der Ruhrpilot, der Autofahrern den besten Weg sucht. Passt doch prima zum RZR-Thema. Denn in diesem Fall hätte meine Oma gesagt: „Jeder sucht sich den Weg zum Abgrund selbst."

CDU FORDERT GIFTMÜLL-INFOSAMSTAG, 13. JAN.07 | HERTENER ALLGEMEINE

Stadt soll eine zentrale Veranstaltung organisieren

HERTEN. Die CDU-Herten hat die Stadtverwaltung aufgefordert, im Zusammenhang mit den geplanten Giftmülltransporten eine zentrale Informationsveranstaltung zu organisieren.

Wie berichtet, hat die Evangelische Kirchengemeinde Herten gemeinsam mit Pro Herten bereits ein Podiumsgespräch angekündigt. „Aus unserer Sicht macht es aber mehr Sinn, dass es eine zentrale, durch die Verwaltung koordinierte Informations- und Diskussionsveranstaltung zu dieser Problematik gibt", sagt CDU-Fraktionschef Stefan Grave. Alle Vertreter und Ansprechpartner der zuständigen Genehmigungsbehörden und der AGR - Geschäftsführung sollten dabei den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort ste-

hen. Grave: „Das Thema weckt Sorgen und Ängste - gerade auch von Eltern um ihre Kinder. Daher muss es größtmögliche Transparenz geben."

Unabhängig davon hat die Stadtverwaltung mitgeteilt, dass Fachleute der Bezirksregierung und Vertreter der AGR im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt am Donnerstag, 18. Januar, um 17 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses ausführliche Informationen zum aktuellen Vorhaben des RZR geben werden. Die Sitzung ist öffentlich, alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

„Bei einem solchen Thema macht man sich natürlich Gedanken - ich kann die Bedenken und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger gut verstehen", sagt Bürgermeister Dr. Uli Paetzel. „Wir müssen jetzt schnell Klarheit haben. Zu meinem Verständnis von einer verantwortlichen Amtsführung gehört es, zunächst die Sachinformationen aufzunehmen und zu bewerten. Deshalb habe ich die verantwortlichen Behörden und die Betreiber des RZR gebeten, uns im Fachausschuss ein umfassendes Bild von der Gesamtsituation zu zeichnen. Erst anschließend ist eine Positionierung möglich."

Die Unabhängige Bürgerpartei (UBP) startet bereits in der nächsten Woche eine Unterschriftenaktion gegen die Giftmüll-Verbrennung im RZR.

ANM.(JJ):AMIGO, AMIGO

Schläft die Politik und muss erst der Chefredakteur G. Spohr die mit seinem Artikel SPD/CDU aus dem Dornröschenschlaf wecken, wo doch die Parteifreunde im AGR- Aufsichtsrat sitzen und das Thema seit August 2006 ausführlich in Australien behandelt wird, incl. aller Daten über Menge, Gesetze, RZR- Technologie etc.sh. www.oricahcb.com

---

PROTESTE GEGEN BAYERS GIFT-HANDEL KSTA – 17.JAN.

Kölner StadtAnzeiger- 17. Januar 2007 LEVERKUSEN

Auf Landesebene formiert sich Widerstand gegen das Geschäft mit australischem Müll.

V. THOMAS KÄDING

Der Import von 22 000 Tonnen Hexachlorbenzol-Abfällen soll heute den Landtag beschäftigen. Der Abgeordnete Johannes Remmel (Bündnis 90 / Die Grünen) hat eine aktuelle Viertelstunde im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz beantragt. In diesem Rahmen soll Umweltminister Eckhard Uhlenberg das Müllgeschäft aus abfall- und umweltpolitischer Sicht bewerten sowie Auskunft zu Stand und Umfang der Genehmigungen geben. Auch Remmels Parteifreund,der Leverkusener Bundestagsabgeordnete Reinhard Loske, wandte sich gestern an den Minister. Unterdessen forderte der nordrheinwestfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einen Stopp des Müllgeschäfts.

Außerdem hat das australische National Toxics Network Einspruch gegen eine Export-Genehmigung für den

HCB Abfalls eingereicht, der teils seit Jahrzehnten beim Chemiekonzern Orica lagert. Der Sondermüll soll mit Schiffen zunächst nach Brunsbüttel gebracht werden und dort auf vier Verbrennungsanlagenaufgeteilt werden. Knapp 10 000 Tonnen werden nach den Plänen von Orica mit der Bahn ins Bayerwerk gebracht, dort umgeladen und mit Lastwagen auf die Anlagen in Dormagen, im Hertener Rohstoff-Rückgewinnungszentrum und Bürrig verteilt. Letztere soll nach Bayer-Angaben den Löwenanteil jener 4500 Tonnen HCB-Müllaufnehmen, die auf Bayer entfallen. Hexachlorbenzol gehört zum„dirty dozen“ gefährlicher Stoffe, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten wurden. In Deutschland ist HCB seit 26 Jahren als Pflanzenschutzmittel nicht mehrzugelassen. Die Organchlorverbindung wurde früher vielfältig eingesetzt:in der Arznei- und Düngemittel-

produktion, als Pflanzenschutz und Desinfektionsmittel sowie im Holzschutz. Orica hatte den Exports einer HCB-belasteten Abfälle nach Deutschland beantragt, weil es in Australien keine geeigneten Verbrennungsanlagen gibt. Jahrelange Bemühungen, in der Heimat eine Anlage zu *(Bild:Großer Auftrag für den Müllofen.*) errichten, waren am Widerstand der Bevölkerung gescheitert, die Gesundheitsschäden für Mensch und Tier befürchtete. Nach Bayer-Berechnungen dauert es rund zwei Jahre, bis der australische Giftmüll-Import in Rauch aufgegangen ist. Mitte des Jahres soll die Aktion beginnen; allerdings liegt für das Transportkonzept noch keine Genehmigung vor: An allen Standorten müssen die

Bezirksregierungen ihr Okay geben. Daher sind neben dem Kölner auch die Regierungspräsidenten in Düsseldorf und Münster mit dem Giftmüll-Import befasst.

AUSTRALISCHER GIFTMÜLL BESCHÄFTIGT NUN DEN LANDTAG,H.A.15. JAN.07

Quelle: Hertener Allgemeine

HERTEN- süd. Der hochgiftige Australien- Müll für das Hertener RZR wird Thema im Düsseldorfer Landtag. Die Landtagsfraktion der Grünen hat im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine aktuelle Viertelstunde dazu beantragt. -

Die Grünen fragen: "Ist die Verbrennung von hexachloridhaltigem Giftmüll im RZR genehmigungsfähig?" Die Grünen-Landtagsabgeordneten wollen von der Landesregierung wissen: "Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens aus Sicht des Umweltministers? Welche Genehmigungsschritte müssen erfolgen? Wie schätzt die Landesregierung diesen Vorgang aus abfallpolitischer und immissionsschutzrechtlicher Sicht ein?" Die Grünen in Herten haben einen Fragenkatalog an den Bürgermeister geschickt, der in der nächsten Ratssitzung beantwortet werden soll. Damit wollen die Grünen zum Beispiel erfahren, welche Störfallinfos der AGR und welche Alarm- und Gegenabwehrpläne der Stadtverwaltung überhaupt vorliegen?

Inzwischen haben auch die Hertener Sozialdemokraten auf den Australien-Coup der AGR und die Diskussion darum reagiert. Die SPD begrüßt, die Absicht von Bürgermeister Dr. Paetzel, im nächsten Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt über die aktuelle Lage zum RZR Herten zu informieren. Sie kritisiert, dass das Thema parteipolitisch ausgeschlachtet werde und dass einige voreilig vorpreschen.

Carsten Löcker, SPD-Stadtverbandsvorsitzender, dazu: "Das RZR Herten ist ein wichtiger Bestandteil einer geordneten und ökologisch sinnvollen Abfallverwertung und -wirtschaft für Herten, den Kreis Recklinghausen und darüber hinaus für das gesamte Ruhrgebiet. Es handelt sich hier um eine hochmoderne und technologisch hochwertige Anlage, die leider durch die aktuelle Diskussion und Ereignisse in eine Schieflage gekommen ist."

Dietmar Vergin, SPD-Pressesprecher: "Es geht jetzt darum, in Ruhe vom Betreiber der Anlage die notwendigen Informationen zu bekommen." Für die Hertener SPD geht es um eine sachliche und objektive Diskussion zu den RZR-Ereignissen. Die Partei will erst nach der Beratung im Ausschuss ihre Bewertung zum RZR vornehmen.

LESERMEINUNGEN: WAHNSINN IM KEIM ERSTICKEN VON: HERBERT BESTE, VORSITZENDER DES

Betr.: Australischer Giftmüll im RZR-Berichte der vergangenen Tage

Bei unserem Mitgliedertreffen am 9. Januar kam zur Sprache, dass im RZR Herten 5 000 Tonnen giftiger Chemikalien aus Australien verbrannt werden sollen. Die Befürchtungen der Teilnehmer gehen dahin, dass zusätzlich zu der bereits vorhandenen, grenzwertig hohen Belastung unserer Region durch Abgase und Feinstäube durch diese geplante Müllverbrennung weitere krank machende Giftstoffe freigesetzt werden. Der

Eindruck entsteht, dass bei den Betreibern und Verursachern das Geschäft über alles geht und die Gesundheit der Menschen gering geachtet wird.

Höchst risikoreich und daher unakzeptabel ist allein schon der Transport des gefahrstoffbelasteten Sonderabfalls von einem Ende der Welt zum anderem.

Dieser „Giftmülltransport" über 16 000 Seemeilen muss unbedingt gestoppt werden. Deswegen fordern wir Politik und Verwaltungen auf, diesen Wahnsinn schon im Keim zu ersticken.

PROFIT WICHTIGER ALS GESUNDHEIT ***VON: LOTHAR THURIAN, IM HAGEN 1, CASTROP-RAUXE***
Betr.: Australischer Giftmüll im RZR

Auch wenn noch nicht alles amtlich ist, die Gefahr, dass die Gesundheit für den Profit geopfert wird, kann Realität werden. Diese Realität bedeutet, dass die Menschen in Herten und Umgebung möglichen Krankheiten ausgesetzt werden. Studien zu der bestehenden Anlage sprechen eine deutliche Sprache: Diese Anlage ist nicht dafür ausgelegt, diese Art von Giftmüll zu verbrennen. Das Ärgernis ist nur die Ignoranz der Verantwortlichen des Betreibers. Hier wird mit vorsätzlichen Fehlinformationen gearbeitet.

Der Profit ist wichtiger als die Menschen.

EMAIL AN WEBMASTER 16. JANUAR 2007
-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
Gesendet: Dienstag, **16. Januar 2007** 20:33
An: webmaster(at)pro-herten.de
Betreff: APBU

Hallo Herr Jürgens,

im Ältestenrat wurde heute beschlossen, dass im APBU unter dem TOP Einwohnerfragen sämtliche Fragen im Bereich Giftmüll gestellt werden können, die dann von einem Experten der Bezirksregierung und zwei Personen der AGR im Rahmen des Berichtes beantwortet werden und zu Protokoll gehen. Des Weiteren soll dafür Sorge getragen werden, dass sämtliche politische Anfragen beantwortet und schriftlich dokumentiert werden.

Im Nachgang soll dann eine öffentliche Veranstaltung dazu genutzt werden um die dann noch offenen/kritischen Fragen zu beantworten. Laut BM ist Pfarrer Wilkens auf die Stadt zugekommen und hat darum gebeten, dass die Stadt sich am 06.02. bei der Veranstaltung einklinkt!

Beste Grüße,

Dazu die WAZ in einer kurzen Mitteilung:WAZ

Kommunikations-Desaster

Das Hertener Rohstoffrückgewinnungszentrum RZR ist für die Verbrennung von Hexachlorbenzol geeignet. Das betonte der Hertener Bürgermeister Dr. Uli Paetzel am Dienstagabend nach einer Sitzung des Ältestenrates. Nach dem nicht-öffentlichen Gespräch erläuterte der Hertener Bürgermeister, dass er bereits im Frühjahr 2006 von der AGR über bevorstehende Verhandlungen mit dem australischen Konzern Orica unterrichtet worden sei.

Am Donnerstag werden ab 17 Uhr Vertreter der Genehmigungsbehörde und der AGR im Planungsausschuss Rede und Antwort stehen.

PROTEST GEGEN GIFTMÜLL NIMMT ZU, NGZ-ONLINE DORMAGEN 16.01.2007

Dormagen (PeS) Gegen die Pläne von Bayer Industry Services (BIS), ab Mitte des Jahres rund 4500 Tonnen der giftigen Chemikalie Hexachlorbenzol (HCB) aus Australien ins Rheinland zu importieren und in den Verbrennungsanlagen der Chemieparks in Dormagen und Leverkusen zu entsorgen, regt sich jetzt auch heftiger Widerstand der Umweltverbände.

Der nordrhein-westfälische Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat sich mit dem Verein „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ in Verbindung gesetzt und eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet.

Das Ergebnis: Beide fordern, dass die Vereinbarung mit dem australischen Unternehmen Orica südlich von Sydney rückgängig gemacht wird und haben einen Brief an NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg verfasst. Gleichzeitig haben sie Kontakt zu den australischen Behörden aufgenommen Es sei nicht hinnehmbar, dass eine dicht besiedelte Region wie NRW zum Ziel internationaler Giftmülltransporte werde, so der BUND. Die wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Unternehmen müssten hinter dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung zurücktreten. Insgesamt sollen rund 11 000 Tonnen HCB in Herten, Leverkusen und Dormagen verbrannt werden. Mit dem Transport nach Herten beschäftigt sich inzwischen sogar das NRW-Innenministerium. „Im Falle eines Störfalls in den betroffenen Anlage drohen den Anwohnern unkalkulierbare gesundheitliche Risiken“, warnt Claudia Baitinger, die beim BUND für das Thema Abfall zuständig ist. „Wir bezweifeln, dass die drei Sondermüllverbrennungsanlagen der aktuellen EG-Verbrennungsrichtlinie unterworfen sind und sich für die Verbrennung großer Mengen hoch chlorhaltiger Abfälle eignen.“ Erforderlich sei eine Temperatur von 1200 Grad. Werde diese nicht erreicht, befürchten die Umweltschützen den Ausstoß Krebs erregender Stoffe. Von Uhlenberg erwarten BUND und CBG, dass er die beiden zuständigen Bezirksregierungen anweist, die Verbrennung zu verbieten. NRW dürfe nicht zum „Müllklo“ der Nation und des gesamten Globus werden.

Als Vertreter der Dormagener Ortsgruppe des NABU ist auch Wilfried Nöller gegen die Verbrennung von HCB im Chemiepark - auch aus einem weiteren Grund. „Die Schlacke, die bei der Verbrennung entsteht, wird hier endgelagert“, sagt er.

Außerdem sieht er den Transport „einmal um den Globus“ äußerst kritisch. „Dieser Vorgang ist mehr als fragwürdig“, sagt er. Die Dormagener Grünen betonen unterdessen, das National Toxics Network in Australien habe Einspruch gegen die Exportgenehmigung von HCB nach Deutschland eingelegt. Der Protest von Umweltverbänden aus Australien sei massiv.

Christian Zöller, Sprecher von Bayer Industry Services, betont erneut, es gebe keine Gefahren für die Bevölkerung. „Wir verbrennen HCB bei einer Temperatur von bis zu 1150 Grad - da bleiben keine Rückstände“, sagt er. Auch im Falle eine Störung seien die Dormagener nicht gefährdet. „Die Anlage schaltet sich dann einfach ab, ohne das Stoffe austreten“, sagt er.

GIFTMÜLL-TRANSPORT, KÖLNER STADT-ANZEIGER,16. JANUAR 2007

Australische Firma kann den Abfall im eigenen Land nicht entsorgen

22 000 Tonnen mit Hexachlorbenzol durchsetzten Mülls sollen in Deutschland verbrannt werden.

Knapp die Hälfte wird im Bayerwerk umgeladen.

von Thomas Käding

Während in Leverkusen bisher nur die Grünen Fragen stellen, bestimmt das Thema im westfälischen Herten seit Wochen die öffentliche Debatte:Der australische Chemiekonzern Orica hat ein Giftmüll-Problem.

Und weil er es im eigenen Land nicht lösen kann, exportiert er es nach Deutschland. 22 000 Tonnen mit dem hochgiftigen und seit 1981 in Deutschland verbotenen Hexachlorbenzols (HCB) sollen in Leverkusen, Dormagen, Herten und Brunsbüttel verbrannt werden.

Auf Leverkusen und Dormagen sollen rund 4500 Tonnen des Giftmülls entfallen, wobei die Aufteilung dieser Menge auf die beiden Verbrennungsanlagen für Sondermüll noch nicht feststehe, sagte gestern Bayer-Sprecher Christian Zöller auf Anfrage. Er konnte weder bestätigen noch dementieren, dass gut die doppelte Menge des gefährlichen Stoffs im Bayerwerk umgeladen wird. Das aber sehen die Pläne des australischen Herstellers vor.

Danach soll in Leverkusen auch der Abfall von der Schiene auf die Straße gebracht werden, der sich danach in Herten in Rauchgas auflöst. Darüber, ob dieser Plan verwirklicht werden darf, hat die Bezirksregierung freilich noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die Genehmigung für den jahrelangen HCB-Transport sei noch nicht erteilt, sagte gestern Oliver Königsfeld, Sprecher des Kölner Regierungspräsidenten.

Wie es zu diesem gigantischen Giftmüll-Export kommt, ist in dem Exportantrag des Chemiekonzerns Orica nachzulesen, der dem „Leverkusener Anzeiger“ vorliegt. Danach hat man seit den siebziger Jahren versucht, den Giftmüll in Australien loszuwerden.

Der Bau einer Verbrennungsanlage sei an lokalen Widerständen gescheitert: Politiker und Verwaltungen hätten Gesundheitsschäden für Farmer und landwirtschaftliche Produkte befürchtet.

Die Farmer selbst hätten Sicherheitsbedenken gehabt, weil HCB über Körperfett in die Nahrungsmittelkette gelangen kann. Weil australische Farmer schriftlich garantieren müssen, dass in ihren Produkten keine gesundheitsgefährdenden Rückstände sind, habe man potenzielle Anlieger einer eigenen Verbrennungsanlage nicht überzeugen können, schreibt Orica. Die starke Exportorientierung der australischen Lebensmittelindustrie sei ein weiterer Grund für den starken Widerstand gewesen. Da der Sondermüll nicht unendlich gelagert werden könne, sehe man kein Alternative zum Export nach Deutschland.

Neben den beiden Bayer-Anlagen hat Orica das Rohstoff-Rückgewinnungszentrum (RZR) in Herten und die Sonderabfallverbrennungsanlagen GmbH (SAVA) in Brunsbüttel ausgesucht. In der Brunsbütteler Anlage, die zum Abfallkonzern Remondis gehört, soll vor allem der hoch mit HCB belastete Müll verbrannt werden. Unter anderem, weil der Stoff im Brunsbütteler Hafen ankommen wird. Für den Schiffstransport mit Zwischenstopp in Südafrika soll der niederländische Spezialist AVR sorgen. Auf den Schiffen werde ausschließlich HCB-Müll transportiert, versichert Orica.

Die meisten Container sollen unter Deck gelagert werden, um das Risiko zu verringern, auf See einen der Giftmüll-Behälter zu verlieren. Für die Passage vom australischen Botany, wo auch die inzwischen abgebrochene HCB-Produktion angesiedelt war, nach Brunsbüttel werden 35 Tage veranschlagt. Der Brunsbütteler Hafen wird aus australischer Perspektive als geeignet für das Löschen von Giftmüllladung angesehen:

Schließlich werde über Brunsbüttel auch Atommüll verschifft. Die Fracht soll nach Bayer-Angaben in Chargen von 500 bis 700 Tonnen pro Vierteljahr in Brunsbüttel ankommen. Pro Woche würden dann 60 bis 80 Tonnen in Leverkusen und Dormagen verbrannt. Unter dieser Voraussetzung würde die Verbrennung des Bayer-Anteils an die zwei Jahre dauern. Mitte des Jahres soll es losgehen – sofern bis dahin alle Fragen der Bezirksregierung beantwortet sind.

UMWELTVERBÄNDE WARNEN VOR GIFTMÜLL-IMPORTEN, KSTA

Mittwoch, 17. Januar 2007 LAND/REGION Kölner StadtAnzeiger – Nr. 14

Ein australisches Unternehmen will seinen Sondermüll in Nordrhein-Westfalen vernichten lassen

Knapp 10 000 Tonnen hochgiftigen Abfalls sollen vom Sommer an in Leverkusen, Dormagen und Herten verbrannt werden. V. THOMAS KÄDING

Leverkusen - Der Import von 22 000Tonnen Abfall, die mit dem hochgiftigen Hexachlorbenzol (HCB)belastet sind, schlägt landesweit Wellen. Gestern forderte der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einen Stopp des Müllgeschäfts, das von den Bezirksregierungen in Köln, Düsseldorf und Münster genehmigt werden muss.

Der australische Chemiekonzern Orica will den Sondermüll nach Deutschland verschiffen und verbrennen lassen. Gut die Hälfte soll in Brunsbüttel verbrannt werden; die restlichen knapp 10.000 Tonnen in den Sondermüllverbrennungsanlagen von Bayer in Leverkusen und Dormagen sowie im Hertener Rohstoff-Rückgewinnungszentrum.

BUND und die „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ warnen in einem Brief an Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) vor den ökologischen und gesundheitlichen Folgen. Es sei nicht hinnehmbar, dass eine dicht besiedelte und ohnehin mit Umweltproblemen konfrontierte Region wie NRW zum Ziel internationaler Giftmülltransporte wird. Auch der Landtagsabgeordnete Johannes Remmel (Grüne) sieht das Geschäft kritisch und hat daher für heute eine aktuelle Viertelstunde im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz beantragt. HCB gehört zum „dirty dozen“ gefährlicher Stoffe, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten worden sind. In Deutschland ist es seit 1981 als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen; früher wurde es vielfältig eingesetzt: in der Arzneimittel- und Düngemittelproduktion, als Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel. Der Chemiekonzern Orica hat den Export seiner teils seit Jahrzehnten gelagerten HCB-belasteten Abfälle nach Deutschland beantragt, weil es in Australien keine geeigneten Verbrennungsanlagen gibt. Bemühungen, in der Heimat eine Anlage zu errichten, waren am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Nach den derzeitigen Plänen sollen die 10 000 Tonnen Giftmüll, die nicht am deutschen Zielhafen Brunsbüttel verbrannt werden können, per Bahn ins Leverkusener Bayerwerk gebracht und dann mit Lastwagen auf die Anlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen-Bürrig verteilt werden. Letztere soll nach Angaben eines Unternehmenssprechers ab Mitte des Jahres das meiste des Bayer-Anteils von 4500 Tonnen verarbeiten. Nach Berechnungen des Betreibers dauert es rund zwei Jahre, bis der Giftmüll-Import in Rauch aufgegangen ist.

KRITIK AN AGR-POLITIK 17. JAN.07 | HERTENER ALLGEMEINE

Ältestenrat will jetzt Informationen

VON GREGOR SPOHR

HERTEN. In mehreren Schritten soll die Bevölkerung über die geplanten Giftmüll-Transporte von Australien ins RZR informiert werden. Darauf haben sich Vertreter aller fünf Ratsfraktionen im Ältestenrat mit dem Bürgermeister verständigt.

„Ich verstehe das Bauchgrummeln der Bürgerinnen und Bürger", betont BM Dr. Uli Paetzel. „Unser Ziel: Aufklärung und Information/'

Schritt Nr. 1: Zu Beginn der Ausschusssitzung für Planen, Bauen und Umwelt gibt es eine Fragestunde, in der sich jeder Interessierte zu Wort melden kann.

Termin: Morgen, Donnerstag, 18. Januar, 17 Uhr, großer Rathaussaal.

Schritt Nr. 2: In der gleichen Sitzung nehmen Vertreter der Bezirksregierung Münster und der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) Stellung und beantworten Fragen der Politiker. Auch die Fragenkataloge von Fraktionen sollen beantwortet werden.

Schritt Nr. 3: Die Stadt klinkt sich in die Planung für einen Informationsabend ein, den die Evangelische Kirche Herten und Pro Herten für den Dienstag, 6. Februar, im Glashaus durchführen wollen (wir berichteten).

Kritik übte der Ältestenrat laut Dr. Paetzel an der Informationspolitik der AGR. Der Bürgermeister hatte schon Ende letzte Woche in einem Brief an AGR-Chef Dietrich Freudenberger seinen Unmut zum Ausdruck gebracht.

Paetzel hatte - so ließ er gestern wissen - Ende Mai bei dem Besuch einer Delegation des australischen Chemieriesen Orica von den Plänen erfahren. Man habe Vertraulichkeit vereinbart, da der Vertrag noch im Verhandlungsstadium war. Und man habe vereinbart, dass rechtzeitig eine umfassende Information der Politik und der Öffentlichkeit erfolgen solle.

„Das hat die AGR missachtet", ärgert sich Paetzel. So erfuhr er von dem Geschäftsabschluss aus der Hertener Allgemeinen. Jetzt wolle man alle Fakten auf dem Tisch haben.

Nach den Grünen bringt auch die Hertener SPD-Abgeordnete Margret Gottschlich das Thema in den Landtag. Sie will von der Landesregierung wissen, wie sie zu den weltweiten Transporten von Giftmüll steht und welche Gefahren sie beim Transport sieht. Gottschlich: „Unabhängig von der Frage, ob die technischen Voraussetzungen im RZR für diese Entsorgung geeignet sind, kann es nicht sein, dass Herten zukünftig für die weltweite Entsorgung von Giftmüll zuständig ist'

KOMMUNIKATIONS-DESASTER, WAZ 17. JAN.

WAZ Mittwoch, 17. Januar 2007 Alles rund ums Vest

Hertens Bürgermeister kritisiert die Informationspolitik der AGR zur geplanten Verbrennung australischen Giftmülls. Der Wahlbeamte hat aber selbst seit Februar2006 von dem sich anbahnenden Geschäft gewusst Herten. Bürgermeister Dr. Uli Paetzel (SPD) und die fünf Fraktionen des Stadtrates haben nach einer Sitzung des Ältestenrates am Dienstagabend die Informationspolitik der AGR massiv kritisiert. Gleichzeitig sagte Paetzel, dass er bereits im Frühjahr 2006 von der AGR überbevorstehende Verhandlungen mit dem australischen Konzern Orica unterrichtet worden sei.

Die Firma habe ihm Stillschweigen abgerungen und zugesagt, im Falle eines Verhandlungserfolgs die Bürger gemeinsam mit der Stadt über die Verbrennung von5000 Tonnen Sondermüll - mit bis zu 25 Prozent Hexachlorbenzol belastet - zuinformieren. „Es ist zutiefst ärgerlich, wie das nun abläuft", sagte Paetzel (35). Es sei kein Wunder, dass nun eine heftige Diskussion aufkomme. Wie berichtet, hatte das Unternehmen lediglich in seiner Infobroschüre auf den Vertrag aufmerksam gemacht. Immerhin ein Vertrag, der laut Bund bis Ende 2008 rund 30 Millionen Euro in die AGR-Kassen spülen soll.

Um den Schaden zu begrenzen, um Politiker und die Bürger zu informieren, sollen am morgigen Donnerstag, 18. Ja¬nuar, Vertreter der Bezirksregierung (sie ist die genehmigende Behörde) und der AGR ab 17 Uhr im Planungsausschuss (Rathaus)Rede und Antwort stehen. Paetzel vorab: Das RZR sei für die Verbrennung dieser Abfälle grundsätzlich geeignet. Die Anlage sei tauglich. Die Sicherheit für Transport und Entsorgung sei gewährleistet. Derweil die Politiker informiert werden sollen, plant die Ev. Kirche für den 6. Februar eine Podiumsdiskussion, die von der Stadtverwaltung mitorganisiert wird. Auch die Grünen im Landtag sind hellhörig geworden: Für den heutigen Mittwoch haben sie eine „Aktuelle Viertelstunde"beantragt.

Umweltverbände warnen vor Giftmüll-Importen

LAND/REGION Kölner Stadt-Anzeiger, Mittwoch, 17. Januar 2007

Ein australisches Unternehmen will seinen Sondermüll in Nordrhein-Westfalen vernichten lassen

Knapp 10 000 Tonnen hochgiftigen Abfalls sollen vom Sommer an in Leverkusen, Dormagen und Herten verbrannt werden.

V. THOMAS KÄDING

Leverkusen - Der Import von 22 000 Tonnen Abfall, die mit dem hochgiftigen Hexachlorbenzol (HCB) belastet sind, schlägt landesweit Wellen. Gestern forderte der nordrhein- westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einen Stopp des Müllgeschäfts, das von den Bezirksregierungen in Köln, Düsseldorf und Münster genehmigt werden muss. Der australische Chemiekonzern Orica will den Sondermüll nach Deutschland verschiffen und verbrennen lassen. Gut die Hälfte soll in Brunsbüttel verbrannt werden; die restlichen knapp 10 000 Tonnen in den Sondermüllverbrennungsanlagen von Bayer in Leverkusen und Dormagen sowie im Hertener Rohstoff-Rückgewinnungszentrum.

BUND und die „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ warnen in einem Brief an Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) vor den ökologischen und gesundheitlichen Folgen. Es sei nicht hinnehmbar, dass eine dicht besiedelte und ohnehin mit Umweltproblemen konfrontierte Region wie NRW zum Ziel internationaler Giftmülltransporte wird. Auch der Landtagsabgeordnete Johannes Remmel (Grüne) sieht das Geschäft kritisch und hat daher für heute eine aktuelle Viertelstunde im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz beantragt.

HCB gehört zum „dirty dozen“ gefährlicher Stoffe, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten worden sind. In Deutschland ist es seit 1981 als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen; früher wurde es vielfältig eingesetzt: in der Arzneimittel- und Düngemittelproduktion, als Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel.

Der Chemiekonzern Orica hat den Export seiner teils seit Jahrzehnten gelagerten HCB belasteten Abfälle nach Deutschland beantragt, weil es in Australien keine geeigneten Verbrennungsanlagen gibt. Bemühungen, in der Heimat eine Anlage zu errichten, waren am Widerstand der Bevölkerung gescheitert.

Nach den derzeitigen Plänen sollen die 10 000 Tonnen Giftmüll, die nicht am deutschen Zielhafen Brunsbüttel verbrannt werden können, per Bahn ins Leverkusener Bayerwerk gebracht und dann mit Lastwagen auf die Anlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen- Bürrig verteilt werden. Letztere soll nach Angaben eines Unternehmenssprechers ab Mitte des Jahres das meiste des Bayer-Anteils von 4500 Tonnen verarbeiten. Nach Berechnungen des Betreibers dauert es rund zwei Jahre, bis der Giftmüll- Import in Rauch aufgegangen ist.

PROTESTE GEGEN BAYERS GIFT-HANDEL, KSTA 17.1.

Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger – Nr. 14 – Mittwoch, 17. Januar 2007 LEVERKUSEN

Auf Landesebene formiert sich Widerstand gegen das Geschäft mit australischem Müll. *Großer Auftrag für den Müllofen*

V. THOMAS KÄDING

Der Import von 22 000 Tonnen Hexachlorbenzol-Abfällen soll heute den Landtag beschäftigen. Der Abgeordnete Johannes Remmel (Bündnis 90 / Die Grünen) hat eine aktuelle Viertelstunde im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz beantragt. In diesem Rahmen soll Umweltminister Eckhard Uhlenberg das Müllgeschäft aus abfall und umweltpolitischer Sicht bewerten sowie Auskunft zu Stand und Umfang der Genehmigungen geben.

Auch Remmels Parteifreund, der Leverkusener Bundestagsabgeordnete Reinhard Loske, wandte sich gestern an den Minister. Unterdessen forderte der nordrheinwestfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einen Stopp des Müllgeschäfts. Außerdem hat das australische National Toxics Network Einspruch gegen eine Export- Genehmigung für den HCB Abfalls eingereicht, der teils seit Jahrzehnten beim Chemiekonzern Orica lagert.

Der Sondermüll soll mit Schiffen zunächst nach Brunsbüttel gebracht werden und dort auf vier Verbrennungsanlagen aufgeteilt werden. Knapp 10 000 Tonnen werden nach den Plänen von Orica mit der Bahn ins Bayerwerk gebracht, dort umgeladen und mit Lastwagen auf die Anlagen in Dormagen, im Hertener Rohstoff-Rückgewinnungszentrum und Bürrig verteilt. Letztere soll nach Bayer-Angaben den Löwenanteil jener 4500 Tonnen HCB-Müll aufnehmen, die auf Bayer entfallen.

Hexachlorbenzol gehört zum „dirty dozen“ gefährlicher Stoffe, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten wurden. In Deutschland ist HCB seit 26 Jahren als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen. Die Organchlorverbindung wurde früher vielfältig eingesetzt: in der Arznei- und Düngemittelproduktion, als Pflanzenschutz und Desinfektionsmittel sowie im Holzschutz. Orica hatte den Export seiner HCB-belasteten Abfälle nach Deutschland beantragt, weil es in Australien keine geeigneten Verbrennungsanlagen gibt. Jahrelange Bemühungen, in der Heimat eine Anlage zu errichten, waren am Widerstand der Bevölkerung gescheitert, die Gesundheitsschäden für Mensch und Tier befürchtete.

Nach Bayer-Berechnungen dauert es rund zwei Jahre, bis der australische Giftmüll-Import in Rauch aufgegangen ist. Mitte des Jahres soll die Aktion beginnen; allerdings liegt für das Transportkonzept noch keine Genehmigung vor: An allen Standorten müssen die Bezirksregierungen ihr Okay geben. Daher sind neben dem Kölner auch die Regierungspräsidenten in Düsseldorf und Münster mit dem Giftmüll-Import befasst

DIRTY DOZEN AUS DOWN UNDER TAZ 17.1.2007

Dirty Dozen aus Down Under

5.000 Tonnen hochgiftiges Hexachlorbenzol sollen in der Müllverbrennungsanlage Herten entsorgt werden. Nicht alle halten das für logisch, denn der Abfall kommt aus Australien

VON KLAUS JANSEN

Wenn Werbetexter Müll anpreisen, klingt das so: "Sie sind Feuer und Flamme für Herten. Wir sind heiß auf ihre Gewerbeabfälle." Mit diesem Zweizeiler wirbt die Entsorgungsfirma AGR für ihren Müllverbrennungsstandort Herten.

Nun ist das Buhlen der Tochterfirma des Regionalverbands Ruhrgebiet (RVR) erhört worden - im fernen Australien. Von dort aus will der Sprengstoffhersteller Orica in den kommenden zwei Jahren 5.000 Tonnen Sondermüll an den nördlichen Rand des Reviers verfrachten, um ihn dort zu verbrennen.

Bei der umstrittenen Fracht handelt es sich um hochgiftiges Hexachlorbenzol (HCB). In Europa ist die Chemikalie seit 1981 verboten, in den australischen Orica-Werken liegen jedoch noch belastete Holz- und Betonreste herum.

Die sollen jetzt per Schiff und Bahn nach Herten geschafft werden. "Wir können damit umgehen. Uns ist egal, ob der Müll aus Herne oder sonst woher kommt", sagt AGR-Sprecher Heinz Struszczynski. Die Australier zahlen gut, und in Herten sind Kapazitäten frei.

Bürgerinitiativen und Umweltschützer fürchten dagegen Belastungen für die Anwohner. "HCB gehört zum dreckigen Dutzend der Ultra-Gifte", sagt Dirk Jansen, Sprecher des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) in NRW. Bei der Verbrennung würden giftige Dioxine freigesetzt. Dies passiere vor allem dann, wenn nicht genügend Hitze erzeugt werde. Die Hertener Anlage kommt nur auf gut 950 Grad, normalerweise wird HCB bei über 1.100 Grad verbrannt. "Es ist skandalös, dass Nordrhein-Westfalen zum Klo für den weltweiten Sondermüll wird", sagt Jansen.

Sein Verband prüft bereits Klagen für den Fall, dass der Transport erlaubt wird. Die 16.000 Kilometer lange Reise ist deshalb ein Politikum, zumal die AGR als Tochterfirma des RVR umstritten ist.

Gegründet als Stadtwerke-Ersatz für den Zusammenschluss der Ruhrkommunen, sollte sie sich ursprünglich um den Müll der Bevölkerung vor Ort kümmern. Aber weil das Geschäft mit dem Müll lukrativ ist, spielt die Firma seit Jahren auf dem internationalen Abfallmarkt mit. Nun wird wieder der Vorwurf laut, das Unternehmen denke nur ans schnelle Geld und vernachlässige Risiken.

Aus Sicht der AGR ist die Entsorgung des australischen Mülls bloß Tagesgeschäft. "Unsere Anlage ist für solche Stoffe ausgelegt", sagt Sprecher Struszczynski. Tatsächlich gelten deutsche Müllverbrennungsanlagen als weltweit führend, weshalb auch Kritiker des Mülltourismus in einem Dilemma stecken. "Es ist besser, wir entsorgen den Giftmüll bei uns, als dass er von irgendwelchen Mafiosi in Afrika oder auf dem Atlantik verklappt wird", sagt der Chef der Grünen in der RVR-Verbandsversammlung, Martin Toennes. Dennoch sieht er in dem Australien-Geschäft einen schweren Imageschaden für die AGR und auch für die Ruhrkommunen. "Man kann gar nicht genug Geld verdienen, um das wieder gutzumachen", sagt er.

Heute soll der Umweltausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags über den Transport debattieren. Viel Unterstützung vom zuständigen Minister Eckhardt Uhlenberg (CDU) können die Müllverbrenner dort nicht erwarten. Der Minister bekam gestern einen Brief vom BUND und der Coordination gegen Bayer-Gefahren, in dem die Organisationen ein Verbot des Giftmüllimports fordern. In den Abfallverbrennungsanlagen der Bayer AG in Leverkusen und Dormagen sollen nämlich weitere 6.000 Tonnen des australischen Mülls entsorgt werden. Es sei jedoch nicht hinnehmbar, dass eine dicht besiedelte Region wie NRW zum Ziel internationaler Giftmülltransporte werde, so die Umweltschützer. "Wir verstehen die Bedenken", sagt eine Ministeriumssprecherin. Verhindern könne man den Transport aber nicht. Dies sei Sache der Bezirksregierungen. In Münster wartet man dort nur noch auf letzte Unterlagen aus Australien. "Wenn die da sind, werden wir sehr wahrscheinlich eine Genehmigung erteilen", sagt Jost Brintrup vom zuständigen Abfalldezernat. Wenn die Landespolitik nicht interveniert, könnte der Mülltransport nach Herten also schon im Februar anlaufen. Dem dortigen Bürgermeister Uli Paetzel (SPD) scheinen die abfälligen Geschichten über die AGR langsam peinlich zu sein. Er verstehe seine Bürger, könne sich in der Angelegenheit aber noch nicht positionieren, teilte er mit. Echte Müll-Werbetexter hätten sicher schönere Worte für einen der größten Arbeitgeber der Stadt gefunden.

FLUGBLATT DIE GRÜNEN AUS LEVERKUSEN

Keine Verbrennung von australischem Giftmüll in Leverkusen !

22.000 t hochgiftiger, hexachlorbenzolhaltiger Müll soll per Schiff von Australien nach Deutschland transportiert werden. 3.600 t sollen in der Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Bayer in Leverkusen-Bürrig verfeuert werden. Für eine deutlich größere Menge ist unsere Stadt als Umladeplatz von der Schiene auf die Straße vorgesehen.

Hexachlorbenzol (HCB) gehört zu den gefährlichsten organischen Giftstoffen und ist seit 2001 aufgrund der Stockholmer Konvention international verboten. Die Leverkusener Grünen fordern den Umweltminister Uhlenberg auf, die Verbrennung des Importmülls im dicht besiedelten NRW nicht genehmigen zu lassen.

Wir wehren uns dagegen, dass - Giftmüll auf dem Seeweg unter erheblichen Risiken (Höchststufe der Wassergefährdung) um die halbe Welt transportiert wird, obwohl die u.a. von Deutschland und Australien unterzeichnete Baseler Konvention eine erzeugernahe Entsorgung von gefährlichen Stoffen vorschreibt

- die Leverkusener/-innen einer Gefährdung ausgesetzt werden, gegen die sich lokale Politiker/-innen und Verwaltungen in Australien mit Hinweis auf die mögliche Belastung ihrer landwirtschaftlichen Produkte erfolgreich wehren konnten (Verhinderung des Baus einer MVA)

- ausgerechnet die Bevölkerung einer dicht besiedelten, von Industrieabfällen und ihrer Beseitigung geprägten Region weiteren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt werden soll (z.B. durch erhöhte Dioxinemissionen, mögliche Störfälle). Dies gilt besonders für die Anwohner/-innen der Sondermüllverbrennungsanlage in Bürrig.

WAS KÖNNEN SIE TUN? UNTERSCHRIFTENVORDRUCK, PRO-HERTEN; NUR; BUND

Die für den Giftmüll verantwortliche Firma Orica erklärte: „Dort, wo es Widerstand gibt, werden wir nicht hingehen“. Zeigen Sie daher ihren Protest öffentlich!

Drücken Sie in Leserbriefen Ihr Unverständnis darüber aus, dass finanzielle Interessen der Bayer-AG mehr zählen sollen als der Schutz der Bevölkerung vor mögl. Gesundheitlichen Gefahren.

Schicken Sie an den NRW-Umweltminister einen Brief mit der Aufforderung, die Verbrennung des australischen Giftmülls in Leverkusen zu verbieten (Musterbrief siehe Rückseite).

Protestieren Sie gegen den umweltpolitischen Unsinn durch Ihren Eintrag in der Unterschriftenliste.

BUND
FREUNDE DER ERDE
Friend of the Earth
http://www.bund-nrw.de

PRO – HERTEN
www.pro-herten.de

NUR im Vest e.V.
http://www.nur-im-vest.de

Stoppt den Giftmülltourismus!

Im RZR Herten sollen 5000 t hexachlorbenzolhaltiger Sondermüll der australischen Firma Orica in den nächsten Monaten verbrannt werden.
HCB gehört zu 12 hochgiftigen Stoffen, deren Herstellung weltweit geächtet und verboten ist.
In Australien wehren sich die Menschen gegen die Verbrennung von 22 000 t HCB - Abfälle.
Deshalb will Orica den Giftmüll ins RZR und in drei weiteren Anlagen in Deutschland transportieren.

Die Menschen in Australien wissen, warum sie die HCB-Verbrennung ablehnen: Verbrennung ist selbst bei hohem Stand der Technik nicht ohne Risiko machbar. Trotz der Filtertechnik gelangen gefährliche Stoffe in die Luft. Außerdem müssen die giftigen Verbrennungsaschen und Filterrückstände auf ewig in Bergwerken und Sondermülldeponien von der Umwelt hermetisch abgeriegelt abgelagert werden.

Kein vernünftiger Mensch kann erklären, warum eine Verbrennung im dichtbesiedelten Ruhrgebiet ungefährlich sein soll, wenn sie im dünn besiedelten Australien als zu riskant gilt.

Die australische Umweltbewegung wendet sich gegen den Export nach Deutschland und fordert, das Gift im eigenen Land zu entsorgen. Orica selbst hat nachgewiesen, dass technische Alternativen zu einer Verbrennung existieren.

Es entsteht der Eindruck, dass hier - entgegen vernünftiger Gründe - bewusst die Risiken heruntergespielt werden, um das Geschäft mit diesem Sondermüll machen zu können und das Tor für weiteren Risikoabfall weltweit zu öffnen.

Wir sind dagegen, weil wir für uns und unsere Kinder eine gesunde Umwelt und ein lebenswertes Herten erhalten wollen.
Wir fordern die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in Australien auf, den Export australischen Sondermülls ins RZR und an die 3 weiteren Standorte in Deutschland zu stoppen!

Name, Vorname	Wohnort Straße	Unterschrift

Unterschriftenlisten an:

Kontakt:
Joachim Jürgens, Schützenstr. 84,
45699 Herten
jj@pro-herten.de ☎ +49(2366) 37653
Skype: joachimjuergens

CONTACT US
National Toxics Network Inc.
Dr. Mariann Lloyd Smith PhD (Law)
biomap@oztoxics.org
ABN 61 118 160 280 PO Box 173,
Bangalow 2479 NSW -Australia

viSdP: Februar 2007
Claudia Baitinger, BUND KG
Recklinghausen,
Claudia.Baitinger@bund.net
FAX: 01212 5708 17 962

DR. REINHARD LOSKE MDB AN UHLENBERG

Dr. Reinhard Loske MdB
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
K (030) 227 – 71645
M (030) 227 – 76307
reinhard.loske(at) bundestag.de Internet:
http://www.loske.deBerlin, den 17.01.2007

Dr. Reinhard Loske MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

Herrn
Eckehard Uhlenberg
Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Per Fax: 0211 - 4566945

Australischer Giftmüllexport nach NRW

Sehr geehrter Herr Minister Uhlenberg,

wie der Presse zu entnehmen ist, plant der australische Chemiekonzern Orica den Export von mehr als 20.000 Tonnen hexachloridhaltigem Giftmüll (HCB) nach Deutschland, weil er in Brunsbüttel, im westfälischen Herten sowie den Bayer-Anlagen Dormagen und Leverkusen verbrannt werden soll. Dem Vernehmen nach ist die Genehmigung des Exports auf Seiten der deutschen Behörden noch nicht erteilt worden.

Ich habe inzwischen mehrere Reaktionen besorgter Bürger aus meinem Wahlkreis Köln-Leverkusen erhalten, weil sie eine unmittelbare Gefährdung ihrer Gesundheit befürchten. Für Leverkusen hätte der Müllexport zur Folge, dass über einen Zeitraum von zwei Jahren chloridhaltige Sonderabfälle verbrannt werden würden.

Der Export australischen Sondermülls nach Deutschland ist alles andere als eine erzeugernahe Entsorgung von Gefahrstoffen, wie in der Basler Konvention zur Entsorgung gefährlicher Abfälle vorgeschrieben ist. Es ist meiner Ansicht nach wenig plausibel, dass australischer Giftmüll um die halbe Welt geschifft wird, um dann in Nordrhein-Westfalen verbrannt zu werden.

Ich möchte Sie als NRW-Umweltminister deshalb darum bitten, den aktuellen Stand des Verfahrens zu bewerten und darüber Auskunft zu geben, welche Belastungen oder Gefahren sich durch den Transport, die Lagerung und die Verbrennung des Sondermülls für die Bürgerinnen und Bürger ergeben können. Relevant ist auch, welche Genehmigungsschritte erfolgen müssen. Aus meiner Sicht sollte sichergestellt werden, dass die Genehmigungsbehörden im weiteren Verfahren eine größtmögliche Transparenz gewähren.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie sich dementsprechend einsetzen. Über eine rasche Antwort würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Loske

Giftmüll im Landtag (Videoclip)

„HCB IST FÜR UNS TAGESGESCHÄFT“ KSTA 18.JAN.

Kölner StadtAnzeiger – Nr. 15 – Donnerstag, 18. Januar 2007 LEVERKUSEN

Bayer äußert sich zum großen Giftmüll-Import aus Australien

Die Verbrennung des verbotenen Hexachlorbenzols ist in Bürrig nichts Besonderes, versichert Anlagenchef Joachim Beyer.

V. THOMAS KÄDING

Bayer sieht kein Problem in Müll-Deal mit dem australischen Chemiekonzern Orica. An der aus Sicht von Grünen-Politikern fragwürdigen Verbrennung von 4500 Tonnen Abfall, der mit Hexachlorbenzol (HCB) belastet ist, sei allenfalls die Menge etwas Besonderes, sagte gestern Joachim Beyer. Er ist Leiter der Abfallverbrennung beim Chemiepark-Betreiber Bayer Industry Services und damit Herr über vier Öfen, von denen zwei in Bürrig und jeweils einer in Dormagen und Uerdingen stehen. Sie haben eine Gesamtkapazität von 160 000 Tonnen im Jahr, die Hälfte entfällt auf die beiden Leverkusener Anlagen. Allein an der Leistungsfähigkeit werde klar, dass 4500 Tonnen Sondermüll keine außergewöhnliche Herausforderung darstellen, so Beyer.

Dass der gefährliche Abfall um den halben Erdball gefahren wird, sei sicher ungewöhnlich, ließ Beyer durchblicken. Tatsächlich widerspricht dies dem Geist der Basler Konvention, nach der Sondermüll so nah wie möglich an seinem Entstehungsort unschädlich gemacht werden soll. Darauf wies gestern im Landtag auch Johannes Remmel hin. Der umweltpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion hatte eine aktuelle Viertelstunde beantragt.

Der mindestens sechswöchige Transport nach Leverkusen resultiere indes aus der besonderen HCB-Geschichte von Orica: Der australische Chemiekonzern habe sich „jahrelang“ bemüht, den hochgiftigen Stoff anders loszuwerden. Der Bau einer eigenen Verbrennungsanlage erwies sich in Australien jedoch als nicht durchsetzbar – und in geringerer Entfernung sei die Chemiefirma offenbar nicht fündig geworden, sagte Beyer. Blieb Europa: Orica habe sich in Frankreich und Deutschland umgesehen und sich am Ende für die Verbrennung in Brunsbüttel, Herten und bei Bayer entschieden, wo 4500 der 22 000 Tonnen HCB-Abfall in Rauch und Schlacke aufgehen werden.

In solchen Blechfässern kommt auch der HCB-Müll von Orica an. Die BIS-Tochter Chemion will ihn transportieren. B I L DE R : RALF K R I EGE R

Von fremden Produzenten

Jede vierte Tonne Sondermüll, die in Bayers Öfen verbrannt wird, kommt inzwischen von fremden Produzenten. Damit sei die Jahreskapazität von 160 000 Tonnen allerdings noch nicht ganz ausgereizt, erklärte Anlagenchef Joachim Beyer. Dass die Müllverbrennung Profit abwirft, liege auf der Hand. Das Entsorgungszentrum „schreibt schwarze Zahlen“. (tk)

Keine Berührungsängste mit den Resten aus dem Verbrennungsofen haben Anlagenchef Joachim Beyer (l.) und Chemieparkleiter Ernst Grigat

Auf einem Platz nahe den Öfen wird Sondermüll kurz gelagert. Ab Sommer werden dort zwei Jahre lang immer wieder Fässer aus Australien stehen

Der Sondermüll werde in Portionen von jeweils 1000 Tonnen mit der Bahn ins Bayerwerk gebracht und dann von Lastwagen peu à peu zu den Öfen in Leverkusen und Dormagen gefahren. „Dann wird schnell verbrannt“, versicherte Beyer. Geplant sei, täglich zehn Tonnen zu verarbeiten – bei einer Anlagenkapazität von 250 Tonnen. Der australische Müll werde in fest verschlossenen, doppelwandigen 120-Liter-Fässern angeliefert. Diese Gebinde kommen komplett in den Drehrohrofen, wo sie ein bis zwei Stunden lang bleiben. Die Reste gelangen in eine Nachbrennkammer, wo sie noch einmal sechs Sekunden bei mehr als 1000 Grad Celsius unter Flammen stehen. Diese Verbrennungszeit sei dreimal so lang wie vorgeschrieben, erklärte Beyer. Und die Temperatur von mehr als 1000 Grad – gestern Mittag zeigte das Thermometer gut 1200 Grad – reiche allemal aus, um das HCB unschädlich zu machen.

Der Stoff gehört zum „dirty dozen“, dem weltweit längst verbotenen dreckigen Dutzend gefährlicher Chemikalien. Für die Bürriger Entsorger ist er offenbar aber keine besondere Herausforderung. „Der Stoff ist nicht akut toxisch“ erklärte Beyer. Außerdem sei HCB „nicht leicht flüchtig“, was den Umgang erleichtere, erklärte der Diplom-Ingenieur. Selbst wenn beim Umladen im Werk oder vor den Öfen ein Fass leck schlage, sei das „unbedenklich für die Bürger in Leverkusen“.

HCB: "LANDESREGIERUNG MUSS TRANSPORT STOPPEN"

umstrittene Verbrennung von Giftmüll: Einspruch auch in Australien eingereicht

www.natur.de Umwelt & Naturschutz, 18.01.2007

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND NRW)
Coordination gegen BAYER-Gefahren

Presse-Information vom 18. Januar 2007

Sprecher der Coordination gegen BAYER-Gefahren und des NRW-Landesverbands des BUND kritisieren, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung in der Frage der Verbrennung von hochgiftigem Hexachlorbenzol die Auseinandersetzung mit den betreffenden Unternehmen scheut. Umweltminister Eckhard Uhlenberg hatte sich gestern von dem geplanten Projekt distanziert ("Um es deutlich zu sagen: wir sind gegen den Import von Sonderabfällen aus Australien, zumal der Transport derart gefährlicher Abfälle über riesige Entfernungen erhebliche Risiken birgt"). Aus rechtlichen Gründen sehe Uhlenberg aber keine Handhabe, die Verbrennung zu stoppen.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG): "Der Transport einer solch großen Menge Giftmüll um den halben Globus ist ohne Vorbild. In NRW sollen die Gefahrstoffe per Bahn und Lkw befördert werden. Es ist ein Armutszeugnis für Politik und Behörden, wenn sie sich in einer solch brisanten Frage selbst Handlungsunfähigkeit attestieren. Sowohl der Transport wie auch die Verbrennung müssen gestoppt werden". Hexachlorbenzol (HCB) gehört zum sogenannten "Dreckigen Dutzend", den gefährlichsten Chemikalien überhaupt, die durch die Stockholmer Konvention weltweit geächtet sind. Der von dem Sprengstoff-Produzenten Orica gelieferte Sondermüll soll in Anlagen der Firmen Bayer (Dormagen und Leverkusen), SAVA (Brunsbüttel) und AGR (Herten) verbrannt werden.

Dirk Jansen vom nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): "Bei der Verbrennung von HCB werden Dioxine und andere Giftstoffe gebildet. Hierdurch steigen zum einen die Luft-Emissionen. Zum anderen entstehen große Mengen hochbelasteter Filterstäube und Schlacken, die auf Deponien gelagert oder im Straßenbaueingesetzt werden. Ein giftiges Erbe für kommende Generationen".

Unterdessen wächst auch "Down Under" der Widerstand. Das National Toxics Network (NTN) legte beim australischen Umweltminister Widerspruch gegen eine mögliche Exportgenehmigung ein. Hierin heißt es, dass Australien moralisch und rechtlich verpflichtet sei, die Gefahrstoffe im eigenen Land zu entsorgen. Wegen der zwangsläufigen Emissionen und der Problematik gefährlicher Rückstände lehnt das NTN eine Verbrennung ab. Stattdessen sollten alternative, in Australien erprobte Verfahren eingesetzt werden, bei denen deutlich weniger Gefahrstoffe entstehen.

Gerne senden wir den 73-seitigen Einspruch des National Toxics Network sowie weitere Informationen zu:
Philipp Mimkes, CBG: CBGnetwork(at)aol.com , 0211 - 333 911
Dirk Jansen, BUND: Tel.: 0211 / 30 200 5-22, www.bund-nrw.de
Coordination gegen BAYER-Gefahren, www.CBGnetwork.org
Fordern Sie per eMail kostenlos weitere Informationen an.
Kontakt: Coordination gegen BAYER-Gefahren

UWG Herten e.V.
45699 Herten, den 18. Januar 2007
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT e.V.
RATSFRAKTION DER STADT HERTEN

STELLUNGNAHME DER UWG-FRAKTION 18. JANUAR

-Kritik an der Informationspolitik der AGR und des Bürgermeisters-

Berichterstattung vom 17. Januar 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Informationspolitik der AGR ist aus Sicht des Unternehmens nachvollziehbar, die des Bürgermeisters aber in keinster Weise.

Wenn dem Bürgermeister schon im Frühjahr klar war, dass bei bekannt werden des Giftmülldeals mit starken Protesten aus der Bürgerschaft zu rechnen sei, so hat er im Alleingang, ohne Informationen z.B. an den Rat, weitere Verhandlungen und den Vertragsabschluss doch billigend in Kauf genommen und damit zu einer Faktenlage beigetragen, die ein Zurück nur sehr schwer möglich macht.

Seit dem 15-Millionen-Einstieg der Stadtwerke Herten bei der AGR schlugen zwei Herzen in der Brust des Bürgermeisters:

Als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke ist er dem Wohl des Unternehmens verpflichtet aber- wer um die mehr als angespannte finanzielle Lage der AGR informiert ist, weiß welches Risiko hier seitens der Stadt eingegangen worden ist.

Also musste und muss alles getan werden, um die 15 Millionen zu sichern und zu retten, selbst wenn es 5000 Tonnen Giftmüll vom anderen Ende der Welt sind, Hauptsache es fließen dabei einige Millionen in die Kassen der AGR.

Die berechtigten Ängste der Bürger und das Image der Stadt sind dabei wohl nicht so wichtig.

Wir waren gerade dabei das alte Bild der Stadt als Hauptstadt der Kohle aufzupolieren, Stichwort Ewaldgelände, Schloss etc. Jetzt soll das alles mit einem Schlag wieder zerstört werden: Herten, mit bald 600.000 Tonnen/Jahr Verbrennungskapazität, die Müllhauptstadt Europas.

Potenzielle Neubürger und Investoren werden diese Tatsache interessiert zur Kenntnis nehmen.

Auf der anderen Seite ist der Bürgermeister durch seinen geleisteten Eid verpflichtet zum Wohle der Stadt zu handeln und Schaden von ihr abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen
Horst Urban
(Fraktionsvorsitzender)

PRESSEMITTEILUNG: DIE GRÜNEN -FRAKTION IM REGIONALVERBAND RUHR

Kronprinzenstr. 35
45128 Essen
Raum 325
Telefon 0201.2069.430

gruene(at)rvr-online.de
18. Januar 2007

Giftmüllgeschäft ist ökologisch fragwürdig und konterkariert die AGR-Unternehmenspolitik

Mit großer Verärgerung und Ablehnung reagieren die GRÜNEN im RVR auf das geplante Giftmüllgeschäft der AGR mit dem australischen Chemieunternehmen Orica.

Insbesondere der Transport des HCB-haltigen Abfalls in drei nordrhein-westfälische Anlagen sind ein Imageschaden für die Region und das Unternehmen.

"Selbst wenn es zutrifft, dass bei der Verbrennung der gesetzliche Rahmen eingehalten wird, bleibt das unkalkulierbare Risiko eines 16.000 km langen Transportweges über die Weltmeere!" so Sabine von der Beck, Fraktionsvorsitzende der Grünen im RVR. "Wenn die Anlagen der AGR so vorbildlich sind, muss eine weitsichtige Wirtschaftspolitik darauf setzen, diese Spitzentechnologie zu exportieren. Stattdessen vermasselt hier die Provinzpolitik den Unternehmen, die in diese Technologie Forschung und Entwicklungsinvestitionen gesteckt haben, Exportgeschäfte durch billige, von hiesigen Gebührenzahlern sogar noch mitbezahlte und ökologisch fragwürdige Dienstleistungen.“ Die Müllproduktion insbesondere von Sondermüll muss vordringlich vermieden werden. Zu einer Vermeidungsstrategie gehöre auch, dass die umweltgerechte Entsorgung am Entstehungsort geschieht.

Fraktionsvorsitzender Martin Tönnes, der die Grünen auch im Aufsichtsrat des regionalen Entsorgungsunternehmens vertritt, empfindet den geplanten Mülldeal als Konterkarierung der bisherigen Arbeit: "Seit zwei Jahren bemühen sich der Aufsichtsrat und der Regionalverband als Gesellschafter darum, die AGR wieder auf ihr Kerngeschäft als regionaler Entsorger zurückzuführen. Von zahlreichen fragwürdigen nationalen und internationalen Beteiligungen hat sich das Unternehmen inzwischen getrennt und ist auf dem Wege in ruhigeres Fahrwasser. Als öffentliches Unternehmen wird sich das Australien-Geschäft noch als ein Bärendienst für die aktuellen Debatten um die wirtschaftliche Betätigung von kommunalen Unternehmen erweisen. Das Geschäft mit dem australischen Giftmüll kann selbst unter rein betriebswirtschaftlicher Betrachtung gar nicht so viel einbringen, wie es an Imageverlust für das Unternehmen und die Region kostet!"

Auf Antrag von Tönnes wird sich der AGR-Aufsichtsrat in der kommenden Woche mit dem Müllgeschäft auseinandersetzen. Auch die grüne Landtagsfraktion wurde inzwischen aktiv:

Deren umweltpolitischer Sprecher Johannes Remmel hat in der gestrigen Sitzung des Umweltausschusses ein aktuelle Viertelstunde zu diesem Thema durchführen lassen.

Für Rückfragen stehen Ihnen
Sabine von der Beck (Tel. 0209.1671248) und Martin Tönnes (Tel. 0160.91043107) gern zur Verfügung.

AUSTRALISCHER MÜLL FÜR NRW, TAZ 18.1.2007

Weil die Leute down under gegen Entsorgung protestierten, wird HCB jetzt exportiert

DÜSSELDORF taz

Noch lagert die brisante Fracht in Australien, demnächst soll sie nach Deutschland verschifft werden: 22.000 Tonnen mit dem hochgiftigen Hexachlorbenzol (HCB) belastete Abfälle. Ein Vorgang, der schon etwas "ärgerlich" sei, so der nordrhein-westfälische Umweltminister Eckhard Uhlenberg. Und er wolle auch "deutlich sagen", dass die Landesregierung dagegen sei. "Australischen Sondermüll in Nordrhein-Westfalen: Kein Mensch will das", sagte der Christdemokrat in der gestrigen Sitzung des Umweltausschusses des Düsseldorfer Landtags. Aber leider gebe es genehmigungsrechtlich keine Handhabe, das Geschäft noch zu verhindern.

Der gefährliche Abfall stammt von dem umsatzstärksten australischen Chemieunternehmen Orica. Der Konzern stellt vorrangig Anstrichfarben, Sprengstoffe, Düngemittel und Bergbau-Chemikalien her, darunter auch Zyanid für den Goldabbau. Das HCB stammt aus einer ehemaligen Produktionsstätte im südlich von Sydney gelegenen Botany Bay. In Down Under gebe es keine geeigneten Verbrennungsanlagen, um den Giftmüll zu entsorgen, heißt es in dem Orica-Exportantrag. Der Bau einer entsprechenden Verbrennungsanlage sei leider am anhaltenden Protest der Bevölkerung gescheitert. Zum Glück gibt es jedoch Deutschland.

Das zur Gruppe der Organochlorverbindungen gehörende HCB gehört zu jenen organischen Ultragiften, die die Stockholmer Konvention 2001 weltweit verbot. Früher wurde HCB in der Arzneimittel- und Düngemittelproduktion, als Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel und auch zur Herstellung chlorierter Lösemittel eingesetzt. Es steht in starkem Verdacht, erbgutverändernd und krebserzeugend zu wirken. In der Bundesrepublik ist es bereits seit 1981nicht mehr zugelassen.

Jetzt kommt es im Frühling zurück nach Deutschland: HCB-Zielhafen ist Brunsbüttel. In der dortigen Sonderabfallverbrennungsanlage, die zum Abfallkonzern Remondis gehört, soll vor allem der hoch mit HCB belastete Müll verbrannt werden, rund 10.000 Tonnen. Der Rest soll dann ins Leverkusener Bayerwerk gebracht und von dort mit Lastwagen verteilt werden: 5.600 Tonnen in die Bayer-Verbrennungsanlagen Dormagen und Leverkusen-Bürrig, 5.000 Tonnen ins Rohstoffrückgewinnungszentrum in Herten.

Für Umweltverbände ein Skandal: Nordrhein-Westfalens BUND und die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG)fordern in einem Brief Minister Uhlenberg auf, die für die Genehmigung zuständigen Bezirksregierungen anzuweisen, den Giftmüllimport zu unterbinden. Nordrhein-Westfalen dürfe nicht "zum Müllklo des gesamten Globus werden", so BUND-Sprecher Dirk Jansen. Protest kommt auch von den Grünen: "Es ist nicht hinnehmbar, dass eine dichtbesiedelte Region wie NRW, die bereits eine hohe Umweltbelastung aufweist, zum Ziel internationaler Giftmülltransporte wird", empört sich der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtags-Grünen, Johannes Remmel. Freitag,

GIFTMÜLL KOMMT! NRZ, 17.01.07

DIRK HAUTKAPP

ABFALL. Minister Uhlenberg sieht keine Handhabe, den Transport aus Australien zu verhindern.

ESSEN/DÜSSELDORF. Der umstrittene Giftmülltransport von Australien via Brunsbüttel nach NRW (die NRZ berichtete) wird wohl nicht mehr zu verhindern sein, soll sich aber nicht wiederholen. Das ist die Quintessenz der Aussagen von Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) gestern im Umweltausschuss des Landtages.

"Diese Art von Mülltourismus gehört abgeschafft", sagte Uhlenberg, der den Fall in Kürze mit seinen Kollegen in den anderen Bundesländern erörtern will. Anstatt Müll über riesige Entfernungen zu transportieren, sollte jedes Land eigene Verbrennungsanlagen bauen, so Uhlenberg. Eine Position, die nah bei den Grünen in NRW ist. Umweltsprecher Johannes Remmel: "Uhlenberg sollte den Australiern moderne Abfallentsorgungstechnik made in NRW verkaufen."

Umweltverbände wie der BUND verlangten von Uhlenberg, die ab Mai geplanten Transporte von insgesamt 11 000 Tonnen hochgiftigem Hexachlorbenzol (HCB) aus Beständen des australischen Chemie-Riesen Orica (Melbourne) an die Verbrennungsstandorte Leverkusen, Dormagen und AGR-Herten zu verbieten. Uhlenberg sieht dazu mit Blick auf die EU-Abfallverbringungsverordnung keine Handhabe.

Auftanken in Südafrika

Nach NRZ-Informationen glaubt auch die zuständige Bezirksregierung in Münster, dass sich die "Genehmigungsreife dieses beispiellosen Vorhabens bald ergeben wird". Orica könne auf einen intensiven innenpolitischen Abwägungsprozess verweisen und habe sich über 18 Monate infrage kommende Verbrennungsanlagen in der EU angesehen, bevor die Wahl auf NRW gefallen sei.

Derzeit erwarte Münster noch Genehmigungen der australischen Umweltbehörde in Canberra und von südafrikanischen Stellen. Der Grund: Das Containerschiff, das die giftige Fracht über knapp 16 000 Kilometer nach Brunsbüttel bringen soll, muss den Hafen Durban zum Auftanken anlaufen. (NRZ)

Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen Kommanditgesellschaft

LESERBRIEFE: VERÖFFENTLICHT UNTER:

http://www.ngz-online.de/public/comments/index/regional/dormagen/nachrichten/397356

Autor: B. Nussbaum; Dormagen, Datum: 18.01.07 18:

Giftmüllverbrennung

Umweltgerecht heißt nicht gleich "Null-Emission". Es ist doch nur logisch das sich die Bürger der betroffenen Städte sorgen darüber machen, wenn sich eines der 12 giftigsten Stoffe in ihrem direkten Lebensraum in die Luft geblasen werden soll.

Diese Chemikalie ist genauso wenig beherrschbar wie Atommüll wenn auch die Latenzzeit in etwa "nur" 25 Jahre beträgt. Es existiert derzeit noch keine Technologie auf Welt die diesen Stoff emissonsfrei entsorgen kann.

Was mich am meisten stört, ist dass die Australier seit 30 Jahren erfolgreich gegen eine Verbrennungsanlage protestieren weil sie selber wissen wie gefährlich dieser Stoff ist. Nun frage ich mich warum WIR das akzeptieren sollen?

außerdem bin ich sehr wohl froh darüber das es Mitmenschen gibt die sich kritisch mit Themen ganz gleich welcher Art auseinander setzen. Sonst könnten Politik und Wirtschaft mit uns machen was sie wollten.

Die Profitgier der Betreiber der Verbrennungsanlagen darf nie und nimmer vor unserer Gesundheit stehen. Ich empfehle die hiesigen Suchmaschinen mal mit Schlagwörtern wie POP (Persisten organic pollutants), Hexachlorbenzol, Dirty Dozen und Baseler sowie das Stockholmer Abkommen zu füttern.

Informieren, Meinung bilden, agieren! Nicht immer nur zusehen und Gleichgültigkeit walten lassen!

Autor: Gerd Trampler / Datum: 17.01.07 08:21

GIFTMÜLLVERBRENNUNG

Warum regen sich NABU und andere auf? Heutzutage scheint es doch ein Glücksfall zu sein, wenn Giftstoffe so entsorgt werden anstelle leisen Verbuddelns! Der Entsorger hätte ggf. nichts dagegen, dass man sich einmal schlau macht, wie so etwas von statten geht.

19.01.07

EVANGELISCHEN KIRCHENGEMEINDE HERTEN FORDERT MORATORIUM

Presbyterium der evangelischen Kirchengemeinde Herten fordert Moratorium zur geplanten Giftmüll-verbrennung in Herten-Süd:

Seit drei Wochen wird in Herten die geplante Verbrennung von 5.000 Tonnen Hexachlorbenzol-Sondermüll aus Australien im ortsansässigen Unternehmen RZR heftig diskutiert. Einwohnerrinnen und Einwohner haben sich dazu unter anderem in Stellungnahmen oder Leserbriefen zu Wort gemeldet. Der Sinn des geplanten Unternehmens ist dabei mit vielen Argumenten angezweifelt worden. Bei nüchterner Betrachtung und aller Vorsicht vor Hysterie und Panikmache erscheinen uns viele der geäußerten Fragen und Sorgen als berechtigt und sollten ernst genommen werden.

Als Presbyterium der evangelischen Gemeinde Herten halten wird die Klärung aller umstrittenen Sachverhalte der geplanten Entsorgungsaktion für dringend und erforderlich.

Nach unserem Eindruck mangelt es aber bisher ganz entschieden an Transparenz in diesem Geschäft.

Deshalb schlagen wir ein Moratorium vor, bevor eine endgültige Entscheidung fällt. Sinn und Zweck eines Moratoriums im demokratischen Prozess besteht im bewussten Aufschub einer geplanten Maßnahme zum Zweck der Klärung aller unbeantworteten Fragen dazu. Wir halten eine solche Atempause in dem anstehenden Entscheidungsprozess für dringend erforderlich. Damit würde Freiraum geschaffen, der uns erlauben würde, konstruktiv nachzudenken, auch über Alternativen.

Nachdrücklich erinnern wir alle am Prozess beteiligten Entscheidungsträger an die gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung und Bewahrung der Schöpfung. Dazu gehört es auch, unsere Entscheidungen und unser Handeln nicht nur am Wohl der gegenwärtigen

Generation, sondern vor allem auch an dem der zukünftigen Generationen auszurichten. Presbyterium der evangelischen Kirchengemeinde Herten

BG90 / Die Grünen 19.01.2007 „Ältestenrat will jetzt Informationen“

Die Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN stellt richtig:

Wir haben uns im Ältestenrat dafür eingesetzt einen Vertreter des BUND als Experte aus Umweltsicht einzuladen.

Einzig die UWG hat unseren Vorschlag unterstützt. Die anderen Parteien haben anscheinend an einer kritischen Beurteilung der HCB – Verbrennung im „RZR“ kein Interesse.

Wir halten eine Information des Fachausschusses (APBU) nur von Vertretern der AGR (sie verdienen an diesem Geschäft) und der Bezirksregierung (wir werden wohl genehmigen) äußerst unbefriedigend und keinesfalls umfassend.

Wie soll sich der APBU auf dieser Grundlage ein umfassendes Bild machen? – oder ist dies gar nicht gewollt?
Oder noch schlimmer – soll die Öffentlichkeit mit Halbwahrheiten ruhig gestellt werden?
Mit freundlichem Gruß, Dieter Kullik

Australischer Sondermüll in Nordrhein-Westfalen - WDR.de - Wirtschaft

http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/1/muellverbrennung_herten/

Australischer Sondermüll in NRW?, WDR

Die Müllverbrennung in Herten

URL: http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/1/muellverbrennung_herten/australien_importmuell/index_070117.jhtml?rubrikenstyle=wirtschaft
Stand: 17.01.2007, 06:00 Uhr

Umweltverbände fordern Verbot - Umweltausschuss berät Australischer Sondermüll in NRW

Von Alexandra Hostert

Ein australisches Unternehmen will rund 11.000 Tonnen Sondermüll in NRW verbrennen lassen- angeblich wegen der besonders sicheren Technologie der deutschen Anlagen. Doch Umweltverbände warnen vor dem Geschäft mit dem Müll. Von Australien sollen die Reste einer Fabrik für Pflanzenschutzmittel rund16.000 Kilometer weit nach Herten, Dormagen und Leverkusentransportiert werden. Die Abfälle sind mit Hexachlorbenzol (HCB)kontaminiert. Das löste Proteste von Umweltverbänden aus. HCB darf heute nicht mehr produziert werden und steht im Verdacht, Krebs zuerregen. Das Umweltbundesamt betont zwar, bei "sachgerechtem"Transport und richtiger

Verbrennung gehe von dem Abfall keine Gefahr für Menschen aus. Das HCB und die Abbauprodukte, die bei seiner Verbrennung entstehen können, reichern sich aber in der Umwelt, in der Nahrung und im menschlichen Organismus an. Deshalb warnt unter anderem der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vor den ökologischen und gesundheitlichen Folgen der Verbrennung und hat mit einem Brief an NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg dagegen protestiert.

Sonderfall Sondermüll

2005 importierte das Land NRW insgesamt rund 2,5 Millionen Tonnen Abfälle, weit mehr als jedes andere Bundesland. Dabei handelt es sich aber meist um Hausmüll aus benachbarten Staaten wie den Niederlanden. Solche Importe gingen in den letzten Jahren leicht zurück. Der Grund: Seit 2005 darf Hausmüll in Deutschland nur noch deponiert werden, wenn er vorher biologisch behandelt oder verbrannt wurde. Dadurch sind

die Verbrennungsanlagen in NRW mit Abfällen aus dem eigenen Landstärker ausgelastet. Sondermüll wird aber in anderen Anlagen verbrannt als Hausmüll und weiter hin häufig importiert. Zum Beispiel aus Staaten, denen die Technologie fehlt, um ihn fachgerecht zu entsorgen.

MÜLL IMPORTIEREN ODER TECHNOLOGIE EXPORTIEREN?

Mit fehlenden eigenen Anlagen begründet auch der australische Konzern"Orica" den Export der Abfälle. "Da frage ich mich, warum wir den Australiern nicht die passenden Technologie verkaufen, statt den Müll zuimportieren" sagt Johannes Remmel, umweltpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Düsseldorfer Landtag, auf Anfrage von WDR.de." Dann hätten wir später auch keine Probleme mit den kontaminierten Schlacken und Filterrückständen", so Remmel weiter. Außerdem habe er Sorge, ob die ausgewählten Anlagen wirklich geeignet seinen. Die Abfälle sollen in Herten im Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) verbrannt werden, in Leverkusen und Dormagen in Anlagen des Bayer-Konzerns. Besonders beim RZR Herten hat Remmel Bedenken. Diese teilt er mit dem Sprecher der Bundes für Umwelt und Naturschutz in NRW, Dirk Jansen. Für Jansen ist die Anlage in Herten eine "bessere Hausmüllverbrennungsanlage". Der Sprecher der AGR, Heinz Struszczynski, bezeichnet die Anlage dagegen als "modernste der Welt".

ANTRÄGE NOCH UNVOLLSTÄNDIG

Im Umweltausschuss erhofft sich Johannes Remmel am Mittwoch (17.01.07) eine Erklärung der Landesregierung zur Sicherheit der Anlagen. Am Montag (15.01.07) hatte eine Sprecherin des Umweltministeriums erklärt, die Bezirksregierungen würden über die Müllverbrennungen entscheiden und man sehe keinen Grund, an deren Einschätzung zu zweifeln. Doch bei den Bezirksregierungen liegen die Anträge bisher noch nicht vollständig vor. Die für Herten zuständigen Dezernenten aus Münster äußerten sich aber bereits positiv. Sie sähen weder beim Transport noch bei der Verbrennung Gefahren. "Die grundsätzliche Genehmigung für die Verbrennung solcher Stoffe liegen längst vor, dort verbrennt man häufig solche Abfälle", so der Münsteraner Dezernent Jost Brintrup im Gespräch mit WDR.de. Walter Stork von der Bezirksregierung Düsseldorf bestätigte ebenfalls, dass eine Verbrennung in Dormagen grundsätzlich möglich sei, man müsse aber erst die Ergebnisse von chemischen Analysen abwarten. Erst dann könne man beurteilen, ob und welche Mengen verbrannt werden dürften. So ist bisher unklar, ob wie geplant in den nächsten Wochen eine Entscheidung fällt und wann die Verbrennung tatsächlich beginnen soll. Ursprünglich sollte sie in diesem Frühjahr starten und bis 2008 dauern. Dazu der VIDEOBEITRAG

KEINE NOTIFIZIERUNG 12. 1. 07 MUNLV

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Datiert vom 12.Januar 2007, Eingegangen am 20.Januar 2007, AGR: Heiße Debatte um gefährliche Abfälle

HCB

Es ist festzustellen, dass eine Notifizierung nach dem Abfallverbringungsrecht für diesen Import bisher nicht vorliegt

Gescannte Abschrift, Auszug

Ihre mail-Nachricht vom 03.01.2007/
Telefonat mit Frau Carstens, MUNLV

Sehr geehrte ……..,

vielen Dank für die Übersendung der Pressemeldungen zu geplanten Abfallimporten aus Australien in die Sonderabfallverbrennungsanlage RZR in Herten.

Zur Genehmigung der Abfallimporte ist festzustellen, dass eine Notifizierung nach dem Abfallverbringungsrecht für diesen Import bisher nicht genehmigt worden ist.

Ein bei der hier zuständigen Bezirksregierung Münster vorgelegter Antrag der australischen Firma Orica wird derzeit entsprechend den gesetzlichen Vorgaben geprüft. Bestandteil des Antrages ist u. a. ein Vertrag zwischen dem Abfallerzeuger und dem Abfallentsorger. Ein solcher Vertrag wurde zwischen der AGR, deren Sonderabfallverbrennungsanlage für die Beseitigung von Abfällen wie dem HCB- Abfall aus Australien genehmigt ist, und der australischen Firma geschlossen. AGR hat darüber die Medien unterrichtet Der Einsatz der in Rede stehenden Abfälle aus Australien in den Industriemüllverbrennungslinien des RZR Herten ist genehmigungsrechtlich zulässig. Die entsprechenden Abfallschlüsselnummern sind zugelassen.

Kopie des Originals liegt Pro-Herten vor 21.01.07

AUSTRALISCHER GIFTMÜLL SOLL "BEIM NACHBARN" BAYER VERBRANNT WERDEN. Heide Bote 19.01.07

Die Quote für Dormagen: 2.000 t Hexachlorbenzol-haltige Abfälle, für Leverkusen 3.600 t Dormagen. Hexachlorbenzol steht in starkem Verdacht, erbgutverändernd und krebserzeugend zu wirken. Insgesamt

sollen 22.000 t hochtoxischen Giftmülls nach Deutschland geliefert werden. 5.600 t davon nach NRW. "Kein Mensch will das", sagte der CDU-Umweltminister Uhlenberg in der Sitzung des Umweltausschusses des Düsseldorfer Landtages bedauernd. Aber leider gebe es keine genehmigungsrechtliche Handhabe, das Geschäft noch zu verhindern. "Mit diesem schwachen Statement können wir uns nicht abfinden", erklärt die Dormagener Agenda 21, die vor wenigen Monaten gemeinsam mit der Stadt Dormagen Partnerschaftsschilder "Mitglied im Klimabündnis" aufgestellt hatte. "Wir fordern einen unverzüglichen Stopp durch die Bezirksregierung noch bevor der Giftmüll-Transport aus dem 16.000 km entfernten Australien in Gang gesetzt wird. Und wir bitten unseren gewählten CDU Landtagsabgeordneten jetzt initiativ zu werden. 'Bayer forscht für Umweltschutz' lautete einmal das Motto des Nachbarn. Es war optisch ergänzt mit einem saftig grünen Blatt. Verdammt lang her ..."

Umweltverbände laufen Sturm gegen ein solches "Rechtsgeschäft". Der Chemie-Konzern Orica nahe Sidney war am Widerstand der einheimischen Bevölkerung gescheitert. Sie hatte sich gegen eine Verbrennungsanlage in Australien vehement erfolgreich gewehrt. "Dort, wo es Widerstand gibt, werden wir nicht hingehen" erklärte Orica. Da bot sich Deutschland als Ort der "Entsorgung" an: Zwar ist Hexachlorbenzol (HCB) in Deutschland bereits seit 1981 nicht mehr zugelassen, aber offenbar sind die hiesigen Bayer-Verbrennungsanlagen, deren dringende Kapazitätserweiterung vor Jahren im Eilverfahren durch den Dormagener Stadtrat gereicht wurden, nun doch nicht ausgelastet. Vielleicht ergibt sich da die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Zugewinns? 1200 Grad Cel. sind gesetzlich vorgeschrieben, aber bei 900 Grad Cel. scheint die Verbrennung üblicherweise auch zu funktionieren?

Wird wirklich alles rückstandsfrei verbrannt? Wer ist als haftende Person dafür verantwortlich?"Dreckige Umwelt macht krank - bessere Luftreung könnte europäische Sozialkassen jährlich um 42 Milliarden Euro entlasten" war eine andere Schlagzeile vom Vortag, wobei aus dem offiziellen Umweltbericht zitiert wurde. "Chronische Erkrankungen wie Neurodermitis, Allergien und Asthma sind auf dem Vormarsch". Lassen sich etwa die e beider Meldungen miteinander in Verbindung bringen? Und wer übernimmt die Kosten für die Medikamente, die von den erkrankten Menschen benötigt werden? Manfred Puchelt, Dormagener Agenda

---

Neues Deutschland

Druckausgabe eines Artikels, 22.01.07

GIFTMÜLLTOURISMUS NACH DEUTSCHLAND (NEUES DEUTSCHLAND)

Kritik an Plänen, australischen Industrieabfälle in Nordrhein-Westfalen zu verbrennen Von Jochen Bülow

Rund 22 000 Tonnen hochgiftiger Industrieabfälle aus Australien sollen ab Mitte des Jahres in Herten (Nordrhein-Westfalen) verbrannt werden. Bürger, Umweltverbände und Politiker kritisieren den »Mülltourismus«. Die Landesregierung gibt sich machtlos.»Diese Art von Mülltourismus gehört abgeschafft.« Mit diesen Worten in einer Sonderfragestunde des Umweltausschusses im Landtag von Nordrhein-Westfalen, reiht sich Umweltminister Eckhard Uhlenberg(CDU) ganz vorne bei den Kritikern ein. Der Haken: Laut Uhlenberg hat die Landesregierung keine Handhabe gegen den Transport von bis zu 22 000 Tonnen mit hochgiftigem Hexachlorbenzol (HCB)verseuchten Stoffen in verschiedene Müllverbrennungsanlagen des Landes. Genehmigungsbehörden seien die Bezirksregierungen und diese seien an EU-Recht gebunden. Eine Argumentation, die Philipp Mimkes von der »Coordination gegen Bayergefahren« erbost: »Wenn der Minister tatsächlich unserer Meinung ist, dann soll er den Transport untersagen und die Firmen auf den Klageweg verweisen. Dann würde man sehen, ob sie wirklich im Recht sind – ich glaube das nicht.

Unabhängig von juristischen Bewertungen stimmt an dem geplanten Transport des hochgiftigen Stoffes,der zum »dreckigen Dutzend« der gefährlichsten Chemikalien überhaupt gehört, einiges nachdenklich: Das HCB entstand in Australien nicht etwa bei der Produktion von Babywindeln – sondern bei der Sprengstoffproduktion, berichtet die Coordination. Der Transport über 16 000 Kilometer schaffe »unkalkulierbare Risiken – ebenfalls eine Bewertung, der sich Umweltminister Uhlenberg anschloss. Und schließlich, so der »Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Coordination in einergemeinsamen Erklärung, müsse solch gefährlicher Müll grundsätzlich dort vernichtet werden, wo er entstehe – dies sei in internationalen Vereinbarungen auch so festgelegt. Allerdings gibt es auch hier wieder einen Haken: Australien verfügt nämlich nicht über entsprechende Anlagen – ein Grund für den grünen Landtagsabgeordneten Johannes Remmel, der Landesregierung nahezulegen, lieber deutsche Technologie nach Australien zu verkaufen, als den dort entstehenden Giftmüll hier zu verbrennen. Kritik findet auch die Tatsache, dass offenbar die drei vorgesehenen Verbrennungsanlagen unterschiedlich hohe Standards erfüllen: Zwei Bayer-Anlagen seien sehr viel schadstoffärmer als die ebenfalls vorgesehene Verbrennungsanlage in Herten. . « Die deutschen Umweltschützer wehren sich übrigens gegen den Vorwurf, eigentlich seien es ihre australischen Mitstreiter gewesen, die den weiten Transport erforderlich gemacht hätten: »Natürlich haben australische Umweltschützer die geplante Verbrennung vor Ort verhindert – weil eben auch in Australien niemand so eine Anlage vor der Tür haben möchte. Sie haben aber gleichzeitig andere Techniken vorgeschlagen, die weniger Schadstoffe entstehen lassen und haben natürlich die Vernichtung vor Ort gefordert«, schildert Philipp Mimkes den Standpunkt des australischen »National Toxics Network«. In jedem Fall, so Mimkes weiter, müsse verhindert werden, dass NRW zum internationalen »Chemikalien-Klo« werde: »Hier sind hunderte Firmen in der Giftmülltransport-Branche tätig, zehntausende Tonnen werden jedes Jahr schon jetzt impor-

tiert. Aber die finanziellen Interessen der Betreiber von Müllverbrennungsanlagen dürfen nicht höher bewertet werden als die Gesundheitsinteressen der betroffenen Bevölkerung. « Jetzt bestehe noch die Chance, den Transport zu verhindern: »Entgegen der Aussagen der australischen Firma Orica ist bisher noch keine Genehmigung zum Export, zum Transport oder zur Einfuhr nach Deutschland erteilt worden. «

»Orica-Produkte und Dienstleistungen beeinflussen das moderne Leben auf vielerlei Art und Weise, heißt es auf der Internetseite des Minen- und Chemiekonzerns. Mimkes befürchtet, dass dies auch die Menschen in NRW zu spüren bekommen könnten.

„AGR HAT VIEL VERTRAUEN VERSPIELT" H.A. VOM 22. JANUAR 2007

Australischer Giftmüll-Transport ins RZR beschäftigt den Umweltausschuss / Kritik an Abfall-Tourismus

VON GREGOR SPOHR

HERTEN. „Wir wollen nicht der Misthaufen der Welt sein", tönt es erregt von der Zuhörertribüne. Unten im Saal diskutiert der Umweltausschuss ein Thema, das die Menschen auf die Palme bringt: die geplante Verbrennung von 5000 Tonnen HCB Giftmüll (Hexachlorbenzol) aus Australien.

Zum ersten Mal wird das Thema öffentlich diskutiert. Von der Stadtverwaltung dazu eingeladen: Vertreter der Bezirksregierung Münster - sie ist für die Genehmigung zuständig - und der Abfallentsorgungs- Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR).

Das Ziel: Information und Beantwortung von Fragen der Bürger und der Politiker. Die Zuhörer: Sie dürfen nur Fragen stellen, nutzen aber die Gelegenheit, sich Luft zu machen. Tenor: Wir haben Angst, vergiftet zu werden. Wir wollen den Müll nicht. Den sollen die Australier selbst beseitigen.

DIE BEZIRKSREGIERUNG:

Wolfgang Feldmann ist in Herten kein Unbekannter. Er war Chef des Staatlichen Umweltamtes an der Gartenstraße, ist jetzt Hauptdezernent bei der Bezirksregierung Münster, die die Genehmigung für die Verbrennung erteilen muss. Er macht klar: Der Antrag liegt seit Anfang Dezember 2006 auf dem Tisch, das Verfahren läuft noch.

Wichtige Unterlagen liegen noch nicht vor: die Einwilligung der australischen Umweltbehörde und die Zustimmung aus Südafrika zum Tank-Stopp der vier Frachter, die den Abfall - insgesamt 22000 Tonnen für vier deutsche Verbrennungsanlagen -nach Brunsbüttel bringen sollen. Und er macht auch klar: Das RZR gehört zu den besten Anlagen der Welt, arbeitet mit bester Technik, wird permanent überwacht und erfüllt alle Voraussetzungen. „Die Frage, warum man diesen Abfall um die halbe Welt transportiert, ist eine politische Frage." Sie spiele bei der Beurteilung keine Rolle.

DIE BETREIBER:

Dr. Thorsten Zisowski ist bei der AGR Chef der Entsorgungswirtschaft. Er sagt: Wir sind Dienstleister, müssen sehen, dass die Anlage ausgelastet ist, haben auch in der Vergangenheit „in nicht unbeträchtlicher Menge" HCB- Abfall - vor allem Altlasten aus den neuen Bundesländern - verbrannt.

Die zwei Industriemüll-Linien des RZR waren laut Zisowski im letzten Jahr ausgelastet (60000 Tonnen), für dieses Jahr erst zu gut 50 Prozent. Rund ein Viertel des Mülls kommt aus dem benachbarten Ausland. Der Abfall aus Australien beet HCB in einer Konzentration von 5-25 Prozent, ist in Fässern verpackt und die wieder in Seecontainern. „Zehn bis 15 Lkw pro Monat rollen dann zum RZR." Bei der Verbrennung werde

man höchstens fünf Prozent dem „Menü" beimengen. „Mehrbelastung? Keine!" Und: „Es gab in 15 Jahren keinen Störfall."

DIE POLITIKER:

Sie unterscheiden sich in der Wortwahl und im Temperament, sind sich in einem Punkt aber einig: Das RZR mag geeignet sein, der Transport über 16000 Seemeilen von Australien nach Deutschland aber ist „umweltpolitisch unverantwortlich" (CDU-Sprecher Theodor Kösters). „Das ist die schäbige Seite der Globalisierung", meint SPD-Fraktionschef Carsten Locker und fordert ebenso wie Dieter Kullik (Grüne), Borsu Alinaghi (UBP), Ralf Effenberg (UWG), Theodor Kösters (CDU) und andere, dass der Abfall da entsorgt werden soll, wo er produziert worden ist: in Australien. Herbert Beste (Naturschutzbund Herten): „Dieser Giftmülltransport muss unbedingt gestoppt werden."

Heftige Kritik wird auch an der Informationspolitik der AGR geübt. Carsten Locker: „Die AGR hat viel Vertrauen verspielt."

Mehr Informationen:

Am Dienstag, 6. Februar, gibt es um 20 Uhr eine Informationsveranstaltung im Glashaus, zu der die Evangelische Kirchengemeinde Herten, Pro Herten und die Stadtverwaltung einladen. Neben Bezirksregierung und AGR werden weitere Gäste erwartet, darunter die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Bärbel Höhn (Abfallbeirat).

IM BLICKPUNKT Region

GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN IST IN HERTEN UNERWÜNSCHT H.A. VOM 22. JANUAR 2007

RZR geeignet - aber der Mülltourismus wird von Politikern abgelehnt

VON GREGOR SPOHR

HERTEN. Die geplante Verbrennung von 5 000 Tonnen Giftmüll aus Australien im RZR Herten stößt auf breite Ablehnung. Die Politiker im Umweltausschuss der Stadt machten gestern Abend klar: Die Anlage mag geeignet sein. Aber der Mülltourismus um die halbe Erdkugel ist umweltpolitisch unverantwortlich.

Mehr als 70 Bürgerinnen und Bürger verfolgen von der Tribüne des großen Rathaus-Saals aus die Sitzung des Hertener Umweltausschusses.

„Australien ist gefordert, diesen Müll auf dem eigenen Territorium zu entsorgen", forderten SPD-Fraktionschef Carsten Locker und die Sprecher der anderen Fraktionen unter dem Beifall von gut 70 Zuhörerinnen und Zuhörern auf der Tribüne des Rathaussaals.

Auftanken steht noch aus. Feldmann machte aber auch klar: Das RZR ist bestens geeignet, verfügt über eine Super-Technik und kann den australischen HCB- Abfall (Hexachlorbenzol) entsorgen.

Für die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) erklärte Dr. Thorsten Zisowski, in der Hertener Anlage sei HCB- Abfall „in nicht unbeträchtlicher Menge" bereits in den letzten Jahren verbrannt worden - vor allem Altlasten aus den neuen Bundesländern.

Im letzten Jahr waren die zwei Industriemüll- Linien des RZR (60 000 Jahrestonnen) laut Zisowski ausgelastet, in diesem Jahr bisher „gut zur Hälfte". Da kommt der Australien- Müll gerade recht.

Zuvor hatte Wolf gang Feldmann, als Hauptdezernent der Bezirksregierung Münster mit der Genehmigung befasst, bestätigt: Es gibt noch keine Genehmigung, da die Zustimmung des australischen Umweltministeriums noch nicht vorliegt. Auch die Zustimmung der Südafrikaner für einen Zwischenstopp der vier Giftmüll-Frachter zum Auftanken steht noch aus. Feldmann machte aber auch klar: Das RZR ist bestens geeignet, verfügt über eine Super-Technik und kann den australischen HCB-Abfall (Hexachlorbenzol) entsorgen.

Für die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) erklärte Dr. Thorsten Zisowski, in der Hertener Anlage sei HCB- Abfall „in nicht unbeträchtlicher Menge" bereits in den letzten Jahren verbrannt worden - vor allem Altlasten aus den neuen Bundesländern.

Im letzten Jahr waren die zwei Industriemüll- Linien des RZR (60 000 Jahrestonnen) laut Zisowski ausgelastet, in diesem Jahr bisher „gut zur Hälfte". Da kommt der Australien- Müll gerade recht

---

DAZU LESERMEINUNGEN MANFRED POSTEL „ Imageschaden für die Region "
Von: Manfred Postel,
Fraktionsvorsitzender der FWI-Ratsfraktion in Castrop-Rauxel
Betr: Berichterstattung zum Thema Sondermüllverbrennung im RZR Herten

Der Imageschaden für die Region und insbesondere für den Kreis Recklinghausen ist immens. Die öffentliche Firma AGR als Tochterfirma des Regionalverbandes Ruhr, die sich ursprünglich nur um den Müll der Bürger vor Ort kümmern sollte, fördert den Mülltourismus jetzt nicht nur bundesweit, sondern weltweit: Um jeden lukrativen Auftrag zu erhaschen und die Anlage auszulasten, sind den Verantwortlichen – der Aufsichtsrat ist politisch besetzt auch mit Mitgliedern des Kreises RE -alle Mittel recht. Sowohl der Transport über 16 000 km per Schiff und Bahn als auch die Verbrennung und die Endlagerung der Verbrennungsrückstände in Herten bergen enorme Risiken: „HCB gehört zum dreckigen Dutzend der Ultra-Gifte, bei dessen Verbrennung giftige Dioxine freigesetzt werden, wenn nicht genügend Hitze erzeugt wird", sagte der BUND-Sprecher Jansen in einem Interview. Dass NRW zum Klo für weltweiten Sondermüll wird, empfindet er als skandalös. Derartige und weitere bundesweite Berichterstattungen in allen Medien richten einen schweren Imageschaden in den Kommunen des Kreises an. Für die FWI, die vor 15 Jahren den Bau der geplanten Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Edelhoff in Castrop- Rauxel massiv bekämpfte und verhindert hat, ist es nach wie vor nicht hinnehmbar, dass unser dicht besiedelter Kreis Ziel weltweiter Giftmülltransporte wird, denn in der Abgasfahne des AGR- Giftmüllverbrennungsofens liegen auch Castrop-Rauxel und weitere Kreisstädte.

Den Strukturwandel unter dem Motto „vom Kohlenpott zum Müllpott" vorantreiben zu wollen, ist der falsche Weg, wenn andererseits Hochglanzbroschüren der Wirtschaftsförderungsämter zu Aktivitäten und Förderungen z. B. im Bereich der Gesundheitswirtschaft auf Messen und Veranstaltungen verteilt werden. Die Bürgermeister und Räte des Kreises unter Federführung des Landrates sollten schleunigst einschreiten, um weiteren Schaden für die Städte des Kreises und deren Bürger zu vermeiden.

Wo bleiben unsere Politiker?
Von: ERWIN HUSSE, Recklinghausen
Betr: Giftmüllverbrennung im RZR Herten

Es ist für mich nicht erstaunlich, dass jetzt nach der Berichterstattung in Ihrer Zeitung über diese unglaubliche Handlung in der Bevölkerung Widerstand aufkommt - ist doch ihr Lebensraum in Gefahr. Da dieses auch die Nutznießer dieser Giftmüllverbrennung festgestellt haben, möchten sie jetzt noch schnell die hierzu benötigten Verträge abschließen und Genehmigungen einholen, bevor die Bürger auf die Straße gehen! Im-

mer wieder wird beteuert, wie ungefährlich die Verbrennung ist, da man schon ähnliche Gifte verbrannt hat. Wie will man aber wissen, wie viele Gesundheitsschäden die Bevölkerung schon erlitten hat?

Die Erinnerung an die große Katastrophe von Tschernobyl ist noch frisch, wo es ungezählte Tote und Missgeburten gab und Landstriche bis jetzt noch unbewohnbar sind. Auch die Menschen, die dort gewohnt haben, glaubten der Zusicherung, ihr Atomkraftwerk sei sicher- bis zu ihrem Tod. Noch heute sterben Menschen an den Auswirkungen. Sogar Bayern hat noch etwas davon abbekommen; und Spuren davon sind noch vorhanden! Das heißt, bei einem Betriebsunfall in der Verbrennungsanlage kann keiner sagen, in welchem Umkreis man gefährdet ist. Wo bleiben hier unsere Politiker, vom Volk - ihrem Arbeitgeber - gewählt, um ihren bei der Vereidigung geleisteten Eid zu erfüllen? Auszug: „Dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm abwenden." Mit dem Einsatz einer großen Menschenmenge und dem Aufschrei „Wir sind das Volk" ist schon einmal ein großes Wunder geschehen!

Dazu die Meldung

GIFTIGES GAS STRÖMT AUS GÜTERZUG,ZDF-HEUTE: 23.01.2007

Güterzugunglück in Schleswig-Holstein – Waggons enthielten giftige Chemikalien

Bei einem Güterzugunglück nördlich von Hamburg sind am Dienstag giftige Chemikalien ausgetreten. Nach Angaben der Bundespolizei bestand aber keine Gefahr für die Bevölkerung. Die Unfallstelle mit 11 entgleisten Waggons liegt mehrere hundert Meter von der nächsten Ortschaft entfernt. Durch den Unfall traten giftiges und ätzendes Chloressiggas und der feste Stoff Natriumcarbonat-Peroxyhydrat aus. Der Lokführer blieb nach Angaben der Bundespolizei unverletzt.

FDP VERTEIDIGT DAS GESCHÄFT MIT DEM GIFTMÜLL, KSTA 24.01.07

Pressespiegel Quelle: Kölner Stadtanzeiger vom 24.01.07

Die FDP wird der Resolution gegen den Transport nach und die Verbrennung von australischem Giftmüll bei Bayer nicht mittragen: Fraktionschefin Hiltrud Meier-Engelen verteidigte das Geschäft mit dem Abfall, der mit dem verbotenen Hexachlorbenzol (HCB) belastet ist. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung - Bayer behandelt rund 4500 der 22 000 Tonnen HCB-Müll vor allem in seiner Bürriger Sondermüllverbrennungsanlage - „gibt es auch eine Moral: „Wo waren die Proteste gegen die Abfuhr verseuchter Erde aus »Tillmanns Loch« nach Holland“, fragt Meier- Engelen. Auch gegen den Transport deutschen Atommülls nach Frankreich protestiere niemand - „die werden erst aufgenommen, wenn uns die Reste des Mülls wieder ins Land gebracht werden“, schreibt die FDP-Frau unter Bezug auf die Proteste am Zwischenlager Gorleben. „Uns Deutschen steht es wohl kaum an, die Australier zu verurteilen, weil sie eine eigene Entsorgungseinrichtung verweigern“, folgert Meier-Engelen. Zumal sei es besser, den HCB-Müll in Deutschland „sicher zu vernichten“, als die Fässer „unversorgt in der Weltgeschichte herumgeistern“ zu lassen. (tk)

[Anmerkung Pro-Herten:Hiltrud Meier-Engelen geboren am 23. Juni 1940 in Solingen Studium der Mathematik, Physik und Philosophie in Tübingen und Bonn Oberstudiendirektorin a. D.,ehemalige Leiterin des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums in Leverkusen verheiratet drei erwachsene Kinder, zwei Enkelkinder für die FDP im Rat der Stadt Leverkusen, Fraktionsvorsitzende] Bildquelle eigene Homepage

SPD – ERST PRO (24.1.) DANN KONTRA (22.01) WAS KOMMT MORGEN

PRESSEINFORMATION HERTEN, 22. JANUAR 2007

Kein Zweifel an sicherer und ordnungsgemäßer Verbrennung SPD Herten-Mitte/Süd nimmt Stellung zur aktuellen Sondermüll-Diskussion „Das RZR im Hertener Süden erfüllt alle gesetzlichen Vorschriften und gehört wahrscheinlich zu den saubersten Anlagen auf der Welt, was wir dem unermüdlichen Einsatz der bundesweiten Bürgerinitiativen und der Politik zu verdanken haben.“ Der Ortsverein bezog jedoch auch ganz klare Stellung zur weltweiten Müllproblematik und kritisierte die gängige Praxis vieler Unternehmen, die mit ihren giftigen Firmenabfällen die Umwelt verschmutzen.

„Selbstverständlich ist es besser, den Industriemüll aus Australien kontrolliert in Herten zu verbrennen, als dass er im Pazifik verklappt oder irgendwo vergraben wird und damit nachhaltigere Konsequenzen drohen“, so Bugzel weiter. Die geplante Verbrennung von 5.000 Tonnen mit Hexachlorbenzol belasteten Sondermüll wird den Ortsverein auch weiterhin beschäftigen. Auf Einladung von Hans Moll werden die Mitglieder die RZR-Anlage in Herten- Süd besuchen.

SPD ZUM 1. SPD - MÜLLTOURISMUS LEHNEN WIR AB HERTEN, 24. JANUAR 2007

Quelle: http://www.hertenerspd.de/.net/QVPGVTPGCYPPTTKZGGCKGCP/meldungen/12000/41266.html Das, meine Damen und Herren, ist aber noch nicht klar für uns! Bis jetzt haben wir eine Reihe von selbsternannten „Experten“ gehört, bzw. gelesen, die sich in öffentlichen Stellungnahmen und Leserbriefen verbreiten und die eine Sachaufklärung vielleicht gar nicht wollen. Wie anders ist es zu erklären, dass der Vorschlag unseres Stadtplaners Wolfgang Seidel, die Fachleute der Bezirksregierung Münster nach Herten einzuladen, rundweg abgelehnt wurde?!

Für uns, für die SPD im Rat der Stadt, zählt das Votum der anerkannten Fachleute.

Wir haben heute auch die Vertreter der AGR zu Gast. Auch sie, oder besser: ganz besonders sie als Betreiber des RZR, stehen in der Pflicht einer frühen, rückhaltlosen Information der Bevölkerung und der Hertener Politik. Das ist ihnen bisher nicht gut gelungen, obwohl ich anerkennen will, dass man sich bei der AGR mehr Mühe als vor einigen Jahren gemacht hat.

Zu Zeiten der Thermoselect-Planung musste man den Verantwortlichen alle Informationen aus der Nase ziehen. Heute wird in der hauseigenen Zeitschrift „Blickkontakt“ zwar über das Vorhaben informiert. Was aber versäumt wurde, ist eine vernünftige Einbindung der Stadtverwaltung und des Rates.

Mit dem bisherigen Vorgehen hat die AGR viel Vertrauen verspielt und Porzellan zerschlagen.

Es wird Kraft und Zeit kosten, dies zu kitten. Deswegen treten wir auch mit Entschiedenheit für eine Podiumsdiskussion mit allen Beteiligten ein. Damit sollten wir nicht zu lange warten.

Spätestens Anfang Februar kann sie stattfinden. Sie sehen, dass wir Hertener Politiker in der Verantwortung stehen, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zu erklären, was in den Hertener Industrieanlagen passiert. Und wir stehen in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass von diesen Anlagen keine Gesundheitsgefahren ausgehen!

Eines will ich aber auch deutlich machen: wir können nicht bei jeder Diskussion ums RZR seine Daseinsberechtigung grundsätzlich in Frage stellen. Unsere Vorgänger haben diese Anlage planungsrechtlich möglich gemacht. Sie befindet sich auf dem höchsten Stand der Technik – nicht zuletzt wegen der öffentlichen Diskussionen um mögliche Umweltbelastungen! Das RZR und die anderen AGR-Betriebe stellen in Herten über 600 Arbeitsplätze, das sollten wir auch nicht vergessen. Und schließlich wird dort Müll entsorgt, der

durch unsere hochzivilisierte Lebensweise entstanden ist. Es ist unglaubwürdig, Treibhauseffekte zu beklagen und selbst Auto zu fahren und jeden Urlaub mit dem Billigflieger zu machen! Also lassen Sie uns über die konkrete Sache reden, den Giftmülltransport und die Verbrennung. Hier muss klar sein: Sicherheit geht vor!

Das gilt für Transport und Verbrennung! Auch wir sind nicht glücklich darüber, dass giftige Abfälle um die halbe Welt geschippert werden, um hier entsorgt zu werden. Das ist Mülltourismus. Und gegen Mülltourismus haben wir uns immer gewehrt und den lehnen wir ab.

Natürlich wird durch diese Nachfrage aus Australien aber auch eines testiert: In Herten steht eine der weltweit besten und sichersten Anlagen für die Entsorgung problematischer Abfälle.

Wir dürfen nicht vergessen: auch Mülltourismus ist eine Seite der Globalisierung: wir verkaufen deutsche Autos und andere Produkte nach Australien und importieren australische Produkte nach Deutschland. Was die AGR hier tut, ist im Grunde ein Dienstleistungsexport.

Aber keiner kann glücklich damit sein, wenn irgendwelches Giftzeug 16.000 km zurücklegt, bis es sicher entsorgt werden kann. Hier ist, gestatten Sie mir diese Randbemerkung, Australien gefordert, als Land von enormer Größe und hoher Industrialisierung auf dem eigenen Territorium Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen. Offensichtlich handelt die AGR aber im Rahmen geltender Gesetze, wenn sie ein solches Geschäft abschließt. Und wir wollen jetzt wissen:

- Ist dieses Geschäft genehmigungsfähig?
- Ist der Transport so sicher zu gestalten, dass die
- Bevölkerung nicht gefährdet wird?
- Ist das RZR für diese Abfallarten geeignet?
- Werden die Höchstgrenzen bei den Emissionen eingehalten?

Ich hoffe, wir bekommen heute ausreichende Antworten auf diese Fragen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, werden wir nicht locker lassen und weiter fragen Und wenn wir zu dem Schluss kommen, was die AGR vorhat, ist nicht sicher, dann werden wir uns auch dagegen stellen.

Der AGR möchte allerdings noch folgende Überlegung mit auf den Weg geben: Ein Wirtschaftsunternehmen hat langfristig nur dann eine gesicherte Zukunft, wenn neben der fachlichen Akzeptanz auch eine Akzeptanz durch die Menschen vor Ort steht. Vielen Dank!

UNMUT ÜBER GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN WAZ-HERNE 24.01.2007

Hernes Politik klagt über RZR-Verbrennung. Dass in der Hertener Müllverbrennungsanlage RZR künftig 5 000 Tonnen giftiger Sondermüll aus Australien verbrannt werden soll (die WAZ berichtete überregional), erzeugt auch in Herne einigen Unmut.

Gestern machten Mitglieder des Umweltausschusses ihrem Ärger über befürchtete Umweltgefahren Luft - doch ihre Einwände werden kein Gehör finden. "Wir sind am Verfahren nicht beteiligt", sagte ein hörbar zerknirschter Dezernent Jan Terhoeven.

Die CDU hatte für die Ausschusssitzung gestern einen Fragenkatalog formuliert, den die Verwaltung sich vom Betreiber AGR und der Bezirksregierung Münster hatte beantworten lassen. Wahrlich Erhellendes kam dabei nicht heraus. Das RZR reklamiert für sich, eine Anlage zu betreiben, die als "Referenzobjekt der deut-

schen Umwelttechnologie" ohne Wenn und Aber in der Lage sei, das giftige Hexachlorbenzol ohne nennenswerte Umweltbeeinträchtigungen zu verbrennen.

Ratspolitiker von CDU, Grünen und SPD äußerten ihr Unbehagen. Weil Herne aber im Genehmigungsverfahren nicht Gehör finde, so Terhoeven, sei man darauf angewiesen, "wie viel die AGR bereit ist, zur Beruhigung der Bürger beizutragen". Einen Tipp für informationsbedürftige Bürger hat Hiltrud Buddemeier (BUND): Am Dienstag, 6. Februar, veranstaltet die Bürger-Initiative "Pro Herten" eine Podiumsdiskussion zum Thema (20 Uhr, Glashaus Herten, Hermannstraße). sto www.pro-herten.de 24.01.2007

BÜRGER EMPÖRT ÜBER „GIFT-MAFIA"STADT SPIEGEL- HERTEN, 25.1.07

Viele Fragen zum RZR bei Ausschusssitzung im Rathaus

Das Schild „Gift-Mafia" prangte bei der Ausschusssitzung von der Zuschauertribüne im großen Sitzungssaal des Rathauses. Die Stimmung ist geladen, denn schließlich geht es um ein hoch brisantes Thema: den australischen HCB- Müll, der im Hertener Rohstoff-Rückgewinnungs-Zentrum (RZR) verbrannt werden soll.

Endlich konnten die Bürger bei den Verantwortlichen ihre Wut, Ängste und Sorgen loswerden. Denn ein Vertreter der Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde und Vertreter des RZR-Betreibers waren erschienen, um Rede und Antwort zu stehen. Dabei rückte AGR-Entsorgungschef Zisowski nach über zweistündigem Fragemarathon mit einer sensationellen Aussage heraus

HCB im RZR schon verbrannt

AGR-Entsorgungschef Zisowski gibt Giftmülltransporte in Hertener Anlage zu

„Spielt es keine Rolle, was die Bevölkerung zum Giftmülltransport denkt? Wir brauchen Zukunft für unsere Kinder!" Christoph Wiegenstein ist einer der empörten Hertener Bürger, die auf der Zuschauertribüne im großen Ratssaal seine Wut über die geplanten HCB-Transporte ins RZR Luft macht. Die Stadt hatte Vertreter der Bezirksregierung und des Betreibers AGR eingeladen, um sich informieren zu lassen.

Wolfgang Feldmann von der Genehmigungsbehörde bemühte sich, die Bürger zu beruhigen: „Ich mache keine Reklame für die Anlage, ich bin Behördenvertreter. Aber das RZR hat die beste Filtertechnik der Welt. Genehmigt ist sie für die Verbrennung von 90 000 Tonnen Industriemüll im Jahr. Die Verbrennungstemperatur ist nicht entscheidend, sondern das was hinten herauskommt. Wir haben das in Versuchen ermittelt, dass 1000 oder 1200 Grad keine Rolle spielen." Immer wieder wird er von der Bürgern auf der Tribüne unterbrochen, die eine einen Export der Filtertechnik nach Australien fordern. „Wir wollen den Giftdreck hier nicht!" ist der Tenor.

Von der Genehmigungsseite her ist nichts gegen die Verbrennung einzuwenden, so Feldmann, das RZR sei geeignet. „Allerdings sind noch viele Unterlagen beizubringen, muss die australische Regierung nachweisen, dass sie im Land keine geeignete Verbrennungsanlage besitzt - das wäre ein Hinderungsgrund", so Feldmann.

AGR-Entsorgungschef Dr. Thorsten Zisowski sagte, dass ab April im RZR verbrannt werden solle.

Er wies daraufhin, dass es bisher keinen Störfall gemäß der Verordnung gegeben hätte. Nach erbitterten Nachfragen gab Zisowski zu, das HCB, das in Lacken enthalten ist, bereist mehrfach in der Anlage verbrannt wurde. Über die Menge schwieg er sich aus.

SPD Chef Locker kritisierte die Informationspolitik der AGR und will bei der Landesregierung erreichen, dass der Mülltourismus in Zukunft verhindert wird.

Borsu Alinaghi forderte BM-Paetzel auf, die HCB-Verbrennung aufzugeben: „Sie werden am Widerstand der Bürger scheitern. Wir haben schon 2000 Unterschriften gesammelt!"

Thomas Panagiotidis, als sachkundiger Bürger im Ausschuss: „Wir wollen ihren billigeren Strom und ihre Fernwärme nicht, wenn dies nur durch den Giftmüll erreicht wird."

Theodor Kösters (CDU) verwies auf die Podiumsdiskussion am 6. Februar um 20 Uhr im Glashaus. Da könne man über alles reden.

KREBSERKRANKUNGEN, KEINE VERBINDUNG ERKENNBAR WAZ-VEST 25. JANUAR 2007

Kreisgesundheitsamt: Studien aus den Jahren 1994 und 2003 sind keine „Kronzeugen".

Eine Häufung von Krebserkrankungen im RZR-Umfeld sei nicht festzustellen**.** Im Zusammenhang mit der Diskussion um die geplante Verbrennung von australischem Giftmüll im Rohstoff-Rückgewinnungszentrum (RZR) Herten erinnert das Kreisgesundheitsamt an Studien aus den Jahren 1994 und 2003. Die Gutachten seien ungenau und ließen keinen Rückschluss auf Zusammenhänge zwischen Krebserkrankungen und dem RZR zu.

„Wer aus der Nähe zum RZR Herten eine erhöhte Krebssterblichkeit schlussfolgert, macht es sich zu einfach", weist das Kreisgesundheitsamt Aussagen zurück, dass es ei-

nen direkten Zusammenhang gebe. Der Amtsarzt, der 1994 eine Krebsstudie in Auftrag gegeben hatte, wies darauf hin, dass die Untersuchung einen solchen Nachweis nicht erbracht habe.

Gesundheitsdezernent Dr. Bernhard Haardt: „Es wurde in einigen angrenzenden Stadtteilen Recklinghausens und Hertens eine bis zu 15 Prozent höhere Krebssterblichkeit zum Kreisdurchschnitt festgestellt, doch handelte es sich um Rohdaten, die demografische Einflussfaktoren nicht berücksichtigten." Faktoren wie Berufsanamnese, Rauch-, Trink- und Ernährungsgewohnheiten seien in die Studie nicht eingegangen. „Schon unter Berücksichtigung der vorliegenden Altersstruktur", sagt Haardt, „konnte kein statistisch signifikanter Unterschied mehr festgestellt werden." Die Studie tauge deshalb nicht als „Kronzeuge" für die Aussage, dass von der Industrieanlage eine erhöhte Gefahr ausgehe, an einer Krebserkrankung zu sterben.

Eine weitere im Jahr 2003 vorgelegte Studie des Epidemiologischen Krebsregisters Münster kommt für dasselbe Untersuchungsgebiet zu dem Ergebnis, dass sich kein Anhalt ergibt für eine Häufung von Krebserkrankungen. Die Ergebnisse der durchgeführten Analyse weisen eher auf ein vergleichsweise geringeres Erkrankungsgeschehen hin.

Der Bericht macht jedoch darauf aufmerksam, dass eine gewisse Untererfassung infolge der Konsultation von Behandlungseinrichtungen in den großen Ruhrgebietsstädten nicht ausgeschlossen ist.

AGR WILL DEN UMZUG NACH HERTEN VERSCHIEBEN, HA. V. 24.01.07

Herten - Die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) will den für Anfang 2008 geplanten Umzug von Essen nach Herten verschieben. Das wird die Geschäftsführung am Freitag dem AGR-Aufsichtsrat vorschlagen.

In direkter Nachbarschaft zum RZR-Verwaltungsgebäude in Herten-Süd soll ein neuer Bürotrakt mit einer Nutzfläche von rund 4 500 Quadratmetern entstehen.

Hertens Bürgermeister Dr. Uli Paetzel hat die fünf Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen Parteien schriftlich über diese Entwicklung informiert. Unter dem Hinweis auf die vereinbarte Vertraulichkeit lehnte Paetzel auf Anfrage der Hertener Allgemeinen eine Stellungnahme dazu ab.

In dem Brief, der der Redaktion vorliegt, wird das Problem deutlich: Die Pläne der AGR sehen vor, dass in direkter Nachbarschaft zum RZR-Verwaltungsgebäude in Herten-Süd ein neuer Bürotrakt mit einer Nutzfläche von rund 4 500 Quadratmetern entsteht.

Aber so einfach geht das nicht. Das Grundstück gehört nicht mehr der AGR, sondern ist im Rahmen eines so genannten Cross-Border-Geschäftes im Eigentum amerikanischer Partner, von denen es die AGR geleast hat. Ähnliche Geschäfte – z.B. mit Kanälen – hatten in den letzten Jahren Millionen in die Kassen der Kommunen gespült.

Und nun haben die Banken der AGR klar gemacht: Wenn euch das Grundstück nicht gehört, gibt es von uns keine Finanzierung. Die AGR will jetzt mit dem amerikanischen Cross-Border-Partner über die Gewährung eines Erbbaurechts verhandeln. Damit wäre die Sicherung im Grundbuch möglich, die für die Gewährung eines Darlehns Voraussetzung ist.

Die Verhandlungen sind nach Einschätzung der AGR so zeitraubend, dass der Zeitplan für den Umzug nach Herten nicht eingehalten werden kann.

In seinem Brief an die Fraktionsvorsitzenden schreibt Paetzel, die AGR halte grundsätzlich an ihren Umzugsplänen nach Herten fest. „Sie habe allerdings zeitlich keine andere Wahl, weil sie nur jetzt noch die Möglichkeit hat, den Mietvertrag im zur Zeit genutzten Objekt in Essen zu verlängern."

Finanzielle Nachteile entstehen der Stadt durch die Verschiebung nicht. Allerdings kommt sie in einer Zeit, in der die AGR wegen ihres australischen Giftmüll-Geschäftes und ihrer Informationspolitik ohnehin in der Kritik steht.

DAZU: EMAIL AN RVR

Von: J.Jürgens [mailto:jj(at)pro-herten.de]
Gesendet: Freitag, 26. Januar 2007 12:32
An: 'verbandsdirektor(at)rvr-online.de'
Betreff: RZR-Erweiterung im Zusammenhang mit Cross Border Leasing

Sehr geehrte Herr Kling,
Mit großem Interesse lese ich die Entscheidung, dass die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) den für Anfang 2008 geplanten Umzug von Essen nach Herten verschieben will.
Als Grund für diesen Aufschub werden in der Presse rechtliche Gründe des Cross-Border-Leasing genannt.

Ein Schelm wer hier einen Zusammenhang zum Orica-Deal sieht – so frage ich verbunden mit der Bitte mir als interessierter Bürger folgendendes zu beantworten:

Analog zu dieser Maßnahme – hatte der (Cross-Border-)Besitzer des RZR für die Anlagenerweiterung der IM-Linie im RZR Herten hierzu eigentlich, analog zum Verwaltungsumzug, seine Zustimmung gegeben?

Für eine kurzfristige Antwort bedanke ich mich im Voraus und freue mich, Sie ggf. am 6.Febr. im Glashaus Herten treffen zu können.

mit freundlichem Gruß
Joachim Jürgens

ANTWORT

Von: Klink, Heinz-Dieter [mailto:klink(at)rvr-online.de]
Gesendet: Montag, 29. Januar 2007 12:03
An: jj(at)pro-herten.de
Betreff: WG: Mit der Bitte um Weiterleitung an den Verbandsdirektor, MFG JJ
Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrter Herr Jürgens,

als kurze Antwort:

- *Der rechtliche Sitz der AGR ist und bleibt Herten. Es war beabsichtigt auf dem Gelände des RZR durch einen Dritten – Hertener Unternehmen – ein Bürogebäude zu errichten. Der Errichter braucht gegenüber seinen Banken Sicherheiten, die er nur als Grundstückseigentümer bzw. Inhaber eines Erbbaurechtes erhält. Da das RZR-Grundstück Teil des Cross-Border-Leasing-Vertrages ist, bedarf die Herausparzellierung und Weiterveräußerung von Grundstücksteilen der Genehmigung der Cross-Border-Leasing-Gebers. Die Klärung der Angelegenheit bzw. die Erarbeitung von Finanzierungsalternativen bedarf mehr Zeit.*

- *Eine Anlagenerweiterung der IM-Linie im RZR Herten ist mir nicht bekannt. Bei der aktuellen Diskussion geht es ja nicht um eine Erweiterung sondern um Einzelheiten der Nutzung der vorhandenen IM-Linie.*

Gruß
Heinz-Dieter Klink

MIT GIFTMÜLL-TRANSPORT NICHT EINVERSTANDEN LEVERKUSENER-ANZEIGER 26.01.07

V. THOMAS KÄDING, 26.01.07, 10:58H

Das Unbehagen war hier und da spürbar. Und es findet Ausdruck in einer Resolution, die der Stadtrat demnächst wohl verabschieden wird. Gestern diskutierte der Umweltausschuss Bayers spektakuläres Giftmüll-Geschäft mit dem australischen Chemiekonzern Orica. Danach werden vor allem in Bürrig und zu einem weitaus geringeren Teil in Dormagen Abfälle verbrannt, die mit dem hochgiftigen und seit 2001 weltweit verbotenen Hexachlorbenzol (HCB) belastet sind. Bayers Anteil liegt bei rund 4500 Tonnen netto - dazu kommen noch einmal 6000 Tonnen Verpackung, präzisierte Ernst Grigat im Lauf der Ausschusssitzung in Opladen. Der neue Leiter des Chemieparks hatte es angesichts der Bedenkender Leverkusener offenbar für richtig gehalten, die politische Debatte mit Informationen aus Erster Hand anzureichern. Zudem plant er einen Brief an alleHaushalte in der Stadt.

Nach gut 90-minütiger Diskussion unter den Politikern zeigte sich aber, dass das Misstrauen dort vor allem dem Transportweg um den halben Globus gilt, weniger aber den Fähigkeiten bei Bayer, den Giftstoff fachgerecht und ohne größere Gefährdung für die Anwohner zu entsorgen. Zwar legte sich niemand so sehr für

Bayers Know-how ins Zeug wie Klaus Naumann, FDP: Der promovierte Chemikerbezeichnete die Bürriger Anlage als „perfekt“ und erhob das Verbrennen australischen Giftmülls in Leverkusen gar zur „ethischen Aufgabe“. Zum Schluss hatte nur Marlene Echterhoff (SPD) ihr „ganz, ganz ungutes Gefühl“ zu Protokoll-gegeben.

Die Leverkusener Resolution an Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU),der dem Sondermüll-Tourismus einen Riegel vorschieben könnte, wurde schließlich auch nicht in der Form verabschiedet, wie sie die die Grünen vorgelegt hatten: Der Hinweis auf den erfolgreichen australischen Widerstand gegen den Bau einer Verbrennungsanlage für Sondermüll wurde ebenso gestrichen wie ein Halbsatz, der die Entsorgung in NRW kritisiert.

Zuvor hatte Grigat detailliert erklärt, wie in Bürrig HCB zu Salzsäure, Kohlendioxid und Schlacke zerfällt und beteuert: „Wir sind der festen Überzeugung, dass wir mit diesen Stoffen fertig werden können.“ Das ist auch entscheidend, denn „bei unsachgemäßer Verbrennung von HCB können Dioxine und Furan entstehen“,erläuterte der Chemiker. Die endgültige Vernichtung der 22 000 Tonnen HCB-durchsetzten Mülls aus Australien entspreche der Stockholmer Konvention von 2001, die eine weitere Lagerung des giftigen Stoffs ächtet. Deshalb sei die Entsorgung im Bürriger Sondermüllofen auch für den Verursacher Orica das geringere Risiko. Trotz 22 000 Kilometer Weg nach Bürrig.

GIFTMÜLL: HILGERS KRITISIERT BAYER NGZ 25.01.2007 DORMAGEN

Dormagen (PeS) Deutliche Kritik hat Bürgermeister Heinz Hilgers an der Informationspolitik von Bayer geübt. Die Stadt Dormagen habe von dem Vorhaben, Giftmüll aus Australien in Dormagen zu verbrennen,erst an dem Tag erfahren, an dem die NGZ im Zuge ihrer Recherchen auch im Rathausangefragt habe.

Wenige Stunden später habe Chemiepark-Leiter Dr. Walter Leidinger ihn angerufen. Gleichzeitig warnt Hilgers die Bürger davor, von der Stadt Unterstützung beim Protest gegen die Entsorgung von Hexachlorbenzol zu erwarten. „Da will ich keine falschen Hoffnungen wecken“, erklärt Hilgers. Ersehe „keinerlei Möglichkeiten“ einzugreifen.-

Anders als in Herten oder Leverkusen halte er auch eine Resolution des Stadtrates gegen die Giftmüll-Import-Pläne für unwahrscheinlich. „Der Stadtrat hat im August 2004 nicht nur einstimmig beschlossen, dass die Kapazität der Verbrennungsanlage erweitert wird, sondern auch, dass in Zukunft deutlich mehr Müll entsorgt werden kann, der nicht von Bayer selbst produziert wird“, sagter. Damit seien die Voraussetzungen für das aktuelle Geschäft mit dem australischen Sprengstoffunternehmen Orica geschaffen worden. „Würde der Rat jetzt protestieren, wäre das nicht sehr glaubwürdig“, so Hilgers. Bei den jetzt anstehenden Entscheidungen werde die Stadt weder„gehört noch beteiligt“.

Die Ängste der Bürger könne er gut verstehen, betont der Bürgermeister. Sie seien zu einem gutenTeil jedoch auch die Folge der Öffentlichkeitsarbeit, die Bayer betreibe. „Als der Bau der Anlage Anfang der 90-er Jahre genehmigt werden sollte, ist der Konzern ganz anders auf die Bürger eingegangen und hat für Transparenz gesorgt, das kann ich heute nicht erkennen“, sagt Hilgers. Gerade Chemiepark-Chef Leidinger bemühe sich sehr um ein vertrauensvolles Verhältnis zur Stadtspitze. „Durch die neuen Strukturen innerhalb des Unternehmens wird es für einzelne Bayer-Vertreter aber immer schwieriger, überhaupt verbindliche Aussagen zu treffen“, meint Hilgers.

ABFALLGEBÜHRENZAHLER FINANZIEREN DIE INDUSTRIEMÜLLVERBRENNUNG MIT LESER-BRIEFE V. 26.1.2007

Quelle:Hertener Allgemein,

Von: Hans-Heinrich, Holland, Siglinde Kmitta, Marcel Wlotzki, Vili Babnik, (WASG)

Betr.: Giftmüllverbrennung im RZR

Deshalb lohnt es sich überhaupt Giftabfälle um den halben Globus zu karren, um in Herten verbrannt zu werden? Genau da hilft ein Blick in die Vergangenheit der Anlage. Die damals planenden Industrie unternehmen konnten sich eine Industriemüllverbrennungsanlage nur in Kombination mit einer Hausmüllverbrennungsanlage vorstellen. Das Schlüsselwort heißt:

Quersubventionierung. Die Abfallgebührenzahler, die über den Anschluss- und Benutzungszwang zu hohen Abfallgebühren genötigt werden, finanzieren die Industriemüllverbrennungsanlage mit betriebswirtschaftliche Zahlen und Daten sind bei einer GmbH nicht veröffentlichungspflichtig, wie intern gerechnet und verrechnet wird bleibt damit im Verborgenen. Derzeit sind die zwei Industriemülllinien im RZR nur zur Hälfte ausgelastet.

Herr Feldmann, Bezirksregierung Münster, berichtete im Umwelt- und Planungsausschuss auch darüber, dass bereits eine Industriemüllverbrennungsanlage geschlossen wurde, weil die Sonderabfälle nicht mehr vorhanden sind. Da greift man schon mal auf australische Abfälle zurück zu Konditionen, die nur mit der Quersubventionierung von Abfallgebührenzahlern möglich sind.

Die Politik ist nun verpflichtet, in die betriebswirtschaftlichen Rechnungen Einblick zu nehmen und die Quersubventionierung zu unterbinden. Es bietet sich zudem an, den Anlagenbereich der Industriemüllverbrennung gänzlich einzustellen. Insbesondere aus den gleichen Gründen müssten die Kalkulationen für die zwei weiteren Siedlungsmüllverbrennungsanlagen, die für gewerbliche Abfälle vorgesehen sind und bisher zu nur 70% ausgelastet seien, eingesehen und offen gelegt werden.

BESSERE ZUKUNFT VERDIENT VON: JOSEF GÖVERT

Elper Straße 154

Betr.: Giftmüll im RZR, Offener Brief an AGR-Chef Freudenberger

Sehr geehrter Herr Freudenberger, als Hertener Bürger und Hertener Unternehmer sehe ich mit Sorge, wie seit Jahren die Umstrukturierung Hertens immer problematischer wird, es ist sehr schwierig, Image fördernde Unternehmen neu in Herten anzusiedeln. Mit hohem Aufwand und Einsatz großer finanzieller Mittel aus dem privaten und öffentlichen Bereich ist die ehemalige Schachtanlage „Zeche Ewald" zur Ansiedlung von innovativen Unternehmen hergerichtet und saniert worden. Die Ansiedlung dieser Unternehmen wird erheblich in Frage gestellt, wenn direkt jenseits der zum Naherholungsgebiet umgestalteten Haldenflächen Ihr Unternehmen, das RZR, in großen Mengen hochgiftigen Sondermüll aus Australien verbrennen will. Mit diesem Vorgang stoßen Sie die Tür weit auf, damit Herten weltweiter Giftmüllverbrennungsstandort wird. Alle Bemühungen machen Sie damit zunichte, Herten für die Zukunft fit zu machen. Als langjähriges Mitglied des Rates der Stadt Herten habe ich aktiv am Strukturwandel unserer Stadt und Region mitgearbeitet. Dieser Aufgabe stelle ich mich auch heute noch. Der Rat der Stadt Herten stellte sich seinerzeit der Verantwortung, die Müllverbrennungsanlage auf Hertener Gebiet zu errichten, damit der in unserer Region anfallende Hausmüll umweltfreundlich entsorgt wird. Von einem weltweiten Giftmüllverbrennungs-Standort war nie die Rede. Diesem Standort fehlt die parlamentarische Grundlage. Werter Herr Freudenberger zerstören Sie nicht unsere Stadt. Stoppen Sie die Giftmüllverbrennung! Herten hat eine bessere Zukunft verdient.

UNTERSCHRIFTEN GEGEN GIFTMÜLL

Von: Klaus-Dieter Herrmann, Vorsitzender des SPD-OV Hochlarmark

Betr: Verbrennung von Giftmüll aus Australien im RZR Herten

„Einstimmig hat der SPD-Ortsverein Recklinghausen-Hochlarmark die Pläne zur Verbrennung von Giftmüll aus Australien im RZR Herten abgelehnt. Die wirtschaftlichen Interessen der Betreibergesellschaft dürfen nicht zu Lasten der Gesundheit der Bevölkerung gehen. Schon jetzt ist der Ortsteil Hochlarmark durch seine Lage zwischen zwei stark befahrenen Autobahnen, dem zur Erweiterung anstehenden STEAG-Kraftwerk und dem RZR Herten erheblichen Umweltbelastungen und Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt. Es ist nicht akzeptabel, dass hochgradig gefährliche Stoffe über den halben Erdball aus Australien transportiert und in einem der lt. Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) größten Ballungsräume Europas verbrannt werden sollen. Der RVR ist alleiniger Gesellschafter der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR), die die in irreführender und verharmlosender Weise als Rohstoffrückgewinnungs-Zentrum-Ruhr bezeichnete Verbrennungsanlage betreibt. Wir fordern die Verantwortlichen zu einer Rücknahme der Entscheidung im Interesse der Bürger auf und nehmen hier insbesondere die heimischen Aufsichtsratsmitglieder Lothar Hegemann (CDU) und Jochen Welt (SPD) in die Pflicht. Zur Unterstützung unseres Protestes werden wir eine Unterschriftenaktion starten und in Kürze eine Bürgerversammlung organisieren."

GIFTMÜLL: BAYER GEHT IN DIE OFFENSIVE NGZ - 26.01.2007 DORMAGEN

VON PETRA SCHIFFER

Dormagen Emotionen sind auch Fakten. Mit diesen Worten geht Chemieparkleiter Dr. Walter Leidinger in die Offensive und reagiert auf die heftigen Proteste der vergangenen beiden Wochen gegen den Transport von rund 1500 Tonnen giftigem Hexachlorbenzol (HCB) von Australien nach Dormagen.

Dort soll die weltweit geächtete Chemikalie verbrannt werden. „Ich habe den Bedarf an Informationen vollkommen unterschätzt“, so Leidinger. Offensichtlich gebe es in der Bevölkerung große Vorbehalte gegen das Geschäft von Bayer mit dem australischen Sprengstoffunternehmen Orica. „Ich habe das unterschätzt, weil die Verbrennung dieses Stoffs für uns wirklich nichts Außergewöhnliches ist“, sagt Leidinger.

Bereits seit Jahren werde HCB regelmäßig in Dormagen entsorgt. Nach dem Flughafenbrand in Düsseldorf habe Bayer beispielsweise die Verbrennung der entstandenen Schadstoffe übernommen.

Die Anlage sei auf dem modernsten Stand, betont Joachim Beyer, Leiter der Verbrennungsanlagen bei Bayer. Alle Grenzwerte würden auch bei der Verbrennung von HCB deutlich unterschritten, bei einer Störung schalte sich die Anlage ab. Der Stoff werde in hermetisch verschlossenen Stahlfässern bis in den Hochofen transportiert und erst dort durch die große Hitze geöffnet.

Bei einem Temperaturabfall unter 1100 Grad werde der Verbrennungsprozess sofort gestoppt. Das emotional größte Problem seien offenbar die weiten Transportwege, meint Leidinger. Für diesen Transport sei Orica zuständig. Bayer werde ihn jedoch begleiten. Geplant sei, dass 3000 bis 4000 Tonnen auf ein Frachtschiff unter Deck verladen würden, das in Südafrika zwischen tanken und dann bis Brunsbüttel durchfahre. Dort würden die Fässer auf die Schiene verladen, in Leverkusen noch einmal auf Lastwagen umgepackt.

„Orica legt viel Wert auf einen sicheren Transport und hat für 20 Millionen Euro extra eine neue Verpackungsanlage nur für HCB gebaut“, erklärte Beyer. Insgesamt sollen 22 000 Tonnen verbrannt werden.

Es sei richtig, dass der Bau einer Verbrennungsanlage in Australien gescheitert sei. „Dort hat man sich genau wie in den USA bislang nie mit der Entsorgung von Schadstoffen beschäftigt, weil es genug Platz für Deponien gab“, so Beyer. „Deshalb sind wir in diesem Bereich viel weiter.“

Seit 2004 schreibe die Stockholmer Konvention eine Entsorgung vor. Die Vorbehalte gegen eine Verbrennungsanlage seien jedoch so groß gewesen, dass eine Anlage zumindest kurzfristig nicht durchsetzbar gewesen sei. Deshalb sei Orica auf Bayer zugekommen. „Das wird sich langfristig natürlich ändern“, meint Beyer.

Auch in den USA und Australien werde die chemische Industrie unter den neuen Voraussetzungen nicht am Bau eigener Entsorgungsstationen vorbei kommen. „Das bedeutet für uns dann natürlich auch Konkurrenz, das muss jedem klar sein, der jetzt diese Forderung stellt“, betont Leidinger. Auch Beyer erklärt: „Auf dem jetzigen hohen Niveau können wir unsere Anlage nur halten, wenn wir investieren - und dafür müssen wir Gewinne erwirtschaften.“

Die Ängste der Bürger bei diesem Thema könne er nachvollziehen, erklärt Leidinger. „Es gibt immer ein Restrisiko“, räumt Theodor Bonkhofer, Leiter der Verbrennungsanlage in Dormagen, ein. Es gebe keine Garantie, dass bei allen Sicherheitsvorkehrungen auf dem Transport dennoch Stahlfässer aufschlagen und das Pulver austritt.

Um interessierte Bürger genauer über diese Sicherheitsstandards und den Mechanismus der Verbrennungsanlage zu informieren, ist am Sonntag, 4. Februar, ein Tag der offenen Tür geplant.

Gleichzeitig erhalten Samstag alle Dormagener ein Schreiben des Chemieparks, in dem Telefonnummern für weitere Fragen angegeben sind. Der Rat der Stadt hatte sich bereits am Donnerstag vor Ort informiert.

UNSERE OMA:DIE ZUSCHAUER SIND DIE BESTEN SPIELER, HA. V. 27.1.07

Die Hertener Allgemeine schreibt in ihrer Ausgabe vom 27.1.2007

Was im RZR geschieht, ist vielen immer noch unbekannt, stellt Gregor Spohr[1] fest „Die Zuschauer sind die Besten Spieler", sagte meine Oma gerne.

Tja, so ist das Leben. Nicht nur, wenn 's um Fußball geht. Manchmal kommen von der Tribüne neben purer Polemik allerdings auch Fragen und Bemerkungen, die den Kern treffen. So geschehen in der Sitzung des Umweltausschusses, die von einem Thema beherrscht wurde:

der geplanten Verbrennung von australischem Giftmüll im RZR. Auch wenn dann die Antworten auf unbequeme Fragen leider oft sehr dürftig ausfielen, zum Beispiel: Wie viel HCB-Müll (Hexachlorbenzol) ging in den vergangenen ihren schon durch den RZR- Schornstein, Altlasten „vor allem" aus den neuen Bundesländern? Eine „nicht unbeträchtliche Menge" klingt so, als könne oder wolle man es nicht sagen.

Andererseits: Wolfgang Feldmann (Bezirksregierung Münster) und Dr. Thorsten Zisowski (AGR) bemühten ich sichtlich um sachliche Aufklärung. Und die ist ja auch nach dem hausgemachten Informations-Chaos dringend nötig.

Auffällig: Was da im RZR verbrannt wird, scheint auch (oder gerade) nach 25 ihren Betrieb immer noch nicht bekannt zu sein.

In Kurzfassung: Es gibt aktuell vier Verbrennungs-Linien. Zwei haben eine Rostfeuerung und verbrennen unseren Hausmüll. Zwei haben eine aufwendige Drehrohrtechnik und verbrennen Sonderabfälle aus der Industrie - also Giftmüll. Das war schon immer so -und es ist nichts Besonderes, sondern die Aufgabe dieser

Anlage. Und die zwei neuen Verbrennungslinien des RZR II, für die im Oktober der Grundstein gelegt wurde, bekommen wieder eine Rostfeuerung und sollen hausmüllähnlichen Gewerbemüll verbrennen - also keinen (!) Giftmüll.

Das Besondere an dem Abfall aus Australien ist nicht das hochgiftige HCB, sondern die Entfernung, über die er herangeschafft wird.

Und exakt hier ist die Politik gefragt. Das ist der Unsinn, der gestoppt werden muss. Nicht das RZR.

AUF SPRICHT SICH FÜR AUSBAU-STOPP DES RZR UND DIE SOFORTIGE STILLLEGUNG DER ANLAGE AUS

Von: Ratsfrau Sabine Leopold (AUF Herten)

Betr.: Giftmüll-Verbrennung im RZR

AUF Herten nimmt empört zur Kenntnis, dass das hochgiftige Hexachlorbenzol bereits mehrfach in der Hertener Müllverbrennungsanlage verbrannt wurde. Damit bestätige sich einmal mehr die Gefährlichkeit dieser Anlage, und dass es notwendig ist, nicht nur den Ausbau des RZR zu stoppen, sondern auch dessen sofortige Stilllegung zu fordern. „ Zu begrüßen ist die Forderung der Hertener Bürger, dass der Stadtrat die Giftmüllverbrennung aus Australien in seiner nächsten Sitzung geschlossen ablehnt", meinen die AUF-Vorstandssprecher Hannes Stockert und Peter Meyer-Hintz.

Dafür müsse aber entsprechender Druck von unten kommen - denn nach allen Erfahrungen mit den etablierten Parteien, sei ihnen der Gewinn florierender Unternehmen meistens wichtiger als die Gesundheit oder die soziale Lage der Bevölkerung.

Deswegen fordert AUF Herten alle Hertener auf, zur Ratssitzung am 7. Februar zu kommen und den Widerstand zu verstärken. Bei AUF Herten gibt es ebenfalls Unterschriftenlisten gegen die Verbrennung von HCB in Herten. Nicht zu akzeptieren sei es, wenn aus den Reihen der Hertener SPD wieder einmal u.a. AUF Herten diffamiert werde, es wolle ein parteipolitisches „Süppchen kochen". „Natürlich unterstützen wir den Protest der Bürger in dieser Frage. Wir lehnen eine Politik der Umweltzerstörung und Gesundheitsgefährdung grundsätzlich ab – ob das den Sozialdemokraten Hertens passt oder nicht", so AUF-Ratsfrau Sabine Leopold.

Offensichtlich bereite sich die SPD-Ratsfraktion schon auf die Zustimmung der Giftmüllverbrennung aus Australien mit einem „Ja, aber mit Bauchschmerzen" vor, schlussfolgert sie. Die bedrohliche Situation, dass demnächst die Giftmüll-Küche noch weiter ausgebaut werden soll, verlange aber, gemeinsam vorzugehen und die einengende parteiegoistische Brille abzulegen. Das wünsche sich das alternative Wahlbündnis AUF Herten von allen Parteien. „Stattdessen müssen Arbeitsplätze im Umweltschutzbereich und in einer wirklichen Kreislaufwirtschaft gefördert und geschaffen werden", so Meyer-Hintz.

ALLE HERTENER SOLLTEN IHRE BÜRGERRECHTE WAHRNEHMEN UND AN DIE AGR VERANTWORTLICHEN SCHREIBEN

Von: Elke Marita Stuckel-Lotz, Bündnis '90/Die Grünen

Betr.: Giftmüll-Verbrennung im RZR

1. Die Nachricht, dass die AGR in nächster Zeit ihren Standort in Herten nicht wahrnehmen kann (wegen Cross- Border- Leasing der Grundstücke), erschüttert die Region! So ein Pech aber auch!

2. Die Hochglanzbroschüren der AGR - und ihre diversen Infoblättchen - eigentlich nur zum Verbrennen verurteilt! Da müssten schon sehr viele „Schadstoffe" entweichen -dort wird mehr gelogen als informiert.

3. Der jährliche Tag der offenen Tür von der AGR - von den Bürgern und Bürgerinnen jedes Mal gestürmt. Ich bin nur mal gespannt, wie das so in 2007 aussieht!?

4. Bei Grundsteinlegungen der AGR setzen sich die Politiker immer gern in Szene - in Zukunft immer noch?

Ansonsten: Alle Bürger und 'Bürgerinnen sollten ihre Bürgerrechte wahrnehmen und an die Verantwortlichen schreiben - sollten demonstrieren. Diese Politik der AGR und die Politik der Aufsichtsratsmitglieder sowie der Politiker, die von dem Geschäft wussten, kann man so nicht mehr hinnehmen.

KREDIT-ZUSAGE DER STADTWERKE HERTEN AN DIE AGR, UWG

UWG

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT e.V.

RATSFRAKTION DER STADT HERTEN
45699 Herten, den 27. Januar 2007

Ansprechpartner: Horst Urban

Antrag nach §14 der Geschäftsordnung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die UWG bittet den Rat der Stadt Herten folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Herten als hundertprozentige Inhaberin der Stadtwerke Herten weist diese an, die gegeben Zusage eines Kredites über 15 Millionen Euro zur Mitfinanzierung des Baues der 3. und 4. Verbrennungslinie des RZR im Hertener Süden zurückzuziehen.

Begründung

Nach unwidersprochenen Presseberichten ist die jetzige Linie für Industriemüll-Verbrennung nur zu rund einem Dreiviertel ausgelastet, wobei ein großer Teil der heutigen Auslastung nur durch immense Giftmüll-Importe sichergestellt werden kann.

Eine Auslastungs- und Ergebnisverbesserung soll jetzt durch den Import von 5.000 Tonnen Giftmüll aus Australien sichergestellt werden.

Es ist davon auszugehen, dass neue zusätzliche Verbrennungskapazitäten die Marktpreise für Hausmüllentsorgung weiter nach unten drücken werden und die so zu erwartenden Verluste von den Bürgern Hertens in Form von höheren Müllgebühren zu tragen sind oder die AGR wird, wie die Aktivitäten der vergangenen Wochen zeigen, *Sondermüll* in allen anfallenden Qualitäten aus aller Welt einsammeln, um drohende Verluste auszugleichen.

Wären diese Fakten bei der Vergabe des Kredit den Mitgliedern des Stadtrates bekannt gewesen, wäre eine Mehrheit für dieses Darlehen sicher nicht zustande gekommen.

Daher sieht die UWG die Geschäftsgrundlage für die Vergabe als nicht mehr

Ein zusätzliches Risiko sehen wir in dem Cross-Border-Leasing-Verfahren, welches die AGR mit einem sog. amerikanischen Investor eingegangen ist. Leider sind die entsprechenden Verträge nicht den politischen

Gremien zugänglich gemacht worden, aus der Pressemeldung der Hertener Allgemeinen vom 25. Januar ist allerdings zu entnehmen, dass auch die zum RZR gehörenden Grundstücke diesem Verfahren unterworfen sind und so die AGR nicht mehr Herr im eigenen Hause ist und wir nicht sicher sein können, welche Überraschungen uns aus dieser Richtung noch erwarten.

Die finanzielle Situation der Stadt Herten ist mehr als angespannt, jeder weitere Euro, den wir als Verlust abbuchen müssen, fehlt an anderer Stelle für sinnvollere Maßnahmen. Wir benötigen wichtigere Dinge in unserer Stadt, als den Einstieg in eine fragwürdige Finanzierung einer noch fragwürdigeren größeren Verbrennungsanlage. - Mit freundlichen Grüßen Horst Urban, (Fraktionsvorsitzender)

RZR

Stadtwerke Herten

eine parteiorientierte kriegskassendfüllende Alianz

bekommt die Kriegskasse ein Loch?

Abschrift per Text - Scan

BAYER INDUSTRY SERVICE: AN DIE NACHBARN DES CHEMIEPARKS LEVERKUSEN

Sehr geehrte Nachbarn,

in den vergangenen Wochen ist die geplante Entsorgung von Sonderabfällen aus Australien in unseren Sonderabfall-Verbrennungsanlagen an den Chemiepark-Standorten in Leverkusen und Dormagen öffentlich diskutiert worden. Ich habe großes Verständnis für Ungewissheiten oder für das Hinterfragen einer solchen Aktion, auch in Bezug auf Ihr eigenes Wohlbefinden. Aus diesem Anlass wende ich mich mit diesem Brief persönlich an Sie.

Die Umweltdienste von Bayer Industry Services gewährleisten in den Verbrennungsanlagen durch modernste Technik und langjährige Erfahrung ein Höchstmaß an Sicherheit. Der verantwortungsvolle Umgang mit Substanzen dieser Art stellt für unsere Fachleute nichts Außergewöhnliches dar. Sie sind für solche Aufgaben bestens ausgebildet und verfügen über die entsprechende Erfahrung im Umgang mit Chemikalien. Insgesamt werden in Leverkusen-Bürrig jedes Jahr rund 180.000 Tonnen verschiedenster Sonderabfälle umweltverträglich entsorgt - der weitaus größte Teil aus den Produktionsanlagen unserer Chemieparks.

Dennoch werden Sie sich zu Recht fragen, warum ein so langer Transport von Australien nach Deutschland überhaupt nötig ist. In der so genannten Stockholmer Konvention von 2004 wird gefordert, eine Gruppe von Chemikalien, darunter auch Hexachlorbenzol aus dem weltweiten Stoffkreislauf sicher und umweltgerecht zu entfernen. Aber nicht jedes Land besitzt das erforderliche Know-how, die nötigen Sicherheits-Standards und folglich geeignete Anlagen, die die Forderungen der Konvention erfüllen. So ist das australische Unternehmen Orica auf der weltweiten Suche nach geeigneten Verbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen fündig geworden, unter anderem bei Bayer Industry Services.

Wir befinden uns mit unserer Expertise an der Weltspitze.

Auch das NRW-Umweltministerium hat keine Zweifel daran, dass wir die Entsorgung sicher gewährleisten

können. Wir leisten mit der umweltgerechten Entsorgung von derartigen Sonderabfällen einen aktiven Beitrag zum weltweiten Umweltschutz. Dass wir dies nicht unentgeltlich tun können, ist für uns als Wirtschaftsunternehmen selbstverständlich, Die Firma Orica hat für die sichere Verpackung der Abfalle in dichte Stahl- oder Kunststofffässer eigens eine moderne Abfüllanlage errichtet. Ebenso werden für den Transport höchste Sicherheitsstandards eingehalten- Diese Fässer werden nach Anlieferung in den Verbrennungsanlagen geschlossen in den Drehrohrofen gegeben. Bei Temperaturen von über 1.000 Grad Celsius, die wir in unseren Anlagen erreichen werden Sonderabfälle, die z.B. Hexachlorbenzol enthalten, vollständig verbrannt» Eine aufwendige Rauchgasreinigung sowie ein katalytisches Verfahren sorgen dafür, dass die Emissionen die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte deutlich unterschreiten. Darüber hinaus werden die Emissionswerte der Verbrennungsanlagen permanent gemessen und den zuständigen Behörden online zur Verfügung gestellt Ich hoffe, Sie hiermit über unsere Aktivitäten informiert zu haben. Haben Sie weitere Fragen zu diesem oder anderen Themen? Wir sind für Sie da und geben Ihnen gerne Auskunft. Rufen Sie uns einfach unter 02 14-30 34 55 l an oder besuchen Sie uns im Internet unter www.leverkusen-chemiepark.de.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ernst Grigat
Leiter des Chemieparks Leverkuse

UNGELIEBTER IMPORT (MUNLV)

Hochtechnologie unter dem blauen Himmel über der Ruhr: das Rohstoffrückgewinnungszentrum Herten. Foto: AGR

Ungeliebter Import

Ausschuss diskutiert Verbrennung australischen Giftmülls in Herten

Muss australischer Giftmüll in NRW entsorgt werden? Die geplante Verbrennung von 11.000 Tonnen mit Hexachlorbenzol belasteter Abfälle vom fünften Kontinent in drei Anlagen in Herten, Leverkusen und Dormagen sorgte im Umweltausschuss (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) und in der Öffentlichkeit für Unmut. Allerdings, so erfuhren die Abgeordneten bei der von den Grünen beantragten Aktuellen Viertelstunde, sind die rechtlichen Möglichkeiten der Politik zumindest eingeschränkt.

Wir sind gegen den Import von Sonderabfällen aus Australien", so Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU). Zumal der Transport derart gefährlicher Abfälle über riesige Entfernungen erhebliche Risiken berge. Allerdings bestehe „keine rechtliche Möglichkeit, den Import zu verhindern". Hintergrund sind sind laut Uhlenberg die weltweit geltenden Regeln für den Transport gefährlicher Güter.

Laut EU-Abfallverbringungsverordnung ist die Genehmigung eine so genannte gebundene Entscheidung: Der Abfallbesitzer hat darauf Anspruch, wenn nicht einer der Einwandgründe der Verordnung vorliegt – etwa, dass die Anlage für Abfälle benötigt wird, die aus näher gelegenen Orten kommen oder dass die Verbrennung in der Anlage gegen deutsches Recht verstößt. „Dies ist nicht so", konstatierte der Minister. So sei die Anlage zugelassen und auch die abgesenkte Verbrennungstemperatur von 900 Grad sei genehmigt, unterschreite die zugelassenen Grenzwerte sogar in Zehnerpotenz.

Konkret liege der Bezirksregierung Münster ein Antrag des Sprengstoffherstellers Orica auf „Zulassung der Verbringung von 5.000 Tonnen Hexachlorbenzol-belasteter Abfälle" in der Sonderabfallverbrennungsanlage des Hertener „Rohstoffrückgewinnungszentrums Ruhr" (RZR), einer hundertprozentigen Tochter des kommunalen Entsorgers AGR, vor. Eine Genehmigung sei allerdings noch nicht erteilt, da die Stellungnahmen der zuständigen australischen und südafrikanischen Behörden als Transitbehörden noch ausstünden. Nach Vorprüfung der Unterlagen des RZR scheinen die Voraussetzungen für die Erlaubnis – laut „Basler Abkommen" Notifizierung genannt – jedoch gegeben.

In diesem Abkommen sei indes geregelt, dass solch giftige Stoffe „in der Nähe zu entsorgen sind", erläuterte Johannes Remmel (GRÜNE) und wollte wissen, ob es in ganz Australien nicht eine solche Anlage gebe, wenn allein in NRW drei existierten.

2,4 Millionen Tonnen Abfall

Vielleicht solle man lieber Anlagentechnik exportieren statt Giftmüll importieren, mahnte Svenja Schulze (SPD) und schlug eine Kampagne vor, in NRW vorhandenes Knowhow weltweit zu vermarkten. Einig waren sich die Abgeordneten aller Fraktionen auch darin, dass es nicht darum gehen könne, Müllverbrennungsanlagen zu stigmatisieren oder Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Schließlich ist NRW weltweit führend in Abfallverbrennungstechnologien – und damit ein Müllimportland. So kamen allein im vorletzten Jahr 2,4 Millionen Tonnen Abfall aus dem Ausland; 600.000 Tonnen waren Sonderabfälle. Beim RZR werden im Jahr 90.000 Tonnen gefährliche Abfälle verbrannt – überwiegend aus Deutschland, den Nachbarstaaten, ein kleiner Teil aus außereuropäischen Ländern.

„Wenn es stimmt, dass es weltweit nur fünf vergleichbare Anlagen gibt, macht eine Entsorgung hier Sinn", urteilte Karl Kress (CDU) und sprach damit nicht nur seinem FDP-Kollegen Holger Ellerbrock aus dem Herzen. Dass der die weltweite Müllakquise begrüßte, vermochten viele Ausschussmitglieder aber dann doch nicht nachzuvollziehen. Auch das Innenministerium hat bereits einen Bericht vom Regionalverband Ruhr angefordert. Rechtlich verboten seien solche Geschäfte zwar nicht, sollten aber „von untergeordneter Rolle sein". *vok*

Stoffkunde: HCB

Hexachlorbenzol, kurz HCB genannt, gehört zur Gruppe der Organo-Chlorverbindungen. Das farblose, kristalline Pulver ist in Wasser kaum, dafür in Benzol, Chloroform, Ether und Schwefelkohlenstoff gut löslich. Verwendung findet HCB in Arznei- und Düngemitteln, als Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel sowie als Fungizid, Insektizid und Holzschutzmittel. Es ist Zwischenprodukt zur Herstellung chlorierter Lösemittel. Die Verwendung von HCB ist in Deutschland (seit 1981) und 20 anderen Staaten verboten, in fünf weiteren Staaten eingeschränkt.

HCB ist als Krebs erzeugend (ohne genotoxische Effekte) eingestuft und kann Leber und Blut schädigen sowie Atem-, Verdauungswege, Augen und Haut reizen. Möglich ist eine Beeinträchtigung der Fortpflanzungsfähigkeit. HCB ist sehr giftig für Wasserorganismen.

Gefährlich sind Einatmen oder Verschlucken, aber auch die Resorption über die Haut. Schmelzpunkt: 229 Grad Celsius; HCB zersetzt sich oberhalb von 510 Grad Celsius.

Bayer Industry Services

PRESSE-INFORMATION BAYER LEVERKUSEN

Bayer Industry Services
GmbH & Co. OHG
Kommunikation
51368 Leverkusen
Deutschland
Tel.: 0214 30-1
www.bayerindustry.de

Sonderabfall aus Australien:

Delegation des Dormagener Stadtrates informierte sich über Entsorgungsmöglichkeiten bei BIS

Dormagen – Über die Entsorgungsmöglichkeiten von Sonderabfällen informierte sich eine Delegation des Dormagener Stadtrates um Bürgermeister Heinz Hilgers am Donnerstag, 25. Januar 2007, im Chemiepark Dormagen. Empfangen wurden die Gäste unter anderem von Chemieparkleiter Dr. Walter Leidinger und dem Leiter derVerbrennungsanlagen der BIS-Umweltdienste, Joachim Beyer. Nach der Besichtigung der Sonderabfallverbrennungsanlage (RVAD) nutzten die Teilnehmer die Gelegenheitzur Diskussion. Hintergrund des Besuchs war die geplante Entsorgung von rund 4.500Tonnen Chemikalien, die Hexachlorbenzol (HCB) enthalten. Diese will der Chemieparkbetreiber BIS ab Mitte 2007 in Leverkusen und Dormagen verbrennen. Dabei handelt es sich um Sonderabfälle des australischen Unternehmens Orica.

Die Altlasten werden gemäß der so genannten Stockholmer Konvention verbrannt. Dieses internationale Abkommen aus dem Jahre 2004 hat das Ziel, bestimmte Sonderabfälle wie HCB aus dem weltweiten Stoffkreislauf sicher und umweltgerecht zu entfernen. So ist das australische Unternehmen auf der weltweiten Suche nach geeigneten Verbrennungsanlagen in Deutschland fündig geworden, unter anderem bei Bayer Industry Services.

Jährlich werden in den modernen Anlagen an den Chemiepark-Standorten Leverkusen, Dormagen und Krefeld-Uerdingen rund 270.000 Tonnen Sonderabfälle verbrannt, rund 25 Prozent davon stammen von Firmen außerhalb der Chemieparks. „Die sichere und umweltgerechte Entsorgung von Sonderabfällen dieser Art gehört zu unseren Kernaufgaben und ist für uns nicht außergewöhnlich“, sagt Dr. Walter Leidinger, Leiter der Umweltdienste bei Bayer Industry Services. „Dabei sorgen modernste Technik und langjährige Erfahrung für hohe Sicherheits- und Umweltstandards. Dies war für das Unternehmen Orica ausschlaggebend, um den Auftrag unter anderem an uns zu vergeben“, so Leidinger weiter. Darüber hinaus kann bei der sicheren Verbrennung der Abfälle in den Entsorgungszentren eine Gefährdung von Nachbarn ausgeschlossen werden.

So werden bei Verbrennungstemperaturen von über 1.000 Grad Celsius Chemikalien wie Hexachlorbenzol vollständig verbrannt. Danach sorgen eine aufwendige Rauchgasreinigung sowie ein katalytisches Verfahren dafür, dass die Emissionen die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte deutlich unterschreiten. Darüber hinaus werden die Emissionswerte der Verbrennungsanlagen per-

manent gemessen und den zuständigen Behörden online zur Verfügung gestellt. Feste Schlacken, die aus der Verbrennung entstehen, enthalten keine gefährdenden Stoffe mehr und werden auf firmeneigenen Deponien geordnet eingelagert.

Ebenso entspricht der Transport der Sonderabfälle den weltweit geltenden Sicherheitsstandards. In hermetisch dichten Behältern werden die Abfälle aus Australien per Schiff nach Brunsbüttel gebracht. Von dort aus wird die Fracht durch ein Logistikunternehmen größtenteils per Bahn sicher zu den jeweiligen Entsorgungszentren transportiert.

BIS hat eine grundlegende Genehmigung zur Entsorgung von HCB. Ein zusätzlicher Antrag für die Transportwege dieser Abfalllieferung aus dem Ausland liegt den zuständigen Bezirksregierungen vor.

Leverkusen, 26. Januar 2007
Zö (2007-0036)
Ihr Ansprechpartner:
Christian Zöller, Tel. 0214 30 57832
E-Mail: christian.zoeller.cz(at)bayerindustry.de
Hinweis für die Redaktionen:Fotos zu diesem Thema erhalten Sie auf Anfrage oder direkt aus dem Internet unter www.baynews.bayer.de zum Downloaden.

Diese Presseinformation enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der Bayer Industry Services GmbH & Co. OHG (BIS) beruhen. Verschiedene bekannte wie auch unbekannte Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der BIS und der Verlauf der in dieser Presseinformation beschriebenen Vorhaben und Projekte wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Diese Faktoren schließen diejenigen ein, die der Bayer-Konzern ggf. über die BIS in Berichten an die Frankfurter Wertpapierbörse sowie die amerikanische Wertpapieraufsichtsbehörde (inkl. Form 20-F) beschrieben hat. Wir übernehmen keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben oder an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

DREI MILLIONEN FÜR HCB-MÜLL

RHEINISCHE POST 28.01.07

VON ULRICH SCHÜTZ

Informierte im Umweltausschuss über die Bürriger Verbrennungsanlage: Chemiepark-Leiter Dr. Ernst Grigat. RP-Foto: Ralph Matzerath

(RP) Die Diskussion um das Verbrennen der giftigen Produktionsreste „Hexachlorbenzol“ (HCB) der australischen Firma „Orica“ ängstigt weiter viele Bürger.BIS-Chemieparkleiter Dr. Ernst Grigat setzt auf Transparenz.

Leverkusen, Leichlingen
Die geplante Verbrennung von 4500 Tonnen Hexachlorbenzol (HCB) der australischen Firma Orica beschert der Bayer-Lanxess-Firma „BIS“ einen Umsatz von rund drei Millionen Euro. Dies bestätigte gestern ein Sprecher von Bayer Industry Services (BIS) gegenüber unserer Zeitung.

Insgesamt sollen in Deutschland 22000 Tonnen in vier Verbrennungsanlagen in Brunsbüttel, Herten, Leverkusen und Dormagen vernichtet werden, was wahrscheinlich einem Umsatz von mindestens 15 Millionen Euro entspricht. Dazu kommen dieTransportkosten. Insider beziffern die Gesamtkosten für die Entsorgung mit mindestens 30 Millionen Euro. Diese Zahl wurde offiziell nicht bestätigt. Dass die Verbrennung des giftigen Mülls die Bürger teils sehr ängstigt, zeigt ein Brief der Leverkusenerin Christine Paschetag. Sie schrieb an Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: „Mit Schrecken und großer Sorge verfolgen wir seit ein paar Tagen die Berichte über die Verschiffung von22 000 Tonnen HCB-Abfall nach Deutschland“ (HCB:

Hexachlorbenzol). Paschetag hält es für „nicht vertretbar, solch' gefährliche Güter um die halbe Erdkugel ... zu transportieren und dadurch Menschen,Tiere, unser Land und unsere Meere und damit unser Leben, unsere Gesundheit zu gefährden." Es sei auch nicht vertretbar , dieses HCB in Deutschland zu verbrennen, wenn diese Maßnahme in Australienam Widerstand der dortigen Bevölkerung schon gescheitert sei. Paschetag bittet Minister Gabriel, dasHCB-Geschäft zu verbieten.

Diese Ängste konsequent weitergedacht, würde das Aus für den Chemie-Standort Leverkusen bedeuten. Seit Jahrzehnten arbeitet Bayer mit gefährlichen Stoffen und Chemikalien im Werk und in der Verbrennungsanlage Bürrig. „Das Verbrennen von Stoffen wie HCB gehört zum Tagesgeschäft",betont Chemiepark-Leiter Dr. Ernst Grigat. Die gut ausgebildeten Mitarbeiter und die Spitzentechnik seien Garant für eine sichere Vernichtung des Stoffes. Wer sich alles ansehen wolle, könne die Verbrennungsanlage gerne besichtigen, lud Grigat bei seinem Auftritt im Umweltausschuss des Stadtrates ein. Die Umweltpolitiker wollen dies bald tun. Das Verbrennen des australischen Mülls können sie aber kaum verhindern: Die Stadt hat keine Entscheidungsbefugnis.

Die meisten Mitglieder des Umweltausschusses, selbst Grüne, haben auch keine Bedenken. Alle Politiker vertrauen dem Sicherheitsstandard der Bürriger Verbrennungsanlage. Bedenken äußerten aber einige Volksvertreter zum Transportweg, der weite Strecken über das Meer und die Schiene führen wird. Informationen und Hintergrund unter rp-online.de/leverkusen

---

TAZ: DÜRFEN GIFTMÜLLIMPORTE SEIN?

Die australische Firma Orica will mehrere tausend Tonnen hochgiftiges Hexachlorbenzol (HCB) in NRW entsorgen. Der Giftmüll soll in Verbrennungsanlagen in Herten, Leverkusen und Dormagen verbrannt werden.

SOLLEN SICH NRW-STÄDTE DIESEN ALTLASTEN AUS ANDEREN LÄNDERN ANNEHMEN?

JA So gestellt provoziert die Frage natürlich die Antwort: NEIN. Welch schreckliche Vision drängt sich da auf: Nordrhein-Westfalen unter Müllbergen, und dann auch noch Giftmüll! Diese pauschale Antwort aber wird dem Thema nicht gerecht. Da muss man Tatsachen zur Kenntnis nehmen und eine vernünftige Risikoabschätzung vornehmen: Giftmüll aus Australien soll den weiten Weg nach Europa machen und in unserem Land verbrannt werden. "Wieso?"fragt man sich als Laie."Sollen ihn die Australier doch selber entsorgen!"

Das können sie aber nicht. Die Entsorgung in Australien ist gemessen an unserem Standard sehr zurück. Müll wird tief vergraben, basta. Dies ist aber der Firma, bei der Hexachlorbenzol(HCB) als Rückstand bei der Herstellung von Lösungsmitteln entstanden ist, zu gefährlich.Jahrelang haben sie den Giftstoff angesammelt und vorschriftsmäßig verpackt gelagert. Nun kommt nach Basel 1998 die Vereinbarung von Stockholm 2001, die besagt, dass solcher Müll möglichst schnell zu entsorgen ist. Schnell ist jedoch ortsnah nichts zu machen. Auch in den umliegenden Ländern gibt es keine Lösung für ihr Problem. Die einzige zuverlässige, kontrollierte und beste Entsorgung wird in Europa geboten, und da wiederum in Deutschland. Das erklärt den weiten Transportweg. Näher geht es einfach noch nicht. Zu fordern ist, dass der Transport in die Hände von Fachleuten gelegt wird.

Umwelttechnologie wurde auch von der rot-grünen Regierung als zukünftiger Wirtschaftsfaktor für unser Land gesehen. Da sollte man nun nicht so tun, als wenn derwirtschaftliche Aspekt des Teufels sei. Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern mit einer ausgereiften Technik ist legitim. Folge dieser Hilfestellung könnte durchaus sein, dass wir unsere Technologie in den südasiatischen Raum verkaufen, damit dort wie vorgeschriebender Müll entsorgt wird, wo er entsteht. Und mit dem Finger auf Australien zu zeigen, dazu haben wir in Deutschland wirklich kein Recht. Unser Atommüll wird nach Frankreich befördert.

Protestiert wird erst, wenn der behandelte Rest wieder zurückgegeben wird. Jahrzehntelang wird er angesammelt. Eine dauerhafte Lösung, wie mit diesem Müll umzugehen ist, hat man bis jetzt verhindert.

Zum Schluss eine viel schlimmere Vision: Deutschland verweigert die Hilfe und die Giftfässer geistern durch die Welt, bis sie eines Tages aus Verzweiflung auf einer wilden Deponie landen. Dann doch wohl: JA, wir helfen, wenn es notwendig ist. **HILTRUD MEIER-ENGELEN**

NEIN Über eine Entfernung von 16.000 Kilometern Giftmüll transportieren und in der Mitte des Ruhrgebiets mit dem Segen der Politik zu verbrennen:

Allein das macht deutlich, wie dreist und ignorant Giftverbrennungsanlagen-Betreiber in Deutschland über berechtigte Interessen der Anwohner hinwegsetzen können. Die werden möglichst nicht informiert, nicht gefragt oder beteiligt. Schuld ist die Gesetzeslage, die es den Betreibern erlaubt, überdimensionierte Anlagen zu bauen und zu betreiben. Gleichzeitig werden die Bürger mit nicht nachvollziehbaren Geschäftsgebaren des Hertener Betreibers AGR konfrontiert.

Die öffentlich getragene Abfallentsorgungs-Tochter des Regionalverbands Ruhrgebiet (RVR) verschwendete Gebühren in dreistelliger Millionenhöhe. Der RVR und das Innenministeriums übten nachweislich nur eine mangelhafte Kontrolle aus.

Die politisch Verantwortlichen müssen deshalb berücksichtigen, dass

- die meisten Rückstände der Müllverbrennung wie Rauchgas, Filterasche, Schlacke, Abwasser freigesetzt werden, wobei eine Vielzahl von Schadstoffen, die während des Verbrennungsprozesses entstehen, an die Umwelt abgegeben werden
- die entstehenden Dioxinmengen bis um das 30- bis 50-fache unterschätzt werden können
- die Emissionsbegrenzung nicht die Giftigkeit und die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Anwohner berücksichtigt
- festgelegte Emissionsgrenzwerte darauf abgestimmt sind, was als technisch durchführbar gilt
- fast alle Risikobewertungen ergeben haben, dass Schadstoffe aus der Giftmüll/Müllverbrennung kein signifikantes Gesundheitsrisiko für Anrainer der Verbrennungsanlagen darstellen. Diese Gutachterergebnisse stehen aber in direktem Widerspruch zu epidemiologischen Studien, bei denen wiederholt negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen nachgewiesen werden konnten
- bei Kindern der Körper im allgemeinen besonders sensibel auf Gifteinwirkungen reagiert. Dennoch werden sie bei Risikobewertungen nicht berücksichtigt
- die Bürger nach dem Vorsorgeprinzip ein Recht darauf haben, dass der Betreiber nachzuweisen hat, dass keine Gesundheitsrisiken zu erwarten sind, bevor ein Gramm Giftmüll in Herten verbrannt wird Weder bei Ihrer Geldverschwendung noch bei der Förderung von Giftmülltourismus und -verbrennung darf die AGR von der Politik bevorzugt behandelt werden, dürfen die Interessen der Bürger und Gebührenzahler auf der Strecke bleiben., Karl Kneip

HILTRUD MEIER-ENGELEN, 66, ist Fraktionsvorsitzende der FDP in Leverkusen. Die pensionierte Schulleiterin kandidierte mehrfach erfolglos als Oberbürgermeisterin. Gegen die Verbrennung von rund 4.500 Tonnen HCB aus Down Under in den Anlagen des Bayer-Konzerns hat sie keine Einwände. Das sei besser als den Müll unversorgt in der Weltgeschichte herumgeistern zu lassen.

KARL KNEIP, 54, ist Stadtverbandssprecher der Grünen in Herten. Der Diplom-Ingenieur mit dem Arbeitsschwerpunkt Abfallwirtschaft engagiert sich gegen den Ausbau des so genannten Rohstoffrückgewinnungszentrum Ruhr (RZR): Die Hertener Müllverbrennungsanlage sei überdimensioniert, verbrenne Steuergelder. Der deshalb nötige Giftmülltourismus etwa aus Australien gefährde Umwelt und Anwohner

---

ANALYSE,FAKTEN UND EMOTIONEN 30. 01.07 - NGZ

Analyse Bayer und das Giftmüll-Geschäft mit dem australischen Unternehmen Orica von Petra Schiffer Dormagen Emotionen sind auch Fakten. Mit diesen Worten versucht Dormagens Chemiepark-Chef Dr. Walter Leidinger die heftigen Diskussionen um das Geschäft mit dem australischen Sprengstoffunternehmen Orica zu entschärfen. Er will den Eindruck vermitteln: Der Transportüber tausende von Kilometern und die Verbrennung des giftigen Stoffs Hexachlorbenzol (HCB) in Dormagen sind in erster Linie ein emotionales Problem. Wer sich die Fakten anschaut, kann nur zu dem Ergebnis kommen, dass dieses Geschäft nichts Außergewöhnliches ist, Tagesgeschäft eben. Und dieser Eindruck ist nicht richtig.

Richtig ist: Es gibt Fakten, die Bayer für seine Argumentation in die Waagschale werfen kann. Die Rückstandsverbrennungsanlage (RVAD) hat die Genehmigung, HCB zu verbrennen, und hat das in der Vergangenheit bereits getan - ohne Zwischenfälle. Es liegt in der Natur der Sache, dass in der chemischen Industrie mit gefährlichen Stoffen gearbeitet wird und gefährliche Abfallprodukte entstehen. In Dormagen werden sie in der RVAD vor Ort entsorgt. Damit sichert die Anlage denProduktionsstandort und vernichtet Chemikalien, die sonst deponiert werden müssten und sozumindest zum Teil ein noch größeres Risiko wären.

Es gibt aber auch Fakten, die klar gegen das Giftmüll-Geschäft sprechen. Und die schwerer wiegen als ein irgendwie ungutes Gefühl einiger Bedenkenträger. Die Dormagener Anlage gehört zweifellos zu den modernsten und sichersten der Welt. Doch auch in einer solchen Anlage kann ein Versagen von Technik oder Mensch nie ausgeschlossen werden. Das gleiche gilt - bei allen Sicherheitsvorkehrungen - für den Transportweg: In der Vergangenheit wurde HCB wenige Kilometer aus Leverkusen oder Düsseldorf angeliefert. Das Risiko, dass bei einem Unfall Fässeraufschlagen und der giftige Stoff in Meer oder Grundwasser gelangt, ist bei einem Weg um diehalbe Welt um ein Vielfaches größer. Die Folgen wären sicherlich nur von Fachleutenabschätzbar. Fakt ist aber: HCB gehört zu einem von zwölf weltweit geächteten Giftstoffen, der im Bio-Organismus nicht abgebaut werden kann und laut Bundesumweltamt zu schwerwiegenden Stoffwechselstörungen und Organschäden führen kann.

Weitere Fakten kann Bayer ebenfalls nicht entkräften. Es ist eine Tatsache, dass der Bau einer Verbrennungsanlage in Australien an den Protesten in der Bevölkerung gescheitert ist. Dort scheinen die Bürger auch irgendwie ein ungutes Gefühl gehabt zu haben - und die Behörden nahmen diese Emotionen ernst.

Und dann sind da noch die wirtschaftlichen Fakten, die keine ganz unwichtige Rolle spielen. Offenbar bringt das Australien-Geschäft Bayer rund drei Millionen Euro ein. Deshalb hält sich das Interesse des deutschen

Chemiekonzerns in Grenzen, die profitable Technik in andere Länder zuexportieren und sich selbst Konkurrenz zu schaffen. Natürlich soll Bayer alsWirtschaftsunternehmen Geld verdienen. Giftmüll vom anderen Ende der Welt ist für die Zukunftjedoch mit Sicherheit nicht das beste Wirtschaftsgut, um dieses Ziel zu erreichen. Vielleicht wäre Bayer gut beraten, etwas mehr als bislang auf sein Gefühl zu hören. Die Bereitschaft der Dormagener, der chemischen Industrie vor Ort mit Toleranz zu begegnen und ihr notwendigen Raum für Weiterentwicklungen zu geben, war immer groß - und sie ist es bis heute. Bayer sollte dieses Wohlwollen nicht überstrapazieren.

http://news.natur.de/scripts/basics/econews/basics.prg?session=53874...30.01.2007 11:20

PROTESTBRIEF(J.J.) AN DEN BÜRGERMEISTER VON BOTANY-BAY

Mayor Ron Hoenig
Councillors of the City of Botany Bay
ACT, 2600 Australia VIA EMAIL
30 January 2007
Dear Major, dear Madam, dear Sir.

We the undersigned are writing to inform you to of the growing concern being generated over the actions of the chemical company, Orica Australia Pty Ltd and their proposal to export 22,000 tonnes of highly toxic hexachlorobenzene waste to our Area for incineration.

We are aware that in 1996 the Australian National Advisory Body (NAB) on Scheduled Waste released the national Management Plan for Hexachlorobenzene (HCB) to oversee the destruction of the HCB waste stockpile. This plan recommended that the waste should be destroyed as "close to the source as possible" in the light of the significant risk in transporting such a large stockpile of persistent organic pollutant (POPs) waste and Australia's proven ability to destroy hazardous waste in an environmentally sound manner

We believe Orica's current proposal to export its 22,000 tonnes of HCB waste to an incinerator overseas is in breach of both the intention and spirit of the HCB Management Plan and contravenes the principles of environmentally sound management of hazardous waste as developed by the UN Secretariat of the *Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes & their Disposal* (1989).

While the waste holder may argue exceptional circumstances require export, we do not consider that this is the case. There is strong local opposition to any attempt to export this waste and we wish to inform you that national and international NGOs are already mobilising to challenge the import of this stockpile into Germany (Herten, Brunsbüttel, Leverkusen, Dormagen) for incineration. (for example see our homepage: www.pro-herten.de)

We believe the actions of this one company are putting at risk Australia's reputation in the area of environmentally sound chemical management.

We ask you as the Australian inhabitants of Botany Bay to accept the principle that Australia takes responsibility for the environmentally-sound destruction of its own HCB waste, as it has done for all previously generated POPs waste. We also request that you work with all stakeholders including State governments, the waste holder, NGOs and the community to find an environmentally sound solution to the destruction of the HCB waste stockpile in Australia.

Yours Sincerely, i. A. Joachim Juergens

Evangelische Kirchengemeinde Herten

für kommunale Transparenz

EINLADUNGEN U.A. AN PODIUMSGÄSTE:

Beispielshaft an:
Frau MdB Bärbel Höhn

Sehr geehrte Frau/Sehr geehrter Herr ……..! **30. Januar 2007**

Seit Ende des letzten Jahres ist die Hertener Bürgerschaft im Blick auf die Müllverbrennungsanlage Herten (RZR) verunsichert. In der Hertener Zeitung war zu lesen, dass 5.000 Tonnen Sondermüllmüll aus Australien verbrannt werden sollen, der zu den giftigsten Substanzen der Welt zählt.

Verbrennt das RZR wirklich so sauber, wie es die Betreibergesellschaft immer versichert?
Kann man davon ausgehen, dass keine giftigen Stoffe an die Umwelt abgegeben werden?
Die Evangelische Kirchengemeinde Herten, die Initiative Pro-Herten und die Stadt Herten möchten gemeinsam zur Aufklärung beitragen. Der Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt befasste sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Thema.

In einer öffentlichen Podiumsdiskussion sollen sich Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt – und auch über die Stadt hinaus – ein Bild davon machen, ob ihre Sorgen berechtigt sind oder nicht.

Daher freuen wir uns, dass Sie, *sehr geehrte/r Frau/Herr N:N.* sich bereit erklärt haben, Ihren Sachverstand mit in die Podiumsdiskussion einzubringen. Die Veranstaltung findet statt am

6. Februar 2007 um 20.00 Uhr

im „Glashaus Herten“, Hermannstraße 16, Herten.

Herr Gregor Spohr, Chefredakteur der der Hertener Allgemeinen Zeitung, und Moderator des Abends, bittet Sie, möglichst eine halbe Stunde vor Beginn zur Verfügung zu stehen.

In Erwartung einer konstruktiven und klärenden Diskussion möchte ich Ihnen schon im Voraus meinen Dank für Ihre Teilnahme zusagen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne unter den o.g. Kontaktdaten zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen Gez. i. A. J.Jürgens

Ansprechpartner

Erlöserkircher

Andreas Wilkens
Ewaldstr. 81a
Tel:0 23 66-93 84 88
awilkens(at)versanet.de

Pro-Herten
Joachim Jürgens
Schützenstr. 84
Tel.:02366-37653
jj(at)pro-herten.de

Stadt Herten
Pressestelle
Nele Däubler
Kurt-Schumacher-Str. 2
Tel.: 02366-303357
n.daeubler(at)herten.de

Our town, on the right side, the steam is coming form RZR
The company show picture like

ÖFFENTLICHKEIT UND AGR

O-Ton Struszczynski

(…)»»Abfallwirtschaft ist prinzipiell ein mit Emotion besetztes Thema und das war auch der Grund, warum wir relativ frühzeitig auf die bestehenden Anlieferungen von Abfällen aus Australien reagiert haben und das bekannt gemacht haben. (…)

Erstaunlich für uns ist in der Tat, dass einige Randgruppenmeinungen sehr schnell die veröffentliche Meinung okkupiert haben und wie schnell und manchmal auch mit welch simplen Argumenten das von statten gegangen ist. (…)«« zum Video-Clip

-----Ursprüngliche Nachricht-----

EMAIL-VON: SCHWIRSKE

Gesendet: Mittwoch, 31. Januar 2007 22:15 An: pressesprecher(at)agr.de
Betreff: Öffentlichkeit und AGR

Geehrter Herr Struszczynski,

ich beziehe mich auf ein Interview in der aktuellen Stunde vom heutigen Tage. Ihre Einlassungen - vor laufender Kamera dokumentiert - will ich wie folgt kommentieren:

1. Die Aussage, die AGR habe über die Orica-HCB-Importe frühzeitig informiert, entspricht nachweislich nicht den Tatsachen. Publiziert wurde die Information durch den Chef de HA, Herrn Gregor Spohr, sodann durch Pro-Herten u.a..

2. Dass hier in Herten Randgruppen unmaßgebliche Meinungen verbreiten, kann nicht unwidersprochen bleiben, sofern Sie an Stadt, ev. Kirchen und Umweltgruppen dachten. Ich darf summieren, wer sich bislang grundsätzlich gegen POP-Importe aus Australien ausgesprochen hat: Der Umweltminister des Landes NRW, die großen und grüne Fraktionen im Landtag, die SPD-NRW, die Mehrzahl der Kommentatoren in den Medien, eine große Zahl von Bürgern, Politikern in Herten und Umgebung, Kirchenvertreter, Umweltverbände ... Die Liste wächst tagtäglich weiter an. Ein beachtlich breiter Rand!

Die schmale Kante, auf der die AGR laviert, bröckelt weiter. Denn immerhin widerspricht das geschäftliches Ansinnen Oricas den Intentionen mehrerer internationaler Konventionen, insbesondere dem Proximity Priciple der Baseler Konvention von 1989. Eine Genehmigungsfähigkeit unterstellen wir nicht.

Währenddessen Bayer nun Fähigkeiten beweist, flexibel, zivilisiert und argumentativ, fast hätte ich gesagt: "nachbarschaftlich" auf Proteste zu reagieren - auch wenn die Argumente nicht überzeugen - zeigt sich die AGR in altbewährter Höchstform. Immerhin würdig vertreten durch den langjährigen Öffentlichkeitsreferenten eines öffentlichen Unternehmens.

Kurzum, ich möchte Sie auffordern, über die Angemessenheit Ihrer Positionen und Äußerungen nachzudenken. Dass Ihr - will sagen: unser aller öffentliches Unternehmen sich anfänglich in einer Fehleinschätzung der Situation erging, können wir Bürger gern beiseite lassen. Jedenfalls wäre es hilfreich, wenn AGR-Vertreter am 6.2. auf dem Podium in Herten ihre Positionen höflich und argumentierend vertreten würden. Als Muster darf ich den Brief des Herrn Dr. Grigat beifügen.

Mit freundlichen Grüßen Manfred Michael Schwirske (Herten,Wiesenstraße 18)

ANTWORT:VON: "HEINZ STRUSZCZYNSKI" Datum: 1. 2. 2007 13:11:08 MEZ

An: "'Schwirske'" Betreff: AW: Öffentlichkeit und AGR

Sehr geehrter Herr Schwirske,

1. Zwischen dem 18. und 20. Dezember hat die AGR in einer Auflage von rd. 3.500 Exemplaren die 4. Quartalsausgabe ihrer Kundenzeitschrift BlickKontakt herausgegeben. Über 200 Stück davon gehen durch direkte postalische Zustellung an wesentliche Multiplikatoren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft in Herten und Umgebung. Im Gegensatz zum kommentarlosen Versand erhalten alle Redaktionen im Umfeld des RZR Herten den BlickKontakt mit einem erläuternden Anschreiben.

In diesem Brief weise ich im Themenhinweis meine Kolleginnen und Kollegen deutlich auf die bevorstehenden Transporte des australischen Sonderabfalls hin. Glauben Sie, dies habe ich getan, um das Thema zu verschweigen?

Eine Kopie des Schreibens habe ich beigefügt. Die Hertener Allgemeine hat erstmalig am 22. Dezember über das Thema berichtet und bezieht sich dabei ausdrücklich auf unsere Kundenzeitschrift BlickKontakt. Es gab also nichts "aufzudecken" - das sind die Tatsachen. Erst am 28.12. ist Pro-Herten, parallel zur Hertener WAZ, in das Thema eingestiegen.

2. Vertreter der AGR - darunter auch ich - haben in Interviews mit den Medien, bei öffentlichen Auftritten vor Umweltausschüssen, in der Hertener Innenstadt und vor Parteigremien und in vielen Schriftwechseln Verständnis dafür gezeigt, dass die geplanten Sonderabfalllieferungen kritisch gesehen werden. Genau aus diesem Grund (siehe Punkt 1) haben wir auf die Transporte aufmerksam gemacht.

In meiner Aussage beim WDR habe ich die Tatsache aufgegriffen, dass in der Anfangsphase der Diskussion bestimmte Personen und politische Randgruppen mit teils wissentlich diskreditierend vorgetragenen Argumenten und mit populistischer Zielsetzung öffentliche Stimmung gegen die AGR und das RZR Herten erzeugt haben. Wir konnten ein "downcycling" der Argumentation erleben. Erst war die Sonderabfallverbrennung von Hexachlorbenzol im RZR Herten prinzipiell nicht genehmigt, dann war die Anlage technisch dazu nicht in der Lage, dann war die Menge zu groß, dann sollten wir die Verbrennungstemperaturen nicht een, dann sollte das Notifizierungsverfahren nicht zulässig sein, etc. etc. und irgendwann, als die Argumente ausgingen, war man bei der Staubbelastung und damit gänzlich auf dem Holzweg - siehe unsere Emissionsdaten.

Alle diese Argumente wurden von uns widerlegt. Das RZR Herten beseitigt nach Recht und Gesetz seit bald 25 Jahren störungsfrei und mit weltweitem Vorbildcharakter Sonderabfälle, darunter auch chlorierte Problemabfälle!

Ich bin auch nach wie vor nicht überzeugt, dass die jetzigen Akteure des "Widerstandes", wie sie im gestrigen Fernsehbericht vorgestellt wurden, autorisiert sind, für die Gesamtheit der Hertener Bürger sprechen zu können.

(Fachleute gehen davon aus, dass nur noch knapp 30 Prozent der Hertener Haushalte durch die lokalen Tageszeitungen erreicht werden.) Zum einen, weil die "veröffentlichte Meinung" mit Sicherheit nicht die öffentliche Meinung ist, zum andern, weil ich in Anrufen und von den Besuchern unseres RZR Herten durchaus andere Stimmen höre. Tenor: Dass der Müll aus Australien kommt ist fragwürdig - dass die AGR ihn sicher beseitigen kann, ist unstrittig.

Die Diskussion hat sich in den letzten Tagen deutlich versachlicht und ist da angekommen, wo sie von Anfang an hingehört hat, bei der Frage, ob wir aus ethischen, sozialen und ökologischen Fragestellungen heraus Sonderabfallim- und exporte in einer globalisierten Wirtschaft zulassen können oder sogar dulden müssen. Darüber zu befinden, ist aber nicht die Aufgabe der AGR. Ich zitiere G. Spohr in seinem Kommentar vom 27.01.: "Das Besondere an dem Abfall aus Australien ist nicht das hochgiftige HCB, sondern die Entfernung, über die es herangeschafft wird.

Und exakt hier ist die Politik gefragt. Das ist der Unsinn, der gestoppt werden muss. Nicht das RZR."

Auch die Tatsache, dass sich die von Ihnen angeführten Personen und Institutionen gegen derartige Sonderabfalltransporte ausgesprochen haben, heißt nicht, dass diese illegitim sind. Aus gutem Grund haben Sie sicherlich nicht ausgeführt, dass z.B. der Umweltminister und die Bezirksregierungen auch dargelegt haben, dass diese Transporte zulässig und genehmigungsfähig sowie die ausgewählten Anlagen dazu bestens geeignet sind. So wird in "landtag intern" vom 24.01. der CDU-Parteifreund von Minister Uhlenberg, Karl Kress, wie folgt zitiert. "Wenn es stimmt, dass es weltweit nur fünf vergleichbare Anlagen gibt, macht eine Entsorgung hier Sinn."

Wenn sich jetzt also Parteien und Institutionen in Herten in unpolemischer Weise und ohne die AGR als Büttel für ungelöste politisch- wirtschaftliche Fragestellungen zu nutzen, mit dieser Frage beschäftigen, wird dies von uns begrüßt. Hoffen wir, dass die Veranstaltung im Glashaus insgesamt so abläuft, wie Sie es von den Vertretern der AGR erwarten.

Ob und wieweit die Notifizierung des Abfalltransportes rechtmäßig ist und welchen Konventionen sie entspricht oder nicht entspricht, überlässt die AGR den für derartige Entscheidungen verantwortlichen Fachleuten in den Behörden.

Hauptzielgruppen unserer Öffentlichkeitsarbeit war immer die Gesamtheit der Bürger in Herten und in der Umgebung des RAR Herten bzw. deren gewählte Repräsentanten - nicht einzelne Gruppierungen. Auf diese Kernzielgruppen werden wir in den nächsten Tagen in erprobter Form und umfänglicher, als in Ihrem Beispiel vorgelegt, zugehen.

Auch Sie sind z.B. herzlich eingeladen, uns im RAR Herten zu besuchen und mit uns über die Thematik Sonderabfall zu diskutieren. Dazu werden in den nächsten Tagen verschiedene Termine publik gemacht.

Mit freundlichen Grüßen Heinz Struszczynski; Pressesprecher / Leiter Unternehmenskommunikation

Aktiventreffen in der Erlöserkirche Jürgens, Dr. Huberts, 'Wilkens, Schwirske, Kneip

„Leute lassen sich auf Dauer nicht für Dumm verkaufen"

Aus dem Fernsehbeitrag (Lokalzeit-WDR 31.Jan.2007):

WDR-Fernsehbeitrag

„DEUTSCHE ANLAGEN SIND DIE SICHERSTEN“ NGZ 31.01.2007

NGZ Dormagen , VON PETRA SCHIFFER

Professor Klaus Gerd Schmidt arbeitet am Institut für Umwelttechnik.

Dormagen **Bayer hat seine Informationspolitik verbessert. Noch immer sind viele Bürger jedoch verunsichert und wissen nicht, ob die Entsorgung von Hexachlorbenzol in der Verbrennungsanlage Dormagen sicher ist. Die NGZ sprach mit Professor Klaus Gerd Schmidt, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Energie- und Umwelttechnik in Duisburg, über die Risiken.**

Herr Professor Schmidt, warum ist Hexachlorbenzol gefährlich?

Professor Klaus Gerd Schmidt Bis in die 80er Jahre war HCB als Beize gegen Pilzbefall in der Landwirtschaft im Einsatz. Es gehört zu den Stoffen, die nach der Stockholmer Konvention weltweit verboten wurden. Unter anderem, weil der Stoff Krebs erzeugen kann und die Umwelt nachhaltig schädigt. Der Stoff ist im Bio-Organismus nicht abbaubar. Für die Beseitigung solcher Chemikalien wurde in Deutschland die geeignete Technik entwickelt, auch um HCB zu entsorgen. In Australien gibt es keine Behandlungsanlage. Der Stoff wurde seit Anfang der 90er Jahre in Fässer gepackt und unter Firmen-Parkplätzen oder an anderen Orten deponiert. Das ist nach den neuen rechtlichen Bestimmungen nicht mehr möglich.

Deshalb soll HCB verbrannt werden. Welche Produkte entstehen bei diesem Verbrennungsprozess?

Schmidt HCB wird nur zusammen mit anderen Abfällen verbrannt. Es bilden sich im Wesentlichen Kohlendioxid und Chlorwasserstoff, aber auch Salzsäure.

Also auch giftige Stoffe?

Schmidt Ja. Wenn eine Anlage in Deutschland jedoch die Genehmigung hat, HCB zu verbrennen, verpflichtet sie sich, die Grenzwerte nach der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung einzuhalten. Und das wird sehr streng kontrolliert.

Sind diese Anlagen sicher?

Schmidt Wie in jeder technischen Anlage kann es Störfälle geben, aber dann müssen Sicherheitsmechanismen greifen. Um eine Genehmigung zu erhalten, muss eine Anlage Notfallpläne für unterschiedliche Störfälle bereit halten und diese durchgespielt haben. Die deutschen Anlagen sind Spitzenreiter in der Sicherheitstechnologie.

Bei welcher Temperatur muss HCB verbrannt werden?

Schmidt Das kommt auf die Mischung an. Setzt man viel HCB zu, muss eine Mindest-Temperatur von 1100 Grad eingehalten werden.

In Dormagen sollen im Schnitt drei Fässer am Tag verbrannt werden.

Schmidt Wenn die Mengen klein genug sind, reichen Temperaturen, die über 850 Grad liegen.

Was passiert, wenn HCB während des Transports austritt?

Schmidt Natürlich können auch hermetisch verschlossene Stahlfässer bei einem Unfall kaputt gehen. Dann tritt ein kristallines Pulver aus, das nicht explosiv oder entflammbar ist. Es kann auf festem Untergrund von

Menschen in Schutzausrüstung aufgenommen und wieder verpackt werden. Die Kleidung muss anschließend als kontaminiertes Material verbrannt werden.

Und was geschieht, wenn HCB ins Wasser gelangt?

Schmidt Ein Vorteil ist, dass HCB nur schwer wasserlöslich ist. Wenn es allerdings ins Grundwasser gelangen würde, hätte das weitreichende Folgen. Es kann Gewässer langfristig vergiften, und ist sehr giftig für Wasserorganismen.

CHEMIEPARK LÄDT NACH BÜRRIG BÜRRIG, KÖLNER STADTANZEIGER, 31.01.07

Chemiepark lädt nach Bürrig Bürrig - Besichtigung und Information aus erster Hand über seine Sonderabfall-Verbrennung bietet der Chemiepark Leverkusen allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern an. Halbstündig werden am Sonntag, 11. Februar, von 11 bis 15 Uhr Führungen durch die Verbrennungsanlage angeboten. Für Fragen, insbesondere zur geplanten und heftig umstrittenen Entsorgung von giftigen Chemieabfällen aus Australien, würden Fachleute der Umweltdienster von Bayer Industry Services (BIS) zur Verfügung stehen, heißt es in der Einladung.

Müllverbrennungsanlage Einer von zwei Drehrohr-Öfen der Sondermüllverbrennung. Darin wird das Gift bei über 1000°C verbrannt.

Treffpunkt ist der Info-Stand am Eingang des Entsorgungszentrums (Tor 9) in Bürrig. Kinder ab zwölf Jahren können an den Besichtigungen teilnehmen. Anmeldungen sind nicht erforderlich. (ujo)

Müllverbrennungsanlage

In solchen Blechfässern kommt auch der HCB-Müll von Orica an.
Die BIS-Tochter Chemion will ihn transportieren.

Bildquellen: Kölner Stadtanzeiger

The Daily Telegraph" AUSTRALIEN, 1. Feb. 2007

Presse in down under

Übersetzung:Veröffentlicht im "The Daily Telegraph" Australien , 1. Febr. 2007

Von SAFRAN HOWDEN

Der Chemiekonzern, der wegen der durch giftigen Abfall verursachten Grundwasserverunreinigung in Sydneys Umgebung in Verruf geraten ist, sieht sich mit dem Plan, 22.000 Tonnen seiner giftigen Abfalls nach Deutschland zu verschiffen, einem Sturm des Zorns ausgesetzt.

Orica hat eine Genehmigung bei der australischen Bundesregierung beantragt, um eine große Menge des Hexachlorbenzols (HCB) nach Europa zur Entsorgung mittels Verbrennung zu verbringen. Orica sei selbst, mangels eigener Anlagen, nicht in der Lage, den Abfall selbst zu entsorgen.

Dieses Vorhaben ruft jetzt aber den Unmut des Umweltministers des dicht bevölkerten nördlichen Bundeslandes NRW, Eckhard Uhlenberg, hervor.

Uhlenberg sagt, dass NRW diesen Abfall nicht wünsche, er aber derzeit wegen internationaler Gesetze (Abmachungen) nichts verhindern könne. "Um es deutlich zu sagen: Wir sind gegen die Einfuhr von (toxischen) Abfällen aus Australien, besonders weil der Transport dieser gefährlichen Abfälle über die riesige Entfernungen beträchtliche Gefahr in sich birgt." Sagte der Minister.

Eine Podiumsdiskussion, die sich gegen den Plan wendet, ist für die nächste Woche in Herten, dem Standort einer der Verbrennungsanlagen, geplant.

Die Deutsche Presse ist voll von Artikeln, die ernste Sorgen der Bürger über diesen Transport zum Ausdruck bringen. Der neue australische Umweltminister Malcolm Turnbull sagte, dass er eine Bewertung des Vorhabens seitens seines Ministeriums abwartet, bevor er eine Entscheidung trifft.

Immerhin überprüfte 2004 die NSW (New-South-Wales) Regierung das Orica HCB-Vorhaben und bezog eindeutig Stellung gegen den Export des Abfalls: „Ein überzeugender Grund für einen Export kann nicht bestätigt werden.“ Orica schätzt, dass vier einzelne Schiffsladungen im Zeitraum zwischen April 2007 und Dezember 2008 erforderlich sind, um den Vorrat von 22,000- Tonne, der zur Zeit im Botany Industriegebiet gelagert ist, außer Landes zu bringen.

HCB gehört zu den "schmutziges Dutzend" genannten, gefährlichen Chemikalien, die weltweit aufgrund des Stockholmers Abkommen geächtet sind.

Laut Australiens Nationalem-Toxics-Netzwerk (NTN) kann die Einwirkung von HCB Nieren- und Leber-Schäden verursachen, ebenso das Zentralnervensystem soweit schädigen, dass es zum Kreislaufzusammenbruch sowie auch zu Atmungsproblemen kommen kann.

Die Verwendung von HCB ist in Deutschland seit 1981 verboten. NTN-Sprecherin Mariann Lloyd-Smith hat die australische Bundesregierung auffordert, Orica anzuweisen, die eigenen Mittel zu nutzen, um den australischen Abfall vor Ort zu entsorgen.

„Ein Werk in Brisbane und ein weiteres in Melbourne wären zur Abfallbeseitigung in der Lage“, sagte Dr Lloyd-Smith, "Australien hat sowohl die moralische als auch gesetzliche Verpflichtung, sich mit seinem eigenen Abfall zu befassen."

Der Bundesumwelt- und Arbeitsminister Peter Garrett, dessen Wahlbezirk sich in Botany Bay, dem Sitz von Orica befindet, gibt zu, dass die Ausfuhr aus Australiens mit internationalen Verpflichtungen kollidiert, aber er will es dennoch aus seiner Umgebungen entfernen. "Die Gesundheitsangelegenheiten der Leute von Botany Bay und den dortigen Vororten müssen Vorrang haben" , sagte er.

Australiens Richtlinien zur Handhabung gefährlicher Abfälle schließen den Transport von giftigen Abfällen wegen der Transportgefahren aus und verlangen eine ortsnahe Entsorgung. Doch können sich Firmen dann um eine Sondergenehmigung bemühen, wenn sie nachweisen können, dass sie nicht selbst über geeignete Entsorgungsmöglichkeiten verfügen., Saffron Howden, Journalist

THE DAILY TELEGRAPH, BY SAFFRON HOWDEN

The chemical company infamous for contaminating Sydney's groundwater with toxic discharge is facing a storm of fury over plans to ship 22,000 tones of its poisonous waste to Germany.

Orica has lodged an application with the federal government to export massive shipment of hexachlorobenzene (HCB) to Europe for destruction by incineration, claiming it could not dispose of the waste itself.

But now German regional environment minister in the densely-populated North Rhine-Westphalia region, Eckhard Uhlenberg, is irate. He says his country does not want the waste, but is powerless to stop it because of binding international agreements.

``To say it clearly: We are against the importation of (toxic) waste from Australia, particularly since transportation of this sort of dangerous waste over huge distances involves considerable risk," he said in parliament.

A rally is planned for next week in Herten, home to one of the incinerators, to oppose the plan. The German press is awash with articles expressing grave concerns about the move New Environment Minister Malcolm Turnbull said he's awaiting an assessment from his department before making a decision.

But a NSW government review of Orica's HCB waste options in 2004specifically recommended against exporting it, concluding ``a persuasive case for export could not be sustained".

Orica estimates that four separate shipments of the 22,000 tones stockpile currently stored at its Botany industrial park will be needed between April this year and December 2008.HCB belongs to the ``dirty dozen" of dangerous chemicals forbidden worldwide under the Stockholm Convention.

According to Australia's National Toxics Network (NTN), excessive exposure to HCB can cause kidney and liver damage, harm to the central nervous system leading to seizures, collapse of the circulatory system, and respiratory problems.

Its use has been banned in Germany since 1981.NTN spokeswoman Mariann Lloyd-Smith, who is calling on the federal government to reject Orica’s application, said the company, and had the means to deal with its waste here. One plant in Brisbane and another in Melbourne were capable of treating it, Dr Lloyd-Smith said. ``Australia has both moral and legal obligations to deal with its own waste,’ she said. Labor's federal environment spokesman Peter Garrett, whose electorate takes in Orica's Botany plant, admitted exportation conflicted with Australia's international obligations. But he still wants it taken out of his suburbs.

``The health concerns of the people of Botany and surrounding suburbs must take precedence," he said. Under Australia's hazardous waste regime, toxic refuse must be destroyed as close to the source as possible to avoid dangerous transportation of poisonous materials. But companies can apply for an exemption if they prove they cannot dispose of it themselves. Saffron Howden Journalist the Daily Telegraph

INGO GÖDEKE BUND-CHEMIEEXPERTE IN SACHEN MÜLLENTSORGUNG

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Ingo "Gödeke" [mailto:320062923675-0001(at)t-online.de]
Gesendet: Freitag, 2. Februar 2007 07:09
An: h.strusi(at)agr.de
Betreff: **Offener Brief: AGR Öffentlichkeitsarbeit im Kontext mit der geplanten HCB Beseitigung**

Offener Brief vom 02.02.2007 zur AGR Öffentlichkeitsarbeit im Kontext mit der geplanten HCB Beseitigung im RZR

Sehr geehrter Herr Struszczynski,

ich beziehe mich auf das Interview, das Sie in der gestrigen aktuellen Stunde im WDR Fernsehen zur Thematik der geplanten Importe von HCB haltigen Abfällen aus Australiengegeben haben und auf weitere von Ihnen und der AGR Firmengruppe in der Öffentlichkeit getätigte Äußerungen.

In dem gestrigen Interview tätigten Sie folgende Aussagen bzw. Behauptungen (wörtliches Zitat):

"Abfallwirtschaft ist prinzipiell ein mit Emotionen besetztes Thema und das war ja auch der Grund, warum wir relativ frühzeitig auf die bestehenden Anlieferungen von Abfällen aus Australien reagiert haben und das bekannt gemacht haben. Erstaunlich für uns ist in der Tat, dass einige Randgruppenmeinungen sehr schnell die veröffentlichte Meinung okkupiert haben und wie schnell und manchmal auch mit welch simplen Argumenten das vonstattengegangen ist." (Zitat Ende)

Ich muss ganz offen meinem Befremden über diese Äußerungen und weitere von Ihnen und der AGR zu dieser Thematik in der Öffentlichkeit getätigte Aussagen Ausdruck verleihen. Ich habe mir Ihren Wortbeitrag sehr genau angehört und frage mich, ob Ihre Aussage im obig genannten Interview "... bestehenden Anlieferungen aus Australien ..." lediglich ein Versprecher oder eher ein Freud´scher Versprecher war, der dokumentiert, dass die fraglichen Abfälle bereits geliefert und im RZR thermisch behandelt werden. Das allerdings wäre mehr als befremdlich. Vielleicht meinten Sie ja auch "... bevorstehend ..."?, sagten es aber nicht.

Da Sie - wie aus Ihren mir bekannten Verlautbarungen hervorgeht - gerne die Aussagen von Kritikern im Wortlaut "auf die Goldwaage legen", um dies einmal bildlich auszudrücken, ist es einem Kritiker des HCB- Deals sicher auch erlaubt, auf Sie als Vertreter der AGR in der Öffentlichkeit den selben Maßstab anzuwenden. Ich bin sehr interessiert an einer konkreten Aussage, ob bereits ein Import von HCB- Abfällen stattfindet oder erst geplant ist. Es befremdet mich auch, dass Sie in dem o.g. Interview behaupten, frühzeitig auf die bestehenden Anlieferungen aus Australien reagiert zu haben und das bekannt gemacht zuhaben.

Erstmalig hat die AGR nach meiner Kenntnis in der zweiten Dezemberhälfte 2006 öffentlich Stellung bezogen. In der Publikation "Blick-Kontakt" 4/2006 wird berichtet, dass im September 2006 der Vertrag von der AVR für den Konzern ORICA und der AGR Unternehmensgruppe über die Entsorgung von ca. 5.000 Tonnen HCB-Abfälle unterschrieben wurde. Weiter ist im "Blick-Kontakt" 4/2006 berichtet, nach Prüfung aller Bedingungen und Fakten habe die Bezirksregierung Münster schließlich grünes Licht für den Entsorgungsauftrag aus Sydney gegeben.

Es gibt bis heute weder eine Exportgenehmigung aus Australien noch eine Notifizierung des HCB-Importes durch die Bezirksregierung Münster und somit auch keine Genehmigung zur Beseitigung der HCB-Abfälle aus Australien im RZR. Das ist amtlich bestätigt. Somit hat die AGR Unternehmens-

gruppe, die Sie gegenüber der Öffentlichkeit vertreten, bereits im Dezember wider besseres Wissen die Unwahrheit publiziert.

Auch wurde über internationale Umweltnetzwerke bereits Ende August 2006 ein geplanter Import von HCB- Abfällen der Firma ORICA nach Deutschland zur thermischen Beseitigung bekannt, auszugehen ist davon, dass die AGR zu diesem Zeitpunkt bereits in konkreten Vertragsverhandlungen war. Bereits im November wurden Anfragen gestellt, ob entsprechende Notifizierungen erteilt wurden. Wiewohl, wie mittlerweile bekannt ist, bereits spätestens im September 2006 zwischen der AGR und der Bezirksregierung Münster diesbezüglich intensive Gespräche geführt wurden, wurde davon zunächst nichts publik. Vielmehr fand dies monatelang unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Von frühzeitiger Information seitens der AGR kann daher keine Rede sein.

Unter diesen Randbedingungen möchte ich auch Ihre Aussage im o.g. Interview werten -"..., dass einige Randgruppenmeinungen sehr schnell die veröffentlichte Meinung okkupiert haben und wie schnell und manchmal auch mit welch simplen Argumenten das vonstattengegangen ist." - und möchte zum Ausdruck bringen, dass es demjenigen, der selbst oder dessen Firma, die er in der Öffentlichkeit vertritt, nachweislich die Unwahrheit behauptet, nicht zusteht, Kritikern simple Argumente vorzuwerfen. Simpel ist es vielmehr, die Unwahrheit zu verbreiten oder Tatsachen zu verheimlichen und zu hoffen, dass es niemandem auffällt.

Sie und die AGR haben - so sehe ich das - ein Glaubwürdigkeitsproblem, das sich mit Polemik nicht mehr kaschieren lässt.

Und über noch etwas möchte ich Sie gerne aufklären: allein die Umweltverbände BUND und NABU stellen, wenn sie sich kritisch äußern, mit jeweils rund 400.000 eingetragenen Mitgliedern wahrhaft keine Randgruppen dar. Dagegen stellt die Klientel, die Sie vertreten und die ein rein ökonomisches Interesse an dem HCB-Deal hat, nur einen - mit Verlaub gesagt - verschwindend geringen Anteil der Bevölkerung dar, sowohl im Herkunftsland der HCB-Abfälle als auch hier in Deutschland. Es würde Ihnen und der Firmengruppe, die Sie vertreten, gut zu Gesicht stehen, dies auch dahin gehend ernst zu nehmen, dass Sie sich künftig in der Sache auseinandersetzen anstatt- ich will da meinen Eindruck dazu deutlich zum Ausdruck bringen - in demagogischer und polemischer Weise wie Sie es in dem o.g. Interview zur Schau getragen haben. Öffentlichkeitsabteilungen anderer großer Firmen gehen - insbesondere bei Kritik von außen- professioneller, nämlich sachlicher, mit Öffentlichkeitsmanagement und Außendarstellung um als dies anscheinend bei der AGR Unternehmensgruppe mit Ihnen als Vertretergegenüber der Öffentlichkeit der Fall ist. Ich hoffe, dass Sie in diesem Punkt lernfähig sind und dies auch künftig mittels der Auseinandersetzung in der Sache demonstrieren. Ich wünsche mir, insbesondere angesichts der bevorstehenden Podiumsdiskussion in Herten unter Beteiligung der AGR, dass Sie und die Firmenvertreter der AGR zur Einsicht kommen, dass ein ernsthaft und ehrlich geführter Dialog fruchtbarer und zweckdienlicher ist als die bisherige PR-Strategie der AGR und sich deshalb offen und sachlich der Diskussion stellen.

Mit umweltfreundlichem Gruß, Ingo Gödeke-----

STRUSZCZYNSKI'S ANTWORT

Ursprüngliche Nachricht---
Von: Heinz Struszczynski [mailto:h.strusi(at)agr.de]
Gesendet: Freitag, 2. Februar 2007 12:53
An: 'Ingo "Gödeke"'

Betreff: AW: Offener Brief:
AGR Öffentlichkeitsarbeit im Kontext
mit der geplanten HCB Beseitigung

(Foto Internet) H. Struszczynski
Sehr geehrter Herr Gödeke,

dass ich eine Gegenposition zur Interessenlage bestimmter lokaler Gruppen aufbaue, müssen Sie mir schon zugestehen. Die AGR und unsere Sonderabfallverbrennung ist in den letzten Wochen mit erkennbar unsachlichen und wissentlich falsch verbreiteten Argumenten angegangen worden. Diese zu entkräften und die breite Öffentlichkeit auf diese Tatsache hinzuweisen, ist meine Aufgabe. Im Folgenden beantworte ich Ihre Fragen in der Reihenfolge Ihres Schreibens. Einige Passagen sind Schreiben entnommen, die ich bereits in den letzten Tagen verfasst habe:

1. Sie haben recht, ich habe "bestehende Anlieferungen" gesagt. Wie Sie vielleicht wissen, werden aus unterschiedlichen Gründen bei Fernsehinterviews einzelne Passagen wiederholt. Das war auch hier der Fall und dabei muss der Versprecher passiert sein. Meine gesamte Aussage war länger und spätestens aus dem zweiten Satz, indem ich mich dazu geäußert habe, ob die Anlieferung aus Australien für die AGR wirtschaftlich notwendig sei, wäre erkennbar gewesen, dass es diese Anlieferungen noch nicht gibt. Es liegt im Ermessen des Redakteurs, warum er diesen Satz genommen hat und nicht den gleichlautenden anderen, in dem ich sicherlich "anstehende Anlieferungen" gesagt habe und warum er das zweite Statement ganz weggelassen hat. Sie wissen sehr genau, dass bisher noch keine HCB-Abfälle aus Australien in unsere Anlage (und meines Wissens auch noch nie in eine andere SAV in Deutschland) angeliefert worden sind.

2. Zwischen dem 18. und 20. Dezember hat die AGR in einer Auflage von rd. 3.500 Exemplaren die 4. Quartalsausgabe ihrer Kundenzeitschrift BlickKontakt herausgegeben. Über 200 Stück davon gehen durch direkte postalische Zustellung an wesentliche Multiplikatoren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft in Herten und Umgebung. Im Gegensatz zum kommentarlosen Versand erhalten alle Redaktionen im Umfeld des RZR Herten den BlickKontakt mit einem erläuternden Anschreiben.

In diesem Brief weise ich im Themenhinweis meine Kolleginnen und Kollegen deutlich auf die bevorstehenden Transporte des australischen Sonderabfalls hin. Glauben Sie, dies habe ich getan, um das Thema zu verschweigen? Eine Kopie des Schreibens habe ich beigefügt. Die Hertener Allgemeine hat erstmalig am 22. Dezember über das Thema berichtet und bezieht sich dabei ausdrücklich auf unsere Kundenzeitschrift BlickKontakt. Es gab also nichts"aufzudecken" - das sind die Tatsachen.

Erst am 28.12. ist pro- Herten, parallel zur Hertener WAZ, in das Thema eingestiegen.

3. Abfallgeschäfte wie das jetzt diskutierte bedürfen umfangreicher behördlicher Genehmigung. Auch aus Gründen der Ökonomie ist es daher selbstverständlich, dass sich die Beteiligten bei den Genehmigungsbehörden vorab versichern lassen, ob ein Entsorgungsgeschäft prinzipiell genehmigungsfähig ist. Auch ein Privatmensch baut kein Haus auf ein Grundstück, ohne sich nicht vorher zu versichern, dass dort überhaupt gebaut werden darf. Orica und Vertreter australischer Behörden habe deshalb weit im Vorfeld der Vertragsverhandlungen mit der AGR deutsche Behörden kontaktiert und schließlich, gemeinsam mit der AGR, die Genehmigungsfähigkeit der Notifizierung bei der Bezirksregierung Münster abgefragt. Die Genehmigungsfähigkeit ist bestätigt worden oder glauben Sie, die Fachleute der BR Münster und die Vertreter von Orica und AGR hätten sich im BlickKontakt abbilden lassen, wenn die Notifizierung nicht möglich wäre? Auch wenn Sie es gern anders möchten: Wirtschaftsunternehmen

wie Orica und AGR werden ihre privatrechtlichen Vertragsverhandlungen und deren Unterzeichnung erst publik machen,wenn sie unterzeichnet sind. Etwas anderes ist das von einer öffentlichen Institution geführte Notifizierungsverfahren.

Hier haben wir in Abstimmung mit allen Beteiligten so frühzeitig wie es möglich war, auf die anstehenden Lieferungen aufmerksam gemacht.

4. Vertreter der AGR - darunter auch ich - haben in Interviews mit den Medien, bei öffentlichen Auftritten vor Umweltausschüssen, in der Hertener Innenstadt, vor Parteigremien sowie in Informationen an die eigenen Mitarbeiter und in vielen Schriftwechseln Verständnis dafür gezeigt, dass die geplanten Sonderabfalllieferungen kritisch gesehen werden.

Genau aus diesem Grund (siehe Punkt 1) haben wir auf die Transporte aufmerksam gemacht.

In meiner Aussage beim WDR habe ich die Tatsache aufgegriffen, dass in der Anfangsphase der Diskussion bestimmte Personen und politische Randgruppen mit teils wissentlich diskreditierend vorgetragenen Argumenten und mit populistischer Zielsetzung öffentliche Stimmung gegen die AGR und das RZR Herten erzeugt haben. Wir konnten ein "downcycling" der Argumentation erleben. Erst war die Sonderabfallverbrennung von Hexachlorbenzol im RZR Herten prinzipiell nicht genehmigt, dann war die Anlage technisch dazu nicht in der Lage, dann war die Menge zu groß, dann sollten wir die Verbrennungstemperaturen nicht een, dann sollte das Notifizierungsverfahren nicht zulässig sein, etc. etc. und irgendwann, als die Argumente ausgingen, war man bei der Staubbelastung und damit gänzlich auf dem Holzweg - wie unsere Emissionsdaten belegen. Alle diese Argumente wurden von uns widerlegt. Das RZR Herten beseitigt nach Recht und Gesetz seit bald 25 Jahren störungsfrei und mit weltweitem Vorbildcharakter Sonderabfälle, darunter auch chlorierte Problemabfälle!

Ich bin auch nach wie vor nicht überzeugt, dass die jetzigen Akteure des "Widerstandes", wie sie im Fernsehbericht vorgestellt wurden, autorisiert sind, für die Gesamtheit der Hertener Bürger sprechen zu können.

(So gehen journalistische Fachleute davon aus, dass nur noch knapp 30 Prozent der Hertener Haushalte durch die lokalen Tageszeitungen erreicht werden, 80 Prozent der unter25-jährigen gar nicht mehr.) Zum einen, weil die "veröffentlichte Meinung" mit Sicherheit nicht die öffentliche Meinung ist, zum andern, weil ich in Anrufen und von den Besuchern unseres RZR Herten durchaus andere Stimmen höre. Tenor: Dass der Müll aus Australien kommt ist fragwürdig - dass die AGR ihn sicher beseitigen kann, ist unstrittig.

Die Diskussion hat sich in den letzten Tagen deutlich versachlicht und ist da angekommen, wo sie von Anfang an hingehört hat, bei der Frage, ob wir aus ethischen, sozialen und ökologischen Fragestellungen heraus Sonderabfallim- und exporte in einer globalisierten Wirtschaft zulassen können oder sogar dulden müssen. Darüber zu befinden, ist aber nicht die Aufgabe der AGR. Ich zitiere G. Spohr von der Hertener Allgemeinen in seinem Kommentar vom 27.01.: "Das Besondere an dem Abfall aus Australien ist nicht das hochgiftige HCB, sondern die Entfernung, über die es herangeschafft wird. Und exakt hier ist die Politik gefragt. Das ist der Unsinn, der gestoppt werden muss. Nicht das RZR."

5. Ihre Bewertung unserer Kommunikation scheint Ihrer Unkenntnis geschuldet. Mit dem „gläsernen Verfahren“ zur Genehmigung des Ausbaus des RZR Herten II hat die AGR bereits Mitte der 90er Jahre über die Standortgemeinde Herten hinaus für Aufsehen gesorgt. Diese breit angelegte „Standortkommunikation“ zur Information der Bürger ist von der Fachwelt aufgegriffen und in den Folgejahren europaweit vielfach kopiert worden. Nicht zuletzt die Qualität und der Umfang unserer Öffentlich-

keitsarbeit haben zum Abbau von – teils gezielt gesteuerten – Vorurteilen gegenüber unserer Arbeit beigetragen.

Mehr als 120.000 Besucher im RZR Herten bei Führungen, zehntausende Besucher bei unseren Tagen der offenen Tür (zu denen Vertreter der jetzt aktiven Gruppen trotz Einladung in den letzten Jahren leider offiziell nicht mehr erschienen sind), zwei Mal jährlich in Herten und Umgebung an alle Haushalte verteilte Informationszeitungen (Herten Report und Emissions-Report), Online-Anzeige der RZR- Emissionsdaten im Internet, im Eingangsbereich und in Echtzeit beim Regierungspräsidenten, Seminare für Entsorgungsexperten und Politiker vor Ort und an Universitäten, Sponsoring sozialer, kultureller und sportlicher Aktivitäten vor Ort, Informationsstände vom NRW Journalistentag bis zu Ausstellungen über Ausbildungsoffensiven in Sachen Öffentlichkeitsarbeit gehört die AGR - ebenso wie mit ihrer Technik - zur Spitzengruppe in der Entsorgungsbranche. Kommunikative Zielgruppe Nr. 1 ist und bleibt für uns der Bürger und deren gewählte Vertretungen, an die wir uns unmittelbar und in unterschiedlichster Form direkt wen den. Aus diesem Dialog sind wir über den Stellenwert unseres Unternehmens und die Akzeptanz unserer Anlagen und Ziele gut informiert und daher nehme ich auch die Gewissheit, dass die in den letzten Tagen veröffentlichte Meinung nicht für sich beanspruchen kann, die öffentliche Meinung zu sein.

Wir werden uns in den nächsten Tagen und Wochen intensiv an die Bürger in Herten, Herne und Umgebung wenden, um über die Zusammenhänge bei den geplanten Sonderabfalllieferungen sachlich aufzuklären.

Ich weiß nicht, was Ihnen den Mut gibt, den Vertretern der AGR bei der bevorstehenden Podiumsdiskussion einen ehrlichen und ernsthaft geführten Dialog anzuraten. Auch unter kontroversen Bedingungen haben die Vertreter unseres Hause vor zahlreichen Gremien und durch umfänglichen Schriftwechsel in den letzten Wochen sachkundig und höflich Rede und Antwort gestanden und dafür - selbst bei unterschiedlicher Auffassung – Anerkennung erhalten. Auch wenn Sie dies nicht wissen, warum unterstellen Sie das Gegenteil? Ich hoffe daher, Ihre Botschaft erreicht auch die anderen Teilnehmer.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Struszczynski
Pressesprecher / Leiter Unternehmenskommunikation

Expertenrunde zum Thema Giftmüll; H.A. Sonntag, 4. Februar 2007

Herten - Die geplante Verbrennung von australischem Giftmüll im RZR Herten-Süd ist Thema einer Podiumsdiskussion, die am Dienstag, 6. Februar, ab 20 Uhr im Hertener Glashaus, Hermannstraße 16, stattfindet.

Die Evangelische Kirchengemeinde Herten, die Initiative Pro-Herten und die Stadtverwaltung Herten laden dazu alle Interessierten herzlich ein.

Verbrennt die RZR-Müllverbrennungsanlage wirklich so sauber, wie es die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) immer versichert? Kann man davon ausgehen, dass keine giftigen Stoffe an die Umwelt abgegeben werden? Warum wird überhaupt giftiger Müll über so große Distanzen transportiert? Was sagt die Genehmigungsbehörde und wie ist der Stand des Verfahrens? Diese und weitere Fragen sollen an diesem Abend von Experten beantwortet werden.

Auf dem Podium sitzen die stellv. Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag und frühere NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn, Dr. Michael Harengerd, Sprecher des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) in NRW, Wolfgang Feldmann, der für die Genehmigung zuständige Dezernent der Bezirksregierung Münster, und Dr. Thorsten Zisowski, der zuständige Mann der AGR. Moderator ist Gregor Spohr, Redaktionsleiter der Hertener Allgemeinen .

Gift-Müll aus aller Welt nach NRW, www.welt.de v. 04.02.2007

UMWELTSCHUTZ

Quecksilber-Abfall aus Brunei, Chemikalien aus Kolumbien, PCB-Öle aus Mexiko. Von allen Kontinenten wird Sondermüll ins Land verfrachtet. Die Öffentlichkeit wird nicht informiert. Die Politik ist machtlos. Für die Müllkonzerne ist es ein lohnendes Geschäft. *Von Wolfgang Pott In* kein anderes Bundesland wird so viel Müll importiert wie nach NRW. Unter den Müll-Massen verbirgt sich auch tonnenweise gefährlicher Sondermüll, der zum Teil aus anderen Kontinenten nach NRW verfrachtet wird. Das aktuellste Beispiel dieses Gift-Müll-Tourismus kommt aus Australien. Der Sprengstoff-Hersteller Orica will 22.000 Tonnen des gefährlichen Produktionsrestes Hexachlorbenzol in Verbrennungsanlagen des Landes vernichten lassen. Dieser Stoff wurde früher häufig verwendet, zum Beispiel als Holzschutz- oder Desinfektionsmittel.

Über 16.000 Kilometer wird die giftige Ware unterwegs sein, wenn die letzten Genehmigungen in Australien und für einen Zwischenstopp in Südafrika erteilt werden. Mit dem Versuch, Gift-Müll hierzulande loszuwerden, stehen die Australier allerdings nicht allein. Wer seinen Müll im eigenen Land nicht verbrennen will, erinnert sich gern an Nordrhein-Westfalen. Unter anderem kamen 401 Tonnen Müll im Jahr 2005 aus Südafrika, knapp 1500 Tonnen aus dem Iran, 1750 Tonnen aus der Ukraine, 4000 Tonnen aus Polen, 87.000 Tonnen aus Frankreich, 123.000 Tonnen aus Irland und ganze 1,57 Millionen Tonnen aus den Niederlanden. Aus einer Liste des Umweltministeriums geht hervor, dass zwischen den Jahren 1999 und 2005 insgesamt 52 Länder aus allen Regionen der Welt immer wieder große und kleinere Lieferungen nach NRW importiert haben. Die Liste liegt WELT.de vor.

Aufgeführt sind etwa Chile, Brasilien, die Dominikanische Republik, Südkorea, die Malediven, Nigeria, Peru, Katar, Sierra Leone, Sri Lanka, Singapur, Thailand oder Venezuela. Zwischen den Jahren 1999 und 2005 wurden gut 23.700 Tonnen Müll aus außereuropäischen Ländern nach Nordrhein-

Westfalen importiert. Insgesamt beliefen sich die Importe ausländischen Mülls nach NRW in diesem Zeitraum auf 15,6 Millionen Tonnen. Warum das Land so beliebt ist, hat vor allem zwei Gründe.

"Erstens sind einige Anlagen technisch auf einem hohen Stand. Zweitens scheint es Überkapazitäten zu geben, die gestopft werden müssen", sagt Johannes Remmel, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen. "Dadurch wird verhindert, dass an anderen Orten Anlagen entstehen. Es scheint billiger zu sein, den Müll nach NRW zu transportieren." Unter diesen Voraussetzungen führt NRW auch die Rangliste nach Bundesländern an. In keinem anderen Land wird so viel importierter Müll verbrannt. Das geht aus einer Statistik des Umweltbundesamtes hervor.

Verbrannt wird praktisch alles. Lack- und Farbabfälle aus Belgien, Salzsäureabfälle aus Dänemark, Filterstaub aus den Niederlanden, Batterien aus Griechenland, Pestizide aus Portugal, Quecksilber verseuchte Abfälle aus Brunei, Chemikalien aus Kolumbien und PCB-haltige Öle aus Mexiko.

Die Verbrennung gefährlicher Stoffe ist allerdings kein Phänomen, das in der Amtszeit von Umweltminister Uhlenberg entstanden ist. "Sondermüllverbrennung in NRW hat Tradition", sagt Umweltminister Eckhard Uhlenberg. Auch früher schon wurde tonnenweise hochgiftiger Müll im Land verbrannt. "Nordrhein-Westfalen ist das Müll-Klo für die ganze Welt", sagt Dirk Jansen vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

An die Öffentlichkeit gelangt unterdessen kaum eine Information. "Gerade was Abfall betrifft, mangelt es an Transparenz", sagt Jansen. Das wissen auch die verantwortlichen Politiker. Bislang aber haben sie sich nicht darum bemüht, etwas an diesem Missstand zu ändern. Erst jetzt, nach Bekanntwerden eines besonders außergewöhnlichen Falls von "Mülltourismus" aus Australien nach NRW, wird Alarm geschlagen.

Die 22.000 Tonnen giftige Produktionsreste aus Australien sollen in den drei nordrhein-westfälischen Verbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen sowie in Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) verbrannt werden. Für die Betreiber dieser Anlagen ist das Verbrennen ausländischen Giftmülls ein lohnendes Geschäft.

In Leverkusen und Dormagen ist es eine gemeinsame Tochtergesellschaft der Unternehmen Bayer und Lanxess. Rund drei Millionen Euro Umsatz würde sie mit dem Australien-Müll machen. In Herten ist es die in öffentlicher Hand befindliche Abfallgesellschaft Ruhrgebiet. Die Gesamtkosten für die Entsorgung des australischen Mülls werden auf 30 Millionen Euro geschätzt. Die Ausgaben für den Transport sollen bei 15 Millionen Euro liegen.

"Australien ist ein hoch entwickeltes Industrieland, also soll der Sondermüll auch dort entsorgt werden", sagt Uhlenberg. Er fordert eine generelle Entsorgung von Abfällen in den Ländern, in denen er auch entsteht. Zunächst wird es aber wohl nur bei einer Forderung bleiben. Das Land besitzt keine rechtliche Möglichkeit, Importe aus anderen Bundesländern oder dem Ausland zu verhindern. Nach europäischem Recht können Landesbehörden eine Genehmigung nur verweigern, wenn es in NRW keine Entsorgungs-Kapazitäten gibt. Das aber ist nicht der Fall, weswegen auch der Australien-Müll angenommen werden muss.

Die Verbrennung hierzulande ist aber nicht das einzige Problem. Mindestens genauso fraglich sind die langen Transportwege über die Weltmeere, über Schienen und Straßen. 16.000 Kilometer würde etwa der australische Sondermüll unterwegs sein. Nicht viel kürzer war die Strecke für die Verfrachtung des Quecksilbers aus dem asiatischen Brunei, von Chemikalien aus Kolumbien oder von in Ölen enthaltenen giftigen und Krebs auslösenden chemischen Chlorverbindungen aus Mexiko.

"Gefahrguttransporte auf der Straße sind ein hohes Risiko und Unfälle auf der Schiene und auf dem Meer hat es ja auch schon geben", sagt Remmel. So gab es im Jahr 2005 in NRW 160 Verkehrsunfälle mit Gefahrguttransporten, ein Anstieg von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gerade hierzulande wird der meiste giftige Sondermüll über Straßen in die Verbrennungsanlagen transportiert. Bei dem hohen Transportaufkommen von Giftmüll sind die Chancen für Unfälle in NRW groß.

Artikel erschienen am 04.02.2007 - WELT.de 1995 - 2007

BAYER UM OFFENHEIT BEMÜHT - NGZ-ONLINE, V. 05.02.2007

VON CHRIS STOFFELS

Dormagen So ähnlich muss der Blick in die Hölle sein. Besorgte Besucher drängen um das Guckloch zum Drehofen. Dort also soll der Giftmüll aus Australien bei 1100 Grad verbrannt und dann rückstandslos als Schlacke auf der Rheinfelder Deponie beziehungsweise als harmloser Rauch aus dem 99 Meter hohen Schornstein entweichen. Der 14 Jahre alte Patrick Smiatek ist beeindruckt.

„Das sieht vernichtend aus." Mit seiner Schwester und seinem Vater nutzen sie den Tag der offenen Tür in der Rückstandsverbrennungsanlage. Die Unruhe unter den Bürgern seit der Ankündigung, rund 4500 Tonnen Chemieabfälle, die Hexachlorbenzol (HCB) des australischen Unternehmens Orica enthalten, in der Anlage zu entsorgen, hat Bayer Industry Services (BIS) dazu veranlasst, interessierte Bürger über die Anlage zu informieren.

In kleinen Gruppen gibt es Theorie und Praxis in geballter, aber durchaus verständlicher Form. Auch Chemiepark-Leiter Dr. Walter Leidinger, spricht mit den Bürgern. Und dennoch: „Aber" ist eines der meistgebrauchten Worte an diesem Tag. „Warum müssen wir den Giftmüll der Australier ausgerechnet hier in unserem eng besiedelten Ballungsraum entsorgen?", ist eine viel gestellte Frage. Peter Krippner und Bernd Hübsch vom Entsorgungsmanagement der RVAD versuchen zu erklären, dass bislang HCB in Australien einfach in den Wüsten abgelagert wurde, das aber seit 2004 nach der Stockholmer Konvention verboten sei.

„Aber warum können die Australier HCB nicht selbst verbrennen?" Kippender: „Australien ist im Vergleich zu Europa in der Chemie ein Entwicklungsland." Selbst wenn eine Anlage für 50 oder 100 Millionen Euro gebaut würde, fehle es an dem Know how sie zu betreiben. „Aber" - und viele Fragen enden beim Transport um die halbe Welt.

„Was ist, wenn das Schiff sinkt?", fragt ein Rentner, der offensichtlich Vertrauen in die Anlage, aber weniger in die Schiffe hat, die das HCB bis Brunsbüttel überführen sollen, von wo es per Bahn nach Herten, Leverkusen und eben Dormagen weitertransportiert wird. Es sei nicht wasserlöslich, könne dann ohne weiteres geborgen werden.

„Aber wenn es in 3000Meter Tiefe liegen würde?" Irgendwann wird deutlich, dass ein nicht kalkulierbares Restrisiko immer bleiben wird. Auch bei diesem Transport. Auch in dieser Anlage, zum Beispiel bei krimineller Energie. Bernd Hübsch: „Dagegen kann sich letztlich niemand schützen." „Die Entsorgung gefährlicher Stoffe", so Hübsch, „ist ein Kerngeschäft von Bayer, wir haben seit 40 Jahren Erfahrung damit." Und gerade auf die Stoffe auf Chlorbasis sei der Dormagener Chemiepark spezialisiert." Dennoch kommen viele „Wenn" und „Aber". Für die Grünen-Kreistagsabgeordneter Susanne Stephan-Gellrich hat das Unbehangen vieler Dormagener tiefere Gründe: „Die Dormagener identifizieren sich nicht mehr mit dem Chemiepark, das Verhältnis ist anonymer geworden. Das schürt Ängste, die rational nicht nachvollziehbar sein müssen."

Dieter Skilava stellt viele kritische Fragen, hakt nach, ist zum Schluss nur wenig überzeugt: „Ich kann nur froh sein, dass ich in Hackenbroich wohne, und wir meistens Westwind haben, der in die andere Richtung bläst, wenn etwas passiert."

Michael Mroß vom Marketing der RVAD hat großes Vertrauen in die Anlage: „Das Verbrennen in einer solchen Anlage, die perfekt dafür eingerichtet ist, ist der einzig richtige Weg für solche Stoffe. Das ist für uns Tagesgeschäft." Ein solches Know how in der Entsorgung „bieten nur etwa ein halbes Dutzend Anlagen weltweit".

Eine Gruppe von Rentnern keift fast böswillig „Wer so viel informieren muss, hat auch viel zu verbergen." Ganz anders dagegen Werner Bintig, 74 Jahre alt, Jahrzehnte Bayer-Erfahrung: „Mutter Bayer wird das schon richten

---

DOMINIKANISCHE REP. EXPORTIERT GIFTMÜLL NACH DEUTSCHLAND,DOMINICANANEWS, 5.2.07

Santo Domingo / Herten 06.Februar 2007 gmm Wird NRW zum "Müllschlucker" der Welt? Aus fast allen Regionen der Erde landen teilweise hochgiftige Abfälle in den Verbrennungsanlagen an Rhein und Ruhr. Insgesamt 2.398 Millionen Tonnen Abfall aus dem Ausland landeten im vergangenen Jahr in nordrhein-westfälischen Verbrennungsanlagen.

Die Menge der als "gefährlich" eingestuften Abfälle stieg um 85 000 auf über 615 000 Tonnen. Die vom Umweltministerium veröffentlichte Liste der Herkunftsländer führt nahezu alle westeuropäischen Staaten auf:

An der Spitze liegen die Niederlande mit gut 1,5 Millionen Tonnen, es folgen Belgien, Irland, Frankreich, Österreich, Italien.

Weiter unten in der Auflistung finden sich aber auch exotischere Lieferländer. So schickte die Ukraine schon seit Jahren Müll in Richtung NRW. Der Iran tauchte 2005 erstmals mit knapp 1500 Tonnen auf der Liste auf. Weitere Müll-Exporteure finden sich unter dem Posten "übrige Staaten": Dominikanische Republik, Chile, Katar und Sierra Leone, Singapur und die Malediven. Brunei verfrachtete Quecksilber-Abfälle nach NRW, Kolumbien Chemikalien, Mexiko PCB-Öle.

Und demnächst reiht sich auch Australien in die Liste der Lieferländer ein. Im Frühjahr wird die brisante Ladung des Chemiekonzerns "Orica" von "down under" nach einer 16 000 Kilometer langen Fahrt am Zielhafen Brunsbüttel erwartet. Die eine Hälfte der rund 22 000 Tonnen des hochgiftigen Stoffes HCB, der in der Arzneimittel- und Düngerproduktion verwendet wird, soll in Brunsbüttel verbrannt werden, der Rest geht an die Sondermüll-Verbrennungsanlagen von Bayer in Leverkusen und Dormagen sowie an das Rohstoff-Rückgewinnungszentrum in Herten (Foto).

LESERMEINUNGEN

Uschi, (Samana,), 06.02.2007, Wer ist hier Bananenrepublik? Früher hat man Giftmüll in exotische Länder (Bananenrepubliken) exportiert. Heute ist Deutschland die Bananenrepublik. Warum steckt man die verantwortlichen Politiker dafür nichts ins Gefängnis?

Jei, (Südbaden / Dominicana Sur,), 07.02.2007, Wenn fast die ganze Welt ihren Giftmüll in D verbrennen lässt ist das doch ein Zeichen dafür, dass wir wohl die beste Verbrennungsanlage haben. An unseren Umweltgesetzen kann es kaum liegen, die gehören zu den schärfsten. Ich sehe es auch als positiv, wenn auch die ärmeren Länder ihren Giftmüll fachgerecht entsorgen und nicht wie in der Vergangenheit irgendwo vergraben. Globales gesteigertes Umweltbewusstsein würde ich das nennen und das in einer ökonomisch schwierigen Zeit. SEHR GUT !!!

Gerd, (Cabarete,), 07.02.2007, Alle Vorredner haben Recht! Uschi und Hans verstehe ich ebenso wie Jei. Einerseits ist der hohe Entsorgungsstandard in Deutschland zu begrüßen. Andererseits ist der Giftmüll - auch wenn er gut entsorgt ist - eine tickende Zeitbombe. Durch Naturkatastrophen (z. B. ein Erdbeben) kann dieses Gift plötzlich freigesetzt werden. Dann haben wir den Salat. Ich vermute, es geht hier nur ums Geschäft. Warum soll ausgerechnet Deutschland dieses Risiko übernehmen? Man muss von jedem Land verlangen können (z.B. UNO-Richtlinie) den eigenen Giftmüll sicher zu entsorgen. In der Tat sollte man die verantwortlichen Politiker dafür in die Haftung nehmen.

Swissman, (Boca Chica,), 07.02.2007, Das grosse Risiko.....sind nicht die Hochtemperatur-Verbrennungsvorgaenge, die man technisch weitgehend im Griff hat. In der Schweiz und in Japan wird Muell, auch Sondermuell, schon seit vielen Jahren thermisch beseitigt, geraume Zeit bevor Deutschland damit begann. Die Rauchgase sind, dank ausgekluegelter Waschanlagen, mittlerweile sehr sauber. Die Immissionsschutzverordnungen sind z.B. deutlich strenger als fuer Kohlekraftwerke. Das viel groessere Problem sind die Transportrisiken sowie, bei einigen wenigen Endprodukten, deren Giftigkeit, d.h. deren Endlagerung. Um das Transportrisiko zu entschaerfen, sollte der Muell nicht zur Verbrennung gekarrt werden, sondern eine mobile Anlage zum Muell. So muesste das Verursacherland sich schliesslich auch um die Lagerung allfaelliger Endprodukte selbst kuemmern. Noch besser waere allerdings, wenn jedes Produkt (inkl. Produktionsprozess), einen international anerkannten und ueberwachten Umweltvertraeglichkeitstest bestehen muesste.

Jei, (Südbaden / Dominicana Sur,), 08.02.2007, (at) swissman, eine gute Idee ! Ich sehe die Sache ähnlich wie du es beschrieben hast. Das Hauptrisiko liegt tatsächlcih im Transport des Giftmülls. Natürlich sind die Verbrennungsrückstände z.T. auch eine Gefahr, aber in kleineren Mengen und meist nicht mehr so schädliche Eigenschaften besitzen wie das Ausgangsmaterial. Die Idee der transportablen Verbrennungsanlagen gefällt mir sehr gut. Man müsst jeden Produzenten von Giftmüll allerdings dann verpflichten die Endlagerung der Verbrennungsrückstände im eigenen Land vorzunehmen, sonst beginnt der globale Transport an dieser Stelle.

AUSTRALIER SCHICKEN GIFTMÜLL NACH DEUTSCHLAND HANDELSBLATT, 05. 02.07

Eine geplanter Mülltransport von Australien nach Deutschland stößt auf immer mehr Empörung. Rund 22 Tonnen verseuchter Stoffe sollen demnächst in die Bundesrepublik gebracht werden. Die für die Beseitigung vorgesehenen Anlagen stehen in Nordrhein-Westfalen. Dort wächst nun das Misstrauen.

Düsseldorf - Man nennt sie das «Dreckige Dutzend»: Im Stockholmer Abkommen vom Mai 2001 sind zwölf der gefährlichsten Dauergifte weltweit verboten worden, darunter das giftige Hexachlorbenzol (HCB). Rund 22 Tonnen mit dem Pestizid verseuchte Stoffe sollen demnächst aus Australien nach Deutschland gebracht und hier in vier Sondermüllverbrennungsanlagen entsorgt werden. Der Vorgang sorgt für Unruhe - der Import giftiger Abfälle steht in der Kritik.

Nach einer Statistik des Umweltbundesamtes wurden 2005 rund 2,2 Millionen Tonnen so genannte gefährliche Abfälle nach Deutschland gebracht.

Kritik an dem geplanten Abfalltransport aus Australien kam unter anderem vom nordrheinwestfälischen Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) und vom Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Das Bundesumweltamt sieht hingegen bei den Abfall-Importen keine Schwierigkeiten und hält auch die geplante Lieferung aus Australien nicht für problematisch. «Das gehört zur Aufräumaktion auf der ganzen Welt», sagte Joachim Wuttke, Experte des Umweltbundesamtes, am Montag der Nachrichtenagentur AP.

NRW ist "Hauptbeseitiger"

Drei der für die Beseitigung der australischen Abfälle vorgesehenen Anlagen stehen in Nordrhein-Westfalen: Der hiesige BUND-Landesverband sieht aber Probleme bei deren Eignung für die Verbrennung chlorhaltiger Stoffe. Zudem sei es seltsam, dass in Australien unerwünschter Abfall nach Deutschland gebracht werde. «Man kann erwarten, dass ein hoch industrialisiertes Land wie Australien eigene Entsorgungsstrukturen aufbaut», sagte Sprecher Dirk Jansen. «Man muss sich fragen: Macht es Sinn, dass giftige Abfälle um die halbe Welt geschippert werden?» Der Transport derart gefährlicher Abfälle über riesige Entfernungen berge erhebliche Risiken, sagte auch Umweltminister Uhlenberg kürzlich vor dem Umweltausschuss im Düsseldorfer Landtag. Ein Ministeriumssprecher sagte, die Bedenken richteten sich nicht grundsätzlich gegen die Entsorgung in Nordrhein-Westfalen: «Für die Entsorgung gibt es hier geeignete Anlagen, so dass keine Gefahr droht.» Beim Transport aus einem weit entfernten Land wie Australien aber «ist es die Frage, ob das wirklich sinnvoll ist».

Keine rechtliche Handhabe

Rechtlich hat das Land keine Handhabe gegen den Import der gefährlichen Abfälle. Die Ein- und Ausfuhr von Müll wird in Deutschland durch die EG-Abfallverbringungsverordnung geregelt.

Diese leitet sich vom Basler Übereinkommen über die Kontrolle der so genannten grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung ab. Das Umweltbundesamt ist die zuständige Notifizierungsstelle. Man veröffentliche jedes Jahr eine Statistik über den Import genehmigungspflichtiger Abfälle, sagte Joachim Wuttke, Leiter der Anlaufstelle «Basler Übereinkommen» beim Umweltbundesamt. Es sei logisch, dass die gefährlichen Abfälle dort entsorgt würden, wo die dazu notwendigen technischen Anlagen vorhanden seien: «Natürlich könnten die Australier auch so eine Anlage bauen», sagt Wuttke. «Aber wenn die betreffenden Stoffe dann weg sind, stehen die Anlagen da. Da können sie selbst anfangen, von anderswo zu importieren.»

Gefährliche Abfälle werden in Spezialtransporten verschickt

Deutschland selbst exportiere solche gefährlichen Abfälle nicht: «Wir sind autark und lassen nichts zur Beseitigung raus», sagte Wuttke. Gefährliche Abfälle, die nach Deutschland gebracht würden, müssten ordentlich verpackt und in Spezialtransporten auf die Reise geschickt werden.

Für den Transport aus Australien werde beispielsweise ein spezielles für Gefahrgut geeignetes Schiff benötigt. «Es schippert einiges auf den Weltmeeren herum, das viel gefährlicher ist.» Zudem sei Deutschland ein großer Exporteur von Chemikalien. «Ich denke, wir schicken mehr davon in die Welt, als ungekehrt zurückkommt.» Deutschland ist dem Experten zufolge bei weitem nicht das einzige Land, das Abfälle importiert und beseitigt. Konkurrenz auf dem Entsorgungsmarkt gebe es unter anderen aus Finnland. «Einige Staaten in Europa haben auch ein Importverbot», räumt er ein. «Aber ich weiß auch gar nicht, ob die für gefährliche Abfälle überhaupt geeignete Anlagen hätten.»

Von der Kritik überrascht

Auch der Sprecher der Abfallgesellschaft Ruhr (AGR), Heinz Struszczynski, zeigte sich von der Kritik überrascht. Die AGR betreibt die Entsorgungsanlage in Herten, in der rund 5.000 Tonnen der australischen Abfälle entsorgt werden sollen. «Seit gut 25 Jahren arbeitet unsere Anlage störungsfrei», sagte der Sprecher. Überhaupt gebe es in Deutschland viele technisch hervorragende Anlagen zur Beseitigung gefährlicher Abfälle, was auch die Importe erkläre:

«Wenn die Welt sich umsieht und guckt, wo man das machen kann, wird man zwangsläufig auf Deutschland stoßen.»

Zwar sei es schwierig zu vermitteln, warum Abfälle aus entfernten Ländern wie Australien hierher kommen. «Aber auch Deutschland muss diese Zugeständnisse machen», sagte Struszczynski.

Immerhin exportiere man auch Autos, Chemikalien und Medikamente: «Da ist einiges drin.» Vor allem aber beginnen dem Sprecher zufolge immer mehr Länder, endlich ihre Altlasten aufzuarbeiten. «Durch das gestiegene Umweltbewusstsein suchen die nun Möglichkeiten, wie sie die richtig entsorgen können.» (dg)

NRW WILL GEFÄHRLICHEN GIFTMÜLL-IMPORT DROSSELN H. A., 06.02.2007

(Titelseite)

" Es ist mir lieber, dass der Giftmüll im RZR schadstofffrei verbrannt wird, als dass er irgendwo in Afrika auf einer Deponie abgeladen wird. Wenn das Ganze nach Recht und Gesetz läuft. Für die Genehmigung ist die Bezirksregierung Münster zuständig. **Jutta Haug, SPD- Europaabgeordnete aus Herten**

" Kein vernünftiger Mensch kann erklären, warum eine Verbrennung im dicht besiedelten Ruhrgebiet ungefährlich sein soll, wenn sie im dünn besiedelten Australien als zu riskant gilt. Nicht zu vergessen: der Transport über 16 000 Kilometer nach Herten. **Joachim Jürgens, Sprecher der Initiative „Pro-Herten"**

„DAS GELD HEILIGT DIE MITTEL" H. A. VOM 6. FEBRUAR

—Von: Jürgen Siebert, SPD-Kreistagsmitglied
—Betr: Artikel „NRW will gefährlichen Giftmüllimport drosseln"

Herr Joachim Jürgens, Sprecher der Initiative Pro Herten, hat natürlich Recht mit seiner Feststellung zum Ruhrgebiet in Verbindung mit Australien und insbesondere den 16 000 km Transportweg für gefährlichsten Giftmüll. Die Aussage von Jutta Haug lässt in absolut keiner Weise die berechtigten Sorgen und Ängste der Menschen in unserer Region und somit auch ihrer Wähler erkennen.

Natürlich darf dieser Giftmüll nicht auf einer Deponie in Afrika abgeladen werden. Es sei denn, und dies ist mein Vorschlag, Frau Haug bewacht ihn auf Lebenszeit. Wie eine Europa-Abgeordnete so unsensibel mit diesem Thema umgeht, ist für mich nicht mehr nachvollziehbar. Vielleicht sollte sie einmal darüber nachdenken, durch wen sie ins europäische Parlament gewählt worden ist.

Alle, außer Frau Haug, haben wohl begriffen, dass Mülltourismus der schlimmste Tourismus ist, den wir uns zur Zeit leisten. Wie im Kommentar von Herrn Wilfried Goebels zu lesen ist, muss für diesen gefährlichen Giftmüll besonders das Verursacherprinzip gelten: Die Industrie in anderen Ländern muss ihren Sondermüll selbst beseitigen.

Ursprünglich wurde das RZR für die Verbrennung der eingesammelten Siedlungsabfälle in unserer Region gebaut. Es darf nicht sein, dass hier schleichend eine Giftmüllverbrennungsanlage entsteht.

Hier scheint wieder einmal bewiesen zu werden: Es werden Sorgen nicht ernst genommen, es werden Ängste nicht wahrgenommen, über allem steht wahrscheinlich wieder, das Geld heiligt die Mittel. Wenn schon die Menschen bei einigen Politikern nicht mehr wahrgenommen werden, sind gerade wir Kommunalpolitiker aufgerufen, das Übelste zu verhindern.

RZR Herten als „Müll-Klo" / Uhlenberg schlägt bei Gabriel Alarm

VON WILFRIED GOEBELS

HERTEN. Umweltminister Eckhard Uhlenberg fordert eine Drosselung der Giftmüll-Importe nach NRW. Auf der Umweltministerkonferenz am 4. Mai in Bad Sassendorf sollen erste Schritte zur Begrenzung des Müll-Tourismus' beschlossen werden. „Der Sondermüll soll dort beseitigt werden, wo er entsteht", sagte der CDU-Politiker unserer Zeitung.

Kein anderes Bundesland entsorgt derzeit so viel hochgiftigen Müll aus dem Ausland wie NRW. 2005 importierte NRW knapp 2,4 Millionen Tonnen Müll - davon 600 000 Tonnen Sondermüll. Zwischen 1999 und 2005 wurden insgesamt 15,6 Millionen Tonnen Müll aus 52 Ländern in NRW-Anlagen verbrannt. Dagegen formiert sich jetzt breiter Widerstand in der Bevölkerung.

Jüngster Fall: Aus Australien sollen 22000 Tonnen gefährlicher Produktionsabfall (Hexachlorbenzol) des Sprengstoff-Herstellers Orica in Verbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen entsorgt werden. „Wir sind gegen den Import von Sondermüll-Abfällen aus Australien", sagte Uhlenberg. Derzeit bestehe aber keine rechtliche Möglichkeit, den Import zu verhindern. Nach europäischem Recht können Landesbehörden eine Genehmigung nur verweigern, wenn es im Land keine Entsorgungskapazitäten gibt.

„Stoppen Sie diesen Irrsinn!"

Für Dirk Jansen vom Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) ist NRW inzwischen das „Müll-Klo für die ganze Welt". Grünen Geschäftsführer Johannes Remmel sieht den Grund nicht zuletzt darin, dass Überkapazitäten der Verbrennungsanlagen in NRW „gestopft werden müssen". Offenbar sei es deshalb für ausländische Firmen billiger, den Müll über tausende Kilometer nach NRW zu transportieren als eigene Anlagen zu bauen. Uhlenberg verweist darauf, dass „So dass der Sondermüll Verbrennung in NRW Tradition" hat. Aus

Sicht Uhlenbergs geht von den hochmodernen Entsorgungsanlagen zwar keine Gefahr aus. Trotzdem will der Minister die Importe der hochgiftigen Fracht eindämmen. Der brisante Müll wird meist über Straßen angeliefert: 2005 gab es 160 Verkehrsunfälle mit Gefahrgut-Transporten in NRW. Eine Bürgerinitiative fordert von Uhlenberg: „Stoppen Sie diesen Irrsinn!"

Uhlenberg will nun handeln - dazu muss er aber Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) auf der Umweltministerkonferenz im Mai mit ins Boot holen.

—siehe Kommentar

Info-Abend zur Giftmüll-Verbrennung mit Ex-Umweltministerin Bärbel Höhn, RZR- und Behördenvertretern: heute, 20 Uhr, Glashaus Herten, Hermannstr. 16

Stichwort: Müllimporte nach NRW

Im Jahr 2005 kamen 1500 Tonnen Müll aus dem Iran, 1 750 Tonnen aus der Ukraine, 87 000 Tonnen aus Frankreich und sogar 1,57 Millionen Tonnen Müll aus den Niederlanden nach NRW.

Chemikalien, Lack- und Farbabfälle, Salzsäure-Abfälle, Filterstaub, Batterien, Pestizide, Quecksilber verseuchte Abfälle und PCB-haltige Öle. Verbrannt wird heute fast alles in NRW - ein Millionengeschäft

KOMMENTAR: DIE AUSWÜCHSE DES MÜLLTOURISMUS'

Wir sind nicht der Verbrennungsofen für den Rest der Welt, betont Wilfried Goebels

Die deutschen Anlagen zur Verbrennung von Sondermüll gelten weltweit als Spitze. In keinem Land sind die Emissionswerte so niedrig wie bei uns. Das bedeutet aber nicht, dass die Auswüchse des Mülltourismus' in einer dicht besiedelten Region wie NRW auf Dauer hinnehmbar wären. Problematisch ist weniger der Abfall selbst: Die Risiken liegen vor allem in den weiten Transportwegen des Sondermülls.
Noch sind Umweltminister Uhlenberg die Hände gebunden, die Müll-Importe auf ein vernünftiges Maß zu drosseln. Um Giftmüll-Einfuhren aus anderen Kontinenten wirksam unterbinden zu können, muss die Abfallverbringungs-Verordnung in Brüssel geändert werden. Das kann dauern. Gerade deshalb müssen die Umweltminister schnell einen Vorstoß starten, um Importen Grenzen zu setzen.

In der Stockholmer UN-Konvention wurden Richtlinien festgelegt, damit das „dreckige Dutzend" verbotener Giftstoffe nicht auf illegalen Deponien verschwindet. Deutsche Anlagen sind auf die Verbrennung dieser Stoffe ausgelegt. So weit, so gut. Auch beim Sondermüll muss aber das Verursacherprinzip gelten: Die Industrie in anderen Ländern muss den Sondermüll selbst beseitigen, der früher in der Produktion angefallen ist. Im Sommer sollen - wie unsere Zeitung im Dezember exklusiv berichtete - weitere 22 000 Tonnen Giftmüll aus Australien in Herten, Dormagen und Leverkusen verbrannt werden. Trotz massiver Proteste werden

die Regierungspräsidenten die Genehmigung für Transport und Entsorgung der Giftfracht vom anderen Ende der Welt erteilen müssen. Sicher ein lukratives Millionen-Geschäft für die Müll-Konzerne, deren Verbrennungsöfen offenbar nicht ausgelastet sind. Das darf aber nicht so weit führen, dass inzwischen im Ausland um Müll geworben wird. Unser Land eignet sich nicht als Müllhalde für den Rest der Welt.

Wenn die Politik hier keine klaren Grenzen zieht, . spielt sie den Kritikern der Müllverbrennung in die Karten.

3.721 Protest-Unterschriften auf dem Weg nach Australien, H. A.6.2.07

Bärbel Höhn (Grüne) kommt heute Abend zur Podiumsdiskussion ins Glashaus

Die Kontrahenten der heutigen Podiumsdiskussion:

Ex-Landesumwelt-ministerin Bärbel Höhn (Grüne)

Dr. Thorsten Zisowski als Vertreter der Abfall-entsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet.

Pfarrer Andreas Wilkens wird mit sachlichen Informationen in die Diskussion einführen

HERTEN. (BMH) Bevor es heute Abend im Glashaus zum großen Schlagabtausch kommt, kocht das Thema „Giftmüll-Verbrennung im RZR" immer höher. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg hat sich auf die Seite der Kritiker gestellt (siehe Titelseite). Heute Abend wird sich seine Vorgängerin Bärbel Höhn zu Wort melden.

Die Grünen-Politikerin und Vize-Fraktionsvorsitzende im Bundestag reist heute von Berlin nach Herten. Auf dem Podium im Glashaus sitzt sie neben Dr. Michael Harengerd (Bund für Umwelt- und Naturschutz NRW), Dr. Thorsten Zisowski (Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet) und Wolfgang Feldmann (Bezirksregierung Münster). Gregor Spohr, Redaktionsleiter der **Hertener Allgemeinen**, moderiert die Veranstaltung.

Eingeladen haben die Evangelische Kirchengemeinde Herten, der Initiativen-Verbund „Pro-Herten" und die Stadt Herten. Alle Interessierten können sich über die Verbrennung von 5 000 Tonnen australischem Giftmüll im RZR informieren, Fragen stellen und mit den Podiumsgästen diskutieren.

Unterdessen hat die Unabhängige Bürger-Partei (UBP) 3 721 Unterschriften gegen die Giftmüll-Verbrennung gesammelt. Heute sollen sie an die australische Firma Orica, die den Giftmüll nach Herten transportieren will, geschickt werden. UBP- Chef Tobias Koller hofft, das Vorhaben verhindern zu können: „Orica hat stets betont, dass man den Giftmüll nur in Regionen verbrennen will, in denen es keine Widerstände aus der Bevölkerung gibt." Die UBP bedauert, dass sich SPD und CDU dem Protest nicht angeschlossen hätten. Info-Veranstaltung: heute, 20 Uhr, Glashaus, Hermannstr. 16

Räte gegen Giftmüll, taz v. 06.02.07

In Herten und Leverkusen wächst der Widerstand gegen Giftmüll-Importe. Umweltministerium nicht informiert DÜSSELDORF taz

NRW hat zwischen zwischen 1999 und 2005 über 15 Millionen Tonnen Müll importiert. Allein im Jahr 2005 befanden sich darunter 600.000 Tonnen Sondermüll, so Sabine Raddatz, Sprecherin des

Umweltministeriums, zur taz. Für 2006 liegen dem Ministerium noch keine Zahlen vor, das Umweltministerium hofft auf einen Rückgang wegen der 2005 in Kraft getretenen Deponie-Verordnung.

Währenddessen formiert sich der Widerstand gegen den Import von Sondermüll aus Australien (*taz berichtete)*. 17.000 Tonnen des Ultra-Gifts Hexachlorbenzol sollen in den drei Müllverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen verbrannt werden. In Leverkusen stimmt der Stadtrat am kommenden Montag über eine Resolution ab, die zur sofortigen Beendigung der Giftmülltransporte auffordert.

Auch in Herten soll morgen über eine Resolution abgestimmt werden. Pressesprecherin Nele Däubler zeigt sich optimistisch, dass die Resolution im Stadtrat parteiübergreifend auf Zustimmung stoßen wird. In Dormagen regt sich kein Widerspruch. Dies geschehe "aus Gründen der politischen Glaubwürdigkeit", wie Stadtsprecher Schlingen sagt. 2004 hatte die Stadt einer Erhöhung der Verbrennungskapazität auf 75.000 Tonnen jährlich zugestimmt.

Ob die Resolutionen Konsequenzen nach sich ziehen werden, ist jedoch unklar. Einen Überblick über die Kapazitäten der Verbrennungsanlagen hat das Umweltministerium nicht. "Das ist eine privatrechtliche Sache zwischen dem Müllerzeuger und der Anlage", so Sprecherin Raddatz. Zuständig seien die Regierungspräsidien. Joachim Wuttke vom Umweltbundesamt aber hält deren Kontrollen für unzureichend: "Das können nur Leute entscheiden, die direkt damit befasst sind."

LAND GREIFT NACH GIFTKRONE, TAZ NRW VOM 7.2.2007

NRW ist Spitzenreiter bei den Müllimporten - aus Tradition, sagt das Land. Europa wird entscheiden, ob dieses Jahr so viel australischer Abfall wie noch nie geliefert wird

VON CHRISTIAN WERTHSCHULTE

Mit 16,5 Millionen Tonnen ist Nordrhein-Westfalen deutscher Import-Meister. In kein anderes Bundesland wurde von 1999 bis 2005 mehr Müll importiert als das Zweistromland zwischen Rhein und Weser. Spitzenreiter bei den Müllexporteuren sind die niederländischen Nachbarn mit 1,5 Millionen Tonnen. Und nur 23.700 Tonnen kamen von außerhalb Europas.

Dass sich diese Zahl 2007 verdoppeln könnte, ist die Schuld des australischen Unternehmens Orica, das 22.000 Tonnen mit Hexachlorbenzol (HCB) belastete Reststoffe von Down Under nach Deutschland importieren will. Eigentlich müssten diese Abfälle in der Nähe des Erzeugers entsorgt werden. So steht es zumindest im Baseler Abkommen von 1989, das den internationalen Giftmülltransport regelt. Deshalb müssen die Behörden aus dem Industrieland Australien erklären, dass ihre Verbrennungsanlagen technisch nicht für eine ordnungsgemäße Verbrennung ausgestattet sind. Nach Auskunft des Umweltministeriums steht diese Erklärung jedoch noch aus.

"Das Zögern ist natürlich auch eine Aussage", so Ministeriumssprecherin Sabine Raddatz. Bei der Bezirksregierung in Köln bestätigt man dies. Doch wenn alle Unterlagen ordnungsgemäß vorlägen, müsse man genehmigen.

Notwendig ist dazu auch die detaillierte Schilderung des Transportwegs. Um die 16.000 Meilen in die Müllverbrennung abzuschließen, muss der Müll in Südafrika stoppen, bevor er in Brunsbüttel an Land geht. Dort wird der am stärksten belastete Teil der Menge verbrannt, der Rest wird in die Müllverbrennungsanlage von Bayer in Leverkusen transportiert. Hier teilen sich die nordrhein-westfälischen Anlagen in Leverkusen, Dormagen (beide im Besitz von Bayer) sowie die RVR-Anlage in Herten den lukrativen Kuchen Giftmüll.

Das 4.500 Tonnen große Stück wird für Bayer Industry Services rund drei Millionen Euro Umsatz erzeugen, so Unternehmenssprecher Christian Zöller. Bayer sei für diese Aufgaben prädestiniert, schließlich habe man in der Vergangenheit selbst HCB produziert. Die Zahlen bestätigen dies.

Laut Umweltministerium stehen ein Drittel aller bundesdeutschen Anlagen, in denen Giftmüll verbrannt werden darf in NRW. Dies sei "historisch gewachsen" so Ministeriumssprecherin Raddatz.

Eine Altlast der Chemie-Unternehmen ist jedoch auch der hohe Eigenanteil an den verbrannten Abfälle. In der Bayer-Anlage in Dormagen werden jährlich etwa 65.000 Tonnen Müll verbrannt, davon sind drei Viertel Rückstände aus der hauseigenen Produktion. Damit bleiben immerhin knapp 16.000 Tonnen Mülls, die außer Haus produziert werden - zum Beispiel in Australien.

Umweltminister Uhlenberg hat bereits angekündigt, den australischen Mülltransport stoppen zu wollen. Wegen der EU-Bestimmungen seien ihm jedoch die Hände gebunden. Auf dem nächsten Treffen der Landesumweltminister werde er jedoch ein Konzept vorschlagen. Dies findet im Mai statt - sechs Wochen vor Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

taz NRW Nr. 8195 vom 7.2.2007, Seite 2, 109 TAZ-Bericht CHRISTIAN WERTHSCHULTE

"EINE VERHÄNGNISVOLLE FEHLENTWICKLUNG", INTERVIEW - B.HÖHNE TAZ 7.2.07

Ex-Landesumweltministerin Bärbel Höhn fordert von ihrem Nachfolger mehr Engagement gegen Giftmüllimporte

taz: Frau Höhn, was werden Sie den besorgten Hertener Bürgern sagen, mit denen Sie am heutigen Dienstag Abend über den geplanten Giftmülltransport aus Australien sprechen?

Bärbel Höhn: Ich kann ihre Sorgen nachvollziehen. Wenn sich eine Ruhrgebietsstadt damit profilieren will, dass sie weltweit Problemmüll akquiriert, damit es bei ihr verbrannt werden kann, ist das keine gute Strategie für die Menschen, die dort leben müssen.

Auch Ihr Amtsnachfolger Eckhard Uhlenberg kritisiert den Giftmüllimport aus Down Under, sieht aber keine rechtlichen Möglichkeiten, ihn zu verhindern. Teilen Sie diese Auffassung?

Es wundert mich schon, wie locker die jetzige Landesregierung mit diesem Thema umgeht. Meines Erachtens versteckt sich Herr Uhlenberg hinter der Ausrede, rechtlich nichts machen zu können. Auch wenn dies vielleicht so sein sollte, blieben ihm noch etliche Möglichkeiten des Handelns. Tatsächlich hat er jedoch bisher keinerlei Aktivitäten entfaltet, um andere Lösungen zu finden.

Wie könnten die aussehen?

Seine Aufgabe ist es doch nicht, nur Gesetze konservativ auszulegen. Als Umweltminister ist er auch in einer Position, in der er moderieren kann. Falls er wirklich dagegen ist, dass der australische Giftmüll nach NRW kommt, muss er mit den hiesigen Akteuren als auch den in Australien darüber sprechen, ob es nicht Alternativen gibt.

Am Anfang Ihrer politischen Karriere stand das Engagement in einer Bürgerinitiative gegen Giftmüllverbrennung. In Ihrer Amtszeit als Landesumweltministerin importierten über 50 Länder aus allen Regionen der Welt ihren Giftmüll zur Verbrennung nach NRW. Ist das nicht eine frustrierende Bilanz?

Zu Beginn meiner Amtszeit bin ich damit konfrontiert worden, dass aufgrund einer falschen Politik in den 80er bis Mitte der 90er Jahre in Nordrhein-Westfalen fatale Überkapazitäten geschaffen worden

sind. Es ist genau eingetreten, was wir in den Bürgerinitiativen seinerzeit prognostiziert hatten: Diese überdimensionierten Müllverbrennungsanlagen werden sich zu Müllstaubsaugern entwickeln. Ich bin mit diesem Problem sehr sorgfältig und sensibel umgegangen und habe einiges getan, das Schlimmste zu verhindern. Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht jetzt, zu suggerieren, es sei schon immer ganz viel Müll aus dem Ausland gekommen. Aber da muss differenziert werden: Der Großteil des ausländischen Mülls kam aus den Niederlanden oder aus Belgien. Solche Importe aus grenznahen EU-Ländern, bei denen der Transportweg kürzer ist als der aus Sachsen, unterscheiden sich fundamental von Müll aus Australien, da alleine schon aufgrund des langen Weges mit diesem weit mehr Probleme verbunden sind.

Nordrhein-Westfalen diene mittlerweile als "das Müllklo für die ganze Welt", konstatiert der BUND. Was muss geschehen, damit sich das ändert?

Auf jeden Fall dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Momentan sieht es jedoch so aus, dass Kapazitäten sogar weiter ausgeweitet werden. Dadurch wird das Problem noch vergrößert. Das ist eine verhängnisvolle Fehlentwicklung. INTERVIEW: PASCAL BEUCKER

QUELLE: NRW LOKALRADIO HIT RADIO VEST 07.02.2007: LINK AUDIO

Widerstand gegen australischen Giftmüll wächst Herten In der Hertener Verbrennungsanlage RZR soll kein australischer Giftmüll verbrannt werden. Darüber waren sich Bürgermeister Uli Paetzel und Ex NRW Umweltministerin Bärbel Höhn bei der Podiumsdiskussion am Abend in Herten einig. Insgesamt sind knapp 400 Besucher aus dem Vest zu dem Infoabend gekommen. Auch bei ihnen stößt der Plan, dass fast 5.000 Tonnen Giftmüll im RZR verbrannt werden sollen auf Widerstand. Die Bezirksregierung Münster muss allerdings erst noch den Transport genehmigen. Dort wartet man zur Zeit auf eine Stellungnahme aus Australien über eine mögliche eigene Verbrennung des Mülls.

PODIUMSDISKUSSION - DIESEN MÜLL WILL KEINER HABEN HA.7.2.07

Von Frank Bergmannshoff

HERTEN. Die AGR wird auf die Giftmüll-Verbrennung im RZR nicht verzichten. In Sachen Öffentlichkeitsarbeit habe man sich nichts vorzuwerfen. Die Bezirksregierung muss den Transport über 16000 Kilometer genehmigen, wenn Australien und Südafrika ihr Okay geben. Das sind die Kernaussagen der gestrigen Bürgerversammlung.

Schon 20 Minuten vor Beginn werden die letzten Stühle aus dem Bistro zusammengetragen. Im Saal des Glashauses und auf der Empore drängen sich rund 400 Menschen aus Herten, Recklinghausen, Herne und darüber hinaus. Als Moderator Gregor Spohr die Abkürzung "RZR" übersetzt - Rohstoff-

Rückgewinnungs-Zentrum - geht Gelächter durch die Reihen. Als NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg mit der Aussage zitiert wird, Australien als hoch entwickeltes Industrieland solle seinen Giftmüll selbst entsorgen, brandet Applaus auf. Er wird noch lauter, als Pfarrer Andreas Wilkens fragt, warum Deutschland seine hochmoderne Verbrennungstechnologie nicht einfach nach Australien exportiert statt Müll zu importieren. Die Stimmung im Glashaus ist eindeutig.

Zunächst geht es um technische Fragen. Wolfgang Feldmann, für die Genehmigung zuständiger Dezernent der Bezirksregierung, betont: "Nach meinem Wissen ist die Anlage geeignet für die Verbrennung von Hexachlorbenzol." Sofort hagelt es Kritik: Die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis '90/Die Grünen, Bärbel Höhn, stellt die Grenzwerte in Frage: "Das sind politische Werte." Alle Grenzwerte und Filter im Kamin seien nur so gut wie der Widerstand der Bürger.

Dr. Michael Harengerd vom Bund für Umwelt und Naturschutz fragt, warum der Bayer-Konzern in seiner Anlage mindestens bei 1100 Grad verbrenne, während im RZR nur bei 950 bis 1050 Grad verbrannt werde.

Dr. Thorsten Zisowski, AGR-Geschäftsbereichsleitung für Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft, hält dagegen, im RZR werde das HCB zu 99,997 Prozent zerstört, den Rest erledige die aufwendige Filteranlage. Was an Schlacke und Staub übrig bleibe, werde auf Sondermülldeponien und in den unterirdischen Hohlräumen der Bergwerke gelagert. Bärbel Höhn hakt ein: "Mit dem Grundwasser kommt alles wieder 'raus!"

Immer wieder verlieren sich Umwelt-Experten, Verwaltungsrechtler und Vertreter aus Politik und Bürger-Initiativen in Details, so dass eine Kernfrage erst spät Thema wird: Ist der Mülltransport über 16000 Kilometer nötig und wie kann man ihn noch verhindern? AGR-Mann Dr. Zisowki verweist auf gültige Verträge mit Orica. Folglich, so Höhn, sei die ausstehende Genehmigung der einzige "Hebel": Wenn ihr Nachfolger Eckhard Uhlenberg wirklich gegen Müll-Tourismus sei, dann müsse er seinen Behörden die Beweise dafür beschaffen, dass der Giftmüll in Australien entsorgt werden kann. Dann könne die Genehmigung verweigert werden.

Nach dreistündiger Diskussion kündigt Bärbel Höhn an, alles zu versuchen, das Giftmüll-Geschäft zu verhindern.

TRANSPORT ÜBER GROßE DISTANZ BEREITET GROßE SORGEN

HERTEN. (marp) Schon im Vorfeld des Info-Abend stößt das Thema Giftmülltransport auf großes Interesse bei den Gästen. Wir haben nachgefragt, warum. - "Ich halte es nicht für gut, dass solch giftiger Müll über eine so große Distanz transportiert wird", sagt Silke Preußner - (32). Sie sieht vor allem im Transport eine große Gefahr. Deshalb sagt sie: "Diesen Giftmüll sollten die Australier besser in ihrem eigenen Land verbrennen." Maria Marti - n (49) unterstützt ebenso wie ihr Ehemann Günter die Proteste gegen den Giftmülltransport. Sie sagt: "Wir stehen dem RZR ohnehin kritisch gegenüber. Wir glauben, es wird zu viel verschwiegen."

Günter Wachter - (62) macht der hochgiftige Müll grundsätzlich Sorgen und sieht ebenfalls den Transportweg kritisch: "Der Stoff, der überall schon lange verboten ist, soll hier über die Luft entsorgt werden. Und was passiert bei einem Störfall?"

Margot Urban - (61) kann es überhaupt nicht verstehen, dass so viel hochgiftiger Müll praktisch vor der Haustür verbrannt wird. Sie betont deshalb: "Es ist unglaublich, dass eine Bezirksregierung

so etwas überhaupt in einem so dichten Ballungsgebiet genehmigen kann." Artur Voss - (71) hat die Diskussion aufmerksam in der Hertener Allgemeinen verfolgt und meint: "Ich habe die Befürchtung, dass das schlimme Folgen für die Umwelt haben kann. Ich will heute hören, was die Fachleute dazu sagen."

JETZT BEGINNT DIE SUCHE NACH BEWEISEN, HERTENER ALLGEMEINE V. 07.02.07

Von Frank Bergmannshoff

HERTEN. Die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) rechtfertigt mit dem "Basler Übereinkommen" ihr Giftmüll-Geschäft mit Australien. Grünen-Politikerin Bärbel Höhn sieht in demselben Rechtswerk eine Chance, den Transport von Hexachlorbenzol-verseuchtem Müll (HCB) nach Herten noch zu verhindern.

Die 1992 in Kraft getretene Konvention, die in der Bürgerversammlung am Dienstag mehrfach angesprochen wurde, regelt den internationalen Müll-Verkehr. Rund 170 Staaten haben sie unterzeichnet. AGR-Vertreter Dr. Thorsten Zisowski leitet daraus eine rechtlich-moralische Verpflichtung ab, er spricht von einem "Solidar-Netzwerk": Deutschland müsse den australischen Giftmüll entsorgen, weil das vor Ort auf dem fünften Kontinent nicht möglich sei. Gäbe es diese Solidarität nicht, sei die Gefahr von illegaler Entsorgung groß. Dr. Zisowski verweist auf den Müll-Skandal an der Elfenbeinküste im September 2006.

Diese Argumentation lehnen die Kritiker des AGR-Geschäfts mit der australischen Firma Orica ab. Sie verweisen auf Aussagen der australischen Umweltschutz-Organisation "National Toxics Network" (Nationales Giftstoff-Netzwerk). Dort heißt es, Orica könne die HCB-Abfälle sehr wohl in Werken in Brisbane und Melbourne entsorgen. Ferner habe die Regierung des Bundesstaats New South Wales 2004 erklärt, sie sehe "keinen überzeugenden Grund" für einen Müll-Export.

Womit die Kritiker wieder bei der "Basler Konvention" ankommen: In ihr hat sich auch Australien verpflichtet, zu gewährleisten, dass Müll am Entstehungsort entsorgt wird - wenn die Möglichkeit dazu besteht. Und dazu ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die australische Regierung habe sich dazu noch nicht geäußert, sagt der zuständige Dezernent bei der Bezirksregierung Münster, Wolfgang Feldmann.

Bärbel Höhn zufolge gehe es jetzt darum, Beweise dafür zu sammeln, dass der Müll in Australien beseitigt werden kann. **Der Initiative "Pro-Herten" bescheinigt sie diesbezüglich "extrem gute Arbeit".** Höhn fordert aber auch NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg auf, seine Behörde bei der Beschaffung dieser Beweise zu unterstützen, wenn er es mit seiner Kritik am Müll- Tourismus ernst meine.

Es gibt noch einen weiteren Ansatzpunkt, das Giftmüll-Geschäft ins Wanken zu bringen. Die AGR ist eine hundertprozentige Tochter des Regionalverbands Ruhr (RVR), der wiederum von den Kreisen und kreisfreien Städten getragen wird. Die lokalen Vertreter in der Verbandsversammlung - quasi das Parlament des RVR - könnten also Druck auf die AGR ausüben. Genau das soll nun passieren: An der Bürgerversammlung im Glashaus hat auch der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei in der Verbandsversammlung, Wolfgang Freye, teilgenommen. Er will das Thema am 12. März beim RVR auf die Tagesordnung setzen. Freye, selbst Essener, bekommt Rückendeckung aus dem Kreis Recklinghausen. Die Fraktion Bündnis '90/Die Grünen will in der heutigen Sitzung des Kreis-Umweltausschusses dazu auffordern, dass sich der Kreis Recklinghausen in der RVR-Versammlung offiziell gegen die Giftmüll-Verbrennung in Herten und für die Rückabwicklung der Verträge einsetzt. Ferner soll das Land klären,

welchen Umweltbelastungen der Emscherbruch durch das RZR und weitere Kraftwerke in der Umgebung ausgesetzt ist.

Ob sich der Orica-Vertrag aufheben lässt, weiß wohl nur die AGR. Deren Vertreter Dr. Zisowski hat in der Bürgerversammlung abgewunken: Bei Vertragsbruch müsse die AGR Schadensersatz zahlen. Aber auch das stellte Dr. Zisowski klar: Wird der Giftmüll-Transport nicht genehmigt, ist der Vertrag mit Orica hinfällig.

Matthias Ollech: „Wir wissen nicht, wie giftig einige Stoffe wirklich sind."

Jessica Trockel lehnt Müll-Tourismus um die halbe Welt strikt ab

---

DREI STUNDEN -ZU WENIG ZEIT FÜR SO VIEL ZORN

Besucher der Giftmüll-Diskussion äußern Sorgen und Kritik

VON FRANK BERGMANNSHOFF

HERTEN. „Können wir es uns mit Blick auf die Zukunft unserer Welt und unserer Kinder leisten, Giftmüll als Wirtschaftsgut zu betrachten", fragt Pfarrer Andreas Wilkens, selbst Familienvater. Wie er äußern viele Besucher der Bürgerversammlung Sorgen und Kritik.

Wie berichtet, sind etwa 400 Menschen ins Glashaus gekommen. Drei Stunden Diskussion reichen nicht, um alle zu Wort zu kommen zu lassen.

„Wenn das Volk zum Giftmüll-Transport Nein sagt, wie können Sie dann Ja sagen?", ruft ein Bürger in die Richtung von Wolfgang Feldmann, bei der Bezirksregierung für die Genehmigung zuständig. Dieser betont, er müsse sich an Recht und Gesetz halten.

„Wenn die Genehmigung erteilt wird, ohne dass gründlich genug geprüft wurde, gibt es dagegen dann juristische Mittel?", fragt **Günter Nierstenhöfer** aus Herne. Er berichtet, dass der Rat seiner Heimatstadt das Giftmüll-Thema noch nicht aufgegriffen habe.

In Recklinghausen-Hochlarmark wird es dagegen heiß diskutiert. **Jürgen Radtke** fordert, dass die Umweltbelastung durch das RZR und andere Kraftwerke in der Region als Ganzes untersucht wird.

Dr. Hans Hubbertz, Industriepfarrer des Kirchenkreises Recklinghausen, zweifelt an den Schadstoff-Messwerten, die die AGR veröffentlicht: „Hinter diesen Mittelwerten lässt sich viel verstecken."

Dass viele Schadstoffe nicht erfasst werden oder noch gar nicht wissenschaftlich erforscht sind, beunruhigt **Matthias Ollech** aus Herten-Süd: „Wie können wir heute guten Gewissens Stoffe in die Luft blasen, von denen wir vielleicht erst in zehn Jahren erfahren, wie giftig sie sind?"

Der lange Transportweg des Mülls bereitet **Dieter Kullik** (Grüne) Kopfzerbrechen: „Ständig gibt es Schiffshavarien und Lkw-Unfälle. Und trotz unserer Hochtechnologie lässt Schnee Strommasten brechen und steht wegen eines Sturms die Bahn still."

Unbeantwortet bleibt die Frage von **Joachim Jürgens („Pro-Herten"),** wie die australische Firma Orica zu der Behauptung kommt, die deutschen Bürgermeister und Räte würden die Giftmüll-Verbrennung unterstützen.

Wolf-Eckardt Irmer ruft nach staatsanwaltlichen „Ermittlungen gegen die Müll-Mafia". **UBP Ratsherr Tobias Koller** sieht einen erheblichen Image-Schaden für die AGR und vor allem für Herten: „Und das alles, während wir versuchen, junge Familien nach Herten zu locken", so Köller.

Bürgermeister Dr. Uli Paetzel (r.) nimmt zu dem Vorwurf Stellung, er wisse seit Monaten vom dem Giftmüll-Geschäft. —FOTOS: FRANK BERGMANNSHOFF

Am Ende gerät auch **Bürgermeister Dr. Uli Paetzel** in die Kritik. Den Vorwurf, er wisse seit Mai

2006 von dem Giftmüll-Geschäft, will er so nicht stehen lassen. Damals habe er lediglich von der Absicht der AGR erfahren, im RZR australischen Giftmüll zu verbrennen. „Ich mache Dinge aber erst öffentlich, wenn ich sie nicht verhindern konnte oder wenn sie halbwegs spruchreif sind", so Dr. Paetzel. Die AGR habe ihre Zusage, ihn rechtzeitig über Details zu informieren, aber nicht eingehalten. Somit habe er Politik und Öffentlichkeit nicht selbst informieren können. Stattdessen hatte die **Hertener Allgemeine** das Giftmüll-Geschäft am 22. Dezember aufgedeckt.

BÜRGER HABEN ANGST VOR GIFT IM RZR QUELLE: STADTSPIEGEL V. 8.2.2007

Podiumsdiskussion im Glashaus

Das Glashaus drohte aus den Nähten zu platzen, als die Evangelische Kirchengemeinde Herten, die Initiative Pro-Herten sowie die Stadt am Dienstagabend zur Podiumsdiskussion zum Giftmülltransport ins RZR eingeladen hatte.

Um es vorweg zu nehmen: die Betreiber der Müllverbrennungsanlage werden nicht auf den Auftrag aus Australien verzichten, wenn die dortige Regierung und Südafrika als Zwischenstation auf dem Seeweg ihre Genehmigung geben. Für die Bürger bleibt die Angst.

Giftverbrennung belastet Bürger

Bärbel Höhn(MDB) sieht gesundheitliche Belastung durch die RZR- Müllöfen

Auf großes Interesse stieß eine Podiumsdiskussion, die sich mit dem geplanten Giftmülltransport aus Australien zum Hertener Müllofen RZR beschäftigte.

Rund 300 Zuschauer verfolgten im Glashaus zweieinhalb Stunden den regen Austausch von Argumenten und stellten Fragen an die Fachleute auf dem Podium. Eingeladen hatten die evangelische Kirchengemeinde, die Initiative Pro-Herten und die Stadt. Auf dem Podium standen die ehemalige Umweltministerin des Landes Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Thorsten Zisowski (AGR), Wolfgang Feldmann von der Genehmigungsbehörde der

Bezirksregierung in Münster und Dr. Michael Harengerd (BUND). „Die Anlage in Herten hat einen sehr guten technischen Stand und ist geeignet für die Verbrennung derartiger Abfälle", sagte Wolfgang Feldmann 5000 Tonnen Hexachlorbenzol von der australischen Chemiefirma Orica sollen im RZR verbrannt werden. Die Bundestagsabgeordnete Bärbel Höhn wies auf die zusätzliche gesundheitliche Belastung für die Bürger durch den Müllofen RZR hin. „Die Bevölkerung in der Nachbarschaft bekommt trotz eingehaltener Grenzwerte ihren Teil ab.

Deshalb ist es nicht in Ordnung, dass Müll aus Australien hierher gebracht wird", so Höhn. Dr. Zisowski von der AGR, Betreiber des RZR, betonte, dass die Anlage für die Verbrennung von Hexachlorbenzol geeignet ist und wies besonders auf das Filtersystem nach der Verbrennung hin. Die Zuhörer stellte zahlreiche Fragen zur Technik der Müllverbrennungsanlage und kritisierten den Mülltourismus. Dr. Michael Harengerd vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland sagte bezüglich der Sondermüllverbrennung: „Hier geht es ausschließlich um wirtschaftliche Gesichtspunkte". Diskutiert wurde zudem über die Möglichkeit, den Mülltransport aus Australien auf politischem Wege zu verhindern.

Bis auf den letzten Platz war das Glashaus besetzt, als es bei der Podiumsdiskussion um den australischen Giftmülltransport ging.

BILDERGALERIE (FOTOS REINHARD BÖMKE PRO-HERTEN / NUR)

HIERZU FOLGENDE: FILMBEITRÄGE ZUR PODIUMSDISKUSSION

TV-Emscher Lippe WDR-Dtmd WDR-Köln

RESULUTION, 7.2.07

An
Bundesumweltminister
Sigmar Gabriel via Email sigmar.gabriel(at)bundestag.de
Minister des Ministerium MUNLV des Landes Nordrhein-Westfalen
Eckhard Uhlenberg via Email eckhard.uhlenber(at)munlv.nrw.de
Minister for the Environment and Water Resources.
Hon Malcolm Turnbull MP via Email malcolm.turnbull.mp(at)aph.gov.au
Mayor of the City of Botany Bay
Councillor Ron Hoenig via Email mayor(at)botanybay.nsw.gov.au

Der Rat der Stadt Herten hat am 7. Februar 2007 folgende Resolution einstimmig verabschiedet. Mit meiner Unterschrift schließe ich mich dieser Resolution an

The council of the city of Herten has decided on the 7th February, 2007 the following resolution unanimously. With my signature I join to this resolution.

Stadt Herten
07.02.2007

RESOLUTION DEUTSCH

1. Die Stadt Herten spricht sich entschieden gegen den Transport australischen Giftmülls nach Herten und die Verbrennung aus. Wenn auch die Hertener Anlage nach Auffassung von Experten eine der modernsten weltweit ist und die technischen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Verbrennung dieser Stoffe in der Hertener Anlage gegeben sind, so bergen lange Transportwege nicht kalkulierbare Risiken, auch für die Bürgerinnen und Bürger Hertens und der Region. Deshalb müssen sich grundsätzlich solch hochindustrialisierte Länder wie Australien in die Lage versetzen, im Lande produzierte Giftstoffe dieser Kategorie selbst gefahrlos zu entsorgen. Herten darf sich nicht zum Standort für weltweiten Mülltourismus entwickeln.

2. Die Informationspolitik der AGR bei diesem Vorhaben gegenüber der Hertener Politik und der Öffentlichkeit wird missbilligt. Bei einem solch sensiblen Vorgang müssen die Verantwortlichen der Stadt sowie die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend informiert werden. Es liegt im ureigensten Interesse des Unternehmens, eine langfristig angelegte, solide, auf Partnerschaft setzende Informationspolitik zu betreiben. Nur dadurch wird eine Vertrauensbasis hergestellt, die auch in schwierigen Situationen belastbar ist.

3. Alle beteiligten Stellen werden aufgefordert, dieses Projekt zu stoppen. Die Landesregierung wird gebeten, sich für eine gesetzliche Änderung einzusetzen, die solch unnötigen Mülltourismus in Zukunft verhindert.

RESOLUTION ENGLISH

1. The city of Herten speaks decidedly against the transportation and following burning of Australian toxic waste in Herten.

Even so the facility in Herten is in the opinion of experts one of the most modern in the world and the technical requirements for an orderly burning of the toxic waste in Herten are fulfilled, the long distance of transportation inherits incalculable risks, also for the residents of the city of Herten and the entire region. Therefore such highly industrialised countries like Australia must categorically put themselves in the role of being capable of safely burning their own produced toxic waste. The city Herten shall not become a location for worldwide toxic waste tourism.

2. The information policy of the company AGR with this project towards the community politics and the public is disfavoured. With such a sensible project the responsible people within the city town hall and the

residents of Herten must be informed extensively and on a timely basis. It must be in the own interest of the company to provide an information policy, which is based on a solid long term basis partnership, which is based on mutual trust. Only then a mutual trust can be establish, which will stand together in difficult times.

3. All parties involved are called upon to stop this project. The provincial government is asked upon to lobby for a legal amendment, which prevents such unnecessary toxic waste tourism now and in the future.

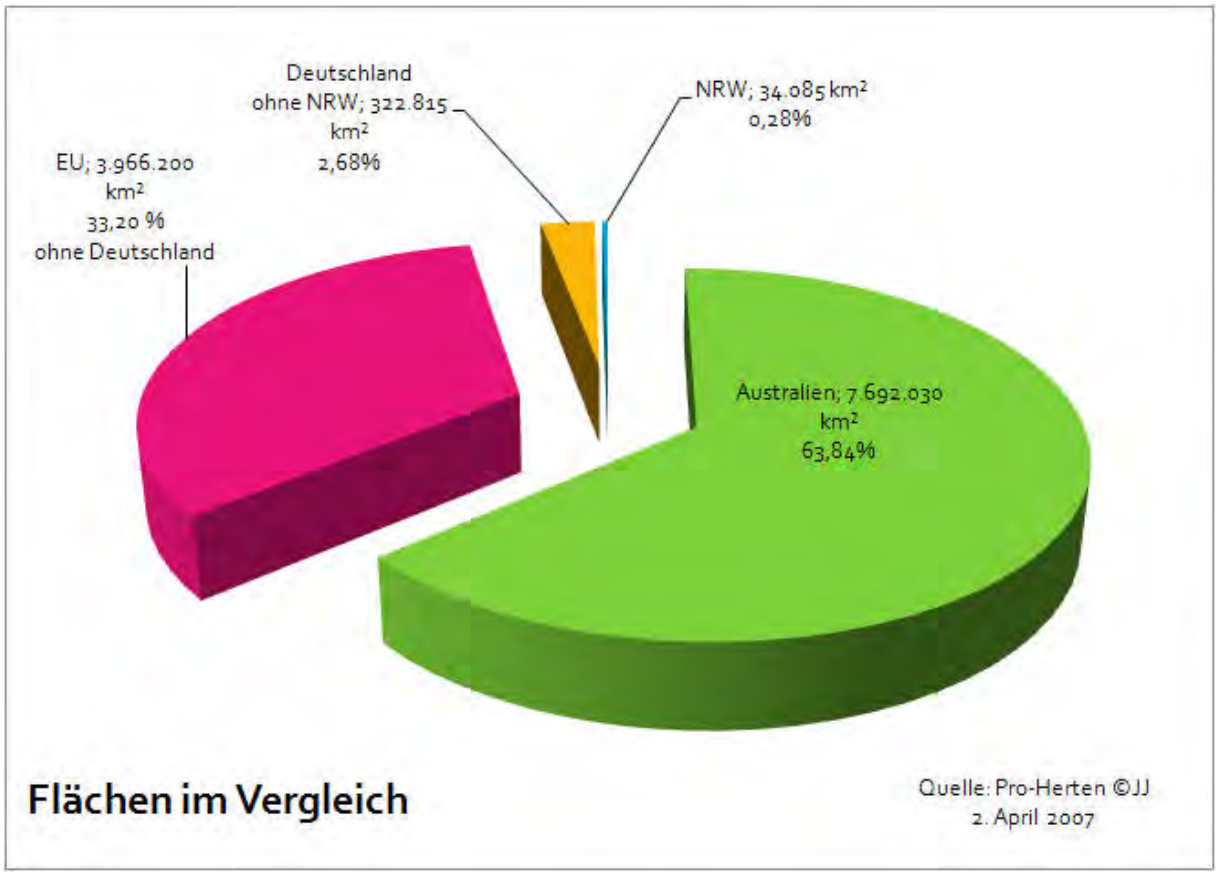
Respectfully

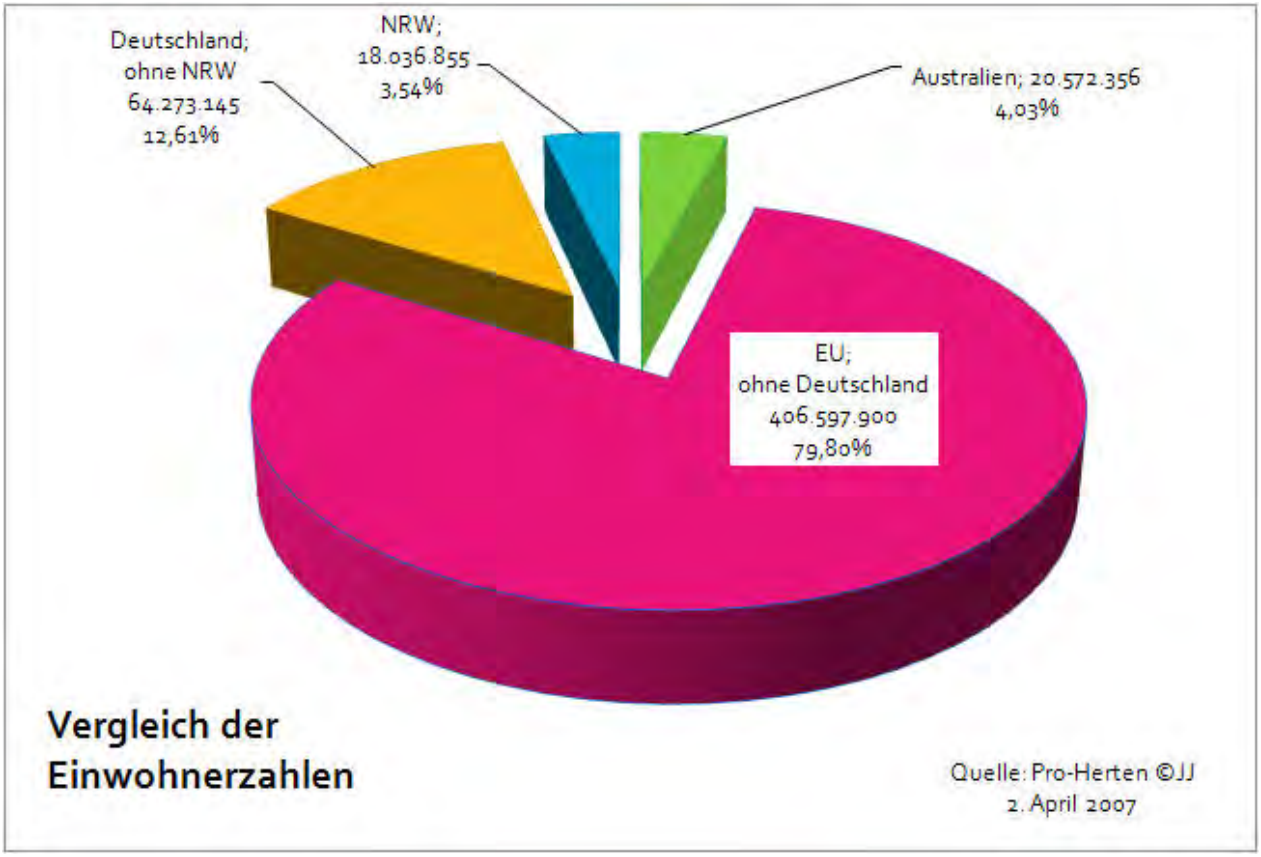
STÄDTE, DIE RESOLUTIONEN GEGEN DEN ORICA-GIFTMÜLLIMPORT ERLASSEN HABEN

im Kreis Recklinghausen, dem bevölkerungsreichsten Kreis der Bundesrepublik im nördlichen Ruhrgebiet. Hier leben über 660.000 Menschen in zehn Städten.

The "Kreisdistrict Recklinghausen", located in the northern part of the Ruhrgebiet in North-Rhine-Westphalia, is the most populated in Germany. 660,000 inhabitants are living in 10 cities. Numbers = inhabitants of the cities.

VERGLEICHE AUSTRALIEN/DEUTSCHLAND





SPD-KREISTAG AN JOCHEN WELT: ABENTEUER AUSTRALIEN BEENDEN

SPD-Kreistagsfraktion Recklinghausen

Geschäftsstelle: Kreishaus, Raum: 4.42
Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361 - 534042
Fax: 02361 - 534242
E-Mail: spd.fraktion@kreis-recklinghausen.de

SPD-Kreistagsfraktion Recklinghausen • Kurt-Schumacher-Allee 1 • 45657 Recklinghausen

Der Landrat - Bearbeitungsverfügung
PR ☐
Amt 13 ☐
VgNr. | 06. Feb. 2007 | WV:
Erledigung ☐ Kenntnisnahme ☐
Stellungnahme ☐
bis ☐

Herrn
Landrat Jochen Welt
Kurt Schumacher Allee 1
45665 Recklinghausen

06.02.2007

Sehr geehrter Herr Landrat,
hiermit möchte ich Sie bitten folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sondersitzung ALUBA am 8.2.07 zu setzen:

Abenteuer Australien beenden

Technologieexport statt Giftmüllimport

Die geplante Entsorgung von 5.500 t hexachlorbenzolhaltigen Giftmülls aus Australien im RZR Herten, sorgt in der Bevölkerung der Städte Herten, Recklinghausen und Herne für erhebliche Verunsicherung und Unruhe. Viele berechtigte Fragen und Ängste tauchen bei der Verbrennung dieses Giftmülls aus Australien im RZR Herten auf.

Zu Recht weisen die Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises und der umliegenden Städte darauf hin, dass es auf einem hoch industrialisierten Kontinent wie Australien möglich sein muss, dort produzierten Giftmüll vor Ort schadlos und umweltgerecht zu beseitigen. Dies ist im übrigen auch in internationalen Abkommen – wie zum Beispiel dem Basler Abkommen – so geregelt und festgelegt

Fragwürdig ist auch der Giftmülltransport über eine Strecke von 16.000 Kilometern mit allen Risiken und Gefahren, die ein solches Unternehmen birgt.

Die kritische Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger zum Thema „Giftmüllverbrennung für Australien im RZR Herten" teilen wir uneingeschränkt

Die Geschäftsführung der AGR wird daran erinnert, dass das RZR in Herten für die Entsorgung von Abfällen aus der Region gebaut und einen wichtigen Baustein für die regionale Entsorgungswirtschaft darstellt. Das RZR Herten ist nicht errichtet worden, um giftigen Müll aus der ganzen Welt zu verbrennen.

Wir fordern daher alle Vertreter des Kreises in den Gremien des RVR und der AGR auf, ihren Einfluss geltend zu machen und auf die Geschäftsführung der AGR einzuwirken, dieses Giftmüllgeschäft mit Australien nicht länger zu verfolgen und die Verhandlungen einzustellen. Dabei sollte auch darauf hingewiesen werden, dass beim Bau einer Verbrennungsanlage in Australien die entsprechende hoch entwickelte deutsche Technologie exportiert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
B. Puschadel

+ 3. Punkt Ratsresolution Herten : zusammen mehrheitlich ohne Gegenstimmen (bei Enthaltung der CDU) angenommen

WIE LOBBYISTEN AN DEN FÄDEN DER POLITISCHEN MARIONETTEN ZIEHEN

(Email v. Min.Dir. Jaron, 12.2.07)

UNGLAUBLICH ABER WAHR!

Seltsame Auslegung des Bundesumweltministeriums – nicht nur dass er Australiens Entfernung (Seeweg ca. 16.000 sm = 29.000 km) verringert, vielleicht meint er die „durch“ die Erde gemessene Entfernung – was jedoch letztendlich von untergeordneter Rolle ist. Tatsache ist, dass hier die Baseler Konvention aufgrund ökonomischen Gegebenheiten unterlaufen wird. Ein Regelwerk, das explizit die ortsnahe Entsorgung vorschreibt kann nicht so verdreht werden, dass letztendlich das Ruhrgebiet zum Müllklo der Nation wird. Unsere Atomkraftwerke sollen auch den höchsten Stand der Technik besitzen – sollen wir dann für die ganze Welt diese Stromerzeugung in der BRD konzentrieren?

Kennt Herr Jaron nicht die Stellungnahme des Minister Uhlenberg (MUNLV) NRW ?

Vielleicht wäre eine Absprache der Politik der Glaubwürdigkeit wegen sehr sinnvoll. Zu sehr scheint mir der Beitrag von Herrn Jaron zu bestätigen, dass hier die Lobbyisten an den Fäden der politischen Marionetten wieder einmal kräftig ziehen!

Kommentar mit freundlichen Grüßen

Von: xxxxxxxxxxxxxx]
Gesendet: Montag, 12. Februar 2007 14:21
An: hcb(at)pro-herten.de

BETREFF: FW: VERBRENNUNG AUSTRALISCHEN ABFALLS

----- Original Message -----

From: Jaron, Andreas
To: rolf.m(at)telelev.net
Sent: Monday, February 12, 2007 12:53 PM
Subject: Verbrennung australischen Abfalls
Sehr geehrter Herr M.xxxxx,

für die Genehmigung von Anlagen, so auch für Abfallverbrennungsanlagen, sind die jeweiligen Bundesländer zuständig. In derartigen Anlagen dürfen lediglich die Stoffe verarbeitet werden, für die die jeweiligen Anlagen errichtet, ausgestattet und genehmigt wurden. Ebenso sind die Bundesländer für die Genehmigung von grenzüberschreitenden Abfallverbringungen zuständig. Die Regelungen hierfür finden sich in der EG-Abfallverbringungsverordnung sowie im Abfallverbringungsgesetz, auf internationaler Ebene im Basler Übereinkommen.

Aus bundespolitischer Sicht ist die sichere und umweltverträgliche Entsorgung von Abfällen, insbesondere von gefährlichen Abfällen eine globale Aufgabe. Inzwischen sind 170 Staaten dem Basler Übereinkommen über die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle beigetreten. Ziel des Abkommens ist, gefährliche Abfälle dort zu beseitigen, wo dies technisch und umweltbezogen am besten möglich ist. Deutschland verfügt für die meisten gefährlichen Abfälle über die besten Anlagen der Welt. Dies liegt u.a. an dem hohen technischen Standard der deutschen Industrie und Entsorgungswirtschaft. Ähnliche Standards sind ansonsten nur noch in wenigen europäischen Staaten, sowie in Japan und USA anzutreffen. Im Sinne des globalen Umweltschutzes ist es grundsätzlich sinnvoll, sonst nicht zerstörbare gefährliche Abfälle aus Staaten, die nicht über entsprechende Entsorgungskapazitäten verfügen, in sichere Anlagen zu bringen. Transportentfernungen spielen dabei nur eine untergeordnete

Rolle (Australien - Japan: ca. 8.500 km; Australien – USA: ca. 12.500 km; Australien – Deutschland: ca. 13.000 km).

So sehr auch die Sorgen um Gesundheit und Umwelt von Menschen im Umfeld von Chemie- und Entsorgungsanlagen berücksichtigt werden müssen, so sehr muss auch auf die weltweite Verantwortung für die Folgen der Industrialisierung verwiesen werden. Eine Verschärfung des Verbringungsrechts ist vor diesem Hintergrund nicht notwendig. Ein Verbot der ortsfremden Entsorgung wäre im Sinne des Basler Übereinkommens sogar kontraproduktiv.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jaron
Bundesumweltministerium
Referat WA II 1

UNWISSENHEIT ODER GEZIEHLTE UNWAHRHEITEN STELLUNGNAHME PRO-HERTEN, (J. JÜRGENS)

Dreh und Angelpunkt der Aussage wird sein, dass Orica im australischen Anhörungsverfahren den hier im Umkreis der betroffenen MVA's behauptet, dass nur eine Minorität sich im Widerstand gebildet hat.

Hier bezieht sich Orica offensichtlich auf einen Vorgang am 25.1.2007 in Brunsbüttel.

Nach unseren Recherchen stellt sich der tatsächliche Sachverhalt wie folgt da.

Erstmalig wurde das Thema HCB-Import in einer Ausschusssitzung des Rates der Stadt Brunsbüttel am 21. Nov. 2006 angesprochen und im weiteren Verlauf der Sitzung im nichtöffentlichen Teil behandelt. Hier war Gegenstand der Erörterung die Erweiterung des Gefahrgut- Container- Terminal

Tatsächlich fand – wie erwähnt – am 25. Jan. 2007 eine Anhörung des dortigen STZUA Itzehoe statt. Weder die dortig ansässige Presse lt. Aussage von dem Termin in Kenntnis gesetzt, sie war auch nicht anwesend und somit wurde auch nicht weiter darüber berichtet.

Im weiteren beziehe ich mich auf folgenden Text, der mir von einer dortigen Umweltaktivistin zugesandt wurde.

HALLO AUS BRUNSBÜTTEL

Laut Aussage des „Stattlichen Umweltamtes Itzehoe" haben 20 Personen eingewendet, sowie der Verein zur Förderung des Umweltschutzes in der Wilstermarsch und Region Brunsbüttel.

Das es so wenige waren, liegt daran, dass man uns erst sehr spät über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt hat. Die W.I.R. Fraktion der Ratsversammlung ist auch dagegen, leider aber in der Minderheit. Erst durch die W.I.R. wurde es im Bauausschuß- Umweltausschuss zur Sprache gebracht.

Wir haben leider, aus Zeitgründen bzw. aus Krankheitsgründen, dem Erörterungstermin nicht beiwohnen können ***Soviel zum Verfahren in Brunsbüttel***

ZU ERWÄHNEN IST ZU DR. LUDWIG RAMACHER !

Die dortige MVA sagt: „Sonderabfall- mit Sicherheit unser Thema -Wir, die SAVA (http://www.sava-online.com) Sonderabfallverbrennungsanlagen GmbH, Brunsbüttel, sind ein Unternehmen der REMONDIS Industrie Service GmbH, Lünen.

Schillernde Figur in Sachen Giftmüllhandel ist:

Dr. Ludwig Ramacher, grüner Stadtrat in Wachtendonk

Ehemals:

RWE Umwelt Sonderabfallwirtschaft GmbH, Sales Manager for International Waste Acquisition, RWE Umwelt Sonderabfallwirtschaft GmbH, davor koordiniert er den Abfalltransfer für der im Zusammenhang mit dem Kölner Schmiergeldskandal bekannt gewordenen Firma Trienekens (z. B. aus Italien).und nun u.a. bei der ERFO – Redmondis Industrie Service GmbH tätig.

Dr. Ludwig Ramacher
Bildquelle Internet

Er verfügt auch beste Kontakte zum Bundestag.

https://www.bundestag.de/wissen/archiv/sachgeb/lobbyliste/lobbylisteaktuell.pdf
Unter der „Lobbyistenlisten-Nr.: 489
Bundesverband deutscher Sonderabfallverbrennungsanlagen e.V. (BDSAV)
c/o RWE Umwelt AG
Speicker Str. 2
41061 Mönchengladbach
Tel.: (02161) 9274364 Fax: (02161) 9274360
E-Mail: ludwig.ramacher(at)nrw.rweumwelt.com
Vorstand und Geschäftsführung
Vorstand Dr. Axel Korn, Lothar Gehlen, Dieter Uffmann, Dr. Ludwig Ramacher, Geschäftsführer
Interessenbereich
Vertretung der Interessen der öffentlich-rechtlich zugänglichen Sonderabfallverbrennungsanlagen in Deutschland.

MELDUNG AUS AUSTRALIEN, KEIN NENNENSWERTER WIDERSTAND IN DEUTSCHLAND

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Freitag, 16. Februar 2007 03:10
An: Jens Kendzia; baerbel.hoehn(at)bundestag.de
Cc: Phillipp Mimkes; J.Jürgens ; Ingo Gödeke
Betreff: HCB
Hi all,

Just to let you know The Technical group who advises our Minister has been meeting over the last 2 days and although our NGO observer is locked out of the final HCB export decision, we're now 99.999% sure they will advise for export.

Orica has already booked its first ship for April Fool Day (April 1) despite all the opposition in Germany, which Orica dismissed at the meeting as "not serious or effective".

They claimed they held a hearing on the import and unloading of the HCB in Brunsbuttel on the 25th January and only 2 people turned up to object. Therefore the opposition now is not to be taken seriously.

Do you know anything about these hearings ? ...we need to be able to discredit them and show that affected people were not even aware of them being held.

Also if you find their dismissal of your opposition offensive, you are not alone and they are attacking our organisation pretty badly as well.

The next step for us here in Australia is to try to stop the required 'regulation' going through Parliament next week or the following.

However, we only have the Greens opposing the export so this will be difficult.

Regards Mariann

ROHÜBERSETZUNG OHNE GEWÄHR

Hallo an alle,

um Euch mitzuteilen, die Technische Gruppe, die unseren Minister berät, hat sich im laufe der letzten 2 Tage getroffen. Und obwohl unser NGO (NON Gouvernement Organisation) Anwesender von der endgültigen Exportentscheidung ausgeschlossen ist, berichteter er, dass die endgültige -HCB- Exportentscheidung zwar noch nicht abgeschlossen ist, er sei jedoch zu 99.999 %, sicher, dass die Technische Gruppe sich für den Export aussprechen wird.

Orica hat bereits sein erstes Schiff für den 1. April (kein Aprilscherz), trotz der großen Opposition in Deutschland, vorbestellt. Das bedeutet, das Orica die Einwände in der Sitzung als "nicht seriös oder wirksam" vom Tisch wischte.

Sie behaupteten, dass sie bei einer Anhörung bezüglich des Imports von HCB in Brunsbüttel, am 25. Januar, sich nur zwei Personen dagegen ausgesprochen hatten. Aus diesem Grund wird der Widerstand nun als nicht ernsthaft betrachtet

Wisst Ihr irgendetwas über diese Anhörung? …..wir müssen im Stande sein, sie zu diskreditieren und zu zeigen, dass die betroffene Bevölkerung von dieser Anhörung nichts wusste.

Auch wenn Ihr deren Missachtung eueres Widerstandes beleidigend findet, so seid Ihr nicht allein, und sie greifen unsere Organisation ebenso ziemlich übel an.

Der folgende Schritt für uns hier in Australien wird sein, das erforderliche Gesetz im Parlament in der nächsten Woche oder den darauf folgenden, zu stoppen.

Jedoch haben wir nur die Grünen, die sich dem Export widersetzen, so wird das schwierig sein.

Grüße Mariann

DIE GRÜNEN Marl

Postanschrift: Plaggenbrauckstr. 57, 45768 Marl – Tel/Fax: 02365-99-2654
e-mail: kontakt(at)gruene-marl.de

Pressemitteilung

MARLER GRÜNE SOLIDARISIEREN SICH MIT HERTENER GIFTMÜLLGEGNERN

Die GRÜNEN in Marl unterstützen den Widerstand der Hertener Bürger gegen den Giftmüllimport aus Australien. Ebenso wie die GRÜNEN in Herten sind wir der Meinung, dass es widersinnig ist, hochgiftige Abfälle um den halben Erdball zu transportieren, anstatt ihn vor Ort in Australien zu entsorgen.

Bereits seit Bestehen der Giftmüllverbrennungsanlage in Herten, haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass derartige „Giftschleudern“ nicht in dicht besiedeltes Gebiet gehören.

Verbrennungsrückstände, die nicht gefiltert werden können, werden über angrenzende Wohngebiete verteilt und gelangen so in die Nahrungskette.

Wenn die Betreiber der Giftmüllanlage in Herten aus Profitgründen jetzt auch noch ihre Kapazitäten durch Erweiterungsbauten erhöhen dürfen, wird zukünftig der Abfall der ganzen Welt in unserer Region verbrannt werden. Das Australiengift dürfte dann nur der Anfang sein.

Im Zuge der Diskussion über die Hertener Giftmüllanlage darf man aber auch nicht vergessen, dass wir in Marl in vergleichbarer Situation sind.

Auf dem Gelände des Chemieparks Marl befindet sich ebenfalls eine Giftmüllverbrennungsanlage, von der in der Öffentlichkeit nicht bekannt ist, welche gefährlichen Gifte dort verbrannt und von dort aus über das Stadtgebiet Marls verteilt werden.

Dabei passt es ins Bild, dass vor einigen Jahren die Luftmessanlage in Sickingmühle für Messungen von verschiedenen Giftstoffen abgeschaltet wurde, obwohl in unserer Gegend vorherrschend Westwind weht und die Gifte aus der Verbrennungsanlage im Chemiepark hauptsächlich im Wohngebiet Sickingmühle niedergehen.

Die Marler GRÜNEN werden in dieser Sache lückenlose Aufklärung fordern.

Für die Fraktion , Birgit Sandkühler

GIFTMÜLL: WIDERSTAND FORMIERT SICH, NGZ-ONLINE - 8. FEBRUAR 2007

von Petra Schiffer

Dormagen Während Bayer Industry Services (BIS) weiterhin auf die Genehmigung für die Giftmüll-Importe aus Australien wartet, formiert sich immer mehr der Widerstand gegen das Geschäft mit dem australischen Sprengstoff-Unternehmen Orica. Insgesamt sollen in Nordrhein-Westfalen 22 000 Tonnen des giftigen Stoffs Hexachlorbenzol (HCB) verbrannt werden, der aus einer Anlage südlich von Sydney stammt und über 16 000 Kilometer ins Land transportiert werden soll.

Die Fässer sollen in den Verbrennungsanlagen in Herten, Leverkusen und Dormagen entsorgt werden. Am heftigsten fällt der Protest bislang in Herten aus, wo ein kommunales Unternehmen an der Verbrennungsanlage beteiligt ist. Doch auch in Leverkusen, wo ebenfalls die Umweltdienste von Bayer die Anlage betreiben, will der Rat der Stadt über eine Resolution gegen den Giftmüll-Import beraten. In der Dormagener Kommunalpolitik ist es hingegen bislang ruhig. Auf der Tagesordnung des Stadtrates am kommenden Mittwoch steht das Thema nicht.

Allerdings machen die Dormagener Grünen gegen den HCB-Import mobil. Sie wollen am kommenden Samstag, 10. Februar, von 10 bis 13 Uhr einen Stand vor dem Rathaus aufschlagen und dort nicht nur über die Risiken von Transport und Verbrennung informieren, sondern auch Unterschriften gegen das Vorhaben sammeln. Diese Protestliste soll anschließend den Verantwortlichen des Chemieparks Dormagen übergeben werden, sagt Vorstandssprecherin Dagmar Kiesel.

Diesen Termin hat Manfred Puchelt bereits hinter sich. Der Sprecher der Lokalen Agenda in Dormagen hat rund 90 Fragen von Bürgern zum Transport und der Verbrennung von HCB gesammelt. "Wir werden alle diese Fragen schriftlich beantworten", erklärt BIS-Sprecher Christian Zöller. Skeptisch betrachten die Bürger in ihren Fragen vor allem die genannten Grenzwerte für die Stoffe, die bei der Verbrennung entstehen und über den Schornstein der Anlage abgegeben werden. Sie wollen wissen, welche absoluten Werte erreicht werden und welche Langzeitschäden die Emissionen in der Luft, aber auch im Wasser verursachen können. Erfahren wollen die Bürger auch, in welchem Umfang Bayer das Giftmüll-Import- Geschäft in den nächsten Jahren ausweiten will.

Dieses Thema soll auch bei einem Forum angesprochen werden, das Bürgermeister Heinz Hilgers kurzfristig am Donnerstag, 22. Februar, um 18.30 Uhr im Bürgerhaus Horrem organisieren will. Der Titel: "Zukunft der Sondermüll-Entsorgung in Dormagen- Wirtschaftsgut oder moralische Verpflichtung?" Auf dem Podium werden er selbst, ein Vertreter von Bayer Industry Services, ein Vertreter des NRW-Umweltministeriums und ein Experte aus der Wissenschaft sitzen. In der Diskussion, an der sich die Bürger aktiv beteiligen sollen, wird nicht nur das aktuelle HCB-Geschäft zur Sprache kommen. Ziel ist es, auch einen Blick in die Zukunft zu werfen.

BRUNSBÜTTEL DREHKREUZ FÜR GIFTMÜLL BRUNSBÜTTELER ZEITUNG, v. 09.02.07

22 000 Tonnen im Elbehafen erwartet

Brunsbüttel (rd) Insgesamt vier Schiffe sollen hochgiftigen Müll aus Australien nach Brunsbüttel bringen. Dort wird es auf Verbrennungsanlagen verteilt. Die Stadt Herten in Nordrhein-Westfalen läuft Sturm, Brunsbüttels Stadtverwaltung schweigt.

Am anderen Ende der Welt haben sich 22 000 Tonnen chemische Produktionsrückstände angesammelt, die mit dem krebserregenden und weltweit verbotenen Stoff Hexachlorbenzol verseucht sind. Dieser Giftmüll soll im Elbehafen angelandet, zwischengelagert und schließlich auf Verbrennungsanlagen in Brunsbüttel und Nordrhein-Westfalen weiter verteilt werden. Die Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) in Brunsbüttel erhält ein Drittel der Lieferung – zwei Drittel werden mit der Bahn in die Bayer-Anlagen Leverkusen und Dormagen sowie in die Müllverbrennungsanlage Herten gebracht.

Dort regt sich heftiger Widerstand gegen den „Giftmülltourismus“.Die Stadt Herten hat eine Resolution an die Landesregierung in Düsseldorf und an das australische Umweltministerium verabschiedet.

In Brunsbüttel schweigt sich die Stadtverwaltung über die Dimension dieser Giftmüll-Anlandung aus. Umweltschützerin Hannelore Schwonberg wirft dem Rathaus vor, nur an den Profit am Industrie-

standort zu denken und weniger an die Gesundheit der Bevölkerung. „Die Stadt droht zu einem Drehkreuz für Giftmüll zu werden."

Die Grünen-Landtagsfraktion in Kiel ist alarmiert und fordert die Landesregierung auf, die Eignung der Brunsbütteler Anlage für die Verbrennung des Hexachlorbenzols zu prüfen.

Brunsbüttel

Profitables Giftmüll-Geschäft: Aus dem fernen Australien wird krebserregender Müll über die Weltmeere in den Elbehafen verschifft. Ein Drittel der Lieferung soll in der SAVA (Foto) vernichtet werden. Foto: Schmid

GIFTMÜLL: WARUM SCHWEIGT DIE STADT? BRUNSBÜTTEL

Umweltschützerin kritisiert Bürgermeister wegen fehlender Informationspolitik

***Von Jörg Lotze, Stefan Schmid und Michaela Reh Brunsbüttel* – Ab Mai sollen rund 22 000 Tonnen Giftmüll aus Australien im Elbehafen anlanden – Rückstände aus chemischer Produktion, die mit dem hochgiftigen Hexachlorbenzol (HBC) verseucht sind. Gut ein Drittel davon ist für die Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) bestimmt, wo der krebserregende Abfall unschädlich gemacht werden soll. Der größere Teil soll in Brunsbüttel zwischengelagert und dann per Bahn in drei Verbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen transportiert werden. Dagegen regt sich dort seit Wochen massiver öffentlicher Protest.**

Vor allem in der Stadt Herten im Kreis Recklinghausen ist die Bevölkerung, darunter Politiker, Kirchenvertreter und eigens dafür gegründete Bürgerinitiativen aus diesem Grund schon auf die Straße gegangen oder hat Protestbriefe verfasst. Am Mittwoch hat der Stadtrat von Herten einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der alle Parteien gegen den „Giftmülltourismus" und das Verbrennen in der Hertener Anlage aussprechen. Dieses Papier wird nun der Landesregierung in Düsseldorf und dem australischen Umweltministerium zugeleitet.

„Alle beteiligten Stellen werden aufgefordert, dieses Projekt zu stoppen. So lange Transportwege und die Verbrennung bergen nicht kalkulierbare Risiken", heißt es unter anderem in dem Papier. Während es an Rhein und Ruhr brodelt, ist von Protesten in Brunsbüttel allerdings nichts zu spüren. „Die Menschen in Dithmarschen haben sich vielleicht noch nicht genau über diesen Giftmülltransport informiert. Oder haben wegen des alten Kernkraftwerkes vor ihrer Haustür andere Sorgen", sagt Bärbel

Höhn, Vize-Chefin der Grünen-Bundestagsfraktion und ehemalige Umweltministerin Nordrhein-Westfalens, im Gespräch mit unserer Zeitung.

Bei den Kieler Grünen steht der geplante Transport erst nach unserem Anruf ganz oben auf dem Themenzettel. „Wir lehnen es aufs Schärfste ab, dass derartige Giftstoffe um den halben Erdball geschippert werden. Der Dreck soll in Australien bleiben“, fordert der umweltpolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion, Detlef Matthiessen.

Die moderne Filtertechnik der Brunsbütteler SAVA sei als Sicherheit gedacht und nicht etwa dazu, die Anlage gezielt mit solchen Ultra-Giften zu füttern. „Wir werden die Landesregierung beauftragen, die Eignung der SAVA für die geplante Verbrennung zu überprüfen“, kündigt Matthiessen an. Für SAVA-Geschäftsführer Dr. Martin Kemmler ist der Giftmüll-Auftrag hingegen Routine.

„Durch eine spezielle Schockkühlung nach der Verbrennung wird die Entstehung von Dioxin vermieden.“

Er geht davon aus, dass nur 14 000 bis 16 000 Tonnen des Giftmülls aus Australien im Elbehafen anlanden, obwohl 22 000 Tonnen beantragt wurden. Informationen unserer Zeitung zufolge sollen die Giftmüll- Container in einem speziellen Bereich des Elbehafens gelagert werden, bevor sie weitertransportiert werden.

„Eine so hoch-technologische Nation wie Australien sollte selbst in der Lage sein, ihr Gift zu entsorgen“, sagt Umweltschützerin Hannelore Schwonberg. „Es ist nicht auszudenken, was beispielsweise bei einem Schiffsunglück passiert. Außerdem droht Brunsbüttel zu einem Drehkreuz internationalen Giftmülltransportes zu werden.“

Dass die hiesige Bevölkerung offenbar schlafe, spiegele sich in den Gremien der Stadt wider: „Das Interesse an Umweltthemen ist hier stark rückläufig – es geht mehr um Profit.“

Auch Wilfried Hansen sieht die Giftmüllgegnerin in der Pflicht: „Ein Bürgermeister ist dazu da, Gefahren von seinen Bürgern abzuwenden. Herr Hansen hat allerdings noch nicht einmal offiziell den Umweltausschuss über das Vorhaben informiert. Ist ihm etwa gar nicht bewusst, welche Gefährdung für unsere Stadt und die gesamte Region entsteht?“, fragt Schwonberg.

Rolf Fischer (SPD), stellvertretender Vorsitzender des Umweltausschusses, hat die Gefahr erkannt: „Wenn es sich um so erhebliche Mengen Giftmüll handelt, müssen wir darüber reden. Hexachlorbenzol ist ein böses Umweltgift

---

WIE DER MÜLL HIERHER KOMMT

Noch ist der geplante Transport nicht genehmigt (alle beteiligten Landes- und Bezirksregierungen müssen zustimmen). Vor allem steht die notwendige Erklärung des australischen Umweltministeriums aus, nach der eine Entsorgung im eigenen Land tatsächlich nicht möglich ist. Genau das aber wird bereits von Fachleuten bezweifelt.

Der Giftmüll stammt vom australischen Konzern „Orica“, der organische und anorganische Chemikalien herstellt, darunter Sprengstoffe, Düngemittel und Anstrichfarben. Da es auf dem fünften Kontinent aber angeblich keine für derart hochgiftige Verbindungen geeignete Verbrennungsanlagen gibt, hat Orica gemeinsam mit einem holländischen Unternehmen vier Jahre lang weltweit nach einer Möglichkeit gesucht, den Sondermüll zu entsorgen.

Der Bau einer Verbrennungsanlage war dort gescheitert. Fündig wurde man schließlich bei der Firma Bayer in Dormagen und Leverkusen sowie in Herten und in Brunsbüttel. Auf vier großen Frachtern mit je 250 bis 300 Containern soll das Material aus der Nähe von Sydney zum Brunsbütteler Elbehafen gebracht werden – mit Tank-Zwischenstopp in Südafrika.

KOMMENTAR VON STEFAN SCHMID: GIFTMÜLL: ALLESFRESSER

Die Geschäfte am Industriestandort laufen gut. Dank ihres Hafens und Kanals steht die Stadt bei Ansiedlern von Produktionsanlagen hoch im Kurs. Doch bei allem Verständnis: Wie giftmüllfreundlich darf die Schleusenstadt sein?

Die Akzeptanz für gefährliche Stoffe ist an einem Industriestandort sicherlich höher als anderswo. Doch es ist schon beachtlich: Eine alte Bergbaustadt wie Herten, die auf neue Technologien wie Wasserstoff setzt, geht auf die Barrikaden bei der Vorstellung, dass hochgiftiges Hexachlorbenzol mit der Bahn in die Stadt kommt, in der Nähe gelagert und dann auch noch verbrannt wird. Stadt, Kirche und Politik protestieren dagegen. Mit Recht.

Von Brunsbüttel, wo insgesamt 22 000 Tonnen des Giftmülls angelandet werden, spricht niemand. In Brunsbüttel selbst spricht auch niemand darüber. Interessiert es hier denn niemand? Oder weiß niemand davon? In der Tat stellt sich die Frage, warum die Stadtverwaltung hier die Öffentlichkeit über die Dimension dieser Giftmüll-Anlandung im Dunkeln lässt.

Die Stärkung des Industriestandortes ist gewollt, das Etikett „kinderfreundliche Stadt“ aber auch. Schon aus diesem Grund kann es nicht vollkommen egal sein, welchen Dreck wir uns nach Brunsbüttel holen!

"KEINE KRITISCHE FRAGE IM AGR-AUFSICHTSRAT" HERTENER ALLGEMEINE (KREIS) V. 09.02.07

Von Michael Wallkötter

Kreis RE. In die allgemeine Empörung über den geplanten Sondermüll-Import aus Australien mischen sich ungewöhnliche politische Töne. -

Der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Lothar Hegemann, wirft insbesondere der SPD Populismus vor. Es sei leicht, der Stimmung hinterherzulaufen, wenn man genau wisse, dass das Müll-Geschäft rechtlich sowieso nicht zu verhindern sei, sagte Hegemann in einer von der SPD beantragten Sondersitzung des Kreis-Umweltausschusses. Mit den Stimmen von SPD und Grünen verabschiedete der Ausschuss einen Antrag, der u. a. die Aufforderung an den Regionalverband Ruhr (RVR) und dessen Tochtergesellschaft AGR enthält, den aktuell geplanten Giftmülltransport aus Australien nicht weiterzuverfolgen. Die CDU enthielt sich der Stimme.

5000 Tonnen hexachlorbenzolhaltiger Abfälle der australischen Chemiefirma Orica sollen in der Hertener AGR-Anlage RZR thermisch behandelt werden. Für eine Genehmigung durch die Bezirksregierung fehlen noch einige Dokumente. Doch dass die Hertener Verbrennungslinien, sie gehören zu den modernsten der Welt, in der Lage sind, den Giftmüll umweltgerecht unschädlich zu machen, ist unbestritten. Ähnliche Abfälle sind schon oft im RZR entsorgt worden. Die Kritik richtet sich insbesondere gegen den langen Transportweg von 16000 Kilometern.

Lothar Hegemann ist Mitglied des AGR-Aufsichtsrates. Auch Landrat Jochen Welt (SPD) und die Kreistagsfraktionsvorsitzende der Grünen, Sabine von der Beck, gehören dem Gremium an. "Im Aufsichtsrat ist von beiden keine kritische Frage zu dem Thema gestellt worden", monierte Hegemann. Der CDU-Politiker äußerte Zweifel, ob mit dem Widerstand gegen den australischen Müll-Deal wirklich die Interessen des Kreises vertreten würden. Schließlich gebe es Verträge, und wenn AGR und

RVR in Regress genommen würden, müsse auch der Kreis RE als Verbandsmitglied die Kosten tragen.

Hegemann sieht kein Problem, wenn der Import aus Australien ein einmaliger Vorgang bleibt und kein dauerhafter Mülltourismus daraus wird. Den Kritikern warf er eine doppelte Moral vor. Wenn deutscher Atommüll im Ausland aufgearbeitet werde, prangere das auch niemand als "Mülltourismus" an. - 09.02.2007 | Quelle: Medienhaus Bauer

---

Email (JJ) an hegemann; bezüglich seiner „SPD“-Kritik**Von:** J.Jürgens [mailto:jj(at)pro-herten.de]
Gesendet: Freitag, 9. Februar 2007 18:27
An: 'hegemannmdl(at)msn.com'
Betreff: Daily_Telegraph.pdf - Adobe Reader

Sehr geehrter Herr Hegemann.

Ich setze voraus, dass die Presse Ihre Einstellung zum Giftmüll-Deal korrekt wiedergibt.

Seien Sie versichert, dass ich zwar mit zu den Aktiven von Pro-Herten gehöre, jedoch "parteipolitisch" NICHT organisiert bin, da ich in der heutigen Zeit immer noch den Politiker suche, der seinem Eid folgt und nicht seinem Bankkonto – somit tu ich mich mit der „Politik“ sehr schwer.

Nun zur Sache.

Leider muss ich feststellen, dass (übrigens nicht nur) Sie Entscheidungen treffen, deren Tragweite Sie mangels Unkenntnis nicht begreifen oder mangels andere Gründe – ich werde meine Vermutungen hier keinesfalls äußern – nicht begreifen dürfen oder wollen.

In unsere Podiumsveranstaltung, worauf sich auch die Kenntnisse des uns bestens bekannten Herrn Vergin stützten, ging eindeutig der verbreitete Unsinn des „nichts machen zu können“ hervor.

Ehrlicherweise sollten die Politiker doch sagen „nicht machen zu wollen“ oder – rein spekulativ in Abhängigkeit, nichts machen zu dürfen.

Beispiele gibt es auch zuhauf und das in jeglicher politischen Farbe oder Farbmischung!

Seit dem 22. Dez. beschäftige ich mich eingehend mit dem Thema Mülltourismus und werde laufend von der Vielzahl der öffentlich zugänglichen Quellen förmlich überrannt.

Auch einem Volksvertreter mit gesundem Menschenverstand wäre es gut geraten, seinen politisch – merkantilen Glauben gegen eine selbstinvestigative Skepsis auszutauschen – wenn er – so er auch will – der Bevölkerung das gibt, wofür er seine Stimme bekommen hat.

Bevor Sie sich weiter zu dem Thema Müll öffentlich auslassen, empfehle ich Ihnen unsere Homepage, dort haben wir Informationen veröffentlicht, die wir **gefunden** – somit nicht **erfunden** – haben.

Bärbel Höhn stimmte mich sehr nachdenklich mit einer Aussage während der Podiumsdiskussion: „In meiner politischen Laufbahn habe ich keine MWA gekannt, wo Korruption nicht im Spiele war“! Ich hoffe dass wir diese Aussage nie auf die AGR beziehen müssen.

Ein besorgter Bürger, mit freundlichem Gruß
Joachim Jürgens, Schützenstraße 84, 45699 Herten

Als Anlage der Artikel im Daily Telegraph, der ausführlich über das Thema berichtete.

POLITIKER NUR FORMAL EINIG GEGEN GIFTMÜLL TEURE VERPACKUNG , WAZ V. 09. 02. 07

DISKUSSIONEN IM HERTENER RAT UND IM UMWELTAUSSCHUSS DES KREISTAGS

Herten/Recklinghausen. Der Hertener Stadtrat tat es am Mittwochabend einstimmig, der Umweltausschuss des Kreistags am Donnerstag formal auch. Das Nein zum geplanten Import von 5000 Tonnen Giftmüll aus Australien zum Müllofen RZR (Rohstoff-Rückgewinnungszentrum Ruhr) in Herten, von SPD und Grünen beantragt, kam im Ausschuss allerdings nur bei Enthaltung der CDU zustande. Deren Fraktionschef Lothar Hegemann (MdL) wies darauf hin, dass der Kreistag für das umstrittene Müll-Geschäft gar nicht zuständig sei.

Die Verantwortung dafür liegt bei der Betreiberfirma AGR (Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet), deren Aufsichtsrat Hegemann angehört. Ebenso wie Landrat Jochen Welt (SPD).

Hegemann warf der SPD Heuchelei vor: "Hier laufen sie der Stimmung hinterher, aber bei der AGR oder dessen Muttergesellschaft Regionalverband Ruhrgebiet haben weder SPD noch Grüne eine kritische Frage zu dem Geschäft gestellt."

Hegemann sagte, dass die 5000 Tonnen mit Hexachlorbenzol verseuchten Mülls einen einmaligen Fall darstellten. "Ich bin auch gegen Mülltourismus, aber diese Anlage ist technisch in der Lage, solche Abfälle zu entsorgen." Dietmar Vergin (SPD) aus Herten gab der Hoffnung neue Nahrung, der Deal sei doch noch zu stoppen. Verbrennungsanlagen in Melbourne und Brisbaine seien, entgegen anderslautenden Aussagen, durchaus in der Lage, HCB-Müll unschädlich zu machen.

"Auch die Regionalregierung von Neu-Südwales sieht keinen überzeugenden Grund für diesen Export", so Vergin.

Einen Export, der bis heute nicht genehmigt ist, wie Wolfgang Feldmann von der

Bezirksregierung Münster erneut betonte: Es fehle die notwendige Erklärung des australischen Umweltministeriums, dass dort geeignete Anlagen eben nicht vorhanden sind.

Etwa 70 Millionen Euro würde es kosten, in Australien einen geeigneten Ofen für die Verbrennung des HCB-Mülls zu bauen. Der Transport nach Deutschland ist allerdings auch nicht billig. Ein AGR-Sprecher bestätigte gestern, dass "down under" eigens eine Anlage zum Verpacken der Abfälle für die Reise um die halbe Welt entstehen soll. Kostenpunkt: runde 22Millionen Euro. 08.02.2007 Von Ernst zur Nieden e.zurnieden(at)waz.de 02366/10 50 20

FRAKTION BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, IM RAT DER STADT RECKLINGHAUSEN (RESULUTION 9.2.07)

Herrn Pantförder,
Bürgermeister der Stadt Recklinghausen
Rathaus
45657 Recklinghausen Mein Zeichen: Cl/Fr/Sch Datum: 9. Februar 2007

Resolution gegen Giftmüll aus Australien

Hier: Dringlichkeitsantrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pantförder,

Auf der Bürgerinformations-Veranstaltung am Dienstagabend, den 6.2.2007 im Glashaus in Herten teilte der zuständige Vertreter der Bezirksregierung Münster (Genehmigungsbehörde), Herr Feldmann, mit, dass die Genehmigung für den Transport des Giftmülls von Australien zum Rohstoffrückgewinnungsanlage (RZR) in Herten noch nicht erteilt sei und diese sich nach seiner Schätzung noch einige Wochen hinziehen werde. Denn es fehle noch eine Bescheinigung der australischen Regierung, dass Australien technisch nicht in der Lage sei, den Giftmüll im eigenen Land selbst zu entsorgen. Somit besteht für uns noch die Möglichkeit, das Genehmigungsverfahren zu beeinflussen. Die Stadt Herten nutzt diese Chance.

Der Rat der Stadt Herten hat daher am Mittwoch, den 7.2.2007 einstimmig eine Resolution verfasst, in der sich die Politiker aller Parteien und Wählergemeinschaften gegen die geplante Verbrennung von australischem Giftmüll im RZR aussprechen. Diese Resolution wird an die Bezirksregierung (Genehmigungsbehörde), die Landesregierung, die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) als Betreiberin des RZR, das Umweltministerium in Australien und an die australische Chemie-Firma ORICA, die den Giftmüll exportieren möchte, geschickt.

Die Hertener Rats-Resolution hat folgenden Wortlaut:

„1. Die Stadt Herten spricht sich entschieden gegen den Transport und die Verbrennung australischen Giftmülls nach und in Herten aus.

Wenn auch die Hertener Anlage nach Auffassung von Experten eine der modernsten weltweit ist und die technischen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Verbrennung dieser Stoffe in der Hertener Anlage gegeben sind, so bergen lange Transportwege nicht kalkulierbare Risiken auch für die Bürger Hertens und der Region. Deshalb müssen sich grundsätzlich solch hochindustrialisierte Länder wie Australien in die Lage versetzen, im Lande produzierte Giftstoffe dieser Kategorie selbst gefahrlos zu entsorgen. Herten darf sich nicht zum Standort für weltweiten Mülltourismus entwickeln.

2. Die Informationspolitik der AGR bei diesem Vorhaben gegenüber der Hertener Politik und der Öffentlichkeit wird missbilligt.

Bei einem solch sensiblen Vorgang müssen die Verantwortlichen der Stadt sowie die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend informiert werden. Es liegt im ureigensten Interesse des Unternehmens, eine langfristig angelegte, solide, auf Partnerschaft setzende Informationspolitik zu betreiben. Nur dadurch wird eine Vertrauensbasis hergestellt, die auch in schwierigen Situationen belastbar ist.

3. Alle beteiligten Stellen werden aufgefordert, dieses Projekt zu stoppen. Die Landesregierung wird gebeten, sich für eine gesetzliche Änderung einzusetzen, die solch unnötigen Mülltourismus in Zukunft verhindert."

Auch der Umweltausschuss des Kreises Recklinghausen votierte inzwischen gegen die Verbrennung von Giftmüll aus Australien (bei Enthaltung von CDU und dem Landrat). Der Rat der Stadt Recklinghausen möge – selbstverständlich nach geringfügiger redaktioneller Überarbeitung - eine gleichlautende Resolution verfassen und an die oben genannten Stellen schicken. Denn aufgrund der räumlichen Nähe des RZR-Standortes zu unserer Stadt, erreichen die Luftverunreinigungen der Müllverbrennungsanlage auch das Recklinghäuser Stadtgebiet. Diese Luftverunreinigungen sind trotz Eung der Schadstoff-Emissionsgrenzwerten giftig. Diese Schadstoffgrenzwerte sind nicht ökologisch sondern technisch begründet; d. h. sie entsprechen dem Stand der Rauchgasreinigungstechnik.

Außerdem reichern sich die emittierten Schadstoffe in Böden von Gärten und landwirtschaftlichen Nutzflächen auf Dauer an. Bekanntlich ist der Boden in Recklinghausen-Süd ohnehin bereits großenteils durch Industrieabgase erheblich

schadstoffverunreinigt. Zusätzlich sollte die Resolution an den RVR, dem Eigentümer der AGR, geschickt werden.

Mit freundlichen Grüßen

für die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Stadt Recklinghausen

Dr. Tyge Claussen, gez. Holger Freitag

Quelle:Ärzte Zeitung Nr. 24 8. Febr. 2007
www.aerzteteitung.de

NEUE STUDIE LIEFERT ARGUMENTE FÜR NIEDRIGE FEINSTAUB-GRENZWERTE

ÄRZTE ZEITUNG 8. FEBR. 2007
Erhöhte Rate tödlicher Herzinfarkte und Schlaganfälle bei hoher Staubbelastung

NEU-ISENBURG (mut). Immer mehr Studien deuten darauf hin, dass die geplanten EU-Grenzwerte für Feinstaub unzureichend sind. So ist die Gefahr für einen tödlichen Herzinfarkt und Schlaganfall in stark belasteten Gebieten um den Faktor zwei bis drei erhöht, hat eine große Studie mit älteren Frauen ergeben.

Feinstaub bremst die Entwicklung von Kinderlungen, verkürzt deutlich das Leben in stark belasteten Gebieten, und an Tagen mit hoher Belastung müssen spürbar mehr Patienten aufgrund kardiopulmonaler Erkrankungen in eine Klinik — all das haben bisherige Studien ergeben (wir berichteten).

US-Forscher haben die Feinstaub-Diskussion jetzt weiter angefacht. In der Studie Women's Health Initiative (WHI) haben sie Daten ausgewertet zu kardiovaskulären Ereignissen von knapp 66 000 Frauen nach der Menopause, die sechs Jahre lang beobachtet worden waren. Die Daten verglichen sie mit der Feinstaubbelastung an der Wohnorten der Frauen. Insgesamt kam es in der Zeit bei 1816 Frauen zu Herzinfarkten oder Schlaganfällen, 261 starben daran. Nach den Daten ist die Gefahr, an einem Herzinfarkt oder Schlaganfall zu sterben, in stark belasteten Gebieten mit durchschnittlich 20 µg/m³ lungengängigem Feinstaub (Partikelgröße unter 2,5µg/m³) um das Zweieinhalbfache höher als in unbelasteten Gebieten (NEJM 356, 2007, 447). Zum Vergleich: Der für 2015 geplante EU-Grenzwert für diese Partikelgröße soll bei einem Jahresmittel von 25 µg/m³ liegen.

Weitere Infos zu Feinstaub unter www.aerztezeitung.de

■ KOMMENTAR: SCHEINGRENZWERTE FÜR EUROPAS STÄDTE

Von Thomas Müller

Mit Grenzwerten zu Feinstaub ist es in der EU so eine Sache: Entweder es gibt keine, wenn es

welche gibt, sind sie sehr hoch angesetzt, und werden sie dennoch überschritten, so hat das keine Konsequenzen. EU-Richtlinien zur Feinstaub-Belastung sind daher eher zahnlose Papiertiger mit Scheingrenzwerten. Ihr einziger Sinn besteht offenbar darin, ernsthafte Konsequenzen zu vermeiden. Denn für eine bessere Luft in den Städten sorgen sie nicht.

So gilt seit 2005 ein Grenzwert von 50(µg/m³ für Partikel unter 10 µg (PM10). Er darf an höchstens 35 Tagen im Jahr überschritten werden. In vielen deutschen Städten geschieht dies weitaus häufiger, ohne jegliche Folgen. Damit aber künftig niemand in Erklärungsnöte kommt, sollen Überschreitungen nach dem Willen des EU-Parlaments bald an 55 Tagen möglich sein.

Immerhin: Der Jahresmittelwert für PM10 soll von 40 auf 30 µg/m³ gesenkt werden. Doch selbst ein solcher Wert erscheint sehr hoch: Nach Studienergebnissen wäre die Gesamtsterberate, bezogen auf zehn Jahre, bei 30 µg/m³ um 30 Prozent erhöht. Allerdings werden derart hohe Feinstaub-Mittelwerte in praktisch keiner deutschen Stadt erreicht.

Ähnlich verhält es sich mit besonders lungengängigem Feinstaub (PM 2,5). Ab 2015 soll es dafür in der EU erstmals einen Grenzwert geben. Er liegt mit 25 µg/m³ deutlich über dem US-Grenzwert von 15 µg/m³ und ist damit so hoch, dass sich wiederum keiner Sorgen machen muss, er könnte überschritten werden.

MINISTER VERSPRICHT UNTERSTÜTZUNG, H.A.

Herten - Drei CDU-Ratsleute haben sich gestern in Düsseldorf von NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg Unterstützung gegen den Giftmüll-Import aus Australien geholt. Unterdessen formiert sich zusätzlicher Widerstand.

Die Hertener CDU holte sich Unterstützung in Düsseldorf: (v.l.) Theo Kösters, Stefan Grave, Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg und Erich Herrmann.

In Recklinghausen steht eine neue Bürger-Initiative vor der Gründung. Sie richtet sich gegen die Hertener RZR-Müllverbrennungsanlage und das Steag-Kraftwerk in Herne. Initiator ist Dr. Tyge Claussen von Bündnis ’90/Die Grünen. Er hat am Rande der Giftmüll-Diskussion im Glashaus mit Anwohnern aus Recklinghausen-Süd und Hochlarmark Kontakte geknüpft. „Wir wollen die Initiative aber nur anschieben. Sie soll natürlich überparteilich arbeiten, um viele Bürger für den Protest zu gewinnen“, so Claussen.

Die Hertener CDU-Ratsleute Stefan Grave, Theo Kösters und Erich Herrmann hörten von Minister Uhlenberg gestern folgende Garantie: „Wir werden als Landesregierung nichts genehmigen. Wir wollen die Lieferung nicht.“

Wie die CDU mitteilt, verwies Uhlenberg auf die Basler Konvention. Sie besagt, dass Sondermüll dort verbrannt werden soll, wo er weltweit am sichersten verbrannt werden kann. Falle die Wahl auf NRW,

so seien die Bezirksregierungen für die Genehmigung zuständig. Uhlenberg versprach eine enge Kooperation zwischen Landesregierung und Bezirksregierung.

Der Minister kritisierte seine Vorgängerin Bärbel Höhn (Grüne), die in der Info-Veranstaltung am Dienstag im Glashaus die gesetzlichen Schadstoff-Grenzwerte scharf angegriffen hatte. Sie habe diese Grenzwerte während ihrer Amtszeit erlassen.

Der Landesumweltminister schilderte den Hertener CDU-Politikern das weitere Verfahren: Nun müsse die australische Regierung erklären, dass eine Verbrennung in Australien nicht möglich sei.

Erst wenn sie das nachweise, startet das Genehmigungsverfahren der Bezirksregierung.

RAT FORDERT STOPP DES GIFTMÜLL-PROJEKTES H.A.

Herten - Der Rat wehrt sich gegen den Plan, Giftmüll aus Australien im RZR zu verbrennen. In einer Resolution werden alle beteiligten Stellen aufgefordert, dieses Projekt zu stoppen.

„Wenn auch die Hertener Anlage nach Auffassung aller Experten eine der modernsten weltweit ist und die technischen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Verbrennung dieser Stoffe in der Hertener Anlage nach Auskunft des Betreibers und der Genehmigungsbehörden gegeben sind, so bergen lange Transportwege nicht kalkulierbare Risiken“, heißt es in der gestern Abend einstimmig vom Rat verabschiedete Resolution. „Deshalb müssen sich grundsätzlich solch hoch industrialisierte Länder wie Australien in die Lage versetzen, im Lande produzierte Giftstoffe dieser Kategorie selbst gefahrlos zu entsorgen. Herten darf sich nicht zum Standort für weltweiten Mülltourismus entwickeln.“

Missbilligt wird außerdem die Informationspolitik der AGR. „Bei einem solch sensiblen Vorgang müssen die Verantwortlichen der Stadt sowie die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend informiert werden. Es liegt im ureigensten Interesse des Unternehmens, eine langfristig angelegte, solide, auf Partnerschaft setzende Informationspolitik zu betreiben. Nur dadurch wird eine Vertrauensbasis hergestellt, die auch in schwierigen Situationen belastbar ist.“ Der Rat bittet die Landesregierung, sich für eine gesetzliche Änderung einzusetzen, die „solch unnötigen Mülltourismus in Zukunft verhindert. Die Resolution soll unter anderem auch an das australische Umweltministerium geschickt werden.

BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN SV HERTEN PRESSEMITTEILUNG/OFFENER BRIEF 8.2.2007

Die Gesundheit der Bevölkerung von Herten muss Vorrang haben vor den wirtschaftlichen Interessen der Giftmüllverbrennung

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN begrüßt ausdrücklich die Podiumsdiskussion vom Dienstag im Glashaus zum Thema HCB-Verbrennung und bedankt sich bei den Organisatoren – der ev. Kirche, Pro-Herten (www.pro-herten.de) und der Verwaltung für die gut organisierte Veranstaltung.

Nach dieser Veranstaltung muss jedem klar sein, dass die Gesundheit der Menschen Vorrang haben muss vor den wirtschaftlichen Interessen der Giftmüllverbrennungsanlage. Aber es bleiben noch viele Fragen ungeklärt, dem muss nachgegangen werden.

An unseren Infoständen haben wir vielfältigen Protest und auch Wut gegenüber den Verantwortlichen der Giftmüllverbrennung vernommen.

Die Tatsache Giftmüll über eine Entfernung von 16 000 km zu transportieren ist ein Skandal für sich.

Die statistisch zu erwartenden zusätzlichen Todesfälle und die statistisch zu erwartende Belastung der Kinder und der Ungeborenen in Herten und Umgebung ist der eigentliche Skandal.

Bärbel Höhn MdB hat recht wenn sie sagt, „Grenzwerte sind politische Werte“, die Anzahl der Menschen die früher sterben, richtet sich nach der Menge der Giftabfälle die in einer Anlage verbrannt werden. Bärbel Höhn war auch die Einzige auf dem Podium, die weitere Perspektiven aufgezeigt hat.

Wir leben in einer schon hoch belasteten Region – nicht umsonst ist die Lebenserwartung im Ruhrgebiet geringer als die Lebenserwartung im schönen Bonn.

Die AGR soll sich auf ihre ureigenste Aufgabe konzentrieren, nämlich *die Entsorgungssicherheit der angeschlossen Städte und Gemeinden zu gewährleisten* – und nicht in unverantwortlicher Weise, auf Kosten der Gesundheit der Menschen, als öffentlich getragenen Institution, Giftmüll aus der ganzen Welt verbrennen um die Kassen zu füllen.

Die Politiker im Land und beim RVR sind sehr wohl in der Lage einzuschreiten und die AGRmbH auf Ihre eigentlichen Aufgaben zurückzuführen. Sie müssen nur Ihre umfangreiche Lobbyarbeit in Sachen „Giftmüll für Herten“ in Stadt, Kreis und Land einstellen und den Gesundheitsschutz der Menschen in den Vordergrund stellen.

„Stoppen Sie das Geschäft mit dem Giftmüll“ Die Grundsatzforderung „körperliche Unversehrtheit und die Gesundheit der Menschen“ muss sich auf Dauer in Herten durchsetzen.

Karl Kneip
Bündnis90/DieGrünen SV Herten – Stadtverbandssprecher

GIFTMÜLL FÜR BAYER WWW.WELT.DE 11.02.2007

Australischer Sonderabfall soll in Anlagen des Chemie- und Pharma-Unternehmens verbrannt werden. Der Konzern kennt sich aus mit solchen Aufträgen. Jedes Jahr entsorgen dort rund 300 Firmen gefährliche Abfälle.

Von Wolfgang Pott

Es klingt wie ein Ausflugstipp fürs Wochenende. "Der Chemiepark Leverkusen lädt zum Tag der offenen Tür ein."

Heute gibt es in der Sondermüllverbrennungsanlage von 11 bis 15 Uhr Besichtigungen und Informationen aus erster Hand. "Halbstündig werden Führungen durch die Verbrennungsanlagen angeboten", heißt es in einem Informationsschreiben des Leverkusener Bayer-Konzerns. Die freundliche Einladung hat einen bitteren Hintergrund.

Die Angst geht um in der Bevölkerung. Denn in den Öfen soll nach dem Willen der Betreiber bald Giftmüll aus Australien verbrannt werden.

Es handelt sich dabei um Hexachlorbenzol, kurz HCB genannt. Die Sorge der Bürger ist verständlich, schließlich gehört HCB zum sogenannten dreckigen Dutzend. Dies sind zwölf hochgiftige Stoffe, die nach einem Abkommen der Vereinten Nationen seit dem Jahr 2001 weltweit verboten sind. HCB und die anderen Stoffe stehen im starken Verdacht, Erbgut verändernd und Krebs erregend zu wirken sowie Fehlbildungen zu erzeugen. 22 000 Tonnen australisches HCB sollen in vier deutschen Sondermüllverbrennungsanlagen verbrannt werden, in Brunsbüttel in Schleswig-Holstein sowie in den NRW-Anlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen.

Die letzten beiden gehören Bayer Industry Services (BIS), einer gemeinsamen Tochter von Bayer und Lanxess. Allein in diesen Anlagen sollen 4500 Tonnen entsorgt werden.

Bayer sieht es nach Angaben eines BIS-Sprechers als so etwas wie eine Pflicht an, das HCB anzunehmen. "Wir exportieren Chemikalien in die ganze Welt, also haben wir eine Gesamtverantwortung." Zudem sei HCB ja von Bayer selbst produziert worden. "Wir haben also Erfahrung mit dem Stoff."

Tatsächlich hat Bayer das Pflanzenschutzmittel gegen Pilzerkrankungen bis zu Beginn der 80er-Jahre hergestellt und verkauft. Daraus allerdings eine Pflicht abzuleiten, das Gift auch wieder in hauseigenen Anlagen zu entsorgen, ist zu kurz gegriffen. Denn mittlerweile nutzt der Bayer-Konzern seine Müllverbrennungsanlagen längst nicht mehr nur, um die im eigenen Betrieb angefallenen Stoffe zu entsorgen, wofür der Bau der Anlagen einstmals gedacht war. Inzwischen werden auch fleißig auswärtige Aufträge angenommen. Dazu zählt auch die Annahme der HCB-Lieferung aus dem fernen Australien. Das aber ist längst nicht alles.

In einem Export-Antrag der australischen Firma Orica, jenes Unternehmens, das sein HCB gern in deutschen Müllöfen verbrennen lassen würde, werden neben der Anlage in Herten besonders die in Leverkusen und Dormagen gelobt. Das Schreiben liegt der "Welt am Sonntag" vor. Geworben wird darin mit der großen Erfahrung, die Bayer mit dem Verbrennen giftiger Stoffe hat. Demnach haben allein im Jahr 2004 über 300 Firmen ihren Giftmüll in den Verbrennungsanlagen von Bayer entsorgt.

Bayer bestätigt diese Zahl: "Pro Jahr lassen rund 300 verschiedene Unternehmen Sonderabfälle bei BIS sicher und umweltgerecht entsorgen", bestätigt der Sprecher in einer E-Mail-Antwort auf Nachfrage. Weiter wird erklärt, dass Bayer jedes Jahr rund 270 000 Tonnen Sonderabfälle an den Standorten Leverkusen, Dormagen und Krefeld-Uerdingen entsorgt.

Gut 16 000 Tonnen wurden im vergangenen Jahr aus dem Ausland angeliefert, das meiste aus europäischen Ländern wie Italien, Frankreich oder den Benelux-Staaten, ein kleinerer Teil aber auch von anderen Kontinenten. Für Bayer ist das Verbrennen von Sondermüll längst zu einem lukrativen Geschäft geworden. Allein die Entsorgung der 4500 Tonnen HCB aus Australien bringt der Bayer-Lanxess-Tochter BIS einen Umsatz von rund drei Millionen Euro ein.

"Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen und verdienen damit Geld. Wir machen das nicht umsonst", sagt der BIS-Sprecher. Um Gewinn bringend zu arbeiten, müssen die Anlagen indes möglichst hoch ausgelastet sein. Mit dem selbst produzierten Giftmüll ist das aber nicht mehr möglich. Also werden auswärtige Sonderabfälle über die Straße oder die Schiene bis zu den eigenen Verbrennungsanlagen importiert. Da wundert es allerdings, dass Bayer die Kapazität seines Sondermüllofens in Dormagen erst 2004 von 56 000 Tonnen auf 75 000 Tonnen ausgeweitet hat. "Für den eigenen Bedarf war diese Kapazitätsausweitung nicht nötig", sagt der Unternehmenssprecher.

Der Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) sieht an der Ausweitung von Kapazitäten und Importen von Sondermüll aus Australien nichts Dramatisches. "Wir sind in Deutschland führend, was unsere Technologie und Kompetenz im Umgang mit Abfällen anbelangt. Das gilt besonders auch für gefährliche Abfälle", sagt Stephan Harmening, Hauptgeschäftsführer des BDE. Wer den Import gefährlicher Abfälle nach Deutschland kritisiere, fordere indirekt geringere ökologische Standards oder den Einsatz einer schlechteren Technik.

Bayer ist allerdings nicht das einzige Chemie-Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, das über eigene Sondermüllverbrennungsanlagen verfügt. Von 13 in NRW befindlichen Anlagen sind nach Angaben des Umweltministeriums zwölf im Besitz von Chemiekonzernen. Eigentümer sind so namhafte Unternehmen wie Shell, BASF, die RAG-Tochter Degussa oder Remondis. Bayer hat durch die Übernahme des Berliner Pharma-Konzerns Schering im vergangenen Jahr automatisch noch dessen Sondermüll-

verbrennungsanlage in Bergkamen übernommen und ist damit im Besitz von vier Anlagen in Nordrhein-Westfalen.

Ein "Tag der offenen Tür" ist dort nicht geplant. In Dormagen dagegen durften Interessierte bereits am vergangenen Wochenende die sogenannte Rückstandsverbrennungsanlage besuchen und einen Blick durch das Guckloch in den riesigen Ofen werfen. Dort soll dann irgendwann auch der HCB-Giftmüll aus Australien bei einer Temperatur von 1100 Grad verbrannt werden.

Noch steht aber eine Genehmigung der australischen Regierung zum Transport über 16 000 Kilometer aus. Im Umweltministerium ist unterdessen zu vernehmen, dass es in Australien möglicherweise doch Anlagen gibt, die HCB entsorgen können. Bayer würde ein gutes Geschäft durch die Finger gehen, die Anwohner rund um die Werke dagegen würden sich freuen. Artikel erschienen am 11.02.2007 WELT.de 1995 - 2007

Die globale Verantwortung des Umweltministers Gabriel (SPD),

der dieses Gebiet Verbrennung von durch Giftmülltourismus zusätzlich will. NRW Umweltminister Uhlenberg (CDU) lehnt dieses ab

Mittlere Werte der Stickstoffdioxid-Konzentration über Europa für den Zeitraum Dezember 2003 bis November 2004.
Quelle Belastungskarte (ohne eingefügten Grafiken): **Max-Planck-Institut für Meteorologie**
http://www.mpimet.mpg.de/presse/pressemitteilungen/luftverschmutzung-ueber-china.html

Verantwortlich und maßgebliche Beteiligung auf deutscher Seite:

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel

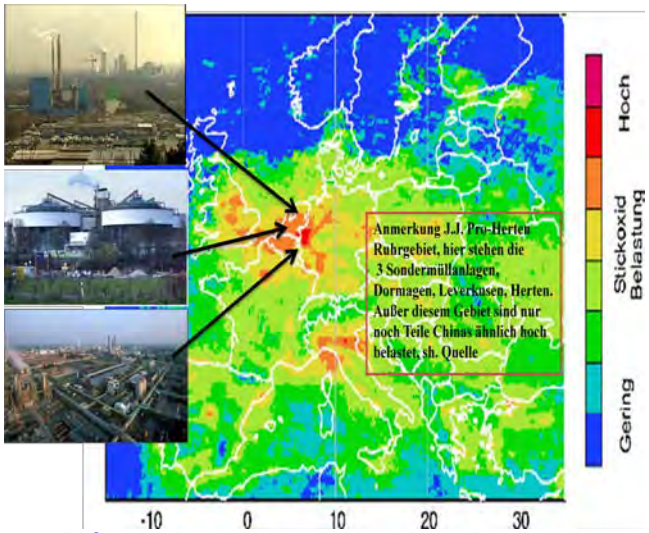
Lobbyismusvorwürfe
Wie gegen viele Politiker wurden gegen Sigmar Gabriel Ende des Jahres 2005 Vorwürfe laut, er solle für VW eine illegale Scheinaktivität betrieben haben. Am 1. November 2003 hatte der damalige Personalvorstand des **VW-Konzerns**, Peter Hartz, einen Auftrag an die Firma Communication Network Services (CoNeS GbR) erteilt - genau an diesem Tag stieg Gabriel als Gesellschafter und Geschäftsführer bei CoNeS ein. In der Folge sei Gabriel angeblich mehrmals nach Brüssel gereist und habe gegenüber hochrangigen EU-Vertretern die Interessen von VW vertreten.

RDir Dr. Andreas Jaron
Referat WA II 1 Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Abfallwirtschaft; Grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen 0228 / 99 305-2570

Dr. Ludwig Ramacher Dipl. Chemiker

Fraktionsvorsitzender. Bündnis90 /Grüne Wachtendonk
Leiter Vertrieb International bei REMONDIS Industrie Service. Lobbyist im Bundestag unter: Bundesverband deutscher Sonderabfallverbrennungsanlagen e.V. (BDSAV) „Mit unseren italienischen Partnern haben wir bereits früher erfolgreich zusammengearbeitet“, Die zur REMONDIS- Gruppe gehörende SAVA Sonderabfallverbrennungsanlagen GmbH mit Sitz in Brunsbüttel ist ein international tätiges Unternehmen (Stand Dez. 2006)

Mittlere Werte der Stickstoffdioxid-Konzentration über Europa für den Zeitraum Dezember 2003 bis November 2004. Quelle Belastungskarte (ohne eingefügten Grafiken): Max-Planck-Institut für Meteorologie



http://www.mpimet.mpg.de/presse/pressemitteilungen/luftverschmutzung-ueber-china.html

EMAIL VON: MARIANN LLOYD-SMITH [MAILTO:BIOMAP(AT)OZTOXICS.ORG] AN: J.JÜRGENS

Gesendet: Mittwoch, 7. Februar 2007 10:10

Betreff: Re: E-Mail Schreiben an: 06_HA_NRW_WILL_IMPORT_DROSSELN.pdf
Wichtigkeit: Hoch

Dear Joachim, dear all

How did the rally go...we are eager to here...Just to let you know our Environment Minister has been changed in a Cabinet reshuffle.

Don't worry anything that you sent to his predecessor will be passed onto him but it's a good idea to update your websites.

The Hon. Malcolm Turnbull MP

Minister for the Environment and Water Resources
Member for Wentworth (NSW)

Parliament House, Canberra, ACT 2600
Tel: (02) 6277 7640
Fax: (02) 6273 6101

Regards Mariann

Dr Mariann Lloyd-Smith PhD (Law)

EMAIL VON: HARALD .ROHMANN AN: 'EUROPABUERO(AT)JUTTA-HAUG.DE'

Gesendet: Dienstag, 6. Februar 2007 10:27
Betreff: Hallo Frau Europaabgeordnete Haug.doc

ich weiß das Dich meine Meinung so wenig juckt wie ein Floh einen Elefanten

Hallo Frau Europaabgeordnete Haug. (Email)

Hallo Jutta,

ich weiß das Dich meine Meinung so wenig juckt wie ein Floh einen Elefanten, ich bin auch ganz sicher, dass die Löschtaste an Deinem PC das Problem der kritischen Bemerkung lösen wird. Ich verkneife es mir trotzdem nicht und teile Dir meine Meinung mit.

In der „Hertener Allgemeinen“ vom 06.02.2007 steht „Dir ist es lieber, dass der Giftmüll in Herten giftstofffrei verbrannt wird“

Jedes Känguru in Australien weiß, es gibt keine schadstofffreie Verbrennung, darum bemühen sich auch alle in diesem kleinen so dicht bevölkertem Land, den Dreck aus ihrem Land zu karren.

Nur die raffsüchtigen gewissenlosen Müllentsorger in der Bundesrepublik machen für Geld alles und bedienen sich dabei der so gutgläubigen Politiker und Behörden.

Wegen der hohen Umweltbelastung dürfen in Deutschland bald in einigen Städten bestimmte Kraftfahrzeuge nicht mehr fahren. Aber die Schlote der Müllverbrennung rauchen kräftig weiter und die verantwortlichen der Müllmafia holen den Dreck der ganzen Welt nach Deutschland.

Wenn uns auch vorgegaukelt wird es ist unschädlich, und die Abgase liegen alle weit unter den zulässigen Werten, muss man der Bevölkerung mal die Massen der Belastung darstellen. Nicht nur was ist in einem m^3 (Kubikmeter)Luft an Staub und Giftstoffen sondern die Masse der m^3 Luft und der Zeitraum geben erst ein klares Bild. Meine Feststellung ist, auch bei Nieselregen bekommt am den Frack richtig nass.

Mit freundlichen Grüßen
Harald R.

Ich bitte um Zusendung der Broschüre EU-Abfallpolitik.

WIR FRAGEN (J.J.): WAS weiß denn Haug über den „dreckigen“ Müllhandel ist auch Sie politischer „Zuhälter“ in diesem dreckigen Geschäft?

GIFT UND GEBÜHREN WECKEN INTERESSE AM MÜLL VON DANIJELA BUDSCHUN

KREIS RECKLINGHAUSEN.
Was wissen die Bürger, was weiß die Partei über die Abfallpolitik der Europäischen Union?
-Diese Fragen haben die Hertener EU-Abgeordnete Jutta Haug gemeinsam mit der Fraktion der SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) dazu bewogen, eine neue Broschüre zum Thema "Abfallpolitik - Instrument nachhaltigen Wirtschaftens in Europa" auf den Weg zu bringen. "Sicherlich finden sozialdemokratische Ideen ihren Niederschlag darin", so Haug bei der Vorstellung des 39-seitigen Heftes.

"Wir sehen aber nicht alles durch die sozialdemokratische Brille." Also nicht nur eine Broschüre für Sozialdemokraten - sondern explizit für alle, die sich für das Thema interessieren.

Im Kreis sind das aktuell durch die geplante Verbrennung von 5000 Tonnen hochgiftigen Hexachlorbenzols (HCB) aus Australien im Hertener **RZR** sicherlich einige. Jutta Haug betrachtet die aktuelle Diskussion differenziert. Rein rechtlich sei an dem Import, wenn geltende Gesetze eingehalten würden, wohl nichts auszusetzen. "Für die Genehmigung ist die Bezirksregierung in Münster zuständig."

Darüber hinaus bewertet die Hertenerin das umstrittene Geschäft so: Den Giftmüll hier in einer hochmodernen Anlage auf neuestem technischen Stand schadstofffrei zu verbrennen, sei allemal besser, als ihn auf einer Deponie irgendwo in Afrika abzukippen. Sicherlich werde man diskutieren müssen, ob es sich ein Land wie Australien, wenn es derartige Schadstoffe produziere, weiter leisten könne, diese nicht auch selbst zu entsorgen. "Jedes industrialisierte Land, das Schadstoffe produziert, sollte in der Lage sein, die auch selbst zu entsorgen", so Jutta Haug. Schließlich berge ein Transport - von Australien nach Herten sind es ca. 16000 Kilometer - auch Gefahren. Die aktuelle Debatte zeige den Umgang mit dem Thema: "Beim Giftmüll und bei der Erhöhung von Müllgebühren interessieren sich die Menschen für Müll. Sonst eher weniger."

Mit der Broschüre, die vor dem Hintergrund der Revision der EU-Abfallrahmenrichtlinie in Brüssel in Angriff genommen wurde, will Haug Interesse wecken: Woher kommt der Müll, wohin geht er, was passiert damit, wie kann er vermieden werden, welche Gesetze gibt die EU vor, wie werden sie in nationales Recht umgesetzt. Und wie hängt alles zusammen? Antworten soll die Broschüre liefern. Eins sei beim Erarbeiten erneut deutlich geworden, so Jutta Haug, nämlich "dass wir Deutschen gar nicht so schlecht sind in Europa, was die Abfallpolitik angeht". Beispielsweise bei der Getrenntsammlung, dem Recyceln oder dem seit Januar geltenden Gesetz, dass kein Hausmüll mehr deponiert werden darf. Einzig

die Skandinavier hätten in einem Punkt die Nase weiter vorn, so Haug: bei der Abfallvermeidungsquote.

Das liege aber wohl auch daran, dass 25 Millionen Skandinavier weniger Abfall produzieren als 82 Millionen Deutsche.

Die kostenlose Broschüre wird auf schriftliche Anforderung zugeschickt. Bestellung per E-Mail:

Europabuero(at)jutta-haug.de oder per Fax: 02361/14018. - Anmerkung Pro-Herten: Wurde von uns angefordert, jedoch nie bekommen!

Dienstag, 06. Februar 2007 | Quelle: Recklinghäuser Zeitung (Recklinghausen / Emscher-Lippe)

NEIN ZU GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN, 10. 2.07 |: RUHR NACHRICHTEN (CASTROP-RAUXEL)

Castrop-Rauxel - Zum Ende der viereinhalbstündigen Sitzung beschloss der Rat am Donnerstag Abend gegen 21.30 Uhr eine Resolution gegen die Verbrennung von Giftmüll aus Australien im Rohstoff- bei einigen Enthaltungen von CDU-Mitgliedern - verabschiedet.

"Der australische Chemiekonzern Orica beabsichtigt 22 000 Tonnen Giftmüll von der schlimmsten Sorte in Deutschland durch Verbrennung zu entsorgen, mehr als die Hälfte davon in NRW, 5000 Tonnen im nahen **RZR** Herten", erklärte Manfred Postel im Rat. Mit der Resolution fordert der Rat nun die Landesregierung auf, diesen Giftmülltransport zum Schutz der Bevölkerung zu unterbinden. In Australien, so Postel, gebe es keine Verbrennungsanlagen, weil deren Bau aufgrund von Bürgerprotesten bisher gescheitert sei.

Das Hexachlorbenzol, um das es geht, gehöre zu den gefährlichsten organischen Giftstoffen.

Manfred Postel fordert: "Diese Form von Mülltourismus muss verhindert und sofort generell

abgeschafft werden. Derartiger Giftmüll muss grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip dort entsorgt werden, wo er entstanden ist." – pwu

WDR FERNSEHEN

Externer Link (Ohne Gewähr für die Verfügbarkeit)

GIFTMÜLL WDR VOM 11.02.2007

Sendemanuskript Autorin: Beate Becker

Giftmüll in Fässern so ähnlich wird es aussehen, wenn ein Teil des Hexachlorbenzols aus Australien hier verbrannt wird, bei Bayer Industry Services in Leverkusen. Das Unternehmen betreibt drei Verbrennungsanlagen für gefährlichen Müll. Der wird bis zu 2 Stunden lang bei über 1000 Grad in einem Drehrohrofen vernichtet. Zum Großteil kommt der Müll aus den eigenen Chemieparks.

O-Ton Joachim Beyer, Bayer Industry Services:

"94% der Abfälle, die wir entsorgen, das sind 270.000 Tonnen im Jahr, stammen aus diesen Chemieparks, lediglich 6% stammen aus den Nachbarländern der Europäischen Gemeinschaft.

6% das sind 16.000 Tonnen pro Jahr. Und Platz wäre auch für 4500 Tonnen Giftmüll die aus Australien erwartet werden. Sondermüllimporte da ist NRW spitze. Her gibt es 12 moderne Verbrennungsanlagen für gefährlichen Müll. Grund: die dichte Chemieindustrielandschaft. Der Müllimport steigt rasant: von rund neunzigtausend Tonnen 1997 auf über 610.000 Tonnen 2005. Hauptsächlich kommt der Sondermüll aus Europa, aber auch aus Übersee, z.B. Mexiko und Thailand. Umweltverbände protestieren seit Jahren gegen die Müllimporte:

O-Ton Philipp Mimkes, Coordination gegen Bayer-Gefahren:

"Verbrennung von Sondermüll führt zu Emissionen. Man darf auch nicht die Schlacken und Filterstäube vergessen, die deponiert werden müssen, die sind ein giftiges Erbe für künftige Generationen. Es kann nicht sein, dass ein dicht besiedeltes Gebiet wie NRW das Ziel internationaler Giftmülltransporte wird und jetzt auch aus Übersee."

In der Sondermüllverbrennungsanlage in Herten, der einzigen Anlage dieser Art in öffentlicher Hand, wurden in den letzten beiden Jahren jeweils 28.000 t gefährlicher Müll aus dem europäischen Ausland vernichtet, vor allem aus den Niederlanden, aber auch aus Belgien, Frankreich und anderen Staaten. Nun sollen im Mai auch hier mehrere tausend Tonnen des australischen Giftmülls landen.

Am Dienstag informierten sich Bürger über den Stand der Dinge. Noch laufen die Genehmigungsverfahren. Doch sollten die australischen Behörden bestätigen, dass es bei Ihnen keine geeignete Verbrennungsanlage gibt, müssen die Behörden hier den Import zulassen. Das liegt an internationalen Umweltvereinbarungen.

Der Landesumweltminister will das ändern.

O-Ton Eckhart Uhlenberg, CDU, Umweltminister NRW:

"Es gibt immer wieder neue Anfragen aufgrund des hohen technischen Standards, das jüngste Beispiel Australien. Man kann sich noch über angrenzende Länder unterhalten, was die Entsorgung von Sondermüll angeht, aber wenn es um größere Entfernungen geht, wir hatten eine Anfrage aus Italien, das

konnten wir gerade noch verhindern, da sind die Transportrisiken zu hoch, da macht es Sinn, vor Ort eigene Sondermüllverbrennungsanlagen zu bauen."

Um Sondermüllimporte zu verhindern, müssen internationale Vereinbarungen geändert werden. Das geht nicht ohne Bund und EU. Die Entsorger freuen sich derweil, am ausländischen Sondermüll zu verdienen. Sie haben lange unter niedrigen Marktpreisen gelitten auch, weil sie zu hohe Kapazitäten geschaffen haben, sagen Kritiker. Bayer und Co setzen weiter auf eine europäische Zusammenarbeit.

O-Ton Joachim Beyer, Bayer Industry Services:

"Es gibt in Europa ein Entsorgungsverbundnetz der einzelnen Sonderabfallverbrennungsanlagen, das ist auch erforderlich, um mit hohen Sicherheitsstandards eine Entsorgung zu gewährleisten, damit ist zwangsläufig ein Abfalltransport über Landesgrenzen erforderlich, um diesen Verbund funktionieren zu lassen."

Aber muss es Giftmüll aus aller Welt sein? In NRW wächst der Widerstand gegen die Rolle des Landes als größter Giftmüllimporteur.

Proteste gegen Giftmüll in Herten — Kirchenkreis Recklinghausen http://kirchenkreis-re.de

PROTESTE GEGEN GIFTMÜLL IN HERTEN EV. KIRCHENKREIS RE-14.02.2007

Spannende Diskussionsveranstaltung im Glashaus am 6. Februar 2007

Die Debatte um Giftmüllverbrennung führte zahlreiche Bürger ins Glashaus nach Herten Lange Jahre war es recht still geworden um das Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) im Industriegebiet Emscherbruch / Herten - Süd. Dies hat sich seit Ende Dezember 2006 schlagartig geändert: Massiver Bürgerprotest regt sich gegen die geplante Verbrennung von australischem Sondermüll in der Hertener Anlage.

Kurz vor Weihnachten 2006 war durch einen Bericht des RZR-Mitteilungsblattes „Blickpunkt" bekannt geworden, dass 5.000 Tonnen mit dem Umweltgift Hexachlorbenzol belastetes Material der Firma Orica aus Australien in den Öfen der Hertener Sondermüllverbrennungsanlage verbrannt werden sollen. Hexachlorbenzol gehört zu den „dirty dozen", dem dreckigen Dutzend der bekannten zwölf organischen Giftstoffe, die durch die Stockholmer Konvention 2001 international verboten sind.

Gegen die geplante Entsorgungsaktion regte sich schon bald Protest bei den Bürgern.

Auch das Presbyterium der Kirchengemeinde Herten äußerte in einem Leserbrief massive Bedenken und forderte ein Moratorium zur Klärung aller anstehenden Fragen zu dem Müllgeschäft.

Die Kirchengemeinde Herten veranstaltete gemeinsam mit der Initiative „ProHerten" eine öffentliche Diskussionsrunde am 6.Februar 2007 im Glashaus in Herten, zu der auch die ehemalige nordwestfälische Umweltministerin Bärbel Höhn (MdB Grüne), angereist war.

Ca. 400 interessierte Bürger u.a. auch aus Recklinghausen-Süd, sowie Hochlarmark versammelten sich im Glashaus in der Hertener Innenstadt.

Pfr. Andreas Wilkens führte mit einer Chronologie der Ereignisse in den Abend ein. Anschließend diskutierten Bärbel Höhn (Die Grünen, MdB), Wolfgang Feldmann (Bezirksregierung Münster), Dr. Michael Harengerd (BUND) und Dr. Thorsten Zisowski (AGR) unter der Moderation von Gregor Spohr, Chefredakteur der Hertener Allgemeinen.

Dabei wurden die vielfältigen Gefährdungs- und Risikopotentiale des anvisierten Geschäfts debattiert. Massive Bedenken gegen den langen Transportweg des Materials wurden geäußert, aber auch grundsätzliche Fragen zum Problem „Verbrennung von Sondermüll“, sowie die Eignung der Hertener Anlage insgesamt in Frage gestellt.

Mit Blick auf die großen Belastungsfaktoren für die Bevölkerung im Ballungsraum Ruhrgebiet durch Feinstaub und andere Industrieemissionen kamen neben fachkundigen und mit engagierten Stellungnahmen zum Teil lautstarke und emotionale Äußerungen aus dem Publikum zum Ausdruck. Die zum Teil sehr lebhaften Reaktionen im Glashaus brachten den Willen zum Widerstand gegen die Verbrennungsaktion auf verschiedensten Ebenen unverkennbar zur Sprache.

Auch in Australien sind die deutschen Aktivitäten mittlerweile nicht unbemerkt geblieben. In diesem Zusammenhang signalisierte Bärbel Höhn den Protestlern zu, ihren Einfluss geltend zu machen und Kontakte nach Australien aufzunehmen.

Insgesamt führte der Abend unverkennbar vor Augen, welche Folgen die globalisierte Wirtschaft vor Ort mit sich bringt. Das Thema RZR scheint durchaus nicht ausgestanden zu sein. Im Gegenteil, für die Zuhörerschaft blieben viele alte Fragen unbeantwortet und neue Probleme aufgeworfen. Bild:hh; Text: Bernhard Stahl/Red.: hh

---

ANFRAGE DER BG90 ZU GIFTMÜLLIMPORTEN IN NRW; 7.2.07

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

im Regionalrat Düsseldorf

Bezirksregierung Düsseldorf

Geschäftszimmer 379

Cecilienallee 2

40474 Düsseldorf

Tel.: 0211/475-2906

Fax: 0211/475-2964

gruene.regionalrat(at)brd.nrw.de

Herrn
Regierungspräsident
Jürgen Büssow
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf

Düsseldorf, den 7.2.07

Anfrage zu Giftmüllimporten in NRW und in den Regierungsbezirk Düsseldorf;

Hier aktuell der australische Import von Hexachlorbenzol (HCB)

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,

mehr zufällig erfuhr die Öffentlichkeit von dem Vertrag zwischen dem australischem Chemieunternehmen Orica und dem Tochterunternehmen von Bayer Industry Services (BIS) zur Entsorgung des gefährlichen Chemieabfalls Hexachlorbenzol in drei Anlagen von Nordrhein-Westfalen. An den Stan-

dorten Herten, Dormagen und Leverkusen sollen 11.000 Tonnen des gefährlichen Mülls (HCB) verbrannt werden.

Im Zuge dieser Berichterstattung erfuhr die Öffentlichkeit, dass dies eigentlich nur die Spitze des Eisberges darstellt. Aus der Quelle „Landtag Intern Ausg. 1/07 stammt die Wiedergabe folgender Aussage:

„So kamen allein im vorletzten Jahr 2,4 Mio. Tonnen Abfall aus dem Ausland; 600.000 Tonnen davon waren Sonderabfälle.

Aus einem Artikel „Die Welt“ (4.2.07) geht hervor, dass 52 Länder aus allen Regionen der Welt giftige Abfälle in NRW entsorgen.

Diese Dimensionen haben überrascht und waren nicht allgemein bekannt! NRW hat sich relativ unbemerkt, in den letzten Jahren zur Hochburg des Mülltourismus entwickelt. Zu den in Frage kommenden Entsorgungsanlagen gehört die in Dormagen und damit in den Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Düsseldorf.

Die große Besorgnis und Empörung der Bevölkerung - aber auch das jetzt erst bekannt gewordene Ausmaß des Mülltourismus - nehmen wir zum Anlass, eine Anfrage an die Bezirksregierung zu richten.

1. Welche Anlagen, außer der in Dormagen, dürfen noch Sondermüll entsorgen?
2. Um welche Stoffgruppen und Größenordnungen handelt es sich? Welche stammen aus Importen?
3. Wie hat sich für den Regierungsbezirk der Anteil der Verbrennung von Sondermüll aus Importen in den letzten 5 Jahren entwickelt? (bitte jährliche Auflistung)
4. Kann nachverfolgt werden, aus welchen Ländern, welche Sondermüllabfälle in den Regierungsbezirk gelangen? Wenn ja, bitte um Auflistung.
5. Wie hoch ist der Anteil der Sondermüllverbrennung aus Importen im Regierungsbezirk Düsseldorf im Vergleich zu NRW und Deutschland?
6. Gibt es besonders gefährliche bzw. besonders zu überwachende Sondermüllimporte? Wenn ja, welche?
7. Was wird unternommen andere Staaten dazu zubewegen eigene Sondermüllverbrennungskapazitäten aufzubauen?
8. An welcher Schnittstelle werden überwachungspflichtige Abfälle, die ja demnächst in einer Vielzahl sogenannter Ersatzbrennstoffkraftwerken (EBS) verbrannt werden dürfen, vom Sondermüll abgegrenzt?
9. Wie werden die EBS Kraftwerke überwacht? Staatlich oder in Selbstüberwachung der Betreiber
10. Wie werden die Sondermüllanlagen überwacht? Staatlich oder in der Selbstüberwachung der Betreiber?
11. Welche Parameterlisten zur Selbst- und staatlichen Überwachung werden angewendet?
12. Wie oft werden die Anlagen untersucht?
13. Welche Behörden sind zuständig und wie viele Mitarbeiter stehen in den Überwachungsbehörden zur Verfügung? Sind Stellen in den letzten Jahren hinzugekommen oder abgebaut worden?
14. Hält die Überwachungskapazität Schritt mit den offenbar immer größer werdenden gefährlichen Frachten?

15. Gibt es besondere Gesundheitsüberwachungsprogramme für die Bevölkerung? Z.B. Langzeitbeobachtungen von z.B. Muttermilch oder der Entwicklung von Atemwegserkrankungen? .
16. Wird die besondere Schutzwürdigkeit von Kindern bei der Festlegung der Grenzwerte und Überwachungsprogramme berücksichtigt?
17. Gibt es Katastrophenpläne für anlagenbedingte Störfälle?
18. Gibt es spezielle Überwachungen/Katastrophenpläne für die Gefahrguttransporte durch den Regierungsbezirk bzw. durch die betroffenen Städte und Landkreise?
19. Wie schätzt die Bezirksregierung das gesundheitliche Gefährdungspotenzial für die Bevölkerung des Regierungsbezirkes ein?
20. Ist es sinnvoll in einem der dichtbesiedeltsten Regierungsbezirke Deutschlands die Sonderabfallverbrennung in globalem Maßstab auszuweiten?

Über eine zeitnahe Beantwortung unserer Anfrage würden wir uns freuen. Für Ihre Mühe bedanken wir uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Krause , Fraktionsvorsitzender

GEZINKTE KARTEN IM GIFT-GESCHÄFT , WAZ (VEST)FREITAG, 16. FEBRUAR 2007

Mit Informationen wird Politik gemacht im Fall des australischen Mülls für das RZR Herten

Herten. Bei der Bürgerbewegung Pro Herten schrillen die Alarmglocken: "Uns liegen Informationen vor, wonach in Australien der Export von insgesamt 22 000 Tonnen Giftmüll nach Deutschland kurz vor der Genehmigung steht", sagte am Freitag Joachim Jürgens zur WAZ. Formal, nach der Baseler Konvention über internationale Abfalltransporte, muss das Umweltministerium bescheinigen, dass in Australien keine geeigneten Möglichkeiten zur Entsorgung bestehen. Politisch geht es aber, so australische Umweltschützer, auch um die Frage, inwieweit Widerstand gegen das geplante Geschäft besteht.

Dieses Geschäft soll - wie die WAZ berichtete - unter anderem 5000 Tonnen mit dem hochgiftigen Hexachlorbenzol belasteten Müll ins Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) nach Herten bringen. Dagegen regt sich in dieser Region massiver Widerstand.

"In einer australischen Expertenkommission lag aber offenbar die Information vor, dass in Deutschland nur Minderheiten gegen das Vorhaben protestierten", erfuhr Joachim Jürgens. Dies bezog sich jedoch auf Brunsbüttel, wo die Giftfracht nach dem Transport mit vier Schiffen angelandet und wo ein Teil des Mülls auch verbrannt werden soll. Jürgens: "Ein Anhörungstermin wurde dort an der Öffentlichkeit vorbei durchgezogen."

Als Drahtzieher des gesamten Deals hat Pro-Herten nach langen Recherchen einen Müll- Lobbyisten und leitenden Mitarbeiter des Lüner Entsorgungs-Riesen Remondis ausgemacht, dessen Tochterfirma SAVA den Müllofen in Brunsbüttel betreibt. ezn

---

PRESSE-ERKLÄRUNG: B90/DIE GRÜNEN, KREISVERBAND STEINBURG - C G B E.V. VOM 16. 02. 07

Kein Australischer Giftmüll nach Brunsbüttel !

In einer gemeinsamen Presseerklärung machen die Steinburger GRÜNEN und die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* (CBG) auf die Gefahren aufmerksam, die bei dem geplanten Giftmülltransport von Australien nach Brunsbüttel entstehen. Die Transporte werden entschieden abgelehnt.
"Vor der Gefahr, dass Brunsbüttel mit seiner SAVA zum Drehkreuz internationaler Giftmülltransporte wird, haben wir bereits vor deren Bau zur Mitte der neunziger Jahre gewarnt", erinnert sich Jürgen Ruge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreis Steinburg.
Nicht mehr nur die Verbrennung von regionalem Sondermüll steht seither im Mittelpunkt der SAVA, sondern auch die Beseitigung von Giftstoffen, die aus der ganzen Welt nach Brunsbüttel transportiert werden. So soll die Wirtschaftlichkeit der Anlage gewährleistet werden, die aktuell eine Jahreskapazität von 35.000 Tonnen aufzuweisen hat.
Einen neuen erschütternden Entfernungsrekord stellt die nun beabsichtigte Verbrennung von hochgiftigem Hexachlorbenzol (HCB) dar, das auf dem Seeweg von Australien bis Brunsbüttel geschafft werden soll. In Australien bedroht die giftige Chemie-Altlast seit 30 Jahren das Grundwasser der Millionenstadt Sydney. Verursacher ist die dort ansässige Firma ORICA, von der australische Umweltschützer seit Jahren fordern, das krebserregende HCB umweltschonend zu beseitigen. In Australien gibt es, so ist von dortigen Umweltschützern zu erfahren, erprobte Verfahren, bei denen deutlich weniger Gefahrstoffe entstehen als bei einer Verbrennung.
Beabsichtigt ist jedoch, dass 22.000 Tonnen des Giftmülls mit dem Schiff rund um den Erdball von Sydney nach Brunsbüttel transportiert werden - eingeschlossen einem notwendigen Tankstopp in Südafrika. Circa 1/3 dieser Menge soll in der Brunsbütteler SAVA verbrannt werden. Die übrige Menge soll in Brunsbüttel zwischengelagert und anschließend in die nordrhein-westfälischen Verbrennungsöfen von Leverkusen, Dormagen und Herten transportiert werden. Die Müllöfen in Dormagen und Leverkusen gehören dem Bayer-Konzern, der auch in Brunsbüttel eine Verbrennungsanlage betreibt.
"Es ist nicht hinnehmbar, dass dieser Giftmüll aus dem technologisch hoch entwickelten Australien ausgeführt wird und man mit dem Transport unberechenbare Risiken auf See, beim Umladen, Zwischenlagern und beim Transport auf Schiene und Straße eingeht", empören sich die GRÜNEN.
"Der erst vor wenigen Wochen verunglückte Güterzug bei Tornesch hat deutlich gemacht, dass folgenschwere Unfälle aufgrund kleinster Ursachen geschehen können."
Philipp Mimkes von der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* (CBG), mit der die Steinburger GRÜNEN seit vielen Jahren eng zusammenarbeiten, ergänzt: "Die Baseler Konvention zur Entsorgung gefährlicher Abfälle schreibt eine erzeugernahe Entsorgung von Gefahrstoffen vor. Diese ist bei einem Transportweg von 16.000 Kilometern in keinster Weise gegeben. Die kommerziellen Interessen von Remondis und Bayer müssen hinter dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung zurückstehen." Bayer will bei dem Geschäft drei Millionen Euro einnehmen.
Gemeinsam fordern Ruge und Mimkes, dass Politik und Behörden in einer solch brisanten Angelegenheit handeln und die Pläne für Transport und Verbrennung stoppen. Denn sollte Hexachlorbenzol hier verbrannt werden, wäre ein giftiges Erbe für kommende Generationen "garantiert": Neben erhöhten Emissionen würden große Mengen hochbelasteter Filterstäube und Schlacken anfallen, die langfristig auf Deponien gelagert werden müssen.
Dr. Jürgen Ruge, Kreisgeschäftsführer Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Steinburg
Am Steindamm 1, 25554 Wilster ,Telefon: 04823-7434, Telefax: 04823-75630 ,
Email: kv.steinburg(at)gruene.de, Internet: www.gruene-steinburg.de

DORMAGENER AGENDA 21 HATTE ZUM THEMA GIFTMÜLL-VERBRENNUNG

Werte Redaktion.

Die Dormagener Agenda 21 hatte zum Thema Giftmüll-Verbrennung 90 Fragen von Personen aus Dormagen an Bayer Industry Services gestellt. Die schriftlichen Antworten dazu werden uns von Bayer am Aschermittwoch, den 21. Februar 2007 um 11 Uhr im Bayer Casinonahe Tor 1 übergeben.

Wir werden mit einer kleinen, kompetenten Gruppe von Frauen und Männern aus Dormagen dort hingehen. Uns wurde zugesagt, dass dazu auch die Presse eingeladen würde. Wir danken Ihnen für Ihre bisherige, engagierte Berichterstattung zu diesem Thema und würden uns sehr freuen, wenn Sie an diesem Tag mit hinzukommen könnten. Am nächsten Tag hat der Bürgermeister abends die bekannte Podiumsdiskussion angesetzt.

Wir wollen versuchen, bis dahin die Fragen und Antworten an Pin-Wänden sichtbar zu machen und dieses Forum für eine Rückmeldung an die Fragesteller zu nutzen, aber auch aktiv offene Problematiken in die Diskussion einzubringen.

Mit freundlichem Gruß, Manfred Puchelt, Dormagener Agenda 21 P.S. wir sind - nach Bekanntwerden unserer Fragen-Aktion - sehr häufig angesprochen worden, wo man gegen den weltweiten Transport und die Verbrennung von Giftmüll unterschreiben kann.

Daraufhin haben wir eine eigene Unterschriftenliste angefertigt und an bestimmten Stellen ausgelegt u.a. im Weltladen der Dormagener Agenda 21, im Bio-Ladenneben Edeka in Nievenheim, in der Citybuchhandlung und in der Buchhandlung Fischer in Nievenheim. **Bitte verstehen Sie das nicht als Konkurrenzunternehmen zu anderen Listen.** Wir wollen nur alle Kanäle nutzen, um den australischen Umweltverbänden möglichst viele Unterschriften zu schicken, die dort mit unserem Protest den Export von Giftmüll verhindern wollen. Sie plädieren für die "Entsorgung" vor Ort.

STOPPT DEN GIFTMÜLL-TOURISMUS ZU BAYER- DORMAGEN. SOFORT.

Hochgiftiger Hexachlorbenzol (HCB)-haltiger Müll aus Australien soll hier bei uns verbrannt werden.

Wir sind entsetzt über das Ausmaß der jährlichen Giftmüll-Verbrennungskapazität von inzwischen 65.000 t bei Bayer-Dormagen. Das haben wir nicht gewusst. Der Giftmüll wird von ca. 300 Firmen angeliefert. Wir fürchten um unsere und unserer Kinder Gesundheit. Die Angst geht um in der Bevölkerung.

16.000 km weit soll hochgiftiger Sondermüll von Australien um die Welt gefahren, um hier bei uns in einer Menge von 2.000 t verbrannt zu werden. Wir haben weder Vertrauen in die Sicherheit dieses gigantischen Gefahrgut-Transportes durch die Weltmeere und durch unser Land, noch glauben wir an die Zusicherung einer vollständigen und gefahrlosen Verbrennung aller Substanzen in der Sondermüllverbrennungsanlage von Bayer. Wir bezweifeln, dass Bayer diesen komplexen Verbrennungsvorgang jederzeit technisch und menschlich verantwortlich voll im Griff hat.

Bayer hat Substanzen in die Welt verkauft, die später als hochgiftig ausgemustert wurden. Jetzt holt sie Bayer als bezahlter Dienstleister weltweit zurück, um sie zu verbrennen. Dabei entsteht Heißdampf für die Betriebe im Chemiepark. 1 Substanz und 3 - fach Gewinne. Sauber. Der Global Player spricht von "Verantwortung für die Umwelt" und "aktivem Umweltschutz". Wir empfinden das als Ironie.

Manfred Puchelt

JUTA HAUG: "NICHTS ALS MÜLL IM KOPF" SH: HIER (LINK)

Ausdrücklich erklären wir, das der Text Jutta "Nichts als Müll im Kopf" Originaltext der Homepage Frau Jutta (hier mit zwei t) entnommen wurde und keine Tatsachenbehauptung unsererseits entspricht! http://www.juttahaug.de /

Jutta Haug Mitglied des Landesvorstands der NRW SPD

Australischer Müll im RZR "Die verkürzte und verkürzende Berichterstattung in der WAZ vom 03. Februar 2007 und die darauf folgenden Reaktionen veranlassen mich, die vollständige Version meiner Einlassungen zum Thema "Verbrennung australischen Hexachlorbenzols im RZR" öffentlich zu wiederholen."
Verbrennung australischen Hexachlorbenzols im RZR Herten

Schon im Januar 2007 während der Plenarwoche des Europäischen Parlamentes bin ich von einem Teilnehmer der Besuchergruppe aus meinem Betreuungsbereich nach der "Verbrennung australischen Giftmülls im RZR Herten" gefragt worden: "Du bist doch im Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes. Kannst Du nicht dafür sorgen, dass im RZR nicht der Giftmüll aus Australien verbrannt wird?"

Meine Antwort war damals wie auch am Freitag, 02. Februar 2006, als mich ein Redakteur der WAZ und eine Redakteurin der Bauer-Presse nach meiner Meinung zu eben diesem Thema gefragt haben, folgende:

Erst einmal zur rechtlichen Seite: Es gibt Gesetze -sowohl auf europäischer Ebene als auch auf nationaler Ebene. Mit diesen Gesetzen wird die Verbringung und Beseitigung und/oder Verbrennung von gefährlichen Abfällen geregelt. Wenn das australische Unternehmen, das das Hexachlorbenzol im RZR entsorgen will, und die AGR als Betreiber des RZR alle gesetzlichen Regelungen einhalten, ist gegen die schadlose Beseitigung des Hexachlorbenzols im RZR grundsätzlich nichts einzuwenden. Dass alles nach Recht und Gesetz geht, wird von der Bezirksregierung als der zuständigen Aufsichtsbehörde überprüft. Sie erteilt dann auch die Genehmigung. Wenn es Gesetze gibt, ist nach diesen Gesetzen zu handeln. Es darf keine politisch-populistische Beugung geben, wenn wir in unserem Land die Rechtssicherheit behalten wollen.

Nun zur Bewertung des Vorgangs: Diskussionswürdig ist auf jeden Fall, dass ein hoch industrialisiertes Land wie Australien Unternehmen genehmigt, mit Stoffen umgehen, zu produzieren und Abfälle zu erzeugen, deren schadlose Beseitigung nicht im eigenen Land stattfinden kann. Fragwürdig ist auch der Transport von Giftmüll über diese vielen tausend Kilometer. Aber -wie gesagt -auch dafür gibt es Regeln, die eingehalten werden müssen. Zweifelsohne wäre es sinnvoll, wenn es in Australien gesetzliche Vorgaben für die ortsnahe Entsorgung solchen Abfalls gäbe. Die gibt es aber nicht -zurzeit jedenfalls nicht. Deshalb mein Fazit: Mir ist es lieber, der Giftmüll wird im RZR, einer Müllverbrennungsanlage auf dem neuesten technologischen Stand mit qualifizierten Mitarbeitern, schadlos entsorgt, als dass der Giftmüll auf irgendeiner Deponie in Afrika landet -mit bekannten schlimmen Folgen. Wir haben auch eine globale Verantwortung!

Anmerkung zum Fazit (Joachim Jürgens) „Deshalb mein Fazit: Mir ist es lieber, der Giftmüll wird im RZR, einer Müllverbrennungsanlage auf dem neuesten technologischen Stand mit qualifizierten Mitarbeitern, schadlos entsorgt, als dass der Giftmüll auf irgendeiner Deponie in Afrika landet -mit bekannten schlimmen Folgen. Wir haben auch eine globale Verantwortung!“

Liebe Frau Haug, sollten Sie nicht einmal im Atlas nachsehen? Australien liegt doch nicht in Afrika. Wie weit reicht eigentlich Ihre „globale Verantwortung? Bis in Ihre Geldbörse??“

FOTOS: KARSTEN SCHÖNE

Giftmüll-Verbrennungsanlage von Bayer in Leverkusen: *Gigantische Entsorgungsstation für den Rest der Welt*

UMWELT

Der Dreck der anderen

Fast im Verborgenen hat sich in Deutschland eine Boombranche entwickelt: Verbrennungsanlagen importieren massenhaft Giftmüll. Hochbelastete Abfälle aus Australien sorgen jetzt für Unmut.

Die Reise ist so penibel geplant, als wäre ein Staatsoberhaupt im Anmarsch. Für den Transport werden besonders zuverlässige Containerschiffe gesucht, das Personal erhält eine spezielle Schulung, und die Kapitäne haben Weisung, dichtbefahrene Seewege zu meiden. Aus Sicherheitsgründen.

Es gilt, eine gefährliche Ladung um den halben Globus zu schippern: Vier Frachter sollen 22 000 Tonnen Sondermüll aus Australien nach Schleswig-Holstein bringen. Die Giftbehälter dürfen nur unter Deck gelagert werden, denn es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass einer der Container etwa bei einem Orkan ins Meer stürzt.

In Deutschland angekommen, wird das kontaminierte Gut per Bahn und Lkw zu speziellen Verbrennungsanlagen geschafft: nach Brunsbüttel, Herten, Dormagen und Leverkusen. Dort sollen die krebserregenden Hexachlorbenzole aus der Lösemittelproduktion des australischen Chemiekonzerns Orica bis Ende 2008 „unschädlich gemacht werden", wie die Betreiber der Müllöfen versichern.

Schadstoffbehandlung bei Bayer
„Wir haben nichts zu verbergen"

Die Fahrt vom einen zum anderen Ende der Erde offenbart einen Geschäftszweig, der hierzulande bislang im Verborgenen boomte: Deutschland hat sich zu einem der wichtigsten Importländer für Giftmüll aus der ganzen Welt entwickelt, zu einer gigantischen Entsorgungsstation für den Rest der Welt. Es kommen Munitionsabfälle aus Schweden, Pestizide aus Kolumbien, asbesthaltiger Schutt aus Amerika, toxischer Arzneimüll aus Neuseeland, Lösemittel aus China und Bleibatterien aus Montenegro.

Nichts, was Mensch, Tier und Umwelt schadet, scheint auf der Importliste zu fehlen, die beim Umweltbundesamt akribisch geführt wird. Und die Menge hat sich seit 2000 verdreifacht – auf über zwei Millionen Tonnen. Die Einfuhr von Asbestabfällen stieg in diesem Zeitraum um 400, die von Industrieschlämmen gar um 450 Prozent.

Grund für diese Art von Wirtschaftswachstum sind ausgerechnet die vergleichsweise strengen deutschen Umweltgesetze. Sie haben dafür gesorgt, dass hier die besten Sondermüll-Verbrennungsanlagen der Welt gebaut wurden, das größte Know-how vorhanden ist. Die Hightech-Öfen rentieren sich aber nur bei hoher Auslastung – ohne die internationale Ak-

quise hätten die deutschen Betreiber Überkapazitäten von bis zu 20 Prozent zu beklagen. Allein mit dem Auftrag aus Australien machen sie 22 Millionen Euro Umsatz.

Weil die Deutschen sich also danach drängen, den Dreck wegzumachen, haben sich andere Länder klammheimlich aus der Verantwortung gestohlen. In der vor 18 Jahren geschlossenen Baseler Konvention haben sich bis heute 170 Staaten verpflichtet, ihren Giftmüll möglichst im eigenen Land zu entsorgen – eigentlich eine Schutzmaßnahme gegen den Abfalltourismus in Drittweltländer.

Doch so weit müssen etwa die Niederländer, die zwei Sondermüll-Verbrennungsanlagen in Rotterdam stillgelegt haben, ihren Unrat gar nicht schicken. Gleich hinter der Grenze, in Nordrhein-Westfalen, warten dankbare Abnehmer, sie bekommen 900 Euro pro Tonne. „Ihr habt so gute Anlagen", sagt Paul Braams von der Rotterdamer Müllverbrennung, „warum sollten wir dann unsere Öfen für viel Geld erneuern?"

Während Organisationen wie der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) vor unkalkulierbaren Risiken der Giftmüllverbrennung warnen und die Geschäftemacherei der Müllentsorger anprangern, kann Joachim Beyer die Aufregung nicht verstehen. Der Diplom-Ingenieur ist Chef der Sonderabfallverbrennung der Bayer Industry Services, zuständig für mehrere Spezialöfen in Leverkusen und Dormagen. „Wir haben nichts zu verbergen", sagt der Anlagenchef bei der Führung durch sein Leverkusener Reich, in dem der Abfall bei 1000 bis 1200 Grad verbrannt wird.

In der Sprache des Chemikers heißt das: Äußerst giftige organische Verbindungen werden zerschlagen. Übrig bleiben Schlacken, die im Wasserbad erstarren. „Man könnte sie zum Wegebau benutzen", so Beyer und langt zur Demonstration der Ungefährlichkeit in einen Haufen dunkler Brocken, die wie geschreddertes Glas aussehen. „Schnittwunden sind die schlimmsten Gefahren, die davon ausgehen", sagt er. Der Bayer-Konzern kippt die Schlacken auf die werkseigene Deponie.

Übrig bleiben aber auch gasförmige Bestandteile des Sondermülls, die beim Abkühlen auf etwa 300 Grad zum Beispiel die tückische Eigenschaft besitzen, sich wieder zu giftigen Furanen und Dioxinen zusammenzusetzen. „Sie endgültig zu knacken", erklärt Beyer, sei die Aufgabe diverser Brennkammern, Rotationswäscher, Kondensationsfilter und des über 30 Meter großen Katalysators.

Was dann in knapp 100 Meter Höhe den Schornstein verlasse, liege weit unter den vorgeschriebenen Grenzwerten, sagt der Bayer-Mann. Messbar allenfalls noch in Pikogramm – billionstel Gramm also.

Wissenschaftler halten dagegen, dass es eine Müllverbrennung ohne schädliche Emissionen nicht gebe. Harry Rosin, Professor für medizinische Mikrobiologie, hält die Beteuerungen der Industrie gar für eine „Verdummbeutelung".

Selbst bei den besten Anlagen würden „krebserregende Partikel" in die Luft geblasen. Und irgendwann komme der ganze Dreck dann wieder auf die Erde zurück. Die Moleküle würden dort etwa von grasenden Kühen gefressen und so in die Nahrungskette gelangen. Selbst kleinste Giftmengen reichten dann aus, die Gesundheit von Menschen zu schädigen.

Für Experten wie Rosin steht zudem fest: Die Nachbarn der Müllerverbrennungsanlagen werden die Zeche zahlen für eine umstrittene Wirtschaftsförderung vergangener Jahre. Den Anwohnern sei „weisgemacht worden, die Betriebe seien unverzichtbar für die Region", sagt Günter Dehoust vom Darmstädter Öko-Institut. Aber jetzt müssten sie feststellen, „dass wegen der Überkapazitäten der Müll aus aller Herren Länder akquiriert wird".

In Brunsbüttel formiert sich inzwischen Widerstand dagegen, dass die Region weltweiter „Umschlagplatz für Sondermüll" wird, so die Sprecherin des örtlichen Umweltvereins. Die vier Schiffe mit den 22 000 Tonnen aus Australien sollen im Hafen von Brunsbüttel gelöscht werden. Rund die Hälfte des Abfalls soll in der dortigen Hochtemperatur-Verbrennungsanlage landen. Die andere Hälfte wird auf Güterzüge und Lastwagen umgeladen und dann über 400 Kilometer durch die Bundesrepublik transportiert.

Dabei ist umstritten, ob etwa die kommunale Anlage im westfälischen Herten überhaupt geeignet ist, den australischen Chemie-Cocktail aus der Welt zu schaffen. „Wegen der niedrigen Verbrennungstemperatur von nur 900 Grad können die Chlorverbindungen in Herten nicht restlos beseitigt werden", mahnt Claudia Baitinger, Abfallexpertin des BUND. Für Johannes Remmel, den Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Düsseldorfer Landtag, stellt sich zudem die grundsätzliche Frage, „ob es die Aufgabe kommunaler Entsorger ist, weltweit Giftmüll einzuwerben".

In Herten werde „nur schwach kontaminierter Müll verbrannt, alte Fässer und andere Verpackungen", versichert Orica-Sprecher John Fetter, „und Herten hat ein spezielles Verfahren entwickelt, in dem 900 Grad ausreichen".

Der Bundesumweltminister und die Düsseldorfer Landesregierung haben daher auch keine Einwände gegen den Müllhandel. Im Gegenteil. „Deutschland übernimmt mit seinen sehr guten Anlagen zur Sondermüllverbrennung ein Stück umweltpolitische Verantwortung", sagt Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Das Zeug hier zu entsorgen, sei immer noch besser, als gefährliche Stoffe unsachgemäß irgendwo zu deponieren oder ins Meer zu kippen. Für die Zukunft wünscht sich der Sozialdemokrat allerdings, dass die Müll-Exporteure eigene Verbrennungsanlagen bauen – am besten mit Technik made in Germany.

China, bislang eher zurückhaltend in Sachen Umweltschutz, scheint Gabriels Vision umsetzen zu wollen: In Peking und einem Industriegebiet im Nordwesten sollen zwei mustergültige Sondermüll-Verbrennungsanlagen entstehen. Gebaut werden soll mit deutschem Know-how.

UDO LUDWIG, BARBARA SCHMID

KARSTEN SCHÖNE

Bayer-Ingenieur Beyer, Verbrennungsrest
Krebserregendes in der Luft

ENGLISCHE VERSION BURNING THE WORLD'S WASTE GERMANY'S BOOMING INCIN ERATION

INDUSTRY DER SPIEGEL, February 21, 2007

A booming new industry has quietly emerged in Germany. Waste incineration firms are importing massive amounts of toxic waste. Now public opposition is mounting against the burning of highly contaminated waste from Australia.

The trip was planned as meticulously as if a government leader were arriving. The most reliable container ships have been selected for the journey, the crews receive special training and the captains have been ordered to avoid busy sea routes -- for safety reasons.

The mission is to ship a dangerous cargo half way around the globe: Four freighters will bring 22,000 tons of hazardous waste from Australia to Germany's northern Schleswig-Holstein region. The toxic containers can only be stored below deck to prevent any of them falling overboard in a storm.

Once the contaminated cargo has arrived in Germany, it will be taken to special incineration plants by train and in trucks -- to Brunsbüttel, Herten, Dormagen and Leverkusen. There, the carcinogenic hexachlorbenzenes from Australian chemical company Orica's solvent production will be "rendered harmless" by 2008, according to the incinerator operators.

The trip from one end of the world to the other reveals an economic sector that has expanded in Germany largely unnoticed until now: Germany has become one of the major importers of hazardous waste from all over the planet, a giant waste disposal facility for the rest of the world. Munitions waste from Sweden, pesticides from Columbia, asbestos-contaminated rubble from the United States, solvents from China and lead-acid batteries from Montenegro.

Nothing that harms human beings, animals and the environment seems to be missing on the list, which is meticulously kept by the German Environmental Ministry. And the amounts have tripled since 2000 to reach more than 2,000 tons. Import volumes of asbestos-contaminated waste has risen by 400 percent in this period -- that of industrial sludge by as much as 500 percent.

Sell us your waste

The reason behind this economic growth consists in Germany's unusually strict environmental regulations. They've ensured that the world's best hazardous waste incineration plants were built in Germany, which also has the greatest know-how. But the high-tech incinerators only make economic sense if they are used at or near full capacity. Germany's plant operators would face overcapacities of as much as 20 percent if they didn't process hazardous waste from abroad.

And since Germans are so eager to clean up other people's mess, other countries have been able to secretly shirk their own responsibility. The Basel Convention signed 18 years ago saw 170 countries make a commitment to disposing of their waste in their own countries to the extent possible. The convention was originally intended as a bulwark against waste exports to Third World countries.

But the Dutch don't have to send their waste as far as that. They've closed down two hazardous waste incinerator facilities in Rotterdam, since grateful takers are waiting just across the border, in Germany's North Rhine-Westphalia region. They get €900 ($1,182) per tonne. "You've got such good facilities," says Paul Braams from Rotterdam's waste combustion service. "Why should we spend good money to bring our own incinerators up to date?"

Organizations such as the Association for the Protection of the Environment and Nature (BUND), the German branch of Friends of the Earth, warn against the incalculable risks of hazardous waste incineration and accuse the country's waste managers of profiteering at the expense of the environment. But Joachim Beyer doesn't understand what all the fuss is about. The graduate engineer is head of the hazardous waste incineration department at Bayer Industry Services. He's responsible for several special incinerators in Leverkusen and Dormagen. "We have nothing to hide," the plant director says during a tour of his Leverkusen kingdom, where waste is incinerated at temperatures between 1,000 and 1,200 degress Centigrade (1,832 - 2,192 degrees Fahrenheit).

'Harmless' leftovers

In the language of chemistry, what that means is that extraordinarily toxic organic combinations are broken apart. Only scoria remain, solidified in water baths. "You could use them for road construction," Beyer says, demonstrating their harmlessness by reaching into a pile of dark lumps that look like shredded glass. "The worst danger you face is cutting your hand," he says. The Bayer corporation deposits the scoriae on the plant's own dumpsite.

But something else remains after the incineration process: gaseous components of the hazardous waste that have the tricky characteristic of recombining in the form of toxic furan polymers and dioxins when cooled down to about 300 degrees Centigrade (572 degrees Fahrenheit). "Cracking them for good" is the job of various combustion chambers, rotation washers, condensation filters and a catalytic converter more than 30 meters (98 feet) large, Beyer explains.

The toxicity of what leaves the chimney at an altitude of about 100 meters (328 feet) lies far below the limit values, Beyer says. That toxicity is only measurable in picograms at best -- and one picogram is just a millionth of a millionth of a gram.

But scientists insist there is no such thing as hazardous waste combustion without harmful emissions. Harry Rosin, a professor of medical microbiology, even thinks the statements issued by the industry are "stultifying nonsense."

Even the best facilities release carcinogenic particles into the air, he says, adding that sooner or later, the dirt comes back to the ground, where the molecules are then eaten by grazing cows, thereby returning into the food chain. When that has happened, even tiny amounts of toxins are enough to harm human health, Rosin says.

Experts like Rosin are also convinced that those living close to the incinerators will pay the price for the controversial business development trend of the past years. Residents have been convinced "that the facilities are indispensable for the region," says Günter Dehoust from the Ecological Institute in Darmstadt. But now they're finding out "that waste from all over the world is being purchased because of overcapacity."

Citizens against waste

In Brunsbüttel, citizens are resisting the transformation of the region into a "global trans-shipment center for hazardous waste," as the spokeswoman of the local environmental association says. The four ships carrying their 22,000 ton cargo from Australia are to be unloaded in Brunsbüttel. The plan is for about half the waste to end up in the local incinerator. The other half will be loaded onto cargo trains and trucks and transported across the country along a 400 kilometer (248 mile) route.

It remains controversial whether the local facility in the Westphalian town of Herten is even suited for disposing of the chemical cocktail from Australia. "The chlorine combinations might not be completely elimi-

nated in Herten, due to the low incineration temperature of only 900 degrees Centigrade (1,652 degrees Fahrenheit)," says Claudia Baitinger, the waste expert at BUND. Johannes Remmel, the secretary of the Green Party faction in the Düsseldorf parliament, thinks another question needs to be raised as well: that of "whether it's the job of local waste disposers to acquire hazardous waste from all over the world."

"Only weakly contaminated waste, such as barrels and other packages" is burnt in Herten, according to Orica spokesperson John Fetter. He adds that "Herten has developed a special method in which 900 degrees Centigrade (1,652 degrees Fahrenheit) are sufficient."

And so the German Environmental Minister and the local government in Düsseldorf have no objections to the waste deals -- on the contrary. "With its very good facilities for incinerating hazardous waste, Germany is assuming a part of the general environmental responsibility," says Environmental Minister Sigmar Gabriel from the Social Democrat Party (SPD). Gabriel argues that disposing of the waste in Germany is still safer than letting it be improperly deposited elsewhere or dumped into the sea. But in future, the Social Democrat would like to see the waste exporters build their own incinerators -- ideally with technology made in Germany.

China -- not noted for its environmental concerns until now -- seems to want to realize Gabriel's vision. Two up-to-date hazardous waste incinerating facilities will now be built in Beijing and in an industrial park in the northwest of the country -- using German know-how. By Udo Ludwig and Barbara Schmid

---

„GIFTMÜLL BESSER HIER VERBRENNEN“ LEVERKUSENER-ANZEIGER.DE 16.02.07

V. THOMAS KÄDING,

Der Bundesumweltminister findet nichts am großen Giftmüll-Import aus Australien: „Deutschland übernimmt mit seinen sehr guten Anlagen zur Sondermüllverbrennung ein Stück umweltpolitische Verantwortung“, erklärte Sigmar Gabriel (SPD) am Freitag dem „Spiegel“ mit Bezug auf den Deal mit dem australischen Chemiekonzern Orica. Es sei besser, das Gift hier zu verbrennen, als es irgendwo auf der Welt unsachgemäß zu lagern. Damit steht fest, dass Nordrhein-Westfalens Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) in Berlin keinen Mitstreiter findet. Uhlenberg sieht den massenhaften Import giftiger Abfälle in das bevölkerungsreichste Bundesland mittlerweile kritisch. Für eine Drosselung des Giftmüll-Handels bräuchte der Landesumweltminister allerdings gesetzgeberische Hilfe der Bundesregierung.

Globale Aufgabe

Schon zu Wochenbeginn hatte Andres Jaron, Referatsleiter in Gabriels Ministerium, den Import von 22 000 Tonnen mit dem weltweit verbotenen Hexachlorbenzol (HCB) verseuchten Abfall als „grundsätzlich sinnvoll“ bezeichnet. Die Entsorgung gefährlicher Stoffe sei „eine globale Aufgabe“, ein „Verbot der ortsfremden Entsorgung wäre im Sinne des Basler Übereinkommens sogar kontraproduktiv“, erklärte Jaron auf Anfrage.

Wegen des hohen technischen Standards deutscher Verbrennungsanlagen sei die Vernichtung gefährlichen Mülls hier richtig, „Transportentfernungen spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle“. Allerdings setzt der Referatsleiter für die Distanz zwischen Australien und Deutschland lediglich „ca. 13 000 Kilometer“ an. Jaron fordert eine sorgfältige Abwägung zwischen den „Sorgen um Gesundheit und Umwelt von Menschen im Umfeld von Chemie- und Entsorgungsanlagen“ und der weltweiten „Verantwortung für die Folgen der Industrialisierung“.

Unterdessen haben neben Leverkusen auch die Städte Herten, Recklinghausen, Castrop-Rauxel und Herne Resolutionen gegen die Verbrennung vieler tausend Tonnen australischen Giftmülls verabschie-

det. Die letztgenannten Städte liegen im Umfeld des Hertener Rohstoffrückgewinnungszentrums (RZR), in dem etwa 6000 Tonnen HCB-Müll verbrannt werden sollen. Die Hertener Verbrennungsanlage arbeitet in der Regel nur mit Temperaturen um 900 Grad. Die Anwohner bezweifeln, dass damit der HCB-Müll wirklich unschädlich gemacht werden kann.

UMWELT GEFÄHRLICHER SONDERMÜLL AUF DEM WEG ZU

VERBRENNUNGSANLAGEN IM RUHRGEBIET

WO DIE GIFTFRACHT ROLLEN SOLL… HAMBURGER ABENDBLATT, 18.2.07

Ein australischer Chemie- und Sprengstoffhersteller will giftigen Müll in Nordrhein-Westfalen verbrennen lassen. Die Fracht soll per Bahn transportiert werden. Umweltschützer befürchten: Die Züge rollen durch Hamburg.

Von Axel Tiedemann

Die Sondermüllverbrennungsanlage (SAVA) in Brunsbüttel. Foto: dpa

Es war eine E-Mail aus Sydney, die deutsche Umweltschützer erst auf die Giftfracht aufmerksam machte: Die australische Umweltorganisation National Toxics Network (NTN) meldete sich vor einigen Wochen bei dem Verein "Coordination gegen Bayer-Gefahren" in Nordrhein-Westfalen: Vier Schiffsladungen mit gefährlichem Sondermüll seien demnächst auf dem Weg nach Deutschland, stand da in knappen Worten. Der Müll solle in Anlagen des Leverkusener Chemiekonzerns Bayer verbrannt werden, warnten die Australier. Der mit dem krebserregenden Hexachlorbenzol (HCB) belastete Abfall werde voraussichtlich im Mai das erste Mal in Brunsbüttel anlanden. Am 4. Februar griff die "Welt am Sonntag" das Thema auf: "Giftmüll aus aller Welt nach NRW", titelte die Zeitung. "Da war uns hier in Brunsbüttel noch gar nicht bewusst, dass wir auch betroffen sind", sagt Jürgen Ruge, Grünen-Politiker im schleswig-holsteinischen Kreis Steinburg.

Immer mehr Details über den Sondermüll sickerten durch

Doch dann sickerten über einen regen E-Mail-Austausch zwischen Sydney, Leverkusen und Brunsbüttel immer mehr Details über einen riesigen Sondermüll-Deal durch: Innerhalb von zwei Jahren will der australische Chemie- und Sprengstoffhersteller Orica 22 000 Tonnen dieses hochgiftigen Sondermülls in den modernen Anlagen Deutschlands verbrennen lassen: Die Hälfte gleich in Brunsbüttel, der Rest soll zu den Bayer-Anlagen in Nordrhein-Westfalen transportiert werden. Auf dem "Schienenweg", wie Jürgen Ruge sagt.

Umweltschützer und Grüne machen daher jetzt mobil in Brunsbüttel. Jürgen Ruge: "Es ist doch ökologischer Irrsinn, das Zeug über 16 000 Kilometer hierher zu bringen." Australien sei ein "hochtechnisiertes" Land, das sich selbst um seine gefährlichen Industrieabfälle kümmern müsse, sagt Ruge und sieht sich damit in Übereinstimmung mit australischen Umweltschützern.

Das National Toxics Network versuche gerade, die Genehmigung für den Müllexport noch zu stoppen. Die australischen Umweltschützer verlangen, dass die 22 000 Tonnen vor Ort unschädlich gemacht werden. Allerdings ohne Verbrennung. Was nicht weiter verwunderlich ist: Der Müllexport aus Australien ist längst kein spektakulärer Einzelfall mehr. Wegen besonders strenger Umweltgesetze gelten deutsche Müllverbrennungsanlagen auch als besonders modern, während viele andere Länder veraltete oder gar keine Anlagen besitzen. Paradoxe Folge für Deutschland: Immer mehr Giftmüll aus aller Welt wird hier verbrannt, vorzugsweise in Anlagen in Nordrhein-Westfalen, wie die "Welt am Sonntag" schreibt. Munitionsabfälle, Pestizide, Asbest-Schutt oder wie jetzt aus Australien eben HCB-haltige Lösungsmittelrückstände. Allein im Jahr 2005 kamen danach 401 Tonnen aus Südafrika, 1500

Tonnen aus dem Iran, 4000 Tonnen aus Polen und satte 1,57 Millionen Tonnen aus dem Nachbarland Holland.

Der lange Transport ist ökologisch unsinnig und gefährlich Für die Betreiber der Anlagen ist das ein lohnendes Geschäft, das sie in der Regel genehmigt bekommen: Allein der Müll-Deal mit Australien soll 22 Millionen Euro Umsatz bringen, wie der "Spiegel" jetzt in seiner neuesten Ausgabe schreibt. Willkommenes Geld. Denn oft haben die Hightech-Öfen in Deutschland mit teuren Überkapazitäten zu kämpfen.

Ein australischer Chemie- und Sprengstoffhersteller will giftigen Müll in Nordrhein- Westfalen verbrennen lassen. Die Fracht soll per Bahn transportiert werden. Umweltschützer befürchten: Die Züge rollen durch Hamburg.

Schon lange werde daher auch in der Sonderabfall-Verbrennungsanlage SAVA in Brunsbüttel Müll aus ganz Europa verbrannt, sagt Grünen-Politiker Jürgen Ruge. Das Geschäft mit Australien sei jetzt nur ein "erschütternder Entfernungsrekord". Ruge: "Wobei ich davon ausgehe, dass der Sondermüll sauber verbrannt wird; ökologisch unsinnig und gefährlich ist vor allem der lange Transport." Auf welchen Bahn-Strecken der Sondermüll von Brunsbüttel dabei bis ins Ruhrgebiet gefahren wird, versucht die Bahn geheim zu halten: Aus Sicherheitsgründen gebe es keine Auskunft über die "Laufwege von Gefahrgut", sagt Bahn- Sprecher Ole Constantinescu. Allerdings gibt es kaum Alternativen zur Strecke über die Güterumgehungsbahn quer durch Hamburg. Selbst Atommülltransporte aus Brunsbüttel sind dort schon entlang gerollt.

Eine Umgehung wäre nur über große Umwege möglich Seit Jahren gibt es an diesem Schienenstrang zwischen Eidelstedt, Hamm und Harburg Anwohnerproteste. Eine Umgehung Hamburgs wäre für die Bahn allerdings nur über große Umwege nach Lübeck, Ratzeburg, Büchen und Lüneburg möglich. Doch auch diese Strecke führt quer durch viele Städte, in denen Menschen dicht an den Schienen wohnen. Für Bahn- Sprecher Ole Constantinescu bleibt die Bahn dennoch "das sicherste Transportmittel". Die Alternative wäre ein Lkw-Transport, der viel gefährlicher sei, sagt Constantinescu, der dazu auf die vielen Sicherheitsmaßnahmen bei der Bahn verweist. So würden beispielsweise Gefahrguttransporte immer von einem zentralen Koordinator überwacht.

Die Folgen eines Unfalls wären katastrophal Doch ausgeschlossen sind Unfälle auf der Schiene deshalb nicht, wie erst am 23. Januar der Unfall bei Tornesch vor den Toren Hamburgs zeigte. Dabei strömten auf freier Strecke ätzende Chemiewolken aus den elf verunglückten Waggons. Grünen-Politiker Ruge:

"Die Folgen mit diesem Zeug aus Australien wären weit katastrophaler." erschienen am 18. 02.2007

HCB (HEXACHLORBENZOL) HCB (Hexachlorbenzol) gehört wie das Insektenvernichtungsmittel DDT oder der Weichmacher PCB zu den chlorierten Kohlenwasserstoffen. Das sind chemische Verbindungen aus Chlor, Kohlenstoff und Wasserstoff. HCB, ein kristallines, farbloses Pulver, wird chemisch gewonnen. Es gehört zu den giftigen, schwer abbaubaren Stoffen, die sich in allen Organismen über die Nahrungskette anreichern. Seehunde und Seevögel weisen besonders hohe Gehalte an chlorierten Wasserstoffen auf. Diese Stoffe stehen im Verdacht, Krebserkrankungen hervorzurufen, wenn sie zum Beispiel mit der Nahrung aufgenommen werden. HCB wurde früher eingesetzt, um Pilzerkrankungen bei Getreide zu verhindern. Seit 1981 ist HCB in Deutschland als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen. Es gehört zu den Stoffen, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten wurden. cri

11000 TONNEN HCB-SONDERMÜLL AUS AUSTRALIEN GIFTTRANSPORT DURCH HAMBURG

In wenigen Wochen beginnt ein riesiger Giftmüll-Export nach Deutschland. Vier Schiffsladungen mit 22000 Tonnen krebserregenden Lösungsmittelrückständen werden im Elbehafen Brunsbüttel gelöscht. Sie stammen vom australischen Sprengstoff- und Chemiehersteller Orica.

Hamburg - Für den Transport der mit Hexachlorbenzol belasteten Sonderfracht werden noch "besonders zuverlässige Containerschiffe" gesucht, so der "Spiegel" in seiner neuesten Ausgabe.

Kapitäne hätten Weisung, aus "Sicherheitsgründen" dicht befahrene Seewege zu meiden. Die Hälfte der Giftfracht wird in der Brunsbütteler Sonderabfallverbrennungsanlage verbrannt. 11000 Tonnen rollen ins Ruhrgebiet - "auf dem Schienenweg", so der Steinburger Grünen- Politiker Jürgen Ruge. Wird der Giftmüll durch Hamburg gefahren? Die übliche Route führt auf der Güterumgehungsbahn durch Eidelstedt, Niendorf, Alsterdorf, Hamm, Horn, Harburg. Bahnsprecher Constantinescu: "Über Laufwege von Gefahrgut geben wir keine Auskünfte." erschienen am 18. Februar 2007 Vom 17.Febr. 2007

„VERSTOß GEGEN DIE BASELER KONVENTION“, BRUNSBÜTTLER ZEITUNG 17.02-07

Ruge Elbehafen: Hier werden ab Mai rund 22 000 Tonnen krebserregenden Giftmülls aus dem fernen Australien erwartet. Ein Drittel soll in der SAVA vernichtet, der Rest zwischengelagert und nach Nordrhein-Westfalen weitertransportiert werden. Giftmüll: Protest aus Steinburg Australischer Verursacherkonzern: Kein ernsthafter Widerstand in Brunsbüttel

Von Jörg Lotze **Brunsbüttel–**

„Kein australischer Giftmüll nach Brunsbüttel“ lautet die Überschrift einer gemeinsamen Erklärung, mit der gestern der Steinburger Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen und die „Coordination gegen Bayer-Gefahren e.V.“ an die Öffentlichkeit getreten sind. Beide machen darin ausdrücklich auf die Gefahren aufmerksam, die aus ihrer Sicht bei den geplanten Giftmülltransporten von Australien nach Brunsbüttel entstehen. „Wir lehnen diese Transporte entschieden ab“, sagt Dr. Jürgen Ruge, Kreisgeschäftsführer der Steinburger Grünen. Während aus den kommunalpolitischen Gremien und der Bevölkerung Brunsbüttels, wo im Elbehafen 22 000 Tonnen Müll mit hochgiftigem Hexachlorbenzol (HCB) per Schiff ankommen sollen, so gut wie kein Protest zu vernehmen ist, brodelt es an den anderen drei geplanten Verbrennungsstandorten Herten, Leverkusen und Dormagen erheblich (wir berichteten).

Dort soll ein Großteil des Mülls, der mit der seit 1981 in der EU verbotenen Substanz verseucht ist, vernichtet werden. Ein Drittel ist für die SAVA Brunsbüttel bestimmt. „Vor der Gefahr, dass Brunsbüttel zum Drehkreuz internationaler Giftmülltransporte wird, hatten wir bereits Mitte der 90er Jahre gewarnt – vor dem Bau der SAVA“, sagt Ruge. Nicht mehr nur die Verbrennung von regionalem Sondermüll stehe seither im Mittelpunkt der SAVA-Aktivitäten, sondern auch die Beseitigung von Giftstoffen, die aus der ganzen Welt nach Brunsbüttel transportiert werden. Es sei aber nicht hin-

nehmbar, dass dieser Giftmüll aus dem technologisch hoch entwickelten Australien ausgeführt wird und man mit dem Transport unberechenbare Risiken auf See, beim Umladen und Zwischenlagern in Brunsbüttel sowie beim Weitertransport auf Schiene und Straße eingeht, betont der Bündnisgrüne. „Der erst vor wenigen Wochen bei Tornesch verunglückte Güterzug hat deutlich gemacht, dass folgenschwere Unfälle aufgrund kleinster Ursachen geschehen können."

Verursacher des Giftmülls ist die in der Millionenstadt Sydney angesiedelte Firma ORICA, von der laut Ruge australische Umweltschützer seit Jahren fordern, das krebserregende HCB umweltschonend zu beseitigen. In Australien gibt es nach Ansicht von dortigen Umweltschutzverbänden durchaus erprobte Verfahren im eigenen Land.

Philip Mimkes von der „Coordination gegen Bayer-Gefahren e.V." (CBG) sieht in dem geplanten Giftmülltransport um den halben Erdball einen Verstoß gegen die Baseler Konvention: „Diese schreibt eine erzeugernahe Entsorgung von Gefahrstoffen vor, die bei einem Transportweg von 16 000 Seemeilen in keiner Weise gegeben ist. Vielmehr müssen die kommerziellen Interessen der Verbrennungsanlagen-Betreiber, darunter die SAVA und der Bayer-Konzern, hinter dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung zurückstehen." Die gemeinsame Forderung von CBG und Grünen: „Politik und Behörden müssen in dieser brisanten Angelegenheit unbedingt handeln und die Pläne für Transport und Verbrennung stoppen." Dass es in Brunsbüttel selbst so gut wie keinen Gegenwind gegen das Vorhaben gibt, mache sich mittlerweile auch der Verursacherkonzern ORICA zunutze, wie die australische Umweltschützerin Dr. Mariann Lloyd-Smith gestern der Vize-Chefin der Grünen-Bundestagsfraktion, Bärbel Höhn, mitteilte. Darin heißt es: „Bei einer Anhörung des Staatlichen Umweltamtes Itzehoe am 25. Januar habe es, so argumentiert der Konzern, lediglich zwei Gegenstimmen aus Brunsbüttel zu den Giftmülltransporten gegeben. Der Widerstand am eigentlichen Ort des Geschehens wird in Australien also absolut nicht als ernsthaft betrachtet. ORICA versucht, auf diese Weise auch die Argumente aller anderen Gegner in Frage zu stellen." Beim Staatlichen Umweltamt Itzehoe (STUA) waren gestern keine Ansprechpartner zu diesem Thema zu erreichen. Auch in der Vorwoche war von dort auf eine Anfrage der Redaktion nicht geantwortet worden. Im Brunsbütteler Hauptausschuss am Mittwoch hatte Bürgermeister Wilfried Hansen versichert, er sei von der Rechtmäßigkeit des Genehmigungsverfahrens überzeugt.

Die Brunsbütteler Umweltschützerin Hannelore Schwonberg betonte gestern, dass es in der Region durchaus mehr als zwei Gegner des Transports gebe. Für Anfang der Woche kündigte sie im Auftrag der WIR weitere Informationen an.

DREIMAL FEUERALARM IM RZR, QUELLE:HERTENER ALLGEMEINE 19.02.07

Herten - Dreimal musste die Feuerwehr am Samstag zum Industriemüll-Bunker der RZR-Müllverbrennungsanlage ausrücken. Schließlich wurde ein Teil der Anlage außer Betrieb gesetzt.

NACH DEM DRITTEN EINSATZ IN DER RZR-MÜLLVERBRENNUNGSANLAGE VERLASSEN DIE EINSATZKRÄFTE DER FEUERWEHR DAS BETRIEBSGELÄNDE IN HERTEN-SÜD. (FOTO:J.JÜRGENS)

Kräfte der Hauptwache und des freiwilligen Löschzugs Herten waren erstmals um 11.30 Uhr mit acht Fahrzeugen vor Ort. Weitere Einsätze folgten um 14.30 Uhr und um 16.20 Uhr.

Selbst löschen mussten die Wehrleute allerdings in keinem Fall. Das hatten die Betriebsfeuerwehr sowie die stationäre Schaum-Löschanlage

übernommen. Letztere ist im Industriemüll-Bunker fest installiert und springt automatisch an, wenn irgendwo ein Brand ausbricht.

Gleichwohl wird immer auch die Hertener Feuerwehr alarmiert, damit diese zur Stelle ist, falls der Brand außer Kontrolle gerät. Das war zuletzt am 22. Juni 2005 der Fall. Damals kämpften mehr als hundert Feuerwehrleute aus Herten, Recklinghausen und Herne stundenlang gegen die Flammen.

Wachabteilungsleiter Jörg Stier und seine Leute suchten am Samstag nach dem Löschen in der Anlage lediglich nach Glutnestern. Die gab es jedoch nicht. Die Brandursache ist nach Angaben der Feuerwehr unklar. Stier: „Auslöser kann zum Beispiel eine Spraydose sein, die beim Schreddern des Mülls zerplatzt. Durch austretende Gase entsteht dann leicht ein Feuer."

Dass die Wehr gleich dreimal an einem Tag zum RZR ausrückt, ist laut Jörg Stier nicht ungewöhnlich. „Solche Einsätze haben wir öfter."

Heinz Struszczynski, Sprecher der RZR-Betreiber AGR, äußert sich in einer Mitteilung lediglich zu „zwei kleinen Bränden", die im Bereich einer erst kürzlich eingebauten Rotorschere zur Zerkleinerung fester Abfälle aufgetreten seien.

Durch die automatische Schaumlöscheinrichtung wurden beide Feuer binnen weniger als einer Minute gelöscht, berichtet der Sprecher. Es sei bei den Vorfällen weder Personen- noch Sachschaden entstanden.

Ursache laut Struszczynski: Nach bisheriger Einschätzung hätten sich Eisenteile im Abfall entzündet, die durch die Scherkräfte des Schredders zu stark erhitzt wurden.

MINISTER LOBT MÜLL-IMPORT HERTENER ALLGEMEINE V. 19.02.2007

HERTEN. (CW) "Der Dreck der anderen" ist ein Artikel im Nachrichten-Magazin "Der Spiegel" überschrieben, der den Giftmüll-Tourismus thematisiert. Herten erlangt darin Berühmtheit als westfälische Giftmüll-Metropole. -

Umweltminister Sigmar Gabriel begrüßt die Müll-Importe. Deutschland übernehme mit seinen sehr guten Anlagen zur Sondermüllverbrennung ein Stück umweltpolitischer Verantwortung, findet Gabriel. Das Zeug hier zu entsorgen, sei besser, als gefährliche Stoffe unsachgemäß irgendwo zu deponieren oder ins Meer zu kippen.

Joachim Beyer, Chef der Bayer-Sonderabfallverbrennung erklärt im "Spiegel", was bei der Giftmüll-Verbrennung den Schornstein verlasse, liege weit unter den vorgeschriebenen Grenzwerten. Wissenschaftler halten dagegen, dass es eine Müllverbrennung ohne schädliche Emissionen nicht gebe. Harry Rosin, Professor für medizinische Mikrobiologie, hält die Beteuerungen der Industrie gar für eine "Verdummbeutelung". Selbst bei den besten Anlagen gelangten "krebserregende Partikel" in die Luft.

Über 50000 Haushalte rund um das RZR erhalten in diesen Tagen ein Faltblatt der AGR. Titel: Herten Report. Darin verspricht das Unternehmen "sachliche Informationen" zum Thema Sondermüll-Verbrennung und versucht sich per Interview mit Pfarrer Burkhard Müller an der Klärung moralischer Fragen in Sachen Giftmüll-Tourismus. 19.02.2007 | Quelle: Medienhaus Bauer

---

OTTO'S LERCHENBLATT ZUM RZR, AUSZUG

Das RZR Herten. Seit 25 Jahren werden im Industriegebiet an der Hohewardstraße Müll und Sondermüll entsorgt.

Stadtgespräch

Unmoralischer Abfall?

Im Industriegebiet in Herten Süd wird seit 25 Jahren entsorgt. Müll und Sondermüll. Reststoffe, die genehmigt sind. Angeliefert aus der Region und dem Ausland. Die zwei Bürgerinitiativen von einst haben sich aufgelöst. Offensichtlich war alles in Ordnung.

Doch plötzlich gibt es Schlagzeilen. Giftmüll aus Australien soll an vier Standorten in Deutschland entsorgt werden. Einer davon: Herten. Große Empörung. Was da geplant sei, wäre skandalös, nicht hinnehmbar, unmoralisch, ethisch nicht zu akzeptieren. Geharnischte Leserbriefe, Proteste von Politikern, die Kirchen melden sich zu Wort, die Bürgerinitiative informiert.

Der Vertrag mit dem australischen Giftmüllbesitzer ist noch nicht unterschrieben. Das ist gut so. Australien prüft noch, man will nicht als Giftmüllexporteur ins Gerede kommen. Und hier will man den Giftmüll von dort nicht haben. Auch wenn die Entsorgung Geld bringt, technisch möglich ist und die bestehenden Genehmigungen es erlauben. Diskutiert wird daher auch nicht so sehr die Abfallart, sondern es geht um die moralische Frage, über welche Distanz Müll angeliefert werden darf. 1000 Kilometer (Südfrankreich) oder 16000 Kilometer (Australien).

In Rede steht die Liefer-Distanz. Auch bei Öl, Erdgas und Atomstrom. Auch bei Autos, Computern, Spielzeug, Kleidung und Lebensmitteln. Bei Wein aus Chile, Äpfel aus Südafrika... Weltweite Geschäfte in einer globalisierten Welt. Den Transport dieser Produkte tolerieren wir, freuen uns über den günstigen Preis und kaufen sie. Auch Kohle und Stahl. Weil in China oder sonst wo derzeit billiger. Sind wir nicht alle ganz schön heuchlerisch. Wir, die wegen des Mülls aus Australien glauben, moralisch in Herten protestieren zu müssen? Wo sind denn die Proteste gewesen, als unser Plastikmüll vor nicht all zu langer Zeit nach Südostasien verschifft wurde oder Müll nach Afrika?

Weltweit gibt es Waren und Produktionsreste, die verkauft, verwertet, entsorgt werden müssen. Käufer gibt es in der Welt viele. Verwerter und Entsorger, die es können, nicht so viele. Genehmigt, kontrolliert, nachhaltig. Es gibt keine Alternative zu einer sauberen, nachhaltigen Entsorgung, egal an welchem Standort auf diesem Planeten. Wenn es aber in Australien Anlagen gibt, die das können, dann muss der Giftmüll auch dort entsorgt werden. Wenn nicht bleibt allein die ökonomische Frage: Was rechnet sich. Die kontrollierte Entsorgung in Europa, oder der Bau und Betrieb optimaler Anlagen in Australien, Südamerika oder Afghanistan. Aber was tun, bis Anlagen dort gebaut sind? Derzeit nur: Sich am globalisierten Markt orientieren. Faire Geschäfte machen. Und die Nachbarn frühzeitig informieren und offen darüber reden. Sorgen und Fragen ernst nehmen. Verständliche Antworten geben. Das erwartet man, auch in Herten! Noch ist es nicht zu spät. Der Vertrag mit Australien ist noch nicht unterschrieben.

Otto Lerchenmüller

FOTOS: BIRGIT FREY

EIN SCHIFF WIRD KOMMEN, TAZ VOM 19.2.2007

taz NRW Nr. 8205 vom 19.2.2007, Seite 1, 105 TAZ- Bericht KLAUS JANSEN / ANDREAS WYPUTTA

Für den Transfer von giftigem Hexachlorbenzol nach NRW hat der australische Müllexporteur Orica bereits ein Schiff gechartert. SPD-Bundesumweltminister Sigmar Gabriel lobt Transporte

VON KLAUS JANSEN UND ANDREAS WYPUTTA

Der australische Giftmüllexporteur Orica glaubt auch ohne erteilte Genehmigung der Behörden fest an die Verschiffung von 22.000 Tonnen hochgiftigen Hexachlorbenzols nach Deutschland. Nach Informationen australischer Umweltschützer hat das Unternehmen für den 1. April bereits ein Schiff für den Transport nach Brunsbüttel gechartert. Von dort aus soll die Chemikalie in die nordrhein-westfälischen Müllverbrennungsanlagen Herten, Dormagen und Leverkusen transportiert werden (*taz berichtete*).

Der deutsche Importeur, die Hertener Abfallentsorgungsgesellschaft AGR, bestätigte die Pläne im Grundsatz. "Ein Schiff ruft man nicht heran wie ein Taxi", sagte AGR-Sprecher Heinz Struszczynski. Wahrscheinlich handele es sich bei dem Chartergeschäft aber nur um eine Option: "Das ist so üblich", so Struszczynski. Auch der Bezirksregierung Münster liegen noch keine Informationen über den genauen Termin vor. Eine Sprecherin der Genehmigungsbehörde verwies auf ausstehende Stellungnahmen der australischen und deutschen Behörden. Wenn diese vorliege, stehe eine erneute Prüfung des Geschäfts an.

Am politischen Willen, das Geschäft durchzuziehen, scheint es auf beiden Seiten der Erde jedoch nicht zu mangeln. Es sei zu "99 Prozent" sicher, dass ihre Regierung dem Transport zustimme, sagte die australische Toxikologin Mariann Lloyd-Smith. Eine Kommission des Umweltministers weise Einwände als "nicht seriös oder wirksam" zurück.

Auf deutscher Seite hat auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel seine Zustimmung zum Giftmüllimport signalisiert. "Deutschland übernimmt mit seinen sehr guten Anlagen zur Sondermüllverbrennung ein Stück umweltpolitische Verantwortung", sagte der sozialdemokratische Politiker dem *Spiegel*. Es sei besser, das Gift in Deutschland zu verbrennen, als es irgendwo auf der Welt unsachgemäß zu lagern.

In NRW stießen Gabriels Aussagen auf Unverständnis. "Wir freuen uns nicht über fremden Giftmüll", sagte Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) zur taz. Allerdings könne das Land die Transporte nicht unterbinden. BUND-Sprecher Dirk Jansen kritisierte, dass "Gabriel andere Staaten zum Nichtstun" einlade. Wer sich so äußere, verhindere den Aufbau sicherer Anlagen in den Müll-Erzeugerländern. Joachim Jürgens vom Bürgerinitiativen- Zusammenschluss Pro Herten sprach gar von einer "Müll-Mafia, die bis in höchste Kreise" reiche.

Die Gegner des Transports fordern, dass NRW seine Anlagentechnik exportieren solle, statt Müll aus aller Welt zu importieren. Branchenkenner halten dies im Fall Australien jedoch nicht für praktikabel: "Von dem Orica-Müll abgesehen, gibt es dort nicht viel zu verbrennen", sagt ein hochrangiger Mitarbeiter eines NRW-Entsorgungsunternehmens. "Ein Export würde sich einfach nicht rechnen.

152B AGR-Herten Report Berichtet in einer Februar Sonderausgabe [4]

Sonderabfall beschäftigt Herten

Februar 2007

HERTEN REPORT

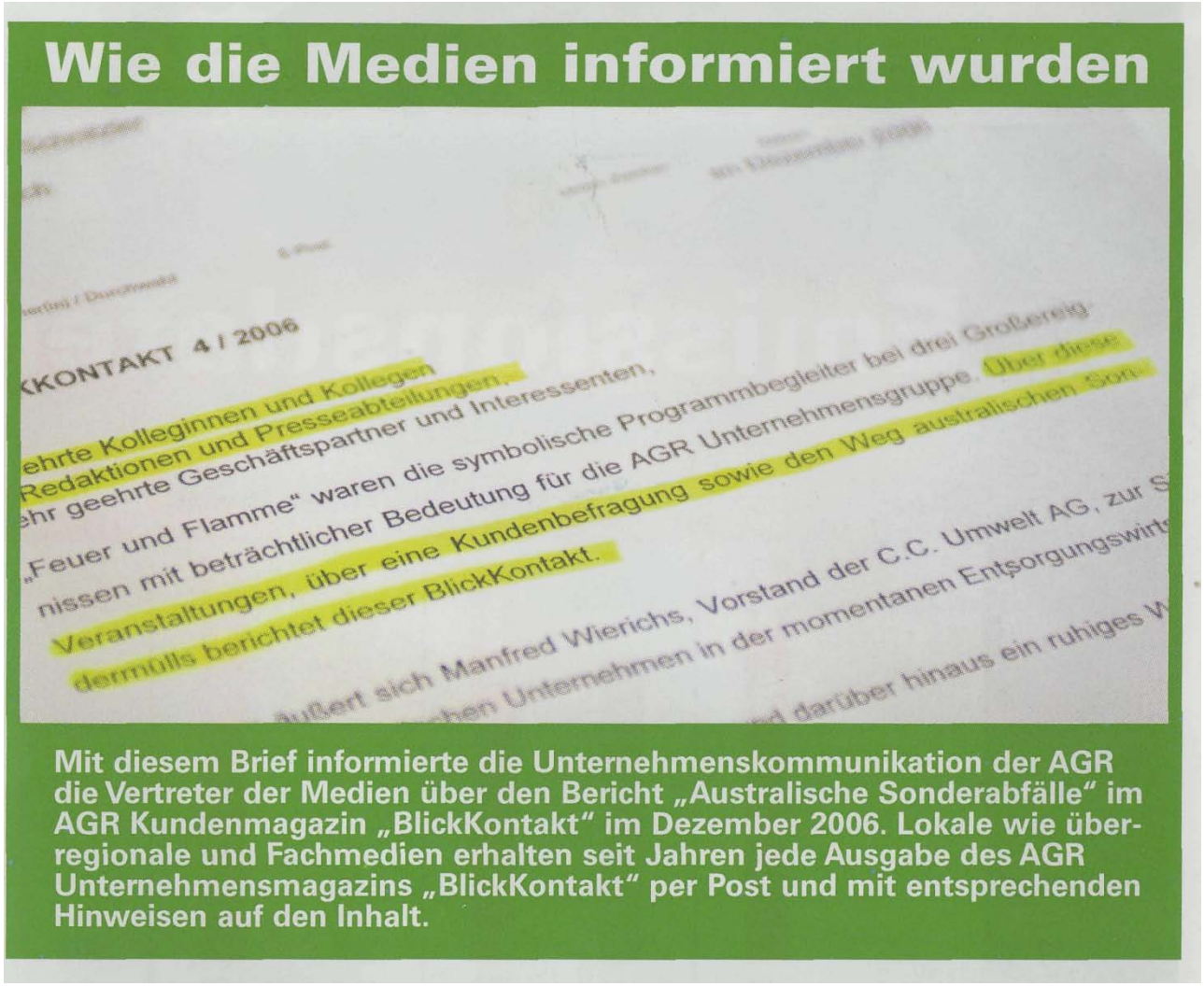
Sonderausgabe

Informationen der AGR Unternehmensgruppe

Unser Angebot: Sachliche Informationen zum aktuellen Thema

Die Diskussion um die Verbrennung von Sonderabfällen aus Australien im RZR Herten hat in den letzten Wochen in Herten für Unruhe gesorgt. Die AGR Unternehmensgruppe als Betreiber der Müllverbrennungsanlage möchte mit diesem HertenReport den Bürgern sachliche Informationen zum Thema Sonderabfall aus Australien geben. Gleichzeitig enthält diese Ausgabe auch das Angebot für eine Führung durch die Müllverbrennungsanlage für alle diejenigen, die sich ein eigenes Bild von der Anlage machen wollen. Als kommunales Unternehmen sieht es die AGR als ihre Pflicht an, die Öffentlichkeit regelmäßig über die Entsorgung im RZR Herten zu informieren. Aus diesem Grund finden jährlich über 200 Führungen von Besuchergruppen im RZR Herten statt. Mi der öffentlich zugängli chen Anzeigetafel de Emissionswerte im Ein gangsbereich des RZF Herten sowie dem In ternetauftritt (www.rzr herten. de) werden di Bürger täglich mit de neuesten Werten ver sorgt.

[4] Die folgenden Artikel sind der AGR-Sonderausgabe Herten-Report (Februar) entnommen. Das Layout mußte hier teilweise aus drucktechnischen- und Grüden der Lesbarkeit geändert werden.



IN EIGENER SACHE(AGR) (AGR SONDERAUSGABE HERTEN REPORT S.1)

Sehr geehrte Nachbarn des RZR Herten

seit Tagen wird über die Medien kritisch die Lieferung von chlorhaltigen Sonderabfällen aus Australien in die Industrieabfall-Verbrennungslinien des RZR Herten diskutiert. Natürlich ist es verwunderlich, dass der Kontinent Australien über keine geeignete Sonderabfallverbrennungsanlage verfügt, die solche Abfälle umweltunschädlich beseitigen kann. Deshalb haben wir großes Verständnis, dass diese Transporte kritisch gesehen werden und auch hinterfragt wird, warum ausgerechnet das RZR Herten Ziel solcher Anlieferungen ist.

Gerade aus diesem Grund war es einhelliger Wunsch aller Beteiligten - vom Abfallerzeuger, der australischen Firma Orica, über die zustimmungspflichtige Bezirksregierung Münster bis hin zu uns selbst -, dieses Entsorgungsgeschäft so früh wie möglich publik und transparent zu machen. Dies haben wir durch unsere Zeitschrift BlickKontakt im Dezember 2006

Dafür sorgt unsere hervorragende Rauchgasreinigung mit ihren Aktivkoksfiltern, und das haben unabhängig erstellte Messgutachten immer wieder nachgewiesen.

Das Know-how unserer Mitarbeiter garantiert einen störungsfreien Betrieb, der den guten Ruf dieser Verbrennungsanlage als internationale Referenz für deutsche Umwelttechnik mitträgt. Die Sonderabfallverbrennung im RZR Herten kann die australischen Abfälle sicherer als sonst wo auf der Welt vernichten.

Die letzten Tage zeigen, dass - nachdem die AGR alle Sachvorbehalte ausräumen konnte - die Debatte immer mehr von Fragen zu den ethischen und sozialen Folgen der Welt Wirtschaft und ihrer Gütertransportwege geprägt wird Vom RZR Herten als Wirtschaftsbetrieb der AGR könne dazu aber keine Lösungen ausgehen. Die Aufgabe dieser Anlage ist es, nach geltendem Recht und auf wirtschaftliche Weise Abfall zu verbrennen.

getan, die durch persönliche Zustellung mit über 200 Exemplaren alle wesentlichen Entscheidungsträger und Multiplikatoren in Herten, Herne und Umgebung erreicht - übrigens auch die örtliche Presse. Insofern gab es nichts zu entlarven und zu enthüllen, wie es momentan mancher Lokalredakteur glauben macht.

Fehlende sichere Entsorgungsmöglichkeiten in Australien und der lange Transportweg sind aber auch das einzig Besondere an diesem Vorgang. Denn in Deutschland wird jährlich über 1 Mio. Tonnen gefährliche Abfälle, darunter auch solche wie das jetzt zur Debatte stehende Hexachlorbenzol, durch Verbrennung unschädlich gemacht - auch aus dem Ausland. Insgesamt zeichnen sich die rund 20 deutschen Sonderabfall-Verbrennungsanlagen durch eine aufwendige Schadstofffilterung aus.

Deshalb hat sich das australische Unternehmen in einem umfänglichen Prüfungsverfahren, einem sogenannten Audit, für vier besonders geeignete Verbrennungsanlagen entschieden, darunter auch die Sonderabfallverbrennung im RZR Herten. Wir verbrennen seit gut 25 Jahren industrielle und gefährliche Abfälle nach höchstem technischem Standard und ohne Gefährdung von Mensch und Umwelt.

Dieser Herten Report wendet sich direkt an Sie, sehr geehrte Nachbarn, denn Ihre Sorgen und Fragen nehmen wir sehr ernst. Wir behandeln in dieser Ausgabe daher ausschließlich das Thema „Sonderabfall'.'Vielleicht studieren Sie die Grafik auf der Seite drei mit den Emissionsdaten unseres RZR Herten etwas genauer als sonst - sie ist aussagekräftiger als manche „Expertenmeinung':'

Das RZR Herten steht allen interessierten Besuchern offen. Über 120.000 Bürger haben sich in den letzten Jahren durch persönliche Inaugenscheinnahme und anschließende Diskussion davon überzeugt, wie wir arbeiten und was wir machen. Ob Sie bereits unser Gast waren, ob Sie erstmals zu uns kommen oder noch einmal wiederkommen möchten - bilden Sie sich als mündige Bürger Ihre eigene Meinung. Sie sind herzlich eingeladen!

Auf weiterhin gute Nachbarschaft

Dietrich Freudenberger
Geschäftsführer AGR mbH

Dr. Thorsten Zisowski
AGR mbH Geschäftsbereichsleiter Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft

PFARRER BURKHARD MÜLLER:„WIE LEBEN WIR UND WIE WIRTSCHAFTEN WIR?

Interview Quelle:AGR, Sonderausgabe Herten-Report (Februar)S.4S

In der Debatte über den Transport von Sonderabfall aus Australien nach Deutschland rücken zunehmend Fragen zur Moral des globalen Handelns in den Mittelpunkt. Herten Report sprach darüber mit Pfarrer Burkhard Müller von der evangelischen Kirchengemeinde Herten-Disteln.

Herr Pfarrer Müller, wenn ich sehe, dass jemand in Not ist und ich die Möglichkeiten habe zu helfen, bin ich dann auch verpflichtet zu helfen?

Im Grundsatz schon, aber damit wird die Diskussion, die wir jetzt führen, auf eine ganz abstrakte Ebene gehoben. In der Frage liegt ja eine Unterstellung, dass jemand in Not ist. Die Not ist ja, dass in Australien ein Unternehmen Abfälle produziert hat, die es in dem Land nicht entsorgen kann. Konsequenterweise müsste man ethisch früher ansetzen und fragen, ob es in Ordnung ist, Stoffe zu produzieren, die diese Wirkung haben und solche Abfallprodukte hervorbringen. Um es auf den Punkt zu bringen: Ist es eine unverschuldete Not oder eine selbst zu verantwortende Not. Ich glaube, wenn wir uns auf das ethische Gebiet begeben, wird es keine einfachen Antworten geben. Es gibt immer ganz viele Aspekte), die berücksichtigt worden müssen. Um jetzt diese Frage ganz konkret auf den jetzt diskutier-

ten Vorgang zu beziehen: f:S gibt das Argument, dass die Stoffe nun mal in der Welt sind und zumindest umweltfreundlich aus der Welt geschafft werden müssen - damit hat man ein starkes Argument. Mit dem Argument, dass das vor Ort nicht geschehen kann, -hat man auch ein starkes Argument. Die Alternative, die Abfälle in irgendein afrikanisches Land zu bringen und dort zu vergraben, weil sie dort keine Abfallverbrennung haben, das ist ethisch das schlechtere Argument. Der Einwand von vielen aus Herten und der Umgebung, dass die Australier ihre eigene Müllverbrennungsanlage bauen könnten, ist zu kurz gedacht, weil dieses Geschäft nur die Spitze des Eisbergs ist, und der heißt Globalisierung. Menschen, die sich im konkreten Fall über die Entfernung massiv aufregen, haben ja kein Problem damit, australischen Wein, zu trinken oder finden es gut, dass wir als Exportweltmeister Deutschland eine ganze Menge außer Landes exportieren können. Umgekehrt heißt Globalisierung aber auch Lasten tragen. Das können wir auf der ethischen Ebene weiter debattieren. Wir versuchen, Gewinner der Globalisierung zu sein. Aber Globalisierung heißt auch die Nachteile in Kauf zu nehmen.

Die ethische Frage lautet: Ist das fair?

Die Frage ist, wollen wir unsere T-Shirts kaufen für 4,90 Euro das Stück, auch wenn wir wissen, wie der Preis zustande gekommen ist und zu welchen Hungerlöhnen in irgendwelchen asiatischen Ländern die Näherinnen gearbeitet haben. Das ist nur darstellbar über diesen Weg. Die Debatte über die Sonderabfälle aus Australien wäre für mich -wenn alles gut läuft - ein Gewinn, wenn man sie nutzt, um die Grundsatzfrage zu stellen: Wie leben wir und wie wirtschaften wir? Und das wäre dann spannend. Zur Unternehmensethik AGR kann ich nicht viel sagen, weil ich mich da nicht gut genug auskenne. Mit dem Gesellschafter, dem Regionalverband Ruhrgebiet, also als öffentlich-rechtliches Unternehmen mit einem öffentlichen Auftrag, ist es jedem privaten Betreiber vorzuziehen. Generell muss auch so ein Unternehmen natürlich Gewinne machen, muss Betriebsergebnisse einfahren, die für den Gesellschafter akzeptabel sind. Was ich denke, ist, dass über die Diskussion die Frage an den Gesellschafter gestellt werden Pfarrer Burkhard Müller kann, ob nicht die Zusammensetzung des Aufsichtsrats geändert werden sollte. Mein Vorschlag war, dass sachkundige Bürger vertreten sein sollten, um Dinge transparent zu machen. *Bilder Burkhard Müller, Pfarrer (Quelle:AGR)*

LOB FÜR DEN UMWELTSTANDARD (AGR SONDERAUSGABE HERTEN REPORT S.4)

Besucher aus dem Kreis Recklinghausen im RZR Herten: „Den Abfall nicht irgendwo in Afrika abladen."

Wie funktioniert eine Rauchgasreinigung? Wieso kommt der Sonderabfall aus Australien nach Herten? - beim Besuch des RZR Herten am 18. Januar nutzte eine Gruppe interessierter Bürger aus dem Kreis Recklinghausen die Gelegenheit, um Fragen rund um das Thema Abfall zu stellen. AGR Mitarbeiter Thomas Kalhöfer führte nicht nur durch die Anlage, sondern stand beim Informationsaustausch Rede und Antwort. Als es um den Abfall aus Australien ging, präsentierte Thomas Kalhöfer eine Folie mit Zita-

ten aus den Medien. In allen Einzelheiten ging der AGR Vertreter auf die viel diskutierte Abfallentsorgung ein. Gerade im Zusammenhang mit Hexachlorbenzol (HCB) staunten

die Besucher, dass bei der Herstellung von Farben und Lacken auch heute noch HCB eingesetzt wird oder als Zwischenprodukt bei Verfahren der chemischen Industrie - auch in Deutschland - entsteht. Nach dem Informationsblock kam die Diskussion. „Warum müssen wir den Dreck verarbeiten, der in Australien produziert wird?" Rege debattierte die Gruppe über die globale Wirtschaft und ihre Folgen, aber auch über den Umweltschutzstandard im RZR Herten: „Den Transport der Sonderabfälle aus Australien nach Herten verstehe ich als Lob. Nur weil die Technik so gut ist, kommt der Abfall zu uns" meinte ein Besucher. Allgemeinen Zuspruch fand das Handeln des australischen Unternehmens Orica, weil „sie den Abfall nicht irgendwo in Afrika abladen, nur weil es dort billiger wäre." Die umweltgerechte Entsorgung stand auch beim Rundgang durch die Anlage im Mittelpunkt. Welchen Stellenwert der viel zitierte Umweltstandard hat, zeigte sich den Besuchern, als sie vor dem Drehrohrofen für die Verbrennung der Sonderabfälle standen und den Blick auf die lange Straße der Rauchgasnachreinigung richten: Von den 600 Millionen Euro, die das RZR Herten gekostet hat, entfallen ein Drittel auf die Verbrennungstechnik, aber gut zwei Drittel auf die Anlagen zum Umweltschutz.

NACH INFORMATIONSAUSTAUSCH UND RUNDGANG DURCH DAS RZR HERTEN, WELCHEN EINDRUCK NEHMEN SIE MIT NACH HAUSE?

Dr, Christine Gathmann, arbeitet in Recklinghausen als Ärztin:

„Ich bin auf jeden Fall aufgeklärter, was die Sortierung von Abfällen, besonders des gelben Sacks, angeht. Für mich ist auch weiterhin ein System verrückt, das es notwendig macht, Abfälle so viele tausend Kilometer zu transportieren."

Horst Bettenworth, Oer-Erkenschwick:

„Ich bin auf jeden Fall aufgeklärter, weil die Informationen, die ich bisher über die Presse bekommen habe - ob absichtlich oder nicht wirklich sachlich waren. Ich finde es wichtig, das Thema auf einer sachlichen Ebene zu diskutieren."

Dr. Ute Kemper, Recklinghausen:

„Die Besichtigung heute ist auf meine Initiative entstanden. Ich habe jetzt das Bedürfnis, noch einmal wiederzukommen. Ich bin fasziniert, weil die Technik, auch die der Abfallverbrennung, so weit entwickelt ist. Ich finde die Möglichkeit sehr wichtig, sich hier vor Ort ausführlich zu informieren. Das ist heute gut gelungen."

SICH DEM KRITISCHEN BLICK DER BÜRGER STELLEN (AGR SONDERAUSGABE HERTEN REPORT S.4)

Interessierte Bürger, Kindergartenkinder, Schüler, Studenten, kommunale Umweltämter, SAT1, RTL, WDR, Tageszeitungen, Gewerkschaftsvertreter, Kommunalpolitiker - in den letzten Jahren kamen 120.000 Besucher ins RZR Herten, um die Abfallverbrennung in Theorie und Praxis kennenzulernen. Heinz Struszczynski, der Leiter der AGR Unternehmenskommunikation: „Die Führungen sind wesentlicher Bestandteil unseres Informationsauftrags als kommunales Entsorgungsunternehmen. Wir wollen damit zeigen, dass wir uns jederzeit dem kritischen Blick der Bürger und Experten stellen."Zusätzliche Besuchstermine

„Alle Fragen sind erlaubt" erklärt Thomas Kalhöfer, der seit Jahren die Besucher durch das RZR Herten führt. Insbesondere Schulen und Ausbildungseinrichtungen nehmen gerne das Angebot in Anspruch, umfassend über den Umgang mit Abfall informiert zu werden. Wichtiger Bestandteil der Führungen ist deshalb - je nach Alter

und Vorkenntnis - der ein- bis dreistündige Informationsaustausch vor dem Rundgang. Im Gespräch geht es um grundlegende Fragen zum Thema Abfall, Abfalltrennung, Recycling und die Technik der Müllverbrennung sowie um die Beantwortung der Fragen, die jeder Besucher mit ins RZR Herten bringt.

Prinzipiell werden keine Einzelpersonen durch die Anlage geführt, der organisatorische Aufwand bei jährlich ca. 200 Führungen wäre auch für die AGR zu groß. „Wir bieten aber seit jeher ab einer Gruppenstärke von rund zehn bis 15 Personen allen Interessierten Besichtigungen an" betont Unternehmenssprecher Heinz Struszczynski.

Zusätzliche Besuchertermine

Um dem momentanen Informationsbedürfnis der Bürger gerecht zu werden, bietet die AGR Unternehmensgruppe drei zusätzliche Besuchstermine für alle Interessierten an, die zu keiner Gruppe gehören. Sie finden deshalb auf Seite 1 eine Anmeldekarte, mit der sich jeder interessierte Leser auf dem Postweg für einen Besuchstermin anmelden kann.

Geplant sind Führungen am 22. Februar, 27. Februar und 28. Februar 2007.

Gruppen

Interessierte Gruppen können sich auch weiterhin jederzeit bei der AGR Tochter Ökomedia GmbH für eine Führung im RZR Herten anmelden.

Ansprechpartnerin ist Frau Ulrike Kipp, Telefon: 0201 24733-30.

BESTMÖGLICHE KOMBINATION VON VERBRENNUNGSTEMPERATUR UND RAUCHGASREINIGUNG

AGR Sonderausgabe
Herten Report S.4

Die Sonderabfallverbrennung hat immer ein Ziel: Die enthaltenen problematischen Stoffe sollen zerstört werden. Für die Betreiber der Anlage bedeutet das, die bestmögliche Verbrennungstechnik und Rauchgasreinigung für jeden Abfall zu finden. Erst das Zusammenspiel von beiden Faktoren stellt sicher, dass Stoffe wie Dioxine und Furane vollständig vernichtet werden. Experten sind sich einig, dass eine Temperatur von 900 Grad ausreichend ist, um diese Stoffe oder auch chlorierte Sonderabfälle (wie HCB) zu zerstören. In der Abkühlphase können sich bereits zerstörte Stoffverbindungen in geringem

Umfang erneut bilden. Die mehrstufige Rauchgasnachreinigung im RZR Herten übernimmt deshalb die Rolle, diese Stoffe herauszufiltern. Die Filtertechnik mit zweistufiger Rauchgaswäsche, mit Aktivkoksfilter und mit Katalysator in der Hertener Müllverbrennungsanlage entspricht weltweit dem höchsten Umweltstandard.

RESOLUTION AGAINST THE IMPORT OF AUSTRALIAN TOXIC WASTE

Paul-Jürgen Severin, verantwortlich für den jährlichen Emissions Report des RZR Herten: „Wichtig ist, was aus dem Kamin herauskommt. Wir liegen im RZR Herten mit allen Linien immer um ein Vielfaches unter den geforderten Grenzwerten." Minister for the Environment and Water Resources Email: malcolm.turnbull.mp(at)aph.gov.au
The Honorable Kevin Rudd, Leader of the Opposition Email: Kevin.Rudd.MP(at)aph.gov.au
to the Leader of the Green Party, Senator Bob BrownEmail: senator.bob.brown(at)aph.gov.au

JOACHIM JÜRGENS 20.02.07
Dear Sir,

we would like to object in the strongest terms to the proposed export by the company, Orica Australia of up to 22,000 tones of the toxic persistent organic waste hexachlorobenzene to Germany for disposal.

Australia is a highly developed country and is morally bound to minimize transboundary movements by achieving national self- sufficiency in waste management. We do not accept that it is good environmental management for Australia to transport its highly toxic waste across the globe and to impose this burden on our community.

This proposed export is damaging Australia's good environmental reputation in both Germany and Europe.

As members of affected communities in Germany we ask you to soundly reject this export proposal and ensure Orica's hazardous waste remains in Australia and is safely treated by Australian technology.

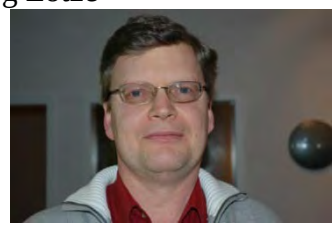
Yours Sincerely, Joachim Jürgens, Pro-Herten

GIFTMÜLL-UHRSTEHT AUF FÜNF VOR ZWÖLF BRUNSBÜTTEL BOYENS-MEDIEN 20.02.07

WIR-Fraktion fordert zu Widerstand auf – Landesamt versagt Genehmigung

Von Jörg Lotze

Brütt



Dr. Schwonberg

Die SAVA ist eine der modernsten Sonderabfallverbrennungsanlagen weltweit. Das birgt laut WIR aber auch die Gefahr, dass künftig verstärkt hochgiftige Stoffe aus aller Herren Länder in Brunsbüttel verbrannt werden. Fotos: Lotze

Brunsbüttel – Am 1.April soll das erste von vier großen Frachtschiffen – beladen mit jeweils 300 Containern australischen Giftmülls – in Sydney ablegen und Kurs auf Brunsbüttel nehmen. Dieser Termin wird jedoch womöglich nicht zu halten sein. Grund: Das schleswig-holsteinische Landesamt für Natur- und Umweltschutz (LANU) hat den entsprechenden Antrag des australischen Chemie-Multis ORICA nicht genehmigt.„Das Einverständnis wurde verweigert“, bestätigte der Sprecher des Kieler Umweltministeriums, Christian Seyfert, gestern auf Anfrage der Redaktion. Für den geplanten 16 000 Kilometer langen Transport von mit Hexachlorbenzol (HCB) verseuchtem Beton, Schlamm und Schutt hat dieses Veto eine aufschiebende Wirkung: „Die Ablehnung des Landesamtes basiert auf fehlenden Stellungnahmen und Unterlagen aus Australien“, so Seyfert:

Zum einen sei bis gestern noch immer nicht belegt worden, dass eine Entsorgung des Giftmülls tatsächlich nicht auf dem fünften Kontinent möglich ist.

Zum anderen wurde eine genaue Analyse der Giftstoffe, die Kiel zwingend haben will, nicht geliefert.

Allerdings, so betont Seyfert, handele es sich nicht um eine dauerhafte Versagung: „Wenn die fehlenden Unterlagen nachgereicht werden, können wir den Transport wohl kaum verhindern.“

Für die „Wählerinitiative für reelle Politik in Brunsbüttel“ (WIR) und den Umweltverein ist die verweigerte Genehmigung ein gutes Signal. „Dennoch steht die Giftmüll-Uhr auf fünf Minuten vor zwölf, wir müssen etwas unternehmen“, sagt WIR-Vorsitzender Dr. Kai Schwonberg. Ebenso wie der Umweltverein lehne die WIR die Transporte und die Verbrennung in Brunsbüttel entschieden ab. „Wir stimmen mit der Ratsversammlung der Stadt Herten überein.“ In Nordrhein-Westfalen regt sich seit Wochen massiver Protest gegen das Giftmüllgeschäft, weil zwei Drittel der Stoffe von Anlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen entsorgt werden sollen. Ein Drittel des krebserregenden HCB, das auf der Liste der zwölf giftigsten Stoffe der Welt steht, ist bekanntlich für die Brunsbütteler SAVA bestimmt.

„Was die Menschen an Rhein und Ruhr beschäftigt, beunruhigt auch uns Brunsbütteler. Soll die Stadt zur Drehscheibe internationalen Giftmülltransports werden? Wie kommen wir überhaupt dazu, Industrienatio-

nen wie Australien diese Gifte abzunehmen?“, betont Umweltvereins-Vorsitzende Hannelore Schwonberg und will damit die verbreitete Annahme widerlegen, in Brunsbüttel – wo die 22 000 Tonnen Giftmüll anlanden sollen – gebe es so gut wie keinen Widerstand. „Das ist nicht der Fall, allein 20 Einwände hat es bei der Anhörung des Staatliches Umweltamtes in Itzehoe gegeben“, weiß die Umweltschützerin. Bei der WIR sowie einigen Bürgern sei allerdings der Eindruck entstanden, dass Bürgermeister Wilfried Hansen, die Hafengesellschaft und einige Mitglieder der Ratsversammlung das Problem des Giftmülltransports sowie der Lagerung gar nicht sehen wollen, so Dr. Schwonberg: „Für sie sind alle rechtlichen Bestimmungen eingehalten, der formale Rahmen stimmt. Also her mit dem Giftmüll.“ In Brunsbüttel sei im Gegensatz zu Herten die Bevölkerung nicht rechtzeitig, umfassend und kritisch informiert worden.

„Die SAVA ist zu groß gebaut worden, um wie einst geplant nur Müll aus Bremen und Schleswig-Holstein zu verbrennen. Aufgrund der Überkapazitäten muss Sondermüll aus ganz Europa akquiriert werden. Aber bitte schön nicht diese Stoffe in diesen Größenordnungen“, sagt Gerd Striebinger. Grundproblem sei der Lagerplatz für Giftmüll im Elbehafen. „Der sorgt dafür, dass auch künftig immer wieder hochgefährliche Stoffe dorthin gebracht werden.“

Vielleicht können Proteste das wohl lukrative Giftmüllgeschäft noch verhindern, hofft Hans-Jürgen Brütt (WIR): „Wir fordern alle Brunsbütteler auf, ihren Widerstand gegen den Giftmülltransport offen zu zeigen – auch gegenüber dem Bürgermeister, den Ratsmitgliedern und den Parteien.“ Es dürfe nicht sein, dass sich weltweit herumspreche, in Brunsbüttel seien Gifte aller Art herzlich willkommen, so Brütt. Daher werde neben dem Auslegen von Unterschriftenlisten nun auch eine Demonstration vorbereitet.

Umweltamt prüft noch

Das Staatliche Umweltamt in Itzehoe (STUA) befasst sich mit dem Antrag der Hafengesellschaft vom September 2006, neben der schon bestehenden Lagerung von Gefahrgütern künftig auch feste, giftige und brennbare Abfälle Elbehafen lagern zu dürfen – zum Beispiel den HCB-verseuchten Bauschutt aus Australien. „Das erforderliche Genehmigungsverfahren ist eingeleitet worden, das Vorhaben wurde öffentlich bekannt gemacht“, sagte STUA-Leiterin Dr. Gisela Holzgraefe gestern. Beim Erörterungstermin am 25. Januar 2007 habe es 20 Einwendungen gegeben. „Wir prüfen noch. Sind alle im Bundes-Immissionsschutzgesetz festgelegten Voraussetzungen erfüllt, besteht ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Genehmigung.“jl

KOMMENTAR VON JÖRG LOTZE: BELEUCHTET

Dem australischen Umweltminister Malcolm Turnbull ist ein Licht aufgegangen. Wie die Nachrichtenagenturen gestern meldeten, will er die herkömmlichen Glühlampen verbieten lassen – und nur noch Energiesparleuchten erlauben. Auf diese Weise sollen auf dem fünften Kontinent bis 2012 rund 800 000 Tonnen Treibhausgase eingespart werden. An sich ein löbliches Vorhaben, mit dem Australien weltweit in der Vorreiterrolle wäre.

Dazu will dann allerdings nicht recht passen, dass der größte Treibhausgas-Verursacher der Erde das Kyoto-Protokoll zum internationalen Klimaschutz nicht unterzeichnet hat. Und schon gar nicht, dass in „Down under“ noch erhebliche Mengen des hochgiftigen Hexachlorbenzols (HCB) vorhanden sind, das in Europa seit 26 Jahren verboten ist.

Es ist aber gut zu wissen, dass die australischen Umweltbehörden die Ruhe und Muße haben, über Schadstoffreduzierung bei Glühlampen nachzudenken. Über den krebserregenden HCB-Müll kümmert man sich schließlich schon in Brunsbüttel Opposition setzt sich für die Entsorgung der krebserregenden Lösungsmittelrückstände in Australien ein

JETZT SOLL DER SENAT DEN GIFTMÜLLTRANSPORT DURCH HAMBURG VERHINDERN

Hamburger Abendblatt 20. Februar 2007

Der geplante Transport von 11 000 Tonnen Giftmüll auf der Strecke der Güterumgehungsbahn durch Hamburg sorgt weiterhin für Aufregung: "Wir Anwohner haben große Angst vor diesem Transport durch unsere Wohngebiete. Die Bahn hat uns nicht informiert", sagt Uwe Schröder, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Schienenlärm und fragt: "Warum wird um den Giftmüll so ein Geheimnis gemacht?"

Auch die Opposition setzt sich gegen den Transport ein: SPD-Umweltexpertin Monika Schaal appelliert: "Ich erwarte vom Senat, dass er sich auf Bundesebene - gegebenenfalls mit den vom Gifttransport betroffenen Bundesländern - dafür einsetzt, dass der Müll in Australien entsorgt wird. GAL-Umweltexperte Jörg Lühmann will den geplanten Transport heute in der Sitzung des Stadtentwicklungsauschusses der Bürgerschaft thematisieren.

Wie berichtet, will der australische Chemie- und Sprengstoffhersteller Orica 22 000 Tonnen der mit krebserregendem Hexachlorbenzol belasteten Fracht per Schiff nach Deutschland schaffen und verbrennen lassen: Die eine Hälfte in Brunsbüttel, der Rest soll auf dem Schienenweg zur Firma Bayer in Nordrhein-Westfalen gefahren werden.

Vier Schiffsladungen mit dem Giftmüll sollen nach Angaben der australischen Umweltschutzorganisation National Toxics Networks voraussichtlich im Mai in Brunsbüttel anlanden. Bahn-Sprecher Ole Constantinescu weist die Vorwürfe zurück. "Es steht noch kein genauer Termin fest." Und er weist darauf hin: "Die Aufgabe, die Anwohner über den Transport zu informieren, liegt nicht bei der Bahn, sondern bei den Genehmigungsbehörden genauso wie beim Auftraggeber." Giftmülltransporte durch Hamburg sind für die Bahn offensichtlich nichts Ungewöhnliches: "Täglich fahren bis zu 60 Güterzüge auf der nördlichen Route durch Hamburg. Rund jede siebte Tonne Fracht ist Gefahrgut. Dazu zählen zum Beispiel giftige Industrieabfälle oder Chemikalien", so Constantinescu.*ug*

EMAIL-PRESSEERKLÄRUNG (STAATLICHES UMWELTAMT LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN V. 20.2.07

Von: "Holzgraefe, Gisela" <Gisela.Holzgraefe(at)stua-iz.landsh.de>
Datum: 20. Februar 2007 16:08:28 MEZ
An:
Sehr geehrter Herr xxx,
anbei eine Pressemitteilung vom heutigen Tag.
Mit freundlichen Grüßen
Dr. Gisela Holzgraefe Staatliches Umweltamt Itzehoe Breitenburger Straße 25 25524 Itzehoe

Presseerklärung zum Ablauf und Stands des Genehmigungsverfahrens zur Lagerung von konditionierten, festen, giftigen und brennbaren Abfällen im Elbehafen Brunsbüttel

Am 19.09.2006 hat der Elbehafen Brunsbüttel beim Staatlichen Umweltamt Itzehoe, der zuständigen Genehmigungsbehörde, einen Antrag für ein Änderungsvorhaben gestellt. Neben der bisher schon bestehenden Lagerung von Gefahrgütern sollen auch konditionierte, giftige und brennbare Abfälle zu zugelassenen Gebinden und Frachtcontainern umgeschlagen undzwischengelagert werden.

Für dieses Vorhaben ist das dafür erforderliche förmliche Genehmigungsverfahren, d.h. mit öffentlicher Bekanntmachung des Vorhabens und Auslegung der Unterlagen, eingeleitet worden.

Das Vorhaben wurde am 16.10.2006 u.a. in den regional verbreiteten Zeitungen Norddeutsche Rundschau und Brunsbütteler Zeitung öffentlich bekannt gemacht. In dieser Bekanntmachung wurde die Öffentlichkeit

auch über Auslegungsorte und –zeiten zur Einsichtnahme in die Unterlagen sowie über Ort und Zeitpunkt des Erörterungstermins informiert.

Gegen das Vorhaben sind von insgesamt 20 Personen Einwendungen erhoben worden. Am Erörterungstermin, der, wie dargestellt öffentlich bekannt gemacht worden war, hat keiner der Einwender teilgenommen.

Gegenwärtig befindet sich der Antrag in der Prüfung. Auch die eingegangenen Einwendungen sind dabei zu berücksichtigen. Diese Prüfung soll innerhalb von 6 Wochen nach dem Erörterungstermin abgeschlossen sein (Regelfrist). Nach Abschluss der Prüfung ergeht eine Entscheidung über den Antrag. Ergibt die Prüfung, dass die im Bundes-Immissionsschutz-Gesetz festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind, so besteht ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Genehmigung.

GIFTMÜLL - BEHÖRDEN ERHÖHEN DEN DRUCK QUELLE:H. A., ZEITUNGSHAUS BAUER 20. 02.07

Herten/RE - Im Genehmigungsverfahren für die Entsorgung von australischem Giftmüll in Deutschland machen die Behörden jetzt Druck.

Die australische Firma Orica, die den Abfall unter anderem im RZR Herten und in Brunsbüttel verbrennen will, muss nachweisen, dass eine Entsorgung in Australien unmöglich ist. Sonst wird das Geschäft nicht genehmigt.

In der australischen Tageszeitung „Daily Telegraph“ hatte die Umweltschutzorganisation National Toxics Network behauptet, der Giftmüll könne sehr wohl in zwei australischen Anlagen (Brisbane, Melbourne) entsorgt werden.

Auf ein offizielles, klärendes Dokument warten die deutschen Behörden seit Wochen. Das für Brunsbüttel zuständige Landesamt für Umwelt und Natur in Kiel hat nun seine Zustimmung vorläufig verweigert. „Falls sich weiter nichts tut, werden wir Orica im April eine letzte Frist setzen, bevor wir das Verfahren endgültig einstellen“, sagt Dezernatsleiter Martin Fiedler.

Eine solch endgültige Frist plant die für Herten zuständigen Bezirksregierung Münster noch nicht, so Dezernent Jost Brintrup. Gleichwohl hat er die australische Umweltbehörde um schnelle Klärung gebeten. Eine Entscheidung erwartet Brintrup im März.

»WIR SIND KEIN GIFTMÜLLKLO DER CHEMIEINDUSTRIE« JUNGE WELT V. 20.02.07

Import von 22000 Tonnen Giftmüll droht. Allein 4500 Tonnen sollen in Nordrhein-Westfalen verbrannt werden. Ein Gespräch mit Philipp Mimkes

Michael Friedrich Die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) hat soeben eine Unterschriftenkampagne gegen den Import von Giftmüll aus Australien gestartet. Worum geht es bei diesem Giftmüll?

Es ist geplant, 22000 Tonnen Hexachlorbenzol (HCB) des Chemiekonzerns Orica nach Deutschland zu importieren und hier in Verbrennungsanlagen vernichten zu lassen – und zwar in Brunsbüttel, Herten, Dormagen und Leverkusen. Die beiden letzteren Anlagen werden vom Bayer-Konzern betrieben und liegen mitten in Nordrhein-Westfalen (NRW). Allein hier sollen 4500 Tonnen verbrannt werden. Deswegen arbeiten wir dagegen, denn es ist nicht hinnehmbar, dass Nordrhein-Westfalen zum Giftmüllklo der Chemieindustrie wird. Der jetzt geplante Transport ist aber nur die Spitze des Eisberges. Die Abfallimporte nach NRW belaufen sich schon jetzt auf mehr als 2,4 Millionen Tonnen jährlich, insgesamt 615940 Tonnen Sondermüll wurden 2005 importiert.

Was geschieht mit den Rückständen aus der Verbrennung?

Die Verbrennung von Giftmüll ist natürlich nicht rückstandsfrei. Zum einen haben wir da die Emissionen in die Luft, zum anderen fallen beim Verbrennen Filterstäube und Schlacken an, die entsorgt werden müssen. Ein Teil davon wird im Straßenbau verwendet, für den Rest gibt es z. B. in Leverkusen und Dormagen Deponien. Aber das sind Rückstände, die über Jahrzehnte gelagert werden müssen. Es ist also ein giftiges Erbe, das den nachfolgenden Generationen hinterlassen wird. Das gilt auch für die Rückstände, die auf dem Gelände der Verbrennungsanlagen gelagert werden.

Hexachlorbenzol ist seit 1981 als Pflanzenschutzmittel in Deutschland nicht mehr zugelassen und seit der Stockholmer Konvention von 2004 weltweit verboten. Warum wird heute dennoch mit diesem Gift gearbeitet?

Seit die Giftigkeit dieses Stoffes bekannt wurde, wird er nicht mehr produziert. Aber es gibt noch viele Restbestände. HCB wurde früher in der Arzneimittel- und Düngemittelproduktion verwendet, bzw. als Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel, als Fungizid, Insektizid und Holzschutzmittel eingesetzt. Das ist aber noch nicht alles. Denn mittlerweile nutzt der Bayer-Konzern seine Müllverbrennungsanlagen längst nicht mehr nur, um die eigenen Giftstoffe zu entsorgen, wofür der Bau der Anlagen eigentlich gedacht war. Inzwischen werden ebenso fleißig auswärtige Aufträge angenommen. Dazu zählt auch die Annahme der HCB-Lieferung aus Australien. Allein im Jahr 2004 haben über 300 Firmen ihren Giftmüll in den Verbrennungsanlagen von Bayer entsorgt. Die Entsorgung der 4500 Tonnen HCB aus Australien bringt Bayer einen Umsatz von drei Millionen Euro.

Die Coordination gegen Bayergefahren hat zudem noch allgemeine Forderungen zum Umgang mit Giftmüll aufgestellt. Welche sind das und an wen sind sie gerichtet?

In erster Linie richten sich unsere Forderungen an den Bayer-Konzern, aber natürlich auch an die Politik. Wir fordern das Ende der Giftmüllimporte aus allen Ländern. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein so dicht besiedeltes Gebiet wie NRW zum Ziel internationaler Gifttransporte wird. Wir fordern, dass alle Emissionen von Verbrennungsanlagen, auch der Feststoff-Rückstände, bekannt gemacht werden. Auch die Menge und Art der bisher importierten Giftstoffe müssen offengelegt werden. Die finanziellen Interessen von Bayer dürfen nicht über die Gesundheit der Menschen gestellt werden.

KEINE GENEHMIGUNG FÜR DIE ANLANDUNG VON KREBSERREGENDER FRACHT

Hamburger Abendblatt, 21. Februar 2007

Ministerium stoppt Giftmülltransport durch Hamburg

Australischer Chemikalien- und Sprengstoffhersteller hat bislang nicht beantwortet, wie sich die giftige Ladung genau zusammensetzt.

Der Widerstand gegen den Transport australischen Giftmülls durch Norddeutschland und Hamburg wächst. Gestern gab das schleswig-holsteinische Umweltministerium bekannt: "Wir haben das Genehmigungsverfahren für die Anlandung des Gifttransportes in Brunsbüttel gestoppt. Das heißt, die Schiffe mit dem Giftmüll dürfen noch nicht einmal in Australien starten", so Sprecher Christian Seyfert gegenüber dem Hamburger Abendblatt. Und weiter: "Wir haben die Umweltbehörden in Australien aufgefordert, uns zu bestätigen, dass der Giftmüll nicht vor Ort verbrannt werden kann. Wir haben aber keine Antwort erhalten. Außerdem hat uns die Firma Orica nicht mitgeteilt, welche giftigen Stoffe genau in der Ladung enthalten sind", so Seyfert.

Anwohner der Güterumgehungsbahnstrecke in Hamburg sowie Umweltschützer und Politiker können nun erst einmal aufatmen. Wie berichtet, will der australische Chemikalien- und Sprengstoffhersteller Orica 22 000 Tonnen der mit krebserregendem Hexachlorbenzol belasteten Fracht nach Deutschland schaffen und verbrennen lassen: Die eine Hälfte in Brunsbüttel, der Rest soll auf dem Schienenweg zur Firma Bayer nach Nordrhein-Westfalen geschafft werden. Der damit verbundene Transport über die Strecke der Güterumgehungsbahn mitten durch Hamburg, stößt auf Ablehnung bei Politikern, Umweltorganisationen und Anwohnern.

Vier Schiffsladungen mit dem Giftmüll sollten nach Angaben der australischen Umweltschutzorganisation National Toxics Networks in der nächsten Zeit starten und dann im Mai in Brunsbüttel anlanden. Doch dieser Termin kann wohl nicht eingehalten werden: "Erst wenn alle fehlenden Unterlagen und Bestätigungen vorliegen, werden wir das Verfahren wieder aufnehmen. Bis zur Genehmigungsreife kann es dann noch mal einen Monat dauern", sagt Ministeriumssprecher Seyfert.

Allerdings hat Hamburg selbst keine Möglichkeit, den Gifttransport durch die Stadt zu verhindern, falls dieser doch noch genehmigt werden sollte. Das bestätigte Helma Krstanoski (53), Sprecherin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: "Wir haben keine rechtlichen Mittel dagegen." Der mögliche Giftmülltransport durch Hamburg war gestern auch Thema im Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft und bei einer Anhörung der Bezirksversammlung Nord in der Schule Brucknerstraße: Mehr als 300 Bürger kamen, die dort ihre Ablehnung gegen Gifttransporte vor ihrer Haustür deutlich machten. Ug

---

GIFTMÜLL TRANSPORT DURCH NORDDEUTSCHLAND VORLÄUFIG GESTOPPT

NDR Info, 21.02.2007

Schleswig-Holsteins Umweltministerium hat den Transport eines krebserregenden Stoffes von Australien nach Deutschland vorerst untersagt. Bei dem umstrittenen Vorhaben geht es um 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol, die der australische Chemikalien- und Sprengstoffhersteller Orica nach Brunsbüttel und dann teilweise weiter nach Nordrhein-Westfalen schaffen wollte. "Wir haben das Genehmigungsverfahren für die Anlandung des Giftmülltransportes in Brunsbüttel gestoppt. Das heißt, die Schiffe mit dem Giftmüll dürfen noch nicht einmal in Australien starten", sagte Ministeriumssprecher Christian Seyfert dem "Hamburger Abendblatt" am Mittwoch.

Widerstand in Hamburg

In Hamburg hatten sich zuvor nach einem Bericht von NDR 90,3 Umweltpolitiker aller Parteien, Verbände und Bürgerinitiativen gegen den Transport ausgesprochen. Die erste Fuhre sollte dem Bericht zufolge im Mai ankommen, ein Teil der Chemikalie bereits dort verbrannt werden. Der Weg der restlichen Bestände wäre mitten durch Hamburg verlaufen, sehr wahrscheinlich über die Güterumgehungsbahn, so die Spekulationen unter den Gegnern des Transports. Eine internationale Vereinbarung ächte die Herstellung, Anwendung und den Transport von Hexachlorbenzol, hieß es in dem Bericht weiter.

MÜLL-DEAL MIT AUSTRALIEN GEFÄHRDET HAMBURG; JOURNALISMUS 19.2.07

Harald Haack - Australischer Giftmüll soll nach Information von „Abendblatt Sonntags“ im Mai 2007 im Elbhafen Brunsbüttel entladen werden – vier Schiffladungen, rund 22.000 Tonnen krebserregender Lösungsmittelrückstände, davon die Hälfte Hexachlorbenzol.

Geplant sei, die Hälfte der Giftfracht der Brunsbütteler Sonderabfallverbrennungsanlage zu „entsorgen“, der Rest, etwa 11.000 Tonnen, soll über dem Schienenweg zur Firma Bayer in Nordrhein-Westfalen transpor-

tiert werden. Was die Bayer AG damit anstellen will, wurde bislang nicht bekannt. Aber: 22 Millionen Euro Umsatz soll der Müll-Deal mit Australien laut „Spiegel“ bringen.

Die Bayer AG hatte für die Deutsche Bahn die Gleise mit Wildkrautvernichter, einer Mischung aus Diuron und Amitrol, regelmäßig besprüht. Die Giftzüge standen u.a. nach ihren Einsätzen im Lokschuppen des Bahnwerkes Salzwedel (Sachsen-Anhalt). Es dürfte daher nicht verwunderlich sein, dass die Bahn der Bayer AG mit dem Transport des australischen Hexachlorbenzol gerne entgegen kommt und der Öffentlichkeit verschweigt, auf welchen Bahnstrecken die giftige Fracht von Brunsbüttel bis ins Ruhrgebiet gefahren wird. Die Geheimhaltung geschehe aus „Sicherheitsgründen“, so der Bahnsprecher Ole Constantinescu.

Doch dies erscheint mir unverständlich, denn vielmehr sollte die Bevölkerung vor einer solchen Gefährdung gewarnt werden. Wahrscheinlich soll niemand mitkriegen, wenn der Zug verunglückt. Dass dies nicht abwegig ist, zeigt der Bahnunfall, der sich kürzlich bei Tornesch westlich von Hamburg ereignete. Elf Waggons eines Güterzuges entgleisten. Die Ursache war kein Anschlag, sondern – wie sich herausstellte – waren es technische Mängel am Rad eines Waggons. Aus einem Waggon trat die ätzende Chemikalie Chloressigsäure aus und bildete eine giftige Wolke über dem Chaos, wie Spiegel-online am 23. Januar 2007 schreibt.

Obwohl die Bahn AG wiederholt mit solchen Unfällen auffiel – zum Beispiel am 9. September 2002 in Bad Münder - und zeigte, dass sie nicht für den Transport giftiger Chemikalien geeignet ist, finden leider immer noch solche Transporte statt und kein Politiker und kein Staatsanwalt hat die Bahn bisher wegen vorsätzlicher Gefährdung von Umwelt und Menschen stoppen können.

Obwohl die Bahn AG den Verlauf der Transport-Strecke für den australischen Giftmüll geheim halten will, will das Hamburger Abendblatt erfahren haben, „dass der Giftmülltransport über die Strecke der Güterumgehungsbahn durch Hamburg transportiert wird.“

Der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Schienenlärm, Uwe Schröder, sagt dazu:

„Die Gefahren eines solchen Giftmülltransports durch die Stadt sind den 60.000 Anwohnern an der Strecke nicht zuzumuten. Die Bahn muss sich eine Alternative suchen.“

Und der SPD-Bundestagsabgeordneter Christian Carstensen fordert:

Wenn dieser Giftmüll tatsächlich durch Hamburg transportiert wird, dann muss die Bahn die Bürger im Vorfeld umfassend informieren und darf keine Geheimaktion daraus machen.“

Auch der GAL-Umweltexperte Christian Maaß weiß: *„Giftmülltransporte mitten durch die Stadt sind gefährlich. Es darf nicht sein, das Deutschland zum Abladeplatz für australischen Giftmüll wird.“*

Und der Hamburger Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Axel Gedaschko (CDU), sagte dem Hamburger Abendblatt, die Frage sei, ob australischer Giftmüll wirklich in Deutschland entsorgt werden müsse. Denn fest stünde, jeder Giftmülltransport bringe „ein gewisses Risiko“ mit sich.

Sind das alles Maulhelden, die sich nur wichtig tun, aber trotz der Gefahr und den Möglichkeiten, die die deutsche Verfassung und eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bieten, nichts dagegen unternehmen?

Immerhin zählt HCB (Hexachlorbenzol) wie das berüchtigte Insektenvernichtungsmittel DDT oder der Weichmacher PCB zu den chlorierten Kohlenwasserstoffen. Das sind chemische Verbindungen aus Chlor, Kohlenstoff und Wasserstoff mit der Option zum Töten.

HCB ist ein farbloses Pulver und eines der giftigsten, schwer abbaubaren Stoffe, die sich in allen Organismen über die Nahrungskette anreichern und nachweislich zu Langzeitschäden führen und auch geeignet sind, den Tod nicht nur von Insekten, sondern auch von Tieren und Menschen zu verursachen. Da es zu jenen Chemikalien gehört, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten wurde, ist es 1981 ist in Deutschland als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen.

GIFTMÜLL-TRANSPORT VORERST GESTOPPT QUELLE: ONLINEAUSGABE PINNEBERGER TAGESBLATT 22.02.07

Das hochgiftige HCB wird nicht von Australien aus auf Reisen geschickt. Schleswig-Holsteins Umweltminister stoppte vorerst die Transporte.

Pinneberg/Kiel.

Die Anwohner entlang der Bahnstrecke zwischen Elmshorn und Hamburg können zunächst aufatmen. Die hochgiftige Fracht aus Australien, die von Brunsbüttel per Bahn quer durch die halbe Republik transportiert werden sollte, darf in Schleswig-Holstein nicht angelandet werden. Der aus Appen stammende Umweltminister Dr. Christian von Boetticher (CDU) hat das Genehmigungsverfahren zunächst gestoppt. Das bestätigte der Pressesprecher des Ministeriums, Christian Seyfert, gestern im Gespräch mit unserer Zeitung.

Das australische Unternehmen Orica wolle (wie berichtet) insgesamt 22 000 Tonnen hochgiftiges, krebserregendes Hexachlorbenzol (HCB) per Schiff über Südafrika nach Brunsbüttel transportieren. Zudem soll dort ein verseuchter Parkplatz saniert werden. Etwa die Hälfte der giftigen Fracht soll in der Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) Brunsbüttel entsorgt werden. Das restliche HCB hätte per Bahn durch den Kreis Pinneberg zu den Bayer-Werken nach Leverkusen und Dormagen transportiert werden sollen, um dort verbrannt zu werden.

Von Boetticher schob diesem Müll-Tourismus zunächst einen Riegel vor. "Die Firma Orica hat bis heute nicht auf unsere Aufforderung reagiert, die genaue Zusammensetzung der Lieferungen mitzuteilen", erläuterte Seyfert. Damit fehle eine Grundlage zur Genehmigung. Orica habe die Entsorgung von Bauschutt, Verpackungen und Produktionsabfällen beantragt, ohne allerdings Details zu nennen.

Wenn alle Unterlagen vorliegen, so Seyfert weiter, könnte die Genehmigung innerhalb eines Monats erfolgen. Entsprechend des Baseler Abkommens, das den internationalen Müll-Tourismus regelt, hätte Schleswig-Holstein dann auch keine Möglichkeit mehr, die Einfuhr der giftigen Chemie-Abfälle zu verhindern. Wesentlicher Bestandteil der Vereinbarung ist - wie berichtet - der Nachweis, dass das HCB nicht in Australien und in keinem näher gelegenen Staat umweltgerecht entsorgt werden kann.

Seyfert ließ im Gespräch mit unserer Zeitung allerdings auch keine Zweifel daran, dass der politische Wille nicht darin bestehe, den Transport zu verhindern. "Die SAVA muss auch laufen. Es gibt keinen Grund, die Genehmigung zu verweigern", sagte der Pressesprecher des Umweltministeriums. Er verwies darauf, dass die Anlage in Brunsbüttel eine Betriebserlaubnis hat.

Deutschland verfüge über die entsprechenden Technologien und sei führend bei der Entsorgung von Sondermüll. Die Verbrennung hierzulande sei sinnvoller, als wenn giftige Stoffe in anderen Ländern im Erdreich versickern oder in Flüsse geleitet würden. "Umweltverschmutzung ist eine globale Angelegenheit und bleibt nicht auf kleine Regionen beschränkt", so Seyfert.

Unterdessen hat der Verein Aktionskonferenz Nordsee (AKN) mit Sitz in Bremen die Bundesregierung aufgefordert, Giftmülltransporte zu stoppen. "Eine Schiffs-Havarie mit HCB-Freisetzung wäre eine Katastrophe

für jedes Seegebiet", warnte AKN-Sprecher Peter Willers. Der Transport solch großer Mengen des krebserregenden Stoffes stelle ein unkalkulierbares Risiko dar.

Auch der Land-Transport und die Verbrennung sind AKN ein Dorn im Auge. "Eine 100-prozentige Zerstörung von HCB ist auch in modernen Drehrohröfen bei Verbrennungstemperaturen von mehr als 1300 Grad Celsius nicht möglich", betonte Willers. Es müsse zumindest von gefährlichen Emissionen über die Schornsteine der Anlagen sowie von hochgiftigen Sonderabfällen als Verbrennungsrückstände ausgegangen werden. "Wenn das geplante Millionengeschäft mit australischem HCB nicht unterbunden wird, dann erleben wir demnächst einen boomenden Giftmüll-Tourismus - trotz Baseler Konvention", äußerte AKN-Sprecher Willers seine Befürchtungen. von Thomas Klink

---

SIE FORDERN: STOPPT GIFTMÜLL-TRANSPORTE HAMBURGER ABENDBLATT,22.02.07

GEFÄHRLICHE FRACHT ,PROTESTAKTION VOR DEM VERWALTUNGSGEBÄUDE DER BAHN IN EPPENDORF

Sie fordern: Stoppt Giftmüll-Transporte Anwohner der Güterumgehungsbahn haben Angst. Bahn verweigert Auskunft. "Wir wissen gar nicht, wie viele und was für Gifttransporte vor unserer Haustür vorbeirauschen.

Das macht Angst", sagt Joachim Stein (39) aus Groß Borstel, der unweit der Strecke der Güterumgehungsbahn wohnt. Und Anwohner Uli Heckenberger (47) 30 Menschen protestierten gestern sagt: "Es darf nicht sein, dass vor dem Verwaltungsgebäude der Giftmüll-Transporte auf der Schiene mitten Bahn AG gegen weitere durch unsere Wohngebiete fahren. Und schon Giftmülltransporte durch Hamburg. gar nicht solche, die extra aus Australien Foto: Rauhe importiert wurden." Dieser Meinung schlossen sich auch die rund 30 anderen Menschen an, die gestern vor dem DB Mobility Center an der Eppendorfer Landstraße gegen Giftmüll-Transporte auf der Strecke der Güterumgehungsbahn protestierten.

Auch Uwe Schröder, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Schienenlärm, war dabei: "Der geplante Gifttransport aus Australien ist doch nur die Spitze des Eisberges. Die Bahn muss endlich mal die Karten offenlegen, wie viel gefährliche Fracht täglich durch Hamburg rollt." Dazu Bahnsprecher Ole Constantinescu: "Wir sind nicht dazu verpflichtet, über Gefahrgut Auskunft zu geben." Wie berichtet, plant der australische Chemie- und Sprengstoffhersteller Orica, 22 000 Tonnen mit krebserregendem Hexachlorbenzol per Schiff nach Brunsbüttel zu schaffen. Die eine Hälfte soll dort verbrannt werden, der Rest auf dem Schienenweg zur Firma Bayer nach Nordrhein-Westfalen geschafft werden. Doch zunächst hat das schleswig-holsteinische Umweltministerium das Genehmigungsverfahren für den Transport gestoppt, unter anderem, weil die australischen Behörden bislang nicht bestätigt haben, dass der Giftmüll nicht in Australien vernichtet werden kann. Unterdessen beschäftigt das Thema Gifttransporte auf der Schiene durch Hamburg auch die Bundespolitik: Der Abgeordnete Christian Carstensen will in einer Kleinen Anfrage von der Bundesregierung unter anderem wissen, wie viel Gefahrengut, insbesondere Giftmüll, in den vergangenen Jahren über die Strecke der Güterumgehungsbahn transportiert wurde und wie vor dem Hintergrund dieser speziellen Gefahrenlage die Sicherheit der Anwohner entlang der Bahntrasse gewährleistet wird. *ug*

GIFTMÜLLFUHRE VORERST UNTERSAGT TAZ 22.2.07

Schleswig-Holstein stoppt Transport australischen Ultra-Giftes durch Hamburg und Niedersachsen

Schleswig-Holsteins Umweltministerium hat den Transport von australischem Giftmüll durch Norddeutschland vorläufig untersagt. "Wir haben das Genehmigungsverfahren für die Anlandung des Transportes in Brunsbüttel gestoppt. Das heißt, die Schiffe mit dem Giftmüll dürfen noch nicht einmal in Australien starten", bestätigte gestern ein Sprecher des Kieler Umweltministeriums.

Der australische Chemie- und Sprengstoffkonzern Orica will 22.000 Tonnen Müll mit hochgiftigem Hexachlorbenzol (HCB) mit vier Schiffsladungen in den Hafen von Brunsbüttel am Nord-Ostsee-Kanal bringen. HCB gehört zum "dreckigen Dutzend" der zwölf giftigsten Substanzen überhaupt. Ihre Herstellung und ihr Gebrauch ist nach der Stockholmer Konvention weltweit geächtet. Sie müssen vor Ort entsorgt und dürfen nicht auf Reisen geschickt werde.

Eine Hälfte der Giftfracht soll in der Sondermüll-Verbrennungsanlage Brunsbüttel entsorgt werden. Die weiteren rund 11.000 Tonnen sollen mit der Bahn über Hamburg und Niedersachsen zu Anlagen in Nordrhein-Westfalen gebracht werden. Das hat zu Wochenbeginn vor allem in der Hansestadt für Aufregung gesorgt.

Denn der Transport müsste auf der so genannten Güterumgehungsbahn fast das gesamte Stadtgebiet von Nordwesten in großem Bogen nach Südosten durchqueren. Bei einem Unfall "wären die Folgen für Mensch und Umwelt verheerend", kritisierte die Umweltpolitikerin der Hamburger SPD, Monika Schaal.

Sie verwies auf den vor drei Wochen auf derselben Strecke bei Tornesch westlich von Hamburg entgleisten Zug mit Chloressigsäure. Dabei kamen Menschen nur deshalb nicht zu Schaden, weil das Unglück auf freier Strecke stattfand und die im Vergleich zu HCB weit weniger giftige Chloressigsäure sich an der Luft rasch verflüchtigt. SMV

Skelettierter Reiter: Der Eggstedter Künstler Dieter Koswig zeigt einen selbst entwickelten Aufkleber: „Giftmüll – das letzte Abenteuer in Dithmarschen“. Er will ihn nun in Serie bringen und sucht einen Hersteller. Foto: Lotze

BRUNSBÜTTEL:WIR PLANT ANTI-IFTMÜLL-RESOLUTION

Ratsversammlung soll am 28. 02. über die Verabschiedung beraten

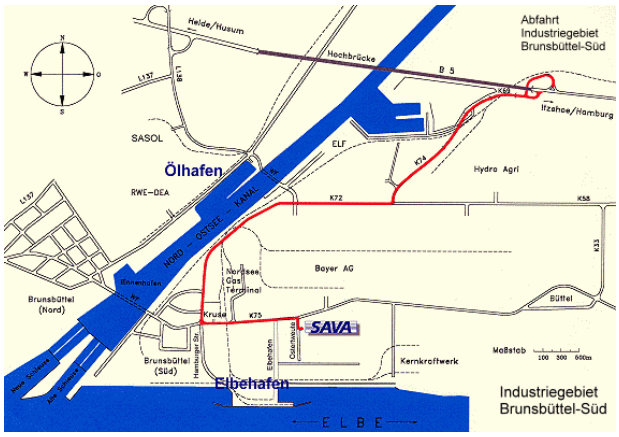
Von Michaela Reh

Brunsbüttel – Die Wählerinitiative für reelle Politik (WIR) hat eine Resolution gegen den Umschlag des australischen Giftmülls in Brunsbüttel vorbereitet. Die Mitglieder hoffen, dass sie am Mittwoch, 28. Februar, mehrheitlich von der Ratsversammlung verabschiedet wird.

„Die Stadt Brunsbüttel spricht sich entschieden gegen den Transport australischen Giftmülls nach Brunsbüttel und die Zwischenlagerung, Verteilung und Verbrennung aus. (...) Alle beteiligten Stellen werden aufgefordert, dieses Projekt zu stoppen. Die Landesregierung wird gebeten, sich für eine gesetzliche Änderung einzusetzen, die solch unnötigen Mülltourismus in Zukunft verhindert“, heißt es in dem Dokument.

Die langen Transporte und Lagerzeiten im Elbehafen würden nicht kalkulierbare Risiken für die Bürger in der Region bergen. „Brunsbüttel darf nicht zum Umschlagplatz für den Giftmüll der Welt werden“, unterstrich Ingrid Möller (WIR) in der Sitzung des Bauausschusses am Dienstagabend. „Australien ist ein hoch industrialisiertes Land, das sich selbst in die Lage versetzen muss, seinen produzierten Giftstoff gefahrlos entsorgen zu können“, so Möller. Das fordert auch die vor 18 Jahren geschlossene Baseler Konvention, in der sich bis heute 170 Staaten verpflichtet haben, ihren Giftmüll möglichst im eigenen Land zu entsorgen. Eigentlich ist geplant, dass am 1. April das erste von vier großen Frachtschiffen – beladen mit jeweils 300 Containern australischen Giftmülls – in Sydney ablegen und Kurs auf Brunsbüttel nehmen wird. Ein Drittel des Mülls soll in der Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) vernichtet, der Rest voraussichtlich per Bahn nach Nordrhein-Westfalen gebracht werden.

Wie wir bereits berichteten, wird dieser Termin nicht einzuhalten sein, denn das Schleswig- holsteinische Landesamt für Natur- und Umweltschutz (LANU) hat den entsprechenden



POLITIK ZUM GIFTMÜLL IN SCHLESWIG HOLSTEIN

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG DRUCKSACHE 16/1238

16. WAHLPERIODE 07-02-20

DRINGLICHKEITSANTRAG DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kein australischer Giftmüll nach Brunsbüttel

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein lehnt die Verbringung von Giftmüll aus Australien nach Brunsbüttel ab.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bevölkerung vor den Gefahren durch eine mögliche HCB-Verseuchung zu schützen. Zu diesem Zweck wird die Landesregierung aufgefordert, sicherzustellen, dass vor Beendigung des Notifizierungsverfahrens für die grenzüberschreitende Abfallverbringung überprüft wird, ob es alternative Möglichkeiten der Entsorgung in Australien selber oder in einem Land mit kürzeren Transportwegen gibt.

Begründung:

Es ist geplant, 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol(HCB)-verseuchte Abfälle von Australien nach Brunsbüttel zu bringen und ein Drittel dort zu verbrennen. HCB gehört zu den 12 giftigsten chemischen Stoffen, die in Deutschland seit 1981 und weltweit in 122 Staaten seit 2004 verboten sind. Das Lagern und der Transport dieser Abfälle bringen große Gefahren mit sich. Australien ist ein hochtechnisiertes Industrieland und von daher imstande, selbst für die Beseitigung zu sorgen. Im „Baseler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung“ von 1989 haben sich 170 Länder der Erde verpflichtet, Giftmüll möglichst im eigenen Land zu entsorgen.

Wie jetzt bekannt wurde, steht in Australien die Entscheidung über den Transport des Giftmülls unmittelbar bevor. Nach Aussage australischer Nichtregierungsorganisationen geht man auf Seiten der australischen Behörden von einer hohen Akzeptanz in Deutschland aus. Diese Annahme fließt in den Entscheidungsprozess auf australischer Seite ein. Tatsächlich zeigt sich aber sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Herten, dass das Vorhaben zu großer Beunruhigung in der Bevölkerung führt.

Bis jetzt sind weder das Genehmigungsverfahren zur Lagerung gefährlicher Abfälle in Brunsbüttel noch das Notifizierungsverfahren des LANU zur Basler Konvention zur grenzüberschreitenden Abfallverbringung abgeschlossen.

Durch die Befassung im Landtag Schleswig-Holstein soll signalisiert werden, dass der geplante Giftmüll-Transport abgelehnt wird. Dazu ist die dringliche Befassung geboten.

Detlef Matthiessen und Fraktion--==========

PRESSEINFORMATION

GRÜNE SH FRAKTION

Von: Presse
Gesendet: Mittwoch, 21. Februar 2007 17:36
Betreff: 07-084 Presse Grüne SH Fraktion (Landtag/Umwelt/Giftmüll)

Presseinformation Nr. 084.07 / 21.02.2007

Es gilt das gesprochene Wort!
TOP 25a – Dringlichkeitsantrag „Kein Giftmüll nach Brunsbüttel“
Dazu sagt der umweltpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Detlef Matthiessen:

Kein Giftmüll nach Brunsbüttel

Die australische Firma ORICA will mehr als 20 000 Tonnen mit Hexachlorbenzol belastete Abfälle in Deutschland verbrennen lassen. ORICA kennt keine Verantwortung gegenüber der Natur und der Gesundheit der Menschen. HCB-Abfälle wurden im Pazifik „entsorgt“ oder im Boden verbuddelt, bis Umweltschützer das Verhalten angeprangert haben.

Über lange Jahre wurde die Umweltbehörde in Australien nicht aktiv. Auf dem Werksgelände lagerten die hochgiftigen Abfälle mindestens seit 1992. Wie australische Umweltorganisationen mitteilen, bedroht eine der größten Chemie-Altlasten der Welt seit Jahrzehnten das Grundwasser der australischen Millionenstadt Sydney. Die Firma ORICA will dieses Desaster beenden und den Giftmüll loswerden. Der soll jetzt um den halben Globus geschickt werden, um in Deutschland verbrannt zu werden.

Für den Transport der mit Hexachlorbenzol belasteten Sonderfracht werden noch „besonders zuverlässige Containerschiffe“ gesucht, so der SPIEGEL in seiner aktuellen Ausgabe. Kapitäne hätten Weisung, aus „Sicherheitsgründen“ dicht befahrene Seewege zu meiden. Immer wieder gehen Container auf See verloren und Schiffe geraten in Seenot. Güterzüge verunglücken wie vor kurzem in Tornesch.

Bei der Verbrennung kann Dioxin entstehen, das gefährlichste aller chemischen Gifte. Bei einem Störfall in der Verbrennungsanlage drohen hohe Risiken für die Umwelt. Die Rückstände der Verbrennungsanlagen sind hochgiftig und müssen langfristig sicher gelagert werden.

HCB (Hexachlorbenzol) gehört wie DDT, Lindan und andere Agrargifte zu den chlorierten Kohlenwasserstoffen. Es gehört zu den giftigen, schwer abbaubaren Stoffen, die sich in allen Organismen über die Nahrungskette anreichern. Seehunde und Seevögel weisen besonders hohe Gehalte an chlorierten Wasserstoffen auf. Diese Stoffe können Krebserkrankungen hervorrufen, wenn sie zum Beispiel mit der Nahrung oder auf andere Weise aufgenommen werden. Seit 1981 ist HCB in Deutschland als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen. Es gehört zu den Stoffen, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten wurden.

HCB wurde früher als Pflanzenschutzmittel zur Vernichtung von Pilzbefall produziert, als Desinfektionsmittel bei der Getreidelagerung, als Saatgutbeizmittel usw. Traurige Berühmtheit erlangte HCB als Holzschutzmittel, mit dem sich viele Menschen ohne die geringste Vorwarnung vergiftet haben, indem sie ihre Holzdecken mit Flammschutzmittel eingestrichen haben. Lange Prozessjahre später erst wurden ihre Leiden als Folgen des Giftes anerkannt.

Die giftigen Abfälle aus Australien sollen jetzt in Brunsbüttel und in den Nordrhein-Westfälischen Städten Herten, Leverkusen und Dormagen verbrannt werden. Alle diese Verbrennungsanlagen wurden bei der Errichtung zur Entsorgung von heimischem Müll genehmigt. Wer hätte damals daran gedacht, dass Deutschland mal zum Ziel eines globalen Abfalltourismus wird? Wir haben ja eher immer dagegen protestiert, dass wir unseren giftigen Dreck in die Entwicklungsländer schicken. Plötzlich sind wir in der umgekehrten Lage!

An allen diesen Orten gibt es inzwischen Bürgerproteste. Die australischen Behörden haben verlauten lassen, es gebe keinen Widerspruch und Protest in Deutschland.

Ich freue mich, dass unser Dringlichkeitsantrag heute morgen mit großer Mehrheit angenommen wurde. Dem Vernehmen nach hat das Umweltministerium dem Giftmülltransport zumindest vorläufig die Notifizierung versagt. Das begrüßen wir, denn auch bei einem sehr hohen Standard in der Entsorgungstechnik wollen wir nicht Empfänger weltweiter Giftstoffe werden. Sondermüll soll vor Ort entsorgt werden, dafür liefern wir gern gute Technik auch nach Australien.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Pressesprecherin Claudia Jacob
Düsternbrooker Weg 70 24105 Kiel
Tel.: 0431 / 988 - 1503 Fax: 0431 / 988 - 1501 Mobil: 0172 / 541 83 53
E-Mail : presse(at)gruene.ltsh.de Internet: www.sh.gruene.de

FDP LANDTAGSFRAKTION SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wolfgang Kubicki , *MdL* Nr. 057/2007 Kiel, Mittwoch, 21. Februar 2007
Vorsitzender **Dr. Heiner Garg,** *MdL*
Stellvertretender Vorsitzender **Dr. Ekkehard Klug** , *MdL*
Sperrfrist: Redebeginn Parlamentarischer Geschäftsführer **Günther Hildebrand** , *MdL*
Es gilt das gesprochene Wort!

Müll/gefährliche Abfälle/Export

Alternative Entsorgungsmöglichkeiten vor Ort schaffen In seinem Redebeitrag zu ***TOP 25 a*** (Kein australischer Giftmüll nach Brunsbüttel) sagte der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Günther Hildebrand** :

„Deutschland hat sich zu einem der wichtigsten Importländer für Giftmüll aus der ganzen Welt entwickelt. Ob Munitionsabfälle aus Schweden, Pestizide aus Kolumbien, asbesthaltiger Schutt aus Amerika, toxischer Arzneimüll aus Neuseeland, Lösungsmittel aus China – oder Hexachlorbenzol (HCB) aus Australien: Die Einfuhr der so genannten gefährlichen Abfälle hat sich seit 2000 verdreifacht, auf über 2 Mio. Tonnen.

Grund für diese Art von Wirtschaftswachstum sind ausgerechnet die vergleichsweise strengen deutschen Umweltauflagen. Denn sie haben dafür gesorgt, dass hierzulande die besten Sondermüll-Verbrennungs- anlagen der Welt gebaut wurden und das größte Know-how vorhanden ist.

Deutschland selber hat seine Hausaufgaben gemacht: Aus Deutschland werden keine gefährlichen Abfälle exportiert. Da solche speziellen Verbrennungsanlagen nur bei entsprechender Auslastung arbeiten können, ist es mittlerweile notwendig geworden, auch international anfallenden Sondermüll in Deutschland zu verbrennen. Andernfalls ließen sich die in Deutschland installierten Anlagen auf Dauer auch nicht rentabel auslasten. Natürlich müssen wir uns an dieser Stelle zu Recht die Frage stellen, ob es Sinn macht, giftige Abfälle um die ganze Welt zu transportieren – nur – um sie hier vor Ort zu entsorgen?

Warum sind Industrieländer, wie Australien, nicht in der Lage, eigene Anlagen zu betreiben, um ihrem Müll vor Ort zu entsorgen? Warum müssen die Bürgerinnen und Bürger in Brunsbüttel den Schadstoffen ausgesetzt werden, die durch die Verbrennung von Müll aus anderen Ländern entstehen?

Die Antwort war bisher immer, dass es sinnvoller ist, Giftstoffe in dafür geeigneten Anlagen zu entsorgen, als dass dieser Müll womöglich unsachgemäß vor Ort gelagert oder gar hochverdünnt in die Umwelt verklappt oder gekippt wird.

Genau dieses Anliegen wurde in der Vergangenheit von den Bundes- und Landesregierungen unterstützt – auch unter grüner Regierungsbeteiligung. Dabei wurde in der Vergangenheit auch in Kauf genommen, dass die entsprechenden Entsorgungsanlagen auch aus Übersee mit Sondermüll und anderen Giftstoffen beliefert werden.

Kann der jetzt anvisierte Transport aus Australien aus rechtlichen Gründen überhaupt noch gestoppt werden, so wie im dem Antrag von Bündnis90/Die Grünen gefordert?

Nur bedingt. Grundlage für die Ein- und Ausfuhr von Müll in Deutschland ist die EG-Abfallverbringungsordnung. Diese wiederum leitet sich ab vom Baseler Übereinkommen über die Kontrolle der so genannten grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung.

Als zuständige Notifizierungsstelle prüft das Umweltbundesamt, inwieweit der Import von gefährlichen Abfällen möglich ist. Dabei muss der Exporteur darlegen, dass eine Entsorgung des gefährlichen Abfalls vor Ort nicht möglich ist.

Genau an dieser Stelle setzt das jetzt durch das schleswig-holsteinische Umweltministerium eingeleitete Verfahren an, in dem weitere Nachweise vom Exporteur verlangt werden. Können diese Nachweise beigebracht und schlüssig belegt werden, ist die gewünschte Entsorgung durch die Notifizierungsstelle zu genehmigen.

Sinnvoll wäre es, den äußerst toxischen Sonderabfall erst gar nicht entstehen zu lassen. Das wird aber schon aufgrund der Altlasten nicht immer möglich sein. Darum ist es richtig, nach Alternativen bei der Entsorgung zu suchen und bei den exportierenden Ländern für ein besseres Umweltbewusstsein bei der Entsorgung von giftigen Abfällen zu werben.

Eine solche Prüfung ist übrigens auch Bestandteil des Baseler Abkommens. Denn die Alternative, dass Industrieländer - wie Australien - eigene Anlagen bauen, ist natürlich wünschenswert. China plant genau aus diesem Grund eigene Anlagen - die übrigens mit deutschem Know-how gebaut werden. Das ist der Idealfall.

Wie darüber hinaus beispielsweise im Rahmen der Deutschen EU- Ratspräsidentschaft für entsprechende Alternativen vor Ort – und damit auch für deutsches Know-how – geworben werden kann, dass sollten wir sehr differenziert im zuständigen Ausschuss diskutieren."

Christian Albrecht *, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,* 2 *Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: presse(at)fdp-sh.de , Internet: http://www.fdp-sh.de/*

CDU-FRAKTION

Nr. 069/07 21. Februar 2007

PRESSESPRECHER Dirk Hundertmark
Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon 0431-988-1440 Telefax 0431-988-1444
E-mail: info(at)cdu.ltsh.de Internet:
http://www.cdu.ltsh.de Es gilt das gesprochene Wort.

Umweltpolitik Axel Bernstein zu TOP 25a: Antrag der Grünen geht ins Leere

Zum Dringlichkeitsantrag der Grünen (TOP 25a, kein australischer Müll nach Brunsbüttel) erklärt der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Axel Bernstein, u.a.:

„Der Antrag der Grünen geht völlig ins Leere. Denn es handelt sich um ein laufendes Verwaltungsverfahren und nicht um eine politische Entscheidung. Gleichwohl ist dieser Vorgang im Ausschuss aufmerksam zu verfolgen, weil aufgrund des langen Transportweges die Sorgen um die Sicherheit nachvollziehbar sind."

SPD-FRAKTION

Von: Astrid Borchers
[mailto:a.borchers(at)spd.ltsh.de]
Gesendet: Mittwoch, Februar 2007 17:39
Cc: julia.paulat
Betreff: Olaf Schulze zu TOP 25a:

Kiel, 21.02.2007 Landtag Es gilt das gesprochene Wort! aktuell Sperrfrist: Redebeginn
TOP 25a - Kein australischer Müll nach Brunsbüttel (Drucksache 16/1238)

Olaf Schulze: **Fragwürdiger Mülltourismus verdient sorgfältige Prüfung**

„Giftmüllimport" aus Australien wird zurzeit in der Presse ausführlich behandelt. Gerade Sondermüll ist ein sensibles Thema, mit dem wir uns schon seit vielen Jahren beschäftigen. Besonders in Deutschland führte die hohe Sensibilität und intensive Diskussion zu hohen Umweltauflagen. Daraus folgt, dass wir bei uns die modernsten Anlagen für diese Entsorgungstechnik haben.

Ziel muss es sein, Müll zu vermeiden und unvermeidlichen Müll umweltschonend zu entsorgen . Das Baseler Abkommen sollte Giftmülltransporte aus Industrieländern in Entwicklungsländer verhindern. Industrieländer sollten eher Entwicklungsländer bei Entsorgungsproblemen unterstützen. Hierfür könnten ggf. auch Importe nach Deutschland sinnvoll sein.

Für mich ist in der Frage des Sondermülltransports von Australien nach Brunsbüttel allerdings schon ein schlechter Beigeschmack vorhanden. Der Plan, Tausende von Tonnen Giftmüll jahrelang in Australien zu lagern, ihn dann quer über den Ozean und teilweise weiter über unsere Straßen durch das Bundesgebiet zu transportieren, um ihn dann in unseren zugegebenermaßen weltweit vorbildlichen und leistungsfähigen Anlagen (wie die SAVA Brunsbüttel) möglichst umweltunschädlich zu verbrennen, ist sicher fragwürdig und mit vielen Problemen behaftet. Ich wünschte mir schon, dass in Australien – wie in China jetzt angedacht – mit deutschem Know How moderne eigene Verbrennungsanlagen gebaut würden. Dies würde dem Geist des Baseler Abkommens mehr entsprechen als diese meines Erachtens kritikwürdige Form des „Mülltourismus".

Ich bedanke mich bei den Verantwortlichen in Schleswig-Holstein – hier vor allem beim Landesamt für Natur und Umwelt – für die sorgfältige Prüfung der beantragten Anlieferung und weiteren Entsorgung. Es muss

rechtssicher und vollständig sichergestellt sein, dass wirklich nur eine Verschiffung nach Deutschland und die dortige Entsorgung ohne andere weltweite Alternativen ist und dass die Stoffe der „Giftfässer“ vollständig im Hinblick auf die Entsorgung deklariert werden. So begrüße ich den vorläufigen Stopp des Genehmigungsverfahrens und hoffe sehr, dass in Australien ein Umdenken einsetzt und doch Alternativen gefunden werden .

Wir nehmen die Befürchtungen in der betroffenen Region Brunsbüttel sehr ernst. Bisher ist es der SAVA zusammen mit dem eingebundenen Umweltverein gelungen, eine gute und transparente Zusammenarbeit sicher zu stellen. Alle Informationen müssen weiter für alle Fragen der Menschen zur Verfügung gestellt werden. Vor diesem Hintergrund begrüße ich die heutige Aussprache und sichere zu, dass wir im Ausschuss den weiteren Verlauf der Angelegenheit sorgfältig begleiten und prüfen werden.

SPD-Landtagsfraktion Pressestelle Düsternbrooker Weg 72 24105 Kiel
E-Mail: Pressestelle(at)spd.ltsh.de
Web: http://www.spd.ltsh.de

SSW

Von: presse(at)ssw.de [mailto:presse(at)ssw.de]
Gesendet: Mittwoch, 21. Februar 2007 17:37
An: Presse **Betreff:** PI Lars Harms zu TOP 25 A - Kein australischer Giftmüll nach Brunsbüttel

im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Kiel, 21-02-2007 Es gilt das gesprochene Wort Tagesordnungspunkt: 25 A Drucksache: 16/1238

Lars Harms: Kein australischer Giftmüll nach Brunsbüttel Die geplante Verbringung von Sondermüll nach Brunsbüttel schlägt mittlerweile auch in Schleswig-Holstein Wellen.

Dies ist durchaus verständlich, da es sich bei Hexachlorbenzol um einen langlebigen und hochgiftigen Schadstoff handelt, der zum „Dreckigen Dutzend“ von Sondermüll gehört, dass bereits 2004 in der Stockholmer Konvention verboten wurde.

In Deutschland wurde dieser Stoff bereits 1981 verboten. Angesichts der Tatsache, dass es sich hierbei um einen hochbrisanten Schadstoff handelt, der von Australien hierher gebracht werden soll, sind die Proteste verständlich, die sich gegen die Verbringung und Verbrennung in Brunsbüttel, Herten, Dormagen und Leverkusen richten.

Da der Vorgang sich derzeit noch in einer behördlichen Schwebe befindet und das Genehmigungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, ist das Verfahren offen für wilde Spekulationen. Das ist unbefriedigend und trägt nicht zu einer sachlichen Diskussion bei. Aus der Begründung des Antrages geht hervor, dass geplant ist, 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol verseuchte Abfälle aus Australien im Elbehafen anzulanden und rund ein Drittel dort zu verbrennen.

Was einem dabei bitter aufstößt, sind mehrere Punkte.

Bereits seit den 80’er Jahren lagern diese Schadstoffe in einem so hochtechnologischen Land wie Australien und man hat es dort anscheinend bisher nicht geschafft oder für notwendig erachtet, diesen Dreck im eigenen Land zu entsorgen.

Weiter ist es nicht unkritisch, den Müll über 16.000 Kilometer bis nach Deutschland zu verschiffen, um ihn dort letztendlich zu verbrennen. Dass diese Art von „Giftmülltourismus“ nicht unumstritten ist, ist nachzuvollziehen. Aber solange es hiergegen keine rechtliche Handhabe gibt und damit Geld verdient werden kann, wird es ihn weiterhin geben – auch wenn man ihn nicht will.

Es obliegt also der Politik, hier die entsprechenden gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Wir wissen, dass das LANU als zuständige Genehmigungsbehörde bisher die Genehmigung nicht erteilt hat, weil die Notifizierungsanträge bisher nicht vollständig waren. Es fehlen notwendige Unterlagen, die bisher von Seiten der australischen Behörden nicht eingereicht wurden. Aus diesem Grund hat das LANU kürzlich die Zustimmung offiziell verweigert. Nicht aufgrund von rechtlichen Bedenken – sondern aufgrund formaljuristischer Versäumnisse und Fristen.

Wir können also feststellen, dass unsere zuständige Genehmigungsbehörde in dieser sensiblen Sache sehr aufmerksam nach geltendem Recht agiert. Es gibt Regelungen, die festschreiben, ob derartige hochgiftige Fraktionen in der Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) verbrannt werden dürfen oder ob sie es nicht dürfen. Und nach dem derzeitigen Kenntnisstand sieht es so aus, dass es rechtlich zulässig ist. Die SAVA erfüllt hierfür alle Auflagen. Und dann ist nahezu egal, von wo der Giftmüll herangekarrt wird, sofern das Prinzip der Nähe eingehalten wird. Auch wenn einem dies so nicht gefällt.

Und ich muss mich schon darüber wundern, dass die Grünen dies emotionale Thema auf einmal so besetzen wollen, wo sie doch zu Regierungszeiten auf Bundesebene zugelassen haben, dass der Atommüll ins Ausland verfrachtet wird. Oder auf Landesebene, wo unter einer rot-grünen Regierung zugelassen wurde, dass Müll aus Schleswig-Holstein in andere Bundesländer verbracht wurde. Jetzt sollten die Grünen nicht auf einmal andere Maßstäbe anlegen. Da es für die Verbringung von Schadstoffen bestimmte Vorgaben gibt, müssen wir derzeit davon ausgehen, dass das Land Schleswig-Holstein derzeit keine rechtliche Handhabe hat, um die Verbringung von Giftmüll aus Australien nach Brunsbüttel abzulehnen. Dies ist wie gesagt die rechtliche Grundlage, an die wir uns zu halten haben. Nur wenn Rechtsvorschriften in dieser Angelegenheit verletzt werden, haben wir auch die Möglichkeit, die Verbringung abzulehnen.

Sollte Schleswig-Holstein sich nach derzeitigem Kenntnisstand in dieser Frage anders entscheiden, so müssen wir damit rechnen, dass es zu Schadensersatzklagen kommen kann und wir den Müll letztendlich doch annehmen müssen. Daher bitte ich darum, dass wir in dieser Diskussion vernünftig und sachlich argumentieren und sorgfältig abwägen

SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Lars Erik Bethge, Pressesprecher
Düsternbrooker Weg 70
lars.bethge(at)ssw.de www.ssw-sh.de

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

Eckhard Uhlenberg MdL

Schwannstraße 3
40476 Düsseldorf

Ihr/e Ansprechpartner/in
Frau Carstens
Durchwahl 0211 4566-656
Fax 0211 4566-388
e-mail poststelle@munlv.nrw.de
Aktenzeichen (bitte angeben)
IV - 117.20

Düsseldorf, den 12 Februar 2007

120-fach

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und
Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Frau Marie-Luise Fasse, MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
14. WAHLPERIODE
VORLAGE
14/ 936
A16

Aktuelle Viertelstunde im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 17.01.2007 "Verbrennung von hexachloridhaltigem Giftmüll im RZR Herten genehmigungsfähig?"

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Fasse,

hiermit übersende ich Ihnen zum Thema „Entsorgung hexachlorbenzolhaltiger Abfälle in Sonderabfallbeseitigungsanlagen in Nordrhein-Westfalen" Ergänzungen zu meinem Bericht in der aktuellen Viertelstunde am 17.01.2007 des AUNLV zu den dort erörterten Fragen:

Wie bereits am 17.01.2007 berichtet, sind die erforderlichen Notifizierungen nach der EG-Abfallverbringungsverordnung bei den jeweiligen Bezirksregierungen beantragt, aber noch nicht genehmigt worden. Nach einer Vorprüfung der Antragsunterlagen und der Genehmigungsunterlagen der vorgesehenen Verbrennungsanlagen hat es den Anschein, dass die Voraussetzungen für eine Notifizierung vorliegen. Die genannten Anlagen verfügen über die erforderliche technische Ausstattung und immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Verbrennung hoch chlorhaltiger organischer Stoffe. Es werden dort regelmäßig Abfälle mit gefährlichen Verunreinigungen wie Dioxinen oder PCB verbrannt.

Postanschrift:
40190 Düsseldorf

Das Ministerium im Internet
www.umwelt.nrw.de

Telefonzentrale 0211/4566-0
Fax zentral 0211/4566-388
Infoservice 0211/4566-666
Call NRW 0180/3100110

So erreichen Sie uns:
Ab Hbf mit der U78 bis Kennedydamm, dort 500 m Fußweg zum „Kennedydamm-Center" oder mit der Buslinie 721 (Richtung Flughafen) oder 722 (Richtung Messe) bis Haltestelle Frankenplatz

Nach den Angaben in den Antragsunterlagen soll der Transport der seite2 Abfälle auf dem Seeweg und nach Umschlag im Hafen von Brunsbüttel weitgehend per Bahn erfolgen. Für den Transport sollen die Abfälle in spezielle Behälter sowie Container verpackt werden. Die Transportunternehmen sind Fachunternehmen mit entsprechender Lizenz und Fachkunde für den Transport gefährlicher Abfälle.

Nach den Regelungen der EG-Abfallverbringungsverordnung ist die Genehmigung der Verbringung eine gebundene Entscheidung, das heißt, der Abfallbesitzer hat einen Anspruch auf Erteilung, wenn nicht einer der Einwandgründe der Verordnung vorliegt. Dies kann z. B. der Einwand sein, dass die vorgesehene Anlage für andere Abfälle benötigt wird, die aus näher gelegenen Orten kommen oder dass der Einsatz der Abfälle in der Anlage gegen deutsches Recht verstößt. Solche Gründe sind im vorliegenden Fall jedoch nicht ersichtlich.

Auch der im „Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen und ihrer Entsorgung" verankerte Grundsatz, dass solche Abfälle möglichst nah am Ort ihrer Entstehung entsorgt werden sollen, findet nicht uneingeschränkt Anwendung. Die EG-Abfallverbringungsverordnung, mit der das Basler Übereinkommen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindlich umgesetzt worden ist, sieht vor, dass vom Exportland eine Erklärung abzugeben ist, der zu Folge es die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die umweltverträgliche Beseitigung des Abfalls nicht besitzt und billigerweise nicht erwerben kann. Mit dieser Regelung trägt die Verordnung dem Umstand Rechnung, dass es für Staaten, die eine Entsorgung gefährlicher Abfälle nicht selbst sicher stellen können, zulässig bleiben muss, für die Beseitigung von Abfällen geeignete Anlagen in anderen Staaten zu nutzen, da ein Ausschluss dieser Option die konkrete Gefahr umweltgefährdender Abfallbeseitigung anderenorts mit sich bringen würde. Die entsprechende Erklärung von Seiten der australischen Behörde wurde angefordert, liegt jedoch noch nicht vor.

In dem Zusammenhang ist anzumerken, dass aufgrund der besonderen Eignung bestimmter Abfallbehandlungsanlagen auch Abfälle aus Nordrhein-Westfalen in Anlagen sowohl in anderen Bundesländern als auch in Nachbarländern entsorgt werden.

Da es nur schwer verständlich erscheint, dass Australien trotz hoch seite3 entwickelter Industriestrukturen offenbar weder über die erforderliche eigene Entsorgungsinfrastruktur verfügt, noch eine Entsorgung solcher gefährlicher Industrieabfälle auf wesentlich kürzeren Wegen sicherstellen kann, habe ich den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebeten, seine Möglichkeiten zu nutzen, bei der australischen Regierung auf diesen Umstand hinzuweisen. Ich habe insbesondere darauf aufmerksam gemacht, dass eine dauerhafte Akzeptanz der Bevölkerung an den Sonderabfallentsorgungsstandorten nur dann erhalten werden kann, wenn derartige Transporte gefährlicher Abfälle über derart große Entfernungen die Ausnahme bleiben. Darüber hinaus beabsichtige ich, auf der nächsten Umweltministerkonferenz meine Kollegen über den Vorfall zu unterrichten und mögliche Konsequenzen zu beraten.

Zu der grundsätzlichen Frage der Sicherheitsanforderungen an Sonderabfalltransporte und zu den Anforderungen an die Transporteure von Sonderabfällen ist auf die Transportgenehmigungspflicht für den Transport von Sonderabfällen nach der Transportgenehmigungsverordnung (TGV) hinzuweisen. Danach dürfen Sonderabfälle (gefährliche Abfälle nach der Abfallverzeichnisverordnung bzw. nach dem Europäischen Abfallverzeichnis) gewerbsmäßig nur mit einer Transportgenehmigung der zuständigen Behörde eingesammelt oder befördert werden. Die TGV schreibt vor, dass die für die Beförderung Verantwortlichen die für ihren Tätigkeitsbereich erforderliche Fachkunde besitzen und diese im Rahmen regelmäßiger Fortbildung nachweisen. Zur Fachkunde gehören neben abfallrechtlichen und abfalltechnischen Kenntnissen vor allem auch

Kenntnisse über die einschlägigen Vorschriften des Gefahrstoffrechts und der Arbeitsschutzregelungen sowie der zugehörigen Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter, Transporttechnik und Güterkraftverkehrsrecht. Auch bei der Genehmigung grenzüberschreitender Verbringungen von Sonderabfällen wird die Transportgenehmigung oder ein vergleichbarer Nachweis wie z.B. ein entsprechendes Entsorgungsfachbetriebszertifikat gefordert.

Die vorgesehenen Sonderabfallimporte aus Australien sind auch vor dem Hintergrund der Abfallimport- und -exportsituation in NRW zu sehen: Abfallimporte in das Land NRW insgesamt waren nach den Bilanzen der letzten Jahre stetig steigend. Umgekehrt wurde diese Tendenz nach dem in Kraft Treten des Ablagerungsverbotes für unbehandelte Abfälle auf Deponien am 01.06.2005 mit einem deutlichen Rückgang der Abfallimporte aus den Niederlanden. Zahlen für das Jahr 2006 liegen noch nicht vor. So betrugen die Gesamt-Abfallimporte 2004 ca. 3Millionen Tonnen und 2005 ca. 2,4 Millionen Tonnen. Bundesweit wurden 2004 ca. 6,5 Millionen und 2005 knapp 6 Millionen Tonnen Abfall importiert.

Die Importe von Sonderabfällen nach Nordrhein-Westfalen machten bei ebenfalls ansteigender Tendenz einen Anteil an der Gesamt-Abfallimportmenge von ca. 20 % bis ca. 25 % aus. Im Jahr 2004 wurden ca. 530.000 Tonnen, im Jahr 2005 ca. 600.000 Tonnen Sonderabfälle importiert.

Abfallimporte von Sonderabfällen aus außereuropäischen Staaten stellen dabei eine Ausnahme dar und betreffen jeweils nur wenige Staaten (jährlich max. 5) sowie nur sehr geringe Abfallmengen (bisher höchste jährliche Importmenge: 264 Tonnen in 2003).

Eine Auflistung der entsprechenden Staaten und der jeweiligen Importmengen der Jahre 2002 bis 2005 ist der anliegenden Tabelle zu entnehmen (s. Anlage).

Zu den in der Ausschusssitzung am 17.01. 2007 zugesagten Ergebnisse der Emissionsmessungen für Dioxine und Furane der Abfallverbrennungsanlagen des RZR Herten sowie der Chemieparks der Bayer AG in Dormagen und Leverkusen ist folgendes festzustellen:

Gemäß der Vorschrift des § 13 der Verordnung über die Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen - 17. BlmSchV - sind ab dem 2. Betriebsjahr alle 12 Monate mindestens an drei Tagen Emissionsmessungen für Dioxine und Furane durchzuführen. Der Emissionsgrenzwert liegt gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4 der 17. BlmSchV bei 0,1 Nanogramm pro Kubikmeter Abgas (ng/m3). Dieser Wert entspricht 0,000 000 000 1 g/m3. Die Ergebnisse der Dioxin- und Furanmessungen im Einzelnen:

Messergebnisse

RZR Herten		2004	2005
IM-Linie 1	Messung 1	0,0281 ng/m3	0,0186 ng/m3
	Messung 2	0,0090 ng/m3	0,0379 ng/m3
	Messung 3	0,0041 ng/m3	0,0112 ng/m3
IM-Linie 2	Messung 1	0,0010 ng/m3	0,0081 ng/m3
	Messung 2	0,0017 ng/m3	0,0485 ng/m3
	Messung 3	0,0033 ng/m3^	0,0061 ng/m3

Die Messungen für das Jahr 2006 wurden bereits durchgeführt, der Messbericht liegt noch nicht vor.

Bayer Dormagen		2004	2005
	Messung 1	0,0006 ng/m3,	0,0011 ng/m3,
	Messung 2	0,0007 ng/m3	0,0005 ng/m3
	Messung 3	0,0005 ng/m3	0,0005 ng/m3

Aus betriebstechnischen Gründen wurden die Emissionsmessungen für 2004 - in Abstimmung mit der zuständigen Behörde - erst im Januar 2005 nachgeholt. Die planmäßigen Emissionsmessungen für 2005 wurden im November 2005 durchgeführt.

Die Messungen für das Jahr 2006 wurden bereits durchgeführt, der Messbericht liegt der Überwachungsbehörde noch nicht vor. Ausweislich einer Vorabinformation durch die Fa. Bayer liegt der Mittelwert für alle drei Messungen im Jahr 2006 bei 0,001 ng/m3.

Bayer Leverkusen	2004	2005	2006
Messung 1	0,0005 ng/m3	0,0074 ng/m3	0,0081 ng/m3
Messung 2	0,0008 ng/m3	0,0061 ng/m3	0,0094 ng/m3
Messung 3	0,0005 ng/m3	0,0061 ng/m3	0,0112 ng/m3

Die Ergebnisse der drei durchgeführten Emissionsmessungen an den Verbrennungsanlagen in den IM-Linien des RZR Herten sowie in den Bayer-Werken Dormagen und Leverkusen lagen somit alle weit unter dem Emissionsgrenzwert gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4 der 17. BlmSchV.

Mit freundlichen Grüßen
Eckhart Uhlenberg

Import gefährlicher Abfälle nach Nordrhein-Westfalen					
Ifd.-Nr.	; Herkunftsstaat	"2002'	2003	2004	2005
		'	Mg		
1	Niederlande	122.775	140.029	218.766	327.438
2	Belgien	114.049	77.132	89.603	80.980
3	Frankreich	46.755	56.885	80.319	60.343
4	Vereinigtes Königreich	11.496	16.852	36.658	39.498
5	Österreich	35.408	53.854	41.963	36.379
6	Italien	5.217	4.675	3.299	18.866
7	Schweiz	15.831	28.833	20.168	16.598
8	Irland	4.777	8.124	9.171	14.634
9	Dänemark	12.607	10.952	8.519	12.820
10	Luxemburg	21.328	31.328	18.272	11.919
11	Spanien	1.240	3.143	1.860	3.123
12	Türkei		72		427
13	Schweden	271	211	551	326
14	Slowenien	20	391	534	324
15	Slowakei	110			177
16	Tschechische Republik	54	27	386	100
17	Griechenland	66		80	95
18	Portugal	99	39	21	94
19	Rumänien				73
20	Mexiko		154	72	52
21	Kolumbien				28
22	Polen	3.511	2.634	90	9
23	Brunei Darussalam			75	8
24	Serbien	40			6
25	Chile			28	
26	Dominikanische Republik		28		
27	Finnland		32	1	
28	Guatemala	33			
29	Kroatien			45	
30	Nigeria			15	
31	Peru	17	56		
32	Philippinen			4	
33	Singapur	7			
34	Thailand		26	39	
35	Vereinigte Staaten	47			
■Summe ,		395:756	435.475	530.539	624.315
davon Herkunft außerhalb Europas		103	264	232	88

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
14. Wahlperiode

Drucksache 14/3555

19.01.2007 Datum des Originals: 16.01.2007/Ausgegeben: 22.01.2007

KLEINE ANFRAGE 1335 DER ABGEORDNETEN MARGRET GOTTSCHLICH SPD

Müllentsorgung im RZR in Herten

Die Bevölkerung in Herten ist beunruhigt. 5000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien sollen im Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) in Herten entsorgt werden. Dieser hochgiftige Stoff ist nicht nur in Deutschland sondern weltweit seit 2001 verboten. Die Bürgerinnen und Bürger aus Herten machen sich große Sorgen um gesundheitliche Schädigungen.

Unabhängig von der Frage, ob die technischen Voraussetzungen im RZR für diese Entsorgung geeignet ist, kann es nicht sein, dass Herten zukünftig für die weltweite Entsorgung von Giftmüll zuständig ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich daher die Landesregierung:

1. Unterstützt die Landesregierung die Entsorgung von 5.000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien im Hertener RZR?
2. Wie steht die Landesregierung zu den weltweiten Transporten von Giftmüll?
3. Welche Gefahren sieht die Landesregierung beim Transport von Hexachlorbenzol?

Margret Gottschlich

IM VERGLEICH IST DAS RZR NICHT SO GUT; HERTENER ALLGEMEINE; 26.2.07

Laut Bericht von NRW-Umweltminister Eckardt Uhlenberg bessere Abgas-Werte in Dormagen und Leverkusen

VON GREGOR SPOHR

HERTEN. Was kommt eigentlich raus aus den Schornsteinen der RZR-Müllverbrennungsanlage in Herten-Süd? Genaue Werte hat jetzt NRW-Umweltminister Eckardt Uhlenberg vorgelegt. Sie machen deutlich: Die Müllöfen von Bayer in Leverkusen und Dormagen schneiden im Vergleich besser ab.

Durch den Plan, hochgiftige Hexachlorbenzol-Abfälle aus Australien in diesen drei Verbrennungsanlagen und außerdem noch in Brunsbüttel zu entsorgen, sind neben dem Transportweg auch wieder längst vergessen geglaubte Fragen in den Blickpunkt gerückt. Wie sicher ist die Verbrennung und wie hoch ist die Belastung durch Schadstoffe?

Bei der Verbrennung von giftigem Industriemüll gilt dabei den gefährlichen Umweltgiften Dioxin und Furan ein besonderer Augenmerk. Für diese Dioxine und Furane gibt es einen gesetzlich festgelegten Grenzwert von 0,1 Nanogramm pro Kubikmeter Abgas.

Der Umweltausschuss des Landtags von Nordrhein-Westfalen wird sich auf Antrag der Grünen am nächsten Mittwoch erneut mit der geplanten Verbrennung von HCB-haltigem Giftmüll aus Australien beschäftigen.

Minister Uhlenberg hat dem Ausschuss in einem umfangreichen Papier dargestellt, dass die drei NRW-Anlagen weit unter dem gesetzlichen Grenzwert bleiben. Aber der Blick auf die Messergebnisse macht auch klar: Die Anlagen in Dormagen und Leverkusen pusten weit weniger Dioxin und Furan in die Luft als das Hertener RZR.

Peter Saatkamp, Geschäftsführer der Kreistags-Fraktion der Grünen: „Auch wenn die vorgetragenen Werte für das RZR unterhalb der Grenzwerte liegen, zeigen sie doch, dass das RZR offensichtlich doch nicht die technischen Qualitäten besitzt, die von der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet behauptet wer den." Aus dem Uhlenberg- Papier geht auch hervor, dass immer mehr Sonderabfälle (sprich Giftmüll) nach Nordrhein-Westfalen importiert werden. Im Jahr 2005 waren es rund 600000 Tonnen aus 24 Ländern, mehr als die Hälfte davon aus den Niederlanden. Aus Staaten außerhalb Europas kamen bisher nur geringe Mengen. 264 Tonnen waren es 2003 - das war die bisher größte Menge. 22000 Tonnen sollen nun aus Australien kommen wenn das Geschäft genehmigt wird. Auch für Minister Uhlenberg ist es schwer verständlich, dass Australien den HCB-Müll nicht selbst entsorgen kann. Er hat Bundesminister Sigmar Gabriel gebeten, bei der australischen Regierung auf diesen Umstand hinzuweisen. „Eine dauerhafte Akzeptanz der Bevölkerung an den Sonderabfallentsorgungsstandorten kann nur dann erhalten werden, wenn Transporte gefährlicher Abfälle über derart große Entfernungen die Ausnahme bleiben."

Dioxin und Furan -die Messergebnisse Innerhalb von zwölf Monaten - so schreibt es die Verordnung über die Verbrennung von Abfällen vor -müssen an mindestens drei Tagen die Werte der Umweltgifte Dioxin und Furan gemessen werden.

Der Grenzwert liegt bei 0,1 Nanogramm pro Kubikmeter Abgas. Der Messbericht von 2006 liegt noch nicht vor. Hier die Ergebnisse von 2005:

MESSERGEBNISSE

3.Messung 0,0112 ng/m^3

- Die Ergebnisse aller Anlagen liegen damit unter den Grenzwerten.

- Deutlich wird aber, dass das RZR Herten im Vergleich die schlechtesten Werte hat.

Als Vorabinformation liegt laut Bayer der Mittelwert aller drei Messungen in Dormagen für 2006 bei 0,001 ng/m^3.

Auch im Norden Aufregung um Giftmüll-Import,H.A. v.23.02.2007

HERTEN. (sp) Die geplante Verbrennung von Hexachlorbenzol-Giftmüll aus Australien hat jetzt den Landtag von Schleswig-Holstein beschäftigt. Parteiübergreifend drängten alle Abgeordneten auf eine Entsorgung vor Ort, also in Australien. -

Auslöser für die Debatte war ein Dringlichkeitsantrag der Grünen, den Import nach Deutschland abzulehnen. Schleswig-Holstein ist betroffen, weil der Hafen von Brunsbüttel (Dithmarschen) Ziel der Giftmüll-Containerschiffe sein soll.

Insgesamt vier Schiffe mit jeweils 300 Containern an Bord sollen nach den Plänen des australischen Chemieriesen Orica 22000 Tonnen Müll nach Deutschland bringen. In Brunsbüttel werden die Container gelagert. Ein Drittel soll dann in der Verbrennungsanlage Brunsbüttel entsorgt werden, der Rest in Leverkusen, Dormagen und - wie bereits mehrfach berichtet - rund 5000 Tonnen im RZR Herten.

In der Landtagsdebatte betonte Umweltminister Christian von Boetticher (CDU), sein Ministerium habe das Genehmigungsverfahren zunächst gestoppt, da Orica noch nachweisen müsse, dass es in Australien keine Möglichkeiten zur sachgerechten Entsorgung gibt. Besser als der Transport von Giftmüll über 16000 Kilometer sei ein "Technologietransfer".

Eine Position, die auch Sprecher anderer Fraktionen teilten. So plane China bereits – mit deutschem Know-how - den Bau von Anlagen vor Ort. Olaf Schulze (SPD): "Ich hoffe sehr, dass in Australien ein Umdenken einsetzt und doch Alternativen gefunden werden."

Der Transport des Giftmülls sorgt auch in anderen Regionen Norddeutschlands für Proteste. In Hamburg wehren sich Anwohner gegen den Transport auf der so genannten "Güterumgehungsbahn", die fast das gesamte Stadtgebiet von Nordwesten nach Südosten durchquert. Bei einem Unfall "wären die Folgen für Mensch und Umwelt verheerend", kritisierte die Umweltpolitikerin der Hamburger SPD, Monika Schaal. Und der Verein Aktionskonferenz Nordsee (AKN) mit Sitz in Bremen hat die Bundesregierung aufgefordert, Giftmülltransporte zu stoppen. "Eine Schiffs-Havarie mit HCB-Freisetzung wäre eine Katastrophe für jedes Seegebiet", warnte AKN-Sprecher Peter Willers. In Brunsbüttel wird sich der Rat am 28. Februar mit einer Anti-Giftmüll-Resolution beschäftigen. 23.02.2007 | Quelle: Medienhaus Bauer

---

Struszczynski kommentiert: Pressesprecher LANU » weiß möglicherweise nicht, was er sagt.« WAZ v. 23.02.07

Verb(r)annt

Von Angelika Wölke

Das Schleswig-Holsteinische Umweltministerium stoppt Giftmüll-Transport aus Australien Vorerst

"Mit großer Freude haben wir von dem vorläufigen Verbot der Einfuhr von Hexachlorbenzol (HCB) nach Deutschland gehört", sagt Notburga Henke, eine der Kreissprecherinnen des BUND.

Das Schleswig-Holsteinische Umweltministerium hatte den Import von 22 000 Tonnen hexachlorbenzolhaltiger Abfälle - 5 000 davon sollten im Hertener RZR entsorgt werden - jetzt abgelehnt. Seit Dezember bitte man die Umweltbehörden um Stellungnahme, ob der Giftmüll auch in Australien entsorgt werden kann. "Da wir immer noch kein offizielles Dokument der Australier vorliegen haben, können wir den Import nicht genehmigen", sagt Christian Seyfert, Sprecher des Umweltministeriums. Schleswig-Holstein habe dieses Recht, weil der Müll im Hafen von Brunsbüttel gelöscht werden soll.

Der Entscheidung vorausgegangen war eine Diskussion im Kieler Landtag am Mittwoch. Darin hatte der FDP-Abgeordnete Günther Hildebrandt erklärt, dass sich Deutschland zu einem der wichtigsten Importländer für Giftmüll aus der ganzen Welt entwickelt habe. "Die Einfuhr der gefährlichen Abfälle hat sich seit 2000 verdreifacht, auf über 2 Mio. Tonnen." Und Hildebrand fragte: "Warum müssen die BürgerInnen den Schadstoffen ausgesetzt werden, die durch die Verbrennung von Müll aus anderen Ländern entstehen?"

Beim Regierungspräsidenten in Münster, der den Transport des Giftmülls nach Herten genehmigen muss, wusste man gestern noch nichts von dem Stopp. Pressesprecher Thomas Drewitz erklärte aber: "Wenn der Import über Brunsbüttel verweigert wird, kann von dort nicht weitertransportiert werden**." Bei der AGR wollte man es erst gar nicht glauben. Heinz Struszczynski kommentierte den Stopp zunächst nicht, und später mit den Worten: "Er (Seyfert, Anm. d. Red.) weiß möglicherweise nicht, was er sagt."**

Beendet ist das Verfahren mit diesem Stopp allerdings noch nicht. "Reichen die Australier alle geforderten Unterlagen ein, kann das Genehmigungsverfahren wieder aufgenommen werden", erläutert Christian Seyfert.

AUSTRALISCHER GIFTMÜLL BRINGT NRW IN VERLEGENHEIT, RHEINISCHE POST, 23.02.07

Düsseldorf: Im Streit um den geplanten Import von 11000 Tonnen krebserregendem Giftmüll aus Australien gerät die NRW-Landesregierung unter Erklärungsdruck. Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Johannes Remmel wirft ihr vor, "nicht mit offenen Karten zu spielen" und sich "hinter europäischem Recht" zu verstecken. Rückendeckung erhält er von der EU-Kommission: Nach Brüsseler Lesart ist das Land rechtlich nicht zur Annahme des Abfalls verpflichtet, der 16000 Kilometer per Schiff, Bahn und Lkw in Verbrennungsanlagen nach Herten, Leverkusen und Dormagen gebracht werden soll.

Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) hatte wiederholt betont, er lehne den Import wegen der erheblichen Risiken zwar ab, das europäische Recht lasse ihm aber keine Möglichkeit für ein Verbot. "Öffentlich stellt sich die Landesregierung gegen den Giftmüllimport, unternimmt aber nichts, um ihn zu verhindern. Sie versteckt sich offenbar hinter europäischem Recht, um nicht zugeben zu müssen, dass sie solche Transporte befürwortet", meint Remmel. Seine Partei erwägt eine unabhängige rechtliche Prüfung. "Der Minister muss nun die Karten auf den Tisch legen."

"Aus unserer Sicht ergibt sich aus dem EG-Recht keine Verpflichtung zur Genehmigung für die deutschen Behörden", sagte Barbara Helfferich, Sprecherin von Umweltkommissar Stavros Dimas gestern gegenüber unserer Zeitung. Auch wenn Australien nicht über geeignete Verbrennungsanlagen verfüge und Betreiber in NRW zur Entsorgung bereit und in der Lage seien, könne der Import abgelehnt werden, heißt es aus der Generaldirektion Umwelt.

Umweltschützer, Anwohner und Kommunen protestieren seit Wochen gegen den Mammut- Transport. Sie fürchten Gesundheitsgefahren. Den Betreibern der Verbrennungsanlagen bringt der Auftrag aus Australien rund 22 Millionen Euro Umsatz. Der CDU-Umweltexperte im Europaparlament, Karl-Heinz Florenz, hält die Transporte für "umweltpolitischen Irrsinn". Er verlangt von Parteifreund Uhlenberg, "bis an den Rand europäischer Möglichkeiten zu gehen, um solche Giftmüll-Fuhren nach NRW zu verbieten". VON ANJA INGENRIETH

MDB SCHWABE ZUM RZR – ANTW. V. 23.02.2007

01.01.2007 Frage von
Joachim Jürgens
Sehr geehrter Herr Schwabe,
Sie setzten sich für RZR II- Ausbau in Herten (Müllverbrennungsanlage mit dem passenden Namen Roh-

stoffrückgewinnungs-Zentrum-Ruhrgebiet) ein, da Sie hier langfristiger Kostenvorteil für die Gemeinden im Kreis erwarten. Politisch wurde die MVA mit dem lokalen Müllnotstand begründet!

Wie es sich nun herausstellt, soll diese Erweiterung überwiegend dazu genutzt werden, Ausländischen Giftmüll in großen Mengen zu entsorgen. Den Beginn macht der australische Chemiekonzern Orica der hier eine der letzten großen dioxinige HCB-Altlasten demnächst hier entsorgt, nachdem Greenpeace die "Pazifikverklappung" aufgedeckt.

Finden Sie es richtig, dass nun hier die im Ballungsgebiet Ruhrgebiet befindliche MVA genutzt wird mit internationalen Giftmüll Kasse zu machen? Weiteres entnehmen Sie bitte :
www.pro-herten.de

Alles Gute fürs neue Jahr
Joachim Jürgens

23.02.2007 Antwort von Frank Schwabe

Sehr geehrter Herr Jürgens,

Sie beziehen sich in Ihrer Anfrage auf einen Artikel in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 8.3.2006. Lassen Sie mich bitte zunächst klarstellen, dass zum Zeitpunkt, als der Artikel erschienen ist, die Genehmigung der RZR-Erweiterung nicht Gegenstand der aktuellen politischen Debatte war. Die Entscheidung darüber wurde bereits am 24.5.1995 von der Bezirksregierung in Münster getroffen und hat mit dem Widerspruchsbescheid vom 23.1.2004 Bestandskraft erlangt. Die Erweiterung des RZR um zwei weitere Verbrennungslinien war somit im März 2006 bereits von den Aufsichtsbehörden als rechtlich zulässig erklärt worden.

Vor diesem Hintergrund habe ich mich im letzten Jahr zur der Frage geäußert, welche Rolle der Kreis Recklinghausen im weiteren Verfahrensverlauf einnehmen sollte. Aus meiner Sicht wäre es sinnvoll gewesen, wenn der Kreis Recklinghausen sich finanziell am RZR beteiligt hätte, um sich damit Möglichkeiten der Kontrolle am AGR-Standort im Emscherbruch zu sichern. Insbesondere die Kontrollmöglichkeiten in Fragen der Müllbeschickung hätten, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Entsorgung australischen Giftmülls am Standort in Herten, den Kreistag des Kreises Recklinghausen in die Lage versetzt, direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik zu nehmen. Da sich die AGR für eine "Standalone-Lösung" entschied, kam es zu keiner Beteiligung durch den Kreis Recklinghausen.

Nun zur aktuellen Diskussion um die Verbrennung von HCB-haltigen Abfällen aus Australien: Wie die meisten Bürgerinnen und Bürger des Kreises Recklinghausen habe auch ich erst aus den Medien von dem geplanten Müllgeschäft erfahren. Es verwundert mich sehr, dass es in einem technisch hoch entwickelten Land wie Australien nicht möglich sein soll, entsprechende Abfälle gefahrlos zu entsorgen und stattdessen ein Transport von vielen tausend Kilometern erforderlich ist, damit der Giftstoff an mehreren Standorten in Nordrhein-Westfalen verbrannt werden kann. Befremdet bin ich zudem über die Informationspolitik der AGR. Auch wenn es laut Unternehmen zum "Tagesgeschäft" gehört, HCB-Abfälle in Herten zu verbrennen, so hätte ich von der Geschäftsführung in dieser Frage eine sensiblere und bürgerfreundlichere Informationspolitik erwartet, da es sich um einen besonderen Vorgang handelt.

Auch wenn die Genehmigungsbehörden aller Wahrscheinlichkeit nach den Import und die Verbrennung des Mülls genehmigen werden, so muss doch insbesondere die Politik die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, die im Umfeld entsprechender Verbrennungsanlagen leben, ernst nehmen. Deshalb sollten die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Richtiger Adressat für politische Forderungen ist die Gesellschafterversammlung beim Regionalverband Ruhr (RVR), denn der RVR ist alleiniger Gesellschafter der AGR. Ausschließlich die Gesellschafterversammlung hat die Möglichkeit die AGR-Geschäftsführung anzuweisen, die geschlossenen Verträge für die Entsorgung des australischen Giftmülls zu annullieren. Ein solcher Beschluss kann jedoch nur dann mit einer entsprechenden Mehrheit durchgesetzt werden, wenn alle in der Gesellschafterversammlung vertretenen politischen Fraktionen und Gruppen für eine solche Lösung sensibilisiert werden. Eine Konzentration nur auf einzelne politische Fraktionen wird aus meiner Sicht zu keinem Erfolg führen, da der Grad der Betroffenheit mit zunehmender Entfernung zum RZR-Standort Herten möglicherweise parteiübergreifend abnimmt.

Lassen Sie mich abschließend noch anmerken, dass die grundsätzliche Möglichkeit der Importe von Giftmüll in die Bundesrepublik Deutschland aus meiner Sicht politisch neu zu bewerten ist. Soll ein Importverbot erlassen werden, so sind Bundesgesetze, europäische Richtlinien und internationale Abkommen zu ändern. Im Rahmen meiner Möglichkeiten als Bundestagsabgeordneter werde ich in meiner Fraktion auf die Problematik hinweisen und mich für eine Änderung der gesetzlichen Regelungen einsetzen, damit weder im Ruhrgebiet, noch an anderen Orten in Deutschland, aus dem Ausland importierter Giftmüll verbrannt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Frank Schwabe MdB

PRESSEMITTEILUNG PRO-HERTEN – AUSTRALIEN HAT ENTSORGUNGSMÖGLICHKEITEN

Heute erreichte uns aus Australien ein auf der Homepage von
www.pro-herten.de veröffentlichtes Schreiben.

Das Schreiben wurde von einer australischen Abfallbeseitigungsfirma versandt, die sich um die Beseitigung der HCB-Altlasten bemüht hatte.

Die Abfallbeseitigungsgesellschaft ist die dieselbe, die zurzeit die POP-gefährliche Abfälle von den pazifischen Inseln vernichtet.

Ebenfalls sollen noch drei weiter australische Firmen sich um die Altlastbeseitigung bemüht haben, wie es aus Genehmigungskreisen heraus sickerte.

Leider habe wir hierzu noch keine Details. Jedoch macht der von einer der Gesellschaft beigefügte Brief verständlich, dass es Optionen für die Vernichtung in Australien gibt.

Wir glauben, dass Orica, und vielleicht auch die Regierung sich auf das Argument der Definition der 'technischen Kapazität' berufen werden.

Während es klar ist, dass es in Australien Techniken gibt, um den Abfall zu zerstören, behauptet Orica, dass die Volumen-Kapazität dort nicht vorhanden ist.
Die Gesellschaften sollen jedoch signalisiert haben, dass sie natürlich ihre Durchfluss-Kapazität vergrößern würden, sobald sie im Besitz von Vertrages seien.

Pro-Herten, 23.Febr. 2007

EMAIL AUS AUSTRALIEN DESTRUCTION OPTIONS IN AUSTRALIA

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Donnerstag, 23. Februar 2007 14:30
An: J.Jürgens

Cc: Lee & Jane Jane
Betreff: Re: Destruction options Wichtigkeit: Hoch
Dear Joachim,
Sorry for the delay, I had to check with my colleagues about releasing this letter.

As you can see it is private correspondence between a waste destruction company here in Australia and Orica Australia. The waste company is the same one that is currently destroying the POPs hazardous waste from the Pacific islands.

We are now happy for you to use it , including releasing it to any media or government.

I also spoke with our government regulators today. They informed me that three Australian companies have objected to the export and have said they can destroy the waste. Unfortunately, I don't have the details.

However, the letter attached from one company makes it clear that there are options for destruction in Australia.

We believe Orica and perhaps the government may base an argument on the definition of 'technical capacity.' While it is clear we have the techniques to destroy the waste, Orica is arguing that the volume capacity is not there. The companies have responded saying that of course will increase their throughput capacity once they have the contract.

Also following is a summary of the 2 available technologies which I found useful for the media. I've CC this to my colleague Lee Bell. If you would like to discuss any of the details please feel free to SKYPE me or email Lee.

Regards Mariann

ROHÜBERSETZUNG:

Lieber Joachim.

Entschuldigung für die Verzögerung, ich musste mit meinen Kollegen die Herausgabe dieses Briefs überprüfen. Es handelt sich, wie erkennbar, um eine privates Schreiben wischen einer Abfallbeseitigungsgesellschaft und der Orica Australien.

Die Abfallbeseitigungsgesellschaft ist die dieselbe, die zurzeit die POP-gefährliche Abfälle von den pazifischen Inseln vernichtet.

Wir freuen uns sehr, dass Ihr das Material verwenden könnt, einschließlich der Herausgabe zu beliebigen Medien oder an Regierungsstellen.

Ich sprach heute auch mit unseren Genehmigungsbehörden. Sie informierten mich, dass drei australische Gesellschaften gegen den Export Einwände erhoben hatten, weil sie die Beseitigung übernehmen könnten.

Leider habe noch keine Details. Jedoch macht der von einer Gesellschaft beigefügte Brief verständlich, dass es Optionen für die Vernichtung in Australien gibt. Wir glauben, dass Orica, und vielleicht auch die Regierung sich auf das Argument der Definition der 'technischen Kapazität' berufen werden.

Während es klar ist, dass wir die Techniken haben, um den Abfall zu zerstören, behauptet Orica, dass die Volumen-Kapazität nicht vorhanden ist. Die Gesellschaften haben jedoch geantwortet, dass sie natürlich ihre Durchfluss-Kapazität vergrößern würden, sobald sie im Besitz eines Vertrages seien.

Ich füge auch eine Zusammenfassung der zwei weiteren verfügbaren Technologien an, die ich nützlich für die Medien fand. Ich habe eine Kopie des Schreibens an meinen Kollegen Lee Bell. Wenn Du gern einige der Details besprächen willst, melde Dich über SKYPE oder schicken Lee eine E-Mail

Grüße - Mariann

DESTRUCTION OPTIONS IN AUSTRALIA DOLOMATRIX

Australian waste treatment companies have already demonstrated the capability to treat POPs waste such as HCB to a high level of Destruction Efficiency (DE). In the past decade, the Eco Logic Gas Phase Chemical Reduction process in Western Australia destroyed Australia's major stockpile of PCB's. That technology is no longer available in Australia but has been replaced by other suitable technologies.

The two processes currently capable of treating the HCB waste in Australia are; • Base Catalyst Dechlorination (BCD) based in Brisbane (owned by DoloMatrix Australia Limited)

• Plasma Arc destruction (Plascon) based in both Brisbane (DoloMatrix Australia Limited) and Melbourne (SRL Plasma Arc Pty Ltd)

There is documentation from the to support destruction efficiencies of 99.9999% for chlorinated compounds such as HCBs. See attached correspondence from Dolomatrix Australia) Recently Australia reached agreement with Pacific Island nations to bring back POPs waste including PCB's that had primarily originated from Australia in the past. These POPs wastes were successfully treated by the hazardous waste facility at BCD Technology Pty Ltd at Narangba in Queensland (owned by Dolomatrix Australia) .

Base Catalyst Dechlorination (or Decomposition) is a non incineration process where organochlorines are reacted with an alkaline polyethylene glycol, forming a glycol ether and/or a hydroxylated compound, which requires further treatment, and a salt.

In order to feed the BCD reactor the HCB material must first be dissolved in mineral oil and is then fed to the reactor through a manifold of the appropriate temperature to maintain the HCB waste in a liquid form.

Plascon is an in-flight argon plasma arc used for the destruction of organic wastes including liquids and gases. The process inputs of electricity, argon, oxygen or steam and sodium hydroxide are significantly less than those required for a similar sized high temperature incinerator. Process effluents are also considerably less. Liquid effluents are hydrochloric acid that can be recovered for sale. Gaseous effluent is a mixture of argon, carbon gases and water vapour.

The plasma torch is of segmented design using argon as the plasma gas. The argon plasma is generated by a direct current discharge between cathode and anode. At typical operating conditions the mean exit temperature is in excess of 10,000oC. The torch is rated at 150kW and has an electrical efficiency of around 50%. Argon is used as the plasma gas as it has suitable thermodynamic properties, is monatomic and for its inertness to the torch components. More detailed information is available in Appendix 3, of our formal objection.

In order for either Plascon or BCD technology to destroy the entire HCB stockpile an intermediate technology is required. The intermediate technology is known as Indirect Thermal Desorption Units (ITDU). The ITDU uses a rotating kiln to heat the contaminated rubble, soil or other materials to a temperature (usually 500-600o C) in the absence of oxygen to strip the POPs from the other wastes where they are then collected in a filter and condensed. The resulting concentrate of POPs are then removed and fed into the BCD plant or into a Plasma arc.

A combination of two technologies, Base Catalyst Dechlorination (BCD) and Indirect Thermal Desorption Units (ITDU) overcomes the issue of difficult feedstocks, which is evident in the cleanup of the Spolana site in the Czech Republic . The Spolana chemical manufacturing complex is one of the most polluted in the world with high concentrations of dioxin,

HCB, pesticides and other POPs in soil, demolition rubble, concentrates and other forms. Orica is aware that both of these technologies are available in Australia and have even sent HCB waste samples to one company, Dolomatrix Australia, which has successfully treated the waste using plasma arc technology.

Further detailed information on destruction technologies in Australia is available in the NTN Export Objection and Media Brief.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

14. Wahlperiode

Drucksache 14/3740

20.02.2007 Datum des Originals: 20.02.2007/Ausgegeben: 23.02.2007

ANTWORT DRUCKSACHE 14/3555MÜLLENTSORGUNG IM RZR IN HERTEN, LANDTAG NRW

der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1335 der Abgeordneten Margret Gottschlich SPD

Müllentsorgung im RZR in Herten

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1335 vom 16. Januar 2007:

Die Bevölkerung in Herten ist beunruhigt. 5000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien sollen im Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) in Herten entsorgt werden. Dieser hochgiftige Stoff ist nicht nur in Deutschland sondern weltweit seit 2001 verboten. Die Bürgerinnen und Bürger aus Herten machen sich große Sorgen um gesundheitliche Schädigungen.

Unabhängig von der Frage, ob die technischen Voraussetzungen im RZR für diese Entsorgung geeignet ist, kann es nicht sein, dass Herten zukünftig für die weltweite Entsorgung von Giftmüll zuständig ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich daher die Landesregierung:

1. Unterstützt die Landesregierung die Entsorgung von 5.000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien im Hertener RZR?

2. Wie steht die Landesregierung zu den weltweiten Transporten von Giftmüll?

3. Welche Gefahren sieht die Landesregierung beim Transport von Hexachlorbenzol?

Antwort des Ministers für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

vom 20. Februar 2007 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Innenminister: **Zur Frage 1** Die Landesregierung unterstützt die Entsorgung von 5000 Tonnen Hexachlorbenzolhaltigen Abfällen in der Sonderabfallverbrennungsanlage des RZR in Herten nicht.

Zur Frage 2 Die Landesregierung steht im Hinblick auf weltweite Transporte von Sonderabfällen auf dem Standpunkt, dass die in Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe d) des Basler Übereinkommens begründete Verpflichtung, zu beachten ist: Jede Vertragspartei trifft Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle auf ein Mindestmaß zu beschränkt wird, das mit der umweltgerechten und wirksamen Behandlung solcher Abfälle vereinbar ist und die so durchgeführt wird, dass die mensch-

liche Gesundheit und die Umwelt vor den nachteiligen Auswirkungen, die dadurch entstehen können, geschützt wird.

Zur Frage 3 Die Landesregierung sieht für den Transport der gefährlichen Abfälle insbesondere wegen der großen Entfernung ein Risiko. Dieses lässt sich durch die Eung der erforderlichen Sicherheitsauflagen und Bestimmungen minimieren, jedoch nicht vollständig ausschließen. Der Transport der hexachlorbenzolhaltiger Abfälle soll in geeigneten gekennzeichneten Stahl- bzw. Kunststoffbehältern erfolgen, die in Seecontainern transportiert werden. Bei dem Transport sind die Gefahrgutvorschriften und die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten. Dies wird in der Notifizierung vorgegeben. Die Bezirksregierung Münster wird diesem Aspekt im Rahmen des Verfahrens besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Transportarten und Wege müssen im Notifizierungsantrag jeweils beschrieben werden. Ggfs. werden für den Transportweg Auflagen erteilt.

ANTWORT ZUM THEMA GIFTMÜLL QUELLE:KSTA V.22.02.07

Auf die Protestbriefe von Leverkusenern gegen die Verbrennung von Giftmüll aus Australien erreichte die Eingeber nun eine Stellungnahme aus dem NRW-Umweltministerium. Hier einige Auszüge.

„(...) Für die grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen formuliert das Basler Abkommen Grundsätze, nach denen die Vertragsparteien zu verfahren haben. (...) Gegen eine Verbringung können Einwände im Rahmen der in der Verordnung vorgeschriebenen Einwandmöglichkeiten erhoben werden. (...) Wenn alle Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen, besteht aufgrund der gebundenen Entscheidung nach der Abfallverbringungsverordnung keine rechtliche Möglichkeit, den Transport zu verhindern.

Auch dem im Basler Übereinkommen verankerten Grundsatz, dass Abfälle ortsnah entsorgt werden sollen, ist in der Abfallverbringungsverordnung Rechnung getragen, indem vom Exportland eine Erklärung verlangt wird, dass es die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die umweltverträgliche Beseitigung des Abfalls nicht besitzt. Für Staaten, die eine Entsorgung gefährlicher Abfälle nicht selbst sicher stellen können, muss es zulässig bleiben, für die Beseitigung von Abfällen geeignete Anlagen in anderen Staaten zu nutzen, da ein Ausschluss dieser Option die konkrete Gefahr umweltgefährdender Abfallentsorgung andernorts mit sich bringen würde.

IM WORTLAUT

Der Transport der Hexachlorbenzol-haltigen Abfälle soll in geeigneten gekennzeichneten Stahl- bzw. Kunststoffbehältern erfolgen, die in Seecontainern transportiert werden. Bei dem Transport sind die Gefahrgutvorschriften und die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten. (...) Die zuständigen Behörden werden diesem Aspekt im Rahmen des Verfahrens besondere Aufmerksamkeit widmen.

Im Hinblick auf die Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger, die durch die Verbrennung der Abfälle in den Sonderverbrennungsanlagen entstehen könnten, ist darauf zu verweisen, dass die für die australischen Abfälle vorgesehenen Anlagen für die Verbrennung derartiger Abfälle ausgestattet und genehmigt sind und darüber hinaus behördlicher Überwachung unterliegen.

Das Land NRW verfügt über ein Netz von Anlagen, die in der Lage sind, gefährliche Abfälle auf einem hohen technischen Niveau zu entsorgen. Dass diese Anlagen ihren Standort in Nordrhein-Westfalen haben, liegt vor allem an den historisch gewachsenen Industriestrukturen unseres Landes. Diese haben es früh erforderlich gemacht, sichere und leistungsfähige Entsorgungsstrukturen zu schaffen, die heute auch einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor und gleichzeitig einen Standortfaktor für andere Unternehmen darstellen.

Auch aus unserer Sicht wäre es vorzuziehen, wenn die australischen Unternehmen für ihre Problemabfälle Lösungen vor Ort finden würden. Eine rechtliche Handhabe, um die Entsorgung australischer Abfälle in Nordrhein-Westfalen zu verhindern, besteht jedoch nicht."

GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN STOPPEN, WALTROP, 24.02.2007 | BAUERVERLAG

Von Dagmar Hojtzyk WALTROP.

Protest gegen die Giftmüllverbrennung aus Australien in der Hertener Verbrennungsanlage soll auch aus Waltrop kommen. Die Verwaltung schlägt dem Rat vor, eine entsprechende Resolution zu verabschieden.

Beschließt der Rat die Resolution in seiner Sitzung am 6. März, reiht er sich in eine inzwischen breite Protestbewegung aus Bürgern und Stadträten ein. Dazu gehören zum Beispiel Herten, Recklinghausen, Marl, Herne und Castrop-Rauxel. Ziel der Resolution ist es, die Verbrennung des hochgiftigen Hexachlorbenzol (HCB) zu stoppen.

HCB wurde als Pflanzenschutzmittel eingesetzt und ist durch die Stockholmer Konvention seit 2004 weltweit geächtet. Es zählt unter den Giftstoffen zum "dreckigen Dutzend".

Das sind die Kernsätze der Resolution:

"Die Stadt Waltrop spricht sich entschieden gegen den Transport und gegen die Verbrennung australischen Giftmülls in die Kreisstadt Herten aus. Wenn auch die Hertener Anlage nach Auffassung von Experten eine der modernsten weltweit ist und die technischen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Verbrennung dieser Stoffe in der Hertener Anlage gegeben sind, so bergen lange Transportwege nicht kalkulierbare Risiken, auch für die Bürgerinnen und Bürger Waltrops und der Region. Deshalb müssen sich grundsätzlich hoch industrialisierte Länder wie Australien in die Lage versetzen, im Lande produzierte Giftstoffe dieser Kategorie selbst gefahrlos zu entsorgen."

Kritisiert wird die Informationspolitik der Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhr (AGR), die das RZR Herten (Rohstoff Rückgewinnungszentrum/Müllverbrennungsanlage) betreibt. "Bei einem solch sensiblen Vorgang müssen die Verantwortlichen der Stadt sowie die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend informiert werden.

Die beteiligten Stellen, besonders der RVR, die AGR, aber auch die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte unserer Region werden aufgefordert, dieses Projekt zu stoppen. Die Landesregierung wird gebeten, sich für eine gesetzliche Änderung einzusetzen, der solch unnötigen Mülltourismus in Zukunft verhindert. Die Landesregierung wird aufgefordert, notwendige Transportgenehmigungen für NRW-Straßen nicht zu erteilen."

WAHLKAMP BEI DEN „ROTEN" IN AUSTRALIEN MIT HILFE DES GIFTMÜLLS

Von: J.Jürgens [mailto:jj(at)pro-herten.de]
Gesendet: Samstag, 24. Februar 2007 11:55
Betreff: E-Mail schreiben an: Export Daley MP let Jan07.pdf

Dear Mr. Daley,

Thanks for giving the permission to Orica, to make public your letter at (http://www.oricahcb.com/export.html#local) .

Do you think really, we want to have your toxic waste here in Germany? Certainly, companies want to make money with this dirty deal, but all citizens, politicians, and communities around our waste plants have made

strong protests. See also: www.pro-herten.de or find out yourself by Google "Giftmüll Australien"! Please, do not believe half untruths told by the involved companies, Here is our resolution., If You have any further questions, please do not hesitate to contact me

Best Regards, Joachim Jürgens

SCHWIRSKE ZUM AUSTRALISCHEN GENOSSEN

Von: Schwirske [mailto:schwirske(at)versanet.de]
Gesendet: Samstag, 24. Februar 2007 11:55
Betreff: please solve HCB-poblems
http://www.parliament.nsw.gov.au/Prod/Parlment/Members.nsf/
V3ListCurrentMembers
maroubra(at)parliament.nsw.gov.au

Dear Micheal Daley,
as a member of SPD in Herten, Germany I regret to object Your expectations (Your letter, dated 15.1.07) solving the HCB-Problems by sending it to Germany.

Since news reached North-Rhine-Westphalia and Schleswig-Holstein in December 2006 outrage and opposition have evolved from it.

Local and Regional Politics have addressed resolutions to German and Australian Administrations and Politicians and citizens have given more ten thousands of signatures protesting against these plans.

It is a background important to be known that incineration facilities have never been accepted well and are only tolerated for. Yet many have addressed letters to Australian Government and even to Mr. Kevin Rudd trying to destroy legends of a country waiting for hazardous wastes from Australia.

We are aware, that there is a problem since many years at Botany Bay urgently to be solved. And we are informed too that Australian industry is waiting to solve the problems by own hight-tech-facilities. So we are convinced that it may be possible doing it in Australia due to environmental responsibility and transnational hazardous waste regime named the Basel Convention.

Best regards
Manfred Michael Schwirske, Ing.

Michael John Daley, Dip Law MP is an Australian politician, elected as a member of the New South Wales Legislative Assembly.

Daley completed his Higher School Certificate at Marcellin College, Randwick in 1983. He spent 13 years as a Customs officer with the Australian Customs Service during which time he studied law at night. In 1998 having completed his legal studies he was admitted to the Supreme Court of New South Wales as a legal practitioner whereupon he left Customs to pursue a career as a lawyer. He worked for several years in a law firm in the city before spending 5 years as a senior in-house lawyer with NRMA Motoring & Services. He was elected as a Councillor to Randwick City Council in 1995 and served as Deputy Mayor from 2000 to 2004.

Daley has represented Maroubra for the Australian Labor Party since 2005.[1] Daley replaced former Premier Bob Carr, who had resigned in August 2005, after easily winning the 2005 Maroubra by-election.

Daley is President of the Randwick Rugby Club at Coogee, a director of Randwick Rugby Foundation Limited (a not-for-profit charitable trust), an honorary member of Coogee Surf Club and a patron of several other clubs in the area.

MICHAEL DALEY'S HILFERUF

Sh. Nächste Seite

Michael Daley MP
MEMBER FOR MAROUBRA

15 January 2007

COPY

Senator the Hon. Ian Campbell
Minister for the Environment and Heritage
Parliament House
Canberra ACT 2600

Dear Senator Campbell,

Export application for Hexachlorobenzene waste at Orica in Botany NSW

Orica Australia Pty Limited ("Orica") have made an application to the Commonwealth Government under the *Hazardous Waste (Regulation of Imports and Exports) Act 1989 (Cth)* to export a quantity of Hexachlorobenzene (HCB) waste to Germany for destruction. This waste is currently stored at its Botany premises.

I write in support of the local residents of Botany and particularly those residents who are members of the Community Participation and Review Committee (CPRC) in their efforts to request that Orica's application be approved by the Commonwealth government. The application was gazetted via Government Notice 46 of 22 November 2006.

The area of Botany, whilst currently within the State electorate of Heffron, borders my seat of Maroubra. As at the NSW State election on 24 March 2007, the boundaries of the seat of Maroubra will be altered and will include the Botany Industrial Park, within which Orica is located, as well as the surrounding suburbs of Pagewood, Botany, Hillsdale and Banksmeadow.

I believe it is highly inappropriate to leave this waste in its current location, especially given its proximity to local residents and infrastructure such as Eastgardens Shopping Centre, Port Botany and Sydney Airport.

I support the CPRC's request that you allow the export and destruction of the HCB waste outlined in Orica's export application.

Office: Suite 501, Level 5, 806 Anzac Parade, Maroubra
Mail: PO Box 535, Maroubra NSW 2035
Tel: (02) 9349 6440 Fax: (02) 9349 4594
Email: maroubra@parliament.nsw.gov.au

I would strongly urge you to approve the export of the HCB waste for destruction, particularly given that Germany with its advanced destruction technologies, is willing to accept the waste.

The Botany community has been, and continues to be, subjected to enormous environmental and industrial pressures and the export of the HCB would allow the local community to see this issue resolved with the removal of a threat to their local environment and their families. Exportation appears to be the only viable and appropriate option for such hazardous waste.

If you have any further questions, please do not hesitate to contact my office on (02) 9349 6440.

Yours sincerely

Michael Daley MP
Member for Maroubra

„Australien kann den Giftmüll entsorgen!“ Quelle: H.A. 23. Februar 2007

Herten - Scheitert das Giftmüll-Geschäft mit dem australischen Chemiekonzern Orica im Genehmigungsverfahren? Aktuelle Nachrichten aus Australien deuten darauf hin. Orica möchte 22 000 Tonnen hochgiftigen Hexachlorbenzol-Mülls nach Deutschland exportieren. 5 000 Tonnen davon sollen im Hertener RZR verbrannt werden. Allerdings muss Orica nachweisen, dass es auf dem fünften Kontinent keine Möglichkeit zur sachgerechten Entsorgung gibt.

Dr. Mariann Lloyd-Smith, stellvertretende Vorsitzende der Organisation „National Toxics Network“ in Australien, hat jetzt herausgefunden, dass es in ihrem Land durchaus Entsorgungsmöglichkeiten gibt. Als Beweis dient ihr ein Briefverkehr zwischen Orica und dem australischen Entsorger DoloMatrix Australia Ltd. aus dem hervorgeht, dass sowohl die nötige Technik als auch die Kapazität vorhanden ist, dem HCB-Müll in Australien zu entsorgen. Dies geschieht allerdings nicht durch Hochtemperatur-Verbrennung, sondern durch ein anderes patentiertes Verfahren (Plascon technology), mit dem laut DoloMatrix bereits gute Erfahrungen gemacht worden sind. Auch ein zweites Verfahren wird erwähnt. Die Firmen, die diese Verfahren anwenden, sitzen in Brisbane (BCD Technologies) und in Melbourne (SRL Plasma Pty Ltd.)

In einer Mail an die Hertener Initiative Pro Herten betont Mariann Lloyd-Smith, dieser Schriftverkehr, der auch der Online-Ausgabe der Hertener Allgemeinen als Kopie vorliegt, sei eindeutig. „Australien kann den Giftmüll entsorgen.“

Unabhängig von dieser neuen Entwicklung hat Johannes Remmel, umweltpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag NRW, für die nächste Sitzung des Umweltausschusses am kommenden Mittwoch eine aktuelle Viertelstunde beantragt. Aus Sicht der Grünen liegt es durchaus im Ermessen der deutschen Behörden, den Import abzulehnen. Sie seien nicht durch EU-Recht gebunden.

EU-Kommission bestätigt: NRW kann Import australischen Giftmülls untersagen wdr.de/radio/

Grüne: NRW soll Verbrennung australischen Giftmülls verhindern

Die nordrhein-westfälischen Grünen haben Landesumweltminister Uhlenberg erneut aufgefordert, die Verbrennung von australischem Giftmüll in Nordrhein-Westfalen zu verhindern.

Uhlenberg habe dazu die Befugnis, erklärten die Grünen unter Verweis auf eine Rechtsauskunft der Europäischen Kommission. Der Umweltminister vertritt dagegen die Auffassung, die Bedingungen für eine Verweigerung des Müll-Imports seien nicht erfüllt.

Bei dem Streit geht es um insgesamt 22.000 Tonnen Giftmüll, die Medienberichten zufolge unter strengen Sicherheitsvorkehrungen von Australien nach Schleswig-Holstein gebracht und anschließend in Spezialanlagen in Brunsbüttel, Herten, Dormagen und Leverkusen verbrannt werden sollen. Umweltschützer und Anwohner der Verbrennungsanlagen machen seit Wochen Front gegen das Vorhaben.

http://www.wdr.de/studio/duesseldorf/nachrichten/#TP1171722

Uhlenberg will Giftmülltransport verhindern

Landesumweltminister Uhlenberg will den Giftmülltransport von Australien nach Dormagen und Herten verhindern. Uhlenberg sagte, er habe Bundesumweltminister Gabriel aufgefordert, entsprechend auf die australische Regierung einzuwirken. Sollte Australien die Genehmigung verweigern, könnte der Transport nicht stattfinden.

Große Teile der insgesamt 22.000 Tonnen giftiger Chemikalien sollen in Dormagen und Herten verbrannt werden. Bei Umweltschutzorganisationen und in der Bevölkerung gibt es breiten Widerstand dagegen.

http://www.bund-nrw.de/pm022007_giftmull.htm

EU-Kommission bestätigt: NRW kann Import australischen Giftmülls untersagen Umweltverbände fordern Importstopp für Hexachlorbenzol-Giftmüll

Düsseldorf, 23.02.2007 Der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die *Coordination gegen BAYER-Gefahren*

(CBG) fordern Umweltminister Eckhard Uhlenberg auf, einen sofortigen Importstopp für den hochgiftigen australischen Sondermüll zu verhängen. Bezug nehmend auf die in der heutigen Ausgabe der *Rheinischen Post* zitierte Aussage der EU-Kommission,

wonach eine solche Entscheidung entgegen der Bekundungen von Umweltminister Uhlenberg durchaus im Ermessen der deutschen Behörden liegt, verlangen die Umweltschützer den „abfallpolitisch unsinnigen und für die Menschen in NRW unzumutbaren Import des Hexachlorbenzol-Mülls“ zu unterbinden.

Noch vor dem Umweltausschuss des Landtages hatte Minister Uhlenberg am 17. Januar 2007 gesagt: „Um es deutlich zu sagen: wir sind gegen den Import von Sonderabfällen aus Australien, zumal der Transport derart gefährlicher Abfälle über riesige Entfernungen erhebliche Risiken birgt. Die Genehmigungsvoraussetzungen liegen jedoch vor, so dass aufgrund der gebundenen Entscheidung durch die europäische Abfallverbringungsverordnung für uns keine rechtliche Möglichkeit besteht, den Import zu verhindern.“

Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission stellte jetzt jedoch klar, dass es eine solche „gebundene Entscheidung“ nicht gibt. Das Fehlen eines allgemeinen Verbots bedeute keineswegs, dass der Empfängermitgliedstaat zur Genehmigung des Imports verpflichtet ist. Vielmehr, so die Kommission in ihrer Stellungnahme, könne die zuständige Behörde am Bestimmungsort durchaus Einwände gegen die Verbringung erheben und die Genehmigung der Einfuhr auch verweigern.

„Aus unserer Sicht ist die Entscheidung jedenfalls nicht eine durch EG-Recht gebundene, sondern liegt im Ermessen der deutschen Behörden“, so die EU-Kommission. Dabei sollten die Alternativen sorgfältig geprüft und auch die Verpflichtung der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens berücksichtigt werden, sicherzustellen, dass die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle auf ein Mindestmaß beschränkt wird, das mit der umweltgerechten und wirksamen Behandlung solcher Abfälle vereinbar ist.

Für den BUND und die CBG kann Minister Uhlenberg nun die eigene Glaubwürdigkeit beweisen, indem er seinen existierenden Handlungsspielraum nutzt und den Giftmüll-Import untersagt. Wegen der in den 1990er Jahren aufgebauten Verbrennungs Überkapazitäten sei Nordrhein-Westfalen bei einer jährlichen Menge von über 600.000 t Import-Sondermülls schon jetzt das „Müll-Klo der halben Welt“. Damit müsse im Interesse von Mensch und Umwelt jetzt Schluss sein.

Dormagen

KEIN GIFTMÜLL AUS ALLER WELT, DORMAGEN 24.02.07

VON PETRA SCHIFFER

Dormagen Bayer hat nicht vor, das Entsorgungsgeschäft mit Giftmüll aus allen Teilen der Welt zu erweitern. Das war am Donnerstagabend nach über zweieinhalbstündiger, intensiver Diskussion die deutliche Aussage von Ingenieur Joachim Beyer, Vertreter des Chemieunternehmens auf dem Podium.

Bürgermeister Heinz Hilgers, Gastgeber der öffentlichen Debatte, hatte Bayer davor aufgefordert, in einer freiwilligen Selbstverpflichtung Regeln für den Import und die Entsorgung gefährlicher Chemikalien aufzustellen und sich daran zu halten. Diese verbindliche Zusage gab Beyer nicht. „Die Entsorgung von Stoffen aus Übersee hat für uns keine relevante Bedeutung - und das wird auch in Zukunft so sein“, erklärte er.

Anlass für die Diskussion im Hertener Bürgerhaus, zu der knapp 250 Bürger gekommen waren, ist der geplante Import von insgesamt 22 000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien. 1500 von ihnen sollen in der Rückstandsverbrennungsanlage im Dormagener Chemiepark entsorgt werden. Die Befürchtung vieler Bürger ist nicht nur eine höhere Belastung und eine größere Gefahr durch den Sondermüll vom anderen Ende der Welt. „Dieses Geschäft könnte das Einfallstor für die Müllverbrennung aus aller Welt sein“, formulierte Umweltexperte Professor Peter Heck, Direktor des Instituts für Stoffstrommanagement die Ängste vieler Dormagener. Es sei ein wirtschaftliches Ziel von Bayer, die Verbrennungsanlage auszulasten. Diese Sorge bestätigte auch SPD-Ratsherr Heinz Jendrny in der Diskussion. „Es besteht Konsens, dass Müll von Bayer in der Bayer-Anlage entsorgt wird“, erklärte er.

„Aber wir wollen nicht die Schadstoffe aus aller Welt.“ Salami-Taktik warf der Sprecher der Agenda 21, Manfred Puchelt, Bayer vor. Er vermute, dass das Australiengeschäft erst der Anfang sei. Auch von der „Spitze des Eisbergs“ war in vielen Wortbeiträgen die Rede.

Es gehe nicht ums Geschäft, sondern um einen Beitrag zum Umweltschutz, betonte Beyer. Das giftige HCB in Australien liegen zu lassen, sei keine Alternative. Diese Meinung vertrat auch Bayermitarbeiter Thomas Hermann im Publikum. „Wir sollten stolz sein auf unsere moderne Umwelttechnik“, erklärte er.

Harte Worte fand auch Gerd Hengsberger, Vorsitzender der Werbegemeinschaft Stadt Dormagen (WSD): Die Giftmüll-Debatte schade dem Image der Stadt, verschrecke Investoren und Kunden. „Wir sind ein Chemiestandort und wollen es bleiben“, sagte er.

Deshalb fordere er dringend einen differenzierten Umgang mit der Chemie-Industrie vor Ort: „Davon hängt die Zukunft unserer Stadt ab!“ Diese Argumentation könne er überhaupt nicht nachvollziehen, konterte Heck. „Diese Stadt sollte stolz sein, dass es Bürger gibt, die sich Gedanken machen, denn ohne sie gäbe es bis heute keinen Umweltschutz“, sagte er.

Diese Diskussion dürfe nicht einseitig geführt werden, meinte Bayer-Betriebsratschef Karl-Josef Ellrich. „Wenn wir hier alle Anlagen schließen, ist die Luft zwar besser, aber es gibt keine Arbeitsplätze mehr“, sagte er. Immerhin lebten viele Menschen in Dormagen von Bayer. Die „gute alte Zeit“, in der Bayer zur Familie gehört habe, sei jedoch vorbei, erklärte ein Bayer- Rentner - und bekam donnernden Applaus. Das Unternehmen müsse zu einem „konstruktiven Verhältnis“ mit der Stadt und den Bürgern zurückfinden, forderte auch Hilgers. „Davon hängt viel ab - für Bayer und für die Bürger“, so der Bürgermeister.

Anlage in Australien?

Der Export von moderner Bayer-Umwelttechnologie und der Bau einer eigenen Verbrennungsanlage in Australien ist sinnvoll, meint Umwelt-Experte Heck. Dort werde es einen wachsenden Markt für Sondermüll aus der Chemieproduktion geben - auch aus dem asiatischen Raum.

In Australien kursieren unterdessen Gerüchte, drei australische Unternehmen hätten Orica die Entsorgung von HCB angeboten. Einer dieser Abfallbeseitigungsbetriebe vernichte zurzeit ähnliche

Abfälle von den pazifischen Inseln.

DER MINISTER KNEIFT, TAZ, 24.02.2007

Landesumweltminister Uhlenberg darf den Import von Giftmüll verbieten. Laut EU-Kommission liegt Entscheidung "im Ermessen der Empfängerländer". Uhlenberg schiebt Verantwortung nach Berlin

VON MORITZ SCHRÖDER

Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) will den Import von 17.000 Tonnen australischem Giftmüll weiterhin nicht verbieten - obwohl er es könnte. "Die Entscheidung ist nicht durch EU-Recht gebunden, sondern liegt im Ermessen der Empfängerländer", sagte Barbara Helfferich, Sprecherin des europäischen Umweltkommissars Stavros Dimas, gestern der taz. Uhlenberg beharrt weiterhin darauf, NRW habe keinen Spielraum bei der Entscheidung und müsse sich streng an die rechtlichen Vorgaben halten.

Noch hat der Landesminister den Import des Giftmülls nicht genehmigt, der in den Verbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen vernichtet werden soll - nachdem er 16.000 Meilen übers Meer an die Nordseeküste und von dort in Lastwagen nach NRW transportiert worden ist. Er selbst sieht aber keine Möglichkeit für ein Veto und beruft sich auf die Abfallverbringungsverordnung der Europäischen Gemeinschaft. Die nennt als möglichen Verbotsgrund etwa, dass Australien den toxischen Abfall selbst verbrennen kann. Diesen Nachweis bleiben die australischen Behörden weiterhin schuldig. Gegenüber der taz hatte die australische Toxikologin Marianne Lloyd-Smith erklärt, der Sondermüll könne auch vor Ort verbrannt werden. Wenn Australien das verneint, will Uhlenberg den Müllimport genehmigen: "Er kann den ja nicht verbieten, weil ihm der Müll nicht gefällt", sagte Uhlenbergs Sprecherin Sabine Raddatz.

Das sieht nicht nur Helfferich von der EU-Umweltbehörde anders. "Es gibt einen politischen Spielraum", sagte auch Hans-Bernhard Rhein, Chemiker und Sachverständiger für Abfallwirtschaft. "Australien hat keinen Anspruch darauf, dass NRW den Müll entsorgt." Zwar müssten schwerwiegende Gründe gegen die Einfuhr sprechen, etwa hohe Umweltrisiken, aber über die Verordnung hinaus sei alles eine politische Entscheidung. Sollte Uhlenberg die Genehmigung nicht erteilen, würden laut Rhein Klagen der beteiligten Unternehmen drohen, sowohl aus Australien, als auch aus NRW, wo etwa der Betreiber RZR in Herten 5.000 Tonnen australisches Hexachlorbenzol verbrennen will.

Diese Entscheidung möchte Uhlenberg jedoch nicht allein fällen und bittet Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) um Hilfe. Er möge Kontakt zur australischen Regierung aufnehmen, "um die darauf hinzuweisen, dass der Giftmülltransport in NRW auf geringe Akzeptanz stößt", sagte Raddatz. "Wenn man noch was ändern will, dann über die Bundesregierung." Die Landtagsopposition wirft Uhlenberg nun vor, er wolle sich mit dem Manöver vor einer negativen Entscheidung drücken. "Die Landesregierung versteckt sich hinter der Rechtsprechung", kritisierte etwa Johannes Remmel, umweltpolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion.

Doch auch aus Berlin ist kaum mit Widerstand gegen den Müllimport zu rechnen: "Herr Gabriel wird sich in dieser Angelegenheit nicht einmischen", sagte gestern ein Sprecher des Ministers. Gabriel selbst setzt sich für eine "ordnungsgemäße Entsorgung in Deutschland" ein. Damit kommt der Giftmüll Nordrhein-Westfalen immer näher.

LEVERKUSEN MASSENPROTEST GEGEN GIFTMÜLL RP ONLINE 24.02.07

(RP) **Wenn in den nächsten Tagen die australischen Regierungsmitglieder und australischen Politiker aus Leverkusen Post und Mails erhalten, dann müssen sie sich nicht wundern: Die Leverkusener Grünen forderten gestern die Bürger nachhaltig auf, gegen den Transport des australischen Giftmülls (Hexachlorbenzol, HCB) nach Deutschland und nach Leverkusen scharf zu protestieren.**

Dazu stellten die Grünen einen Musterbrief in englischer Sprache und in deutscher Übersetzung ins Internet (www.die-gruenen-leverkusen.de). Die Grünen packen die Australier an der Ehre und machen ihnen zugleich schwere Vorwürfe: Ein so hochentwickeltes Land wie Australien dürfe es nicht zulassen, dass giftige Abfallstoffe rund um den Globus transportiert würden.

Es müsse doch möglich sein, auch in Australien so sichere Verbrennungsanlagen wie in Deutschland zu bauen. Stimmt. Damit der Druck auf die Entscheidungsträger wächst, ermuntern die Grünen dazu, ebenfalls an NRW-Umweltminister Uhlenberg Protestschreiben zu senden. Und vor allem an die Firma Orica mit Filialsitz in Troisdorf (Fax: 02241/48291777).

Dem Unternehmen Orica gehört der Giftmüll, der seit Jahren in Australien lagert und in diesem Jahr unter anderem in Leverkusen verbrannt werden soll. Die Landtagsfraktion der Grünen hat dabei weitere Register gezogen und sich mit der zuständigen EU-Kommission in Verbindung gesetzt. Alle Aktionen haben das Ziel, den HCB-Transport zu verhindern.

GRÜNE GEBEN RZR SCHLECHTE NOTEN WAZ 26.02.2007

Peter Saatkamp: Die Müllöfen in Dormagen und Leverkusen arbeiten umweltfreundlicher als die Hertener Verbrennungsanlage und setzen nicht so viel Dioxin frei. AGR verweist auf Eung der Grenzwerte

Herten. Die Müllöfen im Rohstoff-Rückgewinnungszentrum (RZR) sind nach Mitteilung der Grünen im Kreistag nicht die saubersten. Darauf weist Fraktionsgeschäftsführer Peter Saatkamp unter Berufung auf Zahlen des Umweltministeriums hin. Die Sondermüllverbrennungsanlagen in Dormagen und Leverkusen arbeiteten umweltfreundlicher.

Die Dioxin-Belastung je Kubikmeter gefilterter und emittierter Abluft aus dem RZR liege deutlich über den Vergleichswerten aus den beiden rheinischen Anlagen - teilweise sei sie 100-fach höher als in den Vergleichsanlagen, die ebenfalls für die Verbrennung von HCB-belastetem Sondermüll aus der Produktion des australischen Sprengstoffherstellers Orica vorgesehen sind.

Gleichwohl werden in Herten die gesetzlich zulässigen Grenzwerte nicht überschritten. Das betonte AGR-Sprecher Heinz Struszczynski. Gleichzeitig verwies er darauf, dass die Belastung durch Dioxin an der untersten überhaupt messbaren Grenze liege: "Das ist ein sehr, sehr feiner Messbereich. Als wenn man ein Stück Würfelzucker im Bodensee nachweisen würde. Außerdem muss bei solchen Aussagen und Vergleichen immer berücksichtigt werden, ob in den Anlagen zum Messzeitpunkt überhaupt Stoffe verbrannt werden, die Dioxine freisetzen."

26.02.2007 Von Heinz-Dieter Schäfer h-d.schaefer(at)waz.de

LÖSCHANLAGE ERSTICKT FLAMMEN IM RZR, H. A. 26.02.2007

SÜD. (BMH) Im Industriemüll-Bunker der RZR-Müllverbrennungsanlage ist es gestern Vormittag erneut zu einem Brand gekommen. -

Das Feuer entstand gegen 10.40 Uhr im Bereich der so genannten Rotor-Schere, die feste Industrieabfälle vor der Verbrennung zerkleinert. Das ist nichts Unübliches: Schon eine zerberstende Haarspray-Dose kann einen Brand auslösen.

Die Infrarot-Melder, die in seinem solchen Fall sofort Alarm geben, schlugen auch gestern an. Gleichzeitig wurde die automatische Schaumlöschanlage aktiviert, die die Flammen innerhalb weniger Sekunden erstickte. RZR-Mitarbeiter setzten zudem einen Pulver-Feuerlöscher ein.

Die Feuerwehr, die mit 21 Einsatzkräften der Löschzüge Hauptwache und Herten ausrückte, musste nicht eingreifen. Nach Angaben des RZR-Betreibers hat es weder Verletzte noch Sachschäden gegeben. Der Betrieb sei normal weitergegangen.

Am 17. Februar hatte es innerhalb eines Tag gleich dreimal im Industriemüll-Schredder gebrannt. Auch dabei hatte die stationäre Schaumlöschanlage das Feuer jeweils schnell erstickt.

WELT KRITISIERT MÜLL-IMPORT, HERTENER ALLGEMEINE 28.2.07

Landrat würde RVR-Beschluss gegen Verbrennung im RZR unterstützen

VON GREGOR SPOHR *Landrat Jochen Welt würde gegen eine Verbrennung im RZR stimmen.*

HERTEN. Landrat Jochen Welt würde einem Beschluss zustimmen, der sich gegen die Verbrennung australischen Giftmülls im RZR richtet.

Das macht er in einem Schreiben an den Hertener Grünen Karl Kneip deutlich. „Persönlich und als Mitglied der Verbandsversammlung",so Welt, würde er einem solchen Beschlussvorschlag zustimmen. „Denn ich bin ebenfalls der Meinung, dass Giftmülltransporte über Kontinente hinweg in den Vestischen Kreis hinein keinen Sinn machen und Risiken birgt, die es zu vermeiden gilt."

Im gleichen Schreiben macht er Kneip darauf aufmerksam, dass nur die Verbandsversammlung der Gesellschafterversammlungen einen solchen Beschluss gegen die Verbrennung empfehlen kann. Grund: Der RVR (Regionalverband Ruhr) ist Alleineigentümer der RZR-Trägergesellschaft AGR (Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet).

Der Umweltausschuss des Landtags beschäftigt sich heute zu Beginn seiner Sitzung in einer aktuellen Viertelstunde mit der Verbrennung des HCB-haltigen Mülls aus Australien. Wie berichtet sollen 22 000 Tonnen nach Deutschland verschifft und verbrannt werden - 5 000 Tonnen davon im RZR. Die Viertelstunde ist von den Grünen beantragt worden. Sie werfen der Landesregierung vor, zwar schöne Worte zu präsentieren, dem aber keine Taten folgen zu lassen. Nach Meinung der Grünen ist die Rechtslage anders, als von Minister Uhlenberg dargestellt. So könne die zuständige NRW-Behörde den Import durchaus verweigern. Johannes Remmel, umweltpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag: „Minister Uhlenberg soll offen sagen, warum der Giftmüll freien Weg nach NRW haben soll."

LANDTAG INFO, DISKUSSION ÜBE GIFTMÜLL ERNEUT ENTBRANNT

(28.2.2007) **Die umstrittene Einfuhr hexachlorbenzol-belasteter Abfälle aus Australien nach Nordrhein-Westfalen beschäftigte heute erneut den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) im Rahmen einer von der GRÜNE-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde.**

Obwohl sich Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) wiederholt gegen die Einfuhr und Entsorgung australischen Giftmülls ausgesprochen hatte, sieht das Ministerium auf Basis der so genannten Abfallverbringungsverordnung weiterhin keinen Ermessensspielraum bei der Genehmigung dieser Sondermülltransporte. Mögliche Einwandgründe des Landes, wie mangelnde Kapazitäten der hiesigen Verbrennungsanlagen oder die Unrechtmäßigkeit der Verbrennung des fraglichen Schadstoffs, lägen im fraglichen Fall nicht vor, erklärte Umweltstaatssekretär Dr. Alexander Schink im Ausschuss. Nur die Bundesregierung könne die Verbringung der Abfälle verbieten. Bisher gebe es allerdings noch keine Reaktion auf eine entsprechende Anfrage beim Bundesumweltministerium.

Johannes Remmel, umweltpolitischer Sprecher der Grünen, forderte die Landesregierung erneut auf, ihre politische Position, den Sondermüll-Import zu verhindern, auch in die Tat umzusetzen. Er verwies auf die immer noch unklare Rechtslage und die mangelnde Akzeptanz der Bevölkerung in der Umgebung der betroffenen Verbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen. Zudem bezweifelte er, dass es in Australien keine Möglichkeit gäbe, den Sondermüll vor Ort zu entsorgen.

Karl Kress, Ausschuss-Mitglied der CDU-Fraktion sagte, dass auch unter der Rot-Grünen Landesregierung die Verbrennung von ausländischem Sondermüll in NRW praktiziert wurde. Allerdings sah auch er in der Herkunft und vor allem beim langen Transportweg von Australien nach Deutschland ein Problem.

Ähnlicher Ansicht war auch der Vertreter der FDP-Fraktion im Ausschuss, Holger Ellerbrock. Er wies darauf hin, dass unter der Landesumweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) der Anteil der Sondermüll-Importe sogar noch angestiegen sei. Gleichzeitig bezeichnete er die Diskussion als fragwürdig, da es sich bei der Sondermüll-Verbrennung um ein behördlich zugelassenes Geschäft handele.

Der SPD-Abgeordnete Stephan Gatter fragte, warum eine Firma aus Australien überhaupt das Recht habe, belastete Abfälle in Deutschland und nicht in der eigenen Heimat zu entsorgen. Zudem machte er auf Medienberichte aufmerksam, nach denen es in Australien angeblich doch die Möglichkeit gäbe, den Sondermüll zu verbrennen. Damit wäre ein Import nach Deutschland nicht notwendig.

BRUNSBÜTTEL, MAGNUSSEN CDU: KRITIK AN WIR UND GRÜNEN

Brunsbüttel (rd) Als „fragwürdigen Eingriff in ein Wirtschaftsunternehmen, welches seit 1989 eine genehmigte und mit Planfeststellungsverfahren operierende Anlage betreibt“, bezeichnet CDU-Landtagsabgeordneter Jens-Christian Magnussen den Antrag der WIR zu einer Resolution der Stadt Brunsbüttel mit dem Eingriff in die Verbrennungsaktivitäten der SAVA (wir berichteten). Auch der Antrag der Grünen zur Befassung des Landtags scheine mehr als „populistische Speerspitze“ gesetzt worden zu sein, da der Prüfvorgang im Landesamt für Natur und Umwelt noch nicht abgeschlossen ist und sich die Behörden somit in einem laufenden Verfahren befinden. Magnussen: „Hier spielen politisch Verantwortliche mit den Emotionen der Menschen.“

Er empfinde es als „anmaßend“, dass die Politik auf diese Art und Weise versuche, festgelegte Prüf- und Genehmigungsverfahren zu beeinflussen oder gar auszuhebeln. Beschlossene Gesetze und Verordnungen im Verfahren von Genehmigungen würden die Prüfinstanzen alle einzuhaltenden Regularien vorgeben. „Sollte die Politik, wie es die Grünen, die WIR und neuerdings auch Teile der Hamburger SPD beabsichtigen, dieses in Frage stellen, entspricht das Vorgehen nicht meiner Auffassungsgabe für unseren Rechtsstaat.“ Er persönlich habe „volles Vertrauen in die Technik der modernsten Sonderabfallverbrennungsanlage Europas und die Mitarbeiter, die die Anlage in Brunsbüttel betreuen und betreiben“. Dass die

ansässigen Unternehmen hier in der Region Garanten für den Erhalt von Schulen, Kindergärten, kleinen Handwerksbetrieben, dem Handel, dem Krankenhaus, einem breit gefächerten ärztlichen Versorgungsnetz und vieles mehr seien, würden einige in der Diskussion vergessen.

Dennoch sehe auch er den beabsichtigten Mülltourismus ebenso kritisch – verweist jedoch auch hier auf die formellen Regularien zur Baseler Konvention zur grenzüberschreitenden Abfallverbringung, die es abzuprüfen gelte. „Die Australier sind in Brunsbüttel jederzeit herzlich willkommen, um sich die Anlagentechnik hier anzuschauen, um dann eine derartig moderne Anlage aus Deutschland zu importieren."

Sonderabfallentsorgung: Deutsche Technologie weltweit führend

BDE warnt vor Panikmache wegen Importen

B e r l i n . Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) warnt vor einer Panikmache hinsichtlich des Imports gefährlicher Abfälle. „Wir sind in Deutschland weltweit führend, was unsere Technologie und unsere Kompetenz im Umgang mit Abfällen anbelangt", sagte Dr. Stephan Harmening, der Hauptgeschäftsführer des BDE in Berlin. Das gelte ganz besonders auch für gefährliche Abfälle. Der BDE widerspricht damit Medienberichten der letzten Tage über den Import australischer Abfälle nach Nordrhein-Westfalen.

Grundsätzlich sei es zu begrüßen, wenn insbesondere gefährliche Abfälle mit der bestmöglichen Technik und unter den höchsten Umweltschutzauflagen aufbereitet oder entsorgt würden, sagte Harmening. Beides garantiere die deutsche Entsorgungswirtschaft. Wer den Import gefährlicher Abfälle nach Deutschland kritisiere, fordere indirekt geringere ökologische Standards oder den Einsatz einer schlechteren, bedenklicheren Technik. „Wenn hingegen gefährliche Abfälle – etwa aus Osteuropa – nach Deutschland verbracht werden, ist gerade das ein Beweis für die Leistungsfähigkeit unserer Umweltindustrie", sagte Harmening. Das gelte in besonderem Maße für Aufbereitungs- oder Verbrennungsanlagen für gefährliche Abfälle. Gerade für die Beseitigung der gefährlichsten Stoffe verfügt die deutsche Entsorgungswirtschaft über Anlagen, die mit optimaler Verbrennung und bester Filtertechnik arbeiten.

Der BDE warnt auch den EU-Gesetzgeber davor, sichere, etablierte und für eine hochwertige Entsorgung unbedingt notwendige Vorbehandlungsverfahren in der neuen Abfallrahmenrichtlinie nicht mehr als Verwertung zu definieren. Eine Verwertung soll demnach nur noch in so genannten „finalen Anlagen" möglich sein. Der BDE ist der Auffassung, dass eine Vorbehandlung auf hohem Niveau zum Zwecke der Abfallverwertung auch in Zukunft gewährleistet sein muss.

In die Änderung der Abfallrahmenrichtlinie soll die Richtlinie über gefährliche Abfälle miteinbezogen werden. In diesem Zusammenhang hat die Kommission auch eine Neuformulierung der Vorschriften über die Mischung gefährlicher Abfälle vorgenommen. Der Richtlinienvorschlag sieht die Mischung gefährlicher Abfälle unter bestimmten Rahmenbedingungen vor. Demgegenüber hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments im November 2006 ein generelles Mischungsverbot gefordert. Tatsächlich ist die Mischung gefährlicher Abfälle tägliche Praxis und unbedingt notwendig, um weitere Behandlungsstufen überhaupt realisieren zu können. Erst Mischen erlaubt die weitere Aufspaltung und das Recycling auch von gefährlichen Abfällen. Deshalb warnt der BDE eindringlich davor, das Votum des Umweltausschusses umzusetzen. „Wenn das Vermischungsverbot kommt, ist das das Ende einer Hightech-Industrie in Deutschland", sagte Harmening. Das Anliegen der Kommission hingegen, Mischen gefährlicher Abfälle nur unter bestimmten, kontrollierten Bedingungen durchführen zu können, wird vom BDE klar unterstützt. Die ausführliche Stellungnahme des BDE zu diesem Thema ist erhältlich unter presse(at)bde-berlin.de

RAMACHER (REDMONDIS) UND PRO-HERTEN

Von: ludwig.ramacher(at)remondis.de [mailto:ludwig.ramacher(at)remondis.de]
Gesendet: Montag, 26. Februar 2007 14:08
An: jj(at)pro-herten.de
Betreff: Australien
Sehr geehrter Herr Jürgens,

ich hatte eigentlich erwartet von Ihnen nach dem seinerzeitigen Telefongespräch erneut zu hören, und wäre einer Diskussion zum Thema auch nicht ausgewichen, da man m.E. sowohl die vorgesehene Art der Entsorgung als auch die Art der geplanten Transporte deutlich anders sehen kann, als dies derzeit von Pro Herten dargestellt wird.

Sie haben allerdings im seinerzeitigen Gespräch einen Punkt angesprochen, der so schlichtweg unrichtig ist, und das ist meine Verantwortung für diesen Geschäftsvorgang.

Das Orica Geschäft ist von der Fa. Orica zusammen mit dem niederländischen Entsorgungsunternehmen AVR unmittelbar mit den vier abnehmenden Anlagen vereinbart worden (2x Bayer, RZR und SAVA). Weder ist meine Abteilung hier in Herne noch bin ich als Person damit unmittelbar beschäftigt. Ich kenne natürlich den Vorgang, wie ja auch telefonisch bestätigt, seit einiger Zeit und verfolge ihn mit Interesse.

Kind regards/Viele Grüße
Dr. Ludwig Ramacher
REMONDIS Industrie Service GmbH
Heerstraße 29-43, 44653 Herne
Germany/Deutschland
ludwig.ramacher(at)remondis.com
http://www.remondis.de
REMONDIS Industrie Service GmbH, Am Kanal 9, 49565 Bramsche, Amtsgericht Osnabrück, HRB
Geschäftsführer: Georg Rethmann, Klaus Scherler, Dr. Bernhard Schulze Langenhorst

ANTWORT VON: J.JÜRGENS (RX) [MAILTO:WEBMASTER(AT)PRO-HERTEN.DE]

Gesendet: Montag, 26. Februar 2007 15:41
An: 'ludwig.ramacher(at)remondis.de'
Betreff: AW: Australien
Sehr geehrter Herr Ramacher,

Entschuldigen sie bitte, wenn wir hier etwas Ihnen betreffendes nicht klar mitbekommen haben. In einem Telefonat mit dem Umweltministerium wurden Sie mir jedenfalls im Zusammenhang mit der geplanten HCB- Entsorgung zwischen Australien und Deutschland benannt.

Selbstverständlich werden wir hinzulernen – da wir, wenn auch durchaus konträr, immer einer Versachlichung der Kontroverse anstreben. Ganz nach dem Motto „nichts Erfinden sondern Finden“.

Angesichts dessen, das seitens des hiesigen Entsorgers kein Gesprächsbedarf an einer Versammlung signalisiert wurde (sh. SPD- Veranstaltung in Recklinghs.), und von uns derzeit auch keinerlei Veranstaltung aus unterschiedlichen Gründen geplant ist, möchte ich doch ihre Bereitschaft begrüßen. In einem anderen Telefonat erklären Sie jedoch auch, dass Sie in einer öffentlichen Veranstaltung nicht auftreten dürften. Wenn Sie dieses Auftrittsverbot revidieren könnten, würden wir uns freuen, ggf. darauf zurück zu kommen.

Aktuell interessant betr. Orica Geschäft scheint uns zu sein, dass weit vor dem Bekanntwerden die international tätige US-Organisation Basel Action Network – BAN im September in einem Schreiben an die australi-

sche Behörde Bedenken angemeldet hatte. Umso verwunderter müssen wir alle sein, dass Informationen überallhin, nur nicht an die betroffene Öffentlichkeit gelangten. Als alte Hasen erstaunt uns persönlich diese intransparente Informationspolitik, deren Ergebnis nun erkennbar ist, allerdings nicht ansatzweise. Auch hier zeichnete sich ein abendfüllendes Thema ab.

Was die Vorbereitung des Orica-Geschäftes anbelangt, gehen wir davon aus, dass Ihre gesamte Branche frühzeitig in Kenntnis und befasst war. Die Verantwortlichkeit einzelner ist wenig interessant, uns geht es um die strukturellen Zusammenhänge. Oder - wie Sie es sagen - auch um mittelbare Zusammenhänge. Uns geht es auch um die u.E. übermäßig - sagen wir - verantwortungsvolle Kooperation zwischen Genehmigungsbürokratie, Verbänden und Firmen (siehe: Blickkontakt Dez. 2006 AGR) und wir meinen, dass hier eine größere Distanzierung eintreten und Transparenz betr. jedes einzelne Geschäft mit gefährlichen Abfällen hergestellt werden sollte.

Wir werden unsere Darstellung gern korrigieren. Unsere Recherchen ergaben, dass Sie zuvor Geschäftsführer des Bundesverbandes der Sonderabfallentsorger waren und dass Sie aktuell in der Lobbyistenliste des Bundestages aufgeführt sind. Trifft diese Darstellung dort noch zu?

Mit freundlichen Grüßen Joachim Jürgens

ERWIDERUNG VON: LUDWIG.RAMACHER(AT)REMONDIS.DE

Gesendet: Montag, 26. Februar 2007 16:13
An: J.Jürgens (RX)
Betreff: Antwort: AW: Australien

Sehr geehrter Herr Jürgens,

ich bin in der Tat nicht mehr Geschäftsführer des BDSAV, und bin dort nicht einmal mehr aktiv, es wäre somit Aufgabe des BDSAV gewesen, diese Angaben zu korrigieren.

Ich bin für meine bisherigen Arbeitgeber in einer Reihe von Verbänden aktiv gewesen, und bin das auch heute noch, insofern habe ich an Veranstaltungen zu einer Reihe von Themen auf EU und UN Level teilgenommen. Das halte ich für eine sehr selbstverständliche Tätigkeit für jemand wie mich, der sich sowohl politisch auskennt, als auch ein anerkannter Experte auf seinem Gebiet ist. Die wenigen in solchen Treffen vertretenen Umweltverbände waren oft froh über die etwas unerwartete Unterstützung meinerseits, der ich ja aus deren Sicht ein Industrievertreter war.

Das ein Vertreter des BMU, vermutlich Andreas Jaron, den ich seit vielen Jahren kenne, wegen Australien an mich verweist, mag damit zusammenhängen, dass er mich kennt und auch um meine berufliche Funktion weiß. Aus Bonn betrachtet können die geschäftlichen Einzelheiten nicht bekannt sein. Andere Personen innerhalb Remondis, der AGR oder Bayer Industrieservice werden ihm nicht in gleichem Maße oder überhaupt nicht bekannt sein, vor allem nicht die vor Ort tätigen.

Ob heute eine Freigabe für eine öffentliche Diskussion erfolgen würde, weiß ich nicht, aber wie Sie selber sagen, ist ohnehin aktuell nichts geplant.

Kind Regards/Viele Grüße
Dr. Ludwig Ramacher
REMONDIS Industrie Service GmbH

Nebulöses RZR (Foto Joachim Jürgens)

KEIN TRANSPORT VON GIFTMÜLL DURCH HAMBURG SPD – MONIKA SCHAAL

Kategorie: Natur & Umwelt, Wirtschaft & Soziales 9.02.2007

Von: SPD Bü.fr.

Die SPD-Umweltpolitikerin Monika Schaal hat scharfe Kritik am geplanten Transport von australischem Giftmüll durch Hamburg geübt.

"Ich erwarte vom Senat, dass er sich auf Bundesebene - gegebenenfalls zusammen mit den vom Gifttransport betroffenen Bundesländern - dafür einsetzt, dass der Müll in Australien entsorgt wird", forderte Schaal, Sprecherin für Umwelt- und Verbraucherpolitik der SPD-Bürgerschaftsfraktion, am Montag. Der Müll ist mit dem Giftstoff Hexachlorbenzol (HCB) verseucht. Wegen der hohen Giftigkeit dieses Stoffes sei ein Transport über die Güterumgehungsbahn und damit durch dicht besiedeltes Gebiet "zu riskant und daher unbedingt zu vermeiden", so Schaal.

Hexachlorbenzol gehöre zum "dreckigen Duzend", zu den zwölf giftigsten Substanzen, deren Herstellung und Gebrauch die Stockholmer Konvention ächtet. In der Baseler Konvention sei weiter vereinbart, dass so genannte POP´s (Persistent Organic Pollutants), zu denen HCB ebenfalls gehört, vor Ort entsorgt und nicht auf Reisen geschickt werden - "weder über die Weltmeere noch durch Wohngebiete", unterstrich Schaal. Der Stoff HCB ist hochgiftig, gilt als krebserregend und erbgutschädigend. Schon bei 20 Grad entweicht die Substanz in die Luft. Er kann auch über die Atemwege in den Körper gelangen und verursacht bei längerem Einwirken Schädigungen der Lunge, der Haut und des Nervensystems.

In einer Schriftlichen Kleinen Anfrage (siehe Anlage) will die Umweltexpertin vom Senat wissen, welche Anstrengungen er unternimmt, um die anstehenden Transporte des HCB-haltigen Abfalls zu unterbinden. "Wenn es nicht gelingt, die Firma Orica in Australien davon zu überzeugen, dass der Giftmüll in Deutschland nicht erwünscht ist und vor Ort entsorgt werden muss, soll sich der Senat wenigstens dafür einsetzen, dass der giftige Abfall vollständig in Brunsbüttel in der vorhandenen Sondermüll-Verbrennungsanlage entsorgt wird", so Schaal. Ein Unfall sei nie auszuschließen, wie das Eisenbahnunglück in Tornesch gezeigt hat. Die Folgen für Mensch und Umwelt wären verheerend.

Der HCB-Müll ist bei der Fa. Orica in Australien in den Jahren 1963 bis 1991 als Nebenprodukt bei der Herstellung von Sprengstoff angefallen. Orica gilt als der größte Sprengstoffhersteller der Welt.

www.spd-fraktion-hamburg.de

URGENT RESPONSE NEEDED - HCB HILFERUF AUS AUSTRALIEN

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Dienstag, 27. Februar 2007 04:37
An: J.Jürgens Joachim ; Schwirske Schwirske; Juergen.Knirsch(at)greenpeace.de; Claudia Baitinger; Jens Kendzia; Ingo Gödeke; Ralph Ryder; Hartmut Hoffmann
Cc: Jindrich Petrlik; Alan Watson; Lee & Jane Jane; Monica Wilson; Jo Immig; Bro
Betreff: URGENT RESPONSE NEEDED - HCB

Dear All,

We are currently responding to Orica's responses to our Formal Objection to the HCB Export and although we have a considerable number of issues to respond to we have about 2 days. This is probably our last chance to formally input into the regulatory process in Australia. While the arguments put forward by Orica are nothing new, there are few statements we would like your help with.

Orica has stated that

- The Herten incinerator will operate at conditions that have been accepted by the German regulatory authorities as meeting the emission limit requirements.

Note that the afterburners operate at >900°C for >2 seconds to prevent dioxin and furan formation. Incinerator operates at temperatures >900°C and up to 1100°C, as required to meet the Directive 2000/76/EC of the European Parliament and of the Council of 4 December 2000 on the incineration of waste."

If you have comment on the above or know of any other more stringent Directives, could you let me know. They also state that :"All facilities have emissions of less than 0.1 ng/mÂ3 of combined dioxin and furans as required by German legislation and licensing as shown below: - SAVA: 2006 Average Dioxin & Furan TE – 0.0002 ng/m3

- Bayer: Dioxin & Furan TE – 0.0065 ng/m3

- RZR Herten: 2005 Average Dioxin & Furan TE – 0.023 ng/Nm3

The potential for adverse effects is dependent on concentration, and the concentrations will be limited under the German environmental regulations to levels where no adverse effects will occur. " If you have any comments or know of breaches of these licenses please let me know.

They also dismiss concerns regarding fly ash stating both the „Wastes from the facilities are tested according to prescribed regulations. Fly ash and slags are disposed to prescribed landfills. "

Any specific details on slag and flyash disposal in Germany would be much appreciated. .

Regards Mariann

„AUSTRALIEN KANN DEN GIFTMÜLL SELBST ENTSORGEN“ 28.FEB.2007

Scheitert Genehmigungsverfahren? Chemiekonzern hat fehlende Dokumente nicht nach**gereicht Brunsbüttel (mir/jl)**

Noch immer ist der Chemiekonzern Orica aus Australien den Nachweis schuldig, dass der mit hochgiftigem Hexachlorbenzol (HCB) verseuchte Müll nicht auf dem fünften Kontinent entsorgt werden kann.

Solange dieses Dokument fehlt, wird das schleswig-holsteinische Landesamt für Natur- und Umweltschutz (LANU) den beantragten Giftmüll-Transport von Australien nach Brunsbüttel nicht genehmigen. Die Australier möchten gut ein Drittel des HCB-verseuchten Abfalls in der Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) in der Schleusenstadt entsorgen und den Rest in Nordrhein-Westfalen verbrennen lassen – insgesamt 20 000 Tonnen. „Das Genehmigungsverfahren ruht. Aus Australien haben wir keine Nachricht erhalten. Auch die erforderliche Analyse des Giftmülls liegt bislang nicht vor“, berichtete LANU-Pressesprecher Martin Schmidt gestern auf Nachfrage unserer Zeitung. Das Schweigen auf Seiten des australischen Konzerns verwundert die Behörde, zumal das erste von vier großen Frachtschiffen – beladen mit 300 Containern australischen Giftmülls – bereits am 1. April in Sydney ablegen und Kurs auf Brunsbüttel nehmen sollte.

Dr. Mariann Lloyd-Smith, stellvertretende Vorsitzende der Organisation „National Toxics Network“ in Australien, will herausgefunden haben, dass es in ihrem Land durchaus Entsorgungsmöglichkeiten für den Giftmüll gibt. Sie nennt sogar zwei Firmen: BCD Technologies in Brisbane und SRL Plasma Pty Ltd. in Melbourne. Hier könnte der Müll allerdings nicht durch Hochtemperatur-Verbrennung, sondern durch zwei andere patentierte Verfahren unschädlich gemacht werden. „Australien kann den Giftmüll selbst entsorgen“, schreibt Dr. Mariann Lloyd-Smith in einer Mail, die unserer Zeitung vorliegt. Bürgermeister Wilfried Hansen sagte am Montagabend anlässlich der Hauptversammlung des Gewerbevereins, die SAVA habe eine Betriebserlaubnis für 45 000 Jahrestonnen Rohstoffe im Jahr. „Nur knapp 7000 davon kommen aus Schleswig-Holstein, der Betrieb muss seine Rohstoffe aus der ganzen Welt besorgen.“

Die SAVA befinde sich dabei in einem globalen Wettbewerb mit China, Afrika, Australien und anderen Nationen. „Wir müssen als Industriestandort für die Betriebe auch verlässlich sein und können die Fahne nicht immer wieder nach dem Wind hängen. Die SAVA hat schließlich eine Betriebserlaubnis“, so Hansen. Selbstverständlich müsse der Giftmüll sicher angelandet und entsorgt werden. „Das setze ich natürlich voraus.“

„Kein Giftmüll aus Australien“ – unter diesem Motto steht die Demonstration am kommenden Sonnabend, 3. März, 11 Uhr, Marktplatz/Koogstraße, zu der eine Gruppe von Bürgern mit Unterstützung der Wählerinitiative für reelle Politik (WIR) aufruft.

VERTRAUENSVERLUST BEI DEN MENSCHEN, 28.FEBR. 07 RHEINISCHER ANZEIGER

Dormagen (sm) - „Bei der Verbrennung in der Rückstandsverbrennungsanlage (RVAD) werden Sonderabfälle vollständig zerstört sowie umweltgerecht und sicher entsorgt. Das ist ein erprobter und behördlich ständig überprüfter Vorgang, aus dem sich aus fachlicher Sicht keine gesundheitliche Beeinträchtigung ergibt“, erklärte Chemieparkleiter Dr. Walter Leidinger (links) am vergangenen Mittwoch. Er übergab die Antworten zum Fragenkatalog, den die Dormagener Agenda 21 beim Tag der offenen Tür der RVAD zur geplanten Entsorgung von 1.500 Tonnen HCB-Abfällen aus Australien überreicht hatte, an Manfred Puchelt (rechts) und seine Mitstreiter. Mit der Beantwortung aller 90 Fragen setze Bayer Industry Services (BIS) weiter auf Transparenz und Offenheit, so Leidinger. Der Chemieparkleiter stellte klar, dass das australische

Unternehmen Orica an BIS herangetreten sei, um die HCB-Abfälle zu entsorgen. „Wir fühlen uns der Stockholmer Konvention verpflichtet und leisten mit der Verbrennung einen Beitrag zum aktiven Umweltschutz“, unterstrich Leidinger. Gleichwohl bekundete Puchelt, dass viele Bürger das Vorhaben ablehnten, wobei das größte Problem der Vertrauensverlust sei: „Das Vertrauen ist nicht mehr da“. Seine Mitstreiterin Tanja Frank (Mitte) bekräftigte, dass das Verbrennen des eigenen Bayer-Mülls von der Bevölkerung durchaus akzeptiert werde, aber niemand verstehe, dass vor Ort in Dormagen Giftmüll aus dem 16.000 Kilometer entfernten Australien verbrannt werden soll.

Dazu:

Betr.: „Unterschriftenaktion und 90 gesammelte Fragen",

RA vom 14. Februar 2007 Eins vorweg: Ich habe Verständnis für Sorgen in der Bevölkerung bezüglich der geplanten Verbrennung von 2500 Tonnen HCB in der RVAD Dormagen.

Ich denke, Bayer Industry Services wird alle Fragen umfassend beantworten. Ganz entschieden muss ich Herrn Puchelt jedoch in einigen Punkten widersprechen. Den Besuchern der Anlage wird keine „heile Welt suggeriert". Tatsache ist, dass diese Anlage seit zwölf Jahren störungsfrei läuft und laufend online von den zuständigen Behörden überwacht wird. Die Einlassungen von Herrn Puchelt sind eine Beleidigung für die Mitarbeiter dieser Anlage, die seit zwölf Jahren dort ihre Arbeit gewissenhaft und verantwortungsvoll tun und ebenso Sorgen um die Gesundheit und Sicherheit ihrer Familien haben wie alle anderen Dormagener Bürger auch. Die RVAD Dormagen ist im übrigen keine übliche Müllverbrennungsanlage, sondern eine speziell zur Verbrennung von Chemieabfällen konzipierte Anlage. Sie steht daher auch nicht mit kommunalen Müllverbrennungsanlagen im Wettbewerb.

Und was ist schlecht daran, dass die Abwärme aus dieser Abfallverbrennung im Werk genutzt wird und damit der Einsatz von teurem und knappen Erdgas eingespart werden kann? Es ist auch nicht verwerflich, wenn diese Anlage profitabel ist, schließlich machen sich die Mitarbeiter der Bayer Industry Services durchaus Sorgen um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und sind froh, wenn sie in profitablen Anlagen arbeiten.

Walter Schulz, Dormagen, Friedrich-Ebert-Straße 3

PRESSEERKLÄRUNG DER DORMAGENER AGENDA 21 3. MÄRZ 2007

Für Bayer-Mitarbeiter Verständnis statt Beleidigung

Dormagen. Als Leiter des BIS-Chemieparks hat Walter Schulz im Jahr 2004 im Dormagener Stadtrat die Erweiterung der Bayer-Sondermüllverbrennungsanlage (SMVA) auf 75.000 Jahrestonnen präsentiert. Leider ist auf dem Weg von der eiligen "Anhörung" im Rat zur eiligen "Entscheidung" im Hauptausschuss beim - vom CDU-Bürgermeister Hauschild formulierten Beschlussvorschlag - die regionale Beschränkung auf Deutschland abhanden gekommen.

Es ehrt Herrn Schulz, dass er auch noch im Ruhestand seine früheren Kollegen der SMVA gegen Kritik öffentlich verteidigt. Nur hat Manfred Puchelt von der Dormagener Agenda 21 die Bayer- Mitarbeiter gar nicht "beleidigt". Bei der Übergabe der Antworten auf die 90 Fragen im Beisein der Journalisten sagte er: "Sie haben die neueste Technik mit Prozessleit-Elektronik, halten alle Grenzwerte ein und Ihre Mitarbeiter sind bestens qualifiziert. Sie verhalten sich völlig korrekt." Also: keine Beleidigung sondern Respekt vor der speziellen Situation, in der sich Bayer-Mitarbeiter befinden. "Aber Bayers wissenschaftlicher Erkenntnishorizont reicht auch nur bis zum heutigen Tag. So wie Bayer im Umgang mit Gefahrstoffen seit 10 Jahren

schlauer geworden ist und sein Verhalten korrigiert hat, wird es im Umgang mit diesen Stoffen auch in Zukunft neue weitere lebenswichtige Erkenntnisse gewinnen. Wir glauben: Giftmüll-Verbrennung birgt Gesundheits- Risiken. Fragen wir in 5 Jahren noch einmal gezielt nach, was dann alles neu bewertet werden muss. Wir bezweifeln, dass Bayer diesen komplexen Vorgang der Verbrennung von Giftmüll technisch und menschlich jederzeit voll im Griff hat. Deshalb halten wir als Dormagener Agenda 21 die Ausweitung des weltweiten Mülltourismus - hier speziell aus Australien - für nicht verantwortbar. Wir können nachweisen, dass dort mit eigenen Anlagen entsorgt werden kann."

Ein geflügeltes Sprichwort in dieser Situation lautet: 'Eine eigene Meinung zu haben, können sich nur ganz Unabhängige leisten.' "Vor diesem Hintergrund überrascht uns das völlige Stillschweigen der Dormagener Politikerinnen und Politiker, speziell von SPD und CDU. Die Tatsache, dass man einmal im Jahr 2004 eine Fehlentscheidung getroffen hat, muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass man bei neuen Erkenntnissen nicht kräftig gegensteuert. 'Es gibt viel zu tun, warten wir es ab', kann für Politiker nicht die Problemlösung sein. Das gilt auch für unseren gewählten CDU- Landtagsabgeordneten und früheren Bayer-Mitarbeiter Karl Kress. Auch ihm wurde das Angebot der einheimischen australischen Entsorgerfirma Dolomatrix an Fa. Orica samt Verfahrensbeschreibung von der Dormagener Agenda 21 inzwischen vorgelegt.

Wer in einem System eingebunden ist, braucht viel Zivilcourage, um gegenzusteuern. Dabei wissen die Menschen Zivilcourage durchaus zu schätzen: Hinter jeder der bisher gesammelten ca. 450 Unterschriften gegen den Giftmüll-Import aus Australien steht ein solches mutiges persönliches Bekenntnis. Viele Menschen mussten ihre eigene Angst überwinden, und trauten sich erst dann zu unterschreiben."

Manfred Puchelt Dormagener Agenda 21 Bismarckstr. 106 41542 Dormagen,

---

KEIN ERMESSENSSPIELRAUM BEI GENEHMIGUNG VON SONDERMÜLL-IMPORTEN AUS AUSTRALIEN

Dr. Alexander Schink
Staatssekretär im Ministerium
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Landtag Dr. A. Schink: Kein Ermessensspielraum bei Genehmigung von Sondermüll-Importen aus Australien

Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landtages von Nordrhein-Westfalen Düsseldorf, 28. Februar 2007

Sperrfrist: Beginn der Rede.
Es gilt das gesprochene Wort.

Um es gleich vorweg zu nehmen, einen Ermessensspielraum bei der Frage der Genehmigung von Giftmüllimporten aus Australien hat das Land nicht. Da im Text des Abgeordneten Kollegen Remmel aber einige Rechtsbegriffe sehr durcheinandergehen, gestatten Sie mir zunächst, diese näher zu erläutern.

Mit der Gewährung von Ermessen verleiht der Gesetzgeber der Verwaltung einen Spielraum zu eigener und eigenverantwortlicher Wahl und Entscheidung. In der Rechtsgrundlage für eine solche Ermessensentscheidung heißt es z.B., „die Behörde kann die Genehmigung erteilen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Von einem gebundenen Verwaltungsakt spricht man hingegen dann, wenn ihn die Behörde bei Vorliegen der im gesetzlichen Tatbestand bezeichneten Voraussetzungen erlassen muss. Auf den Erlass einer gebundenen Entscheidung besteht ein Anspruch, wenn die Voraussetzungen vorliegen.

Von einem Beurteilungsspielraum spricht man, wenn mehrere Rechtsanwender bei der Anwendung desselben unbestimmten Rechtsbegriffs auf denselben Sachverhalt zu unterschiedlichen Lösungen kommen können und dürfen.

Die EG-Abfallverbringungsverordnung ist in diesem Punkt eindeutig. In Art. 4 und Art. 20 der Verordnung heißt es:

Die zuständige Behörde am Bestimmungsort muss innerhalb einer bestimmten Frist entscheiden-,"ob sie die Verbringung mit oder ohne Auflagen genehmigt oder verweigert. Sie muss die Genehmigung erteilen, sofern keine Einwände bestehen.

Es ist also zu prüfen, ob Einwandgründe bestehen. Die möglichen Einwandsgründe sind in der Abfallverbringungsverordnung aufgeführt. Ermessen besteht nur in der Frage, ob die Behörde tatsächlich vorhandene Einwände erhebt oder davon absieht.

Das heißt konkret: Nur wenn die in der Verbringungsverordnung aufgeführten Einwandgründe vorliegen, kann die Behörde im pflichtgemäßen Ermessen entscheiden, ob sie Einwände erhebt oder nicht. Es kommt also entscheidend darauf an, ob Einwandsgründe vorliegen.

Oder, mit anderen Worten: Die Behörde ist auch hierbei selbstverständlich an Recht und Gesetz gebunden. Sie kann keine Einwandgründe erfinden. Lassen Sie mich daher die Einwandsgründe benennen, die im vorliegenden Fall in Betracht gezogen werden könnten.

Ausdrücklich geregelt ist in Art. 4 Abs. 3 der Abfallverbringungsverordnung, dass die einzelnen Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen können,

- um die Verbringung von Abfällen allgemein oder teilweise zu verbieten

  oder

- um gegen jede Verbringung Einwand zu erheben mit dem Ziel, das Prinzip der Nähe, den Vorrang für die Verwertung und den Grundsatz der Entsorgungsautarkie zur Anwendung zu bringen.

Solche Maßnahmen können jedoch nicht die Landesbehörden ergreifen, sondern nur die Mitgliedstaaten, d.h. in diesem Fall die Bundesregierung.

Minister Eckhard Uhlenberg hat vor diesem Hintergrund seinen Kollegen, Herrn Umweltminister Gabriel, angeschrieben und ihn auf die Problematik hingewiesen. Wir haben von ihm noch keine Antwort erhalten, aber Presseverlautbarungen entnehmen müssen, dass Herr Gabriel solchen Abfallimporten wohl eher aufge-

schlossen gegenübersteht. Einwandgründe, die den Landesbehörden zur Verfügung stehen und die wir geprüft haben, könnten sein:

- dass die Beseitigungsanlage zur Beseitigung von Abfällen benötigt wird, die an einem näher gelegenen Ort angefallen sind. Das ist jedoch nicht der Fall, die Anlagen verfügen über freie Kapazitäten.
- Auch wenn, die Verbringung gegen nationale Vorschriften zum Schutz der Umwelt verstieße, könnte ein Einwand erhoben werden. Das wäre z.B. der Fall, wenn die Anlagen für die Entsorgung dieser Abfälle nicht zugelassen wären. Auch das haben wir überprüfen lassen, mit dem Ergebnis, dass der Einsatz der Abfälle in diesen Anlagen zulässig ist. Verstöße gegen nationales Recht haben wir nicht feststellen können.

Berücksichtigen müssen wir in diesem Zusammenhang, dass nach der Abfallverbringungsverordnung das Prinzip der Nähe und der Grundsatz der Entsorgungsautarkie dann keine Anwendung finden sollen, wenn gefährliche Abfälle in so geringen Mengen anfallen, dass die Einrichtung neuer Spezial-Beseitigungsanlagen im Versandstaat unrentabel wäre. Vor diesem Hintergrund ist, so schreibt es Artikel 19 Abs. 3 der Verbringungsverordnung vor, vom Ausfuhrstaat ein ausreichend begründeter Antrag vorzulegen, der sich darauf stützt, dass er die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die Beseitigung der Abfälle nicht besitzt und billigerweise nicht erwerben kann.

Ein solcher Antrag der australischen Regierung liegt uns bis jetzt noch nicht vor. Wenn uns ein solcher Antrag vorliegt, werden wir ihn unsererseits einer sorgfältigen Prüfung unterziehen.

Die Behauptung, die Landesregierung verstecke sich hinter „vermeintlichen Rechtsetzungen", weise ich daher entschieden zurück. Diese Landesregierung entscheidet nach Recht und Gesetz.

ANLAGE:

Einfuhr von Abfällen zur Beseitigung aus Australien in die Europäische Gemeinschaft nach Maßgabe der EG-Abfallverbringungsverordnung

1. **Voraussetzungen für die Einfuhr (Art. 19 und 20)**

- Art. 19 Abs. 1
  Buchst., b: Jede Einfuhr von zur Beseitigung bestimmten Abfällen in die Gemeinschaft ist verboten, mit Ausnahme der Einfuhr aus ... Ländern, die Vertragsparteien des Basler Übereinkommens sind (so z.B. Australien)
- Art. 19 Abs. 3:
  Die in Abs. 1 Buchst., b) genannten Länder werden ersucht, zuvor der zuständigen Behörde des Empfängermitgliedstaats einen ausreichend begründeten Antrag zu unterbreiten, der sich darauf stützt, dass sie die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die Beseitigung der Abfälle in einer umweltverträglichen Weise nicht besitzen und billigerweise nicht erwerben können.
- Art. 20 Abs. *2:*
  Die zuständige Behörde am Bestimmungsort genehmigt die Verbringung nur, sofern keine Einwände bestehen.
- Art. 20 Abs. 3
  Die zuständige Behörde am Bestimmungsort kann binnen 60 Tagen... Einwände nach Artikel 4 Absatz 3 erheben.

2. **Möglichkeiten der Einwanderhebung nach Art. 4 Abs. 3**

- **Buchst., a): Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten ergreifen können:**
  i. Um das Prinzip der Nähe, den Vorrang für die Verwertung und den Grundsatz der Entsorgungsautarkie auf gemeinschaftlicher und einzelstaatlicher Ebene gemäß der Abfallrah-

menrichtlinie zur Anwendung zu bringen, können die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, um die Verbringung von Abfällen allgemein oder teilweise zu verbieten oder um gegen jede Verbringung Einwand zu erheben. Diese Maßnahmen werden unverzüglich der Kommission mitgeteilt, die die anderen Mitgliedstaaten unterrichtet.

Prinzip der Nähe bedeutet, dass weiträumige Transporte und damit einhergehende Belastungen zu vermeiden sind.

Grundsatz der Entsorgungsautarkie bedeutet, das die Gemeinschaft insgesamt und jeder Mitgliedstaat in die Lage versetzt werden soll, die Abfallbeseitigung selbst sicherzustellen. ii)

Einschränkung:

Ziffer i) findet keine Anwendung, wenn gefährliche Abfälle insgesamt pro Jahr im Versandmitgliedstaat in so geringen Mengen anfallen, dass die Einrichtung neuer Spezial-Beseitigungsanlagen in diesem Staat unrentabel wäre. In diesem Fall arbeitet der Empfängermitgliedstaat mit dem Versandmitgliedstaat zusammen, um das Problem bilateral zu lösen (iii). Wird keine zufriedenstellende Lösung gefunden, können beide Mitgliedstaaten die Angelegenheit der Kommission unterbreiten, die im Komitologieverfahren (Art. 18 AbfRRL) entscheidet.

- **Buchst. b): Maßnahmen, die die Landesbehörden ergreifen können:**

Behörden können Einwände erheben -wobei die geografischen Gegebenheiten oder der Bedarf an besonderen Anlagen für bestimmte Abfallarten berücksichtigt werden - wenn diese Verbringung nicht gemäß der Abfallrahmenrichtlinie, insbesondere den Artikeln 5 und 7 erfolgt. (Art. 5: Netz von Beseitigungsanlagen, das es erlaubt, die Entsorgungsautarkie zu erreichen und es gestattet, dass die Abfälle in einer der am nächsten gelegenen Entsorgungsanlagen beseitigt werden; Art. 7: Abfallwirtschaftspläne).

AUFLISTUNG DER EINWANDSGRÜNDE:

- um den Grundsatz **der** Entsorgungsautarkie auf gemeinschaftlicher und einzelstaatlicher Ebene anzuwenden (Erläuterung s.o.);
- wenn die Beseitigungsanlage zur Beseitigung von Abfällen benötigt wird, die an einem näher gelegenen Ort angefallen sind, und wenn die zuständige Behörde solchen Abfällen Vorrang einräumt **(Prinzip der Nähe,** dahingehend eingeschränkt, dass Abfälle aus näher gelegenen Orten vorrangig angenommen werden können);
- um sicherzustellen, dass die Verbringung **im Einklang mit den Abfallbewirtschaftungsplänen** steht (nur soweit einen AWP hierzu Regelungen enthält).

Buchst., c): weitere Einwandmöglichkeiten für die Landesbehörden:

- **wenn die Verbringung nicht gemäß den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zum Schutz der Umwelt, zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder zum Schutz der Gesundheit erfolgt *{z.B. wenn die* Beseitigungsanlage *nicht über die nötige Zulassung verfügt oder der Transport solcher Abfälle national verboten wäre);***
- **wenn sich die notifizierende Person oder der Empfänger in der Vergangenheit illegale Verbringungen haben zuschulden kommen lassen oder**
- **wenn die Verbringung gegen Verpflichtungen aus internationalen Übereinkommen verstößt.**

Pro-Herten-Antwort auf AGR- Betriebsratunterstellungen

Von: J.Jürgens [mailto:jj(at)pro-herten.de]
Gesendet: Donnerstag, 1. März 2007 13:42
An: 'wmatzner.geab(at)agr.de' (Betriebsrat AGR)
Cc: 'klink(at)rvr-online.de'

Betreff: „Mitarbeiter im RZR sind sauer“

Sehr geehrter Herr Matzner.

Mit Interesse habe ich heute den Stadtspiegel gelesen „Mitarbeiter im RZR sind sauer“ … weiter. „Wir manipulieren hier nichts“ ……

Bitte glauben Sie uns, dass wir durchaus in der Lage sind, zwischen den Bedürfnissen der dort arbeitenden Menschen und der allgemein merkantil ausgerichteten „Entsorgungspolitik“ zu unterscheiden.

Den Mitarbeitern unterstellen wir keine unredlichen Tätigkeiten. Das ist weder von uns oder irgend wem jemals geschehen. Sieht man einmal ab, dass die eine oder andere Presse glaubt, unsere Gedanken lesen zu können und um es dann fälschlich als Tatsache zitieren zu dürfen. Das ist vergleichbar genau so irrenführend und unsachlich, wie im Werbefilm des RZR behauptet wird, die Luft (was ist übrigens Luft?) die aus dem Kamin des RZR entweicht, wäre sauberer als die Umgebungsluft.

Die Reaktionen die von ihrer Seite kommen (ich meine jetzt nicht die Mitarbeiter des RZR’s) stimmen mich bedenklich nachdenklich.

Als ehemaliger freigestellter Betriebsrat (Angestelltenvertreter) der RAG und der damaligen Gewerkschaft IGB kann ich Ihnen sagen, dass ich hier durchaus Parallelen sehe. Auch wir wurden damals "Par Ordre De Mufti" von politischen Entscheidungen geprägten Führungsstrukturen der Gesellschaft ú durchaus in enger Abstimmung mit der Gewerkschaft ú instrumentierend auf die Straße geschickt. Die Arbeitsplätzen gingen trotzdem verloren.

So sind mir die Ihrigen Aktionen durchaus nicht ganz fremd. Nur erreichen sie nicht den Adressaten.

Das RZR, das HCB- Geschäft, hat für uns überhaupt nicht die Bedeutung, die uns unterstellt wird . Hier handelt es sich um eine Shareholder Value Aktion, die auch im gewissen Sinn Parallelen zu Ackermann, Deutsche Bank, Siemens, Volkswagen etc., mit Gewinnen und Entlassungen im Zusammenhang zu sehen sind. Ich kenne jetzt schon die Argumente wenn es bei Ihnen aufgrund betriebswirtschaftlichen Gründen zu Entlassungen kommen könnte. Sicherlich treten dann die „ diffamierenden Bürger“ als Verursacher in den Vordergrund.

Sie als Betriebsrat stehen dann vor der fragwürdigen Aufgabe der Vernichtung von Arbeitsplätzen und den damit verbundenen Existenzen eine Zustimmung geben zu müssen. Keiner ihrer „Oberen“ würde in diesem Zusammenhang von z.B. dem Missmanagement in der Brochier Sache sprechen, denn damit würde sich Ihr Firmenestablishment selbst an den Pranger stellen müssen. Um so einfacher sollen dann besorgte Bürger hier den Sündenbock spielen?

Lassen Sie uns doch ganz sachlich an die Sache herangehen. Bei der derzeitig ausgewiesenen Luft-Belastung, die weltweit nur noch mit China vergleichbar ist, (sh. Max-Plank-Institut), darf die Frage erlaubt sein, ob wir Verbrennungsanlagen - gleich welcher Art - in unserem Ballungszentrum auf Dauer, die mehr

als unsere eigenen Bedürfnisse der Region abdecken, noch akzeptieren können. Das RZR, glauben Sie mir, ist hier als Anlage und auch als Argument nur ein Fliegenklecks im globalen Spiel.

Mit freundlichem Gruß
Joachim Jürgens, Kopie Verbandspräsident RVR

EMAILANFRAGE DES SOUTHERN COURIER AN PRO-HERTEN

Von: Cara Davis [mailto:cdavis(at)fpc.com.au]
Gesendet: Donnerstag, 1. März 2007 01:18
An: jj(at)pro-herten.de
Betreff: Orica - Australia

Hello,

I am a journalist for a newspaper from Sydney, the ***Southern Courier***. I understand you sent the below email to Michael Daley (see below), the local Member for Maroubra in Sydney - in reference to Orica's application to export its waste to Germany. Is it ok if I use some of this email in a story I am writing about the issue? If so, could you please tell me your name, what company you work for, and what your interest in this issue is.

I would like to include your opinion in my story about the dumping of the HCB waste.

Thanks, Cara Davis, Reporter, Southern Courier, 02 9353 0131

E:cdavis(at)fpc.com.au W: www.fpc.com.au
>>> J.Jürgens <jj(at)pro-herten.de> 26/02/2007 2:37 am >>>

Dear Sirs
I ask your attention for the appendix. Here you can find, that NGO's early in September 2006 pointed out to the fact, that Australia will be made responsible for the own toxic waste by international monitoring.
So I can not understand the intention of the Daley-letter published now by Orica. We people of Ruhrgebiet in Germany are not to be made responsible for recent failures of Australians hazardous waste politics.

Your Country is neither Togo, Nigeria nor any third world Country with low level development. Yours is a highly industrialized country.
You do presently enjoy a lot of attention on your Idea to change energy-savings lamps.
It would cause even more respect, to spend attention in know-how destroying your own toxic garbage!
Respectfully

AUSTRALIEN, UNSER MÜLL SOLLTE NICHT IN BEWOHNTER UMGEBUNG VERNICHTET WERDEN

BUSINESS In Brief Source: Southern Courier Author: Staff Writer Posted: Thu 11 Jan, 2007 Related articles Dealing with neighbours... Bold new prints work like a charm... hot stocks... Climate action and new media hub...

Royal Randwick Shopping Centre patron Katie Fisher catches the Starlight spirit. Send HCB overseas, say experts An independent panel has recommended that chemical company Orica proceed with its plans to export 10,500 tonnes of hazardous waste to Germany, finding that the waste should not be destroyed in an urban environment. Orica had attempted to find a suitable location in NSW for a disposal facility for the hexachlorobenzene (HCB) waste, but was unsuccessful. The head of the Department of Planning, Sam Haddad, said the expert panel had endorsed the site selection and screening process adopted by Orica, and agreed with the company that the waste should be shipped overseas for disposal. Mr Haddad said the HCB would continue to be stored safely at the Orica site in Botany while the company waits on export approval from the

Commonwealth Government. New faces for Sydney Ports The former chairman of the State Rail Authority, Paul Binstead, has been appointed as the new chair of the Sydney Ports Corporation (SPC). Announcing the appointment, the Treasurer and Minister for Infrastructure Michael Costa said Mr Binstead, who has already served on the board of the SPC, brought "major project management and operational experience to the position". Mr Costa also announced that Trevor Robertson, a former naval commander, would be filling another SPC board position. Both Mr Binstead and Mr Robertson have been appointed for three years. Randwick shoppers share starlight Shoppers at Royal Randwick Shopping Centre are being encouraged to shell out a few extra dollars for specially-designed purple and gold Christmas tree decorations to assist the Starlight Children's Foundation. The ornaments, on sale for $3 (or $5 for two) are available to any Royal Randwick customer and are the perfect way to spread the festive cheer a little further. A spokesperson for Starlight said the organisation currently reached only one in three children admitted to hospital, but the aim was to make their programs accessible to all. Centre manager David McStravick said that it cost Starlight an average of $5000 to grant a child's wish. "We hope that shoppers will feel encouraged to purchase one of the tree decorations, to help make a difference for local Starlight children and their families," he said.

DETLEF MATTHIESSEN, MDL, (GRÜNE) EMAIL AN MALCOM TURNBULL

Email- Nachricht-

An: 'malcolm.turnbull.mp(at)aph.gov.au'; 'Kevin.Rudd.MP(at)aph.gov.au'; senator.bob.brown(at)aph.gov.au'

Betreff: Toxic Waste

Dear Sir,

I´m the parliamentary spokesman of environmental affairs of the Green Parliamentary group in the federal state of Schleswig-Holstein, Germany. Herewith, I would like to inform you about a parliamentary initiative that I took last week concerning the shipment of toxic waste from Australia to Brunsbüttel Harbour in Schleswig- Holstein, Germany.

On February 21, 2007 the Schleswig-Holstein parliament has dealt with a motion concerning the intended transportation of toxic waste from Australia to Brunsbüttel. In this motion the government of Schleswig-Holstein is asked to take all steps in order to stop the transport of toxic waste to Germany. In the parliamentary discussion the speakers of all parliamentary groups have stated that they refuse this transport of extremely toxic waste. The motion will furthermore be dealt with in the commission for environmental affairs.

With this letter I would like to ask you to respect the position of the Schleswig-Holstein parliament and to find a solution for disposing your toxic waste in Australia or somewhere nearby.

With best regards from Kiel Detlef Matthiessen, MdL (= MP)

Übersetzung Pro-Herten(ohne Gewähr)

Sehr geehrte Herren, ich bin der parlamentarische Sprecher für Umweltangelegenheiten der Parlamentarischen Gruppe der Grünen im Bundesstaaten Schleswig-Holsteins, Deutschlands. Hiermit würde ich Sie gern über eine parlamentarische Initiative informieren, die ich letzte Woche bezüglich der Sendung des australischen Gifttransportes zum Brunsbüttel-Hafen in Schleswig-Holstein, Deutschland, anregte. Am 21. Februar 2007 hat sich das Parlament von Schleswig-Holstein mit dem Vorhaben bezüglich des beabsichtigten Transports Gifttransportes von Australien nach Brunsbüttel befasst. In diesem Antrag wird die Regierung Schleswig-Holsteins gebeten, alle Schritte zu unternehmen, um den Transport des Giftmülls nach Deutschland zu unterbinden. In der parlamentarischen Diskussion waren sich die Redner aller Parteien einig, dass

sie diesen Transport ablehnen. Mit diesem Vorgang wird sich außerdem die Kommission für Umweltangelegenheiten befassen. Mit diesem Brief möchte ich Sie bitten, die Position des Parlaments von Schleswig-Holstein zu respektieren und eine Lösung zu finden, um Ihren Giftmüll in Australien bzw. in unmittelbarer Nähe zu entsorgen. Mit besten Grüßen von Kiel

UNGELIEBTES HCB, 2.3.2007, TAZ

Giftmüllimport aus Australien unnötig: Papier beweist, dass Müll "down under" entsorgt werden kann

HERTEN taz Der Import von australischem Giftmüll nach Nordrhein-Westfalen steht vor neuen Hindernissen. "Das Genehmigungsverfahren liegt zur Zeit auf Eis", erklärte das Umweltministerium gestern. Die australischen Behörden müssten noch beweisen, dass der mit Hexachlorbenzol verseuchte Müll nicht vor Ort entsorgt werden kann. Dies ist eine Bedingung des Baseler Abkommens, dass den internationalen Transport von Giftmüll regelt. "Wir gehen davon aus, dass die Australier dies sorgfältig prüfen," erklärte Sprecherin Sabine Raddatz der taz.

Dass der Transport zustande kommt, wird damit immer unwahrscheinlicher. Bereits im September 2006 unterbreitete die australische Firma Dolomatrix dem Mülleigentümer Orica das Angebot, den Sondermüll in Australien zu entsorgen. Aus dem Schreiben, das der taz vorliegt, geht hervor, dass eine Entsorgung des Mülls durch das Plascon-Verfahren möglich ist. Hierbei wird das HCB unter Plasma-Schutzgas bei einer Temperatur von 10.000 Grad verbrannt. Laut Dolomatrix ist diese Entsorgungsart kommerziell erträglich verwendbar.

Dennoch sei der Transport nach Deutschland billiger als eine Entsorgung "down under" wie Joachim Jürgens von der Bürgerinitiative "Pro Herten" erklärt. Er gehe trotzdem davon aus, "dass der Transport nicht zustande kommt." Das NRW-Umweltministerium will weiterhin keine endgültige Klärung der Frage erzwingen: "Wir stehen im Kontakt, aber drängen nicht auf eine Entscheidung", so Raddatz. Die ehemalige Landes-Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) kritisierte am Mittwoch die Haltung des Ministeriums. Gegenüber dem WDR erklärte sie: "Wenn man wartet, bis eine offizielle Stellungnahme vorliegt, hat man bereits einen Fehler gemacht." CHRISTIAN WERTHSCHULTE

BRUNSBÜTTEL, RESOLUTION GEGEN GIFTMÜLL ABGELEHNT- BRUNSBÜTTELER ZEITUNG

WIR-Mitglieder bei Abstimmung in der Ratsversammlung allein auf weiter Flur

Von Michaela Reh

Brunsbüttel – Nur die Wählerinitiative für reelle Politik (WIR) will den Giftmüll-Transport aktiv verhindern. Alle anderen Parteien haben bei der Sitzung der Ratsversammlung am Mittwoch die Verabschiedung der Resolution „gegen den Umschlag australischen Giftmülls in Brunsbüttel“ abgelehnt.

In dem von der WIR ausgearbeiteten Papier heißt es, dass sich die Stadt entschieden gegen den geplanten Transport australischen Giftmülls und die Zwischenlagerung, Verteilung und Verbrennung ausspreche. „Brunsbüttel darf nicht zum Umschlagplatz für den Giftmüll der Welt werden.“ Deshalb würden alle beteiligten Stellen aufgefordert, das Projekt zu stoppen. Der australische Chemiekonzern Orica hatte beantragt, mit Hexachlorbenzol (HCB) verseuchten Giftmüll in der Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) Brunsbüttel und in Nordrhein-Westfalen zu entsorgen – insgesamt 22 000 Tonnen. Vom Brunsbütteler Elbehafen aus soll der Müll in die SAVA und in die weitere Verbrennungsanlagen transportiert werden. HCB ist krebserregend und hochgiftig.

„In der Sache liegen wir nicht weit auseinander. Selbstverständlich bin ich gegen unnötige Mülltransporte. Aber ich denke, wir brauchen keine Resolution“, sagte Andreas Wohlert (CDU). Das Thema Umweltschutz müsse man heutzutage global sehen. „Natürlich sollte jedes Land seinen eigenen Müll entsorgen. Aber nicht alle Länder können das.“ Wenn Australien tatsächlich nicht in der Lage sei, den belasteten Müll auf dem fünften Kontinent zu entsorgen, sei es besser, ihn in der SAVA in Brunsbüttel fachgerecht zu verbrennen als überhaupt nicht oder unsachgemäß zu vernichten. Wohlert wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das schleswig-holsteinische Landesamt für Natur- und Umweltschutz (LANU) bereits Mitte Februar die von dem Unternehmen Orica beantragte Genehmigung für den Transport vorläufig untersagt hat. Grund: Es fehlen Dokumente, unter anderem der Nachweis, dass der Giftmüll eben gerade nicht in Australien entsorgt werden kann. „Das zeigt, dass die Kontrollmechanismen unserer Behörden funktionieren. Hier ist keine Resolution erforderlich“, unterstrich Wohlert. Ihn ärgert, dass der Standort Brunsbüttel durch die Giftmüll-Diskussion derart schlecht gemacht werde.

Bernd Ußkilat (SPD) vertritt dieselbe Meinung wie Wohlert: „Eine Resolution ist überflüssig. Es gibt die Baseler Konvention, in der sich Staaten verpflichtet haben, ihren Giftmüll möglichst im eigenen Land zu entsorgen.“

Ingrid Möller konnte der Argumentation Wohlerts und Ußkilats nicht folgen: „Wenn wir zulassen, dass dem Unternehmen Orica die Genehmigung für den Transport erteilt wird, wird Brunsbüttel zum Umschlagplatz für Giftmüll werden. Wir müssen jetzt signalisieren: Wir wollen das nicht! Das sind wir auch unseren Kindern und Enkelkindern schuldig.“ Als gefährlich stuft Möller außerdem den Umstand ein, dass der Giftmüll, der für die SAVA bestimmt ist, dort nicht von heute auf morgen verbrannt wird. „Der wird in der SAVA auch erstmals zwischengelagert.“ Sie betonte: „Uns geht es darum zu verhindern, dass Brunsbüttel zum Drehkreuz für Giftmüll wird und die verseuchten Stoffe von hier aus per Bahn oder Lkw in entfernt gelegene Verbrennungsanlagen transportiert werden.“ Hier bekam sie Schützenhilfe von ihrem Parteifreund Bernd Brandt: „Bahntransporte sind nicht ungefährlich. Das hat erst kürzlich der Unfall in Tornesch gezeigt.“ Nicht jeder gewonnene Arbeitsplatz dürfe zur Belastung für den Bürger in Brunsbüttel werden. Nach Ansicht von Ingrid Möller haben sich SPD und CDU in der Sitzung bewusst nicht zur Gefahr geäußert, dass Brunsbüttel zum Umschlagplatz für Giftmüll werden könnte. „Da fehlen ihnen einfach die Argumente.“

- Gleich zu Beginn der Sitzung der Ratsversammlung hat Bernd Brandt (WIR) eine Liste mit 914 Unterschriften gegen den Giftmüll-Transport an Bürgermeister Wilfried Hansen überreicht.

- Morgen (03.03.2007) ruft eine Gruppe von Bürgern mit Unterstützung der WIR zu einer Demonstration unter dem Motto „Kein Giftmüll aus Australien“ auf. Treffpunkt ist um 11 Uhr der Marktplatz in der Koogstraße. Von dort aus geht es gemeinsam zum Gustav Meyer- Platz. Hier werden Dr. Kai Schwonberg (WIR) und Pastorin Birgit Mahn zu den Demonstranten sprechen. Resolution gegen Giftmüll:

MORAL VERKAUFT, KOMMENTAR VON STEFAN SCHMID BRUNSBÜTTELER ZEITUNG

Die Haltung von CDU und SPD ist keine große Überraschung. Für das Ziel der Jobsicherung am Standort hat man die eigene Moral unlängst verkauft.

Dabei wäre es eine gute Gelegenheit gewesen, zu zeigen, dass man auch an einem Industriestandort nicht jeden globalen Mist haben muss, der hier verbrannt werden soll. Mit der Verabschiedung der Giftmüll-Resolution hätte man sich nicht viel kaputt gemacht. Schließlich richtet sie sich nicht gegen die SAVA. Um das Werk geht es den Giftmüll- Gegnern gar nicht, sondern darum, zu verhindern, dass der Elbehafen zur Drehscheibe und zum Lagerplatz für gefährliche und tödliche Toxine aller Art und aus allen Teilen der Welt wird.

Der Hinweis auf intakte Genehmigungsverfahren ist daher ein sehr schwaches Scheinargument und soll nur davon ablenken, dass es der Stadt im Prinzip egal ist, was im Elbehafen ankommt – solange es nur genehmigt ist.

Eine solche Einstellung ist nicht nur höchst erbärmlich, sie muss auch Bürgern, die hier leben, in wirkliche Sorge versetzen.

UMWELTGIFTE UND IMAGESCHÄDEN EV.KIRCHE HERTEN

Widerstand gegen die Verbrennung von australischem Müll wächst

Lange Jahre war es recht still geworden um das Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) im Industriegebiet Emscherbruch / Herten -Süd. Dies hat sich seit Dezember 2006 schlagartig geändert! Aktueller Anlass: die geplante Verbrennung von australischem Sondermüll in der Hertener Anlage. Dagegen richtet sich neuer Protest. Über die Hintergründe der geplanten Verbrennung von 5.000 Tonnen des mit dem Umweltgift Hexachlorbenzol belasteten Materials der Firma Orica ist in der Presse ausführlich berichtet worden.

Auch das Presbyterium der Kirchengemeinde hatte in einem Leserbrief massive Bedenken geäußert und forderte ein Moratorium zur Klärung aller anstehenden Fragen zu dem Müllgeschäft. Ebenso war die Gemeinde mit der Initiative „ProHerten" und der Stadt Herten Veranstalter einer öffentlichen Diskussionsrunde am 6. Februar 2007 im Glashaus in Herten, zu der auch die ehemalige NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn (MdB Grüne), angereist war. Deutlich wurde an diesem Abend: Der Widerstand gegen die Verbrennung wächst. Auch in Australien sind die deutschen Aktivitäten nicht unbemerkt geblieben. Bärbel Höhn signalisierte den Protestlern zu, ihren Einfluss geltend zu machen und Kontakte nach Australien aufzunehmen. Zwischenresultat: Auch wenn rechtlich angeblich alles klar geht, sieht sich die AGR als Betreibergesellschaft mit gesellschaftlicher Ablehnung des Geschäfts konfrontiert. Wie die Sache auch ausgehen wird, eines steht jetzt schon fest: Das RZR hat einen massiven Image-Schaden erlitten! So schnell und geräuschlos wie es am Anfang aussah, lässt sich diese Entsorgung wohl nicht erledigen! *Bernhard Stahl, Pfarrer*

LAUFZEIT DES PROJEKTES BETRÄGT DREI JAHRE, 3.3.07 BRUNSBÜTTELER ZEITUNG

Dr. Kemmler

Am Leitstand der Brunsbütteler SAVA: Rolf Meyer (links) und Christian Jürgens steuern die Verbrennung im Drehrohrofen und in der Nachbrennkammer. Fotos: Lotze SAVA:

Von dem Gift wird nichts übrig bleiben Umweltneutrale Entsorgung garantiert

Von Jörg Lotze

Brunsbüttel– „Ich kann die Besorgnis der Bürger wegen des geplanten Abfalltransportes aus Australien durchaus verstehen“, sagt Dr. Martin Kemmler. Was aber die Entsorgung in Brunsbüttel angeht, sieht der Geschäftsführer der Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) keinen Anlass zur Sorge: „Wir entfernen das Hexachlorbenzol (HCB) vollständig, ohne dass Umwelteinwirkungen messbar werden.“ Nachweislich hat der australische Chemiekonzern ORICA seit mehreren Jahren versucht, die angesammelten und mit HCB belasteten Rückstände aus seiner chemischen Produktion zu entsorgen. „Die Australier sind seriös, ich habe selten ein Unternehmen erlebt, das sich so viele Gedanken über die umweltneutrale Beseitigung seiner Sonderabfälle macht und dabei bereit ist, derartig viel Geld in die sichere Entsorgung auszugeben“, sagt Dr. Kemmler. Mehrere zig Millionen Euro werden investiert, um das Gefahrgut zu verpacken und sicher zu den drei Verbrennungsanlagen nach Deutschland zu bringen. „Damit nutzen die Australier die Entsorgungsmöglichkeit mit den höchsten Umweltstandards.“ Dass die gefährlichen Abfälle – 22 000 Tonnen waren ursprünglich beantragt, rund 15 000 Tonnen werden es wohl werden – um die halbe Erdkugel gefahren werden müssen, liege daran, dass es auf dem fünften Kontinent keine Technik gibt, die diese Aufgabe sicher und vollständig erledigen könnte. „Man hat es in Australien schlicht versäumt, Anlagen wie unsere SAVA zu bauen. Selbst wenn man das jetzt nachholen würde, wäre eine vergleichbare Anlage frühestens in zehn Jahren betriebsbereit. Man kann es den Menschen dort nicht zumuten, ihren Sonderabfall noch so lange zwischenzulagern. Davon ginge ja auch ein erhebliches Gefährdungspotenzial aus“, so der Chemiker. In Brunsbüttel wird gut ein Drittel des Sonderabfalls verbrannt. „In dem chemischen Prozess wird das HCB, das nicht biologisch abbaubar ist und unbehandelt auf ewig in der Umwelt verbleibt, bei 1100 Grad in die wesentlich weniger gefährlichen Bestandteile Kohlendioxid,

Wasser und Salzsäure zerlegt. Die Salzsäure wird aus dem Rauchgas entfernt und in ungefährliches Calciumchlorid umgewandelt. Dies wird kontinuierlich messtechnisch überwacht.“ Bei den so genannten „kalten“ Verfahren, die laut Umweltschützern auf dem fünften Kontinent möglich sind, würde der Abfall beispielsweise mit Natronlauge verkocht oder in die Erde eingegraben und durch Stromeinwirkung verglast werden. „Dabei würden jedoch Reste an HCB verbleiben und große Mengen an undefinierten gefährlichen Abfällen entstehen. Außerdem scheinen diese Methoden nicht geeignet zu sein, derart große Mengen an HCB zu behandeln“, so Dr. Kemmler. Die SAVA-Technik hingegen ermögliche eine vollständige Verbrennung von HCB ohne gefährliche Umwelteinwirkung. „Ich stehe mit meinem Namen dafür ein, dass trotz HCB- Verbrennung an unserem Schornstein keine erhöhten Schadstoffwerte gemessen werden.“ In Brunsbüttel hat man Erfahrung mit dem Entsorgen giftiger Stoffe. Beispielsweise wurden Lindan-Abfälle aus Albanien und Pestizide aus Rumänien verbrannt. „Der Transport von Australien erfolgt in mehreren kleineren Teillieferungen über den Elbehafen. Keinesfalls wird die Gesamtmenge in Brunsbüttel gelagert. Der Transport vom Hafen zu uns läuft von Grundstück zu Grundstück – nicht über öffentliche Straßen. Die geplante Laufzeit des Projektes beträgt drei Jahre.“ Die Firma ORICA sei dabei, den von der Genehmigungsbehörde geforderten Beleg zur Notwendigkeit des Exportes auszuarbeiten. Dieser muss zunächst dem australischen Parlament vorgelegt werden. Dr. Kemmler rechnet damit, dass die fehlenden Unterlagen kurzfristig nachgereicht werden. „Natürlich müssen wir unsere Anlage wirtschaftlich betreiben, betrachten uns aber auch als aktive Umweltschützer, weil wir die Welt von giftigen Substanzen befreien. Denn wenn diese gefährlichen Abfälle nicht sachgemäß beseitigt werden, gelangen sie in den Stoffkreislauf und damit in die Nahrungskette des Menschen. Umweltgifte sind kein lokales Problem, sondern müssen global betrachtet werden.“ Deshalb

mache er sich auch Sorgen, dass Stoffe ähnlich dem HCB in vielen anderen Fällen lediglich auf eine Deponie gekippt werden – früher sogar in Deutschland. „Nach Experten-Schätzungen lagern weltweit mehrere Millionen Tonnen an gefährlichen Abfällen auf unkontrollierten Deponien“.

BÜRGER WOLLEN GIFTMÜLL NICHT DULDEN; 5.MÄRZ 2007 BRUNSBÜTTELER ZEITUNG

Protestzug durch die Koogstraße – Pastorin Mahn: Viele Krebstote in der Stadt machen Angst

Von Stefan Schmid

Brunsbüttel – Zwischen 400 und 500 besorgte Bürger folgten am Sonnabend dem Aufruf zur Demonstration gegen den Transport von 22 000 Tonnen Giftmüll nach Brunsbüttel. Der australische Chemiekonzern Orica will den Abfall, der mit dem krebserregenden und verbotenen Stoff Hexachlorbenzol (HCB) verseucht ist, zur Verbrennung nach Brunsbüttel verschiffen. Von hier soll ein großer Teil nach Nordrhein-Westfalen gebracht werden. Etwa ein Drittel ist für die Verbrennung in der SAVA vorgesehen.

„Kein Giftmüll aus Australien“: Bürger aus Brunsbüttel und Umgebung ziehen mit Plakaten friedlich durch die Koogstraße.

„Kein Giftmüll aus Australien“, „Wir wollen keinen Giftmüll-Tourismus“, „Brunsbüttel: Familienfreundlich, Kinder-freundlich, nun auch Giftmüll-freundlich? Nein Danke!“: So waren einige Protestplakate beschriftet. Um kurz nach 11 Uhr setzte sich der Demonstrationszug, gesichert von sechs Polizeibeamten und zwei Streifenwagen, vom Marktplatz in Richtung Gustav-Meyer-Platz in Bewegung. Die Organisatoren der Demo waren über die große Resonanz erfreut: „Wir zeigen heute, dass es auch hier Widerstand gibt – und nicht nur in Nordrhein-Westfalen“, sagte Dr. Kai Schwonberg von der WIR auf der Kundgebung unter deutlichem Applaus.

Weitere Aktionen geplant: Dr. Kai Schwonberg auf der Protestkundgebung. Fotos: Schmid

Zusammen mit einer Gruppe von Bürgern hatte die WIR und der Umweltverein zur Demonstration aufgerufen. Am Mittwoch war Bürgermeister Wilfried Hansen in der Ratsversammlung eine Liste mit 914 Unterschriften gegen den Giftmüll-Import übergeben worden. SPD und CDU hatten die Resolution der WIR ab-

gelehnt, die sich gegen den Transport des Abfalls ausspricht und vor unkalkulierbaren Risiken für die Region warnt.

Schwonberg, der den Wortlaut der Resolution vorlas, verwies darauf, dass die Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) ursprünglich nur für heimischen Müll genehmigt worden war. „Heute findet der Bürgermeister dieser Stadt, dass die SAVA selbst schutzbedürftig ist“, betonte Schwonberg und löste mit der Aussage unzählige Buh-Rufe der Protestler aus. Der Arzt kritisierte die Informationspolitik der Stadt und forderte die Ratsversammlung auf, den Widerstand der Bürger nach außen zu tragen. Denn: „Brunsbüttel darf keine Drehscheibe für Giftmüll werden. Mit Giftmüll darf kein Profit gemacht werden. Wir fordern daher die Vermeidung von Giftmüll.“ Der WIR-Politiker forderte weiter, dass der fünfte Kontinent seinen giftigen Abfall selbst entsorgen müsse. „Der Elbehafen darf kein Einfallstor für Giftmüll in ganz Deutschland werden“, so Schwonberg. Sollte der Müll wirklich nach Brunsbüttel kommen, sei dies nur der Anfang eines größeren Umschlags.

Auch Pastorin Birgit Mahn sprach sich gegen das Vorhaben aus und stellte ihre Sorge auch in einen anderen Zusammenhang. „In den letzten Monaten haben wir so viele Menschen, auch jüngere, beerdigt, die an Krebs gestorben sind. Das macht mir Angst.“ Daher könne sie nicht begreifen, warum noch mehr Giftmüll nach Brunsbüttel gebracht werde. Es ginge daher um Giftmüll-Vermeidung. „Wehren wir uns gegen Giftmüll-Transport, Giftmüll-Lagerung und Giftmüll-Verbrennung.“ Pastorin Mahn forderte die Stadt zu einem Umdenken in der Industrieansiedlung aus: „Es gibt so viele Jobs im Bereich der erneuerbaren Energien. Warum können wir nicht Standort hierfür werden?“ fragte sie und erntete viel Beifall für ihre „Gardinen-Predigt“, der sie zum Schluss eine Kurzpredigt folgen ließ, in der sie die Erde als Schöpfung Gottes bezeichnete, die der Mensch bewahren und pflegen müsse.

Nach eineinhalb Stunden war die Demo zu Ende. Die Veranstalter machten deutlich, dass dies nicht das Ende des Protestes gewesen sei. Wie das weitere Vorgehen aussieht, werde in den kommenden Tagen beraten, hieß es.

CDU-Landtagsabgeordneter Karl Kress äußert sich erneut zum Giftmüll. NGZ-ONLINE

DORMAGEN (Sto) Das Verbrennen australischen Giftmülls (Hexachlorbenzol) in der Restmüllverbrennungsanlage im Chemiepark Dormagen war jetzt erneut Gegenstand einer etwa einstündigen Debatte ohne Beschluss im Umwelt-Ausschuss des Düsseldorfer Landtags. NGZ-Redakteur Chris Stoffels sprach anschließend mit dem Landtagsabgeordneten Karl Kress (CDU).

Herr Kress, was war der Anlass für die erneute Debatte im Landesausschuss?

Karl Kress Auf Antrag der Grünen wurde nach dem aktuellen Stand des Verfahrens gefragt. Die Grünen wollten wissen, was und in welchen Mengen bisher in Deutschland verbrannt wurde. Und dabei kam heraus, dass schon 2004 in Nordrhein-Westfalen 533 000 Tonnen Sonderabfälle aus 34 Ländern, darunter Thailand, Malaysia und Nigeria verbrannt wurden.

Auf welcher rechtlichen Grundlage?

Kress Auf Basis der Stockholmer Konvention von 2004. Damals hat Deutschland - noch unter rot-grüner Führung - zugestimmt, Sonderabfälle aus dem Ausland hier zu verbrennen.

Aber auch HCB aus Australien?

Kress HCB ist auch in Dormagen seit einigen Jahren immer wieder verbrannt worden. Neu ist jetzt nur, dass der Stoff aus Australien angeliefert wird.

Mit allen Gefahren, die damit verbunden sind?

Kress Grundsätzlich ist es wünschenswert, Abfälle jedweder Art dort zu vernichten, wo sie entstehen. Das gilt insbesondere für giftigen Sondermüll. Das war auch die Ansicht des Ausschusses!

Und wenn dort die Voraussetzungen fehlen?

Kress Für den Fall, dass dort keine Möglichkeit besteht, diese Vernichtung umweltverträglich und sicher durchzuführen, wurden eben Vereinbarungen wie die Stockholmer Konvention getroffen. Es wäre schlimmer, wenn wir diese Länder dazu verleiten würden, Schadstoffe über Jahre zu lagern oder unsachgemäß zu entsorgen.

Und warum gerade in Dormagen ?

Kress Bayer hat hier eine der leistungsfähigsten und modernsten Hochtemperatur-verbrennungsanlagen der Welt. Wie sieht das Land die Situation? Kress Bei allen Magenschmerzen, die wir bei dieser Entscheidung haben, wird die Bezirksregierung den Transportweg wohl genehmigen müssen. Bei aller Sorge um den langen Transportweg zählt am Ende vor allem die globale Sicht: Besser hier sicher Verbrennen als mit unabsehbaren Langzeitwirkungen in Australien zu lagern.

Wer ist Karl Kress?

Karl Kress wurde 1945 in Dormagen geboren.
Er ist seit 1968 mit seiner Ehefrau Irmgard verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern sowie Großvater von vier Enkelkinder. Seine Ausbildung zum Chemo-Techniker absolvierte er bei der Bayer AG und war bis August 2002 als Laborleiter bei der Bayer Faser AG tätig.
Er wurde 1979 in den Bayer-Betriebsrat gewählt und war 8 Jahre Vorsitzender des betrieblichen Wirtschaftsausschusses. (Quelle: Homepage Karl Kress (MdL)

Lesen Sie dazu auch (veröffentlicht unter http://www.cbgnetwork.org/832.html)
STICHWORT BAYER 01/2005

ABGEORDNETE IN KONZERN-DIENSTEN

Die Bayer AG und ihre Abgeordneten
von Jan Pehrke

Im Jahr 2003 berichteten die Zeitungen über einen Besuch des CDU-Landtagsabgeordneten Karl Kress beim Bayer-Konzern. Nach den Presse-Darstellungen beeindruckten den Politiker die Klagen des Unternehmens über das Chemikalien-Gesetz der EU so sehr, dass er sie unbedingt auch seinen Kollegen zu Gehör bringen wollte. Er stellte den Kontakt zu EU-ParlamentarierInnen her, die sich dann aus dem Munde des Bayer-Managers Dr. Wolfgang Große Entrup einen Vortrag zum Thema anhören konnten. Was die Journalisten nicht wussten: Karl Kress war per Arbeitsvertrag an den Chemie-Multi gebunden - das kam erst im Zuge des Skandals um Meyer, Arentz & Co heraus. So erschien es den LeserInnen damals, als ob sich ein nur seinem Gewissen verpflichteter CDU-Abgeordneter bei einem Zusammentreffen mit einem Industrievertreter eine Meinung gebildet und diese dann zur Grundlage seines politischen Handelns gemacht hätte. Und dieser Eindruck ist für Bayer Gold wert.

Karl Kress war Labor-Leiter bei der Bayer Faser GmbH und lässt sein Beschäftigungsverhältnis seit 2002 mit der passiven Phase der Altersteilzeit ausklingen. Der Doppelverdiener kommt so auf ein Monatssalär von 7.855 Euro brutto - 4805 Euro Diäten und 3050 Euro von Bayer. Im Landtag ist Kress anscheinend so eine Art Schläfer für den Pharma-Riesen. "Ein sonst eher schweigsamer Vertreter blühte auf, als es um die Interessen seines Arbeitgebers ging", beschreibt die Financial Times Deutschland seine Arbeitsauffassung. Das war selbstverständlich beim Gesetz zum Emissionshandel der Fall. Die EU-Regelung, wonach Unternehmen für einen Schadstoff-Ausstoß über eine bestimmte Richtgröße hinaus zur Kasse gebeten werden, trieb den Hinterbänkler zum Redner-Pult. "Herr Minister Schartau hat Recht, wenn er sagt: Dieser Plan ist nicht akzeptabel und überfordert die Industrie", hob er an und kritisierte im Folgenden die "unnötige Verschärfung der Reduktionsverpflichtungen". Seiner Ansicht nach bürdet die Politik den Konzernen eh schon genug auf. "Die Unternehmen kommen doch heute kaum noch mit den staatlich verordneten Abgaben zurecht", klagte Kress. Bei solchen oder anderen Gelegenheiten ist er um Beispiele für derartige Lasten selten verlegen. "Bayer allein muss eine Million Euro pro Jahr für die Einleitung von wiederaufbereitetem Kühlwasser in den Rhein zahlen, für BP sind es 600.000 Euro", kritisierte der Landtagsabgeordnete etwa das Wasserentnahme-Entgeltgesetz.

Als Näheres über sein Arbeitsleben an die Öffentlichkeit drang, war Kress sich keiner Schuld bewusst. Er habe doch nur Fachwissen betreffs des Chemie-Standortes Dormagen in die politische Diskussion eingebracht", bekundete er scheinheilig.

Dieses Fachwissen steuert auch Ursula Lietz bei, die 1972 als wissenschaftliche Assistentin in Bayers Wuppertaler Pharmaforschungszentrum anfing. Seit sie 1983 in die CDU eintrat, hatte sie die verschiedensten politischen Ämter inne. Sie saß im Wuppertaler Stadtrat und stand dort lange der CDU-Fraktion vor. Lietz gehört ebenfalls dem Kreisvorstand der CDU an und ist seit 1997 stellvertretene Vorsitzende des CDU-Bezirks "Bergisches Land". 1998 zog sie in den Bundestag ein und erhielt eine Freistellung von Bayer. Aber die Bande rissen nicht ab, wie schon die gewählten Arbeitsschwerpunkte belegen. Neben Verteidigungs- und Frauenpolitik gibt Ursula Lietz als solche nämlich Bildung und Forschung sowie Gesundheit an. Daher ließ sie es sich nicht nehmen, bei den Debatten zur Gesundheits"reform" gegen die Positivliste Position zu beziehen, mit der Rot/Grün ursprünglich beabsichtigte, die Erstattungspflicht der Krankenkassen für umstrittene Medikamente aufzuheben, was Bayers Pillen-Umsatz empfindlich getroffen hätte. Manchmal trieb das Heimweh die Politikerin auch direkt an die alte Wirkungsstätte zurück. Im Februar 2002 führte sie die "Arbeitsgruppe Frauen und Gesundheit" durch das Bayer-Institut für klinische Pharmakologie und animierte eine Diskussion über Arzneimittel-Tests. Zwei Monate später schlug sie zwei Fliegen mit einer Klappe und heftete in ihrer Funktion als Mitglied der "Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" einem ehemaligen Bayer-Manager ein ökologisches Feigenblatt ans Revers: Sie zeichnete den Ex-Direktor Kremer mit der silbernen Ehrennadel des Vereins aus.

Als ihre ehemalige Kollegin Cornelia Yzer 1990 in den Bundestag kam, behielt diese ihren Posten in der Umweltabteilung des Konzerns. Da es sich bei diesem Job eher um einen PR-Gag handelte, dürfte ihr Arbeitsschwerpunkt aber in Bonn gelegen haben - bei doppelten Bezügen natürlich. Die vom Bundesverfassungsgericht 1975 in seinem Diäten-Urteil geforderten Vorkehrungen dagegen, dass Bundestagsabgeordnete Gehalt, "ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten, nur deshalb erhalten, weil von ihnen im Hinblick auf ihr Mandat erwartet wird, sie würden im Parlament die Interessen des zahlenden Arbeitgebers, Unternehmens oder der zahlenden Großorganisation vertreten", hatte die Politik wohlweislich nicht getroffen. So zahlte sich die Investition in Yzer für den Chemie-Multi aus. Schon 1992 stieg sie zur Staatssekretärin auf. Dort empfahl Yzer sich derart als Sachwalterin der Pharma-Industrie, dass sie 1997 die Geschäftsführung des von Bayer gegründeten "Verbandes der Forschenden Arzneimittel-Hersteller übernahm. Nicht nur der Politikwissenschaftler Herbert von Arnim hielt das für unvereinbar mit einem Abgeordneten-Mandat. Arnim zufolge gebiete es die Verfassung, dass Abgeordnete unabhängig von Interessensgruppen sein müssen. Aber Cornelia Yzer focht das nicht an. Als Interessensvertreterin der Pharmaindustrie wurde sie schnell die berühmt-berüchtigste Lobbyistin der Republik.

An dem hohen Anteil der ParlamentarierInnen, die auf dem einen oder anderen Wege mit den Pillen-Produzenten verbandelt sind, dürfte sie auch nicht ganz unschuldig sein. Würde man die Politiker nicht nach Partei-, sondern nach Branchen-Zugehörigkeit sortieren, nähme die Pharma-Industrie gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft die Spitzen-Position ein, fand der Stern heraus.
Nach einer Untersuchung der Universität Jena haben 37 Prozent der CDU-Bundestagsabgeordneten und 50 Prozent der FDP-Abgeordneten einen solchen Zweitjob bei der Industrie. Der Leverkusener Chemie-Multi verfügt neben seinen Getreuen in Bundestag und Landtag noch über eine ganze Reihe von "Außendienstlern" in Stadträten, Ortsgruppen, Bezirksvertretungen, Kreistagen, Verbänden und Organisationen wie den Pressesprecher Hermann-Josef Baaken, seines Zeichens Schatzmeister der CDU-Neuss. Die BASF als das andere große bundesdeutsche Chemie-Unternehmen beschäftigt nach eigenen Angaben 235 PolitikerInnen, Bayer vermutlich kaum weniger. Der Öffentlichkeit gegenüber macht der Konzern darüber keine detaillierten Angaben, intern will er es aber ganz genau wissen. "Etwa einmal pro Jahr fragen wir bei unseren Mitarbeitern ab, in welchen Verbänden oder politischen Funktionen sie tätig sind", erläutert Bayer-Sprecher Günter Forneck der Neuß-Grevenbroicher Zeitung. Angeblich hat die Umfrage nur den Zweck, Kalamitäten vom Schlage "Meyer" oder "Arentz" schon im Vorfeld zu verhindern. Die Erhebung dürfte dem Gen-Giganten allerdings vornehmlich dazu dienen, die Anzahl seiner "Außenpolitiker" zu ermitteln. In früheren Zeiten hat die Chef-Etage die MandatsträgerInnen in regelmäßigen Abständen zusammengerufen, um mit ihnen die politische Agenda abzustimmen.

Aber nicht alle in Parteien aktive Belegschaftsangehörige trifft der Lobbyismus-Verdacht zurecht. Die im Bayer-Betriebsrat tätige Marianne Hürten beispielsweise, welche die Grünen im NRW-Landtag vertritt, geriet wegen ihres Engagements für Mitarbeiter-Rechte oftmals mit dem Management in Konflikt. Deshalb bestimmt die Devise "Was für Bayer gut ist, ist auch für mich gut" wohl kaum ihre Landtagsarbeit. Leider trennen aber längst nicht alle Gewerkschaftler zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Interessen. Der im Bayer-Aufsichtsrat sitzende IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt macht da keinen Unterschied. Hemmungslos betätigt er sich als Treuhändler von Bayer & Co. Seinen spektakulärsten Coup landete er während der Auseinandersetzung um die Gesundheits"reform". Die Regierungskoalition plante ursprünglich, den Herstellern zwei Jahre lang einen 4-prozentigen Preis-Abschlag auf patentgeschützte Medikamente abzuverlangen. Da nutzte Schmoldt die Kontakte zu seinem Duz-Freund Gerhard Schröder und fädelte einen Ablass-Handel ein. So kamen die Pillen-Produzenten gegen eine Einmal-Zahlung von 200 Millionen Euro um die Rabatt-Regelung herum.

Oft braucht der Leverkusener Chemie-Multi derartige Vermittlungsdienste gar nicht erst in Anspruch zu nehmen und geht den direkten Weg. "Wir nehmen das Angebot zu Gesprächen gerne an, um die Erfahrung von Bayer in die politische Diskussion einfließen zu lassen", bekundete der Bundeskanzler bei der feierliche Eröffnung von Bayers Berliner "Verbindungsbüro", wo die StrategInnen solche Angebote jetzt immer aushecken. Gesprächsbedarf gab es etwa bei dem EU-Chemikalien-Gesetz. Der damalige Konzern-Chef Manfred Schneider intervenierte bei Schröder, der flugs in Brüssel vorstellig wurde. Das hatte nicht nur ständige "Nachbesserungen" an der Regelung zur Folge, sondern auch eine neue, noch konzernfreundlichere EU-Politik.

Die meiste Zeit herrscht allerdings stilles Einvernehmen zwischen Leverkusen und Berlin. So versteht sich Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement ganz offen als Anwalt von Konzern-Interessen. Die Wirtschaftspolitik "muss industriepolitische Belange fördern und sie bewusst gegen Forderungen aus anderen Politik-Bereichen wie der Umwelt- oder Verbraucher-Politik oder gegen wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen anderer Staaten vertreten", formulierte Clements Ministerium sein Selbstverständnis im 2004 erschienenen Wirtschaftsbericht.

Der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik ist also nicht sporadischer Natur, er markiert keine Grenzüberschreitung, die große Aufregung rechtfertigte. Der Einfluss ist permanent - Business as usual - und gerade das macht den Skandal aus.

„GIFTMÜLLTRANSPORT DARF ES NICHT GEBEN" 7.3.2007 • HERTENER ALLGEMEINE

Klasse 7a der Städtischen Realschule wehrt sich mit Unterschriften gegen die Verschmutzung der Umwelt

Die Jugendlichen der Klasse 7a haben sich im Unterricht mit dem Thema „Umwelt hat Geschichte" befasst. Dabei kamen sie dem Menschen als Umweltverschmutzer auf die Spur. „Wir haben die Zeiten behandelt, als der Mensch begann, in die Umwelt einzugreifen", so Geschichtslehrerin Anne Schneider-Grafe (r.). Daraus entstand die Idee zur Unterschriftenaktion. —FOTOS: CHRISTOPH SCHNEEWEIS

VON CHRISTOPH SCHNEEWEIS HERTEN. „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern gepachtet": An diesen Slogan der Grünen aus den 1980er- Jahren erinnern die Schüler der Klasse 7a der Städtischen Realschule. Sie machen sich Sorgen und signalisieren unmissverständlich: Hier darf Hexachlorbenzol aus Australien nicht verbrannt werden!

Lukas, Philipp (beide 13) und Nicolas (14) haben an der Schule 232 Unterschriften gegen den Giftmülltransport gesammelt. Die Listen wollen sie über Bürgermeister Dr. Uli Paetzel an das NRW-Umweltministerium weitergeben. Dort soll der Import der hochgiftigen Abfälle aus Botany Bay in der Nähe

von Sidney an der Ostküste Australiens verhindert werden. Das darf es nicht geben, so die Schüler. Sie wissen auch gut warum. Britta: „Wir befürchten Probleme auf dem Transportweg." Marina: „Der Abfall kann auch in Australien verbrannt werden; ein Schiff kann untergehen - das wäre ein Katastrophe für die Weltmeere; in Herten werden durch die Verbrennung giftige Gase freigesetzt." Eray meint: „Sinkt ein Schiff, wird das Wasser vergiftet, die Tiere sterben." Auch Svenja sorgt sich um die Verseuchung des Wassers. „Eine Reinigung des Meeres ist nicht möglich", weiß Dana. Philipp sieht die Ozonschicht weiter gefährdet. „In Australien ist sie ja schon kaputt, deshalb wollen die den Giftmüll möglichst weit weg verbrennen", vermutet er. Lucas geht noch weiter. Er weiß, der Mensch steht am Ende der Nahrungskette: „Wird das Meer verseucht, geht dem Menschen wertvolle Nahrung verloren." Auch Süleyman sieht düster in die Zukunft: „Unfall bedeutet Gift, bedeutet Tod!" Alexandra weist auf zahlreiche Krankheiten infolge des Einatmens giftiger Gase durch Verbrennung hin. Kim sieht im geplanten Giftmülltransport eine Parallele zum „ganz normalen" Umweltverschmutzer. „Auch hier entsorgen viele Menschen ihren Müll sowieso nicht ordnungsgemäß." Mustafa und Achmat weisen auf den tödlichen Kreislauf hin: Das giftige Meerwasser verdunstet, regnet über Land ab; durch die Flüsse gelangt es ins Trinkwasser -wir befürchten Krankheiten! Die Schüler haben sich schlau gemacht. In ihrer Resolution formulieren sie unter anderem: Der Transport von Hexachlorbenzol (HCB) nach Herten ist sehr gefährlich, denn Menschen und Umwelt werden gefährdet, wenn die Transportmittel beschädigt werden. Bei der Verbrennung von HCB dürfen höchstens 200 Milligramm in die Natur gelangen; in den letzten 15 Jahren sind wegen HCB viele Menschen gestorben. Das Gift verursacht Krebserkrankungen und andere. Wird noch mehr HCB verbrannt, können in den nächsten 15 Jahren ebenfalls zahllose Menschen erkranken.

Lukas, Nicolas und Philipp haben in der Städtischen Realschule 232 Unterschriften gesammelt, die sie Bürgermeister Dr. Uli Paetzel überreichen wollen.

SCHWABE (SPD-MDB):„NRW MUSS ÜBER GIFTMÜLL ENTSCHEIDEN“ 6. 3.07 H.A.

Herten - Die Zuständigkeit für die Einfuhr von Giftmüll obliegt dem Land. Zu diesem Schluss kommt nach Auskunft des heimischen SPD-Bundestagsabgeordneten Frank Schwabe das Berliner Umweltministerium. Das Rohstoffrückgewinnungszentrum (RZR) in Herten, in dem australischer Giftmüll verbrannt werden soll.

Hintergrund ist die geplante Verbrennung von hexachlorbenzolhaltigem Abfall aus Australien u. a. im RZR Herten. Der Bund, so Schwabe, zeigt sich verwundert über die Äußerungen von NRW-Staatssekretär Dr. Schink im Landtag. Laut Abfallverbringungsgesetz liege die Kompetenz klar beim Land. Schwabes Schlussfolgerung: „Jetzt liegt es an der Landesregierung, den Giftmüllimport zu verhindern, sofern das EU-Recht einen Ermessensspielraum bietet.“

IM LANDTAG, WER GENEHMIGT GIFTMÜLLTRANSPORTE

http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP14-54.html

Landtag Plenarprotokoll

Nordrhein-Westfalen **14/54**

14. Wahlperiode 07.03.2007

54. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 7. März 2007

Fragestunde Dringliche Anfrage 110 der Frau Abgeordneten Schulze von der Fraktion der SPD auf:

Wer genehmigt Giftmülltransporte nach Nordrhein-Westfalen?

Seit längerer Zeit schwelt der Streit um die Verbrennung hochgiftigen hexachloridhaltigen Giftmülls unter anderem im RZR Herten. Aktuell wurde im Umweltausschuss vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW die Rechtsauffassung vertreten, dass der Bund hier zumindest in Teilbereichen zuständig sei und insofern in die Entscheidung über die rechtliche Zulässigkeit eines Sonderabfalltransportes nach Nordrhein-Westfalen aktiv eingreifen könne.

Unbestritten wären die Hightech-Verbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen technisch in der Lage, eine schadlose Beseitigung auch hochgiftigen hexachloridhaltigen Giftmülls aus Australien zu gewährleisten. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die Landesregierung bisher sämtliche zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten genutzt hat, sich für eine Entsorgung am Entstehungsort in Australien einzusetzen, die die ökologischen Risiken eines Sonderabfalltransportes um den halben Globus ausschließt. Wegen des dringenden Klärungsbedarfes und zur Herstellung von Transparenz in den Entscheidungsverantwortlichkeiten ist eine kurzfristige Klärung in der Fragestellung nötig.

Ist die Landesregierung zuständig für die abschließende Entscheidung über die Genehmigung einer Abfallverbringung von australischem Giftmüll nach Nordrhein-Westfalen?
Ich bitte Herrn Minister Uhlenberg um Beantwortung und gebe ihm das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Abgeordnete Schulze! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrer Dringlichen Anfrage möchten Sie, Frau Abgeordnete Schulze, wissen, ob allein die Landesregierung zuständig ist für die abschließende Entscheidung über die Genehmigung einer Abfallverbringung von australischem Giftmüll nach Nordrhein-Westfalen.

Hintergrund dieser Anfrage ist offensichtlich ein Schreiben des Staatssekretärs aus dem Bundesumweltministerium an Herrn Staatssekretär Dr. Schink. Dieses Schreiben haben wir am Nachmittag des 5. März erhalten, offensichtlich zeitgleich mit der Landtagsfraktion der SPD, der ich somit beste Kontakte in das Bundesumweltministerium bescheinigen kann.

In diesem Schreiben gibt sich das BMU verwundert, dass Herr Staatssekretär Dr. Schink im letzten Umweltausschuss auch auf die Zuständigkeit des Bundes in dieser Angelegenheit hingewiesen hat.

Ich möchte vorwegschicken, dass das Schreiben aus dem BMU keine Änderung meiner Beurteilung notwendig macht und dass es die Angelegenheit auch in keiner Weise zu beschleunigen vermag.

Ich werde Ihnen meine Rechtsauffassung, der die Regelungen der EG-Abfallverbringungsverordnung zugrunde liegen, in aller Kürze näher erläutern.

Es trifft zu, dass die Einfuhr von Abfällen aus Australien von der zuständigen Behörde am Bestimmungsort genehmigt wird, sofern keine Einwände bestehen. Zuständige Behörde ist in Nordrhein-Westfalen die Bezirksregierung am Sitz des Betreibers der Entsorgungsanlage.

Zuvor muss Australien der Bezirksregierung einen Antrag unterbreiten, aus dem hervorgeht, dass Australien die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die Beseitigung der Abfälle nicht besitzt und billigerweise nicht erwerben kann. Diese Erklärung liegt uns bislang jedoch nicht vor.

Nun möchte ich näher auf die Einwände, die die Verordnung vorsieht, eingehen. Ich möchte vorwegschicken, dass es hier zwei unterschiedliche Möglichkeiten der Einwändeerhebung gibt, nämlich Einwände, die die zuständige Behörde erhebt, und Einwände, die der Mitgliedstaat erhebt.

Folgende Einwände kann die zuständige Behörde erheben: Es kann ein Einwand erhoben werden, um den Grundsatz der Entsorgungsautarkie auf gemeinschaftlicher und einzelstaatlicher Ebene anzuwenden. Das bedeutet, dass die Europäische Union als Ganzes und jeder Mitgliedstaat in die Lage versetzt werden sollen, die Abfallbeseitigung selbst sicherzustellen. Es geht also mit anderen Worten um den Aufbau und den Schutz der heimischen Entsorgungsinfrastruktur. Diese würde durch den Import australischer Abfälle nicht beeinträchtigt.

Es ist weiterhin der Einwand vorgesehen, dass die Anlage zur Beseitigung von Abfällen benötigt wird, die an einem näher gelegenen Ort angefallen sind. Damit wird das Prinzip der Nähe konkretisiert. Nach diesem Prinzip sind weiträumige Transporte und damit einhergehende Belastungen zu vermeiden. Dieses Prinzip darf aber nur dann angewendet werden, wenn tatsächlich Abfälle in einem näher gelegenen Ort angefallen sind und diese Abfälle im konkreten Fall auch tatsächlich vorrangig angenommen werden sollen. Eine solche Konkurrenzsituation haben wir aktuell aber nicht.

Die zuständige Behörde kann außerdem einen Einwand erheben, wenn die Verbringung nicht im Einklang mit den Abfallwirtschaftsplänen steht. Die Aufstellung eines Abfallwirtschaftsplans für gefährliche Abfälle ist unter der Vorgängerregierung nicht erfolgt.

Auch die weiteren Einwandmöglichkeiten, die die Verordnung konkret für die zuständigen Behörden vorsieht, sind im vorliegenden Fall nicht einschlägig.

Wie ich bereits erwähnt habe, ist allerdings noch eine Frage offen, nämlich ob Australien seinerseits erklärt, dass es die nötigen Entsorgungsanlagen nicht besitzt und billigerweise auch nicht erwerben kann. Ohne diese Erklärung ist die Verbringung nicht möglich. Wenn uns eine solche Erklärung vorgelegt werden sollte, werden wir sie sorgfältig prüfen. Insofern ist bislang hier auch noch nichts entschieden. Das heißt, wir befinden uns bei diesem Vorgang immer noch im Prüfstadium – bzw. die zuständige Bezirksregierung.

Neben den genannten behördlichen Einwandmöglichkeiten sieht die Verbringungsverordnung aber auch Möglichkeiten vor, die die Mitgliedstaaten ergreifen können.

Den Mitgliedstaaten und nicht den zuständigen Behörden wird folgende Möglichkeit eröffnet. Zunächst möchte ich die etwas sperrige Vorschrift in Teilen zitieren:

„Um das Prinzip der Nähe, den Vorrang für die Verwertung und den Grundsatz der Entsorgungsautarkie auf gemeinschaftlicher und einzelstaatlicher Ebene … zur Anwendung zu bringen, können die Mitgliedstaa-

ten … Maßnahmen ergreifen, um die Verbringung von Abfällen allgemein oder teilweise zu verbieten oder um gegen jede Verbringung Einwand zu erheben."

Diese Möglichkeit ist allerdings ausgeschlossen,

„wenn gefährliche Abfälle … im Versandmitgliedstaat in so geringen Mengen anfallen, dass die Einrichtung neuer Spezial-Beseitigungsanlagen in diesem Staat unrentabel wäre."

Hier findet sich die Bestimmung wieder, die auch im behördlichen Genehmigungsverfahren beim Import aus Ländern wie Australien einschlägig ist. Der Versandstaat muss erklären, dass er die entsprechenden „Anlagen nicht besitzt oder billigerweise nicht erwerben kann."

Bei einer solchen Maßnahme des Mitgliedstaates muss es sich grundsätzlich um eine abstrakt-generelle Regelung in Form einer Verordnung oder eines Gesetzes handeln. Neben einem Landesgesetz käme hierfür in erster Linie eine bundesgesetzliche Regelung in Betracht. Es gibt sie bereits: Das Abfallverbringungsgesetz sieht zwar kein Importverbot vor, es enthält aber, um ein Beispiel zu bringen, das Gebot, Abfälle, die in Deutschland angefallen sind, vorrangig im Inland zu beseitigen.

Ich halte also fest: Hier kommt der Bund ins Spiel, der durch die Verbringungsverordnung ausdrücklich ermächtigt wird, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch auf eine Auffassung hinweisen, die in der einschlägigen abfallrechtlichen Literatur vertreten wird. Dort wird aus der Formulierung, dass die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen können, um gegen jede Verbringung Einwand zu erheben, gefolgert, dass eine uneingeschränkte Ermächtigung zur Erhebung von Einwänden bestehe, um unter anderem das Prinzip der Nähe zur Anwendung zu bringen.

Nach dieser Auffassung wäre eine generell-abstrakte Regelung zum Beispiel durch Gesetz nicht nötig. Allerdings könnte es sich auch nicht – wie bereits erläutert – um eine unmittelbare Befugnis der zuständigen Behörden handeln. Ermächtigt wäre vielmehr auch insoweit der Mitgliedstaat selber.

Für das Land als Teil des Mitgliedstaates – das ist die konkrete Situation in Nordrhein-Westfalen – liefe eine solche Maßgabe letztlich auf dasselbe hinaus. Schon im behördlichen Verfahren muss die Behörde prüfen, ob der Versandstaat vor der Verbringung erklärt hat, dass er die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die Beseitigung der Abfälle nicht besitzt und billigerweise – wie ich eben schon einmal ausgeführt habe – nicht erwerben kann.

Genau dieser Frage muss auch im Einwandverfahren der Mitgliedstaaten nachgegangen werden. Dort darf der Einwand nicht erhoben werden, wenn dem Versandstaat die Errichtung von Spezialanlagen wegen zu geringen Aufkommens gefährlicher Stoffe und Abfälle unzumutbar ist.

Hierbei kommt erneut der Bund ins Spiel; das ist auch Ihre Frage. Denn die Einwandgründe, die einem Mitgliedstaat ausdrücklich eingeräumt sind, müssen in erster Linie durch den Bund, der ja Deutschland gegenüber dem Ausland vertritt, und nicht durch die Länder wahrgenommen werden. Es kann daher keinesfalls Sache einzelner Bundesländer sein, Abfallimporten aus einem weit entfernten hochindustrialisierten Vertragsstaat des Baseler Übereinkommens entgegenzutreten.

Angesichts der gegenwärtig deutlich wahrnehmbaren, schwindenden Akzeptanz für die Entsorgung gefährlicher Abfälle bei der betroffenen Bevölkerung ist vielmehr auch dann ein Handeln auf Bundesebene erforderlich. Der Bund kann und darf sich der Frage, ob er die ihm zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen ergreifen oder die Abfallimporte aus Australien hinnehmen möchte, nicht unter Hinweis auf eine vermeintlich alleinige Zuständigkeit auf Landesebene entziehen. Ich füge hinzu: Nach den guten Gesprächen, die wir mit dem Bund geführt haben, wird er das auch nicht tun.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegt doch eine Frage vor; ich dachte, es sei jetzt alles klar. Frau Schulze, Sie haben zu einer Zusatzfrage das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Das ist eine hochkomplexe Angelegenheit.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Ja!)

Deswegen muss ich nachfragen.

Ich hatte die Darstellung im Umweltausschuss so verstanden, dass Sie gesagt haben: Der Bund hat in der konkreten Frage der Genehmigung dieses Giftmülltransports und dieser konkreten Angelegenheit in Herten eigene Zuständigkeiten und Entscheidungsmöglichkeiten. Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, ist aber an diesem Punkt für die konkrete Genehmigung abschließend die Bezirksregierung als obere Abfallbehörde des Landes zuständig. Können Sie das bitte noch einmal klären?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Abgeordnete Schulze, genau so ist es. Genau so hat Staatssekretär Dr. Schink das Thema dargestellt, das schon ausführlich den Umweltausschuss des Landtags beschäftigt hat.

Der Bund ist immer wieder in diesem Zusammenhang im Gespräch, weil wir als Landesregierung von Nordrhein-Westfalen nicht den direkten Kontakt zu Australien herstellen können. Es ist die Aufgabe des Bundesstaates, den Kontakt zu Australien herzustellen. Darüber laufen dann die entsprechenden Kontakte.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Ortgies von der CDU, bitte.

Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Minister Uhlenberg, angesichts der Dringlichen Anfrage der SPD habe ich eine dringliche Nachfrage: Ist es richtig, dass bereits im Jahr 2004, also unter damaliger rot-grüner Regierung und unter der damals zuständigen Ministerin Höhn, mehrere hunderttausend Tonnen Sonderabfälle nach Nordrhein-Westfalen zur sachgerechten Entsorgung importiert wurden?

Bei aller Kritik, die wir an diesem Verfahren und auch an den Transportwegen haben, frage ich mich, ob das ein neues Verfahren ist, worüber wir heute diskutieren.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Ortgies, Ihre Frage ist insofern mit Ja zu beantworten, als es in den vergangenen Jahren eine deutliche Steigerung des Imports gefährlicher Abfälle nach Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Von 2002 bis 2005 ist die Zahl von 395.756 t auf 624.315 t gesteigert worden. Das ist die Situation.

Ich möchte das insofern gern kommentieren, als es auch damit zusammenhängt, dass wir in Nordrhein-Westfalen als Industrieland und als Industriestandort über sehr leistungsfähige Sondermüllverbrennungsanlagen verfügen. Das hat offensichtlich auch dazu geführt, dass es, bevor diese Landesregierung die Geschäfte übernommen hat, schon den Import von gefährlichen Stoffen aus der gesamten Welt nach Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Von daher möchte ich das auch nicht näher kommentieren.

Ich wundere mich nur, dass einige Politiker innerhalb des Landtages, aber auch außerhalb des Landtages diese Entwicklung der vergangenen Jahre offensichtlich nicht mehr zur Kenntnis nehmen und den Eindruck erwecken wollen, als wenn der Import gefährlicher Abfälle nach Nordrhein-Westfalen erst mit dem 22. Mai 2005 eingetreten wäre.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Remmel hat eine Frage. Bitte schön.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Minister, Sie können sicher bestätigen – das ist ja auch nichts Neues –, dass der Giftmüllimport in diesem Umfang aus Übersee in dieser Form bisher noch nicht stattgefunden hat.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Das kann ich nicht bestätigen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, erst die Frage, dann die Antwort. – Bitte, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dazu können wir uns gerne noch einmal die Zahlen ansehen. Aber danach will ich gar nicht fragen.

Ich stelle fest – auch durch den heutigen Beitrag noch einmal –, dass sich offensichtlich etwas bewegt hat, aber keiner mehr richtig durchblickt. Die erste Aussage des Ministeriums war: Wir sind zwar dagegen, aber wir haben bei der Entscheidung keinen Ermessensspielraum. – Dann gab es die Auskunft der EU-Kommission: Die Landesregierung, die Behörden haben sehr wohl Ermessensspielraum. – In der Ausschusssitzung hat Herr Staatssekretär erklärt: Ermessensspielraum gibt es für die Landesbehörden nur fachlich. Den politischen Spielraum haben die Bundesbehörden. – Jetzt gibt es die Antwort aus dem Bundesministerium: Das Land kann alles entscheiden.

Ich frage Sie: Wenn Sie diesen Müll nicht in Nordrhein-Westfalen wollen, was Sie immer erklärt haben, warum entscheiden Sie das dann nicht, und warum ziehen Sie die Entscheidung, die Sie an die Bezirksregierungen delegiert haben, nicht an sich?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Remmel, ich muss zunächst Ihrer Behauptung widersprechen, dass es in früheren Jahren, als Sie noch die Regierung in Nordrhein-Westfalen unterstützt haben, keinen Import von gefährlichem Müll gegeben hätte. Es gibt unterschiedliche Friktionen auch beim Sondermüll. Aber schon immer waren 20 % des damaligen Sondermülls, der nach Nordrhein-Westfalen transportiert worden ist, sehr gefährlich. Das ist also unabhängig von der Frage, wer die jeweilige Landesregierung stellt.

Zweitens möchte ich Ihnen mitteilen, dass es im Umweltministerium keine unterschiedlichen Auffassungen über den Sachverhalt gibt, sondern dass wir von Anfang an das Gleiche gesagt haben: dass die Entscheidung über die Frage, ob der Sondermüll bei uns verbrannt werden muss, im Ermessen der Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde liegt. In diesem Fall geht es in Nordrhein-Westfalen um drei Bezirksregierungen. Dabei muss natürlich auch die Frage geklärt werden – dieser Klärungsprozess ist noch nicht abgeschlossen –, ob dieser Sondermüll nicht doch in Australien selbst verbrannt werden kann.

Vizepräsident Edgar Moron: Eine weitere Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Gottschlich von der SPD. Bitte schön.

Margret Gottschlich (SPD): Herr Minister, Sie haben eben ausgeführt, dass ein Teil des Verfahrens bei der Bezirksregierung die Erklärung der australischen Behörden ist, dass dort keine adäquate Verbrennung oder Entsorgung stattfinden kann. Meine Frage ist: Gibt es eine Frist im Verfahren, bis wann die australischen Behörden diese Erklärung abgeben müssen? Zweite Frage: Ruht das Verfahren so lange, bis diese Erklärung vorliegt, oder wird das Verfahren irgendwann negativ beschieden, wenn die australischen Behörden diese Erklärung nicht abgeben?

Vizepräsident Edgar Moron: Liebe Kollegin, ich habe die herzliche Bitte, immer nur eine Frage zu stellen. – Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Abgeordnete, das ist der Teil des Verfahrens, den die australische Regierung erbringen muss. Weil dies so ist, ruht das Verfahren auch nicht, sondern wir warten jetzt auf die Stellungnahme der australischen Regierung.

Vizepräsident Edgar Moron: Zweite Frage der Frau Abgeordneten Schulze, SPD.

Svenja Schulze (SPD): Herr Minister, wir können hier also erst einmal festhalten, dass Sie – anders, als Sie es uns in dem schriftlichen Bericht aufgezeigt haben, der gerade in unsere Fächer verteilt worden ist, und anders, als es in der Diskussion im Ausschuss dargestellt worden ist – die Verantwortung weder nach Berlin noch nach Brüssel abschieben können, sondern dass ganz eindeutig das Land in der Frage der Genehmigung zuständig ist. Wenn das Land zuständig ist – ich verstehe das hier jetzt so –, dann müssen Sie ja prüfen, ob es in Australien Möglichkeiten gibt, das Hexachlorbenzol dort zu entsorgen.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte die Frage.

Svenja Schulze (SPD): Das ist ja dann mit die Aufgabe der Regierung hier. Deswegen frage ich Sie: Ist die Bezirksregierung in diesem Sinne schon tätig, und prüfen Sie, ob eine Entsorgung in Australien rechtlich und technisch möglich ist?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Auch diese Frage, Frau Abgeordnete, ist bereits im Umweltausschuss des Landtages beantwortet worden: dass sich unsere Landesregierung an die Bundesregierung gewandt hat, den Kontakt nach Australien herzustellen, damit diese Prüfung vorangetrieben wird. Von daher ist der Bund immer wieder im Spiel.

Vizepräsident Edgar Moron: Nächster Fragesteller: Abgeordneter Gatter von der SPD.

Stephan Gatter (SPD): Herr Minister, wenn Sie aus Australien die Bestätigung bekommen, dass das in Australien nicht zu entsorgen ist, werden Sie dann konkrete Nachfragen stellen? In der Presse ist ja sehr deutlich gemacht worden: Es gibt australische Stimmen, die sagen, dass es in Australien deswegen keine Entsorgungsanlage geben wird, weil die australische Bevölkerung nicht akzeptiert, dass dies auf australischem Boden gemacht wird. – Meine Frage ist: Werden Sie ganz konkret nachfragen, ob diese Aussagen aus Australien, die man in der Presse Nordrhein-Westfalens nachlesen kann, stimmen?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Diese Frage kann ich mit Ja beantworten, Herr Abgeordneter. Wenn die Erklärung der australischen Regierung vorliegt, wird sie nicht einfach übernommen, sondern es wird geprüft, ob sie wirklich standhält.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Kuschke von der SPD hat die nächste Frage.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Minister, vorab der Hinweis: Ich gehöre zu denen, die nicht nur zur Kenntnis genommen haben, sondern auch deutlich sagen, dass wir diese Importe in den vergangenen Jahren gehabt haben. Ich würde allerdings hinzufügen, aus welchen – überwiegend europäischen – Ländern diese Importe gekommen sind. Ich würde auch hinzufügen, dass ich es bedauert habe, dass wir in den letzten Jahren keinen Sonderabfallwirtschaftsplan gehabt haben.

Nun zu meiner eigentlichen Frage. Nach dem, was Sie dargestellt haben, ist ja nicht zu verhindern, dass wir in wenigen Monaten erneut in der Situation sind, dass vergleichbares Material aus einem vergleichbar entfernt liegenden Land von einem anderen Kontinent importiert werden soll. Ich habe das Gefühl, dass wir, wenn wir nichts ändern, in eine genauso schwierige Situation hineinkommen. Von daher die Frage an die Landesregierung, an Sie: Wäre es nicht sinnvoll, durch eigenes Handeln, möglicherweise durch eine Bundesratsinitiative, für eine Veränderung der Verhältnisse zu sorgen?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Das ist eine Initiative, die auf Bundesebene ergriffen werden muss. Herr Abgeordneter Kuschke, Sie wissen aus

Ihrer früheren Tätigkeit als Regierungspräsident in Nordrhein-Westfalen, dass ein solches Prüfverfahren immer nach Recht und Gesetz durchgeführt wird. Daran halten wir uns natürlich auch bei diesem Verfahren sehr streng. Im Moment findet ja kein Vorgang statt, den es vorher, auch als Sie die politische Verantwortung hatten, nicht gegeben hat. Das ist kein besonderer Vorgang, der jetzt hier stattfindet. Er wird nur politisch hochgespielt. Aber ich warte das Genehmigungsverfahren jetzt ab und werde hinterher prüfen, inwieweit bundespolitische Aktivitäten über den Bundesrat notwendig sind.

Vizepräsident Edgar Moron: Nächster Fragesteller ist Herr Ellerbrock von der FDP.

Holger Ellerbrock (FDP): Aus Ihren Äußerungen, Herr Minister, ging hervor, dass die importierten Sonderabfallmengen unter Rot-Grün gestiegen sind und wir seit Jahren Importland waren. Jetzt wird ja eine Emotionalisierung dieses Themas hervorgerufen. Die Kollegen haben das ja früher zu verantworten gehabt. Meine Frage zielt darauf ab: Hat sich denn die Rechtslage seit dem 22. Mai 2005 irgendwie geändert, dass wir jetzt andere Steuerungsmöglichkeiten haben?

Meine zweite Frage schließe ich direkt an. – Nein, ich melde mich noch einmal.

Vizepräsident Edgar Moron: Okay, das ist mir sehr sympathisch, weil das unseren Richtlinien entspricht. – Bitte, Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter, die Rechtslage hat sich nicht geändert.

Vizepräsident Edgar Moron: Die Frage ist beantwortet. – Dann Frau Löhrmann von den Grünen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Minister, wenn eben deutlich geworden ist, dass die Bundesebene eine Entscheidungsmöglichkeit an Sie einräumt, warum ziehen Sie diese Entscheidung derzeit nicht an sich?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Weil wir, Frau Abgeordnete Löhrmann, in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2007 wie auch in den Jahren vorher, als Sie noch in der politischen Verantwortung waren, ein geordnetes Verfahren haben, wonach für die Genehmigung der Frage der Sondermüllverbringung oder -verbrennung, gerade auch bei Importen, die jeweilige Bezirksregierung zuständig ist.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen in dieser konkreten Frage drei Bezirksregierungen, die die Zuständigkeit dafür haben. Die Bezirksregierung ist die Genehmigungsbehörde. Das ist bei der Mittelbehörde auch genau richtig aufgehoben; das ist nicht Aufgabe eines Ministeriums. Wir verfahren hier nach dem Baseler Abkommen, und wir verfahren jetzt im Jahre 2007 genauso wie vor 2005 nach Recht und Gesetz. Von daher gibt es überhaupt keine Notwendigkeit, an dem Verfahren etwas zu ändern.

Ich möchte aber noch einen weiteren Gesichtspunkt deutlich machen, der sonst möglicherweise zu kurz kommt. Ich bedauere, dass wir überhaupt darüber diskutieren müssen, dass Sondermüll aus Australien zu uns nach Nordrhein-Westfalen verbracht wird. Hier geht es schließlich um 18.000 km Seeweg. Das verunsichert auch die Menschen. Deswegen befürwortet die Landesregierung nicht, dass Mengen von Sondermüll aus Australien zu uns nach Nordrhein-Westfalen importiert werden. Aber trotzdem müssen wir nach Recht und Gesetz entscheiden.

Vizepräsident Edgar Moron: Nächster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Kress von der CDU-Fraktion.

Karl Kress (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Letzte, was der Minister gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Das ist so. „Recht und Gesetz“ ist jetzt mehrfach erwähnt worden. Zur Klarheit meine Frage: Ist es richtig, dass die rechtliche Grundlage zur weltweiten Unterstützung bei der Beseitigung von Hexachlorbenzol aus der Biosphäre die von Rot-Grün 2003/2004 ratifizierte Stockholmer Konvention ist?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja, Herr Abgeordneter. Das deckt sich weitgehend mit der Frage, die Herr Abgeordneter Ellerbrock gestellt hat, und auch das habe ich mit Ja beantwortet.

Vizepräsident Edgar Moron: Jetzt hat Herr Ellerbrock die Chance zu einer zweiten Frage. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident, die Chance will ich gerne nutzen. – Herr Minister, zur sachlichen Aufklärung möchte ich gerne eine Frage stellen: Wenn dieses Hexachlorbenzol jetzt aus den Niederlanden, aus Deutschland oder aus Australien kommt, hat das unterschiedliche Emissionen? Ist das aus Australien gefährlicher? Sind das andere Frachten? Sind dafür irgendwelche anderen Filter nötig? Was hat das konkret für Auswirkungen?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter, die Gefährlichkeit ist sicherlich gleich. Aber das Problem – und deswegen wird eine intensive Diskussion darüber geführt – ist, dass dieser Sondermüll über 18.000 km Entfernung über die Meere transportiert werden muss. Von daher sehe ich einen Unterschied zwischen dem Vorgang, Sondermüll aus Australien zu entsorgen, und der möglicherweise vorzunehmenden Entsorgung gleich gelagerten Sondermülls aus den Niederlanden.

Vizepräsident Edgar Moron: Zu seiner zweiten Frage hat Herr Abgeordneter Remmel von den Grünen das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Schönen Dank. – Der Minister hat eben aufgezählt, welche Felder des Ermessens sozusagen abgeprüft werden. Unter anderem hat er darauf aufmerksam gemacht, dass wir in Nordrhein-Westfalen keinen Sonderabfallwirtschaftsplan haben.

Würde es dem Ministerium bzw. den Behörden helfen, wenn zumindest bezogen auf diesen Teilaspekt des Importes aus Übersee – zumal aus Ländern, bei denen man davon ausgehen kann, dass eine eigene Giftmüllbehandlung möglich ist – ein solcher Plan in relativ kurzer Frist, beispielsweise beim nächsten Plenum, vom Landtag gemeinsam verabschiedet würde, um dann als Rechtsgrundlage Ihrer Entscheidung zu dienen?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter, das hätte überhaupt keine Auswirkungen auf das Beantragungswesen, was diesen Sondermüll angeht.

Vizepräsident Edgar Moron: Zu ihrer zweiten Frage Frau Abgeordnete Gottschlich von der SPD.

Margret Gottschlich (SPD): Herr Minister, es freut mich, dass Sie ähnlich wie wir diesen Vorgang bedauern. Kann ich daraus schließen, dass Sie nicht mit dem Abgeordneten Kress einer Meinung sind, der in einer Presseerklärung gesagt hat, es sei sinnvoll, den australischen Sondermüll in diesen modernen Verbrennungsanlagen zu entsorgen, weil wir diese leistungsfähigen Anlagen hätten? Stimmen Sie mir da zu?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Abgeordnete, es gibt keine Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Abgeordneten Kress und der Landesregierung. Der Abgeordnete Kress hat darauf hingewiesen, dass es eine wichtige umweltpolitische Maßnahme ist, dass gefährlicher Sondermüll immer dorthin verbracht und entsorgt werden muss, wo die entsprechenden Anlagen sind. Ich denke, man sollte das nicht durcheinanderbringen. Das ist das Anliegen des Abgeordneten Kress, der ja gerade in umweltpolitischen Fragen besonders engagiert ist.

Die andere Frage, die sich stellt, ist, ob es sinnvoll ist, dass dieser Sondermüll über 18.000 km Entfernung transportiert wird. Das ist nach meiner Auffassung nicht sinnvoll. Aber wir können im Moment ja noch nicht den Beweis antreten, dass es eine entsprechende Sondermüllverbrennungsanlage in Australien gibt. Von daher ist der Prozess ja auch noch nicht abgeschlossen.

Vizepräsident Edgar Moron: Jetzt hat die Fragestellerin, Frau Abgeordnete Schulze, Gelegenheit zu ihrer dritten und damit letzten Frage.

Svenja Schulze (SPD): Herr Minister, das müssen Sie mir aber jetzt noch einmal erläutern. Sie sagen, Sie bedauerten den langen Transportweg. Und Sie sagen, die Entscheidung liege bei Ihnen, wenn es Entsorgungsmöglichkeiten vor Ort gäbe. Wenn es Entsorgungsmöglichkeiten vor Ort in Australien gibt – bei uns verdichten sich jedenfalls diese Hinweise –, die australische Regierung aber Bürgerproteste fürchtet und deshalb andere Wege wählt – jedenfalls gibt es solche Aussagen –, dann möchte ich von Ihnen gerne noch einmal wissen, welche Informationen Sie eigentlich noch brauchen, um die Genehmigung des Giftmülltransportes um den halben Globus zu untersagen.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Abgeordnete Schulze, ich wiederhole mich gern. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das Verfahren im Zusammenhang mit Australien noch nicht abgeschlossen ist. Ein ganz entscheidender Teil des Genehmigungsverfahrens

durch die Bezirksregierung ist es ja, dass die Regierung von Australien erklären muss, ob auf australischem Grund und Boden das Verbrennen dieses Sondermülls möglich ist. Die Antwort liegt zurzeit noch nicht vor. Deswegen können wir zurzeit eine solche Entscheidung noch nicht treffen.

Vizepräsident Edgar Moron: Dann habe ich vom Kollegen Kress noch eine Wortmeldung. Es ist auch seine zweite und damit letzte Frage. Bitte schön, Herr Kress.

Karl Kress (CDU): Herr Präsident! Auf die Anmerkung, die eben gemacht worden ist, will ich jetzt nicht mehr eingehen; ich danke aber dem Minister.

Wir haben ja den Abfallwirtschaftsbericht 2004 für Sonderabfälle bekommen, den wir uns alle sicherlich sehr kritisch angesehen haben. Ich habe auch im Fachausschuss daraus zitiert. Wir haben aber auch die Abfallbilanz 2005 bekommen mit einer rückblickenden Statistik von 1997 bis 2005.

Herr Minister, ist es richtig, dass die Abfallimporte von 1997 bis 2005 beachtlich sind, aber zum ersten Mal im Jahre 2005 eine erfreuliche Trendumkehr bei Importen zu verzeichnen ist?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter, ich kann Ihre Angaben nur bestätigen.

Vizepräsident Edgar Moron: Wir haben weitere drei Fragesteller. Zunächst hat Herr Kollege Gatter noch einmal Gelegenheit zu einer Frage.

Stephan Gatter (SPD): Herr Minister, Sie korrespondieren mit der australischen Regierung. Der zweite Aspekt dabei ist auch, zu kontrollieren oder nachzufragen, ob es nicht auch andere Alternativen der Entsorgung gibt. Die kann ja nicht nur auf australischem Boden stattfinden, sondern es gibt ja, denke ich, noch einige andere hochindustrialisierte Staaten, die etwas näher an Australien liegen als die Bundesrepublik Deutschland. Das ist zum Beispiel Japan. Bei den USA weiß ich nicht genau, ob die Entfernung von Australien dorthin weniger als 18.000 km sind.

Wird es bei Ihrer Überprüfung auch eine Rolle spielen nachzufragen, ob es nicht auch andere Alternativen gibt, als auf deutschem Boden zu entsorgen?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, das ist nicht Teil des Genehmigungsverfahrens, sondern hier geht es nur um die Angaben der australischen Regierung, ob eine Entsorgung auf australischem Grund und Boden nach den entsprechenden rechtlichen Vorgaben, die wir haben, möglich ist.

Vizepräsident Edgar Moron: Jetzt hat sich noch Herr Kollege Stinka von der SPD gemeldet.

André Stinka (SPD): Herr Minister, Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie auch eigene Recherchen über Entsorgungsmöglichkeiten durchgeführt haben, die bestätigen, dass Entsorgungsmöglichkeiten vor Ort gegeben sind.

Wenn nun die australische Regierung mitteilt, dass sie keine Entsorgungsmöglichkeiten hat: Nach welcher Gewichtung Ihrer eigenen Recherche oder Darstellung würden Sie dann genehmigen oder ablehnen?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter, ich habe eben nicht ausgeführt, dass es eine solche Entsorgungsmöglichkeit vor Ort gibt. Das ist Teil des Verfahrens, das zurzeit mit der australischen Regierung durchgeführt wird. Ich werde mich hüten, bevor dieses Verfahren abgeschlossen wird, irgendeine Stellungnahme dazu abzugeben.

Vizepräsident Edgar Moron: Ich habe jetzt noch eine letzte Wortmeldung zu dieser Dringlichen Anfrage, nämlich vom Kollegen Kuschke von der SPD.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Minister, genau an diesen letzten Satz, den Sie gerade formuliert haben, möchte ich anknüpfen. Der Sprechzettel von Staatssekretär Schink im zuständigen Ausschuss trägt die dicke Überschrift: „Kein Ermessungsspielraum bei Genehmigung von Sondermüllimporten aus Australien“.

Sie haben gerade mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie bestimmte Dinge jetzt noch nicht abschließend bewerten können, weil das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Kann ich daraus entnehmen, dass diese Überschrift „Kein Ermessensspielraum …“ eigentlich so nicht hätte formuliert werden können?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, Herr Abgeordneter, das können Sie nicht daraus entnehmen. Die Überschrift „Kein Ermessensspielraum …“ bezieht sich darauf, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen nach den geltenden Gesetzen dieses Genehmigungsverfahren über die Bezirksregierung durchführt. Das heißt, wir führen es ganz klar nach Recht und Gesetz durch. Und im Rahmen dieses Prüfungsverfahrens gibt es keinen politischen Ermessensspielraum, der immer vonseiten der Landesregierung eingefordert wird, sondern nur im Rahmen der geltenden Gesetze. Von daher ist auch die Überschrift des Sprechzettels von Herrn Staatssekretär Schink, der dem Ausschuss zur Verfügung gestellt worden ist, genau richtig. Es ist also keine politische Prüfung.

(Heiterkeit von Svenja Schulze [SPD])

Wir appellieren natürlich an die Länder, alles vor Ort zu untersuchen und zu prüfen, dass der Sondermüll dort entsprechend entsorgt und in den Kreislauf zurückgeführt wird, wo der Müll entsteht. Das ist Wille der Landesregierung.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen – darin hätte ich dann auch sicherlich die Unterstützung der Wirtschaftsministerin – ist auch gerne bereit, dass Technologie aus Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang

mit Abfallentsorgung in die gesamte Welt geliefert wird. Dieser Beitrag scheint mir viel sinnvoller zu sein, als Sondermüll über 18.000 km nach Nordrhein-Westfalen zu transportieren.

Vizepräsident Edgar Moron: Ich danke Herrn Minister Uhlenberg für die Beantwortung. Meine Damen und Herren, damit ist die Dringliche Anfrage 110 erledigt.

BG90 Antrag an RVR "Keine Verbrennung von australischem Giftmüll im RZR“

Fraktion im Regionalverband Ruhr
Kronprinzenstr. 35 45128 Essen
Tel.: 0201.2069.430 Fax: 0201.2069.551
gruene(at)rvr-online.de www.gruene-rvr.de
5. März 2007

An den Vorsitzenden der Verbandsversammlung des RVR Herrn Wolfgang Kerak

z. K. an * Herrn Regionaldirektor Heinz-Dieter Klink * Fraktionen

Antrag zum TOP 6 der Verbandsversammlung am 12. März 2007:

"Keine Verbrennung von australischem Giftmüll im RZR Herten"

Sehr geehrter Herr Kerak,

mit großer Sorge nehmen wir die Diskussion über die geplante Verbrennung australischen Giftmülls im RZR Herten zur Kenntnis. Aus guten Gründen wurde in den vergangenen Monaten die Trennung von artfremden bzw. regional irrelevanten Geschäftsbereichen vorgenommen und im Konsens aller Beteiligten die wichtige Rolle der AGR für den Ballungsraum Ruhrgebiet in den Vordergrund gerückt.

Wir bewerten das jetzt diskutierte Australiengeschäft daher nicht nur in der Sache als falsch, sondern befürchten auch, dass die Bemühungen der jüngsten Zeit, die AGR auf ihre Kernaufgabe als regionaler Entsorger zurückzuführen, konterkariert werden und der Ruf des Unternehmens nachhaltigen Schaden nimmt. Wir halten es für dringend erforderlich, diese Schieflage zu beseitigen und schlagen daher den beigefügten Text zur Beschlussfassung vor:

Wir bitten außerdem darum, zur Verbandsversammlung auch den AGR-Geschäftsführer ein- zuladen. Außerdem bitten wir zur Sitzung um eine detaillierte Aufstellung internationaler Müllgeschäfte der AGR der letzten zehn Jahre, aus denen Herkunft, Menge und Art des im- portierten Abfalls ersichtlich werden.

Mit freundlichen Grüßen
Sabine von der Beck
Martin Tönnes,
und Fraktion

Giftmüllimport nach Herten unterbinden!

1. Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) lehnt das geplante Geschäft mit der australischen Firma Orica ab. Es widerspricht der Baseler Konvention, da im Erzeugungsland Möglichkeiten zur Beseitigung des Giftmülls bestehen und ist vor diesem Hintergrund nicht genehmigungsfähig.

2. Die Verbandsversammlung kritisiert die AGR-Geschäftsführung wegen der mangelhaften Information der RVR-Gremien. So wurde der Bürgermeister der Stadt Herten im Frühjahr 2006 über die Verhandlungen informiert, ohne dass zeitgleich der Aufsichtsrat oder der Gesellschafter ebenfalls hierüber in Kenntnis gesetzt wurden.

3. Die RVR-Verbandsversammlung begrüßt die klare Position von Landesumweltminister Uhlenberg und der großen Mehrheit des NRW-Landtages, dass der weltweite Müllimport nicht zur abfallpolitischen Leitlinie des Landes gehört. Die Landesregierung wird deshalb auf Basis der aktuellen Diskussionsgrundlagen aufgefordert zu prüfen, ob Ansätze zur Schaffung nationalen Rechts oder die Veränderung internationaler Vereinbarungen notwendig sind und hierzu gegebenenfalls gesetzgeberisch aktiv zu werden.

4. Jede Industrienation muss für das Vorhalten ausreichender Entsorgungskapazitäten Verantwortung übernehmen. Die Städte und Kreise im Regionalverband Ruhr haben sich dieser Verantwortung auch im Sinne der Daseinsvorsorge gestellt und halten die entsprechenden Entsorgungskapazitäten unter höchster Umweltschutzanforderungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft in der Metropole Ruhr vor. Die größten Gefahren für die Menschen und die Umwelt gehen von den Transportgenehmigungen von Giftmüll aus. Deshalb müssen Transportentfernungen auf ein Mindestmass beschränkt werden. Bundesumweltminister Gabriel wird aufgefordert, in den dafür zuständigen Gremien auf der europäischen wie auch der internationalen Ebene initiativ zu werden. Ziel muss sein, dass die Nationalstaaten, die der Baseler Konvention beigetreten sind auch entsprechende Kapazitäten für eine ortsnahe Entsorgung vorhalten bzw. schaffen müssen.

5. An das Parlament und die Regierung von Australien wird der Appell gerichtet, für die Schaffung eigener ausreichender Kapazitäten für eine umweltgerechte Entsorgung von Sondermüll die Verantwortung zu tragen. Soweit solche Investitionen durch das nationale Aufkommen nicht hinreichend refinanziert werden können richtet sich dieser Appell auch an grenzüberschreitende Kooperationen mit australischen Nachbarstaaten zur umweltgerechten Lösung und globaler Verantwortung in dieser Frage.

6. Die Verbandsversammlung fordert unabhängig von der aktuellen Diskussion Aufsichtsrat und Geschäftsführung der AGR auf, allgemein gültige Standards festzulegen, mit denen verbindliche Vorgaben für künftige Geschäftsabschlüsse insbesondere bezüglich der Transportwege und der Art zu entsorgender Abfälle festgeschrieben werden und diese der Verbandsversammlung zur Abstimmung vorzulegen.

7. Die Verbandsversammlung begrüßt, dass deutsche Entsorgungstechnologie hohen Umweltstandards entspricht und weltweit einen guten Ruf genießt. Daher fordert sie Bundes- und Landesregierung sowie die metropoleruhr GmbH auf, eine Werbe- und Exportoffensive für derartige Technologien zu starten. Dies trägt zur Vermeidung gefährlicher globaler Giftmülltransporte bei und stärkt zugleich den Technologie- und Wirtschaftsstandort Deutschland.

8. Der Regionaldirektor wird aufgefordert diesen Beschluss an den Landtag NRW sowie die Fraktionen, den Deutschen Bundestag sowie die Fraktionen, den Minister für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW, den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie in einer englischen Übersetzung an den australischen Parlamentspräsidenten und den australischen Regierungschef zu senden.

PRESSEMITTEILUNGEN - FDP KREISVERBAND DITHMARSCHEN V. 8.3.07

Giftmüll – (FDP) offener Brief der Kirche an die Stadt
Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Koppelin an Bundesregierung

Brunsbüttel (fan) Die Pläne des australischen Chemiekonzerns Orica, 22 000 Tonnen mit Hexachlorbenzol verseuchten Giftmüll zur Verbrennung nach Brunsbüttel zu transportieren, werden jetzt auch die Bundesregierung beschäftigen.

In einer Anfrage will der aus Dithmarschen stammende FDP-Bundestagsabgeordnete Jürgen Koppelin wissen, ob Berlin Erkenntnisse darüber hat, welche Risiken es für Bürger und Umwelt bei der Verbrennung von Hexachlorbenzol (HCB) gibt. Es sei für ihn unerklärlich, so Koppelin gestern, dass Giftmüll um die halbe Welt transportiert werde, um in Brunsbüttel verbrannt zu werden. „Brunsbüttel darf nicht zum Abfalleimer internationaler Chemiekonzerne werden." Ferner will der Liberale von der Bundesregierung wissen, ob es zutrifft, dass es für die Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) Brunsbüttel nur eine eingeschränkte Genehmigung zur Verbrennung von Sonderabfällen, ausschließlich aus der Region Schleswig-Holstein und der Stadt Bremen gibt. Die Bundesregierung muss nun innerhalb einer Woche auf die Fragen antworten.

In einem offenen Brief hat die Brunsbütteler Kirchengemeinde die Stadt gestern gebeten, die Entscheidung in der Ratsversammlung zu revidieren. SPD und CDU hatten vergangene Woche eine von der WIR eingebrachte Resolution, die sich gegen den Giftmüll-Transport und die Verbrennung ausspricht, verhindert.

„Der Transport, die Lagerung, Verteilung und Verbrennung des australischen Giftmülls bergen nicht kalkulierbare Risiken für die Menschen, die in Brunsbüttel und Umgebung leben. Mit der Einfuhrerlaubnis sind wir diesen Risiken unmittelbar ausgesetzt. Das wollen wir nicht", heißt es in dem Schreiben. Stattdessen solle sich Brunsbüttel bemühen, Standort für „ungefährliche Technologien" wie erneuerbare Energien zu werden. „Wir leben in einer Zeit, in der Gottes gute Schöpfung zusehends bedroht ist. Wir haben die Verantwortung, die Schöpfung zu pflegen und zu erhalten. Dazu gehört auch, alles dafür zu tun, dass Leben nicht gefährdet wird."

In Nordrhein-Westfalen, wo zwei Drittel des Giftmülls verbrannt werden sollen, hat sich mit Gelsenkirchen die siebte Stadt (darunter auch Leverkusen) mit einer Resolution gegen den Gift-Transport gewandt.

NEUER ZÜNDSTOFF IN DEN AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE VERBRENNUNG VON HCB

Quelle: ngz-online Dormagen 6.3.07

Dormagen Hektische Betriebsamkeit am Dienstagmorgen bei einigen Bürgern und im Chemiepark Dormagen. Eine Statistik des Landesamtes für Naturschutz, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV) hatte massive Steigerungen beim Ausstoß der Restmüllverbrennungsanlage (RVAD) im Dormagener Chemiepark verbreitet.

Neuer Zündstoff in den Auseinandersetzungen um die Verbrennung von Hexachlorbenzol aus Australien in der RVAD.

Der Ausstoß von Schwefeldioxid sollte danach von 24 Kilogramm 2000 auf fast fünf Tonnen 2004 gestiegen sein, der von Stickstoffdioxid von 58 Kilogramm auf über 67 Tonnen und der von Kohlenmonoxid von 7 Kilogramm auf 2,2 Tonnen.

Nach Darstellung von Christian Zöller, Pressesprecher des Chemieparks und Joachim Beyer, Leiter der RVAD, treffen diese Steigerungen nicht zu. Zöller: „So gab es kaum Veränderungen der Emissionswerte zwischen den Jahren 2000 und 2004 in dem dargestellten Umfang."

Das Landesamt korrigiert diese Zahlen. Sein Sprecher Eberhard Jacobs auf Anfrage gegenüber der NGZ: „Die Zahlen für das Jahr 2000 sind definitiv falsch." Möglicherweise sind nach einer Übermittlungsfehler unrichtige Daten für das Jahr 2000 in das System eingestellt worden.

Nach den Worten von Joachim Beyer bewegen sich die Emissionen der RVAD „deutlich unter den gesetzlich vorgeschriebenen Konzentrationsgrenzwerten". Sie werden laut Beyer zum Teil um die Hälfte unterschritten, zum Teil erreichen sie nur 20 Prozent der Grenzwerte.

Unterdessen geht das politische Tauziehen um die HCB-Verbrennung aus Australien weiter.

Rechtlich sieht der zuständige Staatssekretär im Ministerium für Umwelt- und Naturschutz, Landschaft und Verbraucherschutz, Dr. Alexander Schink, kaum Möglichkeiten, die Genehmigung für den Transport und das Verbrennen zu vermeiden.

Schink war am Montagabend zu Gast in der Dormagener CDU-.Fraktion. Dort, wie bereits vor einigen Tagen im Umweltausschuss des Landtages erläuterte er, dass die Genehmigung erteilt werden muss, wenn nicht bestimmte, eng umrissene Einwände, entgegen stehen.

Das könnte hier unter anderem gegeben sein, wenn „das Prinzip der Nähe und der Grundsatz der Entsorgungsautarkie" Vorrang genießen. Das ist aber eine Frage, für die Bundes- Umweltminister Sigmar Gabriel zuständig ist.

NRW-Minister Eckard Uhlenberg hat Gabriel angeschrieben, aber noch keine Antwort erhalten. Schink im Ausschuss: „Verlautbarungen entnehmen wir, dass Herr Gabriel solchen Abfallimporten wohl eher aufgeschlossen gegenübersteht."

Einwände des Landes wie Kapazitätsprobleme oder ein Verstoß gegen nationale Vorschriften sind laut Schink nicht vorhanden. „Nach Recht und Gesetz" liegen dafür keine Hinderungsgründe für eine Entsorgung in der RVAD vor.

Allerdings ist dafür ein Antrag der australischen Regierung nötig. Und der liegt noch nicht vor. Schink hat aber vor der CDU-Fraktion in Dormagen deutlich gemacht, dass ein reines Gefälligkeitsschreiben für das

australische Unternehmen Orica, bei dem das HCB anfällt, nicht genüge: „Dieser Antrag wird von uns genauestens geprüft."

Das habe er gegenüber der australischen Botschaft deutlich gemacht. In diese Prüfung einfließen wird vor allem auch die Frage, ob Australien nicht selbst in der Lage ist, HCB zu entsorgen.

Nach Angaben des Leiters der Dormagener Agenda 21 und früheren Grünen-Ratsmitglied, Manfred Puchelt, sei das möglich. Der Landesregierung liegen darüber offenbar keine Erkenntnisse vor.

Puchelt und andere Gegner der HCB-Verbrennung befassen sich weiter mit der Rolle des Dormagener Landtagsabgeordneten Karl Kress (CDU) in dieser Frage.

Sie sind der Ansicht, dass Kress einseitig das Wort für seinen ehemaligen Arbeitgeber Bayer ergreife und die Interessen des Chemiekonzerns vertrete. In seinem Fall müsse die Frage der Befangenheit geklärt werden.

Die Rückstandsverbrennungsanlage von Bayer-Industry-Services im Chemiepark Dormagen: Angeblich soll es zu massiven Steigerungen der Emissionen gekommen sein. Recherchen der NGZ ergaben, dass das Umwelt-Landesamt falsche Daten veröffentlicht hat. NGZ-Foto: NGZ-Onlin

Leserforum: Autor: Anton Schmidt / Datum: 07.03.07 07:46 Giftmüll - Verbrennung in Dormagen Die alte Bayer -Lobby will uns weiß machen, dass der zu verbrennende Giftmüll nicht nur ein tolles Geschäft ist, das Arbeitsplätze sichert (nachdem man vorher rausgeworfen hat...!!!), sondern das aber auch gar nichts Belastendes oder Gefährdendes in die Luft entweicht oder entweichen könnte.

Jeder, der anders denkt und argumentiert, wird als uninformiert und unbelehrbar dargestellt. Dass aber die Australier den Bau einer solchen Anlage w e g e n zu großer Gefährdung abgelehnt haben, wird verschwiegen.

Hier erhebt sich eine Industrieelite wieder mal über den Willen der Bevölkerung. Sie erwartet an einem Standort, wo Tausende von Arbeitsplätzen gekillt wurden auch noch Solidarität für

Ihr Handeln. Diese Führungselite lebt auf einem anderen Stern...und dort sollte sie ihren Pflichten nachgehen, denn irdische Bodenhaftung ist ihr fremd.

DISKUSSIONEN UM DIE ZAHLEN DES LANUV

Grevenboicher Zeitung 7. März 2007

DORMAGEN (Sto) Diskussionen um die Zahlen des Landesamtes für Naturschutz, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV) gestern, das falsche Werte für das Jahr 2000 veröffentlicht hatte. NGZ-Redakteur Chris Stoffels sprach mit dem Leiter der Verbrennungsanlagen bei Bayer Induytry Services, Joachim Beyer.

Herr Beyer, auch wenn die RVAD keine immensen Steigerungen in den Emissionen zu verzeichnen hat, erscheinen einige Werte wie 67 Tonnen Stickstoffdioxid, 2,2 Tonnen Kohlenmonoxid oder fast fünf Tonnen Schwefeldioxid, die im Laufe eines Jahres ausgestoßen werden, als absolute Werte sehr hoch.

Joachim Beyer Das mögen Zahlen sein, die dem Laien sehr hoch erscheinen. Tatsächlich aber liegen wir damit zum Teil sehr deutlich unter den Werten, die für diese Anlagen festgelegt sind.

Sind diese Grenzwerte nicht sehr großzügig bemessen?

Beyer Im Gegenteil, wir haben weltweit mit die strengsten Grenzwerte. Ein Beispiel: Der Grenzwert für Schwefeldioxid liegt bei 50 Milligramm pro Kubikmeter Abgas, der Wert in der RVAD liegt bei etwa acht Milligramm

Dennoch: Einige dieser genannten Stoffe gelten als krebserregend und gefährlich?

Beyer Wir stoßen diese Stoffe nur in einem vergleichsweise sehr geringen Maß aus. Andere Industriezweige - zum Beispiel ein Zementwerk -stoßen ein Vielfaches dieser Emissionen aus. Unsere Anlage kommt auf etwa 70 000 Kubikmeter Abgas , pro Stunde, ein Zementwerk liegt in der gleichen Zeit bei 500 000 Kubikmetern, ein einziger Pkw kommt auf 50 bis 100 Kubikmeter pro Stunde. Mit diesen Vergleichszahlen relativieren sich die Emissionen der RVAD, die nicht gefährlich sind. Zum Vergleich: Der Ausstoß der RVAD entspricht denen von etwa 1000 Dieselautos, diese aber mit wesentlich höheren Emissionen.

Wird der SchadstoffAusstoß durch das Verbrennen von HCB aus Australien deutlich vergrößert

Beyer Eindeutig nein, auch jetzt werden vergleichbare, HCB-ähnliche Stoffe verbrannt, und der Anteil der HCBAbfälle wäre relativ gering.

ZUR SACHE

VON CHRIS STOFFELS

Recht und Gesetz

Nach Recht und Gesetz will - und muss - die Landesregierung die Giftmüll-Transporte von Australien via Brunsbüttel in den Dormagener Chemiepark und die dortige Verbrennungsanlage genehmigen. „Recht und Gesetz" können, wie in diesem Fall, zuweilen zu einer sehr abstrakten Formel werden. Einer, die immer weiter abdriftet von der Lebenswirklichkeit der Bürger. Die nämlich wollen, dass die HCB-Abfälle dort entsorgt werden, wo sie anfallen: in Australien. Dabei sollten „Recht und Gesetz" dem Interesse der Bürger dienen. Davon allerdings sind sie bei der Giftmüll-Entsorgung aus Australien weit entfernt. Bei der Verabschiedung der Stockholmer Erklärung, mit der sich Deutschland verpflichtet, Giftmüll aus Staaten zu vernichten, die selbst keine Möglichkeit dazu haben, mag dem internationalen Klimaschutz gedient sein. Aber muss aller-Dreck der Welt, müssen alle Lasten des wirtschaftlichen Raubbaus anderenorts bei uns landen? Deutschland alleine kann viel tun, aber nicht die Welt retten. Wie viel getan werden kann, ist nicht zuletzt eine Frage, was der Bürger - zum Beispiel in Dormagen - verkraften kann.

Oder aber:

Ist die Politik im Dienste der Wirtschaft und ihrer mächtigen Verbände tätig geworden, hat „Recht und Gesetz" verabschiedet und mit hehren Worten versucht, des Bürgers Seele zu erweichen? Wie dem auch sei - im Sinne des Dormagener Bürgers ist dieses „Recht und Gesetz" in diesem Falle schon längst nicht mehr.

HCB-Verbrennung: "Coordination gegen BAYER-Gefahren" kritisiert Landtagsabgeordneten

IST DIE GENEHMIGUNG NUN DOCH FRAGLICH? 7. MÄRZ 2007, RHEINISCHER ANZEIGER

Dormagen - Ob das Landesumweltministerium die Genehmigung für die Verbrennung von 11.000 Tonnen Hexachlorbenzol (HCB) in Nordrhein-Westfalen (NRW) - davon 1.500 Tonnen in der Sondermüll-Verbrennungsanlage im Chemiepark Dormagen - erteilt, erscheint nach der vergangenen Woche wieder fraglich. Landesumweltminister Eckhart Uhlenberg (CDU) hatte sich zwar gegen den Import der Sonderabfälle aus Australien ausgesprochen. Gleichzeitig erklärte er aber auch, dass es keine rechtliche Möglichkeit gebe, die Einfuhr zu verhindern, da die Genehmigungsvoraussetzungen vorlägen. So geschehen Mitte Januar

im Umweltausschuss des NRW-Landtags. Rechtliche Grundlage im Genehmigungsverfahren ist die europäische "Abfallverbrinnungsverordnung".

Die Bündnisgrünen, die die Ansicht Uhlenbergs kritisierten, erhielten jetzt Rückendeckung aus Brüssel: Die EU-Kommission sieht offenbar keine rechtliche Verpflichtung des Landes NRW zur Annahme des Abfalls, der über 16.000 Kilometer per Schiff, Bahn und Lkw nach Herten, Leverkusen und Dormagen gebracht werden soll. Das gelte selbst dann, wird die Sprecherin des EU-Umweltkommissars Stavros Dimas in der Neuß Grevenbroicher-Zeitung zitiert, wenn Australien nicht über geeignete Verbrennungsanlagen verfüge. Eine der drei Genehmigungsvoraussetzungen ist, dass der Sondermüll von der verursachenden Firma Orica nicht möglichst nah am Entstehungsort in Australien entsorgt werden kann.

Ob diese Voraussetzung erfüllt ist, ist seit vergangener Woche offenbar ebenfalls unklar. Der Verein "Coordination gegen BAYER-Gefahren" (CBG) verwies auf eine entsprechende Äußerung von Sabine Raddatz, Sprecherin des Landesumweltministeriums, aus der Woche davor. "Unternehmen in Australien reklamierten sogar öffentlich, sie seien in der Lage, den Giftmüll selbst zu entsorgen", so CBG in einer Pressemitteilung. Die Ministeriums-Sprecherin wird dort wie folgt zitiert: "Wir warten auf eine Bestätigung der australischen Behörden." Deshalb ruhe derzeit das Verfahren bei den zuständigen Bezirksregierungen.

Starker Kritik sieht sich auch der CDU-Landtagsabgeordnete Karl Kress ausgesetzt. Der hatte einen Tag nach der Pressemitteilung von CBG selbst eine Presseinformation herausgegeben. Darin erklärte der Zonser, es sei zwar grundsätzlich wünschenswert, Abfälle jedweder Art dort zu vernichten, wo sie entstünden. In vielen Staaten aber fehlten die Voraussetzungen, um Sonderabfälle umweltverträglich und sicher zu vernichten. In NRW gebe es die leistungsfähigsten und besten Hochtemperaturverbrennungsanlagen der Welt. Es sei deshalb sinnvoll, den australischen Sondermüll trotz "aller Magenschmerzen über die Transportwege" vor Ort zu entsorgen. "Ich halte es für absolut richtig, dass wir diese Schadstoffe vernichten", erklärte Kress.

Der Verein "Cooperation gegen BAYER-Gefahren" titulierte den Landtagsabgeordneten daraufhin als "U-Boot der Firma Bayer". Kress gehöre zu den wenigen Befürwortern der HCB-Verbrennung in Bayer-Anlagen in NRW. Er habe sich nicht den Interessen des Allgemeinwohls, sondern denen seines ehemaligen Arbeitgebers verpflichtet. Der Zonser war bis zum Eintritt in den (vorzeitigen) Ruhestand bei der Bayer Faser GmbH beschäftigt.

Auch bei anderen umstrittenen Projekten der Bayer AG wie dem Bau einer Kohlenmonoxid-Pipeline von Dormagen nach Uerdingen vertrete Kress, so CBG in der Pressemitteilung, die Interessen des Unternehmens. Während der Kreis Mettmann gegen die Pipeline klage wolle und der Monheimer Bürgermeister das Projekt als unverantwortlich bezeichnet habe, habe Kress den Bau der Pipeline als eine gute Nachricht für beide Standorte bezeichnet.

AGENDA21, DORMAGEN "WIR HABEN DIE BAYER-MITARBEITER NICHT BELEIDIGT"

Presseerklärung der Dormagener Agenda 21 vom 3. März 2007

Für Bayer-Mitarbeiter Verständnis statt Beleidigung

Dormagen. Als Leiter des BIS-Chemieparks hat Walter Schulz im Jahr 2004 im Dormagener Stadtrat die Erweiterung der Bayer-Sondermüllverbrennungsanlage (SMVA) auf 75.000 Jahrestonnen präsentiert. Leider ist auf dem Weg von der eiligen "Anhörung" im Rat zur eiligen "Entscheidung" im Hauptausschuss beim - vom CDU-Bürgermeister Hauschild formulierten Beschlussvorschlag - die regionale Beschränkung auf Deutschland abhanden gekommen.

Es ehrt Herrn Schulz, dass er auch noch im Ruhestand seine früheren Kollegen der SMVA gegen Kritik öffentlich verteidigt. Nur hat Manfred Puchelt von der Dormagener Agenda 21 die Bayer-Mitarbeiter gar nicht

"beleidigt". Bei der Übergabe der Antworten auf die 90 Fragen im Beisein der Journalisten sagte er: "Sie haben die neueste Technik mit Prozessleit-Elektronik, halten alle Grenzwerte ein und Ihre Mitarbeiter sind bestens qualifiziert. Sie verhalten sich völlig korrekt."

Also: keine Beleidigung sondern Respekt vor der speziellen Situation, in der sich Bayer-Mitarbeiter befinden. "Aber Bayers wissenschaftlicher Erkenntnishorizont reicht auch nur bis zum heutigen Tag. So wie Bayer im Umgang mit Gefahrstoffen seit 10 Jahren schlauer geworden ist und sein Verhalten korrigiert hat, wird es im Umgang mit diesen Stoffen auch in Zukunft neue weitere lebenswichtige Erkenntnisse gewinnen. Wir glauben: Giftmüll-Verbrennung birgt Gesundheits-Risiken. Fragen wir in 5 Jahren noch einmal gezielt nach, was dann alles neu bewertet werden muss. Wir bezweifeln, dass Bayer diesen komplexen Vorgang der Verbrennung von Giftmüll technisch und menschlich jederzeit voll im Griff hat. Deshalb halten wir als Dormagener Agenda 21 die Ausweitung des weltweiten Mülltourismus - hier speziell aus Australien - für nicht verantwortbar. Wir können nachweisen, dass dort mit eigenen Anlagen entsorgt werden kann."

Ein geflügeltes Sprichwort in dieser Situation lautet: 'Eine eigene Meinung zu haben, können sich nur ganz Unabhängige leisten.' "Vor diesem Hintergrund überrascht uns das völlige Stillschweigen der Dormagener Politikerinnen und Politiker, speziell von SPD und CDU. Die Tatsache, dass man einmal im Jahr 2004 eine Fehlentscheidung getroffen hat, muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass man bei neuen Erkenntnissen nicht kräftig gegensteuert. 'Es gibt viel zu tun, warten wir es ab', kann für Politiker nicht die Problemlösung sein. Das gilt auch für unseren gewählten CDU-Landtagsabgeordneten und früheren Bayer-Mitarbeiter Karl Kress. Auch ihm wurde das Angebot der einheimischen australischen Entsorgerfirma Dolomatrix an Fa. Orica samt Verfahrensbeschreibung von der Dormagener Agenda 21 inzwischen vorgelegt.

Wer in einem System eingebunden ist, braucht viel Zivilcourage, um gegenzusteuern. Dabei wissen die Menschen Zivilcourage durchaus zu schätzen: Hinter jeder der bisher gesammelten ca. 450 Unterschriften gegen den Giftmüll-Import aus Australien steht ein solches mutiges persönliches Bekenntnis. Viele Menschen mussten ihre eigene Angst überwinden, und trauten sich erst dann zu unterschreiben."

Manfred Puchelt

DIE AGR VERSCHENKT MILLIONEN: Die Spur der Millionen

Quelle:Westline Freitag, 9. März 2007 | Philipp Ostrop

http://www.westline.de/nachrichten/index_22653.php#

London/Dortmund (wl) - Die Lombard Street in London ist ein feines Pflaster. Hier residieren Anwälte und Banken, die Themse ist nur einen Steinwurf entfernt. Hier könnte sich entscheiden, ob Teile der Affäre um fahrlässige Geschäfte des Ruhrgebiets-Entsorgers AGR aufgeklärt und mutmaßlich veruntreute Millionensummen jemals gefunden werden können. Denn hierhin führt die Spur des Geldes.

Einen ersten Erfolg konnte die deutsche Justiz am Mittwoch verbuchen, als Ermittler die Schlüsselfigur am Frankfurter Flughafen festnahmen: Rhodri Philipps, britischer Geschäftsmann und Blender mit adeligem Blut. Der Abkömmling eines angesehenen britisch-chilenischen Familienclans wusste zwar, dass gegen ihn ermittelt wird – dass die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth jedoch bereits einen Haftbefehl wegen Untreue erwirkt hatte, war ihm offenbar neu. Bis die Handschellen klickten.

PRIVAT LÄNGST PLEITE

Philipps war es, an dessen undurchsichtiges Netz von internationalen Briefkastenfirmen der kommunale Entsorgungskonzern AGR (Herten) im Herbst 2004 den maroden Baukonzern Brochier quasi verschenkte.

Die AGR, eine Tochter des Regionalverbands Ruhr, hatte Brochier im Jahr 1999 gesetzeswidrig gekauft und war deshalb vom NRW-Innenministerium angewiesen worden, die Firma loszuwerden. Fünf Jahre später verkaufte man, Brochier hatte nie einen Gewinn abgeworfen, sondern immer nur gekostet. Bis heute sind 120 Millionen Euro öffentliche Gelder vernichtet worden.

Philipps war zum Zeitpunkt der Übernahme privat längst pleite. Doch das war nicht schlimm, schließlich kostete Brochier nur einen Euro. Damit der klamme Philipps Brochier nahm, legte die AGR Darlehen und Kredite im Umfang von insgesamt 50 Millionen Euro drauf – darunter war auch ein Elf-Millionen-Kredit, der die Geschäftstätigkeit von Brochier sicherstellen sollte.

Die Ermittler gehen davon aus, dass Philipps aus diesem Topf acht Millionen Euro nahm, um die Frankfurter Chemiefirma LII Europe zu kaufen, die seinen Briefkastenfirmen noch immer gehört. Drei Millionen Euro sind offenbar verschwunden, Philipps könnte seinen teuren Lebensstil damit finanziert haben, glauben die Fahnder. Brochier musste im letzten Sommer Insolvenz anmelden.

ÜBERWEISUNG

So falsch scheinen die Ermittler nicht zu liegen. In Unterlagen, die den Ruhr Nachrichten vorliegten – darunter Kontoauszüge, Kreditkarten-Abrechnungen und streng vertraulicher Briefverkehr zwischen Philipps und seinen internationalen Partnern – taucht auch die Elf-Millionen-Überweisung auf: Nicht mal drei Wochen nach dem Kauf von Brochier hatte die dortige Finanzbuchhaltung per Fax die Dresdner Bank in Dortmund angewiesen, Geld vom Konto zu überweisen. Empfänger: Barclays Bank in London, Lombard Street 54. Betrag: 11.000.000 Euro. Zwei Tage später verfügte dann ein Geschäftspartner von Rhodri Philipps, drei Millionen Euro sollten auf ein neues Konto überwiesen werden. Dort verliert sich die Spur dieser Millionen.

Die Adresse des Geschäftspartners: Lombard Street 60. Ein feines Pflaster.

Weitere Links zu Müll & Co:

http://www.westline.de/nachrichten/index_20411.php
http://www.westline.de/nachrichten/index_20221.php
http://www.westline.de/nachrichten/index_20219.php
http://www.westline.de/nachrichten/index_14806.php
http://www.westline.de/nachrichten/index_14840.php
http://www.westline.de/nachrichten/index_14842.php
http://www.westline.de/nachrichten/index_14844.php
http://www.westline.de/nachrichten/index_14845.php

http://www.agr.de/de/info/medienmitteilungen/2007/AnlagenAlternativen.shtml

AGR (STRUSZCZYNSKI) BEHAUPTET, BÖSENNOTIERTE FIRMA NICHT LEISTUNGSFÄHIG

Entsorgung von australischem Sonderabfall / Alternativen in dortigen Anlagen / Studie im UN Umwelt-Programm macht Dimensionen deutlich

(Herten, 09.03.2007) Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Entsorgung australischen Sonderabfalls in vier deutschen Verbrennungsanlagen für Industrieabfälle, u. a. auch das RZR Herten der AGR, wird immer wieder die Möglichkeit der Beseitigung im Ursprungsland selbst angeführt. Geeignete Anlagen sollen in Australien vorhanden sein. Die Notifizierung, also die Zustimmung der deutschen Genehmigungsbehörden zu den Abfalltransporten ist aber nur möglich, wenn in Australien eine geeignete Entsorgungstechnologie nicht gegeben ist.

Bei den beiden zur Diskussion stehenden Anlagen handelt es sich um Einrichtungen der australischen Firma Dolomatrix International Ltd. mit Sitz in Canning Vale (New-South-Wales). Die Technik selbst steht in Brisbane (BCD Reactor) und Narangba (PLASCON Technology). Laut Eigenauskunft der Betreiber sind beide Anlagen ausschließlich zur Entsorgung von flüssigen PCB-Abfällen geeignet. Darüber hinaus sind vor der Übernahme von Abfällen umfangreiche Vorversuche erforderlich.

Bei den zur Diskussion stehenden Abfällen handelt es sich bekanntlich um feste Stoffe wie Destillationsrückstände, Bauschutt und behaftete Verpackungsmaterialien. Auf Grund dieser Materialeigenschaften halten Fachleute eine vorherige Verflüssigung des Sonderabfalls nicht durchführbar. Jede der beiden Anlagen hat einen Jahresdurchsatz von ca. 400 t. Zu entsorgen sind insgesamt ca. 22.000 Tonnen. Laut „google finance“ beschäftigt Dolomatrix fünf Mitarbeiter.

(http://finance.google.com/finance?q=Dolomatrix)

Die technischen Informationen selbst stammen aus einer PowerPoint-Präsentation von den Internetseiten der Vereinten Nationen, die sich in ihrem Umweltprogramm schon seit gut 12 Jahren mit der fachgerechten Entsorgung der australischen HCB-Abfälle beschäftigen. Suchbegriff: HCB ESI Studie.

(http://www.unep.org/stapgef/documents/Wshop_docs/POPs%202003/POPs%20Destr%20presentation%20Australia.ppt#4) [5] [Anm. Pro-Herten, dieser Link ist tot]

Die Fotos der Anlagen machen deutlich, in welcher Größenordnung die als Alternative vorgestellte Anlagentechnik in Australien zu den hiesigen Sonderabfallverbrennungsanlagen steht.

(http://213.241.158.147/rzr-herten/mva/rzr_anlagenrundgang.asp?navid=4)

[5] [Anm. Pro-Herten, dieser Link ist tot]

Tatsächlich ist ein Foto mit fünf Arbeiter im aud der Dilomatrix-Homepage zu finden (Link)! Dolomatrix ist ein Börsennotiertes Unternehmen (Mit 5 Mitarbeitern Herr Struszczynski ?) Namentlich wir der aus 5 Personen bestehende Vorstand auf er Firmanhomepage aufgeführt (Link)! Hier sollte ein Unternehmenssprecher ein wenig genauer recherchieren! www.dolomatrix.com

Directors & Managment

Jon Doumbos Executive Chairman	Phil Merryweather Non-Executive Director	Gerry Van Wyngen Non-Executive Director	John Martel Chief Financial Officer	Kevin Lynn Company Secretary

On 10/03/2007, at 7:12 PM, J.Jürgens wrote:
Dear Mariann

the message down specified, was published by the AGR into our newspaper. In addition Can you say something's about this facts? By the way, Dolomatrix employs five coworkers for 400 Tons ????

AUSTRALISCHE ANLAGEN SIND „NICHT GEEIGNET" 10.03.07 H.A.

HERTEN. Die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) hat Behauptungen widersprochen, in Australien gebe es geeignete Anlagen zur Beseitigung des HCB-haltigen Giftmülls.

Die beiden zur Diskussion stehenden Anlagen in Brisbane und Narangba seien nach Eigenauskunft der Betreiber ausschließlich zur Entsorgung von flüssigen PCB-Abfallen geeignet. Bei den Abfällen, die u. a. im Hertener RZR entsorgt werden sollen, handele es sich sich doch um feste Stoffe wie Destillationsrückstände, Bauschutt und Verpackungsmaterialien. Fachleute, so die AGR, hielten eine vorherige Verflüssigung des Sonderabfalls für nicht möglich. Außerdem habe jede der beiden Anlagen nur einen Jahresdurchsatz von 400 Tonnen. Zu entsorgen seien jedoch insgesamt 22 000 Tonnen.

DIE BETREIBERFIRMA DOLOMATRIX BESCHÄFTIGE FÜNF MITARBEITER.

Australian plants are not suitable „"

HERTEN. The refuse disposal company Ruhr district (AGR) contradicted statements, in Australia gives it suitable plants for the removal of the HCB-haltigen poison garbage. The two plants in Brisbane and Narangba, standing to the discussion, are suitable after self-information of the operators exclusively for the disposal of liquid PCB dropping. With the wastes, which are to be disposed among other things in the Hertener RZR, act it itself nevertheless around firm of materials such as distillation residues, building debris and packing materials. Specialists, so the AGR, considered a previous liquefaction of the special refuse not possible. In addition each of the two plants has only one yearly throughput of 400 tons. To dispose are however altogether 22,000 tons. **The operator company Dolomatrix employs five coworkers.**

EMAIL AUSTRALISCHE ANLAGEN SIND "NICHT GEEIGNET

Von: Mariann Lloyd-Smith
Gesendet: Montag, 12. März 2007 01:20
An: J.Jürgens

Betreff: Re: Australische Anlagen sind "nicht geeignet; Australian plants are not suitable
Wichtigkeit: Hoch

Dear Joachim,

This argument has been given by Orica repeatedly and is the basis of their application. One of the 2 plants referred to is treating all the Pacific regions pesticide stockpiles, not just PCBs.

Dieses Argument ist von Orica wiederholt gegeben worden und ist die Grundlage ihrer Export-Begründung. Eine der 2 angegebenen Betriebe behandelt alle pazifischen Aufkommen von Regionschädlingsbekämpfungsmittel, nicht nur PCBs

The other is currently treating all the left over halons.

Die andere Firma behandelt z.Z. alles links über Halogene.

Orica themselves have acknowledged that indirect thermal desorption plus BCD is capable of treating soils and we know from the Spolana case study it is capable of treating the packaging.

Orica selbst bestätigte, dass indirekte thermische Desorption plus BCD zum Behandeln des Bodens geeignet ist und wir wissen von der Spolana Fallstudie, die es zur Behandlung des Verpackens fähig ist.

Yes it is difficult to thermal desorb the polymerised HCB but many of those difficulties are overcome by the new generation of thermal desorbers linked in a continuos feed process with Plascon or BCD.

Ja ist schwierig, das polymerisierte HCB thermisch zu desorbierten, aber viele jener Schwierigkeiten werden durch das neue Erzeugung der thermischen desorbers überwunden, die in einem Continuoszufuhrprozeß mit Plascon oder BCD verbunden werden

The argument about capacity is simply silly. Australia doesnt have an established incinerator.

Das Argument über die Kapazität ist einfach dumm. Australien hätte keinen installierte Müllverbrennung.

and we are a population of 20 million and dont import waste other than from the Pacific region under our good neighbour policy.

Wir sind eine Bevölkerung von 20 Million und importieren Abfall aufgrund unserer unsere gute Nachbarpolitik aus der pazifischen Region.

The BCD and Plascon units have limited volume capacity but we would dispute the 400 tonns, They have committed to increase thatcapacity within 3-6 months if they get the HCB contract.

BCD und Plascon haben begrenzte Volumenkapazitätt, aber sie würden die derzeitige Kapazität von 400 tonnen innerhalb 3-6 Monate erhöhen, wenn sie den HCB Vertrag erhalten.

Obviously they would not increase capacity if they didn't get the contract. Much of the equipment can then be transported moved to other regions where it is needed.

Offensichtlich würden sie nicht die Kapazität erhöhen, wenn sie nicht den Vertrag erhielten. Viel der Ausrüstung kann dann auf andere Regionen transportiert werden, in denen es erforderlich ist.

I've attached our response to Orica's criticism of our objection which addresses many of these issues.

Ich habe unsere Antwort zur Kritik Oricas unseres Einwandes dargelegt, der viele dieser Punkte anspricht.

If Orca persists with the argument we don't have the technology, a good response is to demand why not.

Wenn Orca mit dem Argument fortfährt, dass wir nicht die Technologie haben, ist es eine gute Frage, warum nicht.

This stockpile has been growing since the 1970s and work on the current stockpile has been going on since 1992.

Dieser Abfallhaufen ist seit den siebziger Jahren angewachsen und die Zeit über den gegenwärtigen Abfallhaufen ist seit 1992 verstrichen.

Orica's economic choices do not excuse its failure to deal with this issue as prescribed by our National HCB Management Plan.

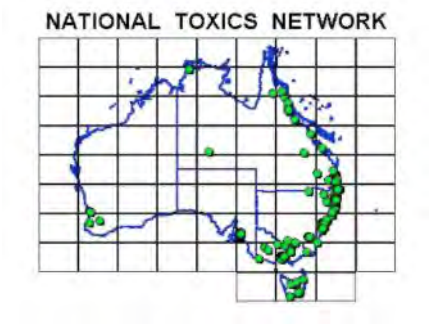
Oricas ökonomische Wahl entschuldigt nicht seine Fehler sich mit diese Ausgabe zu beschäftigen, wie durch unseren nationalen HCB Management-Plan vorgeschrieben wurde.

Hope this helps,

Ich hoffe ich habe hiermit geholfen

Regards Mariann

STELLUNGNAHME NTN AUSTRALIEN AN DIE AUSTRALISCHE REGIERUNGSSTELLE



NATIONAL TOXICS NETWORK INC.
Australian IPEN Focal Group
International POPs Elimination Network
PO Box 173 Bangalow 2479 NSW Australia
ABN 61 118 160 280
Phone: (Int) 612 66871900 / 66815340
http://www.oztoxics.org

Mr Damien Hall
Director
Hazardous Waste Section
Department of the Environment and Water Resources
GPO Box 787
Canberra ACT 2601
Damien.hall(at)environment .gov.au
1st March 2007
Dear Mr Hall

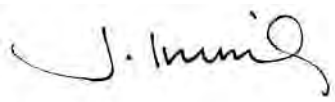
Thank you for the opportunity to respond to Orica's comments. We have addressed the points they raise in detail below.

We note that Orica have provided early letters of support for the repackaging process from Botany and Randwick Councils but we question their relevance as neither has commented on the export application, which is the matter upon which the Commonwealth has to decide.

We also note that this matter is having to be considered by the Commonwealth Government primarily through the failure of the NSW Government to act on advice provided to it to ensure destruction of HCB waste in NSW. The last time the Commonwealth decided to export scheduled waste for incineration-based destruction, significant international opposition caused severe embarrassment and controversy to Australia. Opposition to the proposed import of HCB waste into Germany has escalated significantly in the last few weeks. Concerned

Germans are asking if Orica's stated position of "where there is opposition, we will not go" provided a basis for ending all efforts to site a destruction facility in NSW, why Orica is not applying the same principle to the proposed export of waste. Should the Commonwealth approve this export it might be concluded that the principles being applied are "out of sight, out of mind" and "deal with it in someone else's back yard".

Yours Sincerely,



Jo Immig Coordinator, NTN

NTN Response to Orica's General Comments

Point 1. Orica claims *"NTN argues that a suitable technology to destroy the waste exists in Australia. Orica's response is that that this is not true and has been subject not only to Orica's efforts to find a solution to destroy the waste over many years but also an Independent Review commissioned by the NSW Government."*

INCORRECT: #The Independent Panel (Independent Review – HCB Waste Destruction, Independent Review Panel July 2004 P48) supported the use of GEOMELT in Australia for treatment of the HCB stockpile. In addition, although acknowledging it had not been able to give the Eco Logic option the same intensity of review as for GeoMelt, because Orica excluded this option, the Independent Panel formed the view that the Eco Logic Gas Phase Chemical Reduction process could adequately treat the HCB waste stockpile at Orica. Most importantly, the Independent Panel investigated the export issues and reached the view that export was not a viable option. The Independent Panel rejected the export of the HCB waste as inconsistent with the principles of the Basel Convention on Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal, and therefore unlikely to gain Commonwealth Government approval or public support. Risks associated with potential incidents during transport were also cited.

Point 2. Orica claims "*That NTN suggests that a site should be able to be found in NSW for a treatment facility if one of the treatment technologies suggested in the objection is proposed. Orica's response is that this is not correct. Consultation and siting studies by Orica and others has found that there will a high level of community concern associated with any proposal to establish a new facility in NSW to treat the waste, irrespective of the treatment technology, and even if the highest levels of safeguards are proposed."*

INCORRECT # NTN recommended using an existing facility site. Orica argues that it is impossible to site destruction facilities in Australia based on the recent examples of Victoria and Western Australia. However, it fails to note some obvious facts:

- Orica has sited a thermal oxidizer (incinerator) for the destruction of the

  groundwater contaminants in Botany and also proposes a thermal desorption unit to be sited in the Botany Industrial Park.

- The Victorian experience was an attempt to site a long-term containment

  facility not a destruction technology. The process, despite being badly handled by the Victorian Government, was cleared by an Independent Panel on environmental grounds. The decision not to proceed was made by the Government on political grounds, with parallels to the manner in which the NSW Government has handled the HCB issue.

- Orica have claimed that the siting process they attempted to use for remote

  siting in NSW was based upon the 3C process in WA, despite having been corrected on the accuracy of this claim several times at Hazardous Waste Technical Group meetings by the Environment Movement Observer on the Technical Group, who was also the prime advisor for the 3C process. Orica failed to carry out the most basic steps of a multistakeholder engagement siting process.

The3C Process

The 3C process specifically asked stakeholders to identify criteria which any prospective treatment technologies would have to meet and, further asked whether there were particular technologies which stakeholders believed would be unacceptable under those criteria. On that basis, hazardous waste landfilling and incineration were judged to be unacceptable technologies for hazardous waste treatment precincts and excluded from further consideration. For some stakeholders, though certainly not all, the siting of precincts became more acceptable through exclusion of technologies of particular concern.

Orica's claim that siting of scheduled waste treatment technologies would be impossible regardless of the technology proposed is not based on evidence. Orica opted for a fixed technology, which was poorly regarded by community/environment stakeholders and did not seek stakeholder views, including potential local community views on other technologies. It also contrasts with information presented at the most recent Technical Group meeting by a former EPA Victoria employee that the siting of a BCD plant in Victoria in the 1990s was the only case where he had ever known a local community to be advocating the installation of a plant to treat scheduled waste. It also contrasts with past successful siting of other BCD, Ecologic and Plascon plants in Australia.

While the WA process did not have local community acceptance as a siting criterion, it was able to recommend to the WA Government a site near Bencubbin that was strongly supported by the local community and two further sites (near Coolgardie and Karratha) that were supported by the Local Government Authority and were not subjected to strong opposition by local communities. There are a raft of lessons relating to participation in technology selection and the design of stakeholder involvement pro-

grams more generally which Orica would have taken on board if it had any real familiarity with the 3C process.

There are many further lessons to be drawn from the recent behaviour of the NSW, Victorian and WA Governments with respect to the siting of hazardous waste facilities. NTN is strongly of the view that failure by these Governments to carry through on processes to which they committed initially, with a strong level of non-government stakeholder support, does not provide a basis for these State Governments to walk away from their public policy commitments.

Specifically, in the case of NSW, we do not believe that a sound policy or moral case exists to pass on responsibility for waste destruction to a foreign jurisdiction.

Point 3. Orica claims "*NTN argues against the use of High Temperature Incineration. Orica's response is that this technology is well developed and heavily regulated in Europe, and is the only technology used for destruction of concentrated POPs wastes, similar to the HCB Waste."*

NTN as part of international networks has joined with the many hundreds of environmental, community, and medical organisations across Australia, Germany and the globe who oppose the incineration of hazardous POPs waste.[1] The

Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants 2001 acknowledged the incineration of hazardous waste is a prime producer of dioxins and furans; substances that are to be eliminated under the Stockholm Convention. Incineration of hazardous POPs waste also produce a raft of other toxic chemicals including PAHs and products of incomplete combustion, none of which have been acknowledged by Orica in its Schedule 3 hypothetical mass balancing.

Australian NGOs, communities and medical associations shared these concerns when they rejected a national hazardous waste High Temperature Incinerator in the early 1990s. The Commonwealth, State and Territory governments have supported this position since then, providing the raison d'etre for the development of the three national scheduled waste management plans in the mid-late 1990s.

The incineration industry in Europe and Germany is not supported by the affected communities or NGOs, as can be seen by the overwhelming opposition to the incineration of the HCB waste. (Details of the growing opposition can be found on page 11-13 of this submission.)

We note specifically that Orica has made claims of support/lack of concern about incineration from hazardous waste from the German Greens and German environmental NGOs but has refused to state who has told them this. The public evidence is clear that the position of virtually all of the German environment movement is the opposite of that claimed by Orica. In part we believe these claims have been made by Orica to attempt to falsely convince the Botany community that there are communities elsewhere willing to destroy Australia's HCB stockpile.

NTN is also concerned over reports that the incinerators identified by Orica are in financial difficulty and are reducing their pricing in order to encourage "hazardous waste tourism" which is strongly opposed by the associated councils and communities and international NGOs.

Point 4. Orica claims "*NTN expresses concern over transport risks. Orica's response is that the proposed management systems, packaging and procedures for the transport of HCB waste can be expected to achieve an equal or higher level of safety than is achieved when shipping other products that have a similar level of hazard.* "

INCORRECT# HCB is one of the twelve greatest hazardous substances of concern as acknowledged by its inclusion in the original 'dirty dozen' of the Stockholm Convention. We have repeatedly seen the loss of ships carrying freight resulting in both the loss of cargo and significant pollution of coastal waters. This waste shipment will require the transport of hazardous waste across the globe, followed by the unloading and re-loading into storage areas, then loading onto rail and road to reach its final destination. Not only is there the constant risk of accidents, the opposition to this waste import may also see the waste subject to blockades as occurred the last time Australia attempted to export organochlorine waste to Europe.

Orica also stated that the *NTN objection ignores the interests of the Australian community in ensuring safe and efficient disposal of the HCB waste, and in particular the Botany community who are directly impacted by the storage of HCB waste at Botany.*

INCORRECT# NTN argues in the interest of all communities. Australian communities benefit from a competent waste management system. Australian communities do not benefit in the long term by exporting waste overseas, as was shown the last time Australia attempted to export our organochlorine waste. It is extremely difficult to tolerate comments such as these from Orica who created this waste and who have repeatedly failed to address its destruction in a realistic timeframe. Senior members of NTN have worked tirelessly with governments, the local community and Orica for over 20 years to see the waste destroyed. It should be noted that NTN members were involved in forcing the closure of the Solvent Plant that produced this hazardous waste in the first place.[2]

NTN has obligations to communities across the globe and to an ever-fragile environment. POPs, like HCB and dioxins, are not restricted by national boundaries and neither is NTN's commitment to environmental protection and justice.

We note that the selection of letters of support from Botany community attached for reference were written at a time when Orica was still claiming on its website that there was NGO and community support for this export and incineration in Germany. We challenged Orica several times to provide evidence of this support – none was forthcoming and it is clear that the overwhelming evidence is to the contrary.

We note that Orica have failed to respond to their commitment that *"where there is opposition we will not go"* (Environmental Manager, No 547, 11 July 2006). It is clearly evident that there is strong opposition to the import of Australian waste in German communities, with 6 city councils opposing the import, Regional environment ministers expressing their opposition, growing petitions opposing the import and all major German NGOs also opposing the import. This issue has had massive media coverage in Germany. Further details of the growing opposition are cited below.

[2] NTN member and supporter MLC Ian Cohen in 1990, helped forced the closure of the Solvent Plant that produced the HCB by occupying an adjacent chimney stack.

NTN Responses to Orica's Specific Comments

These comments for sake of clarity are listed as relating to:

- Timeframes
- Siting
- Transport risks
- Technologies
- Incineration by-products
- German opposition
- International obligations

Timeframes :

Orica's claim on p2 that any alternative to export will take 7-9 years is clearly misleading. Destruction at an existing facility such as BCD Technologies, as Orica is aware, requires no additional regulatory approvals and no siting process. A similar case may be made for the already established facility at the Melbourne SRL industrial site. Once a decision to reject export is made, the volume capacity can be substantially increased in a matter of months.

Orica's stated timeframe for export to Germany is highly optimistic as it does not include consideration of the impacts of opposition by the affected communities which may include blockades, government lobbying or legal appeals.

Siting :

On p6 Orica restates its views that all attempts to site treatment facilities have failed due to "current community attitudes". As stated previously, the failure of a highly successful process to identify sites for a waste precinct was not due local community opposition, but a lack of political will.

Orica also state (incredulously) that in their attempts to site a facility in NSW, a technology had not been dictated. The NSW Commission of Inquiry recommended a search for a regional site for the technology that Orica had presented, GEOMELT. The communities that were consulted were of the belief that a GEOMELT facility was being proposed, the same technology that the Botany community had rejected. All NTN discussions with Orica over siting were based on the understanding that they were attempting to site GEOMELT: the process was utterly technology specific.

If Orica was open to other technologies, why did they not inform environmental NGO stakeholders or approach them for support and assistance?

NTN's objection does not suggest destruction on site at Botany hence Orica's comment on P6 is deliberately misleading and irrelevant. Orica's statement that technology choice has no bearing on community tolerance of facility establishment is simply incorrect and demonstrates their failure to understand the Western Australian process or acknowledge the community support for establishing waste facilities. Please refer to earlier discussions.

Transport risks:

Orica p2 dismisses the risks of dust emissions as it claims car park waste is not included, yet they do not address the risk of transporting 850 tonnes of contaminated soil identified in their application. Orica cites the shipping of other chemical products but does not acknowledge the number of accidents leading to significant pollution incidents.

On p7, Orica states there will be no toxic ash to be transported as the waste residues will be slag. This claim of no ash is unsubstantiated and based simply on a hypothetical mass balance outlined in Schedule 3 of their application, which is discussed later in this submission.

Technologies:

Orica dismisses (p4) the BCD Technology as not suitable for large quantities, high concentrations and difficult physical form. It fails to comment on the successful use of BCD at Spolana (as detailed in our objection) to treat large quantities of high concentrations in difficult feedstocks.

And while Orica acknowledge (p8) that thermal desorption is successful in treating soils and low concentrations, their application for export includes considerable tonnage of soil, concrete, bricks, graphite, crushed drums, pallets, personal equipment and packaging; all of which according to Orica's argument could be treated in Australia.

Orica state on p10 that thermal desorption is hazardous and not acceptable. They add that the condensate from the thermal desorption of pure HCB polymerised material would be difficult and then hazardous to handle and maintain. However, third generation modification to thermal desorption units have seen the development of direct feed systems that incorporate the thermal desorption into continuous single stage process, hence significantly reducing the hazard.

On p3 Orica dismisses the high Destruction Efficiencies of non-combustion technologies stating simply they do not believe them.

NTN has clearly detailed the high destruction efficiencies (DE) that are being achieved by the two-stage process of ITDU and BCD at Spolana. The extremely high *removal* efficiencies for HCB, dioxin and other organochlorines from a variety of *highly* contaminated and heterogenous matrices such as rubble, concrete, dust and soil and plaster via ITDU demonstrate that major advances have been made over the last decade. The removal is then *followed by* high destruction efficiency in the BCD process. Orica quotes 'failed trials' in the 1990's as their reference point for consideration of TDU and states that the technology is only practical for concentrations around 2500mg/kg.

Results from the ITDU in Spolana have shown very high removal efficiencies for HCB contaminated material at levels of 49,000 mg/kg[3] resulting in residual contamination in brick and concrete below detection levels of 0.1 mg/kg after processing. Clearly, indirect thermal desorption has increased in efficiency since the 1990s.

Further, Orica ignores the fact that incineration has very poor destruction efficiencies (DE) for HCB and other organochlorines as it is a technology that mainly relies upon transfer to other media such as flue gas, scrubber water and flyash, slag for removal and then subsequent transfer to the environment.

Conversely ITDU removes the contaminants from matrices and then BCD destroys the HCB to a very high DE without transferring HCB residue to the environment.

When Australian authorities are required to compare the environmental outcomes of incineration versus ITDU/BCD it should be clear that incineration fails to achieve better environmental outcomes. This logic has been clearly recognised in UNEP forums and is driving processes to implement non-incineration technology solutions for stockpiles of POPs in Eastern Europe.

As noted in Appendix 1 of the NTN Objection (see below) the use of the term *DREs or destruction and removal efficiency* to disguise poor environmental performance outcomes of incineration should be a major consideration in any export approval process for POPs destined for incineration.

"*Total destruction efficiency2 (DE) is almost never reported or calculated for incinerators, cement kilns and other combustion technologies because these devices typically fail to achieve high total destruction efficiencies. Rather, most regulatory agencies only require a measure of the so-called "destruction and removal efficiency" (DRE). This measure only takes into account contaminants that are present in the stack*

[3]See NTN Objection p42.

gases (air emissions), but ignores toxic contaminants of concern released as solid and liquid residues (as waste ash, sludge and waste water).

Modern incinerators achieve high reported DREs by using filters, scrubbers and other stack gas cleaning devices to capture pollutants of concern, remove them from the device's gaseous emissions, and transfer them to solid waste and/or liquid waste residues. As a result, when only a device's DRE is considered, and when a measure of its total DE is avoided, this encourages the selection and deployment of technologies that transfer contaminants from stack gases into other media (water and ground). The use of DE as a measure, on the other hand, encourages the selection and deployment of technologies thatefficiently destroy and eliminate POPs and other organic pollutants to be otherwise, intentionally or unintentionally, released into any environmental media.

The controversy about land burial technologies revolves around differing estimates of the integrity and longevity of the containments and the amount of volatilization and/or leaching of POPs and similar substances that can be expected from the land burial site over the long term."[4]

Orica (p5) dismisses claims by the German BUND organization that the Herten incinerator has an unacceptably low temperature. However, Orica does not address the recent evidence provided in our objection that incineration of HCB at high temperatures does not necessarily ensure its destruction.

HCB is noted for its high levels of stability even at temperatures beyond 1000 degrees C as well as its tendency to generate reactions, which give rise to a range of other persistent and toxic chemicals.

Klusmeier et al.[5] identified tetrachloroethene, hexachlorobutadiene, octachlorostyrene, octachloronaphtalene, octachlorobiphenyl, octachloroacenaphthylene and parent molecules occur as decomposition products of HCB at 1000°C.

Mejdoub et al (1998)[6] in their investigation of thermal destruction of HCB cite a number of studies in which toxic chemicals are generated as a result of high temperature incineration.

None of the above are listed in Orica's hypothetical mass balance found in Schedule 3.

Orica p3 dismisses the Kwinana Ecologic Gas Phase Chemical Reduction process as not a commercial success. Yet, the facility ran for over a decade treating

[4] United Nations Development Programme, Global Environment Facility, Government of Slovakia Project Document, 21November 2005 ' Noncombustion Demonstration project in Slovakia', Executing Agency: United Nations Industrial Development Organization (UNIDO)

[5] W. Klusmeier, P. Vo _gler, K.H. Ohrbach, H. Weber, A. Kettrup, J. Anal. Appl. Pyrol. 14 (1988) 25–36.

[6] N. El Mejdoub, A. Souizi, L. Delfosse., (1998) Experimental and numerical study of the thermal destruction of hexachlorobenzene. Journal of Analytical and Applied Pyrolysis, 47 (1998) 77-94

Australia's scheduled waste including PCBs and organochlorine pesticides with full community support. We would consider that a success.

Incineration byproducts :

Orica's dismisses (p3) concerns regarding ash byproducts based on an argument that slag will be formed in preference to ash. This is based on a hypothetical mass balance, which is reliant on the incineration 'facilities' attempts to establish waste blends that maximise the formation of slag in preference to ash." Orica acknowledge they have no control of the waste blends and one can conclude that Schedule 3 is simply hypothetical wishful thinking.

Schedule 3 does not acknowledge or list the formation or releases of tetrachloroethene, hexachlorobutadiene, octachlorostyrene, octachloronaphtalene, octachlorobiphenyl, octachloroacenaphthylene and parent molecules that have been showed to occur as decomposition products of HCB at 1000°C. Nor is there any reference to PAHs (polyaromatic Hydrocarbons), other products of incomplete combustion, polychlorinated napthalenes, dioxins and furans or dioxin-like PCBs, all of which are the identified byproducts of incineration.[7] Orica does not consider the recent German 1997 study focusing on the potency of flyash.[8]

Further on p8, Orica state that it is not expected that the incineration of HCB waste will increase the toxicity of the flyash produced by the incinerator, requiring more stringent residue disposal. Given the link between incineration of chlorine based substances and dioxin formation this is an incredulous claim that is downplaying risks.

Orica's comments (p10) regarding risks of reuse of ash in building products is inconsistent with Orica's earlier claim that all byproducts are to be disposed on in licensed landfill. Clearly they want it both ways to suit their arguments.

Waste incineration residues represent a serious threat to both local and global environments as they contain high quantities of persistent organic pollutants listed in Annex C of the Stockholm Convention (dioxins, PCBs, HCB) as

7 Kawano, M., Ueda, M., Matsui, M., Kashima, Y., Matsuda, M., Wakimoto, T. 1998: Extractable Organic Halogens (EOX: Cl, Br and I), Polychlorinated Naphthalenes and Polychlorinated Dibenzo-p-Dioxins and Dibenzofurans in Ashes from Incinerators Located in Japan. Organohalogen Compounds, Vol. 36 (1998), 221 - 224. Also see N. El Mejdoub, A. Souizi, L. Delfosse., (1998) Experimental and numerical study of the thermal destruction of hexachlorobenzene. Journal of Analytical and Applied Pyrolysis, 47 (1998) 77-94; and W. Klusmeier, P. Vo _gler, K.H. Ohrbach, H. Weber, A. Kettrup, J. Anal. Appl. Pyrol. 14 (1988) 25–36.
8 Till, M., Behnisch, P., Hagenmaier, H., Bock, K. W., Schrenk, D. 1997: Dioxinlike Components in Incinerator Fly Ash: A Comparison between Chemical Analysis Data and Results from a Cell Culture Bioassay. Environ Health Perspect 105:1326-1332 (1997).
unintentionally produced POPs. A goal of "continuing minimization and, where feasible, ultimate elimination" was established for these chemicals. In 1997, flyash from a German municipal waste incinerator produced a range of 440-11200 ng/kg (l-TEQ) of dry weight. PCBs were also measured at 10-640 ng/kg (l-TEQ) of dry weight 9
NTN states in our objection that the disposal of flyash in German salt and coal mines[10] is an unacceptable long term solution. It goes against the intention of Annex C and is not accepted by NGOs and affected communities who have no right of appeal.

Orica's comments on p8 regarding the residues from low energy treatment technology, which is supposedly supported by S5.6 of our submission are incomprehensible. Section 5.6 deals with Risk Associated with Current Disposal Practices for Incinerator Residues. See earlier comments regarding flyash toxicity and storage.

Arguments on p9 regarding startup of a facility in NSW again do not make sense as NTN is not suggesting the construction of a new incinerator in NSW. However, the reference by Orica, to air pollution control systems capturing PCDD/PCDF support the concerns of high potency of flyash.

German Opposition :

On p4 Orica claim there has not been any significant opposition to the import and incineration of their HCB stockpile. As stated previously the opposition is considerable as any media monitoring would demonstrate. At least 20 formal objections have been lodged with the Brunsbuttel authorities despite Orica's claim at the Technical Group meeting that there were none.

Despite claims by Orica that environmental groups in Germany support the export of HCB waste from Australia from incineration, this is not the case and scores of media reports indicate that there is widespread opposition to the proposal from environmental groups, community groups, other NGO's, legislators and church groups.

[9] *Till, M., Behnisch, P., Hagenmaier, H., Bock, K. W., Schrenk, D. 1997: Dioxinlike Components in Incinerator Fly Ash: A Comparison between Chemical Analysis Data and Results from a Cell Culture Bioassay. Environ Health Perspect 105:1326-1332 (1997).*

[10] *This report provided clear evidence that the longterm storage of flyash in German unused mines continues today. See Schoevers, A. 2004: Environmental pollution by dispersion of solid residues from waste incineration; the legacy of ignorance. Case study of persistent hazardous pollutants in fly ash and bottom ash in the Netherlands. Report prepared for IPEN Dioxins, PCBs and Wastes Working Group by Waste & Environment, Rijswijk, Netherlands, February 2004.*

Debate begun in North Rhine -Westphalia Regional Parliament over the HCB export and the Regional Environment Minister, Eckhard Uhlenberg was cited as stating "Australia is a highly developed industrial country which should take care of its own waste" ("Australien ist ein hoch entwickeltes Industrieland, also soll der Sondermüll auch dort entsorgt warden).[11]

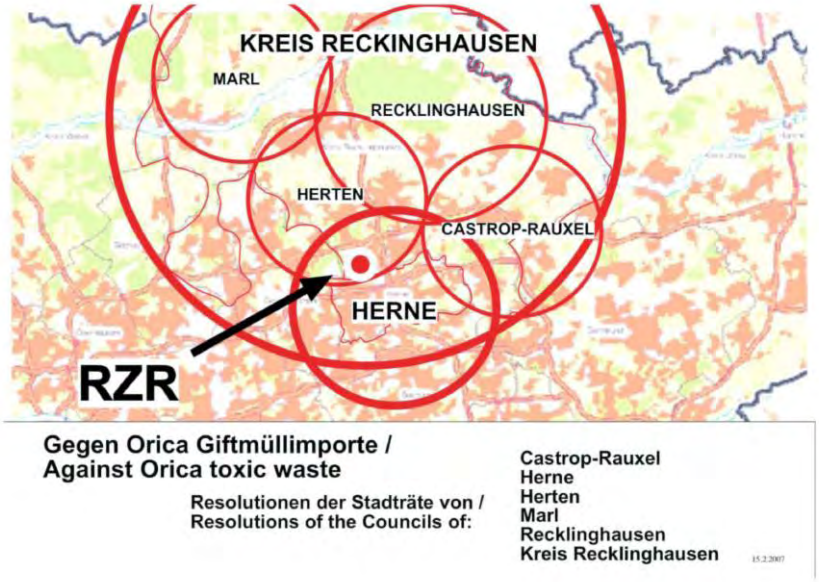
Numerous news reports on radio, television[12] and in major and regional print publications indicate that Germans do not want the export of HCB to go ahead. Residents around Leverkusen and Herten have expressed their anger over the failure to consult them on the HCB issue. Even conservative national newspapers such as Die Welt have come out in opposition to the plan. The HCB story was reported in the most important weekly magazine in Germany, the SPIEGEL and an English translation is available on their website.

The first public meeting was held in Herten to protest against the export on Tuesday 6th February[13], which was extensively reported in the media. The meeting was attended by over 400 with many outside unable to fit into the hall. Speakers included notable public figures such as Barbel Hohn – former German Regional Environment Minister 1995 – 2005 (Landesumweltministerin) and current member of the Bundestag, who spoke out against the growing 'Garbage tourism" or import of wastes that was threatening environmental quality in North-Rhine Westphalia and called for the HCB import to be blocked.

Following the public meeting the Council of the City of Herten decided on, a unanimous resolution (7th February, 2007) opposing the transportation and burning of Australian toxic waste in Herten. They called on highly industrialised countries like Australia to safely destroy their own waste and stated, " The city Herten shall not become a location for worldwide toxic waste tourism." On the 13th February, the council of the City of Recklinghausen also passed a resolution unanimously opposing the "Deal with Orica".

Six community councils surrounding the RZR incinerator have unanimously passed resolutions opposing the HCB waste import. The Environment committee of Kreis Recklinghausen, a district town, has formulated a protest too. Together these councils represent about 900,000 inhabitants.

[11] *Die Welt 4. February 2007 (German National Newspaper)*
[12] *For example see: WebTV: Der Beitrag als Video!*
[13] *VON WILFRIED GOEBELS Hertener Allgemeine 6.2.2007*



In February, there was a large protest in Hamburg, opposing the transport of the waste by rail through central Hamburg.[14]

The "Unabhaengige Buerger-Partei" (a group in the City Council of Herten) is collecting signatures against the HCB incineration, now estimated to number in the many thousands. It is reported that there are now approximately 10,000 signatures from residents surrounding the incinerators opposing the waste shipment. The State Environment Ministers have also called on Australia not to send its hazardous waste to Germany.

North Rhine -Westphalia Regional Environment Minister Eckhard Uhlenberg will take a proposal to the Conference on Regional Ministers on the 4th May 2007 to 'throttle' the future import of waste into the region following growing public anger about the practice and the furore over the HCB waste export from Australia.

In Herten, a community progress association Pro-Herten[15] has joined the campaign against the export and is actively reporting on events as protests increase and has begun to actively lobby Australian politicians including the Federal Minister for Environment and the Leader of the Opposition.[16]

Media reports are available from
http://www.cbgnetwork.de/1822.html
http://www.pro-herten.de/
The media and resolutions are available at http://www.pro-herten.de/
Many of the public concerns raised relate to the disposal of the dioxin laden ash from the incinerators, the atmospheric emissions from the incineration of HCB as well as the low temperature at which the Herten incinerator operates (some reports suggest it is as low as 950^0C.) Concerns were also expressed about the risks of shipping it across the world and then across Germany.

Barbel Hohn, Member of the Bundestag, and Vice Chair of the Green Party Parliamentary Group has written to Minister Turnbull asking him to consider all alternatives to prevent the shipment of 22,000 tons of hazardous POPs waste over a distance of 16,000 kilometers, considering the risks of damage to human health and the environment inherent in such transports. The MP stressed Australia is a prosperous and technologically advanced country with impressive accomplishments in the areas of science, industry and commerce, and that they were "hard pressed to believe that there is no way to adequately deal with the HCB-contaminated waste in the country where it was generated, as required by Article 4 paragraph 2b of the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes."

After receiving at least 20 formal objections to the import, unloading and storage of the HCB waste in the Port of Brunsbuttel, the Environmental Minister of Schleswig Holstein (the most northern German state) who is in charge of the Port of Brunsbuettel, officially stopped the process of approval. They have rejected the import until it received further information from the Australian Government.

Clearly it is time for Orica to remain true to its commitment that "where there is opposition we will not go" (Environmental Manager, No 547, 11 July 2006) and withdraw their application.

International obligations:

Orica states (p3) that incineration is a preferable solution to long-term storage. NTN does not suggest long-term storage is acceptable.

Orica in its defense of the export (p5), note the requirement for environmentally sound management of waste stating incineration in Germany is preferable to start up of a new facility in NSW or destruction in a developing country. Both these arguments are spurious as it has not been suggested by anyone that destruction should occur in a developing country and we would sincerely hope that Orica does not intend to flout its international obligations and responsibilities by even entertaining such an idea. NTN has not proposed starting a new facility in NSW. We can only assume the point of this line of argument is to deflect attention from the requirements of the Basel Convention and its principles, that is, Article 4 which requires Australia to “take the appropriate measures to (b)

Ensure the availability of adequate disposal facilities, for the environmentally sound management of hazardous wastes and other wastes.”

And principles including:

the self-sufficiency principle - management and disposal of waste in the country where it was created.

the proximity principle - the disposal of hazardous waste as close as possible to their point of generation.

h) the least trans-boundary movement principle – trans-boundary movements of hazardous waste reduced to a minimum.

CONCLUSION

We believe that there are strong technical, environmental and social grounds on which to refuse this application for a special export permit. The Australian Government needs to send the right signal to Corporations to ensure they dispose of their waste according to the international conventions that Australia is a party to, as well as our own national regimes for the disposal of hazardous waste. If this export is permitted, it will set a dangerous precedent that others may seek to follow. Australia has the capacity and the know-how to deal with its own scheduled waste. If there is leadership from Government and transparency and accountability in process, NTN believes the Australian community will support the environmental management and destruction of scheduled waste in Australia.

BLICK AUF DEN BÜRRIGER OFEN, KÖLNER STADTANZEIGER, 10.03.07

Leverkusen
V. THOMAS KÄDING

Die Grünen machen sich Gedanken über den schwankenden Schadstoffausstoß.

Joachim Beyer hat inzwischen einige Routine entwickelt. Der Herr über Bayers Abfallöfen führte am Donnerstag den Umweltausschuss durch die Bürriger Anlage. Anlass für den Ortstermin war - wie so oft in den vergangenen Wochen - der Import von mehr als 4000 Tonnen australischen Abfalls, der mit dem verbotenen

Stoff Hexachlorbenzol belastet ist. Während viele Bürger außerordentlich besorgt über das geplante, aber nach wie vor nicht behördlich genehmigte Geschäft sind, hielten sich die Politiker deutlich zurück. Zwar verabschiedete der Rat zuletzt eine Resolution, die den Müll-Deal kritisiert - an Bayers Fähigkeit, den Stoff bestmöglich unschädlich zu machen, wurden bislang aber keinerlei Zweifel laut.

Daran änderte sich auch nach dem Ortstermin nichts. Ausschussvorsitzender Karl Schweiger (Bürgerliste) "bedankte" sich "herzlich" für die Bayer-Informationen, eine weitere Diskussion des Themas entspann sich im Konferenzraum des Bürriger Entsorgungszentrums nicht. Nur Marita Schmitz (Bündnis 90 / Die Grünen) fragte, warum aus dem Bürriger Schornstein zuletzt so viel mehr Schwefeldioxid kam: Der Ausstoß lag im Jahr 2000 bei insgesamt etwas über 9000 Kilogramm, im Jahr 2004 bei fast 22 000. Anlagenchef Beyer relativierte diese Steigerung: Der Bürriger Sondermüllofen stoße so wenig Schadstoffe aus, dass eine Steigerung um über 100 Prozent bei einer Verbindung keine Besonderheit sei. Im Übrigen zeigten die Vergleichswerte zwischen den Jahren 2000 und 2004 auch deutliche Rückgänge: Die Feinstaubbelastung etwa ging ausweislich der Daten des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz von 2266 Kilogramm auf 449 zurück.

Die meist weit unter den gesetzlichen Grenzwerten liegenden Emissionen der beiden Sondermüllöfen war zuvor schon Schwerpunkt bei der Führung über das Gelände gewesen. So versetzte Beyer die Politiker mit der Aussage in Erstaunen, dass bei der Verbrennung von 120 Tonnen Holz ebenso viel Dioxin entstehe wie bei der von 80 000 Tonnen Sondermüll in Bürrig. Dass die Anlage seit jeher nicht nur von Bayer beschickt wird, sondern etwa auch Medizinabfälle aus dem Klinikum verbrennt, hob Beyer ebenfalls hervor. Die Akquise fremden Giftmülls gehöre zum Geschäftsmodell des Entsorgungszentrums. Umso mehr, als Bayer durch bessere Prozesse und Produktionsrückgänge die Anlage nicht mehr auslasten könne, ergänzte am Freitag Sprecher Jürgen Gemke.

AGR KOMMT UM RÜFFEL HERUM, 13.03.07,HERTENER ALLGEMEINE

Schlagabtausch zum Giftmüll im Ruhr-Parlament Kritiker in der SPD schweigen

Die SPD im Ruhr-Parlament: Bei der Abstimmung über den Giftmüll-Antrag signalisiert etwa die Hälfte der Vertreter Zustimmung, darunter der Recklinghäuser Landrat Jochen Welt (mittlere Reihe, 2.v.r.) und Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski (links daneben). Die übrigen Genossen lehnen den Antrag ab. —**FOTO: FRANK BERGMANNSHOFF**

ESSEN/HERTEN. Viele Politiker in der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr (RVR) wollten der AGR für ihr Giftmüll-Geschäft mit Australien in aller Öffentlichkeit einen Rüffel erteilen. Der Plan scheiterte am Widerstand der CDU und von Teilen der SPD.

Von FRANK BERGMANNSHOFF

In der Verbandsversammlung, die gestern in Essen getagt hat, sitzen die Vertreter der Landkreise und kreisfreien Städte im Ruhrgebiet.

Anders als in Herten und Umgebung, wo immer mehr Stadträte per Resolution ihre Ablehnung bekunden, sind im „Ruhr- Parlament" die Befürworter des Giftmüll-Geschäfts in der Überzahl. Und so konnte der zuständige AGR- Projektleiter Dr. Thorsten Zisowski, der die Debatte von der Zuschauertribüne aus verfolgte, ohne offiziellen Rüffel zurückkehren in die nur einen Steinwurf entfernte AGR- Zentrale.

Sabine von der Beck (Grüne) und Wolfgang Freye (Linkspartei) hatten Anträge mit vielen Fragen und Forderungen im Gepäck. Tenor: Es gehe nicht darum, dass die AGR von dem Vertrag zurücktritt, denn das habe Schadensersatzforderungen zu Folge. Die Verbandsversammlung solle der AGR aber für künftige Geschäfte Regeln auferlegen, die Müll-Transporte um den halben Erdball ausschließen. Was das aktuelle Giftmüll-Geschäft angeht, so Freye, soll NRW- Umweltminister Eckhard Uhlenberg „das Genehmigungsverfahren ernst nehmen".

Grüne und Linkspartei meinen, dass Australien den mit Hexachlorbenzol (HCB) verseuchten Müll im eigenen Land entsorgen kann. In diesem Fall dürfte Uhlenberg die Verbrennung im RZR Herten verweigern. Auch ohne offiziellen Rüffel musste sich Dr. Zisowski einiges anhören. Indem sie das Giftmüll-Geschäft als Erfolg präsentiere, zeige die AGR eine „von der Realität weit entfernte Binnensicht", so Sabine von der Beck. Sie beklagte, die AGR habe den RVR als ihren Allein-Gesellschafter nicht informiert: „Wir dürfen uns nicht so auf der Nase herumtanzen lassen!"

Lothar Hegemann (CDU) sah das alles ganz anders und setzte bereits beim Vokabular an: „Sie sprechen von Giftmüll - doch nach Paracelsus ist das schon eine Frage der Dosis, wie viel Sie davon einnehmen." Hegemann verwies darauf, dass in NRW die HCB Altlasten aus der früheren DDR verbrannt worden seien: „Wir können dies, das haben wir in den letzten 15 Jahren bewiesen."

Das jetzige Australien- Geschäft sieht Hegemann als Akt „internationaler Solidarität" sowie als „Ritterschlag" für die örtlichen Müllverbrennungsanlagen. Den Gegnern warf er vor, „von morgens bis abends den Ruf der AGR in Frage" zu stellen.

Hegemann attackierte auch den Hertener SPD-Bürgermeister: „Ich ärgere mich über das Geschrei von Herrn Paetzel." Er habe als erster über das Giftmüll-Thema Bescheid gewusst, aber nicht Nein gesagt."

Martina Schmück-Glock Position. Sie stellte sich auf die Seite der Giftmüll-Befürworter: „Die AGR macht ein gutes, richtiges Geschäft." Der RVR solle seine Tochterfirma AGR nicht einschränken.

Die Kritiker unter den Genossen - darunter der Recklinghäuser Landrat Jochen Welt und Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski - äußerten sich nicht. Am Ende stimmten sie allerdings gegen ihre Fraktionskollegen und für den Grünen-Antrag, der trotzdem die nötige Mehrheit verfehlte

---

GRÜNE SCHEITERN MIT IHREM ANTRAG WAZ, MITTWOCH, 14. MÄRZ 2007

CDU und Teile der SPD sorgen mit ihrer Mehrheit in der Verbandsversammlung des RVR dafür, dass an Verträgen mit australischer Firma nicht gerüttelt wird.

Sabine von der Beck: Hätten ein Signal senden können Essen/Herten.

Nur knapp verpasste der Antrag der Bündnisgrünen die Mehrheit. In der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr (RVR) scheiterten die Grünen mit 24:30, das Müllverbrennungsgeschäft mit der australischen Firma Orica abzulehnen. Immerhin: Die Grünen hatten neben der FDP, PDS und Linkspartei auch etwa ein Drittel der SPD auf ihrer Seite. So auch Landrat Jochen Welt und Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski.

Kurz vorher hatten die Grüne in Absprache mit der SPD ihren Antrag ein wenig "entschärft", um weitere Sozialdemokraten auf ihre Seite zu ziehen. Wenngleich auch Sabine von der Beck (Grüne) klar ist, dass es einen rechtskräftigen Vertrag mit den Australiern gibt, der nicht so schnell von einem politischen Gremium gekippt werden könne. "Wenn wir die Mehrheit bekommen hätten, wäre dies aber ein Signal an die AGR."

Ähnlich sieht es Mathias Richter (FDP), der den Mülltourismus nicht akzeptiert. Landrat Jochen Welt (SPD) begrüßt den Antrag, weil der Grundsatz, den Müll dort zu entsorgen, wo er anfällt, gelten sollte. Trotzdem müssten Verträge gültig bleiben. Gab

---

ENTTÄUSCHT VOM „LIEBEN LOTHAR“, 14.03.07, HERTENER ALLGEMEINE

Herten - Die Hertener Christdemokraten sind ziemlich stinkig auf den Recklinghäuser CDU Landtagsabgeordneten Lothar Hegemann. In der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr (RVR) hatte der sich deutlich für das Giftmüll-Geschäft der AGR ausgesprochen.

Wie die Hertener Allgemeine berichtet hat, kam es am Montag im „Ruhr-Parlament“ zum Schlagabtausch in Sachen Giftmüll. Anlass war der Antrag der Grünen, das Geschäft der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) mit der australischen Firma Orica offiziell abzulehnen. In der Debatte verteidigte Hegemann die Giftmüll-Verbrennung im Hertener RZR. Er verwies auf die „internationale Solidarität“ und bewertete das aktuelle Vorhaben als „Ritterschlag“ für die Verbrennungsanlagen in NRW.

Die Hertener Christdemokraten vertreten bekanntlich eine gegensätzliche Position. Und so hat CDU-Chef Stefan Grave seinem Parteikollegen einen gesalzenen Brief geschickt. „Lieber Lothar“, schreibt Grave, bevor er zur Sache kommt: „Wie Dir bekannt ist, hat sich die CDU in Herten massiv dafür eingesetzt, die Transporte von hexachlorbenzolhaltigem Müll aus Australien zu stoppen. (...) Um es offen zu schreiben: Es hat uns daher sehr verärgert, dass Du als Mitglied der Verbandsversammlung des RVR für die Lieferung des australischen Giftmülls gestimmt hast.“

Auch die politische Konstellation bei der Abstimmung „wurmt“ Stefan Grave. Bekanntlich waren sich die Sozialdemokraten uneins: Etwa die halbe Fraktion um Landrat Jochen Welt und Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski stimmten für den Grünen-Antrag und gegen den Giftmüll. Die übrigen Genossen und die komplette CDU-Fraktion brachten den Antrag jedoch zu Fall.

Dazu Stefan Grave an Lothar Hegemann: „Ich darf daran erinnern, dass es die Sozialdemokraten um Bürgermeister Paetzel waren, die das Geschäft seit Mai des vergangenen Jahres vorbereitet haben. Die CDU-Vertreter beim RVR haben es nun gutgeheißen.“

Stefan Grave stellt abschließend klar: „Dieses Verhalten ist für uns in Herten nicht nachvollziehbar und konterkariert unsere bisherigen Bemühungen sehr. Wir als Hertener CDU bleiben dabei. Die Verbrennung von australischem Giftmüll ist aus vielen Gründen falsch. Wir hätten uns Deine Unterstützung gewünscht.“

ANWORT DES BMU AN J.KOPPELIN (FDP-SH)

u.a. 1981 bis 2003 leitender Redakteur beim NDR in Kiel.

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

EU 2007.DE

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Kab.-Parl. Referat, 11055 Berlin

Herrn
Jürgen Koppelin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postaustausch

Astrid Klug
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT
Alexanderstraße 3
10178 Berlin

POSTANSCHRIFT
11055 Berlin

TEL +49 - (0) 3018 - 305 - 2030
FAX +49 - (0) 3018 - 305 - 2039

astrid.klug@bmu.bund.de
www.bmu.de

Aktenzeichen: Kab.-Parl. Referat -
Berlin, 12.03.2007
Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 03/47 - 3/49 vom 07.03.2007 (Eingang Bundeskanzleramt 07.03.2007)

Frage 1. (Arbeitsnr. 03/47):
Hat die Bundesregierung Kenntnis über Pläne des australischen Chemiekonzerns Orica, ihren mit dem krebserregenden Stoff Hexachlorbenzol verseuchten Abfall nach Brunsbüttel zu verschiffen und in der Sonderabfallverbrennungsanlage Brunsbüttel zu entsorgen, und wenn ja, wie beurteilt sie diese?

Frage 2. (Arbeitsnr. 03/48):
Kann es durch die Verbrennung von Hexachlorbenzol ein erhöhtes Risiko für die Bürger oder die Umwelt geben?

Frage 3. (Arbeitsnr. 03/49):
Trifft es zu, dass es für die Sonderabfallverbrennungsanlage Brunsbüttel nur eine eingeschränkte Genehmigung zur Verbrennung von Sonderabfällen ausschließlich aus der Region Schleswig-Holstein und der Stadt Bremen gibt?

Zustellanschrift: Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn, Lieferadresse: Alexanderstraße 3, 10178 Berlin
Verkehrsanbindung: Hauptbahnhof, S-/U-Bahnen: S3, 5, 7, 9, 75, U2, U5, U8, Trams 2,3,4,5, Bus: 100,157,257,348

werden wie folgt beantwortet:

Antwort (Arbeitsnr. 03/47):
Nach Kenntnis der Bundesregierung gibt es Verträge zwischen einem australischen und verschiedenen deutschen Unternehmen über die Entsorgung von 22.000 Tonnen hexachlorbenzol-haltigen Abfällen an vier Standorten in Deutschland, u.a. in Brunsbüttel. Für die Genehmigung und die Überwachung von Anlagen wie Sonderabfallverbrennungsanlagen sind die Behörden der jeweiligen Bundesländer zuständig. Ebenso sind die Behörden der jeweiligen Bundesländer für die Notifizierung von grenzüberschreitenden Abfallverbringungen zuständig; gemäß EG-Abfallverbringungsverordnung 259/93 sowie Abfallverbringungsgesetz haben Sie hierbei bestimmte Prüfnotwendigkeiten und Einwandsmöglichkeiten bei einer Genehmigung zu beachten.

Antwort (Arbeitsnr. 03/48):
Der Betrieb von Abfallverbrennungsanlagen ist nur dann zulässig, wenn von ihnen kein erhöhtes Risiko ausgeht und sie die strengen Emissionsanforderungen der 17. BImSchV erfüllen.

Antwort (Arbeitsnr. 03/49):
Dies ist der Bundesregierung nicht bekannt; zuständig sind die Behörden des Landes Schleswig-Holstein.

Mit freundlichen Grüßen

AGR-Betriebsrat: »(…)Wenn unsachliche Äußerungen eines bisher noch nicht einmal quantitativ erfassten Teils von Gegnern der Anlage ausreichen, um Recht und Gesetz außer Kraft zu setzen(…)«

Text an Bürgermeister, Eingang BM 09.MRZ.2007 – Weitergeleitet an den Rat

AGR Konzambetriob3rat • Im Emscherbruch 11 ■ D- 45699 Herten

An den Bürgermeister
der Stadt Herten
Dr. Paetzel

Konzernbetriebsrat
Im Emscherbruch 11
45699 Herten
Postfach 1147

45669 Herten
Telefon 02366 300-461
Telefax 02366 300-222
www.agr.de

Ansprechpartnerin) / Durchwahl	E-Post	Unser Zeichen	Datum
W. Matzner/-461	wmatzner(at)agr.de		22.02.07

AGR- MITARBEITER VERABSCHIEDEN RESOLUTION GEGEN POPULISTISCHEN AKTIONISMUS

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AGR haben auf ihrer letzten Betriebsversammlung im RZR Herten einvernehmlich folgender Resolution zugestimmt, in der sie sich gegen die Maßnahmen aussprechen, die der. Rat der Stadt Herten zur Einschränkung der Geschäftstätigkeit der AGR Unternehmensgruppe beschlossen hat. Diese Maßnahmen sind geeignet, die berechtigten und auf der Basis von Gesetzen durchgeführten Geschäftsinteressen der AGR und des RZR Herten durch unwissende, unwahre und von Populismus geprägte Behauptungen zu gefährden. Die Resolution der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll über den Bürgermeister dem Rat der Stadt Herten zugeleitet werden.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

1. Die Belegschaft des RZR Herten spricht sich entschieden dafür aus, dass der Umgang mit Abfällen in Deutschland, aber auch in allen anderen Teilen der Welt, streng nach den Vorgaben der zu diesem Zweck verfassten Gesetze und Verordnungen durchgeführt wird. Diese Vorgaben sind nach unserer Überzeugung hervorragend geeignet, eine sachgerechte Entsorgung zu garantieren und so nachhaltig Schäden von unserer Umwelt abzuhalten.
2. Wir stellen fest, dass das RZR Herten nach Auffassung von Experten eine der modernsten Verbrennungsanlagen weltweit ist und die technischen Voraussetzungen zu einer ordnungsgemäßen und umweltgerechten Entsorgung derartiger Abfälle besitzt. Eine Gefährdung der Bevölkerung durch die Verbrennung der Abfälle besteht nicht, das bestätigt unter anderem auch das Bundesumweltministerium.
3. Der Transport der Abfälle per LKW von Leverkusen nach Herten soll in speziell zu diesem Zweck angefertigten Behältern erfolgen und übererfüllt alle gesetzlichen Vorgaben für eine sichere Anlieferung. Auch der vorangehende Transport per Schiff und Bahn ist geradezu ein Paradebeispiel für einen keine Kosten und Mühen scheuenden, verantwortungsbewussten Umgang mit Sonderabfällen. Behauptungen von unkalkulierbaren Risiken entbehren einer sachlichen Grundlage und sind angesichts von Millionen Tonnen an mehr oder minder gefährlichen Gütern, die täglich rund um die Welt bewegt werden, ausschließlich einem heuchlerischen Populismus geschuldet.

4. Wir befürchten, dass eine Politik, die sich rühmt, Exportweltmeister zu sein und allein mit der Ausfuhr von Chemieprodukten mehr als 100 Mrd. Euro jährlich umsetzt, bei der grundsätzlichen Weigerung außerhalb des Landes anfallende Abfälle zu importieren und umweltgerecht zu entsorgen, dauerhaften volkswirtschaftlichen Schaden hervorrufen wird und unsere Position in der internationalen Staatengemeinschaft nachhaltig negativ beeinflusst
5. Wir verwehren uns im Zusammenhang mit einer Entsorgung im RZR Herten gegen den Begriff Mülltourismus, der erfunden wurde, um den Transport von Abfällen aus Industrienationen in Länder der dritten Welt zu charakterisieren. Bei einer Abfallentsorgung im RZR Herten handelt es sich weder um eine billige", noch um eine umweltgefährdende oder illegale Beseitigung von Abfällen.
6. Wir bedauern, dass die Ausfuhr von Abfällen, z.B. aus Nordrhein-Westfalen, und damit eine Nichtbeachtung des Gebots der Nahen Entsorgung" auch beim Vorhandensein der notwendigen technischen Einrichtungen keine auch nur annähernd vergleichbare Entrüstung hervorbringt.
7. Wir sind besorgt, dass eine in weiten Teilen auf Grundlage von Meinungen und Stimmungen geführte und mitunter parteipolitisch gefärbte Diskussion in der Lage sein soll, geltendes Recht und damit auch langfristige Planungs- und Investitionssicherheit der Beliebigkeit Preis zu geben.
8. Wir konstatieren, dass der Betrieb einer Müllverbrennungsanlage wie das RZR Herten von Teilen der Bevölkerung prinzipiell kritisch gesehen wird. Wie auch in den vorangegangenen Jahren werden wir jedoch das uns Mögliche tun, um die weltweit beachtete Leistungsfähigkeit des RZR Herten bei jeder Gelegenheit positiv herauszustellen. Wir finden aber auch, dass der vermutete Imageschaden der Stadt durch die jetzt gezeigte Handlungsweise des Rates bei potenziellen Investoren und mit Blick auf die notwendige Bildung von Arbeitsplätzen weit größere Dimensionen besitzt. Wenn unsachliche Äußerungen eines bisher noch nicht einmal quantitativ erfassten Teils von Gegnern der Anlage ausreichen, um Recht und Gesetz außer Kraft zu setzen, erweisen die Volksvertreter ihrer Stadt und dem mehr denn je gefragten Strukturwandel einen Bärendienst.
9. Wir sind verwundert, dass zwar der Import von australischem Abfall offenkundig von allen Parteien geächtet wird, gleichzeitig aber das Ende der heimischen Steinkohleförderung mit Blick auf die konkurrenzlos billige Importkohle (übrigens mit großen Mengen aus Australien) als Erfolg für das Land NRW gefeiert wird.
10. Wir halten fest, dass insbesondere der hier diskutierte Fall ein Positivbeispiel dafür sein könnte, wie verantwortungsbewusst, unter Einbeziehung aller Beteiligten und streng nach den Vorgaben des Gesetzes, eine Entsorgung von Abfällen durchgeführt werden sollte. Bereits Monate vor Vertragsabschluss wurden die zuständigen Behörden und Verantwortlichen der Stadt informiert und in die Entscheidungsfindung einbezogen. Wiederum Monate vor der geplanten Anlieferung haben wir aus freien Stücken Entscheidungsträger, Multiplikatoren und die Medien informiert und darum gebeten, den Vorgang in die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Auch das mit uns zusammen in die öffentliche Diskussion geratene Unternehmen Orica hat sich in punkto Kommunikation vorbildlich verhalten.
11. Wir bitten alle Politiker der Stadt Herten, sich bei ihren Äußerung auch darüber im Klaren zu sein, zu welchen emotionalen Entwicklungen populistische Formulierungen bei Teilen der Bevölkerung führen können.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AGR appellieren an die politisch Verantwortlichen der Stadt Herten, das Thema nun mit der notwendigen Sachlichkeit zu behandeln und der Stadt und dem Unternehmen keinen weiteren Schaden zuzufügen!

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AGR Unternehmensgruppe:

Wolfgang Matzner
Vorsitzender des Konzernbetriebsrates

Klaus Giesen
Vorsitzender des Betriebsrates AGR mbH

Bernd Seidel
Vorsitzender des Betriebsrates
AGR Betriebsführung GmbH

Karina Grote Westlich
Vorsitzende des Betriebsrates DAR GmbH

Dietmar Bechmann
Vorsitzender des Betriebsrates
LAMBDA GmbH

Dr. Kristoph Braukämper
Vorsitzender des Betriebsrates BFUB GmbH

Karl-Heinz Graf
Vorsitzender des Betriebsrates ökodata GmbH

AGR-Unternehmensgruppe

ÖKODATA Herten
Im Emscherbruch 11
45699 Herten

LAMBDA
Gesellschaft für Gastechnik mbH
Ludwig-Richter-Straße 6
42329 Wuppertal

DAR
Duale Abfallwirtschaft und Verwertung
Ruhrgebiet GmbH
Hohewardstraße 340 - 342a
45699 Herten

BFUB
Gesellschaft für Umweltberatung und Projektmanagement mbH
Zentrale
Hohewardstraße 329
45699 Herten

bds
Boden- und Deponie-Sanierungs GmbH
Untere Hauptstrasse 9
85386 Eching

EMAIL VON GENOSSE ZU GENOSSE

Gesendet: Mittwoch, 14. März 2007 23:45
An: Wolfgang Matzner
Betreff: Zur Mitarbeiterresolution

Betr: AGR-Mitarbeiter verabschieden Resolution gegen populistischen Aktionismus

Lieber Wolfgang,

bereits nach der seinerzeitigen Pressekampagne des Betriebsrates schrieb ich Dir, um zu signalisieren, dass die Voraussetzungen Eurer Argumentation in wichtigen Teilen unzutreffend sind.

Leider argumentieren die unterzeichnenden Personalräte weiterhin auf derselben Basis. Sie versuchen damit, Politik und Öffentlichkeit zu gewinnen und zerschlagen damit gewissermaßen mehr Porzellan als überhaupt vorhanden ist.

Viele der Kritiker des Oricas-Geschäftes legen - wie ich - Wert auf die Erhaltung der AGR als öffentlichem Entsorger. In der Vergangenheit und anhaltend schadet das Unternehmen sich selbst mehr als es diesen Kritikern recht ist.

Unsere durchaus besorgte Einschätzung ist, dass auch Eure Appelle eher Schaden als Nutzen bringen.

Es ist dabei zu bedenken, dass die Problematik der Giftmüll-Importe nach NRW Dimensionen hat, die weit über die AGR hinaus reichen. Die in den letzten 8 Jahren eingetretene Situation ist von der unhaltbar. Bei aller technischen Hochrüstung der Verbrennung ist es nicht akzeptabel, den gefährlichen Abfall Europas und der Welt im dichtest besiedelten Gebiet Europas zu verbrennen. Dieser als Folge neoliberaler Deregulierung hinterrücks eingetretene Zustand findet definitiv keine Akzeptanz bei den Menschen. Wenn eine AGR Geschäftsführung hier andere Ansichten vertritt, dann sollte sie den Imageschaden für die AGR wohl einkalkulieren. Ohnehin steht das Unternehmen mit dem Rücken zur Wand, was der unglaublichen Misswirtschaft des oberen Managements in der Vergangenheit geschuldet ist.

Demgegenüber zweifelt aber niemand die Integrität der Mitarbeiter der AGR an. Im Gegenteil. Auch macht niemand einen Arbeitnehmer der AGR für das Versagen der Führungsmannschaft haftbar. Im Gegenteil.

Es ist aber durchaus auch keine feine Art, Kritikern pauschal Populismus und Desinformation zu unterstellen.

Auch liegen hier keine eklatanten Fehlinformationen vor, vielmehr kann davon ausgegangen werden, das die umfassende Informationslage der NGOs den Kenntnisstand der AGR Mitarbeiter bei weitem übersteigt. So verfügen wir beispielsweise über einen ziemlich guten Einblick in die Situation in Australien und gelangen daher zu einer gründlich anderen Einschätzung der Aktivitäten der Firma Orica. Wie - beispielsweise - sollte man einem vernünftigen Menschen erklären, dass die HCB-Bestände dort seit mehr als 15 Jahren lagern? Wie soll man erklären, dass Orica wegen des Widerstands vor Ort nun nach Deutschland entsorgen will, wo der Widerstand ebenso groß ist? Ist

bekannt, dass Orica in Australien eine Entsorgungsanlage nur in einer dünn besiedelten Gegend für verantwortbar hielt? Oder: wer von den Kollegen weiß, dass Australien sich überhaupt gegen die Verbrennungstechnologie wendete und sich auf alternative Verfahren festlegte?

Es scheint, dass ihr den Menschen - sofern sie nicht Mitarbeiter der AGR sind - nur Ignoranz und Hysterie zutraut und dass ihr Euch nicht vorstellen könnt, dass hier auch verantwortungsvoll recherchiert und gehandelt wird. Wobei gilt, dass in NGOs niemand durch kommerzielle Zwänge zu einer bestimmten Meinung gelangt und dass diese Meinung aufgrund guter Argumente der Gegenseite durchaus veränderbar wäre.

In diesem Sinne möchte ich Euch und die AGR auffordern, sich Gesprächen mit der Öffentlichkeit wieder zu stellen. Der in Recklinghausen gezeigte Mangel an Bereitschaft dazu darf nicht das letzte Wort sein.

Mit freundlichen Grüßen

MEMORANDUM FÜR MINISTER, KONZERTIERTE AKTION DER MÜLLGEGNER BRUNSBÜTTLER ZEITUNG, 14.03.07

Bürgerinitiativen übergeben Schreiben – Chemiekonzern legt Analyse vor

Von Stefan Schmid

Brunsbüttel – Die Brunsbütteler Gegner des geplanten australischen Giftmüll-Transports arbeiten mit den Bürgerinitiativen und Umweltverbänden in Nordrhein-Westfalen enger zusammen. Mehr als 10 000 Unterschriften wurden bisher gesammelt – knapp 1300 davon in Brunsbüttel.

Am kommenden Donnerstag soll dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) in Düsseldorf ein Memorandum im Namen aller Giftmüll-Gegner übergeben werden, in dem Uhlenberg anhand einer Reihe von Dokumenten und Darlegungen von einer Ablehnung des Sondermüll-Transports über die Weltmeere nach Brunsbüttel überzeugt werden soll.

Das Schreiben soll Uhlenbergs Ressortkollegen in Kiel, Umweltminister Christian von Boetticher (CDU), und nachrichtlich auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel übermittelt werden. Im Schreiben taucht im Kopf die Wählerinitiative für reelle Politik (WIR) Brunsbüttel auf. Außerdem trägt es die Unterschrift vom WIR-Vorsitzenden Dr. Kai Schwonberg.

In dem Memorandum wird dargelegt, dass es genügend Anhaltspunkte dafür gibt, denen zufolge Australien technisch in der Lage wäre, den mit dem potentiell krebserregenden und weltweit geächteten Stoff Hexachlorbenzol (HCB) verseuchten Giftmüll (22 000 Tonnen) zu verbrennen. Genau das bestreitet der australische Chemiekonzern Orica. Den Nachweis für diese Auffassung ist die australische Seite bislang aber schuldig geblieben. Noch wartet das zuständige Landesamt für Natur und Umwelt (LANU) auf eine solche Bestätigung. Vorher gibt es keine Genehmigung für die Giftmüll-Anlandung in Brunsbüttel. Obendrein hat das Umweltamt Itzehoe der Hafengesellschaft Brunsbüttel noch keine generelle Genehmigung für die Lagerung von Giftmüll im Elbehafen erteilt, wie gestern zu erfahren war.

Dafür hat Orica die Analyse-Unterlagen für den Giftmüll beim LANU eingereicht. „Wir prüfen die Daten zurzeit“, sagte gestern eine Sprecherin des Kieler Umweltministeriums.

Das Bundesumweltministerium sieht bei der Verbrennung von HCB-Müll in der Brunsbüttel Sonderabfallverbrennungslanlage (SAVA) „kein erhöhtes Risiko“, solange die Anlage die strengen Emissionsanforderungen erfüllt. Dies teilte das Ministerium gestern auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Jürgen Koppelin mit. Der will das Thema jetzt mit den Umweltexperten seiner Bundestagsfraktion beraten. Koppelin: „Die entscheidende Frage bleibt: Müssen die 22 000 Tonnen Giftmüll wirklich über die Meere nach Deutschland transportiert werden?“

BG90 / GRÜNE-HERTEN: PRESSEMITTEILUNG / OFFENER BRIEF ZUM RVR-ANTRAG

In der heutigen Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr (RVR) scheiterte der Antrag der Grünen mit 24:30, das Müllverbrennungsgeschäft mit der australischen Firma Orica abzulehnen.

Die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr (RVR) hat bereits in der Vergangenheit bewiesen, das sie die AGRmbH nicht im Griff hat bzw. nicht im Griff haben will. 120 Millionen € öffentliche Gelder durfte die AGRmbH innerhalb kürzester Zeit vernichten allein durch den Kauf und Verkauf einer Pleitefirma. Die Verbandsversammlung sah sich nicht in der Pflicht, den unabhängigen Untersuchungsstab Antikorruption des Innenministeriums NRW anzurufen um zu prüfen, ob alles mit rechten Dingen zuging und ob das Geld der Bürger insgesamt verloren ist.

Die Pflicht zur Aufsicht und die Vertretung der Bürgerinteressen wird klein geschrieben bei der Verbandsversammlung. Kein Wort über die statistisch in Kauf genommene Gefährdung der Gesundheit der Hertener Bürger insbesondere der Kinder und Ungeborenen.

Das garantierte Grundrecht der Bürger auf körperliche Unversehrtheit ist weniger Wert als ein Giftmülldeal mit Australien, Holland und anderen Ländern. Tiefer kann die Politik nicht mehr sinken.

Der Protest gegen Giftmüll in Herten, Gelsenkirchen, Herne und Recklinghausen muss fortgesetzt werden. Die Verbandsversammlung des RVR handelt gegen elementare Interessen der Bevölkerung, wenn Sie Giftmüllimport nach Herten z. B. aus Australien zulässt.

Karl Kneip **Bündnis90/Die Grünen SV Herten**

GIFTMÜLL – KRITIK AUS STEINBURG AN TRANSPORT; 15.03.07 BRUNSBÜTTELER ZEITUNG

Zorniger CDU-Politiker: „Können die Australier das nicht selbst machen?“

Itzehoe (vm) Dem CDU-Kreistagsabgeordneten Johannes Rehder stand der Zorn ins Gesicht geschrieben: „Unerhört“ findet er die geplanten Sondermülltransporte aus Australien nach Brunsbüttel und von dort aus weiter durch die halbe Republik.

Das Thema wurde jetzt auch im Umweltausschuss des Steinburger Kreistages kurz diskutiert.

Etwa ein Drittel des Sondermülls soll in der Brunsbütteler Verbrennungsanlage SAVA vernichtet werden. „Können die Australier als zivilisiertes Land das nicht selbst machen“, fragt Rehder. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass „so etwas von deutschen Behörden genehmigt wird“.

Der Christdemokrat erinnert daran, dass die Anlage einst für die Verbrennung von Sondermüll nur aus dem Norden Deutschlands gebaut worden sei. Sein SPD-Kollege Rudolf Riep empört sich ebenfalls über die Transporte gefährlicher Stoffe. „Das ist unmöglich.“ Und Carol Breiling von den Grünen beschwor die Gefahr, dass das Australien-Geschäft weiteren Transporten „Tür und Tor öffnet“.

Umweltamtsleiter Holger Pump sieht das allerdings ganz realistisch: „Abfall ist eben ein Wirtschaftsgut geworden.“

UBP-Fraktion im Rat der Stadt Herten zum Abstimmverhalten im RVR

Pressemitteilung: Abstimmungsverhalten von SPD und CDU im RVR-Parlament zum Sachverhalt der Verbrennung von Giftmüll im RZR-Herten

Die UBP-Fraktion im Rat der Stadt Herten kritisiert das Abstimmungsverhalten der gesamten CDU-Fraktion und Teilen der SPD-Fraktion im RVR-Parlament zur geplanten Giftmüllverbrennung im RZR-Herten.

„Ich habe in meiner gesamtem politischen Laufbahn noch nie so ein heuchlerisches und verlogenes Verhalten gesehen, wie es die CDU und Teile der SPD im RVR-Parlament praktiziert haben.“

Die Ängste und Sorgen der Bürger in unserer Region werden nicht wahrgenommen und zugunsten von Gewinnen in der Müllverbrennung geopfert. Hier zeigt sich sehr deutlich, dass die Kritik von CDU und SPD vor Ort nur gespielt waren. Während wir als UBP Unterschriften gesammelt und die Bürgerinitiative PRO-Herten massiven Druck auf die AGR und die Firma Orica ausgeübt haben, überlegten SPD und CDU vor Ort lediglich, wie man aus dieser Sache herauskommt ohne das Gesicht vor den Bürgern zu verlieren.

„Diese verlogene und hinterhältige Politik ist mit dem Abstimmungsverhalten im RVR nun endgültig aufgeflogen und zeigt dem Bürger ein weiteres Mal, dass wirtschaftliche Interessen wichtiger sind, als die Ängste und Sorgen der Bürger vor Ort.“

Mit freundlichen Grüßen; Tobias Köller, Fraktionsvorsitzender 13.03.07

11.000 Protest-Unterschriften für Umweltminister Uhlenberg übergeben 15.03.07

Pro-Herten für kommunale Transparenz www.pro-herten.de HERTEN	Agenda 21 Dormagen Dormagen	Unsere Gemeinde Ev. Kirche in Herten	LNU NRW NUR im Vest Recklinghausen

Coordination gegen BAY-ER-Gefahren	Kreis Recklingh.u.Herne	Herten / Leverkusen	Brunsbüttel

Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 14. January 2011
Herrn Eckhard Uhlenberg
Herrn Staatssekretär Dr. Alexander Schink
z.K. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Herrn Sigmar Gabriel

Sehr geehrte Herren Minister, sehr geehrter Herr Staatssekretär,

dieses Argumentationspapier zum Notifizierungsverfahren für den Exportantrag von HCB-Abfällen der Firma Orica Australia Pty Limited legen Ihnen Unterzeichnete in der Erwartung vor, dass den Erwägungen und den abschließenden Aufforderungen seitens der Genehmigungsbehörden entsprochen wird.

Die Erwartung gründen nicht auf einer politischen Forderung, sondern ergeben sich als einfache Konsequenzen aus der Würdigung der vorgefundenen Gesamtsituation.

Mit freundlichen Grüßen

für

- Pro-Herten, Joachim Jürgens, Schützenstraße 84, 45699 Herten
- Agenda 21 Manfred Puchelt
- LNU-NRW Reinhard Bömke, Pferdekamp 24; 45701 Herten
- Ev. Kirchengemeinde Andreas Wilkens / Bernhard Stahl
- BUND Claudia Baitinger
- CBGnetwork Philipp Mimkes; Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
- Gruppen Leverkusen Rolf Müller
- Gruppe Brunsbüttel?

KEINE RECHTSGRUNDLAGE FÜR ENTSORGUNG HCB-HALTIGEN MÜLLS AUS AUSTRALIEN IN DEUTSCHLAND

In Zusammenarbeit von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden aus Brunsbüttel, Herten, Leverkusen und Dormagen in Deutschland mit dem australischen National Toxics Network konnten Hintergründe des HCB-Export-Antrages durch die australische Firma Orica aufgeklärt und der Öffentlichkeit in Deutschland zugänglich gemacht werden. Behörden, Politik und Öffentlichkeit verfügen somit über einen aktuellen, identischen Informationsstand. Danach bedarf der Sachverhalt im Wesentlichen keiner weiteren Ermittlungen und ist nicht strittig. Zu erörtern bleibt allerdings, wie bei gegebener Information die Rechtslage hinsichtlich einer Importgenehmigung zu bewerten ist.

Wir beziehen uns auf ihr Argumentationspapier vom 28. Februar 2007, welches Sie dem Parlament und der Öffentlichkeit zugänglich --- machten. Ihrer Einschätzung, dass im gegebenen Fall Ermessen keine Rolle spielen kann, stimmen wir ausdrücklich zu; es ist auch kein Beurteilungsspielraum auszuschöpfen, weil un-

geachtet der Frage, ob und welche Ermessensspielräume prinzipiell bestünden, sich der Sachverhalt eindeutig und vollständig darstellt, so dass eine ablehnende Entscheidung des Landes NRW zwangsläufig wird.

Alle Fakten sind eindeutig und hinreichend durch Unterlagen der australischen Regierung, der Fa. Orica, des anbietenden australischen Entsorgers Dolomatrix, des Einwender NTN sowie der Presseberichterstattung in Australien belegt.

Danach verfolgte Orica in Abstimmung mit der australischen Regierung seit dem Jahre 2004 über einen längeren Zeitraum hinweg Pläne zur Errichtung einer Behandlungsanlage zur Zerstörung von 22000 t HCB-Abfällen. Beabsichtigt war die Realisierung einer GeoMelt-Anlage in einer abgelegenen Gegend von NSW (Statement on NSW Government HCB Announcement). Regierung und Behörden in NSW hatten zuvor erklärt, dass ein Export nicht in Frage käme. Sie hatten festgelegt, dass eine Entsorgung im eigenen Lande entsprechend den Bestimmungen nationaler Gesetze und entsprechend dem ´proximity principle´ der Baseler Konvention erfolgen müsse (National Management Plan for Hexachlorobenzene).

Pläne zur Beseitigung des in Botany-Bay lagernden HCB-Bestandes in Europa wurden erst verfolgt, seit sich in Australien erheblicher Widerstand gegen die Errichtung einer Behandlungsanlage an den vorgesehen Standorten in NSW entwickelt hatte. Entsprechend stellt der Kommissionsbericht von November 2006 den Widerstand der Bevölkerung gegen die Errichtung einer Anlage als ursächlich für das Exportbegehren der Fa. Orica dar (Independent Review Panel: Further Independent Review. November 2006).

Die Exportpläne wurden seit dem Jahre 2006 verfolgt, ein Exportantrag wurde konkret am 16. November 2006 gestellt. Zuvor hatte Orica das Angebot des australischen Entsorgers DoloMatrix Australia Limited vom 5. September 2006 vorgelegen, die sich zwei verschiedene Verfahrenswege zur einheimischen Entsorgung angeboten hatte (DoloMatrix-Angebot an Orica vom 5. September 2006). Dabei war sich auch die Firma Orica der prekären Rechtslage hinsichtlich ihres Ansinnens durchaus bewusst und unternahm deshalb erhebliche Anstrengungen, Argumente zu finden, um die rechtlichen Hürden dennoch überschreiten zu können.

Zu der neuen argumentativen Strategie gehörte es u.a., den hohen technologischen Stand deutscher Anlagen hervorzuheben, welcher eine sichere Entsorgung gewährleiste. Ein anderes wesentliches Argument war die falsche Behauptung, dass die Verbrennung toxischer Abfälle in Deutschland alltägliches Geschäft sei und dass diese Technologie die Unterstützung der örtlichen und regionalen Politik, angeblich sogar der Bevölkerung sowie der Umweltverbände genieße (Orica: Treatment Option: Export).

FAZIT:

Unstrittig ist demnach, dass die Möglichkeit einer umweltgerechten Behandlung der gefährlichen Abfälle im eigenen Lande durch Orica und die australischen Behörden festgestellt wurde.

Unstrittig ist auch, dass diese Feststellungen auch später nicht in Abrede gestellt wurden. Die Exportoption wurde gewählt, um den Widerstand australischer Kommunen und der Bevölkerung in NSW zu Umgehen.

BEWERTUNG:

In Würdigung der nationalen sowie der internationalen Rechtslage - in Australien, in der EU, in Deutschland - erweist sich die von Orica in ihrem Exportbegehren vorgebrachte Begründung als irrelevant; weder das Argument des Standes der Technik im Empfängerland, noch die Frage mangelnder Akzeptanz von Behandlungsanlagen im Entsendungsland sind stichhaltige Gründe zur Stützung eines Exportantrags bzw. einer Importgenehmigung (hier: EGAbfallverbringungsverordnung Art.19 Abs.3.) Ungeachtet dessen steht die Fähigkeit der australischen Industrie zur Gewährleistung einer Entsorgung auf hohem technologischen Stand in Australien gänzlich außer Zweifel.

Es obliegt Orica und den australischen Behörden und es ist Orica billigerweise zuzumuten, ein für die Menschen in Australien akzeptables Verfahren zu wählen und dafür im Land selbst einen geeigneten Standort durchzusetzen.

Abschließend zu erwähnen bleibt, dass das Argument einer breiten Akzeptanz in Deutschland durch Bürgerproteste und politische Einsprüche in den vergangenen Wochen mehr als deutlich widerlegt wurde. Weder gibt es in NRW noch in S.-H. politische Unterstützung, noch besteht diese in den Kommunen der Verbrennungsanlagen; auch die Bevölkerung lehnt Import und Sondermüll-Verbrennung australischen Giftmülls nahezu einhellig ab.

SCHLUSSFOLGERUNGEN:

Dargelegt werden konnte, dass es weder eines Ermessensspielraumes noch eines Beurteilungsspielraumes bedarf, um im vorliegenden Notifizierungsverfahren zu entscheiden. Rechtslage und Fakten erzwingen, dass eine Einfuhrgenehmigung für die australischen HCB-Abfälle versagt wird.

Abzuwarten bleibt, ob angesichts der klaren Sach- und Rechtslage die australische Regierung einen Export überhaupt unterstützt. Nach Eingang der australischen Stellungnahme ist wie dargestellt zu entscheiden.

DOKUMENTE:[6]

1. Australian National Advisory Body (NAB) on Scheduled Waste: National Management Plan for Hexachlorobenzene.1996.
2. Orica: Statement on NSW_Government HCB_Announcement. 2004.
3. Independent Review Panel: Independent Review. Orica HCB Waste Stockpile; Safe Interim Storage and Destruction. November 2006.
4. Orica Australia Pty Limited. Application for Basel Export Permit pursuant to the Hazardous Waste (Regulation of Exports and Imports) Act 1989. Dated 4 August 2006. Revised November 2006.
5. Orica: Treatment Option: Export. November 2006.
6. National Toxics Network: Objection to Orica Australia´s appliction to export to Germany its stockpile of the POPs waste, Hexachlorbenzene and associated material for incineration. January 2007.
7. DoloMatrix-Angebot an Orica vom 5. September 2006 mit Verfahrensbeschreibung
8. Prinzip:DoloMatrix-Angebot an Orica vom 5. September 2006 mit Verfahrensbeschreibung auf deutsch

[6] Alle aufgeführten Anlagen in dieser Dolumentation befinden sich im Ordner HCB-Anlagen

Memorandum
Übergabe ca. 11.000 Unterschriften beim MUNLV

PRESSE INFORMATION UNTERSCHRIFTENÜBERGABE VOM 15. MÄRZ 2007 (PRO-HERTEN)

Verbrennung australischen Giftmülls in NRW:

11.000 Protest-Unterschriften für Umweltminister Uhlenberg übergeben

Mehr als 11.000 Unterschriften gegen die geplante Verbrennung von australischem Giftmüll wurden heute Nachmittag von 19 besorgten BürgerInnen und UmweltschützerInnen dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhard Uhlenberg übergeben. An der Aktion beteiligten sich u.a. der Landesverband des *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND), die Grünen in Herten und Leverkusen, die Initiative *Pro-Herten*, die Dormagener Agenda 21-Gruppe, die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* sowie die evangelische Kirche in Herten.

In einem Begleitschreiben an Minister Uhlenberg forderten die MüllimportgegnerInnen, die Genehmigung für die Verbrennung von australischem Giftmüll in NRW zu versagen, alle Emissionen von Müllverbrennungsanlagen, auch der zu deponierenden Filterkuchen, zeitnah zu veröffentlichen, sämtliche Müllimporte nach NRW nach Menge, Herkunft und stofflicher Zusammensetzung offen zu legen und den Giftmüll-Tourismus nach NRW zu unterbinden.

Darüber hinaus überreichten BUND-Vertreterinnen dem nordrhein-westfälischen Umweltminister die Kopie von 200 Notifizierungsdokumenten über 80.500 t Sondermüll, die am Beispiel des RZR Herten belegen, in welchem Ausmaß in den letzten zwei Jahren bereits ein lukrativer Giftmüllimport in die AGR-Sondermüllverbrennung gegangen ist und noch gehen wird. Damit soll verdeutlicht werden, dass der geplante Sondermüll-Deal mit Australien nur die Spitze des berühmten Eisberges im lukrativen Giftmüllhandel darstellt.

Unter dem Beifall der Anwesenden bezeugte Minister Uhlenberg mehrfach, dass er alles in seiner Macht Stehende tun werde, um den Import von „Down under“ zu verhindern und dass er durchaus auch an rechtliche Mittel denke. Er könne sich einfach nicht vorstellen, dass eine Industrienation wie Australien ihren Sonderabfall nicht selbst entsorgen könne. Er habe sich inzwischen deshalb sogar an die australische Botschaft gewandt. Der Minister bedankte sich ausdrücklich für die umfangreichen deutschen und australischen Dokumentationen, die den Protestunterschriften beigefügt waren.

BILDDOKUMENTE UNTERSCHRIFTENÜBERGABE IM MUNLV

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Minister Eckhard Uhlenberg

Bilder, © R. Bömke / ©J.Jürgens

Zusammentreffen der Gruppen vor dem Ministerium

Zusammentreffen der Gruppen vor dem Ministerium

Eintragung in die Besucherliste

Die Unterlisten werden Präsentiert

Die Unterlisten werden Präsentiert

Die Unterlisten werden Präsentiert

Pastor Willkens / Pastor Stahl

Erstes Bekanntmachen der Teilnehmer

zum Tagungsraum

Erste „ungiftige“ Annäherung Minister / Müllgegner

Teilnehmer im Tagungsraum

Teilnehmer im Tagungsraum

Teilnehmer im Tagungsraum

Pastor Wilkens - Unterschriftenübergabe

Min. Uhlenberg / Joachim Jürgens (Pro-Herten)

Manfred Puchelt (Agenda 21)

Teilnehmer im Tagungsraum

Herr und Frau Puchelt, Agenda 21, Dormagen

GIFTMÜLL: UNTERSCHRIFTEN ÜBERGEBEN, V. 16.3.2007 NGZ-ONLINE

VON PETRA SCHIFFER

Dormagen Vertretern von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Kirchengemeinden und Grünen-Verbänden aus ganz Deutschland haben am Donnerstag Nachmittag NRW Umweltminister Eckehard Uhlenberg mehr als 11 000 Unterschriften gegen den Import und die Entsorgung des giftigen Stoffs Hexachlorbenzol (HCB) in Verbrennungsanlagen in Brunsbüttel, Herten, Leverkusen und Dormagen übergeben. Die gleiche Liste erhielten auch Uhlenbergs Kieler Kollege Christian von Boetticher und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Neben Gruppen aus Herten, Düsseldorf, Dorsten, Brunsbüttel und Leverkusen hat sich auch die Dormagener Agenda 21 mit rund 800 Unterschriften beteiligt. „Der Minister war sehr verständnisvoll, hat genau zugehört - und ich glaube, ihn hat beeindruckt, wie vernetzt der Protest gegen dieses Vorhaben inzwischen in ganz Deutschland ist“, erklärte Agenda-Sprecher Manfred Puchelt anschließend.

Die zentrale Aussage des Memorandums: In Australien bestehe durchaus die Möglichkeit, die weltweit geächtete Chemikalie zu entsorgen. Allerdings sei der Widerstand dort so groß gewesen, dass sich das betroffene Unternehmen Orica gegen diesen Weg entschieden habe und den Giftmüll jetzt nach Deutschland exportieren wolle. Angesichts der massiven Proteste auch in Deutschland dürfe die Landesregierung keine Importgenehmigung erteilen.

Die rechtliche Bewertung des Umweltministers sieht nach wie vor anders aus. „Wir nehmen die Sorgen der Bürger sehr ernst, deshalb hat sich Minister Uhlenberg auch die Zeit für Gespräche mit den Initiativen genommen“, sagt Ministeriumssprecher Markus Fliege.

Der Minister habe selbst wiederholt seine Bedenken geäußert - nicht gegen die Entsorgung in den hochmodernen Verbrennungsanlagen in NRW, aber gegen die langen Transportwege.

„Trotzdem sind wir an Recht und Gesetz gebunden, und das bedeutet, dass wir den Import nicht verbieten können“, so Fliege. Nach wie gebe es jedoch keine schriftliche Erklärung aus Australien, dass eine Entsorgung dort nicht möglich sei. „Wenn sie vorliegt, werden wir sie prüfen, und wenn sie zutrifft, haben wir keinen Entscheidungsspielraum“, erklärt der Ministeriumssprecher

.

MINISTER GEGEN GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN, 15. MÄRZ 2007 HERTENER ALLGEMEINE

Herten - Die Landesregierung wird alles tun, um den Giftmülltransport von Australien nach Deutschland zu verhindern. Das versicherte NRW-Umweltminister Eckard Uhlenberg im Gespräch mit Umweltschützern.

Mit über 11 000 Protest-Unterschriften in der Tasche hatten sich am Donnerstag Vertreter vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), Grünen, der Ev. Kirchengemeinde Herten und der Bürgerinitiativen aus Herten, Dormagen und Leverkusen auf den Weg ins Umweltministerium gemacht. *Pfarrer Andreas Wilkens (Ev. Kirchengemeine Herten) und Joachim Jürgens (Pro Herten) überreichen NRW-Umweltminister Eckard Uhlenberg (l.) einen Band mit Unterschriften. Insgesamt wurden über 11 000 gesammelt.* ***Foto: R. Bömke***

Sie fordern den Minister in einem Schreiben auf, die Transporte zu unterbinden. „Wir akzeptieren nicht, dass sich politisch Verantwortliche hinter Zuständigkeiten und Verträgen verschanzen und sich ihre Entscheidungskompetenz abnehmen lassen“, sagte ein Sprecher des BUND.

Die 19-köpfige Gruppe, darunter zahlreiche Hertener, war fast eine Stunde beim Umweltminister. Uhlenberg dankte den Umweltschützern für ihren Einsatz. Er betonte, die Landesregierung werde alles tun, um den Giftmülltransport zu verhindern. Claudia Baitinger (BUND Dorsten): „Er hat sich sehr deutlich positioniert.“ Ein Sprecher des Umweltministeriums sagte, man habe Kontakt zum Bundesumweltministerium und zu den australischen Behörden aufgenommen. „Minister Uhlenberg steht voll auf der Seite der Bürger.“ Der Chemieriese Orica will 22 000 Tonnen HCB-Giftmüll nach Deutschland exportieren. 5 000 Tonnen davon sollen im RZR Herten-Süd verbrannt werden

„MINISTER STEHT AUF DER SEITE DER BÜRGER“, V. 16.03.07 LEVERKUSENER-ANZEIGER-KSTA

Die Landesregierung werde alles tun, um den Giftmülltransport von Australien nach Deutschland zu verhindern. Das versicherte Nordrhein-Westfalens Umweltminister Eckard Uhlenberg (CDU) in Düsseldorf, als er mehr als 11 000 Protest-Unterschriften gegen die HCB-Verbrennung in Leverkusen, Dormagen, Herten und Brunsbüttel entgegennahm. Vertreter des Bundes für Umwelt- und Naturschutz, den Grünen sowie Bürgerinitiativen aus Leverkusen, Dormagen und Herten hatten das Gespräch mit dem Minister gesucht. Sie fordern Uhlenberg auf, den Transport von 22 000 Tonnen mit Hexachlorbenzol belasteten Abfall zu unterbinden.

„Wir akzeptieren nicht, dass sich politisch Verantwortliche hinter Zuständigkeiten und Verträgen verschanzen und sich ihre Entscheidungskompetenz abnehmen lassen“, sagte ein Sprecher des Bund. Die 19-köpfige Gruppe war fast eine Stunde beim Umweltminister, der den Umweltschützern für ihren Einsatz dankte.

Ein Sprecher des Ministeriums sagte, man habe Kontakt zum Bundesumweltministerium und zu den australischen Behörden aufgenommen. „Minister Uhlenberg steht voll auf der Seite der Bürger.“ (tk)

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN SV HERTEN PRESSEMITTEILUNG

Herrn Minister Uhlenberg wurde am 15.März bei Übergabe von mehr als 11 000 Unterschriften gegen die geplante Verbrennung von australischem Giftmüll seitens der Hertener Grünen deutlich gemacht, das die Verbrennung von ausländischem Giftmüll in Herten die Bevölkerung zusätzlich belastet. Giftmüllimporte aus Australien, Holland etc. sind für die Bevölkerung vor Ort daher nicht hinnehmbar. Es gibt keinen vernünftigen Grund warum ausgerechnet in Holland und Australien die Giftmüllentsorgung in den Kinderschu-

hen stecken soll. Auch ist bei dem Termin nicht klar geworden ob und in welchen Mengen Giftmüll aus anderen Ländern in Holland akquiriert werden um ihn anschließend nach Herten zu „importieren“.

Die Zusage des Ministers alles in seiner Macht Stehende zu tun, um den Australischen Giftmüll zu verhindern ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Für die Verhinderung von großen europäischen Giftmüllimporten nach Herten ist jedoch noch viel Überzeugungsarbeit durch die Bürgerinitiativen zu leisten.

Karl Kneip Bündnis90/Die Grünen SV Herten

Nr. 1 7 , März 2007

SPD:SCHRIFTLICHE ANFRAGE AN DIE BUNDESREGIERUNG

Giftmülltransporte über die Güterumgehungsbahn?

Der geplante Transport von 11 000 Tonnen australischem Giftmüll auf der Strecke der Güterumgehungsbahn mitten durch Hamburg hat in den vergangenen Wochen zu heftiger Kritik von Bürgerinnen und Bürgern, Umweltverbänden und der Politik geführt. Dabei geht es um die Pläne des australischen Chemie- und Sprengstoffherstellers Orica 22 000 Tonnen krebserregendes Hexachlorbenzol per Schiff von Australien nach Brunsbüttel zu transportieren und in den modernen Anlagen Deutschlands verbrennen zu lassen: Eine Hälfte in Brunsbüttel und die andere in der Firma Bayer in Nordrhein-Westfalen.

Ich habe die Bahn bereits im Februar dazu aufgefordert, dass sie – sollte es tatsächlich keinen alternativen Transportweg geben – die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld umfassend informiert und keine Geheimaktion aus den Transporten macht. Auch in Berlin habe ich mich dieses Themas angenommen und Ende Februar eine „Schriftliche Anfrage an die Bundesregierung“ gerichtet.

Vergangene Woche habe ich nun eine Antwort erhalten, die ich im Folgenden dokumentiere:

Wie viel Gefahrengut, insbesondere Giftmüll, wurde auf den Gleisen der Güterumgehungsbahn durch Hamburg und insbesondere Hamburg-Nord in den letzten drei Jahren transportiert?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

Wie wird vor dem Hintergrund der speziellen Gefahrenlage die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner der Bahntrasse gewährleistet?

Gemäß § 4 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz sind die Eisenbahnen für den ordnungsgemäßen Zustand ihrer Anlagen und Fahrzeuge sowie die sichere Abwicklung des Betriebes verantwortlich. Für den Fall, dass es

sich bei den zu befördernden Abfällen um Gefahrengut gemäß den gefahrgutrechtlichen Klassifizierungsvorschriften handelt, sind die einschlägigen Anforderungen des Gefahrgutrechts zu erfüllen. Diese Vorschriften stellen unter den üblichen Beförderungsbedingungen sicher, dass kein Gut austreten kann und damit die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner gewährleistet ist. Die anzuwendenden Beförderungsvorschriften betreffen insbesondere den Einsatz geeigneter und zugelassener Umschließungen, die Kennzeichnungen und die Art der Beförderungsdurchführung.

Wer ist für die Planung und den Ablauf dieser Transporte verantwortlich, und wer genehmigt diese?

Die Einsammlung und Beförderung von Abfällen zur Beseitigung sowie von gefährlichen Abfällen innerhalb Deutschlands erfordert nach § 49 i.V.m. § 50 Abs. 2 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) i.V.m. §§ 1 Abs.1

Transportgenehmigungsverordnung (TgV) eine Genehmigung. Örtlich zuständig sind die Behörden des Landes, in dem der Beförderer oder Einsammler seinen Hauptsitz hat, vgl. § 49 Abs. 4 Satz 2 KrW-/AbfG. Welche Behörde in dem entsprechenden Bundesland hier für zuständig ist, bestimmt das jeweilige Landesrecht, vgl. § 63 KrW-/AbfG. Regelungen zum Antrag auf Erteilung einer Transportgenehmigung für die besagten Abfälle und Unterlagen sowie spezielle Anforderungen an die Fach- und Dachkunde der Transportunternehmen sowie an das Personal sind in der TgV enthalten. Nach dem Gefahrgutrecht gibt es für die Durchführung der Transporte keine eigenständigen Genehmigungserfordernisse. Die EUng der gefahrgutrechtlichen Anforderungen bei der konkreten Beförderung haben die Beteiligten gemäß der Aufgabenzuweisung in den innerstaatlichen Gefahrengutverordnungen zu beachten.

Wie bewertet die Bundesregierung allgemein die Tatsache, dass Giftmüll aus dem Ausland durch Deutschland transportiert wird?

Aus bundespolitischer Sicht ist die sichere und umweltverträgliche Entsorgung von Abfällen, insbesondere von gefährlichen Abfällen, eine globale Aufgabe. Auf internationaler Ebene sind die Pflichten im „Basler Übereinkommen über die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung“ von 1989 geregelt. Diesem sind inzwischen ca. 170 Staaten beigetreten. Ziel des Abkommens ist, gefährliche Abfälle dort zu beseitigen, wo dies technisch und umweltbezogen am besten möglich ist, und Verbringungen zu verhindern, die zu unerwünschten, umweltgefährdenden Ergebnissen führen.

Quelle: SPD direkt —

Informationsblatt aus dem Deutschen Bundestag, Herausgeber Christian Carstensen MdB
Bürgerbüro Hamburg Am Hasenberge 44 22337 Hamburg Tel. (040) 500 900 89 Abgeordnetenbüro Berlin Platz der Republik 1

OMA SAGTE:WORT OHNE TAT IST EIN ACKER OHNE SAAT, V. 17.03.07 H.A.

Auf das Vorgehen des Umweltministers ist gespannt

Gregor Spohr

„Wort ohne Tat ist ein Acker ohne Saat", sagte meine Oma gerne.

An klaren Worten hat es unser Landes-Umweltminister Eckhard Uhlenberg nicht fehlen lassen, als er am Donnerstag von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen über 11000 Unterschriften in Empfang nahm. Unterschriften gegen die geplante Verbrennung von australischem Giftmüll in Deutschland, unter anderem im Hertener RZR.

„Minister Uhlenberg versicherte, dass die Landesregierung alles tun werde/um den Giftmülltransport zu verhindern", meldete die Deutsche Presseagentur. Warten wir ab, ob diesen klaren Worten die Taten folgen. Es tut schon gut, dass uns der Minister nicht das alte Lied von der Spitzentechnologie deutscher Verbrennungsanlagen vorsingt. Oder in dem Geschäft gar einen „Ritterschlag" für das RZR sieht, wie es dem Recklinghäuser CDU-Politiker Lothar Hegemann in den Sinn kam. Armer Ritter! Geschäft ist Geschäft - Geld stinkt nicht? Aber es stinkt zum Himmel, wenn Dreck um die halbe Welt gekarrt wird und man so tut, als sei das normal, ja sogar eine Auszeichnung. Das ist kein Ritterschlag, das ist ein Tief schlag, Herr Hegemann. Aber das passt ja zum Umgang mit den

Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. Motto: Wer gegen die Müllverbrennung ist, gefährdet Image und Arbeitsplatze. Und Politiker, die der gleichen Meinung sind, sind Populisten[2]. So einfach ist das. In diesem Sinne hoffe ich, dass Eckhard Uhlenberg ein Populist ist.

EMAIL MANFRED / MARIAN, ZWEIFELN AN DEN RECHTLICHEN MÖGLICHKEITEN

On 20/03/2007, at 10:51 AM, Schwirske wrote:

Dear Mariann,

as You did hear from jj we urged NWR-Minister Uhlenberg, not to give a permission for HCB-Imports for Orica due to the well-proved facts that Australia has the ability to treat its own hazardous wastes.

The minister and his administration say, that Australian government could possibly give a declaration stating that Australia could not.

But we are in doubt on this procedure. What do You say is the logical, juridical or political status of such a declaration? Could it (legally) be ignored by the licensing authorities or German Ministers in Düsseldorf an Kiel? (By ´logical´ i mean, whether it is possible at all, claiming - in view of existing technical know-how - that in Australia there are no ways and means). Best Regards Manfred

VON: MARIANN LLOYD - **Gesendet:** Dienstag, 20. März 2007 04:35 **An:** Schwirske **Cc:** Jürgens Joachim
Betreff: Re: pro-herten requests Your legal advice

Dear Manfred,

I think Germany's ability to reject a declaration by the Australian government would be very difficult, but not impossible.

Both politically and legally under Basel, it would be the equivalent of the German government calling the Australian government a liar, which as you can imagine no government wants to do.

However, we would argue the facts here in Australia and put pressure on the Australian Government. Also, the German government could use the Basel Convention to say transport of such a large stockpile across the globe by sea is not the most environmentally sound disposal method (as required by Basel) and instead could offer Australia assistance to destroy the waste in Australia.

That would put Australia in a very difficult position !

I still think our best hope is that if the Australian government believes there is considerable opposition to the import in Germany I don't think they will go ahead with such a declaration, but of course I can't be sure.

We know they are meeting with the technology owners this week. I'll try to find out what has happened through my contacts. Regards Mariann

FUNKBRÜCKE GEGEN GIFTMÜLL, V. 16.03.07 RUHR NACHRICHTEN / MÜNSTERSCHE ZEITUNG:

Ein geplanter Giftmülltransport aus Australien sorgt im Ruhrgebiet für Aufregung. Insgesamt 22 000 Tonnen hochgiftige Hexachlorbenzol (HCB)-Abfälle will der australische Chemieriese Orica auf eine 16 000 Kilometer lange Reise schicken. 5000 Tonnen Giftmüll sollen in der Müllverbrennung in Herten entsorgt werden. Es wäre der erste Transport von Giftmüll nach Herten, der nicht aus Europa kommt – für Joachim Jürgens von der Bürgerinitiative Pro-Herten ein Türöffner für weitere Giftfuhren aus aller Welt.

Ein Amateurfunker aus Australien informiert Joachim Jürgens regelmäßig über den Stand der Vorbereitungen für den geplanten Giftmülltransport durch den Chemieriesen Orica. Fotos Schlusemann

Funkbrücke gegen Giftmüll

Hertener Bürgerinitiative will Einfuhr von australischen Abfällen verhindern

HERTEN • Seit Anfang Januar hat Rentner Joachim Jürgens wieder einen „Fulltimejob". Der 62-Jährige engagiert sich gegen die geplante Verbrennung von 5000 Tonnen australischem Giftmüll in seiner Heimatstadt.

Die Stimme aus dem Lautsprecher im Arbeitszimmer von Joachim Jürgens an der Schützenstraße in Herten klingt etwas blechern und es rauscht. Amateurfunker Jürgens spricht mit einem Schwaben, der vor über 30 Jahren nach Australien ausgewandert ist und das Mitglied von Pro-Herten – das ist ein Zusammenschluss von Hertener Bürgerinitiativen – über die Entwicklung in Sachen Giftmülltransport in Australien auf dem Laufenden hält.

„Sofort als der geplante Transport bekannt wurde, habe ich versucht, Funkkontakt herzustellen, um aktuelle Informationen aus Australien zu erhalten", erklärt Jürgens. Gerade hört er aus dem Äther, dass auf der anderen Seite der Erde das Anhörungsverfahren, das zum Genehmigungsverfahren für den Transport gehört, abgeschlossen wurde. Das Ergebnis steht noch aus. Der Chemieriese Orica musste dabei nachweisen, dass die umweltgerechte Entsorgung seiner 22 000 Tonnen hochgiftiger Hexachlorbenzol (HCB)-Abfälle nicht ortsnah möglich ist. Das fordert die Basler Konvention, die den unkontrollierten weltweiten Export von gefährlichen Abfällen verhindern soll. Der Transport aus Botany Bay über eine Entfernung von 16 000 Kilometern ist für Jürgens „ein klarer Verstoß gegen diesen internationalen Vertrag." Der weite Weg und die damit verbundenen Risiken sowie die Verbrennung im Ruhrgebiet beschäftigen auch die Bürger in Herten. „Es ist unlogisch, das Zeug um die halbe Welt zu karren und in einem Ballungsraum zu verbrennen", meint **Bernd Lokajczyk** (41/Foto). Die machen ja doch, was sie wollen", ruft ein Pensionär im Vorbeigehen. Stahlwerker Andreas Stachon (45) ist „verärgert" darüber, dass die Bevölkerung nicht früher über die Pläne informiert wurde. **Andrea György** (20/Foto) erinnert an den jüngsten Klimaschutz-Vorstoß Australiens, Glühbirnen abzuschaffen. Das sei „scheinheilig", bei den jetzigen Giftmüll-Plänen.

In der Müllverbrennung in Herten werden neben Hausmüll jährlich auch rund 90 000 Tonnen Sondermüll verbrannt.

Seit 1981 verboten

Hexachlorbenzol (HCB) ist ein farbloses, kristallines Pulver, das durch die Chlorierung von Benzol gewonnen wird. Es wurde früher unter anderem als Trockenbeizmittel gegen Pilzerkrankungen bei Getreide eingesetzt.

Seit 1981 ist Hexachlorbenzol in Deutschland als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen. Es gehört zu den Stoffen, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten wurden („dirty dozen"). Grund für das Verbot war, dass verschiedene Erkrankungen mit der Aufnahme von HCB in Zusammenhang gebracht werden konnten. Der Stoff steht im Verdacht, Krebs zu erzeugen.

Der Transport ist überhaupt nicht nötig, meint Joachim Jürgens, der dafür allein wirtschaftliche Gründe vermutet. Ihm liegen Unterlagen vor, wonach das australische Unternehmen Dolo-Matrix den Giftmüll „vor Ort sicher entsorgen kann". Allerdings mit einem Verfahren, das viel teurer ist, als die geplante Verbrennung in Herten, Leverkusen, Dormagen (alle NRW) und Brunsbüttel (Schleswig-Holstein).

11 000 Unterschriften

Der Ex-Ruhrkohle-Mitarbeiter kämpft gegen den Transport, weil er „Auftakt für weitere Giftmüllieferungen aus aller Welt" sei. Das befürchten auch die Stadtoberen aus Herten und der Nachbarstädte, die Resolutionen gegen die Pläne verfasst haben.

Über 11 000 Bürger haben durch Unterschrift erklärt, dass sie die Giftmüll-Pläne ablehnen. Die Unterschriften haben Jürgens und seine Mitstreiter gestern an NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg übergeben. Die große Unterstützung aus der Bevölkerung bestärkt Jürgens darin, weiter im Fulltimejob gegen den Giftmüll aus Australien zu kämpfen, Leute zu mobilisieren, Informationen zu sammeln, Briefe zu schreiben, und, und...

• Bernd Schlusemann

»Webforum: *Soll Giftmüll aus dem Ausland bei uns verbrannt werden?*
www.westline.de/go/meinung

Ein attraktives Geschäft

Sondermüll

Herten • Rund drei Millionen Euro erhält die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) von dem australischen Chemieriesen Orica, sollte der australische Giftmüll in der Müllverbrennung in Herten verbrannt werden. Für den sicheren Transport wird Orica bis dahin außerdem viele Millionen Euro ausgegeben haben. AGR-Sprecher **Heinz Struszczynski** (Foto) bezeichnet die Verbrennung der 5000 Tonnen Hexachlorbenzol-Mülls als „ein ganz normales Geschäft" – außer, dass der Giftmüll nicht aus Europa kommt. Aus Europa kommen etwa ein Drittel der 90 000 Tonnen Sondermüll, die jedes Jahr in Herten verbrannt werden. Der weite Weg ist für den AGR-Mann „das merkwürdige" an dem Geschäft – übrigens ein attraktives, wie Struszczynski zugibt. Der führt aus, dass Orica seit 20 Jahren weltweit nach einer Entsorgungsmöglichkeit für den Giftmüll sucht.

25 Jahre Verbrennung

Seit drei Jahren hat der australische Chemie-Konzern Kontakte zu den Müllverbrennern in Herten – die Anlage hatte mehrfach Expertenbesuch vom anderen Kontinent, unzählige Expertisen gingen auf die Reise um die halbe Welt, ehe sich die Verbrennungspläne konkretisierten.

Überrascht ist der AGR-Sprecher über die Diskussion darüber, dass die AGR Sonderabfall-Importe entsorgt. Giftmüll werde in Herten seit Betriebsbeginn vor 25 Jahren durch Verbrennung bei 1000 Grad Celsius unschädlich gemacht. • s-n

ZUR SACHE

• Die **Abfallimporte nach NRW** belaufen sich laut Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auf mehr als 2,4 Millionen Tonnen jährlich. Insgesamt 615 940 Tonnen Sondermüll, unter anderem aus Österreich, Frankreich, Großbritannien und Benelux, wurden im Jahr 2005 in NRW entsorgt.

• Die **Basler Konvention** vom 22. März 1989 soll die „Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihre Entsorgung" regeln. Ziel ist ein weltweit umweltgerechtes Abfallmanagement, wobei die Entsorgung gefährlicher Stoffe im Ursprungsland Priorität genießt. • s-n

VK2EDD ZUR POL.SITUATION (MP3)

DER DRECK DER ANDEREN, V. 17.03.07, DEUTSCHLAND FUNK

TON-MITSCHNITT (MP3)

Australien will Giftmüll nach Deutschland verschiffen

Australische Umweltaktivisten kritisieren, dass die Regierung in Canberra vor lauter Sorge über den Klimawandel der Zukunft die drängenden Umweltprobleme der Gegenwart ignoriert. Zum Beispiel die Entsorgung mehrerer tausend Tonnen Giftmüll, die im Hafen von Sydney lagern. Statt in moderne und sichere Verbrennungs-Anlagen zu investieren, verschifft Australien die hoch belasteten Abfälle in Richtung Deutschland, zum Beispiel nach Brunsbüttel oder Herten - wo einige der weltweit modernsten Entsorgungs-Anlagen stehen. Die fortschrittliche Technik hat nun absurde Auswirkungen. Andreas Stummer beschreibt sie am Beispiel des globalen Abfall-Tourismus, aus Australien.

Die Botany Bay im Süden von Sydney: An einem unscheinbaren, halbmondförmigen Strand zeigt Touristenführerin Georgina Eldershaw einer Reisegruppe die Geburtsstätte des modernen Australiens. Ein schlichtes Sandstein-Denkmal erinnert an den britischen Seefahrer James Cook. Er war im Jahr 1770 der erste Europäer, der die unberührte australische Ostküste betrat. Doch die Spuren der Pionierzeit werden in Botany Bay längst von den Symbolen für Fortschritt und Wohlstand überragt: Von Fabrikschloten, den Silos einer Öl-Raffinerie und den Frachtkränen, die am Hafen gewaltige Containerschiffe entladen.

Der "Botany Industrie-Park" ist ein mit Maschen- und Stacheldraht umzäuntes Fabrikgelände: Der Firmensitz des Chemie-Konzerns "Orica". Die grau-gestrichenen Lagerhallen hinter dem Werksbereich und die bauchigen Edelstahl-Containern sehen von außen harmlos aus. Doch sie verbergen eine gefährliche Ladung: 60.000 Fässer gefüllt mit hochgiftigem Hexachlorbenzol, kurz HCB, einem krebserregenden Abfallprodukt der Lösemittel-Produktion. Dazu kontaminierter Schlamm: Zusammen 22.000 Tonnen. Die größte Menge dieses toxischen Sondermülls auf der Welt. Gelagert in Wellblech-Schuppen. Nur zwölf Kilometer vom Zentrum der Vier-Millionen-Stadt Sydney entfernt.

Wir reden von einer extrem giftigen Substanz. Weltweit sind jeden Tag 80.000 Chemikalien im Einsatz und HCB gehört zu den zwölf gefährlichsten. Die Frage ist: Warum wurde bis heute nichts unternommen? Die Anwohner von Botany versuchen darauf seit 20 Jahren eine Antwort zu bekommen.

Die Anwältin Dr. Mariann Lloyd-Smith arbeitet für das australische Giftstoff-Netzwerk, eine unabhängige Organisation, die sich für das ökologisch verträgliche Entsorgen toxischer Industrie-Abfälle einsetzt. Vor allem auf dem "Orica"-Gelände in Botany Bay.

Seit den 40iger Jahren wurden in Botany Chemikalien aller Art hergestellt. Chlor für Swimming Pools, Pestizide, Farben, Plastik und Lösungsmittel. Erst vom britischen Chemie-Multi ICI, seit 1998 von der australischen Firma "Orica". Anderer Name, gleiches Management. Und: Derselbe Giftmüll. Im gleichen Jahr gelingt es Mariann Lloyd-Smith, die damalige Labour-Bundesregierung und die Konzernleitung an einen Tisch zu bringen. Mit dem Ergebnis: "Orica" soll den Giftmüll umgehend und auf eigene Kosten beseitigen. Doch dann kommt es zu einem Regierungswechsel in Canberra.

Lloyd-Smith: Die Konservativen wollten von dieser Vereinbarung nichts wissen und ließen uns einfach im Stich. Ihr Argument war: Die Beseitigung von hochgiftigem Sondermüll sei nicht Sache der Bundesregierung, das müsse die Industrie unter sich ausmachen. Und deshalb sitzen wir heute immer noch auf dem gleichen Giftmüllberg wie schon vor 20 Jahren.

Die 60.000 Fässer gefüllt mit krebserregendem Hexachlorbenzol sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Denn jahrzehntelang sind Giftstoffe auf dem "Orica"-Gelände - unsichtbar und unkontrolliert - im Boden und bis ins Grundwasser versickert. Aus den Augen, aus dem Sinn. Außer für die Anwohner von Botany.

Derek Pittmann und Tom Carpenter sind gute Nachbarn. Ende der 90iger ließen sie zwischen ihren Gärten eine kleine Grundwasserpumpe installieren. Sie teilten sich die 1100 Euro Kosten und das Wasser für die Gemüsebeete und den Swimming Pool. Bis sie einen Anruf von "Orica" bekamen. Ein Firmensprecher warnte sie davor ihren Brunnen weiter zu benutzen. Das Grundwasser sei mit hochgiftigen Chemikalien vergiftet.

Für mich war das ein Schock. Ich musste an den Film "Erin Brockovich" denken, den ich vor Jahren gesehen hatte. Der Ort, in dem das Wasser vergiftet war, - das hätte auch Botany sein können.

Seit wir wieder anderes Wasser benutzen schmeckt auch mein Gemüse wieder. Die Chemikalien hatten den Geschmack völlig verändert.

Ron Honig ist seit 25 Jahren der Bürgermeister von Botany. Genauso lange kämpft er bereits gegen die Giftmüll-Zeitbombe in seinem Stadtteil. Doch nachdem aus dem jahrelang geplanten Bau einer speziellen Sondermüll-Verbrennungsanlage auf dem "Orica"-Gelände nichts geworden ist, hat er das Vertrauen in eine politische Lösung verloren.

Die Behörden geben nur vor etwas gegen Umweltverschmutzer zu unternehmen. Aber im Grunde werden nur kleinere Vergehen verfolgt, die nicht ohne allzu viel Aufwand bearbeitet werden können. Gegen Umweltsünden in großem Stil vorzugehen, das ist den Beamten zu beschwerlich.

Unter dem Druck von Bürgergruppen und Umweltaktivisten hat sich "Orica" jetzt - widerstrebend - zum Handeln entschlossen. Der Giftmüll soll weg aus Australien und im Ausland unschädlich gemacht werden. In Deutschland, dem Mekka moderner Giftmüll-Beseitigung. Die Anwältin und Umwelt-Aktivistin Mariann Lloyd-Smith ist empört. Australien sei schließlich eines der ersten Länder gewesen, das die "Baseler Konvention" unterschrieben hätte. Ein Dokument, in dem sich 170 Staaten dazu verpflichteten ihren Giftmüll möglichst in ihrem eigenen Land zu entsorgen. Vor allem wegen der hohen Risiken beim Transport über Weltmeere, Eisenbahnverbindungen und durch dicht besiedelte Stadtgebiete.

Australien hat die gesetzliche und moralische Pflicht diesen Sonderabfall selbst zu beseitigen. Der Gedanke, dass dieser Giftmüll über deutsche Autobahnen transportiert wird, erschreckt mich zu Tode. Für "Orica" ist es am billigsten und die Firma kann ihre Probleme einfach exportieren. Dabei gibt es zwei einheimische Verbrennungsanlagen, deren Betreiber versichern: "Wir können diesen Giftmüll in Australien entsorgen". Deshalb sehe ich keinen Grund diese gefährliche Ladung auf die andere Seite der Erde zu bringen.

Ende des Jahres wird gewählt in Australien. Bislang spielen traditionelle Themen wie Steuersenkungen, nationale Sicherheit oder Einwanderung aber nur eine Nebenrolle. Diesmal will jede Partei grüner sein als die Grünen. Doch Steve Campbell von Greenpeace befürchtet, dass der Giftmüll-Berg in Sydneys Botany Bay bei der Diskussion um das Für und Wider von Schadstoffgrenzen oder eine Kohlesteuer in Vergessenheit gerät.

Im australischen Wahlkampf dreht sich derzeit alles um die Umwelt. Aber es wird nur über Klimawandel und Energieverbrauch gesprochen. Diesen hochgiftigen Sondermüll nach 30 Jahren endlich bei uns sicher und umweltverträglich zu entsorgen scheint niemanden zu interessieren. Die Medien und die Parteien konzentrieren sich ausschließlich auf die Folgen der Klimaveränderung.

Der australische Umweltminister muss erst noch genehmigen ob "Orica" die 22.000 Tonnen hochgiftigen Industrie-Sondermülls nach Deutschland ausführen darf. Nachdem aber selbst die Opposition einen Export befürwortet ist die Entscheidung wohl nur noch Formsache. Die international modernsten Sondermüll-

Verbrennungsanlagen werden dann dafür sorgen, dass Deutschland den Dreck der Australier wegräumt. Auch wenn er vom anderen Ende der Welt kommt.

Presseerklärung der Dormagener Agenda 21 vom 20. März 2007

AUSTRALISCHER GIFTMÜLL IN DER WARTESCHLEIFE, 20.3.07, AGENDA21

Alle Entscheidungen nach Recht und Gesetz

Dormagen. Beim Thema "Entsorgung australischen Giftmülls in NRW" wird offenbar nur noch passiv auf die Entscheidung der australischen Regierung gewartet. Wahrgenommene Zuständigkeit und aktives Handeln bei den Politikern seien nicht erkennbar, konstatiert die Dormagener Agenda 21.

Bei der Übergabe der 11.000 Unterschriften gegen den Giftmüll-Import aus Australien - davon 800 aus Dormagen - bekräftigte NRW-Umweltminister Uhlenberg letzte Woche zwar seine Ablehnung dieses Gefahrgut-Transportes über eine derart lange Strecke. Technisch sehe er aber keinerlei Probleme bei der Entsorgung in NRW. Die weltweit vernetzten Umweltinitiativen aus Herten, Herne Leverkusen, Dormagen und Brunsbüttel hatten dem Minister gleichzeitig das Angebot der australischen Spezialfirma DoloMatrix zur technisch ausgereiften Entsorgung vor Ort in Australien vorgelegt. Außerdem hatten sie deutlich ihre Bedenken gegen die zu befürchtende weitere Luftverschmutzung aus den Verbrennungsanlagen thematisiert. "Alle Entscheidungen werden nach Recht und Gesetz getroffen", versicherte der Minister. Im Augenblick könne man nur darauf hoffen, dass die australische Regierung die Exportgenehmigung nicht erteilt.

Diese Entscheidung war zwar als kurzfristig angekündigt worden, lässt aber vermutlich noch lange auf sich warten, weil in Australien der Wahlkampf beginnt. Da wird der australische Umweltminister vermutlich jetzt keine unpopulären Entscheidungen treffen. Letztlich beeindruckt hat Uhlenberg wohl nur die Größe des Netzwerkes von Umweltinitiativen, die erstmalig auch intensive Kontakte direkt zu australischen Umweltverbänden mit einbinden.

Zuvor hatte die EU dem Umweltminister bestätigt, er könne für NRW entscheiden und damit den Giftmüll-Import verhindern. Uhlenberg verweist auf die Baseler Konvention, die zur Abnahme dieses Sondermülls verpflichte - sofern nicht eine Entsorgung in kürzerer Entfernungen realisiert werden kann. Die Verwertbarkeit des Angebotes von DoloMatrix in Australien prüft im NRW Umweltministerium niemand nach, weil man nicht zuständig ist. Somit bleibt dieses zentrale Abwehrargument ungenutzt. Nach anderen, näheren Orten zur Entsorgung auf dem Weg zwischen Australien und NRW wird nicht aktiv gesucht.

Der CDU-Landesumweltminister NRW erklärt den SPD-Bundesumweltminister für zuständig. Nur er könne direkt mit der australischen Regierung verhandeln. Gabriel positioniert sich mit einer klassischen "sowohl-als-auch" Aussage: Zwei Seelen wohnten in seiner Brust: Bei der Sondermüll-Verbrennung seien wir zwar absolute Weltklasse und sollten unsere Verantwortung für die Umwelt wahrnehmen. Aber der weite Transport sei unsinnig. Die Entscheidung der australischen Regierung stehe ja noch aus. Dabei könnte Gabriel dem australischen Umweltminister auch aktiv deutsche technologische Hilfestellung für Australien anbieten und ihn damit unter Druck setzen.

Die CDU in Dormagen findet zwar den gigantischen Gefahrgut-Transport nicht sinnvoll. Ein Umweltproblem für die Dormagener Bevölkerung im Falle der Verbrennung kann sie aber nicht erkennen. Bayer arbeite perfekt. Von der SPD in Dormagen hatten sich einzelne mutige Personen an der Unterschriftenaktion beteiligt. Die SPD-Mehrheit hofft, dass über dieses lästige und irgendwo auch politisch peinliche Thema bald umweltfreundlich "Gras wächst."

Bürgermeister Hilgers bemüht sich - geräuschlos im Hintergrund - um einen Kompromiss mit Bayer; denn Bayer hatte in diesem Fall von Sondermüll-Entsorgung "ja nur helfen wollen", was auf der Informationsveranstaltung in Horrem mit großer Heiterkeit quittiert wurde. (Mehr Infos unter www. pro-herten.de)

.Manfred Puchelt Dormagener Agenda 21 Tel. 02133 - 911 91

Quelle: http://www.hertener-allgemeine.de/6688_6638.php

BRAND IM RZR IST SCHNELL GELÖSCHT 21.3.07, H.A.

Herten - Im Hertener RZR ist es am Dienstagnachmittag zu einem kleinen Brand gekommen. Das Feuer entstand im so genannten Kastenbeschicker und konnte durch die Löschautomatik der Anlage innerhalb weniger Minuten gelöscht werden.
Die Hertener Feuerwehr rückte zwar mit Einsatzkräften zur Müllverbrennungsanlage aus, musste vor Ort aber nicht mehr eingreifen. Wie RZR-Pressesprecher Heinz Struszczynski gegenüber dem Onlinedienst der Hertener Allgemeinen mitteilte, alarmieren die Detektoren der Beschickeranlage im Brandfall automatisch die Feuerwehr in Herten.

---

5. BRAND IM RZR INNERHALB EINES MONATS, EMAIL C.B. AN AGR

Von: Claudia Baitinger [mailto:willy.baitinger(at)t-online.de]
An: h.strusi(at)agr.de
Gesendet: Mittwoch, 21. März 2007 02:44
Betreff: 5. Brand im RZR innerhalb eines Monats

Sehr geehrter Herr Struszczynski

Im Sinne einer verbesserten Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit schlage ich Ihnen vor, die zahlreichen Brände im RZR - nunmehr der 5. innerhalb eines Monats! - auf der Internetseite www.rzr-herten.de unter "Aktuelles" zu veröffentlichen.

Mit freundlichem Gruß
Claudia Baitinger, BUND-Landesarbeitskreis Abfall

----- Original Message -----

ANTWORT VON HEINZ STRUSZCZYNSKI

To: 'Claudia Baitinger'
Sent: Wednesday, March 21, 2007 2:15 PM
Subject: AW: 5. Brand im RZR innerhalb eines Monats

Sehr geehrte Frau Baitinger,

wie häufiger in letzter Zeit ist Ihre Aussage nicht korrekt. Innerhalb eines (dieses) Monats hat es 2 mal gebrannt, innerhalb der letzten 30 Tage (einem Monatszeitraum) 3 mal und innerhalb dieses Jahres 7 mal. Außerdem brennt es in den vier Öfen ständig, was Sie ja noch dazu rechnen können. Wir arbeiten nun einmal mit Feuer und einem sehr komplexen Brennstoff.

Scherz beiseite: Sie wissen natürlich, dass es sich dabei immer um Flamm- oder Rauchentwicklungen von wenigen Sekunden bis max. 5 Minuten Dauer handelt, die im Bereich des Kastenbeschickers bzw. des Shredders vor den Drehrohröfen entstehen und auch immer wieder entstehen können.

Mit dem, was sich der normale Bürger unter "Brand" vorstellt, hat das wenig zu tun. Die Flammen werden durch Infrarotdetektoren in Sekundenbruchteilen entdeckt, durch eine automatisch Löscheinrichtung erstickt und automatisch wird auch die Feuerwehrleitzentrale in Recklinghausen alarmiert.

Außerdem ist unsere betrieblichen Feuerwehrleute unmittelbar vor Ort, um notfalls mit weiteren Löscheinrichtungen einzugreifen.

Die Mini-Brände verursachen keinen Sachschaden, weil die Anlagenumgebung für derartige Ereignisse ausgelegt ist und der Anlagenbetrieb musste auch noch nie heruntergefahren werden, wie einer Ihrer Mitstreiter öffentlich behauptet hat.(Und dann Mühe hatte, seine unwahre Aussage gegenüber der Presse zu dementieren.) Die öffentliche Feuerwehr brauchte in allen genannten Fällen nicht eingreifen.

Prinzipiell informiere ich die Hertener Presse und Radio Vest über diese Brände, die auch immer - wenn auch nicht immer parallel - über diese Brandereignisse berichtet haben. Sie sehen also, dass wir transparent informieren, weil eine breit unterrichtete Öffentlichkeit nicht so leicht auf Gerüchte, Unterstellungen und Falschaussagen hereinfällt, wie sie aus interessierten Kreisen und mit erkennbaren

Motiven immer wieder in Richtung RZR Herten vorgetragen werden.

Mit freundlichen Grüßen
AGR mbH ,Heinz Struszczynski
Pressesprecher / Leiter Unternehmenskommunikation
(....)

FEUER IM RZR: AUS DER VERGANGENHEIT:

Quelle:Hertener Allgemeine 17.02.07 (Onlineausgabe)

Dreimal Feueralarm im RZR

Herten - Dreimal musste die Hertener Feuerwehr am Samstag zum Industriemüll-Bunker der RZR- Müllverbrennungsanlage ausrücken. Nach dem dritten Einsatz ist ein Teil der Anlage außer Betrieb gesetzt worden.

(CW/sko/BMH) Bereits um 11.30 Uhr waren die Einsatzkräfte der Hauptwache und des freiwilligen Löschzugs Herten mit acht Fahrzeugen vor Ort. Weitere Einsätze folgten um 14.30 Uhr - diesmal ohne die "Freiwilligen" - und um 16.20 Uhr, dann allerdings wieder mit dem Löschzug Herten.

Selbst löschen mussten sie allerdings in keinem Fall. Das hatten jeweils die Betriebsfeuerwehr mit ihrem mobilen Schaum-Wasser-Werfer sowie die stationäre Schaum-Löschanlage übernommen. Letztere ist im Industriemüllbunker fest installiert und springt automatisch an, wenn irgendwo ein Brand ausbricht.

Gleichwohl wird immer auch die Hertener Feuerwehr alarmiert, damit diese zur Stelle ist, falls der Brand außer Kontrolle gerät - wie zuletzt am 22. Juni 2005. Damals kämpften mehr als hundert Feuerwehrleute aus Herten, Recklinghausen und Herne stundenlang gegen die Flammen.

Vergleichbares war am Samstag zum Glück nicht der Fall. Wachabteilungsleiter Jörg Stier und seine Leute suchten nach dem Löschen in der Anlage lediglich nach Glutnestern. Die gab es jedoch nicht.

Die Brandursache ist unklar. Jörg Stier: „Auslöser kann zum Beispiel eine Spraydose sein, die beim Schreddern des Mülls zerplatzt. Durch austretende Gase entsteht dann leicht ein Feuer."

Dass die Hertener Feuerwehr gleich dreimal an einem Tag zum RZR ausrücken muss, sei nichts Ungewöhnliches, so Stier. „Solche Einsätze haben wir öfter." Zwei der drei aktuellen Brände sind im Bereich der Schredder-Anlage entstanden. Um weitere Zwischenfälle zumindest vorerst zu verhindern, ist dieser Anlagenbereich vorerst außer Betrieb genommen worden. Im übrigen RZR geht die Arbeit normal weiter.

……

Freitag, **24. Juni 2005** | Quelle: Hertener Allgemeine (Herten)

BRAND HÄLT WEHR BIS 2 UHR AUF TRAB

Der Großbrand in der RZR- Müllverbrennungsanlage am Mittwochabend war der mit Abstand größte Einsatz der Hertener Feuerwehr seit vielen Jahren. Erst um 2 Uhr nachts konnten die letzten der mehr als hundert Einsatzkräfte abrücken. Die betriebseigene RZR-Löschgruppe blieb bis morgens als Brandwache vor Ort.

Wie berichtet, war die Hertener Wehr mit allen verfügbaren Kräften vor Ort, um den Brand im Sperrmüll-Bunker zu bekämpfen. Weil die Löschtrupps wegen der Sommerhitze schnell erschöpft waren, eilten drei Löschzüge aus Recklinghausen und Herne zur Verstärkung herbei. Der Löschzug Recklinghausen-Hochlar hielt sich an seinem Gerätehaus für weitere Notfälle im Hertener Stadtgebiet bereit. Die Feuerwehr Datteln schickte zusätzliche Atemschutzgeräte und einen Riesenlüfter, mit dem der Rauch aus dem Gebäudekomplex gedrückt wurde.

"Nachdem der Brand unter Kontrolle war, haben wir mit einer Wärmebildkamera nach Glutnestern gesucht", berichtet Einsatzleiter Stefan Lammering. Diese seien mit Hilfe eines Krans aus dem Lagerbereich des Bunkers in die Trichter der Verbrennungsöfen hinübergehoben worden.

Bei der Brand-Nachschau gestern Morgen zogen die Vertreter der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet ein positives Fazit. Der Schaden sei gering. Man habe die Anlage während der Löscharbeiten nicht abschalten müssen. Wie Pressesprecher Heinz Struszczynski betont, habe es der "hohe Umwelt-Standard des RZR" ermöglicht, den Großteil der Rauchgase gefiltert abzuleiten. -BMH

GIFTMÜLL IN DEN HOCHOFEN?, 22.3.2007 ,NGZ-ONLINE

VON CHRIS STOFFELS

Dormagen **Ist das die Lösung für die HCB-Beseitigung? Ein Meerbuscher Kaufmann, hoch angesehener Stahl-Experte, hält den Transport des hoch giftigen Hexachlorbenzol von Australien nach Deutschland für zu gefährlich, die Risiken seien nicht zu verantworten. „Der Transport ist nicht notwendig; die Australier können HCB selbst entsorgen“, sagt der Experte, der auf Grund seiner exponierten Stellung nicht namentlich genannt werden will.**

Seine Lösung: „HCB kann in einem Hochofen ohne gefährliche Rückstände verbrannt werden.“ Hochöfen gibt es in der Stahlindustrie auf dem fünften Kontinent zu Genüge. Das Unternehmen BHP zum Beispiel sei dazu in ihren großen Stahlwerken problemlos in der Lage.

Der Kaufmann, Inhaber verschiedener Patente auf diesem Gebiet, ist durch die NGZ auf die Entsorgungsproblematik des australischen HCB aufmerksam geworden. „Moderne Hochöfen werden mit Temperaturen von 2300 bis 2400 Grad gefahren. Das reicht aus, um das HCB zu verbrennen. Der Verbrennungsvorgang im Hochofen sorge im übrigen dafür, dass keine gefährlichen Reststoffe entstehen.

Der Experte: „Es wäre sicher gefahrloser im Sinne der Umwelt und auch preiswerter , den Sondermüll in Australien über einen Hochofen thermisch zu entsorgen.

Der Meerbuscher hat Kontakt zu der australischen Botschaft in Berlin aufgenommen. Von dort aus wurde sein Lösungsweg an die Handelsabteilung der Botschaft in Frankfurt weiter geleitet, die Kontakt mit dem Unternehmen Orica herstellte, um die Vorschläge aus Meerbusch zu prüfen. Eine Antwort steht noch aus.

Gleichzeitig läuft nach Aussage des Meerbuschers ein Kontakt über die Orica Deutschland mit Sitz in Troisdorf. Die Geschäftsführung des Sprengmittel-Herstellers will sich ebenfalls unmittelbar mit der Zentrale auf dem fünften Kontinent Verbindung aufnehmen.

Der Meerbuscher hat zusammen mit einigen Wissenschaftlern dieses Verfahren unter anderem bei einer Fachtagung „Metallurgie und Ökologie“ vorgestellt. Es ist von einer Technischen Universität und vom Umweltbundesamt wissenschaftlich und technisch untersucht und überwacht worden.

Manfred Puchelt, Leiter der Dormagener Agenda 21, sind der Ansicht, dass der australische Konzern DoloMatrix in der Lage sei, das HCB zu entsorgen, zum einen mit einem Lichtbogen-Ofen, der bis zu 10.000 Grad Hitze erzeugen kann, oder durch das so genannte BCB-Verfahren, einem katalytischen Substanzabbau und Nachfolgerreaktion mit anderen Substanzen. Ob diese Verfahren tatsächlich zur HCB-Versorgung vor Ort geeignet sind, wird derzeit geprüft.

In den Umweltministerien in Berlin und Düsseldorf heißt derweil weiter abwarten. Aus Australien liegt in beiden Ministerien noch kein Ersuchen der australischen Regierung vor. Und ohne ein solches Ersuchen besteht noch keine Notwendigkeit tätig zu werden. Auch Bayer kann erst tätig werden, wenn diese politischen Voraussetzungen vorliegen.

DARAUF ANTWORT SH.FOLGENDE EMAIL:

Von: ludwig.ramacher(at)remondis.de [mailto:ludwig.ramacher(at)remondis.de]
Gesendet: Freitag, 23. März 2007 08:06
An: webmaster(at)pro-herten.de
Cc: koyanisquatsi(at)t-online.de
Betreff: Australien

Hallo Herr Jürgens,

ich bin ja bisher schon davon ausgegangen, dass es sich bei pro-herten um eine Gruppe ernsthaft besorgter Bürger handelt, die aufgrund langjähriger Erfahrung in Politik kampagnenfähig sind. Man muss unsere Meinung zu den Importen nicht teilen, das ist der Vorzug einer Demokratie.

Jetzt wird es allerdings grenzwertig. Der Vorschlag HCB in einem Stahlwerk zu entsorgen ist an Lächerlichkeit nicht mehr zu überbieten (hoffe ich jedenfalls, aber vielleicht kommt es ja noch schlimmer). Lesen Sie doch mal bei der UNEP unter Pops nach, was dort nach etlichen Jahren Untersuchung als Behandlungsmethoden empfohlen wird, und schauen Sie dann mal, was davon wirklich existiert. Stahlwerke gehören jedenfalls nicht dazu, und das aus gutem Grund. Haben Sie sich mal angeschaut, was die emittieren dürfen, und in Duisburg offenen Auges gesehen, was die tatsächlich emittieren? Und in Australien sind die deutlich schlechter, da können Sie sicher sein.

Beigefügt auch eine Präsentation, die im Auftrag der australischen Regierung auf einer UNEP Konferenz als Sachstand zur Situation der POP Entsorgung in Australien gegeben wurde. Maßlos beeindruckende Bilder von Spielzeuganlagen! Auch das finden Sie auf den UNEP Seiten.

Wenn Sie antworten, wäre es nett, wenn Sie das auch an meine private e-mail Adresse täten, die ist einkopiert.

Kind regards/Viele Grüße

Dr. Ludwig Ramacher, REMONDIS Industrie Service GmbH ,Heerstraße 29-43, 44653 Herne
ludwig.ramacher(at)remondis.com
http://www.remondis.de

ERWIDERUNG

Von: J.Jürgens (RX) [mailto:webmaster(at)pro-herten.de]
Gesendet: Freitag, 23. März 2007 09:45
An: 'ludwig.ramacher(at)remondis.de'
Cc: 'koyanisquatsi(at)t-online.de'
Betreff: AW: Australien

Hallo Herr Rahmacher,

die Idee, die Technologie, stammt nicht von Pro-Herten. Wir nehmen die Idee erst einmal zur Kenntnis und mögen diese Möglichkeit zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht beurteilen.

Die Idee stammt – wie Sie sicherlich aus dem Schreiben ersehen können – aus dem Bayer- Bereich (Dormagen), insofern trifft uns Ihr Vorwurf nicht. Verstehen Sie aber, dass wir bei allen Meinungsverschiedenheiten, alles erst einmal im Zusammenhang mit dem Müll-Tourismus ins Netz stellen.

Wir haben ja auch veröffentlicht, dass die AGR behauptet, die Luft, die den Kamin verlässt, wäre sauberer als die Umgebungsluft – auch hier wurden wir von Seiten der MVA-Betreiber nicht kritisiert.

Die PPT- Präsentation kennen wir, wir haben diese auch schon „verteilt“ . Genau so, wie wir das Schreiben Orica verteilt haben, das behauptet, dass die HCB- Entsorgung in Deutschland die Unterstützung der örtlichen Gemeinden und Bürgermeister besitzt.

Wer Orica dieses kolportiert hat – die Antwort steht trotz mehrfacher Erinnerung unsererseits bis heute noch aus.

Wie Sie wissen dürften, pflegen wir mittlerweile einen sehr engen Kontakt nach Australien (nicht nur zum NTN). Dadurch sind wir im Großen und Ganzen über die maßlose Umweltunsensibilität der Australier informiert (sh. Anlage).

Nur dass die Australier lange Zeit auf dem Standpunkt standen „wir haben genug Platz um unsere Altlasten in der Natur verstecken zu können“ rechtfertigt es nicht, mittels der z.Zt. so werbeträchtigen CO^2 Ausstoß Kampagne den „Mist“ über weltweite Strecken CO^2-ausstoßend ,jetzt zu uns karren.

Eine verantwortungsbewusst vorausschauende Umweltpolitik hätte dort jedenfalls nicht zu dem jetzigen Ziel- Konflikt geführt.

Werbeträchtig den australischen Blödsinn von Sparlampen zu exportieren (sie wissen ja selbst dass diese Leuchtstofflampen mittels Kondensatoren, Halbleiter Kupfer etc. gezündet werden müssen, so dass man erst einmal auf eine vergleichend umfassende Energiebilanz kommen sollte) hätten Sie gut daran getan, im eigenen Land sich adäquate Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Hektik, die nun dort nach jahrzehntelangem Müll- Dornröschenschlaf ausgebrochen ist, liegt sicher an dem „Super-Wahljahr“ (sh. Deutschlandfunk).

Spätestens seit „Olympia Sydney“ sollten die Menschen dort wach sein um eigene Methoden zu entwickeln. Statt dessen wollen sie nun ihre Probleme exportieren (für unsere MVA’s „Wertstoffe“ importieren – wobei der Begriff Wertstoff sicherlich merkantile zu sehen ist). Ob nun die eine oder andere Methode der Müllbe-

seitigung sinnvoll ist oder nicht – um zum Anfang dieser Mail zu kommen – möge ich erst einmal dahingestellt lassen. Jedenfalls führen die vielen MVA‘s (wer sagt uns was morgen ist) offensichtlich dazu, dass hier nicht nach besseren Alternativen gesucht wird und auslastungsbedingt Müll exportiert wird.

Beispiel: Hätte die Kfz-Industrie mit ihrer Lobby nicht das umweltgerechte Auto (Hybride ect…) verschlafen oder bewusst aus merkantilen Gründen unterlaufen, hätten wir mit Sicherheit heute weniger hektische Probleme in diesem Bereich.

Sie sehen, es gäbe sicherlich Stoff genug für eine abendfüllende Diskussion (auch im internen Kreis).

Wenn Sie wollen, werden wir Ihnen dazu einen Terminvorschlag unterbreiten. Am 4. April trifft sich die interne Gruppe (ca. 6 Personen) zu einem Diskussionsabend im „Grünen“ Haus (BG90-Die Grünen) um 19:30 Uhr auf der Hochstraße 7 in Herten. Wir hätten nichts dagegen, wenn Sie diesen Abend durch Ihre Anwesenheit interessant gestalten würden.

Mit freundlichen Grüßen, J.Jürgens

PRESSEERKLÄRUNG DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landtagsfraktion der Grünen wird gemeinsam mit der SPD die Landesregierung auffordern, den geplanten Giftmüllimport aus Australien nicht zu genehmigen. Ein entsprechender Antrag wurde nach Informationen der Kreistagsfraktion der Grünen gestern eingebracht und steht am kommenden Mittwoch, 28. März, auf der Agenda des Landtags. Sabine von der Beck, Sprecherin der grüner Fraktionen im Kreistag von Recklinghausen sowie im Regionalverband Ruhr freut sich, dass die Landtagsfraktion der SPD "scheinbar in Sachen Giftmüll konsequenter handelt als die SPD-Parteigenossen im Ruhrgebietsparlament". Dort hatten die SPD-Vertreter Anfang der vorigen Woche dem entsprechenden grünen Antrag auf Verhinderung des Giftmüll-Imports nur teilweise zugestimmt. Auch mit Blick auf das Verhalten der FDP im Landtag erwartet von der Beck die Debatte am kommenden Mittwoch nun mit Spannung: "Die FDP im Ruhrgebietsparlament hatte den grünen Antrag mitgetragen. Die spannende Frage ist, ob sich nun auch die FDP angesichts der Giftmüllfrage auf unterschiedlichen Gremien und Politikebenen spaltet", meint die Grüne. - Mit freundlichen Grüßen, Sabine von der Beck, Fraktionsvorsitzende

---

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
14. Wahlperiode

Drucksache 14/4018
Datum des Originals: 20.03.2007/Ausgegeben: 20.03.2007

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Worte in Taten umsetzen: Giftmüllimport aus Australien nicht genehmigen!

I.

Der australische Chemiekonzern Orica plant den Export von ca. 22.000 Tonnen hexachloridhaltigem Giftmüll (HCB) nach Deutschland. Dieser Müll soll in Brunsbüttel, im westfälischen Herten sowie den Bayer-Anlagen Dormagen und Leverkusen verbrannt werden.

Aktuell wird über die Auslegung der EG-Abfallverbringungsverordnung diskutiert. Insbesondere die Frage, ob die nordrhein-westfälischen Behörden einen Ermessensspielraum zur Untersagung der Importe haben, wird von der Landesregierung verneint.

Die Landesregierung hat sich ausdrücklich gegen den Import von Giftmüll aus Australien ausgesprochen. Doch wenn es um die entsprechende Genehmigung geht, versteckt sie sich hinter Rechtsetzungen: "Das Land besitzt keine rechtliche Möglichkeit, Importe aus anderen Bundesländern oder dem Ausland zu verhindern. Nach europäischem Recht können Landesbehörden eine Genehmigung nur verweigern, wenn es in NRW keine Entsorgungskapazitäten gibt." (DIE WELT, 04.02.2007). Bei der Darstellung der Handlungsspielräume des Landes NRW verweist das Ministerium darauf, dass sich die zuständige Behörde bei ihrer Prüfung im Rahmen der Einwandsgründe an die EG-Abfallverbringungsverordnung halten müsse. Lägen die einschlägigen Voraussetzungen und Notifizierungen vor, so sei eine "gebundene Entscheidung" zu treffen, die kein eigenes Ermessen zulasse.

Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission vertritt in einem Schreiben vom 20. Februar 2007 dagegen die Position, dass sich aus EG-Recht keine Verpflichtung für die deutschen Behörden zur Genehmigung der Giftmüll-Importe ergibt. Danach "liegen ´unbestimmte Rechtsbegriffe´ vor, die einen gewissen Beurteilungsspielraum mit sich bringen. Dieser Beurteilungsspielraum ist im Falle der Einfuhr von Abfällen zur Beseitigung aus einem Drittstaat besonders groß, weil hier potentiell immer die Einwandsgründe der Entsorgungsautarkie und des Näheprinzips gemäß Artikel 4 Abs. 3 (b) (i) und (ii) AbfVerbrV in Frage kommen. Eine "gebundene Entscheidung" besteht also nur theoretisch; bei Abfalleinfuhren aus Australien kann die Behörde praktisch frei entscheiden, ob sie die Einwandsgründe geltend machen will oder nicht.

Gemäß Artikel 19 der EG-Abfallverbringungsverordnung (VO EWG Nr. 259/93) gilt das grundsätzliche Verbot, Abfälle zur Beseitigung in die Gemeinschaft einzuführen, nicht fürEinfuhren aus Ländern, die Vertragsparteien des Basler Übereinkommens sind (d.h. für derzeit 169 Staaten, zu denen auch Australien gehört). Allerdings ist bei Import aus Nicht-EFTA-Ländern zuvor der zuständigen Behörde des Empfängermitgliedsstaats ein ausreichend begründeter Antrag zu unterbreiten, der sich

darauf stützt, dass der Versandstaat die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die Beseitigung der Abfälle in einer umweltverträglichen Weise nicht besitzt und billigerweise nicht erwerben kann.

Das Fehlen eines allgemeinen Verbots bedeutet darüber hinaus nicht, dass der Empfängermitgliedstaat zur Genehmigung des Imports verpflichtet ist. Wie aus Artikel 20 Abs. 3 und 4 EG-AbfVerbrV hervorgeht, kann die zuständige Behörde am Bestimmungsort vielmehr gegebenenfalls Einwände gegen die Verbringung nach Artikel 4 Abs. 3 erheben und die Genehmigung der Einfuhr auch verweigern." Aus Sicht der EU-Kommission liegt die Entscheidung also im Ermessen der deutschen Behörden.

Daraufhin hat die Landesregierung in einer aktuellen Viertelstunde im Umweltausschuss am

28. Februar 2007 erneut Stellung bezogen. Dabei ist sie von ihrer Haltung abgerückt, dass sie keinerlei rechtliche Handhabe habe. Einen eigenen Ermessensspielraum sähe sie allerdings nicht. Dieser läge beim Bund: Nur das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) könne entsprechende Einwandsgründe erheben.

Das BMU widerspricht dem jedoch in einem Brief an Staatssekretär Dr. Schink. Danach sind

"für die Genehmigung grenzüberschreitender Verbringungen (…) die vom jeweiligen Bundesland dafür als zuständig erklärten Behörden, in Nordrhein-Westfalen die Bezirksregierungen" zuständig. "Eine eigene Zuständigkeit für den Bund (..) besteht nicht (…)."

Schließlich räumte Minister Uhlenberg in der Fragestunde am 7. März 2007 ein, "dass die Entscheidung über die Frage, ob der Sondermüll bei uns verbrannt werden muss, im Ermessen der Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde liegt". Danach ist "für die konkrete Genehmigung abschließend die Bezirksregierung als obere Abfallbehörde des Landes zuständig" (Plenarprotokoll 14/54).

Die Landesregierung kann die Verantwortung nun nicht mehr von sich weisen. Alternativen sollten sorgfältig geprüft und auch die Verpflichtung der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle auf ein Mindestmaß beschränkt und gleichzeitig eine umweltgerechte und wirksame Behandlung solcher Abfälle sichergestellt wird.

II.

DER LANDTAG BESCHLIEßT:

Der Landtag begrüßt die klare Position von Landesumweltminister Uhlenberg, dass der weltweite Müllimport nicht zur abfallpolitischen Leitlinie des Landes gehört.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den vorhandenen Ermessensspielraum im Sinne einer grundsätzlich ablehnenden Position zu nutzen.

Der Landtag appelliert an das Parlament und die Regierung von Australien, für die Schaffung eigener ausreichender Kapazitäten für eine umweltgerechte Entsorgung von Sondermüll die Verantwortung zu tragen. Soweit solche Investitionen durch das nationale

Aufkommen nicht hinreichend refinanziert werden können richtet sich dieser Appell auch an grenzüberschreitende Kooperationen mit australischen Nachbarstaaten zur umweltgerechten Lösung und globaler Verantwortung in dieser Frage.

III.

DER LANDTAG FORDERT DIE LANDESREGIERUNG AUF,

zu prüfen, ob Ansätze zur Schaffung nationalen Rechts oder die Veränderung internationaler Vereinbarungen notwendig sind, um solche Transporte zu verhindern, und hierzu gegebenenfalls gesetzgeberisch aktiv zu werden.

Bundesumweltminister Gabriel aufzufordern, auf europäischer wie auch internationaler Ebene initiativ zu werden mit dem Ziel, dass die Nationalstaaten, die der Basler Konvention beigetreten sind, auch entsprechende Kapazitäten für eine ortsnahe Entsorgung vorhalten bzw. schaffen müssen.

eine Werbe- und Exportoffensive für derartige Technologien aus NRW zu starten. Dies trägt zur Vermeidung gefährlicher globaler Giftmülltransporte bei, stärkt zugleich den Technologie- und Wirtschaftsstandort NRW und schafft Arbeitsplätze.

DER LANDTAG BESCHLIEßT ALS GRUNDSÄTZE EINES SONDERABFALLWIRTSCHAFTSPLANS:

a) Die Umsetzung des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 wird gewährleistet

Sonderabfälle sind ortsnah, umwelt- und gesundheitsunschädlich zu entsorgen, b) Die Erzeugung gefährlicher Abfälle wird auf ein Mindestmaß beschränkt, c) Gefahren für Umwelt und Gesundheit im Umgang mit gefährlichen Abfällen sind zu verhindern;

d) grenzüberschreitende Verbringungen von gefährlichen und anderen Abfällen werden streng kontrolliert und die Anzahl grenzüberschreitender Abfallverbringungen dadurch verringert, so dass umweltgerechte Entsorgungskapazitäten möglichst dicht am Entstehungsort geschaffen werden;

e) eine illegale Verbringung gefährlicher Abfälle wird verhindert, wobei Abfallverbringungen zwischen Parteien der Basler Konvention und Nicht-Vertragsparteien immer als illegal gelten.

Hannelore Kraft	Johannes Remmel
Sylvia Löhrmann	Svenja Schulze
Carina Gödecke	Reiner Priggen
und Fraktion	und Fraktion

Protestnote an die Australische Botschaft

Von: Schwirske [mailto:schwirske(at)versanet.de] Gesendet: Donnerstag, 22. März 2007 00:16
An: presse(at)australian-embassy.de Cc: info(at)australian-embassy.de

Betreff: Übergabe einer Protestnote gegen den geplanten HCB-Import der Fa. Orica

An die Australische Botschaft, S.E. Ian Kemish AM.

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Australien und Deutschland verbinden offene und kooperative Beziehungen; Australien genießt eine hohe Wertschätzung als modernes hoch entwickeltes Industrieland und als Demokratie. Gestatten Sie uns bitte, in diesem Sinne ein ernstes Anliegen an Sie heranzutragen.

Als Bürger Hertens, einer Stadt im Ruhegebiet, sind wir sehr besorgt über die Absicht der australischen Firma Orica, 22000 t des gefährlichen Abfalls HCB aus Lagerbeständen in Botany Bay zu exportieren mit dem Ziel diese in 4 Verbrennungsanlagen zu vernichten.

Am 15. März d.J. wurden tausende Protestunterschriften an NRW- Minister Uhlenberg übergeben. Die Sorge der Bürgerinnen und Bürger drückt sich auch aus in Resolutionen von 10 kommunalen Gremien im Umkreis des RZR Herten sowie in den Positionen der Regierungen und Parlamente in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen.

Ungeachtet der unter Ausschluss von relevanter Politik und Öffentlichkeit sowie unter irrigen Voraussetzungen zustande gekommenen Vertragsabschlüsse beharren Politik und Öffentlichkeit in Deutschland

auf einer Entsorgung der gefährlichen Abfälle aus eigener Kraft innerhalb der Grenzen Australiens. Selbstverständlich ist nämlich davon auszugehen, dass die australische Industrie über eigene Fähigkeiten zu einer umweltgerechten Entsorgung verfügt und deshalb in Übereinstimmung mit der Baseler Konvention handeln kann. Diese Auffassung war im Übrigen im Jahre 2004 und noch bis zum Jahr 2006

hoch offizieller Stand der Dinge in Australien selbst. Die seither seitens der Firma Orica verfolgte Exportoption ist sachlich unbegründet und findet keine Akzeptanz in Deutschland.

Bitte informieren Sie sich über die Ernsthaftigkeit des Widerstands in Deutschland unter: www.pro-Herten.de.

Neben den Aktivitäten von Pro-Herten (und der anderen NGOs) werden die Vorgänge in Australien und Deutschland, die politische Positionen von Kommunen und Landespolitik sowie Pressereaktionen zum Thema Giftmüllimport dokumentiert.

Sehr geehrter Herr Botschafter, wir dürfen uns auf das tel. Gespräch am heutigen Tage mit Ihrem Herrn Pressesprecher beziehen und möchten Sie bitten, einer Delegation aus den Standortkommunen der vertraglich involvierten Verbrennungsanlagen die Übergabe einer Resolution an Sie zu ermöglichen.

Hochachtungsvoll Manfred Michael Schwirske (AG der Initiativen und Verbände)

GIFTMÜLLIMPORT BESCHÄFTIGT LANDTAG VON NRW, 26.03.07 HERTENER ALLGEMEINE

Herten - Die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen fordern die Landesregierung auf, den geplanten Giftmüllimport von Australien nicht zu genehmigen. Über ihren Antrag wird am Mittwoch in der Sitzung des Landtags abgestimmt.

5.000 der 22.000 Tonnen HCB-haltigen Giftmülls (Hexachlorbenzol) sollen nach den Plänen der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) im Hertener RZR verbrannt werden. Genehmigt ist der Import noch nicht. Der offizielle Antrag der australischen Regierung liegt bisher nicht vor.

In den letzten Wochen konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage, ob es eine rechtliche Verpflichtung gibt, den Müll hier zu entsorgen.

Nach Ansicht von SPD und Grünen liegt es im Ermessen der deutschen Behörden, den Import abzulehnen. Sie beziehen sich dabei auf ein Schreiben der Generaldirektion Umwelt der EUKommission.

Darin heißt es, die zuständige Behörde könne „gegebenenfalls Einwände (...) erheben und die Genehmigung der Einfuhr auch verweigern." Eine Verpflichtung zur Genehmigung des Imports bestehe nicht.

Im Antrag von SPD/Grünen heißt es wörtlich:

„Der Landtag begrüßt die klare Position von Landesumweltminister Uhlenberg, dass der weltweite Müllimport nicht zur abfallpolitischen Leitlinie gehört.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den vorhandenen Ermessensspielraum im Sinne einer grundsätzlichen ablehnenden Position zu nutzen.

Der Landtag appelliert an das Parlament und die Regierung von Australien, für die Schaffung eigener ausreichender Kapazitäten für eine umweltgerechte Entsorgung von Sondermüll die Verantwortung zu tragen. Soweit solche Investitionen durch das nationale Aufkommen nicht hinreichend refinanziert werden können, richtet sich dieser Appell auch an grenzüberschreitende Kooperationen mit australischen Nachbarstaaten zur umweltgerechten Lösung und globaler Verantwortung in dieser Frage.“

Welche Chancen der Antrag hat und ob die Fraktionen geschlossen abstimmen, ist offen. Im RVR-Parlament hatte die FDP mit den Grünen gestimmt

---

MÜLLVERBRENNUNG AUF DEM BAUERNHOF WAZ-26.03

Kritische Bürger, die mit der Kommunalpolitik nicht zufrieden sind, trafen sich am Wochenende in Herten zum Erfahrungsaustausch

Herten. Es hat schon was Subversives, wenn sich die Außerparlamentarische Opposition im Stall von Bauer Südfeld trifft und Kameradenlieder singt. Belächeln sollte man den "9. kommunalpolitischen Ratschlag" deswegen nicht.

Den Teilnehmern geht es um politische Mitbestimmung - was zum Beispiel Lünen, Essen, Saarbrücken und Thüringen in der Frage der Müllverbrennung zusammenführt. Die Männer und Frauen in dieser Arbeitsgruppe fühlen sich von ihren Bürgermeistern und Stadträten übergangen.

Jürgen Schäuble vom Personenwahlbündnis "Auf Gelsenkirchen" sagt: "Ich bin überrascht, wie die Leute in diesem Bereich belogen werden. Es ist wichtig, dass wir mit solchen Veranstaltungen aufklären." Dann fällt ein Satz, der die Grundstimmung der gut 60 "Ratschlag"-Teilnehmer widerspiegelt: "Wenn man sich auf die Politik verlässt, ist man verlassen."

Auch die anderen Themen sind brisant: Steigende Beiträge für Kindergärten, der Verkauf städtischer Wohnungen. "Beim Giftmüll wird besonders deutlich, wie wenig man aus einer einzelnen Stadt heraus tun kann", sagt Hannes Stockert aus der Koordinierungsgruppe. Deswegen organisiert sich der kommunalpolitische Ratschlag bundesweit, deswegen will "Auf Herten" (60 Mitglieder) lokale Proteste möglichst auf die Landesebene bringen. Am Donnerstag findet in der Gaststätte Christ in Herten-Süd um 19 Uhr ein öffentliches Treffen zur Müllverbrennung statt. no www.kommunale-erfahrungsboerse.de

---

Anmerkung Pro-Herten:
AUF-Herten ist eng verbunden mit der MLDP Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

---

NICHTS NEUES AUS AUSTRALIEN (EMAIL)

Von: biomap(at)oztoxics.org
Gesendet: Mittwoch, 28. März 2007 03:06
Betreff: no news yet

Dear all,

Sorry there's been no news . At one stage the regulations for export were to go before Parliament last week (we helped the Greens prepare a disallowance motion) but then the government did not introduce them….which I think is a very good sign.

Just received this in reply to our query of the government..

" Orica's shipping date is predicated on Orica sourcing a vessel to transport the waste.

The timing of the Minister's decision regarding the applications is dependent upon receiving the necessary consents from each of the four German Competent Authorities. The exact date that we will receive Germany's consent is unknown.

Regards

DEUTSCHER BUNDESTAG – 16. WAHLPERIODE – 90. SITZUNG. BERLIN, DEN 28. 03 07

Abschrift (Auszug) aus: Aktuelle Stunde:

Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode - 90. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 2. Marz2007 **9083**

Vizepräsidentin Petra Pau;

Ich rufe die Frage 19 der Kollegin Bärbel Höhn auf:

Welche rechtlichen Grundlagen gibt es nach Ansicht der Bundesregierung für ein mögliches Verbot des geplanten Imports von 22 000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien in die Bundesländer Schleswig-Holstein und Nordrhein -Westfalen, und welche Landes- oder Bundesbehörden würden jeweils für den Erlass eines solchen Verbotes zuständig? - Bitte, Herr Staatssekretär,

Michael Müller, ParL. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Die in Deutschland geltenden rechtlichen Grundlagen für die Genehmigung von grenzüberschreitenden Abfallverbringungen bzw. deren Ablehnung sind einerseits in der Verordnung der EWG zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft - das ist die sogenannten EG-Abfallverbringungsverordnung vom 1. Februar 1993 - und andererseits in dem Gesetz, über die Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfallen - das ist das Abfallverbringungsgesetz vom 30. September 1994 - geregelt. Das Entscheidende ist der § 4:

Zuständig für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verbringung von Abfällen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes ist die Behörde des Landes, in dem die Abfälle erstmals behandelt, gelagert oder abgelagert werden sollen.

Das umfasst dann auch die Genehmigung von grenzüberschreitenden Verbringungen. Das heißt, zuständig sind in dem Fall Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen.

Vizepräsidentin Petra Pau: Ihre erste Nachfrage,

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt jetzt einen Kompetenzstreit, wer dafür zuständig ist: Das Umweltministerium von Nordrhein-Westfalen sagt, das sei der Bund. Staatssekretär Machnig hat daraufhin dem Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen einen Brief geschrieben, um die Situation noch einmal darzustellen. Interessanterweise sagt er dazu - Zitat aus dem Brief:

Zuständig dafür sind nach dem Abfallverbringungsgesetz die von den Bundesländern bestimmten Behörden.

— Das ist das, was Sie eben bestätigt haben. —

Eine eigene Zuständigkeit für den Bund (außer beim Transit) besteht nicht - und wäre auch nur durch Änderung unserer Verfassung erreichbar.

Können Sic einmal erläutern, was für eine Zuständigkeit Sie beim Transit haben?

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ich muss in dem Punkt sagen: Der Transit ist, wenn ich das jetzt richtig interpretiere, nur für höchst problematischen Abfall geregelt.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darum geht es: Das ist einer der zwölf höchst problematischen Abfälle,

Vizepräsidentin Petra Pau: Wir sind in der Fragestunde. Ich denke, der Staatssekretär sollte Gelegenheit zur Antwort bekommen.

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ich weiß, was Hexachlorbenzol ist; ein bisschen kenne ich mich da schon aus. Die Frage ist, ob das darunter fällt. Das ist bestimmt nicht der Fall. Unsere Rechtsauffassung hat sich auch nach neuerer Prüfung so bestätigt.

Vizepräsidentin Petra Pau: Die zweite Nachfrage.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor Ort hat das natürlich einen Riesenwirbel ausgelöst und zu großem Protest geführt. Ich war am 6. Februar in Herten - das ist einer der Orte, wo dieser Abfall verbrannt werden soll - auf einer Veranstaltung. Da hat der Geschäftsbereichsleiter der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet, AGR -das ist die Firma, die diesen Abfall verbrennen soll -, gesagt, dass dieser Abfall von Australien nach Herten verbracht wird, weil das - Zitat - „von einer Bundesbehörde empfohlen" worden sei. Können Sie bestätigen, dass eine Bundesbehörde die Anlagen in Nordrhein-Westfalen für Giftmüll aus Australien empfohlen hat? Wenn ja: Welche Bundesbehörde war das?

Michael Müller, Pari. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Erstens weiß ich es nicht; ich kann es mir aber nicht vorstellen. Zweitens muss ich sagen: Es ist doch oft so, dass man sich entlastet.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie da bei sich nachhaken und mir schriftlich beantworten?

Michael Müller, Pari. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Das werden wir natürlich tun.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre nett.

Dann kommen wir zur Frage 20 der Kollegin Eva Bulling-Schröter:

Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob und wo die australische Regierung die Entsorgung von Hexachlorbenzol, HCB, in ihrem Land vornehmen könnte?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Es geht hier um denselben Sachverhalt, der hier so-eben angesprochen wurde: Sie fragen, ob Informationen

vorliegen, wonach die australische Regierung die Entsorgung von HCB auch im eigenen Land vornehmen könne. – Nein, wir haben darüber keine Kenntnis. Es wurden bei den Notifizierungsbehörden in Australien Rückfragen gemacht. Ob diese bereits beantwortet wurden, ist der Bundesregierung unbekannt. Noch einmal: Wir haben die Bundesländer gebeten, zu fragen, ob in Australien entsprechende Kapazitäten existieren; denn das wäre der Grund, die Verbringung abzulehnen. Darüber haben wir bisher keine Kenntnis.

Vizepräsidentin Petra Pau: Ihre erste Nachfrage.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Danke schön. – Herr Staatssekretär, das heißt, Ihnen ist auch nicht bekannt, dass bereits im September 2006 ein Angebot der Firma Dolomatrix vorlag, den HCB-Müll in Australien zu entsorgen?

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Nein, ist mir nicht bekannt. Aber was Sie sagen, ist interessant.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Meine zweite Frage: Besteht zurzeit bezüglich der HCB-Importe vonseiten Ihres Ministeriums Kontakt zur australischen Regierung? Wie sehen diese Kontakte aus? Welche aktuellen Dinge werden hier besprochen?

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Noch einmal: Weil es, wie gesagt, Sache der Länder ist, entsprechend zu entscheiden, haben wir sie um Anfrage gebeten. Ich nehme dies zum Anlass, noch einmal rückzufragen.

Vizepräsidentin Petra Pau: Bevor wir zur Frage 21 der Kollegin Bulling-Schröter kommen, hat die Kollegin Höhn die Möglichkeit zu einer Nachfrage.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Staatssekretär, es gibt ein Gutachten einer australischen Provinzregierung, welches zu dem Schluss kommt, dass auch in Australien entsprechende Bearbeitungsanlagen für diesen Giftmüll zur Verfügung stehen, und in einer Anhörung, die jetzt stattgefunden hat, haben sich drei Unternehmen bereit erklärt, diesen Giftmüll zu behandeln. Es geht wohl um die Fragen, ob es dort teurer ist und ob es dort etwas länger dauert als hier.

Inwieweit wird die Bundesregierung angesichts dieser Tatsachen darauf drängen, dass diese Fakten mitberücksichtigt werden? Offensichtlich ist ja der entscheidende Punkt, um den Transport dieses Giftmülls nach Deutschland zu verhindern. ob es in Australien genügend große Anlagekapazitäten gibt.

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ich sage noch einmal, dass ich das genauso sehe wie Sie. Wir haben nur die Chance, einen Einwand zu erheben, wenn in Australien die Möglichkeit dazu besteht, wenn wir also begründen können, dass dieser Transport nicht nötig ist. Die Position, die uns bisher vermittelt wurde, ist anders als die, die Sie uns schildern. Deshalb nehme ich das gerne zum Anlass, noch einmal nachzuprüfen.

Vizepräsidentin Petra Pau: Damit kommen wir zur Frage 21 der Kollegin Bulling-Schröter:

Sofern die HCB-Entsorgung in Australien nicht möglich ist, kann – und wenn ja, wie – Deutschland bzw. können die von der HCB-Entsorgung betroffenen Bundesländer den Import verhindern, auch wenn technisch und logistisch die Voraussetzungen für die Entsorgung in Deutschland gegeben sind und eine Firma sich bereit erklärt hat, die Entsorgung vorzunehmen? Bitte, Herr Staatssekretär.

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ich erspare mir nähere rechtliche Ausführungen und verweise auf das, was ich vorhin bei der Frage der Kollegin Höhn zu den rechtlichen Grundlagen gesagt habe: Einschlägig sind die EU-

Abfallverbringungsverordnung und das Abfallverbringungsgesetz. Ich habe auch gesagt, dass für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verbringung von Abfällen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes die Behörde des Landes zuständig ist, in dem die Abfälle gelagert werden, in diesem Fall also des Landes Schleswig-Holstein bzw. Nordrhein-Westfalen.

Nach den Regeln dieser Abfallverbringungsverordnung ist die Genehmigung der Verbringung eine gebundene Entscheidung. Das ist der entscheidende Punkt, auf den wir soeben ja auch eingegangen sind. Das heißt, die notifizierende Person hat einen Anspruch auf Erteilung, wenn nicht ein vorher genannter Einwandsgrund – beispielsweise, dass im eigenen Land eine entsprechende Kapazität vorhanden ist – gemäß der Verordnung vorliegt. Dies kann zum Beispiel der Einwand sein – damit gebe ich noch einmal unseren Stand wieder –, dass die vorgesehene Anlage in Deutschland für andere Abfälle benötigt wird bzw. dass der Einsatz von Abfällen in der Anlage gegen deutsches Recht verstößt. Das wären sozusagen Gründe in Deutschland. Ein anderer Grund wäre, wenn auch in Australien entsprechende Kapazitäten bestünden. Für einen Einwand bzw. eine Ablehnung unter Hinweis auf diese Gründe haben wir bei den bisherigen Prüfungen keine ausreichende Grundlage gefunden. Das ist der Sachstand.

Ich höre von der Kollegin Höhn, dass zumindest in einer Anhörung in Australien andere Fakten genannt worden sind. Wir werden dem gerne noch einmal nachgehen. Das ist im Augenblick aber sozusagen unser aktueller Stand: Wir können nur darauf verweisen, dass es in Deutschland bei den Importen, bei denen kein Einwandsgrund geltend gemacht werden konnte, bisher noch keinen Versagensfall gab.

Vizepräsidentin Petra Pau: Ihre erste Zusatzfrage.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Herr Staatssekretär, wie sehen Sie denn die Risiken, die durch den Transport von Giftmüll durch zum Teil wirklich dicht besiedelte Gebiete entstehen? Sind Sie der Meinung, dass sie der Bevölkerung zuzumuten sind?

Der Hintergrund meiner Frage ist Ihnen sicher bekannt: Der Rhein ist jetzt bis Freitag gesperrt, weil es dort zu einer Frachthavarie gekommen ist, bei der Gefahrgutcontainer, die Chemikalien enthalten, ins Wasser gefallen sind. Das sind ja Anzeichen dafür, dass hier wirklich gefährliche Stoffe transportiert werden. Wie schätzen Sie das ein?

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ich würde nie eine solche Kausalität zur Grundlage machen, sondern der Grundsatz der Bundesregierung muss immer Risikominimierung lauten. Das finde ich auch richtig. Ich würde keinen Automatismus von einem Unfall zu einem anderen unterstellen. Ich glaube nicht, dass Sie das so gemeint haben. Ich wollte das hier aber wenigstens einmal gesagt haben.

Natürlich ist es uns lieb, wenn solche Mengen in Australien selbst entsorgt werden; das ist gar keine Frage. Ich sage aber auch, dass wir natürlich an bestimmtes Recht gebunden sind. Das ist in diesem Fall das europäische Recht.

Vizepräsidentin Petra Pau: Ihre zweite Zusatzfrage.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Mich würde noch interessieren, wie die Bundesregierung die Tatsache rechtfertigt, dass immer mehr und zudem auch gefährliche Abfälle nach Deutschland importiert werden und damit auch die absolute Menge an Emissionen steigt, die bei der Verbrennung entstehen und die Bevölkerung in der näheren und weiteren Umgebung belasten.

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ich bin nicht sicher, ob diese pauschale Aussage richtig ist. Ich bin auch nicht sicher, ob nicht beispielsweise problematische Stoffe von Deutschland in andere Länder exportiert werden.

(Jörg Tauss [SPD]: Das hat es noch nie gegeben!)

Ich wäre ein bisschen vorsichtiger mit dieser pauschalen Aussage. Es ist keine Lösung des Problems, aber ich wäre ein bisschen zurückhaltender in meiner Bewertung.

Auf jeden Fall muss – das ist ein wichtiger Grundsatz; es ist auch meine Grundlinie und sicherlich auch die dieses Hauses – gefährlicher Abfall, wo immer dies möglich ist, entweder vermieden oder zumindest möglichst dezentral oder verbrauchsnah entsorgt werden. Leider ist dies nicht in allen Fällen möglich.

Vizepräsidentin Petra Pau: Die Kollegin Höhn hat noch eine Nachfrage.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das ist ein spannendes Thema. Ich habe noch eine Frage, Herr Staatssekretär. Ich habe eben den Brief des Staatssekretärs Machnig an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen erwähnt, in dem er seine Auffassung dargelegt hat, wer für die Genehmigung zuständig ist. Nachdem dieser Brief der Landesregierung vorlag, hat der nordrheinwestfälische Umweltminister Uhlenberg in der Landtagssitzung vom 7. März 2007 die Auffassung geäußert, dies sei Sache des Bundes, und gesagt – Zitat –: Es kann daher keinesfalls Sache einzelner Bundesländer sein, Abfallimporten aus einem weit entfernten hochindustrialisierten Vertragsstaat des Baseler Übereinkommens entgegenzutreten. Teilen Sie diese Auffassung?

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ich wiederhole: Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass manche mit Blick auf andere versuchen, sich zu entlasten.

Vizepräsidentin Petra Pau: Es scheint angeraten, die wechselseitig vorhandenen Informationen zu diesem Thema im Anschluss an die Fragestunde zusammenzuführen. Es gibt sicherlich Anregungen für parlamentarische Initiativen, aber auch für die Vorhaben, die der Staatssekretär angekündigt hat. Wir sind auf jeden Fall am Ende dieses Geschäftsbereiches.

PRO-HERTEN ZU: DAS SCHMUTZIGE DUTZEND

Michael Müller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: „Ich weiß, was Hexachlorbenzol ist; ein bisschen kenne ich mich da schon aus. Die Frage ist, ob das darunter fällt. Das ist bestimmt nicht der Fall. Unsere Rechtsauffassung hat sich auch nach neuerer Prüfung so bestätigt.“ **http://ec.europa.eu/environment/news/efe/25/print_article_4284_de.htm**

DAS SCHMUTZIGE DUTZEND

Aldrin	Dieldrin	Furane	Mirex
Chlordan	Dioxine	Heptachlor	Polychlorierte Biphenyle (PCB)
DDT	Endrin	**Hexachlorobenzol (HCB)**	Toxaphen

Persistent organic pollutants ist der Sammelbegriff für unterschiedliche Stoffgruppen, die durch eine Vielzahl menschlicher Handlungen in die Umwelt freigesetzt werden. International wird zur Zeit über ein Verbot oder die Emissionsbegrenzung von zwölf Stoffgruppen verhandelt, die als besonders gefährlich gelten, das sogenannte *dirty dozen* (siehe Kasten l auf Seite 13). Fast alle dieser POPs gelten als potenziell krebserre-

gend, so einige der Dioxine, Chlordan, Heptachlor, PCB, DDT, **HCB** und Toxaphen. Ein weiteres gemeinsames Kennzeichen dieser POPs ist, dass sie in der Regel über weite Strecken transportiert werden können. In der Arktis wurden in Gewässern, Luft und Organismen in den letzten Jahren Dioxine und Furane, Toxaphen, Mirex, Chlordan, Dieldrin, DDT, Heptachlor, Endrin, HCB und PCB nachgewiesen. Dies lässt das POP-Problem zu einem weltweiten Problem werden, da fast alle diese Stoffe, einmal freigesetzt, sich über Meeres- und Luftströme über den Globus verbreiten.

Eva Bulling-Schröter
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE.
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

PRESSEMITTEILUNG

DIE LINKE: BUNDESREGIERUNG HAT INSTRUMENT IN DER HAND, UM GIFTMÜLLTRANSPORTE AUS AUSTRALIEN ZU VERHINDERN

Die Bundesregierung muss verbieten, dass australischer Giftmüll in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verbrannt werden darf. Das Instrument dazu hat sie nunmehr in der Hand: Spätestens seit Mittwoch weiß die Bundesregierung, dass es in Australien Firmen gibt, die den mit Hexachlorbenzol (HCB) belasteten australischen Giftmüll entsorgen würden. Dies wurde ihr unter anderem von mir in der aktuellen Fragestunde im Bundestag am 29. März mitgeteilt, in der eigentlich die Regierung den Abgeordneten Auskunft über die geplanten HCB-Importe von Australien nach Deutschland geben sollte, und nicht umgekehrt.

Diese für die Bundesregierung angeblich neue Information hat Folgen. Denn Staatssekretär Michael Müller hat in der Fragestunde mehrfach erklärt, dass ein möglicher Versagungsgrund für den Transport nach und die Entsorgung in Deutschland wäre, wenn es in Australien selbst Möglichkeiten gäbe, den Giftmüll zu entsorgen. Leider sei der Informationsstand der Bundesregierung bisher der gewesen, dass es eine solche Möglichkeit nicht gebe.

Obwohl es unerklärlich ist, dass das Bundesumweltministerium bislang keine Kenntnis von Entsorgungsmöglichkeiten vor Ort – also in Australien – hat, muss das Bundesumweltministerium (BMU) nunmehr reagieren. Da bereits im September letzten Jahres die Firma DoloMatrix angeboten hat, den Giftmüll zu entsorgen, ist der Transport durch das BMU umgehend zu verbieten. Die Firma Orica Australia Pty Ltd will noch in diesem Jahr bis zu 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol nach Deutschland exportieren, das in Anlagen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verbrannt werden soll. Der Widerstand dagegen ist groß. Denn nicht nur die Emissionen, die bei der Verbrennung des HCB entstehen, sind ein stetig wachsender Belastungsfaktor. Auch die Transportrisiken sind nicht zu unterschätzen. Wenn der gefährliche Giftmüll per Schiff und Eisenbahn um den halben Erdball gekarrt wird, können Havarien zu unbeherrschbaren Umweltkatastrophen führen.

Klar ist, dass sich die Betreiber der Entsorgungsanlagen in Deutschland Profite durch die Entsorgung versprechen. Doch davon hat weder die Bevölkerung, noch die Umwelt etwas. Deshalb kann nur eine Abfallpolitik sinnvoll und nachhaltig sein, die dem Verursacherprinzip des Produzenten Rechnung trägt – und das ist eine Entsorgung des HCB in Australien. Das Protokoll zur Fragestunde kann auf Anfrage von unserem Büro bezogen werden (Kontakt siehe oben).

MÜLL IST LÄNDERSACHE,

taz NRW Nr. 8239 vom 30.3.2007

Im Streit um Giftmüllimporte greift der Bund NRW-Umweltminister Eckhardt Uhlenberg an

DÜSSELDORF taz Das Bundesumweltministerium hat dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhardt Uhlenberg (CDU) vorgeworfen, sich in der Auseinandersetzung um Giftmüllimporte aus Australien aus der Verantwortung zu stehlen. "Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass manche mit Blick auf andere versuchen, sich zu entlasten", sagte Umwelt-Staatssekretär Michael Müller (SPD) in einer Fragestunde des Bundestags in Berlin.

Uhlenberg hatte stets erklärt, dass Nordrhein-Westfalen den Import von 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol zur Aufbereitung und Entsorgung in den Müllverbrennungsanlagen von Herten, Leverkusen und Dormagen nicht verhindern könne. Nachdem der griechische EU-Umweltkommissar Stavros Dimas bereits vor Wochen erklärt hatte, dass die Genehmigung der Transporte eine Ermessensentscheidung der deutschen Behörden sei, war zwischen Bund und Land ein Streit über die Zuständigkeit entbrannt. Staatssekretär Müller stellte im Bundestag nun klar, dass die Verantwortung für die Erlaubnis nach der Auffassung der Bundesregierung in Düsseldorf liege: Die Kompetenzen der Länder umfassten auch die "Genehmigung von grenzüberschreitenden Verbringungen", sagte der Kritiker der Giftmüllimporte und fordern Uhlenberg nun auf, sich zu einem Verbot der Einfuhr durchzuringen. Der Minister müsse jetzt handeln, der Ball liege in seinem Feld, sagte sein Amtsvorgängerin Bärbel Höhn. Der Versuch, die Verantwortung auf die Bundesebene abzuschieben, sei endgültig gescheitert, sagte die Grüne der taz: "Uhlenberg betont immer wieder, dass er den Giftmüll aus Australien nicht in Nordrhein-Westfalen will. Jetzt kann er zeigen, wie ernst es ihm mit dieser Position ist." KLAUS JANSEN

DRITTE-WELT-MÜLL NACH HERTEN? TITELSEITE H.A. V. 29.03.07

Uhlenberg sieht NRW in der Pflicht , VON WILFRIED GOEBELS

HERTEN/DÜSSELDORF. In der Debatte um Giftmüll-Transporte aus Australien nach Herten hat sich NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) erneut klar gegen einen Import gefährlicher Abfälle ausgesprochen.

Falls es aber am Ende keine erkennbar objektiven „Einwandsgründe" gebe, müsse die Behörde einen Import schließlich doch genehmigen, sagte Uhlenberg jetzt im Düsseldorfer Landtag.

Nach Angaben des Ministers liegt dem Ministerium weiterhin keine Erklärung der Australischen Regierung vor, lass das Land nicht selbst über geeignete Anlagen zur Verbrennung der Giftstoffe der Firma Orica verfüge. Ohne diese Erklärung ist ein Import nicht möglich. Orica will ins-gesamt 11000 Tonnen Giftmüll in Herten, Leverkusen und Dormagen verbrennen lassen.

Uhlenberg warnt die Opposition allerdings davor, die Entsorgungsstruktur in NRW in ein schlechtes Licht zu rücken und Giftmüll-Importe generell abzulehnen. „Es gibt Staaten in der Dritten Welt, die eine Entsorgung gefährlicher Abfälle nicht selbst sicherstellen können. Diesen Staaten muss erlaubt sein, für die Beseitigung von Abfällen Anlagen auch in NRW zu nutzen."

Uhlenberg weiter: „Verlieren Sie die Umwelt und die Gesundheit der Menschen in Ländern der Dritten Welt nicht aus dem Blick."

DAZU DER KOMMENTARE: DER GIFTMÜLL UND DIE POLITIK

Wer keine Verantwortung trägt, kann sich leicht empören, meint Michael Wallkötter

Dass Sonderabfälle aus Australien im 16 000 Kilometer entfernten Herten entsorgt werden sollen, ist - aus um weltpolitischer Sicht - in der Tat ein fragwürdiger Vorgang. Aber verkommt das nördliche Ruhrgebiet damit gleich zur Müllkippe der Welt? Ist das Image der Region nun nicht mehr zu retten, wie manche behaupten?

Kein Thema hat in letzter Zeit so viele Emotionen geweckt wie der Import und die Verbrennung von australischem „Giftmüll". Ein Aufschrei der Empörung geht durch die politische Landschaft. Stadträte verabschieden Resolutionen, die zwar formschön, aber leider mangels Zuständigkeit zweckfrei sind. Egal, der Bürger, der mittlerweile total verschreckt ist, wird den guten Willen schon honorieren. Und da die Entscheidung ohnehin auf anderer - höherer - Ebene fällt, muss der Lokalpolitiker für seine Beschlüsse ja auch nicht gerade stehen.

Zur Sache: Die Drehrohröfen im RZR Herten sind genehmigt und gebaut worden, um Sondermüll zu verbrennen. Die damalige grüne NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn hat selbst daran mitgewirkt, dass das RZR weltweit zu den Top- Anlagen gehört - auch unter Umweltgesichtspunkten. Politiker, die jetzt aus allen Wolken fallen, müssten eigentlich wissen, dass die Entsorgung von Sonderabfällen kein regionales, sondern ein internationales Geschäft ist und dass der RZR- Betreiber AGR aus Gründen der Unternehmenssicherung auf diesem lukrativen Markt mit-mischen muss.

Der Emscher-Lippe-Raum will sich nicht als Kurort, sondern als Industrieregion vermarkten. Ist da eine hochmoderne Müllverbrennungsanlage nicht eher ein Standortvorteil als ein Image-Desaster? Wer aber keine Giftmüll-Importe aus fernen Ländern will, muss dafür sorgen, dass die internationalen Abkommen geändert werden. Da dieser Kurswechsel nicht im Ruhrgebiet entschieden wird, haben die Politiker des Regionalverbandes Ruhr (dem RVR gehört die AGR) zurecht beschlossen, das Australien- Geschäft laufen zu lassen. Alles andere wäre nicht nur rechtswidrig, sondern auch betriebswirtschaftlicher Unsinn gewesen.

---

263 KATHOLIKEN UNTERSCHREIBEN GEGEN GIFTMÜLL V. 30.3.07 HERTENER ALLGEMEINE

Herten - Bei einer Unterschriftenaktion der katholischen Pfarrgemeinden St. Antonius und St. Barbara haben sich 263 Mitglieder gegen Müll-Tourismus ausgesprochen.

In der St.-Antonius-Kirche und der Lutherkirche hatten Listen ausgelegen. Damit verbunden war ein Aufruf, den Mitglieder der Pfarrgemeinderäte in allen Messen verlasen: „Wir als Christen haben den Auftrag, uns für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Aus diesem Grund nehmen wir als Pfarrgemeinde Stellung zum geplanten Giftmülltransport aus dem Ausland..." „Uns ging es nicht nur um den Transport von Sondermüll aus Australien, sondern um den Mülltourismus als profitorientierten Wirtschaftszweig, der die Schöpfung missachtet", ergänzt Anne Schneider-Grafe.

Die 263 Unterschriften werden jetzt an NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) geschickt.

SPD PROTESTIERT GEGEN GIFTMÜLL 31.03.2007 HERTENER ALLGEMEINE

DÜSSELDORF. (hb) Fünf Wochen haben sie Protestunterschriften gesammelt, nun übergab eine Abordnung des SPD-Ortsvereins (OV) Hochlarmark die Listen an NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg. 1782 Bürger lehnen die Verbrennung australischen Giftmülls im Hertener RZR ab.

Der SPD-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Andreas Becker hatte kurzfristig den Termin mit Uhlenberg organisiert. Die Stoßrichtung der Genossen in der Südstadt ist klar. Sie sind der Auffassung, dass die Ortsteile südlich der Autobahn 2 durch das STEAG-Kraftwerk und die Müllverbrennungsanlage auf der Stadtgrenze zu Herten bereits heute mehr als zumutbar belastet sind.

CDU-Minister Uhlenberg wiederholte im Gespräch mit den Recklinghäuser Kommunalpolitikern, dass er selbst den Transport von Giftmüll von Australien ins Ruhrgebiet ebenfalls ablehnt. Allerdings sei er an Gesetze und Verfahren gebunden. Diesen Standpunkt hatte der CDU-Politiker bereits in der Plenumsdebatte des Landtags zum Thema Giftmüll vertreten. "Ich halte das für eine falsche Position. Nach meiner Einschätzung hat die Landesregierung sehr wohl einen Ermessensspielraum, der auch ein Verbot der Giftmüllverbrennung möglich macht", so Klaus-Dieter Herrmann. Sollte das Geschäft durch die AGR tatsächlich abgeschlossen werden, könne sich der Minister am 19. Juni auf einen heißen Tanz einrichten. Dann kommt der CDU-Politiker nämlich zur Einweihung der sogenannten Drachenbrücke, die Hochlarmark mit der Halde Hoheward verbindet, nach RE

INFOSTAND SPD HERTEN/MITTE-SÜDSPD GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN?

WORUM GEHT ES?

In Botany Bay, einem Vorort der australischen Stadt Sydney, lagern derzeit 22.000 t Giftmüll. Sie stammen aus einer Chemieanlage, die bereits im Jahr 1991 geschlossen werden musste, nachdem man umfangreiche Verseuchungen von Boden und Grundwasser durch HCB (Hexachlorbenzol) festgestellt hatte. Der Umweltskandal war einer der größten in Australien. Seither lagert der weltweit größte HCB- Restbestand in Fässern auf dem ehemaligen Firmengelände. Doch bis heute zeigt die verantwortliche Firma Orica wenig Verantwortungsbewusstsein. Statt eine Entsorgung im eigenen Land durchzusetzen, wie es mit der dortigen Regierung im Jahr 2004 vereinbart war, streben die Orica- Manager eine Exportgenehmigung an. Ab April 2007 soll der gefährliche Abfall über 22.000 km nach Brunsbüttel verschifft und in vier Verbrennungsanlagen in Deutschland verbrannt werden. Im November 2006 wurde ein Vertrag mit der AGR geschlossen, der die Verbrennung von 5.000 t HCB- haltigen Abfälle im RZR vorsieht. Die Beteiligten gingen von einem Routinegeschäft aus. Doch seit Bekanntwerden der Importpläne protestierten tausende Menschen in Herten und an den anderen Standorten. Die Räte von acht Kommunen formulierten Resolutionen gegen das Geschäft mit dem Orica- Müll und die Umweltminister und die Fraktionen der Landtage in NRW und Schleswig-Holstein wenden sich gegen den Import.

WAS IST DAS PROBLEM?

HCB gehört zu den 12 giftigsten, krebserregenden Stoffen, deren Herstellung bereits vor vielen Jahren durch die Stockholmer Konvention untersagt wurde. Diese Konvention regelt auch die Beseitigung der weltweit noch vorhandenen Restbestände. Die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle wird durch die Baseler Konvention reglementiert, die eine möglichst ortsnahe Entsorgung vorschreibt. An sich ist also Australien für die eigenen Abfälle zuständig; Orica behauptet jedoch, dass es im eigenen Land keine Entsorgungsmöglichkeiten gäbe. Doch das Risiko des Transportes per Schiff, Bahn und Straße ist beträchtlich und es ist - trotz des weltweit hohen Standard der Verbrennung im RZR - nicht einzusehen, warum die Verbrennung australischen Gifts ausgerechnet im dicht besiedelten Gebiet Europas erfolgen soll.

WAS WOLLEN DIE SOZIALDEMOKRATEN?

1. In Herten haben wir eine Resolution mit folgenden Grundsätzen auf den Weg gebracht:

- **Wir sprechen uns entschieden gegen den Transport australischen Giftmülls nach Herten und die Verbrennung aus. Herten darf nicht Standort für den weltweiten Mülltourismus werden.**
- **In Zukunft müssen die Verantwortlichen der Stadt sowie die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend über Giftmüllgeschäfte informiert werden.**
- **Alle beteiligten Stellen werden aufgefordert, dieses Projekt zu stoppen. Die Landesregierung wird aufgefordert, zukünftig unnötigen Mülltourismus durch Gesetzesänderung zu verhindern.**

2. Im Landtag NRW vertreten wir dieselbe Position. In der Sitzung vom 7. März drängte unsere Landtagsabgeordnete Margret Gottschlich CDU-Umweltminister Uhlenberg, alle legalen Möglichkeiten auszuschöpfen, den Import des Giftmülls zu verbieten.

V.i.S.d.P.: Christian Bugzel (Ortsvereinsvorsitzender), Gottfried-Könzgen-Str. 19, 45699 Herten

Foto: Pro-Herten

LANDTAG PLENARPROTOKOLL NORDRHEIN-WESTFALEN 14/57
14. Wahlperiode 28.03.2007
57. Sitzung
Düsseldorf, Mittwoch, 28. März 2007

(..) 13

Worte in Taten umsetzen: Giftmüllimport aus Australien nicht genehmigen! Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/4018 Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Gatter von der Fraktion der SPD.

Jetzt wird es ganz kompliziert. Ich würde mir wünschen, dass Australien es ähnlich wie China machen würde; denn China holt nordrhein-westfälisches Know-how, um eigene moderne Verbrennungsanlagen zu bauen.

Stephan Gatter*) (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade Sondermüll ist ein sensibles Thema. Deswegen am Anfang eine Bemerkung dazu: In der Angelegenheit der Transporte aus Australien haben viele Leute eine bestimmte Sensibilität vermissen lassen, und zwar sowohl die Firmen, die damit umgehen, auch in ihrer Informationspolitik gegenüber den Bürgern, wie auch diejenigen, die diesen Müll verbrennen lassen wollen. Bemerkungen, dass der Müll aus Australien komme und man ihn bei uns nicht verbrennen könne, weil die Akzeptanz bei den Bürgern nicht vorhanden sei, stellen keine gute Ausgangslage dar.

Eines ist ganz wichtig: Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen ordentliche Anlagen; wir sind eigentlich auch stolz darauf, dass es sie gibt; sie funktionieren. Aber wir müssen für Transparenz sorgen, damit die Bürger diese Anlagen auch akzeptieren. Das ist ganz wichtig. (Beifall von SPD und GRÜNEN) Gerade in Deutschland führten die hohe Sensibilisierung und die intensive Diskussion zu sehr hohen Umweltstandards. Gott sei Dank! Daraus folgt, dass wir hier die modernsten Anlagen für die Entsorgung von Sondermüll haben. Das ist auch gut so. Die Fragen, die sich die Bürger jetzt stellen, kann ich aber nachvollziehen. Denn in diesem speziellen Fall geht es um 22.000 t Sondermüll einer australischen Sprengstofffabrik, die in Australien jahrzehntelang gelagert wurden und nun quer über den Ozean transportiert werden sollen. Bei dem Sondermüll handelt es sich um Destillationsrückstände, Bauschutt und behaftete Verpackungsmaterialien. Schauen Sie sich diesen Müll einmal genau an!

Bauschutt hat etwas mit Fabrikationsanlagen zu tun. Auch behaftete Verpackungsmaterialien sind nicht auf einmal entstanden; die Kolleginnen und Kollegen in Australien haben damit schon länger gearbeitet. Deswegen finde ich es sehr ärgerlich, dass sie nicht versucht haben, einen Weg zu finden, das auf eigenem Gebiet zu entsorgen. Ich darf einmal ganz kurz aus dem „Europäischen Wirtschaftsdienst“ vom 20. März zitieren: Zahlreiche Versuche in den letzten drei Jahrzehnten hätten gezeigt, dass in Australien keine ausbaufähige Alternativen für eine Entsorgung vor Ort bestehe. Darüber muss man einmal nachdenken: „zahlreiche Versuche in den letzten drei Jahrzehnten“! Das heißt doch auf Deutsch, dass die Australier es drei Jahrzehnte lang versäumt haben, für Entsorgungsmöglichkeiten in ihrem eigenen Land zu sorgen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Denn ich finde den Transport von Sondermüll nicht so gut wie den Transfer von Technologie, auch wenn das über 16.000 km geht.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Jetzt komme ich zu dem Punkt, der mich eigentlich am meisten ärgert. Dass wir das Knowhow transferieren, würde dem Geist des Baseler Abkommens mehr entsprechen als die Haltung der Australier, die 30 Jahre lang nichts getan haben. Das Baseler Abkommen soll Sondermülltransporte aus Industrieländern in Entwicklungsländer verhindern. Industrieländer sollen eher Entwicklungsländer bei Entsorgungsproblemen unterstützen. Aber der Export von einem Industrieland in ein anderes Industrieland ist sicherlich nicht im Geiste des Baseler Abkommens. Dies ist einer der Aspekte dieses eigentlich sehr ärgerlichen Vorganges. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Die SPD-Fraktion steht zu diesen Entsorgungsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen. Aber in diesem speziellen Fall darf man vielleicht doch mal nachfragen, ob das alles so fürchterlich sinnvoll ist, was da passiert, und ob die Bürger das alles noch nachvollziehen können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit dem Antrag, den wir gestellt haben, gehen wir der Regierung – das muss ich zugeben – vielleicht ein wenig auf den Keks. Am Anfang hat der Umweltminister gesagt: Wulle mer nit – hätte man in Köln gesagt – , aber wir müssen. – Dann haben wir nachgefragt: Müssen wir denn wirklich? – Und dann gab es verschiedene Interpretationen des Ermessensspielraums. Schauen wir einmal, ob wir in diesem Ermessensspielraum aus nordrheinwestfälischer Sicht sagen können: Nein, das wollen wir nicht. Was wir vorschlagen, ist eigentlich nichts Dramatisches. Wir schlagen erstens vor, dass wir über diesen Ermessensspielraum noch einmal diskutieren. (Svenja Schulze [SPD]: Ja!) Zweitens wollen wir den Ermessensspielraum nutzen, sobald wir wirklich wissen, wie er aussieht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und drittens – das ist für mich das Wichtigste –:

Da wir diese Anlagen und das Know-how in Nordrhein-Westfalen haben, sollten wir damit offensiv umgehen und eine Werbe-und Export-Offensive für Entsorgungstechnologie aus Nordrhein-Westfalen in den Ländern der Welt starten, die ähnliche Probleme wie Australien haben. Ich denke: Wenn die Australier früh genug bei uns nachgefragt hätten, hätten wir ihnen gerne die Chance gegeben, sich da unten mit nordrhein-westfälischer Technologie eine kleine schmucke Anlage für 22.000 t zu bauen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Gatter. – Für die zweite antragstellende Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erhält Herr Remmel das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben den Sachverhalt schon mehrfach – auch in den Ausschüssen – diskutiert. Ich will es hier aber auch noch einmal tun, damit klar ist: Wir reden nicht über die generelle Frage der Sondermüllverbrennung in Nordrhein-Westfalen. Wir reden auch nicht über die Notwendigkeit, gewisse Verbrennungskapazitäten für Sondermüll wie Herbizide und Pestizide aus – ich sage einmal – sehr armen Staaten bereitzuhalten, diese Stoffe einzusammeln und hier zu verbrennen. Wir reden auch nicht über die Notwendigkeit, Sondermüll im europäischen Kontext grenzüberschreitend zu verbrennen. Wir reden hier über den Transport von Sondermüll aus

Australien über 16.000 km, über den Transport aus einem Industrieland in ein anderes. Das ist unser Thema. Und wir reden über die Menschen an den verschiedenen Standorten in Nordrhein-Westfalen, die dieses nicht wollen – und dieses auch berechtigt nicht wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn damit wird dem, was das Baseler Abkommen eigentlich verhindern will, Tür und Tor geöffnet. Das Baseler Abkommen besagt, dass Sondermüll an Ort und Stelle behandelt und verbrannt werden soll. Wir wollen, dass das Baseler Abkommen auch umgesetzt wird. Wir haben uns darüber gestritten, inwieweit das möglich ist. Und wir meinen, dass es nur eine eindeutige Interpretation gibt. Der Kern unserer heutigen Debatte ist, dass „Ja, ja“ gesagt, aber „Nein, nein“ getan wird. Wir haben den Eindruck, dass die Landesregierung Ja sagt, aber Nein tut. Denn in allen Verlautbarungen der Landesregierung sagt der Minister: Wir wollen diesen Müll in Nordrhein-Westfalen nicht, aber wir können gar nicht anders, weil wir durch europäische Verordnungen gebunden sind. – Das war die erste Aussage. Dann gab es von der europäischen Seite den Hinweis: Nein, nein, ihr habt schon einen Ermessensspielraum. – Da ist die Landesregierung darauf verfallen zu sagen: Ja, wir haben fachlichen Ermessensspielraum, aber den eigentlichen politischen Ermessensspielraum hat die Bundesregierung. Dann gab es den Hinweis von der Bundesregierung: Nein, nein, Nordrhein-Westfalen hat Ermessensspielraum. – Und da stehen wir heute.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen der Landesregierung mit unserem Antrag helfen, den Ermessensspielraum, den die Landesregierung hat, den die Abfallbehörden des Landes haben, tatsächlich zu nutzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb gilt nicht „Schön reden, aber anders handeln“, sondern es geht darum, das Reden mit dem Handeln in Einklang zu bringen. Wenn Sie den Müll in Nordrhein-Westfalen nicht haben wollen, wofür es gute Gründe gibt und worin wir mit Ihnen übereinstimmen, dann handeln Sie entsprechend und nutzen Sie den Ermessensspielraum, den Ihre Behörden, den Sie als Minister haben. Wir haben das – Sie haben ja angekündigt, dass es in Kürze einen Abfallwirtschaftsplan für den Bereich Sondermüll geben wird – noch mit möglichen Leitlinien für einen solchen Plan unterfüttert. Wenn ein solcher Antrag heute hier im Landtag verabschiedet würde, würde das Ihren Ermessensspielraum ausreichend begründen. Wir sind sicher, dass dieser Ermessensspielraum positiv im Sinne des Postulats ausgefüllt werden kann.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Remmel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ortgies von der CDU?

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr gerne. Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Remmel, ich habe nur eine ganz kurze Frage: Können Sie mir sagen, seit wann es solche Giftmüllimporte gibt?

Johannes Remmel (GRÜNE): Es gibt schon lange Giftmüllimporte: seit es die Kapazitäten in Nordrhein-Westfalen gibt, seit es diese Kapazitäten in der Bundesrepublik gibt. In der Tat sind diese Importe in den letzten Jahren stark angestiegen. Aber wir müssen deutlich unterscheiden zwischen Importen aus Übersee und anderen. Gegenüber dem, was in den letzten zehn Jahren aus Übersee importiert worden ist, ist die Zahl von 22.000 t Import in die Bundesrepublik und 11.000 t nach Nordrhein-Westfalen exorbitant und insofern auffällig. Es gibt begründete Ängste, dass das kein Einzelfall bleibt, (Beifall von den GRÜNEN) sondern dass man mit diesem Import die Tür für weitere Länder öffnet, die sich eigentlich Behandlungskapazitäten leisten könnten, die diese auch aufbauen müssten, dies aber nicht tun, weil sie auf die Kapazitäten in Europa, insbesondere in Deutschland, aber auch in anderen industrialisierten Staaten schielen. Diese Tür gilt es zuzumachen, Herr Ortgies. Ich hoffe, das ist auch in Ihrem Interesse. Die Menschen im Lande jedenfalls wür-

den Sie und uns sehr dabei unterstützen. Meine Damen und Herren, ich hoffe deshalb auch auf Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Remmel. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Kress das Wort.

Karl Kress (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig und wichtig, dass Sie, Johannes Remmel, Stephan Gatter, meine Damen und Herren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die grundsätzliche Ausrichtung der Abfallwirtschaftspolitik von Minister Eckhard Uhlenberg genauso unterstützen wie CDU und FDP, die dies im Fachausschuss auch begründet haben. In der Tat: Zum ersten Mal seit über zehn Jahren hat die Politik der Landesregierung dazu geführt, dass die Abfallimporte insgesamt reduziert wurden. 1997 war die Gesamtmenge der Exporte mit 270.000 t noch doppelt so hoch wie die Müllmenge der Importe. Unter Rot und Rot-Grün veränderte sich die Bilanz: Die Importe sind von 470.000 t in 1999 kontinuierlich auf 2,9 Millionen t in 2004 gestiegen. Erstmalig in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen gab es 2005 einen Rückgang auf 2,39 Millionen t. Wenn wir heute bei der Abfallbilanz von einer erfreulichen Trendumkehr bei den Importen sprechen, dann hat das schon etwas mit der Regierung Rüttgers und der Abfallwirtschaftspolitik unseres Umweltministers zu tun. Die Eignung der Hightech-Sondermüllverbrennungsanlagen zur umwelt-und sachgerechten Verbrennung von POPs wie Hexachlorbenzol wird kaum noch infrage gestellt. Das haben ja auch meine Vorredner nicht gemacht. Im Gegensatz dazu wird der Transport als Gefahrenquelle angesehen. Bereits am 17. Januar habe ich in diesem Hause im Namen meiner Fraktion ausgeführt, dass wir es insgesamt für besser halten, dass Abfälle wie Hexachlorbenzol sachgemäß und umweltgerecht verbrannt und nicht auf Deponien scheinentsorgt oder für unsere Enkelkinder auf Halden zwischengelagert werden. Abfallstoffe dieser Art dürfen nicht sublimieren und müssen zeitnah der Biosphäre entzogen werden. Natürlich ist es wünschenswert, dass Abfälle jedweder Art dort vernichtet werden, wo sie entstehen. Wir bekommen schon Magenschmerzen – das haben wir immer wieder gesagt –, wenn wir uns die Strecke von Australien bis nach Nordrhein-Westfalen ansehen. Diese Sorgen haben auch unsere Bürgerinnen und Bürger, und wir nehmen sie sehr ernst. Ich sage das ausdrücklich auch im Namen meiner Landtagskollegen Ursula Monheim und Lothar Hegemann, die genauso wie ich die Diskussionen vor Ort begleiten. Aber ich sage auch sehr deutlich, dass die von den Oppositionsparteien im Rahmen dieses Verfahrens betriebene Verängstigung der Bürgerinnen und Bürger absolut unverantwortlich ist.

(Beifall von CDU und FDP – Svenja Schulze [SPD]: Es gibt Bürgerinitiativen der SPD!)

Nach unseren Informationen fehlt zur abschließenden Genehmigung der Notifizierungsanträge nach wie vor die Angabe der australischen Regierung über fehlende Entsorgungsmöglichkeiten im eigenen Land. Das muss ich akzeptieren. Eine von der australischen Regierung eingesetzte Expertenkommission soll eine eingehende fachliche Prüfung vornehmen. Dieser Bericht, Johannes Remmel, muss dann natürlich sorgfältig bewertet werden. Genauso sorgfältig habe ich mir im Entsorgungsbericht 2004 angesehen, was alles an Sonderabfallimporten von der Vorgängerregierung genehmigt und akzeptiert wurde; schließlich werden Hexachlorbenzol sowie andere chlorierte Kohlenwasserstoffe schon seit über 20 Jahren routinemäßig, kontinuierlich in den Sondermüllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen verbrannt – übrigens auch 2004, als bekanntermaßen noch Frau Höhn für diesen Bereich zuständig war, wie Sie sich sicherlich erinnern. Nordrhein-Westfalen hat unter Rot-Grün in 2004 aus 34 Staaten 533.000 t Sonderabfälle importiert, unter anderem, Johannes Remmel, aus Süd und Nordamerika oder auch aus Thailand. Das waren zum Teil überlagerte Wirkstoffe, die nur in einer Sondermüllverbrennungsanlage auf hohem technischem Niveau entsorgt werden durften. In entgegengesetzter Richtung wurden über 67.000 t gefährliche Sonderabfälle wie haloge-

nierte Chemikalien aus Nordrhein-Westfalen zur Vernichtung oder Aufbereitung ins Ausland exportiert. Mit der im August 2003 einvernehmlich geänderten 17. Bundes-Immissionsschutzverordnung müssen deutsche Anlagen die weltweit schärfsten Emissionswerten; das ist in der Tat Spitze. Das heißt aber auch, dass wir nicht nur erste Wahl bei der Entsorgung sind, sondern auch, dass deutsche Unternehmen unsere Entsorgungstechnik heute schon weltweit verkaufen, siehe Indien und China. Bei Kosten von über 100 Millionen $ pro Drehofenanlage ist dieser Export in der Tat übersichtlich, und wir werden den Verkauf dieser sehr speziellen Anlagen auch nicht per Beschluss fördern können. Das Erstellen eines Sonderabfallwirtschaftsplans hat ebenfalls keinerlei Auswirkungen auf die laufenden Notifizierungsverfahren. Weiterhin glaube ich nicht, dass wir den Bundesumweltminister quasi per Beschluss, wie Sie es im Antrag gefordert haben, in seinem Handeln beeinflussen können. Die rechtlichen Grundlagen und die rechtlichen Möglichkeiten sind in der Vergangenheit immer klar und präzise von Herrn Minister Uhlenberg erläutert worden.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Karl Kress (CDU): Letzter Satz: Danach handeln der Minister und sein Haus nach dem zitierten Basler Abkommen und nach der von Rot-Grün erst 2004 ratifizierten Stockholmer Konvention. Dabei haben sie unsere uneingeschränkte Unterstützung. Wir lehnen den vorgelegten Schauantrag ab. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kress. – Für die FDP-Fraktion spricht Kollege Ellerbrock. Ich erinnere ein bisschen an die Zeit. (Holger Ellerbrock [FDP]: Ich renne ja schon!) – Sie können noch schneller, wie ich Sie kenne. (Heiterkeit von der SPD)

Holger Ellerbrock (FDP): Das ist richtig; aber lassen wir das. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige Anmerkungen zum vorgelegten Antrag: Erstens. Eine Sondermüllverbrennungsanlage oder eine Sondermüllbehandlungsanlage ist für mich nichts anderes als eine chemische Fabrik, die zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen gehört. Zweitens. An der Sinnhaftigkeit von Ferntransporten von Australien hierher – damit da überhaupt keine Diskussion aufkommt – kann man zu Recht zweifeln. Drittens. Wir müssen die rechtliche Position und die rechtlichen Möglichkeiten des Landes betrachten, die hier schon einmal ausführlich dargestellt worden sind. Ich gehe davon aus, dass diese Position nach wie vor gültig ist. Der Minister wird vielleicht gleich noch einmal darauf zu sprechen kommen. Der gemeinsame Antrag der Opposition geht wohl im Kern von einem Missverständnis aus. Im Antrag wird die Position der EU-Kommission zitiert:„… bei Abfalleinfuhren aus Australien kann die Behörde praktisch frei entscheiden, ob sie die Einwandsgründe geltend machen will oder nicht.“ Hierzu hat die Landesregierung im Umweltausschuss Ausführungen gemacht. Sie wird prüfen, ob Einwandsgründe bestehen. Die Einwandsgründe sind eindeutig in der Abfallverbringungsverordnung aufgeführt. Das Ermessen, das Sie immer vom Minister einfordern, besteht darin, ob die Behörde die tatsächlich vorhandenen Einwände erhebt oder davon absieht. Darin liegt Ihr Ermessen, Herr Minister. Das heißt aber ganz konkret: Nur wenn die in der Verbringungsverordnung aufgeführten Einwandsgründe tatsächlich vorliegen, können Sie nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden. So einfach oder so schwierig ist das. Die Landesregierung und der Minister haben immer wieder bekundet, dass wir überhaupt kein gesteigertes Interesse daran haben, Sondermüll aus Australien nach NRW zu verbringen und hier zu bearbeiten. Die möglichen Einwandsgründe sind unter diesen Gesichtspunkten sorgfältig zu prüfen. Das haben Sie, Herr Minister, immer wieder deutlich gemacht. Da die Verbringung nicht gegen nationale Vorschriften verstößt – die Anlage ist technisch für die Beseitigung solcher Abfälle geeignet – und die Kapazitäten offenkundig vorhanden sind, weil die AGR diesen Auftrag als kommunales Unternehmen aktiv akquiriert hat, sind die Einwandsgründe gar nicht vorhanden – es sei denn, was wir eben

diskutiert haben, Australien kann nicht nachweisen, dass es dort so eine Anlage nicht gibt. In diesem rechtlichen Rahmen bewegen wir uns. Ein Ermessen der genehmigenden Behörde

– das weiß Kollege Gatter doch auch – ist nur dann zu erkennen, wenn tatsächlich Einwandsgründe vorliegen. Dann kann man nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob man sie vorbringen will oder nicht.

NACH DREI MONATEN DIE ANTWORT AUS DEM AUSTRALISCHEN UMWELTMINISTERIUM

Australian Government

Department of the Environment and Water Resources

Our reference: 2007/01431

Mr Joachim Jürgens
Pro-Herten
Schützenstraße 84
45699 Herten
GERMANY

Dear Mr Jürgens

Thank you for your email of 30 January 2007 to the Minister for the Environment and Water Resources, the Hon Malcolm Turnbull MP, concerning the current proposal by Orica Australia Pty Ltd (Orica) to export hexachlorobenzene (HCB) waste to Germany. I have been asked to respond.

The *Hazardous Waste (Regulation of Exports and Imports) Act 1989* ("the Act") implements Australia's obligations under the "Basel Convention for the Control of Transboundary Movements of Hazardous Waste and their Disposal".

As you may be aware, the Department of the Environment and Water Resources has received nine applications for the export of HCB waste to Germany. These applications are currently being considered under the Act and as part of the decision making process the Department is consulting with industry, overseas governments, non-government organisations and community groups. I can assure you that all relevant matters including your concerns will be considered in the decision making process.

Yours sincerely

Dr Barry Reville
Assistant Secretary
Environment Protection Branch

26 March 2007

GPO Box 787 Canberra ACT 2601 Telephone 02 6274 1111 Facsimile 02 6274 1666
www.environment.gov.au

Müllschlucker BAYER

Von Jan Pehrke

Der Leverkusener Multi macht sogar mit Müll Geld und akquiriert giftige Abfälle aus der ganzen Welt für seine Rückstandsverbrennungsanlagen. Mit der Entsorgung von 4.500 Tonnen Hexachlorbenzol made in Australien will der Konzern jetzt einen Umsatz von drei Millionen Euro erzielen. Die Betreiber der Öfen in Herten und Brunsbüttel rechnen mit ähnlichen oder sogar noch größeren Erträgen. Aber gegen den Mülltourismus erhebt sich eine Woge des Protestes.

„Über 300 Firmen aus ganz Europa und Übersee haben im Jahr 2004 ihre Sonderabfälle bei den BIS-Umweltdiensten entsorgt“, wirbt BAYER INDUSTRY SERVICES (BIS) für seine Dienste. Dieses Klappern gehört zum Geschäft, denn ein solches ist die Beseitigung von Produktionsrückständen längst geworden. Hatte der Leverkusener Multi früher seine giftigen Hinterlassenschaften einfach in Deponien wie der Dhünnaue mit verheerenden Folgen für die Umwelt endgelagert, ging er erst Ende der 60er Jahre auf Druck der Öffentlichkeit zum Bau von Verbrennungsöfen über, welche das Müllaufkommen zwar reduzierten, dafür aber auch zu einem Anstieg der Emissionen in Luft und Wasser führten.

Von einem notwendigen Übel zu einem Geschäftszweig hat sich die Entsorgung jedoch erst Ende der 80er Jahre entwickelt. Einen zusätzlichen Schub bekam sie dann durch den Umbau BAYERs zu einer Holding, die alle Sparten in die Selbstständigkeit entließ und besonders die Dienstleistungsabteilungen mit der Notwendigkeit konfrontierte, externe Aufträge einzutreiben. Und wo der Kantinenbetrieb nun auch über BAYER hinaus einen Catering-Service anbietet, stieg die BIS ins globale Müllgeschäft ein. Auf 20 Prozent beläuft sich der Anteil fremder Produktionsrückstände mittlerweile. Ginge es nach dem Konzern, dürfte sich diese Quote jetzt noch erhöhen. Die Müllschlucker haben nämlich einen dicken Auftrag aus Australien an Land gezogen (siehe NRhZ 85 und 79). Die dort ansässige Chemie-Firma ORICA sitzt auf einer Hinterlassenschaft von 22.000 Tonnen hochgiftigen Hexachlorbenzols und will sie auf die Reise in die Bundesrepublik schicken. 4.500 Tonnen davon (plus 6.000 Tonnen Verpackung) haben BAYER-Öfen als Bestimmungsort, wodurch ein Umsatz von drei Millionen Euro winkt.

ZAHLREICHE PROTESTE

Zwei Jahre soll die Müll-Karawanserei auf Schiffen, Eisenbahnschienen und Straßen dauern. Dabei lauern auf der 16.000 Kilometer langen Strecke unzählige Gefahren. Besonders das Umladen der zu den weltweit giftigsten 12 Chemikalien gehörenden Substanz ist mit Risiken verbunden. Erreichen die Gifte schließlich doch allen Widrigkeiten zum Trotz wohlbehalten ihr Ziel, sorgt die Verbrennung für die Freisetzung zahlreicher gesundheitsschädlicher Stoffe. Aus diesen Gründen hat sich ein breiter Widerstand gegen das Vorhaben formiert. In Gang gebracht hat ihn die australische Umweltorganisation NATIONAL TOXICS NETWORK. Sie hatte im Dezember letzten Jahres die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und die Initiative DAS BESSERE MÜLLKONZEPT über die bevorstehende Giftfracht in Kenntnis gesetzt. Diese Gruppen reichten die Information umgehend an andere Verbände wie z. B. den BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND) weiter. Mit dem BUND schrieb die CBG dann einen Offenen Brief an den nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhart Uhlenberg und gab eine Presseerklärung heraus, die zahlreiche Medien aufgriffen.

So errang das Thema Publizität, und vor Ort in Leverkusen, Dormagen, Herten und Brunsbüttel regte sich erster Widerstand. In Herten wurde die Initiative „Pro Herten“ aktiv. Sie veranstaltete unter anderem eine Podiumsdiskussion zum Thema, die über 400 Menschen besuchten. In Brunsbüttel protestierten BürgerInnen bei einer Anhörung gegen die Anlandung der Altlast und führten eine Demonstration durch. Für den Grünen-Politiker Jürgen Ruge waren die 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol made in Australien ein „erschütternder Entfernungsrekord“ auf dem Gebiet des Mülltourismus.

In Dormagen verteilten die Grünen und die Coordination gemeinsam Flugblätter und sammelten zahlreiche Unterschriften gegen die Giftmüll-Verbrennung. „Schon jetzt lebt man hier nicht gesund. Seit zwei Monaten riecht man etwas in der Stadt. Mein Sohn hat Asthma und Neurodermitis. Ich glaube nicht, dass wir von den Giftmüllabgasen nichts abbekommen“, sagte etwa eine Dormagenerin der Westdeutschen Zeitung. Die städtische „Agenda 21“-Gruppe sammelte Fragen besorgter AnwohnerInnen und übergab diese passenderweise am „Tag der Offenen Tür“, den BAYER kurzfristig am Tatort „Sondermüll-Verbrennungsanlage“ anberaumt hatte, um Gegen-Aufklärung zu betreiben. „Ist der Kontinent Australien nicht in der Lage, seinen eigenen Giftmüll zu entsorgen?“, „Welche absoluten Emissionen von Dioxin, HCB und anderen Giftstoffen werden durch die geplante HCB-Verbrennung entstehen?“, „Soll die ‚Wirtschaft‘ von BAYER mit solchen Aktivitäten angekurbelt werden?“ - das wollten die DormagenerInnen unter anderem von den Konzern-Verantwortlichen wissen.

ERSTE ERFOLGE – NUR NICHT IN DORMAGEN

All dieses zeigte Wirkung. Die Anlieger-Städte Herten, Recklinghausen, Marl, Castrop-Rauxel und Leverkusen verabschiedeten Resolutionen gegen den Müll-Transport. Nur Dormagen mochte sich nicht anschließen, weil die Stadt im August 2004 der Kapazitätserweiterung der Anlage zugestimmt hatte und damit auch ihrer Bestimmung als Fernreise-Ziel von gefährlichen Chemikalien. „Würde der Rat jetzt protestieren, wäre das nicht sehr glaubwürdig“, so der Bürgermeister Heinz Hilgers, den erst JournalistInnen über die Entsorgungspläne BAYERs hatten informieren müssen.

Am 20. Februar setzte das schleswig-holsteinische Umweltministerium das Genehmigungsverfahren erst einmal aus.

Es habe vergeblich auf Angaben aus Australien zum genauen Giftmix und zur Unmöglichkeit einer Entsorgung vor Ort gewartet, erklärte Ministeriumssprecher Christian Seyfert zur Begründung. Die für die nordrhein-westfälischen Müllöfen zuständige Bezirksregierung Münster hat noch keine Entscheidung gefällt, weil die australischen Behörden dem Giftmüll-Export bisher nicht offiziell zugestimmt haben.

NRW-UMWELTMINISTER DUCKT SICH WEG

„Um es deutlich zu sagen, wir sind gegen den Import von Sonderabfällen aus Australien, zumal der Transport derart gefährlicher Abfälle über riesige Entfernungen erhebliche Risiken birgt“, erklärte der nordrhein-westfälische Umweltminister Eckhart Uhlenberg im Landtag und plädierte für eine Abschaffung des Mülltourismus. Das hört sich in den offiziellen Verlautbarungen aus seinem Haus jedoch ganz anders an. In der Bilanz zur Ein- und Ausfuhr von Giftmüll brüstet sich das Ministerium noch mit der Attraktivität NRWs als Müll-Standort. „Dieses hohe Niveau des Imports gefährlicher Abfälle ist Ausdruck einer leistungsfähigen Entsorgungsinfrastruktur“, heißt es dort.

Offensichtlich wohnen zwei Seelen in der Brust des CDU-Politikers, weshalb er sich wegdrückt. Politisch sei er machtlos, sagte er mit Verweis auf die Abfallverbringungsverordnung der EU. Wenn das Hexachlorbenzol in Australien nicht fachgerecht werden könne, gebe es keine Handhabe gegen den Import, so Uhlenberg. Brüssel spielte den Ball jedoch umgehend zurück. „Die Entscheidung ist nicht durch EU-Recht gebunden, sondern liegt im Ermessen der Empfängerländer“, gab die Sprecherin des Brüsseler Umweltkommissars Stavros Dimas, Barbara Helfferich, zu Protokoll. Das brachte den CDU-Politiker, der in der Vergangenheit durchaus schon gegen Müll-Importe interveniert hatte, ganz schön in die Bredouille, zumal auch die Baseler Konvention Handlungsspielräume eröffnet.

Das internationale Abkommen spricht jedem Land das Recht zu, die Annahme von Giftmüll zu verweigern und fordert dazu auf, den grenzüberschreitenden Müll-Handel auf ein Minimum zu begrenzen. Aber der Umweltminister wollte sich trotz alledem immer noch nicht aus der politischen Bewegungsstarre lösen und

appellierte an Sigmar Gabriel, den Fall zu übernehmen. Die taz kommentierte daraufhin scharf: „Denn Uhlenberg kann die Giftverbrennung tatsächlich nicht verhindern, weil die schwarz-gelbe Landesregierung überhaupt kein Interesse daran hat, ein lukratives Auslandsgeschäft von BAYER zu torpedieren oder dem Beseitigungsstandort NRW zu schaden. Wer wirtschaftlich denkt, darf den Giftmülldeal nicht platzen lassen. Wer sich tatsächlich um die Gesundheit seiner Landsleute und die immensen Umweltrisiken auf dem langen Seeweg sorgt, der könnte das!“

BAYERs Müll-Ofen produzieren Giftstoffe

Darum sorgt sich auch BAYER herzlich wenig. „Das fällt erst in unsere Verantwortung, wenn die Transporte vor den Werkstoren stehen“, meint Pressesprecher Christian Zöller. Nur für seine Verbrennungsanlagen verbürgt der Konzern sich. „Wir befinden uns mit unserer Expertise an der Weltspitze“ behauptet das Unternehmen. Was zu bezweifeln ist, denn moderne Verfahren wie etwa die Kälte-Behandlung setzt BAYER nicht ein. Zöller aber verweist auf die große Erfahrung mit dem einst selbst hergestellten, seit 1981 nicht mehr als Pestizidwirkstoff zugelassenen Hexachlorbenzol. Aber in Luft auflösen lassen könnte selbst die beste Beseitigungstechnik die Substanz nicht. Nach Meinung des Düsseldorfer Mikrobiologie-Professors Harry Rosin bleiben auch bei solchen Prozessen „krebserregende Partikel“ übrig. So produziert die Rückstandsverbrennungsanlage nicht wenige gesundheitsgefährdende Rückstände: z. B. Dioxine, Furane, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxide, Salzsäure, Rauchgas, Filterrückstände, Schlacke, verschmutzte Abwässer und Feinstäube. Was davon nicht direkt in Wasser, Boden und Luft landet, findet seinen Weg zu Sondermülldeponien.

Wie viel Giftstoffe die Verbrennungsanlagen in Leverkusen-Bürrig und Dormagen ausstoßen, verrät BAYER INDUSTRY SERVICES nicht. Nur, dass die Werte für Stäube, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Hydrogenchlorid, Chlorwasserstoff, Stickoxide, Fluorkohlenwasserstoffe, Cadmium, Thalium, Quecksilber allgesamt im grünen Bereich liegen, sprich: die zulässigen Grenzwerte nicht überschreiten. Das ist auch keine allzu große Kunst, denn das Maß aller Dinge bei der Festlegung war nicht etwa die menschliche Gesundheit, sondern die technische Machbarkeit. Trotzdem schafften es die BAYER-Öfen bis in die 90er Jahre hinein oft, darüber hinauszuschießen, und mehr Dioxin und Stickstoff zu produzieren als erlaubt. Noch heute schrammen die BIS-Anlagen bisweilen nur knapp an einer Überschreitung vorbei, etwa bei Stickoxiden. Mit 160 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft befindet sich der Wert nach den neuesten Erhebungen nur knapp unter der noch zulässigen Marke von 200 mg/m3. Und allzu häufig gilt: Nichts Genaues weiß man nicht, da der Konzern die Emission solcher Stoffe wie Quecksilber, Cadmium, Thalium und Fluorkohlenwasserstoffe nicht regelmäßig messen muss.

Fünffache Krebsraten in Dormagen und Leverkusen

Die absoluten Emissionswerte musste die CBG beim Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz erfragen. Sie ergeben ein erschreckendes Bild. Parallel zu den florierenden Müll-Geschäften erhöhte sich in der Dormagener Anlage der Ausstoß von Schwefeldioxid von 24 kg im Jahr 2000 auf 4872 kg (2004). Die Emission von Stickstoffdioxid stieg gar von 58 kg auf über 67 Tonnen, die von Kohlenmonoxid von 7 kg auf 2201 kg. In Leverkusen nahmen die Werte von Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Staub jeweils um das Drei- bis Sechsfache zu, was mit dazu beiträgt, die Stadt zu einem gefährlichen Pflaster zu machen: Die Krebsrate am BAYER-Stammsitz und in Dormagen liegt um das fünffache über der in ländlichen Regionen.

Die Unfälle

Als ob es noch eines Beweises für die Gefährlichkeit der Müllschlucker bedurft hätte, brach just zum Höhepunkt der Proteste in der Hertener Anlage ein Feuer aus, woraufhin sie ihren Betrieb teilweise einstellen musste. Der letzte große Zwischenfall bei der BAYER-Rückstandsverbrennung ereignete sich im Oktober

2003. Ein Container, der Reste einer Basis-Chemikalie enthielt, erhitzte sich auf 120 Grad (Normaltemperatur: 70 Grad). Wegen der Explosionsgefahr sperrte die Feuerwehr das Gelände großflächig ab und unterbrach den Zug-Verkehr auf der Strecke Köln-Neuss. Dann öffnete sie den Container mit Spezial-Werkzeugen und füllte die gefährliche Substanz in einen Auffang-Behälter. Im August 1986 fiel im Krefelder Müllofen die Abgaswäsche aus, und eine gelbliche Rauchwolke trat aus. Vier Monate vorher gab es eine Explosion in der Leverkusener Abfallbeseitigungsanlage, die Nitrose freisetzte. Kilometerweit konnten die Menschen das Gas riechen. „Die menschliche Nase ist eben ein sehr empfindliches Organ“, kommentierte der damalige Werksleiter Rosahl trocken. Zu diesem Zeitpunkt stand die Anlage noch nicht einmal fünf Jahre wieder - ein großer Knall hatte sie im Juli 1980 größtenteils zerstört.

DAS CBG-ENGAGEMENT

Wegen dieser Anfälligkeit und der Schadstoff-Ausstöße protestierte die Coordination immer wieder gegen die bestehenden und geplanten Müllöfen von BAYER. Sie unterstützte in den achtziger Jahren die Brunsbütteler Antimüll-AktivistInnen, die der Konzern ausmanövrieren wollte, indem er das Gelände rund um das Baugebiet aufkaufte, um Prozesse von NachbarInnen zu verhindern. Im Januar 1988 reichte die CBG gemeinsam mit anderen Initiativen und den Grünen eine Einwendung gegen den Bau der Dormagener Rückstandsverbrennungsanlage ein. Die UmweltschützerInnen forderten darin eine Begrenzung der Emissionen von Salzsäure, Schwermetallen und anderen gefährlichen Stoffen, bemängelten die unzureichende Sicherung gegen Störfälle und kritisierten die anvisierte Entsorgungskapazität von 50.000 Tonnen im Jahr. „Zur Zeit werden aus Leverkusen, Krefeld und Dormagen zusammen nur etwa 20.000 Tonnen außerhalb der Werke verbrannt“, gab der Grünen-Politiker Harry Kunz zu bedenken und warnte schon damals vor Mülltourismus. Und im Jahr 1990 reiste ein CBGler sogar ins italienische Filago, um den Widerstand der AnwohnerInnen gegen eine BAYER-Dreckschleuder zu unterstützen. Dieses Engagement schuf ein Bewusstsein für die Gefahren der aus den Schornsteinen kommenden Rückstände, was zu schärferen Umweltgesetzen führte, die BAYER & Co. zwangen, ihre Anlagen umzubauen. Aus freien Stücken hätte der Konzern niemals in neue Techniken investiert. Der Leverkusener Multi gibt das auch ganz offen zu. „Die Anforderungen der 17. BImSchV (Bundesimmissionsschutz-Verordnung, Anm. SWB) machten Mitte der 90er Jahre eine weitergehende Rauchgasreinigung notwendig“, heißt es beispielsweise in einer BIS-Broschüre. Gegen solche neuen Richtlinien sträubte sich der Konzern stets bis zuletzt. Er ging 1993 sogar so weit, gegen das Abfallgesetz zu klagen und Vorstandsvorsitzende wie Manfred Schneider warnten immer wieder vor „Überregulierungen“.

ABGEORDNETE UNTERSTÜTZEN DEN KONZERN

Auch jetzt bringt sich der Agro-Riese wieder in Stellung und versucht auf allen Ebenen Einfluss zu nehmen, um sich das schmutzige Geschäft nicht entgehen zu lassen. Er lud zu einem „Tag der Offenen Tür“ in Dormagen ein und wandte sich mit einem Flugblatt an die Bevölkerung. Auf landespolitischer Ebene setzt der Konzern auf seinen ehemaligen Laborleiter Karl Kress, inzwischen Altersteilzeitler. Er ist seit 2000 Landtagsabgeordneter der CDU und hat sich - wen wundert‘s - besonders der Umweltpolitik verschrieben.

„Wenn es stimmt, dass es weltweit nur fünf vergleichbare Anlagen gibt, macht eine Entsorgung hier Sinn“, tönte Kress zur Überraschung seiner nicht über seinen beruflichen Werdegang informierten KollegInnen im Umweltausschuss. Im Leverkusener Stadtrat hingegen „legte sich niemand so sehr für BAYERs Know-how ins Zeug wie Klaus Naumann, FDP“, schrieb der Leverkusener Anzeiger. Er verstieg sich sogar darin, die Entsorgung zur „ethischen Aufgabe“ zu erheben. Es dürfte für Naumann wohl eher eine berufliche Aufgabe gewesen sein, denn der Chemiker arbeitete lange im Monheimer Pestizid-Zentrum von BAYER.

BAYER-Abgeordneter Karl Kress Foto: Landtag

Der Leiter des BAYER-Stabes „Politik und Umwelt“, Wolfgang Große Entrup, tut derweil in seinem Nebenjob als Chef der Umweltkommission beim CDU-Wirtschaftsrat alles, um Müllgeschäfte in großem Stil zu erleichtern. Das Zauberwort dafür heißt „Entbürokratisierung“. Eine solche für die EU-Abfallverbringungsverordnung einzuleiten, steht für 2007 ganz oben auf der Agenda der industriellen UmweltpolitikerInnen.

Darin wissen sie sich mit dem „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ einig, eine mit VertreterInnen von BAYER und anderen Unternehmen bestückte Institution (siehe SWB 3/06). Diese Quasi-Ausgründung der nordrhein-westfälischen Umweltpolitik tritt ebenfalls für Lockerungen auf dem Entsorgungssektor ein. Auf offiziellem, mit Landeswappen geschmückten Papier wandten sich die verstaatlichten Konzern-VertreterInnen an Brüssel: „Der „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ erwartet von der EU bei der künftigen Abfall-Strategie und von der Revision der Abfallrahmenrichtlinie, dass der Abfallbegriff auf bewegliche Sachen beschränkt bleibt“. Und die Bundesrepublik betreibt ebenfalls Sprachpolitik und möchte Müll nicht mehr Müll nennen, sondern „Nebenprodukt“ und Rückstandsverbrennungsanlagen wie die Dormagener „Wiederverwertungsanlagen“ - und mit den netteren Worten natürlich auch eine nettere Behandlung verbinden.

NRW Sondermüll-Importland Nr. 1

Auch für BAYER ist der giftige Abfall made in Australien nichts als eine Ware. „Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen und verdienen damit Geld“, so ein BIS-Sprecher. Und das schmutzige Geschäft floriert so gut, dass der Konzern im Jahr 2004 die Brennofen-Kapazität in Dormagen um 19.000 Tonnen auf 75.000 Tonnen erweitern musste. „Für den eigenen Bedarf war diese Kapazitätsausweitung nicht nötig", gestand der Öffentlichkeitsarbeiter. Die Anlagen von BAYER und anderen Firmen haben sich so zu „Müllstaubsaugern“ (Bärbel Höhn) entwickelt und NRW zum Sondermüll-Importland Nr. 1 gemacht. Von 90.000 Tonnen im Jahr 1997 auf 610.000 Tonnen 2005 stiegen die Zahlen; der „ganz normale“ Müll ist drei Millionen Tonnen schwer. Und wenn die Müllschlucker den Hals nicht vollkriegen können, besteht natürlich auch keine Notwendigkeit für die Industrie, sich auf eine Müllvermeidungsdiät zu setzen. Da ist es höchste Zeit, den Stecker rauszuziehen. Zumindest im Fall der 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol stehen die Chancen für einen umgekehrten Düsenantrieb nicht allzu schlecht, zumal australische UmweltschützerInnen und Müllofen-Betreiber auf Entsorgungsmöglichkeiten down under verweisen.

Kontakt: http://www.nrhz.de info(at)nrhz.de

Deutscher Bundestag Drucksache 16/4925 Kleine Anfrage BG90 29. 03. 2007

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Dr. Reinhard Loske, Rainder Steenblock, Cornelia Behm, Hans Josef Fell, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Renate Künast, Fritz Kuhn und der

Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Sondermüllimporte aus Industrieländern nach Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller:

Nachdem im Januar bekannt wurde das die australische Firma ORICA mehr als 20 000 Tonnen Hexachlorbenzolen (HCB) nach Deutschland zur Verbrennung bringen lassen möchte, nimmt die Verunsicherung in der betroffenen Bevölkerung stark zu.

Hexachlorbenzolen (HCB) gehört zum „dreckigen Dutzend“ gefährlicher Stoffe, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten worden sind. In Deutschland ist es seit 1981 als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen; früher wurde es vielfältig eingesetzt: in der Arzneimittel-und Düngemittelproduktion, als Pflanzenschutz-und Desinfektionsmittel. Der Chemiekonzern Orica hat den Export seiner teils seit Jahrzehnten gelagerten HCB-belasteten Abfälle nach Deutschland unter der Begründung beantragt, dass es in Australien keine geeigneten Verbrennungsanlagen gibt.

Nach den derzeitig bekannten Plänen sollen die 10 000 Tonnen Giftmüll, die nicht am deutschen Zielhafen Brunsbüttel verbrannt werden können, per Bahn ins Leverkusener Bayerwerk gebracht und dann mit Lastwagen auf die Anlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen-Bürrig verteilt werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. An welchen Maßstäben, Grundsätzen oder Kriterien orientiert sich die Bundesregierung bei Importen von Sonderabfällen?

2. Wie viel Sonderabfall wurde im Zeitraum 1996 bis 2006 nach Deutschland importiert (aufgelistet nach Jahr, Art und Herkunftsland des Abfalls)?

3. Wie hoch sind die in Deutschland aufgebauten Sonderabfallverbrennungskapazitäten?

4. Ist die Bundesregierung der Meinung, dass „Verbrennungsüberkapazitäten“ im Bereich Sonderabfallverbrennung vorhanden sind? Wenn ja, in welcher Höhe und wie konnten diese Überkapazitäten entstehen?

5. Ist der Bundesregierung bekannt, ob weitere Sonderabfallverbrennungsanlagen in Deutschland in Planung sind, und wenn ja welche (aufgeschlüsselt nach Ort und Kapazität)?

6. Unter welchen Voraussetzungen sieht die Bundesregierung die rechtliche Möglichkeit (insbesondere in Hinblick auf die Abfallverbringungsverordnung/Abfallverbringungsgesetz) gegeben, dass Landes- oder Bundesbehörden den geplanten Import von 22 000 Tonnen Hexachlorbenzolen aus Australien in die Bundesländer Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verbieten können?

7. Wenn ein Verbot möglich ist, auf welcher Rechtsgrundlage, und wenn nicht, welche gesetzlichen Bestimmungen sprechen dagegen?

8. Hält die Bundesregierung weiterhin an der auch von Deutschland ratifizierte Baseler Konvention fest, welches die Entsorgung von Giftmüll im eigenen Land vorsieht? Wenn ja, warum nicht in diesem Fall?

9. 9. Teilt die Bundesregierung die von dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vertretene Ansicht, „das Land besitzt keine rechtliche Möglichkeit, Importe aus anderen Bundesländern oder dem Ausland zu verhindern. Nach europäischem Recht können Landesbehörden eine Genehmigung nur verweigern, wenn es in NRW keine Entsorgungskapazitäten gibt“ (Die Welt, 4. Februar 2007)?

10. Teilt die Bundesregierung die in der Rheinischen Post vom 23. Februar 2007 zitierte Auffassung der Sprecherin von EU-Umweltkommissar Dimas, Frau Barbara Helfferich, es ergebe sich aus dem EG-

Recht für die deutschen Behörden keine Verpflichtung zur Genehmigung des geplanten Giftmülltransports aus Australien und teilt sie außerdem die an gleicher Stelle angeführte Auffassung der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission, auch wenn Australien nicht über geeignete Verbrennungsanlagen verfüge und Betreiber in NRW zur Entsorgung bereit und in der Lage seien, könne der Import abgelehnt werden?

11. Teilt die Bundesregierung die von dem Staatssekretär des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Dr. Alexander Schink in einer Sitzung des Düsseldorfer Landtags vom 28. Februar 2007 geäußerte Auffassung, dass auf Grundlage von Art. 4 Abs. 3 EG-AbfVerbrV nur die Bundesregierung Maßnahmen zum Verbot der Abfallverbringung ergreifen könne, nicht aber Landesregierungen?

12. Teilt die Bundesregierung die vom nordrhein-westfälischen Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Eckhard Uhlenberg in der Landtagssitzung vom 7. März 2007 geäußerte Ansicht, es sei Sache des Bundes und könne keinesfalls Sache einzelner Bundesländer sein, Abfalltransporten aus einem weit entfernten hochindustrialisierten Vertragsstaat des Baseler Übereinkommens entgegen zu treten?

13. Teilt die Bundesregierung die vom nordrhein-westfälischen Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Eckhard Uhlenberg in der Landtagssitzung vom 7. März 2007 geäußerte Auffassung, „angesichts der gegenwärtig deutlich wahrnehmbaren, schwindenden Akzeptanz für die Entsorgung gefährlicher Abfälle bei der betroffenen Bevölkerung [sei] ein Handeln der Bundesebene erforderlich“ und der Bund dürfe sich „der Frage, ob er die ihm zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen ergreifen oder die Abfallimporte aus Australien hinnehmen möchte, nicht unter Hinweis auf eine vermeintliche alleinige Zuständigkeit der Landesebene entziehen“?

14. Welche Transportroute ist genau geplant und wie soll der Transport bis Deutschland und innerhalb von Deutschland abgewickelt werden?

15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheit der geplanten Transportroute?

16. Wie ist die genaue Zusammensetzung der australischen Sonderabfälle, besteht eine Verunreinigung des Hexachlorbenzols?

17. Wenn ja, wie hoch wäre die zusätzliche Belastung durch Verbrennungsrückstände durch die geplanten 22.000 Tonnen australischen Hexachlorbenzols? (Aufgeschlüsselt nach Verbrennungsrückstand und Standort der Verbrennungsanlage)

18. Welchen Kenntnisstand hat Bundesregierung über Entsorgungskapazitäten für solche Abfälle in Australien?

19. Ist der Bundesregierung bekannt, wie seinerzeit die Abfälle bei der Sanierung des Olympiageländes in Sydney beseitigt wurden?

20. Welche technischen Anforderungen erfüllen die Anlagen, in denen die australischen Sonderabfälle behandelt werden sollen?

21. Plant die Bundesregierung eine Verschärfung der Grenzwerte für Verbrennungsanlagen?

22. Ist die Bundesregierung mit dem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel einer Meinung, dass die Verbrennung von Sonderabfällen aus anderen Industriestaaten in Deutschland ein Stück umweltpolitischer Verantwortung ist (DER SPIEGEL „Der Dreck der anderen“ 8/2007)?

23. Welche Initiativen wird die Bundesregierung unternehmen um dem Wunsch von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zu erfüllen, dass zukünftig deutsche Entsorgungstechnologie z.B. nach Australien exportiert wird, anstatt Giftmüll zu importieren (DER SPIEGEL „Der Dreck der anderen“ 8/2007)?

24. Kann die Bundesregierung des Geschäftsbereichsleiters Entsorgungswirtschaft der AGR mbH auf einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung in Herten am 6. Februar 2007 bestätigen, die Anlage in Herten sei für die Verbringung des Mülls aus Australien „von einer Bundesbehörde empfohlen worden“ und wenn ja, welche Bundesbehörde hat diese Empfehlung auf welcher Grundlage ausgesprochen?

Berlin, den 29. März 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Dr. Reinhard Loske, weiterer Abgeordneter und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/4925 -

Sondermüllimporte aus Industrieländern nach Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller: Nachdem im Januar bekannt wurde, dass die australische Firma ORICA mehr als 20.000 Tonnen Hexachlorbenzol (HCB) nach Deutschland zur Verbrennung bringen lassen möchte, nimmt die Verunsicherung in der betroffenen Bevölkerung stark zu.

Hexachlorbenzol (HCB) gehören zum „dreckigen Dutzend“ gefährlicher Stoffe, die durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten worden sind. In Deutschland ist es seit 1981 als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen; früher wurde es vielfältig eingesetzt, in der Arzneimittel- und Düngemittelproduktion, als Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel. Der Chemiekonzern Orica hat den Export seiner teils seit Jahrzehnten gelagerten HCB-belasteten Abfälle nach Deutschland unter der Begründung beantragt, dass es in Australien keine geeigneten Verbrennungsanlagen gibt.

Nach den derzeitig bekannten Plänen sollen die 10.000 Tonnen Giftmüll, die nicht am deutschen Zielhafen Brunsbüttel verbrannt werden können, per Bahn ins Leverkusener Bayerwerk gebracht und dann mit Lastwagen auf die Anlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen-Bürrig verteilt werden.

Vorbemerkung der Bundesregierung: Nach der grundgesetzlich festgelegten Aufgabenaufteilung in der Bundesrepublik Deutschland sind die Länder für den Vollzug des Abfallrechts zuständig. Hierzu gehört nach dem Abfallverbringungsgesetz auch die Genehmigung der Ein- oder Ausfuhr notifizierungspflichtiger Abfälle, für deren Erteilung die jeweils zuständige Behörde am Versand- bzw. Bestimmungsort zuständig ist.

Die in Deutschland geltenden rechtlichen Grundlagen für die Genehmigung von grenzüberschreitenden Abfallverbringungen oder deren Ablehnung sind die „Verordnung (EWG) Nr. 259/93 des Rates vom 1. Februar 1993 zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft“ (EGAbfallverbringungsverordnung – EG-AbfVerbrV) sowie das „Gesetz über die Überwa-

chung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen“ (Abfallverbringungsgesetz – AbfVerbrG) vom 30. September 1994.

Nach § 4 Absatz 1 Satz 1 AbfVerbrG gilt: „Zuständig für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verbringung von Abfällen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes ist die Behörde des Landes, in dem die Abfälle erstmals behandelt, gelagert oder abgelagert werden sollen.“ Dies umfasst u. a. auch die Genehmigung von grenzüberschreitenden Abfallverbringungen oder deren Ablehnung.

Lediglich für die Durchfuhr durch Deutschland (dabei liegen Herkunft und Entsorgung der Abfälle im Ausland) wurde - da gemäß EG-AbfVerbrV nur eine für die Durchfuhr zuständige Behörde zu bestimmen ist und da in diesen Fällen regelmäßig mehrere Bundesländer zuständig wären - das Umweltbundesamt im AbfVerbrG als zuständige Behörde festgelegt.

Dies vorausgeschickt, wird die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. An welchen Maßstäben, Grundsätzen oder Kriterien orientiert sich die Bundesregierung bei Importen von Sonderabfällen?

Der Bundesregierung obliegt keine Zuständigkeit für die Genehmigung von Importen von Abfällen. Für die zuständigen Behörden der Länder gelten die maßgeblichen Vorschriften der EG-AbfVerbrV und des AbfVerbrG. Die EG-AbfVerbrV setzt dabei die entsprechenden internationalen Regelungen des Basler Übereinkommens und der einschlägigen OECD-Beschlüsse um.

2. Wie viel Sonderabfall wurde im Zeitraum 1996 bis 2006 nach Deutschland importiert (aufgelistet nach Jahr, Art und Herkunftsland des Abfalls)?

Eine detaillierte Übersicht der nach Deutschland eingeführten notifizierten Abfälle auf Grund der von den Ländern an das Umweltbundesamt übermittelten Meldungen für den

Zeitraum 1995 bis 2005 ist als Anlage beigefügt. Die Zahlen für die Jahre 1995 bis 1997 basieren auf einer anderen Systematik und sind deshalb mit den Zahlen der folgenden Jahre nicht vergleichbar. Zahlen für das Jahr 2006 liegen noch nicht vor. Als „Sonderabfall“ werden gefährliche Abfälle verstanden; die beigefügte Statistik bezieht sich jedoch auf die notifizierten Abfälle, von denen regelmäßig nur der geringere Teil gefährlich ist. Notifizierungspflichtig sind im Wesentlichen alle Abfälle, die beseitigt werden, Abfälle, die gemäß gelber oder roter Liste der EG-AbfVerbrV verwertet werden und Abfälle, die verwertet werden, aber nicht gelistet sind oder auf Grund der Bestimmungen im Empfängerstaat zu notifizieren sind.

3. Wie hoch sind die in Deutschland aufgebauten Sonderabfallverbrennungskapazitäten?

Nach Auskunft des Bundesverbandes Deutscher Sonderabfallverbrennungsanlagen (BDSAV) belaufen sich die Verbrennungskapazitäten für Sonderabfall in Deutschland auf etwa 1,4 Mio. Tonnen, davon 0,7 Mio. Tonnen in öffentlich zugänglichen Anlagen und 0,7 Mio. Tonnen in betrieblichen Anlagen, meist der chemischen Industrie.

4. Ist die Bundesregierung der Meinung, dass „Verbrennungsüberkapazitäten“ im Bereich Sonderabfallverbrennung vorhanden sind? Wenn ja, in welcher Höhe und wie konnten diese Überkapazitäten entstehen?

Dies ist der Bundesregierung nicht bekannt. Es ist allerdings üblich, dass auf Märkten Kapazitäten und Preise korrespondieren, und durch die dadurch ausgelösten Marktreaktionen Über- oder Unterkapazitäten ausgeglichen werden.

5. Ist der Bundesregierung bekannt, ob weitere Sonderabfallverbrennungsanlagen in Deutschland in Planung sind, und wenn ja welche (aufgeschlüsselt nach Ort und Kapazität)?

Derartige Planungen sind der Bundesregierung nicht bekannt. Auch dem Bundesverband Deutscher Sonderabfallverbrennungsanlagen (BDSAV) sind nach dessen Auskunft keine Planungen für weitere Sonderabfallverbrennungsanlagen in Deutschland bekannt.

6. Unter welchen Voraussetzungen sieht die Bundesregierung die rechtliche Möglichkeit (insbesondere im Hinblick auf die Abfallverbringungsverordnung/Abfallverbringungsgesetz) gegeben, dass Landes- oder Bundesbehörden den geplanten Import von 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien in die Bundesländer Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verbieten könnten?

Bundesbehörden können die Einfuhr von Abfällen auf Grund des geltenden Rechts nicht verbieten.

Die zuständigen Landesbehörden haben im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen Möglichkeiten, die Einfuhr von Abfällen nicht zu genehmigen. Die in Deutschland geltenden rechtlichen Grundlagen für die Genehmigung von grenzüberschreitenden Abfallverbringungen oder deren Ablehnung sind die „Verordnung (EWG) Nr. 259/93 des Rates vom

1. Februar 1993 zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft“ (EG-Abfallverbringungsverordnung – EG-AbfVerbrV) sowie das „Gesetz über die Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen“ (Abfallverbringungsgesetz – AbfVerbrG) vom

30. September 1994.

Nach § 4 Absatz 1 Satz 1 AbfVerbrG gilt: „ Zuständig für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verbringung von Abfällen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes ist die Behörde des Landes, in dem die Abfälle erstmals behandelt, gelagert oder abgelagert werden sollen.“ Dies umfasst u. a. auch die Genehmigung von grenzüberschreitenden Abfallverbringungen oder deren Ablehnung.

Nach den Regelungen der EG-AbfVerbrV, insbesondere Art. 19 und 20 in Verbindung mit Art. 4 Abs. 3, ist die Genehmigung der Verbringung eine gebundene Entscheidung, das heißt, die notifizierende Person hat einen Anspruch auf Erteilung der Genehmigung, wenn nicht einer der Einwandsgründe der Verordnung vorliegt. Dies kann z. B. der Einwand sein, dass die vorgesehene Anlage für andere Abfälle benötigt wird oder dass der Einsatz der Abfälle in der Anlage gegen deutsches Recht verstößt. Der Bundesregierung liegen keine Informationen dazu vor, dass solche Gründe im vorliegenden Fall gegeben sind. Die Behörde des Bestimmungsortes kann jedoch zusätzliche Angaben zur Aufklärung des Sachverhaltes verlangen. Insbesondere muss gemäß Art. 19 Abs. 3 der EG-AbfVerbrV ein ausreichend begründeter Antrag des Versandstaats vorliegen, der sich darauf stützt, dass dieser die technische

Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die Beseitigung der Abfälle in einer umweltverträglichen Weise nicht besitzt und billigerweise nicht erwerben kann.

Nach Art. 4 Abs. 3 Buchstabe a Nr. i der EG-AbfVerbrV können die Mitgliedstaaten die Verbringung von zur Beseitigung bestimmten Abfällen allgemein oder teilweise durch gesetzliche Regelung verbieten. Ein solches Verbot ist im AbfVerbrG jedoch nicht enthalten. Dieses enthält lediglich für Verbringungen aus dem Bundesgebiet eine Vorrangregelung (§ 3 AbfVerbrG). Für Verbringungen in das Bundesgebiet einschließlich Einfuhren aus NichtEU-Ländern haben bislang weder der Gesetzgeber noch die Bundesregierung oder Länder bzw. die beteiligten Kreise die Notwendigkeit gesehen, vergleichbare Beschränkungen vorzusehen. Im vorliegenden Fall würde ein solches Verbot nach Auffassung der Bundesregierung auch nicht zur

Anwendung kommen, wenn in Australien wegen der geringen Menge die Errichtung einer Spezial-Beseitigungsanlage nicht rentabel wäre (Art. 20 Abs. 3 Satz 1

i.V.m. Art. 4 Abs. 3 Buchstabe a Nr. ii der EG-AbfVerbrV).

7. Wenn ein Verbot möglich ist, auf welcher Rechtsgrundlage, und wenn nicht, welche gesetzlichen Bestimmungen sprechen dagegen?

Siehe Antwort zu Frage 6.

8. Hält die Bundesregierung weiterhin an der auch von Deutschland ratifizierten Baseler Konvention fest, welches die Entsorgung von Giftmüll im eigenen Land vorsieht? Wenn ja, warum nicht in diesem Fall?

Die Bundesregierung hält am Basler Übereinkommen und seinen Zielen fest. Das Basler Übereinkommen fordert in Art. 4 Abs. 2 Buchstabe b) von den Vertragsparteien, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Verfügbarkeit geeigneter Entsorgungsanlagen, die sich „nach Möglichkeit“ im Inland befinden sollen, sicherzustellen; Art. 4 Abs. 9 Buchstabe a) bestimmt allerdings, dass Vertragsparteien geeignete Maßnahmen treffen, damit Verbringungen nur zugelassen werden, „wenn der Ausfuhrstaat nicht über die technische Fähigkeit und die notwendigen Anlagen, die Mittel oder die geeigneten Deponien verfügt, um die fraglichen Abfälle umweltgerecht und wirksam zu entsorgen“. Es gehört zu den grundsätzlichen Zielen des Basler Übereinkommens, weltweit die umweltgerechte Entsorgung sicherzustellen; hierzu kann auch gehören, Abfälle ggf. in anderen Vertragsparteien des Basler Übereinkommens zu entsorgen.

9. Teilt die Bundesregierung, die von dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vertretene Ansicht, „das Land besitzt keine rechtskräftige Möglichkeit, Importe aus anderen Bundesländern oder dem Ausland zu verhindern. Nach europäischem Recht können Landesbehörden eine Genehmigung nur verweigern, wenn es in NRW keine Entsorgungskapazitäten gibt“ (Die Welt, 04.02.2007)?

Die Bundesregierung teilt eine solche Auffassung nicht. Im Einzelnen wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

10. Teilt die Bundesregierung die in der Rheinischen Post vom 23.02.2007 zitierte Auffassung der Sprecherin von EU-Umweltkommissar Dimas, Frau Barbara Helfferich, es ergebe sich aus dem EG-Recht für die deutschen Behörden keine Verpflichtung zur Genehmigung des geplanten Giftmülltransports aus Australien und teilt sie außerdem die an gleicher Stelle angeführte Auffassung der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission, auch wenn Australien nicht über geeignete Verbrennungsanlagen verfüge und Betreiber in NRW zur Entsorgung bereit und in der Lage seien, könnte der Import abgelehnt werden?

Wie bereits in der Antwort auf Frage 6 ausgeführt, ist die Genehmigung der Verbringung eine gebundene Entscheidung; dies ergibt sich aus Art. 19 und 20 in Verbindung mit Art. 4 Abs. 3 der EG-AbfVerbrV. Demzufolge hat die notifizierende Person einen Anspruch auf Erteilung der Genehmigung, wenn nicht einer der Einwandsgründe der Verordnung vorliegt.

11. Teilt die Bundesregierung die von dem Staatssekretär des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Dr. Alexander Schink in einer Sitzung des Düsseldorfer Landtags vom 28. Februar 2007 geäußerte Auffassung, dass auf Grundlage von Art. 4 Abs. 3 EG-AbfVerbrV nur die Bundesregierung Maßnahmen zum Verbot der Abfallverbringung ergreifen könne, nicht aber Landesregierungen?

12. Teilt die Bundesregierung die vom nordrhein-westfälischen Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Eckhard Uhlenberg in der Landtagssitzung vom 07.03.2007 geäußerte Ansicht, es sei Sache des Bundes und könne keinesfalls Sache einzelner Bundesländer sein, Abfalltransporten aus einem weit entfernten hochindustrialisierten Vertragsstaat des Baseler Übereinkommens entgegen zu treten?

Nein, siehe Antwort zu Frage 6.

13. Teilt die Bundesregierung, die vom nordrhein-westfälischen Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Eckhard Uhlenberg in der Landtagssitzung vom 07.03.2007 geäußerte Auffassung „angesichts der gegenwärtig deutlich wahrnehmbaren, schwindenden Akzeptanz für die Entsorgung gefährlicher Abfälle bei der betroffenen Bevölkerung [sei] ein Handeln der Bundesebene erforderlich“ und der Bund dürfe sich, „der Frage, ob er die ihm zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen ergreifen oder die Abfalltransporte aus Australien hinnehmen möchte, nicht unter Hinweis auf eine vermeintliche alleinige Zuständigkeit der Landesebene entziehen“?

Nein, siehe Antwort zu Frage 6.

14. Welche Transportroute ist genau geplant und wie soll der Transport bis Deutschland und innerhalb von Deutschland abgewickelt werden?

Dies ist der Bundesregierung nicht bekannt; hierfür sind die zuständigen Behörden der beteiligten Länder im Rahmen des Notifizierungsverfahrens zuständig.

15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheit der geplanten Transportroute?

Die Bundesregierung hält Transporte grundsätzlich für sicher, bei denen das hierfür geltende Recht, u. a. das Abfallrecht und ggf. das Gefahrgutrecht, eingehalten wird. Anhaltspunkte dafür, dass dies im vorliegenden Fall nicht so wäre, sind der Bundesregierung nicht bekannt.

16. Wie ist die genaue Zusammensetzung der australischen Sonderabfälle, besteht eine Verunreinigung des Hexachlorbenzols?

Dies ist der Bundesregierung unbekannt und Gegenstand der von den zuständigen Behörden der Länder zu bearbeitenden Notifizierungsverfahren.

17. Wenn ja, wie hoch wäre die zusätzliche Belastung durch Verbrennungsrückstände durch die geplanten 22.000 Tonnen australischen Hexachlorbenzols?

Dies ist der Bundesregierung nicht bekannt.

18. Welchen Kenntnisstand hat die Bundesregierung über Entsorgungskapazitäten für solche Abfälle in Australien?

Hierüber liegen der Bundesregierung keine spezifischen Erkenntnisse vor. Der Bundesregierung liegen jedoch allgemein zugängliche Informationen vor, nach denen Australien nicht über Entsorgungsanlagen verfügt, die für die umweltgerechte Behandlung der 22.000 Tonnen HCB-haltigen Abfälle geeignet sind.

19. Ist der Bundesregierung bekannt, wie seinerzeit die Abfälle bei der Sanierung des Olympiageländes in Sydney beseitigt wurden?

Nein.

20. Welche technischen Anforderungen erfüllen die Anlagen, in denen die australischen Sonderabfälle behandelt werden sollen?

Dies ist der Bundesregierung nicht bekannt und liegt in der Zuständigkeit der jeweiligen Genehmigungs- und Überwachungsbehörden der Länder.

21. Plant die Bundesregierung eine Verschärfung der Grenzwerte für Verbrennungsanlagen?

22. Ist die Bundesregierung mit dem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel einer Meinung, dass die Verbrennung von Sonderabfällen aus anderen Industriestaaten in Deutschland ein Stück umweltpolitischer Verantwortung ist (DER SPIEGEL „Der Dreck der anderen“ 8/2007)?

Nein.

Ja, soweit dies im Sinne und zur Erreichung des globalen Schutzes der Umwelt geschieht; siehe auch Antwort auf Frage 8.

23. Welche Initiativen wird die Bundesregierung unternehmen, um dem Wunsch von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zu erfüllen, dass zukünftig deutsche Entsorgungstechnologie, z.B. nach Australien exportiert wird, anstatt Giftmüll zu importieren (DER SPIEGEL „Der Dreck der anderen“ 8/2007)?

Deutschland ist beim Export von Umwelttechnologien weltweit führend. Das Bundesumweltministerium hat zusätzlich eine Initiative zur Stärkung des Exports von Entsorgungs- und Effizienztechnologien angestoßen, um Synergieeffekte und fruchtbare Kooperationen zwischen den deutschen Anbietern zu erleichtern. Dabei wird auf die Aktivierung und Koordinierung eines Netzwerkes von Unternehmen, Ingenieurbüros, Forschungsinstituten, Handelskammern und Organisationen der Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit abgestellt, die sich am Export von deutschen Entsorgungstechnologien beteiligen bzw. diesen beabsichtigen. Derzeit wird ein Dialog über den Handlungsbedarf im Rahmen dieser Exportinitiative mit den beteiligten Kreisen vorbereitet. Konkrete Ergebnisse sind Ende 2007 zu erwarten und sollen als eine solide Grundlage für eine akteurübergreifende und gezielte Strategie für die Exporte im besagten Technologiebereich dienen.

24. Kann die Bundesregierung die Aussage des Geschäftsbereichsleiters Entsorgungswirtschaft der AGR mbH auf einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung in Herten am 6. Februar 2007 bestätigen, die Anlage in Herten sei für die Verbringung des Mülls aus Australien „von einer Bundesbehörde empfohlen worden“ und wenn ja, welche Bundesbehörde hat diese Empfehlung auf welcher Grundlage ausgesprochen?

Bundesbehörden waren an den Verhandlungen zwischen den beteiligten Firmen nicht beteiligt. Das Zitat einer Aussage des Geschäftsbereichsleiters der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet, AGR, bezog sich nach dessen Aussage auf die Bezirksregierung in Münster, eine Landesbehörde. Es hat allerdings im Rahmen der bi- und multilateralen Zusammenarbeit im Rahmen des Basler Übereinkommens und des Stockholmer Übereinkommens Kontakte von Mitarbeitern des Umweltbundesamtes mit australischen Behörden- und Unternehmensvertretern gegeben, die nach einer prinzipiellen Möglichkeit der Entsorgung der genannten Abfälle in Deutschland fragten. Eine solche wurde dabei mit Hinweis auf die hohen Umweltanforderungen in Deutschland grundsätzlich bejaht; einzelne Anlagenstandorte wurden hierbei nicht empfohlen.

Dokument: 05_Antwort.doc Stand: 17.04.2007, 13:13 Uhr, BMU-0-15-17

An
Landtagsfraktion der Grünen und der SPD

Landesregierung NRW

APPELL ZUM THEMA GIFTMÜLLVERBRENNUNG UND GESUNDHEIT BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN SV HERTEN

sehr geehrte Abgeordnete der SPD sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung

Liebe Grüne

Am 28 03 2007 habe ich den Landtag als „Zuhörer“ besucht. Der Antrag der SPD/Grünen -Landtagsfraktion zum australischen Giftmüll wurde von CDU/FDP abgelehnt.

Obwohl es unbestritten ist, dass die Menschen hier vor Ort, insbesondere Kinder und Ungeborene durch die Sondermüllverbrennung/Restmüllverbrennung , (bis zu 590 000 t nach Erweiterung) gesundheitlich belastet werden, **wird das Thema Gesundheit und Giftmüllverbrennung bei Anträgen im Landtag – zuletzt zum Thema australischer Giftmüll -nicht berücksichtigt.**

Auch die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden werden der fortschreitenden Gefährdung durch die Dauerbelastung der Müllverbrennung nicht gerecht.

Staub, Rauch und Abgase werden in die Luft geblasen, es entweichen neben den Schwermetallen wie Blei, Cadmium und Quecksilber auch geringe Mengen von Furanen und das Sevesogift Dioxin, die giftigste, krebserregende und missbildungsfördernde, von Menschenhand geschaffene Substanz. Sie ist im Boden in hunderten von Jahren nicht abbaubar und reichert sich über die Nahrungskette im Fettgewebe, Nerven- und Immunsystem unseres Körpers und sogar in der Muttermilch an. Dioxine und Furane sind aus dem menschlichen Organismus kaum wieder auszuscheiden und gelten auch in geringster, nicht mehr messbarer Dosis als krebserregend. Für andere gefährliche Substanzen, wie organische Kohlenstoffverbindungen, chlorierte Benzole und Phenole gibt es eigenartigerweise keine ausreichenden Untersuchungsreihen und Antragsunterlagen.

Das RZR produziert heute Gifte, die auch unsere Kinder und Enkelkinder morgen noch belasten werden. Technische Richtlinien, wie die TA Luft werden daran orientiert, was Technik heute zu leisten vermag, sie garantieren aber keine gesundheitliche Unbedenklichkeit. Anstatt die Politik

in NRW sich für eine Reduzierung des Müllaufkommens einsetzt, sieht sich der Hertener Bürger teure Überkapazitäten und Unmengen von importierten Giftmüll konfrontiert.

Das RZR in Herten mit einer Kapazität von 1616 t Müll/Tag erzeugt 12 120 000 m3 Rauchgas/Tag = 4 423 800 000 m3/Jahr der erlaubte Dioxinwert bezogen auf die Rauchgasmenge von 12 120 000 m3 beträgt 1 120 000 000 pg Dioxine/Tag und ist gleich zusetzen mit „ 1 120 000 000 kg Körpergewicht Mensch pro Tag“. Bei einem Durchschnittsgewicht von 70 kg würden theoretisch 17 314 286 Menschen mit der erlaubten Höchstdosis belastet. Herten hat nur knapp 65 000 Menschen. Nach Recht und Gesetz BImSchV. spielt das keine Rolle, nach dem Grundrecht der Bürger auf körperliche Unversehrtheit schon.

Es werden unweigerlich eine unbekannte Zahl von Menschen bei diesen großen Giftmengen gesundheitlich beeinträchtigt, insbesondere die Schwächsten.

Es ist nicht Schuld des Betreibers, der sich ja an die Auflagen der BImSchV zu halten hat, sondern das viel gepriesene geltende Recht und die Landes- und Bundespolitik, die solche Missstände nicht reduziert oder gar verhindert..

Die Berechnung der übrigen Ultragifte und Gifte die hier in Herten das RZR verlassen, lasse ich Außen vor.

Die viel zitierte BImSchV behandelt einen kleinen Bruchteil der bei der Müllverbrennung entstehenden Emissionen, der weitaus größere Teil wird nicht erfasst und wird in allen Auswirkungen nicht hinreichend gewürdigt.

Über die Dauergiftberieselung hier vor Ort lässt sich sagen: Eine statistische Gesundheitsgefährdung liegt vor. Die Menschen werden von den Politikern über den Umfang der Gesundheitsgefährdung im Ungewissen gelassen. Die behördlichen Auflagen und Untersuchungen sind in Bezug auf den Gesamtoutput des RZR völlig unzureichend.

Nach dem Willen der NRW-Politik sollen bewusst Auflagen und Untersuchungen auch in Zukunft nicht modifiziert, der Import von Giftmüll in großen Stil beibehalten werden.

Bitte treten sie für die Gesundheit der Bevölkerung ein, reduzieren sie die Belastung hier vor Ort.

Sagen sie den Leuten die Wahrheit über die gesundheitliche Belastung und Folgeschäden durch die Verbrennung von Giftmüll und Restmüll hier in Herten und setzen sie sich für eine moderne Überwachung und zeitgemäße Gutachten in Sachen Müllverbrennung/Giftmüllverbrennung/Gesundheitsrisiken ein.

Veranlassen Sie eine moderne und überfällige Bestandsaufnahme der Belastungssituation hier vor Ort und stoppen sie den Giftmüllimport.

Mit freundlichen Grüßen, Karl Kneip

EMAIL-ANFRAGE VOM SYDNEY MORNING HERALD NEWSPAPER, AUSTRALIA

Von: Deborah Cameron
Gesendet: Freitag, 30. März 2007 02:33
An: jj(at)pro-herten.de

Betreff: query from sydney

Mr Jurgens Joachim, Herten Community Group

Dear Mr Joachim,

I am a journalist working for the Sydney Morning Herald newspaper in Australia.

I have been in touch with the Mariann Lloyd-Smith of the National Toxics Network who has given me your email address.

I am working on a story about hazardous waste and have heard about the plans by Orica to send at least 22,000 tonnes of toxic material to Germany for incineration. I understand your group is strongly opposed to this.

I would like to include in my story some comments about this shipment from your perspective. I am happy to speak to you by telephone though it may also be convenient for you to reply by email. Below are my questions. The editor is keen to run the story as soon as possible so I hope that you can help.

1. What is your reaction to Orica's plan to ship its waste to Germany for incineration?
2. Has the Orica plan affected Australia's reputation in Germany or wider Europe?
3. What message do you have for Australia's environment minister, Mr Malcolm Turnbull, who must decide soon whether to grant the permit?

4. What efforts have you made to raise awareness about the shipment and prevent its from being sent? (Can you give me details of your petition and the response in Germany to it?)
5. Have you had direct contact with Orica? If so what has Orica said to your group?
6. What further action do you intend to take?
7. Do you know when the incinerators are expecting the waste to arrive?

Yours sincerely,Deborah Cameron , Journalist
The Sydney Morning Herald, GPO Box 506
Sydney 2001
phone: 02 9282 3212 (direct) 04 4816 3181 (mobile)

ANTWORT VON: J.JÜRGENS (

Gesendet: Freitag, 30. März 2007 09:39
An: 'Deborah Cameron'
Betreff: AW: query from sydney

Dear Mrs. Cameron

Thank you for your Email.

I will answer you question explicitly very soon,

At first I like to send some information – by the way, you will find a lot of Information on www.pro-herten.de

we handed over 11.000 protests to our local Minister for environment (North Rhine-Westphalia) (see Picture, on left-Minister E. Uhlenberg, on middle it's me, right parson off the Lutheran-church A.Willkes You can get at any time better photos also.). We give him also the "Order" to send these protests also to Australia.

Follows a resolution, which public we made on our the homepage. We know that many copies were sent of it to Australia. Enclosed also a resolution of the city administration Herten in your language. We and the Cities got still no answer or any reaction form Australia.

More about your question very soon or phone me, Regard, Joachim Jürgens

ERWIDERUNG VON: DEBORAH CAMERON

Gesendet: Freitag, 30. März 2007 10:19
An: J.Jürgens (RX)
Betreff: RE: query from sydney

Thank you for your quick response. I will read the material that you have recommended and I look forward to hearing more from you.

Yours sincerely,

TITELSITE H.A. DRITTE-WELT-MÜLL NACH HERTEN?, 29.03.07

Uhlenberg sieht NRW in der Pflicht

VON WILFRIED GOEBELS

HERTEN/DÜSSELDORF.

In der Debatte um Giftmüll-Transporte aus Australien nach Herten hat sich NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) erneut klar gegen einen Import gefährlicher Abfälle ausgesprochen.

Falls es aber am Ende keine erkennbar objektiven „Einwandsgründe" gebe, müsse die Behörde einen Import schließlich doch genehmigen, sagte Uhlenberg jetzt im Düsseldorfer Landtag.

Nach Angaben des Ministers liegt dem Ministerium weiterhin keine Erklärung der Australischen Regierung vor, lass das Land nicht selbst über geeignete Anlagen zur Verbrennung der Giftstoffe der Firma Orica verfüge. Ohne

diese Erklärung ist ein Import nicht möglich. Orica will insgesamt 11000 Tonnen Giftmüll in Herten, Leverkusen und Dormagen verbrennen lassen.

Uhlenberg warnt die Opposition allerdings davor, die Entsorgungsstruktur in NRW in ein schlechtes Licht zu rücken und Giftmüll-Importe generell abzulehnen. „Es gibt Staaten in der Dritten Welt, die eine Entsorgung gefährlicher Abfälle nicht selbst sicherstellen können. Diesen Staaten muss erlaubt sein, für die Beseitigung von Abfällen Anlagen auch in NRW zu nutzen."

Uhlenberg weiter: „Verlieren Sie die Umwelt und die Gesundheit der Menschen in Ländern der Dritten Welt nicht aus dem Blick."

KOMMENTAR , DER GIFTMÜLL UND DIE POLITIK

Wer keine Verantwortung trägt, kann sich leicht empören, meint Michael Wallkötter

Dass Sonderabfälle aus Australien im 16 000 Kilometer entfernten Herten entsorgt werden sollen, ist -aus um weltpolitischer Sicht - in der Tat ein fragwürdiger Vorgang. Aber verkommt das nördliche Ruhrgebiet damit gleich zur Müllkippeder Welt? Ist das Image der Region nun nicht mehr zu retten, wie manche behaupten?

Kein Thema hat in letzter Zeit so viele Emotionen geweckt wie der Import und die Verbrennung von australischem „Giftmüll". Ein Aufschrei der Empörung geht durch die politische Landschaft. Stadträte verabschieden Resolutionen, die zwar formschön, aber leider mangels Zuständigkeit zweckfrei sind. Egal, der Bürger, der mittlerweile total verschreckt ist, wird den guten Willen schon honorieren. Und da die Entscheidung ohnehin auf anderer -höherer - Ebene fällt, muss der Lokalpolitiker für seine Beschlüsse ja auch nicht gerade stehen.

Zur Sache: Die Drehrohröfen im RZR Herten sind genehmigt und gebaut worden, um Sondermüll zu verbrennen. Die damalige grüne NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn hat selbst daran mitgewirkt, dass das RZR weltweit zu den Top-Anlagen gehört auch unter Umweltgesichtspunkten. Politiker, die jetzt aus allen Wolken fallen, müssten eigentlich wissen, dass die Entsorgung von Sonderabfällen kein regionales, sondern ein internationales Geschäft ist und dass der RZR-Betreiber AGR aus Gründen der Unternehmenssicherung auf diesem lukrativen Markt mitmischen muss.

Der Emscher-Lippe-Raum will sich nicht als Kurort, sondern als Industrieregion vermarkten. Ist da eine hochmoderne Müllverbrennungsanlage nicht eher ein Standortvorteil als ein Image-Desaster? Wer aber keine Giftmüll-Importe aus fernen Ländern will, muss dafür sorgen, dass die internationalen Abkommen geändert werden. Da dieser Kurswechsel nicht im Ruhrgebiet entschieden wird, haben die Politiker des Regionalverbandes Ruhr (dem RVR gehört die AGR) zurecht beschlossen, das Australien-Geschäft laufen zu lassen. Alles andere wäre nicht nur rechtswidrig, sondern auch betriebswirtschaftlicher Unsinn gewesen.

An Recklinghäuser Zeitung

z.Hd. Herrn Wallkötter

DAZU: LESERBRIEF/PRESSEMITTEILUNG VON PRO-HERTEN

Der Giftmüll und die Menschen

Wer keine Verantwortung trägt, kann sich leicht empören -kommentiert HA-Redakteur Wallkötter. Wer keine Verantwortung trägt, kann leicht schreiben -könnte man antworten. Aber ein Redakteur trägt eben doch Verantwortung, z.B. für die richtige Darstellung von Sachverhalten. Ebenso klar dürfte sein, dass Lokalpolitik eben doch Verantwortung für Politik vor Ort tragen muss. Dass die Stadtparlamente im Kreis Recklinghausen, Gelsenkirchen, Herne, Dormagen und anderswo Resolutionen gegen die Giftmüllimporte verfassen, ist darum als gute kommunale Politik zu loben. Die Räte fordern damit die Eung gesetzlicher Regelungen und internationaler Abkommen ein, die eine ortsnahe Entsorgung gefährlicher Abfälle vorschreiben. Entgegenstehende Äußerungen von Herrn Hegemann zeigen nur, dass Politik allzu oft nur halbinformiert ist. Er sollte sich bei CDU-Minister Uhlenberg, der von Anfang an die Importe strikt ablehnte, sachkundig machen.

Dass Australien selbst entsorgen könnte (wenn Politik und der Giftmüllerzeuger Orica es nur wollten), konnte inzwischen durch öffentlich zugängliche Dokumente Oricas sowie der australischen Regierung nachgewiesen werden. Die Idee Oricas, trotzdem -weil kostengünstig in Deutschland zu entsorgen, stand deshalb von Anfang an auf wackeligen Füssen und beruhte außerdem auf der grundlegenden Fehleinschätzung hinsichtlich der Akzeptanz einer Verbrennung in Deutschland.

Im Laufe des Jahres 2005 hatte sich halbherzige Versuche Oricas, eine Anlage zur Verbrennung der Hexachlobenzol-Abfälle in Australien zu errichten am Widerstand der australischen Bevölkerung als schwierig erwiesen. Andererseits winkten die Anlagenbetreiber in Deutschland mit ihren technisch guten, aber unausgelasteten Anlagen mit Dumpingpreisen und behaupteten, die Verbrennung sei hier Alltagsgeschäft und allseits akzeptiert von Seiten der Politik, der Bevölkerung, sogar den Grünen und den Umweltverbänden. Kein Wunder also, dass sich Orica die Entsorgung in Deutschland auf den Plan schrieb. Das dem entgegenstehende Baseler Abkommen sollte überwunden werden durch eine Erklärung der Australischen Regierung, man könne im eigenen Lande nicht entsorgen.

Ob daraus noch etwas wird, steht aber dahin, denn die Erklärung aus Australien lässt auf sich warten. Offenbar verfehlt der breite Protest in Deutschland, den vor allen tausende von Unterschriften von Bürgern und die zahlreichen Resolutionen der Kommunalparlamente dokumentieren, nicht seine Wirkung in Australien. Antworten des australischen Umweltministers Malcom Turnbull vom vergangenen 26. März lassen jedenfalls vermuten, dass die australische Regierung verunsichert ist Womöglich entscheidet sich Australien gegen den Export. Die Verschiffung des Giftmülls nach Deutschland würde die Reputation Australiens stark beschädigen.

M.M. Schwirske, Pro-Herten, 1.4.2007

DIE LINKE. PDS

Kreistag Recklinghausen

Per eMail an Landrat Jochen Welt

Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom Unser Zeichen Datum

31. März 2007

ANTRAG DER GRUPPE DER LINKEN IM KREISTAG ZUR PREISBILDUNG BEIM HAUS- UND SONDERMÜLL

Sehr geehrter Herr Landrat Jochen Welt,

die Gruppe der Linken im Kreistag bittet Sie hiermit, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages am 21. Mai 2007 zu setzen:

1. Der Kreistag fordert die Verwaltung auf, alle Maßnahmen zu treffen, um über Eko-City und die AGR eine Prüfung der betriebswirtschaftlichen Rechnung des „RZR“ zu erwirken.

2. Soweit dies erforderlich ist, fordert der Kreistag seine Vertreter(innen) im RVR auf, entsprechende Beschlüsse im RVR herbei zu führen.

3. Die Verwaltung wird aufgefordert, nach eingehender Prüfung der betriebswirtschaftlichen Rechnung des „RZR“ die Ergebnisse dem Kreistag bekannt zu geben. der Prüfung muss die Beantwortung folgender Fragen sein:

> a) Erfolgt durch das RZR eine getrennte Gewinn- und Verlustrechnung für den Bereich der Beseitigung des Hausmülls und des Sondermülls und inwieweit ist dies auch für die zukünftige Verbrennung gewerblichen Siedlungsabfalls geplant? b) Werden mit den vom Kreis Recklinghausen von den Städten erhobenen Gebühren für die Beseitigung von Hausmüll Verluste im Bereich der Sondermüllverbrennung ausgeglichen?
>
> c) Werden mit den vom Kreis Recklinghausen von den Städten erhobenen Gebühren für die Beseitigung von Hausmüll günstigere Preise für die Verbrennung von Sondermüll erzielt?
>
> d) Wie ist auszuschließen, dass nach der Inbetriebnahme des dritten und vierten Ofens für gewerblichen Siedlungsmüll eine „Subventionierung“ auf Kosten der Gebührenzahler erfolgt?

Begründung:

Bereits in den 80er Jahren wurde durch die Zentraldeponie Emscherbruch der Fortbestand des „RZR“ und die kostenträchtige Produktion von Eco-Briketts sichergestellt. Von einer solchen Quersubventionierung ist auch heute hinsichtlich des Haus- und Sondermülls auszugehen.

So wird im Positionspapier der Kreistagsfraktion der Grünen vom Februar 1985 dargestellt, dass sich die damals planenden Unternehmen – Mannesmann, Gelsenberg bzw. VEBA – eine Industriemüllverbrennungsanlage nur im Verbund mit einer Hausmüllverbrennungsanlage vorstellen konnten, da das Preisrisiko ansonsten zu hoch sei.

Herr Moll von der Betriebsführungsgesellschaft der AGR soll – laut Aussage einer Fragestellerin bei der Informationsveranstaltung des APBU-Herten am 06.02.2007 im Hertener Glashaus – in einer Parteiveranstaltung der SPD in Herten geäußert haben, dass der Sondermüllbereich auch in der Vergangenheit schon rote Zahlen geschrieben habe. Am 22.01.2007 soll Herr Feldmann von der Bezirksregierung Münster in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt (APU) der Stadt Herten ausgeführt haben, dass nur noch wenig Sondermüll in der BRD anfalle, so dass schon eine Sondermüllverbrennungsanlage geschlossen worden sei. In der Veranstaltung am 06.02.2007 sei dargestellt worden, dass der Sondermüllteil des „RZR“ für 2007 nur zu 50% ausgelastet sein werde.

Dies macht es nachvollziehbar, dass die AGR alles unternimmt, um weltweit Sonderabfall zu akquirieren. Am 05.11.2004 berichtete die taz unter der Überschrift „Kommunalentsorger globalisiert“, dass EkoCity ab sofort auf europäischer Ebene mit dem italienischen Abfallwirtschaftsverband Vitalia zusammenarbeiten wird. Hierbei geht es aber weniger um den Bereich der kommunalen Entsorgung, als um Lobbytätigkeit zur Akquirierung „besonderer Abfälle“. „Gerade im Bereich besonderer Abfälle lohne sich eine Zusammenarbeit, denn ‚vernünftige Anlagen für deren Behandlung gibt es in Europa nicht so häufig’, sagt Schröter.“

Achim Schröter ist Sprecher des Verbandes Kommunale Abfallwirtschaft im Verband kommunaler Unternehmen. Das geplante Geschäft mit dem australischen HCB-Abfallimport dürfte da nur die „Spitze des Eisbergs“ sein. Was aber bewegt Unternehmen wie z.B. den Chemiemulti Orica, der seinen hochgiftigen Sondermüll erst jahrzehntelang in Australien gehortet hat und nun statt im eigenen Land 16.000 km entfernt in Deutschland zu verbrennen, sonst als der Preis?

Es spricht alles dafür, dass der Sondermüllverbrennungsteil des RZR mit einer Kapazität von 90.000 t/a nur über eine Quersubventionierung innerhalb des Unternehmens aufrechterhalten und so auch ein günstigerer Preis zur Verbrennung von Sondermüll angeboten werden kann. Eine solche Quersubvention zugunsten der Sondermüllverbrennung würde aber bedeuten, dass diese durch die Abfallgebührenzahler, die dem Anschluss- und Benutzungszwang unterliegen, mitfinanziert wird. Es unterliegt der Zuständigkeit des Kreises, dass Gebührenzahler für Leistungen, von denen die Gebührenzahler nichts haben, nicht in Regress genommen werden. Der Kreistag hat dafür zu Sorge zu tragen, dass die Gebührenzahler darüber informiert und nicht unberechtigter Weise für die Verbrennung von Sondermüll in Anspruch genommen werden.

Derzeit werden der 3. und 4. Siedlungsmüllofen gebaut, in denen siedlungsmüllähnliche Gewerbeabfälle verbrannt werden sollen. Das Sanierungskonzept der AGR, dass seinerzeit der Verbandsversammlung des RVR vorlag, sieht vor, dass mit der Erweiterung der Anlage „Stille Reserven“ mobilisiert werden. Konkret bedeutet dies, dass bereits vorhandene Anlagenteile und die Infrastruktur mit genutzt bzw. vorhandenes Personal mit eingesetzt werden sollen. Ohne Einsichtnahme in die Kostenrechnung heute – und natürlich nach Inbetriebnahme der beiden neuen Anlagen – wäre auch hier nicht auszuschließen, dass eine Quersubventionierung zu Lasten der Gebührenzahler erfolgt.

Mit freundlichem Gruß

Detlev Beyer-Peters
Victoriastraße 182 D, 45772 Marl,
eMail: Detlev.Beyer-Peters(at)t-online.de

Gudrun Erfurt
Elisabethstraße 11, 45968 Gladbeck
erfurtnagel(at)aol.com

SPD PROTESTIERT GEGEN GIFTMÜLL MEDIENHAUS BAUER; 31.03.2007

DÜSSELDORF. (hb) Fünf Wochen haben sie Protestunterschriften gesammelt, nun übergab eine Abordnung des SPD-Ortsvereins (OV) Hochlarmark die Listen an NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg. 1782 Bürger lehnen die Verbrennung australischen Giftmülls im Hertener RZR ab.

Der SPD-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Andreas Becker hatte kurzfristig den Termin mit Uhlenberg organisiert. Die Stoßrichtung der Genossen in der Südstadt ist klar. Sie sind der Auffassung, dass die Ortsteile südlich der Autobahn 2 durch das STEAG-Kraftwerk und die Müllverbrennungsanlage auf der Stadtgrenze zu Herten bereits heute mehr als zumutbar belastet sind.

CDU-Minister Uhlenberg wiederholte im Gespräch mit den Recklinghäuser Kommunalpolitikern, dass er selbst den Transport von Giftmüll von Australien ins Ruhrgebiet ebenfalls ablehnt. Allerdings sei er an Gesetze und Verfahren gebunden. Diesen Standpunkt hatte der CDU-Politiker bereits in der Plenumsdebatte des Landtags zum Thema Giftmüll vertreten. "Ich halte das für eine falsche Position. Nach meiner Einschätzung hat die Landesregierung sehr wohl einen Ermessensspielraum, der auch ein Verbot der Giftmüllverbrennung möglich macht", so Klaus-Dieter Herrmann. Sollte das Geschäft durch die AGR tatsächlich abgeschlossen werden, könne sich der Minister am 19. Juni auf einen heißen Tanz einrichten. Dann kommt der

CDU-Politiker nämlich zur Einweihung der sogenannten Drachenbrücke, die Hochlarmark mit der Halde Hoheward verbindet, nach RE.

APRIL

GEGEN HCB, JEDOCH FRAGWÜRDIGE ERWERBSQUELLE DER CBG, 1.4.07?

Anmerkung Verfasser: das u.a. angebotene Flugblatt wurde unter www.pro-herten.de schon am 20.Febr. 2007 ins Netz gestellt.

Von: CBGNetwork [mailto:koehler-schnura(at)cbgnetwork.de]
Gesendet: Sonntag, 1. April 2007 18:59
An: Giftmülltourismus stoppen!
Betreff: Kampagne gegen Giftmüllverbrennung erfolgreich

Hochgefährlicher Giftmüll soll aus Australien um die ganze Erde transportiert werden, nur um bei BAYER in Leverkusen und in anderen Müllverbrennungsanlagen für "profitable Auslastung zu sorgen". Von den Transport-Gefahren auf See und quer durch Deutschland abgesehen, können die AnwohnerInnen sehen, wie sie mit den gefährlichen Emissionen klarkommen.

Seit Wochen organisieren wir den Widerstand gegen diesen Skandal. Mit Erfolg! Tausende haben bereits unterschrieben; überall finden Aktionen und Infostände statt, in Brunsbüttel wurde bereits demonstriert; BAYER und die anderen Betreiber sind in die Defensive geraten; die zuständigen Minister in Schleswig-Holstein und in NRW stehen unter Druck und wollen ihre Haltung "überdenken"; ebenso die australische Regierung, die die Exportgenehmigung erteilen muss.

Weitere Informationen finden sich in den virenfreien pdf-Dateien im Anhang und auf unserer Internetseite www.CBGnetwork.org.

Was ist nun das Problem? Wir haben kein Geld mehr für die Fortführung der Kampagne. Zwar unterschreiben Tausende unsere Forderung "Verbrennung von Giftmüll stoppen!" (siehe auch weiter unten), aber die Spenden fließen nur sehr spärlich. Zu spärlich!

Spenden (und Förderbeiträge) brauchen wir, denn wir arbeiten bis auf eine Person ehrenamtlich und bekommen aufgrund unserer konsequent konzernkritischen Haltung keine offizielle Unterstützung. Wir stehen einem der mächtigsten multinationalen Konzerne gegenüber, der lange Arm von BAYER reicht weit!

Bitte überlegen Sie, ob für Sie eine Spende möglich ist. Werden Sie Fördermitglied (ab 60 Euro jährlich). Wir können den Giftmüll aus Australien nur stoppen, wenn wir die Kampagne weiterfinanzieren können. Dafür brauchen wir auch Ihre finanzielle Hilfe.

Spenden bitte unter dem Stichwort "Verbrennung von Giftmüll stoppen!"

Konto GLS-Bank 80 16 53 30 00 BLZ 430 609 67
Online-Spende möglich unter http://www.cbgnetwork.de/885.html
Melden Sie Ihre Fördermitgliedschaft mit der Angabe ihres gewählten Förderbeitrages (ab 60 Euro jährlich) per eMail an CBGnetwork(at)aol.com.

Vielen Dank, Philipp Mimkes

PS: Aus dem europäischen Ausland können Sie gebührenfrei überweisen
International Bank Account Number/IBAN
DE88 4306 0967 8016 5330 00
International Bank Code/BIC
GENODEM1GLS

PPS: Geben sie das Flugblatt im Anhang weiter, leiten Sie diese eMail weiter. Auch das hilft. Helfen Sie mit der Unterzeichnung der Forderungen Keine Verbrennung von australischem Giftmüll bei BAYER und **anderswo. Offenlegung aller Emissionen von Müllverbrennungsanlagen, auch der Feststoff-Rückstände.**
Offenlegung sämtlicher Müll-Importe nach Menge, Herkunft und stofflicher Zusammensetzung.
Schluss mit jeglichem Giftmüll-Tourismus.
Kopieren Sie bitte diesen Text in eine eMail an CBGnetwork(at)aol.com und geben Sie Ihre Adresse und Ihr Alter an. Danke. Online-Unterschrift möglich unter
http://www.cbgnetwork.de/1820.html

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) ,Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fun 0211 - 33 39 11, Fax 0211 - 33 39 40, eMail CB Network
Internet www.cbgnetwork.org/
Das internationale Netzwerk der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) leistet erfolgreich Widerstand gegen einen der großen Konzerne der Welt. Die CBG übt Solidarität mit den Opfern von Konzernverbrechen und Konzernwillkür. Für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Die CBG ist auf Spenden und Fördermitglieder angewiesen. Senden Sie uns für die Abbuchung Ihrer Spende eine eMail mit Ihrer Bankverbindung (CBGnetwork(at)aol.com / Abbuchung ist nur in Deutschland möglich). Oder Spenden Sie direkt auf das Konto GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67 Sie können zu Inlandsgebühren aus dem europäischen Ausland spenden: Für Ihre Fördermitglied senden Sie uns eine eMail (CBGnetwork(at)aol.com). Weitere Infos unter www.cbgnetwork.org

Bilderquelle: www.cbgnetwork.org

GIFTMÜLL: AUSTRALISCHE BEHÖRDEN RÜHREN SICH NICHT; 12.4.07 – BRUNSBÜTTELER ZEITUNG

Transport nach Brunsbüttel noch nicht genehmigt – Ministeriumssprecher: „Wir warten ab“ Brunsbüttel (fan) Noch herrscht Funkstille: Bislang hat das Land noch keine Genehmigung für den Giftmüll-Transport aus Australien nach Brunsbüttel erteilt.

„Es hat sich noch nichts weiter getan“, teilte Christian Seyfert, Pressesprecher des Umweltministeriums in Kiel, gestern auf Anfrage mit. Seit Wochen wartet das für die Genehmigung des Müllimports zuständige Landesamt für Natur- und Umweltschutz (LANU) auf eine Regung der australischen Behörden. Für die Einfuhr nach Deutschland muss der Kontinent darlegen, dass er keine Anlagen besitzt, die den Giftmüll tatsächlich verbrennen könnten.

Der australische Chemiekonzern Orica hatte im vergangenen Jahr beantragt, bis zu 22 000 Tonnen mit dem krebserregenden Stoff Hexachlorbenzol (HCB) verseuchten Abfall nach Deutschland zur Verbrennung zu transportieren. Ungefähr ein Drittel des gesamten Giftmüllkontingents, das im Elbehafen angelandet und auch zwischengelagert wird, soll in der Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) zerstört werden, die anderen zwei Drittel werden auf Verbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen verteilt.

Dort hat sich massiver Widerstand formiert. Zahlreiche Städte haben sich in Resolutionen gegen den Transport aus Australien gewandt. In Brunsbüttel waren im März mehrere hundert besorgte Bürger auf die Straße gegangen.

Die WIR-Fraktion hat unterdessen eine Podiumsdiskussion mit drei Müll-Experten am kommenden Montag organisiert. „Wir wurden von vielen Bürgern angesprochen, mehr Infos über den Giftstoff und den Müll zu geben“, erläutert Fraktionschefin Ingrid Möller. Dass von australischer Seite bislang nichts zu hören ist, lässt laut Möller die Spekulation zu, dass der Kontinent die Einfuhrbedingung eventuell nicht erfüllen kann. „Vielleicht ist es auch nur die Ruhe vor dem Sturm?“ fragt sich Hans Jürgen Brütt (WIR).

Das Kieler Umweltministerium hält sich offiziell mit Vermutungen zurück. „Wir können nur abwarten“, so Sprecher Christian Seyfert. Sollten die australischen Behörden den erforderlichen Nachweis erbringen, sei die Rechtslage eindeutig, müsse der Transport genehmigt werden. „Wenn der Transport und die Verbrennung ordnungsgemäß abgewickelt werden, gibt es auch keine Gefährdungen für Mensch und Umwelt“, ist Seyfert überzeugt. Die WIR hingegen befürchtet, dass der Elbehafen so oder so zu einer Drehscheibe für weltweiten Abfall werden könnte. „Wir werden wachsam sein und uns dagegen wehren, dass hier Giftmüll aus technisch hoch entwickelten Ländern angelandet wird“, betont Ingrid Möller.

Unter dem Motto „Welche Gefahren birgt das Gift?“ findet am kommenden Montag, 16. April, um 20 Uhr im Restaurant „Zum Kegelzentrum“ eine Podiumsdiskussion statt. Der Toxikologe Dr. Hermann Kruse (Uni Kiel), SAVA-Werkleiter Dr. Martin Kemmler und Oekopol-Umweltberater Dr. Ingo Drachenberg wollen mit Bürgern diskutieren.

Infos zum Thema auch im Internet unter www.pro-herten.de oder www.oricahcb.com.

SAVA Sonderabfallverbrennungsanlagen GmbH
Ostertweute 1
Die SAVA Sonderabfallverbrennungsanlagen GmbH in Brunsbüttel ist ein gemeinsames Tochterunternehmen der RWE Umwelt AG in Essen

und der E.ON Kraftwerke GmbH in Hannover. Die 1998 in Betrieb genommene Anlage ist spezialisiert auf die Entsorgung besonders überwachungsbedürftiger Abfälle.

MINISTERANTWORT AUF STÄDTISCHE RESOLUTIONEN APRIL 2007

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

Fachbereich Bürgermeister-Verwaltungen
17. April 2007
Bearb.: -1

Herrn
Oberbürgermeister Horst Schiereck
Stadt Herne
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 2
44623 Herne

Der Oberbürgermeister
02 ... 2
Bearb.: FB 11
3) Kopie Büro OB

Eckhard Uhlenberg MdL
Schwannstraße 3
40476 Düsseldorf

Ihr/e Ansprechpartner/in
Frau Carstens
Durchwahl 0211/4566-656
Fax 0211/4566-
e-mail inge.carstens@munlv.nrw.de
Aktenzeichen (bitte angeben)
IV - 4 - 117.20

Düsseldorf, den 29. März 2007

Resolution des Rates der Stadt Herne zur geplanten Verbrennung australischer Chemieabfälle im RZR Herten
Ihr Schreiben vom 15.02.2007

Sehr geehrter Herr Schiereck,

für Ihr o. g. Schreiben, mit dem Sie mir die Resolution des Rates der Stadt Herne zur geplanten Verbrennung von hexachlorbenzolhaltigem Abfall aus Australien in Herten übersandt haben, danke ich Ihnen.
Der von der Firma Orica beantragte Import hexachlorbenzolhaltiger Abfälle aus Australien in nordrhein-westfälische Sonderabfallverbrennungsanlagen hat zu lebhafter Diskussion in der Öffentlichkeit und in den Medien sowie zu zahlreichen Eingaben geführt, in denen immer wieder auf die Basler Konvention verwiesen wird.
Das Basler Übereinkommen formuliert Grundsätze, nach denen die Vertragsparteien bei der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen zu verfahren haben. Zu diesen Grundsätzen gehören vor allem der Schutz der Umwelt vor unsachgemäßer Entsorgung gefährlicher Abfälle durch die strenge Kontrolle der grenzüberschreitenden Abfallverbringung, die Aufforderung zur Schaffung ortsnaher Entsorgungskapazitäten sowie die Eröffnung von Entsorgungsmöglichkeiten für gefährliche Abfälle auch für Entwicklungsländer. Denn für Staaten, insbesondere in der dritten Welt, die eine Entsorgung gefährlicher Abfälle nicht selbst sicher stellen können, muss es zulässig bleiben, für die Beseitigung von Abfällen geeignete Anlagen in anderen Staaten zu

Postanschrift:
40190 Düsseldorf

Das Ministerium im Internet
www.umwelt.nrw.de

Telefonzentrale 0211/4566-0
Fax zentral 0211/4566-388
Infoservice 0211/4566-666
Call NRW 0180/3100110

So erreichen Sie uns
Ab Hbf mit der U78 bis Kennedydamm, dc 500 m Fußweg zum „Kennedydamm-Cente oder mit der Buslinie 721 (Richtung Flughafen) oder 722 (Richtung Messe) bis Haltestelle Frankenplatz

nutzen. Ein Ausschluss dieser Option würde die konkrete Gefahr umweltgefährdender Abfallbeseitigung anderenorts mit sich bringen.

Das Basler Übereinkommen ist in Deutschland und der Europäischen Union mit der EG-Abfallverbringungsverordnung umgesetzt, die erst im vergangenen Jahr novelliert worden ist. Diese Verordnung präzisiert das Übereinkommen und legt die Verfahrensvorschriften für die Genehmigung von Abfallverbringungen fest. Mit diesen Rechtsgrundlagen ist ein ausreichendes Regelungssystem für die Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Abfallverbringung verfügbar und auch bindend.

Die Landesregierung hält sich bei der Beurteilung der Frage einer Zulässigkeit der Abfallimporte aus Australien an Recht und Gesetz, sie wird die Zustimmung zu einer Verbringung versagen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Verbringung nicht erfüllt sind.

Dies abschließend zu beurteilen ist nach dem gegenwärtigen Stand des Verfahrens nicht möglich, denn bislang fehlt der nach Artikel 19 Abs. 3 der EG-Abfallverbringungsverordnung vorgeschriebene Antrag der australischen Regierung, mit dem begründet darzulegen ist, dass Australien nicht über geeignete Anlagen verfügt und diese billigerweise auch nicht erwerben kann.

Vor diesem Hintergrund bleibt die Landesregierung bei ihrem Standpunkt, dass ein Import von gefährlichen Abfällen aus einem weit entfernten und hochindustrialisierten Staat wie Australien nicht befürwortet werden kann, auch wenn der Industriestandort Nordrhein-Westfalen in der Lage ist, die erforderliche Entsorgungskapazität unter Einhaltung hoher technischer und Sicherheits-Standards zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen

(Eckhard Uhlenberg)

EMISSIONEN VERMEIDEN ; AVOIDING EMISSIONS ,J.JÜRGENS, PRO-HERTEN, 6. APR. 07

Geplante ORICA-HCB-Entsorgung in
Nordrhein-Westfalen / Schleswig Holstein

Sekundär Emission

Wie groß ist die Transport-Emission

Emissionen vermeiden

Nach einer aktuellen Studie der Universität Delaware (USA) verbraucht die internationale Frachtschifffahrt mit ca. 289 Millionen Tonnen Treibstoff mehr als doppelt so viel Öl wie die Bundesrepublik Deutschland (ca. 125 Mio. Tonnen). Emissionen von Frachtschiffen gehören zu den globalen Hauptverursachern klimaschädlicher Gase, da sie mit billigem, extrem schwefelhaltigem Schweröl fahren.
(2000 ppm Schwefel und mehr)

Experten von Lloyd´s Register Quality Assurance (London) schätzen, dass der Schiffsverkehr mit insgesamt 10 Millionen Tonnen pro Jahr für mehr als sieben Prozent des weltweiten Ausstoßes von Schwefeldioxid verantwortlich ist.
http://www.skysails.info/index.php?id=66

Planned ORICA HCB disposal in
North-Rhine-Westphalia /Schleswig Holstein

Secondary emission

What's about the transport emissions

Avoiding emissions

According to a recent survey of the University of Delaware (US),the international freight shipping consumes with approx. 289 million tonnes of fuel more than twice the amount of oil that the entire Federal Republic of Germany does (approx. 125 million tonnes). Cargo ship emissions are counted among the world's main polluter of climate-damaging gases, as they navigate with cheap and extremely sulphurous heavy fuel oil.
(more then 2000 ppm sulphur)

Lloyd's Register Quality Assurance (LRQA London) experts estimate that shipping is with 10 million tonnes annually responsible for more than 7 percent of the global emissions of sulphur dioxide.

http://www.wintecc.de/environment_en.html

Mehr über Schiffsdiesel:
www.iup.uni-bremen.de/deu/downloads/schiffsschwefel.pdf

Entfernung (Distance) Sydney – Brunsbüttel	ca	**15.000 sm** (Seemeilen)
Schiffsgeschwindigkeit (cruising speed)	ca.	**17 kn** (Knoten)
Reisezeit (trip-time) 15.000sm / (24 x 17)		ca. **37 Tage** (Days)
Treibstoffverbrauch (fuel consumption)	ca.	**30 t/Tag** (tons/Day)
ges. Verbrauch / Reise (Total consumption / Trip)	ca.	**1.110 t** (tons)

für 4 geplante Transporte und 22.000 t. HCB = **4.440 t.** schwefelhaltigem Schweröl Verbrauch,

wie groß ist hier die CO_2 Belastung für diese 4 HCB-Transporte ?

4 planned transports and 22.000 tons HCB = **4.440 tons** total extremely sulphurous heavy fuel oil,

how intense is the CO_2 pollution for these four hcb-transportation?

J.Jürgens, Pro-Herten, 6. Apr. 2007
http://www.pro-herten.de

GESCHÄFTSFÜHRER AGR ÄUßERT SICH IM STILE SEINES PRESSESPRECHERS (BLICKKONTAKT 1/07)

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

„Verbots-Republik Deutschland" lautete am 28. März 2007 die Schlagzeile auf der Titelseite der größten deutschen Abonnementtageszeitung, der Essener WAZ. Wann immer es ein Problem gäbe, führt die Autorin aus, taucht jemand auf, der ein Verbot fordert: Fast Food und billige Flugreisen, Gühbirnen und Geschwindigkeitsbeschränkung, Killerspiele und Koma-Saufen, Rauchen und Risiko-Sportarten etc.

Nicht aufgeführt ist der Import von gefährlichen Abfällen aus außereuropäischen Ländern. Seit Beginn des neuen Jahres soll am Beispiel von 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol-behafteten Sonderabfalls aus Australien das Exempel statuiert werden, wie eine geplante Notentsorgung nach internationalen Vereinbarungen dennoch zu verbieten oder hilfsweise zu verhindern ist.

Ausgehend von einer Veröffentlichung in der letzten Ausgabe dieses BlickKontakts bemächtigen sich am Standort unserer Sonderabfallverbrennungsanlage RZR Herten, in der gut ein Viertel dieser Abfallmenge entsorgt werden soll, die Lokalpresse und auf derartige Thematik spezialisierte politische Gruppierungen dieses Themas. Halbwahrheiten in Verbindung mit einer dramatisierenden örtlichen Medienberichterstattung schürten bei vielen Bürgern Ängste und setzten die erwarteten Emotionen frei. Dies führte auch bei den etablierten Parteien zu Reaktionen, die wir so nicht erwartet hätten. So zum Beispiel zu dem Vorwurf, von einer Sonderabfallverbrennung im RZR Herten nichts gewusst zu haben – und das bei über 120.000 Besuchern in unserer Anlage seit deren Inbetriebnahme vor 25 Jahren. Darunter selbstverständlich auch sämtliche Gruppierungen der umgebenden politischen Institutionen.

Die emotionale Welle erreichte auch den nordrhein-westfälischen Landtag, der sich bereits zweimal in Anfragen und Anträgen mit diesem Thema und dem Ziel, „Giftmüllimport" aus Australien nicht zu genehmigen, beschäftigen musste. Nur wenige Politiker – allerdings quer durch die Parteien – zeigten Stehvermögen, artikulierten sich deutlich und widerstanden der öffentlichkeitswirksamen Versuchung, populistisch Punkte zu sammeln.

Der Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) und der Bundesverband deutscher Sonderabfallverbrennungsanlagen (BDSAV) haben in Stellungnahmen gegenüber den Medien deutlich gemacht, dass der Import von Sonderabfällen nach Deutschland auch zukünftig möglich sein muss. Insbesondere dann, wenn aus Gründen der internationalen Verpflichtung und des Umweltschutzes anderenorts keine Alternativen zur fachgerechten und sicheren Entsorgung gefährlicher Abfälle zur Verfügung stehen. Ob der Abfall nach Deutschland kommt, steht zum jetzigen Zeitpunkt immer noch nicht fest. Noch fehlt die Notifizierung der für die vier vorgesehenen Verbrennungsanlagen zuständigen Genehmigungsbehörden. Dies ist nach dem jetzigen Rechtsstand, unter anderem dem Basler Übereinkommen und der EU-Abfallverbringungsverordnung, das entscheidende Kriterium.

Wie heißt es im Kommentar zum oben zitierten Artikel der WAZ: „Wenn eine Gesellschaft sich dem Verbotsrausch hingibt, hört sie auf, selbstständig zu denken, Verantwortung zu übernehmen und neue Ideen zu entwickeln".

Nun beschäftigt die AGR nicht nur der australische Sonderabfall. Die Verhaftung des Honorable Rhodri Philipps bringt möglicherweise Licht in die undurchsichtigen finanziellen Transaktionen, die unsere ehemalige Tochtergesellschaft Brochier in Nürnberg in die Pleite führten. Gleichwohl sind hier alte Wunden aufgerissen, deren Heilung auch bei der AGR noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Inwieweit die momentane Diskussion um die Änderung der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung letztlich auch kommunale Entsorgungsunternehmen erreicht, ist derzeit noch nicht abzusehen. Zwar sind die kommunalen Entsorger wegen ihres spezifischen Auftrags zur Daseinsfürsorge akut noch nicht einbezogen, ob dies von Dauer ist, darf bezweifelt werden. Jedenfalls ist es aus unserer Sicht nicht falsch, mit den Kollegen der städtisch getragenen Energie- und Wasserversorgung den Schulterschluss zu suchen.

Aber es gibt auch Erfreuliches. Im Rahmen unserer Restrukturierung zu einem auf die Kernkompetenzen fokussierten Entsorgungsunternehmen sind wir einen großen Schritt weiter. Die Anteile der AGR an der finnischen SOL Ympäristöpalvelut OY wurden jetzt an die SITA-Gruppe verkauft. Damit ist auch die größte und bedeutendste ausländische Tochtergesellschaft mit immerhin über 180 Mitarbeitern aus der AGR Unternehmensgruppe ausgeschieden. Ebenfalls positiv: Bedingt durch den milden Winter schreitet der Bau des RZR Herten II schneller voran als geplant. Die Fundamente stehen, sodass jetzt bereits mit dem Stahlbau der eigentlichen Verbrennungsanlage begonnen wird. Unter diesen Voraussetzungen sollte der Inbetriebnahmetermin Ende 2008 zu halten sein. Bis es so weit ist, hoffe ich, dass wir Ihnen schon einen erkennbaren Zwischenstand an unserem traditionellen Tag der offenen Tür im RZR Herten am Sonntag, dem 12. August 2007, zeigen können.

Bis dahin wünsche ich Ihnen angenehme Sonnenmonate

Ihr
Dietrich Freudenberger
Geschäftsführer

GARRETT BACKS GERMAN TOXIC WASTE PLAN, 16.04.07

Quelle:The Sydney Morning Herald

Transporting a stockpile of highly toxic waste from Sydney to Germany is the only option available to ensure the safety of its disposal, says Labor's environment spokesman Peter Garrett.

Chemicals giant Orica is seeking federal government permission to export 15,600 tonnes of the industrial chemical and pesticide hexachlorobenzene to the European nation.

The company says the waste, sitting in Botany in Sydney's south, cannot be properly destroyed in Australia.

Mr Garrett, whose electorate includes Botany, said it was clear the company was correct and that the longer the toxic material was stored at Botany, the more times it would have to be repackaged.

This in turn would lead to the creation of more highly toxic waste, he said. "It's the only option available, that's the conclusion that has been drawn by the processes that have been under way for the last 10 years or so," Mr Garrett said.

"Whilst it is always preferable for the disposal of waste to be done at the point of origin, the relevant commonwealth legislation does provide ... if there are no feasible and practical alternatives, for transit and offshore disposal.

"The fact we have neither location, nor an acceptable technology to dispose of it, I think all those reasons mean it ought to go to Germany to do it."

Mr Garrett said he was confident Orica would take all the precautionary steps involved in transporting the waste to Germany.

But environmental group, National Toxic Network (NTN), labelled the exporting of waste to Germany a "quick political fix" that has high risks involved during the transportation stage.

"Like all attempts at quick fixes they don't turn out to be economical in the long run," NTN spokesman Lee Bell said.

"What's happened here is an enormous diplomatic row has grown with Germany over the issue, there have been thousands of protesters in the streets of Hamburg and other towns, where it is likely the waste will be heading."

Orica corporate affairs manager John Fetter said he had met with community groups in Australia and Germany who have raised concerns about the exporting of the waste.

"We been very open about this, I've visited a large number of environment groups, I've been in Germany on a number of occasions," Mr Fetter said.

"We certainly believe that it's the appropriate thing to do."

Environment Minister Malcolm Turnbull said he was currently considering Orica's export application to send the waste to Germany.

"There are a range of processes that need to be worked through before a decision can be made and it is important that those processes be allowed to be followed properly," Mr Turnbull said.

"I will consider the issue very carefully once I have received all the advice from my department and I have all the facts before me." AAP

Peter Garrett (aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie)

Peter Garrett, MP, (* 16. April 1953), ist ein australischer Musiker und Politiker. Er ist Mitglied der Australian Labor Party und des *House of Representatives* seit Oktober 2004. Im Jahr 2004 gewann er als Kandidat der Australian Labor Party für das Elektorat Kingsford-Smith einen Sitz im australischen Parlament und will sich 2007 zur Wiederwahl stellen. Er war einer der Mitbegründer der *Nuclear Disarmament Party* und kandidierte im Jahre 1984 erfolglos für den australischen Senat. Er wurde der Sänger der erfolgreichen australischen Rock Band Midnight Oil im Jahre 1973. Die Band wurde sowohl bekannt für ihren musikalischen und kommerziellen Erfolg, als auch für ihre Position in umweltpolitischen Fragen. Die Band wird dem politisch linkem Spektrum zugerechnet und war besonders in den 80er Jahren öffentlich antiamerikanisch eingestellt. Peter Garrett ist verheiratet und hat drei Kinder. Er ist Träger des "Order of Australia (member)"

Quelle: http://www.smh.com.au/news/environment/the-toxic-trade-bonanza/2007/04/15/1176575687665.html ´

The toxic trade bonanza, 16.04.07, Sydney Morning Herald, Deborah Cameron

A huge stockpile of highly toxic waste at Botany so dangerous that it can only be handled by robots has caused a furore in Germany, where one of Australia's top companies wants to incinerate the contaminated material.

The controversial plan to export the waste - 15,600 tonnes of an industrial chemical and pesticide called hexachlorobenzene (HCB), the largest stockpile of its type in the world - comes as Australia's role in the international hazardous waste trade grows dramatically.

Community groups in Germany are demanding the Australian Government stop the incineration plan, and have also asked German authorities to veto it. Australia was wrong "to transport its highly toxic waste across the globe and to impose this burden on our community", German protesters said in an email to the federal Minister for the Environment, Malcolm Turnbull, last month.

Orica, the $5.4 billion parent company of Dulux, Cabot's, Selleys, Yates and Thrive, and the world's biggest maker of explosives, owns the waste, and says it cannot be properly destroyed in Australia. It has set aside $49 million this year to destroy part of it, its annual report says.

Insurance against a harbour or ocean spill will cost "in the hundreds of thousands", Orica says, although others in the waste industry suggest that $20 million would be nearer the mark.

Mr Turnbull is yet to sign the export permit but his science advisers are said to be reconciled to it, and Orica is confident it will be approved. If the export goes ahead the nastiest problem in Australia's waste management history will be reduced to ash and vapour in faraway Germany.

The final price of decontamination - something that the company can only guess at - could be $70 million or $100 million or more. "No budget has been set," an Orica spokesman said.

The controversy has drawn in Labor's environment spokesman, Peter Garrett, whose electorate includes Botany, where hazardous waste contamination electrifies local politics.

Last August Mr Garrett said the export application by Orica was a "relief" for residents, although he also said that disposal on-site, the best international practice, was preferable. In a short statement, he sided with Orica.

Toxic waste disposal - a lucrative but dangerous arm of the waste and recycling industry - is booming, according to evidence from government and industry.

Australian exports of hazardous waste virtually doubled between 2003 and 2005 and imports rose fivefold. Most shipments were via Melbourne, Sydney and Brisbane. Carcinogenic residues, banned pesticides, toxic resins, heavy metals, poisonous mining dross and millions of old car batteries are only some of what is involved, the official permits say.

Last year the French Government shipped 1.2 tonnes of quarantined solid waste from its base in Antarctica to Tasmania, where what could not be recycled or incinerated was consigned for "deep burial" in the Hobart tip, a low-fee municipal dump that does not charge a state garbage levy.

The Tasman Sea has become a virtual waste superhighway, with millions of used car batteries regularly shipped between Australia and New Zealand, which have competing smelters. There are also regular large shipments of hospital waste.

Car batteries are sought by lead recyclers on a rocket-ride with the world metals price. Once all but valueless, they now sold for $US400 a tonne in South Korea and twice that in China, said David Foldi of Powerhouse Batteries, who said the high price had coaxed thousands of seeping batteries out of Australian farm sheds.

But there is a limit to salvaging. There was no hope of recycling the HCB stockpile, said Orica. Opponents say Orica is unprincipled and that the risks are grave. "It is unbelievable that Australian industry is not able to treat hazardous waste by high-tech facilities of their own," Joachim Jurgens, a retired German chemist, told the *Herald*.

THE CRITICS' WORST FEAR IS A CATASTROPHIC SPILL.

"If this HCB waste fell into the ocean I could not model the damage that would happen," said Jon Doumbos, the executive chairman of Dolomatrix, a Sydney company that operates hazardous waste decontamination plants in Queensland and Victoria.

Dolomatrix, whose business is worth $30 million a year, wants the lucrative contract to process the Orica contaminants in Australia. The company safely decontaminated a 20-kilogram sample last year, Mr Doumbos said.

But Orica disputes Mr Doumbos's claim and says his company has neither the capacity nor the technical skill. The test results had not been verified, Orica said.

"Orica is of the belief that there is no technology available in Australia that can treat this waste," the Orica spokesman said.

"The moral question is do we leave this for the next generation sitting in the middle of Sydney? We don't believe that there is a future panacea. The best available option is to take the waste to Germany."

An independent review commissioned by the NSW Government last year concluded that disposing of the waste was a task that "would likely exceed the scale of any hazardous waste project ever undertaken in Australia". The review favoured overseas shipment.

Der Weg ist frei - Giftmüll aus Australien rückt an, 16. April 2007, RECKLINGH. ZEITG.

Kreis RE - Die umstrittene Verschiffung von 60 000 Fässern Giftmüll aus Australien nach Deutschland – und damit auch zum Hertener RZR – rückt näher.

Das RZR in Herten.

Die oppositionelle Labor-Partei in Canberra gab ihren Widerstand gegen das Projekt auf. Die Bundesregierung sieht keine erhöhte Gefahr bei einer Verbrennung des Mülls in Deutschland. „Der Betrieb von Abfallverbrennungsanlagen ist nur dann zulässig, wenn von ihnen kein erhöhtes Risiko ausgeht“, teilte das Bundesumweltministerium mit. Sie müssten die strengen Anforderungen des Immissionsschutzrechts erfüllen.

Der Unterzeichnung der Exportlizenz durch Canberra steht nun nichts mehr im Wege. „Wir sehen jetzt ein, dass die einzige sichere Entsorgung der Export nach Deutschland ist“, sagte Labor-Sprecher Peter Garrett.

Damit scheint auch die Genehmigung der deutschen Behörden für eine Entsorgung von jeweils 5 000 Tonnen an den Standorten Herten, Leverkusen, Dormagen und Brunsbüttel nur noch eine Formsache zu sein. Australische Unternehmen und mehrere deutsche Firmen haben Verträge über die Entsorgung von 22 000 Tonnen Hexachlor-Benzol-haltigen Abfällen abgeschlossen.

---

n-tv Montag, 16. April 2007

60.000 FÄSSER AUS AUSTRALIEN GIFTMÜLL-IMPORT RÜCKT NÄHER, N-TV

Die umstrittene Verschiffung von 60.000 Fässern Giftmüll aus Australien nach Deutschland rückt näher. Die oppositionelle Labor-Partei in Canberra gab am Montag ihren Widerstand gegen das Projekt auf. Die Bundesregierung sieht keine erhöhte Gefahr bei einer Verbrennung des Mülls in Deutschland. "Der Betrieb von Abfallverbrennungsanlagen ist nur dann zulässig, wenn von ihnen kein erhöhtes Risiko ausgeht", teilte das Bundesumweltministerium mit. Sie müssten die Anforderungen des Immissionsschutzrechts erfüllen, die streng seien.

Der Unterzeichnung der Exportlizenz steht nun nichts mehr im Wege. "Wir sehen jetzt ein, dass die einzige sichere Entsorgung der Export nach Deutschland ist", sagte Labor-Umweltsprecher Peter Garrett. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums in Berlin existieren zwischen einem australischen Unternehmen und mehreren deutschen Firmen Verträge über die Entsorgung von 22.000 Tonnen Hexachlor-Benzol-haltigen Abfällen an vier Standorten, darunter Brunsbüttel in Schleswig-Holstein.

Umweltschützer in Deutschland protestieren gegen die hochgiftige Ladung der Chemiefirma Orica und warnen vor Risiken bei der Verbrennung. "Es fallen Filterstäube an und zusätzliche Schlacken", sagte die Vize-Geschäftsführerin des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Schleswig-Holstein, Ina Walenda. "Das ist Sondermüll." Das Hauptproblem sei aber der lange Transportweg.

Das Material lagert derzeit in Giftfässern im Hafen von Sydney. Es fiel bei der Herstellung von Lösemitteln als Abfallprodukt an. Das Tauziehen um die Entsorgung zieht sich seit 20 Jahren hin. Die frühere Labor-Regierung forderte eine Entsorgung am Ort. Die konservative Liberale Partei, die seit 1996 regiert, will die Firma selbst über die Entsorgung entscheiden lassen.

60.000 Fässer mit Krebs erregendem Chemie-Abfall sollen von einem Lager in Australien zur Entsorgung nach Deutschland gebracht werden

Quelle: Deutschland: Streit um Giftmüll aus Australien (dpa, red/DER STANDARD, 17.04.2007)

Sydney/Leverkusen - Die umstrittene Verschiffung von 60.000 Fässern Giftmüll aus Australien nach Deutschland ist näher gerückt. Am Montag gab die oppositionelle Labor-Partei in Canberra ihren Widerstand gegen das Projekt auf. Deren umweltpolitischer Sprecher, Peter Garrett, sagte, er akzeptiere, dass es keine andere Entsorgungsmöglichkeit gebe. Damit steht der Unterzeichnung der Exportlizenz nichts mehr im Wege.

Gelagert ist der Giftmüll derzeit im "Botany Industrie-Park" nahe Sydney; ein mit Maschen und Stacheldraht umzäuntes Fabrikgelände des Chemiekonzerns "Orica". Es handelt sich um hochgiftiges Hexachlor-Benzol, kurz HCB, ein Krebs erregendes Abfallprodukt. Dazu kommt noch kontaminierter Schlamm, zusammen 22.000 Tonnen, die größte Menge dieses toxischen Sondermülls auf der Welt. Geliefert werden sollen die Fässer an die Firma "Bayer Industry Services" (BIS) im deutschen Leverkusen, die spezielle Verbrennungsanlagen betreibt. Mit den 4500 Tonnen Hexachlor-Benzol will der Konzern einen Umsatz von drei Millionen Euro erzielen.

Umweltschützer schlagen Alarm

Deutsche Umweltschützer haben gegen die hochgiftige Ladung protestiert, unter anderem mit Petitionen an den australischen Umweltminister. Sie weisen auf die vielen Gefahren beim Transport auf der 16.000 Kilometer langen Strecke hin. Zwei Jahre werde es brauchen, bis alle Fässer mit Schiffen, Güterzügen und LKWs bis Leverkusen gebracht worden sind.

Besonders das Umladen der zu den weltweit zwölf giftigsten Chemikalien gehörenden Substanz sei mit großen Risiken verbunden. Zudem komme es bei der Verbrennung zur Freisetzung zahlreicher gesundheitsschädlicher Stoffe. Dies aber bestreitet die Konzernleitung von Bayer. Mit der Expertise für Sicherheit und Sauberkeit dieser Anlagen befände sich Bayer "an der Weltspitze", sagte der Bayer-Pressesprecher Christian Zöller. Nach Meinung des Düsseldorfer Mikrobiologen Harry Rosin bleiben aber auch bei solchen Verbrennungsanlagen "Krebs erregende Partikel" übrig. Für die Gefahren des Transports sieht sich Bayer-Sprecher Zöller nicht zuständig. Die Sicherheit der Entsorgung falle erst dann in die Verantwortung des Konzerns, "wenn die Transporte vor den Werkstoren stehen".

AUSTRALIEN EINIG: GIFTMÜLL SOLL WEG, 17.4.2007,TAZ

SYDNEY/BERLIN dpa Die umstrittene Verschiffung von 60.000 Fässern Giftmüll aus Australien nach Deutschland rückt näher. Die oppositionelle Labor-Partei in Canberra gab gestern ihren Widerstand gegen das Projekt auf. Der Unterzeichnung der Exportlizenz steht nun nichts mehr im Wege. "Wir sehen jetzt ein, dass die einzige sichere Entsorgung der Export nach Deutschland ist", sagte Labor-Umweltsprecher Peter Garrett. Die Bundesregierung sieht keine Gefahr bei einer Verbrennung des Mülls in Deutschland.

Mehrere deutsche Firmen haben sich verpflichtet, Hexachlor-Benzol-haltige Abfälle an vier Standorten zu entsorgen, darunter Brunsbüttel in Schleswig-Holstein. Umweltschützer in Deutschland protestieren gegen die hochgiftige Ladung der Chemiefirma Orica und warnen vor Risiken bei der Verbrennung. "Es fallen

Filterstäube an und zusätzliche Schlacken", sagte Ina Walenda vom BUND Schleswig-Holstein. Das Material lagert derzeit in Giftfässern im Hafen von Sydney. TAZ Nr. 8252 vom 17.4.2007, Seite 9, 35 Zeilen (Agentur)

AGR KLAGT ÜBER POPULISTISCHE POLITIKER, WAZ, v. 17.04.07

Von Heinz-Dieter Schäfer

Australische Labour-Partei gibt Widerstand gegen Giftmüll-Export nach Europa auf Herten. Die Verbrennung von australischem Sondermüll im Rohstoff-Rückgewinnungszentrum wird immer wahrscheinlicher: Nach Angaben der Deutschen Presse Agentur gab die oppositionelle Labor-Partei in Canberra ihren Widerstand gegen das Projekt auf.

Labor-Umweltsprecher Peter Garret erklärte auf Anfrage der Zeitung Sydney Morning Herald: "Wir sehen jetzt ein, dass die einzige sichere Entsorgung der Export nach Deutschland ist." Die australische Regierung, Befürworter des Geschäftes zwischen dem Orica-Konzern und dem kommunalen RZR-Besitzer AGR, hat außer den Umweltschützern vor Ort (National Toxic Network) nunmehr keinen ernst zu nehmenden Gegner.

Wie die WAZ berichtete, sollen im RZR insgesamt 5000 Tonnen Hexachlorbenzol belasteter Abfälle verbrannt werden. Umweltschützer in der Region und in der Bundesrepublik Deutschland protestieren gegen die hochgiftige Ladung der Chemiefirma Orica und warnen vor Risiken bei der Verbrennung. Derweil die giftige Fracht noch in Australien lagert - nach dem Bericht des Morning Herald geht es um 15 600 Tonnen, die in die EU verschifft und dort verbrannt werden sollen, rund 5000 Tonnen sollen auf Herten entfallen - haben die Grünen im Deutschen Bundestag eine kleine Anfrage zum Thema Giftmüllverbrennung vorgelegt.

Und das RZR? Nachdem das Unternehmen im Frühjahr 2006 den Hertener Bürgermeister über das Geschäft informiert (und zum Stillschweigen verpflichtet hatte), im Dezember in seiner öffentlich verteilten Hochglanzbroschüre auf das bevorstehende Geschäft mit Orica hingewiesen hatte, setzt es jetzt verstärkt auf Öffentlichkeitsarbeit.

Unter der Schlagzeile "Dem kritischen Blick standhalten" berichtet die AGR in der jüngsten Auflage der Broschüre, dass im ersten Quartal über 850 Besucher an Führungen teilgenommen hätten. Das hätte zu einer Versachlichung der Debatte geführt.

AGR-Geschäftsführer Dietrich Freudenberger rechnet im Heft mit Politikern ab, die sich ahnungslos bis ablehnend verhalten haben: "Nur wenige Politiker - allerdings quer durch die Parteien – zeigten Stehvermögen, artikulierten sich deutlich und widerstanden der öffentlichkeitswirksamen Versuchung, populistisch Punkte zu sammeln.

DAZU KOMMENTAR AUSGEBAUT

Das Rohstoff-Rückgewinnungszentrum (RZR) wird zurzeit ausgebaut. Zwei neue Öfen für Gewerbeabfälle sollen bis Ende 2008 in Betrieb gehen. Darin sollen die Müllsorten verbrannt werden, die dem Hausmüll ähnlich sind, jedoch aus Gewerbebetrieben stammen. Bereits 11 000 Kubikmeter Beton werden für die Fundamente der Großanlage benötigt. Die Betreibergesellschaft AGR gehört dem Regionalverband Ruhrgebiet.

POLITIK, GIFTMÜLL FÜR DEUTSCHLAND AUS DER BERLINER MORGENPOST VOM 17. 04. 07

Australien verschifft Tausende Tonnen gefährlicher Chemikalien

Von Claudia Ehrenstein

Berlin - Die umstrittene Verschiffung von 60 000 Fässern Giftmüll aus Australien nach Deutschland steht kurz bevor. Nachdem die Opposition in Australien ihren Widerstand gegen die Müllexporte aufgegeben hat, steht der Verschiffung der Giftstoffe nichts mehr entgegen. "Wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind, sehen wir keine Probleme, den Import nach Deutschland zu gestatten", sagte Christian Seyfert vom Kieler Umweltministerium der Berliner Morgenpost.

Der Import von Sondermüll nach Deutschland ist erst mal nichts Außergewöhnliches. Belgien und die Niederlande lassen beispielsweise giftigen Müll in Nordrhein-Westfalen aufbereiten und verbrennen. Nordrhein-Westfalen verfügt aufgrund der industriellen Infrastruktur über entsprechend große Kapazitäten.

Dass Giftmüll in dieser Menge aber 16 000 Kilometer über das Meer verschifft wird, geschieht selten. Umweltschützer warnen dann auch vor den Gefahren bei dem Transport. Insgesamt sind vier Schiffsladungen geplant.

Das australische Chemieunternehmen Orica hatte bereits Ende vergangenen Jahres den Antrag auf Export von Giftmüll nach Deutschland gestellt. Bei der Produktion von Anstrichfarben, Sprengstoffe, Düngemittel und Bergbau-Chemikalien fällt gefährlicher Sondermüll an, darunter auch das krebserregende Hexachlorbenzol (HCB). Insgesamt sollen rund 20 000 Tonnen Giftmüll nach Deutschland verbracht werden, davon etwa 11 000 nach Nordrhein-Westfalen und die restliche Menge nach Schleswig-Holstein.

Die Gift-Fässer der Firma Orica sollen zunächst in Brunsbüttel angelandet und von dort auf der Schiene weiter transportiert werden. In den Müllverbrennungsanlagen von Herten, Leverkusen und Dormagen sowie in Brunsbüttel soll der Sondermüll verbrannt werden.

Umweltschützer hatten dagegen protestiert. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) vertrat die Ansicht, es sei besser der Sondermüll werde in Deutschland fachgerecht entsorgt, statt dass er irgendwo in die Landschaft gekippt werde.

Ina Walenda vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (Bund) warnte vor den Risiken bei der Verbrennung: "Es fallen Filterstäube an und zusätzliche Schlacken." Das Hauptproblem sei aber der lange Transportweg.

Voraussetzung für den Giftmülltransport ist nach internationalem Recht ein Nachweis der australischen Regierung, dass sie die gefährlichen Substanzen nicht im eigenen Land entsorgen kann. Sobald dieser Nachweis vorliege, würden die Anträge von Orica geprüft, sagte eine Sprecherin des Umweltministeriums in Nordrhein-Westfalen. Einer Genehmigung stünde dann vermutlich nichts mehr im Wege.

Insgesamt sind Vier Schiffsladungen geplant. Noch lagern die Fässer im Hafen von Sydney. Das Tauziehen um die Entsorgung zieht sich seit 20 Jahren hin. Die Betreiber der deutschen Verbrennungsanlagen sehen sich in der Pflicht, den Giftmüll anzunehmen. Deutschland exportiere Chemikalien in die ganze Welt und habe eine Verantwortung, sich um die Entsorgung des weltweit anfallenden Mülls zu kümmern.

DIE LINKE. PDS
Fraktion im Regionalverband Ruhr (RVR)
Die Linkspartei.PDS-Fraktion in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR),
Kronprinzenstr.35, 45128 Essen – Telefon 0201-2069-325, Fax 0201-2069-334
Essen, 17. April 2007

Pressemitteilung

DIE LINKE: NICHT NACH DEM PRINZIP „HOFFNUNG“ VERFAHREN

Fraktion Die Linke hält Transport für nicht Genehmigungsfähig

Die Fraktion Die Linke.PDS im Regionalverband Ruhr (RVR) fordert sowohl die australische Regierung, als auch Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg auf, die ungeklärte Frage der Genehmigungsfähigkeit

der geplanten Giftmülltransporte endlich aufzuklären. Die australische Regierung hat bis heute nicht eindeutig nachweisen können, dass der mit Hexachlorbenzol (HCB) verseuchte Müll nicht auf dem fünften Kontinent entsorgt werden kann. Dabei machen australische Umweltschützer seit langem deutlich, dass die Möglichkeiten zur Entsorgung vor Ort bestehen. Alles andere wäre für eine Industrienation wie Australien auch ein Armutszeugnis.

„Mehrere Quellen belegen inzwischen, dass Australien doch die Möglichkeit der fachgerechten Entsorgung hat“, erklärt Fraktionssprecher Wolfgang Freye. „Die australische Anwältin und Umweltaktivistin Mariann Lloyd-Smith weist darauf hin, dass es in Australien mindestens zwei Firmen gibt, die dies können. Sie ist sich sicher, dass für den Chemieriesen Orica der Transport nach Deutschland schlicht die billigste Lösung ist. AGR und Landesregierung dürfen aber die Ängste der Menschen nicht länger zum Spielball wirtschaftlicher Interessen machen. Wenn Australien eigene Möglichkeiten der Entsorgung hat, dann muss das offiziell so gesagt werden, damit die Ungewissheit endlich ein Ende hat.“

Nach der „Basler Konvention“, die 1992 in Kraft getreten ist, muss Sondermüll dort entsorgt werden, wo er anfällt, es sei denn, es gibt keine Möglichkeit zur umweltgerechten Entsorgung. Aus Sicht der Linkspartei.PDS ist der Transport deshalb nicht Genehmigungsfähig.

„Seit Monaten werden die Menschen in Herten verunsichert. Bundes-, Landes-, und Bezirksregierung erklären sich abwechselnd für nicht zuständig und schieben die Verantwortung von sich.

Das ist skandalös“, meint Wolfgang Freye. „Die Kommunalpolitiker vor Ort werden parteiübergreifend mit Äußerungen zitiert, die besagen, dass sie hoffen, der Transport sei noch zu verhindern. Diese Hoffnungen müssen endlich belohnt und zu Tatsachen werden.“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Eventuelle Rückfragen bitte an Wolfgang Freye, Tel. 0163-7358030

UMWELTBUNDESAMT: HEXACHLORBENZOL: ABFÄLLE SICHER ENTSORGEN

Verbrennung in Deutschland ist umweltgerecht

Die Entsorgung australischer Sonderabfälle – etwa Abfälle, die den Stoff Hexachlorbenzol (HCB) enthalten – in deutschen Sonderabfallverbrennungsanlagen geht derzeit durch die Medien. HCB zählt zur Gruppe der persistenten, organischen Schadstoffe (POPs = Persistent Organic Pollutants), die wegen ihrer chemischen Eigenschaften sehr stabil und in der Umwelt praktisch nicht abbaubar sind. Laut Stockholmer Übereinkommen zur Begrenzung der Umweltverschmutzung durch POPs dürfen dessen Vertragsstaaten – dazu zählen Deutschland und Australien – die POP-Substanz HCB weder herstellen noch anwenden. Aber: Das Stockholmer Abkommen verpflichtet die Länder dazu, noch vorhandene Lagerbestände an POPs zu identifizieren und so zu entsorgen, dass die POPs vollkommen und endgültig zerstört sind. In deutschen Sonderabfallverbren-

nungsanlagen ist dies mit hohen Umweltschutzstandards möglich. Australien hingegen verfügt nicht über Entsorgungsanlagen, die technisch so gut ausgerüstet sind wie in Deutschland. Deshalb ist die Entsorgung HCB-haltiger Abfälle in modernsten deutschen Sonderabfallverbrennungsanlagen aus Sicht des Umweltbundesamtes (UBA) umweltgerecht.

Artikel 6 des Stockholmer Übereinkommens will sicherstellen, dass noch vorhandene POPs langfristig so entsorgt werden, dass sie sich nicht in der Umwelt verteilen oder durch unsachgerechte Handhabung eine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen können. Um HCB endgültig zu zerstören, sind Sonderabfallbehandlungsanlagen erforderlich, die nach dem Stand der bestverfügbaren Technik ausgerüstet sind und die Substanz vollkommen zerlegen, ohne gleichzeitig unerwünschte organische und chlorierte Nebenprodukte – etwa die persistenten organischen Schadstoffe polychlorierte Dibenzodioxine und –furane (PCDD/F) – in die Umwelt frei zu setzen.

Deutschland verfügt über solche Sonderabfallverbrennungsanlagen, die ihre Leistungsfähigkeit bereits bei der Entsorgung von Abfällen, die polychlorierte Biphenyle (PCB) enthielten, unter Beweis stellten. So sind sie zum Beispiel mit einem Annahme- und Dosiersystem für problematische flüssige Abfälle, mit einem Drehrohrofen und anschließender Nachbrennkammer als Verbrennungsaggregat und einer hochleistungsfähigen Abgasreinigung mit mehrstufiger Nasswäsche ausgerüstet. Die Anlagen sind zudem optimal auf die Annahme und Zwischenlagerung chemisch verunreinigter Feststoffe und kritischer flüssiger Abfälle – einschließlich Fassware – eingerichtet.

Australien hat nach Kenntnis des UBA keine Entsorgungsanlagen, die mit solcher Technik ausgerüstet sind. Die dortigen Anlagen sind für den Großteil der HCB-Abfälle – festes HCB in Fässern, verunreinigter Boden und Verpackungen – nicht geeignet oder verfügen nicht über ausreichende Kapazitäten, um die Abfälle in einem vertretbaren Zeitraum zu entsorgen. Für HCB-Abfälle sind auch alternative Entsorgungslösungen – etwa die Entsorgung über den Hochofen – ungeeignet, da verunreinigte Feststoffe mit einem hohen Anteil an inerten (nicht reaktiven) Verbindungen oder flüssige Abfälle mit hohen Chlorgehalten aus verfahrenstechnischen Gründen in Hochofenprozesse nicht eingebracht werden sollten.

Nach dem Stockholmer Übereinkommen ist der Export zur irreversiblen Entsorgung der POP-Abfälle akzeptabel, solange das gewählte Entsorgungsverfahren die Anforderungen zur Vermeidung oder Minimierung des POP-Eintrags in die Umwelt einhält. An dieser Schnittstelle greift darüber hinaus das Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung, das ein weltweit umweltgerechtes Abfallmanagement sicherstellen soll. Australien ist ebenfalls Vertragspartner des Basler Übereinkommens und darf damit grundsätzlich Abfälle zur Beseitigung nach Deutschland exportieren.

Erfolgt der Transport des HCB ordnungsgemäß, entstehen keine Gefahren für die Gesundheit des Menschen und die Umwelt. Zudem ist das UBA der Auffassung, dass eine längerfristige Lagerung der Chemikalien in Australien – solange geeignete Entsorgungsanlagen vor Ort fehlen – ein wesentlich größeres Umweltrisiko ist als die Verbrennung in einer modernen, nach dem Stand der bestverfügbaren Technik ausgerüsteten Sonderverbrennungsanlage in Deutschland. Aus Sicht des UBA ist die Entsorgung von HCB-Abfällen in Deutschland daher eine umweltgerechte Lösung.

Der englische Text des Stockholmer Übereinkommens steht unter
http://www.pops.int/documents/convtext/convtext_en.pdf.

Dessau, den 18.4.2007

HEXACHLOROBENZENE: SAFE DISPOSAL OF WASTE(ENGL)

INCINERATION IN GERMANY IS ENVIRONMENTALLY SOUND

The press is currently reporting about the disposal of hazardous waste, e.g. waste that contains hexachlorobenzene (HCB), from Australia in German hazardous waste incineration facilities. HCB belongs to the group

of Persistent Organic Pollutants (POPs) which are very stable due to their chemical properties and resistant to degradation in the environment. According to the Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants, Parties to the Convention (this includes Germany and Australia) may neither manufacture nor use the POP HCB. However, the Stockholm Convention obligates states to identify existing stockpiles of POPs and dispose of them completely and permanently. Doing so at German hazardous waste incineration plants is possible with a high level of environmental protection. Australia on the other hand does not have disposal facilities that are as technically well-equipped as those in Germany. The Federal Environment Agency (UBA) therefore believes that the disposal of hazardous waste containing HCB in state-of-the-art German incineration facilities is environmentally sound.

Article 6 of the Stockholm Convention seeks to ensure that stockpiles of POPs are disposed in such a way as to ensure there are no releases into the environment or that it might ever pose a danger to man and the environment through improper handling. Destroying HCB irretrievably requires the use of hazardous waste treatment facilities equipped with best available techniques which destroy the substance completely and without releasing undesirable organic and chlorinated by-products, e.g. persistent organic pollutants such as polychlorinated dibenzo-p-dioxins and dibenzofurans (PCDD/F), into the environment.

Germany has such hazardous waste incinerators whose capabilities have been proven through waste disposal that contains polychlorinated biphenyls (PCB). Intake and metering systems for problematic liquid wastes are equipped with a rotary kiln and adjacent afterburner as an incineration unit, in addition to high performance flue gas scrubbing achieved by multistage wet washing. The systems are also optimally set up for the acceptance and interim storage of chemically contaminated solids and critical liquid wastes, including material in drums.

UBA is not aware of any waste disposal facilities in Australia that are equipped with such technology. The facilities in the country are either not suited or do not have sufficient capacity to dispose of the majority of HCB waste (solid HCB in drums, contaminated soils and packaging) in a timely manner. There are alternatives for the disposal of HCB wastes, such as by means of blast furnaces. However, this is inappropriate since contaminated solids with a high proportion of inert (nonreactive) compounds or liquid waste with high chlorine content should not be subjected to blast-furnace processes as it is incompatible with process engineering principles.

According to the Stockholm Convention, the export of POP wastes for the purpose of final disposal is acceptable as long as the selected disposal procedure meets the requirements of avoiding or minimising the input of POP into the environment. This is a point upon which the Basle Convention on the control of transboundary movements of hazardous waste and its disposal aims to ensure there is a system of global waste management that is environmentally compatible. Australia is also a Party to the Basle Convention and may therefore export waste to Germany for the purpose of disposal.

If transport of HCB is carried out duly, there are no health hazards to man and the environment. Furthermore, the UBA believes that whilst local disposal sites are lacking, longer-term storage of the chemicals in Australia poses a considerably great environmental risk than incineration in Germany at a modern hazardous waste incineration plant equipped with best available technique. It is UBA's opinion that the disposal of HCB wastes in Germany is therefore an environmentally sound solution.

The English text of the Stockholm Convention is available at
http://www.pops.int/documents/convtext/convtext_en.pdf.

Hoffnung noch nicht aufgegeben, HERTENER ALLGEMEINE V. 18.4.07

Politiker nehmen Entwicklung in Sachen Giftmüll mit Sorge auf

VON GREGOR SPOHR

HERTEN. Die Nachricht aus Sydney (Australien), die oppositionelle Labor- Partei habe ihren Widerstand gegen den Export von Giftmüll nach Deutschland aufgeben (HA vom 17. April), ist in Herten mit Sorge aufgenommen worden.

„Ich hoffe immer noch, dass Australien diesen Export nicht beantragt und den Abfall vor Ort entsorgt", betont Bürgermeister Dr. Uli Paetzel. Die Resolution des Rates der Stadt gegen die Verbrennung von 5 000 Tonnen des hexachlorbenzolhaltigem Mülls im RZR Herten sei im Februar dem australischen Umweltministerium zugeschickt worden. „Ende März haben wir eine Eingangsbestätigung erhalten, verbunden mit dem Hinweis, man werde die Argumente berücksichtigen. Seitdem haben wir nichts mehr gehört."

Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Carsten Locker steht fest, dass im Falle einer Genehmigung die Landesregierung am Zug ist. „Sie muss dann sagen, ob sie einen Transport um die halbe Welt akzeptiert oder ablehnt." Die SPD Herten bleibe bei ihrer Ablehnung. Sollte die Landesregierung den Giftmüll-Import genehmigen, erwarte er, dass die AGR umgehend mit Herten Gespräche über die Transportwege aufnimmt.

Für CDU-Fraktionschef Stefan Grave ist die entscheidende Frage, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, den Import abzulehnen. Der Landesumweltminister habe klar gesagt, dass er gegen einen Transport über 16 000 Kilometer sei. „Die einen sagen, der Bund sei letztlich zuständig, die anderen zeigen auf das Land." Fest steht für ihn, dass es andere Möglichkeiten der Giftmüll-Beseitigung gibt. „In Japan gibt es freie Kapazitäten - und das liegt näher."

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Dieter Kullik, erwartet, dass der Bürgermeister noch einmal deutlich macht: „Wir wollen diesen Müll nicht." Im Falle einer Genehmigung erwartet er eine breite Protest- Bewegung und Aktionen. „Und die werden wir unterstützen."

Nach Ansicht von UBP-Fraktionschef Tobias Koller muss der Rat erneut tätig werden und die Firma Orica mit den Protesten der Bürger konfrontieren. Rund 20000 Unterschriften seien gegen die Giftmüllverbrennung gesammelt worden. Die Firma Orica, die den Müll exportieren möchte, habe immer wieder propagiert, dass man gegen den Willen der Bevölkerung keine Giftmüllverbrennung durchführen wird. Bis heute habe er als Ratsmitglied weder eine Antwort auf seine Fragen erhalten noch eine Eingangsbestätigung über die Protestunterschriften.

Die australische Nachrichtenagentur AAP meldet, der australische Umweltminister Malcolm Turnbull sei noch dabei, die Unterlagen „sorgfältig" zu prüfen.

John Fetter, Oricas Öffentlichkeits- Manager, behauptet gegenüber AAP, er habe Kontakt mit den Bürgerinitiativen in Deutschland, habe viele von ihnen besucht und sei bei vielen Gelegenheiten in Deutschland gewesen.

Äußerungen, die bei Joachim Jürgens (Pro Herten) Verwunderung auslösen. „Mit uns hat er jedenfalls nicht gesprochen."

Australische Umweltschützer protestieren nach wie vor gegen den Export, sprechen von einem höchst riskanten Transport

---

Pressespiegel des Landtages und der Landesregierung Schleswig-Holstein vom 18.04.2007

HAFENGESELLSCHAFT IN DER KRITIK, 18.04.07,DITHMARSCHER LANDESZEITUNG

Podiumsdiskussion mit Experten zum Thema Giftmüll: Nur einmaliges Geschäft?

Von Stefan Schmid Brunsbüttel - Die Sondermüllverbrennungsanlage (SAVA) benötigt den Giftmüll-Auftrag aus Australien nicht für ihr wirtschaftliches Überleben. Das stellte Werkleiter Dr. Martin Kemmler auf einer Podiumsdiskussion klar, zu der die WIR eingeladen hatte.

„Das Hauptproblem ist nicht die SAVA, sondern der Umschlag des Giftmülls im Elbehafen. Das habe ich jetzt begriffen", stellte der Kieler Toxikologe Dr. Hermann Kruse am Ende der zweistündigen Veranstaltung leicht überrascht fest. Zusammen mit SAVA-Werkleiter Dr. Kemmler saß Kruse auf dem Podium. Dort fehlte allerdings Dr. Ingo Drachenberg vom Unternehmen Oekopol Hamburg. Der Umweltberater hatte kurzfristig abgesagt.

Der geplante, aber noch nicht genehmigte Transport von 22 000 Tonnen mit Hexachlorbenzol (HCB) verseuchtem Müll des australischen Konzerns Orica nach Brunsbüttel bewegt weiter die Brunsbütteler Gemüter. Trotz der vor sommerlichen Temperaturen fanden sich am Montagabend im Restaurant „Zum Kegelzentrum" knapp 60 Bürger ein, die meisten von ihnen Gegner des Transportes.

SA VA-Werkleiter Dr. Mar tin Kemmler hatte an dem Abend zweifellos den schwersten Part, als er versuchte, den Giftmüll-Transport zu rechtfertigen. „Wir können nicht so tun, als wenn uns der Müll in Australien nichts angeht." Er verwies auf die emissionsarme Verbrennung von chemischen

Giftstoffen in der SAVA. Australien habe es versäumt, solche Anlagen zu bauen. „Ich bin gar nicht dagegen, dass Australien so etwas macht, aber das würde mindestens zehn Jahre dauern." Eine Verbrennung des HCB-Mülls in Anlagen zweiter Wahl sei nicht zu verantworten. Allerdings benötige die SAVA den Müll nicht zwingend, um ausgelastet zu sein, betonte Dr. Kemmler.

„Warum bringen wir unsere Anlagen dann nicht nach Australien? Diese Frage drängt sich doch auf?" entgegnete der Kieler Toxikologe und erntete spontanen Beifall. Dr. Kruse verlangte mehr Angaben zum Giftmüll: „HCB-haltig sagt mir gar nichts. Die Frage ist nämlich: Was ist das für ein Gemisch und was für andere chemische Giftstoffe sind drin?" Das sei entscheidend für ein mögliches Emissionsrisiko bei der Verbrennung. Der Chemiker sieht vor allem auch den Transport des Giftmülls kritisch. „Gelangt das Hexachlorbenzol bei Störfallen oder Unfällen in die Umwelt, beispielsweise ins Wasser oder in den Boden, dann ist es eine sehr gefährliche Verbindung und gelangt in die Nahrungskette." HCB sei ein Langzeitgift, das das Nervensystem und das Erbgut des Menschen schädige und krebserregend sei.

Im Verlauf der Diskussion mit dem Publikum geriet die Hafengesellschaft in die Kritik, die auf die Genehmigung für den Umschlag und die Lagerung des Giftmülls wartet. „Wird die Genehmigung erteilt, gilt sie auf unbegrenzte Zeit", warnte WIR Vorsitzender Dr. Kai Schwonberg, der die Podiumsdiskussion moderierte. „In Australien rottet weit mehr Müll vor sich hin. Wir werden dann vermutlich auf Jahre Giftmüll bekommen", befürchtete Johannes Wöllfert Das bestritt Dr. Kemmler, doch die Meinung im Saal war eine andere: „Bei einem einmaligen Geschäft wird es nicht bleiben. Aber wir wollen nicht zur Drehscheibe für Giftmüll werden. Dagegen habe ich im März demonstriert. Es fehlen heute Abend einige Leute, die hier Rede und Antwort stehen", sagte Ute Brandt empört und spielte auf die Abwesenheit von Vertretern des Hafens und der Stadt an.

WEG FREI FÜR EXPORT-LIZENZ?

Der Transport von bis zu 22 000 Tonnen Giftmüll aus Australien nach Brunsbüttel ist offenbar näher gerückt. Am Montag gab die oppositionelle Labor-Partei im australischen Canberra ihren Widerstand gegen das Projekt auf. Er akzeptiere, dass es keine andere Entsorgungsmöglichkeit gebe, teilte der umweltpolitische Sprecher Peter Garrett mit. Damit steht der Unterzeichnung der Export-Lizenz laut Garrett nichts

mehr im Wege. Das Kieler Umweltministerium hat vom entfernten Kontinent noch keine derartigen Signal bekommen. „Am Sachstand hat sich nichts geändert", sagte Sprecher Christian Seyfert gestern. Das Landesamt für Natur und Um weit wartet auf den schriftlichen Nachweis der australischen Behörden, dass Australien technisch nicht in der Lage ist, den Müll zu verbrennen.

Pressespiegel des Landtages und der Landesregierung Schleswig-Holstein 18.04.2007

ROLLT DER GIFTMÜLLTRANSPORT NUN DOCH?, HAMBURGER ABENDBLATT VOM 17.04.07

Die umstrittene Verschiffung von 60 000 Fässern Giftmüll aus Australien nach Deutschland rückt näher. Wie berichtet, soll der mit dem krebserregenden Hexachlorbenzol belastete Abfall nach Brunsbüttel gebracht werden. Ein Teil wird vor Ort verbrannt, ein Teil per Zug zur Verbrennung weiter nach Nordrhein-Westfalen transportiert. Die Anlandung an der Küste wird für Mai erwartet, die Fahrt geht höchstwahrscheinlich auch durch Hamburg.

Der Transport hat scharfe Proteste ausgelöst - vor allem bei den Anwohnern der Güterumgehungsbahn. Zwar hält die Bahn, wie berichtet, den genauen Transportweg „aus Sicherheitsgründen" geheim, aber zur Güterumgehungsbahn, die unter anderem durch Teile von Alsterdorf, Groß Borstel und Eppendorf fährt, gibt es keine echte Alternative.

Im Februar hatte es bereits Proteste vor dem DB Mobility Center an der Eppendorfer Landstraße gegeben. Tenor: Die Bahn solle die betroffenen Anwohner offen über die Gefährlichkeit des Transports informieren. Die Menschen fürchten ein Zugunglück, wie es sich Ende Januar vor den Toren Hamburgs in Tornesch ereignet hatte. Damals waren aus den verunglückten Waggons ätzende Chemiewolken entwichen. Die Bahn verweist dagegen auf die hohen Sicherheitsstandards, auch sei ein Transport per Lkw im Vergleich zum Bahntransport noch gefährlicher.

Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer der Naturschutzorganisation BUND Hamburg, kritisierte den „Mülltourismus" scharf. Die australische Regierung müsse nun dringend Voraussetzungen schaffen, den Abfall im eigenen Land verbrennen zu lassen. „Solche Stoffe fallen immer wieder an", so Braasch.

Vor Kurzem hatte das schleswig-holsteinische Umweltministerium das Genehmigungsverfahren für den Transport gestoppt, weil noch keine Erklärung der australischen Behörden vorliegt, ob der Müll nicht auch im Land selbst verbrannt werden könnte. Wie ein Sprecher des Ministeriums dem Abendblatt gestern bestätigte, hegt das Schreiben immer noch nicht vor, entsprechend gibt es auch keine Genehmigung. Insider gehen aber davon aus, dass es sich hier lediglich um eine Formalie handelt.

Falls Australien die Erklärung abgibt, hat Schleswig-Holstein kaum Ermessensspielraum, und das Land muss die Einfuhr der Stoffe und ihre Teilentsorgung in der Sondermüllverbrennungsanlage (SAVA) Brunsbüttel genehmigen. Die Bundesregierung sieht keine erhöhte Gefahr bei der Verbrennung des Mülls in Deutschland. (schmoo/ubi)

(rd/dpet)26 Pressespiegel des Landtages und der Landesregierung Schleswig-Holstein 18.04.2007

AUSTRALIEN SCHICKT GIFTMÜLL NACH DEUTSCHLAND, QUELLE:DIE WELT VOM 17.04.2007

Gefährliche Fracht soll in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verbrannt werden - Noch aber fehlt die offizielle Genehmigung für den Import Berlin - Eine der letzten Hürden für den umstrittenen Transport von australischem Giftmüll nach Deutschland ist offensichtlich aus dem Weg geräumt. Die oppositionelle Labor-Partei in Canberra hat ihren Widerstand gegen den Export aufgegeben. Der Unterzeichnung der Exportlizenz steht nichts mehr im Wege. Nun müssen die zuständigen Behörden in Deutschland den Import

noch genehmigen. „Das ist jetzt Angelegenheit der Länder", sagte ein Sprecher des Bundesumweltministeriums.

Das australische Chemieunternehmen Orica hatte bereits Ende vergangenen Jahres den Antrag auf Export von Giftmüll nach Deutschland gestellt. Bei der Produktion von Anstrichfarben, Sprengstoffen, Düngemitteln und Bergbauchemikalien fällt gefährlicher Sondermüll an, darunter auch das krebserregende Hexachlorbenzol (HCB). Insgesamt sollen rund 20 000 Tonnen Giftmüll nach Deutschland verbracht werden, davon etwa 11000 nach Nordrhein-Westfalen und die restliche Menge nach Schleswig-Holstein.

„Wir sehen jetzt ein, dass die einzige sichere Entsorgung der Export nach Deutschland ist", sagte Labor-Umweltsprecher Peter Garrett in Canberra. In den Müllverbrennungsanlagen von Herten, Leverkusen und Dormagen sowie in Brunsbüttel soll der Sondermüll verbrannt werden. Umweltschützer hatten dagegen protestiert. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) vertrat die Ansicht, es sei besser, der Sondermüll werde in Deutschland fachgerecht entsorgt, statt dass er irgendwo in die Landschaft gekippt werde.

Voraussetzung für den Giftmülltransport ist nach internationalem Recht jedoch ein Nachweis der australischen Regierung, dass sie die gefährlichen Substanzen nicht im eigenen Land entsorgen kann. Sobald dieser Nachweis vorliege, würden die Anträge von Orica geprüft, sagte eine Sprecherin des Umweltministeriums in Nordrhein-Westfalen. Einer Genehmigung stünde dann vermutlich nichts mehr im Wege. Der Import von Sondermüll aus dem Ausland ist durchaus üblich. Nordrhein-Westfalen verfügt aufgrund der industriellen Infrastruktur über entsprechend große Kapazitäten. Der giftige Müll kommt vor allem aus den Niederlanden und Belgien. Er wird entweder verbrannt oder zu neuen Rohstoffen aufgearbeitet. Umgekehrt wird in den Niederlanden zum Beispiel aus bleihaltigem Abfall wieder Blei gewonnen.

Dass die Müllfracht 16 000 Kilometer über das Meer verschifft wird, geschieht jedoch eher selten. Die Giftfässer der Firma Orica sollen zunächst in Brunsbüttel angelandet und von dort auf der Schiene weitertransportiert werden. „Wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind, sehen wir keine Probleme, den Import nach Deutschland zu gestatten", sagte Christian Seyfert vom Kieler Umweltministerium der WELT. Zunächst war der Importantrag auf Eis gelegt worden, weil eben jener amtliche Nachweis noch nicht vorliegt, dass der Giftmüll nicht im eigenen Land entsorgt werden kann.

Ina Walenda vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) warnte vor den Risiken bei der Verbrennung: „Es fallen Filterstäube an und zusätzliche Schlacken." Das Hauptproblem sei aber der lange Transportweg. Insgesamt sind vier Schiffsladungen geplant.

Noch lagern die Fässer im Hafen von Sydney. Das Tauziehen um die Entsorgung zieht sich seit 20 Jahren hin. Die frühere Labor-Regierung forderte eine Entsorgung am Ort. Die konservative Liberale Partei, die seit 1996 regiert, wollte die Entscheidung der Firma überlassen. Die Betreiber der deutschen Verbrennungsanlagen sehen sich in der Pflicht, den Giftmüll anzunehmen. Deutschland exportiere Chemikalien in die ganze Welt und habe eine Verantwortung, sich um die Entsorgung des weltweit anfallen den Mülls zu kümmern.

Keine Erlaubnis für Müllimport, 18.04.07, NGZ

Dormagen (PeS) Das Düsseldorfer Umweltministerium hat gestern auf Nachfrage der NGZ Meldungen dementiert, nach denen die Genehmigung für die Einfuhr und Entsorgung von giftigem Hexachlorbenzol (HCB) nach Nordrhein-Westfalen nur noch eine Formsache sei. Anlass für die Spekulationen waren Berichte aus Australien gewesen, dass die Opposition ihren Widerstand gegen die Export-Genehmigung des Stoffs nach Deutschland aufgebe. „Das ist jedoch von unserer Entscheidung vollkommen unabhängig“, betonte gestern die stellvertretende Sprecherin des Ministeriums, Sabine Raddatz.

ERKLÄRUNG AUS AUSTRALIEN FEHLT

Die Export-Genehmigung der australischen Behörden habe nichts mit der Import-Genehmigung der Deutschen zu tun. Nach wie vor warteten die deutschen Umweltbehörden auf die offizielle Bestätigung aus Australien, dass die giftigen Stoffe dort nicht fachgerecht entsorgt werden könnten. Diese sei die Grundlage für alle weiteren Schritte. „Solange diese Aussage nicht schriftlich vorliegt, genehmigen wir hier gar nichts“, so Raddatz. Und wenn sie vorliege, werde sie zunächst gründlich geprüft. „Schließlich gibt es in Australien Umweltverbände, die behaupten, dass eine Entsorgung im Land durchaus möglich sei“, sagt Raddatz.

BAYER WARTET

„Unser Stand ist: Wir warten“, sagt auch Christian Zöller, Sprecher des Chemieparks Dormagen. Dort soll ein Teil des Hexachlorbenzol verbrannt werden, das aus dem australischen Sprengstoffunternehmen Orica südlich von Sydney stammt. Der Zeitplan verschiebe sich durch die Verzögerung der Genehmigungsverfahren nach hinten, bestätigte Zöller. Das erste Schiff Richtung Deutschland sollte sich ursprünglich bereits Anfang April in Bewegung setzen. „Für uns macht das jedoch keinen Unterschied“, betont Zöller.

UMWELTBUNDESAMT FÜR HCB-VERBRENNUNG 19.04.07, H.A

Donnerstag, 19. April 2007 | Quelle: Hertener Allgemeine (Herten)

von Gregor Spohr

HERTEN. Aus der Sicht des Umweltbundesamtes (UBA) ist die Entsorgung HCB-haltiger Abfälle in "modernsten deutschen Sonderabfallverbrennungsanlagen umweltgerecht". -

Unter Hinweis auf die Diskussion um den Transport von 22000 Tonnen dieser hochgiftigen Abfälle aus Australien nach Deutschland - 5000 Tonnen davon nach Herten - erklärt das UBA, das Umweltrisiko einer längerfristigen Lagerung in Australien sei wesentlich größer. Jedenfalls "solange geeignete Entsorgungsanlagen vor Ort fehlen."

In der Zeitung "The Sydney Morning Herald" erklärt der Vorsitzende der australischen Firma Dolomatrix, das Unternehmen sei in der Lage, den Giftmüll im Land zu entsorgen. Dem widerspricht Orica, die den Export beantragt hat. Laut Orica hat Dolomatrix weder die Kapazität noch die richtige Technik.

In ihrem Bericht zitiert die Sydney-Zeitung auch Joachim Jürgens (Initiative Pro Herten) mit dem Satz: "Es ist unglaublich, dass die australische Industrie nicht in der Lage ist, den **Giftmüll** selbst zu entsorgen."

Ein Orica-Sprecher erklärt im selben Artikel, es sei die moralische Frage, ob man der nächsten Generation diesen Müll mitten in Sydney zumuten dürfe. "Die beste Möglichkeit ist, den Müll nach Deutschland zu bringen."

Horst Urban, der Vorsitzende der Hertener UWG-Fraktion, hofft wie seine Ratskollegen (wir berichteten), auf ein Nein der australischen Regierung. "Das Fatale ist, dass schon im Vorfeld Entscheidungsträger signalisiert haben, alles sei in Ordnung. So wurden mit Verträgen Fakten geschaffen."

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat der Bundesregierung einen umfangreichen Katalog mit 24 Fragen zum Giftmüll-Thema vorgelegt. In der Kleinen Anfrage, die gestern im Bundestag auf der Tagesordnung stand, geht es u.a. darum, ob der Import auch dann abgelehnt werden kann, wenn Australien tatsächlich über keine geeigneten Verbrennungsanlagen verfügt. Die Grünen wollen auch wissen: "Ist der Bundesregierung bekannt, wie seinerzeit die Abfälle bei der Sanierung des Olympiageländes in Sydney beseitigt wurden?"

Dietrich Freudenberger, Geschäftsführer der AGR, spricht in der neuen Ausgabe der Unternehmenszeitung BlickKontakt von einer "dramatisierenden örtlichen Medienberichterstattung", die bei vielen Bürgern Ängs-

te geschürt habe. Nur wenige Politiker hätten Stehvermögen gezeigt und der Versuchung widerstanden, "populistisch Punkte zu sammeln."

IN SACHEN GIFTMÜLL WIRD JETZT DAMPF GEMACHT, STELLT GREGOR SPOHS OMA FEST

„Ein guter Abt lobt sein Kloster", sagte meine Oma gerne.

Und so verwundert es wenig, dass der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) erklärt: „Deutschland ist weltweit führend, was Technologie und Kompetenz im Umgang mit Abfällen anbelangt." Weltmeister also, klar doch.

Am nächsten Dienstag will der BDE der bundesdeutschen Presse „Fakten über die Importe von Sonderabfällen und deren Behandlung" liefern. Anschließend findet eine Führung „durch eine der modernsten Verbrennungsanlagen für gefährliche Abfälle in Europa" statt. Sie ahnen es? Klar, das ist unser RZR in Herten-Süd.

Und damit alle, die sich über den Sinn eines Giftmülltransports von Australien um den halben Erdball nach Deutschland und Herten Gedanken machen, ein schlechtes Gewissen bekommen, heißt es in der BDE-Einladung weiter: „Werden Import gefährlicher Abfälle nach Deutschland kritisiert, fördert indirekt andernorts geringere ökologische Standards oder den Einsatz einer schlechteren, bedenklicheren Technik." Ach ja?

Aber immerhin ist man so ehrlich, auch festzustellen: „Für viele Unternehmen (...) ist die (...) grenzüberschreitende Versorgung ein wichtiges wirtschaftliches Standbein."

Und was es doch für Zufälle gibt! Fast zeitgleich mit der BDE-Einladung ließ das Umweltbundesamt (UBA) wissen, dass „die Entsorgung HCB-haltiger Abfälle in modernsten deutschen Sonderabfallverbrennungsanlagen aus Sicht des UBA umweltgerecht" ist. Ja, sie läuft wie geschmiert, die Überzeugungsmaschine.

Wer dagegen ist, reagiert emotional (Gift, igitt), sammelt populistisch Punkte, dramatisiert, schürt Ängste, verbreitet Halbwahrheiten. Das jedenfalls meint AGR-Geschäftsführer Dietrich Freudenberger.

Süß getrunken, sauer bezahlt

Wie hieß es doch im AGR-Blatt BlickKontakt im Dezember? „Nach Prüfung aller Bedingungen und Fakten gab die Bezirksregierung Münster schließlich grünes Licht für den Entsorgungsauftrag aus Sydney." Grünes Licht gibt es bis heute nicht. Soviel zum Thema Halbwahrheiten, Herr Freudenberger.

Also noch einmal: Das RZR ist eine tolle Anlage, die Arbeitsplätze sind wichtig, wir haben euch lieb (ok, nicht alle...). Aber Giftmüll aus Australien mit riskantem Transport über 16 000 km -das darf und muss nicht sein.

Ach ja, und dann war da noch die Nachricht, dass immer mehr Hertener Schulkinder statt zur Schulmilch zum süßen Milchmixprodukt greifen. Nicht gerade gesund! In diesem Fall hätte meine Oma gesagt: „Süß getrunken, sauer bezahlt."

An
Landtagsfraktion der Grünen und der SPD
Bundestagsfraktion
Landesregierung NRW Bundesregierung
Presse Kreis, Stadt

Bündnis90/Die Grünen SV Herten

Stadtverbandssprecher:

Peter Martschinke

Stellvertreter:

Karl Kneip

Susanne Fiedler

Offener Brief

Tel. 02366 36794

Tel. Fraktionsbüro 02366 303540

Tel. priv. 0209 770782

Email: die-gruenen-herten(at)web.de

Email: karlos.k(at)cityweb.de

Homepage: www.gruene-herten.de

öffentliche Sitzung: Mo 19 - 21 Uhr

Hochstr.7 45699 Herten

Bürgersprechstunden

Rathaus: Di und Fr 10 -12 Uhr

20 04 2007

BG90 für eine Klärung der zusätzlichen gesundheitlichen Gefahren durch GIFT-MÜLLIMPORTE NACH HERTEN

Lt. Pressemitteilungen spricht sich das Umweltbundesamt indirekt für eine zusätzliche gesundheitliche Belastung der Hertener Bürger durch die Verbrennung von Giftmüllimporten im RZR aus.

Das UBA hat nicht die Absicht den Umfang und die Menge der Giftfrachten aus dem RZR - Schornstein und deren Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung zu nennen und zu bewerten, sondern begnügt sich mit Statements die den Werbefloskeln der Giftmüllimporteure gleichen.

Die Öffentlichkeit hatte vom UBA eine fachlich fundierte kritische und von Einflüssen aus Politik und Industrie unabhängige Aussage erwartet keine Lobbyarbeit.

Für Bündnis90/Die Grünen ist es nicht hinnehmbar dass ohne Berücksichtigung der Gesundheitsgefährdung der Bürger hunderttausende Tonnen ausländischer Giftmüll ua. australische Ultragiftmüll, mitten im Ruhrgebiet verbrannt werden soll und die höchste Aufsichtsbehörde untätig bleibt.

Die Giftmüll-Verbrennung ist nicht nur ökologisch sondern auch humantoxikologisch fahrlässig.

Die Anwohner sind zu recht besorgt. Eltern haben kaum die Möglichkeit, sich mit Hilfe des Rechtes gegen die Behauptungen des UBA zu wehren Das UBA stellt als grundlegende These die Behauptung voran, dass die Müllverbrennung "das Wirkpotential der organischen Schadstoffe über mehrere Größenordnungen toxischer Wirkungen verringert". Die Ausweisung der absoluten tatsächlichen Giftfracht und eine sachliche Beurteilung der Gesundheitsgefährdungen werden vom UBA unterdrückt.

Eine "Verringerung toxischer Wirkungen um mehrere Größenordnungen" glaubt das UBA der "Vernichtung organischer Masse im Feuer" zuschreiben zu können. Es ist aber nicht die organische Masse an sich, von der toxische Wirkungen ausgehen, sondern ihr Gehalt an Giftstoffen, wie sie die australische Ultragiftfracht beet.

Bisher gibt es kein kontinuierlich arbeitendes zuverlässiges Überwachungsverfahren, was bei großen Verbrennungsanlagen wie das RZR Herten unbedingt erforderlich wäre um langfristige Gesundheitsgefährdungen auszuschließen.

Sollte es tatsächlich zum australischen Giftmüllimport kommen, werden sich die Bürgerinitiativen vom UBA bei einer möglichen juristischen Gegenwehr nicht dadurch einengen lassen, in dem wie zur Zeit Praxis, die Giftmüllverbrennung aus dem Bereich der Vorsorge und Gesundheitsgefährdung in den juristisch irrelevanten Bereich des "Restrisikos" gedrückt wird.

Für das UBA zählen seit vielen Jahren die finanziellen Interessen der Giftmüllimporteure, nicht die zusätzliche Gesundheitsgefährdung der Bürger.

Das UBA liegt bei seinen Risikoabschätzungen meilenweit entfernt von den Risikoabschätzungen der amerikanischen Umweltbehörde EPA , die z. B. als unzumutbare tägliche Aufnahme 0,008 pg Dioxin TE/kg KG d (bei einem akzeptablen Risiko" von 1 zusätzlichen Krebstoten auf 1 Million Menschen) für verantwortbar hält.

Die Giftmüllverbrennung ist ein nicht kalkulierbares Risiko. Der Giftmüllimport im großen Stil verschärft die Situation hier in Herten.

Von der Gefahr der Langzeiteffekte, z.B. im Sinne eines erhöhten Krebsrisikos und der Schädigung des Immunsystems sollte durch das butterweiche UBA - Statement nicht abgelenkt werden. Die Erkenntnisse internationaler epidemiologischer Studien zur Humankanzerogenität von Dioxinen werden offensichtlich ignoriert. Die Krebsinzidenz bei der Bevölkerung von Industrieländern zeigt eine ständig steigende Tendenz. Es wird zunehmend deutlicher, dass auch niedrige Dioxin- Konzentrationen bei chronischer Exposition ein charakteristisches Muster der Veränderung bzw. Schädigung von Organfunktionen (Immun-, Nerven- und Hormonsystem, Leber- Stoffwechsel, Krebs bei zahlreichen Organen, Fettstoffwechsel etc.) verursachen.

Es gibt eine auffallende Übereinstimmung zwischen den Ergebnissen epidemiologischer Studien und ärztlicher Beobachtungen in der Praxis. Die meisten Verantwortlichen ignorieren diese Erkenntnisse hartnäckig, um dadurch die längst überfällige Änderung des "Richtwertes im Sinne der Vorsorge" in den juristisch wirksamen "Richtwert zur Gefahrenabwehr" ablehnen zu können.

Das UBA sollte sich für die Interessen der Bürger einsetzen und bis zur Klärung der gesundheitlichen Gefahren hier vor Ort den Giftmüllimporteuren die rote Karte zeigen.

Das Industrieland Australien könnte schon immer Giftmüll umweltgerecht im eigenen Land entsorgen, wenn es wollte. Offensichtlich sollten die australischen Bürger durch Giftmüllverbrennung gesundheitlich nicht belastet werden. - Karl Kneip

---

EMAIL:BAN HAS CERTAINLY BEEN INVOLVED IN OPPOSING THIS SHIPMENT EARLY ON.

At 10:51 AM 4/22/2007, you wrote:

Dear Basel Action Networkers,

we are writing to get to know your point of view in the issue of Orica ´s stockpile of HCB at Botany Bay. Orica (Australia) has lodged an application to export 22000 tons of hazardous waste to Germany for incineration. Since those plans were published in December 2006 here in Germany, a broad and strong opposition is uniting environmental groups with the majority of the citizens, with political parties of Conservatives, Liberals, Socialists, Greens in more than ten City-Councils and within the NRW- Parliament.

Ten thousands signed resolutions and NRW-Minister for Environment, Mister Uhlenberg, declared, that he would respect the citizens appeals and resist the import of the Australian hazardous waste by all legal ways. So does his collegue in Schleswig-Holstein (more informations: www.pro-herten.de).

Pro-Herten is opposing Oicas´s plans referring to the principles of the Basel Convention. But we are interested not to think and act from local and isolated interests. So we are in contact with the NTN in Australia and are coordinating opposition in Germany.

Please tell us, what is your experience and position. We are looking foreward to hear about.

Sincerely Yours Manfred Michael Schwirske

Pro-Herten (working group of environmental initiatives)
Wiesenstraße.18
45699 Herten
Tel.: 02366/39742
Mail: mms(at)pro-herten.de
Annex: Sydney Morning Herald: The toxic trade Bonanza
Anfang der weitergeleiteten E-Mail:Von: Jim Puckett <apex(at)seanet.com Datum: 23. April 2007 17:51:48
Betreff: Re: Orica´s application to export HCB

Dear Manfred:

BAN has certainly been involved in opposing this shipment early on.

Please find our open letter written to Minister of Environment Campbell which explains further our position. Please feel free to use this letter as you will. Also, if you think it would be useful, we would be happy to write an editorial or another letter which you might be able to translate into German if you think such would be useful to your campaign.

http://www.ban.org/Library/LettertoIanCampbell.pdf

Sincerely yours,
Jim Puckett, coordinator BAN

EMAIL: VON: MARIANN LLOYD-SMITH „EXCITED ABOUT PETER GARRET"

Gesendet: Freitag, 20. April 2007 01:37
An: CBGnetwork(at)aol.com
Cc: acejane(at)bigpond.com; bro(at)c031.aone.net.au; evolve(at)joimmig.com; jj(at)pro-herten.de
Betreff: Re: any HCB news?

Dear Phillip,

Why the media are excited about Peter Garret supporting the export is because he is a very high profile ex lead singer of the rock group 'Midnight Oil' and a past president of the Australian Conservation Foundation (ACF) who went into politics. ACF oppose the export.

He is seen as a leading environmentalist in government.

He publicised his decision to support export before he even spoke with us and I believe it was a political decision to maintain his seat....

I think both the Federal Government and Orica are playing a waiting game hoping that the opposition in Germany will fade away.

Regards Mariann

Dr Mariann Lloyd-Smith

Senior Advisor, National Toxics Network Inc.
biomap(at)oztoxics.org

CBG EMAIL-ACTIVITY (EMAIL)

On 17/04/2007, at 6:56 PM, CBGnetwork(at)aol.com wrote:
Dear friends,
several German papers reported today that the Australian Labour Party gave up resistance against the export of HCB and that there will be an approval soon? What´s your opinion on this?
Best,
Philipp Mimkes
Coalition against BAYER Dangers (Germany)

----- Original Message -----

From: Mariann Lloyd-Smith
To: jo immig
Cc: CBGnetwork(at)aol.com ; Lee & Jane Jane ; Bro ; Jürgens Joachim
Sent: Thursday, April 19, 2007 1:39 PM
Subject: Re: any HCB news?

I don't think anyone was aware that the Orica takeover bid was around...but I wondered if the timing of it was a result of feeling confident that the waste liability was dealt with, or as John suggested they are not even aware of it.

Regards Marian

On 19/04/2007, at 1:32 PM, jo immig wrote:
Hello
Perhaps writing directly to the Opposition Leader Kevin Rudd, with a cc to Peter Garatt?
What do you make of the takeover bid of Orica?
Cheers jo

On 19/04/2007, at 9:10 PM, CBGnetwork(at)aol.com wrote:

Dear friends,

...our HCB story made front page in the Sydney Morning Herald quoting Joachim. My colleagues did numerous TV, radio and newspaper interviews.

we saw that including Orica´s statement of being in touch with German environmental groups. None of the groups being active against incineration spoke with him. When our group sent them a letter we didn´t even get an answer.

For some reason the news of Peter Garret´s opinion made it into many German media - if his party is in opposition what´s SO important about it?

We still have no news from the Federal government other than they are still waiting for German government approval.

This is funny since German politicians again and again state that at the moment there´s nothing for them to decide since German authorities will only start the process of approval after the Australian o.k.

Perhaps writing directly to the Opposition Leader Kevin Rudd, with a cc to Peter Garatt?

we collected roughly 20.000 signatures (we gave 11.000 to our environmental minister but lists keep coming in). It´s no problem to contact Rudd or Garret - do you have their email or fax numbers?

At the moment the best thing would be reports from Germany that NGOs will

protest, carry out roadblocks, threaten legal actions ect...anything that would make the Federal Government think that it wont be easy.

April 27th Bayer´s shareholder meeting will take place. We´ll organize a demonstration. Besides that the issue calmed down here a bit, since nothing much new happened.

Best, Philipp Mimkes

Coalition against BAYER Dangers (Germany)
www.CBGnetwork.org
CBGnetwork(at)aol.com
Fax: (+49) 211-333 940 Tel: (+49) 211-333 911
skype: Philipp.Mimkes
please send an e-mail for receiving the English newsletter Keycode BAYER free of charge. German/Italian/French/Spanish newsletters also available.
Advisory Board
Prof. Juergen Junginger, designer, Krefeld,
Prof. Dr. Juergen Rochlitz, chemist, former member of the Bundestag, Burgwald
Wolfram Esche, attorney, Cologne
Dr. Sigrid Müller, pharmacologist, Bremen
Eva Bulling-Schroeter, member of the Bundestag, Berlin
Prof. Dr. Anton Schneider, biologist, Neubeuern
Dorothee Sölle, theologian, Hamburg (died 2003)
Dr. Janis Schmelzer, historian, Berlin
Dr. Erika Abczynski, pediatrician, Dormagen

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Freitag, 20. April 2007 01:37
An: CBGnetwork(at)aol.com
Cc: acejane(at)bigpond.com; bro(at)c031.aone.net.au; evolve(at)joimmig.com; jj(at)pro-herten.de
Betreff: Re: any HCB news?

Dear Phillip,

Why the media are excited about Peter Garret supporting the export is because he is a very high profile ex lead singer of the rock group 'Midnight Oil' and a past president of the Australian Conservation Foundation (ACF) who went into politics. ACF oppose the export.

He is seen as a leading environmentalist in government.

He publicised his decision to support export before he even spoke with us and I believe it was a political decision to maintain his seat...

I think both the Federal Government and Orica are playing a waiting game hoping that the opposition in Germany will fade away.

Regards Mariann

SÜDAFRIKA KOMMT MIT IN BOOT (EMAIL)

_____

On 23/04/2007, at 4:13 AM, J.Jürgens (RX) wrote:

Australiens Gift für die Welt. Der Export von gefährlichen Abfällen hat Tradition.

Australia poison for the world. The export of dangerous wastes has tradition.

Bereits im Jahr 2000 exportierte Australien gefährlichen Abfall nach Südafrika und verstieß damit gegen internationale Abkommen. Siehe:

http://www.ban.org/ban_news/enviros_call.html

Already in the year 2000 Australia exported dangerous waste to South Africa and offended thereby against international agreements. See:

http://www.ban.org/ban_news/enviros_call.html

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Sonntag, 22. April 2007 23:59
An: J.Jürgens (RX)
Betreff: Re: WG: Hazardous waste for South Africa

Thanks Joachim... Jim Puckett from BAN has been very supportive...he has written on a couple of occasions to our Minister and Department opposing the export...

I've also contacted colleagues in South Africa to warn them of the HCB waste proposed to be transported through their waters.

Rico works with Bobby Peek from the NGO Groundwork

Email rico(at)groundwork.org.za

It might be good if you contacted him as well.

Regards Mariann

MINISTER IST GEGEN MÜLLIMPORT, 20.04.07, LEVERKUSENER ANZEIGER

Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) ist nach wie vor gegen den Import von Giftmüll aus Australien. Diese grundsätzliche Haltung bekräftigte der Minister jetzt gegenüber Horst Schiereck (SPD), dem Oberbürgermeister von Herne. Auch der Rat der Ruhrgebietsstadt hatte sich in einer Resolution gegen den Import und die Verbrennung von rund 22 000 Tonnen mit Hexachlorbenzol (HCB) belasteten Abfall gewandt. Je rund ein Viertel davon sollen in Bayer-Anlagen und im unweit von Herne gelegenen Rohstoff-rückgewinnungszentrum (RZR) verbrannt werden.

Uhlenberg betonte, dass die Landesregierung "die Zustimmung zu einer Verbringung versagen" werde, wenn die rechtlichen Voraussetzungen dafür nicht erfüllt seien. Ein Urteil darüber sei derzeit nicht möglich, weil der Importantrag der australischen Regierung nach wie vor nicht vorliege. Darin müsste der Giftmüll-Exporteur darlegen, "dass Australien nicht über geeignete Anlagen verfügt und diese billigerweise auch nicht erwerbe kann", schreibt Uhlenberg: "Vor diesem Hintergrund bleibt die Landesregierung bei ihrem Standpunkt, dass ein Import von gefährlichen Abfällen aus einem weit entfernten und hoch industrialisierten Staat wie Australien nicht befürwortet werden kann, auch wenn der Industriestandort Nordrhein-Westfalen in der Lage ist, die erforderliche Entsorgungskapazität unter Einhaltung hoher technischer und Sicherheits-Standards zu gewährleisten." (tk)

PRESSESPIEGEL ZUR VERANSTALTUNG DES BUNDESVERBANDES DER DEUTSCHEN ENTSORGUNGSWIRTSCHAFT IM RZR HERTEN , 24.04.2007

Verwechselt der BDE hier Ökologie vielleicht mit Ökonomie?

DER BDE SCHREIBT IN SEINER PRESSEMELDUNG

http://www.verbaende.com/News.php4?m=45875

»Entsorgung australischer Sonderabfälle in Deutschland ist ökologisch die beste Lösung / Auch Umweltbundesamt favorisiert Import

Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. (BDE)

(Verbandspresse, 24.04.2007 15:53)

(Berlin) -Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) warnt vor einer Panikmache hinsichtlich des Imports gefährlicher Abfälle. Der Hauptgeschäftsführer des Verbands Dr. Stephan Harmening sagte heute (24. April 2007) bei einem Pressegespräch mit der Essener AGR mbH in deren Verbrennungsanlage RZR Herten: „Wir sind in Deutschland weltweit führend, was unsere Technologie und unsere Kompetenz im Umgang mit gefährlichen Abfällen anbelangt. Der Import von gefährlichen Abfällen zu deutschen Anlagen ist nicht nur im aktuellen Fall die ökologisch beste Lösung."

Gefährliche Abfälle können in den Herkunftsländern oft nicht adäquat entsorgt werden. Deshalb begrüßt es der BDE, wenn diese Abfälle mit der bestmöglichen Technik und unter den höchsten Umweltschutzauflagen aufbereitet oder entsorgt werden. „Beides garantiert die deutsche Entsorgungswirtschaft", sagte Harmening." Er verwies auf eine aktuelle Stellungnahme des Umweltbundesamts (UBA), das ebenfalls die Entsorgung der australischen Abfälle in deutschen Anlagen als umweltgerechte Lösung favorisiert. Das UBA ist der Auffassung, dass eine längerfristige Lagerung der Chemikalien in Australien ein wesentlich größeres Umweltrisiko wäre als die Verbrennung in einer modernen Sonderverbrennungsanlage in Deutschland. „Wer den Import gefährlicher Abfälle nach Deutschland kritisiert, fördert indirekt andernorts geringere ökologische Standards oder den Einsatz einer bedenklicheren Technik", sagte Harmening.

Der BDE-Hauptgeschäftsführer nannte noch ein zweites Argument für die Importe: Die große deutsche Sonderabfallkompetenz zeigt sich in Hightech-Anlagen, deren Investition sich nur rechnet, wenn die Anlagen auch profitabel zu betreiben sind. Für die Unternehmen ist die behördlich genehmigte grenzüberschreitende Entsorgung auch ein wirtschaftliches Standbein. Da für Sonderabfälle keine generelle Andienungspflicht besteht, sind die Unternehmen darauf eingerichtet und angewiesen, auch Abfälle aus dem Ausland entsorgen zu können. „Interessant ist ja, dass die Entsorgung von gefährlichen Abfällen nie von den Kommunen als Teil der so genannten Daseinsvorsorge gesehen wurde. Sonderabfall ist überwiegend die Sache von privaten Unternehmen, die dafür in den letzten Jahrzehnten eine enorme Kompetenz aufgebaut haben", sagte Harmening.

Gerade für die Beseitigung der gefährlichsten Stoffe verfügt die deutsche Entsorgungswirtschaft über Anlagen, die mit optimaler Verbrennung und bester Filtertechnik arbeiten. Konkret geht es im aktuellen Fall um 22.000 Tonnen Abfälle, die mit dem Stoff Hexachlorbenzol (HCB) behaftet sind. HCB zählt zur Gruppe der persistenten, organischen Schadstoffe (POPs = Persitent Organic Pollutants), die wegen ihrer chemischen Eigenschaften sehr stabil und in der Umwelt praktisch nicht abbaubar sind. Laut Stockholmer Übereinkommen zur Begrenzung der Umweltverschmutzung durch POPs dürfen die Vertragsstaaten – dazu zählen Deutschland und Australien – Substanz wie HCB weder herstellen noch anwenden. Das Stockholmer Abkommen verpflichtet die Länder auch dazu, noch vorhandene Lagerbestände

an POPs zu identifizieren und so zu entsorgen, dass die POPs vollkommen und zerstört werden.

Dazu AGR-Geschäftsführer Dietrich Freudenberger: „Nicht ohne Grund hat sich der australische Abfallerzeuger nach einer aufwendigen Auditierung für Verbrennungsanlagen in Deutschland entschieden. Hier kann man die Stoffe so umweltverträglich beseitigen, wie sonst nirgendwo."

Um HCB endgültig zu zerstören, sind Sonderabfallbehandlungsanlagen erforderlich, die die Substanz vollkommen zerlegen, ohne gleichzeitig unerwünschte organische und chlorierte Nebenprodukte in die Umwelt frei zu setzen. Deutschland verfügt über solche Verbrennungsanlagen, die ihre Leistungsfähigkeit bereits bei der Entsorgung von Abfällen, die polychlorierte Biphenyle (PCB) enthielten, unter Beweis stellten. So sind sie zum Beispiel mit Annahme-und Dosiersystemen für problematische flüssige Abfälle, mit Drehrohröfen und anschließender Nachbrennkammer als Verbrennungsaggregat und einer hochleistungsfähigen Abgasreinigung mit mehrstufiger Filtertechnik ausgerüstet. In Australien verfügt keine Entsorgungsanlage über solche Technik. Die dortigen Anlagen sind für den Großteil der HCB-verunreinigten Abfälle – fester Bauschutt in Fässern, verunreinigter Boden und Verpackungen

– nicht geeignet oder haben keine ausreichenden Kapazitäten, um die Abfälle in einem vertretbaren Zeitraum zu entsorgen.

Deutsche Anlagen für die Behandlung von gefährlichen Anlagen verfügen über eine Behandlungskapazität von mindestens 16,0 Millionen Tonnen im Jahr. Importiert werden fast 6 Millionen Tonnen, exportiert 1,1 Millionen Tonnen. Die 22.000 Tonnen aus Australien machen 0,4 Prozent der deutschen Importmenge und 0,1 Prozent der deutschen Behandlungskapazität aus." (dvf, el)

"Australien ist keine Industrienation", H.A.

Von Michael Wallkötter

Herten. Die Pressekonferenz im Sitzungsraum des RZR Herten läuft schon über eine Stunde, da wird der Ton gereizter. "Ich kann nichts Bedenkliches daran erkennen, dass wir als Unternehmen Geschäfte machen", raunzt AGR-Geschäftsführer Dietrich Freudenberger einen Journalisten an.

Was verdient die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet an dem Giftmüll-Deal mit Australien? Wie hoch ist die Gewinnmarge? Fragen wie diese nerven Freudenberger mittlerweile. Nicht, weil er sie schon zig Mal gehört hat und doch nicht beantworten wird ("Wir legen doch nicht unsere Kalkulation offen."). Sondern weil sie unterstellen, die AGR habe sich um die hexachlorbenzolhaltigen Abfälle der australischen Chemiefirma Orica gerissen, um damit ein großes Geschäft zu machen. Der Australien-Deal werde natürlich Gewinn abwerfen. "Als Geschäftsführer bin ich schließlich verpflichtet, wirtschaftlich zu arbeiten", sagt Freudenberger. "Wäre es Ihnen lieber, wir würden es umsonst machen?"

Das Tauziehen um den Export und die Entsorgung von 22500 Tonnen australischer HCB-Abfälle in vier deutschen Städten geht ins Finale. 5000 Tonnen sollen im RZR Herten verbrannt werden. "Es mehren sich die Anzeichen, dass eine Anlieferung aus Australien wahrscheinlicher wird", so der AGR-Chef wörtlich. Die Bescheinigung der australischen Behörden, dass eine Entsorgung auf dem fünften Kontinent nicht möglich ist, steht offenbar bevor. Damit wäre nach internationalen Abkommen der Weg frei für den 16000 Kilometer langen Giftmüll-Transport.

Ökologisch sei das die beste Lösung, betont Dr. Stephan Harmening, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE). Der BDE hat für diesen Tag bundesweit die Medien nach Herten eingeladen, um für die geplante Verbrennung der HCB-haltigen Abfälle zu werben. Die Journalisten füllen den Konferenzsaal bis auf den letzten Platz. Giftmüll ist nicht nur in Herten ein Reizthema.

"Australien ist keine Industrienation", betont Harmening. Es mache, mangels Sondermüll, keinen Sinn, dort eine Entsorgungsanlage zu bauen. Nach Angaben des BDE werden in Deutschland jährlich sechs Millionen Tonnen Giftmüll aus dem Ausland entsorgt, vorwiegend aus Europa. "Wir haben in diesem Bereich eine Kompetenz, um die uns das Ausland beneidet." Deutschland besitze das "beste und strengste" Entsorgungssystem.

Auch hexachlorbenzolhaltige Abfälle sind in deutschen Entsorgungsanlagen nichts Ungewöhnliches. Nach dem Fall der Mauer wurden auch in Herten HCB-belastete Böden aus den neuen Bundesländern in erheblicher Menge unschädlich gemacht. "Ein absolut normaler Vorgang", diktiert AGR-Geschäftsführer Freudenberger den Journalisten in die Notizblöcke. Über die ganze Aufregung könne er sich deshalb nur wundern.

Der Bundesverband der Entsorgungswirtschaft bescheinigt den ausgewählten Verbrennungsanlagen Unbedenklichkeit. Sie arbeiteten mit optimaler Verbrennung und bester Filtertechnik. Auch der Transport per Schiff, Bahn und Lkw sei mit höchsten Auflagen verbunden. "Nur bei radioaktiven Abfällen und Waffen ist die Überwachung noch strenger", meint BDE-Chef Harmening.

ES BLEIBT BEIM GIFTMÜLL-GESCHÄFT , WAZ

24.04.2007 Von Ulrich Horn

Die Abfallgesellschaft Ruhrgebiet und der Bundesverband der Entsorgungswirtschaft beharren darauf, Sonderabfall aus Australien zu entsorgen. Sie warnen vor "Panikmache"

Herten. Ungeachtet aller Proteste von Bürgern, Umweltverbänden und Stadträten halten die Abfallgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) und der Verband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) an ihrer Absicht fest, Giftmüll aus Australien in Nordrhein-Westfalen zu verbrennen.

Insgesamt sollen 22 000 Tonnen, vor allem Verpackungen, Bauschutt und verunreinigter Boden, die mit dem Pflanzenschutzmittel Hexachlorbenzol belastet sind, in Deutschland entsorgt werden, knapp 5000 Tonnen in der Müllverbrennungsanlage Herten. Sie zählt nach BDE-Angaben weltweit zu den Anlagen mit den geringsten Emissionen.

Der Plan löste heftige Diskussionen aus. Unter anderem protestierten die Städte Herten, Recklinghausen, Herne, Castrop-Rauxel und Waltrop mit Resolutionen.

BDE-Hauptgeschäftsführer Stephan Harmening warnte am Dienstag in Herten vor "Panikmache". Hexachlorbenzol werde seit langem in deutschen Anlagen entsorgt, auch in Herten. Falls die Landesbehörden zustimmten, könne der Import der 60 000 Fässer aus Australien im Mai beginnen.

2005 seien in Deutschland 5,96 Millionen Tonnen Giftmüll aus dem Ausland entsorgt worden, 5,65 Millionen Tonnen aus EU-Staaten. Auch aus Übersee habe es Importe gegeben, so aus Chile, Indonesien, Kolumbien und Neuseeland. Im Gegenzug habe Deutschland 1,1 Millionen Tonnen Giftmüll exportiert. Nicht für alle Stoffe gebe es in Deutschland ausreichende Kapazitäten, sagte Harmening.

Gefährliche Abfälle könnten in den Herkunftsländern oft nicht angemessen entsorgt werden, sagte er. "Wer den Import gefährlicher Abfälle nach Deutschland kritisiert, fördert indirekt andernorts geringere ökologische Standards oder den Einsatz einer bedenklicheren Technik."

AGR-Vorstandschef Dietrich Freudenberger trat Befürchtungen entgegen, die AGR könnte verstärkt in den Import von Giftmüll einsteigen. Entsorgungsschwerpunkt der AGR bleibe die Region und Deutschland, be-

tonte Freudenberger. Der Müll aus Australien sei der AGR über eine Beratungsfirma aus Holland angeboten worden. "Wir haben uns nicht um diesen Abfall bemüht

ES KOMMT EIN SCHIFF GELADEN , TAZ

Das Giftmüllgeschäft mit Australien wird wohl glatt über die Bühne gehen. Für den Bundesverband der Entsorger ist Giftentsorgung ein lukrativer Wirtschaftszweig

VON PASCAL BEUCKER

Die Lieferung von 22.000 Tonnen hochgiftigen Sondermülls aus Australien in die Bundesrepublik scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein. Etwa zwei Wochen werde es dauern, bis die australischen Behörden alle Dokumente eingereicht hätten, heißt es im schleswig-holsteinischen Umweltministerium.

Noch im Mai könnte die erste Ladung eintreffen, frohlockt der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE). Nachdem die Opposition im australischen Parlament nun doch ihre kritische Haltung zum Export von rund

22.000 Tonnen mit Hexachlorbenzol (HCB) kontaminierten Abfall aufgegeben und auch das Umweltbundesamt sich für den Transport ausgesprochen hat, gilt die Genehmigung der Giftmüllverschiffung nur noch als Formsache.

Deswegen hat der BDE für heute Vormittag nach Herten zu einem "Pressehintergrundgespräch mit Führung durch eine der modernsten Verbrennungsanlagen für gefährliche Abfälle in Europa" eingeladen. Der Verband ist um eine Imageverbesserung des Gilftmülltourismus bemüht -speziell des so lukrativen aus Australien. "Zum Teil wurde sehr emotional über den Sinn und die möglichen Nordrhein-Westfalen Gefahren des Imports gefährlicher Abfälle diskutiert", beklagt sich der BDE. Dabei sei doch die Giftmüllentsorgung nicht nur für viele Unternehmen "ein wichtiges wirtschaftliches Standbein" -sondern auch gelebter Umweltschutz: "Wer den Import gefährlicher Abfälle nach Deutschland kritisiert, fördert indirekt andernorts geringere ökologische Standards oder den Einsatz einer schlechteren, bedenklicheren Technik."

In der vergangenen Woche hatte das Umweltbundesamt der Verschiffung von 60.000 Fässern Giftmüll aus Down Under sein Plazet erteilt. Die Entsorgung von HCB-Abfällen in Deutschland sei eine "umweltgerechte Lösung", verkündete die zentrale Umweltbehörde der Bundesrepublik. Nach Kenntnis des UBA verfüge Australien "nicht über Entsorgungsanlagen, die technisch so gut ausgerüstet sind wie in Deutschland". So seien die dortigen Anlagen für den Großteil der Giftabfälle nicht geeignet oder besäßen keine ausreichenden Kapazitäten, um die Abfälle in einem vertretbaren Zeitraum zu entsorgen. Erfolge der Transport des HCB "ordnungsgemäß, entstehen keine Gefahren für die Gesundheit des Menschen und die Umwelt", erklärte die in Dessau ansässige Behörde. Auch aus dem australischen Parlament ist mittlerweile kein Widerstand mehr zu erwarten. "Wir sehen jetzt ein, dass die einzige sichere Entsorgung der Export nach Deutschland ist", sagte Peter Garrett, der Umweltsprecher der oppositionellen Labor-Partei in Canberra.

Die mit HCB kontaminierten Abfälle stammen aus dem südlich von Sydney gelegenen "Botany Industrie-Park" und gehören dem umsatzstärksten australischen Chemieunternehmen Orica. Ziel der geplanten vier Schiffsladungen ist der Hafen von Brunsbüttel. In der dortigen Sonderabfallverbrennungsanlage soll vor allem der hoch mit HCB belastete Müll verbrannt werden, rund 10.000 Tonnen. Der Rest soll ins Leverkusener Bayerwerk gebracht und mit Lastwagen verteilt werden: 5.600 Tonnen in die Bayer-Verbrennungsanlagen Dormagen und Leverkusen-Bürrig, 5.000 Tonnen ins RZR in Herten. Die Hertener Anlage gehört zu einem regionalen Träger, der AGR, einer Tochter des Regionalverbandes Ruhr.

Alleine in NRW haben Umweltverbände über 11.000 Unterschriften gegen den Giftmüllimport gesammelt. Auch der NRW-Umweltminister sprach sich dagegen aus: Wenn er auch keine rechtliche Möglichkeit sehe, den Transport zu verhindern, so bleibe er bei seinem "Standpunkt, dass ein Import von gefährlichen Abfällen aus einem weit entfernten und hochindustrialisierten Staat wie Australien nicht befürwortet werden kann", so Eckhard Uhlenberg (CDU).

Im RZR im Hertener Süden sollen insgesamt 5000 TonnenGiftmüll aus Australien verbrannt werden aber noch fehlt die Genehmigung. (Bild: AGR)

NOCH KEIN GRÜNES LICHT FÜR DEN GIFTMÜLL WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU, V. 24.04.07

Herten. Händeringend wartet die AGR auf Post aus Australien. Die Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhr will im Hertener Müllofen 5000 Tonnen hochgiftigen Abfalls aus "Down Under" verbrennen, hat aber bisher noch nicht die Genehmigung dazu erhalten. Der Giftmüll würde 16 000 Kilometer um die halbe Welt geschickt.

Denn um "grünes Licht" geben zu können, muss die zuständige Bezirksregierung in Münster eine offizielle Erklärung australischer Regierungsstellen erhalten, dass der Abfall vor Ort nicht umweltgerecht entsorgt werden kann. Eigentlich sollte dieses Schreiben schon Ende Januar vorliegen. Jetzt "mehren sich die Anzeichen, dass eine Anlieferung aus Australien wahrscheinlicher wird", sagt Dietrich Freudenberger, Geschäftsführer der AGR.

Insgesamt will die australische Orica in Deutschland gut 22 000 Tonnen Abfälle verbrennen lassen, die mit dem hochgiftigen Hexachlorbenzol (HCB) belastet sind. Das vorwiegend als Pestizid verwendete Gift ist seit 2004 weltweit verboten, in der Bundesrepublik gilt bereits seit 1981 ein Verbot. 5000 Tonnen dieses Giftmülls sollen in der Hertener Sondermüll Anlage landen. Der weitere Teil des Giftmülls soll in Dormagen, Leverkusen und Brunsbüttel verbrannt werden.

In vier Schiffsladungen sollen die 60 000 Fässer nach Brunsbüttel gebracht und zum Teil von dort mit dem Zug zu den Bayer Anlagen in NRW transportiert werden. Nach Herten rollen von dort dann nach der bisherigen Planung Lkw mit dem Giftmüll. "Es ist ein Geschäft für uns", sagt Freudenberger, ohne konkret den Gewinn zu nennen. Für die Entsorgung einer Tonne Sondermüll werde ein Preis von 200 bis 800 Euro gezahlt, der "anspruchsvolle Abfall" befinde sich im oberen Drittel. Die AGR habe sich aber nicht um diesen Abfall bemüht, er sei ihr über die niederländische Firma AVR angedient worden.

Während die Bevölkerung am Standort des RZR im Hertener Süden auf die Barrikaden gegen den Giftmüll Import geht, begrüßt der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) die Verbrennung der australischen Sonderabfälle in Deutschland und warnt vor einer "Panikmache". Da der Müll in Australien nicht entsorgt werden könne, sei der Import von gefährlichen Abfällen zu deutschen Anlagen die "ökologisch beste Lösung", erklärt BDE Hauptgeschäftsführer Stephan Harmening. Aber auch NRW Umweltminister Eckhard Uhlenberg hat sich gegen den Giftmüll Import ausgesprochen. Er habe Bundesumweltminister Sigmar Gabriel gebeten, die australische Regierung zu fragen, ob der Giftmüll nicht an Ort und Stelle entsorgt werden kann. Von Karl Heinz Kalender

"WOZU NUR DER GANZE TRUBEL?" NRZ-ONLINE, V. 24.04.07

DIRK HAUTKAPP

ABFALL. Wie die AGR für ein umstrittenes Müll-Geschäft mit Australien die Werbetrommel rührt.

HERTEN. Dachverbände sind dazu da, Dächer zu bauen, wenn ein Mitglied im Regen steht. Die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhr (AGR) steht nicht nur im Regen. Sie ist pitschnass. Seit ein geplantes Giftmüll-Geschäft mit Australien Teilen der Öffentlichkeit unangenehm in die Nase stieg, hat das von den Steuerzahlern der großen Revierstädte bezahlte Unternehmen ein Kommunikationsproblem: Man glaubt ihm nicht so recht.

Auf der Suche nach vertrauensbildenden Maßnahmen verfiel AGR-Geschäftsführer Dietrich Freudenberger gestern auf die Idee, den Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) um Schützenhilfe zu ersuchen. Ob sich die auf AGR-Seite erhoffte frottierende Wirkung einstellen wird, erscheint jedoch nach dem Auftritt von BDE-Hauptgeschäftsführer Stephan Harmening fraglich. Neue Fakten? Mangelware!

Worum geht es? Das kommunale Unternehmen AGR will in seinem Hertener Müllofen bald 5000 Tonnen Chemie-Sondermüll mit krebserregenden Hexachlorbenzolen aus Australien bei Temperaturen um die 1000 Grad bis zur Unschädlichkeit verbrennen.

Bürger-und Umwelt-Initiativen vor Ort und im Umkreis bringt das auf die Palme: "Warum sollen wir in NRW gefährlichen Dreck wegmachen", lautet eine Standardfrage der Kritiker, "der aus 16 000 Kilometer Entfernung mit Hochsicherheitstankern angekarrt wird ?" Mehrere Räte der Anrainer-Städte haben bereits Resolutionen gegen den Müll-Deal verfasst, der es schon auf die Tagesordnung von Bundes-und Landtag geschafft hat. Mit unterschiedlichen Nuancen in der Bewertung. Während Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und sein Umweltbundesamt (UBA) die geplante Entsorgung der heißen Fracht aus "down under" an den Standorten Brunsbüttel, Leverkusen, Dormagen und eben Herten für eine "umweltgerechte Lösung" halten, kommen aus Düsseldorf Vorbehalte. Landes-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) sähe es ausgesprochen lieber, wenn die "Aussies" sich selber einen tauglichen Müllofen bauten.

Regierung in Canberra hat noch nichts vorgelegt

Um die unübersichtliche Gemengelage perfekt zu machen: Schon vor Wochen erweckte die AGR den Eindruck, als stünde dem globalisierten Müllgeschäft nichts im Wege. Tatsache ist: Der australische Chemie-Riese Orica, der für insgesamt 22 000 Tonnen hoch belasteter Chemie-Rückstände in Sydneys Südstadtteil Botany verantwortlich zeichnet, hat den deutschen Genehmigungsbehörden, was Herten angeht, ist es die Bezirksregierung in Münster, bis heute nicht den zur Genehmigung unabdingbar nötigen Papierkram vorgelegen können -oder wollen. Wichtigstes Detail: Nach internationalem Recht muss die Regierung in Canberra erst den Nachweis erbringen, dass sie die gefährlichen Substanzen wirklich nicht vor der eigenen Haustür entsorgen kann.

Kann sie etwa doch? Was Kritiker der Müll-Über-Kontinente-Verschiffung in der Zeitung "Sydney Morning Herald" behaupten und Peter Garrett, Ex-"Midnight Oil"-Sänger, heute Umweltsprecher der Labour-Partei, mit gebremster Entschiedenheit dementiert, ist BDE-Hauptgeschäftsführer Harmening aber gar nicht wichtig. Seine Position, im Ton eines Grundseminars für Abfallwirtschaft vorgetragen, ist so bekannt wie schlicht: Wir in Deutschland haben weltweit die besten und ökologisch sichersten Müll-Öfen warum sie nicht im Sinne der "internationalen Arbeitsteilung" nutzen? Und überhaupt: "Wozu nur der ganze Trubel um 22 000 Tonnen", wo doch jährlich hier zu Lande geräuschlos sechs Millionen Tonnen Giftmüll aus der Fremde verbrannt würden? Wenn kein "Meteorit" auf die Bahn-und Lkw-Wege zwischen Brunsbüttel und Herten falle, sei schließlich auch beim Transport nicht mit Problemen zu rechnen. Panikmache, wie sie BDE im Fall Herten diagnostiziert haben will, sei darum überflüssig. Mehr noch: Wer Giftmüll-Importe nach Deutschland kritisiere, mache sich indirekt mitschuldig, wenn anderswo auf der Welt Schindluder bei der Müllentsorgung getrieben wird.

Nicht auszuschließen, dass bald auch der Dachverband ein Dach benötigt. (NRZ)

Ein Verbrennungsofen der Sonderabfallverbrennungsanlage RZR in Herten. Hier sollen bald 22.000 Tonnen australischer Giftmüll verbrannt werden. Foto: dpa

VERBRENNUNG VON AUSTRALISCHEM GIFTMÜLL? ‚SÜDDEUTSCHE ZEITUNG V. 24.04.07

22.000 Tonnen australischer Giftmüll sollen in Deutschland verbrannt werden. Das wollen zumindest deutsche Entsorgungsfirmen. In Australien gebe es schließlich keine Entsorgungsmöglichkeiten.

Die deutsche Entsorgungswirtschaft wirbt für die geplante Verbrennung von 22.000 Tonnen australischem Giftmüll in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Dies sei ökologisch die beste Lösung. In Australien gebe es keine Entsorgungsmöglichkeiten wie in Deutschland, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE), Stephan Harmening, am Dienstag in der Sondermüllanlage in Herten.

Das in dem Müll enthaltene Pflanzenschutzmittel Hexachlorbenzol sei für deutsche Anlagen nicht ungewöhnlich. Falls die Landesbehörden zustimmten, könne im Mai der Import der 60.000 Fässer beginnen.

In der Bevölkerung hatte es Proteste gegeben. Auch NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) hatte sich gegen den Müll aus Australien ausgesprochen. Wenn die in NRW zuständigen Bezirksregierungen die restlichen Unterlagen aus Australien erhalten, bleiben 60 Tage Zeit zur Entscheidung.

„Wir werden sorgfältig prüfen“, sagte eine Sprecherin des Umweltministeriums in Düsseldorf. EU-Vorgaben machen eine formale Ablehnung allerdings schwer. Die 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol-haltigen Abfälle sollen mit vier Schiffen nach Brunsbüttel in Schleswig-Holstein transportiert werden.

Ein Teil soll nach den Plänen gleich in Brunsbüttel verbrannt werden. Der Rest kommt mit dem Zug zu den Anlagen des rheinischen Bayer-Chemiekonzerns nach Leverkusen und Dormagen. Rund 5000 Tonnen davon würden per Lastwagen nach Herten gefahren. Giftstoffe würden bei der Verbrennung nicht frei, betonte der Anlagenbetreiber AGR.

Nach Angaben des BDE werden in Deutschland jährlich sechs Millionen Tonnen Giftmüll aus dem Ausland entsorgt, vorwiegend aus Europa. Im Gegenzug würden deutsche Unternehmen rund eine Million Tonnen Giftmüll exportieren - vor allem nach Frankreich, in die Schweiz, nach Italien und Belgien.

Mit den Importen lasten die deutschen Entsorger ihre Anlagen weitgehend aus. Die Jahreskapazität beträgt 16 Millionen Tonnen. (dpa)

Umwelt: Australischer Sonderabfall soll in NRW verbrannt werden

GIFTMÜLLDORADO DEUTSCHLAND VDI NACHRICHTEN, LEVERKUSEN, 27. 4. 07,

swe - Technisch hohe Umweltstandards zahlen sich aus. Deutschland entwickelt sich so zu einem attraktiven Entsorgungsstandort für Sonderabfälle nicht nur aus Europa. Doch der Mülltourismus ist umstritten. Deutsche Technik für die Sondermüllbeseitigung sollte besser in alle Welt verkauft anstatt hierzulande von aller Welt genutzt werden, so der Tenor.

Fakten gegen Emotionen - mit diesem Motto wirbt der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) gemeinsam mit der Essener AGR Unternehmensgruppe für die Einfuhr von Sondermüll nach Deutschland. "Wir haben hier eine Kompetenz zur Behandlung gefährlicher Abfälle, um die wir im Ausland beneidet werden", betont BDE-Hauptgeschäftsführer Stephan Harmening.

Es ist dieses Know-how der deutschen Entsorger, weshalb die australische Chemiefabrik Orica hochgiftigen Industriemüll an vier Standorten in Deutschland verbrennen lassen will.

Möglicherweise wird schon im Mai das erste von vier Schiffen mit Hexachlorbenzol (HCB) belastetem Abfall nach Brunsbüttel transportieren. Es geht nach Angaben von Orica um knapp 16 000 t, die bei der Herstellung von Lösemitteln anfielen.

Rund ein Drittel davon soll im Sondermüllofen der Sava GmbH & Co KG in Brunsbüttel entsorgt werden, ein weiteres Drittel im RZR Herten, dem Sondermüllofen der AGR Unternehmensgruppe, und ein Drittel an den beiden Standorten der Bayer Industry Services in Dormagen und Leverkusen.

Anlass dazu, den Giftmüll um den halben Globus zu transportieren, ist das Stockholmer Abkommen zum Bann von Umweltgiften (s. Kasten). Denn der auch POPs-Abkommen genannte Vertrag verpflichtet dazu, Altlasten an diesen Umweltgiften zu beseitigen. "Hier sollen sich die Staaten gegenseitig helfen", betont Stephan Harmening. Wenn in einem Land also die nötigen Anlagen fehlen, sei es rechtens, diese Abfälle etwa nach Deutschland zu transportieren.

Harmening verweist hier auf prominente Unterstützter: Sowohl Umweltminister Sigmar Gabriel als auch das Umweltbundesamt (UBA) sprachen sich aus zwei Gründen dafür aus: aufgrund der hohen Entsorgungsstandards hierzulande und weil die Lagerung der Altlast 12 km südlich von Sydney ein Risiko etwa für die Trinkwasserversorgung darstellt.

Doch das Vorhaben ist umstritten. "Der Import von gefährlichen Abfällen aus einem weit entfernten und industrialisierten Staat wie Australien kann nicht befürwortet werden", sagt NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg.

Sein schleswig-holsteinischer Kollege Christian von Boetticher verlangt, Orica müsse nachweisen, dass es in Australien keine Möglichkeit zur sachgerechten Entsorgung gibt.

In den vier Entsorgungsstandorten - Brunsbüttel, Dormagen, Leverkusen und Herten - regt sich Widerstand: Die Stadtparlamente sprachen sich gegen diesen Mülltourismus aus.

In Herten kann auf die AGR Unternehmensgruppe ein weiteres Problem zukommen. Claudia Baitinger vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zitiert aus einer Betriebsgenehmigung von 1996.

Die Genehmigung erlaubt der Unternehmensgruppe, die Verbrennungstemperatur in der Nachbrennkammer des Müllofens nur deshalb auf 900 °C zu senken, weil der Gehalt an polychlorierten Biphenylen (PCBs) auf 200 mg/kg Abfall beschränkt wurde. Wird diese Bedingung auf chlorhaltiges HCB übertragen, könnten immer nur geringe Mengen entsorgt werden, meint Baitinger. "Dann vergehen mindestens 35 Jahre, bis die 5000 t aus Australien verbrannt werden."

Aus Sicht der Unternehmensgruppe gilt diese Begrenzung hingegen nicht für andere chlorhaltige Abfälle. Sie will die HCB-haltigen Abfälle innerhalb von zwei Jahren vollständig entsorgen.

Aufgrund der vielen Proteste und Bedenken sorgen sich deutsche Abfallentsorger um ihr Image. Sie wollen nicht als Umweltverschmutzer gelten.

"Wir haben uns um den Auftrag nicht aktiv gekümmert", betont AGR-Geschäftsführer Dietrich Freudenberger. Niemand würde Giftmüllimporte aus Übersee im großen Stil erwarten, ergänzt Stephan Harmening. Im

Jahr 2005 wurden mehr als 2 Mio. t gefährlicher Abfälle zur Entsorgung nach Deutschland eingeführt. Diese Abfälle kamen überwiegend aus der EU, nur 10 000 t aus Nicht-EU-Staaten.

Dieses Verhältnis werde sich kaum ändern, meint der BDE-Hauptgeschäftsführer. Aufträge in der Größenordnung der Anfrage aus Australien werden die Ausnahme bleiben. Harmening hält den Mülltourismus aus Übersee nur für eine Zwischenlösung.

In China, Indien und Ländern wie Malaysia oder Indonesien werden neue Industrien gebaut, das Aufkommen an Sondermüll aus industriellen Anlagen wird daher zunehmen. "Es ist also sinnvoll, Entsorgungskapazitäten im asiatisch-pazifischen Raum zu bauen."

Aktuell warten die Behörden in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein auf die offizielle Anfrage aus Australien. Dort werden die Anträge zwar schon vorbereitet, gleichzeitig wird aber nach Wegen gesucht, den Abfall doch selber zu entsorgen zu können. RALPH AHRENS

HEXACHLORBENZOL

Die Substanz Hexachlorbenzol (HCB) kann bei Menschen Krebs auslösen und die Fortpflanzung von Wasserflöhen und Fischen stören. HCB wird in der Umwelt kaum abgebaut und reichert sich in Fisch, Tieren und im Menschen an.

Unter dem Stockholmer Abkommen darf HCB nicht mehr als Pilzgift eingesetzt werden und in der Industrie nur als Zwischenprodukt in geschlossenen Kreisläufen. ra

DAS STOCKHOLMER ABKOMMEN

Im Mai 2001 wurde das Stockholmer Abkommen über ein Dutzend langlebiger organischer Schadstoffe – die POPs (persistent organic pollutants) – verabschiedet. Das Abkommen verbietet oder beschränkt Herstellung und Einsatz von PCBs (Polychlorierte Biphenyle), Hexachlorbenzol und acht Pestiziden. Außerdem sollen Emissionen an Dioxinen und Furanen minimiert werden. Das Abkommen trat im Mai 2004 in Kraft.

Nächste Woche, vom 30. April bis zum 4. Mai, treffen sich in Dakar die Vertragsstaaten des Abkommens zur dritten Folgekonferenz, um über weitere Maßnahmen wie z.B. zu DDT zu beraten. ra
http://www.pops.int

MAI

ANTWORT DER EU AN BUND-NRW

EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION
UMWELT
ENV.G - Nachhaltige Entwicklung und Integration
ENV.G.4 - Nachhaltige Produktion & Verbrauch

EINGEGANGEN
02. APR. 2007

Brüssel, 26. 03. 2007
TO/yk D (2007) 5204

Herrn
Dirk Jansen
Geschäftsleiter
Bund für Umwelt und Naturschutz
LV NRW e.V.
Merowingerstr. 88
D-40225 Düsseldorf
Fax: +49.211.302005-26

EG-Abfallverbringungsverordnung (VO EWG Nr. 259/93); Ermessensspielraum bei der Genehmigung von Sondermüll-Importen aus Australien

Sehr geehrter Herr Jansen,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 2. März 2007 zur EG-Abfallverbringungsverordnung und speziell zum Ermessensspielraum der Abfallbehörden bei der Genehmigung von Sondermüll-Importen aus Australien.

In Ihrem Schreiben beziehen Sie sich auf Pressemeldungen und Äußerungen des Umweltministeriums von Nordrhein-Westfalen und stellen drei Fragen zum Ermessensspielraum der Behörden beim Import von Abfällen, zur Erhebung von Einwänden und zur Befugnis, die Abfallverbringung zu untersagen.

Zu 1.:
Nach der Verordnung (EWG) Nr. 259/93 des Rates vom 1. Februar 1993 zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft (EG-Abfallverbringungsverordnung, AbfVerbrV) ist die Zulässigkeit von Abfallimporten zur Beseitigung im Wesentlichen in drei Stufen zu prüfen: Gemäß Artikel 19 AbfVerbrV kommt es zunächst darauf an, ob ein Einfuhrverbot besteht oder die Einfuhr ausnahmsweise durch bilaterale Vereinbarungen erlaubt ist. Fällt der Import nicht unter ein Verbot, z.B. weil - wie hier - der Versandstaat Vertragspartei des Baseler Übereinkommens ist, muss geprüft werden, ob ein ausreichend begründeter Antrag dieses Staats vorliegt, der sich darauf stützt, dass er die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die Beseitigung der Abfälle in einer umweltverträglichen Weise nicht besitzt und billigerweise nicht erwerben kann. Liegt die vollständige Notifizierung mit einem derart begründeten Antrag des Versandstaats vor, kann die zuständige Behörde am Bestimmungsort Einwände nach Artikel 4 Absatz 3 AbfVerbrV

Commission européenne, B-1049 Bruxelles / Europese Commissie, B-1049 Brussel - Belgium. Telephone: (32-2) 299 11 11.
Telephone: direct line (32-2) 2988509. Fax: (32-2) 2963980.
P:\53.13 WASTE SHIPMENT\53.13 - 7 Information, Communication and Civil Society\7.5 External correspondence\070320 KK - BUND NRW re Australian imports DE.doc

erheben (Art. 20 Abs. 3 AbfVerbrV). Sie entscheidet letztendlich, ob sie die Verbringung mit oder ohne Auflagen genehmigt oder die Genehmigung verweigert (Art. 20 Abs. 4 AbfVerbrV).

Der Behörde am Bestimmungsort steht damit ein Ermessensspielraum zu, wenn einerseits die notwendigen Voraussetzungen der ersten beiden Stufen vorliegen (kein Verbot; begründeter Antrag des Versandstaats), aber andererseits einer der Einwandsgründe des Artikels 4 Absatz 3 AbfVerbrV in Frage kommt. Von einer gebundenen Entscheidung kann insoweit gesprochen werden, als eine Versagung der Einfuhrgenehmigung an diese Einwandsgründe gebunden ist, sofern die Verbringung nicht schon wegen des Verbots oder eines fehlenden Antrags nach Artikel 19 Abs. 1 und 3 AbfVerbrV abgelehnt werden muss.

Zu 2.:
Bei den Maßnahmen zur Beschränkung oder zum Verbot von Abfallverbringungen zur Beseitigung nach Artikel 4 Absatz 3 AbfVerbrV ist zu unterscheiden: Nach Art. 4 Abs. 3 Buchst. a) kann ein Mitgliedsstaat Maßnahmen ergreifen, um die Verbringung von Abfällen allgemein oder teilweise zu verbieten oder um gegen jede Verbringung Einwand zu erheben. Für derartige allgemeine Verbote, die in Form von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften ergehen können und der Kommission mitzuteilen sind, ist normalerweise der Gesetzgeber oder die Regierung des Mitgliedsstaats, also hier die Bundesregierung zuständig. Dagegen regeln die Unterabsätze b) und c) von Artikel 4 Absatz 3 AbfVerbrV die Erhebung von Einwänden im Einzelfall durch die zuständigen Behörden am Versandort oder am Bestimmungsort und (bei c) die für die Durchfuhr zuständigen Behörde. Beide Möglichkeiten der Importbeschränkung bestehen unabhängig voneinander.

Zu 3.:
Die allgemeinen Verbotsmöglichkeiten nach Artikel 4 Absatz 3 Buchst. a) wie auch die Einwandsgründe im Einzelfall nach Buchst. b) und c) gegenüber Abfallverbringungen zur Beseitigung sind vergleichsweise weit gefasst, insofern sie eine Berufung u.a. auf den Grundsatz der Entsorgungsautarkie, das Näheprinzip, die bestehenden Abfallwirtschaftspläne, einzelstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften zum Schutz der Umwelt, zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder zum Schutz der Gesundheit, sowie auf Verpflichtungen aus internationalen Übereinkommen zulassen. Zu diesen Verpflichtungen gehört im übrigen auch die allgemeine Verpflichtung der Vertragsparteien nach Artikel 4 Absatz 2 Buchst. d des Baseler Übereinkommens, wonach sicherzustellen ist, dass die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle auf ein Mindestmaß beschränkt wird, das mit der umweltgerechten und wirksamen Behandlung solcher Abfälle vereinbar ist, und die so durchgeführt wird, dass die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor den nachteiligen Auswirkungen, die dadurch entstehen können, geschützt sind.

Im Ergebnis besteht für die zuständige Behörde am Bestimmungsort ein signifikanter Beurteilungsspielraum, der von ihr nach bestem Wissen und Gewissen auszufüllen ist.

Ich weise darauf hin, dass diese Ausführungen lediglich die Ansicht von Kommissionsdienststellen wiedergeben und in keiner Weise rechtlich verbindlich sind. Eine verbindliche Auslegung des Gemeinschaftsrechts liegt in der alleinigen Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs.

Ich hoffe, Ihnen mit dieser Auskunft gedient zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus KÖGLER
Referatsleiter

LANDESPRESSEKONFERENZ BUND, 2. MAI 2007

Kein HCB-Müll nach NRW! Landesregierung muss Giftmüllimport aus Australien stoppen!

Sprechtext von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Hexachlorbenzol (HCB) gehört zu dem so genannten „Dirty Dozen“ -dem „Dreckigen Dutzend der nach der Stockholmer Konvention[1] seit 2001 weltweit geächteten Ultragifte. HCB weist eine hohe Persistenz auf und führt bei Menschen zu Stoffwechselstörungen, Krebserkrankungen und Organschäden. Kein Wunder also, dass der geplante Import von 11.000 Tonnen australischen HCB-Sondermülls nach Nordrhein-Westfalen auf breite Ablehnung der Bevölkerung und der Kommunen im Ruhrgebiet führt. Von den 11.000 t sollen rund 5.000 Tonnen im RZR Herten verbrannt werden, in der zum Bayer-Konzern gehörenden Anlage in Dormagen 2.000 Tonnen und bei Bayer in Leverkusen-Bürrig 3.600 Tonnen.

In der Frage, ob es aus ökologischen und abfallpolitischen Gründen zu rechtfertigen ist, einen mit unbestimmten Risiken behafteten Sondermüll-Transport über eine Entfernung von 16.000 Kilometern zu tolerieren, besteht große Einigkeit: Auch NRW-Umweltminister Uhlenberg hat wiederholt erklärt, dass ein solcher Import politisch nicht erwünscht sei.

Uneinigkeit besteht in der Frage, ob eine schadlose Entsorgung in den hiesigen Verbrennungsanlagen gewährleistet werden kann. Wegen des hohen Chlorgehalts von 75 Gewichtsprozent bei Hexachlorbenzol käme es neben dem üblichen „Tagesgeschäft“ zu einem zusätzlichen stark vermehrten Chloreintrag in den vorgesehenen Anlagen. Das würde zu erhöhten Emissionen von Dioxinen und Furanen führen. Auch eine erhöhte Belastung der Verbrennungsprodukte wie Kesselaschen, Filterstäube und Schlacken, die häufig im Straßenbau oder als Beimischung in Betonprodukten eingesetzt werden, wären zu erwarten.

Zumindest die Verbrennungsanlage des RZR in Herten ist u.E. nicht für die Entsorgung des HCB-Mülls geeignet. Die RZR-Betreiber berufen sich auf eine Betriebsgenehmigung aus dem Jahre 1996, welche ausnahmsweise erlaubt, die Verbrennungstemperatur des Müllofens auf 900°C zu senken, wenn der Gehalt an Polychlorierten Biphenylen (PCB) auf 200 mg/kg Abfall beschränkt wird. Normalerweise sind für die Verbrennung von PCB oder HCB Temperaturen von mindestens 1.100°C erforderlich. Überträgt man die vorgenannte Vorgabe auf HCB-Müll, könnten immer nur geringe Mengen entsorgt werden, so dass es mindestens 35 Jahre dauern würde, bis die 5.000 t aus Australien entsorgt wären. Die Betreiber des RZR nehmen für sich allerdings in Anspruch, die Beschränkung in der Betriebsgenehmigung bezöge sich nicht auf HCB. Der Müll soll deshalb innerhalb von zwei Jahren verfeuert werden.

Neben den Fragen nach der Schadlosigkeit der hiesigen Entsorgung und dem Vorhandensein australischer Entsorgungskapazitäten – diese existieren im Übrigen durchaus -ist eine intensive Diskussion um die Auslegung der EG-Abfallverbringungsverordnung[2 3]. entbrannt. Insbesondere die Frage, inwieweit die nordrhein-westfälischen Behörden einen Ermessensspielraum zur Untersagung der Importe besitzen, wird dabei unterschiedlich gesehen.

Vor dem Umweltausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags behauptete Umwelt-Staatssekretär Dr. Schink am 28.02.2007, dass für die NRW-Behörden kein solcher Ermessensspielraum bestünde.

Der BUND hat deshalb am 02.03.2007 die Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. [BUND-Schreiben an die DG XI][4]

Zum rechtlichen Hintergrund: Gemäß Artikel 19 der EG-Abfallverbringungsverordnung (VO EWG Nr. 259/93) gilt das grundsätzliche Verbot, Abfälle zur Beseitigung in die Gemeinschaft einzuführen, nicht für

Einfuhren aus Ländern, die Vertragsparteien des Basler Übereinkommens[5] sind. Dies trifft für Australien zu.

[1] http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/**pop_konvention**.pdf [2] http://www.bmu.de/english/waste_management/doc/print/3479.php [3] http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/eg_abfallverbringungsvo_dt.pdf [4] http://www.bund-nrw.de/documents/HCB_EU_02032007.pdf

Beim Import ist zuvor der zuständigen Behörde des Empfängermitgliedsstaats ein ausreichend begründeter Antrag zu unterbreiten, der sich darauf stützt, dass der Versandstaat die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die Beseitigung der Abfälle in einer umweltverträglichen Weise nicht besitzt und billigerweise nicht erwerben kann. Eine vollständige Notifizierung der australischen Behörden liegt dem nordrhein-westfälischen Umweltministerium derzeit nach eigener Aussage noch nicht vor.

Nach Artikel 20 Abs. 3 und 4 EG-AbfVerbrV kann die zuständige Behörde am Bestimmungsort Einwände gegen die Verbringung nach Artikel 4 Abs. 3 erheben und die Genehmigung der Einfuhr auch verweigern. Einwandsgründe nach Artikel 4 Abs. 3 sind z.B. das Prinzip der Nähe, der Vorrang für die Verwertung und der Grundsatz der Entsorgungsautarkie.

Die Antwort der EU auf die BUND-Anfrage[6] [7] ist eindeutig:

Liegt die vollständige Notifizierung vor, kann die zuständige Behörde am Bestimmungsort Einwände erheben. „Sie entscheidet letztendlich, ob sie die Verbringung mit oder ohne Auflagen genehmigt oder die Genehmigung verweigert“, so die Kommission. Der Behörde stehe damit ein „Ermessensspielraum“ zu.

Die allgemeinen Verbotsmöglichkeiten wie auch die Einwandsgründe gegen die Genehmigung seien „vergleichsweise weit gefasst“. Es kommen u.a. in Betracht der Grundsatz der Entsorgungsautarkie, das Näheprinzip, einzelstaatliche Rechts-und Verwaltungsvorschriften zum Schutz der Umwelt oder z.B. die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Gesundheitsschutz.

Darüber hinaus müsse die grenzüberschreitende Abfallverbringung auf ein Mindestmaß beschränkt und so durchgeführt werden, dass die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor den nachteiligen Auswirkungen, die dadurch entstehen können, geschützt sind.

„Im Ergebnis“, so die Kommission, „besteht für die zuständige Behörde am Bestimmungsort ein signifikanter Beurteilungsspielraum, der von ihr nach bestem Wissen und Gewissen auszufüllen ist.“

Für den BUND steht damit fest: Entgegen der bisherigen Behauptungen von Umweltminister Eckhard Uhlenberg kann NRW den Giftmüll-Import untersagen.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, von dem vorhandenen signifikanten Ermessensspielraum Gebrauch zu machen und den hehren Worten gegen den Mülltourismus nun endlich auch Taten folgen zu lassen.

Es kann nicht angehen, dass Nordrhein-Westfalen, das schon jetzt aufgrund der hohen Industriedichte zu den höchst belasteten Regionen Europas zählt, zum Giftmülldorado für Deutschland, Europa und die ganze Welt verkommt.

http://www.bmu.de/int_umweltpolitik/basler_uebereinkommen/content/7870.php.deutsch
[7] http://www.bund-nrw.de/documents/HCB_antwortEU_26032007.pdf
http://www.bmu.de/english/aktuell/4152.php

SUPERGIFT AUF DER HALDE, WAZ 3.MAI 07

Bürgervereinigung Pro Herten sieht sich durch 17 Jahre alte Untersuchung in seiner Kritik am RZR bestätigt. Extrem hohe Werte ausgerechnet vom Ausflugsziel „Bergehalde"

Von Ernst zur Nieden e.zurnieden(at)waz.de 02361/9370 112

Herten. Tief gegraben hat Joachim Jürgens von der Bürgervereinigung „Pro Herten". Und er ist fündig geworden, hat weitere Argumente gegen den Ausbau des Müllofens RZR gefunden. Die sind zwar schon 17 Jahre alt, sie haben aber nach Jürgens' Überzeugung nichts von ihrer Brisanz verloren. Eher im Gegenteil. Untersuchungen des Umweltbundesamtes und des Rheinisch-Westfälischen Technischen Überwachungsvereins (TÜV) aus den Jahren 1990/91 legten nämlich nahe, so erklärt Jürgens, dass die Abgase aus dem Rohstoff-Rückgewinnungszentrum Ruhr für deutlich erhöhte Dioxin-Belastungen auf den Pflanzen auf den benachbarten Bergehalden sorgen. Genau den Halden, die inzwischen zu einem immer beliebteren Ausflugsziel ausgebaut worden sind.

Die Stadt Herten hatte damals aufgrund einer politischen Initiative Laub- und Laubkompostproben untersuchen lassen. In seiner Analyse kam der TÜV zu dem Ergebnis, dass die Blätter von Bäumen auf der Bergehalde mehr als 30 Mal höher mit den Supergiften Dioxin und Furan belastet sind als das Laub, von Bäumen entlang der Kaiserstraße, einer der am stärksten befahrenen Verkehrsachsen in Herten. „Das Laub der Straßenbäume ist laut Umweltbundesamt als Kompost geeignet, die Blätter von der Halde jedoch nicht", bilanziert Joachim Jürgens. Für ihn ist klar: „Das RZR sorgt für die Belastungen auf der Halde."

DIOXIN IM LAUB - "URALT UND ÜBERHOLT", WAZ, 4.5.07

"Da sind einige Dinge uralt und überholt." Mit diesem Satz reagierte Heinz Struszczynski, Pressesprecher der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) gestern auf die "Enthüllungen" von Pro Herten in Sachen Dioxin auf der Bergehalde neben dem Müllofen RZR.

Die Bürgervereinigung macht -wie die WAZ am Donnerstag berichtete -das Rohstoff-Rückgewinnungszentrum Ruhr dafür verantwortlich, dass Laub von der benachbarten Bergehalde ungewöhnlich stark mit dem Supergift Dioxin belastet war. "Belastet war", betont auch der AGR-Sprecher, denn seit der Laub-Untersuchung durch den TÜV im Jahr 1990 sei einiges geschehen.

So sei 1994-96 das RZR als erste Anlage seiner Art mit Aktivkohlefiltern nachgerüstet worden, um möglichst alle schädlichen Anteile -und gerade auch das Dioxin -aus der Abluft der Müllverbrennung herauszuholen.

Struszczynski verwies zudem auf ein Nebengutachten, das die seinerzeit noch existierende Kohlehalde ganz in der Nähe als Ursache vermutet habe. "Als dieses Gutachten damals auf den Tisch kam, war die Diskussion abrupt zu Ende", sagte der AGR-Sprecher.

Er kündigte an, das RZR und sein Betreiber AGR würden in wenigen Tagen ausführlich zu den Aussagen von Pro-Herten Stellung nehmen.

Diese Medienmitteilung wurde von einem FAX gescannt, Fehler bei der Übertragung können nicht ausgeschlossen werden

MEDIENMITTEILUNG (HALDE / AGR)

Sie hatten hier beide am 3. Mai bezüglich der Immissionssituation auf der Halde Hoppenbruch nachgefragt, Dazu hatte ich Ihnen seinerzeit eine Stellungnahme zugesagt, die sich nun aber etwas hinausgezögert hat, weil wir uns fundiert mit den bald 16 Jahre alten Gutachten und neuen Entwicklungen beschäftigt haben. Für Ihre weitere redaktionelle Verwertung lasse ich Ihnen nunmehr eine gemeinsame Information des RVR als Haldeneigentümer und der AGR zukommen.

Mit kollegialem Gruß Heinz Struszczynski

STELLUNGNAHME

Immissionssituation der Halde Hoppenbruch

Ein Gutachten aus 1990/1991 eignet sich nicht zur Beschreibung der aktuellen Situation, da die genannten Daten völlig veraltet sind. Durch die Installation der Rauchgasnachreinigungsanlagen im RZR Herten an jeder der vier Verbrennungsanlagen in den Jahren 1994 bis 1996 wurde gerade in Bezug auf die neuen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Dioxin- / Furan- Problematik auf die Vorgaben des Gesetzgebers reagiert (17. BImSchV).

1. Gemäß den Aussagen des Umweltbundesamtes führten die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf die von MVA ausgehenden Dioxin-/ Furanemissionen grundsätzlich zu einer Verminderung um den Faktor 100

2. Die Emissions- und Immissionssituation des RZR Herten wurde unter Einbeziehung der geplanten Erweiterung im Rahmen des 1993 eingeleiteten Antragsverfahrens gutachterlich begleitet, selbstverständlich auch insbesondere unter Berücksichtigung der Halden, die sich in unmittelbarer Umgebung des RZR Herten befinden.

3. Die Umweltverträglichkeitsprüfung der Bezirksregierung Münster kommt in der 1995 erteilten Genehmigung zu dem Ergebnis, dass durch die Erweiterung des RZR Herten keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind.

4. Auch eine Erhöhung der Abluftkamine ist nicht erforderlich: auf Basis der TA Luft 2002 ist auch unter Berücksichtigung der umliegenden Haldenkörper eine Kaminhöhe von weniger als 50 m ausreichend, um Immissionsbelastungen auf dem Haldenkörper auszuschließen.

Die Kenntnisse dieser Fakten und Zusammenhange sind grundsätzlich im Rahmen der Haldenplanung berücksichtigt worden.

Abschließend möchte der RVR als Haldeneigentümer betonen, dass die Emissions- und Immissionssituation des RZR Herten keine Gefahr für die Besucher auf den Halden Hoheward und Hoppenbruch darstellt. In einem Ballungsraum wie dem Ruhrgebiet ist die räumliche Trennung von Industrie- und Naherholungsgebieten kaum möglich. Daher werden alle technischen Möglichkeiten genutzt, um Flora und Fauna, vor allem aber die Menschen vor Belastungen zu schützen, Dies gilt auch für die Nachbarschaft der Halden des RVR in Herten / Recklinghausen zum RZR Herten. Zudem besitzen, unserer Meinung nach, mehr als 15 Jahre alte

Zahlen und Fakten, die nicht die technischen Entwicklungen der letzten zehn Jahre berücksichtigen, keine Relevanz mehr, um die heutige Situation angemessen beurteilen zu können.

Rückfragen:
Heinz Struszczynski Tel.: 0201/2429-203 Fax: 0201/2429 103
EPost: h.strusi (at)agr.de Internet: www.agr.de
AGB UNTERNEHMENSGRUPPE - PRESSESPRECHER - GILDEHOFSTRAßE 1
45127 ESSEN

"KEINE GEFAHR AUF DER HALDE", H.A.,21.05.2007

Von Thorsten Fechtner

HERTEN. Ein 16 Jahre altes Gutachten beschäftigt RZR-Betreiber wie -Gegner: Der Initiativen-Verbund Pro-Herten kramte das Gutachten aus und warnte: Achtung Dioxin auf der Halde! Das war Anfang Mai. Die RZR-Betreiberin AGR nahm nun dazu Stellung: "Keine Gefahr für die Besucher der Halden Hoppenbruch und Hoheward!" -

AGR-Pressesprecher Heinz Struszczynski (Bild) verwies darauf, dass sich die AGR fundiert mit den bald 16 Jahre alten Gutachten und neuen Entwicklungen beschäftigen wollte, bevor die AGR Pro-Herten antwortet. Die Sammlung der Bürgerinitiativen Hertens hatte ein Gutachten des Rheinisch-Westfälischen TÜV entdeckt (die Hertener Allgemeine berichtete). Es sollte 1990/91 klären, ob Straßenlaub auf der Halde Hoppenbruch kompostierbar sei. Das Ergebnis damals: Das Laub sei 13-mal stärker mit Dioxin belastet als Laub in anderen Stadtteilen. Die TÜV-Empfehlung:

Kompostierung, nein danke. In der gemeinsamen Stellungnahme von AGR und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als Haldeninhaberin heißt es nun: "Ein Gutachten aus 1990/91 eignet sich nicht zur Beschreibung der aktuellen Situation, da die genannten Daten veraltet sind." AGR-Sprecher Struszczynski weist darauf hin, dass mittlerweile Rauchgasreinigungsanlagen in allen vier Verbrennungslinien des RZR eingebaut wurden. Bei den Dioxin- und Furanemissionen habe es eine Verminderung um den Faktor 100 gegeben. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung der Bezirksregierung Münster kommt 1995 zu dem Ergebnis, so Struszczynski, dass auch durch die Erweiterung des RZR keine "erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind". Eine Erhöhung der Kamine sei nicht erforderlich. "Auf Basis der Technischen Anleitung Luft 2002 ist auch unter Berücksichtigung der umliegenden Haldenkörper eine Kaminhöhe von weniger als 50 Metern ausreichend, um Immissionsbelastungen auf dem Haldenkörper auszuschließen", heißt es in der Erklärung. Fazit von AGR und RZR: Die mehr als 15 Jahre alten Zahlen hätten keine Relevanz mehr, um die heutige Situation angemessen beurteilen zu können. Pro-Herten-Sprecher Joachim Jürgens hatte Anfang Mai dagegen vermutet, dass die Halden von den Abgasen des RZR verseucht seien. Für Pro-Herten besonders brisant, weil die Halden als Naherholungszentren dienen sollen. Eine auf Antrag von Pro-Herten geforderte Schadstoff-Messung auf den Halden lehnt die Stadt ab. Der Antrag wird im Haupt- und Finanzausschuss am 6. Juni behandelt.

DAS RZR, DAS LAUB, DAS DIOXIN DAS SUPERGIFT WAZ, 21.5.07

Abfallentsorgungs-Gesellschaft widerspricht Pro Herten: Gutachten des TÜV ist seit Jahren überholt. Neue Filteranlagen sind wirksam. Regionalverband sieht keine Gefahr für Halden Herten. Vom Müllofen RZR

geht keine Dioxin-Gefahr aus; auch nicht für die benachbarten Halden-Erholungslandschaften im Süden von Herten und Recklinghausen. Mit dieser Aussage ist der RZR-Betreiber AGR (Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhr) Befürchtungen der Bürgervereinigung Pro Herten entgegengetreten. Pro Herten hatte - wie die WAZ berichtete – aus TÜV-Untersuchungen in den Jahren 1990/´91 zitiert, nach denen das Laub von der Halde Hoppenbruch 30-fach höher mit dem Supergift Dioxin belastet sei als die Blätter von Bäumen an Hauptverkehrsstraßen in Herten.

In einer am Montag veröffentlichten Stellungnahme verweist die AGR darauf, dass die Daten aus dem TÜV-Gutachten "völlig veraltet" seien. Die Installation von Rauchgasnachreinigungsanlagen an allen vier RZR-Öfen (1994-96) habe gerade in Bezug auf die Dioxin- und Furanemissionen zu einer Verminderung um den Faktor 100 geführt. Wie AGR-Pressesprecher Heinz Struszczynski weiter erläutert, habe die Umweltverträglichkeitsprüfung der Bezirksregierung Münster (1995) ergeben, dass auch die - zurzeit im Bau befindliche - Erweiterung des RZR keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt haben werde. Auch die Höhe der Abluftkamine reiche aus, um Immissionsbelastungen für den Haldenkörper auszuschließen.

Die Stellungnahme der AGR verweist auch auf den Regionalverband Ruhr als Eigentümer der Halden. Er sehe in der Emissions und Immissionssituation des RZR "keine Gefahr für die Besucher auf den Halden Hoheward und Hoppenbruch". Angesichts der unvermeidbaren Nähe von Industrie und Naherholung würden alle technischen Möglichkeiten genutzt, "um Flora und Fauna, vor allem aber die Menschen vor Belastungen zu schützen". Die von Pro Herten ins Feld geführten 15 Jahre alten Zahlen ließen jüngere technische Entwicklungen unberücksichtigt und seien nicht mehr relevant. ezn Spätestens seit dem verheerenden Unfall im Juli 1976 im oberitalienischen Seveso gilt Dioxin als das Supergift schlechthin. Auch im Zusammenhang mit dem Müllofen RZR hat insbesondere die Hertener Bürgerinitiative immer wieder auf seine Gefährlichkeit hingewiesen. Der Einbau der so genannten "Polizeifilter" zur Rauchgasnachreinigung ist der Beharrlichkeit der BI zu verdanken.

"OHRFEIGEN FÜR DIE LANDESREGIERUNG" NRZ, 03.05.2007

UMWELT. In Sachen Giftmüll aus Australien gerät NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg unter Druck.

DÜSSELDORF. Landes-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) wird zur zentralen Figur im Schacher um australischen Giftmüll-Import nach Nordrhein-Westfalen. Denn die Landesregierung hat es selbst in der Hand, den Transport von 11 000 Tonnen Sondermüll zu untersagen. Das jedenfalls legen Stellungnahmen der Bundesregierung und der EU-Kommission nahe, die gestern von den Landtags-Grünen und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) NRW vorgelegt wurden. Sie fordern Uhlenberg auf, seinen Ermessensspielraum zu nutzen und den Mülltourismus zu stoppen.

"Der Ball liegt auf dem Elfmeterpunkt", so Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Johannes Remmel, "der Minister muss ihn nur noch verwandeln." Bisher habe Uhlenberg stets mit Hinweis auf die Zuständigkeit des Bundes behauptet, ihm seien die Hände gebunden.

Das Ministerium pochte auch gestern darauf, für eine Ablehnung müssten "rechtssichere Gründe" vorliegen. Von der australischen Regierung gebe es bisher keinen Nachweis, dass das krebserzeugende Hexachlorbenzol nicht im eigenen Land entsorgt werden kann. 20 000 Bürger haben bisher gegen die Pläne unterschrieben, den Sondermüll über 16 000 Kilometer auf dem Wasserweg bis zu den Verbrennungsanlagen in Herten, Leverkusen und Dormagen zu transportieren.

Nach EU-Auffassung kann die zuständige Behörde am Bestimmungsort Einwände erheben. "Sie entscheidet letztlich, ob sie die Verbringung mit oder ohne Auflagen genehmigt oder die Genehmigung verweigert", heißt es in einem Schreiben an den BUND. Gründe für einen Einwand seien beispielsweise neben dem Prin-

zip, Giftmüll in der Nähe zu entsorgen, die öffentliche Sicherheit oder der Gesundheitsschutz. Auf eine Kleine Anfrage der Bundestags-Grünen widerspricht die Bundesregierung ausdrücklich in vier Punkten der Uhlenberg-Position, das Land habe "keine rechtskräftige Möglichkeit", Importe zu verhindern. "Das sind Ohrfeigen für die Landesregierung", sagte Remmel.

Dirk Jansen, Geschäftsführer des BUND, sprach von einem "Müll-Sog", der durch die Verbrennungsanlagen in NRW ausgelöst werde. "Mit Müll lässt sich immer ein schneller Euro machen", sagte er. Uhlenberg dürfe nicht zulassen, dass die ohnehin hochbelastete Industrieregion "zum Giftmüll-Dorado für Europa und die ganze Welt verkommt". (NRZ) 02.05.2007 THEOSCHUMACHER

DER AUSTRALISCHE GIFTMÜLL UND DER MINISTER VOM RHEIN

General-Anzeiger vom 03.05.2007

UMWELT Politisch will Eckhard Uhlenberg den Transport von 10 000 Tonnen Hexachlorbenzol nach NRW verhindern, doch eine rechtliche Handhabe glaubt er nicht zu haben. Grüne und BUND sehen Ermessensspielraum;

Von unserem Korrespondenten Jürgen Zurheide

DÜSSELDORF. In diesem Fall blieb Eckhard Uhlenberg hart. Der NRW-Umweltminister verhinderte kürzlich den Import von italienischem Giftmüll in das bevölkerungsreichste Bundesland, indem er seine administrative Macht ausspielte und am Ende "Nein" sagte. Weil er im Fall Italien so entschied, haben ihn jetzt sowohl die Grünen aus dem Landtag als auch der BUND daran erinnert, seine Kompetenzen in einem anderen Fall zu nutzen und ebenfalls Nein zu sagen. "Wir halten es für einen Skandal, dass Uhlenberg gegen den australischen Giftmüll nicht ähnlich hart vorgeht wie im Fall Italien", schimpft Johannes Remmel, der Grünen-Geschäftsführer im Landtag. Ähnlich äußerte sich der BUND im Land.

Die australische Regierung will 10 000 Tonnen hochgiftigen Chlormülls nach Nordrhein-Westfalen exportieren. Die Landesregierung lehnt den Import politisch zwar ab, sieht aber keine rechtliche Möglichkeit, das Geschäft zu verhindern. Sowohl die EU als auch die Bundesregierung weisen jetzt allerdings darauf hin, dass Uhlenberg das Geschäft noch verhindern kann, wenn er will. Die giftigen Abfälle -Sondermüll, der hochgradig mit Hexachlorbenzol (HCB) belastet ist lagern seit einigen Jahren im Hafen von Sydney. Nach der Stockholmer Konvention von 2001 zählen diese Abfälle zum "dreckigen Dutzend der weltweit geächteten Ultragifte". Der Stoff hat eine hohe Persistenz und führt bei Menschen zu Stoffwechselstörungen, Krebserkrankungen und Organschäden.

Weil die Australier diese Abfälle - aus politischen Gründen -nicht im eigenen Land entsorgen können, haben sie in NRW drei Sondermüllverbrennungsanlagen gefunden, die die 10 000 Tonnen verbrennen wollen. Im Rohstoffrückgewinnungszentrum Herten sowie den zum Bayer-Konzern gehörenden Müllöfen Leverkusen-Bürrig und Dormagen sollen die australischen Importe demnächst verfeuert werden. Dagegen regt sich massiver Widerstand.

In Herten haben Bürgerinitiativen inzwischen rund 20 000 Unterschriften gegen das für die Müllverbrennungsanlage lukrative Geschäft gesammelt. Sowohl die Grünen wie der BUND laufen Sturm gegen die Giftfracht. "Die Australier könnten das Problem selbst lösen und den Sondermüll sicher in Glas einschließen", erläutert Remmel, "aber die haben es politisch bisher nicht geschafft, weil es dagegen Widerstände gibt." Dass der Müll nur deshalb über 16 000 Kilometer rings um den Erdball gekarrt wird, mag Remmel nicht akzeptieren. "Die wollen hier mit dem Müll einen schnellen Euro machen", beklagt Dirk Jansen vom BUND und fordert Uhlenberg auf, den Transport noch zu verbieten.

Der Minister selbst fühlt sich nicht wohl in seiner Haut. "Politisch wollen wir das auch nicht, aber uns sind die Hände gebunden, wir haben Beurteilungs-, aber eben keinen Ermessensspielraum", argumentiert er und verweist auf internationale Abkommen, nach denen er verpflichtet sei, den australischen Müll anzunehmen.

Das bestreiten sowohl die Grünen als auch der BUND. Gemeinsam haben sie in Brüssel und bei der Bundesregierung die Rechtslage bewerten lassen und in der Tat etliche Argumente bekommen. "Der Behörde am Bestimmungsort", schreibt etwa die Brüsseler Generaldirektion Umwelt in typischem bürokratendeutsch, "steht damit ein Ermessensspielraum zu." Ähnlich sieht es die Bundesregierung. Die Düsseldorfer könnten damit eben doch verhindern, dass die Australier ihre Giftfracht demnächst liefern. Genau das verlangen jetzt Grüne und BUND.

GRÜNEN STINKT'S GEWALTIG WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG 3.5.07

Streit um Giftmüll-Transport / Uhlenberg wartet auf australische Stellungnahme; WAZ

Düsseldorf

" In dem seit Monaten schwelenden Streit um die Entsorgung von 11000 Tonnen Hexachlorbenzol (HCB) aus Australien in NRW haben die Grünen Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) gestern aufgefordert, seinen ablehnenden Worten auch Taten folgen zu lassen. Es reiche nicht aus, so der Umweltpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Johannes Remmel, den Import aus Australien politisch abzulehnen, ihn aber gleichzeitig nicht aktiv zu verhindern. Uhlenberg, so Remmel, müsse die bislang bei der Bezirksregierung in Münster liegende Entscheidung über eine Genehmigung in den Entsorgungsanlagen Herten, Dormagen und Leverkusen an sich ziehen. Laut Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) gehört HCB zu dem "Dreckigen Dutzend" der zwölf schlimmsten Umweltgifte und führt zu Stoffwechselschäden, Krebserkrankungen und Organschäden. Eine so große Menge Müll über 16 000 Kilometer von Australien nach Deutschland zu transportieren, sei mit zu großen Risiken behaftet und drohe zu einer Überlastung der Kapazitäten zu führen, argumentieren Grüne und BUND. Uhlenberg könne den Import selbst dann ablehnen, falls Australien den - noch fehlenden - Nachweis erbringe, die Entsorgung nicht im eigenen Lande vornehmen zu können, befand Remmel. Dieser Rechtsauffassung widersprach Uhlenberg. Er könne nicht nach Belieben entscheiden, sondern nach geltender Rechtslage. Dies könne aber erst geschehen, wenn eine entsprechende Stellungnahme aus Australien vorliege. • Michael Fritsch

---

GIFTMÜLL-TRANSPORTE AUS AUSTRALIEN SORGEN ERNEUT FÜR WIRBEL RHEINISCHE POST 03.05.07

DÜSSELDORF (hüw) Die Landesregierung hat nach Einschätzung der Umweltorganisation BUND durchaus die Möglichkeit, die geplanten Giftmüll-Transporte von Australien nach NRW zu verbieten. BUND-Landesgeschäftsführer Dirk Jansen und der Grünen-Politiker Johannes Remmel verwiesen auf entsprechende Auskünfte der Bundesregierung und der Europäischen Union. Wie berichtet, sollen 11000 Tonen HCP-Müll in den Verbrennungsanlagen Herten, Dormagen und Leverkusen vernichtet werden. HCP ist laut Jansen ein seit 2001 weltweit vom verbotenes "Ultragift". Remmel äußerte Zweifel an der Version, dass der Sondermüll nicht in Australien entsorgt werden könne. Der Schiffstransport sei jedenfalls zu risikoreich. Das NRW-Umweltministerium bekräftigte, dass man die Transporte nicht wolle. Allerdings gebe es nur engen Entscheidungsspielraum. "Vielleicht kann uns Herr Remmel sagen, wie man ein Verbot hinkriegt."

02.05.2007

NRW-UMWELTMINISTER KANN AUSTRALISCHEN GIFTMÜLL-IMPORT VERBIETEN DPA

Düsseldorf (dpa/lnw) - Der umstrittene Import von 11 000 Tonnen australischen Giftmülls kann vom nordrheinwestfälischen Umweltministerium verboten werden. Das geht aus Stellungnahmen des Bundesum-

weltministeriums und der Europäischen Kommission hervor. Die Grünen und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderten NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) am Mittwoch in Düsseldorf auf, seinen Ermessensspielraum auszunutzen. Der geplante Transport über eine Entfernung von 16 000 Kilometern von Australien bis zu den Sondermüllverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen sei eine unzumutbare Gefährdung für Bürger und Umwelt. 02.05.2007 dpa

STREIT UM GIFTMÜLL GEHT WEITER, KSTA, 2.5.07

VON HEINZ TUTT, 02.05.07, 21:29h

Düsseldorf - Grüne und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) haben am Mittwoch NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg aufgefordert, die Verbrennung von 11 000 Tonnen Giftmüll aus Australien in Nordrhein-Westfalen zu verhindern. Der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Johannes Remmel, erklärte, der Minister müsse seinen Ermessensspielraum für ein Einfuhrverbot nutzen. Der geplante Transport über eine Entfernung von 16 000 Kilometern bis zu Sondermüllverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen sei eine unzumutbare Gefährdung für Bürger und Umwelt. Insgesamt werden in NRW jährlich über 600 000 Tonnen Giftmüll entsorgt.

NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg betonte, die Landesbehörden könnten nicht nach Belieben entscheiden, ob eine Einfuhrgenehmigung verweigert werde. Für eine Ablehnung müssten rechtssichere Gründe vorliegen. Von der australischen Regierung liege bislang noch kein Nachweis vor, dass der Giftmüll nicht im eigenen Land entsorgt werden könnte. Bei dem Giftmüll handelt es sich um Hexachlorbenzol, das nach Angaben des BUND Krebs, Stoffwechselstörungen und Organschäden auslösen kann. Gegen die Verbrennung in Herten sind nach Angaben der Grünen bereits 20 000 Protest-Unterschriften gesammelt worden.

NRW-UMWELTMINISTER KANN AUSTRALISCHEN GIFTMÜLL-IMPORT VERBIETEN KÖLNISCHE RUNDSCHAU, 2. MAI 07

ERSTELLT 02.05.07, 13:00h Düsseldorf - Der umstrittene Import von 11 000 Tonnen australischen Giftmülls kann vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium verboten werden. Das geht aus Stellungnahmen des Bundesumweltministeriums und der Europäischen Kommission hervor. Die Grünen und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderten NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) am Mittwoch in Düsseldorf auf, seinen Ermessensspielraum auszunutzen. Der geplante Transport über eine Entfernung von 16 000 Kilometern von Australien bis zu den Sondermüllverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen sei eine unzumutbare Gefährdung für Bürger und Umwelt. (dpa/lnw)

AUSTRALISCHER GIFTMÜLL BLEIBT STREITTHEMA HA, 3.5.07

Region -Das Tauziehen um die geplante Verbrennung von 11 000 Tonnen australischen Giftmülls u.a. in Herten hält an. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) forderte die australische Regierung auf, eigene Entsorgungsstrukturen aufzubauen.
Allerdings könnten die Landesbehörden nicht nach Belieben entscheiden, ob eine Einfuhr-Genehmigung letztlich erteilt oder verweigert werde. „Wir drücken uns nicht, Verantwortung zu übernehmen, für eine Ablehnung müssten aber rechtssichere Gründe vorliegen“, sagte Uhlenberg. Von der australischen Regierung liege bislang noch kein Nachweis vor, dass der Giftmüll nicht im eigenen Land entsorgt werden könnte. Grüne und BUND forderten Uhlenberg auf, seinen Ermessensspielraum für ein Einfuhrverbot zu nutzen.
Minister Uhlenberg

MINISTER SOLL GIFTMÜLL VERBIETEN TAZ –NRW V. 3.5.07

DÜSSELDORF dpa/taz

Das Tauziehen um die geplante Verbrennung von 11.000 Tonnen

australischen Giftmülls in Nordrhein-Westfalen hält an. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) forderte die australische Regierung gestern auf, eigene Entsorgungsstrukturen aufzubauen. Der Giftmüllimport kann vom NRW-Umweltministerium verboten werden. Das geht aus Stellungnahmen des Bundesumweltministeriums und der Europäischen Kommission hervor. Die Grünen und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderten, Uhlenberg selbst müsse seinen Ermessensspielraum ausnutzen.

RUNDFUNKSENDUNGEN - WDR

WDR-Nachrichten [dazu auch Bericht inm WDR-Fernsehen „WDR aktuell, AKS]

Nachrichten aus dem Rheinland vom 02.05.2007

UHLENBERG SOLL GIFTMÜLL-TRANSPORT VERHINDERN (16:41 UHR)

Der umstrittene Import von 11 000 Tonnen australischen Giftmülls unter anderem nach Leverkusen kann vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium verboten werden. Das geht aus Stellungnahmen des Bundesumweltministeriums und der Europäischen Kommission hervor. Die Grünen und der BUND forderten NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) auf, seinen Ermessensspielraum auszunutzen. Der geplante Transport über 16.000 km von Australien bis zu den Sondermüllverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen sei eine unzumutbare Gefährdung für Bürger und Umwelt.

Radionachrichten vom 02.05.2007

STREIT IN NRW ÜBER GIFTMÜLL-TRANSPORT (15:43 UHR)

Nordrhein-Westfalens Umweltminister Uhlenberg streitet mit den Grünen über den geplanten Giftmüll-Transport von Australien nach Herten, Dortmund und Leverkusen.

Er wies Vorwürfe zurück, die Verantwortung für die Einfuhr des Mülls nicht übernehmen zu wollen. Das Land könne jedoch nicht nach Belieben entscheiden, ob eine Genehmigung erteilt werde oder nicht.

Die Grünen und der Bund für Umwelt und Naturschutz werfen Uhlenberg Untätigkeit vor. Sie fordern ein Einfuhrverbot des Giftmülls. Der geplante Transport über 16.000 Kilometer stelle eine unzumutbare Gefährdung für Menschen und Umwelt dar.

WEITER STREIT UM AUSTRALISCHEN GIFTMÜLL

Die geplante Verbrennung von 11.000 Tonnen australischen Giftmülls in NRW sorgt weiter für Streit. Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) forderte die australische Regierung auf, eigene Entsorgungsstrukturen aufzubauen.

Für eine Verweigerung der Einfuhrgenehmigung müssten allerdings "rechtssichere Gründe" vorliegen, sagte der Minister. Grüne und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) forderten, den Ermessensspielraum für ein Einfuhrverbot zu nutzen.

Der geplante Transport über eine Entfernung von 16.000 Kilometern von Australien bis zu Sondermüllverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen sei eine unzumutbare Gefährdung für Bürger und Umwelt. Bei dem Giftmüll handelt es sich um Hexachlorbenzol, das nach Angaben des BUND Krebs, Stoffwechselstörungen und Organschäden auslösen kann.

Stand vom 02.05.2007, 15:08 Uhr

Nachrichten vom 02.05.2007

UHLENBERG SOLL GIFTMÜLL-TRANSPORT VERHINDERN (14:46 UHR)

Der umstrittene Import von 11.000 Tonnen australischen Giftmülls unter anderem nach Leverkusen kann vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium verboten werden. Das geht aus Stellungnahmen des Bun-

desumweltministeriums und der Europäischen Kommission hervor. Die Grünen und der BUND forderten NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) auf, seinen Ermessensspielraum auszunutzen. Der geplante Transport von Australien bis zu den Sondermüllverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen sei eine unzumutbare Gefährdung für Bürger und Umwelt.

GRÜNE FORDERN VERBOT - UHLENBERG: OFFIZIELLER ANTRAG LIEGT NOCH NICHT VOR - STREIT UM GIFTMÜLL-TRANSPORT

Streit um Giftmüll-Transport (ddp)

Im Streit um einen geplanten Giftmülltransport von Australien nach Nordrhein-Westfalen fordert die Grünen-Landtagsfraktion NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) auf, die Einfuhr zu verhindern. Der Ermessenspielraum für eine solche Entscheidung liege eindeutig bei der Landesregierung, sagte der Grünen-Politiker Johannes Remmel am Mittwoch in Düsseldorf.

Düsseldorf (ddp-nrw). Im Streit um einen geplanten Giftmülltransport von Australien nach Nordrhein-Westfalen fordert die Grünen-Landtagsfraktion NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) auf, die Einfuhr zu

verhindern. Der Ermessenspielraum für eine solche Entscheidung liege eindeutig bei der Landesregierung, sagte der Grünen-Politiker Johannes Remmel am Mittwoch in Düsseldorf. Bislang habe der Umweltminister die Verantwortung von sich geschoben und auf die Zuständigkeit des Bundes und der Europäischen Union verwiesen. Uhlenberg indes betonte, dass es noch keinen offiziellen Antrag aus Australien gebe und wies die Kritik der Grünen als unglaubwürdig zurück. Mit dem strittigen Transport sollen rund 10 000 Tonnen hochgiftiger Sondermüll von einem australischen Chemiekonzern zu Verbrennungsanlagen in Herten, Dormagen (Rhein-Kreis Neuss) und Leverkusen gebracht werden. Uhlenberg habe sich zwar gegen den Import ausgesprochen, aber immer wieder betont, ihm seien für ein Verbot die Hände gebunden, sagte Remmel. Anfragen an die Bundesregierung und die Europäische Union hätten hingegen anderes ergeben, erklärte Remmel: «Das Ermessen liegt in NRW.»

Die Landesregierung könne Einwände geltend machen: Zum Beispiel sei der Transportweg von 16 000 Kilometern extrem lang und berge viele Gefahren. Auch gebe es in Australien eigene Kapazitäten zur Giftmüllverbrennung. «Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen die Verbrennung von Giftmüll aus», sagte der Umweltpolitiker der Grünen. «Aber hier wird eine Einladung an andere Industriestaaten ausgesprochen, nicht selbst für Entsorgungsanlagen zu sorgen.» Noch liege kein Antrag der australischen Regierung für einen Transport vor, sagte Uhlenberg. Zu dem weiteren Vorgehen wolle er sich erst äußern, wenn es tatsächlich einen offiziellen Antrag gebe. «Ich halte nach wie vor an meiner Position fest, dass der Sondermüll in Australien entsorgt werden soll», sagte der Minister. Auch er sei der Ansicht, dass hochindustrialisierte Staaten sich selbst um ihre Giftmüllentsorgung müssten. Die Kritik der Grünen bezeichnete Uhlenberg als unglaubwürdig. «In der politischen Verantwortung der Vorgängerregierung haben Giftmülltransporte nach NRW enorm zugenommen», sagte der Umweltminister. Unter der rot-grünen Landesregierung seien die Mengen von Sondermüll-Transporten zwischen 2002 und 2005 von 395 000 Tonnen auf 624 000 Tonnen angewachsen. Das Transportgut, Hexachlor-Benzol (HCB), gehört nach Angaben des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zu den so genannten «dirty dozen» - zwölf besonders gefährlichen Giftstoffen, die weltweit verboten wurden. (ddp)

VEST: KEINENERMESSENSSPIELRAUM BEIM GIFTMÜLL WAZ, 4.5.07

Pressespiegel HCB-Import /RZR

Vest: Umweltminister Uhlenberg sieht keinen Ermessensspielraum beim Giftmüll

Vest. Entgegen anderslautenden Meldungen hat NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) keinen Ermessensspielraum, den umstrittenen Giftmüll-Import aus Australien unter anderem zum Müllofen RZR in Herten zu untersagen. Das Ministerium stellte klar, dass nach geltendem EU-Recht ganz bestimmte Gründe erfüllt sein müssten, um eine Genehmigung zu versagen. So müsste etwa die Entsorgung von heimischen Abfällen oder sogar die öffentliche Sicherheit gefährdet sein.

Beides sei jedoch im Moment nicht zu erkennen, so das Ministerium. Ungeachtet dessen bleibe Eckhard Uhlenberg bei seiner Haltung, dass er den geplanten Transport der Hexachlorbenzol-haltigen Abfälle um den halben Erdball nicht befürworte.

Das letzte Wort ist indes ebenfalls noch nicht gesprochen. Es fehlt nach wie vor die verbindliche Erklärung der australischen Behörden, dass die Abfälle im eigenen Land nicht entsorgt werden können. Dies ist Voraussetzung dafür, dass sie überhaupt exportiert werden dürfen. Sobald diese Erklärung vorliegt, hat das Land 60 Tage Zeit zur Prüfung, erst dann muss eine Genehmigung erteilt werden, sofern die Bedingungen erfüllt sind.

Wie die WAZ mehrfach berichtete, sollen insgesamt 22 000 Tonnen hochgiftiger Produktionsabfälle der australischen Firma Orica nach Deutschland verschifft und in Öfen in Herten, Leverkusen, Dormagen und Brunsbüttel verbrannt werden.

GIFTMÜLL ERHITZT DIE GEMÜTER WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN 8.5.07

Herten/Münster. Deutsche Müllentsorger wollen noch in diesem Jahr rund 22000 Tonnen Giftmüll aus Australien in NRW und Schleswig-Holstein entsorgen. 5000 Tonnen sollen in der Müllverbrennungsanlage Herten vernichtet werden. „Das sind mengenmäßig zwar nur Peanuts“, sagte der Sprecher der Bürgerinitiative Pro-Herten, Joachim Jürgens. Gleichwohl: Giftmüll einmal um den Globus schicken sei verrückt, jedes entwickelte Land habe seinen Dreck selbst zu entsorgen.

Die 22 000 Tonnen hochgiftiger Altlasten eines australischen Chemiekonzerns sollten längst auf dem Seeweg nach Deutschland sein. Noch aber liegt der Antrag des australischen Umweltministeriums nicht vor, der belegt, dass das Land keine eigenen Entsorgungsmöglichkeiten hat. Nach Angaben der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR), die die Hertener Verbrennungsanlage betreibt, sind die Untersuchungen abgeschlossen. „Wir erwarten die Stellungnahme täglich“, sagte AGR-Geschäftsführer Dietrich Freudenberger gestern in Herten. Freudenberger kann die Aufregung nicht verstehen: „Sondermüll entsorgen wir in Herten seit 20 Jahren.“ Und Dr. Stephan Hermening, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE), fügte hinzu: „Importe aus Übersee sind nichts Besonderes und die ökologisch beste Lösung für den Abfall.

Auch das Bundesumweltministerium stuft die Entsorgung australischen Sondermülls in Deutschland wegen des hiesigen technischen Vorsprungs als umweltgerecht ein. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg dagegen lehnt den Import ab. **VON TAALKE NIEBERDING**

GIFTMÜLL VOR DER HAUSTÜR WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN, 8.MAI 07

Herten. Die Schiffe werden sich wohl verspäten. Eigentlich sollten 22 000 Tonnen Giftmüll aus Australien längst auf dem Seeweg nach Deutschland sein. „Wir arbeiten eng mit den australischen Umweltschützern zusammen. Die kämpfen dafür, dass Australien selbst seinen Müll vernichtet“, erklärt Joachim Jürgens, Rentner und Sprecher der Bürgerinitiative Pro-Herten. Täglich sammelt er neue Informationen für die Protest-Webseite. (**www.pro-herten.de**)

Etwa die Hälfte der hochgiftigen mit Hexachlorbenzol (HCB) belasteten Altlasten aus Australien sollen in der Brunsbütteler Müllverbrennungsanlage entsorgt werden, der Rest mit dem Zug nach Leverkusen und Dormagen transportiert werden. 4500 Tonnen sollen von dort mit dem Lkw nach Herten rollen.

Bis heute aber liegt noch kein Antrag der australischen Regierung auf dem Tisch von Jost Brintrup, Dezernent für Abfallwirtschaft der Bezirksregierung Münster, der den Müllimport nach Herten genehmigen muss. Er prüft, ob die Gesetze eingehalten werden. Dazu gehört der Beleg, dass es in Australien keine geeigneten Entsorgungsanlagen gibt und sich eine solche Errichtung nicht lohnt. Dietrich Freudenberger, Geschäftsführer der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) sagt, er rechne täglich mit dem australischen Antrag. Außerdem könne er die ganze Aufregung nicht verstehen: „Solchen Müll entsorgen wir seit 20 Jahren."

„Zähneknirschend", so Jürgens, „haben wir die Müllverbrennungsanlage vor unserer Haustür akzeptiert, der eigene Müll muss ja irgendwo hin". Aber dass hochgefährlicher Abfall, der seit Jahrzehnten in Australien lagert, nun den weitmöglichsten Weg zurücklegen soll, finde er absurd. Mittlerweile brodelt es. Über die Boombranche der Giftmüllimporte wird heftig diskutiert. Insgesamt macht der australischer Müll nur 0,4 Prozent der jährlichen Sondermüllimporte aus.

Deutschland hat sich zu einer gigantischen Entsorgungsstation gemausert: Seit 2000 hat sich die Importmenge von Schadstoffen verdreifacht auf sechs Millionen Tonnen jährlich. Das meiste davon kommt aus der EU – aber auch Pestizide aus Kolumbien oder asbesthaltiger Schutt aus den USA gehören zum Tagesgeschäft. „Das ist internationale Arbeitsteilung und die ökologisch beste Lösung", sagte Stephan Hermening, Geschäftsführer des Bundeverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft. Auch das Umweltministerium und die Bundesregierung urteilen: „umweltgerecht", da Deutschland weltweit die fortschrittlichste Technologie zur Sondermüllverbrennung besitze.

Doch trotz seiner hervorragenden Anlagen exportiert auch Deutschland Sondermüll ins europäische Ausland – jährlich 1,1 Millionen Tonnen. Das EU-Gesetz erlaube freie Marktwirtschaft, wenn der Müll verwertet werde, so Dezernent Brintrup. Jürgens schüttelt den Kopf: „Giftmüllentsorgung sollte eine Notwendigkeit sein, keine Geschäftemacherei!" In den Hintergrund rutscht das Basler Übereinkommen der Vereinten Nationen, wonach Sondermüll möglichst im eigenen Land entsorgt werden soll – eine Schutzmaßnahme vor allem für Entwicklungsländer, um nicht als Müllhalden zu fungieren. NRWUmweltminister Eckhard Uhlenberg lehnt im Gegensatz zu den Berliner Kollegen den Import aus Australien weiterhin ab.

Immerhin: die Bundesregierung will den Export der vorbildlichen deutschen Entsorgungstechnologien demnächst stärken. VON TAALKE NIEBERDING

BDSAV LÄSST DIE HOSEN RUNTER, DOKUMENTE AUS DER VERGANGENHEIT

Logo:

Quelle: http://www.bdsav.de/

DIE MITGLIEDER:

Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH (AGR)
Abfall-Verwertungs-Gesellschaft mbH (AVG)
Bayer Industry Services GmbH & Co. OHG
Gesellschaft für Sonderabfallentsorgung Bayern mbH (GSB)
HIM GmbH
Märkische Entsorgungsanlagen- Betriebsgesellschaft mbH

CHARTA

Der **BDSAV** setzt sich für eine technisch hochwertige, sichere und umweltverträgliche Behandlung von gefährlichen Abfällen ein. Dabei ist auf eine größtmögliche Transparenz der Entsorgungsvorgänge zu achten, damit das Vertrauen der Erzeuger und der Öffentlichkeit sichergestellt ist. Für die Entsorgung (Beseitigung und Verwertung) gefährlicher, thermisch zu behandelnder Abfälle hält der **BDSAV** die Hochtemperaturverbrennung für die beste und umweltfreundlichste Behandlungsmethode.

Die Verwertung gefährlicher Abfälle außerhalb von Hochtemperaturverbrennungsanlagen kann nur dann akzeptiert werden, wenn diese mindestens genauso umweltverträglich ist, wie die Behandlung der entsprechenden Abfälle durch Hochtemperaturverbrennung.

Höchste Umweltstandards können nur dann gewährleistet werden, wenn die optimale Behandlungsmethode bereits am Ort der ursprünglichen Abfallentstehung festgelegt wird. Das Vermischen mit anderen Abfällen zur Verdünnung von Schadstoffbelastungen lehnt der **BDSAV** demzufolge ab.

Für alle Anlagen, die gefährliche Abfälle thermisch behandeln, müssen die gleichen hohen technischen, organisatorischen und umweltspezifischen Anforderungen gelten. Hierbei fordert der **BDSAV** die konsequente und bundeseinheitliche Umsetzung aller in Deutschland und Europa geltenden Rechtsvorschriften für alle Anlagen, die gefährliche Abfälle einsetzen.

Der von den Hochtemperaturverbrennungsanlagen erreichte Standard bei der Reduzierung von Emissionen und bei der Arbeitssicherheit darf dabei nicht unterschritten werden.

Bei allen Anlagen, deren Standard nicht diesen Anforderungen entspricht, lehnt der **BDSAV** die Mitverbrennung gefährlicher Abfälle ab, auch weil dadurch ökologische Nachteile und eine Wettbewerbsverzerrung entstehen können.

Sonderabfallverbrennungsanlagen in Deutschland kämpfen ums nackte Überleben

Der Bundesverband der deutschen Sonderabfallverbrennungsanlagen (BDSAV) teilt anlässlich seiner Mitgliederversammlung im Rahmen der Entsorgungs- und Umweltfachmesse ENTSORGA in Köln mit, dass sich die wirtschaftliche Situation der acht öffentlich zugänglichen Sonderabfallverbrennungsanlagen in Deutschland dramatisch verschlechtert.

Geschäftsführer Dr. Ludwig Ramacher erklärt dazu:

„Unsere Anlagen, die das Rückgrat der Entsorgung gefährlicher industrieller Abfälle in Deutschland bilden, sind seit Jahren einem wirtschaftlichen Druck ausgesetzt, der durch betriebsinterne Verbesserungsmaßnahmen nur teilweise aufgefangen werden konnte. Da dieser Druck aktuell nicht ab-, sondern eher noch zunimmt, bekommt die Situation aus unserer Sicht zunehmend dramatische Züge.

Verursacht wird die kritische Situation neben der anhaltenden- Konjunkturschwäche durch die Vorgehensweise deutscher Behörden, die europäische und nationale Gesetze nicht umsetzen und deren praktischen Vollzug nicht mehr kontrollieren.

Herrührend aus der Tatsache, dass in der „Industrienation" Deutschland immer noch Millionen Tonnen an Siedlungsabfällen lediglich „vergraben" werden, anstatt sie hochwertigeren Behandlungsverfahren wie modernen Sortieranlagen oder Müllheizkraftwerken zuzuführen, ist ein massiver Preisverfall für alle Abfallbehandlungsverfahren eingetreten. In dessen Sog werden auch die Sonderabfallverbrennungsanlagen in die Unwirtschaftlichkeit getrieben.

Wenn sich die Situation nicht kurzfristig ändert, können wir nicht ausschließen, dass unsere Mitglieder gezwungen sein werden, Anlagen stillzulegen. Wir sind bisher von der Hoffnung getragen worden, dass spätestens am 31.05.2005 mit der Deponierung unbehandelter Abfälle in Deutschland Schluss sei. Nun machen uns aber die Signale aus dem politischen Bereich unsicher, ob die Ministerien wirklich gewillt und vor allem auch in der Lage sind, die Abfallablagerungsverordnung zum Stichtag umzusetzen.

Hinzu kommt, dass wir nicht mehr sicher sind, dass unsere Anlagen die Zeitspanne bis dahin wirtschaftlich überstehen können."

Der BDSAV vertritt acht Betreiber mit neun Standorten in den Bundesländern Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg, Brandenburg und Schleswig Holstein mit einer Behandlungskapazität von rund 550 000 to pro Jahr.

Der BDSAV fordert ein klares Bekenntnis der Umweltministerien zur Einhaltung des Stichtages für die Beendigung der Deponierung unbehandelter Abfälle. Dabei sollte auch von allen betroffenen Ministerien deutlich gemacht werden, welche Maßnahmen die Vollzugsbehörden im Fall von Zuwiderhandlungen treffen werden. Nur durch eine eindeutige und praktikable Umsetzung der europäischen und nationalen Gesetzgebung sowie durch die Kontrolle der Anwendung können notwendige Umweltstandards einer großen Industrienation erhalten bzw. erreicht werden.

Kontakt:

Bundesverband deutscher Sonderabfallverbrennungsanlagen
Speickerstrasse 2
41061 Mönchengladbach

Tel: +49/(0)2161/9274364
Fax: +49/(0)2161/9274360

(Oktober 2003)

P R E S S E M I T T E I L U N G

Immer mehr Abfallzwischenlager auf Deponien, aber in Müllverbrennungsanlagen sind noch Kapazitäten vorhanden.

Der Bundesverband Deutscher Sonderabfallverbrennungs-Anlagen e.V. (BDSAV) fordert die endgültige Beendigung der Mitverbrennung von Sonderabfällen in MVA zur Schaffung freier Kapazitäten für Hausmüll und Gewerbeabfall.

Der BDSAV sieht – ebenso wie andere Entsorgerverbände - die zunehmende und teilweise ausufernde Zwischenlagerung von brennbaren Abfällen auf Deponien sehr kritisch. Dabei wird meist als Rechtfertigung vorgebracht, dass keine ausreichenden Behandlungskapazitäten zur Verfügung stünden. Durch dieses Vorgehen werden Probleme in die Zukunft verlagert und die Kosten hat meist die Allgemeinheit zu tragen.

Jedoch werden in einigen Müllverbrennungsanlagen weiterhin gefährliche industrielle und gewerbliche Abfälle mitverbrannt. Dadurch wird der eigentliche Bestimmungszweck dieser Anlagen, nämlich die thermische Behandlung von Hausmüll bzw. Gewerbeabfall, blockiert.

Der BDSAV fordert daher die Betreiber und zuständigen Behörden auf, die weitere Mitverbrennung von Sonderabfällen in den betreffenden Anlagen aufzugeben und stattdessen die Verbrennung der nicht gefährlichen Abfälle anstelle deren Zwischenlagerung zu übernehmen. Hierdurch kann die bestehende bedenkliche Situation zumindest abgemildert werden. Wie aktuelle Beispiele zeigen, sind zur Lösung dieses Problems auch überregionale Kooperationen machbar, indem vorhandene Überkapazitäten mit Abfällen aus Regionen mit Unterkapazitäten gefüllt werden.

Die Mitgliedsunternehmen des BDSAV sind bereit, die Entsorgung der betreffenden Sonderabfälle zu übernehmen.

Der BDSAV hat bereits vor mehreren Jahren die Mitverbrennung von Sonderabfällen in Müllverbrennungsanlagen kritisiert und sie als eine der Ursachen für die damals sehr schwierige wirtschaftliche Situation der öffentlich zugänglichen Sonderabfallverbrennungsanlagen benannt. Nach einer Studie der Prognos AG aus dem Jahr 2004 hat die Menge dieser mitverbrannten Sonderabfälle im Jahr 2002 ca. 200.000 Tonnen betragen.

Der BDSAV vertritt derzeit sechs Betreiber mit Anlagen an 8 Standorten und einer Behandlungskapazität von insgesamt rund 600.000 Tonnen pro Jahr. Sie bilden damit das Rückgrat der Entsorgung gefährlicher industrieller Abfälle in Deutschland und tragen zur Sicherung der industriellen Produktion bei.

Kontakt:

BDSAV - Bundesverband Deutscher Sonderabfallverbrennungsanlagen e.V.
c/o HIM GmbH
Waldstraße 11
64584 Biebesheim
Tel.: +49-(0)6258-895 1181
Fax: +49-(0)6258-895 3333
E-Mail: horst.suchomel@him.de

(Juli 2006)

P R E S S E M I T T E I L U N G

Sonderabfallverbrennung in Deutschland ist Beitrag zum globalen Umweltschutz

Der Bundesverband Deutscher Sonderabfallverbrennungs-Anlagen (BDSAV) verfolgt die seit einigen Wochen geführten Diskussionen um den Import von gefährlichen Abfällen in deutsche Sonderabfallverbrennungsanlagen mit Sorge. In dieser Diskussion wird teilweise sogar bezweifelt, dass die Anlagen technisch in der Lage seien, Stoffe wie chlorierte Pestizide sicher zu zerstören. Auch der Aspekt eines „hohen Transportrisikos" wird als Argument gegen solche Abfallverbringungen angeführt. Die Verwendung von Begriffen wie „Giftmüll" und „Mülltourismus" im Zusammenhang mit einer seriösen, behördlich genehmigten und umweltfreundlichen Entsorgung von Sonderabfällen in den dafür vorgesehenen spezialisierten Verbrennungsanlagen ist inhaltlich deplaziert.

Leider werden durch die aktuellen Diskussionen in der Öffentlichkeit Ängste hervorgerufen. Diese Befürchtungen dürfen selbstverständlich nicht ignoriert werden. Seit Jahrzehnten verwenden die Betreiber von Sonderabfallverbrennungsanlagen deshalb besondere Mühen auf große Transparenz und eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die weltweit führenden, technischen Standards der Anlagen des BDSAV sowie erfahrenes und erstklassig ausgebildetes Personal schließen eine Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung aus. So kommt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in einer im Juli 2005 veröffentlichten Untersuchung zu dem Schluss, dass die Emissionen von Müllverbrennungsanlagen Dank der seit mehr als zehn Jahren geltenden Grenzwerte „nicht mehr gesundheitlich relevant sind". Insofern ist die grenzübergreifend genutzte Dienstleistung der Entsorgung von Sonderabfällen in Deutschland nicht nur ein Gebot im Sinne eines globalen Umweltschutzgedankens, sondern auch Ausdruck einer leistungsstarken Entsorgungsinfrastruktur.

Keines der Mitgliedsunternehmen des BDSAV akquiriert aktiv Abfälle außerhalb Europas. Der Import von dort nach Deutschland hat unterschiedliche Gründe, vor allem:

- Hilfeersuchen wegen fehlender Entsorgungsmöglichkeit für bestimmte Abfallarten,

- Rücknahmeverpflichtungen der deutschen Industrie,

- Projekte der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) als besondere Form der Deutschen Entwicklungshilfe.

Hierdurch können auch illegale Entsorgungen in Drittweltländer, die zu ökologischen Katastrophen führen (Beispiel: Elfenbeinküste), vermieden werden.

Die bei den derzeitigen Diskussionen geäußerte Forderung nach einer quasi weltweit flächendeckenden Versorgung mit Sonderabfallverbrennungsanlagen, um der Forderung nach „Naher Entsorgung" gerecht zu werden, ist ökologisch nicht immer sinnvoll und wirtschaftlich unrealistisch.

Es ist zwar bedauerlich, dass es in einigen eigentlich hochindustrialisierten Ländern außerhalb Europas keine dem Industrialisierungsgrad und dem Abfallaufkommen ent-

sprechende Entsorgungsstruktur gibt. Es ist aber gleichwohl Tatsache, dass es – solange dies nicht der Fall ist – keine Alternative zur fachgerechten und sicheren Entsorgung der gefährlichen Abfälle in spezialisierten Behandlungsanlagen, wie sie in Deutschland betrieben werden, gibt.

Deshalb muss der Import von Sonderabfällen nach Deutschland - getreu den gesetzlichen Vorgaben - auch zukünftig möglich sein. Ein Infragestellen dieser bewährten und beispielhaften Praxis ist zwar fraglos öffentlichkeitswirksam, bildet aber die Zusammenhänge in keiner Weise richtig ab. Transporte sind dabei eine notwendigerweise vorgeschaltete Aufgabe des Logistik- und Entsorgungsprozesses und unterliegen ebenso wie die Entsorgung selbst strengsten Sicherheitsanforderungen, wie dies auch beim Export von Produkten aus der chemischen Industrie mit vielen Millionen Tonnen jährlich der Fall ist.

Die Anlagen in Deutschland ermöglichen auf Grund des im internationalen Vergleich hohen technischen und organisatorischen Niveaus eine schadlose Entsorgung, was sich in den Preisen, die Abfallerzeuger für die sichere und umweltgerechte Entsorgung ihrer gefährlichen Abfälle zu zahlen bereit sind, ausdrückt. Vor diesem Hintergrund von „Mülltourismus" zu sprechen, wird diesem Zusammenhang und der Entsorgungsqualität nicht gerecht.

Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen. Der Schutz der Umwelt ist daher eine länderübergreifende, europäische Aufgabe. Das EU-Recht regelt den Umweltschutz in Europa, nicht lokale oder regionale Vereinbarungen.

Die Mitgliedsunternehmen des BDSAV stehen auch weiterhin mit ihren spezialisierten Sonderabfallbehandlungsanlagen und qualifiziertem Personal für praktizierten Umweltschutz. Dabei setzen die Betreiber auf Transparenz: Öffentlichkeit, Politiker und Presse sind stets eingeladen, sich vor Ort ein eigenes Bild davon zu machen, wie gefährliche Abfälle sicher und fachgerecht entsorgt werden.

Der BDSAV vertritt derzeit sechs Betreiber mit Anlagen an 8 Standorten und einer Behandlungskapazität von insgesamt rund 600.000 Tonnen pro Jahr. Sie bilden damit das Rückgrat der Entsorgung gefährlicher industrieller Abfälle in Deutschland und tragen zur Sicherung der industriellen Produktion bei.

Kontakt:

BDSAV - Bundesverband Deutscher Sonderabfallverbrennungsanlagen e.V.
c/o HIM GmbH
Dr. Horst Suchomel
Waldstraße 11
64584 Biebesheim
Tel.: +49-(0)6258-895 1181
Fax: +49-(0)6258-895 3333
E-Mail: info@bdsav.de
Website: http://www.bdsav.de

(März 2007)

STEINE IM DREHROHR-OFEN AUSGETAUSCHT - WARTUNG DER SAVA – AUFTRÄGE AUS DEM AUSLAND

Dithmarscher Landeszeitung

Brunsbüttel (rg) Regelmäßig muss die Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) in Brunsbüttel kontrolliert und gewartet werden. Jetzt war eine von zwei Revisionen im Jahr fällig. „Diese dauert eine Woche, während die größere Revision zwei bis vier Wochen dauert. Das hängt von den anfallenden Arbeiten ab“, sagte Dr. Martin Kemmler, Geschäftsführer der SAVA. Während der jetzigen Wartungs- und Reparaturarbeiten mussten auch Steine im Drehrohr-Ofen ausgetauscht werden. Diese nutzen, laut Dr. Kemmler, durch die chemischen Reaktionen, aber auch durch mechanische Beanspruchung ab. „Wir haben die ersten 20 Reihen ausgewechselt, weil die Abnutzung bereits zu stark war“, sagte Dr. Kemmler. Dabei sind das spezielle Steine, die in den Drehrohr-Ofen eingebaut werden. Die Steine dürfen auch bei einer Temperatur von mehr als 1100 Grad Celsius nicht schmelzen und zerfallen. „Ein normaler Stein wäre nach zwei Tagen weg“, erläuterte Dr. Kemmler.

Derweil engagiert sich die SAVA international, um Ausschreibungen zu gewinnen. „Vor kurzem hatten wir eine Ausschreibung gewonnen, um 313 Tonnen Pestizide und PCB zu verpacken und hier zu verbrennen“, sagte Dr. Kemmler. Diese Gifte lagerten im albanischen Bishti in der Nähe der Hafenstadt Durrës und mussten sorgfältig verpackt und per Bahn transportiert werden. „Das war nicht ganz einfach, denn wir haben ein umfangreiches technisches Konzept erstellen müssen, damit die Umwelt nicht beeinträchtigt wird“, erläuterte der SAVA-Geschäftsführer.

Derzeit befindet sich die Entsorgung des Sondermülls aus Rumänien in der Endphase. „Bis Ende Juli haben wir dann 2500 Tonnen Pestizide aus 200 Lagern aus dem gesamten Land entsorgt“, berichtete der SAVA-Geschäftsführer. Dabei benötige die SAVA den Müll aus dem Ausland, der einen Anteil von über 60 Prozent bei der Auslastung ausmache. Und dort ist noch viel zu tun. Nach Ansicht von Dr. Kemmler lagern in vielen Ländern tausende Tonnen von Pestiziden und PCB (Polychlorierte Biphenyle).

(Quelle: Dithmarscher Landeszeitung; Autor: Reinhard Geschke; Foto: Jörg Jahnke)

MONITOR-BEITRAG: MÜLLOFEN DER WELT - DAS LUKRATIVE GESCHÄFT MIT DEM IMPORT-MÜLL

Bericht: Ralph Hötte, Frank Überall, Emanuela Penev , Datum: 03.05.2007

Sonia Mikich: "Es gab einmal die gute Idee, wie wir mit Müll umgehen sollen. Nämlich möglichst vermeiden oder wiederverwerten und ganz am Ende den kleinen Rest verbrennen. Irgendwann kamen die Müllöfen. Immer mehr - aus dem kleinen Rest wurde eine globale Industrie. Verbrannt wird, was das Zeug hält. Aber die Deutschen machen doch gar nicht so viel Müll, das Volk der Trenner und Vermeider. Na wenn schon, der Stoff für die supermodernen deutschen Anlagen kommt dann aus dem Ausland.

Ein Bericht von Frank Überall, Ralph Hötte und Emanuela Penev. Deutschland, der globale Müllofen."

Hochgiftige Chemieabfälle - mit denen Kasse gemacht werden kann. In Deutschland werden bald 22.000 Tonnen erwartet. Abfall mit einem krebserregenden Stoff. Ein Teil soll hier in der Müllverbrennungsanlage im nordrhein-westfälischen Herten verfeuert werden. Vorher wird der Giftmüll einen weiten Weg genommen haben. Von Australien per Schiff um die halbe Erde zum deutschen Hafen Brunsbüttel. Giftmüll aus dem Ausland, ein Import von vielen, der sich trotz der weiten Entfernung finanziell richtig lohnt. Die Entsorgungswirtschaft freut sich, Gefahren sieht man nicht.

Stephan Harmening, Bundesverband der Entsorgungswirtschaft: "Wir sagen den Menschen, dass die Schäden, die sie durch die Entsorgung dieser Abfälle zu erwarten haben, keine Schäden sind. Alles das, was wir kennen, wird nicht ausgeschieden und unterliegt strengsten staatlichen Voraussetzungen, und diese Voraussetzungen halten wir mindestens ein."

Hermann Kruse, Toxikologe, Universität Kiel: "Also den Ausführungen des Geschäftsführers kann ich in keinster Weise folgen, denn wir wissen, dass trotz guter Filtertechniken Schadstoffe aus einer Müllverbrennungsanlage herauskommen. Wir haben das selbst bei verschiedenen Müllverbrennungsanlagen und auch an Sondermüll-Verbrennungsanlagen gemessen. Es ist ein Cocktail von Verbindungen, der letztendlich doch freigesetzt wird."

Giftmüll ist besonders heikel, aber auch das Verbrennen anderer Abfallarten produziert Abgase - und es boomt. In der ganzen Republik entstehen neue Verbrennungsanlagen. Zum Beispiel hier in Emlichheim in Niedersachsen, die derzeit größte Baustelle ihrer Art. 360.000 Tonnen Müll im Jahr sollen hier demnächst verbrannt werden.

Wir besuchen die Bürgermeisterin von Emlichheim, Daniela Kösters. Von ihrer Wohnung aus sind es nur sieben Kilometer bis zur riesigen Müllverbrennungsanlage im so genannten Europark. Wir wollen von der Bürgermeisterin wissen, ob die Emlichheimer eine solche Anlage überhaupt brauchen.

Daniela Kösters, Bürgermeisterin Emlichheim: "Unser Müll, der wird in unmittelbarer Nähe, zehn Kilometer Entfernung, auf einer mechanisch-biologischen Anlage verwertet. Der ganze Müll unserer ganzen Region geht dorthin. Und das, was da über bleibt, das sind etwa 30 Prozent, die gehen nach Bremen in eine

Müllverbrennungsanlage, da bestehen schon langfristige Verträge. Also das heißt, von diesem Müll, der hier in der Region produziert wird, wird kein Stück in der Anlage im Europark landen."

Eine teure Anlage, die die Region offenbar nicht braucht und auch nicht will. Was aber soll dann dort verbrannt werden?

Jens Lewald, Evikon GmbH: "Also natürlich gibt es Müllimporte und wir finden sie auch richtig, dass es … der Müll in dieser Verbrennungsanlage nicht aus der Grafschaft Bentheim kommt, ist uns allen klar. Er kommt größtenteils aus den Niederlanden. Wir haben Versorgungsverträge abgeschlossen mit einem großen … Entsorger."

Reporter: "Aber auch aus anderen Ländern?"

Jens Lewald, Evikon GmbH: "Auch aus anderen Ländern."

Die Folgen wird Emlichheim bald spüren. Hier gibt es nur eine schmale Hauptstraße. Zusätzliche Mülllaster könnten hier zum Verkehrskollaps führen. In einem Bürgerbegehren sprachen sich 92 Prozent gegen die Verbrennungsanlage aus. Trotzdem wurde sie genehmigt - von der Gewerbeaufsicht in Oldenburg. Warum?

Thomas Jürgens, Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg: "Ob der Bedarf tatsächlich da ist für den Müll, der da angeliefert wird, ob die Anlage gebraucht wird, das ist keine Genehmigungsvoraussetzung nach dem Bundesemissionsschutzgesetz. Insofern dürfen wir es auch gar nicht prüfen. Würden wir es machen, würden wir rechtswidrig handeln."

Reporter: "Prüft das denn sonst irgendjemand?"

Thomas Jürgens, Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg: "Nein, das prüft sonst keiner."

Prof. Michael Braungart, Universität Lüneburg: "Wir können hier Anlagen bauen, ohne dass es einen Bedarf gibt, und das ist natürlich für internationale Investoren hoch attraktiv hier jetzt deshalb Verbrennungsanlagen zu bauen."

Anderswo in Europa kaum vorstellbar: Müllverbrennungsanlagen zu bauen, ohne dass irgendeine Behörde bei der Genehmigung nach dem Bedarf fragt. Emlichheim ist da nur ein Beispiel, aber wie viele gibt es davon bundesweit? Die einzigen Zahlen hat der Branchenriese Remondis. Laut seiner Studie sollen zu den heute schon 65 vorhandenen Anlagen in mehr als 40 weiteren deutschen Städten und Gemeinden welche hinzukommen.

Prof. Michael Braungart, Universität Lüneburg: "Das bedeutet, wir werden praktisch das Müllverbrennungsland für die ganze Erde werden dabei. Weil wir ja diese Müllmenge gar nicht selber haben. Das heißt für die jetzigen Müllverbrennungsanlagen gibt es jetzt schon Überkapazitäten. Das heißt wir werden praktisch wie ein großer Staubsauger den ganzen Müll aus der Welt 'zusammensaugen', um ihn in Deutschland zu verbrennen."

Immer mehr Müllimporte? Immer mehr Verbrennung in Deutschland? Trotz modernster Techniken - Schadstoffe werden in die Luft freigesetzt. Auch zum Schaden der Bevölkerung? Lennard Klein mit seiner Mutter beim Kinderarzt in Lünen. Der 4-Jährige leidet immer wieder an Hustenanfällen und Allergien. Einen Zusammenhang mit dem örtlichen Müllofen sei bisher wissenschaftlich nicht zu beweisen, sagt der Arzt, doch es gibt Auffälligkeiten.

Karl Kluge, Kinderarzt: "Ich hab ja meine Kartei. Und in meiner Kartei sehe ich die Wohnorte. Und ich frag die Patienten auch, also 'wo wohnt ihr denn?' Und dann sagen die mir eben 'ja, ich wohne da und da …

ich wohne in diesem Stadtteil' und stelle fest, ah, das ist ja auch da, wo die anderen das haben, und stelle hier auch fest, das ist genau da, wo die Müllverbrennungsanlagen sind und auch die Windrichtung stimmt."

Was der Kinderarzt vermutet, ist noch nicht ausreichend erforscht. Aber fest steht, wo Verkehr und Industrie die Luft bereits stark belasten, macht eine Müllverbrennungsanlage das noch schlimmer.

Hermann Kruse, Toxikologe, Universität Kiel: "Mir macht es große Sorgen, dass der ganze Müll nach Deutschland transportiert wird, hier entsorgt werden soll und dann zu einer Erhöhung unserer Grundbelastung von Schadstoffen in der Luft führen wird. Und das ist zweifelsfrei der Fall."

Hier im Hafen von Brunsbüttel soll der australische Giftmüll demnächst ankommen. Der unkontrollierte Bauboom der Müllverbrennungsanlagen in Deutschland, er macht uns in Zukunft noch attraktiver für Abfallimporte aus aller Welt.

Sonia Mikich: "Nahe liegend wäre es, die deutsche Spitzentechnologie zu exportieren. Also an Ort und Stelle den Müll zu verbrennen, anstatt das Giftzeug zu importieren. Und für Hausmüll gilt immer noch, am besten vermeiden. Und, warum nicht, Jute statt Plastik, so doof war das nun auch wieder nicht. Und nur mal so, der NRW-Umweltminister kann den australischen Giftmüllimport verbieten. Es liegt in seinem Ermessen. Mal sehen

---

WACKELIGE BÜRGSCHAFT KOSTET AGR 38 MIO EURO WAZ, A.WÖLKE

Müllgesellschaft hielt für Pleitefirma Kopf hin

Herten. "Die Situation bei der AGR (Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhr) ist nicht gerade rosig", gibt RVR-Direktor Heinz-Dieter Klink zu. Die wirtschaftliche Lage der AGR, die dem RVR gehört, war Diskussionspunkt bei der Vorstandssitzung des Verbandes am Donnerstag. Konkret ging es um eine "Patronatserklärung" - eine Art Bürgschaft - die die AGR dem inzwischen insolventen Nürnberger Bauunternehmen Brochier gegeben hatte. Über die Höhe wollte Klink sich nicht äußern.

Aus Vorstandskreisen wurde kolportiert, dass es sich um 58 Mio Euro handeln soll, die der Insolvenzverwalter von der AGR fordert. Da man eine rechtliche Auseinandersetzung nicht anstrebe, verhandele man zurzeit mit der Nürnberger Kanzlei. 38 Mio Euro, so ist aus Vorstandskreisen zu hören, wolle man in den nächsten Jahren zahlen. "Wir stehen zwar mit dem Rücken an der Wand, sind aber nicht am Brötchenende", kommentierte Heinz Struszczynski, Pressesprecher der AGR. "Wir haben einen Großteil dieser Summe zurückgestellt", erklärte er. Gab dann aber zu, dass die AGR 2005 erstmals im Wirtschaftsbericht, der mit einem leichten Plus abschloss, diese Bürgschaft nicht berücksichtigt hat. "Dann müssen wir sie jetzt eben wieder reinrechnen", so Struszczynski. 04.05.2007 Von Angelika Wölke

---

WACKELIGE BÜRGSCHAFT KOSTET AGR 38 MIO EURO WAZ05.05.2007 / AUS DEM WESTEN / MARL

Von Angelika **Wölke**

Herten. "Die Situation bei der AGR (Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhr) ist nicht gerade rosig", gibt RVR-Direktor Heinz-Dieter Klink zu. Die wirtschaftliche Lage der AGR, die dem RVR gehört, war Diskussionspunkt bei der Vorstandssitzung des Verbandes am Donnerstag. Konkret ging es um eine "Patronatserklärung" - eine Art Bürgschaft - die die AGR dem inzwischen insolventen Nürnberger Bauunternehmen Brochier gegeben hatte. Über die Höhe wollte Klink sich nicht äußern.

Aus Vorstandskreisen wurde kolportiert, dass es sich um 58 Mio Euro handeln soll, die der Insolvenzverwalter von der AGR fordert. Da man eine rechtliche Auseinandersetzung nicht anstrebe, verhandele man zurzeit mit der Nürnberger Kanzlei. 38 Mio Euro, so ist aus Vorstandskreisen zu hören, wolle man in den nächsten Jahren zahlen. "Wir stehen zwar mit dem Rücken an der Wand, sind aber nicht am Brötchenende", kommentierte Heinz Struszczynski, Pressesprecher der AGR. "Wir haben einen Großteil dieser Summe zurückgestellt", erklärte er. Gab dann aber zu, dass die AGR 2005 erstmals im Wirtschaftsbericht, der mit einem leichten Plus abschloss, diese Bürgschaft nicht berücksichtigt hat. "Dann müssen wir sie jetzt eben wieder reinrechnen", so Struszczynski.

05.05.2007 / Lokales / Marl

UNGEWISSE ZUKUNFT: Blick in das RZR Herten, das der AGR gehört, und eigentlich ausgebaut werden soll. Von Angelika **Wölke** redaktion.vest(at)waz.de

Vest. Es ist eine Art Poker um Millionen. Die Beteiligten: Die AGR (Abfallbeseitigungs-gesellschaft Ruhrgebiet), der RVR (Regionalverband Ruhr) als deren Besitzer, sowie eine Nürnberger Anwaltskanzlei.

Der Bluff: Der Insolvenzverwalter des ehemaligen AGR-Unternehmens Brochier fordert, so war aus RVR-Kreisen zu hören, 58 Mio Euro von der AGR. Denn der Müllentsorger soll 2004 der Nürnberger Baufirma eine Patronatserklärung - eine Art Bürgschaft - bereitgestellt haben. Zwischenzeitlich, so RVR-Verbandschef Heinz-Dieter Klink, arbeite man "zielgerichtet an einem Vergleich". Die Bürgschaft soll die AGR 38 Mio kosten, zahlbar über mehrere Jahre. Die Zahlen wollte RVR-Direktor Heinz-Dieter Klink nicht bestätigen. Nur so viel: "Die Situation der AGR ist nicht rosig".

"Keiner weiß so genau, ob's weiter geht", verlautete aber auch aus dem RVR. Und: "Sollte die AGR aufgeben müssen, kommt eine ganz gewaltige Belastung auf die Kommunen zu."

Landrat Jochen Welt (SPD) Vorstandsmitglied beim RVR: "Die Gefahr einer Insolvenz sehe ich nicht, wenn der Interessenausgleich wie er sich derzeit abzeichnet durchgeführt wird."

Die AGR selbst setzt auf Zeit: "Wir stehen seit 2000 mit dem Rücken an der Wand, gehen aber davon aus, dass wir die schwierige Hürde überwinden werden", sagt AGR-Pressesprecher Heinz Struszczynski. Spätestens 2008, wenn das RZR 2 fertig sei.

Der britische Investor Rhodri Philipps sitzt seit Anfang März in Haft. Foto O'Neill

Das Projekt sieht man in den RVR-Reihen zurzeit als zumindest gefährdet an. Denn wenn das Unternehmen 38 Mio zahlen müsse, könnten die Banken die Kredite für die neuen Müllöfen kappen, so die Befürchtung. Schließlich taucht die Bürgschaft seit 2005 in den Wirtschaftsberichten der AGR nicht mehr auf. "Richtig", sagt Struszczynski, "die haben wir 2005 raus gerechnet. Dann müssen wir sie jetzt wieder reinrechnen." Bei der Bürgerinitiative "pro-herten" sieht man das Millionenspiel nicht so locker. "Ungeeignete Politiker haben einfach nichts in Positionen zu suchen, die auf Grund ihrer Unfähigkeit den Bürgern immensen Schaden zufügen können, ohne selbst dafür haftbar gemacht zu werden", sagt Joachim Jürgens.

AGR: INSOLVENZ NICHT AUSGESCHLOSSEN - RUHR-NACHRICHTEN

Ruhrgebiets-Entsorger in schwierigen Verhandlungen / Zweite Festnahme in Nürnberg

Herten/Essen _ Im Finanzskandal um den angeschlagenen Entsorger AGR (Herten) droht dem kommunalen Unternehmen womöglich doch noch die Insolvenz.

Dies erfuhr unsere Zeitung aus Vorstandskreisen der Muttergesellschaft, des Regionalverbands Ruhr (RVR). Die existenzbedrohende Situation könnte entstehen, wenn die derzeit laufenden Vergleichsverhandlungen mit dem Insolvenzverwalter der ehemaligen Tochter Brochier scheitern. RVR-Verbandsdirektor Heinz-Dieter Klink bestätigte gestern die Verhandlungen, wollte sich jedoch nicht zu Details äußern. Gegenstand der Verhandlungen ist nach Informationen unserer Zeitung eine Patronatserklärung, die AGR vor mehreren Jahren für Brochier abgegeben hat. Darin verpflichtet sich AGR, notfalls Kreditverpflichtungen von Brochier zu übernehmen, sollte Brochier diese nicht erfüllen können. Die Patronatserklärung hat eine Größenordnung von rund 50 Millionen Euro. Die derzeitigen Forderungen des Insolvenzverwalters sollen bei knapp 40 Millionen Euro liegen. Scheitern die Verhandlung, droht ein Rechtsstreit mit dem Insolvenzverwalter. AGR müsste dann Rückstellungen für den höchstmöglichen Schaden bilden. Dies könnte AGR in die Insolvenz treiben. Darüber sind in nichtöffentlicher Sitzung am Donnerstag die Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets informiert worden, wie aus dem RVR-Vorstand verlautete. AGR gehört dem Regionalverband Ruhr (RVR) und damit allen Städten und Kreisen des Ruhrgebiets. Das Unternehmen beschäftigt 1250 Menschen. AGR hatte das Nürnberger Tiefbauunternehmen Brochier 1999 an der Kommunalaufsicht vorbei und damit gesetzeswidrig gekauft. Doch Brochier warf nie Geld ab. Im Gegenteil: Die Verluste drohten die AGR in die Insolvenz zu ziehen. Deswegen wurde Brochier Ende 2005 an den adeligen britischen Investor Rhodri Philipps verkauft. Er hat mutmaßlich Millionensummen aus dem Unternehmen Brochier abgezogen und es so in die Insolvenz getrieben. Er sitzt seit Anfang März in Untersuchungshaft. Gestern bestätigte die Nürnberger Staatsanwaltschaft die Festnahmen eines engen Geschäftspartners des Briten

---

Von: Info Pro-Herten [mailto:info(at)pro-herten.de]
Gesendet: Samstag, 5. Mai 2007 14:02
An: 'u.paetzel'

EMAIL PRO-HERTEN: BETREFF: DARLEHENSSICHERHEIT STADTWERKE,

Sehr geehrter Herr Paetzel,

ich nehme kurz Bezug auf Ihre Stellungnahme in der Hertener Allgemeinen vom heutigen Tag (Dieser Vertrag und das Geld seien bei einer Insolvenz der AGR nicht in Gefahr, betont Bürgermeister Dr. Ulrich Paetzel. Eine „dingliche Sicherung" im Grundbuch garantiere, dass jeder künftige Eigentümer des RZR den Strom komplett an die Stadtwerke liefern muss.) .

Ich teile Ihnen mit, dass ich Ihre rechtliche Einschätzung keineswegs teile.

Nach diesseitige vorliegender Erkenntnis, handelt es sich um das 15 Mio. € Darlehen der Stadtwerke um ein so genanntes Mezzanindarlehen.

Ebenso mag Ihre Rechtsauffassung bezüglich der Sicherheit des Darlehens bei einer „Normalen“ Veräußerung des Geschäftsbereichs zutreffend sei, bei einer Insolvenzabwicklung in dieser möglich anstehenden Größenordnung mag ich das zu bezweifeln.

Wer garantiert – bei einer positiven Übernahme der Forderungen eigentlich den jetzigen überaus günstigen Strompreis? Strom kann ich zwar geliefert bekommen – jedoch zu welchem Preis?

Es tut mir leid, mit Verlaub, hier sehe ich durchaus Parallelen, die der Journalist Philip Ostrop unter seiner Überschrift : „Wie das Ruhrgebiet durch Größenwahn, Naivität, Unvermögen und illegale Machenschaften Millionen verlor“ beschreibt. (http://www.westline.de/nachrichten/index_20219.php)

Mit freundlichen Grüßen

GIFTMÜLL: HAFENGESELLSCHAFT SPRICHT MIT KRITIKERN, BRUNSBÜTTELER ZEITUNG, 5.5. 07 ;

Brunsbüttel (fan) Für mehr Sachlichkeit in der Debatte um den geplanten Umschlag von australischem Giftmüll in Brunsbüttel hat sich die Hafengesellschaft ausgesprochen. „Wir wollen keinen wahllosen Umschlag von Giftmüll, sondern nur zertifizierte Verfahren", betonte Norbert Fies, Geschäftsleiter Vertrieb der Hafengesellschaft, gegenüber Mitgliedern der WIR-Fraktion und des Umweltvereins am Donnerstagabend.

Die Hafengesellschaft hatte die Giftmüll-Gegner zum offenen Gespräch geladen, um zu erläutern, warum sich das Unternehmen für den Umschlag des mit Hexachlorbenzol (HCB) verseuchten Mülls aus Australien ausgesprochen hat. „Wir haben uns selbst auf den Prüfstand gestellt", unterstrich Feis und wies darauf hin, dass die Hafengesellschaft bereits seit vier Jahren über eine speziell versiegelte und mit Brandmeldern ausgestattete Fläche verfüge, auf der schon jetzt Gefahrgüter und Chemiestoffe lagerten. Da es sich dabei um Abfall handele, habe man für dessen Lagerung und den Umschlag einen Genehmigungsantrag beim Staatlichen Umweltamt in Itzehoe stellen müssen.

„Wir rechnen in den kommenden Tagen mit einer Genehmigung, denn wir verfügen über einen hohen Stand an Sicherheit", sagte der Sachverständige Dr. Ralph Dinklage, der Störfall-Beauftragter der Hafengesellschaft ist. Laut Dr. Dinklage ist das HCB Geschäft auf 16 000 Tonnen Müll beschränkt, die innerhalb von zwei Jahren in vier Schiffsladungen im Elbehafen angelandet und dann sukzessive per Bahn auf die Sonderabfallverbrennungsanlage Brunsbüttel (SA VA) und drei weitere Verbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen verteilt werden sollen. „Wenn die Lagerung genehmigt wird, dann befürchten wir, dass hier ein Dauer-Umschlag entsteht", fasste WIR-Fraktionschefin Ingrid Möller die Hauptsorge der Giftmüll Gegner zusammen.

„Ist eine Vertriebsschiene erst einmal aufgebaut und etabliert, dann wird sie auch benutzt", fügte Dr. Ingo Drachenberg an, Umweltberater der Firma Oekopol aus Hamburg, der die Giftmüll- Kritiker begleitete. Auf Möllers Nachfragen bestätigte Feist dass die Hafengesellschaft — genau wie die SAVA auch — auf das Müllgeschäft aus wirtschaftlicher Sicht nicht zwingend angewiesen ist. „Aber wenn wir es nicht machen, machen es andere", meinte Feis.

Die sachlich gebliebene Veranstaltung endete mit einer Rundfahrt über die Gefahrgut Fläche im Hafen. Die konträrer Standpunkte beider Seiten blieben aber bestehen, denn, so argumentierte Möller: „Wir befürchten Unfalle und können weitere Gifte in der Region nicht gutheißen."

HCB-Fässer werden hier stehen: Norbert Feis (2. v. re.) führte die Giftmüll-Gegner über das Gelände. Foto: Schmid

Essen, 11. Mai 2007

DIE LINKE.PDS

Fraktion im Regionalverband Ruhr (RVR)

Die Linke.PDS-Fraktion im Regionalverband Ruhr (RVR), Kronprinzenstr. 35, 45128 Essen

An die
Staatsanwaltschaft Bochum
Westring 844787 Bochum

STRAFANZEIGE GEGEN UNBEKANNT / AGR MBH – DIE LINKE

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stellt die Fraktion Die Linke.PDS in der Verbandversammlung des Regionalverbands Ruhr (RVR) Strafanzeige gegen **Unbekannt** wegen des Verdachts der Untreue, der Veruntreuung von Steuergeldern und der Bilanzfälschung zu Täuschungszwecken bei der **Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH (AGR)**, Gildehofstr. 1, 45127 Essen,

Begründung:

Die AGR befindet sich als kommunaler Müllentsorger zu 100% im Besitz des RVR und somit der öffentlichen Hand. Anhaltspunkte für den genannten Verdacht ergeben sich für uns aus folgenden Punkten:

Im Jahr 1999 hat die AGR die Nürnberger Baufirma Brochier gekauft. Der Kauf war von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt worden und verstieß somit gegen gesetzliche Regelungen.

- Brochier hat der AGR hohe Verluste gebracht und wurde 2004 für 1 Euro wieder verkauft. Hierbei wurden dem Käufer Kredite in Millionenhöhe zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebs gewährt. Die gewährten Kredite gingen weit über ein übliches Geschäftsgebaren hinaus. Es stellt sich die Frage, warum die Verantwortlichen diese Entscheidungen trafen. Ein Konkurs von Brochier wäre für die AGR zum damaligen Zeitpunkt vermutlich weitaus günstiger gewesen.

- Im Zusammenhang mit Ermittlungen zur missbräuchlichen Verwendung einer Kreditlinie von 11 Mio. Euro zur Sicherung der Liquidität, die von Brochier in den ersten Wochen nach dem Kauf gezogen wurde, sitzen zwischenzeitlich der Investor Rhodri Phillips und der damalige Geschäftsführer von Brochier, Derek Ashley, in Untersuchungshaft.

- Erst vor kurzem wurde bekannt, dass die AGR Anfang 2004 eine Patronatserklärung für die Firma Brochier abgegeben hat. Nach Aussagen von heute Verantwortlichen kommt sie einem „Blanko-Scheck“ gleich. Der Insolvenzverwalter der Mitte letzten Jahres Konkurs gegangenen Firma Brochier hat gegenüber der AGR Forderungen von bis zu 58 Mio. Euro geltend gemacht.

  Wieso diese, unseres Wissens im Aufsichtsrat in ihrer Tragweite nur unzureichend bekannte Patronatserklärung abgegeben wurde, ist ebenfalls fraglich.

Die aus der Patronatserklärung resultierenden Verpflichtungen der AGR sind in der letzten vorliegenden Bilanz zum 31.12.2005 nicht aufgeführt. Die Rückstellungen, die für den Fall eines Konkurses der inzwischen verkauften Firma Brochier gebildet wurden, liegen deutlich unter der zur Zeit in Rede stehenden Forderung. Die Geschäftsführung der AGR war wohl der Meinung, die Patronatserklärung sei nicht mehr gültig. Dies sieht der Konkursverwalter von Brochier jedoch anders.

Die Bilanz zum 31.12.2005, die ein Eigenkapital von ca. 19 Mio. Euro ausweist, ist eine wichtige Grundlage der Kredite, die die AGR u.a. von der Württembergischen Landesbank für den Bau des Müllverbrennungsofen RZR II erhalten hat. Im Falle einer erkennbaren Überschuldung der GmbH wären diese Kredite sehr wahrscheinlich nicht gewährt worden.

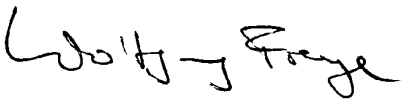
Der Regionalverband Ruhr (RVR) hat als alleiniger Gesellschafter der AGR vor mehreren Monaten die Kanzlei Taylor & Wessing mit einer Überprüfung der Vorgänge um den Kauf und Verkauf der Firma Brochier beauftragt. Bisher liegen meines Wissens keine Ergebnisse vor.

Mit dem Bekanntwerden der Patronatserklärung halte ich als Vorsitzender der Fraktion Die Linke.PDS im RVR und Mitglied des Vorstandes des RVR eigene Untersuchungen im Auftrage des RVR für nicht mehr ausreichend. Deshalb stellen wir diese Anzeige und bitten Sie, die Vorgänge zu überprüfen.

Dabei geht es auch um die strafrechtliche Relevanz des Verhaltens der AGR-Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat und der Mitglieder des Aufsichtsrates.

Wir bitten um Bestätigung des Eingangs unserer Anzeige.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Freye
Vorsitzender der Fraktion Die Linke.PDS im Regionalverband Ruhr (RVR)

LANDRAT ERMAHNT DIE AGR-KRITIKER 15. MAI 2007 | QUELLE: RECKLINGHÄUSER ZEITUNG

HERTEN. (BMH) Landrat Jochen Welt fürchtet, dass die aktuellen Strafanzeigen die Sanierung der Abfall-Entsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) gefährden. -

Inzwischen haben zwei Privatpersonen (Herten, Herne) sowie Die Linke/PDS die AGR angezeigt. Wie berichtet, stehen Untreue und Bilanzfälschung im Zusammenhang mit der Brochier-Bürgschaft als Vorwürfe im Raum.

Die Anzeige aus Herne richtet sich auch gegen NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben. Sie war früher RVR-Direktorin und AGR-Aufsichtsratsvorsitzende.

Landrat Jochen Welt (SPD), Mitglied im AGR-Aufsichtsrat, erhebt scharfe Vorwürfe gegen die Kritiker. Den Hertener Grünen und anderen Gruppen hält er vor, aus "politischer Profilneurose" und "ideologischen Gründen" eine Kampagne zu betreiben, die mit der Sache selbst nichts mehr zu tun habe. Welt: "Wenn neben den vorhandenen Schwierigkeiten von außen ein politisches Unwetter loszutreten versucht wird, ist

das verantwortungslos und schädlich für das Unternehmen und die Region." Die Städte bräuchten die AGR mit ihren Deponien und der Müllverbrennungsanlage. Ohne AGR müssten die Städte dies selbst finanzieren.

Welt meint, die schwierige Situation der AGR sei mit Fingerspitzengefühl zu bewältigen. Umgekehrt drohe der "schmale Grat der Sanierung" durch die Strafanzeigen unpassierbar zu werden.

EMAIL-GRÜNE(AUSTRALIEN) AN MALCOM TURTNBULL

Von: Belfield, Emma (Sen B. Brown) [mailto:Emma.Belfield(at)aph.gov.au]
Gesendet: Montag, 7. Mai 2007 09:46
An: J.Jürgens
Betreff: RE: Letter to IanCampbell

Dear Sir/Madam,

Please see attached the letter Senator Bob Brown has sent to the Federal Environment Minister today in relation to this matter. I will keep you advised of any developments in the Australian Greens' work on this issue.

Kind Regards
Emma Belfield
Bob Brown

Australian Greens Senator

Malcolm Turnbull
Minister for the Environment
Parliament House
CANBERRA ACT 2600
Monday, 7 May 2007

Dear Mr Turnbull,

I write with regard to the application by Orica Australia Pty Ltd to be permitted to export hexachlorobenzene (HCB) from its Botany facility to Germany for the purpose of disposal.

I understand for such permission to be given by you, exceptional circumstances are required by the Basle Convention to which Australia is a signatory.

Please advise as to what efforts have been made by you to identify a suitable site and means to dispose of this waste responsibly within Australia.

Specifically, how much time and investment would be required to enable the waste to be safely and viably disposed of domestically? Surely there must be feasible options for us to contend with our own hazardous waste, without recourse to the associated dangers of spills during transit and the poorer option of an incineration-based disposal method as requested in the application by Orica Pty Ltd?

Yours sincerely,

Bob Brown , Australian Greens Senator for Tasmania.

ANTWORT VON: J.JÜRGENS

Gesendet: Montag, 7. Mai 2007 14:18
An: 'Belfield, Emma (Sen B. Brown)'
Betreff: AW: Letter to IanCampbell

Dear Mrs. Belfield

Thank you for your message. We translated this letter into German and distributed it to all important addresses here in Germany. We will take up you also in our distributor. The politics (Minister Uhlenberg NRW) is knits against the import. The waste companies (also parts of politics) suggests us however, that the Deal is already perfect.
Best wishes and thanks again
Joachim Jürgens
jj(at)pro-herten.de

RISKANTE BÜRGSCHAFT RÄCHT SICH MILLIONENSCHWER, H.A.

Brochier-Pleite bringt die AGR an den Rand der Existenz

VON FRANK BERGMANNSHOFF

HERTEN. Hundert Millionen Euro an Steuergeldern hat die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) bereits im „Millionengrab Brochier" versenkt. Weitere 50 Millionen könnten jetzt hinzukommen - und die AGR an den Rand ihrer Existenz bringen.

Die AGR ist eine hundertprozentige Tochter des Regionalverbands Ruhr (RVR). Sie gehört also den Städten und Kreisen des Ruhrgebiets.

Der Kauf des Nürnberger Familienunternehmens Brochier vor acht Jahren sollte die AGR-Kasse klingeln lassen. Die Idee: Viele Kommunen müssen dringend ihre Kanalisation sanieren. Dabei könnte Brochier - international tätiger Spezialist für Rohrleitungsbau - viele Aufträge abstauben. Der Plan ging nicht auf. Immer mehr Geld war nötig, um Brochier vor der Insolvenz zu retten.

Anfang 2005 kauft der britische Adelige und Geschäftsmann Rhodri Philipps die Brochier-Gruppe für einen Euro. Die AGR-Führung ist so froh darüber, dass sie ihm gleich noch eine Bürgschaft über 50 Millionen Euro mitgibt.

Doch diese „Patronatserklärung" kommt wie ein Bumerang zurück. Rhodri Philipps saugt Brochier finanziell aus. Im August 2006 ist die Firma pleite. Jetzt will Insolvenzverwalter Joachim Exner (Nürnberg) die 50 Millionen Euro sehen. Geld, dass die AGR trotz Rücklagen vermutlich nicht hat. Würde Exner seine Forderung voll durchsetzen, könnte das das „Aus" für den finanziell angeschlagenen Konzern sein. Doch einiges spricht dafür, dass es dazu - vorerst - nicht kommt. „Dann würde auch der Insolvenzverwalter leer ausgehen", meint Hertens Bürgermeister Dr. Uli Paetzel. Die soeben erfolgte Vertragsverlängerung für AGR-Chef Dietrich Freudenberger bis Ende 2008 ist ebenfalls positiv zu deuten.

Aber zweifellos will Exher so viel herausholen wie möglich. „Seit einigen Wochen laufen Verhandlungen mit dem Insolvenzverwalter mit dem Ziel, dass die AGR möglichst gering belastet wird", sagt RVR-Pressesprecher Jens Hapke auf Anfrage Medienhaus Bauer. Im Klartext: Es wird die finanzielle Schmerzgrenze der AGR ausgelotet, über den Zwischenstand hat Dietrich Freudenberger am Donnerstag dem Vorstand der RVR-Verbandsversammlung berichtet. In dem Gremium sitzen die RVR-Spitze, die Oberbürgermeister und Landräte sowie die Fraktionsvorsitzenden. Nach unseren Informationen stehen Forderungen in

Höhe von 38 Millionen Euro als Vergleichsvorschlag im Raum. Hapke erwartet in Kürze eine Einigung. Die Zahl bestätigt er nicht.

In Herten, dem Sitz der AGR, verfolgt man die Entwicklung mit besonderem Interesse. Dort betreibt der Konzern (1260 Mitarbeiter) die RZR-Müllverbrennungsanlage, in der bekanntlich australischer Giftmüll entsorgt werden soll.

Aktuell wird die Anlage um zwei Öfen erweitert. An dem Projekt sind die Hertener Stadtwerke mit 15 Millionen Euro beteiligt. Im Gegenzug erhalten sie später günstigen Strom, der bei der Müllverbrennung als „Abfallprodukt" anfällt. Dieser Vertrag und das Geld seien bei einer Insolvenz der AGR nicht in Gefahr, betont Bürgermeister Dr. Ulrich Paetzel. Eine „dingliche Sicherung" im Grundbuch garantiere, dass jeder künftige Eigentümer des RZR den Strom komplett an die Stadtwerke liefern muss.

-------- Original-Nachricht --------
Datum: Sun, 13 May 2007 23:00:56 UT
Von: webmaster(at)pro-herten.de
An: urselhz(at)gmx.de

BETREFF: OFFENER BRIEF AN DEN LANDRAT J. WELT IN SACHEN AGR

Offener Brief an das
Aufsichtsratmitglied der AGR,
Mitglied der RVR-Verbandsversammlung und
Landrat Jochen Welt.

Sehr geehrter Herr Jochen Welt.

Auf Ihrer Startseite des Kreises-Recklinghausen, http://www.kreis-re.de/ nehmen Sie – im Stile der PR-Arbeit der AGR – überdeutlich Stellung zur drohenden Insolvenz der AGR

Wir zitieren: »Es geht um die Existenz der AGR. Landrat sieht Chance die Probleme zu bewältigen, warnt aber durch eine unverantwortliche Diskussion. „Die durch den Konkurs der Firma Hans Brochier ausgelöste schwierige Situation bei der AGR wird offensichtlich dazu missbraucht um das Unternehmen, die technische Anlage mit dem dahinter stehenden Know-how und mithin auch die ganze Belegschaft aus ideologischen Gründen in ein schiefes Bild zu rücken. Unter dem Deckmantel der Besorgnis für die Umwelt und aus der Motivation der politischen Profilneurose heraus betreiben einige Gruppen, u.a. auch Vertreter der Hertener Grünen eine Kampagne, die nichts mehr mit der Sache selbst zu tun hat.“ (…)«

Sehr geehrter Herr Landrat, sollte Ihr erster Abschnitt nicht lieber lauten:

»Durch die Unfähigkeit der Kontrollorgane, Verbandsversammlung und des Aufsichtsrates der AGR, in denen ich selbst vertreten bin, ist die AGR infolge krimineller Geschäftspraktiken der Firma Hans Brochier einerseits und im Zusammenhang mit dem Verkauf dieser AGR-Tochter durch die AGR, in eine selbstverschuldete finanziell schwierige Situation gekommen, die dadurch die technische Anlage RZR mit dem dahinter stehenden Know-how und mithin auch die ganze Belegschaft in ein schiefes Bild rückt?

Unter dem Deckmantel der Besorgnis für die Bürger und aus der Motivation der politischen Profilneurose heraus agieren wir politischen Parteien, insbesondere unsere Vertreter der SPD und CDU, um die wahren Zusammenhänge durch Ablenkung auf eine angebliche Kampagne besorgter Bürger und Umweltverbände zu verschleiern. Die haben selbst mit der Sache nichts mehr zu tun.

(…)«

Lieber Landrat, liebe involvierte Politiker, sie sollten sich lieber infolge ihres Versagens den Schaum der Wut vom Mund wischen. Tatsächlich haben Sie dank ihrer ineffektiven Kontrolle im Aufsichtsrat aus unserer Sicht eine Situation mit geschaffen, die uns nur noch die Möglichkeit zwischen Pest und Cholera bietet.

Wir haben derzeitig auch keinen Lösungsvorschlag zu Hand – würden jedoch den Verlust der AGR aus dem öffentlich rechtlichen Gefüge schmerzhaft zur Kenntnis nehmen – falls es dazu kommen sollte.

Die einzige Möglichkeit, um hier klar Schiff zu bekommen, sehen wir in der lückenlosen (auch juristischen) Aufklärung aller Fakten, Nennung der Verantwortlichen mit den daraus unabdingbaren Konsequenzen.

Mit freundlichem Gruß Baitinger, Claudia - BUND, Bömke, Reinhard - NUR, Jürgens, Joachim - Schwirske, Manfred M. - Pro-Herten

---

EMAIL VON: URSEL HEINZ [MAILTO:URSELHZ(AT)GMX.DE]

Gesendet: Mittwoch, 16. Mai 2007 16:35
An: webmaster(at)pro-herten.de
Betreff: Thema: Müll
Ursel Heinz, Tel. 02366/ 585082

Sehr geehrter Herr Jürgens,

Ich hatte ja, wie ich berichtet habe, zuerst den Sozialpfarrer von GE Pfarrer Heisig (0209/ 1798- 210) auf die Fährte "Müll" gesetzt: der will die umliegenden Gemeindepfarrer aktivieren. Da er mir sagte, der Kirchenkreis Herne habe sich aus der Zusammenarbeit mit GE und BO ausgeklinkt, habe ich den Superintendenten von Herne angeschrieben und gefragt, wer jetzt für Umweltfragen zuständig sei. Der hat meinen Brief prompt an den neugegründeten synodalen Ausschuss für Umwelt etc. weiter gegeben, und ein Herr Theisen, der Leiter dieses Ausschusses, (02362/ 403260, info(at)pc-theisen.de) meldete sich bei mir. Der Ausschuss wolle sich diesem Thema der Müllverbrennung widmen. Ich habe ihn auf die Seite www.pro-herten.de hingewiesen, und ihm den Tipp gegeben, sich an Sie zu wenden; seine e-mail-Adresse klingt so modern, dass ich denke: der wird nicht dieselben Probleme beim Lesen der Post haben wie ich. ich hoffe, dass ich da in Ihrem Sinn gehandelt habe. Melden Sie sich, wenn was Neues geschieht, etwa eine Aktion geplant ist? Ihre Ursel Heinz

---

POL-DO:GEFAHRGUTTRANSPORTER IM KREUZ CASTROP UMGEKIPPT

Vollsperrung der A 45 -Erstmeldung 18.05.2007 | 12:58 Uhr Dortmund (ots) -Lfd. Nr.: 0934

Ein Gefahrguttransporter ist heute, 18.05.2007, gegen 11.45 Uhr, im Autobahnkreuz Castrop -Ost (A 45 / A 42) umgekippt. Zurzeit ist die A 45 in beiden Richtungen voll gesperrt. Umleitungen sind eingerichtet. Die Feuerwehr ist vor Ort und hat einen Sicherheitsradius von 300 Meter rund um den Unfallort festgelegt.
Der Fahrer des Lkw ist leicht verletzt, andere Fahrzeuge sind an dem Unfall nicht beteiligt. Die Ladung des verunfallten Lkw besteht aus einen ätzenden festen Stoff (genaue Bezeichnung wird nachgereicht). Nach Angaben der Feuerwehr besteht keine Gefahr für die Bevölkerung.
Die Bergungsarbeiten werden noch einige Stunden andauern. Die Feuerwehr ist mit einem Gefahrgutsonderzug vor Ort.
Redaktioneller Hinweis: Für Fotografen und Reporter besteht bis zur Freigabe durch die Feuerwehr kein Zutritt zum Unfallort! Fotos Originaltext: Polizei Dortmund Digitale Pressemappe: http://www.polizeipresse.de/p_story.htx?firmaid=4971
Rückfragen bitte an: Polizei Dortmund Pressestelle Peter Schulz Telefon: 0231-132 1024 Fax: 0231-132 1027

GEFAHRGUTTRANSPORTER UMGEKIPPT / GIFTIGES GEMISCH VERLOREN QUELLE: HTTP://MZ-ONLINE.DE

Die Feuerwehr war schnell zur Stelle und sperrte den Unfallbereich um den Gefahrguttransporter weiträumig ab.
Foto: newspic, Frank Bock

Castrop-Rauxel (wl) -Auf den Autobahnen rund um Castrop-Rauxel ging Freitagmittag nichts mehr. Um 11.46 Uhr war ein LKW mit ätzender Ladung im Kreuz Castrop-Rauxel Ost umgekippt. Die A 45 musste bis zur A 2 stundenlang komplett gesperrt werden.

Auch die A 42 in Richtung Dortmund wurde abgeriegelt und der Verkehr ab der Ausfahrt Castrop-Rauxel durch das Stadtgebiet umgeleitet. Die komplizierten Bergungsarbeiten dauerten bis spät in den Abend. Der Fahrer des LKW, der ein für die Atemwege gefährliches Salzgemisch mit Furanen und Dioxinen an Bord hatte, verletzte sich bei dem Unfall leicht. Aus Richtung Duisburg kommend war er in Richtung Frankfurt unterwegs. In der Kurve unmittelbar vor der Auffahrt auf die A 45 stürzte er mit seinem voll beladenen Gefahrguttransporter um. Ob eine überhöhte Geschwindigkeit, falsches Beladen, ein geplatzter Reifen oder anderes ursächlich für den Unfall war, ließ die Polizei am Freitag offen. Außer dem Fahrer kam nach Auskunft der Polizei jedenfalls niemand bei dem Unfall zu Schaden. Für die Bevölkerung in Dingen und Menschen bestand nach Angaben der Feuerwehr keine Gefahr. "Die 200 bis 500 Kilogramm, die sich durch den Abriss der Befüll-Leitungen auf die Straße ergossen haben, waren schnell abgedeckt", teilte Feuerwehr-Sprecher Michael Meissner mit. Das trockene, sonnige und windstille Wetter sei den Einsatzkräften entgegen gekommen.

Eben weil es sich bei dem Gefahrgut des LKW um hochgiftige Substanzen handelte, wurde für die Bergungsarbeiten rund um den Unfallort sehr schnell ein Sicherheitsradius von rund 300 Metern eingerichtet. In grüne Chemieschutzanzüge gekleidete Experten des Gefahrgutsonderzuges der Kreisfeuerwehr waren in dem Autobahnkreuz den ganzen Tag über beschäftigt. Bis zum späten Nachmittag war nicht klar, ob der Unfall-LKW von zwei 100-Tonnen-Kranen würde aufgerichtet werden können, ohne dass die Silo-Hülle reißen würde.

Für das Sichern der ausgetretenen Ladung und das eventuelle Umpumpen der circa 25.000 Kilo in ein anderes Silo wurde jedenfalls ein Spezialunternehmen angefordert. Wie Feuerwehr-Sprecher Meissner erklärte, wird das geladene Salzgemisch, dem die hochgiftigen Dioxine und Furane anhaften, als Filter in Rauchgasentschwefelungsanlagen eingesetzt.

Die Feuerwehren aus Castrop-Rauxel und Waltrop waren mit 70 Kräften vor Ort. Für Verstärkung sorgten auch die Dortmunder Feuerwehr und die Werksfeuerwehr Hüls Infracor.

Freitag, 18. Mai 2007 | Peter Wulle

WAS NICHT SEIN KANN IST TROTZDEM REALITÄT- DIOXIN-UNFALL (WAZ, 22.MAI)

WAZ WCR_1 NR.117 waz.de/castrop-rauxel Dienstag, 22. Mai 2007

CASTROP-RAUXEL

Projekt für kühle Rechner

Wie die Stadt Bürger animieren möchte, CO2-Emissionen zu reduzieren SEITE 2

Alexander Leder als Solist im Klassenzimmer

WLT erzählt die Odyssee vor Grundschul-Kindern SEITE 3

WETTER LOKAL

Vormittag 15° Nachmittag 23°

Hoffen wir, dass die Wetterfrösche nicht wieder auf der falschen Vorhersage-Leiter stehen. Es soll regnen.

Babyleiche: Testreihe vor dem Abschluss

Speichelproben werden beim LKA ausgewertet

Von Jürgen Stahl

Die Reihenuntersuchung steht vor dem Abschluss. Ob es beim Babymord von Bladenhorst eine Spur gibt, vermag die Polizei aber noch nicht zu sagen.

„Die Chance ist klein. Doch wir wollen sie nicht ungenutzt lassen": 16 Monate nach dem grausigen Fund der Säuglingsleiche an der Holthauser Straße hatte ein Isotopen-Gutachten den Ermittlern im April neue Erkenntnisse geliefert. Nach der Analyse von Gewebespuren des Babys glauben die Wissenschaftler, dass die Mutter des ermordeten Mädchens bis August/September 2005 in Castrop-Rauxel oder Herne gelebt hat, bevor sie ins Rheinland umgezogen ist.

Ein Abgleich bei den Einwohnermeldeämtern ergab: Rund 300 Mädchen und Frauen zwischen 15 und 30 Jahren haben diesen Ortswechsel in der fraglichen Zeit vollzogen. Alle werden seit drei Wochen

300 Frauen fallen ins Raster der Polizei

an ihren Wohnorten um Speichelproben gebeten. Dafür wird ein Wattestäbchen im Mund benässt.

„Die Bereitschaft, sich dem nur wenige Minuten dauernden Test zu unterziehen, ist unverändert groß", berichtet Polizeisprecher Andreas Weber. Zwar seien manche Frauen überrascht und irritiert. „Wenn sie den schrecklichen Hintergrund erfahren, sind sie aber meist gerne bereit, zur Aufklärung beizutragen."

Inzwischen haben fast alle 300 Ex-Castrop-Rauxelerinnen bzw. -Hernerinnen den Speicheltest hinter sich gebracht. „Um das Verfahren zu vereinfachen, werden sämtliche Proben zunächst gesammelt und anschließend komplett zur Auswertung ins Landeskriminalamt nach Düsseldorf gebracht", schildert Andreas Weber. Ergebnisse liegen daher noch nicht vor. Auch sei derzeit nicht bekannt, ob sich Frauen geweigert haben, die Speichelprobe abzugeben. Weber: „Das lässt sich erst feststellen, wenn die Reihenuntersuchungen beendet und die Rückmeldungen aller Polizeidienststellen erfolgt sind."

„Entenfütterer" ist Mittwoch vor Gericht

Weil Peter Ambos im Stadtparkim Juni 2004 Enten gefüttert haben soll, bekam er ein Knöllchen von Gewässerwart August Wundrock: 10 €. Die zahlte er nicht, weil er sich zu Unrecht verunglimpft sah, dann konnte das Geld nicht eingetrieben werden, weil er in Urlaub war. Jetzt droht Erzwingungshaft. Morgen, 11 Uhr, ist im hiesigen Amtsgericht, Saal II, Verhandlung.

Bedrohliche Schieflage

Zu dem Unfall des Gefahrguttransporters im Autobahnkreuz Castrop-Rauxel Ost, der den Verkehr am Freitag für mehr als 12 Stunden lahm legte, gab es am Montag vor allem Eines: widersprüchliche Aussagen

Von Angelika Wölke

„Wo der Gefahrguttransporter herkommt und wo er hin wollte, dazu machen wir keine Angaben", sagt Peter Schulz von der Dortmunder Polizei. Natürlich ermittele die Polizei wegen des Unfalls, der am Freitag zu einer Sperrung des Autobahnkreuzes Castrop-Rauxel Ost sowie der angrenzenden A 42 und A 45 für mehr als 12 Stunden geführt hatte.

Wie berichtet, war ein Gefahrguttransporter der thüringischen Spedition Lins im Kreuz aus bisher noch ungeklärter Ursache umgekippt. Wie der Geschäftsführer der Spedition, Egbert Lins, erklärte, sei der Fahrer mit 40 Stundenkilometern gefahren. Das lasse sich am Fahrtenschreiber nachweisen. Der Fahrer sei auch nicht zu lange unterwegs gewesen. Einen technischen Defekt an dem Lkw schließt Lins aus. Der Geschäftsführer vermutet eher, dass eine Ölspur den Lkw ins Schleudern brachte. Doch Lins ist nicht unumstritten. „Ich hab mal einen von denen gesprochen. Der hat kein gutes Haar an der Firma gelassen. Ich seh die öfters. So einen richtig tollen Eindruck machen die nicht unbedingt", schreibt z.B. „toby" im Firmen-Chat der Truckerfreunde.

> „So einen richtig tollen Eindruck machen die nicht"

Bei dem Unfall waren zwischen 200 und 500 Kilogramm der insgesamt 24 geladenen Tonnen ausgetreten. Bei dem Stoff handelt es sich um Rückstände aus Filtern der Müllverbrennungsanlage (MVA) Oberhausen. „Es ist ein Kalk-Kohle-Gemisch, das in dem letzten Filter eingebaut ist", erklärte der Geschäftsführer der MVA Bernhard Schusky. Der Stoff, so Schusky, sei leicht mit Dioxinen und Furanen angereichert. Der Transport sollte ins ostdeutsche Teutschental bei Halle führen. Dort sollte der Stoff, so Schusky, unter Tage endgelagert werden. Laut Schusky sei der Transport genehmigungspflichtig.

Dem widerspricht das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau. „Eine Genehmigung des Transportes ist nicht erforderlich bei der Klassifizierung", so Pressesprecher Martin Ittershagen.

Gekennzeichnet war der Transporter mit der „2811". Dabei handelt es sich laut UBA um einen giftigen organischen Stoff. Wobei das Feld

Umgekippt: Wie hoch die Dioxinbelastung des Abfalls war, will das Landesamt heute erfahren. Foto: HG/ Thomas Gödde

breit ist. Die Gefahrengruppe beinhaltet leicht mit Furanen kontaminierte Stoffe genauso wie die hochgiftigen Seveso-Dioxine. Laut Auskunft von Dr. Barbette Winter, Pressesprecherin im Landesamt für Umwelt, Natur und Verbraucherschutz in Recklinghausen, darf die Belastung durch Dioxine und Furane nicht höher als sieben Mikrogramm pro Kilogramm sein. Ansonsten dürfe das Material nicht mehr per Lkw transportiert werden. Den Dioxingehalt überprüfe das Landesamt zurzeit. Man habe am Freitag Proben entnommen, mit Ergebnissen sei heute zu rechnen.

Die Castrop-Rauxeler Feuerwehr hingegen, wollte die Ergebnisse schon Freitag kennen. „Das Landesumweltamt hat eine Probe getestet und erklärt, der Stoff sei relativ ungefährlich, die Belastung an Dioxinen und Furanen sehr gering", erklärte Feuerwehr-Mann Hering auf WAZ-Anfrage. Hering wollte sich auch nur in soweit zu dem Oberhausener Müll äußern: „Der kommt aus dem Raum Wuppertal."

→ online Diskussion; Wieviel Information ist nötig? Machen Widersprüche wütend? www.waz.de/castrop-rauxel

KOMMENTAR

Unverständlich

Eine umfassende und vor allem offene Information der Bürger ist nötig. Die Widersprüche, die sich nach dem Unfall des Gefahrguttransporters wieder einmal auftun, sind für viele Menschen nicht nachvollziehbar und unerträglich. Die Menschen in der Nachbarschaft sind es nämlich, die eventuellen Gefahren ausgesetzt sind. Sie haben ein Recht auf lückenlose Aufklärung.

Gerade vor dem Hintergrund, dass demnächst hochgiftiger Müll aus Australien nach Herten gebracht werden soll, macht eine solche Politik mehr als wütend. aw

AUF DEM SPRUNG

Schmuse-Schaf

Eltern wissen: Für Kinder gibt's nichts Wichtigeres als ihr Lieblings-Kuscheltier. Womit die Vermutung nahe liegt, dass der Seelenfrieden in einer Familie derzeit nachhaltig gestört ist. Anlass: ein abhanden gekommenes Schaf. Anne Becker-Wischnewski entdeckte den beigen Knuddelkopf mit blauem Bauch vor gut einer Woche an der Oberen Münsterstraße (Nähe China-Restaurant). Ein Kind hatte das Schaf offenbar unbemerkt mit so großem Schwung ins Gebüsch geschleudert, dass es der Hilfe einer Straßenreinigungs-Mitarbeiterin bedurfte. Sie befreite das Schmusetier aus dem Gestrüpp. Frisch gewaschen („Es hat gemüffelt wie ein Iltis"), wartet es seither bei Anne Becker-Wischnewski auf seinen Besitzer. Wer das Schäfchen vermisst, kann sich unter ☎ 2 77 81 melden. js

Fotos vom Stadtfest

Fotoimpressionen rund um „Kind und Garten" fing unser Fotograf Thomas Gödde ein. Die Bilder – dazu Schnappschüsse unserer Leser – können Sie im Internet sehen.

→ online Fotostrecke; www.waz.de/castrop-rauxel

AUSTRALIENS REGIERUNG GENEHMIGT VORLÄUFIG DEN HCB-EXPORT, 25. MAI 2007

MEDIA RELEASE

The Hon Malcolm Turnbull MP

Minister for the Environment and Water Resources

T73 25 May 2007

UPDATE ON APPLICATION TO EXPORT HCBs TO GERMANY

Minister for the Environment and Water Resources Malcolm Turnbull said today that Australia does not have the capacity to dispose of the stockpile of hexachlorobenzene (HCB) waste currently stored at Botany Bay in Sydney.

The Minister's comments follow an extensive analysis of Australia's waste disposal capabilities by the Department of the Environment and Water Resources.

"The assessment that my Department has undertaken is part of the rigorous process over the past few months to assess applications by Orica Australia Pty Ltd to export the HCB waste to German facilities which are capable of disposing of the waste," Mr Turnbull said.

"In this assessment my Department concludes that no facility with the capacity to dispose of the waste currently exists in Australia. It is also unlikely that this capacity will be developed in coming years, if at all.

"The Department also considered that the shipping arrangements proposed by Orica met relevant international standards and were appropriate.

"I have carefully considered the advice from my Department and agree with its conclusions.

"The German authorities have asked the Australian Government to confirm whether Australia has the capacity to deal with the HCB waste in an environmentally sustainable way, and whether the proposed transport arrangements to Germany for final disposal are satisfactory.

"My Department will now convey these conclusions to the German authorities so that they can complete their considerations of the Orica applications.

"By law I cannot make a decision on whether or not to issue an export permit for the HCB waste until I have received written consent from the German authorities that they will accept the waste.

"Once I have received that advice, I will make my decision on whether or not to issue an export permit."

Media Contact: Brad Burke: 0400 337 252

EMAIL- SCHLECHTE NACHRICHT AUS AUSTRALIEN VON MARIANN, 26.5.07

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Samstag, 26. Mai 2007 01:36
An: Jürgens Joachim; Phillipp Mimkes; Ingo Gödeke; Klaus Müller; Bobby; Rico
Cc: Nic Clyde; Jane Castle; Lee & Jane Jane; Bro; Jo Immig; Bjorn Beeler; Jack Weinberg
Betreff: HCB Export

Dear All,

Bad news, Federal Environment Minister Malcolm Turnbull has given approval for the export of 22,000 tonnes of highly toxic HCB waste from Orica's Botany site.

While there is still a chance that the German government might refuse entry, the Australian government go ahead takes us one step closer to the waste export.

It is a dark day for Australia's global environmental reputation and is tantamount to an admission that we have no capacity to treat our own waste. We believe Turnbull has caved in to pressure from the owner of the waste, Orica Pty Ltd, to allow the waste export to go ahead.

I will forward you any more information we get. The press release was only released late last night.

Regards Mariann

_____

Dr Mariann Lloyd-Smith PhD (Law)
Senior Advisor, National Toxics Network Inc.
CoChair, International POPs Elimination Network
12 Craig St, East Ballina
NSW Australia 2478
(612) 66815340 / 0413 621557
biomap(at)oztoxics.org
www.oztoxics.org

AUSTRALISCHER UMWELTMINISTER GENEHMIGT GIFTMÜLL-EXPORT, H.A. V. 26.5.07

Herten - Dem Export von 22 000 Tonnen HCB-Giftmüll von Australien nach Deutschland und der Verbrennung von 5 000 Tonnen in der Hertener RZR-Müllverbrennungsanlage steht offenbar nichts mehr im Weg.

Wie die australische Umweltorganisation „National Toxics Network" (NTN) berichtet, hat der australische Umweltminister Malcolm Turnbull den Export genehmigt.

Dies gilt zwar als maßgebliche Weichenstellung dafür, dass der mit Hexachlorbenzol (HCB) verseuchte Abfall auch wirklich nach Deutschland verschifft wird. Die endgültige Genehmigung ist damit aber noch nicht erteilt. Zunächst ist es nun Aufgabe der Bezirksregierung Münster und anderer Behörden, die Unterlagen aus Australien zu prüfen. Geht aus diesen hervor, dass Australien den Giftmüll nicht selbst entsorgen kann, haben die deutschen Behörden jedoch kaum eine andere Wahl als die Einfuhr nach Deutschland zu erlauben.

„Es ist ein schwarzer Tag für den umweltpolitischen Ruf Australiens", kommentiert NTN-Sprecherin Mariann Lloyd-Smith die Giftmüll-Genehmigung in einer der Hertener Allgemeinen vorliegenden E-Mail. In der Nacht zum Samstag (deutsche Zeit) hatte sie den Hertener Initiativen-Verbund „Pro-Herten" über die Entwicklung informiert. Mariann Lloyd-Smith ist der Meinung, dass die Entscheidung von Umweltminister Turnbull einem Eingeständnis gleichkommt, dass Australien keine Möglichkeiten habe, seinen eigenen Müll

zu entsorgen. Lloyd-Smith: „Wir glauben, dass Turnbull unter dem Druck des Müll-Eigentümers, der Firma Orica, eingeknickt ist und den Müll-Export daher genehmigt hat."

Hexachlorbenzol (HCB) gehört zum so genannten „dreckigen Dutzend". Dahinter verbergen sich die zwölf gefährlichsten Chemikalien, die 2001 in der Stockholmer Konvention verboten worden sind. 122 Staaten haben die Konvention unterzeichnet.

Die 22 000 Tonnen HCB-Giftmüll, die die Firma Orica seit Jahren in dem Australien Küstenort Botany Bay lagert, sollen mit Zwischenstation in Südafrika nach Brunsbüttel verschifft werden. Von dort aus wird der Sondermüll per Bahn und Lkw zu Verbrennungsanlagen in Brunsbüttel, Herten, Dormagen und Leverkusen transportiert. Das Giftmüll-Geschäft sorgt in allen betroffenen Städten für hitzige Diskussionen und beschäftigte wiederholt den Landtag. Nahezu alle Städte des Kreises Recklinghausen haben sich mit Resolutionen gegen den Export ausgesprochen. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg hat den Kritikern seine Unterstützung zugesagt. Nun sind er und die Fachleute der Bezirksregierungen am Zug.

In der Hertener RZR-Müllverbrennungsanlage sollen 5000 Tonnen Giftmüll aus Australien entsorgt werden. Foto: Pyplatz

---

tagesschau.de

26.05.2007 [tagesschau.de Ausland Giftmüll]

Regierung in Canberra fasst Beschluss

AUSLAND REGIERUNG IN CANBERRA FASST BESCHLUSS TAGESSCHAU 26.05.2007

Australien will Giftmüll in Deutschland entsorgen Die australische Regierung hat gebilligt, dass 22.000 Tonnen Giftmüll per Schiff von Australien nach Deutschland gebracht werden. Umweltminister Malcolm Turnbull sagte in der Hauptstadt Canberra, eine Analyse habe ergeben, dass Australien den Müll nicht selber entsorgen könne. Kann Australien tatsächlich nachweisen, dass der stark krankheitserregende Stoff Hexachlorbenzol vor Ort nicht entsorgt werden kann, muss Deutschland den Import erlauben. Dies regeln EU-Vorgaben.

Nach Angaben des Bundesumweltministeriums in Berlin existieren zwischen dem Unternehmen Orica und mehreren deutschen Firmen Verträge über die Entsorgung der Abfälle an vier Standorten, darunter Brunsbüttel in Schleswig-Holstein. Das Material lagert derzeit in Giftfässern im Hafen von Sydney.

Umweltschützer protestieren Umweltschützer in Deutschland protestieren bereits seit langem gegen die hochgiftige Ladung der Chemiefirma Orica. Im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung sagte der Giftmüllexperte Andreas Bernstorff, er bezweifle, dass Australien den Müll nicht selber entsorgen könne. "Die Beseitigung würde lediglich länger dauern als in Deutschland und somit eine Zwischenlagerung für einige Jahre notwendig machen." Da es sich allerdings um Altlasten handele könne es auf diese Verzögerung nicht ankommen. Der Abfall ist bereits 20 Jahre alt. Der Import von Giftmüll nach Deutschland wächst seit Jahren kontinuierlich. Wegen der relativ

strengen Umweltauflagen hierzulande sind die Sondermüll-Verbrennungsanlagen besonders gut. Diese rentieren sich allerdings nur bei hoher Auslastung. Nach "Spiegel"-Angaben hätten die deutschen Betreiber ohne die Müll-Importe Überkapazitäten von bis zu 20 Prozent zu beklagen.

Die Sonderabfallverbrennungsanlage RZR in Herten, in der ein Teil des Giftmülls aus Australien entsorgt werden soll.

26.05.07, 12:58

Die australische Regierung hat die umstrittene Verschiffung von 60 000 Fässern Giftmüll aus Australien nach Deutschland gebilligt. Entsorgung

AUSTRALIEN WILL GIFTMÜLL IN DEUTSCHLAND LOSWERDEN, FOCUS-ONLINE

Umweltminister Malcolm Turnbull sagte in der Hauptstadt Canberra, eine Analyse habe ergeben, dass Australien keine entsprechenden Entsorgungsmöglichkeiten hat. Von daher komme nur die Ausfuhr des Giftmülls in Frage. Die deutschen Behörden müssten noch zustimmen, erst dann könne eine Exportlizenz erteilt werden. Im April hatte die oppositionelle Labour-Partei ihren Widerstand gegen das Projekt aufgegeben. Auch Umweltschützer in Deutschland haben gegen die hochgiftige Ladung der Chemiefirma Orica protestiert. Sie warnen vor Risiken bei der Verbrennung. Brunsbüttel als Zielort?

Nach Angaben des Bundesumweltministeriums in Berlin existieren zwischen einem australischen Unternehmen und mehreren deutschen Firmen Verträge über die Entsorgung von 22 000 Tonnen Hexachlor-Benzol-haltigen Abfällen an vier Standorten, darunter Brunsbüttel in Schleswig-Holstein. Das Material lagert derzeit in Giftfässern im Hafen von Sydney. Es fiel bei der Herstellung von Lösemitteln als Abfallprodukt an. Das Tauziehen um die Entsorgung zieht sich seit 20 Jahren hin.

EMAILINTERVIEW, ANGELIKA WÖLKE(WAZ) DR. MARIANN LLOYD-SMITH PHD(LAW)

-----Ursprüngliche Mitteilung-----
Von: Mariann Lloyd-Smith
An: caputtnik(at)aol.com
Verschickt: Mo., 28. Mai. 2007, 6:42
Thema: Re: Questions from WAZ

Dear Angelica,
Thankyou for your inquiry. You will find my responses in capitals below.
Please contact me for any clarification.
Regards Mariann

_____

Dr Mariann Lloyd-Smith PhD(Law)
Senior Advisor, National Toxics Network Inc.
CoChair, International POPs Elimination Network
12 Craig St, East Ballina
NSW Australia 2478
(612) 66815340 / 0413 621557
Dear Dr Mariann Lloyd-Smith:

Let me just introduce myself: I am reporter with one of the daily newspapers, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, that cover also the Herten region.

I finally received your Mail thru Joachim Juergens who is with "Pro Herten".

I would like to ask a few questions and if you have the chance to answer quote you in my newspaper report that is scheduled for Tuesday May 29.

The Federal Environment Minister Malcolm Turnbull has issued a press release on May 25

http://www.environment.gov.au/minister/env/2007/index.html

dealing with the toxic HCB waste. In that press release Mr Turnbull says "that no facility with the capacity to dispose of the waste currently exists in Australia. It is also unlikely that this capacity will be developed in coming years, if at all".

Do you, does The National Toxics Network (NTN), agree to Mr Turnbull's statement? Or do you see facilities that can dispose Oricas HCB waste?

THE NTN DOES NOT AGREE WITH THIS STATEMENT AS AUSTRALIA DOES HAVE A DESTRUCTION FACILITY THAT COULD DESTROY THIS WASTE. THE FACILTY'S OWNERS HAVE APPROACHED ORICA STATING THEY ARE WILLING TO AND WHILE THE FACILITY WOULD NEED SOME EXPANSION IN ITS CAPACITY, THE OWNERS ARE WILLING TO DO SO IF THEY GOT THE CONTRACT TO DESTROY THE WASTE. THEY BELIEVE THEY COULD BEGIN TO TREAT SOME OF THE WASTE IMMEDIATELY.

THE COMPANY NAME IS 'DOLOMATRIX' AND JOHN DOUMBOS IS THE MANAGER WHO CAN BE CONTACTED +61418283500

In his press release the Federal Environment Minister states: "The Department also considered that the shipping arrangements proposed by Orica met relevant international standards and were appropriate."

Do you, does NTN, agree to that? If not, why?

WE DO NOT AGREE WITH THE MINISTER AND DO NOT BELIEVE SHIPPING THIS AMOUNT OF HIGHL TOXIC WASTE ACROSS THE GLOBE IS EITHER APPROPRIATE OR ENVIRONMENTALLY ACCEPTABLE. THERE HAVE BEEN MANY SHIPPING ACCIDENTS WHICH HAVE RESULTED IN SIGNIFICANT POLLUTION. SHIPPING WILL ALSO REQUIRE LOADING AND UNLOADING AS WELL AS TRANSPORT BY ROAD WITHIN GERMANY. THE RISKS ARE SIMPLY TOO GREAT.

Is the HCB waste at Orica a single toxic waste problem, or are there others?

IF AUSTRALIA DOES NOT HAVE WASTE DESTRUCTION CAPACITY IT WILL NOT BE ABLE TO TREAT OTHER POPS WASTE (ONCE THESE NEW POPS ARE LISTED UNDER THE STOCKHOLM CONVENTION ON PERSISTENT ORGANIC POLLUTANTS (POPS)). THESE WOULD INCLUDE SOME BROMINATED FLAME RETARDANTS AND PERFLUOROCHEMICALS.

In Germany there is a fear that the Orica waste is just the first step of shipping toxic waste from Australia to Germany. What do you mean?

Since how long has the Orica waste been stored in Botany Bay?

THE WASTE HAS BEEN STORED SINCE THE 1970S IN THE STOCKPILE WHICH CONTINUED TO GROW UNTIL THE SOLVENT FACTORY THAT PRODUCED IT WAS CLOSED DOWN IN THE EARLY

1990S DUE TO PRESSURE BY ENVIRONMENTALISTS. THERE IS ALSO A LARGE AMOUNT OF CONTAMINATED SOIL AND MISCELLANEOUS WASTE, WHICH IS INCLUDED IN THE 22,000 TONNES.

Why do you believe that Turnbull has caved into pressure from the owner of the waste, Orica, to allow the waste export to go ahead? Do have any evidence that you can hand over for the report?

THERE ARE A NUMBER OF REASONS INCLUDING THE GOVERNMENT'S VIEW THAT HAZARDOUS WASTE MANAGEMENT IS A MATTER FOR 'MARKET FORCES'. THERE IS ALSO A FEDERAL ELECTION DUE LATER IN THE YEAR AND MOST IMPORTANTLY, THE ORICA COMPANY IS VERY POWERFUL IN AUSTRALIA.

So far. If you can answer these questions as soon as possible, I would be very grateful.

Looking forward to your answers and thank you in advance.

Cheers Angelika Woelke, Westdeutsche Allgemeine Zeitung
E-Mail (office): a.woelke(at)waz.de

EMAIL V. MARIANN 30.5.07

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Mittwoch, 30. Mai 2007 00:26
An: Jürgens Joachim
Betreff: Fwd: HCB Export Approved

Dear Joachim,

Some language from EU waste shipment regulation regarding imports for disposal from Basel Parties (1(b):

3. The countries referred to in paragraph 1 (b) shall be required to present a duly motivated request beforehand to the competent authority of the Member State of destination on the basis that they do no have and cannot reasonable acquire the technical capacity and the necessary facilities in order to dispose of the waste in an environmentally sound manner.

4. The competent authority of destination shall prohibit the bringing of waste into its area of jurisdiction if it has reason to believe that the waste will not be managed in an environmentally sound manner in its area.

Regards Mariann

Dr Mariann Lloyd-Smith

Senior Advisor, National Toxics Network Inc.

CoChair, International POPs Elimination Network

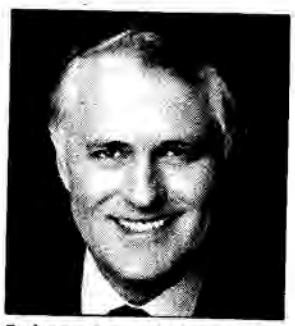
GIFTMÜLL-GEGNER HOFFEN WEITER H.A. 31.5.07

Giftmüll ist Männersache

Wie die „Entscheider" zum Australien-Geschäft stehen

VON FRANK BERGMANNSHOFF

HERTEN. Die nächsten 60 Tage werden spannend. Das ist die Frist, in der die Bezirksregierung Münster über den Antrag des australischen Chemie-Konzerns Orica entscheiden muss, im RZR Herten Giftmüll zu verbrennen. Der große Schlagabtausch zwischen Kritikern und Befürwortern steht bevor.



Er hat schon „Ja" gesagt: Australiens Umweltminister Malcolm Turnbull.

Er sagt zumindest nach außen „Nein": NRW-Umweltminister Uhlenberg.

Er sagt „Ja", sein Wort hat Gewicht: Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Um eines noch mal klarzustellen: Es geht nicht um reines Hexachlorbenzol (HCB), sondern um Materialien wie Holz und Beton, die damit verseucht sind. 60 000 Fässer davon warten im Hafen von Botany Bay – nur einen Steinwurf von einer Kellogg's-Cornflakes-Fabrik entfernt – auf ihre Verschiffung nach Deutschland. Es kann quasi jederzeit losgehen. Denn eigentlich sollte das erste von insgesamt vier Schiffen schon in diesem Monat in See stechen und über Südafrika Kurs auf Deutschland nehmen.

Ob es dazu kommt, ist vor allem Männersache. Die australischen Sozialdemokraten (Labor-Partei) haben ihren Widerstand im April aufgegeben. Kein Wunder: Deren umweltpolitischer Sprecher, der frühere „Midnight-Oil"-Sänger Peter Garrett (54), hat seinen Wahlkreis in Botany Bay.

Die Opposition hat's vorgemacht. Der liberale Umweltminister Malcolm Turnbull (52) zog nun nach, billigte den Transport über 16 000 Seemeilen.

Jetzt sind drei Herren in NRW am Zug: Die zuständigen Dezernenten bei der Bezirksregierung Münster, Jost Brintrup und Wolfgang Feldmann, haben stets beteuert, allein nach Recht und Gesetz zu entscheiden. Das wird bei NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (59, CDU) nicht anders sein. Als Politiker bekommt er allerdings Druck von allen Seiten: von der Partei-Basis und den Stadträten in den vom Giftmüll-Geschäft betroffenen Kommunen, von der politischen Opposition, von Umweltschützern sowieso. Zumindest nach außen hin gibt er ihnen Rückendeckung. Doch was Uhlenberg bewirken kann, ist nicht endgültig geklärt.

„Gespannt, wie es weiter geht"

Am Ende könnte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (47, SPD) das letzte Wort haben. Er steht dem Müll-Geschäft offen gegenüber. Motto: Lieber in Deutschland sicher verbrennen als an der Elfenbeinküste abkippen. Ob der Hertener SPD-Chef Carsten Löcker (46) ihn umstimmen konnte, wird sich zeigen.

Bürgermeister Dr. Uli Paetzel (35, SPD) bleibt nur die Beobachter-Position. „Ich bedauere es, dass ein hoch industrialisiertes Land wie Australien amtlich zugibt, seinen Müll nicht selbst entsorgen zu können", sagt er auf Anfrage der **HERTENER ALLGEMEINEN.** Im Februar habe die Stadt die Landes- und Bundesregierung sowie die Europäische Union um Hilfe gebeten. Die Reaktionen seien „zurückhaltend" gewesen. Dr. Paetzel: „Ich bin gespannt, wie es weiter geht."

Giftmüll-Gegner hoffen weiter

Australien billigt Export / Gutachter soll Verbot prüfen

VON FRANK BERGMANNSHOFF

HERTEN. Die australische Regierung hat den Export von 22 000 Tonnen Giftmüll nach Deutschland gebilligt. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg lässt jetzt prüfen, ob er den Transport trotzdem verbieten kann. Die Kritiker hoffen weiter.

Seit 20 Jahren sucht der Chemiekonzern Orica einen Weg, seine mit Hexachlorbenzol verseuchten Abfälle loszuwerden. 60 000 Fässer lagern im Hafen von Sydney. Sie sollen per Schiff, Bahn und Lkw nach Deutschland gebracht und verbrannt werden: 5 000 Tonnen im Hertener RZR, der Rest in Brunsbüttel, Dormagen und Leverkusen.

Bürgerinitiativen laufen Sturm, viele Stadträte in der Region haben das Vorhaben abgelehnt. Die deutschen Behörden können es nur verbieten, wenn Australien keine eigene Möglichkeit zur Entsorgung hat. Genau das bestätigt nun der australische Umweltminister Malcolm Turnbull (Liberale). In seiner dem **MEDIENHAUS BAUER** vorliegenden Mitteilung heißt es: „Mein Ministerium kommt zu dem Schluss, dass in Australien zurzeit keine Anlage mit der nötigen Kapazität existiert. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Kapazität in den nächsten Jahren entwickelt wird." Turnbull betont, dass er den Export gebilligt, aber noch nicht genehmigt hat. Zuvor müssten die deutschen Behörden den Müll offiziell annehmen.

Hier setzt Umweltminister Uhlenberg (CDU) an. Er bestätigt, dass Orica bei der Bezirksregierung Münster die HCB-Verbrennung in Herten beantragt hat. Nach erster Prüfung seien die Argumente dafür „dürftig". Ein Rechtsgutachten soll klären, ob die Landesregierung den Transport untersagen kann. Dabei will sich Uhlenberg mit seinem schleswig-holsteinischen Kollegen Dr. Christian von Boetticher (CDU) abstimmen, der für Brunsbüttel zuständig ist. Die Grünen im Düsseldorfer Landtag sprachen von einer Einladung an andere Staaten, ihren Giftmüll in Deutschland zu entsorgen, sollte der jetzige Transport zustande kommen. Australische Umweltschützer sahen einen „schwarzen Tag für den umweltpolitischen Ruf" ihres Landes. Minister Turnbull sei – wie zuvor die Labor-Partei – unter dem Druck von Orica eingeknickt.

—siehe Kommentar, S. 2

☑ Daten & Fakten: Hexachlorbenzol

Hexachlorbenzol (HCB) ist ein Abfallprodukt bei der Lösungsmittel-Herstellung.

- Es gehört zu den zwölf gefährlichsten Chemikalien („Dreckiges Dutzend").
- Die Herstellung und Verwendung ist 2001 in der Stockholmer Konvention verboten worden. 122 Staaten haben sie bisher unterzeichnet.
- Bis 1981 war HCB in Deutschland als Pflanzenschutzmittel erlaubt.

Farbe bekennen

Ob es Uhlenberg mit der Giftmüll-Kritik ernst meint, fragt **Frank Bergmannshoff**

NRW-Umweltminister Uhlenberg will per Rechtsgutachten klären lassen, ob er das deutsch-australische Giftmüll-Geschäft stoppen kann. Das gibt den Kritikern Zuversicht, wirft aber auch Fragen auf. Uhlenberg müsste doch am Besten wissen, was er verbieten darf. Und wenn nicht, dann hätte er seit Jahresbeginn Zeit gehabt, sich aufklären zu lassen. Stattdessen ruft er erst jetzt nach dem Gutachter. Es kommen Zweifel auf, wie ernst es der CDU-Minister bisher mit seiner Giftmüll-Kritik gemeint hat.

Sofort verpasst die Opposition dem Minister einen Schuss vor den Bug. Ein zusätzliches Rechtsgutachten sei überflüssig, wettert der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Johannes Remmel. Uhlenberg könne den Giftmüll-Import auf der Stelle ablehnen, denn das falle in seinen Ermessensspielraum.

Der Bürger fragt sich, wer Recht hat. Bei der Antwort sind die Bezirksregierungen und vor allem Minister Uhlenberg am Zug. Jetzt heißt es: Farbe bekennen! Damit die Menschen in unserer Region wissen, woran sie sind.

Erst euphorisch – jetzt ganz nüchtern

Das will sicher auch die Betreiberin des RZR Herten, die finanziell schwer angeschlagene Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet, wissen. Auch wenn sie es nicht offen zugibt. Vor einem halben Jahr wurde in ihrer Firmenzeitschrift noch euphorisch über das Australien-Geschäft berichtet. Jetzt lässt der Pressesprecher wissen, es gehe um einen ganz normalen Vorgang, den man kaufmännisch nüchtern abwickle – oder eben auch nicht. Wer's glaubt ...

GUTEN MORGEN

Liebe Leserin, lieber Leser!

(BMH) Joachim Jürgens hat einen unruhigen Schlaf. AGR, Brochier, Giftmüll, Dioxin, Halde und Lärmminderungsplan verfolgen ihn vermutlich bis ins Reich der Träume. Wenn er denn schlafen kann. Denn vor seinem Haus an der Schützenstraße donnern rund um die Uhr die Sattelschlepper. Was dem Pro-Herten-Vorkämpfer am Samstagmorgen um 1.36 Uhr den Schlaf geraubt hat, verraten wir an dieser Stelle nicht. Aber so kam es, dass der Rentner wohl als einer der ersten Menschen im alten Europa per E-Mail erfuhr, was der australische Umweltminister auf der anderen Seite der Erdkugel soeben verkündet hatte: Dem Giftmüll-Geschäft stehe aus seiner Sicht nichts mehr im Wege. Ein paar Augenblicke später war die Internet-Telefonverbindung zu der australischen Umweltschützerin Mariann Lloyd-Smith hergestellt. Eine Stunde lang plauderten die beiden, bevor sich Herr Jürgens wieder zu Frau Jürgens ins Bett legte und träumte – davon, dass die Mail aus Australien nur ein böser Traum war.

Pro-Herten will messen lassen

Gibt es Dioxin auf der Halde?

SÜD. (BMH) Gibt es eine Dioxin-Belastung auf der Halde? Wenn ja, wie hoch ist sie? Diese Fragen will der Initiativen-Verbund Pro-Herten auf eigene Faust klären.

Wie berichtet, liegt Pro-Herten ein 16 Jahre altes Gutachten vor. Darin empfiehlt der Rheinisch-Westfälische TÜV, das Laub von den Halden im Hertener Süden wegen der deutlich höheren Dioxin-Belastung nicht zu kompostieren.

Pro-Herten machte die RZR-Müllverbrennungsanlage für die Dioxin-Werte verantwortlich und bezweifelte, dass die Halden bedenkenlos als Naherholungsgebiete genutzt werden können. Die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) als Betreiberfirma widersprach: Inzwischen seien moderne Rauchgas-Reinigungsanlagen eingebaut worden, das Gutachten sei damit hinfällig. Damit sind die Bedenken bei Pro-Herten nicht ausgeräumt. Weil es auch die Stadt Herten und der Regionalverband Ruhrgebiet als Eigentümer der Halden ablehnen, zusätzliche Messungen durchzuführen, will der Initiativen-Verbund die Sache selbst in die Hand nehmen. Pro-Herten-Sprecher Joachim Jürgens: „Wir hoffen natürlich, dass kein Dioxin gefunden wird, aber wir wollen jetzt endlich Gewissheit."

Die Untersuchung einer Boden-Mischprobe, so Jürgens, kostet im Hertener Fresenius-Institut etwa 300 bis 500 Euro. Weil Pro-Herten keine Fördermittel oder andere Zuwendungen erhält, bittet die Organisation um Spenden. Politiker und die evangelische Kirchengemeinde Herten hätten ihre Unterstützung bereits zugesagt.

---

60 000 Fässer Giftmüll per Zug und Schiff, einmal um die Welt Westfalenpost 30.5.07

Hagen. Das NRW-Umweltministerium will nach eigenen Angaben jede Möglichkeit ausschöpfen, um die Entsorgung von giftigem Sondermüll aus Australien zu verhindern. Mitte Juni soll ein Gutachten vorliegen, um die Rechtslage zu klären.

Denn die scheint nicht eindeutig. Dem Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) zufolge kann Minister Eckhard Uhlenberg den Transport des Mülls stoppen. Eine Anfrage der Umweltorganisation bei der EUKommission habe ergeben, dass das Ministerium "erheblichen Ermessensspielraum" habe.

Hingegen erklärt Ministeriumssprecher Markus Fliege, dass seine Behörde die Genehmigung für die Entsorgung erteilen müsse, wenn Australien das giftige Hexachlorbenzol (HCB) nicht selbst verbrennen kann. Diese Auskunft habe das Bundesumweltministerium den Nordrhein-Westfalen erteilt.

Ob nun ein hochindustrialisiertes Land wie Australien tatsächlich keine Möglichkeit hat, den eigenen Giftmüll zu verbrennen - das kann NRW selbst vor Ort nicht prüfen, räumt Fliege ein. Wohl aber, ob Australien den Antrag, den Giftmüll nach NRW zu schicken, ausreichend begründet hat. "Nach einer ersten Prüfung halten wir das eineinhalbseitige Schreiben für höchst dürftig", sagt Fliege.

Gemäß dem Basler Übereinkommen von 1989 muss Sondermüll eigentlich dort entsorgt werden, wo er anfällt. Weil die australische Regierung nach eigenen Angaben aber keine Kapazitäten hat, will sie 22 000 Tonnen HCB 16 000 Kilometer über das Meer nach Brunsbüttel in Schleswig-Holstein transportieren. Ein Teil des Abfalls wird dann mit dem Zug nach NRW in Entsorgungsanlagen in Herten, Leverkusen und Dormagen gebracht. Der Transport und die Entsorgung der 60 000 Fässer wird sich zwei Jahre lang hinziehen.

Dem BUND zufolge ein viel zu langer und riskanter Weg. HCB zählt zum "dreckigen Dutzend", also zu den zwölf gefährlichsten organischen Chemikalien. HCB reichert sich in der Nahrungskette und im Körper des Menschen an, ruft Krebs hervor, schädigt das Erbgut. Der Stoff lässt sich nicht ohne Rückstände ver-

brennen. Übrig bleiben Schlacken und Filterstäube, die auf Deponien und unter Tage im Salzbergwerk gelagert werden müssen. Beim BUND bezweifelt man, dass der Müll tatsächlich einmal um die Welt gefahren werden muss. "Es gibt auch in Japan Entsorgungskapazitäten", sagt Sprecher Dirk Jansen.

Er vermutet daher, dass die "hochgerüsteten Entsorgungsanlagen" in NRW ausgelastet werden müssten, um sich zu amortisieren. "Mit dem Müll lässt sich gutes Geld verdienen", sagt Jansen. Daher würden auch jährlich 600 000 Tonnen Sondermüll aus anderen Bundesländern, den EU-Mitgliedsstaaten und der Dritten Welt nach NRW importiert.

"Natürlich machen wir damit ein Geschäft - aber kein großes", hält Janna Wadla, Sprecherin der Hertener Verbrennungsanlage RZR entgegen. Pro Jahr entsorge man 90 000 Tonnen Sondermüll. Da seien 4500 Tonnen aus Australien, die über zwei Jahre hinweg in Herten verbrannt werden, nur ein kleiner Anteil. 29.05.2007 Von Nina Grunsky Zeitungsverlag Westfalenpost GmbH

GIFT VOM ANDEREN ENDE DER WELT SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, V. 30.5.07

In Deutschland regt sich Widerstand gegen die Entsorgung von australischem SondermüllDie umstrittene Verschiffung von 22 000 Tonnen hochgiftigen Mülls aus Australien nach Deutschland ist näher gerückt. Das australische Umweltministerium beantragte bei den Bezirksregierungen von Münster, Düsseldorf und Köln eine Einfuhrgenehmigung. Die Australier planen, den mit der Chemikalie Hexachlorbenzol kontaminierten Bauschutt einer ehemaligen Fabrik mit vier Schiffsladungen über einen Zeitraum von 21 Monate hinweg nach Brunsbüttel zu transportieren. Dort sollen 10 000 Tonnen verbrannt werden. Der Rest soll mit dem Zug zu den Anlagen des Bayer-Konzerns nach Leverkusen und Dormagen, sowie zum Entsorgungsunternehmen AGR nach Herten gelangen.

Der nordrhein-westfälische Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) sprach sich am Dienstag gegen die Verschiffung aus: „Der Müll soll in der Nähe jenes Ortes verbrannt werden, wo er produziert wurde. Die lange Transportstrecke ist nicht verantwortbar." Für Mitte Juni erwartet er ein Rechtsgutachten, das klären soll, ob und wie der Import verhindert werden kann. Hexachlorbenzol (HCB) steht im Verdacht, Krebs zu erregen und das Erbgut zu verändern. „Hexachlorbenzol gehört zu den zwölf gefährlichsten Stoffen überhaupt", sagt Ina Walenda vom Umweltverband Bund. Bis 1981 wurde es in Deutschland als Pflanzenschutzmittel eingesetzt, weltweit ist die Herstellung und Anwendung von HCB seit 2001 verboten. Ein internationales Abkommen verpflichtet die Länder, ihre Lagerbestände zu vernichten. „Aber warum soll Deutschland den Sondermüll Australiens entsorgen?", fragt Walenda. Weil dies in deutschen Verbrennungsanlagen mit höheren Umweltstandards möglich sei als in Australien, antwortet Markus Gleis vom Umweltbundesamt: „Australien verfügt nicht über Entsorgungsanlagen, die technisch so gut ausgerüstet sind wie die deutschen." Es sei daher umweltfreundlicher, die HCB-haltigen Abfälle in Deutschland zu verbrennen, heißt es aus dem Umweltbundesamt, das den Import befürwortet.

Der Bund sieht jedoch Bedrohungen für Mensch und Umwelt in Deutschland: „Die Verbrennung von Sondermüll birgt grundsätzlich Risiken", sagt Walenda: „Es kann immer passieren, dass das HCB nicht vollständig verbrennt und in die Umwelt gelangt." Die Folge wären Störungen des Nervensystems, massive Atembeschwerden und Hautreizungen bei der Bevölkerung, sagt der Toxikologe Hermann Kruse von der Universität Kiel: „Die Gefahren durch die Verbrennung sind noch viel höher als die des Transports." Doch Joachim Beyer, der die Müllverbrennungsanlagen von Bayer Industry Services leitet, beruhigt: „HCB kann bei uns gar nicht unvollständig verbrannt werden. Wir verwenden sehr hohe Temperaturen und reinigen das Abgas mit aufwendigen Filterverfahren. Dabei wird nichts dem Zufall überlassen."

Die Verbrennung des mit HCB verunreinigten Bauschutts, der derzeit am Hafen von Sydney lagert, soll in vier Schritten erfolgen: Die ungeöffneten Fässer werden in den sogenannten Drehrohrofen gekippt. Dieser ist

knapp zwölf Meter lang und dreht sich alle zwei Minuten einmal um die eigene Achse. Dadurch wird der Schutt durchmischt, sodass Hitze und Sauerstoff überall hin gelangen. Langsam bewegt sich das Brennmaterial dabei durch den gesamten Ofen.

HEIßER ALS MAGMA

Vor der Flamme herrschen Temperaturen von etwa 1050 Grad Celsius, in der Flamme sogar 1500 Grad - das ist heißer als vulkanisches Magma. „Bei Temperaturen von mehr als 500 Grad Celsius bricht die chemische Struktur von HCB zusammen und die Moleküle lösen sich in ihre ungefährlichen Bestandteile auf", sagt Gleis. Kommt es zu einem Zwischenfäll, werde die Zufuhr zum Ofen sofort unterbrochen, sagt Beyer: „Die Anlage stellt dabei sicher, dass sämtliches Material, das sich noch im Ofen befindet, restlos verbrannt wird." Pro Stunde kann ein Ofen drei bis vier Tonnen Material verbrennen - dabei wird der HCB-Abfall mit anderen, weniger gefährlichen Stoffen vermischt. Übrig bleiben nicht mehr brennbare Stoffe, wie etwa Silikate, die am Ende des Ofens als Schlacke herausfallen, sowie das bei der Verbrennung entstandene Rauchgas. Das Gas gelangt in die Nachbrennkammer, eine neun bis zwölf Meter hohe Säule, in der die verbleibenen brennbaren Stoffe vernichtet werden sollen. Bei Bayer herrschen dort Temperaturen von etwa tausend Grad, gesetzlich vorgeschrieben sind 850 Grad. „Nach zwei Sekunden sind 99,99 Prozent der verbliebenen Gefahrenstoffe verbrannt", sagt Gleis. Was dann noch übrig ist, gelangt in den Staubabscheider, wo über elektrische und chemische Verfahren die meisten Staubteilchen aus der Abluft gefiltert werden. Übrig bleiben hochgiftige Filterstäube, die aus der Anlage entnommen werden.

Anschließend wird die Abluft noch durch einen Aktivkohlefilter geblasen,

um Dioxine und Furane zu entfernen. Diese giftigen Stoffe entstehen bei jeder Verbrennung. Laut Verordnung darf nur 0,1 Nanogramm pro Kubikmeter Abgas in die Luft abgegeben werden. „Unsere Anlage in Dormagen emittiert bei 61 000 Tonnen Sonderabfällen pro Jahr nur so viele Dioxine und Furane, wie bei der Verbrennung von 217 Tonnen Holz entstehen. " Für den Kieler Toxikologen Kruse ist das zu viel: „Selbst in guten Anlagen haben wir im Rauchgas einen Cocktail an gefährlichen Substanzen gefunden." Von den meisten kenne man weder ihr Verhalten in der Umwelt, noch ihre Giftigkeit. „Selbst wenn die Grenzwerte eingehalten werden, kommen unzulässig viele Giftstoffe aus dem Schlot", sagt Kruse. Markus Gleis vom Umweltbundesamt beteuert hingegen, dass die Anlagenbetreiber in Deutschland die Grenzwerte ohnehin nur zu 20 Prozent ausschöpften: „Mit den aufwendigen Filtermethoden entfernen die Betreiber alles, was technisch möglich ist. Zudem haben wir in Deutschland die strengsten Grenzwerte weltweit."

Umweltschützer warnen aber eher vor den Schlacken und hochgiftigen Filterstäuben, die nach der Verbrennung des HCB-haltigen Abfalls zurückbleiben -davon fallen noch dazu eine ganze Menge an: Beim australischen Bauschutt könnten es nach Angaben des Umweltbundesamtes sogar bis zu 70 Prozent des Ausgangsmaterials sein. „Schlacke und Stäube sind kein Biokompost, denn die darin enthaltenen restlichen Schadstoffe können sich lösen und in die Umwelt gelangen", sagt Walenda. Deshalb werden die Filterstäube auch in ehemaligen Bergwerken gelagert. „Im Gegensatz zu Filter-stäuben enthält Schlacke kaum Gefahrenstoffe. Sie liegen um den Faktor Tausend unter dem gesetzlichen Maximalwert" , sagt Beyer von Bayer Industry Services: „Wir könnten die Schlacke sogar als Produkt für den Straßenbau verkaufen, brauchen sie aber selbst für den Deponiebau." Für Walenda sind das keine guten Aussichten: „Dann verunstalten die Reste der Verbrennung des australischen Mülls deutsche Landschaften."

Für die Zukunft macht der Toxikologe Kruse einen Alternativvorschlag: Er empfiehlt, in Australien Verbrennungsanlagen nach deutschem Standard zu bauen. „Wir sollten deutsche Spitzentechnologie exportieren statt fremden Giftmüll zu importieren." Denn die 22 000 Tonnen HCB-kontaminierter Abfall seien bestimmt nicht die letzten gewesen, die in australischen Deponien auf ihre Vernichtung warten.MARTIN KOTYNEK

MÜLL-DORADO (KOMMENTAR SZ)

Importe wegen Überkapazitäten „Deutschland ist drauf und dran, das Müll-Dorado und das weltweite Zentrum für die Müll-Industrie zu werden", sagt Michael Braungart, Verfahrenstechniker an der Universität Lüneburg. Die deutschen Sondermüll-Verbrennungsanlagen seien überdimensioniert. Damit die Kapazitäten ausgelastet würden, seien die Betreiber aus wirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen, „Giftmüll zu Dumping-Preisen zu importieren", so Braungart. Der mit Hexachlorbenzol verunreinigte Sondermüll, den Australien in Deutschland vernichten lassen möchte, sei nur ein Beispiel dafür.

Tatsächlich ist die Kapazität der 19 deutschen Sondermüll-Verbrennungsanlagen auf 1,3 Millionen Tonnen pro Jahr angestiegen, aber nicht etwa, weil neue Anlagen gebaut worden wären: „Die Zusammensetzung der Abfälle hat sich geändert, wodurch die bestehenden Kapazitäten besser ausgenützt werden können", sagt Markus Gleis vom Umweltbundesamt (UBA). Seit 1992 seien nur noch zwei neue Anlagen gebaut worden, wovon eine inzwischen wieder geschlossen worden sei. Nur eine bestehende Anlage sei in den vergangenen 15 Jahren ausgebaut worden.

Dennoch nehmen die Müll-Importe aus dem Ausland kontinuierlich zu: Nach UBA-Angaben stiegen sie von 281 000 Tonnen im Jahr 1995 auf knapp sechs Millionen Tonnen im Jahr 2005. Der Großteil kam dabei aus den Niederlanden, Italien und Belgien. Doch nur 10,7 Prozent (636 687 Tonnen) wurden verbrannt, der überwiegende Rest ging ins Recycling, wo wertvolle Metalle und Lösungsmittel aus dem Müll wiedergewonnen werden. „Wir verbrennen jährlich 270 000 Tonnen Sondermüll, drei Viertel dieser Menge kommen aus den umliegenden Chemieparks, 19 Prozent aus dem restlichen Nordrhein-Westfalen und sechs Prozent aus den Nachbarländern", sagt Joachim Beyer, Leiter der Verbrennungsanlagen des Bayer-Konzerns: „Wir sind zu 94 Prozent ausgelastet, auf den Müll aus Übersee sind wir nicht angewiesen." Dennoch könnte es zu Überkapazitäten kommen: Sonderabfälle, von denen nur geringe Gefahren ausgehen, werden in steigen der Menge in der Zementindustrie verfeuert - für die Betreiber von Ver brennungsanlagen könnte es daher in Zukunft knapp werden. Mkf

---

DER PROTEST FORMIERT SICH. WAZ.DE/ VEST DIENSTAG, 29. MAI 2007

Australische Regierung stimmte am Wochenende dem Export von 22 000 Tonnen Hexachlorbenzol-Abfälle zu. Im Hertener RZR sollen 5000 Tonnen des Giftmülls verbrannt werden. Keine Entscheidung vor Ende Juni

Von Angelika Wölke

Herten. Vorläufig kommt der Giftmüll aus Australien nicht. Da NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben hat, in dem geklärt werden soll, ob Deutschland zum Import der 22 000 Tonnen hochgiftiger Hexachlorbenzol- Abfälle (HCB) verpflichtet ist, wird sich die Zu oder Absage an die Australische Regierung noch ein wenig verzögern. „Ein Zeitpunkt ist schwer zu benennen", sagt Uhlenbergs Sprecher Markus Fliege. „Aber ich denke, dass ein Ergebnis nicht vor Ende Juni vorliegt.

Am Wochenende hatte die Regierung in Canberra dem Export zugestimmt. Und vor Ort im Vest 5000 Tonnen sollen bekanntlich im Hertener RZR verbrannt werden hat sich über Pfingsten bereits der Protest formiert.

In einer Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz hat Claudia Baitinger, Sprecherin des BUND Landesarbeitskreises Abfall NRW, den Regierungspräsidenten (RP) in Münster angeschrieben. Dieser ist zuständig für die Genehmigung des Importes – muss jetzt allerdings, so Fliege, die Ergebnisse des Rechtsgutachtens abwarten.

Unter anderem bezieht sich Baitinger in ihrer Anfrage auf die vier Brände im neuen Gebindeshredder des Müllofens RZR, die bis Ende März gemeldet wurden. „Wie wird sichergestellt, dass bei Bränden die Rauchgase entsprechend den Grenzwerten des Bundesimmissionsschutzgesetzes behandelt werden", möchte Claudia Baitinger jetzt wissen. Parallel zum BUND hat die Bürgerinitiative „Pro Herten" den RP angeschrieben. Bezug nehmend auf das Informationsfreiheitsgesetzes NRW fordert sie Akteneinsicht in die für den HCB-Import erforderlichen Unterlagen.

Als Entscheidungshilfe schickt Joachim Jürgens von der Bürgervereinigung Pro- Herten dem RP eine 16-seitige Einschätzung der australischen Umweltorganisation „National Toxics Network" mit, in der widerlegt wird, dass Australien den Giftmüll nicht selbst entsorgen kann.

VIELE BEHÖRDEN SIND ZUSTÄNDIG

Der Export-Stempel des Umweltministers in Canberra ist der erste Akt, dem weitere folgen müssen, bevor der Giftmüll tatsächlich in Herten ankommt. In Südafrika etwa müssen die Hafenbehörden von Durban einen Schiffs-Zwischenstopp genehmigen. Der Bund ist zuständig für die Anlandung in Brunsbüttel, das Land NRW für den Transport nach und die endgültige Entsorgung in Herten.-

UHLENBERG: ERKLÄRUNG DER AUSTRALISCHEN REGIERUNG IST DÜRFTIG

1.6.2007 - Umweltminister Eckhard Uhlenberg hat sich gegen den Transport Hexachlorbenzolhaltiger Abfälle aus Australien nach Nordrhein-Westfalen ausgesprochen. Die am 22. Mai 2007 bei den Bezirksregierungen Düsseldorf, Münster und Köln eingegangenen Erklärungen der australischen Regierung

- Schreiben des Australischen Ministeriums für Umwelt und Wasserhaushalt (Original) laden (PDF, 57 kB)
- Schreiben des Australischen Ministeriums für Umwelt und Wasserhaushalt (nicht amtliche Übersetzung) laden (PDF, 9 kB)

bezeichnete Uhlenberg nach einer ersten Prüfung als „dürftig". In dem Schreiben an die deutschen Behörden werde lediglich allgemein und nicht detailliert dargelegt, weshalb ein Industriestaat wie Australien einen Stoff wie Hexachlorbenzol produzieren, aber nicht entsorgen könne.

Uhlenberg hatte bereits bei Bekanntwerden der Anträge im Januar erklärt, dass er einen Transport des Sonderabfalls (insgesamt 11.000 Tonnen für die nordrhein-westfälischen Verbrennungsstandorte Herten, Dormagen und Leverkusen) über mehrere tausend Kilometer von Australien nach Mitteleuropa für „nicht wünschenswert" hält. Generell müsse Sonderabfall in der Nähe des Ortes entsorgt werden, an dem er entstehe. Er hat jedoch auch immer wieder deutlich gemacht, dass eine fundierte Entscheidung nicht möglich ist, bevor die Erklärung Australiens vorliegt. Da der Firma Orica bei einer Ablehnung ihres Antrags der Weg vor die Gerichte eröffnet wäre, bedürfe es vor einer möglichen Ablehnung einer sorgfältigen Prüfung.

Daher lasse die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen durch ein Rechtsgutachten prüfen, ob und gegebenenfalls wie sie den Import der Sonderabfälle aus Australien vermeiden könne. Ergebnisse sollen spätestens Mitte Juni vorliegen. Uhlenberg kündigte an, sich in der Angelegenheit mit seinem Kollegen aus Schleswig-Holstein abzustimmen, das wegen einer möglichen Verbrennung der Abfälle in Brunsbüttel ebenfalls betroffen ist.

JUNI

AUSTRALISCHER MINISTER EINE MARIONETTE SEINER CHEMIEINDUSTRIE?

PRO – HERTEN

www.pro-herten.de

Entstanden aus:
Arbeitsgemeinschaft der
Umweltverbände im Kreis und
Bürgerinitiativen in Herten

Herten, den 1-Juni-07
Kontaktadresse:
Joachim Jürgens
Schützenstr. 84
45699 Herten
02366-37653
jj(at)pro-herten.de

PRO - Herten; J. Jürgens, Schützenstr.84, 45699 Herten
Minister for the Environment and Water Resources.
Mr. Malcolm Turnbull
Level 1, 5A Bronte Rd
Bondi Junction NSW 2022
PO Box 1840,
Bondi Junction NSW 1355 VIA Email mailto:Malcolm.Turnbull.MP(at)aph.gov.aueilto:

Dear MinisterTurnbull,

with regrets, not unexpectedly, I have noticed your decision to approve the export for disposal of your highly toxic waste to our highly populous German state of North Rhine-Westphalia. To follow the motto “out of sight – out of mind”.

This shows again the hypocrisy of politics, which is being influenced by the mercantile business world like string puppets.

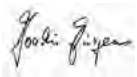
Our German population can not understand your decision. With your decision you will harm your country more than you think. This will not bother Orica – which demonstrate the typical neo-liberalism short term view of profit maximization.

International agreements are being broken if they do not fit into the profit greediness of companies and the politics and irresponsible politicians are playing along.

What you are practicing with this move, beats even the thinking of a developed country – or do you count Australia already as a developed country?

Your attitude will probably be supported by our own mercantile oriented Environmental Minister Gabriel. Different so with our local environment Minister of North Rhine-Westphalia, Eckhard Uhlenberg. Of what he has told me, he is going to have your decision legally checked and will try whatever is necessary to stop the import of your waste to Germany. In this legal matter we are hoping for a decision that is based on reason in favour for mankind and not in favour of earnings for a single company.

Best Regards



LESERBRIEFE- TEILS SELTSAM DURCHSCHAUBAR 1.6.07

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Politische Schlacht der Unwissenheit um den Giftmüll

HA. 1.6.07

— **Von: Sven Büttner, Josefstraße 123**
— **Betr.: Internet-Umfrage: Soll Giftmüll aus Australien in Herten verbrannt werden?**

Soll Giftmüll aus Australien in Herten verbrannt werden? Mit dieser Umfrage für Ungefragte knüpft die Berichterstattung der **HERTENER ALLGEMEINEN** an einen Trend an: „Bild(e) dir deine Meinung". Es ist nicht verwunderlich, dass es mittlerweile eine extrem verhärtete Front gegen den HCB-Import gibt. Denn wie soll man sich ohne das unabdingliche, fundierte Fachwissen gegen imposante Daten wie „22 000 Tonnen Giftmüll", „16 000 km Seeweg" und die gefährlich klingende Bezeichnung Hexachlorbenzol, für einen solchen Import aussprechen? Mit diesen Zahlendimensionen umzugehen, ist nicht alltäglich. Doch vielleicht hilft bereits der Blick in die eigene Küche. Dass viele Millionen Tonnen Chemikalien notwendig sind, welche wiederum aus vielen Millionen Tonnen weiterer Chemikalien unter dem Verbrauch enormer Energiemengen hergestellt und verbraucht werden müssen, und Millionen von See- und Luftmeilen zurückgelegt werden müssen, um allein den schönen, bunten Obstkorb das ganze Jahr über reichlich zu befüllen, bleibt völlig außer Acht. Hertener Bürger: „Willkommen in der Globalisierung!" Und wie es die Ironie des Schicksals will, ist der seit 1973 in Deutschland verbotene Stoff HCB noch immer ein weltweit verwendetes Pflanzenschutzmittel! Das Gefährliche an der Situation ist, dass es lediglich einiger lokaler, unwissender Wählerstimmensucher bedarf, um eine bundesweite/weltweite Diskussion auszulösen. Unwissenheit ist hierbei kein Vorwurf. Jedoch ist das trotzige Einmischen in wichtige Entscheidungen an dieser Stelle ein Verbrechen an der Bundesgesellschaft. Eine politische Schlacht der Unwissenheit ist ausgebrochen. Kostbare Zeit wird in Anspruch genommen, um fachfremde Politiker über das weitere Vorgehen des Mülltransportes entscheiden zu lassen.
Schade, dass einigen Menschen im Hertener Rathaus zudem auch noch vorgeworfen wird, sie würden keine Stellung beziehen. Dabei halten sie sich getreu dem Motto „Ich weiß, dass ich nichts weiß" intelligenter Weise mit Meinungsäußerungen zurück.
Es bleibt zu hoffen, dass der weise Rat „Erst denken, dann sprechen" bald wieder vor allgemeiner Panikmache Freunde findet.

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift, behalten uns aber Kürzungen vor. Unsere Adresse für Briefe zu lokalen Themen:
Hertener Allgemeine
Hermannstraße 24
45699 Herten
Telefax 0 23 66 - 10 00 40
E-Mail:
haredaktion@zb-mail.de
Bitte vergessen Sie nicht Namen, vollständige Anschrift und Telefonnummer für eventuelle Rückfragen. Anonyme Briefe werden nicht bearbeitet.

Giftmüll-Verbrennung – Staat nimmt Folgeschäden in Kauf

— **Von: Hiltrud Riepe, Nesselrodestr. 45**
— **Betr: Verbrennung australischem Giftmülls in Herten**

Wird uns die moralische Verantwortung aufgezwungen für die Verhinderung der wilden Müllablagerung vor der Elfenbeinküste? Das „Dritteweltland" Australien hätte sehr wohl die Möglichkeit, ein Gebiet in Größe des Ruhrgebiets abzugrenzen, um dort eine geeignete Müllverbrennungsanlage zu errichten. Aber die Bevölkerung dort soll ja nicht gefährdet werden! Die äußerst hohe Bevölkerungsdichte hier zählt anscheinend nicht. Gern nimmt unser Staat wohl auch die Folgeschäden und späteren Erkrankungen in Kauf. Immerhin ist ja bekannt, dass sich Problemmüll aus ärmeren Ostländern bereits in der Verbrennung befindet. Zu viel ist zu viel. Können wir von unseren politischen Vertretern gar keine Rückendeckung mehr erwarten?

Das ist der Sohn des Geschäftsführers der Stadtwerke Herten. Die Stadtwerke beziehen günstigen Strom von der Müllverbrennungsanlage.

Leserbriefe der Hertener Allgemeine v. 1.6.07

ANTWORTEN ZUM LESERBRIEF „BÜTTNER" H.STEFFE

Dipl.-Ing. H. Steffe

Assessor des Bergfachs

45701 Herten, den 02.06.2007

Elper Str. 76

☎ 02366 / 42981

02366 / 183242

per E-Mail an
HA – Lokalredaktion Herten
WAZ – Lokalredaktion Herten
Pro Herten

Zum Leserbrief des Herrn Sven Büttner

HA vom 1. Juni 2007

Warum Herr Büttner seinen allgemeingültigen und sicherlich richtigen Schlusssatz „Erst denken, dann sprechen“ ausgerechnet mit den Gegnern des Giftmüllimports aus Australien in Verbindung bringt, bleibt sein Geheimnis.

Ich verfolge seit geraumer Zeit die Diskussion um die Entsorgung des australischen Giftmülls in Deutschland, insbesondere in Herten, und habe dabei festgestellt, dass – im Gegensatz zu den Befürwortern – deren Gegner ihre Argumente auf Aussagen namhafter Wissenschaftler stützen, wie z.B. Dr. H. Kruse, stellvertretender Instituts-Direktor Analytik, Toxikologie, Ökotoxikologie oder Harry Rosin, Professor für medizinische Mikrobiologie. Von „Panikmache“ kann daher sicherlich keine Rede sein, vielmehr von der Sorge engagierter Mitbürger um die Lebensqualität in unserer Stadt.

Es steht definitiv fest, dass bei der Müllverbrennung Reste in Form von belasteten Abgasen und Stäuben in die Umwelt gelangen. Im Süden unserer Stadt steht nun einmal das RZR und es ist dessen Aufgabe, unseren Müll, auch Problemmüll, möglichst umweltverträglich zu verbrennen. Wenn dabei auch Müll aus anderen Regionen, oder aus Ländern der dritten Welt, sofern diese über keine geeigneten Entsorgungseinrichtungen verfügen, mit eingesetzt wird, ist das zwar nicht erfreulich, im Hinblick auf die Gesetzeslage (Baseler Konvention) aber unumgänglich.

Dass aber Giftmüll einer Industrienation wie Australien, nicht ohne Risiko über den halben Globus transportiert und hier entsorgt werden soll, ist für die Hertener Bürger eine Zumutung, der Protest ist verständlich. Ihre verbale Attacke gegen die Giftmüllgegner, sehr geehrter Herr Büttner, ist dagegen sicherlich nicht nur mir unverständlich.

gez. H. Steffe

ANTWORT:JOACHIM JÜRGENS

An Herrn Büttner, Stadtwerke
Sehr geehrter Herr Büttner,
ich sende Ihnen diese Mail mit der Bitte, sie an Ihren Sohn weiterzuleiten, der sich so treffend nachvollziehbar mit einem Leserbrief publizistisch geoutet hat.

Im Folgenden an Ihren Sohn gerichtet.

Sehr geehrter Herr Sven Büttner,

ich nehme Bezug auf den Leserbrief, der gleich zweimal in der Hertener Allgemeinen veröffentlich wurde „Soll Giftmüll aus Australien in Herten verbrannt werden“.

Ich habe schon die eine oder andere Merkwürdigkeit gelesen. Als Ich Ihren Beitrag las, fragte ich mich ernsthaft nach den Hintergründen. Der Brief ist in der Sache betrachtet, wirr. Geht man davon aus, dass er einen bestimmten Zweck verfolgt – ich könnte mir denken, dass Sie sich ggf. beim RVR „beziehungsmäßig“ um eine Stelle bemühen, oder z.B. dass die enge familiäre Beziehung Grund dafür ist, dass Sie meinen, den Stadtwerke und die enge merkantilen Verflechtung zur AGR – aus welchem Grund auch immer – Unterstützung gewähren müssen. Hier sind Sie aber definitiv zu spät.

Nachdem der „Betriebsrat“ der AGR versucht hat, uns Gegner in falsches Licht zu stellen – unterstützt durch Verdi etc. hätten Sie Ihre dubiosen Weisheiten lieber für sich behalten.

Übrigens, wir von PRO-HERTEN suchen im Gegensatz zu Haug, Gabriel u.v.m. keine Wählerstimmen.

Ich persönlich habe mein Berufsleben (ich glaube erfolgreich) abgeschlossen, so dass ich mich auch hierzu nicht profilieren muss. Die Beweggründe zu dieser Aktion sind schlicht im Ergebnis der Umweltminister NRW/SH zu finden. Es kann und darf nicht sein, dass internationale Verträge unterlaufen werden – nur weil gerade einige Minderheiten hier in Gewinnabsicht versuchen, das Gesetzte zu manipulieren. Sh. Begründung der Minister.

In diesem Sinn: „Si tacuisses, philosophus mansisses.“

Mit freundlichen Grüßen
Joachim Jürgens
Pro-Herten
P.S. Ich mache diesen Brief der Allgemeinheit NICHT als Leserbrief öffentlich – das wäre wirklich zu viel Gutes als Reaktion auf Ihrem … wie immer man es nennen sollte,

---

ANTWORT DES HERRN SVEN BÜTTNER – DER HÖFLICHKEIT HALBER OHNE JEGLICHEN KOMMENTAR

An Joachim Jürgens

Seien Sie gegrüßt, Herr Jürgens.

Mein Vater hat Ihre Nachricht an mich weitergeleitet.

Zunächst mal fühle ich mich geschmeichelt, dass ich von Ihnen als geehrt angeredet werde und Sie mich zudem auch noch freundlich grüßen, obwohl meine Meinung (scheinbar) völlig die Ihrer widerspricht. ***Nun ja, Ihnen ist klar, dass dies jetzt nur ein Scherz war, denn wir möchten ja doch die geltenden Höflichkeitsregeln beachten. Aber es wäre kein Problem für mich gewesen, wenn sie Ihre Aufruhr / Ihr Unverständnis eindeutig klar gemacht hätten. Entschuldigen Sie, ich weiche vollkommen vom Thema ab.***

Sie fühlen sich persönlich angegriffen!?

Wenn dem so sein sollte, gibt es zwei Möglichkeiten:

1.: Sie tun dies vollkommen zurecht.

2.: Sie tun dies zu unrecht.

Sie fühlen sich nicht angegriffen!?

Auch da gibt es wieder zwei Möglichkeiten:

s.o.

Davon abgesehen, dass es in der Tat möglich ist, dass ich manchmal vielleicht ein wenig verwirrt bin, so bin ich mir doch sehr sicher, dass der Leserbrief an sich definitiv nicht wirr ist. Dass sie ihn verwirrend finden, führe ich jetzt mal auf eine sympathische Eigenschaft zurück: Sie haben sich Gedanken darüber gemacht - mit welchem Ergebnis, ist dabei erstmals vollkommen belanglos. Einen Fehler, den man dennoch nicht machen sollte, ist, sich zu früh Gedanken zu machen. (An dieser Stelle bin ich auch mal so frei und verweise auch auf einen [meiner Meinung nach] interessanten Film: "Mulholland Drive" von David Lynch. Er ist selbstverständlich nicht Grundlage für irgendetwas, was mit diesem Brief zu tun hat.)

An dieser Stelle (nicht dem Film!) kommt es nämlich zu einem wunderschönen Phänomen. Dem Schutzreflex. Ist er im Tierreich meist ziemlich einfach strukturiert, so nimmt er aufgrund der komplexen sozialen Struktur des Menschen teilweise recht tiefgründige Strukturen an. Doch selbst die "modernen" Schutzreflexe sind ein Artefakt. Auch in diesem Fall ist er jedoch immer noch definitiv sinnvoll. Um Sachverhalte objektiv bewerten zu können oder sie wenigstens ausschließlich im Sinne des gesagten betrachten zu können, ist er jedoch absolut kontraproduktiv.

Ich kenne mich Sprichwörtern nicht gut aus, aber es gibt doch mit Sicherheit eines, welches sinngemäß sagt, dass sich etwas direkt vor seinen Augen befindet, man nur noch zugreifen müsse. In diesem Fall ist es natürlich schwieriger zuzufassen --> man trifft auf sein eigenes Spiegelbild.

Sollten Sie ein Mensch sein, der nicht über ein starkes Selbstbewusstsein verfügt, so ist es unter Umständen sogar ratsam, den Brief hier als beendet zu betrachten und ihn nicht weiter zu lesen.

Möglicherweise habe ich ja aber auch doch Dinge verwirrend geschrieben und mir fällt es nicht auf. In diesem Fall würde ich mich über direktes aufmerksam Machen freuen.

Ich möchte nun beginnen zu erläutern, was die Beweggründe für meinen Leserbrief waren:

Die Sätze der Artikel der Hertener Allgemeinen werden immer kürzer und die Berichte immer unsinniger. Zwar war ich darauf vorbereitet, dass es eine Änderung des Stils geben würde, jedoch hat es nicht dagegen geholfen, dass es mich nicht ärgert.

Meinen Unmut habe ich dann auch direkt mit dem Ersten Satz abgehakt und der Brief hätte schon enden können. Jedoch ist es ja nicht der Fall, dass dieser Vorgang Grundlos ist. Umsatz ist das Ziel, und man rechnet dadurch anscheinend mit einer Steigerung oder zumindest einer Beibehaltung des derzeitigen Kapitalniveaus.

So ist es sinnvoll zugleich die Menschen anzusprechen die sie lesen. Es wäre schön, wenn man vermeiden könnte eine einigermaßen vernünftige lokale Presse an ein Boulevardblatt zu verlieren.

Das müssen natürlich die Leser wollen. Somit war es sinnvoll sie auch mal direkt anzusprechen.

Einen gewissen Sarkasmus wollte ich mir merklich nicht verkneifen. Wie ich nun bereits unverkennbar deutlich gemacht habe, ist die Diskussion um die Verbrennung von HCB nicht der erste Vorfall (in Herten), mit welchem ich nicht ohne weiteres einverstanden bin. Dass ich mich nun ausgerechnet hierzu das erste Mal geäußert habe, liegt an der Korrelation mit dem bereits Erläuterten. Zudem denke ich, dass ich ein Mehr an chemischem/biologischem Grundlagenwissen besitze als der Großteil der Hertener Bevölkerung und Ihnen damit am deutlichsten klar machen kann, was möglicherweise schief läuft.

Bevor ich den Brief versandte, habe ich gezögert. Aus zwei Gründen:

1. Bringt es was? Es ist kein Dialog möglich...

2. Könnte man wohlmöglich unterstellen, dass ich den Brief wegen meines Vaters geschrieben habe, oder er wohlmöglich direkt dahinter steckt?

Aus diesen Gründen habe ich ihn letztlich doch abgeschickt:

1. Ich möchte mich besser fühlen --> Dampf über die Artikel ablassen.

2. Wenn ich gar nicht erst versuche die Leser anzusprechen, habe ich auch keine Chance und kein Recht auf eine Änderung.

3. Meinungen von Leuten, die mir irgendwelche Kummeleien unterstellen sind mir egal. (Da frage ich mich gerade, warum ich hier überhaupt schreibe? Anscheinend lüge ich...). Es darf nicht eine familiäre Beziehung Grund dafür sein, dass ich mich nicht äußern darf. Wie Sie hoffentlich gemerkt haben, impliziert die Furcht vor diesen Vorwürfen bereits, dass ich von einer möglichen Fehlinterpretation des Briefes ausgegangen bin. Warum? Das ist klar: siehe Schutzreflex...

Um das, überflüssigerweise, nochmal ganz klar zu machen:

Ich bin kein Chemiker. Das bedeutet, dass ich in keiner Weise bewerten könnte, bewertet habe und bewerten werde, wie, wo, wann, wieso, ob, ... die Verbrennung und der Import von HCB sinnvoll sind oder nicht. Aus diesem Grund habe ich auch nicht in einem einzigen Satz davon geredet, was zu tun ist. Und deshalb geht es in diesem Brief nicht vordergründig um DIESE Diskussion. Und es geht auch nicht vordergründig um die Politiker, die diese Diskussion auszunutzen wissen.

Worum es denn geht ist jetzt hoffentlich wirklich klar.

Wenn es nicht nötig gewesen wäre das nochmal klar zu machen, dann entschuldige ich mich.

Wenn Sie hingegen trotzdem noch nicht wissen worum es geht, Sie das aber gerne wissen möchten, dann sollten Sie sich ebenso wenig scheuen direkt nachzufragen (dann jedoch erneut mit der bereits getätigten Warnung vor dem Selbstbewusstsein).

Es ist mir aufgefallen, dass ich Sie bitten muss mir eines zu erklären:

Wenn Sie, (wie auch ich,) bereits vorher wussten, dass der Brief keinen Einfluss (mehr) auf das HCB-Thema an sich haben konnte, wieso Sie nicht spätestens an dieser Stelle versucht haben den Leserbrief erneut zu lesen und zu verstehen versucht haben, und mir stattdessen trotzdem "Bewerbungs-" und "Vaterverteidigungsschriften" unterstellen? Zumal Sie den Brief nicht öffentlich gemacht haben. Dies wäre ja immerhin ein Versuch gewesen zu zeigen, dass "Sie mich durchschaut haben". Oder hätte ihnen an dieser Stelle gereicht mir zu zeigen, dass "Sie mich/alles durchschaut" hätten und ich mit gesenktem Kopf die Bühne verlassen müsste? Das in diesem Zusammenhang erläuterte "das wäre wirklich zu viel Gutes als Reaktion auf Ihrem … wie immer man es nennen sollte," wird mir nicht klar.

Letztlich ist ihr Zitat „Si tacuisses, philosophus mansisses.“ dennoch einen zweiten Blick Wert (Achtung, ich bitte, falls Sie mir nochmal antworten möchten, keine lateinischen Sprichwörter zu nutzen. Ich beherrsche kein Latein und habe keine Zeit [auch wenn es schnell geht] solche Sachen extra nachzuschlagen). Nur Philosophen, welche sich selbst für die selbigen, großen halten, können solch eine Aussage treffen. Und hier

wären wir interessanter Weise bereits wieder bei einer Kategorie derer, die sich von meinem Leserbrief angegriffen fühlen müssen.

Ich fühle also nicht, dass ich mir die Blöße gegeben habe, weil ich ein Nachdenken, Diskutieren, oder wenigstens Aufruhr entfacht habe. Es wäre ja lächerlich zu denken, dass ich mit einem Brief lang eingetrottete Strukturen brechen könnte, zumal mir das bereits zwei Mal angesprochene Problem bewusst ist. Aber ein Anfang und ein Versuch ist besser als keiner. Eine Gefühlsäußerung der Menschen ist ein Erfolg. Das zeigt nichts anderes, als dass sie nicht zufrieden sind. Der Grund dafür kann überall liegen.

Ich werde den Brief hier nun beenden.

Sven Büttner

AUF-HERTEN (MLPD-NAHESTEHEND) LÄDT ANONYM EIN ZUM GIFTMÜLLPROTEST

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: derhennes(at)versanet.de
Gesendet: Freitag, 1. Juni 2007 09:35
An: derhennes(at)versanet.de
Betreff: 1 vor 12 - wie den Giftmüll-Transport aus Australien verhindern?

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitstreiter gegen den Giftmüll-Transport aus Australien,

60.000 Fässer bzw. 22.000 Tonnen Abfall mit hochgiftigem HCB warten in Sydney auf ihre Verschiffung nach Deutschland-NRW, um hier verbrannt zu werden. In Deutschland und (!!) in Australien gibt es Protest dagegen!

Dieser Giftmüll-Deal muss verhindert werden! Wir haben nur diese eine Erde!

Was können und müssen wir unternehmen, wie können wir z.B. eine landesweite Demonstration in Herten vorbereiten und durchführen, wie arbeiten wir ? alle die dagegen sind? zusammen?

Ein Treffen aller Gegner des Giftmülltransports aus Australien findet in Herten statt. Ziel ist es, eine breite Aktionseinheit zur gemeinsamen Entwicklung der verschiedensten Methoden des Protests und des Widerstands dagegen zu beraten und zu koordinieren. Es findet statt am Montag, 04.06., 20 Uhr, im Vestischen Hof, Ewaldstrasse 132.

Es wäre sehr wichtig und gut, wenn möglichst viele Vertreter von Organisationen, Bündnissen, Zusammenschlüssen und Parteien aber auch Einzelpersonen, usw. daran teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen,
Hannes Stockert

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: J.Jürgens (RX) [mailto:webmaster(at)pro-herten.de]
Gesendet: Freitag, 1. Juni 2007 10:02
An: 'ZB-Marl'; Zeitung WAZ
Cc: 'Sabi.Leo(at)t-online.de'
Betreff: WG: 1 vor 12 - wie den Giftmüll-Transport aus Australien verhindern?

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass Pro-Herten und seine Mitstreiter mit dieser Aktion absolut nichts zu tun hat und wir uns an solche Aktionen auch nicht beteiligen werden.
Beispielhaft, dass das Flug ist noch nicht einmal gezeichnet!
Mit freundlichen Grüßen
Joachim Jürgens

AUF-FLUGBLATT OHNE IMPRESSUM – ZUFALL?

60.000 Fässer bzw. 22.000 Tonnen Abfall mit hochgiftigem HCB warten in Sydney auf ihre Verschiffung nach Deutschland-NRW, um hier verbrannt zu werden. In Deutschland und in Australien gibt es Protest dagegen!

Dieser Giftmüll-Deal muss verhindert werden! Wir haben nur diese eine Erde!

Was können und müssen wir unternehmen, wie können wir z.B. eine landesweite Demonstration in Herten vorbereiten und durchführen, wie arbeiten wir – alle die dagegen sind – zusammen?

Ein **Treffen aller Gegner des Giftmülltransports** aus Australien findet in Herten statt:

MONTAG, 04.06., 20 UHR

NEWSLETTER AUS AUSTRALIEN (UMWELTMINISTERIUM) 1.6.07

Von: owner-environment-news(at)erin.gov.au [mailto:owner-environment-news(at)erin.gov.au]
Im Auftrag von Kryger, Merran **Gesendet:** Freitag, 1. Juni 2007 06:01
An: environment-news(at)erin.gov.au
Betreff: Environment News - Friday 1 June, 2007 [SEC=UNCLASSIFIED]

(...)

Update on Application to Export HCBs to Germany

Mr Turnbull said that Australia does not have the capacity to dispose of the stockpile of hexachlorobenzene (HCB) waste currently stored at Botany Bay in Sydney. The Minister's comments follow an extensive analysis of Australia's waste disposal capabilities by the Department of the Environment and Water Resources. "In this assessment my Department concludes that no facility with the capacity to dispose of the waste currently exists in Australia. It is also unlikely that this capacity will be developed in coming years, if at all

http://www.environment.gov.au/minister/env/2007/pubs/mr25may07.pdf

EMAIL ZU ARD-TAGESTHEMENBEITRAG „GIFTMÜLLIMPORT"

Von: Jörg Nickel [mailto:joerg.nickel(at)gruene.ltsh.de] **Gesendet:** Freitag, 1. Juni 2007 09:58
An: Info Pro-Herten
Betreff: AW: ARD-Beitrag zum Giftmüllimport; TV-Station ARD (First Program Station) about HCB-Export

Hallo Herr Jürgens,

Glückwunsch zum gelungenen Auftritt! Unser Abgeordneter Detlef Matthiessen hat es gestern immerhin auch zu zwei Auftritten zu dem Thema im Regionalprogramm des NDR gebracht.

Herzlichen Gruß,

Jörg Nickel

HIER DER ARD-TAGESTHEMEN VIDEO-BEITRAG, 1. JUNI 2007

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Info Pro-Herten [mailto:info(at)pro-herten.de]
Gesendet: Freitag, 1. Juni 2007 08:40
An: undisclosed-recipients
Betreff: ARD-Beitrag zum Giftmüllimport; TV-Station ARD (First Program Station) about HCB-Export

Öffnen z.B. mit Window- Media- Player Please open this TV-Movie with window media- player
Mfg; regards,
Joachim Jürgens
jj(at)pro-herten.de

PRO-HERTEN: AKTENEINSICHTANFRAGE AN BZ-MÜNSTER

PRO – HERTEN

www.pro-herten.de

Entstanden aus:
Arbeitsgemeinschaft der
Umweltverbände im Kreis und
Bürgerinitiativen
in Herten

Herten, den **27. Mai 2007**
Kontaktadresse:
Joachim Jürgens
Schützenstr. 84
45699 Herten
02366-37653
JJ(at)pro-herten.de

Bezirksregierung Münster
Dez. 56
Herrn Dr. Wiedemeier
48143 Münster

Via Email

Betr.: Akteneinsicht UIG / IFG-NRW

Vorgang Importgenehmigung des australischen Ministers für Umwelt Macholm Turnbull

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

wie wir von unseren Vertrauensleuten aus Australien erfahren haben, liegen Ihnen die für den ORICA-HCB-Import erforderlichen Unterlagen vor.

Aus der Presse erfahren wir, dass das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW. diese Unterlagen als „dürftig“ ansehen.[7]

Gem. o.a. Gesetzeslage bitten wir um Akteneinsicht, ersatzweise Überlassung einer Kopie der begehrten Unterlagen, so der Umfang sich im erträglichen Rahmen hält.

Zu Ihrer Entscheidungshilfe fügen wir diesem Schreiben Ihnen das Argumentationspapier des australischen NTN (National Toxics Network) „NTN Response to Orica’s General Comments“ zur ihrer Verwendung bei.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Jürgens,

im Auftrag Pro-Herten
Kopie:MUNLV, Presseverteiler

[7] WDR-URL: „WDR: (…)Allerdings seien die Argumente für den weiten Transport und die Entsorgung dürftig ließ Umweltminister Eckhart Uhlenberg (CDU) über einen Sprecher wissen.(…)"

ANTWORT VON: BRINTRUP, JOST [MAILTO:JOST.BRINTRUP(AT)BEZREG-MUENSTER.NRW.DE]

Gesendet: Freitag, 1. Juni 2007 14:05
An: JJ(at)pro-herten.de
Betreff: AW: Anfrage nach UIG / Akteneinsicht nach IFG-NRW
Sehr geehrter Herr Jürgens,

Ihre Anfrage nach UIG / IFG bezüglich der Einsichtnahme in die Stellungnahme der australischen Behörde zum Exportantrag der Fa. Orica beantworte ich wie folgt:

Die Stellungnahme der zuständigen australischen Behörde sowie eine Rohübersetzung des Textes finden Sie aktuell auf der Internetseite des Umweltministeriums NRW unter: www.munlv.nrw.de

Freundliche Grüße Jost Brintrup , Bezirksregierung ,Domplatz 1-3, 48143 Münster

---

SCHREIBEN DES AUSTRALISCHEN MINISTERIUMS FÜR UMWELT UND WASSERHAUSHALT (UMWELTMINISTERIUM) VOM 23.05.2007 ROHÜBERSETZUNG

Auf der Grundlage einer umfangreichen Analyse der Australischen Abfallbeseitigungs-Ressourcen ist das Umweltministerium zu dem Ergebnis gelangt, dass Australien weder gegenwärtig über die geeigneten Kapazitäten verfügt, die Abfälle der Firma Orica zu beseitigen, noch dass es wahrscheinlich ist, dass Australien entsprechende Kapazitäten in den nächsten Jahren errichten wird, wenn überhaupt.

Zwar verfügt Australien über Anlagen, die in der Lage sind, viele Arten gefährlicher Abfälle zu behandeln, es verfügt jedoch nicht über Hochtemperatur-Verbrennungsanlagen, die mit denen in Deutschland vergleichbar sind oder über Anlagen die über eine vergleichbare Technologie verfügen und deren Eignung zur Behandlung von HCB-haltigen Abfällen nachgewiesen ist.

Das Lager der Firma Orica ist das einzige seiner Art in Australien und ist als Folge der Herstellung chlorierter Lösemittel einschließlich Tetrachlor-Kohlenstoff und Tetrachlorethen in den Jahren 1964 bis 1991 entstanden. Die Produktion von HCB wird in Australien nicht fortgesetzt.

Wenn das gegenwärtige Lager der Firma Orica geräumt ist, wird es in Australien keine Notwendigkeit zur Errichtung einer Anlage geben, in der konzentriertes HCB beseitigt werden kann.

Das Umweltministerium hat sich außerdem davon überzeugt, dass die Art und Weise des Transports vom Lager der HCB-haltigen Abfälle bis zum Bestimmungsort in Deutschland, so wie im Exportantrag beschrieben, im Einklang mit den Anforderungen an einen umweltverträglichen Umgang mit Abfällen steht.

Ich möchte betonen, dass Australien seine Verpflichtungen aus dem Basler Übereinkommen und anderen internationalen Vereinbarungen sehr ernst nimmt und, soweit dies möglich ist, gefährliche Abfälle vor Ort beseitigt.

Australien nimmt seinerseits gefährliche Abfälle aus anderen Staaten der Region, die über keine eigenen Beseitigungsanlagen verfügen, entgegen und beseitigt diese Abfälle.

Ich sehe Ihrer Entscheidung, mit der Sie der Verbringung der HCB-haltigen Abfälle aus Australien zustimmen, entgegen.

Sollten Sie weitere Unterstützung im Hinblick auf diese Erklärung bzw. diesen Antrag für nötig erachten, zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren … .

Unterschrift: Leiter der Abteilung (Fachgruppe) gefährliche Abfälle

Australian Government

Department of the Environment and Water Resources

FACSIMILE

File No: 2006/13576
2006/13577
2006/13578

To	**Herr Bernhard Veith**	**Fax**	**+ 49 251 411 812 46**
At	**Bezirksregierung Münster**		
RE	**Australian response regarding Orica Australia**		
From	Department of the Environment and Water Resources	**Date**	23 May 2007
Title/Role	Mr Damien Hall	**Fax**	+61 2 6274 1164
Section/Branch	Hazardous Waste Section / Environment Protection Branch	**Phone**	+61 2 6274 1411
Email	damien.hall@environment.gov.au	**Pages**	3 (including this one)

Dear Herr Veith

Please find attached a letter in response to your letter of 6 December 2006 regarding Orica Australia's applications to export hexachlorobenzene (HCB) waste to Germany and your request for a duly motivated statement under Article 19 (3) Council Regulation (EEC) No. 259/93.

I am sending two copies of these documents, one by facsimile and the originals by airmail. Please confirm receipt of this notification on facsimile +61 2 6274 1164, or by e-mail at *damien.hall@environment.gov.au*.

Yours sincerely

Mr Damien Hall
Director
Hazardous Waste Section
Environment Protection Branch

Australian Government
Department of the Environment and Water Resources

File No: 2006/13576
2006/13577
2006/13578

Herr Bernhard Veith
Bezirksregiering Münster
Dezernat 52
Von-Vinke Strass 23-25 D 48128
Münster
GERMANY

Facsimile: + 49 251 411 812 46

Dear Herr Veith

Transboundary Movement of Hazardous Waste AUH069537R

Thank you for your letter of 6 December 2006 regarding Orica Australia's applications to export hexachlorobenzene (HCB) waste to Germany and your request for a duly motivated statement under Article 19 (3) Council Regulation (EEC) No. 259/93.

Following an extensive analysis of Australia's waste disposal capabilities, the Department of the Environment and Water Resources (the Department) has concluded that no facility in Australia currently has the capacity to dispose of the Orica waste, nor is it likely that the capacity will be developed in the next several years, if ever.

While Australia does have facilities capable of dealing with many hazardous wastes, it does not have high temperature incinerators comparable to those in Germany, or facilities with alternative technologies which have proven their suitability for dealing with the HCB wastes.

The Orica HCB stockpile is the only one of its kind in Australia and was created as a by-product of the manufacture of chlorinated solvents including carbon tetrachloride and tetrachloroethene from 1964 to 1991. There is no continuing production of HCB in Australia. If the current Orica HCB stockpile is destroyed there would be no further demand for a concentrated HCB waste destruction facility in Australia.

The Department has also concluded that the mode of transport from the HCB waste stockpile site to the German facilities described in the export proposal is consistent with the environmentally sound management of the waste.

GPO Box 787 Canberra ACT 2601 Telephone 02 6274 1111 Facsimile 02 6274 1666
www.environment.gov.au

I would like to emphasise, that Australia takes its obligations under the *Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal* and other international conventions very seriously and where possible disposes of its hazardous waste domestically.

Australia also receives and disposes of hazardous waste for countries in its region that do not have suitable facilities for disposal.

I look forward to hearing from you with your decision on whether you consent to the shipment of the HCB waste from Australia.

If there is any further assistance that we can provide in relation to this statement or application, please do not hesitate to contact me, by phone on +61 2 6274 1141, or by email at damien.hall@environment.gov.au.

Yours sincerely

Damien Hall
Director
Hazardous Waste Section

23 May 2007

DW staff (jp) | www.dw-world.de | © Deutsche Welle. 2.6.07

HEADING TO GERMANY: 22,000 TONS OF TOXIC WASTE

The toxic shipments are likely to meet with resistance from Germany

The Australian government this week authorized the export of 22,000 tonnes of toxic waste to Germany, but the Germans aren't sure they want it.

Australia's Environment Minister Malcolm Turnbull has backed a proposal by the world's largest explosives maker, Orica, to transport 22,000 tons of toxic waste to Germany for disposal.

He said he is satisfied Australia does not have the capacity now, nor in the near future, to dispose of the waste stored at Botany Bay in Sydney for the last 20 years.

He stressed that he would not issue a permit for export unless Germany agrees to accept the waste.

Resistance

German authorities are now questioning the safety of the transport arrangements and whether it is necessary.

The 60,000 barrels of hexachlorobenzene will have to travel 16,000 kilometers (9,940 miles) by train and ship before they go up in smoke in German incinerators.

Hexachlorobenzene or HCB is highly toxic, collecting up in fatty tissues and causing serious diseases. Even after it's been incinerated, there are poisonous solid residues which still have to be dumped somewhere safe.

Markus Friese, spokesman for the environment ministry in the state of North Rhine-Westphalia, where most of the waste will end up, said the Australians should deal with their own rubbish.

"Australia is an industrial nation," he said. "It was able to produce this stuff, so we believe that Australia should also be able to get rid of it."

But Heinz Struszczynski, spokesman for RZR Herten, one of the plants which will be dealing with the HCB, said that isn't the case.

"This waste is very special," he said. "It's one of the so-called Dirty Dozen identified by the Stockholm Convention."

Struszczynski added that this kind of waste can only be processed in special plants of high quality, and these plants can only be found in Europe, and particularly in Germany. Other waste, even toxic waste, can be dealt with in Australian plants.

Making money

HEADING TO GERMANY: 22,000 TONS OF TOXIC WASTE

Germany plans to make certain Australia cannot dispose of the waste itself

According to the Basle Convention, toxic waste must be dealt with in the country of origin if it has the capacity to do so or if it is reasonable to expect that capacity to be provided. If this is not the case, it can be exported. Officials plan a thorough check to see if there really are no suitable plants in Australia, or if they can't be built.

But Dirk Jansen of German Friends of the Earth said he feels the problem is ultimately a German one.

"The main reason why North Rhine-Westphalia is an El Dorado for toxic waste disposal in Germany, with 600,000 tons a year imported, is that it's an easy way of making money," he said. "In the eighties, the operators built up over-capacities which now have to be filled.

"I can't believe it will remain a one-off," he added. "We fear that the gates will be opened for waste imports from the whole world." DW staff (jp)

DW-Fernseh-Beitrag deutsch DW-TV-Spot english

79,27 Prozent stimmen gegen Giftmüll h.a. 14.Juni 2007

HERTEN. Die überwältigende Mehrheit hat sich bei unserer Umfrage dagegen ausgesprochen, dass **Giftmüll** aus Australien im RZR Herten verbrannt wird. -

Am 29. Mai hatten wir die Umfrage auf www.hertener-allgemeine.de freigeschaltet. Bis zum Ende der Stimmabgabe am Montag wurden 965 Teilnehmer verzeichnet. Einige, die keinen Internet-Anschluss besitzen, haben uns ihre Meinung sogar per Brief oder Postkarte mitgeteilt. Wir danken Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für das große Interesse.

Das Ergebnis fällt deutlich aus: 765 Teilnehmer (79,27 Prozent sind gegen die **Giftmüll**-Verbrennung in Herten. 160 Nutzer (16,58 Prozent) haben dafür gestimmt. 40 Teilnehmern (4,15 Prozent) ist das **Giftmüll**-Thema schlicht egal.

Allerdings hatte es in der vergangenen Woche einen Versuch gegeben, das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen. Nachdem sich zunächst mehr als 90 Prozent gegen den **Giftmüll** ausgesprochen hatten, wurden innerhalb von Stunden mehrere hundert Stimmen pro **Giftmüll** abgegeben. Eine technische Überprüfung ergab, dass all diese Stimmen mit Hilfe eines automatischen Manipulations-Programms abgegeben wurden. Unsere EDV-Experten bereinigten daraufhin die Umfrage von den missbräuchlichen Stimmen, die Umfrage lief korrekt weiter.

Donnerstag, 14. Juni 2007 | Quelle: Hertener Allgemeine (Herten)

Kleine Anfrage / Antwort BG90 Schleswig Holstein

Anlässlich des Antrags der australischen Firma Orica, Hexachlorbenzol (HCB)-haltigen Giftmüll in Brunsbüttel lagern und entsorgen zu lassen, frage ich die Landesregierung:

1. Wir beurteilt die Landesregierung das Angebot der australischen Firma Dolomatrix, den Giftmüll in Australien entsorgen zu lassen?
2. In welcher Form hat die Landesregierung geprüft, bzw. wird sie prüfen,
    a. ob in Australien geeignete Entsorgungseinrichtungen nicht bestehen?
    b. ob gefährliche Stoffe, (über HCB hinaus) nicht existieren, bzw. in Umlauf gebracht werden, deren Entsorgung gleichartige Anlagen erfordert?
    c. was der Bau, bzw. der Ausbau einer geeigneten Anlage in Australien kosten würde und ob es der dortigen Regierung nicht zuzumuten wäre, für die fragliche Giftmenge ein entsprechende Anlage zu errichten? Mit welchem Ergebnis?
3. Wie ist der geplante, bzw. zu erwartende Ablauf
    a. des Transportes
    b. der Konditionierung
    c. der Lagerung
    d. der Zwischentransporte und
    e. der Entsorgung der HCB-belasteten Abfälle aus Australien
4. Welche Emissionen und welche Reststoffe entstehen durch die Abfallbehandlung und in welchen Mengen?

Politics

http://www.villagevoice.com.au/section/NWS10

HCB MAY SOON HEAD OFFSHORE VILLAGE VOICE

Malcolm Turnbull.

BOTANY MAY SOON BE FREE OF ITS HIGHLY TOXIC WASTE PILE OF HCB.

Source: Southern Courier Author: Tim Martin Posted: Tue 5 Jun, 2007

The Federal Government has given its support to plans for chemical company Orica to ship the 22,000 tonnes of toxic waste to Germany for incineration.

The Minister for the Environment and Water Resources, Malcolm Turnbull, last month announced Australia did not have the capacity to dispose of the stockpile of hexachlorobenzene (HCB) waste currently stored at the site in Banksmeadow and said it should be sent overseas.

"My department concludes that no facility with the capacity to dispose of the waste currently exists in Australia," he said.

"It is also unlikely that this capacity will be developed in coming years, if at all.

"The department also considered that the shipping arrangements proposed by Orica met relevant international standards and were appropriate."

Orica sought permission from the Government last year to export more than 60,000 barrels of the industrial HCB waste to German facilities capable of disposing of it.

But Mr Turnbull said there was still a process to go through before the waste left Australian shores.

"By law I cannot make a decision on whether or not to issue an export permit for the HCB waste until I have received written consent from the German authorities that they will accept the waste," he said.

"Once I have received that advice, I will make my decision on whether or not to issue an export permit."

The Opposition spokesman on the environment, Kingsford Smith MP Peter Garrett, acknowledged the absence of an Australian facility to destroy the waste.

"Now that it appears Orica's application for an export licence has progressed in the queue, the minister needs to advise if and when he is going to make a decision," Mr Garrett said.

Orica welcomed the announcement.

A spokeswoman said: "Orica looks forward to the day when we can say to the community that there is no HCB stored on the site. We will continue to work closely with the local community to ensure that if the export goes ahead, it is completed in a timely and non-intrusive way."

The spokeswoman said Orica was working with the relevant German authorities and Australian departments to provide any further assistance. (Anmerkung:Korruption??)

However, Mr Turnbull's statement reignited local debate over whether the material should be destroyed locally or overseas.

Greens MLC Ian Cohen told the Courier that "The German community and environment movement are outraged that Orica will be dumping this highly toxic waste on them."

"The local [Botany] community may feel relieved that the waste will not be treated on site, but I hope they will sympathise with the German community that will now have to put up with [the] disposal of the waste."

Local MP Michael Daley said this was a "great first step" for getting the waste "out of our backyard".

RELATED ARTICLES:ORICA COULD SEND TOXIC WASTE TO GERMANY

- Chemicals company Orica is considering shipping to Germany around 15,000 tonnes of toxic waste that is stockpiled on its Botany site in Sydney's south.
- The company has all but ruled out the possibility of building a plant in regional New South Wales to destroy the waste.
- Late last year Orica sought expressions of interest from regional councils across NSW for the site of a plant that would incinerate a toxic chemical waste called hexachlorobenzene.
- About 60,000 barrels of the waste is stockpiled at its botany site.
- But Orica's corporate affairs manager John Fetter says while a handful of councils have looked into the proposal there has been a great deal of local opposition to the idea.
- "We've always said that it would be very a very difficult task for us to find a location in rural NSW," he said.
- "We stand by that - and that's why we have been investigating the possibility of exporting this waste to Europe."
- He says Germany appears the most likely destination, but Orica would first need to obtain a special export licence from the Federal Government.

•

ASX Announcement
ORICA WELCOMES HCB ANNOUNCEMENT

Orica welcomes the announcement by the Federal Government that Australia does not have the capacity to dispose of our Hexachlorobenzene (HCB) stockpile.

This announcement is the first step in approval to export the waste to Germany for destruction. The German authorities will now be asked by the Australian Government to approve the import of the waste under the Basel Convention. Once the import to Germany is approved the Australian Government can formally consider an export permit.

28 May 2007

JUNI

ORICAS: MIESE TRICKS IN SACHEN DOLOMATRIX? 11. JUNI 2007

From: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Sent: Monday, 11 June 2007 1:55 PM
Subject: HCB Technology

Dear All,

Regarding our opposition to the HCB waste export from Australia to Germany:

The Managing Director of Dolomatrix (previously BCD Technologies Pty Ltd) in Australia, has just been fired ...others on staff have resigned. They may be taking legal action against the Board.

It appears that the new Board of Dolomatrix has NO interest in treating the HCB stockpile.

There are rumours that the company might be under attack but its impossible to get details, however, shares price have tumbled, as well as tales of lots of money being spent.....

This badly affects our campaign to stop the HCB export.

It will also put a lot of pressure on the German Regional Environment Minister who is investigating his legal options to refuse the HCB waste after receIving our Minister Turnbull's letter approving the export.

German media and NGOs are still running hard in opposition to the Australian waste import and a German TV crew is due out here this week. We will continue to argue Australia has the technical and financial capacity to deal with this waste itself, but without the support of the industry. Regards Mariann

---

Ihr Lieben

Betreffend unseren Widerstand zum HCB Entsorgungs- Export von Australien nach Deutschland:

Der geschäftsführenden Direktor von Dolomatrix (vorher BCD Technologien Pty Ltd.) in Australien, ist gerade „gefeuert“ worden… andere des Führungstabes haben gekündigt.. Sie können den Rechtsweg gegen den Vorstand beschreiten.

Es scheint, daß der neue Vorstand von Dolomatrix an der HCB Entsorgung KEIN Interesse hat, Es gibt Gerüchte, dass die Firma Übernahme-Angriffen ausgesetzt sein sollte , jedoch über Anteilpreise gestolpert ist, sowie Geschichten, dass eine Menge Geld aufgewendet wurde. Es ist jedoch derzeit unmöglichen, Details zu erhalten. Dieses unterminiert unsere Bemühungen, den HCB-Export zu stoppen

Dieses übt auch eine Menge Druck auf dem deutschen Umweltminister aus, der derzeitig die gesetzlichen Möglichkeiten überprüft, um die HCB Entsorgung abzulehnen, nachdem er den Brief unseres Minister Turnbulls erhalten hat, der den Export genehmigt.

Deutsche Medien und Bürgerinitiativen zeigen noch heftigen Widerstand zum australischen HCB-Export und ein deutsches Fernsehteam berichtete dazu passend in dieser Woche.

Wir setzen unsere Argumentation fort, dass Australien haben die technische und finanzielle Kapazität, diese Entsorgung selbst, aber ohne die Unterstützung der Industrie durchzuführen

Dr Mariann Lloyd-Smith PhD (Law)
Senior Advisor, National Toxics Network Inc.
www.ipen.org

AUSTRALIENS KAMERADEN

Malcolm Turnbull Umweltminister ‚Bankkaufmann Liberaler (CDU) Giftmüllbefürworter	Peter Garrett, AM, Midnightoil-Sänger MP Labor (SPD) Shadow Min. for Climate Change, Environment, Heritage and Arts Giftmüllbefürworter	Michael_Daley Member of the Legislative Ass. for Maroubra Parliamentary Secretary Australian Labor Party (SPD)Giftmüllbefürworter	Ian Cohen Member of the Legislative Council-Member of The Greens (Grüner) Giftmüllgegner

GIFTMÜLLIMPORT GESTOPPT

Pressemitteilung Pro-Herten

Giftmülltransporte gestoppt - Breiter Widerstand aus Herten und Umgebung zeigt Erfolg

Die Hertener Bürgerproteste gegen den Giftmülltransport aus Australien haben Erfolg gezeigt! Wie Minister Uhlenberg heute auf einer Pressekonferenz verkündet, wird er einen Import ablehnen. Die Initiatoren der Anti-Giftmüll-Bewegung, Pro-Herten sowie die Evangelische Kirchengemeinden, NUR und überörtliche Umweltverbände, freuen sich über den glücklichen Ausgang dieses langwierigen Kampfes.

„Zunächst haben wir uns gefühlt wie David gegen Goliath“, sagt der Sprecher von Pro-Herten, Joachim Jürgens. „Doch nach und nach haben sich immer mehr Menschen angeschlossen und protestiert. Wir konnten einen Etappensieg nach dem anderen erringen und – entgegen vieler Widerstände – nun endlich diese unsäglichen Transporte stoppen. Darauf sind wir mehr als stolz.“

Wichtig für uns ist auch zu wissen, dass auch Bürger mit vernünftigen Argumenten nicht machtlos sind. So wird die nichtregionale Sondermüllentsorgung weiter in unserem Fokus stehen.

Mittlerweile hat sich auch das Land Schleswig-Holstein gegen die Giftmülltransporte ausgesprochen. Dies geht aus einer aktuellen Pressemitteilung des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums hervor.

Weitere Informationen zu den Entscheidungen der Ministerien finden Sie unter

---

NRW-MINISTER: KEINE IMPORTGENEHMIGUNG FÜR GIFTMÜLL, 15.6.07

Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Eckhard Uhlenberg MdL

Abfall-Importe aus Australien gestoppt

Pressekonferenz am 15. Juni 2007
Landtag, Düsseldorf
Sperrfrist: Beginn der Rede.
Es gilt das gesprochene Wort.

Im Dezember 2006 hat die Firma Orica beantragt, 22.000 t Hexachlorbenzolhaltiger Abfälle aus Australien nach Deutschland einzuführen. Von diesen Abfällen soll etwa die Hälfte in den Sonderabfallverbrennungsanlagen in Dormagen, Herten und Leverkusen verbrannt werden. Dieser Vorgang hat zu einer heftigen politischen Debatte über die Zulässigkeit solcher Abfallimporte geführt.

Ich möchte zunächst einmal hervorheben, dass wir in Nordrhein-Westfalen über Sonderabfallverbrennungsanlagen verfügen, die weltweit den höchsten Standards entsprechen und in denen solche Abfälle problemlos eingesetzt werden können. Ich bin stolz auf unsere ausgezeichnete Entsorgungsinfrastruktur, denn sie ist ein wichtiger Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Ich habe in den vergangenen Monaten allerdings auch immer wieder betont, dass ich einen Transport solcher Abfälle aus einem so weit entfernten Staat wie Australien, das selbst über eine hochentwickelte Industrie-Infrastruktur verfügt, nicht befürworte. Es war uns jedoch in den vergangenen Monaten aus Rechtsgründen nicht möglich, hierzu eine abschließende Entscheidung zu treffen. Die einschlägigen Vorschriften schreiben nämlich vor, dass ein Staat, der Abfälle in die Europäische Union exportieren möchte, zunächst eine Erklärung abgeben muss, dass er selbst weder jetzt noch in Zukunft über die notwendigen Entsorgungsanlagen verfügt.

Ohne diese offizielle Erklärung waren uns die Hände gebunden. Der Antrag Australiens liegt uns seit dem 25. Mai vor, eine vertiefte Begründung hat die Australische Regierung am 6. Juni nachgereicht. Sowohl den Antrag als auch die Begründung haben wir auf unserer Internet-Seite veröffentlicht.

Wir haben diese Erklärung nicht nur bei uns im Hause gründlich geprüft, sondern zusätzlich auch einen externen Gutachter um eine Stellungnahme gebeten.

Den erst seit einer Woche vorliegenden Ausführungen können wir entnehmen, dass die Australische Regierung den Widerstand der eigenen Bevölkerung als einen Haupthinderungsgrund ansieht, den Abfall im eigenen Land zu entsorgen. Das steht jedoch im Widerspruch zum Basler Übereinkommen, das die Verbringung gefährlicher Abfälle regelt, und ist daher nicht akzeptabel.

Ich habe Vorgestern Gelegenheit gehabt, mit dem früheren Bundesumweltminister, Klaus Töpfer, über diese Frage zu sprechen. Klaus Töpfer war am Zustandekommen des Basler Übereinkommens maßgeblich beteiligt und er hat mir bestätigt, dass ein wichtiges Ziel dieses Übereinkommen ist, Industriestaaten dazu anzuhalten, eigene Entsorgungskapazitäten zu schaffen.

Um es einmal etwas zuzuspitzen: Das Basler Übereinkommen, das auch Australien unterzeichnet hat, regelt die Voraussetzungen für die Verbringung von Abfällen, dient aber nicht dem Export von Bürgerprotesten.

Das Ergebnis unserer Überprüfung lautet daher: Das Vorbringen der australischen Regierung überzeugt mich nicht. Es ist Australien möglich und zumutbar, eine eigene Entsorgungsanlage zu errichten oder eine vorhandene Anlage zu ertüchtigen. Ich habe deshalb heute die Bezirksregierungen angewiesen, die Genehmigung für den Abfallimport aus Australien zu versagen.

Wenn in den vergangenen Wochen insbesondere Vertreter der Grünen immer wieder behauptet haben, die Landesregierung hätte längst eine Entscheidung treffen können, so geht dies völlig an der Realität vorbei. Diese Behauptung ist juristisch unhaltbar, verlangt eine willkürliche Entscheidung und ist populistischer Unsinn. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Grünen die Ängste der Bevölkerung zum Zweck politischer Profilierung instrumentalisieren.

Die Grünen sind in dieser Frage ohnehin als Ratgeber denkbar ungeeignet. Ich darf nochmals daran erinnern, dass unter Verantwortung der Grünen die Importe von gefährlichen Abfällen aus aller Herren Länder nach Nordrhein-Westfalen zwischen 2000 und 2005 nahezu verdoppelt worden sind.

Mir ging es immer darum, eine rechtssichere Entscheidung auf der Basis von Fakten treffen zu können. Diese liegt jetzt vor.

Fakt ist:

- **Wir haben den Sachverhalt und die Rechtslage gründlich geprüft.**
- **Wir haben in NRW die sichersten Abfallverbrennungsanlagen der Welt.**
- **Wir sind aber nicht dafür da, die Akzeptanzprobleme der australischen Bevölkerung gegenüber Entsorgungslösungen im eigenen Land zu lösen.**

PRESSEMITTEILUNG: UHLENBERG STOPPT ABFALL-IMPORTE AUS AUSTRALIEN

Nach gründlicher Prüfung der Rechtslage hat NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg heute die Bezirksregierungen Münster, Düsseldorf und Köln angewiesen, die Genehmigung für den umstrittenen Import von

Hexachlorbenzol-haltigen Abfälle aus Australien zu versagen. „Nordrhein-Westfalen hat die sichersten Abfallverbrennungsanlagen der Welt. Nordrhein-Westfalen ist aber nicht dafür da, die Akzeptanzprobleme der australischen Bevölkerung gegenüber einer Abfallentsorgung im eigenen Land zu lösen“, erklärte Uhlenberg.

Ende vergangenen Jahres hatte die Firma Orica Australia beantragt, 22.000 t Hexachlorbenzol-haltiger Abfälle aus Australien nach Deutschland einzuführen. Von diesen Abfällen sollte etwa die Hälfte in den Sonderabfallverbrennungsanlagen in Dormagen, Herten und Leverkusen verbrannt werden. Dieser Vorgang hat zu einer intensiven politischen Diskussion über die Zulässigkeit solcher Abfallimporte geführt.

Der Umweltminister hob heute zunächst hervor, dass Nordrhein-Westfalen über Sonderabfallverbrennungsanlagen verfügt, die weltweit den höchsten Standards entsprechen und in denen solche Abfälle problemlos eingesetzt werden können. „Ich bin stolz auf unsere ausgezeichnete Entsorgungs-Infrastruktur, denn sie ist ein wichtiger Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen“, sagte Uhlenberg.

Der Umweltminister wies darauf hin, dass er in den vergangenen Monaten immer wieder betont hatte, dass er einen Transport solcher Abfälle aus einem so weit entfernten Staat wie Australien, das selbst über eine hochentwickelte Industrie-Infrastruktur verfügt, nicht befürwortet. Eine frühere, abschließende Entscheidung war allerdings aus Rechtsgründen nicht möglich. Die EG-Abfallverbringungsverordnung schreibt vor: Wenn ein Staat wie Australien Ab fälle in die EU exportieren möchte, muss er zunächst eine Erklärung abgeben, dass er selbst weder jetzt noch in Zukunft über die notwendigen Entsorgungsanlagen verfügt und ihm die Errichtung einer solchen Anlage auch nicht zumutbar ist. Uhlenberg: „Ohne diese offizielle Erklärung Australiens waren uns die Hände gebunden.“ Der Antrag Australiens liegt seit dem 25. Mai vor, eine vertiefte Begründung hat die Australische Regierung am 6. Juni nachgereicht. Beide Dokumente hat das Umweltministerium auf seiner Internetseite veröffentlicht. Uhlenberg hat den Antrag und die Erklärung nicht nur im eigenen Hause prüfen lassen, sondern zusätzlich auch einen externen Gutachter mit einer Stellungnahme beauftragt.

Den erst seit einer Woche vorliegenden Ausführungen der Australischen Regierungen ist zu entnehmen, dass man dort den Widerstand der eigenen Bevölkerung als einen Haupthinderungsgrund ansieht, den Abfall im eigenen Land zu entsorgen. Das steht jedoch im Widerspruch zum Basler Übereinkommen, das die Verbringung gefährlicher Abfälle regelt, und ist daher nicht akzeptabel. Uhlenberg erklärte daher, dass ihn das Vorbringen der australischen Regierung nicht überzeugt habe. Es sei Australien möglich und zumutbar, eine eigene Entsorgungsanlage zu errichten oder eine vorhandene Anlage zu ertüchtigen. Er habe deshalb den Abfallimport aus Australien gestoppt. Uhlenberg: „Wenn in den vergangenen Wochen insbesondere Vertreter der Grünen immer wieder behauptet haben, die Landesregierung hätte längst eine Entscheidung treffen können, so geht dies völlig an der Realität vorbei. Diese Behauptung ist juristisch unhaltbar, verlangt eine willkürliche Entscheidung und ist populistischer Unsinn. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Grünen die Ängste der Bevölkerung zum Zweck politischer Profilierung instrumentalisieren. Mir ging es immer darum, eine rechtssichere Entscheidung auf der Basis von Fakten treffen zu können. Diese liegt jetzt vor.“

DEAR VISITOR

Let me welcome you to the new website of the Ministry of the Environment and Conservation, Agriculture and Consumer Protection of the German State of North Rhine-Westphalia.

Issues and topics are presented in alphabetical order and in a user-friendly fashion, designed to give an overview of our key functions, objectives and activities.

The site, designed in a barrier-free and fact-oriented fashion, will initially be providing basic services. During the coming weeks, contents are going to be added, benefiting especially experts and other interested users.

The site has a modern request facility where you can order our free publications to be delivered to your doorstep, or the latest press releases sent to your computer.

We are working for a sustainable and vital North Rhine-Westphalia, with clean rivers and lakes, unpolluted air as well as protection against noise and other eco-hazards. To maintain and improve the quality of living, we also need to protect biological diversity, natural spaces and the scenery that makes for the beauty of our state. North Rhine-Westphalians want to live in a state where a strong economy and jobs provide them with a secure future. I am therefore actively seeking an environmental dialogue with the business sector in NRW. Many opportunities for strengthening the economy and creating jobs fall within the remit of my department. They include a competitive farming and food sector, the timber industry, innovations in the environment sector and renewable energy sources.

It is my aim to introduce greater transparency into our efforts to protect the environment. We need personal responsibility and initiative rather than overregulation. My intention is to see more co-operation. I am confident that by having a proper dialogue we can scale back state influence whilst doing even more for the environment, nature, agriculture and consumer protection. I look forward to receiving your suggestions and ideas for a dialogue that will help improve our work here at the Ministry.

Eckhard Uhlenberg, Minister for the Environment and Conservation, Agriculture and Consumer Protection of the State of North Rhine-Westphalia

---

SCHLESWIG HOLSTEINS ABLEHNUNG 15.2.07

Medien-Information 15. Juni 2007

Einfuhr und Beseitigung von Sondermüll aus Australien wird abgelehnt œ Umweltminister Dr. Christian von Boetticher: ‡Antragsbegründung unzureichend—

KIEL. Die Einfuhr und Beseitigung von Sondermüll aus Australien nach Schleswig-Holstein wird abgelehnt. Das teilte Umweltminister Dr. Christian von Boetticher mit. Zur Begründung sagte er: ‡Die geplante Verbringung des Sondermülls verstößt gegen das Basler Übereinkommen. Dabei handelt es sich um ein internationales Abkommen, das die grenzüberschreitende Verbringung von gefährlichen Abfällen regelt. Danach hat die Entsorgung gefährlichen Abfalls vorrangig im Inland zu erfolgen. Der Export von Sondermüll ist auf ein Mindestmaß zu beschränken. Aus unserer Sicht haben die australischen Behörden nicht ausreichend dargelegt, dass eine ordnungsgemäße und umweltgerechte Beseitigung der Abfälle in Australien selbst nicht erfolgen kann. Davon hatten wir stets eine positive Entscheidung abhängig gemacht.—

Der Umweltminister verwies darauf, dass dieser Nachweis nach gültigem Recht eine zwingende Voraussetzung einer Genehmigung sei.

Australien begründete die Unmöglichkeit der Beseitigung des Abfalls im eigenen Land wie folgt:

Obwohl Orica bereits umfangreiche Untersuchungen von Pilotanlagen zur Einbindung in diese Technologie durchgeführt hat, war das Unternehmen noch nicht in der Lage, die Entwicklung und Anwendung in Australien weiterzuführen, da bisher noch kein Standort gefunden wurde, der von der ansässigen Gemeinde akzeptiert wurde.—

Die Argumentation der australischen Behörden, die Errichtung einer geeigneten Entsorgungsanlage sei mangels Akzeptanz vor Ort nicht durchsetzbar, reicht als Begründung jedenfalls nicht aus—, sagte Christian

von Boetticher. Das Basler Übereinkommen habe nicht den Zweck, mögliche Proteste der eigenen Bevölkerung in einen Drittstaat zu exportieren.

Er gehe deswegen davon aus, so der Minister weiter, dass auch Nordrhein-Westfalen die Genehmigung verweigern werde.

Zur Erinnerung: Ende 2006 hatte die australische Firma Orica die Einfuhr und Beseitigung von bis zu 22.000 Tonnen mit dem Stoff Hexachlorbenzol (HCB) verunreinigter Abfälle beantragt. Davon sollten bis zu 5.000 Tonnen in Brunsbüttel verbrannt, die übrige Menge zu Standorten in Nordrhein-Westfalen transportiert und dort entsorgt werden.

Verantwortlich für diesen Pressetext: Christian Seyfert, Christiane Conrad | Ministerium für Landwirtschaft, Um

---

AUDIO: BEITRAG - HIT RADIO FEST 15.6.07 UND 16.6.07

DR MARIANN LLOYD-SMITH PHD (LAW), BEITRAG 1 – BEITRAG 2 (ENGLISCH)

Senior Advisor, National Toxics Network Inc., CoChair, International POPs Elimination Network

TV-WDR-BEITRÄGE: AKTUELLE STUNDE / LOKALEZEIT DORTMUND

WHAT AUSSIES DON'T WANT GERMANS SHOULD ACCEPT (LINK)

A PLAN to export and destroy highly toxic waste from Sydney collapsed yesterday when German politicians barred its shipment, prompting one of Australia's largest companies to threaten legal action in Europe.

The firm might now approach the German Government to get it to override regional politicians responsible for the decision and was seeking legal advice, a spokesman for Orica said.

He said for people living near it, the toxic stockpile was like "having a bomb next door to your house". "It hasn't gone off but the best way to get comfort is to get rid of the bomb," Mr Burgess said.

Germany's refusal was a victory for environmental and community groups there who protested about the risks of transporting and destroying the waste. They have also been critical of Australia's inability to manage the waste itself and offered to send experts to advise.

GERMANS CAUSE STINK BY REFUSING TO TAKE OUR TOXIC WASTE (SMH)

Deborah Cameron June 19, 2007 A PLAN to export and destroy highly toxic waste from Sydney collapsed yesterday when German politicians barred its shipment, prompting one of Australia's largest companies to threaten legal action in Europe.

Failure of the plan, which had the backing of federal and state governments, means that more than 15,600 tonnes of waste the world's largest stockpile of lethal hexachlorobenzene (HCB) must stay in Botany.

The waste is owned by Orica the $5.4 billion parent company of Dulux, Cabot's, Selleys, Yates and Thrive and the world's biggest maker of explosives, which had set aside $49 million to destroy it.

The firm might now approach the German Government to get it to override regional politicians responsible for the decision and was seeking legal advice, a spokesman for Orica said.

The chemical stockpile was approved for export after an independent panel of scientists and the Minister for the Environment, Malcolm Turnbull, found no capacity within Australia to destroy it.

The decision was made over objections from Green groups who said that its shipment to Germany posed a danger. There had also been fierce lobbying by at least one Australian waste company, Dolomatrix, which

wanted the disposal contract, although significant doubts about its ability to process the stockpile have since emerged.

The waste, a byproduct of chemical and pesticide production, has been accumulating for 20 years and is stored in about 60,000 barrels in sheds in Botany. It is mainly in the form of toxic sludge but some is granular and there are also tonnes of rubble, timber, machinery, used drums and protective clothing.

Germany's refusal to take and destroy the waste was unwanted news, said John Burgess, a retired general manager of the Commonwealth Bank who is involved with the Botany Groundwater Project, a citizens' action group, and who is meeting Orica today.

Germany's refusal was a victory for environmental and community groups there who protested about the risks of transporting and destroying the waste. They have also been critical of Australia's inability to manage the waste itself and offered to send experts to advise. He said for people living near it, the toxic stockpile was like "having a bomb next door to your house". "It hasn't gone off but the best way to get comfort is to get rid of the bomb," Mr Burgess said.

footnote In fact, it is unfortunate that the “lady journalist” not put out the actual reasons, to disregard occurs the Baseler convention as refusal reason.

DEUTSCHE ROHÜBERSETZUNG

Deutsch verursache Gestank durch die Ablehnung, unseren giftigen Abfallstoff zu entsorgen

EIN PLAN, des in hohem Grade giftigen Abfallstoffs von Sydney zu exportieren und zu zerstören, zerbrach gestern, als deutsche Politiker den Export untersagten und forderte dadurch eine von Australiens größten Firmen heraus, mit Rechtsverfahren in Europa zu drohen.

Die Verhinderung des Exports, der durch die Bundesregierung(Canberra) und der Landesregierung(NSW) unterstützt wurde, bedeutet, dass mehr als 15.600 Tonnen Abfall die größte Ansammlung der Welt des lebensgefährlichen Hexachlorbenzols (HCB) in BotanyBay bleiben muss.

Die Entsorgung wird durch Orica die $5.4 Milliarde Muttergesellschaft von Dulux, Cabots, Selleys, Yates und daraus einen großen Gewinn erzielen , sowie der größten Hersteller der Welt für Explosivstoffe, die dafür $49 Million Rücklage gebildet haben, um den Abfall zu zerstören.

Das Unternehmen will sich jetzt an die deutschen Bundesregierung wenden, um die lokalen Politiker [Anmerkung JJ: gemeint sind offensichtlich Gabriel [BRD];Uhlenberg[NRW] und BöttingerSH] zu überstimmen, die für die Entscheidung verantwortlich sind und wir suchen Rechtsberatung, sagte ein Firmensprecher Oricas.

Der chemische Abfall wurde für den Export von einer unabhängigen Gutachtergruppe von Wissenschaftler genehmigt da der Umweltminister, Malcolm Turnbull, keine Kapazität innerhalb Australiens fand, um den Abfall zu zerstören.

Die Entscheidung wurde über Einwänden von den grünen Gruppen getroffen, die sagten, dass sein Export nach Deutschland eine Gefahr darstellt. Es hatte auch heftige Beeinflussungen durch mindestens eine australische Abfallverwertungsfirma Dolomatrix gegeben, die den Beseitigungsvertrag wünschte, obgleich bedeutende Zweifel über ihre Fähigkeit, den Abfall zu verarbeiten, aufgetaucht sind.

Der Abfall, ein Nebenprodukt der Chemikalie und Schädlingsbekämpfungsmittelproduktion, hat sich über 20 Jahre dort angesammelt und wird in ungefähr 60.000 Fässern in den Hallen in der Botany-Bay gelagert. Es liegt hauptsächlich in Form von giftigem Schlamm vor, aber einiges ist granuliert und es gibt auch Tonnen mit Schutt, Bauholz, Maschinerie, benutzte Trommeln und Schutzkleidung

Die Ablehnung Deutschlands zur Entsorgung des Abfalls war eine unwillkommene Nachrichten, sagte John Bürger, einen pensionierten Generaldirektor der Commonwealthbank, die in das Botany Grundwasser Projekt, eine Gruppe, die Aktionen der Bürger miteinbezog, und die heute Orica aufsuchte.

Er sagte, für die Menschen, die nahe der giftigen Halde leben, war es wie „eine Bombe vor der Tür zu Ihrem Haus“. „Sie ist nicht verschwunden, aber der beste Weg wäre, die Bombe loszuwerden,“ sagte Herr Burgess.

Die Ablehnung Deutschlands war ein Sieg für die dortigen Umweltvereinigung- und der Bevölkerung, die über die Gefahren des Transports und des Beseitigung der Abfalls protestierten. Sie sind auch gegenüber der Unfähigkeit Australiens, die Beseitigung selbst zu handhabe, kritisch gewesen und haben angeboten, Experten zur Beratung zu senden.

Anmerkung Es ist bedauerlich, dass die Journalistin nicht die eigentlichen Gründe, das unterlaufen der Baseler Konvention als Ablehnungsgrund herausstellte. Textübersetzung ohne Gewähr - JJ

---

village VOICE .com.au

Environment

GREENS SLAMMED OVER HCB , VILLAGE-VOICE 26.6.07

1 member comments

RELATED ARTICLES

South-eastern Sydney residents have claimed that the Greens have "sabotaged" attempts by Orica to export its toxic waste to Germany.

Orica was informed this month that its application to export 15,000 tonnes of HCB waste from its Botany site had been nominally rejected in two German states.

Orica communications manager Lucy Archer said the two German states had advised that they had not accepted the Australian Government's statement that there was no available technical capacity to treat the waste in Australia.

"This means that our application to import the HCB waste for destruction in Germany will be rejected," Ms Archer said.

But Maroubra resident John Burgess said that it had been the Greens that had "sabotaged the whole process".

"I knew the conservation movement here in Australia would have lobbied their colleagues in Germany," Mr Burgess said.

"We've finally found a solution and the Greens' lobby has stopped it. The Greens should reconsider their options," he said.

Maroubra MP Michael Daley agreed that the waste must be moved from Botany and said he was very disappointed with the German decision. "This waste must be exported," Mr Daley said. "The Government will be working with Orica to get this to happen. The Greens should be ashamed of themselves if they've been agitating in Germany to reject this waste."

Botany resident Nancy Hillier, who is president of lobby group Botany Environment Watch, said it was bad news that the export application had been denied. "Those against the move have infiltrated the Greens community over there [in Germany] and they are the ones that went to the Government and they won the day," Ms Hillier said.

"We didn't make the decision to send it to Germany lightly. I don't think the Greens have thought this through," she said.

Ms Hillier was adamant that the waste should not stay nor be destroyed in Botany. "It's a highly politically motivated thing and something has to be done. It is [currently stored] only 700 metres from our residential area," she said.

Greens MLC Ian Cohen said he could only wish for the sort of power that would help influence such decisions. "I support Germany's refusal to allow the export," Mr Cohen said. "Concern came to me from the German Greens and I supported those concerns.

"[Orica] has a responsibility to treat those wastes in Australia. It's not appropriate to be transporting such toxic materials from one side of the Earth to the other."

Mr Cohen said he thought there were a number of facilities in Australia with the potential to destroy the waste.

"It's really incumbent on the Government to bring these sites up to scratch and deal with this waste. It's up to Mr Turnbull to get together with Mr Garrett and work out a strategy that sorts out this problem," he said.

Bruce Gotting, Orica's environmental manager, said the company had people in Germany evaluating the options.

"We are not going to let one bureaucrat toss the whole thing," Mr Gotting said. "There are a lot of people out there fighting for us. And there is still the option of using other facilities in Europe."

Unter dem Englischen Text: Greens slammed over HCB-Community-Village Voice
Source: Southern Courier Author: Tim Martin Posted: Tue 26 Jun, 2007 wird behauptet (Grobübersetzung):

Unter dem Englischen Text: Greens slammed over HCB-Community-Village Voice
Source: Southern Courier Author: Tim Martin Posted: Tue 26 Jun, 2007 wird behauptet (Grobübersetzung):

GRÜNE HABEN DAS HCB-GESCHÄFT ZERSCHLAGEN, ROHÜBERSETZUNG

Einwohner aus dem südöstlichen Sydneys haben behauptet, dass die „Grünen“ Versuche durch Orica „sabotiert“ haben, den Giftmüll nach Deutschland zu exportieren.

Orica wurde in diesem Monat in Kenntnis gesetzt, dass sein Exportersuchen, 15.000 Tonnen HCB Abfall aus Botany zu exportieren, regelkonform von zwei deutschen Staaten zurückgewiesen worden war.

Orica Kommunikationsmanager Lucy Archer sagte, dass die zwei deutschen Staaten Auskunft gaben, dass sie der australischen Aussage der Regierung keinen Glauben geschenkt hätten, dass es dort keine verfügbare technische Kapazität gäbe, die Abfälle in Australien zu behandeln.

„Dieses bedeutet, dass unser Ersuchen, den HCB Abfall zur Entsorgung nach Deutschland zu importieren, zurückgewiesen wurde,“ sagte Frau Archer.

Aber der in Maroubra ansässige John Burgess sagte, dass es die Grünen gewesen waren, die „den gesamten Prozess sabotierten“ hatten.

„Ich wusste, dass diese Bewahrungs-Bewegung hier in Australien ihre Kollegen in Deutschland beeinflussen würde," sagte Herr Burgess.

„Wir hatten schließlich eine Lösung gefunden und die Lobby der Grünen hat sie gestoppt. Die Grünen sollten ihre Entscheidung überprüfen," er sagte.

Maroubras Parlamentsabgeordneter Michael Daley stimmte überein, dass die Entsorgung des Abfalls von Botany verschoben werden muss. Er war sehr enttäuscht über die deutsche Entscheidung

„Diese Abfall muss exportiert werden," sagte Michael Daley. „Die Regierung wird mit Orica zusammenarbeiten, um dieses zu erreichen. Die Grünen sollten über sich selbst beschämt sein, falls sie in Deutschland Agitationen geschürt hätten, um diese Abfall zurückzuweisen."

Botanys Einwohnerin Nancy Hillier, die die Lobby der Botany Umwelt-Überwachung repräsentiert, sagte, es war eine schlechte Nachrichten, dass der Exportantrag abgelehnt worden sei. „Die Gegner des Transport haben die Grünen [in Deutschland] infiltriert und sie sind diejenigen, die die Regierung beeinflussten, dass sie letztendlich Erfolg hatten" sagte Ms Hillier.

„Wir hatten uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, den Abfall nach Deutschland zu schicken. Ich denke nicht, dass die Grünen dieses durchdacht haben," sagte sie.

Die Meinung von Frau Hillier ist unverrückbar, dass die Abfall nicht in der Botanik gelagert, noch entsorgt werden sollte. „Es ist eine im hohem Grade politisch motivierte Angelegenheit und etwas muss erfolgen. Es befindet sich [z.Zt. gelagert] nur 700 Meter von unserem Wohnbereich entfernt" sie sagte.

Der Grüne MLC Ian Cohen sagten, dass er sich die Einflussmöglichkeit nur wünschen könnte, solche Entscheidungen zu beeinflussen.

„Ich unterstütze die Weigerung Deutschlands, den Export zu erlauben," sagte Herr Cohen. „Die Bedenken wurden seitens der deutschen Grünen vorgetragen und ich teile ihre Besorgnis.

„[Orica] hat die Verantwortung, jene Abfällen in Australien zu behandeln. Es ist nicht angebracht, solch giftiges Materialien von einer Seite der Welt zur anderen zu transportieren."

Herr Cohen sagte, er glaubt, dass es eine Anzahl von Einrichtungen in Australien gibt, mit dem Potenzial, diesen Abfall zu zerstören.

„Tatsächlich ist es die Verpflichtung der Regierung, diesen Ort auf den neuesten Stand zu bringen und sich mit diesen Abfälle zu beschäftigen.

„Es ist Sache des Herrn Turnbull, mit Herrn Garrett zusammenzukommen und eine Strategie auszuarbeiten, dieses Problem zu bewältigen," sagte er.

Bruce Gotting, Oricas Umweltmanager, sagte, dass die Firma Leute in Deutschland hat, die andere Optionen auszuarbeiten wird.

„Wir lassen uns nicht von Bürokraten die ganze Sache verwerfen," sagte Herr Gotting. „Es gibt eine Menge Leute dort, die für uns kämpfen. Und es gibt noch die Option, Entsorgungsmöglichkeiten in anderen Anlagen in Europa in Anspruch zu nehmen."

Posted by: Pro-Herten 1:52am 29 June 2007

THE GERMAN PEOPLE STOPPED ORICA'S CRAZY PLAN. STELLUNGNAHME PRO-HERTEN

Orica's attack on the Greens over its failed attempt to sneak toxic waste into our country

(Greens slammed over HCB Southern Courier 26 June) is nothing but political spin-doctoring. Botany people should be angry where it really belongs…at Orica, the Australian Federal and State Governments who have utterly failed to safely treat this waste in Australia for decades. We thank the Greens for letting us know about this secret plan.

Orica created a furore among our people with its crazy plan to ship highly toxic HCB halfway across the planet and burn it in 4 incinerators in Dormagen, Leverkusen, Brunsbuttel and Herten. If it is too dangerous to deal with the waste in the Botany community why is it suddenly OK to dump the waste in our communities? Mayors of 11 cities representing millions of Germans loudly condemned the plan. Thousands of citizens signed petitions and community and Church groups called on our Government to stop Orica's attempt to dump toxic waste in Germany. Yes the German Greens spoke out also but so did everybody.

Australians please remember that it was Greens MP Ian Cohen who exposed the dreadful dioxin pollution from Orica's smokestacks in the 1990's and campaigned to see the HCB destroyed safely. Orica's failure to deal with its toxic waste in a timely and safe manner has caused great pain for Botany citizens and it is shameful that Labor and Liberal governments have not supported the Botany people with plans for safe and final destruction of the Orica waste within Australia. You are a developed country that has the technology and the know-how to safely treat the waste outside of Botany – you have done it before…why not now?

Orica's failure to trick Germans that toxic waste is good for them is entirely their own fault. As for Orica's distorted argument that 'one bureaucrat' is stopping the export, this it is just nonsense. The two State Ministers who flatly rejected the toxic waste are conservative politicians from the Christian Democratic Union…not Greens.

Our ministers' decision is based on legal advice from the European Union as well as on a second legal report. According to that advice it is the Basel Agreement that requires the Australian government to carry out waste disposal in Australia.

The shipment across borders of hazardous waste is subject to legal restrictions both in European and in international law

An Australian export permit for Australian HCB waste to German incineration plants would set a precedent that might open the way to a global trade in toxic waste.

Australia please do not send us any more your toxic waste – treat it yourself!

by proxy Joachim Jürgens, Pro-Herten, action group - www.pro-herten.de

SYDNEY STUCK WITH WORLD'S LARGEST CHEMICAL DUMP

Posted Tue Jun 19, 2007 10:00am AEST
Updated Tue Jun 19, 2007 3:09pm AEST

The Orica site at Botany. (Supplied: Supplied)

- **Map:** Botany 2019

The world's largest stockpile of a toxic chemical will remain in Sydney after two state governments in Germany refused to accept it.

A plan to export and destroy nearly 16,000 tonnes of the chemical hexachlorobenzene (HCB) has now been delayed.

The waste is owned by the chemical giant Orica, and is being stored at the company's Botany site in southern Sydney.

Orica spokesman John Fetter says the waste was to be destroyed at four plants in Germany, after no suitable site was found in Australia.

Mr Fetter says after months of negotiation, it was thought all arrangements had been settled for the chemical waste to be treated.

He says the company is now reviewing its legal options, including talking to the Federal Government.

"We could appeal to a court, we could appeal to the European Commission. There are a number of different options available to us, and we'll evaluate all of that and move forward," he said.

"We have contractual agreements in place from the four plants to take the waste and obviously you don't do something like this lightly," he said.

"We believe we've created the most detailed application ever to export waste of this sort internationally. Our application is some thousand pages long."

Residents' reaction

John Burgess, from the Botany Groundwater Project community group, says he is very disappointed with the decision from Germany.

He says it was thought a solution had finally been found.

"I'm not in the process of creating alarm. There's no alarm with this stuff. The product is safely contained at the moment," he said.

"But the fact is, it's like having a bomb storehouse next door to you. If some idiot gets in there, something could happen."

Toxic waste experts partially relieved

A peak green group looking at toxic waste in Australia says it is partially relieved that the export of the stockpile of chemical waste has stalled.

Doctor Mariann Lloyd-Smith from the National Toxics Network says while it is disappointing for the local community, it was never a viable option.

"We never believed that the idea of exporting it to another country, to deal with our waste, was an appropriate response to this stockpile," she said.

Tags: chemicals-and-pharmaceuticals, recycling-and-waste-management, botany-2019

AGR - STELLUNGNAHME ZUM IMPORTVERBOT

von australischem Sonderabfall durch den Landesumweltminister

(Essen/Herten, 18.06.2007) „Die Versagung der Genehmigung durch Herrn Uhlenberg haben wir so zunächst einmal zu akzeptieren.“ Mit dieser Aussage kommentiert AGR Geschäftsführer Dietrich Freudenberger die am vergangenen Freitag im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt gegebene Entscheidung des nordrhein-westfälischen Umweltministers, die Genehmigung für den Import von Hexachlorbenzol-haltigen Abfälle aus Australien nicht zu erteilen.

„Wir werden nach diesem komplizierten, langwierigen und durch kontroverse Diskussionen geprägte Verfahren die Ablehnung nicht vorschnell kommentieren“, so Dietrich Freudenberger weiter. Bereits zu anderen Anlässen hatte der AGR Geschäftsführer erklärt, dass man sich weder aktiv um das Australiengeschäft bemüht habe noch existenziell auf dessen Zustandekommen angewiesen sei.

„Die Diskussion um die Sonderabfallimporte war in den letzten Wochen von politischen und juristischen Fragen geprägt und natürlich hätte ich mit einen anderen Ausgang gewünscht. Aber Herr Uhlenberg hat in seiner Erklärung deutlich unterstrichen, dass der Versagensgrund nicht in unserer Anlagentechnik liegt. Wir hätten den Problemabfall sicher und unschädlich für die Bürger verbrennen können. Zumindest dies ist ein positiver Gesichtspunkt“, resümiert Dietrich Freudenberger den nun erfolgten Antragsbescheid.

Rückfragen:
Heinz Struszczynski
Fon: 0201/2429-203 Fax: 0201/2429-103
E-Post: h.strusi(at)agr.de Internet: www.agr.de
Anschrift:
AGR mbH Pressesprecher, Gildehofstraße 1, 45127 Essen

Pressespiegel:16.06.07

Hertener Allgemeine

Herten atmet auf - kein Giftmüll aus Australien

Umweltminister Uhlenberg fordert Entsorgung im eigenen Land

VON WILFRIED GOEBELS UND FRANK BERGMANNSHOFF

DÜSSELDORF. Aufatmen in Herten: Das Land NRW hat die Verbrennung des umstrittenen australischen Giftmülls verboten. Es sei unverantwortlich, 22000 Tonnen Sondermüll 16000 Kilometer weit nach Deutschland zu transportieren, um ihn hier entsorgen, sagte Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU).

Zuvor hatte der NRW-Minister ein Gutachten eingeholt, das einen Stopp des Giftmüll-Transports nahelegt. Insgesamt 11000 Tonnen sollten in Herten, Dormagen und Leverkusen verbrannt werden, weitere 11000 Tonnen in Bruns-büttel (Schleswig-Holstein). Auch Kiel lehnt die Einfuhr des Sondermülls ab.

Wie Uhlenberg ausführt, hat die australische Regierung als Grund für den beantragten Gift-Export den Widerstand der dortigen Bevölkerung gegen eine Verbrennung im eigenen Land angegeben. Diese Begründung reiche nicht aus, so Uhlenberg. NRW sei nicht dazu da, Akzeptanz-Probleme der australischen Bevölkerung in Sachen Giftmüll zu lösen. Uhlenberg forderte die australische Regierung auf, eigene Anlagen für Sondermüll zu errichten.

Laut Baseler Abkommen von 1989 soll Müll vorrangig dort verbrannt werden, wo er anfällt - und nur in Notfällen exportiert werden. Australien hatte aber nicht ausreichend darlegen können, warum der Sondermüll der Chemiefirma Orica nicht auch im eigenen Land verbrannt werden könne. Die insgesamt 22 000 Tonnen mit der Chemikalie Hexachlorbenzol belasteter Bauschutt sollten mit vier Schiffsladungen in den nächsten 21 Monaten nach Deutschland transportiert werden. Das MEDIENHAUS Bauer hatte das Giftmüll-Geschäft im Dezember 2006 öffentlich gemacht. Breit angelegte Proteste waren die Folge. Allein zu einer Bürgerversammlung in Herten kamen rund 400 Menschen. Stadträte in der ganzen Region verabschiedeten Resolutionen gegen den Giftmüll.

Der NRW-Landesverband des BUND reagierte erleichtert auf den jetzt verhängten Stopp. SPD und Grüne kritisierten die späte Entscheidung. Uhlenberg habe lange versucht, die Verantwortung abzuschieben, klagte Grünen-Geschäftsführer Johannes Remmel. Aus Sicht Uhlenbergs lag die Begründung für den Antrag aber erst am 6. Juni vor. Nach Prüfung der Rechtslage habe NRW entschieden. Die Vorwürfe seien „populistischer Unsinn".

Uhlenberg schloss nicht aus, dass die Entsorgungsfirmen, unter anderem die AGR, die Entscheidung gerichtlich anfechten. Schließlich geht es um viel Geld. Allein in Herten werden jährlich 90.000 Tonnen Sondermüll verbrannt. Aus Australien sollten in den nächsten zwei Jahren 4500 Tonnen nach Herten gehen. Landesweit landen in NRW jährlich 600000 Tonnen in Sondermüll-Anlagen.

Reaktionen zur Giftmüll-Entscheidung

Joachim Jürgens
Initiative Pro-Herten: „Am Anfang haben wir uns gefühlt wie David gegen Goliath. Jetzt wissen wir, dass Bürger mit vernünftigen Argumenten nicht machtlos sind."

Pfarrer Andreas Wilkens „Für die Umwelt ist das nur bedingt ein guter Tag. In der Vergangenheit wurde in Herten schon viel Giftmüll verbrannt. DasRZR sollte sich künftig wieder auf die Verbrennung von Hausmüll konzentriereneigene Anlagen für Sondermüll zu errichten.

Dr. Mariann Lloyd-Smith, australische Umweltschützerin:
„Der Protest hat bewirkt, dass sich die Regierungen öffentlich mit der Giftmüll-Problematik auseinandersetzen müssen, jetzt geht es darum, die Entsorgungskapazitäten in Australien auszubauen."

Dr. Uli Paetzel, Hertener Bürgermeister: „Eine spannende Entscheidung, über die ich mich freue. Jetzt muss man in Ruhe das Gutachten studieren."

Die Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet will sich erst äußern, wenn der offizielle Bescheid der Bezirksregierung vorliegt.

Kommentar

Höchste Zeit

Wilfried Goebels begrüßt, dass NRW den Giftmülltransport verboten hat
Auch beim heiklen Thema „Giftmüll" gilt in Industrienationen das Verursacherprinzip: Wer den Dreck macht, muss ihn auch entsorgen. Es ist schlicht nicht einzusehen, dass wir uns den Giftmüll aus Australien vor die Füße kippen lassen. Düsseldorf und Kiel haben die Export-Pläne der Regierung in Canberra gestoppt. Spät, aber immerhin.

Dabei liegt das Problem nicht in der Verbrennung der 22 000 Tonnen Giftmüll: Moderne Öfen in NRW vernichten jährlich 600 000 Tonnen Giftstoffe. Die Gefahr liegt im Transport der giftigen Fracht über 16 000 Kilometer per Schiff, Bahn und Lastwagen. Niemand kann verantworten, dass die hochgiftige Chemikalie um die halbe Welt gekarrt wird.

Die Australier scheuen den Ärger der eigenen Bürger und suchen freie Kapazitäten zu Dumping-Preisen im Ausland. Schon 20 Jahre lagert das seit 2001 verbotene Pflanzenschutzmittel HCB zu Hochsicherheits-Be-dingungen im australischen Sydney. Die Lösung wäre einfach: Australien könnte Verbrennungsanlagen nach deutschem Standard bauen. Dann exportiert die deutsche Industrie Spitzentechnologie, statt fremden Giftmüll zu importieren.

Deutschland darf nicht zur Giftmüll-Halde der Welt werden, nur weil andere Industrieländer ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Auch Australien hat internationale Abkommen

unterzeichnet, wonach Giftmüll nur dann exportiert werden darf, wenn es keinen anderen Weg gibt. Wenn sich Australien auf den Widerstand der Bevölkerung beruft, ist das unzureichend.
Jeder kehre vor seiner eigenen Tür

Die deutsche Wirtschaft verfügt über modernste Anlagen, um Sondermüll sicher zu entsorgen. Australien und andere Länder aber laborieren mit Stoffen, die sie offenbar nicht beherrschen: Produktion und Entsorgung sind zwei Seiten einer Medaille. Wenn Uhlenberg jetzt nicht die Tür zugemacht hätte, würden bald weitere Tonnen Giftmüll an-schippern, die auf Deponien in aller Welt lagern. Nun gilt das Motto: Jeder kehre vor seiner Tür. Recht so.

„David“ lässt die Korken knallen

Große Freude über die Minister-Entscheidung zum Gigtmüll / AGR wartet ab

VON FRANK BERGMANNSHOFF

HERTEN. Die Bürgerinitiative jubelt, Pfarrer und Bürgermeister freuen sich. Die Abfallentsorgungs-Gesellschaft-Ruhrgebiet (AGR), der ein dicker Auftrag entgeht, bleibt wortkarg. Das deutsch-australische Giftmüllgeschäft ist vom Tisch - und die Reaktionen könnten unterschiedlicher kaum sein.
Nachdem Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg gestern angekündigt hat, den Giftmüll-Import zu untersagen, steht bei Joachim Jürgens von der Initiative Pro-Herten das Telefon nicht still. Zeitungen, Fernsehen, Radio - jeder will ein Interview. Für Jürgens der glanzvolle Höhepunkt eines langen Kampfes.

„Am Anfang haben wir uns gefühlt wie David gegen Goliath", erzählt er mit Blick auf den AGR-Konzern. Die Chance, dass Bürger das von langer Hand vorbereitete Geschäft stoppen können, sah er bei 25 Prozent. Doch nach und nach hätten sich immer mehr Menschen angeschlossen. Jürgens' Fazit: „Es ist wichtig für uns zu wissen, dass Bürger mit vernünftigen Argumenten nicht machtlos sind."

Im Gespräch mit der **Hertener Allgemeinen** dankt Jürgens den evangelischen Kirchengemeinden und den überörtlichen Umweltverbänden für die Hilfe. Jürgens und seine Mitstreiter wollen jetzt erst mal feiern und verschnaufen: „Wir haben ein halbes Jahr lang stramm malocht."

„Auf Hausmüll konzentrieren“

„Ich empfinde große Freude", sagt Pfarrer Andreas Wilkens von der evangelischen Erlöserkirche. Er war an der Organisation des Informationsabends im Glashaus beteiligt, zu dem 400 Menschen kamen. „Die Entscheidung ist ein Vertrauensbeweis in die Politik und in die Wirksamkeit von Bürgerprotesten", so Wilkens. Er wünscht sich, dass sich das RZR künftig wieder auf die Verbrennung von Hausmüll konzentriert.

Bürgermeister Dr. Uli Paetzel äußert sich vorsichtig positiv: „Der Minister hat eine spannende Entscheidung getroffen. Ich freue mich, dass sich die Position der Hertener Bevölkerung darin wiederfindet." Weiter möchte er sich nicht aus dem Fenster lehnen: „Man muss jetzt in Ruhe das Rechtsgutachten des Ministers studieren." Denkbar sei, dass die AGR gegen die Entscheidung klagt. Endgültig Position beziehen will Dr. Paetzel daher erst, wenn Rechtssicherheit besteht.

Ähnlich argumentiert AGR Heinz Struszczynski:„Uns liegt keine Entscheidung vor", sagt er kurz und knapp. Das Genehmigungsverfahren sei streng reglementiert. Bisher gebe es nichts Rechtsverbindliches. Erst wenn die Bezirksregierung Münster der AGR den Bescheid zugeschickt hat, werde sich das Unternehmen dazu äußern.
Dass die Bezirksregierung kaum anders entscheiden wird, als Minister Uhlenberg es ihr nun vorgegeben hat, spielt Struszczynski zufolge keine Rolle.

Erste Reaktionen aus der Politik:
Der SPD-Vorsitzende im RZR-Nachbarstadtteil Hochlarmark, Klaus-Dieter Herrmann, sieht sich bestätigt. Die Genossen hatten 1800 Unterschriften gegen Giftmüll gesammelt und den Konflikt mit Parteifreunden nicht gescheut. Landrat Jochen Welt und die Europa-Abgeordnete Jutta Haug hatten die Transporte befürwortet Scheidung

„Keine falschen Infos streuen"

Die Grünen-Politiker Elke Marita Stuckel-Lotz und Peter Martschinke meinen, Bürgermeister Dr. Paetzel sei „mit einem blauen Auge davongekommen." Er habe seit Mai 2006 von dem Giftmüll-Geschäft gewusst. Kritik üben sie an SPD und CDU. Diese hätten in den Städten „vollmundige Resolutionen" verabschiedet, auf höherer Ebene aber - im Gegensatz zu den Grünen - anders gestimmt. Der AGR, so Stuckel-Lotz, solle die Entscheidung eine Lehre sein, keine falschen Informationen mehr zu streuen. Auch die UBP sei „über die Signale aus Düsseldorf hoch erfreut", so der Vorsitzende Tobias Koller.

Am RZR in Herten-Süd läuft der Bau von zwei neuen Öfen für hausmüllähnlichen Gewerbemüil. Darauf- und nicht auf Sondermüll - solle sich die AGR konzentrieren, so Pfarrer Andreas Wilkens.
—FOTO: FRANK BERGMANNSHOFF

Das Kraftwerk des australischen Chemiekonzerns Orica in Botany Bay bei Sidney: Hier lagern die 60000 Fässer mit HCB-Giftmüll. Oben im Bild sind die Hafenkräne zu sehen, unten links die Hensley-Sportanlage.
—FOTO: ORICA

IM GESPRACH

„Entsorgungsanlagen müssen jetzt ausgebaut werden"
Die australische Umweltschützerin Dr. Mariann Lloyd-Smith zur Giftmüll-Entscheidung und den Konsequenzen

VON FRANK BERGMANNSHOFF

AUSTRALIEN. Dr. Mariann Lloyd-Smith ist gestern sicher ganz zufrieden eingeschlafen. Kurz vorher, um 19.30 Uhr austra-lischer Zeit, hatte die Umweltschützerin von dem Giftmüll-Verbot der deutschen Behörden erfahren. Mariann Lloyd-Smith ist Wortführerin der australischen Giftmüll-Kritiker. „Ich bin sehr erleichtert. Die jetzige Entscheidung ist ein großer Erfolg für die Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen", sagt sie im Gespräch mit der Hertener ALLGEMEINEN. „Der Protest hat bewirkt, dass sich die Regierungen endlich in der Öffentlichkeit mit der Giftmüll-Problematik auseinandersetzen müssen." Insofern sei die aktuelle Entwicklung eine gute Nachricht für alle Initiativen weltweit, die sich mit Giftmüll auseinandersetzen. Bedingt durch die Zeitverschiebung, mache die Nachricht aus Deutschland in Australien nur langsam die Runde, so Mariann Lloyd-Smith. „Ich erwarte aber, dass hier am Montag ordentlich was los ist. Vermutlich werden sich dann die Regierung und der Orica-Konzern zu ersten Gesprächen treffen. Das wird eine turbulente Woche!"

Worum es bei den Treffen gehen wird, ist für Mariann Lloyd-Smith keine Frage: „Es muss jetzt ein akzeptabler Weg gefunden werden, den Giftmüll in Australien zu entsorgen." Der Bau neuer Anlagen ist aus Sicht der Umweltschützerin unnötig: „Wir haben Anlagen in Australien, die Giftmüll behandeln können -zum Beispiel durch chemische Reduktion. Die Kapazitäten sind aber nicht ausreichend. Die müssen jetzt ausgebaut werden." Dass bis dahin wieder Jahre ins Land gehen, glaubt Mariann Lloyd-Smith nicht: „Wir reden höchstens über Monate, vielleicht ein Jahr."

Dr. Mariann Lloyd-Smith
ist Anwältin. Sie berät das „Nationale Giftstoff-Netzwerk", eine unabhängige Organisation in Australien. Außerdem ist sie Vize-Vorsitzende des „International POPs Elimination Network" (IPEN). Es setzt sich für die Beseitigung besonders hartnäckiger organischer Schadstoffe wie HCB ein.
—FOTO: IPEN

Chronik: Das Giftmüll Geschäft
(BMH) Die wichtigsten Ereignisse im Überblick:

- **22. Dezember 2006:** Die Hertener Allgemeine macht das Giftmüll-Geschäft öffentlich. Die Abfall-Entsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) berichtet in ihrer Firmenzeitschrift, ab Mai 2007 würden im RZR Herten 5 000 Tonnen HCB-Gift-müll des australischen Chemiekonzerns Orica verbrannt. Die Bezirksregierung habe „grünes Licht" gegeben.

- **Januar 2007**: Der öffentliche Protest gegen das Giftmüll-Geschäft läuft an. Am 11. Januar teilt die Bezirksregierung Münster mit, es gebe noch kein „grünes Licht". Die AGR gerät wegen mangelhafter Informationspolitik in die Kritik. Am 18. Januar nehmen Vertreter von AGR und Bezirksregierung im Umweltaus-schuss des Rates Stellung.

- **Februar 2007**: Evangelische Kirche, Pro-Herten und Stadt organisieren einen Info-Abend. Rund 400 Menschen kommen am 6. Februar ins Glashaus. Am 7. Februar verabschiedet der Rat eine Resolution gegen Giftmüll. Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg sichert den Giftmüll-Gegnern Hilfe zu. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel lobt den Müll-Import. Ende Februar weist Schleswig-Holstein den Antrag von Orica zurück, in Brunsbüttel Giftmüll zu verbrennen. Die Firma soll nachweisen, dass eine Entsorgung in Australien unmöglich ist. Die Landtage in Düsseldorf und Kiel diskutieren. Die alte Diskussion, wie sauber die Verbrennung im RZR ist, flammt wieder auf.

- **Am 25. März** fordern SPD und Grüne die NRW-Regierung auf, den Müll-Import zu untersagen. Der Antrag wird mit CDU/ FDP-Mehrheit abgelehnt.

- **Mitte April** gibt die australische Arbeiterpartei den Widerstand gegen den Giftmüll-Export auf. Orica behauptet in Australien, in Deutschland gebe es keine Kritik.

- **Am 28. Mai 2007** billigtder australische Umweltminister Malcolm Turnbull den Giftmüll-Export. NRW-Umweltminister Uhlenberg lässt prüfen, ob er das Giftmüll-Geschäft verbieten kann.

- **15. Juni 2007**: Uhlenberg und sein Kieler Kollege Dr. Christian von Boetticher untersagen den Giftmüll-Import.

„Warum wollte man überhaupt so einen Transport riskieren?"

„Vernünftige Entscheidung"

HERTEN, (marp) Alexander Moonen (18) hat die ganze Diskussion um den Giftmülltransport in der Hertener Allgemeinen und im Fernsehen verfolgt. Und er hat sich schon immer gewundert, warum so ein weiter Transport überhaupt riskiert werden sollte. Die Entscheidung des Umweltministers findet er richtig und sagt: „Das ist endlich eine vernünftige Politiker-Entscheidung. Wir haben schon genug eigenen Müll." Die Australier sollten in der Lage sein, eine eigene Anlage zu bauen oder zu kaufen.
Alexander Moonen:

„Die Australier sollen ihren Müll selbst verbrennen."

„Unser Müll ist schon zu viel"

HERTEN, (marp) Auch Bettina Irmschler (42) findet die Entscheidung des Umweltministers richtig, den australischen Giftmüll nicht hier verbrennen zu lassen. Sie hat schon bei der Unterschriftenaktion gegen den Giftmülltransport mitgemacht und sagt: „Australien ist doch ein großes Land und bestimmt nicht arm. Die können ihren Giftmüll im eigenen Land verbrennen. Unser eigener Müll ist ja schon fast zu viel." Der Transport um die halbe Welt wäre außerdem viel zu gefährlich.
Bettina Irmschler:

„Warum soll der Giftmüll ausgerechnet nach Europa?"

„Transport ist Unsinn"

HERTEN, (marp) „Es ist gut, dass der Minister so entschieden hat", meint Pablos Mostakis (55). Die Entfernung von Australien nach Deutschland sei einfach zu groß und berge zu viele nicht kalkulierbare Gefahren. Pablos Mostakis: „Wer weiß was bei so einem Transport passieren könnte?" Und ergänzt: „Warum soll der Müll ausgerechnet nach Europa? Ich habe immer gesagt: Der Transport ist Unsinn. Und ich verstehe es nicht, warum ein so großes Land wie Australien seinen Müll nicht selbst verbrennen kann."
Pablos Mostakis:

—FOTOs: PYPLATZ

Pressespiegel:
WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE
Die Zeitung WAZ des Ruhrgebiets
16.6.07

NRW stoppt Giftmüll aus Australien

Minister Uhlenberg lenkt ein. 5000 Tonnen sollten allein in Herten verbrannt werden

Von Angelika Wölke
und Peter Szymaniak

Düsseldorf. Recklinghäuser, Hertener und Leverkusener Bürger können aufatmen: Australien darf seine 22 000 Tonnen giftigen Sondermüll nun doch nicht in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein verbrennen. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) und sein Kieler Amtskollege Christian von Boetticher (CDU) wiesen ihre Behörden an, den Antrag der Australier abzulehnen. Uhlenberg sieht die Absage als „politisches Signal gegen den weltweiten Mülltourismus".

Juristischer Grund für das Nein war allerdings die Begründung der Australier. Nach internationalem Recht müssen vor allem die Industriestaaten ihren Müll zunächst im eigenen Land entsorgen. Dies sei nicht möglich, meinten die Australier, weil der Widerstand ihrer Bevölkerung zu groß sei. „Die internationalen Abfall-Abkommen regeln den Export von Müll, aber nicht den Export von Bürgerprotesten", sagt nun Uhlenberg. Den Australiern sei der Bau eigener Giftmüllanlagen zumutbar.

5000 Tonnen ihrer Hexa-chlorbenzol-haltigen Abfälle wollten die Australier im Hertener RZR und 6000 Tonnen in Dormagen und Leverkusen verbrennen. Die Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhr muss auf das 4-Millionen-Euro-Ge-schäft verzichten - und wollte zur NRW-Entscheidung am Freitag lieber schweigen.

Erfreut reagierten, dagegen die Bürger in Herten. „Die Bürgerproteste haben Erfolg gezeigt. Entgegen vielen Widerständen sind diese unsäglichen Transporte endlich gestoppt", sagt Joachim Jürgens, Sprecher der Initiative ProHerten. Grünen-Umweltexperte Johannes Remmel begrüßte die Entscheidung Uhlenbergs: „Nach langem Zögern hat der Minister nun endlich eingelenkt." Australien kann aber noch gegen den Bescheid aus NRW klagen.
Dass die Sorgen der Bürger nicht unberechtigt sind, zeigt eine Statistik: Bei der Sondermüll-Verbrennung entstehen in vielen Anlagen mehr Giftgase als früher.
sh. Bericht Politik

KOMMENTAR

Besser spät als nie

Es war von Anfang an Wahnsinn, Rekordmengen an giftigem Sondermüll aus dem menschenleeren Australien um die halbe Welt zu transportieren, um ihn in einer der dichtestbesiedelten Regionen zu Giftwolken zu verbrennen. NRW darf trotz bester Verbrennungstechnik und lukrativer Geschäftschancen nicht zur Müllkippe der Welt werden. Öko-Minister Uhlenberg hat zu Beginn die Chance verpasst, sich als Kämpfer für Umwelt und Bürger zu profilieren: Er eierte - mit Rücksicht auf den CDU-Wirtschaftsflügel. Erst nach Protesten handelte er konsequent. Besser spät als nie. -ps

Giftige Stoffe liegen in der Luft

Feinstaub, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid - zahlreiche Sondermüllverbrennungsanlagen in NRW stoßen im mehr gefährliche Abfälle aus. Beim Geschäft mit dem Sondermüll geht es um viel Geld

Von Wolfgang Pott

Essen. Das Verbrennen von Sondermüll ist in Nordrhein-Westfalen nach wie vor eine hochgiftige Angelegenheit. Das zeigt der Blick auf neu veröffentlichte Daten des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (Lanuv). Demnach lag in zahlreichen Sondermüllverbrennungsanagen bei der bislang letzten Messung 2004 der Ausstoß beitimmter Giftstoffe viel höher als bei der vorherigen Messung m Jahr 2000.

Zum Beispiel bei BASF in Münster. Dort lag der Ausstoß von Kohlenmonoxid im Jahr 2004 bei 388 Kilogramm. Vier Jahre zuvor waren es nur 183 Kilogramm. Bei Dynamit Nobel in Leverkusen stieg der Schwefeldioxid-Ausstoß von 758 Kilogramm im Jahr 2000 auf 2637 Kilogramm. Schweldioxid trägt in erheblichem laß zur Luftverschmutzung bei. Ebenfalls deutlich in die Höhe gingen dort die Feinaub-Emissionen. Von gut 600 Kilogramm auf über 900 ilogramm.

Feinstaub gehört zu den gefährlichsten Schadstoffen. Er stetzt sich in der Lunge fest, verursacht Krebs und führt zu Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Hauptversacher von Feinstaub ist neben den Kraftfahrzeugen vor allem die Industrie.

Die Ausstoßangaben für die weiligen Anlagen beruhen auf freiwilligen Angaben der jeweiligen Betreiber. Die sind manchmal nicht immer eindeutig. Etwa bei BASF. So wurde im Jahr 2000 der Ausstoß von gerade sechs Kilogramm Feinstaub angegeben. Vier Jahre später hieß es lediglich, der Ausstoß habe unter 100 Kilogramm gelegen.

Bei Bayer in Leverkusen führten zunächst falsch veröffentlichte Zahlen des Landesamtes zu Verwirrung. Am Ende stellte sich heraus, dass der Ausstoß von Giftstoffen 2004 ähnlich hoch gewesen ist wie vier Jahre zuvor. Das aber ändert nichts an der Tatsache, dass Bayer einsamer Spitzenreiter ist beim Freisetzen gefährlicher Stoffe. Allein in der Leverkusener Anlage wurden 2004 knapp 22 Tonnen Schwefeldioxid freigesetzt, zehn Tonnen Ammoniak und 160 Tonnen Stickoxide. In der Bayer-Anlage in Dormagen gingen 67 Tonnen Stickoxide und knapp fünf Tonnen Schwefeldioxid in die Luft.

Sowohl in Leverkusen als auch in Dormagen sollten 4500 von 22 000 Tonnen australischen Giftmülls verbrannt werden. Außerdem in einer Anlage in Herten und in Brunsbüttel (Schleswig-Holstein). NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) hat diesen Import jetzt untersagt. Das Verbrennen von Sondermüll in deutschen Anlagen ist ein lohnendes Geschäft. Es geht um viel Geld. Die Entsorgung des australischen Sondermülls hätte allein Bayer rund drei Millionen Euro Umsatz gebracht.

Damit sich die oft überdimensionierten Anlagen rechnen, sind deren Betreiber aber auch auf lukrative Sondermüll-Lieferungen aus dem Ausland angewiesen. So verwundert es nicht, dass sich Bayer bis zuletzt um den australischen Sondermüll bemühte. Erst im Jahr 2004 nämlich wurde die Kapazität des Dormagener Sondermüllofens von 56 000 Tonnen auf 75 000 Tonnen ausgeweitet.

Giftmüll aus Brunei

In NRW gibt es 13 Sondermüllverbrennungsanlag Davon sind zwölf im Besitz von Chemiekonzernen, Gefüttert werden viele diese Anlagen mit Giftabfällen aus dem Ausland. Die Liste ist lang Quecksilber-Reste aus Brunei, aus Kolumbien kamen Chemikalien, aus Mexiko PCB Öle. Zwischen 1999 und wurde aus 52 Staaten Müll nach NRW geliefert.
online Diskussion: Sondermüll in NRW verbrennen? waz.de/direkt

---

Kein Schiff wird kommen

Giftmüll-Transport gestoppt. Bürgermeister Dr. Paetzel: „Freue mich über die Entscheidung." Ein Sprecher des Hertener Müflverbrenners RZR: „Wir warten den amtlichen Bescheid der Bezirksregierung

von **Angelika Wölke**
redaktion.vest@waz.de
02361 9370-111

Vest. Kein Schiff wird kom-men. Jedenfalls vorläufig. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg hat gestern den Import des HCB-haltigen Mülls aus Australien gestoppt. „NRW ist nicht dafür da, die Akzeptanzprobleme der australischen Bevölkerung gegenüber einer Abfallentsorgung im eigenen Land zu lösen", so Uhlenberg.

Der australische Umweltminister Malcolm Turnbull hatte in seinem Antrag an die deutschen Behörden erklärt, Australien habe bisher keinen Standort für eine Müllverbrennung gefunden, „der von der ansässigen Gemeinde akzeptiert wurde." Es sei nicht hinnehmbar, so Uhlenberg, dass man den Widerstand der eigenen Bevölkerung als Haupthinderungsgrund ansieht, den Abfall im eigenen Land zu entsorgen und deshalb den Giftmüll über 16 000 Kilometer verschiffen möchte.

22 000 Tonnen HCB-haltigen Giftmüll wollte die australische Firma Orica in Deutschland entsorgen, 5 000 davon im Hertener RZR. Dort hielt man sich gestern mit Kommentaren zurück. „Zu dieser diffusen Informationslage sage ich nichts. Wir warten den amtlichen Bescheid der Bezirksregierung ab", erklärte Konzernsprecher Heinz Struszczynski.

Freude hingegen herrschte bei den Umweltorganisationen. „Die Proteste gegen den Giftmüllexport der Umgebung haben Erfolg gehabt", erklärte Pro-Herten-Sprecher Joachim Jürgens. „Wichtig für uns ist zu wissen, dass Bürger mit vernünftigen Argumenten nicht machtlos sind."

Hertens Bürgermeister Dr. Uli Paetzel sagte: „Ich freue mich, dass Düsseldorf die Wünsche der Bevölkerung aufgreift. Ob das das Ende ist, müssen wir abwarten."

Dass das Thema Giftmüll für die Region ausgestanden ist, glaubt der BUND nicht. „Dieser Giftmüll-Kelch ist noch einmal an der Bevölkerung vorbeigegangen", freute sich BUND-Landesvorsitzender Paul Kröfges. „Aber dies wird sicher nicht der letzte Versuch sein, Giftmüll in Deutschland abzuladen, solange sich deutsche Unternehmen mit Dumpingpreisen

an der internationalen Müllschieberei beteiltgen, um Überkapazitäten auszulasten". Die AGR sollte drei bis vier Millionen Euro für den Giftmüll von der australischen Firma Orica bekommen.
Uhlenberg befindet sich mit seiner Ablehnung in guter Gesellschaft: Der Kieler Umweltminister Dr. Christian von Boetticher hat den HCB-Import mit der gleichen Argumentation gestoppt. In Schleswig-Holstein sollten die Schiffe aus Sidney anlegen. Australien kann jetzt noch klagen.

Chronik der Ereignisse

Was in den letzten sechs Monaten geschah

22. Dezember 2006: Die AGR veröffentlicht in ihrer Werkzeitung „Blickkontakt": „Im September 2006 unterschrieben AVR für den Konzern Orica und die AGR einen Vertrag über die Entsorgung von 5 000 Tonnen HCB-Abfälle. Nach Prüfung aller Fakten gab die Bezirksregierung Münster grünes Licht."
2. Januar: Aufgrund dieser Meldung knüpft Joachim Jürgens von Pro Herten ein nationales Netzwerk.
Januar/Februar: Zahlreiche Städte des Kreises verabschieden Resolutionen gegen den Import.
15. März: ProHerten übergibt NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg 11 000 Protestunterschriften.
25. Mai: Australien beantragt beim Regierungspräsidenten, den Müll in Deutschland zu verbrennen.
15. Juni: Minister Uhlenberg weist den RP an, den Import zu untersagen.

Angelika Wölke
a.woelke@waz.de 02361 9370-111

MEIN VEST

02361 9370-111

Richtig und wichtig
Die Entscheidung, die Minister Uhlenberg getroffen hat, ist richtig und wichtig. Mal ganz abgesehen davon, dass das RZR wahrscheinlich von seinem technischen Standard her HCB-haltigen Abfall ohne Komplikationen verbrennen könnte. Der Transport um die halbe Welt per Schiff, Bahn und Lkw wäre der reine Wahnsinn gewesen und hätte unzählige Gefahren geborgen. Eine Genehmigung des Importes hätte darüber hinaus einem noch größeren Mülltourismus, als er heute schon praktiziert wird, Tür und Tor geöffnet. In den Weiten Australiens liegt nämlich noch so einiges herum, dass auf eine ordnungsgemäße und umweltgerechte Entsorgung wartet. Hoffentlich bleibt der Minister vest.

PRESSESPIEGEL. (SONSTIGE MEDIEN)

KEIN SCHIFF WIRD KOMMEN16. JUNI 2007, TAZ NRW

NRW und Schleswig-Holstein verbieten den Import von 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien. VON MORITZ SCHRÖDER

Australien wird seinen Giftmüll nicht los. Die Landesumweltminister in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben gestern die Lieferung von 22.000 Tonnen hochgiftigem Hexachlorbenzol verboten. "Ich habe die Bezirksregierungen angewiesen, die Genehmigung zu versagen", sagte NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU). Er hatte sich vorher mit seinem Kollegen Christian von Boetticher (CDU) in Kiel abgesprochen, der das Gleiche mitteilte. In den vergangenen Monaten hatten Umweltschutzverbände aus Australien und Deutschland die Minister unter Druck gesetzt, die geplante Lieferung zu verhindern. Sie hatten vor allem den langen Transportweg kritisiert.

Das australische Unternehmen Orica wollte den Giftmüll im Laufe von rund zwei Jahren nach einem Seetransport von über 18.000 Kilometern in Brunsbüttel und drei Standorten in NRW verbrennen lassen. "Es ist unverantwortlich, Giftmüll über so weite Seewege zu transportieren", sagte Uhlenberg. Beide Minister berufen sich auf das Basler Übereinkommen, das bisher 170 Staaten unterzeichnet haben. Darin wird der internationale Austausch von Giftmüll geregelt. Der Abfall soll demnach vorrangig im Inland verbrannt werden. Die australische Regierung hat in einem Schreiben an die Ministerien vom 6. Juni begründet, warum ihr das nicht möglich sei. Australien verfüge nicht über geeignete Anlagen, war darin zu lesen. Außerdem sei mit "Widerständen" in den Gemeinden "wegen der Art der Abfälle" zu rechnen, wenn neue errichtet würden.

"Diese Argumentation reicht als Begründung nicht aus", sagte gestern von Boetticher in Kiel. Eckhard Uhlenberg kritisierte die Begründung als versuchten "Export von Bürgerprotesten". In NRW hatten Bürgerinitiativen und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) 15.000 Unterschriften gegen den Import gesammelt. Australien sei es zumutbar, "eine eigene Entsorgungsanlage zu errichten oder eine vorhandene Anlage zu ertüchtigen", empfahl Uhlenberg.

Umweltschutzverbände lobten das Verbot. "Das haben wir von den Ministern erwartet", sagte Mariann Lloyd-Smith von der australischen Umweltschutzorganisation "National Toxics Network". Der BUND nannte den Entschluss "einen wichtigen Beitrag für den Schutz der hiesigen Bevölkerung vor den Risiken der Giftmüllentsorgung". Und selbst einer der Großkunden von Orica, Bayer Industrie Services, ist nicht geknickt. "Der Fall ist für uns erledigt", sagte Anlagenleiter Joachim Beyer. Ohnehin hätten die bei Bayer erwarteten 4.500 Tonnen Müll weniger als ein Prozent der entsorgten Jahresmenge ausgemacht. MORITZ SCHRÖDER

WDRONLINE, 15. JUNI 2007 -LANDESREGIERUNG LEHNT ANTRÄGE AB

KEIN GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN

Australischer Sondermüll soll nicht in NRW verbrannt werden. NRW-Umweltminister Eckhart Uhlenberg (CDU) hat die Bezirksregierungen Münster, Düsseldorf und Köln angewiesen, entsprechende Anträge nicht zu genehmigen.

Stopp für den Giftmüll

Ein australischer Chemiekonzern wollte belasteten Restmüll in den Müllverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen entsorgen lassen. Dagegen hatten sich im Land heftige Proteste geregt. Umweltminister Eckhart Uhlenberg (CDU) wies jetzt die Bezirksregierungen Münster, Köln und Düsseldorf an, die Anträge nicht zu genehmigen.

Eine frühere Entscheidung sei nicht möglich gewesen, sagte Uhlenberg. Erst seit einer Woche habe die Erklärung Australiens vorgelegen, worin sich das Land außerstande erklärt, den Giftmüll im eigenen Land zu entsorgen. "Die vertiefende Erläuterung ist nach Einschätzung des beauftragten Gutachters nicht mit den internationalen Regeln vereinbar", sagte Markus Fliege vom NRW-Umweltministerium.

KEIN EXPORT VON PROTESTEN

Uhlenberg hatte einen Abfallrechtler mit der Prüfung beauftragt, dessen Gutachten die Grundlage für die Entscheidung des Ministers bildet. Aus den nachgereichten Unterlagen zu den Anträgen gehe als Hauptgrund hervor, dass der Müll nicht in Australien entsorgt werden könne, weil die dortige Regierung bei der Beseitigung vor Ort mit heftigen Protesten rechnet. "Da können wir nur sagen: Müll kann zwar exportiert werden, nicht aber Proteste", so Fliege. Diese Begründung stehe nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Baseler Abkommens, wonach Sonderabfall möglichst dort zu entsorgen sei, wo er anfalle.

ABLEHNUNG AUCH IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die australische Firma Orica Australia hatte Ende vergangenen Jahres beantragt, bis zu 22.000 Tonnen mit Hexachlorbenzol verunreinigte Abfälle nach Deutschland zu bringen. Bis zu 5.000 Tonnen davon sollten in Brunsbüttel in Schleswig-Holstein verbrannt, die übrige Menge nach Nordrhein-Westfalen gebracht und in Herten, Leverkusen und Dormagen verbrannt werden. Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung hat die Anträge abgelehnt.

---

zuletzt aktualisiert: 15.06.2007 21:30

DORMAGEN, AUSTRALISCHEN GIFTMÜLL GESTOPPT, NGZ

VON CHRIS STOFFELS

Fässer rollen über Förderbänder in die Reststoff-Verbrennungsanlage im Dormagener Chemiepark . Giftfässer aus Australien werden nach der Entscheidung von Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg nicht darunter sein.

Landes-Umweltminister Eckhard Uhlenberg versagte am Freitag die Importgenehmigung für Hexachlorbenzol aus Australien, das in Dormagen verbrannt werden sollte. Bayer will die Entscheidung akzeptieren.

Dormagen Viele Dormagener Bürger können buchstäblich durchatmen: Der australische Giftmüll wird nicht im Dormagener Chemiepark verbrannt. Umwelt-Minister Eckhard Uhlenberg lehnte am Freitag den Import der hexachlorbenzolhaltigen Abfälle des australischen Unternehmens Orica ab.

Ende 2006 hatte Orica die Verbrennung der hochgiftigen Abfälle in den Chemieparks in Herten, Leverkusen und Dormagen beantragt. Lange sah es so aus, als habe der Minister nur einen sehr geringen bis keinen Ermessensspielraum.

Daher kommt die Entscheidung für viele Dormagener überraschend. Aber sie wird mit großer Erleichterung aufgenommen. Bürgermeister Heinz Hilgers: „Wir sind auf Grund internationaler Abkommen verpflichtet, Giftmüll aus unterentwickelten Ländern zurückzunehmen, aber nicht aus einem hoch entwickelten Industrieland wie Australien.“

Der Knackpunkt für die Verweigerung der Genehmigung war für Uhlenberg offensichtlich der Hinweis, dass Australien die Errichtung einer geeigneten Entsorgungsanlage nicht möglich sei, weil sie auf Widerstand in der Bevölkerung stoße. Uhlenberg: „Ohne diese Erklärung Australiens waren uns die Hände gebunden. Neben den Juristen im Ministerium war auch ein unabhängiges Rechtgutachten zu dem Schluss gekommen, dass keine Entsorgungspflicht in Deutschland besteht."

„Gerade in dieser Frage hat es sich gezeigt, wie groß die Distanz zwischen dem Chemiepark und der Dormagener Bevölkerung geworden ist. Ich bin heilfroh, dass uns eine weitere Belastungsprobe erspart bleibt", zeigt sich SPD-Fraktionsvorsitzender Robert Krumbein erleichtert.

CDU-Fraktionsvorsitzender Wiljo Wimmer: „Die Entsorgung in Dormagen wäre nur dann richtig gewesen, wenn sich das australische Unternehmen und die australische Regierung in einer echten Notlage befunden hätten. Bei dieser Begründung war das aber offensichtlich nicht der Fall." Erleichterung auch bei den Grünen. Deren Fraktionssprecher Ingo Kolmorgen, der vehement gegen die Verbrennung gekämpft hatte: „Wir freuen uns für die vielen Menschen, die energisch gegen diese Verbrennung gekämpft haben. Ein großer Erfolg für sie."

Bei Bayer Industry Services, die den Chemiepark und damit die Verbrennungsanlage betreibt, hält sich die Enttäuschung über das entgangene Geschäft in Grenzen. Der Leiter der Verbrennunganlagen in den rheinischen Bayer-Chemieparks, Joachim Beyer: „Wir nehmen diese Entscheidung zur Kenntnis und werden keine juristischen Schritte dagegen unternehmen."

In Dormagen sollten 4500 Tonnen in zweieinhalb Jahren verbrannt werden. Beyer: „Das macht nicht einmal ein Prozent der Jahreskapazität von 27 000 Tonnen der Verbrennungsanlage in Dormagen aus". Und „Es kommt immer wieder vor, dass Genehmigungen für das Verbrennen von Stoffen versagt wird, obwohl wir dazu in der Lage sind", so der Verbrennungs-Experte. Das sei nichts Besonderes. Auch Uhlenberg ließ keinen Zweifel daran, dass die drei Anlagen in NRW problemlos in der Lage seien, hexachlorbenzolhaltige Abfälle zu verbrennen.

Beyer: „Wir werden jetzt unser Know how für eine Lösung in Australien anbieten." BIS selbst sei zwar kein Anlagenbauer, „aber wir können unser Wissen nach Australien weitergeben." Ob der öffentliche Druck bei der Uhlenberg-Entscheidung eine große Rolle gespielt hat, vermag Beyer nicht abzuschätzen.

BUND Mit großer Erleichterung reagiert der BUND (Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland) auf die Entscheidung in Düsseldorf. Aber er warnt: „Dies wird nicht der letzte Versuch der internationalen Müll-Lobby sein, ihren Giftmüll in Deutschland abzuladen." Dabei unterstellt Landesvorsitzender Paul Köfges den deutschen Unternehmen „Dumpingpreise". Zu diesem Artikel erscheint in der NGZ vom Samstag ein **Zur Sache** mit dem Titel: "Belastungsprobe".

Schleswig-Holstein

NDR-Fernsehen:Ministerium: Kein Giftmüll nach Brunsbüttel

Das Kieler Umweltministerium hat einen geplanten Giftmüll-Transport von Australien nach Brunsbüttel abgelehnt. Das teilte Das Umweltminister Christian von Boetticher (CDU) am Freitag in Kiel mit. Das Vorhaben verstoße gegen internationale Vereinbarungen. Die australischen Behörden hätten nicht ausreichend dargelegt, dass der Sondermüll nicht im eigenen Land ordnungsgemäß und umweltgerecht beseitigt werden könnte. Die Fraktionen von SPD, CDU und Grünen begrüßten die Entscheidung ebenso wie der Umweltverband BUND. Brunsbüttels Bürgermeister Wilfried Hansen sagte der NDR 1 Welle Nord, er akzeptiere die Entscheidung aus Kiel. Auch Nordrhein-Westfalens Umweltministerium lehnte den Antrag der australischen Regierung am Freitag ab.

PROTESTE AUCH IN HAMBURG

Das Kieler Umweltministerium beruft sich bei seiner Ablehnung auf das internationale Baseler Abkommen, nach dem gefährlicher Abfall vorrangig im eigenen Land entsorgt werden soll. Das australische Unternehmen Orica wollte 22.000 Tonnen giftigen Hexachlorbenzols in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen vernichten lassen. Rund 5.000 Tonnen davon sollten in der Sondermüllverbrennungsanlage Sava in Brunsbüttel entsorgt werden. Auch in Hamburg hatte es vehemente Proteste gegen das Vorhaben gegeben, weil der Transport des Giftmülls nach Nordrhein-Westfalen voraussichtlich mitten durch das Stadtgebiet geführt hätte.

ANFRAGE NOCH NICHT GÄNZLICH VOM TISCH

Der Giftmüll-Transport ist der NDR 1 Welle Nord zufolge mit der Ablehnung des Kieler Umweltministeriums aber noch nicht endgültig vom Tisch - die australischen Behörden haben bis zum 27. Juli die Gelegenheit für eine Nachbesserung der Anfrage. Unter anderem hatte das Umweltministerium eine genau Auflistung der Inhaltstoffe des mit Hexachlorbenzol verseuchten Abfalls gefordert. Sollten die geforderten Unterlagen bis Ablauf der Frist ankommen, könnte der umstrittene Giftmüll am Ende doch in Brunsbüttel anlanden.

(Quelle: ndr.de)

Landesregierung lehnt Anträge ab

WDR:KEIN GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN

Australischer Sondermüll soll nicht in NRW verbrannt werden. NRW-Umweltminister Eckhart Uhlenberg (CDU) hat die Bezirksregierungen Münster, Düsseldorf und Köln angewiesen, entsprechende Anträge nicht zu genehmigen.

Stopp für den Giftmüll

Ein australischer Chemiekonzern wollte mit hochgiftigem Hexachlorbenzol belastete Abfälle in den Müllverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen entsorgen lassen. Dagegen hatten sich im Land heftige Proteste geregt. Umweltminister Eckhart Uhlenberg (CDU) wies jetzt die Bezirksregierungen Münster, Köln und Düsseldorf an, die Anträge nicht zu genehmigen.

SONDERMÜLL IST DORT ZU ENTSORGEN, WO ER ANFÄLLT

Eine Entscheidung zu einem früheren Zeitpunkt sei nicht möglich gewesen, so Uhlenberg, weil der australische Antrag samt Begründung erst Ende Mai vorgelegen habe. Der Umweltminister hatte einen Abfallrechtler mit der Prüfung beauftragt, dessen Gutachten die Grundlage für die Entscheidung des Ministers bildet.

Aus den nachgereichten Unterlagen zu den Anträgen gehe als Hauptgrund hervor, dass der Müll nicht in Australien entsorgt werden könne, weil die dortige Regierung bei der Beseitigung vor Ort mit heftigen Protesten rechnet. Doch eine solche Begründung stehe nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Baseler

Abkommens, wonach Sonderabfall möglichst dort zu entsorgen sei, wo er anfalle. Es sei den Australiern durchaus "zumutbar, eine eigene Entsorgungsanlage zu errichten", sagte Uhlenberg. Das Land NRW sei nicht dazu da, Akzeptanzprobleme der australischen Bevölkerung in Sachen Giftmüll zu lösen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN LEHNT IMPORT EBENFALLS AB

Rund 11.000 Tonnen des Abfalls hatte in NRW beseitigt werden sollen. Die andere Hälfte der bis zu 22.000 Tonnen, die die australische Firma nach Deutschland exportieren wollte, sollte in Schleswig-Holstein verbrannt werden. Doch auch die Kieler Landesregierung hat in Absprache mit NRW einen Import inzwischen abgelehnt.

Mit "großer Erleichterung" hat der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) die Entscheidung aufgenommen, warnte aber davor, dass es die "internationale Müll-Lobby" sicherlich nicht bei diesem einen Versuch belassen werde, "Giftmüll in Deutschland abzuladen." Auch die Opposition begrüßte Uhlenbergs Entscheidung, kritisierte aber, es habe viel zu lange bis zur endgültigen Ablehnung gedauert. "Durch frühzeitige und unmissverständliche Signale der Landesregierung" hätte man eine "Beunruhigung der Bürger" vermeiden können, so die SPD-Umweltexpertin der Landtagsfraktion, Svenja Schulze.

---

ad·hoc·news

(Zusammenfassung - Neu: Reaktionen)

KEIN GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN NACH NRW –

Landesregierung untersagt geplanten Transport --Von Frank Bretschneider--

Der umstrittene Giftmülltransport von Australien nach Nordrhein-Westfalen findet nicht statt. Das Umweltministerium lehnte einen Antrag der australischen Regierung auf Verbrennung von mit hochgiftigem Hexachlorbenzol verunreinigten Abfällen in NRW ab. Der Antrag stehe in Widerspruch zum Baseler Abkommen, das den Transport gefährlicher Abfälle regelt, sagte Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) am Freitag in Düsseldorf.

Düsseldorf (ddp-nrw). Der umstrittene Giftmülltransport von Australien nach Nordrhein-Westfalen findet nicht statt. Das Umweltministerium lehnte einen Antrag der australischen Regierung auf Verbrennung von mit hochgiftigem Hexachlorbenzol verunreinigten Abfällen in NRW ab. Der Antrag stehe in Widerspruch zum Baseler Abkommen, das den Transport gefährlicher Abfälle regelt, sagte Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) am Freitag in Düsseldorf. Seiner Darstellung nach gab die australische Regierung als Grund für die Verbringung der Abfälle den Widerstand ihrer Bevölkerung gegen eine Verbrennung im eigenen Land an. Eine solche Begründung reiche nicht aus. Es sei den Australiern "zumutbar, eine eigene Entsorgungsanlage zu errichten oder eine vorhandene Anlage zu ertüchtigen», sagte Uhlenberg. Das Land Nordrhein-Westfalen sei nicht dazu da, Akzeptanzprobleme der australischen Bevölkerung in Sachen Giftmüll zu lösen. Nach dem Baseler Abkommen soll Müll vorrangig dort entsorgt werden, wo er anfällt, und möglichst nicht in andere Länder exportiert werden. Die australische Chemiefirma Orica hatte vor einem halben Jahr angefragt, ob insgesamt 22 000 Tonnen Giftmüll nach Deutschland verbracht werden können. Davon sollte die Hälfte in den NRW-Sonderabfallverbrennungsanlagen in Herten, Dormagen und Leverkusen entsorgt werden. Eine frühere Entscheidung seines Ministeriums sei nicht möglich gewesen, weil der dazu notwendige Antrag der australischen Regierung samt Begründung erst seit Ende Mai zur rechtlichen Prüfung vorgelegen habe, betonte Uhlenberg. Die andere Hälfte des Mülls sollte nach Schleswig-Holstein verbracht werden. Auch die Kieler Landesregierung habe nun in Absprache mit NRW einen Import des Giftmülls abgelehnt, ergänzte Uhlenberg. Wegen der großen Abfallmengen hätten sich Transport und Entsorgung des Mülls voraussichtlich über einen Zeitraum von zwei Jahren erstreckt. Umweltverbände und Opposition begrüßten die Entscheidung des Ministers. Der NRW-Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) reagierte mit «großer Erleichterung». Doch werde dies «sicherlich nicht

der letzte Versuch der internationalen Müll-Lobby sein, ihren Giftmüll in Deutschland abzuladen, solange deutsche Unternehmen sich mit Dumpingpreisen an der internationalen Müllschieberei beteiligen, um ihre Überkapazitäten auszulasten.» Die Umweltexpertin der SPD-Landtagsfraktion, Svenja Schulze, warf Uhlenberg jedoch Unentschlossenheit vor. Die Gründe, die für eine Ablehnung sprächen, seien alle schon vor einem halben Jahr bekannt gewesen: «Durch frühzeitige und unmissverständliche Signale der Landesregierung wäre es nicht zu der eingetretenen Beunruhigung der Bürger gekommen.» Der Grünen-Umweltexperte Johannes Remmel sagte, Uhlenberg habe «endlich eingelenkt», nachdem er lange Zeit versucht habe, die Verantwortung von sich abzuschieben. (Quelle: Uhlenberg in Düsseldorf; alle anderen in Mitteilungen) ddp/fbr/kos

Ad-Hoc-News.de - 15.06.2007 14:25

KEIN SCHIFF WIRD KOMMEN, 16.06.07, TAZ

NRW und Schleswig-Holstein verbieten den Import von 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien. VON MORITZ SCHRÖDER

Hier sollte der Müll in Rauch aufgehen: Anlage in Herten, NRW Foto: dpa

Australien wird seinen Giftmüll nicht los. Die Landesumweltminister in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben gestern die Lieferung von 22.000 Tonnen hochgiftigem Hexachlorbenzol verboten. "Ich habe die Bezirksregierungen angewiesen, die Genehmigung zu versagen", sagte NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU). Er hatte sich vorher mit seinem Kollegen Christian von Boetticher (CDU) in Kiel abgesprochen, der das Gleiche mitteilte. In den vergangenen Monaten hatten Umweltschutzverbände aus Australien und Deutschland die Minister unter Druck gesetzt, die geplante Lieferung zu verhindern. Sie hatten vor allem den langen Transportweg kritisiert.

Das australische Unternehmen Orica wollte den Giftmüll im Laufe von rund zwei Jahren nach einem Seetransport von über 18.000 Kilometern in Brunsbüttel und drei Standorten in NRW verbrennen lassen. "Es ist unverantwortlich, Giftmüll über so weite Seewege zu transportieren", sagte Uhlenberg. Beide Minister berufen sich auf das Basler Übereinkommen, das bisher 170 Staaten unterzeichnet haben. Darin wird der internationale Austausch von Giftmüll geregelt. Der Abfall soll demnach vorrangig im Inland verbrannt werden. Die australische Regierung hat in einem Schreiben an die Ministerien vom 6. Juni begründet, warum ihr das nicht möglich sei. Australien verfüge nicht über geeignete Anlagen, war darin zu lesen. Außerdem sei mit "Widerständen" in den Gemeinden "wegen der Art der Abfälle" zu rechnen, wenn neue errichtet würden.

"Diese Argumentation reicht als Begründung nicht aus", sagte gestern von Boetticher in Kiel. Eckhard Uhlenberg kritisierte die Begründung als versuchten "Export von Bürgerprotesten". In NRW hatten Bürger-

initiativen und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) 15.000 Unterschriften gegen den Import gesammelt. Australien sei es zumutbar, "eine eigene Entsorgungsanlage zu errichten oder eine vorhandene Anlage zu ertüchtigen", empfahl Uhlenberg.

Umweltschutzverbände lobten das Verbot. "Das haben wir von den Ministern erwartet", sagte Mariann Lloyd-Smith von der australischen Umweltschutzorganisation "National Toxics Network". Der BUND nannte den Entschluss "einen wichtigen Beitrag für den Schutz der hiesigen Bevölkerung vor den Risiken der Giftmüllentsorgung". Und selbst einer der Großkunden von Orica, Bayer Industrie Services, ist nicht geknickt. "Der Fall ist für uns erledigt", sagte Anlagenleiter Joachim Beyer. Ohnehin hätten die bei Bayer erwarteten 4.500 Tonnen Müll weniger als ein Prozent der entsorgten Jahresmenge ausgemacht.

MORITZ SCHRÖDER

GRÜNE: DANK AN PRO-HERTEN

Stellungnahmen danach:

Herten 15.06.2007

EIN SIEG ÜBER DIE MÜLLLOBBY! BG90/GRÜNE

Das der Giftmüllimport aus Australien von Minister Uhlenberg abgelehnt wird, ist ein Segen für die bereits mit Emissionen überbelasteten Bürgerinnen und Bürger in Herten.

Diese Entscheidung zeigt, dass Proteste der Bevölkerung auch von einigen Politikern in Düsseldorf ernst genommen wurden.

Damit diese Entscheidung herbeigeführt werden konnte, bedurfte es einer gemeinsamen Front von engagierten Hertener Bürgern und Politikern, der wir uns als erste Partei vorbehaltlos angeschlossen haben.

Leider gab es aber in den SPD und CDU Fraktionen im RVR eine Mehrheit, die sich von der Mülllobby einfangen ließen und sich gegen die Ablehnung des Giftmüllimportes aussprachen. Auch Bürgermeister Paetzel hat sich durch seine positive Haltung der AGR gegenüber nicht gerade bürgerfreundlich gezeigt. Umso höher ist es Minister Uhlenberg anzurechnen, dass er bei seiner ablehnenden Haltung geblieben ist. Unser besonderer Dank gilt aber Joachim Jürgens und Pro-Herten, die mit viel Einsatz und Arbeit die Speerspitze der mehr als 11 000 Giftmüllgegner bildete.

Das Nein des Ministers ist ein Schlag ins Gesicht für die Parteien im Land, die Giftmüllexporte in NRW über Jahre auf Kosten der Hertener Bürger gefördert haben. Es ist ein erster Schritt zur Bekämpfung der Unmengen an ausländischem Giftmüll, der seit Jahren in Herten verbrannt wird und die Hertener Bürger belasten.

Die Giftmüllexporte und die einseitigen Verbrennungspolitik hier vor Ort zum Nachteil der Bürger wird der Stadtverband weiter bekämpfen.

UBP-HAT ES GESCHAFFT

Wir haben es geschafft!!! Australischer Giftmüll wird nicht in Herten verbrannt!

Die UBP hat in den vergangenen Wochen gemeinsam mit Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Kirchen und vielen engagierten Privatpersonen über 20.000 Unterschriften gegen die Verbrennung von HCB-haltigem Giftmüll aus Australien gesammelt. Gemeinsam haben wir einen Protest ausgelöst, der die Behörden dazu veranlasst hat, den Giftmülltransport nach Herten zu unterbinden.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Aktiven und sind froh, den Transport und die Verbrennung in unserer Stadt verhindert zu haben!

Ihre UBP

AUF: WIR WOLLEN DEN ERFOLG FEIERN

AUF Herten

Alternativ-unabhängig-fortschrittlich
Vorstand AUF Herten, c/o Hannes Stockert
Tel.: 02366 / 937 927
Email: info(at)auf-herten.de ,Homepage: www.auf-herten.de

Herten, 19.06.2007

Bürger-Protest - gab Giftmüll "den Rest"

Herzlichen Glückwunsch allen, die mitgeholfen haben den Transport und die Verbrennung des Giftmülls aus Australien zu verhindern: durch ihre Unterschrift, Protest, Leserbriefe, Veranstaltungen und vieles mehr. Das ist ein riesiger Erfolg und nur die **Bevölkerung selbst hat dies erreicht!**

Während von interessierter Seite die Sache für aussichtslos erklärt und behauptet wurde, dass man angeblich **nichts gegen "die da oben" machen könnte**, hat der Protest **das Gegenteil bewiesen**. Wir haben uns nicht entmutigen lassen.

AUF Herten hat mit Unterschriftensammlung, Leserbriefen, zwei Infoveranstaltungen und einer überregionalen Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen zu diesem Erfolg beigetragen.

Wir wollen den Erfolg feiern, uns aber auch nicht ausruhen und in Sicherheit wiegen, sondern an diesem Erfolg anknüpfen und den Protest weiterführen:

1. Das Problem mit dem australischen Giftmüll ist **noch nicht aus der Welt**, sondern erst dann gelöst, wenn dies umweltgerecht in Australien selbst entsorgt wird – und auch nicht über Umwege (z.B. über die Niederlande) doch noch nach Deutschland gelangt oder in einem anderen europäischen Land verbrannt wird.
2. In der Hertener Müllverbrennungsanlage wird **weiterhin giftiger Sondermüll verbrannt**. Auch die "herkömmliche" Müllverbrennung ist hochgefährlich. Nicht umsonst steigen Allergien und Asthma an. Warum wird das Laub und Grünzeug von der Halde als Sondermüll entsorgt? Wirklich "keine Gefahr zu keiner Zeit....", wie es immer so schön heißt??

Wir **fordern eine Luftmessstation** auf der Halde in Herten Süd und auch die Wiedererrichtung der Luftmessstation auf dem Paschenberg.

Wir laden herzlich ein zu einer "Haldenbegehung" mit anschließender Diskussion über den Erfolg und das weitere Vorgehen - bei Gemütlichkeit, Picknick bzw. Kaffee und Kuchen, Sekt, usw. **Sonntag, 8. Juli 2007 um 15.00 Uhr Treffpunkt: Gaststätte Am Handweiser, Herner Str. 198**

GIFTMÜLL-TRANSPORT ENDGÜLTIG VOM TISCH 16. JUNI 2007 BRUNSBÜTTELER ZEITUNG

Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen lehnen Einfuhr ab – „Antragsbegründung unzureichend“

Von Jörg Lotze

Brunsbüttel – Die vier großen australischen Frachtschiffe, die für je 300 Giftmüll-Container ausgelegt sind, brauchen gar nicht erst beladen zu werden: Gestern haben die Umweltministerien in Kiel und Düsseldorf das beantragte Verschiffen von 22 000 Tonnen mit Hexachlorbenzol (HCB) belasteten Chemieabfällen von Sydney nach Brunsbüttel endgültig abgelehnt. Damit ist dieser Giftmüll-Transport um die halbe Erdkugel dauerhaft vom Tisch.

Vorgestern hatte es aus dem Kieler Ministerium noch geheißen, die Australier haben noch bis zum 27. Juli Zeit, die Antworten auf offene Fragen nachzureichen. Täten sie dies, wäre eine Genehmigung des Imports immer noch wahrscheinlich (wir berichteten).

Gestern aber hat Umweltminister Dr. Christian von Boetticher die Anlandung der rund 60 000 Fässer mit verseuchten Rückständen aus der Produktion des Chemie-Riesen Orica im Brunsbütteler Elbehafen komplett untersagt – auf Dauer. „Der geplante Transport verstößt gegen das internationalgültige Basler Übereinkommen, das den grenzüberschreitenden Transport von gefährlichen Abfällen regelt“, begründete der Minister seine Ablehnung. Der Export von Sondermüll sei auf ein Mindestmaß zu beschränken. „Die australischen Behörden haben nicht ausreichend dargelegt, dass eine ordnungsgemäße und umweltgerechte Beseitigung der Abfälle im eigenen Land nicht erfolgen kann. Genau davon aber hatten wir stets eine positive Entscheidung abhängig gemacht“, so der Minister. Auch sei dieser Nachweis nach gültigem Recht die zwingende Voraussetzung für eine Genehmigung.

Australien hatte in seiner Begründung, weshalb der Giftmüll nicht auf dem fünften Kontinent entsorgt werden könne, vor allem Probleme der Herstellerfirma Orica angegeben, eine entsprechende Verbrennungstechnik zu bauen. „Bisher wurde kein Standort gefunden, der von der ansässigen Gemeinde akzeptiert wurde“, heißt es. Für Dr. Christian von Boetticher ist das alles andere als ein schlagkräftiges Argument:: “ „Dass der dortige Bau einer Entsorgungsanlage mangels Akzeptanz nicht durchsetzbar ist, reicht als Begründung jedenfalls nicht aus“, so von Boetticher. Das Basler Übereinkommen habe nicht den Zweck, „mögliche Proteste der eigenen Bevölkerung in einen Drittstaat zu exportieren.“

Die Ablehnung aus Kiel sei nun als Verwaltungsbescheid zu sehen, gegen den der australische Chemiekonzern Orica innerhalb einer bestimmten Frist Widerspruch einlegen könnte, teilte Christian Seyfert, Sprecher des Umweltministeriums, gestern auf Anfrage mit. „Ich halte es jedoch für unwahrscheinlich, dass Orica diesbezüglich aktiv wird oder gar juristische Mittel einlegt. Dafür ist unsere Ablehnung zu wasserdicht“, so Seyfert. Der gesamte beantragte Transport ist damit erledigt. Denn: Sagt nur eine der beteiligten Landesregierungen Nein, darf kein Schiff mehr starten.

Auch der nordrhein-westfälische Umweltminister Eckhard Uhlenberg lehnte gestern den Import des Mülls in sein Bundesland und die dortige Verbrennung in drei Anlagen (darunter zwei der Bayer AG) strikt ab. „Wir haben immer wieder betont, dass wir einen solchen Transport aus einem so entfernten Staat wie Australien, der selbst über eine hoch entwickelte Industrie-Infrastruktur verfügt, nicht befürworten. Nur war bislang eine abschließende Entscheidung aus Rechtsgründen nicht möglich“, so Uhlenberg. Nach Prüfung der Stellungnahme der australischen Regierung durch einen externen Rechtsgutachter sei dies nun anders.

„Die Begründung der Australier, wegen des Widerstandes der eigenen Bevölkerung keine geeignete Verbrennungsanlage bauen zu können, hat mich nicht überzeugt, sie ist auch nicht akzeptabel. Es ist Australien zumutbar, eine eigne Entsorgungsanlage zu errichten oder eine vorhandene zu ertüchtigen“, so der Minister. Er habe noch gestern alle Bezirksregierungen angewiesen, die Genehmigung für den Abfallimport zu untersagen.

Auch der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer, der am Zustandekommen des Basler Übereinkommens maßgeblich beteiligt war, habe es ihm bestätigt: „Es ist ein wichtiges Ziel der Vereinbarung, Industriestaaten dazu anzuhalten, eigene Kapazitäten zur Sondermüllentsorgung zu schaffen“, so Uhlenberg

Hansen: „Eine gute Nachricht für die Bürger“

Brunsbüttel (mir/jl) Nur die Wählerinitiative für reelle Politik (WIR) wollte den Giftmüll-Transport aktiv verhindern. Alle anderen Parteien hatten bei einer Sitzung der Ratsversammlung im März die Verabschiedung der WIR-Resolution gegen den Umschlag australischen Giftmülls in Brunsbüttel abgelehnt. Was sagen Protestler, Kommunalpolitiker und Verwaltung jetzt zur Entscheidung aus Kiel?

Die WIR-Fraktionsvorsitzende Ingrid Möller ist über das „Nein“ aus der Landeshauptstadt mehr als erfreut. „Eine wunderbare Nachricht. Ich bin natürlich allen Bürgern dankbar, die uns bei unseren Aktionen unterstützt haben.“ Die Giftmüllgegner aus Brunsbüttel haben erfolgreich mit der Bürgerinitiative Herten zusammengearbeitet. „Unsere Mitstreiter in Nordrhein-Westfalen hatten allerdings den großen Vorteil, dass Kommune, Kreis und Land hinter ihnen standen. Uns hat diese Unterstützung leider gefehlt“, bedauert Ingrid Möller.

Die Brunsbütteler Kommunalpolitiker der großen Parteien haben, so Möller, nicht die breite Meinung der Bürger vertreten:„Das finde ich anmaßend.“

Hannelore Schwonberg, Vorsitzende des Umweltvereins, kritisiert ebenfalls die Haltung der Brunsbütteler Kommunalpolitiker: „Die großen Parteien waren alle für den Giftmüll-Transport. Ich frage mich, wessen Interessen die eigentlich vertreten?“ Wohl nicht die der meisten Brunsbütteler. Schwonberg ist froh, dass die Protestler aus Brunsbüttel so große Unterstützung aus Herten und auch aus Hamburg bekommen haben. „Wer weiß, ob wir ohne diese Hilfe einen solchen Erfolg erzielt hätten.“

Für Bürgermeister Wilfried Hansen ist die Entscheidung aus Kiel vor allem eines: ein Beleg dafür, dass die Kontrollmechanismen, die bei der Prüfung solcher Transport-Anträge greifen, funktionieren: „Wir leben in einem Rechtsstaat. Ich habe zu jeder Zeit darauf vertraut, dass die Sache nur genehmigt wird, wenn alle Vor raussetzungen erfüllt sind“, so Hansen. Die nun vorliegende Entscheidung sei zur Kenntnis zu nehmen und vor allem zu akzeptieren: „Für die Bürger Brunsbüttels dürfte es sich ohnehin um einen guten Bescheid handeln.“ Die SAVA müsse nun wieder aktiv werden und andere Aufträge akquirieren, so Hansen.

CDU-Fraktionschef Peter Hollmann sieht die Sache relativ emotionslos: „Wir haben schon seinerzeit dem Antrag der WIR auf eine Anti-Giftmüll-Resolution nicht zugestimmt, weil wir keine brauchen. Denn in solchen Fällen entscheiden die zuständigen Stellen auf der Grundlage der Gesetze. Das ist in Sachen Giftmülltransport nun auch geschehen“, so Hollmann. Er sei zuversichtlich, dass dieses auch im Zusammenhang mit dem Brunsbütteler Atommeiler passiert: „Daher gehen wir in der CDU auch davon aus, dass das KKB eine Fristverlängerung bekommen wird.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Johannes Kreft findet es „schön, dass der Giftmüll-Transport gestoppt worden ist“. „Damit ist das eingetreten, was wir erwartet haben: Die SPD hat sich darauf verlassen, dass die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden.“ Auch wenn sich die SPD-Fraktion nicht gegen den Giftmüll-Transport stark gemacht habe, habe er dem Vorhaben skeptisch gegenübergestanden, so Kreft.

Der Geschäftsführer der Sonderabfall-Verbrennungsanlage (SAVA), Dr. Martin Kemmler, war gestern leider für eine Stellungnahme nicht mehr erreichbar. Ebenso die Geschäftsleitung der Hafengesellschaft. Norbert Feis, Geschäftsleiter Vertrieb, hatte jedoch unlängst gegenüber unserer Redaktion betont, dass weder die Hafengesellschaft noch die SAVA wirtschaftlich auf das millionenschwere Müllgeschäft mit Australien angewiesen seien. „Nur, wenn wir es nicht machen, machen es andere“, so Feist seinerzeit.

Die Coordination gegen Bayer-Gefahren begrüßt die Entscheidung der Umweltminister. Philipp Mimkes: „Dies ist ein großer Erfolg für die Umweltbewegung. Nun gehören alle Müllimporte auf den Prüfstand. Allein der Bayer-Konzern verbrennt Sonderabfälle von 300 Firmen aus aller Welt. Wir fordern eine Offenlegung aller Importe nach Herkunft und Inhaltsstoffen sowie deren drastische Reduzierung.“

Der umweltpolitische Sprecher der Kieler Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Detlef Matthiessen erklärt zum Giftmüll- Stopp: „Die Ankündigung des Ministers hören wir mit Erleichterung. Von Boetticher hat 'nachgegrünt'. Unsere Fraktion war bislang die Einzige, die mehrfach im Landtag gefordert hat, Schleswig-Holstein nicht zum Standort eines munteren Giftmülltourismus zu machen.“

Aufgestapelte Giftmüllfässer: 60 000 solcher Behälter, die nach Brunsbüttel sollten, müssen nun in Australien bleiben. Foto: dpa

Verpackungsanlage wird vorerst nicht gebraucht (Foto Orica)

ORICAS- TREATMENT OPTION: EXPORT

This page outlines Orica's reasons for lodging an application for an export permit to transport its stockpile of hexachlorobenzene (HCB) waste to Europe for destruction in a high temperature incinerator and provides progress on the permit applications.

The application was lodged with the Federal Department of Environment and Heritage (DEH - now called the Department of Environment and Water Resources or DTEWR) on 4 August 2006.

The DTEWR has determined that nine separate export applications are required, in order to reflect characteristics of the HCB waste and its proposed destruction in four different treatment plants in Europe.

The applications were published in the Commonwealth Government Gazette on 22 November 2006 and a copy of the applications and supporting information (excluding company confidential information, such as terms of confidential contracts) is available below:

- Orica HCB Export Application 1, 2, 3
- Orica HCB Export Application 4, 5, 6
- Orica HCB Export Application 7, 8, 9
- Orica HCB Export Application Supporting Information Part 1, Nov 2006
- Orica HCB Export Application Supporting Information Part 2, Nov 2006

Export Application Progress

MINISTER FOR ENVIRONMENT AND WATER RESOURCES ANNOUNCEMENT

On 25 May 2007, the Federal Minister for Environment and Water Resources, Malcolm Turnbull MP, provided a media release stating that Australia does not have the capacity to dispose of the HCB waste stored at Botany. Additionally, he noted that the proposed transport arrangements were appropriate and met international standards.

- View Minister Malcolm Turnbull's media release, 25 May 2007 93kb
- View Orica's response to the Minister's announcement, 28 May 2007 24kb

This announcement is the first step in approval to export the waste to Germany for destruction. In order for the HCB waste to be exported to Germany two further steps in the assessment process were necessary to occur:

1. The German authorities to approve the import of the waste under the Basel Convention; and
2. The Australian Government to issue an export permit.

German States Respond to Australian Government

On 15 June 2007 two German States (North Rhine-Westphalia and Schleswig Holstein) advised that they have not accepted the Australian Government's statement that there is no available technical capacity to treat Orica's HCB waste in Australia. These States are home to the four treatment plants where Orica proposed to treat the HCB waste.

Orica is very disappointed with this news, and firmly believes that the export of the HCB waste to Germany for destruction in already existing, world class, hazardous waste destruction plants is the best solution for removing the HCB waste from the Botany site.

Orica is not yet certain what the options are for appealing the decision, or what other avenues may be available, however, it is clear that this announcement by the German authorities will slow down the plans for disposing of the HCB waste. Orica is in discussion with the Australian Department of the Environment and Water Resources and is working closely with them to determine the available options.

In the mean time, Orica will continue repackaging the HCB waste stored at Botany and will continue to store the waste in registered and secure storage. Orica is committed to finding a solution for destruction of the HCB waste.

Local Community Views on Export Application

- CPRC (local community members) letter to Minister for Environment and Water Resources, a response to National Toxics Network objection to HCB Export, 17 April 2007 98kb
- Michael Daley MP, Member for Maroubra, letter to Minister for Environment and Heritage, 15 January 2007
- CPRC (local community members) letter to Minister for Environment and Heritage, 13 December 2006
- CPRC (local community members) letter to Minister for Environment and Heritage, 22 August 2006
- Kristina Keneally MP, Member for Heffron, letter to Minister of Environment and Heritage, 30 August 2006

THE WASTE

HCB is a white crystalline solid that is practically insoluble in water. It is a Persistent Organic Pollutant (POP) and a suspected human carcinogen. Orica's HCB stockpile consists of high concentration waste that was an unwanted by-product of solvents manufacture between 1963 and 1991, as well as low concentration waste consisting of contaminated containers, pallets and protective clothing.

GERMAN HTI FACILITIES

Orica proposes to consign all of the HCB waste to high temperature incineration (HTI) plants in Germany. HTI is used extensively throughout Europe for the treatment of both domestic and industrial waste, and is widely accepted by governments, communities and environmental groups as the most appropriate and environmentally sound means of destroying such waste.

Germany currently has 66 HTI plants and is expected to have 72 by 2007. These plants use the latest technology and procedures to ensure that processing operations will not adversely affect human health, safety or the environment. Prior to 1990, HTI plants were identified as major polluters with high concentrations of dioxins and furans emitted in the flue gases. In response to this situation, the German Government established new regulatory requirements, which were ultimately accepted by the European Union, and which stipulate strict emission limits for a range of pollutants, including a limit on dioxin and furan discharges of 0.1 ng/m3. This limit remains the most stringent limit in force today and has gained universal adherence.

REASONS FOR SEEKING EXPORT

The circumstances in which Orica finds itself, with one of the world's last remaining stockpiles of HCB waste, are exceptional and support the grant of a Basel Export Permit. An urgent solution to the HCB waste issue is necessary due to:

- increasing community and international pressure to destroy such waste
- the likelihood that the waste will need continued storage at Botany if it is not exported
- the fact that the waste stockpile will continue to grow the longer it is stored
- he health, safety and security risks associated with continued storage.

The key tenets of Orica's rationale for exporting its waste combine to form a compelling case.

- *There are no options left for local destruction*

Firstly, based on numerous attempts to have the waste destroyed over the last three decades, it has been concluded that there are no viable alternatives for local destruction. What appeared to be a viable and logical proposal to destroy this 'one-off' stockpile at Botany in 2001 failed to proceed, largely based on a similar response to that of communities in regional NSW. It is clear that there is no existing facility that could destroy this waste in Australia, and almost no prospect of a facility being developed in the medium term.

There have been several claims that the 16,000 tonnes of HCB waste can be treated in Australia. Orica has given careful consideration of these claims and has concluded that there are no options available to destroy our HCB waste in Australia. The linked document provides a response to claims the waste can be treated in Australia.

- *Continued Storage is not environmentally sound*

Second, continued storage does not represent an environmentally sound option, not only because the waste continues to pose safety, health and security risks for the surrounding community, but because continued storage requires maintenance, which results in generation of secondary waste such as drums, pallets and protective clothing.

- *Appropriate facilities exist in Europe*

Third, there are existing, licensed facilities in Germany, and indeed throughout Europe, that treat such waste as a matter of course, that are willing to take imported waste and that operate to the most stringent environmental standards in the world. Many of these facilities import up to 70% of their waste per year. Local communities, governments and environmental groups in Europe accept the use of the HTI as the most envi-

ronmentally suitable and the most technically sophisticated means of destruction of such waste. The Stockholm Convention endorses HTI as the best available technology.

- *Export is consistent with international conventions relating to hazardous waste*

Fourth, Orica's legal advice has confirmed that export of the waste in the manner intended is consistent with Australia's international obligations under both the Basel and Stockholm Conventions. In particular, it supports Australia's obligations:

  - under the Basel Convention to ensure waste is only transported when there are not the means, in terms of existing facilities and technical capacity, to destroy the waste locally; and
  - under the Stockholm Convention to destroy all POPs, such as HCB in an environmentally sound manner rather than storing them indefinitely and allowing the stockpile to grow.

RESPONSE TO DEBATE ABOUT LODGEMENT OF ORICA'S APPLICATION

Orica acknowledges that there will be people who have concerns about or are opposed to Orica's decision to apply for an export permit to have its waste destroyed in Europe. Orica has considered the issues raised against export in discussions with various stakeholder groups and can provide compelling responses to these concerns.

Issue	Orica Response
The concern that it is wrong to export our waste to another country.	In many cases this concern is a reasonable one. However, after several decades, Orica has failed to find a means of destroying the waste in Australia and does not believe that continued storage represents an environmentally responsible option. Both the fact that the waste is no longer produced and therefore this is not an ongoing problem, as well as the fact that it can be destroyed quickly, safely and in accordance with strict regulations in Germany, combine to present a strong counter-argument to this objection.
The concern that export contravenes our commitment to the Basel and Stockholm Conventions.	The Basel Convention does not prohibit the export of waste, but regulates the transboundary movement of waste. This means that under appropriate circumstances, such as in cases where there is no existing facility in a country, waste can be exported to appropriate facilities for treatment. The Stockholm Convention, to which Australia is also a signatory, aims for the elimination of all POPs. Orica's export application will comply with both Conventions.
The concern that HTI is not an environmentally sound means of destruction. Low energy technologies are supported as the best means of destroying	The waste will be handled in a number of high temperature incinerators in Germany under the most stringent European Commission regulatory conditions, where they have become net destroyers of dioxins. For example, less than 1% of dioxin emissions comes from incinerators as opposed to the 20% produced by household chimneys and stoves. There are 66 HTIs in Germany, with a further six under construction. As a result of protests against HTIs in the early 1990s, their performance has been developed to comply with the strictest conditions. Within a period of six years, all existing facilities were required to be upgraded or decommissioned and new facilities were required to

chemical waste.	comply with the specified emissions limit from the outset. These requirements remain in force today in both European and German law. Due to the success of HTI in treating hazardous waste in Europe and other parts of the world, there is very little research and development being conducted on low energy technologies for the destruction of waste such as the HCB stockpile. This situation is not expected to change. While NGOs commonly favour low energy options, experience shows that communities are no more receptive to these technologies than they are to the concept of receiving the waste. Therefore, the difficulties in siting a facility locally are not alleviated.
The concern that if Orica achieves an export permit, a precedent will be set for exporting waste that is created in Australia, and this will encourage continued generation of such waste.	Orica's stockpile is a 'one-off' amount of stored waste. The manufacturing operations that produced the waste ceased in 1991 and Orica has not produced HCB since that time. Orica does not intend to export waste on an ongoing basis, but wants to solve the decades-long problem of its stored stockpile four shipments of waste to Germany. Orica has reached the conclusion that export of the waste is a more environmentally sound solution to the problem than construction of a new facility that does not have a continuing feedstock of waste.
Transportation of the waste represents too much of a risk, particularly if a ship sinks in the ocean, and its marine life become contaminated with this stable chemical for many, many years.	Orica intends to charter its own vessels in shipping the waste to ensure integrity in the process. Apart from complying with United Nations Dangerous Goods (UNDG) regulations, a number of other measures will be taken to ensure safety of the cargo. All appropriate risk management plans have been developed for shipping of the waste. Transport by sea is significantly safer than by road or rail and we are using very experienced and established shipping lines and an established shipping route. Orica has also taken additional measures to ensure safe transport by chartering ships, securing the containers on board and stacking containers lower than the minimum requirements.
Exporting the waste overseas hinders the development of low energy technologies to treat stockpiled waste here in Australia.	High temperature incineration in Europe is now a sophisticated process that complies with rigorous European regulations. HTI developments over the last 10 - 15 years mean that it has become an accepted technology in Europe for treating such waste as HCB. Given this acceptance by communities, governments and environmental groups, there is little need for further research and development on alternative technologies and, therefore, minimal prospects for a new low energy technology to treat this waste in the short to medium term.

LOGISTICS OF EXPORT

Orica has developed, in conjunction with its European logistics managers, extensive risk management plans and emergency procedures as required for the transport of many of its chemicals and explosives products.

If the application is successful, Orica will use charter shipments to ensure that it retains control of the waste in transit. Other measures to reduce transport risk include securing containers on board and stacking containers lower than the minimum requirements.

It is expected that four shipments will be required, commencing in April 2007 and concluding in December 2008, based on a permit being issued late this year or early next year. Transit in South Africa may be required for bunkering, but there will be no other port entry until the waste arrives in Germany. It is proposed that the waste will be destroyed by four different facilities, two for the high concentration waste and two for the low concentration waste.

CONCLUSION

Orica believes that as there are no remaining alternatives to treat the HCB waste locally, it should be granted permission to export its waste for destruction in existing, licensed facilities in Europe. Legal advice confirms that in this case, an application for export satisfies the tests under the Act and meets the requirements for 'exceptional circumstances'. The advice also states that Orica's export application conforms with the main tenets of both the Stockholm and Basel Conventions, and is consistent with the Federal Government's obligations under those Conventions.

Links Media release 4 August 2006 19kb Department of Environment and Heritage

ANHANG: GIFTMÜLLIMPORTE HIER: STRUSZCZYNSKI GEGEN JÜRGENS

zusammengestellt und bearbeitet durch Joachim Jürgens © Juli 2007

Die „Genossen“ -unter sich

Foto Grundsteinlegung RZR II, **v. links, Heinz Struszczynski(Pressesprecher-AGR),** Der Regionaldirektor Heinz - Dieter Klink (SPD), Jochen Welt, Landrat (SPD, Dietrich Freudenberger, Geschäftsführer AGR (SPD), Uli Paetzel, Bürgermeister d. Stadt Herten (SPD),

Quelle: Presseveröffentlichung AGR, http://www.agr.de/rzr-herten/presse/RZRII/target5.html

Im Anschluss an der Podiumsdiskussion veröffentlichte die AGR (Unterzeichner der Betriebsrat) folgenden „Offenen Brief.“ Da die dort enthaltenen Unterstellungen, z. B. Zitat unten aufgeführt, aus dem Zusammenhang gerissen wurden, publizieren wir hier den Vorgang inklusiver juristischer Androhungen des Pressesprecher und Leiter der Unternehmenskommunikation Heinz Struszczynski

»Mit Drogendealern hat man uns verglichen, man hat uns der Korruption beschuldigt, der Lüge, des Betrugs. Und man hat uns vorgeworfen, durch gezielte Manipulation an unseren Filtern und den Messgeräten vorsätzlich die Gesundheit der Menschen, insbesondere der Kinder dieser Region, zu gefährden. Auch wir verteidigen das Recht der freien Meinungsäußerung. Aber nach unserer Überzeugung endet es dort, wo es die Würde anderer Menschen verletzt. Auch das ist ein Grundrecht, und wir leben und arbeiten nach den Gesetzen dieser Gesellschaft. «

Offener Brief der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AGR Unternehmensgruppe

an die Bürgerinnen und Bürger
in Herten, Recklinghausen, Herne und Gelsenkirchen
zur Podiumsdiskussion „Sondermüll aus Australien ins RZR Herten“
vom 6. Februar 2007 im Glashaus Herten:

Quelle: http://www.agr.de/de/info/medienmitteilungen/dokumente/OffenerBriefDerMitarbeiter.doc

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger in der Nachbarschaft des RZR Herten,

ohne Zweifel gibt es Arbeitsplätze, mit denen man im Bekanntenkreis mehr Eindruck hinterlassen kann als mit unseren. Wer hat schon gerne etwas mit Müll zu tun? Für uns jedoch ist die Entsorgung des Abfalls unserer Gesellschaft tägliches Brot. Und wir sind stolz auf unsere Arbeit, denn es ist ein ehrlicher und wichtiger Job, den wir nach bestem Wissen und Gewissen ausführen.

Wirklich gemocht hat man uns hier wohl nie. Aber dafür bringen wir wohl oder übel Verständnis auf. Eine Müllverbrennungsanlage ist zwar notwendig, aber als Sympathieträger vor der eigenen Haustür wenig geeignet. Doch die vergangenen 25 Jahre, die das RZR mittlerweile störungsfrei in Herten arbeitet, haben dazu geführt, dass die meisten von Ihnen bereit sind, uns zu akzeptieren – und noch wichtiger – zu respektieren. Für dieses Vertrauen möchten wir uns bedanken, denn auch wir leben nicht vom Brot allein. Auch wir wünschen uns, dass unsere Kinder stolz darauf sind, was ihre Eltern täglich leisten.

Diese Anerkennung, die wir uns durch viele Gespräche, Informationen und durch einen sicheren Betrieb hart erkämpfen mussten, hat in diesen Tagen bedauerlicherweise Risse bekommen. Unter dem Schlagwort „Giftmüll aus Australien“ wird die noch vor wenigen Wochen bewährte Zusammenarbeit zum Teil in Frage gestellt. Emotionen schlagen hoch – bei allen Beteiligten. Und unter Einbeziehung der verschiedenen Medien werden seit Wochen regelrechte Scharmützel ausgetragen.

Am 6. Februar wurden nun viele unserer Kolleginnen und Kollegen persönlich Zeuge einer solchen „Generalabrechnung“. Im Hertener Glashaus war eine Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Behördenvertretern, Politikern, Umweltschutzorganisationen und RZR-Betreiber anberaumt, um sich – wie zuvor vom Moderator noch einmal betont – sachlich mit den Fragen, Ängsten, Motivationen, Hintergründen und Zusammenhängen zu beschäftigen. Ein frommer Wunsch, denn wo Ängste aufkommen entstehen Emotionen und ihre Auswüchse.

Mit Drogendealern hat man uns verglichen, man hat uns der Korruption beschuldigt, der Lüge, des Betrugs. Und man hat uns vorgeworfen, durch gezielte Manipulation an unseren Filtern und den Messgeräten vorsätzlich die Gesundheit der Menschen, insbesondere der Kinder dieser Region, zu gefährden. Auch wir verteidigen das Recht der freien Meinungsäußerung. Aber nach unserer Überzeugung endet es dort, wo es die Würde anderer Menschen verletzt. Auch das ist ein Grundrecht, und wir leben und arbeiten nach den Gesetzen dieser Gesellschaft.

Deshalb gilt unsere besondere Hochachtung Pfarrer Wilkens, der im Glashaus mit seinen einleitenden Worten gezeigt hat, dass man diese Diskussion nachdenklich und kritisch führen kann, ohne den Respekt vor dem vermeintlichen Gegner zu verlieren. Müssen wir unsere Lebensphilosophie und unseren hohen Lebensstandard grundsätzlich auf den Prüfstein legen, wenn sie Maßnahmen wie die hier diskutierten notwendig erscheinen lassen? Diese von ihm formulierte Kernfrage stellen wir uns auch. Und das wahrscheinlich häufiger, als so mancher, der an diesem Abend anwesend war. Denn wir blicken täglich auf die „Hinterlassenschaften“ unserer Konsum- und Wohlstandsgesellschaft.

Insofern machen auch wir uns als Familienväter und Familienmütter ebenso Gedanken über die Zukunft - in Herten, Recklinghausen, Herne und Gelsenkirchen. Denn dort leben auch wir. Und darüber möchten auch wir jederzeit kritisch diskutieren. Allerdings mit dem gebotenen Respekt. Denn wir möchten nicht mit geldgierigen, korrupten und verantwortungslosen Drogendealern verglichen werden. Niemals würden wir das Leben von Kindern gefährden. Weder das der Kinder von anderen Eltern, noch das unserer eigenen. Wir sind keine Kriminellen, sondern arbeiten verantwortungsbewusst und gesetzestreu - wie jeder von Ihnen an seinem Arbeitsplatz.

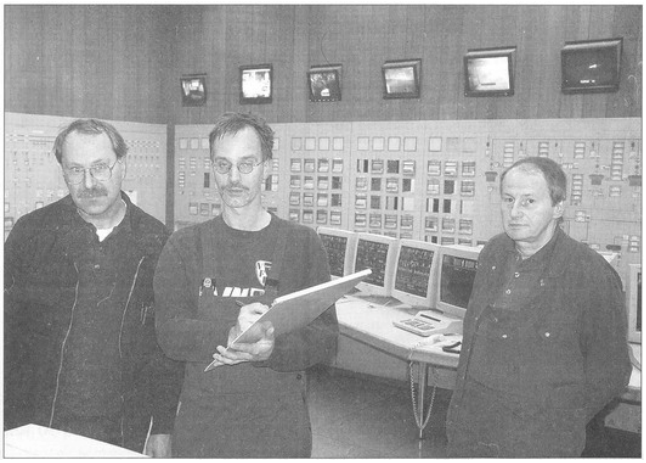
Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Matzner Klaus Giesen
Vorsitzender und stellvertr. Vorsitzender des Konzernbetriebsrates
für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AGR Unternehmensgruppe

---

MITARBEITER IM RZR SIND SAUER QUELLE:207/6 STADTSPIEGEL. LOKALSPIEGEL

„Wir haben nichts zu verbergen", erklärt Werner von dem Berge, technischer Betriebsleiter im RZR und weist auf die zahlreichen Schautafeln, die bisher über 120000 Gästen die Verfahrensabläufe erklärt haben. Gerade die Beschimpfungen im Zusammenhang mit dem Giftmülltransport aus Australien haben die Mitarbeiter geärgert.



Wir manipulieren hier nichts

Mitarbeiter des RZR wehren sich gegen Vorwürfe - Fachleute bedienen geprüfte Anlagen

Fachleute auf dem RZR- Leitstand(v. I.): Brandmeister Andreas Gruber, Operateur Markus Mansfeld und Schichtführer Karl-Heinz Fogler, seit 25 Jahren auf der Anlage.besucht –

Über 120000 Besucher haben bereits das Hertener RZR sie durften einen Blick hinter die Kulissen der hochmodernen Verbrennungsanlage werfen.

„Zu verbergen haben wir nichts, jeder kann sich in unserer ‚gläsernen Anlage' informieren", so der technische Betriebsleiter Werner von dem Berge und verweist auf die Anzeigetafel vor den Werkstoren, die ständig den Schadstoffausstoß dokumentiert.

„Dass wir Schadstoffe verbrennen ist nichts Neues. Zwei Verbrennungslinien für Industriemüll wurden mit der Aufstellung des Flächennutzungsplans 1979 durch den Rat der Stadt Herten ermöglicht."

Damals sollte mit der Errichtung des RZRs die Verbrennung und Verklappung von Schadstoffen auf hoher See beendet werden. Noch heute werden allerdings noch Schadstoffe illegal entsorgt, wie jüngst an der Elfenbeinküste, erklärt von dem Berge.

„Wir haben die Genehmigung zur Verbrennung von Industriemüll oberhalb von 900 Grad", so von dem Berge zur anhaltenden Diskussion zur Temperatur in den Öfen „Tatsäch-

lich fahren wir die Anlage bei 1000 bis 1100 Grad, da sonst die aufwendige Filtertechnik zu schnell zusitzt. In der Nachreinigung werden durch den Aktivkoks von den zwei bis fünf Prozent Schadstoffen noch einmal 99 Prozent ausgefiltert." Dass ihre Arbeit zur Zeit in den Schmutz gezogen wird, ärgert die Mitarbeiter im RZR gewaltig. „Ich habe selbst einen zehnjährigen Sohn", erklärt Markus Mansfeld, Operateur auf dem Leitstand und seit 17 im RZR. „Wir übernehmen als Fachkräfte mit jährlichen Schulungen Verantwortung.

Eine Manipulation der Anlage ist unmöglich. Alles ist TÜV abgenommen. Bei Ausfall der Filter stoppt sofort automatisch die Müllaufnahme. Bei Wartungsarbeiten ruft die Aufsichtsbehörde sofort zurück.

Der Giftmülltransport aus Australien sei ein Einzelfall, so von dem Berge. „Das Umdenken in Sachen Giftmüll muss bei jedem Einzelnen beginnen", meint von dem Berge, als wir an Abf allen vom Hertener Umweltbrummi vorbeigehen. die Verfahrensabläufe erklärt haben. Gerade die Beschimpfungen im Zusammenhang mit dem Giftmülltransport aus Australien haben die Mitarbeiter geärgert. Seite 207/6

J.Jürgens Erwiderung in einem Offenen Brief and Herrn Klink

Offener Brief

Verbandsdirektor RVR
Herrn Klink,

Herten, 17. Februar. 2007

Sehr geehrter Herr Klink.

Erlauben Sie mir, Ihnen ein paar Zeilen zu schreiben. Wie Sie sich sicherlich erinnern, sind wir kürzlich gemeinsam einem Fernsehbeitrag in der letzten Woche zu sehen gewesen, in dem Sie wirklich mutig das mögliche „Zurückrudern“ in Sachen Orica darstellten.

Ich hoffe, dass hier unsere Gemeinsamkeit gedanklich nicht endet.

Die Dinge überschlagen sich zur Zeit, ohne dass wir zu dieser Hektik beigetragen haben, sieht man einmal davon ab, dass wir dem öffentlichen Druck im Internet eine Plattform bieten, weil die Bevölkerung in Sachen „Müllpolitik“ sensibler geworden ist.

Unverständlich ist die derzeitige PR- Kampagne der AGR, die die Glaubwürdigkeit des Unternehmens mehr in Frage stellt, als dass sie Vertrauen schafft. Von daher sind solche ganzseitigen Zeitungsanzeigen verschwendete öffentliche Mittel.

Sicherlich werden Sie den aktuellen Spiegel-Artikel in der hier angesprochenen Sache gelesen haben. Ich zitiere: ***„Was dann in knapp 100 Meter Höhe den Schornstein verlasse, liege weit unter den vorgeschriebenen Grenzwerten, sagt der Bayer-Mann. Wissenschaftler halten dagegen, dass es eine Müllverbrennung ohne schädliche Emissionen nicht gebe. Harry Rosin, Professor für medizinische Mikrobiologie, hält die Beteuerungen der Industrie gar für eine „Verdummbeutelung". Selbst bei den besten Anlagen würden „krebserregende Partikel" in die Luft geblasen. Für Experten wie Rosin steht zudem fest: Die Nachbarn der Müllerverbrennungsanlagen werden die Zeche zahlen für eine umstrittene Wirtschaftsförderung vergangener Jahre.“*** Als verantwortungsbewusster Vorstand einer kommunalen Institution wie dem RVR kann Sie sicher solch ein Medienecho nicht unberührt lassen.

Die AGR verkündet in ihrem Werbefilm: „Die Luft, die den Kaminen entweicht, ist sauberer als die Umgebungsluft“! Glauben Sie ernsthaft, dass solche Aussagen dazu beitragen die Menschen hier zu

beruhigen? Vergleichbar könnte ich einen Henker zitieren, der behauptet, dass Fallbeil ist schärfer als ein Küchenmesser, mit dem man sich leicht schneiden könnte!

Die AGR wirft uns vor, dass wir in der Podiumsdiskussion diffamierend agiert hätten und unterstellt uns strafrechtlich relevante Behauptungen. Ganz geschickt fügt sie in der gestern an viele Haushalte verteilten Postille „HertenReport“ ein Interview eines hier von uns spätestens seit der Spendenaffäre der „RZR-PCB-Verbrennungs-BI“ von uns nicht mehr wirklich ernst genommen Kirchenvertreters ein. Die Behauptung, dass das RZR eine an Sicherheit kaum zu übertreffende Anlage ist, wird ad absurdum geführt gerade durch das Brandereignis des gestrigen Tages, bei dem ich zufälliger weise Augenzeuge wurde. (Anlage s. beigefügter Pressebericht).

Die Presse berichtet anschließend, dass Feuerwehreinsätze wohl dort zum täglichen Geschäft zählen. Der Presse ist hier ebenfalls zu entnehmen, dass die Anlage in Teilen heruntergefahren wurde. Es ist bekannt, dass bei jedem An- und Abfahren unkontrolliert Schadstoffe entweichen (Bypassbetrieb).

Bei dem eingangs erwähnten Fernsehbeitrag wurde ich durch Herrn Nelles (WDR) gefragt, ob wir nicht mit unseren Aktionen die Arbeitsplätze der AGR- Mitarbeiter gefährden. Hierauf (leider nicht gesendet) hatte ich geantwortet: „Wenn hier Arbeitsplätze gefährdet werden, dann nicht durch besorgte Bürger, sondern durch eine – mit Verlaub – merkwürdige Betriebsführung (sh. Brochier – Frontal-Bericht), und Agitationen eines „Gift sprühenden“ Pressesprechers der AGR. (Wir wundern uns nicht von ungefähr, dass im Gegensatz zu den vielen wechselnden Geschäftsführern besagter streitlustiger Herr immer noch dort in Amt und Würden ist). [8]

Es sei Ihnen abschließend versichert, dass wir Bürger hinter der Entsorgung unseres leider zwangsläufig entstehenden „Wohlstandsmülls“ stehen, wobei Sie uns nicht verübel dürfen dass wir hier sehr stark das Wort „unseres“ betonen.

Es erreichte uns aus zuverlässiger australischer Quelle, dass Orica im dortigen Anhörungsverfahren behauptet habe, hier gäbe es keinen Widerstand in der Bevölkerung – und wenn, hätte er sich am 25.1. auf zwei Menschen reduziert. Wir versichern Ihnen, dass hier zweckdienlich etwas Falsches in Australien berichtet wurde. Dem werden Sie sicher beipflichten, auch vor dem Hintergrund, dass es inzwischen fast gleichlautende Resolutionen der RVR - Städte Castrop-Rauxel, Herne, Herten, Recklinghausen und Marl gibt! Als RVR-Direktor dürfen Sie das Votum dieser betroffenen Mitgliedskommunen nicht einfach überhören! Stoppen Sie den Giftmüll-Deal!

Mit freundlichem, aber auch besorgtem Gruß

Gez. Joachim Jürgens

TAZ BERICHTET ÜBER „MÜLLMAFIA“ (RICHTIGSTELLUNG)

Die TAZ berichtete und zitierte mich in TAZ NRW Nr. 8205 vom 19.2.2007, Seite 1, 105

Richtigstellung Die TAZ zitiert mich ***»Joachim Jürgens vom Bürgerinitiativen-Zusammenschluss Pro Herten sprach gar von einer "Müll-Mafia, die bis in höchste Kreise" reiche. «***

Ausdrücklich erkläre ich, dass ich nie im Zusammenhang mit dem jetzigen Vorgang (Australischen Müll) Politik, Personen, Firmen oder sonst irgendwie eine Verknüpfung mit der „Mafia“ gebraucht habe. Richtig ist, dass wir auf unsere Homepage unter http://www.pro-herten.de/RZR/muellmafia.htm Google Ergebnisse

[8] Dieses Zitat war Gegenstand einer Abmahnung des Pressesprechers AGR

seriöser Quellen wie der ARD, ZDF bzw. WDR veröffentlicht haben, die sich ausschließlich auf Vorgänge in der Vergangenheit beziehen.

Ebenso habe ich der TAZ einen Online-Artikel der Lokalzeitung übersandt, die berichtete:
»„Zwei der drei aktuellen Brände sind im Bereich der Schredder-Anlage entstanden. Um weitere Zwischenfälle zumindest vorerst zu verhindern, ist dieser Anlagenbereich vorerst außer Betrieb genommen worden. Im übrigen RZR geht die Arbeit normal weiter.“ »

Hieraus ist die unrichtige Darstellung meiner angeblichen Aussage *» „Laut Pro Herten-Sprecher Jürgens musste die Anlage teilweise den Betrieb einstellen.“ »*widerlegt.

Herten, den 19.2.07 Joachim Jürgens

Diese Richtigstellung wurde der TAZ- Redaktion am 19.2. 2007 telefonisch im Beisein von Zeugen und via Email mitgeteilt!

ENTSORGER AGR SAGT INFO-ABEND AB, 20. FEBRUAR 2007, QUELLE: RECKLINGHÄUSER ZEITUNG

SÜD. (tf) "Ein Info-Abend ohne Gesprächspartner, der zum Thema Auskunft geben kann, macht keinen Sinn", sagt SPD-Chef Andreas Becker. Die Genossen haben ihren Informationsabend zum Thema Giftmüll-Verbrennung im RZR abgesagt. -

Am Donnerstagabend sollten Vertreter der Abfallbeseitigungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) Stellung zu den Plänen beziehen, in den Öfen des Hertener RZR **Giftmüll** aus Australien zu verbrennen. "AGR-Sprecher Heinz Struszczynski hat aber mitgeteilt, dass aus AGR-Sicht bereits alles zum Thema gesagt sei. Und dass es eine Info-Broschüre für die Bürger geben werde. Die Teilnahme an unserer Veranstaltung hat Struszczynski abgesagt", berichtet Becker. "Ich finde das sehr bedauerlich. In meinen Augen ist das die Fortsetzung einer falschen Informationspolitik des Unternehmens. Wir sind der Meinung, dass die Süder und Hochlarmarker wissen sollten, was in ihrer Nachbarschaft passiert."

In seiner Absage habe der AGR-Pressesprecher auch anklingen lassen, dass Unternehmensmitarbeiter bei Diskussionsabenden persönlich diffamiert und attackiert worden seien. Der Konzernbetriebsrat hat dazu im Internet (www.agr.de) Stellung bezogen - er wehrt sich gegen Unterstellungen von Korruption, Lüge, Betrug und den Vergleich mit "Drogendealern".

EMAIL JÜRGENS AN STRUSZCZYNSKI BETREFF: PAUSCHALISIERENDE ÖFFENTLICHE ATTACKEN 20.02.07

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: J.Jürgens [mailto:jj(at)pro-herten.de]
Gesendet: Dienstag, 20. Februar 2007 22:30
An: h.strusi(at)agr.de
Cc: klink(at)rvr-online.de
Betreff: pauschalisierende öffentliche Attacken

Sehr geehrter Herr Struszczynski,

die AGR sagte eine in Recklinghausen geplante Informationsveranstaltung ab. Der Presse gegenüber äußerten Sie sich wie folgt:

„AGR-Sprecher Heinz Struszczynski hat aber mitgeteilt, dass aus AGR- Sicht bereits alles zum Thema gesagt sei. Und dass es eine Info- Broschüre für die Bürger geben werde. In seiner Absage habe der AGR-Pressesprecher auch anklingen lassen, dass Unternehmensmitarbeiter bei Diskussionsabenden persönlich

diffamiert und attackiert worden seien. Der Konzernbetriebsrat hat dazu im Internet (www.agr.de) Stellung bezogen – er wehrt sich gegen **Unterstellungen** von **Korruption, Lüge, Betrug** und den Vergleich mit **„Drogendealern“.**

Es ist eine Sache, der Öffentlichkeit gewünschte Informationen vorzuenthalten. Schon dies kann einem öffentlich getragenen Unternehmen nicht gestattet werden. Eine ihrerseits recht tendenziöse Werbezeitung des Unternehmens ersetzt diese Pflicht keinesfalls.

Es ist eine andere Seite, pauschale Vorwürfe über Personen und einer Veranstaltung in die Welt zu setzen, die ihrerseits Unterstellungen enthalten und als Diffamierung gewertet werden können. Als Mitverantwortlicher für die im Glashaus Herten stattgefundene Podiumsdiskussion legen ich Wert darauf, dass, was immer von einzelnen Personen gesagt wurde oder nicht, dieses in der Auseinandersetzung mit diesen Personen zu klären ist.

So verlangt es ein zivilisierter Umgang miteinander, so sieht es auch das Gesetz vor. Sie schaden auch einem öffentlich getragenen Unternehmen, an dessen Erhalt zu mindestens uns mehr gelegen ist, als Sie es offenbar wahrzunehmen vermögen.

Wir dürfen Sie also abschließend dringend auffordern, ihre Behauptungen zu konkretisieren oder pauschalisierende öffentliche Attacken zu unterlassen.

Wir erwarten von Ihnen, ihrer Informations- und Rechenschaftspflicht gegenüber uns Bürgern zukünftig auf zuvorkommende und freundliche Weise nachzukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Jürgens

Pro-Herten Durchschrift: Herr Dr. Klink, Verbandsdirektor RVR, Presse

---

ANTWORT VON STRUSZCZYNSKI 21. FEBRUAR 2007

Von: Heinz Struszczynski [mailto:h.strusi(at)agr.de] **Gesendet:** Mittwoch, 21. Februar 2007 13:24
An: 'J.Jürgens' **Betreff:** AW: pauschalisierende öffentliche Attacken

Sehr geehrter Herr Jürgens,

Ihre Reaktionen auf Grund der Veröffentlichungen des Betriebsrates und der AGR in der vergangenen Woche lassen erkennen, dass Ihnen so langsam dämmert, was Sie mit Ihrer undifferenzierten Agitation angerichtet haben. Wenn Ihnen nun von Seiten der rund 850 AGR Mitarbeiter, der IGBCE und von einer an sachlicher Diskussion interessierten Öffentlichkeit in Herten der Gegenwind ins Gesicht bläst, kann ich Ihnen beim Zurückrudern nicht helfen.

Das downcycling Ihrer Argumentation scheint nun bei mir persönlich angekommen zu sein, weil ich Ihnen öffentlich Paroli biete. Erst war die Sonderabfallverbrennung von Hexachlorbenzol im RZR Herten prinzipiell nicht genehmigt, dann war die Anlage technisch dazu nicht in der Lage, dann war die Menge zu groß, dann war die Chlorfracht zu hoch, dann sollten wir die Verbrennungstemperaturen nicht einhalten, dann sollte das Notifizierungsverfahren nicht zulässig sein, dann war die Störfallbroschüre nicht korrekt bezeichnet, dann unterstellten Sie, dass wir unsere Emissionsdaten im Internet nicht anzeigen, dann monierten Sie die Höhe der RZR-Schornsteine, dann die Luftbelastung auf der höhengleichen Halde Hoheward, schließlich

waren Sie beim Feinstaub angelangt etc. etc. Immer konnten wir Ihre Vorbehalte durch Tatsachen entkräften bzw. die Zusammenhangslosigkeit darstellen.

Jetzt sind die von mir verantwortete Öffentlichkeitsarbeit der AGR bzw. ich persönlich Ziel Ihrer Angriffe.

Jedem Kommunikationsfachmann war klar, dass Sie sich früher oder später in diesem Wust von Argumentationen verheddern. Die Beobachtung der Hertener Öffentlichkeit zeigt, daß Sie mit Ihren Attacken gegen die ehemalige Bürgerinitiative, der Sie eine "Spendenaffäre" unterstellen und gegen Kirchenvertreter, die zur sachlichen Diskussion mahnen, nun auch den sozialen Boden verlieren.

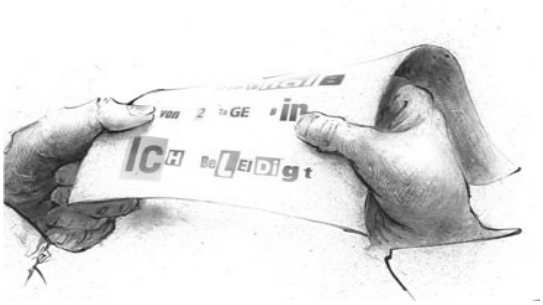
Auch Ihre "Richtigstellung" gegenüber der TAZ, der Sie im Überschwang wohl mehr erzählt hatten, als Ihnen nachher lieb war (Müll-Mafia, RZR musste Betrieb einstellen) und die mir die wortgetreue Wiedergabe Ihrer Aussagen bestätigte[9], macht deutlich, dass Sie sich übernommen haben. Unter diesen Gesichtspunkten hat Ihre Ermahnung (Zitat): „***Wir dürfen Sie also abschließend dringend auffordern, ihre Behauptungen zu konkretisieren oder pauschalisierende öffentliche Attacken zu unterlassen."*** geradezu absurden Charakter. (Wer ist übrigens "wir"?)

Wenn Sie jetzt glauben, sich aus Angst vor der eigenen Courage mit Ablenkungsmanövern auf die Öffentlichkeitsarbeit eines Unternehmens und des für die PR-Verantwortlichen aus der Affäre ziehen zu können, liegen Sie bei mir falsch.

In den nächsten Tagen werden Sie mehr dazu hören.

Ich gehe davon aus, dass Sie dieses Schreiben auch dem Empfängerkreis Ihres Anschreibens zur Kenntnis bringen und damit öffentlich machen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Struszczynski
Pressesprecher / Leiter Unternehmenskommunikation
Gildehofstraße 1
45127 Essen



Wer zu Unrecht jemand beleidigt, gibt anderen Anlass, ihn zu Recht zu beleidigen.

Niccoló Machiavelli, (1469 - 1527), italienischer Staatsmann und Schriftsteller

STRUSZCZYNSKI'S STRAFBEWEHRTE UNTERLASSUNGSERKLÄRUNG

[9] Wie die TAZ glaubhaft versicherte, hatte Herr S. nie dort angerufen. Offensichtlich nimmt es Herr S. mit der Wahrheit nicht sonderlich genau, beim „downcycling" seiner Darstellungen

DJV NRW
Deutscher Journalisten-Verband
Gewerkschaft der Journalistinnen
und Journalisten
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesverband

Humboldtstraße 9
40237 Düsseldorf
T +49 (0)211/2 33 99-0
F +49 (0)211/2 33 99-11
zentrale@djv-nrw.de
www.djv-nrw.de

Herr Joachim Jürgens
Schützenstr. 84

45699 Herten

Per Einschreiben mit Rückschein!

Datum 02.03.2007
Betreff **Strafbewehrte Unterlassungserklärung**

Ansprechpartner Andrea karmelski
Durchwahl 37
E-Mail rechtsberatung@djv-nrw.de

Sehr geehrter Herr Jürgens,

wir vertreten die rechtlichen Interessen unseres Mitgliedes, Herrn Heinz Struszczynski.

Wie uns Herr Struszczynski berichtete und wir Ihrem „offenen" Brief, datiert vom 17.2.2007, entnehmen können, haben Sie Herrn Struszczynski in der Vergangenheit mehrfach beleidigt und persönlich öffentlich diffamiert.
Herr Struszczynski wird dadurch in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt und in seiner beruflichen Existenz gefährdet.

Aus diesem Grund fordern wir Sie hiermit auf, anliegende strafbewehrte Unterlassungserklärung spätestens bis zum

09.03.2007

zu unterschreiben und an den DJV zurückzuschicken.

Anderenfalls werden wir gerichtliche Schritte gegen Sie einleiten.

Mit freundlichen Grüßen

A. Karmelski
Andrea Karmelski
(Justiziarin)

Anlage

Bankverbinungen

Stadtsparkasse Düsseldorf,
Konto-Nr. 10 155 166 (BLZ 300 501 10)

Postcheckkonto: Köln,
Nr. 1211 83-502 (BLZ 370 100 50)

Deutsche Bank AG, Düsseldorf,
Konto-Nr. 37 973 70 (BLZ 300 700 24)

C.G. Trinkaus, Düsseldorf,
Konto-Nr. 2033/011 (BLZ 300 308 80)

ANLAGE:

Strafbewehrte Unterlassungserklärung

Herr Joachim Jürgens verpflichtet sich hiermit gegenüber Herrn Heinz Struszczynski, es bei Vermeidung einer Konventionalstrafe in Höhe von 1.500 € für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen,

1.) wörtlich oder sinngemäß folgende Äußerung kundzutun und/ oder zu verbreiten: Herr Struszczynski betreibe „Agitationen" und agiere als „Gift sprühender" Pressesprecher der AGR.

2.) mit der Formulierung: „Wir wundern uns nicht..., dass...besagter streitlustiger Herr immer noch in Amt und Würden ist" indirekt zur Entlassung des Herrn Struszczynski aus seiner Position als Pressesprecher bei dem Gesellschafter seines Arbeitgebers, dem Regionalverband Ruhr, aufzufordern.

(Ort, Datum) (Unterschrift Joachim Jürgens)

EMAIL AN JUSTIZIARIN WEGEN VOLLMACHT STRUSZCZYNSKI

Von: J.Jürgens [mailto:jj(at)pro-herten.de]
Gesendet: Montag, 5. März 2007 11:56
An: 'rechtsberatung(at)djv-nrw.de'
Cc: Zeitung HA
Betreff: Stuszczynski ./. Jürgens

Ihr Zeichen Andrea Karmelski v. 2.3.07

Sehr geehrte Frau Karmelski

Ich bestätige zunächst Ihr Schreiben mit o.a. Bezug.

Da ich derzeitig die Angelegenheit noch nicht abschließend beurteilt habe, bitte jedoch, bevor ich weitere Schritte in der Sache unternehme, mir die beglaubigte Vollmacht zu übersenden, aus der hervorgeht, dass Sie Herrn Struszczynski in der Sache rechtlich vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Jürgens

Kopie, Herrn G. Spohr, Vorsitzender DJV-NRW

STUSZCZYNSKI VOLLMACHT

Vollmacht

Dem Geschäftsführer Karl-Josef Döhring, Justiziar Christian Weihe sowie Justiziarin Andrea Karmelski

werden in Sachen Joachim Jürgens

Vollmacht zur Vertretung meiner rechtlichen Interessen, insbesondere Prozessvollmacht gemäß § 81 ff. ZPO und §§ 302, 374 StPO erteilt.

Diese Vollmacht erstreckt sich namentlich u. a. auf folgende Befugnisse:

1. Verteidigung und Vertretung in Bußgeldsachen und Strafsachen in allen Instanzen, auch für den Fall der Abwesenheit sowie auch als Nebenkläger. Vertretung gemäß § 411 (2) StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gemäß § 233 (1) StPO. Vertretung in sämtlichen Strafvollzugsangelegenheiten.
2. Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen sowie die Zustimmung gemäß §§ 153 und 153 a StPO zu erteilen.
3. Entschädigungsanträge nach dem StrEG zu stellen.
4. Empfangnahme und Freigabe von Geld, Wertsachen, Urkunden und Sicherheiten, insbesondere des Streitgegenstandes und der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten.
5. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.
6. Entgegennahme von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen - auch in Ehesachen.
7. Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis.
8. Vertretung vor den Familiengerichten gemäß § 78 ZPO sowie Abschluss von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen und Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsauskünften.
9. Vertretung im Konkurs- oder Vergleichsverfahren über das Vermögen des Gegners und in Freigabeprozessen sowie als Nebenintervenient.
10. Alle Nebenverfahren z.B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung und Hinterlegungsverfahren.
11. Abgabe von Willenserklärungen (z.B. Kündigungen).

Kamen, 5.03.2007
Ort, Datum

Unterschrift
(Heinz Struszczynski)

Joachim Jürgens

Schützenstrasse 84
45699 Herten
Tel. + 49(02366) 37653

GMS+ 49(172) 2835160
Fax + 49(02366) 33313
Email jj(at)jidv.de
URL www.pro-herten.de

STRAFBEWEHRTE UNTERLASSUNGSERKLÄRUNG GEÄNDERT

Joachim Jürgens; Schützenstraße84; 45699 Herten

DJV-NRW

via FAX

Ihr Zeichen A. karmelski vom 2.3.07 unser Zeichen JJ/ rj vom Herten, den **14. January 2011**

Strafbewehrte Unterlassungserklärung

(geändert durch den Unterzeichner)

Herr Joachim Jürgens verpflichtet sich hiermit gegenüber Herrn Heinz Struszczynski, es bei Vermeidung einer Konventionalstrafe in Höhe von ~~1.500~~ 300 € für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen,

1.) wörtlich oder sinngemäß folgende Äußerung (**Metapher)** kundzutun und/ oder zu verbreiten: Herr Struszczynski ~~betreibe „Agitationen" und~~ agiere als **„Gift sprühender" Pressesprecher der AGR.**

2.) ~~mit der Formulierung: „Wir wundern uns nicht..., dass...besagter streitlustiger Herr immer noch in Amt und Würden ist" indirekt zur Entlassung des Herrn Struszczynski aus seiner Position als Pressesprecher bei dem Gesellschafter seines Arbeitgebers, dem Regionalverband Ruhr, aufzufordern.~~

Herten, den 8.3.2007

DJV NRW
Deutscher Journalisten-Verband
Gewerkschaft der Journalistinnen
und Journalisten
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesverband

Humboldtstraße 9
40237 Düsseldorf
T +49 (0)211/2 33 99-0
F +49 (0)211/2 33 99-11
zentrale@djv-nrw.de
www.djv-nrw.de

Herr Joachim Jürgens
Schützenstr. 84

45699 Herten

Datum 14.03.2007

Betreff **Strafbewehrte Unterlassungserklärung**
Hier: 2. Aufforderung zur Unterzeichnung

Ansprechpartner Andrea karmelski
Durchwahl 37
E-Mail rechtsberatung@djv-nrw.de

Sehr geehrter Herr Jürgens,

wie Ihnen bekannt ist, vertreten wir die rechtlichen Interessen unseres Mitgliedes, Herrn Heinz Struszczynski.
Die von Ihnen am 08.03.2007 unterzeichnete Unterlassungserklärung ist aufgrund der erheblichen Veränderungen, die Sie vorgenommen haben, nicht akzeptabel.
Aus diesem Grund fordern wir Sie hiermit erneut und letztmalig auf, anliegende strafbewehrte Unterlassungserklärung ohne jegliche Änderungen Ihrerseits spätestens bis zum

29.03.2007

zu unterschreiben und an den DJV zurückzuschicken.

Anderenfalls werden wir unverzüglich eine Klage gegen Sie erheben.

Mit freundlichen Grüßen

A. Karmelski
Andrea Karmelski
(Justiziarin)

Anlage

Bankverbinungen

Stadtsparkasse Düsseldorf,
Konto-Nr. 10 155 166 (BLZ 300 501 10)

Postcheckkonto: Köln,
Nr. 1211 83-502 (BLZ 370 100 50)

Deutsche Bank AG, Düsseldorf,
Konto-Nr. 37 973 70 (BLZ 300 700 24)

C.G. Trinkaus, Düsseldorf,
Konto-Nr. 2033/011 (BLZ 300 308 80)

Anlage wie obige Unterlassungserklärung

EMAIL VON SCHWIRSKE AN STRUSZCZYNSKI 24.02.07

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Schwirske [mailto:schwirske(at)versanet.de]
Gesendet: Samstag, 24. März 2007 00:57
An: Heinz Struszczynski
Cc: Jürgens Joachim; Claudia Baitinger
Betreff: Antrag SPD/Grüne im Landtag Giftmüllimport aus Australien nicht genehmigen!
Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrter Her Sruszczynski,

immer wieder in den vergangenen Wochen hatten Sie das Bild einer kleinen Gruppe ignoranter Kritikaster gezeichnet, die die globalen Kreise von AGR und anderen störten. Anliegender Antrag aus dem Landtag sollte klar machen, dass - abgesehen von parteipolitischem Geplänkel - die komplette Landespolitik an einem Strang zieht, was das unselige Orica-Geschäft angeht.

Es sollte demnach an der Zeit sein, die AGR-Binnensicht konsequent auf Realität umzupolen.

Dazu gehörte dann zuerst, zur Kenntnis zu nehmen, dass die meisten Kritiker - so Pro-Herten - der AGR und insbesondere den Mitarbeitern gegenüber keine Feindbilder hegt. Wir wünschen vielmehr, dass AGR als öffentliches Unternehmen trotz unglaublicher Fehlleistungen in der Vergangenheit im Haifischbecken privater Unternehmen überleben kann, weil wir uns die AGR als Bestandteil einer ökologischen Abfallwirtschaft vorstellen. Dazu bedarf es einiger Änderungen in Niveau und Ausrichtung der Geschäftspolitik. Deshalb weist der mit knapper Mehrheit entstandene Beschluss der Verbandsversammlung nicht gerade in die Zukunft; vielmehr unterstreicht er in unseren Augen die weiterhin schwierige Verfassung des Unternehmens. Auch Koll. Hegemann hat mit seinen öffentlichen Äußerungen nicht gerade Kompetenz versprüht, sondern dem Unternehmen einen echten Bärendienst erwiesen.

Wohin sollte also die Reise gehen?

Formal wird der AGR ein höheres Maß an Transparenz abzuverlangen sein. Das gilt zuerst hinsichtlich einer Offenlegung der Müllströme, d.h. im Geschäftsfeld gefährliche Abfälle. Inhaltlich wird als erster Schritt ein Verzicht auf nicht ortsnahe Abfallgeschäfte zu fordern sein. Abfallpolitisch muss die AGR -entsprechend den Vorstellungen aus dem Umweltministerium Bund - wieder über Möglichkeiten stofflicher Verwertung nachdenken.

Statt weiterhin polemisch auf Kritiker einzudreschen, muss die Öffentlichkeitsarbeit der AGR auf eine realistische, sachliche und stets freundliche Konzeption umorientieren. Ich persönlich könnte mir vorstellen, dass dieses ohnehin Ihre Intentionen trifft.

Betrachten Sie darum dieses Schreiben bitte als konstruktiven Beitrag zu einer erneut fälligen abfallpolitischen Debatte (s. anliegender Antrag).

Mit freundlichen Grüßen Manfred Michael Schwirske

STRUSZCZYNSKI ANTWORT AN SCHWIRSKE

Anfang der weitergeleiteten E-Mail:

Von: "Heinz Struszczynski" <h.strusi(at)agr.de
Datum: 26. März 2007 18:22:52 MESZ
An: '"Schwirske"' <schwirske(at)versanet.de
Betreff: AW: Antrag SPD/Grüne im Landtag Giftmüllimport aus Australien nicht genehmigen!
Antwort an: <h.strusi(at)agr.de

Sehr geehrter Herr Schwirske,

gestatten Sie zunächst eine Bemerkung vorab. Obwohl ich an mich gerichtete Schreiben an den Absender persönlich beantworte, gehe ich davon aus, dass auch dieses Schreiben auf den Internet-Seiten von pro Herten veröffentlicht wird. Dort veröffentlichte andere Schriftstücke sind nicht nach dem Original wiedergegeben, sondern es sind Passagen verändert oder ausgelassen.

Der für den Internetauftritt Verantwortliche glaubt sich durch den Zusatz "Abschrift ohne Gewähr" abzusichern, was presserechtlich falsch ist. Ich weise also darauf hin, dass dieses Schreiben nur in Kopie der Originalfassung wiedergegeben werden darf.

Zu Ihrem Brief:

1. In einem TV-Interview habe ich lediglich meiner Verwunderung Ausdruck gegeben, dass eine Minderheitenmeinung die veröffentlichte Meinung okkupiert.

(Max Weber sinngemäß: "Nichts erstaunt denjenigen, der sich mit Fragen der Soziologie beschäftigt mehr, als die Simplizität, mit der Wenige Macht über Viele gewinnen."

Mehr dazu auch bei E.Noelle-Neumann unter "Schweigespirale".)

Darüber hinaus habe ich nie Kritiker des Abfalltransports persönlich angegriffen, weil es sich prinzipiell nicht mit professioneller Öffentlichkeitsarbeit verträgt und weil ich, offen gesagt, viele der Kritiker persönlich gar nicht kenne. Dies übrigens im Gegensatz zu einer zentralen Person der Aktivisten, die mich sogar wegen der polnischen Schreibweise meines Familiennamens öffentlich attackiert hat. Fragen Sie Herrn J.[10]

Wenn Sie betriebliche Erfahrung haben, wissen Sie, sehr geehrter Herr Schwirske, dass es lange dauert, bis Mitarbeiter emotional so erregt sind, dass sie ein öffentliches Vorgehen ihres Betriebsrates und ihres Arbeitgebers fordern.

Dies war bei uns nach der Veranstaltung im Glashaus, an der bald 40 AGR- Mitarbeiter teilgenommen haben, der Fall. Aus gutem Grund schreiben Sie ja auch, dass die "meisten" Kritiker gegenüber den Mitarbeitern und der AGR kein Feindbild hegen.

[10] Anmerkung des Verfassers – Während eines gemeinsamen Auftritts (WAZ-Mobil) wo ich mit Herrn S. erstmalig persönlich zusammentraf, äußerte ich mich wie folgt:“ Herr S., mit der Phonetik Ihres Namen habe ich Schwierigkeiten bei der schriftlichen Wiedergabe“ Herr S. antwortete darauf sinngemäß: »Ich weiß das Menschen hier Probleme haben, ich habe aber meinen Großvater am Sterbebett versprochen, dass ich meinen Namen nicht umschreiben werde.« Herr Holland war bei diesem (übrigens einzigen) Wortwechsel zugegen. Wenn Herr S. dieses als Attacke bezeichnet, tut er mir nur einfach leid.

Aber einige haben dieses "Feindbild", über das sie sich profilieren wollen. Dagegen stellt sich ein Unternehmen, auch zum Schutz seiner Mitarbeiter vor Diffamierung, und es ist Aufgabe des Pressesprechers, diese Position nach außen zu vertreten. So etwas wie im Glashaus werden wir uns nie wieder bieten lassen!

2. Die Diskussion auf überörtlicher Ebene bis hin zum Landtag unterstreicht das, was die AGR und besonnenen Kritiker des Abfalltransportes aus Australien von Anfang an gesagt haben: Diese Diskussion ist eine Politische und Ethische, die mit dem RZR Herten nur unmittelbar etwas zu tun hat. Nämlich ob wir in einer globalen Wirtschaft nur profitieren wollen (Deutsche Autos nach Australien, Australischer Wein und australische Kohle nach Deutschland), oder ob wir auch einmal einen nicht so angenehmen Part erledigen müssen, nämlich die qualifizierte Beseitigung giftiger Abfälle gemäß den internationalen Vereinbarungen (Basler Übereinkommen; Stockholmer Konvention), die Deutschland unterzeichnet hat. Die ganze Debatte um Zulässigkeit und Temperaturen und technische Fragestellungen des RZR Herten war eine Stellvertreterdebatte, die genutzt wurde, um populistisch Politik zu machen, politische Gegner zu diffamieren und um gefahrlos auf sich aufmerksam zu machen. Wenn die Mehrzahl der Bürger nicht möchte, dass außereuropäische Länder hier in Notfällen entsorgen dürfen, muss ihnen die Politik sagen, welche Konsequenzen das hat.

Die Tatsache, wie nun die Diskussion hin und her geschoben wird, - mal kann Düsseldorf den Import verbieten, mal hat Brüssel die geeigneten Richtlinien, mal kann nur das Umweltministerium in Berlin den Abfalltransport stoppen (dessen Umweltbundesamt den Australiern die Problemlosigkeit des Abfallimports versichert hatte) – zeigt nur, das eine standfeste Haltung, wie sie Herr Hegemann gezeigt hat, nicht die Regel ist.

Die Mehrzahl der Politiker weiß es und Sie wissen es auch, sehr geehrter Herr Schwirske: Die geplante Entsorgung australischer Sonderabfälle wickelt sich streng nach Recht und Gesetzt ab, das man sich nicht aus momentanen opportunistischen Überlegungen hin und her biegen kann. Wenn alle Voraussetzungen innerhalb dieses Rechtsrahmens vorliegen und die Notifizierung positiv abgeschlossen wird, wird der Abfall kommen. Wenn außereuropäische oder europäische Abfälle, Abfälle aus anderen Bundesländern oder der Nachbarstadt allerdings künftig nicht mehr in den Sonderabfallverbrennungsanlagen vor Ort entsorgt werden sollen, kann das geändert werden. Das demokratische Verfahren dazu kennen Sie.

3. Ihre Überlegungen zur Weiterentwicklung und Zukunft der AGR, insbesondere zum Stoffstrommanagement und zur Offenlegung der Stoffströme (Zitat Ihres Schreibens: Wir wünschen vielmehr, dass AGR als öffentliches Unternehmen trotz unglaublicher Fehlleistungen in der Vergangenheit im Haifischbecken privater Unternehmen überleben kann, ..!!!) lasse ich unkommentiert. Offenbar sieht eine Mehrheit politischer Entscheidungsträger das anders. Aber Sie wissen ja, wie man das ändern kann: Siehe oben.

4. Polemik, Feindbilder, Draufdreschen ...woher stammt Ihr Vokabular, Herr Schwirske? Ich verwende dieses nicht. Zum realistischen, konstruktiven und sachlichen Dialog aber bin ich immer bereit.

Mit freundlichen Grüßen
AGR mbH
Heinz Struszczynski
Pressesprecher / Leiter Unternehmenskommunikation
Gildehofstraße 1
45127 Essen

Herten, 22.2.2007

GESAMMELTE MERKWÜRDIGKEITEN, VON H.H.HOLLAND V. 22.02.07

Die Politik ist unzufrieden mit der Informationspolitik der AGR. Das geht „quer Beet“ durch alle Parteien. Das war wahrzunehmen im Ausschuss für Planung und Umwelt der Stadt Herten, im Kreisausschuss für Landschaftsplanung, Umweltfragen und Bauangelegenheiten in Recklinghausen, bei einer Veranstaltung im Hertener Glashaus. Das äußerten Mitglieder der Verbandsversammlung des RVR und Mitglieder des Aufsichtsrates der AGR. Räte im Kreis Recklinghausen brachten Resolutionen gegen den Giftmülldeal mit Australien auf den Weg.

Auslöser war ein Artikel in einer Werbezeitung für die AGR, für die selbstverständlich der Pressesprecher der AGR verantwortlich zeichnete. Dort wurde ein verhängnisvolles Signal gegeben. Verkündet wurde das Giftmüllgeschäft mit dem australischen Chemieunternehmen Orica, versehen mit dem Hinweis, dass es „grünes Licht“ für Genehmigungen gebe. Genau das stellte sich im Nachhinein als Irrtum heraus.

Seitdem hat der Pressesprecher der AGR ein Problem. Ein Problem für das er eigentlich nichts kann. Weil er nämlich nur für sein Unternehmen die Öffentlichkeitsarbeit macht. Er kann nur versuchen, die Informationen - die er erhält - in die Öffentlichkeit zu tragen. Das ist seine Aufgabe. Manchmal ist das eine undankbare Aufgabe – schon im alten Griechenland konnte es passieren, dass der Überbringer schlechter Nachrichten hingerichtet wurde, obwohl er für die „schlechten Nachrichten“ selbst *nicht* verantwortlich war.

Eine Parallele gibt es zu der Anzeige des Betriebsrates der AGR in den Stadtspiegelausgaben rund ums „RZR“ (Herten, Herne, Recklinghausen, Gelsenkirchen), der sich zu Unrecht am Pranger sieht. Böse Bürger sollen den *Beschäftigten* der AGR unterstellt haben: „Mit Drogendealern hat man uns verglichen, man hat uns der Korruption beschuldigt, der Lüge, des Betrugs. … Und man hat uns vorgeworfen, durch gezielte Manipulation an unseren Filtern und den Messgeräten vorsätzlich die Gesundheit der Menschen, insbesondere der Kinder dieser Region, zu gefährden. … Denn wir möchten nicht mit geldgierigen, korrupten und verantwortungslosen Drogendealern verglichen werden.“

Klipp und klar: Wenn tatsächlich solche Äußerungen bei der Veranstaltung gegen die Beschäftigten der AGR, („RZR“) gemacht worden wären – ich wäre als erster aufgestanden und hätte mich dagegen verwahrt. Ich begleite das „RZR“ fast 30 Jahre kritisch. Niemals jedoch habe ich Menschen bei der AGR – schon gar nicht die Beschäftigten des Unternehmens in solcher Art „niedergemacht“. Die Geschäftspolitik der AGR war/ist unter aller Würde und selbstverständlich gibt es Verantwortliche dafür. Selbst bei den Verantwortlichen muss man noch vorsichtig sein, denn auch Verantwortliche fallen auf *gesellschaftlich produzierte Dummheiten* herein. Eine solche Dummheit gab der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende der AGR 2003 von sich: „Wenn alle Gefahren ausgeschlossen werden können, warum soll ich dann nicht ein Millionengeschäft machen?“ Ein Geschäft um des Geschäftes willen gibt es nicht, sondern da spielt das Interesse Millionen zu verdienen eine Rolle. Das Problem ist nur, ob tatsächlich „alle Gefahren ausgeschlossen werden können“? In dem Zusammenhang ging es um das Crossborderleasing. Ein Geschäft das 50 Jahre andauern soll. Was machen wir, wenn die Klimakatastrophe dramatischer verläuft als noch derzeit prognostiziert? Darf die Anlage dann vorzeitig stillgelegt werden? Es ist eine Illusion „alle Gefahren ausschließen zu können“ – schon gar nicht für 50 Jahre. Das Geschäft wurde trotzdem gemacht.

Soll man dafür die Beschäftigten der AGR prügeln? Die tun alle nur ihre Arbeit nach Recht und Gesetz. Diskussionen über Sinn und Unsinn von Anlagen oder von Geschäften müssen und dürfen aber sein.

Das Interview mit Pfarrer Burkhard Müller war schon fast wieder lustig/peinlich: „Herr Pfarrer Müller, wenn ich sehe, dass jemand in Not ist und ich die Möglichkeiten habe zu helfen, bin ich dann auch verpflichtet zu helfen?“ Die Geschäftspolitik der AGR als ethisch-moralische Institution? Müllgeschäfte, um

jemanden aus der Not zu helfen? Da mag man doch eher den früheren AGR-Aufsichtsratschef Wilhelm Jasperneite (CDU), der Geschäfte macht, um Millionen zu verdienen. Zumindest ist das ehrlich, aber man muss das Geschäft trotzdem nicht lieben.

Dann gibt es einen dubiosen Brief an Pro Herten, der die Absurditäten auf die Spitze treibt. Da hagelt es Vorwürfe über angebliche Fehlleistungen, alle von der Qualität der Behauptungen des Betriebsrates. Alles daneben! Fehlleistungen eines Pressesprechers, der gerade dabei ist, sich selbst abzusägen. Dankbar muss man ihm sein, dass er das Interview mit Burkhard Müller veröffentlicht hat. Bei allen Fehlschlüssen des Pfarrers, kommt er zumindest an einen wichtigen Punkt: „Die Debatte über die Sonderabfälle aus Australien wäre für mich - wenn alles gut läuft - ein Gewinn, wenn man sie nutzt, um die Grundsatzfrage zu stellen: Wie leben wir und wie wirtschaften wir?“

Um die wichtige Frage Müllers zu beantworten, bedarf es nicht der kleinlichen Aufrechnerei, ob die Diskussion an jedem Punkt immer zielgenau war, sondern weshalb in einem Rohstoffrückgewinnungszentrum wichtige Rohstoffe einfach vernichtet werden?

- Was ist das für eine perverse Art des Wirtschaftens, die Giftstoffe umweltgefährdend um die halbe Welt transportiert, um sie abermals umweltgefährdend in einem Ballungsraum gesundheitsgefährdend für Menschen in einem Feuer „behandelt“ und in der Luft deponiert?
- Was ist das für eine perverse Art des Wirtschaftens, die Güter produziert, wo Kinder und Erwachsene ausgebeutet und mit extrem niedrigen Löhnen, die nicht einmal das Überleben garantieren, abspeist, um sie hoch gewinnbringend zu exportieren und Löhne in anderen Ländern drückt und Arbeitsmöglichkeiten verhindert?
- Und was ist das für eine perverse Art des Wirtschaftens, die Geld in Beton investiert, wo Menschen Brot und Arbeit brauchen, um Leben zu können? Gerade im Abfallbereich gäbe es viele Möglichkeiten Arbeit zu schaffen, die eine Klimakatastrophe mit verhindern könnte, ohne Einbußen an Lebensqualität. Abfälle (Rohstoffe) zu verbrennen, ist das Dümmste was man tun kann. Nur um ein Geschäft zu machen, dafür lohnt es sich nicht zu wirtschaften.

Ich könnte mir eine AGR gut vorstellen, die als öffentlich-rechtliches Unternehmen mit einem öffentlichen Auftrag andere Dinge tut als unsere perverse Wirtschaftsordnung derzeit erwartet – zum Nutzen der Beschäftigten, der ganzen Region – und darüber hinaus.

Hans-Heinrich Holland
Feldstr. 160
45699 Herten
Tel: 01781535230

Ein Narr ist schnell mit Emotionen. Ein weiser Mann bleibt ruhig, auch wenn er beleidigt wird.
Karl Pilsl, (*1948), in den USA lebender österreichischer Wirtschaftsjournalist, Unternehmer und Marktforscher

---

Ach so, ich vergaß, ich warte heute noch auf die gerichtliche Verfügung, da ich diese Unterlassung in Gänze ignoriert habe

Joachim Jürgens, Freitag, der 13 Juli, 2007

WER IM GLASHAUS SITZT, SOLLTE NICHT MIT STEINEN WERFEN

DIE LINKE OFFENE FRAGEN ZUR AGR MÜSSEN GEKLÄRT WERDEN25. JULI 2007

Mit Erleichterung hat Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) den Vergleich zwischen der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhr mbH (AGR) und dem Insolvenzverwalter der Firma Brochier zur Kenntnis genommen.

Durch die Zahlung von 15 Mio. Euro, die nicht auf einmal, sondern in mehreren, verschieden hohen Raten geleistet werden, scheint die mögliche Insolvenz zunächst abgewendet worden zu sein.

„Der Vergleich darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der An- und Verkauf von Brochier die AGR, die zu 100 % dem RVR gehört, rund 155 Mio. Euro gekostet hat“, sagt Wolfgang Freye, Sprecher der Fraktion. „Das ist finanzieller Irrsinn, der letztendlich zu Lasten der Einwohnerinnen und Einwohner des Ruhrgebiets geht. Umso wichtiger ist es, dass endlich geklärt wird, ob sich die Verantwortlichen des An- und Verkaufs von Brochier der Untreue schuldig gemacht haben und ob Haftungsansprüche geltend gemacht werden können“, so Wolfgang Freye weiter.

Die Ansprüche des Insolvenzverwalters an die AGR ergeben sich aus einer Patronatserklärung, die entgegen jeder üblichen Handhabe an die Geschäftsführung des Nürnberger Bauunternehmens gegeben wurde. In ihr hat die damalige Geschäftsführung der AGR der Firma Brochier de facto einen Blankoscheck ausgestellt, indem sie sich bereit erklärt hat, für sämtliche Verpflichtungen die Brochier eingeht, die Haftung zu übernehmen.

„Es ist immer noch nicht geklärt, wie so eine Erklärung unterschrieben werden konnte. Ebenso wenig ist geklärt, warum der Aufsichtsrat dies mit abgenickt hat. Ein Gutachten der Düsseldorfer Anwaltskanzlei Taylor & Wessing zu dem Brochier-Deal, das den Verbandsmitgliedern bereits für Mitte Mai angekündigt wurde, liegt immer noch nicht vor. Ein Vorgang der völlig Inakzeptabel ist“, erläutert Wolfgang Freye weiter. „Wir haben bereits im Mai Anzeige gegen die AGR wegen des Verdachts der Veruntreuung und Bilanzfälschung gestellt und hoffen, dass die Staatsanwaltschaft mehr Licht ins Dunkel bringt. Wir wollen endlich restlose Aufklärung über die Hintergründe dieses Geschäfts.“

Neuer Knatsch um AGR, DIHA/NRZ) 12.08.2007

UNTERNEHMEN. Nochmal 35 Millionen Euro: Abfallentsorger muss weitere Gläubiger bedienen.

BERLIN/ESSEN. Mit der Zahlung von 15 Millionen Euro sind wir endgültig aus dem Schneider: Das war Mitte Juli die öffentliche Botschaft von Dietrich Freudenberger, Geschäftsführer der zeitweise vor der bilanziellen Pleite stehenden Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR). Mit dieser Summe, gestreckt über mehrere Jahre, so Freudenberger, könne die Skandalgeschichte um den An- und Verkauf des Nürnberger Baukonzern Brochier, bei dem die AGR nach eigenen Angaben rund 200 Millionen Euro in den Sand gesetzt hat, endgültig zu den Akten gelegt werden.

Ausweislich von Unterlagen aus dem Aufsichtsrat des städtisch beherrschten Müllentsorgers, die der NRZ vorliegen, ist Freudenbergers Fazit teilweise vorschnell und in einem wichtigen Detail nicht vollständig gewesen. Die Summe von 15 Millionen Euro hat sich die AGR demnach durch den Verzicht auf eigene Forderungen an Brochier in Höhe von 26,5 Millionen Euro quasi "erkauft". Und: Zusätzlich zu den 15 Millionen Euro, die die AGR an den Insolvenzverwalter von Brochier zahlen muss, hat es die Ruhr-Gesellschaft mit weiteren Gläubigern zu tun, die ebenfalls die Hand aufhalten. Deren Forderungen , so bestätigte AGR-Sprecher Heinz Struszczynski gestern auf Anfrage, belaufen sich auf rund 35 Millionen Euro. Besagte Alt-

lasten seien aber "bilanziell längst abgesichert und stellen keine neuerliche Gefährdung der Finanzlage des Unternehmens dar".

Nächste Woche wird die AGR-Spitze in den Gremien des Regionalverbandes Ruhr Stellung nehmen. (diha/NRZ) 12.08.2007

Müllverbrennung

ABFALLGESELLSCHAFT RUHRGEBIET DROHT PLEITE VON DAVID SCHRAVEN DIE WELT ONLINE,13. 08.07

Der Abfallgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) droht nach Informationen von WELT ONLINE die Pleite. Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers (PWC) wollen demnach der Firma keinen positiven Abschluss für eine Sonderbilanz geben. Die "Fortführungsprognose" sei gefährdet. Spätestens im Laufe des Jahres 2009 sei die „Zahlungsfähigkeit" bedroht.

Foto: pa/dpa

Die Müllverbrennungsanlage der Abfallgesellschaft Ruhr in Herten

Die AGR gehört als eines der größten deutschen Müllunternehmen zu 100 Prozent dem Regionalverband Ruhr (RVR), dem Zusammenschluss aller Städte im Ruhrgebiet. Die Firma beschäftigt 1200 Menschen. Auf den RVR könnten im Fall einer AGR-Pleite Verbindlichkeiten in Höhe von über 200 Millionen Euro zukommen, für die in letzter Konsequenz alle Städte im Revier haften müssten. Die AGR war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

ES DROHEN HAFT- UND GELDSTRAFEN

Nach dem deutschen Handelsrecht muss eine Firma innerhalb von rund vier Wochen Insolvenz anmelden, sobald absehbar ist, dass die Rechnungen nicht mehr bezahlt werden können und keine kurzfristige Rettung glückt. Sollten die Geschäftsführer die gesetzlichen Fristen verstreichen lassen, drohen ihnen Haft- und Geldstrafen.

SICHERHEITSLEISTUNGEN VOM REGIONALVERBAND RUHR

Um die Pleite der AGR in letzter Minute zu verhindern, will nun der Regionalverband Ruhr in die Bresche springen und den Betrag von rund 17 Millionen Euro als „Sicherheitsleistung“ für die Deponien Emscherbruch und Hünxe von der AGR übernehmen. Dann würden auch die Buchprüfer die Bilanz der AGR genehmigen.

Nach Auskunft von RVR-Direktor und AGR-Aufsichtsratschef Heinz-Dieter Klink (SPD) sei dies gerechtfertig, da nur die Summen abgesichert würden, die im Falle einer AGR Insolvenz sowieso vom RVR bezahlt werden müssten. „Als Eigentümer der Deponieflächen sind wir laut Gesetz verpflichtet, die Sicherung der Anlagen zu übernehmen“, sagte Klink.

AGR HAT GELD SCHON KASSIERT

Eigentlich hat die AGR das Geld zur Sanierung der Deponien schon mit den Müllgebühren kassiert. Insgesamt wurden über 300 Millionen Euro für diesen Zweck eingesammelt. Doch das viele Geld wurde offenbar in schlechten Geschäften verbrannt.

Schlagworte

AGR Abfallgesellschaft Ruhrgebiet Müll Verbrenung Herten Prüfbericht Pleite

Derzeit baut die AGR für 170 Millionen Euro in Herten eine neue Müllverbrennungsanlage. Doch noch immer scheint die Finanzierung des Projektes auf dünnen Beinen zu stehen. So hat die Landesbank Baden-Württemberg noch nicht einen 100-Millionen-Euro-Kredit ausgezahlt. Angeblich soll die Bank die Auszahlung des Darlehens von der Bilanzprüfung durch PWC abhängig machen, heißt es beim RVR. Sollte die Bank die Auszahlung des Kredites verweigern, dürfte es unmöglich werden, die Müllverbrennungsanlage zu vollenden.

Im Falle einer Pleite droht dem RVR eine Finanzkatastrophe. Schon jetzt muss der Verband mit seinem Etat von nur rund 50 Millionen Euro bei den Revierparks eisern sparen. Die Tochterfirma Ruhrtouristik GmbH wurde erst vor kurzem mit einer Notgeldspritze vor der Pleite bewahrt.

MÜLLFIRMA MUSS MILLIONEN ZAHLEN14.08.2007 / WAZ POLITIK / MANTEL

Von Wolfgang Pott und Angelika Wölke

Herten. Auf die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) kommen neue millionenschwere Zahlungen zu. Die Hertener Müllfirma hat nach Informationen der WAZ mit der ehemaligen RWE-Fernwärme-Tochter EKT einen Vergleich geschlossen und muss demnach 5,2 Millionen Euro bezahlen. Hintergrund war ein gemeinsam geplanter Kraftwerksbau in Berlin. Dafür hatte die AGR eine Patronatserklärung in Höhe von knapp 18 Millionen Euro gegeben. Diese Summe wollte die EKT vor Gericht einklagen, beschränkt sich nun aber auf die Vergleichszahlung.

Der umweltpolitische Sprecher der NRW-FDP, Holger Ellerbrock, sieht die Schuld für die seit Jahren bestehende Krise der AGR beim Kontrollgremium. "Das Unternehmen ist vom Aufsichtsrat nie hinreichend kontrolliert worden", sagte er. Nachdem der Vorstand bereits ausgewechselt worden sei, müsse nun auch Heinz-Dieter Klink als Chef des Aufsichtsrats Farbe bekennen, sagte Ellerbrock. Bericht Wirtschaft

---

Die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) ist eine der größten deutschen Müllgesellschaften mit Sitz in Herten. Sie beschäftigt 1200 Mitarbeiter und ist zu 100 Prozent im Besitz des Regionalverbandes Ruhr. Aktuell baut sie für 170 Millionen Euro in Herten eine neue Müllverbrennungsanlage.

AGR DROHT FÜR 2006 EIN MINUS VON ZEHN MILLIONEN EURO14.08.2007 / WAZ LOKALES /

Von Angelika Wölke

Herten/Essen. Die Brochier-Pleite wird für die Abfallbeseitigungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) zu einer endlosen Geschichte: Nachdem bekannt wurde, dass das Hertener Unternehmen 15 Mio an den insolventen Nürnberger Kanalbauer zahlen soll, kamen gestern neue Details ans Licht. Für die Deponien soll der Regionalverband Ruhr (RVR) - er ist Eigentümer der AGR - eine "Einstandpflichterklärung" von über 17 Mio Euro übernehmen. Im Wirtschaftsausschuss wurde bekannt, dass die AGR mit der Berliner RWE-Tochter EKT (Energie- und Kommunal Technologie GmbH) vor dem Landgericht Berlin am 27. Juni 2007 einen Vergleich geschlossen hat und 5,2 Mio Euro zahlen muss. Dass es sich dabei um einen Vergleich handelt,

stritt AGR-Pressesprecher Heinz Struszczynski ab. "Das sind juristische Baustreitigkeiten, nur nominale Forderungen", erklärte er. Zusammen mit Brochier und der EKT wollte die AGR ein Kraftwerk bauen. Für das Projekt hatte die AGR 2002 eine Patronatserklärung in Höhe von 18 Mio Euro gegeben. Da der damalige AGR-Geschäftsführer Michael Vagedes die Patronatserklärung ohne Kenntnis des AGR-Aufsichtsrates zugesichert haben soll, strebe die AGR ein zivilrechtliches Verfahren gegen ihn an - hieß es in Ausschusskreisen. Streitwert: 2,5 Mio Euro.

Bis zur nächsten RVR-Sitzung soll eine Wirtschaftskanzlei das Gutachten zum Brochier-Geschäft fertigstellen. In Ausschusskreisen geht man davon aus, dass die AGR das Geschäftsjahr 2006 mit einem Minus von zehn Mio Euro abschließt. "Bilanzmäßig sei man damit zwar überschuldet, zum Konkursrichter müsse man aber dennoch nicht gehen", soll AGR-Geschäftsführer Dietrich Freudenberger erklärt haben. Unklar bleibt für einige Ausschussmitglieder aber, ob durch diese Bilanz die weitere, fällige Kreditlinie fürs RZR 2 ausgezahlt wird.

AGR MUSS AUCH NACH BERLIN ZAHLEN RADLERIN VERLETZT 14.08.2007 / WAZ LOKALES / CASTROP-RAUXEL

Von Angelika Wölke

Die Brochier-Pleite wird für die AGR zu einer schier endlosen Geschichte: Nachdem in der letzten Woche bekannt wurde, dass das Hertener Unternehmen rund 15 Mio an den insolventen Nürnberger Kanalbauer zahlen soll, kamen gestern neue Details ans Licht. Für die Deponien in Gelsenkirchen und Hünxe soll der RVR eine "Einstandpflichterklärung" von über 17 Mio Euro übernehmen. "Der RVR ist im Falle des Ausfalls der AGR verantwortlich für die Abwehr von Gefahren", heißt es in der Vorlage für die Vorstandssitzung am Samstag.

Im Wirtschaftsausschuss am Vormittag wurde bekannt, dass die AGR mit der Berliner RWE-Tochter EKT (Energie- und Kommunal Technologie GmbH) vor dem Landgericht Berlin am 27. Juni 2007 einen Vergleich geschlossen hat und 5,2 Mio Euro zahlen muss. Dass es sich dabei um einen Vergleich handelt, stritt AGR-Pressesprecher Heinz Struszczynski gestern ab. "Das sind juristische Baustreitigkeiten, nur nominale Forderungen", erklärte er. Zusammen mit Brochier und der EKT wollte die AGR ein Kraftwerk bauen.

Für das Projekt hatte die AGR 2002 eine Patronatserklärung in Höhe von knapp 18 Mio Euro gegeben. Da der damalige AGR-Geschäftsführer Michael Vagedes die Patronatserklärung ohne Kenntnis des AGR-Aufsichtsrates zugesichert haben soll, strebe die AGR ein zivilrechtliches Verfahren gegen Vagedes an - das wurde aus Ausschusskreisen kolportiert. Streitwert: 2,5 Mio Euro.

Bis zur nächsten RVR-Sitzung soll eine Düsseldorfer Wirtschaftskanzlei das lang erwartete Gutachten zum Brochier-Geschäft fertigstellen. In Ausschusskreisen geht man davon aus, dass die AGR das Geschäftsjahr 2006 mit einem Minus von 10 Mio Euro abschließt. "Bilanzmäßig sei man damit zwar überschuldet, zum Konkursrichter müsse man aber dennoch nicht gehen", soll AGR-Geschäftsführer Dietrich Freudenberger dem Ausschuss erklärt haben.

Unklar bleibt für einige Ausschussmitglieder zurzeit aber, ob durch diese Bilanz die weitere, fällige Kreditlinie fürs RZR2 ausgezahlt wird.

AGR-MITTEILUNGEN STELLUNGNAHME ZUR BERICHTERSTATTUNG

http://www.agr.de/de/info/medienmitteilungen/2007/StellungnahmedpaBericht.shtml

Situation der AGR nach Einigung über Brochier-Insolvenz

(Essen/Herten, 13.08.2007) In einem Teil der Medien - insbesondere des Ruhrgebietes - wird heute mit teils reißerischen Schlagzeilen behauptet, die Vereinbarungen über die Insolvenz der ehemaligen AGR Tochter Brochier würden weitere finanzielle Forderungen nach sich ziehen. Diese Behauptungen sind falsch, verknüpfen unzulässig altbekannte Sachverhalte und lassen sich aus der den Berichten zugrunde liegenden Meldung von dpa-Redakteur Wolfgang Dahlmann vom Freitag vergangener Woche nicht ableiten. Das Thema Brochier ist für die AGR mit zu leistenden Zahlungen von insgesamt 15 Mio. Euro innerhalb von sechs Jahren endgültig beendet. Den Wortlaut der Anfrage und die Antwort der AGR sind deshalb folgend im Originaltext aufgeführt:

ANFRAGE DPA VOM 7. AUGUST 2007

Sehr geehrter Herr Struszczynski,

im Zusammenhang mit dem Brochier-Verkauf und der Insolvenz ergeben sich nach der Pressemitteilung der AGR vom 24. Juli 2007 noch Fragen.

Hat die AGR über die vertragliche Vereinbarung zur Zahlung von 15 Millionen Euro an Gläubiger der ehemaligen Hans Brochier Holdings Ltd. hinaus weitere Geld- oder Sachwerte im Zusammenhang mit Brochier abgegeben oder verhandelt darüber oder hat auf Werte verzichtet?

Im Einzelnen geht es

1. um Grundstücke im Wert von 10 Millionen Euro;
2. um direkte Verhandlungen mit Gläubigern im Umfang von 35 Millionen Euro;
3. um 26 Millionen Euro, die die AGR zur Insolvenztabelle angemeldet und wieder zurückgezogen hat.

Mit freundlichen Grüßen Wolfgang Dahlmann, dpa

DIE ANTWORT DER AGR VOM 7. AUGUST 2007

Sehr geehrter Herr Dahlmann,

zunächst eine grundsätzliche Vorabbemerkung zu Ihren Fragen: Die Informationen stammen vermutlich aus einer Unterlage, zu deren Inhalt die AGR gegenüber dem Wirtschaftsausschuss des RVR in der nächsten Woche Erläuterungen abgeben wird. Wir wollen zum derzeitigen Zeitpunkt der Information dieses Gremiums nicht vorgreifen. Haben Sie deshalb bitte Verständnis, dass wir Ihre Fragen nur kurz und den Kern betreffend beantworten.

1.Verzicht der AGR auf Forderungen

Die Vereinbarung mit dem Insolvenzverwalter Brochier ist ein Gesamtpaket aus unterschiedlichen Forderungen und Gegenforderungen in erheblicher Größenordnung. Es ist zutreffend, dass AGR auf Forderungen in Höhe von 26,5 Mio. € verzichtet. Dieser Verzicht war aber bereits im Jahresabschluss 2005 der AGR als Risikovorsorge berücksichtigt und damit vorweggenommen worden. Im Gegenzug lässt der Insolvenzverwalter auch seine Forderungen fallen, wenn stattdessen die vereinbarten Zahlungen erfolgt sind.

2.Belastung von Immobilien

Eine Belastung von Grundstücken der AGR in der genannten Höhe ist unzutreffend. Demgegenüber wird eine Grundschuld in Höhe von 1,5 Mio. € zur Besicherung von fälligen Zahlungen an den Insolvenzverwalter eingeräumt. Diese Grundschuld erhöht jedoch nicht die Summe der Zahlungen an den Insolvenzverwalter, sondern dient der Absicherung.

3.Verhandlungen über weitere Forderungen anderer Gläubiger

Unabhängig vom geschlossenen Vergleich befindet sich die AGR - teilweise noch aus Zeiten vor der Insolvenz - mit ehemaligen Geschäftspartnern der Hans Brochier-Gruppe in der Klärung von offenen Forderungen. Diese haben nur mittelbar Berührungspunkte zum Vergleich, werden dort jedoch mit ihrer nominalen Höhe aufgelistet. Für die Forderungen wurde entweder bereits Risikovorsorge getroffen oder durch weitere bilaterale Vereinbarungen eine Lösung gefunden.

Die Gesamtsituation im Hinblick auf den Vergleich wird in dem in der Vorbereitung befindlichen Jahresabschluss 2006 dargestellt werden.

Insbesondere durch die Ausführungen zu Ziffer 3 wird deutlich, dass nicht weitere, bisher unbekannte Verpflichtungen auf die AGR zukommen, sondern es sich - wie dort ausgeführt - um bekannte und bereits berücksichtigte Vorgänge handelt.

Die Pressemitteilung vom 24.07.2007 über den Vergleich Brochier ist ebenfalls noch einmal angefügt.

AGR unterzeichnet Vereinbarung aus Insolvenz Brochier

Schlussstrich unter unergiebiges Engagement

(Essen/Herten, 24.07.2007) Am Donnerstag, 19. Juli, sind in Essen und Nürnberg Vereinbarungen über Forderungen aus dem Insolvenzverfahren der ehemaligen Hans Brochier Holdings Ltd. an die AGR mbH erfolgreich abgeschlossen und unterzeichnet worden. Bereits zuvor, am 16. Juli, hatte der AGR Aufsichtsrat der Unterzeichnung der Verträge zugestimmt. Die aus Eigenkapitalersatz und so genannten Patronatserklärungen resultierenden Ansprüche des Insolvenzverwalters hatten die AGR mbH finanziell merklich belastet. AGR Geschäftsführer Dietrich Freudenberger : „Mit dem Abschluss der langwierigen und schwierigen Verhandlungen haben wir endlich einen Schlussstrich unter das insgesamt für die AGR so unerfreuliche Kapitel Brochier gezogen.“

Die Forderungen der Gläubiger des insolventen Nürnberger Bauunternehmens, für welche die AGR nun geradestehen musste, werden in einer Größenordnung von 15 Mio. Euro bedient. Der Betrag wird in vereinbarten Tranchen ausbezahlt.

Die AGR wird nun zügig den Jahresabschluss 2006 vorlegen, der durch die Verhandlungen um die Insolvenz Brochier bisher nicht abgeschlossen werden konnte. „Wir können uns jetzt endlich wieder auf das Tagesgeschäft konzentrieren. Insofern ist die erzielte Vereinbarung auch ein Startpunkt für eine zukünftig positive Entwicklung der AGR, zumal das Geschäftsjahr 2007 bislang erfreulich positiv verläuft. Dies ist gleichzeitig für unsere Geschäftspartner und Kunden ein wichtiges Signal“, zieht Dietrich Freudenberger erleichtert Bilanz.

Rückfragen: Heinz Struszczynski,

Anschrift: AGR mbH Pressesprecher | Gildehofstraße 1 | 45127 Essen

VERFÜGBARE TON- TV- DOKUMENTE

3. Jan. 07 AFU/BI/AGR

11.Janr.07 AGR/UBA

17.Jan. 07 AKS/Stadt/Landtag

6.Feb. 07 TV-Emscherlippe

7.Febr. 07Lokalzeit Dtmd.

11.Feb. 07 Bayer-Giftmüllgeschäft

15.Febr.07 Widerstand wächst

15.Febr.07 TV-Westf. Münsterland

16.Febr.07 TV-Westf. Münsterland

28.Febr.07 Druck wächst

28.Febr. 07 AKS Einzelkämpfer

3.Mrz. 07 RVR-Versammlung

19.Mai 07 BUND Stellungsnahme

23.Mai 07 Altlasten

25.Mai 07 Rechtsgutachten gefordert

31.Mai 07 Tagesthemen

05. Juni 07 deutsch.

05. Juni 07 english

15. Juni 07 Giftmüll gestoppt

15. Juni 07 Giftmüll gestoppt

19.Dez.06 Dilettantisms (Frontal21)

2. Mai. 07 Überkapazität (Monitor)

VERFÜGBARE AUDIO-BEITRÄGE

CQ-VK2EDD (MP3)	DLF-17.03.07 (MP3)	HITRADIOVEST MP3-1 / MP3-2 / MP3-3
DR. M.LLOYD-SMITH-1-	DR. M.LLOYD-SMITH-2-	WDR-ANTRAG (MP3)

ONLINE-BEITRÄGE (AKTIVE INTERNETVERBINDUNG NOTWENDIG)

TV Emscher-Lippe Regionaler Internetsender keine Gewähr für die Aktualität der externen Links

Das Orica- Geschäft, u. A. Hintergründe, Interview Fraktionsvorsitzender (Grüne) D.Kullik >> mehr

Prof. Dr.-Ing. A. Rinschede (FH-Gelsenkirchen) zum HCB- Geschäft >> mehr

HCB- Podiumsveranstaltung RZR / Bezirksregierung / BUND / ehem. Umweltmin. B. Höhn >> mehr

Mehr Demokratie wagen, TV-Emscher-Lippe Interview mit Pro-Herten-Aktivist J. Jürgens >> mehr

Für Dr. Stephan Harmening, Hauptgeschäftsführer des BDE e. V., ist die Entsorgung australischer Sonderabfälle in Deutschland die ökologisch beste Lösung. >> mehr

Kein Schiff wird kommen >> mehr

NACHTRAG

EMAIL AUS AUSTRALIEN, HINWEIS AUF KLAGE ORICA GEGEN BRD

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Mittwoch, 15. August 2007 01:24
An: IPEN Network
Betreff: RE: Orica appealing German rejection of HCB stockpile

Hi All,

Please see below the media report on Orica's appeal to the German rejection of the import of the 22,000 tonnes of HCB from Australia for incineration.

I have also been told that at the same time, Orica is actively looking for another country to incinerate this waste stream. Please be alert to this.

Here in Australia we are actively seeking a domestic solution.

Regards Mariann

Dr Mariann Lloyd-Smith PhD(Law)
CoChair, International POPs Elimination Network
Senior Advisor, National Toxics Network Inc.
12 Craig St, East Ballina
NSW Australia 2478
(612) 66815340 / 0413 621557
biomap(at)oztoxics.org
www.oztoxics.org
www.ipen.org

http://www.smh.com.au/news/national/orica-holds-to-toxins-export-plan/2007/08/14/1186857512084.html#

The Sydney Morning Herald

ORICA HOLDS TO TOXINS EXPORT PLAN

Brian Robins
August 15, 2007
AdvertisementAdvertisement

THE chemicals group Orica will appeal against the rejection of its plan to export lethal waste from its Botany plant to Germany.

Orica is repackaging the highly toxic material known as hexachlorobenzene, or HCB, to make it safer to store at the Botany plant. The waste is a by-product of pesticides.

The Federal Government has given the company permission to export the waste material because there are no suitable processing plants in Australia.

The plan to export the waste to Germany for processing was derailed by authorities there, who argued that the waste should be processed in Australia.

In rejecting Orica's application, the German authorities cited the proximity principle of the Basel convention of the World Health Organisation, which holds that the country that created the waste should treat it.

The two German states which rejected the waste, North Rhine-Westphalia and Schleswig-Holstein, processed an estimated 600,000 tonnes of imported waste a year, an Orica spokesman said.

"We are objecting to the rejection," the spokesman said.

"We've issued a formal rejection notice and we are compiling our arguments.

"It's an administrative appeal, with formal written submissions. It will take until December before they respond."

An estimated 2000 tonnes of HCB has been repackaged, out of the 22,000 tonnes stored at the Botany works that Orica wants reprocessed. About half is highly toxic and the balance less toxic material such as packaging waste.

The Federal Association of German Hazardous Waste Incineration Plants has been lobbying for the importation ban on the Orica material to be lifted, because processing it would not be a public health risk.

TECHNICAL FIX FOR TOXIC STOCKPILE?

Thursday, 7 February 2008 Anna Salleh ABC

Hazardous waste is proving something that no one wants in their back yard ***(Source: iStockphoto)***

Australia could dispose of a stockpile of toxic waste sitting in the middle of its biggest city without incinerating or exporting it, according to supporters of a technology said to provide a cleaner solution.

Supporters say the technnology can dispose of 16,000 tonnes of hexachlorobenzene (HCB) waste stored at the Sydney site of chemical company Orica.

If adopted, the technology could break a legal stalemate stopping the disposal of 8000 tonnes of concentrated HCB waste and 8000 tonnes of contaminated drums and rubble that Orica says are stockpiled at its Botany site.

But Orica is not convinced the technology can safely dispose of the HCBs, which are by-products of solvent manufacture, are a persistent organic pollutant (POP) and a suspected human carcinogen.

It says it has already assessed an earlier version of the technology, and wasn't impressed with its levels of emissions and contaminants.

Nevertheless, the company will later this month hear a presentation on an updated version of the technology, which has been backed by some environmentalists and engineers.

Perth-based engineer Trevor Bridle, who will be meeting with Orica later this month, is proposing a Canadian-developed technology called gas phase chemical reduction (GPCR).

He says while it's more expensive than incineration, it's a lot cleaner.

CLOSED-LOOP SYSTEM

Bridle, who is a consultant for the company that owns the GPCR technology, says it involves converting the waste into a gas and combining it with hydrogen at high temperatures.

The resultant methane and excess hydrogen are fed back into the system to keep it going, he says.

"What comes out of it essentially all goes back into it," says Bridle.

He says other end-products, including carbon dioxide, water, ash, metal and sand are all tested for purity before recycling or landfill disposal.

"The real thing that the public is attracted to is that it is a closed-loop system," says Bridle.

He says an earlier version of the technology was used commercially at a Western Australian plant for six years in the 1990s to dispose of other POPs.

And he says trials with Orica's HCBs at this Kwinana plant showed the technology "could destroy 99.9999%" of the chemicals, meeting de facto international standards for POP disposal.

Dr Mariann Lloyd-Smith, co-chair of the International POPs Elimination Network, describes GPCR as the "Rolls Royce of technologies".

"We've seen it in practice," she says. "We have faith in the technology."

MURKY HISTORY

While Orica has agreed to meet with Bridle, the company says its experience with GPCR hasn't been positive.

Contrary to Bridle's claim, an Orica spokesman says the Kwinana trials were not successful and there were safety concerns.

"There were unacceptably high emissions in the gas cleaning system and there was a significant amount of contaminants generated," he says.

"There is a significant safety concern with the use of hydrogen at high temperatures, which has an inherent fire and explosion risk."

But Bridle, who was involved in setting the Kwinana plant up, insists an independent assessment of the HCB trials there found it worked.

He also says GPCR has a 10 year track record of safe use at plants around the world and was given the thumbs up in a recent United Nations Industrial Development Organization report ***Non-combustion Technologies for POPs Destruction: Review and Evaluation*** on non-incineration waste disposal.

Bridle also says that since Kwinana, the technology has been updated and is now simpler, more operator friendly, more reliable and cheaper.

LEGAL DISPUTE

Orica's attempts to dispose of the HCB waste are complicated by regulatory and legal issues.

In 2006 the company lodged an application with the Australian government to export the waste to incinerators in Germany on the grounds that the waste could not be dealt with in Australia.

But last year German authorities rejected Australia's claim it could not deal with the waste itself and Orica is now taking legal action.

In issuing support for the export of the HCBs to Germany last year, then environment minister Malcolm Turnbull said an "extensive analysis of Australia's waste disposal capabilities" found no capacity to destroy the HCBs.

The deliberations of his department's Hazardous Waste Technical Group on the issue are not publicly available.

But it is understood that the group's experts ruled out GPCR because there was no established commercial facility using the technology at that stage; the Kwinana plant closed in 2000.

It is also understood that the experts considered negative reports about GPCR, including those from Orica, but obtained no information directly from the promoters of GPCR themselves.

MOVING FORWARD

Bridle says he has been trying to meet with the technical group experts since August last year without success.

Lloyd-Smith claims says the technology is being downplayed because it's the hard option.

"We understand all the hard and dirty work of siting and establishing waste disposal facilities," she says.

"But it's totally unacceptable for a developed country like Australia to send hazardous waste off to let another community deal with it."

Lloyd-Smith says the Australian government should set up a full independent assessment of the GPCR technology.

The current federal environment minister Peter Garrett, whose electorate includes the Orica site, was unavailable for comment on whether he would reverse support for export should GPCR be found to be a solution for the waste.

JANUAR/FEBRUAR 2008

ORICA LÄSST NICHT LOCKER

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Mittwoch, 23. Januar 2008 09:59
An: Jürgens Joachim; Klaus Brunsmeier; Phillipp Mimkes
Betreff: Re: Orica again

FOLLOW UP TO MY LAST EMAIL....Orica have changed their minds and will be meeting with our technology reps afterall....On 23/01/2008, at 2:42 PM, Mariann Lloyd-Smith wrote:
Hi All,
Just to let you know that as of January 9th 2008, Orica refused to meet with colleagues who are interested in building a ***GAS PHASE CHEMICAL REDUCTION*** (GPCR) facility here in Australia to destroy the HCB on the grounds that they are still expecting to get permission to export to Germany.

I think it is a bit much when their application to export is based on the fact Australia can't deal with this waste.
As you are probably aware, GPCR technology is proven technology supported by the UN for POPs destruction and functioned here in Australia for nearly a decade.
Regards Mariann

Dr Mariann Lloyd-Smith PhD(Law)
CoChair, International POPs Elimination Network
Senior Advisor, National Toxics Network Inc.
12 Craig St, East Ballina
NSW Australia 2478
(612) 66815340 / 0413 621557
www.oztoxics.org
www.ipen.org

Von: Mariann Lloyd-Smith
Gesendet: Freitag, 8. Februar 2008 01:02
An:
Cc:
Betreff: ***HCB ...THE BATTLE CONTINUES***

Hi all,

Just to let you know, the battle to get Gas Phased Chemical Reduction Technology up and going in Australia for the HCB continues.
Despite Orica's announced intention to take legal action to appeal the German Government's rejection of their waste they have finally agreed to meet with the representatives of the GPCR technology. Hopefully, the media (see below) will encourage the new Federal government here in Australia to review the previous Government's decisions.
Regards Mariann

Dr Mariann Lloyd-Smith PhD (Law)
CoChair, International POPs Elimination Network
Senior Advisor, National Toxics Network Inc.
12 Craig St, East Ballina
NSW Australia 2478
(612) 66815340 / 0413 621557
www.oztoxics.org
www.ipen.org

http://www.abc.net.au/science/articles/2008/02/07/2156029.htm

TECHNICAL FIX FOR TOXIC STOCKPILE?

Thursday, 7 February 2008
Anna Salleh
ABC

Hazardous waste is proving something that no one wants in their back yard *(Source: iStockphoto)*

Australia could dispose of a stockpile of toxic waste sitting in the middle of its biggest city without incinerating or exporting it, according to supporters of a technology said to provide a cleaner solution.

Supporters say the technnology can dispose of 16,000 tonnes of hexachlorobenzene (HCB) waste stored at the Sydney site of chemical company Orica.

If adopted, the technology could break a legal stalemate stopping the disposal of 8000 tonnes of concentrated HCB waste and 8000 tonnes of contaminated drums and rubble that Orica says are stockpiled at its Botany site.

But Orica is not convinced the technology can safely dispose of the HCBs, which are by-products of solvent manufacture, are a persistent organic pollutant (POP) and a suspected human carcinogen.

It says it has already assessed an earlier version of the technology, and wasn't impressed with its levels of emissions and contaminants.

Nevertheless, the company will later this month hear a presentation on an updated version of the technology, which has been backed by some environmentalists and engineers.

Perth-based engineer Trevor Bridle, who will be meeting with Orica later this month, is proposing a Canadian-developed technology called gas phase chemical reduction (GPCR).

He says while it's more expensive than incineration, it's a lot cleaner.

Closed-loop system

Bridle, who is a consultant for the company that owns the GPCR technology, says it involves converting the waste into a gas and combining it with hydrogen at high temperatures.

The resultant methane and excess hydrogen are fed back into the system to keep it going, he says.

"What comes out of it essentially all goes back into it," says Bridle.

He says other end-products, including carbon dioxide, water, ash, metal and sand are all tested for purity before recycling or landfill disposal.

"The real thing that the public is attracted to is that it is a closed-loop system," says Bridle.

He says an earlier version of the technology was used commercially at a Western Australian plant for six years in the 1990s to dispose of other POPs.

And he says trials with Orica's HCBs at this Kwinana plant showed the technology "could destroy 99.9999%" of the chemicals, meeting de facto international standards for POP disposal.

Dr Mariann Lloyd-Smith, co-chair of the International POPs Elimination Network, describes GPCR as the "Rolls Royce of technologies".

"We've seen it in practice," she says. "We have faith in the technology."

Murky history

While Orica has agreed to meet with Bridle, the company says its experience with GPCR hasn't been positive.

Contrary to Bridle's claim, an Orica spokesman says the Kwinana trials were not successful and there were safety concerns.

"There were unacceptably high emissions in the gas cleaning system and there was a significant amount of contaminants generated," he says.

"There is a significant safety concern with the use of hydrogen at high temperatures, which has an inherent fire and explosion risk."

But Bridle, who was involved in setting the Kwinana plant up, insists an independent assessment of the HCB trials there found it worked.

He also says GPCR has a 10 year track record of safe use at plants around the world and was given the thumbs up in a recent United Nations Industrial Development Organization report *Non-combustion Technologies for POPs Destruction: Review and Evaluation* on non-incineration waste disposal.

Bridle also says that since Kwinana, the technology has been updated and is now simpler, more operator friendly, more reliable and cheaper.

Legal dispute

Orica's attempts to dispose of the HCB waste are complicated by regulatory and legal issues.

In 2006 the company lodged an application with the Australian government to export the waste to incinerators in Germany on the grounds that the waste could not be dealt with in Australia.

But last year German authorities rejected Australia's claim it could not deal with the waste itself and Orica is now taking legal action.

In issuing support for the export of the HCBs to Germany last year, then environment minister Malcolm Turnbull said an "extensive analysis of Australia's waste disposal capabilities" found no capacity to destroy the HCBs.

The deliberations of his department's Hazardous Waste Technical Group on the issue are not publicly available.

But it is understood that the group's experts ruled out GPCR because there was no established commercial facility using the technology at that stage; the Kwinana plant closed in 2000.

It is also understood that the experts considered negative reports about GPCR, including those from Orica, but obtained no information directly from the promoters of GPCR themselves.

Moving forward

Bridle says he has been trying to meet with the technical group experts since August last year without success.

Lloyd-Smith claims the technology is being downplayed because it's the hard option.

"We understand all the hard and dirty work of siting and establishing waste disposal facilities," she says.

"But it's totally unacceptable for a developed country like Australia to send hazardous waste off to let another community deal with it."

Lloyd-Smith says the Australian government should set up a full independent assessment of the GPCR technology.

The current federal environment minister Peter Garrett, whose electorate includes the Orica site, was unavailable for comment on whether he would reverse support for export should GPCR be found to be a solution for the waste.

KOMMISAR ZUFALL

WIE SICH EINE SEKRETÄRIN AUS VERSEHEN VERPLAPPERT

Von: h.k.schwonberg(at)t-online.

Gesendet: Freitag, 8. Februar 2008 15:35
An: "J.Jürgens (RX)"
Betreff: [Spam]

Hallo Herr Jürgens!

Ja leider wahr, sie versuchen immer noch den Müll bei uns loszuwerden. Ich habe mit dem Ministerium und mit der GOES gesprochen und dank des Versprechens der Sekretärin habe ich erfahren, dass es seit einiger Zeit Gespräche gibt , nächste Woche treffen sich die von Orica wieder mit den Behörden. Es wird scheinbar versucht das nicht öffentlich werden zu lassen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar wenn Sie uns helfen dieses wieder groß publik zu machen, weil hier leider alle einen Maulkorb haben, ich versuche auf meiner Seite alles zu machen um die Bevölkerung in Kenntnis zu setzen, bin aber auf jede Hilfe die möglich ist angewiesen.

Ganz liebe Grüsse
Hannelore Schwonberg

UMWELTMINISTER (SH) WILL DURCH BÜRGER BELEGE, DIE MIN UHLENBERG (NRW) 2007 ERBRACHT HAT!

Von: h.k.schwonberg(at)t-online.de [mailto:h.k.schwonberg(at)t-online.de]
Gesendet: Mittwoch, 13. Februar 2008 18:50
An: "J.Jürgens (RX)"
Betreff: [Spam]

Hallo Herr Jürgens

War heute im Umweltministerium bei unserem Umweltminister, er hat mir gesagt, dass wenn wir Ihm belegen können, dass Australien in der Lage ist den Müll zu entsorgen er den Müllimport nicht genehmigen würde. Australien soll eine Studie eingereicht haben, wo daraus ergeht, dass es keine Möglichkeit für die Entsorgung des Mülls gibt. Ich habe Angeboten dass Marianne ihn aufklären kann, da hat mir Herr Frank Grewsmühl , Rechtsberater gleich seine e-mail Adresse gegeben frank.grwsmühl(at)mlur.landsh.de gegeben.

Ich habe erzählt, dass Geschäftsführer entlassen wurden die gesagt haben es ist vor Ort möglich den Müll zu entsorgen. Meine Bitte, können Sie Marianne bitten dem Ministerium zu schreiben, und die Situation vor Ort zu schildern. Es ist unsere einzige Möglichkeit den Transport zu verhindern.

Liebe Grüsse Hannelore Schwonberg

Von: h.k.schwonberg(at)t-online.de [mailto:h.k.schwonberg(at)t-online.de]
Gesendet: Montag, 18. Februar 2008 10:13
An: biomap(at)oztoxicis.org
Cc: "J.Jürgens (RX)"
Betreff: FW: HCB Entsorgung

Dear Marianne!
My contact person is Jochen. Wednesday I talked to the Minister of the Environment of S.H., Mr. von Boetticer. He confirmed my assumption that Orica is negotiating with the Goverment of S.H. to bern the toxic waste her.
I told him what Jochen had commmunicated to me fron Australia- As the result of the talk the Minister assured me that the Ministry will deny the permission to import the waste if we con prove that Australia has the posibility of disposing of its waste. So that is why I ask you to send as much information as you can get about the possibility of waste disposal in Australia. You con also get directly into contact with our Ministry trough Mr. Kuebitz-Schwind, his e-mail adress is in the mail he sendt to me with the information orica sendt them. Many regards and thank you very much for your help Hannelore

---

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Montag, 18. Februar 2008 22:42
An: h.k.schwonberg(at)t-online.de
Cc: J.Jürgens Joachim
Betreff: RE : HCB

Dear Hannelore,

Jochen passed on your email to me.
Yesterday our time, colleagues representing the Gas Phase Chemical Reduction technology met with Orica over the destruction of the HCB. I hope to get a report of that meeting today and will forward it to you. Australia previously had a GPCR facility destroying POPs for nearly a decade.

We are confident that the technology can destroy the HCB waste and therefore would avoid the need to export the stockpile. I will get back to you later today with news of that meeting.

Regards Mariann

_____
Dr Mariann Lloyd-Smith PhD(Law)

WELTFIRMA FEILSCHT UM 500.000$, WENN'S UM DEN UMWELTSCHUTZ GEHT

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Gesendet: Dienstag, 19. Februar 2008 06:21
An: J.Jürgens Joachim
Cc: Phillipp Mimkes; Klaus Brunsmeier
Betreff: Fwd: Grist?

Hi all,

A little article on Orica and its environmental performance from from today's Environmental Manager.

Regards Mariann

JUDGE SAYS ENVIRO AUDIT NOT ENOUGH TO RELEASE CLEAN-UP BOND

In a dispute over the sale of lead contaminated land, the NSW Supreme Court has told Orica IC Assets Ltd it cannot access a $500,000 bond held by its solicitor until it completes remediation works on a 2.85ha property. Orica sold the site to Port Kembla Copper Ltd (PKC) more than three years ago. PKC had paid the $500,000 as part of the site's $3.15m purchase price. In 2004, PKC contracted to buy the land that had been used to produce super phosphate and operate a fertiliser plant. The land was next to a larger parcel already owned by PKC that was used for industrial purposes. Lead levels on Orica's land exceeded those approved by the NSW EPA. Groundwater beneath the site had flowed from PKC's adjacent land and was contaminated with metal and sulphate ions, such as arsenic, cadmium, copper, lead, zinc, nickel and magnesium. Justice Patricia Bergin heard the contaminated groundwater had flowed towards Port Kembla Harbour. Based on an enviro auditor's 'site audit statement' issued on July 26, 2005, Orica demanded the $500,000 be released. But on Feb 12, Justice Bergin ruled the statement "did not fulfil the requirement" that the land was suitable for industrial use as defined in the contract. It did not trigger the release of Orica's bond, she said. Justice Bergin found Orica was "obliged to complete remediation works as defined under the contract" of sale.

---- Grobübersetzung J. Jürgens (ohne Gewähr) ----

***Das Gericht sagt, dass die Altlastensicherung nicht ausreichen, um die Kaution zurückzubekommen**.*

In einem Streit über den Verkauf der verseuchten Parzelle, hat das NSW Oberste Gericht gegen Orica IC Assets Ltd entschieden, dass es auf eine von ihrem Anwalt zurückgehaltene Bürgschaft von 500.000 $ nicht zugreifen kann, bis es die Altlastenbeseitigung an einer 2.85ha Fläche beendet hat. Orica verkaufte die Betriebsstätte an Port Kembla Copper Ltd (PKC) vor mehr als drei Jahren. PKC hatte die 500.000 $ als ein Teil des Kaufpreises von 3.15 Millionen $ als Bürgschaft zurückgehalten. 2004 verpflichtete sich PKC vertraglich, den Grundbesitz zu kaufen, das vormals in einem Düngemittel-Werk Superphosphat zu erzeugte. Die Parzelle lag neben einer größeren durch PKC als Industriefläche bereits genutzte Parzelle. Grundbelastungen auf dem Land von Orica überschritten diejenigen, die durch den NSW EPA (New-South-Wales Environment Protection Authority) genehmigt sind. Das Grundwasser unter der Gelände war zum angrenzenden Land von PKC geflossen und war mit Metall- und Sulfat-Ionen, wie Arsen, Kadmium, Kupfer, Leitung, Zink, Nickel und Magnesium verseucht.
Richterin Patricia Bergin geht davon aus, dass das verseuchte Grundwasser bis zum Hafen Kembla Hafen floss. Auf der Grundlage einer Umwelt Revisor Untersuchung, ausgestellt am 26. Juli 2005, Orica forderten die 500.000 Dollar Kaution zurück. . Aber am 12. Febr. entschied Richterin Bergin, dass die Aussage "die Forderungen seien erfüllte", dass das Land für den Industriegebrauch, wie definiert, vertraglich genutzt werden könne, nicht zutrifft. "Es entbindet Orica nicht von den Forderungen", sagte sie. Richterin Bergin befand, Orica, war "verpflichtet, Altlastensanierungen, wie im Vertrag definiert" vor dem Verkaufs zu vollenden.
Ende

20.02.2008 | Quelle: Medienhaus Bauer
http://www.hertener-allgemeine.de/region.php?file_name=210_001_614524&newsline=lokal&catchline=el/zb/ln&article_count=1&word_count=555&page_type=/region.php&mode=detail

HERTEN BEIM GIFTMÜLL AUßEN VOR?

HERTEN. (BMH) Der australische Chemiekonzern Orica plant offenbar einen neuen Anlauf, 22000 Tonnen Giftmüll in Europa zu entsorgen - aber wohl nur noch in Norddeutschland und Dänemark.
2006 hatte Orica erstmals versucht, den mit dem weltweit geächteten Pflanzen- und Holzschutzmittel Hexachlorbenzol verseuchten Abfall nach Deutschland zu verschiffen. Angeblich gebe es in Australien keine Entsorgungskapazitäten. Der Müll sollte daher im RZR Herten, in Dormagen und Leverkusen sowie in Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) entsorgt werden. Die NRW-Bezirksregierungen lehnten das ab. Dagegen klagt Orica inzwischen.
Parallel beschreitet der Konzern offenbar neue Wege. Nach Angaben des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums will Orica den Giftmüll in Deutschland nur noch in Brunsbüttel und außerdem in der dänischen Hafenstadt Nyborg (19000 Einwohner) entsorgen. Schleswig-Holsteins Umweltminister Christian von Boetticher (CDU) sagte gestern in Kiel, er rechne mit einem entsprechenden Antrag von Orica. NRW spiele darin wohl keine Rolle mehr.

GIFTMÜLL SOLL NICHT MEHR IM RZR LANDEN

http://www.derwesten.de/nachrichten/staedte/castrop-rauxel/2008/2/20/news-25013392/detail.html
WAZ Castrop-Rauxel, 20.02.2008, Von **Angelika Wölke**

Australier möchten in Dänemark entsorgen

Der HCB-verseuchte Giftmüll der australischen Firma Orica wird voraussichtlich nicht im Hertener RZR verbrannt. Wie der schleswig-holsteinische Umweltminister Dr. Christian von Boetticher (CDU) gestern in Kiel erklärte, zeichne sich nach Gesprächen mit Orica ab, dass die australische Firma einen neuen Importantrag stellen wird. "Dabei spielt Nordrhein-Westfalen keine Rolle mehr", erklärte Ministeriumssprecher Christian Seyfert. Orica möchte demnach die 15 000 Tonnen im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel und im dänischen Nyborg verbrennen lassen.
Überrascht von dieser Entwicklung waren das Düsseldorfer Umweltministerium und die Bezirksregierung in Münster. Dort wusste man bisher nichts von den Verhandlungen in Schleswig-Holstein. "Die Klagen vor den Verwaltungsgerichten, die Orica in Münster, Köln und Düsseldorf eingereicht hat, wurden noch nicht zurückgenommen", erklärte Thomas Drewitz, Sprecher der Bezirksregierung in Münster. Orica hatte in den drei Städten gegen die Import-Ablehnung von NRW-Umweltminister Uhlenberg geklagt, weil die Müllverbrennungsanlagen in Herten, Leverkusen und Dormagen, wo der Giftmüll ursprünglich verbrannt werden sollte, zu den unterschiedlichen Regierungsbezirken gehören. "Wir haben den Import verboten", sagte NRW-Ministeriumssprecherin Sabine Raddatz. Wenn Kiel einen neues Orica-Gesuch positiv entscheiden sollte, sei das in NRW nicht zu verhindern. "Das ist Ländersache", so Raddatz.

Quelle: http://www.europaticker.de/ v. 20.02.08
europaticker Zeitung: Umweltminister von Boetticher will Importantrag genehmigen

AUSTRALISCHER GIFTMÜLL SOLL JETZT NACH SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der HCB-verseuchte Giftmüll der australischen Firma Orica wird voraussichtlich nicht im Kreis Recklinghausen und dem Hertener RZR verbrannt. Wie der schleswig-holsteinische Umweltminister Dr. Christian von Boetticher (CDU) gestern in Kiel erklärte, zeichne sich nach Gesprächen mit Orica ab, dass die australische Firma einen neuen Importantrag stellen wird.
Dabei spielt Nordrhein-Westfalen keine Rolle mehr, erklärte nach Angaben der WAZ Ministeriumssprecher Christian Seyfert. Orica möchte demnach die 15 000 Tonnen im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel und im dänischen Nyborg entsorgen lassen. Die WAZ will morgen weitere Einzelheiten berichten. Der Ministeriumssprecher war bis Redaktionsschluss nicht mehr zu erreichen.
In Abstimmung mit dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhard Uhlenberg wiesen die Bezirksregierungen Düsseldorf, Köln und Münster die Widersprüche gegen das Importverbot Hexachlorbenzol-haltiger Abfälle aus Australien Mitte Dezember 2007 zurück.
"Aus meiner Sicht und nach Einschätzung unserer Fachleute waren die von den Rechtsanwälten der Firma vorgetragenen Argumente nicht geeignet, unsere ablehnende Position zu erschüttern", begründete Umweltminister Eckhard Uhlenberg die Entscheidung.
Orica hatte im Dezember 2006 beantragt, insgesamt 22.000 Tonnen dieser Abfälle nach Deutschland einzuführen und etwa die Hälfte davon in den Sonderabfallverbrennungsanlagen Dormagen, Herten und Leverkusen zu entsorgen.
In Abstimmung mit dem Landesumweltministerium hatten die Bezirksregierungen die Importgenehmigungen im Juni 2007 versagt, da die australische Regierung entgegen internationalem Recht nicht überzeugend nachweisen konnte, dass Australien als bedeutender Industriestaat nicht selbst in der Lage ist, eigene Entsorgungskapazitäten für diese Abfälle vorzuhalten.
ORICA Explosives *ist der weltweit führende Hersteller kommerzieller Sprengmittel für den Bergbau und die Stein- und Erden-Industrie. In Europa ist ORICA in Frankreich, Großbritannien, Skandinavien, Estland, Spanien, Irland, Türkei und Kasachstan vertreten. Auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten, die organisatorisch zur ORICA Europe gehören, hat der Konzern eine Niederlassung.*
Im März 2001 wurde der Unternehmensbereich Sprengstoff- und Zünderfertigung der Dynamit Nobel GmbH Explosivstoff- und Systemtechnik in die australische ORICA Ltd. eingegliedert und bildet nun die ORICA Germany GmbH. Die Europazentrale, die ORICA Europe GmbH & Co KG, ist ebenfalls in Troisdorf angesiedelt. Hier etabliert sich derzeit das neue, globale ORICA Entwicklungszentrum für Zündsysteme. Der Wechsel ist sowohl für ORICA Germany als auch für die Kunden ein großer Gewinn, da

sich die neue Firma unter der Ägide eines so großen Mutterkonzerns auf das Vorhaben stützen kann, die Sprengmittel und die Technologie des Sprengwesens weiter zu entwickeln und zu verbessern, um heutigen Anforderungen an Sicherheit, Leistung und Einflüsse auf die Umwelt gerecht zu werden.
Als ein Beispiel seien hier die elektronischen Zünder angeführt, die - zunächst von Dynamit Nobel als erstem Anbieter auf dem Markt eingeführt - später in einem Joint Venture mit der ORICA Explosives zum i-kon-Zündsystem weiterentwickelt wurden. Die bis dahin nicht für machbar gehaltene Präzision in der Zündzeit von bis zu 3.200 Zeitstufen ermöglichen nun bis dato nicht durchführbare Sprengungen mit geringer Belastung der Umwelt und zugleich einer wesentlichen Verbesserung des Sprengergebnisses.

Hamburger Abendblatt http://www.abendblatt.de/daten/2008/02/21/850283.html

KEIN GIFTMÜLL ÜBER HAMBURG

Kiel -

Der australische Chemiekonzern Orica will seine Pläne für Giftmüll-Transporte von Brunsbüttel über Hamburg ins Ruhrgebiet offenbar stornieren. Das teilte Schleswig-Holsteins Umweltminister Christian von Boetticher (CDU) gestern in Kiel mit. Demnach möchte Orica den größten Teil des Mülls nun in Nyborg (Dänemark) statt Nordrhein-Westfalen und den Rest - angeblich 5000 Tonnen - wie geplant in Brunsbüttel entsorgen. "Ich erwarte Dankesschreiben aus Hamburg und NRW", sagte der Minister scherzhaft nach Gesprächen mit Orica über einen neuen Entsorgungsantrag. Das Unternehmen hatte 2007 vergeblich beantragt, 22 000 Tonnen hochgiftige HCB-Abfälle aus Australien nach Brunsbüttel zu verschiffen und sie teils in Güterzügen in Verbrennungsanlagen nach Herten, Leverkusen und Dormagen zu bringen. Von Boetticher machte deutlich, dass ein neuer Antrag absehbar genehmigt werde.*ubi*
erschienen am 21. Februar 2008

Quelle: SHZ.de - URL: http://www.shz.de/
LANDESPOLITIK

WIRD ER DOCH IN BRUNSBÜTTEL VERBRANNT?

21. Februar 2008 | Von Peter Höver
Der Giftmüll aus Australien kommt wohl doch. Minister von Boetticher (CDU) rechnet mit erneutem Antrag zur Entsorgung in Deutschland. Und der müsse genehmigt werden.
Kiel/Brunsbüttel/sh.z - Seit acht Monaten liegt der Fall auf Eis. Der Fall - das sind 60 000 Fässer mit Giftmüll, gelagert im Hafen von Sydney. Australien will das Zeug loswerden. Am liebsten in Deutschland. Hier gibt es - offenbar anders als auf dem fünften Kontinent - technisch ausgereifte Verfahren zur Verbrennung.
Doch der erste Versuch, die brisante Fracht bei der Sava in Brunsbüttel und in drei nordrhein-westfälischen Sondermüll-Meilern zu entsorgen, scheiterte vergangenen Sommer. Als nicht genehmigungsfähig hatten deutsche Behörden das Anliegen des australischen Unternehmens Orica zurückgewiesen.

Vorschriften nach dem Baseler Abkommen

Doch jetzt kommt offenbar wieder Bewegung in die Sache. Schleswig-Holsteins Umweltminister Christian von Boetticher (CDU) rechnet mit einem neuen Vorstoß Australiens. Erbringen die Behörden aus "down under" den Nachweis, dass die bis zu 22 000 Tonnen mit Hexachlorbenzol (Grafik) verunreinigten Abfälle "absolut" nicht im eigenen Land entsorgt werden können, dann müsse ein solcher Antrag genehmigt werden. Politische oder juristische Spielräume, das Anliegen zu durchkreuzen, sieht von Boetticher nicht. "Das ist eine reine Fachfrage."
Tatsächlich müssen nach dem so genannten Baseler Abkommen Abfälle vorrangig im eigenen Land entsorgt und Müllexporte auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Als Grund, warum sie den Müll nicht selbst verbrennen können, gab die australische Regierung damals den Widerstand ihrer Bevölkerung gegen eine Verbrennung im eigenen Land an. "Eine solche Begründung reicht nicht aus", stellte von Boetticher fest. Das Baseler Übereinkommen habe nicht den Zweck, mögliche Proteste der eigenen Bevölkerung in Drittstaaten zu exportieren.

Entsorgung auch in Dänemark im Gespräch

Heute heißt es von australischer Seite, es lohne sich nicht, eine eigene Entsorgungsanlage zu errichten, da das Land mittlerweile seine Produktion umgestellt habe und kein Giftmüll dieser Art mehr anfalle. Könnte Orica dies nachweisen, dann hätten deutsche Behörden keine Chance, den Vorstoß der Australier abzulehnen. Vom Tisch ist unterdessen der Plan, den weitaus größten Teil des australischen Giftmülls von Brunsbüttel aus auf dem Landweg ins Ruhrgebiet zu verfrachten. Als "Gefahrenfaktor" stufte von Boetticher den Landtransport ein. Außer der Anlage an der Unterelbe sei jetzt ein Brennofen in Nyborg auf der dänischen Ostseeinsel Fünen im Gespräch.
Gegen die Transporte hatte es vergangenen Sommer nicht nur an der Westküste, sondern auch in Nordrhein-Westfalen heftige Proteste gegeben. Das Düsseldorfer Umweltministerium hatte damals erklärt, die Verbrennung des Hexachlorbenzols sei gar nicht problematisch. Der lange Transportweg sei das Hauptproblem.

Ein Sprecher des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft sagte, einem Import stehe weder juristisch noch ökologisch etwas entgegen. In Deutschland werden jährlich sechs Millionen Tonnen Giftmüll aus dem Ausland verbrannt. Im Gegenzug exportieren deutsche Unternehmen eine Million Tonnen Giftmüll.

21. Febr. 2008 Dithmarsche landeszeitung http://www.sh-nordsee.de/

BRUNSBÜTTEL: GIFTMÜLL KOMMT

Umweltministerium rechnet mit neuem Antrag des australischen Konzerns Orica

Brunsbüttel (fan) Es ist nur eine Frage der Zeit: Der Giftmüll aus Australien kommt sehr wahrscheinlich doch noch im Elbehafen an.

Jedenfalls rechnet das für die Einfuhrgenehmigung zuständige Umweltministerium in Kiel mit einem neuen Antrag des Chemiekonzerns Orica, das im vergangenen Jahr insgesamt 22 000 Tonnen mit Hexachlorbenzol verseuchten Müll nach Deutschland verschiffen wollte. Ein Drittel sollte in der Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) in Brunsbüttel, zwei Drittel an drei Standorten in Nordrhein-Westfalen verbrannt werden. Dagegen hatte es heftigen Protest aus der Bevölkerung gegeben. Am Ende lehnte das Ministerium den Antrag des Unternehmens als nicht genehmigungsfähig ab, weil eine belegbare Begründung für den Export des Giftmülls fehlte. Genau die könnte aber demnächst vorliegen. Immerhin habe es Beratungsgespräche mit Orica gegeben, sagte Umweltminister Christian von Boetticher (CDU) gestern in einem Pressegespräch in Kiel. Der Minister verwies darauf, dass das Genehmigungsverfahren keiner politischen Entscheidung unterliege. „Unser Spielraum ist begrenzt." Er versprach dennoch eine kritische Prüfung, sollte ein neuer Antrag eingehen.

Ein hilfreiches Argument für Orica könnte die Tatsache sein, dass HCB-haltiger Müll bei der Produktion in Australien schon seit längerem nicht mehr anfällt. Allerdings habe man den Konzern in Gesprächen dazu bewegen können, generell von einem Transport des Mülls quer durch Deutschland Abstand zu nehmen, betonte von Boetticher. Außer Brunsbüttel ist jetzt eine Verbrennungsanlage im dänischen Nyborg auf der Insel Fünen im Visier des Chemiekonzerns.

DER GIFTMÜLL-BUMERANG

Ministerium setzt auf australische Regierung – Landtransport aber vom Tisch

Von Stefan Schmid

Brunsbüttel – Die Giftmüll-Gegner können schon mal ihre Transparente aus dem Schrank holen – denn es ist damit zu rechnen, dass in naher Zukunft zumindest ein Teil der 22 000 Tonnen des mit Hexachlorbenzol (HCB) verseuchten Abfalls aus Australien im Elbehafen ankommt.

Nicht nur der Bumerang kommt vom fünften Kontinent. Auch der Giftmüll. „Ich habe geglaubt, das Thema kommt nicht wieder", rutschte es Schleswig-Holsteins Umweltminister Dr. Christian von Boetticher (CDU) gestern bei einem Pressegespräch im obersten Stock des Ministeriumhochhauses in Kiel heraus.

Diese Aussage war zwar ernst gemeint, dennoch war wohl der Wunsch Vater des Gedankens. Denn im Ministerium ging man nach der Ablehnung des ersten Antrags des Chemiekonzerns im vergangenen Juni schon davon aus, dass Orica so schnell nicht aufgibt. Anfangs hatte eine rechtliche Auseinandersetzung vor den Gerichten gedroht, doch das war mehr öffentliches Säbelrasseln. Denn der Konzern begriff schnell, dass eine mangelnde Akzeptanz der australischen Bevölkerung für die Verbrennung des noch im Hafen von Sydney lagernden Giftmülls im eigenen Land nicht wirklich ein stichhaltiger Nachweis für fehlende Entsorgungskapazitäten auf diesem Kontinent darstellte. „Natürlich hat es Beratungsgespräche gegeben, in denen wir die genauen Gründe für unsere Ablehnung erläutert haben", sagte von Boetticher gestern. Er stellte aber im gleichen Atemzug klar: „Das waren auch keine Geheimgespräche."

So weiß Orica jetzt wohl, worauf es ankommt. So riesig sind die Hürden auch nicht, denn insgesamt, so von Boetticher, sei der rechtliche Spielraum des Ministeriums bei der Genehmigung klein. „Wir sind verpflichtet, unsere Hilfe anzubieten, wenn es in Australien keine Entsorgungskapazitäten für den Giftmüll gibt." Baseler Abkommen hin oder her. Darüber hinaus fällt laut Minister in Australien HCB-haltiger Abfall nicht mehr an. Ergo, würden Entsorgungsanlagen natürlich nicht gebaut. Und die beste Technik stünde nun mal in Brunsbüttel – oder woanders in Deutschland.

Das Ministerium wartet daher auf Post aus Australien. „Uns liegt noch kein neuer Antrag vor, aber er wird kommen", ist von Boetticher überzeugt. Einen kleinen Funken Hoffnung, den Import zu verhindern, hat der Minister mit Blick auf die neue australische Regierung: „Der Sänger von der Rockband *Midnight Oil* ist Umweltaktivist und nun neuer Umweltminister." Er meinte damit Peter Garrett.

Groß ist die Hoffnung allerdings nicht. Das Ministerium stellt sich daher auf einen fundierteren Antrag von Orica ein. „Wir werden diesen dann kritisch prüfen", sagte von Boetticher fast apologetisch, um noch einmal klarzustellen: „Es ist am Ende eine Entscheidung der Fachbehörden und keine politische."

Quasi als Trost bot er den Hinweis an, dass man Orica immerhin dazu bewegen konnte, auf einen Transport des Giftmülls quer durch die Republik zu verzichten. Stattdessen sei jetzt Nyborg auf Fünen als zweite Entsorgungsmöglichkeit neben Brunsbüttel im Gespräch. Insofern sei der politische Spielraum in den Gesprächen mit dem Chemiekonzern erfolgreich genutzt worden, betonte der Minister.

Die Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) in Brunsbüttel ist auf den australischen Giftmüll gar nicht mehr so scharf, auch wenn man daran verdienen kann: „Uns ist die Akzeptanz in der Bevölkerung am Ende wichtiger", sagte SAVA-Werkleiter Dr. Martin Kemmler gestern auf Nachfrage. Bedingung für eine Verbrennung in Brunsbüttel sei, dass Orica auf den Landtransport verzichtet. Außerdem habe die SAVA auch nur eine begrenzte Kapazität. „Wir können jetzt nicht schneller verbrennen."

HCB-Abfall aus Australien

Ende 2006 schlägt der Umweltverein Alarm und meldet, dass der australische Chemiekonzern Orica 6000 Fässer mit 22 000 Tonnen Hexachlorbenzol(HCB)haltiger Abfälle zur Verbrennung nach Brunsbüttel verschiffen will. Kurz darauf liegt der Antrag beim Umweltministerium in Kiel vor. Danach waren 5000 Tonnen HCB-Abfall für die SAVA bestimmt – der Rest sollte nach Nordrhein-Westfalen transportiert werden. Dort gingen die Umweltschützer auf die Straße – im März fand in Brunsbüttel eine große Demo statt. Die Ministerien in Düsseldorf und Kiel lehnen im Juni den Antrag ab.

GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN:

Vorauseilender Gehorsam

Kommentar von Stefan Schmid

Wer zuletzt lacht, lacht am besten, heißt es so schön. In diesem Fall könnten das die Nadelstreifen-Manager von Orica in ihren australischen Büros sein. Denn offenbar werden sie ihren Giftmüll doch noch los – in Brunsbüttel, dem Tor zur Welt.

In Deutschland haben wir die beste Verbrennungstechnik für gefährlichen Abfall – also spielen wir den weltweiten Säuberer. Im Fall von Entwicklungsländern ist das noch nachvollziehbar, im Fall von Industrieländern wie Australien aber kaum. Das Baseler Abkommen, das Müllexporte beschränken will, macht keinen Sinn, wenn es Hintertürchen offen lässt. Denn die moralische Verpflichtung zur Entsorgung hochgiftigen Mülls anderer Länder hin oder her – es ist nicht hinnehmbar, dass 22 000 Tonnen über die Weltmeere verschifft werden, nur weil Australien seine Hausaufgaben bei der Abfallentsorgung nicht gemacht hat.

Insofern ist das gefühlte Dilemma für den Kieler Umweltminister nachvollziehbar. Denn von Boetticher ist eigentlich gegen den Import des Mülls. Andererseits wird man den Eindruck nicht los, dass Kiel den Musterschüler in Sachen Genehmigung spielen will. Anders ist der vorauseilende Gehorsam nicht zu deuten. Man hätte aber Orica die Tür nicht erneut aufmachen dürfen.

Kieler Nachrichten vom 21.02.2008 01:00:00

KOMMT GIFTMÜLL AUS AUSTRALIEN DOCH NOCH?

http://www.kn-online.de/artikel/2309082/Kommt_Giftm%FCll_aus_Australien_doch_noch%3F.htm

Kiel - Vergangenes Jahr blieb Schleswig-Holstein eine Ladung mit australischem Giftmüll gerade noch einmal erspart. Umweltminister Christian von Boetticher hat sich aber bereits darauf eingestellt, "dass es wohl einen neuen Antrag geben wird", wie er gestern im Gespräch sagte. Zur Erinnerung: Nach monatelanger Prüfung war die Einfuhr und Beseitigung von 22000 Tonnen Hexachlorbenzol-Abfalls im Juni vergangenen Jahres abgelehnt worden. 5000 Tonnen des Gemischs sollten in Brunsbüttel vernichtet, der Rest in Anlagen nach Nordrhein-Westfalen transportiert werden. Die Begründung, dass die Errichtung einer eigenen Entsorgungsanlage mangels Akzeptanz vor Ort nicht durchsetzbar sei, war allerdings zu dürftig. Von Boetticher geht nun aber davon aus, dass Australien bei einem zweiten Anlauf besser argumentieren wird. "Unser rechtlicher Spielraum ist gering", erklärte er. Wenn nachgewiesen wird, dass eine Entsorgung im eigenen Land unmöglich ist, müsse der Antrag genehmigt werden. Obwohl er "das Zeug gar nicht haben will", ist der Minister im Vorwege tätig geworden. In einem Gespräch mit Vertretern der australischen Firma Orica habe er darauf hingewirkt, zumindest auf den umstrittenen Transport über Land - von Brunsbüttel nach Nordrhein-Westfalen - zu verzichten. [1] Als Alternative schlägt von Boetticher vor, die restlichen 17000 Tonnen im dänischen Nyborg zu verbrennen.

Einen Erfolg konnte von Boetticher auf einem anderen Gebiet melden. Mit Hilfe einer konsequenten Wiederbesetzungssperre hat er seit 2005 mehr als 160 Mitarbeiter eingespart. Im Gegensatz zu den anderen Ministern, die sich trotz angespannter Haushaltslage mit dem Abbau von Personal schwer tun, sei er damit "ziemlich deutlich Spitzenreiter". std

[1]Anmerkung Pro-Herten (jj): von Boetticher sollte sich schämen. Fällt er doch Min. Uhlenberg in den Rücken. Hier wird deutlich, dass es immer noch Politiker gibt, denen die merkantile Gesinnung wichtiger ist als internationale Gesetze. Bei der Begründung für die Einfuhr Orica behilflich zu sein und dann zu behaupten, obwohl er "das Zeug gar nicht haben will", ist einfach nur erbärmlich.

22. Febr. 2008 Quelle: SHZ.de - URL: http://www.shz.de/ NORDDEUTSCHE RUNDSCHAU

GIFTMÜLL-GEGNER VOM MINISTER ENTTÄUSCHT

Dass nun doch hochgiftiger Abfall aus Australien in der Sava landen soll, empört die Gegner des Vorhabens.

Wütend und enttäuscht haben Umweltverein und WIR auf die Aussicht reagiert, dass der Giftmüll aus Australien doch noch im Elbehafen landen könnte, um in der Sonderabfallverbrennungsanlage entsorgt zu werden.

Vor genau einem Jahr zogen mehrere hundert besorgte Bürger durch die Koogstraße - auf den meisten Transparenten stand vor allem ein Spruch: "Kein Giftmüll aus Australien". Die WIR und der Umweltverein hatten mit einigen Bürgern zur Kundgebung aufgerufen. Nur wenige Monate später kam die frohe Botschaft aus Kiel, das Umweltministerium lehne den vom Chemiekonzern Orica beantragten Transport von 22000 Tonnen mit Hexachlorbenzol (HCB) verseuchtem Abfall ab.

Jetzt sieht die Welt für die Giftmüllgegner wieder düsterer aus, denn das Umweltministerium erwartet einen neuen, genehmigungsfähigen Antrag für den Import des Giftmülls. Das hatte Umweltminister Dr. Christian von Boetticher (CDU) am Mittwoch bekannt gegeben. Allerdings ist neben Brunsbüttel eine weitere Entsorgungsanlage im dänischen Nyborg (Fünen) im Gespräch. Vom Plan, zwei Drittel des Mülls nach Nordrhein-Westfalen zur Verbrennung zu bringen, ist der Konzern abgerückt.

Die Gegner des Giftmüll-Transports fühlen sich vom Umweltminister verschaukelt. "Die Bevölkerung hat im vergangenen Jahr massiv gezeigt, dass sie gegen die Einfuhr des Mülls ist", sagte Dr. Kai Schwonberg, Spitzenkandidat der WIR bei der Kommunalwahl. An der Ausgangssituation, die zum "Nein" des Umweltministers geführt hatte, habe sich nichts geändert. "Die Bevölkerung hat auf seine Entscheidung vertraut."

WIR-Fraktionschefin Ingrid Möller fordert den Kieler Minister auf, zu seinem Wort zu stehen. "Woran soll sich die Bevölkerung denn halten, wenn die Entscheidung wieder umgestoßen wird?" fragt sie.

Hannelore Schwonberg, Vorsitzende des Umweltvereins, ist entsetzt über die Haltung von Boettichers. Das sei bereits vergangene Woche in einem Gespräch mit dem Minister und weiteren Vereinsmitgliedern deutlich geworden. "Er verglich die Antragshilfe für Orica mit der Hilfe des Rathauses für einen Bürger, wenn er einen Bauantrag stellt", schüttelt sie nur den Kopf. Sie will jetzt

dem australischen Umweltminister und ehemaligen Rocksänger Peter Garrett (Midnight Oil) schreiben.

Auch im nordrhein-westfälischen Umweltministerium ist die Haltung Kiels auf Unverständnis gestoßen. "An unserer Auffassung hat sich nichts geändert", betonte Pressesprecher Markus Fliege. Minister Eckhard Uhlenberg (CDU) hatte den Müll nicht genehmigt und dies mit einem Rechtsgutachten untermauert.

CDU-Ratsherr Andreas Wohlert erwartet von Kiel, "dass alles unternommen wird, dass der Müll nicht herkommt." Eine Unterstützung des Landes beim Orica-Antrag lehnt er ab: "Wir sind doch kein Servicebüro für Giftmüll-Produzenten."

SCHLESWIG HOLSTEIN VERÖFFENTLICHT DAS RECHTSGUTACHTEN DES LANUV-NRW

Min. V. Boetticher (SH) sieht Möglichkeiten des Imports – Link zum Gutachten (PDF)

AUSTRALIA'S HAZARDOUS HCB WASTE – JUNE 2008

For over two decades, the chemical company, Orica Australia Pty Ltd (formerly ICI Australia) produced a large quantity of hexachlorobenzene (HCB) waste. The industrial waste was an unwanted byproduct of the manufacture of chemical solvents produced at the Botany facility. HCB, although an ingredient of a fungicide was never used by Orica for commercial purposes. Up to 22,000 tonnes of HCB waste is now stored at the Botany Industrial Park in Sydney NSW awaiting destruction. The site is surrounded by residential suburbs. HCB Impacts

In Australia, HCB waste is considered a 'schedule waste' because it is organic in nature, (i.e., its based on carbon molecules); resistant to degradation (breakdown) by chemical, physical or biological means; toxic to humans, vegetation or aquatic life, and bioaccumulates in humans, flora and fauna.

HCB - PERSISTENT ORGANIC POLLUTANTS (POPS) FOR THE STOCKHOLM CONVENTION ON POPS 2001

HCB was included in the initial list of persistent organic pollutants (POPs) for the Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants 2001. Studies in animals have shown that chronic exposure to HCB can damage the liver, thyroid, nervous system, bones, kidneys, blood, and immune and endocrine systems. The immune systems of rats that breathed HCB for a few weeks were harmed and the U.S. Department of Health and Human Services (DHHS) has determined that HCB may reasonably be expected to be a carcinogen. HCB is detected throughout the environment and is regularly found in blood, breast milk and fats of humans and wildlife.

General HCB contamination comes from diverse sources such industrial emissions and HCB based agricultural chemicals (now banned in Australia). HCB does not dissolve in water so most remains in particles on the bottom of lakes and rivers allowing high levels to build up in fish, marine mammals and birds. It also adheres strongly to soil and can accumulate in wheat, grasses, some vegetables and plants. People are exposed to HCB through eating low levels in contaminated food such as contaminated fish, milk or dairy products or meat from cattle grazing on contaminated pastures. People can also be exposed through drinking contaminated water or by breathing low levels in contaminated air, eating or touching contaminated soil or working at a factory that uses or produces HCB unintentionally. Drinking contaminated breast milk from exposed mothers is a significant source of HCB for babies. As HCB breaks down very slowly, remaining in the environment for a long time and is dispersed across the globe by both air and water, the international community included HCB on their target list of persistent organic pollutants or POPs.

ORICA'S HCB BOTANY STOCKPILE

There are two main types of HCB wastes stored at Botany: the principal HCB waste stored in drums and tanks and the encapsulated 'car park' waste, consisting of approximately 45, 000 cubic meters of contami-

nated sand and coal ash. The treatment of these different types of waste requires different approaches. HCB is difficult to destroy.

In 1996 the Australian National Advisory Body (NAB) on Scheduled Waste released the national Management Plan for Hexachlorobenzene (HCB) to oversee the destruction of the HCB waste stockpile. The plan recommended that the waste should be destroyed as "close to the source as possible" in the light of the significant risk in transporting such a large stockpile of persistent organic pollutant (POPs) waste and Australia's proven ability to destroy hazardous waste in an environmentally sound manner.

n 2006, Orica Australia Pty Ltd (formerly ICI Australia) formerly applied for an export license to ship up to 22,000 tonnes of highly toxic hexachlorobenzene (HCB) waste to Germany for incineration.

In 2005, with the help of the GIAI (Global Anti Incineration Alliance) network, over 120 organisations from across the globe cosigned a letter to the Australian Environment Minister opposing any export of HCB waste. The German regional Environment Minister in the densely-populated North Rhine-Westphalia region, Eckhard Uhlenberg also called for the export to be stopped

Throughout 2007, the German media reported widespread community resistance to the proposal, which resulted in a string of public meetings and rallies, a heated Parliamentary debate and calls from German Governments for Australia to not send their the toxic waste to Germany. German environmental organisations were alerted by NTN late 2006 when Orica sought approval to send a convoy of container ships loaded with HCB waste to four incinerators in the German cities of Leverkusen, Dormagen, Herten and Brunsbuttel. Many German, Australian and international organizations objected to the HCB export plan. The National Toxics Network took the lead role in developing and submitting a detailed objection document providing a long list of reasons why the export should be refused by the Australian Environment Minister. Under Australia's international legal obligations the HCB waste can only be exported to another OECD country under the exceptional circumstance where there is no technology available in Australia to treat and destroy the waste. In mid 2007, the German government rejected the import and Orica commenced an administrative appeal. This too was rejected and Orica commenced a legal appeal in the German courts.

INTERNATIONAL OBLIGATION

Orica's current proposal to export the 22,000 tonnes of HCB waste to an incinerator overseas is in breach of both the intention and spirit of the HCB Management Plan and contravenes the principles of environmentally sound management of hazardous waste as developed by the UN Secretariat of the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes & their Disposal (1989).

These include the :
f) the self-sufficiency principle - management and disposal of waste in the country where it was created
g) the proximity principle - the disposal of hazardous waste as close as possible to their point of generation
h) the least transboundary movement principle - transboundary movements of hazardous waste reduced to a minimum

The Basel Convention under Article 4 also requires Australia to "take the appropriate measures to (b) Ensure the availability of adequate disposal facilities, for the environmentally sound management of hazardous wastes and other wastes."

The transport of such large amounts of the extremely toxic HCB waste over vast distances carries environmental risks. Incineration of this huge amount of concentrated hazardous POPs waste will produce unwanted chlorinated emissions including the deadly dioxins and furans. Whether these are released via air or remain in the unwanted byproducts such as the waste ash, these highly persistent compounds will eventually pollute the German and European environment. The large quantities of residual 'bottom ash' used under roads and

in concrete as well as the ongoing disposal of the highly toxic 'flyash' in salt mines in Germany represent a serious and ongoing threat.

To learn more read NTN Objection to the proposed Export of HCB Waste and NTN Responses to Orica's Rebuttal

Read what German residents are saying to the Australian Government.

A copy of the international call to action and the protest letter are available on the GAIA website. An overview is available at http://www.no-burn.org/action/index.html

And the letter to the Australian Parliament is at:http://www.no-burn.org/action/hcbaustralialet.html

In summary groups should "ask the Australian government to accept the principle that Australia takes responsibility for the environmentally-sound destruction of its own POPs HCB waste, as it has done for all previously generated POPs waste.

Letters should go to:

Peter.Garrett.MP(at)aph.gov.au

Minister for the Environment,
Parliament House,
Canberra, ACT 2600
Tel: (612) 6277 7640
Fax: (612) 6273 6101

DerWesten - 28.11.2008
http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/staedte/castrop-rauxel/2008/11/28/news-94381919/detail.html

HERTEN WAR GESTERN: GIFTMÜLL SOLL JETZT NACH DÄNEMARK

WAZ CASTROP-RAUXEL, 28.11.2008, ANGELIKA WÖLKE

Wie es scheint, möchte die australische Firma Orica den Musterprozess vor dem Verwaltungsgericht in Köln nicht abwarten.

Dort sollte entschieden werden, ob Orica 22 000 Tonnen mit HCB (Hexachlorbenzol) verseuchten Giftmüll in deutschen Verbrennungsanlagen entsorgen darf. (Wir berichteten) 5000 Tonnen davon sollten im Hertener RZR verbrannt werden. Da NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg die Einfuhr des Mülls im Juni 2007 untersagt hatte, musste Orica klagen.

Jetzt geht Orica neue Wege: Am 24. November stellte die Firma den Antrag, den Giftmüll im dänischen Nyborg verbrennen zu dürfen. Auf der Internetseite der Firma wird dieser neue Schritt damit begründet, dass der Müll in Dänemark – anders als in Deutschland – nicht per Lkw oder Bahn weitertransportiert werden müsse.

Die Bürgerinitiative „pro Herten", die maßgeblich gegen den Import des Giftmülls aus Australien gekämpft hat, hat bereits Greenpeace Deutschland und die europäischen Grünen über das Vorhaben Oricas informiert.

HERTEN WAS YESTERDAY: TOXIC WASTE GOES NOW TO DENMARK

WAZ CASTROP-RAUXEL, 28.11.2008, ANGELIKA WÖLKE

As it seems, wants the Australian company Orica not wait for a decision of the pattern-process before the administrative court in Cologne .

There should be decided whether Orica 22 000 tonnes of HCB (hexachlorobenzene) in German contaminated toxic waste can dispose in incinerators. (We reported) 5000 tonnes of which should RZR Herten incinerated. Since NRW Environment Minister Eckhard Uhlenberg import of the waste in June 2007 had prohibited, Orica has sued the other hand.

Now Orica new ways: On 24 November, the company make a request , the toxic waste in the Danish Nyborg allowed to combust. On the website of the company, justified this new step on the grounds that the waste in Denmark - unlike in Germany - not by truck or rail transported should be.

The citizens' initiative "Pro-Herten", which significantly fight against the import of toxic waste from Australia, has already informed Greenpeace Germany and the European Greens about this new project of Orica.

National Toxics Network Inc.

working towards pollution reduction, protection of environmental health and environmental justice for all

http://ntn.org.au/index.php?option=content&task=view&id=70

AUSTRALIA'S HAZARDOUS HCB WASTE

For over two decades, the chemical company, Orica Australia Pty Ltd (formerly ICI Australia) produced a large quantity of hexachlorobenzene (HCB) waste. The industrial waste was an unwanted byproduct of the manufacture of chemical solvents produced at the Botany facility. HCB, although an ingredient of a fungicide was never used by Orica for commercial purposes. Up to 22,000 tonnes of HCB waste is now stored at the Botany Industrial Park in Sydney NSW awaiting destruction. The site is surrounded by residential suburbs. HCB Impacts

In Australia, HCB waste is considered a 'schedule waste' because it is organic in nature, (i.e., its based on carbon molecules); resistant to degradation (breakdown) by chemical, physical or biological means; toxic to humans, vegetation or aquatic life, and bioaccumulates in humans, flora and fauna.

HCB - PERSISTENT ORGANIC POLLUTANTS (POPS) FOR THE STOCKHOLM CONVENTION ON POPS 2001

HCB was included in the initial list of persistent organic pollutants (POPs) for the Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants 2001. Studies in animals have shown that chronic exposure to HCB can damage the liver, thyroid, nervous system, bones, kidneys, blood, and immune and endocrine systems. The immune systems of rats that breathed HCB for a few weeks were harmed and the U.S. Department of Health and Human Services (DHHS) has determined that HCB may reasonably be expected to be a carcinogen. HCB is detected throughout the environment and is regularly found in blood, breast milk and fats of humans and wildlife.

General HCB contamination comes from diverse sources such industrial emissions and HCB based agricultural chemicals (now banned in Australia). HCB does not dissolve in water so most remains in particles on the bottom of lakes and rivers allowing high levels to build up in fish, marine mammals and birds. It also adheres strongly to soil and can accumulate in wheat, grasses, some vegetables and plants. People are exposed to HCB through eating low levels in contaminated food such as contaminated fish, milk or dairy products or meat from cattle grazing on contaminated pastures. People can also be exposed through drinking contaminated water or by breathing low levels in contaminated air, eating or touching contaminated soil or working at a factory that uses or produces HCB unintentionally. Drinking contaminated breast milk from exposed mothers is a significant source of HCB for babies. As HCB breaks down very slowly, remaining in the environment for a long time and is dispersed across the globe by both air and water, the international community included HCB on their target list of persistent organic pollutants or POPs.

Orica's HCB Botany Stockpile

There are two main types of HCB wastes stored at Botany: the principal HCB waste stored in drums and tanks and the encapsulated 'car park' waste, consisting of approximately 45, 000 cubic meters of contaminated sand and coal ash. The treatment of these different types of waste requires different approaches. HCB is difficult to destroy.

In 1996 the Australian National Advisory Body (NAB) on Scheduled Waste released the national Management Plan for Hexachlorobenzene (HCB) to oversee the destruction of the HCB waste stockpile. The plan recommended that the waste should be destroyed as "close to the source as possible" in the light of the significant risk in transporting such a large stockpile of persistent organic pollutant (POPs) waste and Australia's proven ability to destroy hazardous waste in an environmentally sound manner.

Export of Australia's Toxic Waste

In 2006, Orica Australia Pty Ltd (formerly ICI Australia) formerly applied for an export license to ship up to 22,000 tonnes of highly toxic hexachlorobenzene (HCB) waste to Germany for incineration.

In 2005, with the help of the GIAI (Global Anti Incineration Alliance) network, over 120 organisations from across the globe cosigned a letter to the Australian Environment Minister opposing any export of HCB waste. The German regional Environment Minister in the densely-populated North Rhine-Westphalia region, Eckhard Uhlenberg also called for the export to be stopped

Throughout 2007, the German media reported widespread community resistance to the proposal, which resulted in a string of public meetings and rallies, a heated Parliamentary debate and calls from German Governments for Australia to not send their the toxic waste to Germany. German environmental organisations were alerted by NTN late 2006 when Orica sought approval to send a convoy of container ships loaded with HCB waste to four incinerators in the German cities of Leverkusen, Dormagen, Herten and Brunsbuttel. Many German, Australian and international organizations objected to the HCB export plan. The National Toxics Network took the lead role in developing and submitting a detailed objection document providing a long list of reasons why the export should be refused by the Australian Environment Minister. Under Australia's international legal obligations the HCB waste can only be exported to another OECD country under the exceptional circumstance where there is no technology available in Australia to treat and destroy the

waste. In mid 2007, the German government rejected the import and Orica commenced an administrative appeal. This too was rejected and Orica commenced a legal appeal in the German courts.

INTERNATIONAL OBLIGATION

Orica's current proposal to export the 22,000 tonnes of HCB waste to an incinerator overseas is in breach of both the intention and spirit of the HCB Management Plan and contravenes the principles of environmentally sound management of hazardous waste as developed by the UN Secretariat of the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes & their Disposal (1989).

These include the : f) the self-sufficiency principle - management and disposal of waste in the country where it was created g) the proximity principle - the disposal of hazardous waste as close as possible to their point of generation h) the least transboundary movement principle - transboundary movements of hazardous waste reduced to a minimum

The Basel Convention under Article 4 also requires Australia to “take the appropriate measures to (b) Ensure the availability of adequate disposal facilities, for the environmentally sound management of hazardous wastes and other wastes.”

The transport of such large amounts of the extremely toxic HCB waste over vast distances carries environmental risks. Incineration of this huge amount of concentrated hazardous POPs waste will produce unwanted chlorinated emissions including the deadly dioxins and furans. Whether these are released via air or remain in the unwanted byproducts such as the waste ash, these highly persistent compounds will eventually pollute the German and European environment. The large quantities of residual ‘bottom ash’ used under roads and in concrete as well as the ongoing disposal of the highly toxic ‘flyash’ in salt mines in Germany represent a serious and ongoing threat.

To learn more read NTN Objection to the proposed Export of HCB Waste and NTN Responses to Orica's Rebuttal

Read what German residents are saying to the Australian Government.

A copy of the international call to action and the protest letter are available on the GAIA website. An overview is available at http://www.no-burn.org/action/index.html

And the letter to the Australian Parliament is at:http://www.no-burn.org/action/hcbaustralialet.html

In summary groups should "ask the Australian government to accept the principle that Australia takes responsibility for the environmentally-sound destruction of its own POPs HCB waste, as it has done for all previously generated POPs waste.

Letters should go to:

Peter.Garrett.MP(at)aph.gov.auMinister for the Environment,
Parliament House,
Canberra, ACT 2600
Tel: (612) 6277 7640
Fax: (612) 6273 6101

CONTAMINATED GROUNDWATER

SYDNEY'S GROUNDWATER PLUME

A series of highly contaminated groundwater plumes have spread from the Botany Industrial Park into surrounding suburbs. These are contaminated with ethylene dichloride (EDC), the byproduct of the manufacture of chlorinated solvents used for dry cleaning and plastics.

Studies released in 1996, showed groundwater contaminants linked to past industrial activities were in both shallow and deep groundwater. It confirmed six major source areas of contamination:

- The former solvent plant;
- EDC Storage tanks;
- Former CTC Storage tank (polythene);
- Filled areas adjacent to the railway line;
- Old 'heavy ends' drum storage area; and
- Old surface drain.

The Stage 2 survey provided 1994 sampling data showing levels of EDC in deep groundwater of 6,800 mg/l and 6,300 mg/l in shallow groundwater in the area of the old EDC storage tanks. It was estimated that the plumes were moving in a south to south westerly direction at around 70 to 80 metres per year in the upper layers and 3 to 4 metres per year at deeper levels.

In 1989 ICI had been directed by the then State Pollution Control Commission (now the NSW EPA) to investigate contamination of groundwater in their area. They carried out the Botany Groundwater Survey Stage 1 which was released in May, 1990.

The investigations reported that the both shallow and deep groundwater was contaminated with chlorinated hydrocarbons like tetrachloroethylene (PCE), trichloroethane (TCA) and trichloroethylene (TCE) as well as the persistent organic pollutant, hexachlorobenzene (HCB). EDC was detected at around 150 mg/l in both shallow and deep groundwater.

Mercury and chromium were also discovered in the sediments of Springvale Drain running through the site, while both mercury and HCB were detected in biological samples from the Penrhyn Estuary, exceeding national guidelines.

Importantly, the 1990 report found that the deep plume could be moving through the sand layers at approximately 60 to 210 metres per year.

CLEAN UP

In late August 2003, the New South Wales Environment Protection Authority (NSWEPA) issued Orica (Botany) Pty Ltd with a Clean Up Notice under the Protection of the Environment Operations Act (POEO). It required Orica (formerly ICI Australia) to clean up the contaminated ground water plume originally emanating from their industrial site at Botany and now covering approximately two square kilometres.

Earlier in 2004, Orica had submitted their report to the NSW EPA under the Voluntary Investigation and Remediation agreement. The report noted that there were high levels of EDC or 1,2 -Dichloroethane in the deep aquifer beneath Orica's 'Southlands'. The center of the EDC plume where levels are greater than 5,000 milligrams per litre is moving as a 'slug' with its axis shifting further east than previously modelled.

In the report Orica also noted that levels of other contaminants tetrachloroethylene (PCE) and trichloroethylene (TCE) were increasing at the monitoring point at the Penrhyn Estuary, which empties into Botany Bay.

Other monitoring points for the northern plume also showed increases in the levels of carbon tetrachloride (CTC).

This group of chlorinated hydrocarbon chemicals has the potential to cause cancer and affect reproductive and developmental health. EDC is suspected of being capable of causing heritable genetic and chromosomal mutations.

Despite Orica's voluntary investigations into remediation of the plumes, the NSW EPA has now ordered Orica to 'treat and pump'; ie, to extract the contaminated ground water and treat it with an appropriate technology, according to best international practice and in line with national guidelines.

The NSW EPA stated that the move to issue orders came after tests confirmed that the contamination levels in groundwater from Orica' s site were spreading at a faster pace than was previously known.ICI Australia has produced chlorine and the intermediaries for poly vinyl chloride (PVC) on the Botany site since the 1940s and for the 30 years from the 1960s to 1990 carbon tetrachloride was also manufactured.

In 2004, residents in the affected area were contacted by the NSW EPA and the Department of Infrastructure Planning and Natural Resources (DIPNR) advising them not to use bore water.

Orica has since built a Groundwater Treatment Plant which uses a 'pump and incineration process' whose technology was opposed by NGOs due to fears of dioxin emissions. Since its opening in 2006, the plant has been intermittently shut down due to breeches of its dioxin guidelines.

The Canberra Times

STINK BREWING OVER WASTE EXPORT

TOM SKOTNICKI

14/12/2008

ENVIRONMENTAL campaigners are gearing up for another stoush over plans by explosives and chemical company, Orica, to dispose of a large stockpile of hazardous waste at a site in Botany Bay by exporting it overseas.

The National Toxic Network's senior adviser Dr Mariann Lloyd-Smith said Orica was again applying for a permit to export hexachlorobenzene for incineration in Denmark on the grounds the technology did not exist in Australia to safely dispose of the waste.

Dr Lloyd-Smith said last year Orica applied for a permit for 22,000 tonnes of the material to be sent to four incinerators in Germany. This time the company was seeking a permit to export 6000 tonnes early next year. Last year's application was rejected by the German states which disputed the claim that Australia lacked the technology to dispose of the waste, she said. It is not known what happened to the other 16,000 tonnes Orica planned to export.

The plan to export to Germany was also objected to by the mayors of 11 cities with a total population of more than one million while 15,000 residents signed petitions. Dr Lloyd-Smith said The Danish Society for Nature Conservation has already written to Environment Minister Peter Garrett to object to the new export plan. She said although there was no facility commercially operating in Australia to dispose of the stockpile, HCB waste had previously been destroyed in Western Australia using gas phase chemical reduction technology.

Orica has suggested that the total rehabilitation of the Botany Bay site could take up to a century with the site contaminated by a mix of chloride based chemicals. The issue is politically sensitive as the site is located in Mr Garrett's Sydney electorate and the Minister for the Environment has to approve of the permit under the Basel Convention on movement of transboundary hazardous waste.

In the meantime, there is likely to be far less controversy over a plan to import 11,000lt of liquid waste and 170,000kg of solid waste from the French Antarctic station Dumont D'Urville for disposal in Hobart. The waste is comprised of sump oil, plastic waste, broken glass, steel from cans, wood ashes, tanks with traces of hydrocarbons, copper electrical wires, structural steel and insulating plastic from buildings. The waste will be disposed at the Hobart tip and Hobart Marine Board incinerator.

A spokesman for the Australian Conservation Foundation said it was not uncommon for Australia to assist the French with waste disposal from the Antarctic while New Zealand did the same for American stations.

Quelle: Last updated: Fri Nov 28 16:53:51 2008
http://www.oricabotanytransformation.com/index.asp?page=92&project=83

FAQ'S ABOUT ORICA'S EXPORT APPLICATIONS

ORICA-NOV. 08

You may have a few questions about the export application process. Here are a few queries that you may have. We have tried to respond to these to explain and address any concerns you may have.

Question	Orica's Response
Isn't it wrong to export our waste to another country?	After several decades Orica has failed to find a means of destroying the waste in Australia and does not believe that continued storage represents an environmentally responsible option. The waste is no longer produced and therefore will not be an ongoing problem. It can also be destroyed quickly, safely and in accordance with strict regulations in Europe.
Doesn't export contravene our commitment to the Basel and Stockholm Conventions?	The **Basel Convention** does not prohibit the export of waste, but regulates the transboundary movement of waste. This means that under appropriate circumstances, such as in cases where there is no existing facility in a country, waste can be exported to appropriate facilities for treatment. The **Stockholm Convention**, to which Australia is a signatory, aims for the elimination of all POPs. Orica's export applications comply with both Conventions.
High temperature incineration (HTI) is not an environmentally sound means of destruction. Why isn't Orica considering low energy technologies as the best means of destroying chemical waste?	The waste will be handled in a HTI in Denmark under stringent European Commission regulatory conditions. HTIs have become net destroyers of dioxins. For example, less than 1% of dioxin emissions come from incinerators as opposed to 20% produced by household chimneys and stoves. As a result of protests against HTIs in the early 1990s, their performance has been developed to comply with the strictest conditions. All existing facilities have been upgraded or decommissioned and new facilities built comply with the specified emissions limit from the outset. These requirements remain in force today in European law. Due to the success of HTI in treating hazardous waste in Europe and other parts of the world, there is very little research and development being conducted on low energy technologies for the destruction of waste such as the HCB stockpile. Orica has investigated these options and is not confident that any technology, other than HTI, is capa-

ble of destroying the HCB waste with acceptable risk levels.

If Orica obtains an export permit, doesn't it set a precedent for exporting waste that is created in Australia, which may encourage continued generation of such waste?

Orica's HCB waste is a 'one-off' stockpile. The manufacturing operations that produced the waste ceased in 1991 and Orica has not produced HCB since that time. Orica does not intend to export waste on an ongoing basis, but is committed to resolving the decades-long problem of its stored stockpile.

Orica has reached the conclusion that export of the waste is a more environmentally sound solution to the problem than, for example, the construction of a new facility that does not have a continuing feedstock of this particular kind of waste.

Isn't transporting the waste by ship risky, particularly if a ship sinks in the ocean, and marine life become contaminated with this chemical for many, many years?

Orica intends to charter its own vessels to ship the waste in order to ensure the integrity of the process. Apart from complying with international transport regulations for dangerous goods, a number of other measures will be taken to ensure the safety of the cargo. All appropriate risk management plans have been developed for shipping of the waste. Transport by sea is significantly safer than by road or rail and Orica will be using very experienced and established shipping lines as well as an established shipping route. Orica is proposing to take additional measures to ensure safe transport by chartering ships, securing the containers on board and stacking containers lower than the minimum requirements. There is minimal transportation by road in the process.

Doesn't exporting the waste hinder the development of low energy technologies to treat stockpiled waste here in Australia?

HTI in Europe is now a sophisticated process that complies with rigorous European regulations. HTI developments over the last 10 - 15 years mean that it has become an accepted technology in Europe for treating such waste as HCB. Given this acceptance by communities, governments and environmental groups, there is little need for further research and development on alternative technologies, and, therefore, minimal prospects for a new low energy technology to treat this waste in the short to medium term.

In addition, Orica has conducted bioremediation trials to dechlorinate HCB with microorganisms naturally occurring in the environment. Unfortunately, this research has proven to be unsuccessful. For details on HCB bioremediation trials, view Environmental Biotechnology Cooperative Research Centre (EBCRC) Bioremediation Update to Community Participation & Review Committee (CPRC) (August 2007) or EBCRC presentation to the CPRC (November 2007).

Who decides if Orica can export the HCB waste, and when will a decision be made?

Approval to export the waste is the responsibility of the Australian Federal Environment Minister and only he could advise about timing. Orica submitted new applications to export its waste to the Department of Environment, Water, Heritage and the Arts (DEWHA) on 24 November 2008. Click here for copies of the applications.

MOTHER EARTH FOUNDATION

12.DEZ.08

http://content.motherearth.ph/index.php?option=com_content&task=view&id=170&Itemid=2

AUSTRALIA PLANS TO EXPORT HAZARDOUS HCB WASTE:

The Australian chemical company, Orica has again applied for a permit to export hazardous hexachlorobenzene (HCB) waste for incineration.

This time it is for 6,000 of the 22,000 tonnes stockpile and it is to be sent to the Nyborg Incinerator in Denmark. Orica and the Australian government have not provided information on the fate of the remainder of the stockpile of HCB waste.

In 2007, Orica applied for a permit to export 22,000 tonnes of HCB waste to 4 incinerators in Dormagen, Leverkusen, Brunsbuttel and Herten in Germany. The German states rejected the applications stating that they did not accept Orica's claims that Australia lacked the capacity to treat the waste. Orica has appealed the rejection in the courts. The outcome is still pending.

Communities living around the German incinerators objected to the import of the toxic waste and 15,000 citizens signed petitions.

Mayors of eleven cities representing more than one million German citizens loudly condemned the plan calling on the Government to stop Orica's attempt to dump toxic waste in Germany.

Proposal contravenes the Basel Convention :

NTN considers that the current proposal to export the waste to Denmark for incineration is in contravention of the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes & their Disposal (1989) and the Australian Hazardous Waste Act.

In Australia, export for final disposal is prohibited under the Hazardous Waste Act unless there are 'exceptional circumstances' (Section 18A). Orica argues there is no capacity in Australia to treat the HCB waste. NTN has maintained that the technical capacity does exist and Australia has a moral and legal responsibility to deal with its hazardous waste.

Australia does have the capability to destroy the HCB waste :

In Western Australia, an Ecologic Gas Phase Chemical Reduction (GPCR) technology treated POPs waste. Trevor Bridle who managed the Ecologic facility confirms that:

"The GPCR process was demonstrated, at commercial scale, using the Ecologic facility in Kwinana in 1999, as being suitable for the safe destruction of drummed HCB waste from Orica. The commercial trials showed that the organic compounds in the HCB waste were destroyed with greater than 99.99999% efficiency."

The technology holders have approached Orica to establish a new and further improved GPCR facility to destroy the HCB. Orica however dismissed this option stating that they would not consider using a technology that was not currently operating commercially on HCB wastes. As HCB is a POPs banned under the Stockholm Convention and Orica is the only major source of HCB wastes in Australia, it is not surprising that without support from Orica there is no facility in Australia currently operating commercially on HCB

wastes. The real issue is not the lack of technical options but Orica's unwillingness to pay the cost of destruction through non-incineration options.

Australia has a long record in non-incineration technologies including Base Catalyst Dechlorination (BCD) and Plasma Arc destruction. These facilities have successfully destroyed the POPs stockpile from the Pacific Islands including PCBs and POP's pesticides.

Please sign on to NTN's objection to Orica's applications to export the HCB waste by 15th December 2008.

Übersetzung J.Jürgens (ohne Gewähr)

Australien plant die Ausfuhr gefährlicher Abfälle HCB

Die australische Chemical Company, Orica hat erneut für eine Genehmigung zur Ausfuhr gefährlicher Hexachlorbenzol (HCB) Abfälle zur Verbrennung beantragt.

Dieses mal für 6000 der 22000 Tonnen und gerichtet an die Müllverbrennungsanlage in Dänemark in Nyborg. Orica. Die australische Regierung hat keine Informationen über den Verbleib des Restes der gelagerten der HCB-Abfälle.

Orica hatte 2007 für die eine Genehmigung zur Ausfuhr der 22.000 Tonnen HCB-Abfälle in 4 Verbrennungsanlagen, Dormagen, Leverkusen, Brunsbüttel und Herten in Deutschland beantragt. Die deutschen Länder lehnten die Anträge ab, da sie nicht die Behauptung Orica akzeptierten, dass Australien nicht über Kapazität zur Behandlung der Abfälle verfügten. Orica legte gegen die Ablehnung bei den Gerichten in Deutschland Klage ein. Das Ergebnis steht noch aus.

Einwohner die rund um den deutschen Verbrennungsanlagen leben, erhoben Einwände gegen die Einfuhr von Giftmüll und 15.000 Bürger unterzeichneten eine Petitionen.

Bürgermeister von elf Städte, die mehr als eine Million deutsche Staatsbürgervertreten, forderten die Regierungen auf, den Plan Oricas, die giftigen Abfälle nach Deutschland zu exportieren, zu stoppen.

Vorhaben ist im Widerspruch zu dem Basler Übereinkommen:

NTN ist der Auffassung, dass der derzeitige Vorschlag des Exports der Abfälle nach Dänemark zur Verbrennung, im Widerspruch zu den Basler Übereinkommens ist, der über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (1989) auch nach australischem Gesetz über gefährliche Abfälle regelt.

In Australien ist der Export im Rahmen des Gesetzes über gefährliche Abfälle verboten, es sei denn, es gibt "außergewöhnliche Umstände" (Abschnitt 18A). Orica argumentiert, es gibt keine Kapazität in Australien zur Behandlung der HCB-Abfälle. NTN behauptet jedoch, dass die technische Kapazität vorhanden ist und Australien eine moralische und rechtliche Verantwortung für den Umgang mit ihren gefährlichen Abfällen hat.

Australien hat die Fähigkeit zu zerstören, der HCB-Abfälle:

In West-Australien behandelt eine Ecologic Gas Phase der chemischen Reduktion (GPCR)-Technologie POP-Abfälle. Trevor Bridle, der Geschäftsführer der Ecologic Anlage bestätigt dieses:

"Die GPCR-Prozess wurde in kommerziellen Bereichen, in der Ecologic Anlage in Kwinana in 1999 nachgewiesen, dass sie geeignet ist für die sichere Vernichtung von den gelagerten HCB-Abfälle aus den Orica

Beständen. Die kommerzielle Studien zeigten, dass die organischen Verbindungen in den HCB-Abfälle mit einem Wirkungsgrad von 99,99999% zerstört wurden "

Die Technologieinhaber haben sich an Orica gewandt, eine neue und weiter verbessert GPCR Anlage zur Vernichtung des HCB zu errichten. Orica jedoch wies dieses Angebot ab, da sie nicht mit einer Technologie, die derzeit nicht kommerziell auf HCB-Abfälle ausgerichtet ist, arbeiten würden. HCB ist ein POP klassifizierter Stoff und verboten im Sinne des Stockholmer Übereinkommens . Orica besitzt die derzeit einzige bedeutende gelagerten HCB-Abfälle in Australien und so überrascht es nicht, dass es ohne Unterstützung von Orica bisher es noch keine Möglichkeit in Australien gibt, die derzeit kommerziell HCB-Abfälle behandeln könnte. Das eigentliche Problem ist nicht der Mangel an technischen Möglichkeiten, sondern Oricas mangelnde Bereitschaft zur Übernahme der Kosten für die Vernichtung des Abfalls ohne ihn verbrennen zu müssen.

Australien hat eine lange Erfahrung in Nicht-Verbrennungs-Technologien, einschließlich Base Catalyst Dechlorination (BCD) und Plasma Arc Zerstörung. Diese Einrichtungen haben erfolgreich die POP-Lagerbestände aus den Pazifik-Inseln, einschließlich PCB und POP's Pestiziden. zerstört.

Bitte melden Sie sich an NTN's Einwände gegen Orica die Anwendungen für den Export der HCB-Abfälle bis zum 15. Dezember 2008.

Anschrift:
Dr Mariann Lloyd-Smith PhD (Law)
CoChair, International POPs Elimination Network
Senior Advisor, National Toxics Network Inc.
PO Box 173 Bangalow NSW 2479
(612) 66815340 / 0413 621557
www.ipen.org

GEZIELTE MANIPULATION?

17.DEZ.08

Wenn es um Eigeninteressen geht, wird die Wahrheit durch die Fa. Orica so manipuliert, dass es eigentlich für ein Weltfirma schon peinlich sein sollte - J.Jürgens:

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]

Gesendet: Mittwoch, 17. Dezember 2008 22:47
An: J.Jürgens
Betreff: Re: Portest from BUND

Many thanks Jochen ...the BUND letter came through this morning so I can include them in our objection, which I will send to you later today when I submit it...

And again thanks for all your help, its so appreciated.

Regards Mariann

Von: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]

Gesendet: Donnerstag, 18. Dezember 2008 00:18
An: Allan Andersen; Trevor Bridle
Cc: Bro; Lee Bell; Jo Immig; J.Jürgens Joachim
Betreff: re: need urgent response to Orica's inaccurate letter

Hi All,

Following is my response to Orica's letter below ....please provide any comment and I'll send off today.

Regards Mariann

_____

OUR AUSTRALIAN SHAME - ORICA'S WASTE

Claims by the Australian company, Orica ("Our Botany best") that the story "Stink brewing over waste export" (December 14, p5) is inaccurate reveals again Orica's refusal to accept responsibility for its own hazardous waste. The chemical waste they refer to is made up of hexachlorobenzene, one of the 12 most hazardous chemicals as acknowledged in their inclusion in the UN Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants, which bans production and use.

The HCB waste had previously been destroyed in Western Australia using gas-phase chemical-reduction technology, a technology which last year was recommended in a technical report produced for the United Nations Industrial Development Organisation. The HCB was destroyed to a destruction level of 99.9999% (TREVOR CAN YOU CHECK THIS). Unlike the incineration proposed by Orica, which not only produces toxic dioxin air emissions but also leaves a residue in flyash which is so toxic it cannot be landfilled but is required to be permanently stored.

Orica dismisses our opposition to the export for incineration as simply a non-government organisation being "too stubborn to see the best way forward." However, they fail to mention that the German government rejected their last attempt to export 22,000 tonnes of HCB to German incinerators. Orica also fail to acknowledge that major NGOs across the globe including Friends of the Earth (FOE), Greenpeace, International POPs Elimination Network, International Society for Doctors for the Environment and now all the major Danish NGOs, including the Danish Society for Nature Conservation, mentioned in Orica's letter have vocally opposed this unnecessary and dangerous export of hazardous waste.

Hi Alan & Trevor,

I am sending you a copy of a letter Orica had published in the Canberra times in response to an article about HCB export.

Firstly, Trevor they have now publicly claimed that GPCR produced "large quantities of dioxins", which having seen the results I know is not true but needs to be countered instantly.

Similarly Alan, they imply the The Danish Society for Nature Conservation approves of the export to the incinerator...its craftily worded but again I think needs countering.

Would you both be interested in responding, certainly NTN will ?

Regards Mariann

OUR BOTANY BEST

Much of the information provided by the National Toxics Network in the story "Stink brewing over waste export" (December 14, p5) is inaccurate.

The waste referred to is stored in secure storage at Botany in Sydney and comprises 10,000 tonnes of chemical waste and 5000 tonnes of low-level contaminated waste such as old packaging material and construction rubble.

Orica is currently repackaging the waste into United Nations-approved packaging for transport to Europe for destruction in highly regulated and European Union-approved facilities.

It is stated in the article that "HCB waste had previously been destroyed in Western Australia using gas-phase chemical-reduction technology". This statement is partially true.

Orica did trial the technology but we found it left a residue of approximately 2 per cent of the waste that could not be legally disposed of in Australia.

The system also produced large quantities of dioxins which the National Toxics Network, on most occasions, rails against.

Orica has worked hard with the local community in Botany, which supports the export of the HCB for destruction.

Our technical advisers clearly believe exporting the HCB is the only option and the plant we have selected in Denmark can treat the waste in an environmentally sound manner. The Danish Society for Nature Conservation acknowledges this in its letter.

The only issue here is a non-government organisation which is too stubborn to see the best way forward for the residents of Botany and Australia.

John Fetter, corporate affairs manager, Orica

Dr Mariann Lloyd-Smith PhD (Law), CoChair, International POPs Elimination Network Senior Advisor, National Toxics Network Inc.

Von: Trevor Bridle [mailto:tbridle(at)ozemail.com.au] **Gesendet:** Donnerstag, 18. Dezember 2008 00:50
An: 'Mariann Lloyd-Smith'; 'Allan Andersen'
Cc: 'Bro'; 'Lee Bell'; 'Jo Immig'; 'J.Jürgens Joachim '
Betreff: RE: need urgent response to Orica's inaccurate letter

Mariann.

Was greater than 99.99999%

Trevor Bridle
BRIDLE CONSULTING
1B Primrose St
Perth, WA 6000
Phone 61 8 9328 2527
Fax 61 8 9328 6763
Mobile 0418 907 930
Email tbridle(at)ozemail.com.au

Fra: Mariann Lloyd-Smith [mailto:biomap(at)oztoxics.org]
Sendt: 18. december 2008 00:35

Til: Allan Andersen
Emne: re: letter to Garret

Hi Alan,

I just wondered did you send your letter to the Minister to Orica as well ? I wondered how Orica knew about your letter ?

If our environment minister is leaking correspondence to the company that will be a lovely scandal.

Can you let me knows as soon as possible.

Thanks

Regards Mariann

Von: Allan Andersen [mailto:aa(at)dn.dk]
Gesendet: Donnerstag, 18. Dezember 2008 11:08
An: Mariann Lloyd-Smith
Cc: J.Jürgens
Betreff: SV: letter to Garret

Dear Marian

No, we did **not** send our letter to Garrett to Orica as well.

And we are CERTAINLY not acknowleding exporting the waste to Denmark as it seems from Oricas letter, you forwarded in your other e-mail, quote:

"Our (ORICAs) technical advisers clearly believe exporting the HCB is the only option and the plant we have selected in Denmark can treat the waste in an environmentally sound manner. The Danish Society for Nature Conservation acknowledges this in its letter".

Oricas way of quoting our letter to Garret is misleading and leads to an obvious misinterpretation, which we dissociate ourselves from.

Our letter to Garrett says: "We acknowledge "Kommunekemi"s expertise and knowhow concerning handling toxic waste. We are aware that "Kommunekemi" is exporting this knowhow.

Instead of you exporting the toxic HCB waste to Denmark, we would like to encourage you – if necessary - to make an agreement with "Kommunekemi" and ask for "Kommunekemi"s assistance in establishing your own facility to handle the waste."

So, we are acknowledging Kommunekemis knowhow, and Orica needs undoubtedly this knowhow for establishing a destruction plant as they claim not to be able themselves to handle the HCB waste.

All the best an a Merry X-mas

Allan

Allan Andersen Miljømedarbejder (Environmental Consultant)

DANMARKS NATURFREDNINGSFORENING (Danish Society for Nature Conservation),
Masnedøgade 20, DK-2100 København Ø, (Denmark)

Tel.: (+ 45) 39 17 40 35, aa(at)dn.dk

Du har brug for naturen. Og den har brug for dig!
Bliv medlem af Danmarks Naturfredningsforening:
www.dn.dk/medlemskab

BØN TIL AUSTRALSK MILJØMINISTER

16. DECEMBER 2008

Af HENRIK MIKAELSEN
http://www.fyens.dk/article/1144055:Nyborg--Boen-til-australsk-miljoeminister

Adm. direktør for Kommunekemi, Carsten Fich, synes det er en fin - men urealistisk - tanke, at Nyborg-virksomheden eksporterer sin know how til Australien - i stedet for at det australske firma Orica eksporterer sit giftaffald til Kommunekemi. Det er Danmarks Naturfredningsforening, som kommer med forslaget. - Australierne har slet ikke affald nok til at gøre et nyt anlæg rentabelt. Der skal mindst én million ton igennem for at det løber rundt, siger han Foto: YILMAZ POLAT

Danmarks Naturfredningsforening retter direkte appel for at stoppe australsk gift-eksport til Kommunekemi

NYBORG: Den australske miljøminister, Peter Garrett, opfordres nu til at gå ind i sagen om 10.000 tons miljøfarligt HCB-giftaffald, som et selskab i Sydney over en fire-årig periode ønsker at eksportere til destruktion på Kommunekemi i Nyborg.

Det er Danmarks Naturfredningsforening (DN), som protesterer over eksportaftalen.

Du er her: Fyens.dk » Nyborg

BØN TIL AUSTRALSK MILJØMINISTER

NYBORG: Den australske miljøminister, Peter Garrett, opfordres nu til at gå ind i sagen om 10.000 tons miljøfarligt HCB-giftaffald, som et selskab i Sydney over en fire-årig periode ønsker at eksportere til destruktion på Kommunekemi i Nyborg. Det er Danmarks Naturfredningsforening (DN), som protesterer over eksportaftalen. I en direkte appel opfordres miljøministeren til at få stoppet handelen. K…

Madurai: The Australian Environment Minister, Peter Garrett, now called upon to engage in the case of 10,000 tonnes of environmentally hazardous HCB-toxic waste, as a company in Sydney over a four-year period seeking to export to the destruction of Kommunekemi in Medan. It is Denmark's Nature (DN), as protests over the export agreement. In a direct appeal urged Environment Minister to have stopped trading.

I en direkte appel opfordres miljøministeren til at få stoppet handelen. Kravet kommer inden de danske myndigheder har taget officiel stilling til, om de vil acceptere handelen.

I brevet skriver DN:

- We urge you to undertake an independant assesment of Australias technical capacity to dispose of the HCB wastes, as we believe you do have the technical capacity to manage it, skriver Dannmarks Naturfredningsforening i brevet til ministeren.

Læs også: Frygt for australsk affald i Nyborg

Med andre - og danske -ord:

DN opfordrer miljøministeren til at få lavet en uafhængig vurdering af, om Australien rent faktisk har mulighed for selv at få tilintetgjort det farlige affald. Hidtil har australierne netop hævdet, at det ikke er muligt at destruere HCB på det australske kontinent, da landet ganske enkelt ikke råder over de nødvendige faciliteter, men den forklaring køber DN's præsident, Ella Maria Bisschop-Larsen, ikke.

- Det kan ikke passe, at et civiliseret land som Australien er så langt bagefter på det her område, siger præsidenten.

Hun mener, at australierne om ikke andet bør bede Kommunekemi om en hjælpende hånd på hjemmebanen.

- Vi anerkender Kommunekemis ekspertise og indgående viden i at behandle giftigt affald. Kommunekemi eksporterer også denne viden, og vi har derfor anbefalet, at der indgås en aftale med Kommunekemi om at assistere i Australien, således at landet bliver i stand til at håndtere sit eget kemiske affald, frem for at eksportere det over lange afstande og dermed udsætte natur og miljø for alvorlige risici, siger præsidenten.

KK: Ikke muligt

Direktør for Kommunekemi, Carsten Fich, bekræfter over for Fyens Stiftstidende, at eksport af viden er en niche, som Kommunekemi allerede har en vis erfaring med.

Men i det konkrete tilfælde vil det ikke kunne lade sig gøre, mener Carsten Fich.

- Vi kan da sagtens tage vores viden under armen og rejse til Australien. Men når vi kommer derned, så

mangler vi vores værktøjskasse, altså selve ovnlinjen, som vi har her i Nyborg, siger Carsten Fich.

Han vurderer, at det koster mellem trekvart og én milliard kroner at etablere et anlæg, som kan håndtere f.eks. HCB-affald,.

- Men problemet er at gøre et sådant anlæg rentabelt. Det er ikke nok bare at have et anlæg, som kan destruere de 22.000 ton, som står på havnen i Sydney. Her i Nyborg destruerer vi 180.000 ton affald om året. Og efter mit skøn skal der køres mindst en million ton igennem, før sådan et anlæg er betalt hjem. Så det er ikke så ligetil, siger Carsten Fich.

Ella Maria Bisshop-Larsen synes ikke argumentationen holder.

- Australien er jo et enormt land. Der må være masser af andet affald, som minder om HCB, som også skal destrueres, vurderer hun.

TRANSLATION BY GOOGLE

General Manager of Kommunekemi, Carsten Fich, think it is a fine - but unrealistic - thought that North Shore-company exports its know-how to Australia - instead of the Australian company Orica exporting its toxic waste to Kommunekemi. It is Denmark's Nature, which comes with the proposal. - Australia has no waste enough to make a new site profitable. A minimum of one million tons through to the run around, "he said
Photo: YILMAZ Polat
Denmark's Nature dishes direct appeal to stop the Australian poison-exports to Kommunekemi
Madurai: The Australian Environment Minister, Peter Garrett, now called upon to engage in the case of 10,000 tonnes of environmentally hazardous HCB-toxic waste, as a company in Sydney over a four-year period seeking to export to the destruction of Kommunekemi in Medan.

It is Denmark's Nature (DN), as protests over the export agreement.
In a direct appeal urged Environment Minister to have stopped trading. The claim comes within the Danish authorities have taken an official stand on whether they will accept the trade.

In the letter writes DN:

- We urge you to undertake an independent assessment of Australia technical capacity to dispose of the HCB wastes, as we believe you do have the technical capacity to manage it, writes Denmark's Nature in the letter to the minister.
Also read: Fear of Australian waste in Lumut

In other - and Danish-words:

DN calls on Environment Minister to have an independent assessment of whether Australia actually have the opportunity to have destroyed the hazardous waste. So far, the Australians just claimed that it is not possible to destroy HCB on the Australian continent, as the country simply does not have the necessary facilities, but the explanation buy DN's president, Ella Maria Bisschop-Larsen, no.

- It is inappropriate to have a civilized country like Australia is so far behind in this area, said the president.

She believes that the Australians if anything should ask Kommunekemi on a helping hand at home track.

- We recognize the company's expertise and thorough knowledge of treating toxic waste. Kommunekemi also exports this knowledge, and we have therefore recommended that an agreement be reached with Kommunekemi to assist in Australia so that the country will be able to handle his own chemical waste, rather than exporting it over long distances and thereby expose nature and environment of serious risks, says the president.
KK: Not possible
Director of Kommunekemi, Carsten Fich, confirm Fyens Stiftstidende that exports of knowledge is a niche that Kommunekemi already has some experience with.

But in this case it would not be feasible, said Carsten Fich.

- We may as well take our knowledge under his arm and travel to Australia. But when we get down there, so we lack our toolbox, that is itself ovnlinjen, as we have here in Medan, said Carsten Fich.

He estimates that it costs between three quarters and one billion dollars to establish a facility that can handle, for example. HCB waste.

- But the problem is to make such a facility viable. It is not enough just to have a plant that can destroy the 22,000 tonne, which is at the port of Sydney. Here in Medan, we will destroy 180,000 tons of waste per year. And because I must run at least one million tons through before such a plant is paid back. So it is not so straightforward, "said Carsten Fich.

Ella Maria Bisshop-Larsen seems no arguments hold water.

- Australia is a huge country. There must be plenty of other waste, which is reminiscent of HCB, which also must be destroyed, she assesses.

MISINFORMATION AND DAMAGE DONE TO THE REPUTATION OF THE GAS PHASE CHEMICAL REDUCTION PROCESS FOR HCB DESTRUCTION

26TH FEBRUARY, 2009

BRIDLE CONSULTING

1 B Primrose St
Perth, WA 6000
Phone: 9328 2527
Fax: 9328 6763
Mobile: 0418 907 930
Email tbridle(at)ozemail.com.au

ABN: 38143 748 848

The Hon. Peter Garrett AM MP,
Minister for the Environment, Heritage and the Arts,
PO Box 6022,
Parliament House,
Canberra, ACT 2600.

Dear Minister,

Subject: Misinformation and damage done to the reputation of the Gas Phase Chemical Reduction Process for HCB destruction

I feel compelled to formally write to you to object to the misinformation and damage done to the reputation of the Gas Phase Chemical Reduction (GPCR) process. Inaccurate and misleading claims have once again been repeated in the Sustainable Infrastructure Australia (SIA) Report "*Orica Hexachlorobenzene Waste Stockpile: Independent Assessment Report*", January 2009, commissioned by your department.

Misinformation regarding the efficacy of the GPCR process, appears to have been sourced from Orica, and has been "regurgitated" in many publications and oral presentations regarding the proposed export of Orica's HCB waste, including in this latest SIA report.

While I was contacted by SIA, I was not specifically asked to comment on the efficacy of the GPCR technology for the treatment of HCB waste. If I had been I would have been able to correct the misleading information published in the SIA report.

By repeating this misinformation, the SIA report is severely tarnishing the excellent reputation of the GPCR process, which has received very favourable reviews and support by reputable agencies such as UNEP, UNIDO and the US EPA.

Before commencing my private consulting practise I was the Technical Director of Environmental Solutions International Ltd (ESI) in Perth, WA. In this role I was instrumental in bringing the GPCR process to Australia, via formation of a partnership with the technology developer, Dr Doug Hallett of Canada. In fact it is interesting to note that a Federal Government NPDP grant was awarded to ESI to help establish a commercial-scale GPCR facility in WA and that the then Environment Minister (Ros Kelly) visited a demonstration GPCR plant in Michigan and consulted with the US EPA before approving this funding.

During its seven year operating life in Kwinana the GPCR process successfully destroyed the majority of WA's hazardous waste stream, which comprised mostly high strength Scheduled Wastes (Pesticides and PCBs).

On behalf of Dr Hallett's company (Hallett Environmental and Technology Group Inc) I made numerous attempts to brief the Hazardous Waste Technical Group (HWTG), which provides independent advice to your department, however, I was never given the opportunity to present factual information on the GPCR process to the HWTG.

Consequently, I arranged a meeting with Orica (19th February, 2008) to apprise them of the status of the technology and to explore the potential of Orica using the GPCR process for the destruction of their HCB waste in Australia.

The outcome of this meeting was that Orica would not consider use of any technology which was not **currently** operating to treat hazardous waste. In addition, Orica would NOT concede that they had been providing misleading information regarding the efficacy of the GPCR process in relation to the processing of 7 tonnes of their HCB waste (a commercial-scale GPCR trial was conducted on Orica's HCB waste in Kwinana in April 1999).

The specific misinformation regarding the GPCR process that I am referring to and which is quoted in the SIA report, includes:

1. In section 4.4.3 of the report, SIA state that the GPCR process treated primarily "low concentration" OC wastes. This is not true; most of the WA wastes treated were pure DDT and

high-strength PCB wastes. In fact, during its operational life, the GPCR facility in Kwinana treated much of Eastern Australia's high-strength Scheduled Wastes, after obtaining WA DEP approval to do so.

2. In section 4.4.4 of the SIA report it is stated that the commercial HCB trial was not successful in that the process left an organic residue. This is not true as the residue from the process was the inorganics present in the mixed HCB waste. In all the HCB trials the GPCR process achieved in excess of 99.99999% destruction of HCB and the inorganic residue from the process met regulatory requirements for landfill disposal. In this section SIA again say incorrectly say that GPCR was used to treat predominately low strength wastes.
3. In section 4.4.5 of the report, SIA do not state that the one high dioxin emission result occurred when, at the request of Orica, the processing rate exceeded the capacity of the scrubber to remove the HCl generated by the process. It was the presence of this HCl, which when combusted, that generated the dioxins. It appears that this GPCR information was obtained from Orica, with no independent attempt by SIA to verify these Orica statements, for example, with input from Dr Doug Hallett. Extensive independent testing and analysis has confirmed that dioxin emissions from the GPCR process are **well** below international standards
4. In section 4.4.6 of the SIA report it is stated that the residues from the GPCR process, when processing Orica's HCB waste, contained more than 2 mg HCB/kg. I believe this is NOT correct but have been unable to source the reference material from Orica to confirm where this value comes from.

We would like you to ensure this incorrect information is amended in the SIA report. It is a great shame that your Department's report has contributed to the further spreading of false information about a very worthy and appropriate technology that could successfully destroy Orica's HCB waste.
I look forward to you response on this matter as soon as possible to prevent any further commercial damage to the GPCR technology.

Sincerely,
Trevor Bridle
Principal Consultant

National Toxics Network Inc.

PO Box 173 Bangalow NSW 2479
www.ntn.org.au
info(at)ntn.org.au

MEDIA RELEASE

SHIPPING SPILL DEMONSTRATES DANGERS OF TRANSPORTING TOXIC MATERIALS

11 MARCH 2009

The massive shipping spill of the toxic chemical, ammonium nitrate in the seas off Brisbane highlights yet again the real dangers of transporting hazardous chemicals by sea, according to the National Toxics Network (NTN).

"It's clear from this accident there is a real risk of seriously hazardous spills when toxic chemicals and waste are transported in large quantities by ship" said Dr Mariann Lloyd Smith.

"With the weather becoming more unpredictable as a result of climate change and the ferocity and frequency of storms increasing, this is something that is likely to occur more often" she said.

"We understand the ammonium nitrate on its way from Newcastle to Brisbane comes from Orica's production facility at Kooragang Island. Orica is one of Australia's largest manufacturers of ammonium nitrate".

"We are also particularly concerned about a proposal by Orica to send sixteen thousand tonnes of its extremely hazardous hexachlorobenzene (HCB) waste from Botany NSW to Denmark by ship. This amount of material would need to be sent in many ship loads, increasing the risk of an accident, which would be catastrophic," Dr Lloyd Smith said.

"The recent problem with lead spillage at the Esperance port in Western Australia is another example of how terribly wrong things can go when large quantities of toxic chemicals are moved by sea".

"The National Toxics Network is calling on the Australian government to reassess the bulk movement of toxic chemicals and waste by sea in light of the serious new risks posed by unpredictable weather".

"We are specifically calling on the government to refuse Orica's application to send its thousands of tonnes of toxic waste by sea to Denmark." Dr Lloyd Smith concluded.

For further information contact: Dr Mariann Lloyd Smith
Ph: (612) 6681 5340 Mobile 0413 621557

Local http://www.reportage.uts.edu.au/local/detail.cfm?ItemId=15019

NGOs Hold Breath While Denmark Decides on Australian Toxic Waste

25 April 2009

By Pernille Isaksen

"Dear Minister, we write as a matter of urgency to express our deep concern regarding the proposal for Australia to export 6000 of the 22,000 tonnes of hazardous hexachlorobenzene (HCB) waste for incineration at 'Kommunekemi' in Nyborg in Denmark."

So begins the letter from the the Danish Society for Nature Conservation to the Australian Minister for the Environment, Peter Garrett, in a case that has resulted in protests by a large number of environmental NGOs.

"I don't believe that a rich country like Australia is not able to handle this kind of toxic waste itself," says the president of the Danish Society of Nature Conservation, Ella Maria Bisscop-Larsen. "It is too easy to ship if out of the country and then wash hands afterwards. Australia needs to make an effort and apply to the conventions that the country signed itself."

The multinational explosives and mining company Orica, which is the centre of attention in this case, says there are no available options to treat its stored HCB waste at the southern Sydney suburb of Botany either now or in the foreseeable future. The company has therefore applied to Denmark for permission to export the waste for destruction in Kommunekemi's licensed facilities in Nyborg.

BUSINESS AS USUAL

Kommunekemi is the leading Danish company for the treatment of hazardous waste and waste with an environmental impact. When it heard that Germany had declined the Australians' 2006 application to export HCB to Germany, it decided to contact Orica. Soon afterward, Orica representatives visited the Nyborg facilities and were impressed with the high standard, says the director of Kommunekemi, Carsten Fich. A contract was signed with one condition: the Danish Environmental Protection Agency had to give permission.

"We deal with HCB on a regular basis, so for us it's business as usual," Fich says. "This case is unique because of the large amount. If the Environmental Protection Agency decides to say yes, four ships, with a nine-months interval over a period of three years, will sail from Botany Bay, Australia, to Nyborg in Denmark."

The energy produced while burning the HCB at extremely high temperatures will be turned into heat, which will warm 600-700 households in Nyborg for a year.

FIRST OECD COUNTRY TO APPLY

The Danish agency is still looking at the Australian Government's application to export 7150 tons of HCB to Denmark, which it received in November 2008. It did not wish to comment on when a decision will be made.

According to the agency's Lone Schou, the application is unique in that it is the first time an OECD country outside the EU has applied to Denmark to export toxic waste for incineration.

According to the Basel Convention, signatories are obliged to handle their own toxic waste – unless they are unable to.

"In the application Australia is therefore obligated to give reasons for this and prove that it is not capable of destroying the waste in a manner that is environmentally safe," Schou says.

Germany declined Australia's application in 2006 because it found Australia had not provided enough documentation to prove it could not handle the HCB itself. Schou adds that the Danish agency is also looking into the German case in making its decision.
"But since the German rejection in 2006 we have received further documentation from the Australian Government, which we of course look into as well," Schou says.

Each year the agency handles 400-500 applications to import and export toxic waste to and from Denmark. Only a minority are rejected.

From the start the agency has been in close talks with the NGOs involved. "This is to make sure that the questions we might have overlooked and the NGOs have seen are being asked and answered in this case," Shou says.

THE ROLLS-ROYCE OF TECHNOLOGY

One NGO that has asked a lot of questions in this case is the National Toxics Network, an Australian public interest organisation which works on pollution reduction and the protection of environmental health. Network members have been involved since the early 1990s in the campaign to clean up the Botany site, one of the world's largest stockpiles of HCB waste.

The network's senior advisor, Dr Mariann Lloyd-Smith, is extremely concerned both with the proposed incineration and the shipping of HCB across the globe.

"If the HCB got into the environment it would be a real disaster," she says.

"We have a legal obligation to ensure that we can deal with and destroy our own toxic waste in Australia. This is not the only stockpile we will have to deal with in the future. We cannot simply ship toxic waste overseas whenever we feel like it.

"Australia has the Rolls-Royce of destruction technologies and has the technical capacity to deal with its own waste. So the reasons for opposing this toxic waste export are moral, legal and technical."

She noted Orica is a powerful company with considerable influence over governments.

"Minister Garrett, who is the consenting authority, has his seat in Botany, and the people he represents want to get rid of the HCB, which is very understandable. So he has real difficulties in saying, 'Let's deal with it here'. I think minister Garrett should admit that he has a conflict of interest, step aside and leave the decision up to the other environment minister… Penny Wong."

GOVERNMENT: IT'S A ONE-OFF

The Australian Department of the Environment, Water, Heritage and the Arts calls this a one-off situation and points out that once the Orica stockpile is destroyed, there will be no further requests from Australia to deal with such waste because HCB is no longer produced.

It says that if a new facility were to be built to destroy the Orica HCB waste stockpile, the facility would probably be dismantled afterwards because Australia's small annual production of hazardous chemical waste would be too small to maintain the facility.

"Building a new facility in Australia comparable in scale and environmental performance to the European High Temperature Incinerators would take a minimum of six years and probably much longer, and meanwhile the quantity of HCB-contaminated material increases each year as its packaging is corroded and repackaging is necessary," the department says.

Several attempts were made to get a comment from Orica without success.

Danish School of Media and Journalism student Pernille Isaksen is currently studying journalism at the University of Technology, Sydney on a Global Environmental Journalism scholarship.

RELATED STORIES

Botany cleanup may take a century

Chemical giant Orica seeks to send waste abroad

FACTS ON HCB

- Hexachlorobenzene (HCB), or perchlorobenzene, is a chlorinated hydrocarbon with the molecular formula C6Cl6.
- It has been banned globally under the Stockholm Convention on persistent organic pollutants.
- Hexachlorobenzene is an animal carcinogen (cancer-causing) and is considered to be a probable human carcinogen.
- After its introduction as a fungicide for crop seeds in 1945, this toxic chemical was found in all food types. Hexachlorobenzene was banned from use in the United States in 1966.
- Chronic oral exposure in humans has been shown to give rise to a liver disease (porphyria cutanea tarda), skin lesions with discoloration, ulceration, photosensitivity, thyroid disorders, bone effects and loss of hair.
- HCB is highly toxic to aquatic organisms. It may cause long-term adverse effects in the aquatic environment. Therefore, its release into waterways should be avoided.

RELATED LINKS

- The Danish Environmental Protection Agency
- The Danish Society for Nature Conservation
- Kommunekemi
- National Toxics Network
- Orica
- Australian Department of the Environment, Water, Heritage and the Arts
- The Basil Convention
- The Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants
- http://www.pro-herten.de/RZR/giftmuell.htm

==========0

KEIN AUSTRALISCHER GIFTMÜLL MEHR NACH NRW

30. APRIL 2009 (MUNLV)

Düsseldorf, 30.04.2009
Hrsg: Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW - Presserefe-rat, Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf
Redaktion: Markus Fliege (verantwortlich)
internet: http://www.umwelt.nrw.de/ministerium/presse/

REJECTION OF WASTE FROM AUSTRALIA IS IN FORCE

The rejection of the HCB-waste Imports from Australia to North Rhine-Westphalia is now becoming final. The Australian company Orica had in December 2006 the disposal of 11,000 tonnes of hexachlorobenzene-containing waste in North Rhine-Westphalia waste incinerators requested. After the district government of Cologne, Dusseldorf and Munster in July 2007 in consultation with the North Rhine-Westphalia Environment Minister Eckhard Uhlenberg these requests were rejected, Orica had brought before the Administrative levied. These actions Orica has now withdrawn.

ABLEHNUNG VON ABFALL AUS AUSTRALIEN IST RECHTSKRÄFTIG

Die Ablehnung des Imports hexachlorbenzolhaltiger Abfälle von Australien nach Nordrhein-Westfalen ist jetzt rechtskräftig geworden. Das australische Unternehmen Orica hatte im Dezember 2006 die Entsorgung von 11.000 Tonnen Hexachlorbenzol-haltiger Abfälle in nordrhein-westfälischen Abfallverbrennungsanlagen beantragt. Nachdem die Bezirksregierungen Köln, Düsseldorf und Münster im Juli 2007 in Absprache mit dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhard Uhlenberg diese Anträge abgelehnt hatten, hatte Orica Klage

bei den Verwaltungsgerichten erhoben. Diese Klagen hat Orica nunmehr zurückgenommen.

EUROPATICKER: ORICA HAT KLAGE ZURÜCKGENOMMEN

02.MAI 2009

ABLEHNUNG VON GIFT-MÜLL AUS AUSTRALIEN IST RECHTSKRÄFTIG

Die Ablehnung des Imports hexachlorbenzolhaltiger Abfälle von Australien nach Nordrhein-Westfalen ist jetzt rechtskräftig geworden. Das australische Unternehmen Orica hatte im Dezember 2006 die Entsorgung von 11.000 Tonnen Hexachlorbenzolhaltiger Abfälle in nordrhein-westfälischen Abfallverbrennungsanlagen beantragt. Nachdem die Bezirksregierungen Köln, Düsseldorf und Münster im Juli 2007 in Absprache mit dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhard Uhlenberg diese Anträge abgelehnt hatten, hatte Orica Klage bei den Verwaltungsgerichten erhoben. Diese Klagen hat Orica nunmehr zurückgenommen.

Über Monate hatte die australische Orica versucht, die giftigen Sprengstoffreste in Deutschland unterzubringen. Ursprünglich sollten 22.000 Tonnen in den Anlagen in Brunsbüttel und Herten entsorgt werden. Die gefährlichen Abfälle sollten per Schiff in Schleswig-Holstein angelandet werden. Doch die deutschen Behörden verweigerten die Transportgenehmigungen. Jetzt wurde bekannt, dass Dänemark wohl einen Teil übernehmen will. Das dänische Kommunekemi (Presseamt) teilte in einer Pressemitteilung mit, eine Anfrage aus Australien als einen ersten Schritt in Richtung auf eine ordnungsgemäße Anwendung für die Ausfuhr erhalten zu haben.

Im Vorfeld des Antrages, hatten die australischen Behörden erklärt, warum Australien nicht in der Lage sei, die Abfälle selbst zu entsorgen. Die Anwendung, argumentieren die Behörden, stehe im Einklang mit den EU-Verordnungen und anderer internationaler Konventionen.

NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg hatte den Import im Juni 2007 untersagt. Damit gab sich Orica nicht zufrieden. Wie aus Umweltkreisen aus Australien berichtet wird, lagern die 60 000 Giftmüll-Fässer nach wie vor im Hafen von Sidney und warten auf die Verschiffung nach Deutschland.

Die in Sydney erscheinende „Morning Herald“ berichtete jüngst, dass die in den letzten 30 Jahren am Hafen in Botany Bay der australischen Stadt abgelagerten sehr giftigen Chemikalien noch mindestens ein Jahrhundert “aktiv” seien. Der Industriestandort in der Nähe von Sydney Airport sei stark kontaminiert mit gefährlichen Chlorbasierten Chemikalien von Orica. Ärger hat das Unternehmen zunehmend mit den Anwohnern, denen schon seit Jahren die Entsorgung versprochen wird. Laut “Morning Herald“ soll Orica Umwelt-Ingenieur, James Stening, erklärt haben, dass selbst bei einer Beseitigung auf den aktuellen Flächen, damit gerechnet werden müsse, dass aus umliegenden Ablagerungen noch Jahrzehnte kontaminierte Laugen nachsickern würden. Clean-up war zu hart für die aktuelle Technologie von Orica, gab sich Stening geschlagen.

Orica ist ein australisches Unternehmen mit Firmensitz in Melbourne. Orica produziert verschieden Sorten von Sprengstoffen sowie weitere chemische Produkte. Das Unternehmen entstand vor mehr als 130 Jahren unter dem Firmennamen Jones, Scott and Co. als Anbieter von Sprengstoffen im australischen Goldrausch in Victoria. Später wurde das Unternehmen von Nobel gekauft. Nobel fusionierte mit anderen britischen Chemieunternehmen und es entstand der Konzern Imperial Chemical Industries (ICI). Der australische Geschäftsbereich wurde 1928 in Imperial Chemical Industries of Australia and New Zealand (ICIANZ) umbenannt, woraus 1971 ICI Australia wurde. Im Juli 1997 veräußerte Imperial Chemical Industries seine australischen Geschäftsbereiche und es entstand das Unternehmen Orica.

Joachim Jürgens von den Grünen aus Herten hat den Versuch des Unternehmens den Giftmüll nach Deutschland zu exportieren und die Bemühungen der BI Pro-Herten, dieses zu verhindern, dokumentiert. Zur Dokumentation

www.umweltruf.de/news/111/news2.php3?nummer=9091

==========

nun (hoffentlich) endgültiger Stand :Freitag, 14. Januar 2011

DER BESONDERE DANK GILT NEBEN VIELEN ANDEREN UNSEREN MITSTREITERN AUF AUSTRALISCHER SEITE

MARIANN LLOYD SMITH

Dr Mariann Lloyd-Smith has 25 years experience in chemical and waste policy, public participation and information systems. She has worked for more than 20 years in the Australian and international environment movement focusing on research, contaminated sites management, chemical information **systems and stakeholder capacity building for the resolution of national and international toxic** disputes. She is currently the Coordinator of the National Toxics Network and the Director of the research group, BioRegion Computer Mapping & Research Pty Ltd.

Dr Mariann Lloyd-Smith PhD (Law)
CoChair, International POPs Elimination Network Senior Advisor, National Toxics Network Inc.
PO Box 173 Bangalow NSW 2479
(612) 66815340 / 0413 621557
biomap(at)oztoxics.org
www.ntn.org.au
www.oztoxics.org
www.ipen.org

BRO SHEFFIELD-BROTHERTON

Dr Sheffield-Brotherton has over 30 years experience in environmental NGOs, including senior positions in the Australian Conservation Foundation, Friends of the Earth, Project Jonah, and the Conservation Council and Environment Centre of WA. He has been an expert and/or representative member of over 50 State and Commonwealth Government taskforces, panels and advisory committees on a wide range of environmental issues. He has worked in Government in social policy, energy policy and environmental education, and since founding Sustainable Solutions in 1990, has built a reputation for groundbreaking, outside-the-square consulting on sustainability issues

Dr Bro Sheffield-Brotherton B.Sc.(Hons), Ph.D, Dip.Ed Chairman, Sustainable Solutions Pty Ltd Scientific Advisor, National Toxics Network Honorary Life Member, Australian Conservation Foundation
47 Prentice Street
Elsternwick 3185
AUSTRALIA
Ph: +613 9528 1957, Mob: +614 1230 3 718
Fax: +613 9528 5100
Email: bro(at)c031.aone.net.au